ARCHIV
für
katholisches Kirchenrecht

mit besonderer Rücksicht auf

Deutschland, Österreich-Ungarn und die Schweiz

Begründet von **Ernst Freiherrn von Moy de Sons**
Fortgesetzt von **Friedrich H. Vering**
und **Franz Heiner**

Herausgegeben von

Nikolaus Hilling

Doktor der Theologie, beider Rechte und der Philosophie
ord. Professor des Kirchenrechts an der Rheinischen
Friedrich-Wilhelms-Universität zu Bonn

Fünfundneunzigster Band
(Vierter Folge dritter Band)

MAINZ
Verlag von Kirchheim & Co.
1915

Druck von Joh. Falk 3. Söhne, Mainz.

I. Abhandlungen.

1. Die konfessionelle Schule in Bayern im 19. Jahrhundert.

Von Dr. *Anton Scharnagl*, k. Hochschulprofessor in Freising.

Die Entwicklung des Schulwesens in konfessioneller Hinsicht war wie in den anderen deutschen Ländern, so auch in Bayern bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts beherrscht von den einschlägigen Bestimmungen des Westfälischen Friedens, die den Angehörigen der drei anerkannten christlichen Bekenntnisse das Recht auf den Besitz oder wenigstens den Besuch einer Schule der eigenen Konfession gewährten und jeden Zwang zum Besuch der Schule einer fremden Konfession ausschlossen. Im einzelnen war das Recht auf die Schule abgestuft nach dem Recht der Religionsübung: mit der freien (öffentlichen oder privaten) Religionsübung war das Recht auf Errichtung von Konfessionsschulen verbunden,[1]) Angehörige eines nicht berechtigten sondern nur geduldeten Bekenntnisses besaßen mit dem Recht der Gewissensfreiheit und der Hausandacht auch die Befugnis, ihre Kinder entweder in auswärtige Schulen ihrer Konfession zu schicken oder zu Hause unterrichten zu lassen.[2]) Abgesehen von diesen reichsrechtlichen Bestimmungen war in vielen Territorien die Errichtung konfessionell gemischter Schulen auch ausgeschlossen durch die damals noch bestehende konfessionelle Einheit der Bevölkerung, die gerade in Bayern sehr lange gewahrt blieb: der weitaus grösste Teil des damaligen Kurfürstentums, nämlich das heutige

---

1) Instr. Pacis Osnabrugense, art. V § 31 sichert den evangelischen Untertanen katholischer Reichsstände und § 32 den katholischen Untertanen evangelischer Reichsstände, wenn sie im Normaljahr 1624 im Besitz der öffentlichen oder privaten Religionsübung waren, deren Fortbesitz bezw. Wiederherstellung una cum annexis, quatenus illa dicto anno exercuerunt, aut exercita fuisse probare poterunt. Cuiusmodi annexa habentur institutio Consistoriorum, Ministeriorum tam scholasticorum, quam ecclesiasticorum, Jus Patronatus aliaque similia jura, nec minus maneant in possessione omnium dicto tempore in potestate eorundem constitutorum templorum, fundationum, monasteriorum, hospitalium, cum omnibus pertinentiis, redditibus et accessionibus.

2) l. c. § 34: . . , patienter tolerentur et conscientia libera domi devotioni suae, sine inquisitione aut turbatione privatim vacare, in vicinia vero, ubi et quoties voluerint, publico Religionis exercitio interesse vel liberos suos exteris suae Religionis scholis aut privatis domi praeceptoribus instruendos committere non prohibeantur . . .

Ober- und Niederbayern, die Oberpfalz und das Herzogtum Neuburg, war ein ausschliesslich katholisches Land, in dem ein akatholisches Bekenntnis weder berechtigt noch geduldet war;[1]) lediglich die Herrschaften Sulzbürg und Pyrbaum, die im Jahre 1740 an Bayern gekommen waren, und die Grafschaft Sulzbach, die erst 1777 mit Bayern vereinigt wurde, hatten eine geringe protestantische Bevölkerung, die auf ihr bisheriges Gebiet beschränkt blieb und ihre eigenen Konfessionsschulen besass.[2]) Was die rechtliche Stellung der damaligen deutschen Schulen in Bayern betrifft, so wurde bis 1770 zwar in der Theorie auf Grund der Bestimmungen des Westfälischen Friedens das Schulwesen »mehr für Geistlich als Weltlich geschätzt«,[3]) in der Praxis aber war schon damals der staatliche Einfluss bedeutend grösser als der kirchliche, da die Gesetzgebung in Schulsachen ausschliesslich durch die Staatsgewalt ausgeübt wurde.[4]) Eine Kumulative, d. h. ein Zusammenwirken der geistlichen und weltlichen Obrigkeit war nur in zwei Punkten vorgesehen: in der Vornahme der Schulvisitationen, die nach den staatlichen Schulordnungen von den Ortsobrigkeiten oder magistratischen Schulherrn unter Zuziehung des Ortspfarrers vorgenommen werden sollten,[5]) und in der Besetzung der Schulstellen, wobei der Ortspfarrer nicht nur die Prüfung des Anzustellenden vorzunehmen hatte, sondern durchwegs die Kumulative gewahrt werden sollte;[6]) die oberste Aufsicht über das gesamte Schulwesen führte eine zum Teil aus

1) *Sicherer H. v.*, Staat und Kirche in Bayern 1799—1821 (München 1874), S. 1 ff.

2) Der Versuch, die Protestanten der Herrschaft Pyrbaum zur katholischen Kirche zurückzuführen, scheiterte infolge ihrer Beschwerde beim Reichstag: *Döberl M.*, Entwicklungsgeschichte Bayerns II (München 1912), S. 273.

3) *Kreittmayr W. v.*, Anmerkungen über den Codicem Maximilianeum Bavaricum civilem, V. Teil, cap. 23 § 1 n (München 1768, S. 2331).

4) S. die erste staatliche Schulordnung Bayerns v. J. 1569, die Landesordnung oder Deklaration v. 1578, die Landes- und Polizeiordnung von 1616 (Buch III, Titel X, Artikel 3), die Schulordnungen von 1659, 1682 und 1738 und die Stadt- und Marktinstruktion v. 1748 bei *Lurz G.*, Mittelschulgeschichtliche Dokumente Altbayerns, einschliesslich Regensburgs (Monumenta Germaniae Paedagogica Bd. 41 u. 42, Berlin 1907 u. 1908) II, S. 29/41, 12 f., 22 f, 152/67, 185 f. Vgl. *Kreittmayr* a. a. O.: es sei allgemeine Observanz sowohl bei uns wie anderwärts, dass die Schulen selbst und die Lehrmeister weltlichen Standes unter weltlicher Jurisdiktion stehen.

5) *Lurz* a. a. O. I, S. 99 f. Ausserdem sollten auch die kurfürstlichen Rentmeister bei ihren jährlichen Umritten die Schulen visitieren und über deren Zustand berichten, vgl. deren Instruktionen bei Lurz a. a. O. II, S. 75/8.

6) *Lurz* a. a. O. I, S. 99 u. 103; zum Teil beruhte diese Kumulative auf Vereinbarungen des Kurfürsten mit den Bischöfen. s. Rezess mit dem Fürstbischof von Augsburg v. J. 1690, n. 15 und Rezess mit dem Fürstbischof von Freising v. J. 1718 n. 14 (Lurz a. a. O. II. S. 168 f.); vgl. *Kreittmayr* V. Teil, 19. Kap. § 12 f. a. a. O., S. 2002.

Geistlichen bestehende, aber rein staatliche Behörde, der kurfürstliche geistliche Rat.[1]) Die im Jahre 1770 beginnende Reform des bayerischen Volksschulwesens, die freilich in manchen Punkten zunächst über Versuche nicht hinauskam,[2]) war im Gegensatz zur bisherigen Rechtslage von dem Grundgedanken beherrscht, dass das Volksschulwesen als eine *rein staatliche* Angelegenheit zu betrachten und zu organisieren sei. So wurde durch das Mandat vom 5. Februar 1771 eine rein staatliche Schulaufsicht angeordnet, die in jedem Bezirk von einem tüchtigen geistlichen oder weltlichen Mann im Namen des Kurfürsten ausgeübt werden sollte[3]) und in der kurfürstlichen Entscheidung vom 9. Oktober 1771 wurde gegenüber den Ansprüchen des Bamberger Ordinariates mit Entschiedenheit die alleinige Zuständigkeit des Landesherrn zur Einführung des neuen Schulplanes betont.[4]) In der Schulverordnung vom 8. August 1778 wurde sodann ausdrücklich erklärt, dass das deutsche Schulwesen eine bloße »Polizeisache« sei,[5]) und infolgedessen die Leitung desselben dem kurfürstlichen geistlichen Rate abgenommen und dem kurfürstlichen Hof- und Polizeirate übergeben.[6]) Aber schon durch die geistliche Ratsordnung vom 16. August 1779 wurde das deutsche Schulwesen dem geistlichen Rate wieder zurückgegeben, »weil es mit den Pfarrern konkordatmäßig[7]) kumulativ ist und weil die Schulmeister ihren Gehalt meist aus dem Kirchenvermögen ziehen, auch die tunliche Zusammenlegung der Schul- und Mesnerdienste und die Möglichkeit bei Additionen etc. nur dort, wo die Kirchenadministration geführt wird, eingesehen und reguliert werden mag.«[8]) Auch in der kurfürstlichen Entschliessung vom 17. De-

1) *Lurz* a. a. O. I, S. 100 f.; II, S. 67/75.

2) Ein Versuch blieb z. B. die Einführung der allgemeinen Schulpflicht durch das Mandat Max III. Joseph vom 5. Februar 1771, § 1 u. 2 (G. K. Mayr, Sammlung der churpfalzbairischen Landesverordnungen II [1784], S. 831), der durch die Verordnung Karl Theodors v. 3. Januar 1795 erneuert wurde (a. a. O. V [1797], S. 310).

3) § 9, a. a. O. II, S. 833. Vgl. *Gebele J.*, Die Ausbildung der Aufsicht über die Volksschule in Bayern im Uebergang vom 18. zum 19. Jahrhundert (Texte und Forschungen zur Geschichte der Erziehung von K. Kehrhach, 4. Bd.) 1901, S. 65; *Geiger K. A.*, Die geistliche Schulaufsicht in Bayern in Theol.-praktische Monatschrift XVIII (1908), S. 329.

4) *Gebele J.*, Das Schulwesen der kgl. Haupt- und Residenzstadt München, 1896, S. 62 f.

5) § 19, s. Pragmatische Geschichte der Schulreformation in Bayern (1783), S. 65. Nach *Gebele*, Ausbildung S. 66 wurde dieser Grundsatz bereits im Jahre 1773 von dem damaligen Schuldirektorium ausgesprochen.

6) § 42, s. Pragm. Geschichte, S. 77 f.

7) Nach den S. 4 Anm. 6 angegebenen Rezessen mit Augsburg und Freising.

8) *Mayr*, Sammlung II (1784), S. 1130.

zember 1788 wurde die kumulative Schulvisitation durch Ortsobrigkeit und Ortspfarrer eingeschärft,[1]) in dem Schreiben Karl Theodors vom 20. Februar 1789 an das Ordinariat Regensburg jedoch wieder erklärt, dass die Schulen die ersten Polizeigegenstände seien, deren Einrichtungen und Verbesserungen dem Landesherrn (allein) obliegen, während den Bischöfen lediglich zustehe, »über Orthodoxie und Moralität« der Schulen zu wachen.[2]) Die in dem letztgenannten Schreiben ausgesprochene Abgrenzung der staatlichen und kirchlichen Zuständigkeit auf dem Gebiete des Volksschulwesens wurde von der bayerischen Staatsregierung seit dem Beginne des 19. Jahrhunderts unverändert beibehalten und bildete die Grundlage, wie der gesamten Volksschulorganisation so im Besonderen auch der verschiedenen Verordnungen über die Konfessionalität der Volksschulen.

I. Die Verordnungen von 1804 bis 1815.

Bald nach dem Regierungsantritte des letzten Kurfürsten Max IV. Joseph (20. Febr. 1799) hatten die konfessionellen Verhältnisse Bayerns einschneidende Veränderungen erfahren. Durch ein Dekret vom 10. November 1800, dessen Bestimmungen am 26. August 1801 erneuert wurden, wurde das bisher für Nichtkatholiken bestehende Verbot der Niederlassung in Bayern aufgehoben,[3]) und als durch den Reichsdeputationshauptschluss von 1803 Bayern in Franken und Schwaben Gebiete mit ausschliesslich protestantischer oder konfessionell gemischter Bevölkerung erhielt, wurde durch das Religionsedikt vom 10. Januar 1803 den in den Entschädigungslanden befindlichen christlichen Konfessionen ihre bisherige (beschränkte oder unbeschränkte) Religionsübung mit allen ihren annexis bestätigt sowie der Besitz und Genuss ihres eigentümlichen Kirchenguts und ihres Schulfonds nach Vorschrift des Westfälischen Friedens garantiert, allen christlichen Religionsverwandten in den Erbstaaten der volle Genuss der bürgerlichen Rechte erteilt und allen Untertanen ohne Unterschied der Konfession Religions- und Gewissensfreiheit mit dem Recht der Hausandacht zugesichert.[4]) Diese Neuordnung der

1) *Gebele,* Schulwesen S. 64 f.

2) a. a. O. S. XXII.

3) *Döllinger G.,* Sammlung der im Gebiete der innern Staatsverwaltung des Königreichs Bayern bestehenden Verordnungen VIII (1838), S. 28 f.

4) a. a. O. S. 29/31; vgl. *Kolde Th.,* Das bayer. Religionsedikt vom 10. Januar 1803 und die Anfänge der protestantischen Landeskirche in Bayern in: Beiträge zur bayer. Kirchengeschichte Bd. IX (1903), S. 97/140.

konfessionellen Verhältnisse hätte noch keine Änderung der bisherigen Konfessionalität der Schulen notwendig gemacht, aber es entsprach der aufklärerischen, die Verschiedenheit der Konfessionen nach Möglichkeit verwischenden Tendenz des leitenden Ministers Montgelas, eine solche herbeizuführen. Im Jahre 1803 war das protestantische Schulwesen in Franken und Schwaben den drei protestantischen Konsistorialsektionen an den Landesdirektionen zu Würzburg, Bamberg und Ulm unterstellt worden, im September 1804 wurde es aber aus deren Wirkungskreis ausgeschieden und gleich dem katholischen Schulwesen dem seit 6. Oktober 1802 bestehenden Generalschul- und Studiendirektorium zugeteilt, das damals ausschliesslich aus katholischen Geistlichen zusammengesetzt war.[1]) Diese Maßregel erregte gerade wegen des letztgenannten Umstandes bei den Protestanten grosse Beunruhigung, denn sie erblickten darin nur den ersten Schritt zu einer vollständigen konfessionellen Vermischung des Schulwesens. Die Konsistorialsektion von Schwaben richtete deshalb am 28. September 1804 eine Immediateingabe an den Kurfürsten, die wegen ihrer prinzipiellen Stellungnahme zur Frage der Konfessionalität der Schulen nicht nur für die damalige Schulpolitik von hohem Interesse ist. Sie geht davon aus, dass in dem Religionsedikt vom 10. Januar 1803 sämtlichen Konfessionen ihre bisherige Religionsübung *mit allen ihren annexis* bestätigt worden sei; zu letzteren gehöre aber »nach dem Geist und dem Buchstaben des Westphälischen Friedens«, sowie nach § 63 des Reichsdeputationshauptschlusses vorzüglich das Schulwesen. Mit diesem anerkannten engen Zusammenhange zwischen dem Religions- und dem Schulwesen der Konfessionen sei aber die Unterordnung der protestantischen Schulen unter eine katholische Leitung und die Vermischung katholischer und protestantischer Lehrer an den Schulen unvereinbar. Speziell gegen die letztere Maßregel, d. i. gegen die Einführung von Simultanschulen, macht die Eingabe sodann eine Reihe von Gründen geltend, die ihr Gewicht heute noch nicht verloren haben: die konfessionelle Mischung der Schulen werde bei beiden Konfessionen sowohl bei den Eltern und Kindern, wie bei den Lehrern nur Misstrauen hervorrufen und die konfessionellen Gegensätze eher verschärfen als vermindern; würden dagegen die Schulen jeder Kirchenpartei mit

1) *Doeberl M.*, Zur Geschichte der bayerischen Schulpolitik im 19. Jahrhundert. (Sitzungsberichte der k. bayr. Akademie der Wissenschaften, philos.-philol. und histor. Klasse, Jahrg. 1912, 8. Abhandlung), S. 3/5.

tauglichen Lehrern ihrer Konfession besetzt und der Oberleitung von Männern ihrer Konfession unterstellt, so würden dadurch nicht nur die Konfessionen, sondern auch die Schulen gefördert und die Kinder für Toleranz empfänglich gemacht, ohne dass die oberste Staatsaufsicht über das Schulwesen dadurch gefährdet würde. Deshalb wird die Bitte gestellt, es möge das protestantische Schulwesen von dem katholischen getrennt gehalten und der Leitung des protestantischen Konsistoriums übergeben werden.[1]) Wie begründet die Befürchtungen für den Fortbestand der konfessionellen Schulen waren, zeigt die als Antwort ergangene kurfürstliche Entschliessung vom 26. Nov. 1804, die man mit Recht als das Programm der Montgelas'schen Schulpolitik bezeichnet hat.[2]) Darin wird zunächst die Berufung auf die im § 63 des Reichsdeputationshauptschlusses und im Religionsedikt vom 10. Januar 1803 erneuerten Bestimmungen des Westfälischen Friedens durch eine einschränkende Interpretation derselben zurückgewiesen: zu den jeder Konfession garantierten Annexis der Religionsübung könne das Schulwesen nach den gegenwärtigen Verhältnissen »nur in Rücksicht des Schulfonds und des Religionsunterrichts, nicht aber nach seinem ganzen Umfange gerechnet werden«: »wenn einer Konfession der Religionsunterricht durch Lehrer ihrer Konfession ungestört belassen, wenn der Schulfond dem ursprünglichen Zwecke nicht entzogen wird, so kann dem Landesfürsten selbst nach den Vorschriften und dem Geiste des westphälischen Friedens die Befugnis nicht widersprochen werden, alle übrige Anordnungen in Schulsachen als in einer weltlichen Regierungsanstalt nach den Bedürfnissen seines Staates zu treffen.« Sodann werden zur Rechtfertigung der Einführung konfessionell gemischter Schulen die nämlichen Gründe ins Feld geführt, die auch heutzutage dafür geltend gemacht werden: »Abgesehen von Kirchensystem und Glaubenslehre ist der übrige Lehrstoff weder katholisch noch protestantisch, und es muss jedem Parteilosen gleichgültig sein, durch welchen Konfessionsverwandten Sprachen, Geographie, Mathematik, Naturwissenschaften usw. gelehrt werden, wenn nur der Lehrer ein Mann von sittlichem Charakter und geschickt ist.« Zum Schluss werden folgende Anordnungen getroffen: in Schwaben und Franken soll je ein protestantischer

---

1) Bei *Doeberl* a. a. O. S. 31/9.

2) *Röckl Jos.*, Die rechtliche Stellung der Volksschule nach dem bayerischen Staatsrecht (Diss. 1906), S. 9; *Doeberl*, Entwicklungsgeschichte Bayerns II (1912), S. 417; *Ders.*, Zur Geschichte der bayerischen Schulpolitik, S. 10.

Oberschulkommissär ernannt werden, der gemeinsam mit dem bereits vorhandenen katholischen Oberschulkommissär »eine gleiche Aufsicht über die Schulen allda zu führen hat« und es wird in Aussicht gestellt, dass künftig auch in das Generalschuldirektorium, das die oberste Aufsicht über alle Schulen behalten soll, ein oder mehrere Protestanten berufen werden würden; ferner soll der Religionsunterricht in allen vermischten Schulen einem besonderen Lehrer der betreffenden Konfession unter der speziellen Leitung des Oberschulkommissärs seiner Konfession und des Konsistoriums (bezw. Ordinariates) übertragen und der im Eigentum einer Konfession stehende Schulfonds seiner Bestimmung nicht entzogen werden; im übrigen sollen aber die Schulen ferner nicht nach den Konfessionen getrennt werden. [1])

Was die Tragweite dieser kurfürstlichen Entschliessung betrifft, so kann es keinem Zweifel unterliegen, dass ihre volle Durchführung nicht nur zu Schulen mit konfessionell gemischtem Schulsprengel und damit zum Besuch katholischer oder protestantischer Konfessionsschulen durch Kinder der anderen Konfession, [2]) sondern zur Simultanschule im heutigen Sinne geführt hätte; entscheidend hiefür ist der Grundsatz, dass abgesehen vom Religionsunterricht, die Konfessionszugehörigkeit des Lehrers gleichgültig sei, denn darin besteht das Wesen der Simultanschule, während zum Begriff der konfessionellen Schule gehört, dass an ihr nur Lehrer des betreffenden Bekenntnisses tätig sein können. Tatsächlich sind auch die Gymnasien und Realschulen, für deren fernere Entwicklung die Entschliessung von 1804 maßgebend geblieben ist, seit dieser Zeit simultan. [3]) Dass die gleiche Wirkung wenigstens für die Zeit von 1804 bis 1815 auch für das Volksschulwesen eingetreten sei, wie in der Literatur vielfach behauptet wird, [4]) ist jedoch nicht richtig, denn die Entschliessung

---

1) *Doeberl* a. a. O. S. 40/44; etwas gekürzt und überarbeitet findet sich die Entschliessung auch im »Regierungsblatt für die kurpfalz-bayerischen Fürstentümer in Franken«, 1805, S. 20/3.

2) So *Luthardt A. E.* in: Blätter für administrative Praxis Bd. 43 (1893) S. 336 u. 350; *Seiler G.*, Schulbedarfgesetz v. 28. Juli 1902 (1903), S. 180; einen derartigen Besuch fremder Konfessionsschulen durch Kinder einer Minderheitskonfession hatte auch die schwäbische Konsistorialsektion vorgeschlagen für jene Fälle, in denen die geringe Anzahl der betr. Kinder die Errichtung einer eigenen Konfessionsschule nicht zulasse: *Doeberl* a. a. O. S. 35 f.

3) *Doeberl* a. a. O. S. 10 f.

4) *Seydel M. v.*, Bayerisches Staatsrecht I² (1896), S. 148 f. u. I³ (1913 v. Piloty), S. 60; *Grassmann J.*, »Aus dem Volksschulrechte des Königreichs Bayern« in: Archiv für öffentliches Recht VIII (1893), S. 481. Vgl. *Doeberl* a. a. O. S. 19 f.

von 1804 hat sich auf diesem Gebiete als undurchführbar erwiesen. Ihr stand, abgesehen von der noch sehr geringen konfessionellen Mischung der Bevölkerung, in erster Linie entgegen, dass an weitaus den meisten der damals bestehenden Schulen entweder ein konfessioneller Schulfonds vorhanden oder wenigstens der Schuldienst mit dem niederen Kirchendienst verbunden war;[1]) an allen diesen Schulen mussten die Lehrstellen mit Angehörigen der betreffenden Konfession besetzt werden, womit auch ihr konfessioneller Charakter gewahrt blieb. Nur neugegründete Schulen, zu deren Schulfonds oder Unterhalt keine kirchlichen Mittel verwendet wurden, hätten mit Lehrern beliebiger Konfession besetzt und dadurch zu Simultanschulen gemacht werden können.[2]) Ob dies auch nur in einem einzigen Falle geschehen ist, ist zum mindesten sehr zweifelhaft.[3]) So blieb es beim bisherigen System der konfessionellen Volksschule und wurde nur eine teilweise Durchführung der Entschliessung von 1804 versucht in der Richtung, dass Kinder einer konfessionellen Minderheit, die keine Schule der eigenen Konfession besaßen, der Schule der anderen Konfession zugewiesen wurden, ohne dass letztere dadurch ihres konfessionellen Charakters entkleidet wurde.[4]) Aber auch diese »gemeinschaftlichen Schulen« blieben, wie sich aus den Amtsinstruktionen für die Distrikts- und Lokal-Schulinspektoren vom 15. September 1808 ergibt, eine verhältnismäßig seltene Ausnahme.[5]) Das kam zum Teil daher, dass die Sprengelbildung der politischen Gemeinden, die für die gemeinsamen Schulen als Grundlage

1) Die wo nur immer tunliche Vereinigung des Mesnerdienstes mit dem Schuldienste war zuerst in der kurfürstl. Verordnung vom 25. Juni 1771 angeordnet worden, sodann im Dekret vom 4. Oktober 1773, vgl. auch Geistl. Ratsordnung vom 16. Aug. 1779 § 8 und Instruktion vom 19. Januar 1787 (Mayr, Gen. Sammlung II [1784], S. 1104, 1167, 1130 u. IV [1788] *S.* 1025).

2) *Seiler* a. a. O.

3) Vor 1873 bestanden in Bayern r. d. Rh. nur vier Simultanschulen (Verhandlungen der Kammer der Abgeordneten 1881/82, Bd. I S. 77). Gegenüber der Vermutung *Seilers* (a. a. O. Anm. **), dass diese aus der Zeit der Entschliessung von 1804 stammen, hat *Doeberl* (a. a. O. S. 15 f.) nachgewiesen, dass drei derselben erst 1838 bezw. 1870 entstanden sind.

4) Beispiele bei *Doeberl* a. a. O. S. 12 f.

5) Die Instruktion für die Distriktsschulinspektoren (Döllinger Samml. IX, S. 1064/6; *Weber K.*, Neue Gesetz- und Verordnungensammlung [1880 ff.] I, S. 224/6) sieht vor, dass die Distriktsschulinspektoren in der Regel aus dem Stande der Dekane und Pfarrer zu wählen sind (§ 4), jeder Distriktsschulinspektor zugleich Lokalschulinspektor *seiner* Pfarrschule ist (§ 7) und in seinem Bezirk nur die Schulen seiner Konfession zu beaufsichtigen hat (§ 3); von etwaigen konfessionell gemischten oder von gemeinsamen Schulen ist nicht die Rede. Die Instruktion für die Lokalschulinspektoren (Döllinger a. a. O. S. 1085/92; Weber a. a. O. S. 230/6) betrachtet ebenfalls die konfessionellen Pfarrschulen als Regel (§ 2, 10, 11), trifft aber auch Bestimmungen über die Beaufsichtigung gemeinsamer Schulen (§ 5, 12).

diente, damals erst in der Organisation begriffen war, hauptsächlich aber von der bei beiden Konfessionen vorhandenen grossen Abneigung gegen den Besuch der Schule einer fremden Konfession, die in fortgesetzten Beschwerden gegen derartige Zuweisungen zum Ausdruck kam.[1]) Diesen Beschwerden fehlte allerdings seit dem Ausscheiden Bayerns aus dem alten deutschen Reich (12. Juli 1806) und dem dadurch herbeigeführten Erlöschen jener reichsrechtlichen Bestimmungen, die einen Zwang zum Besuche einer fremden Konfessionsschule ausschlossen,[2]) eine rechtliche Grundlage, aber sie konnten trotzdem auf die Dauer nicht ignoriert werden. Bereits die Ministerialentschliessung vom 10. Mai 1810,[3]) die »rücksichtlich der Konfessionsverhältnisse bestimmte Schulsprengelpflichtigkeit betreffend«, musste ihnen Rechnung tragen. Sie hat zwar die Bestimmungen der Entschliessung von 1804 grundsätzlich aufrechterhalten und des näheren dahin präzisiert, dass der Schulsprengel in der Regel alle Schulpflichtigen einer politischen Gemeinde umfasse und infolgedessen, wenn in einer Gemeinde nur eine Schule vorhanden sei, alle Kinder ohne Unterschied der Konfession zum Besuche derselben verpflichtet seien, wobei »nach bereits bestehenden Verordnungen der Religionsunterricht, bei welchem allein die Konfessionsverschiedenheit einen gegründeten Unterschied im Schulunterrichte macht, einem besonderen Lehrer zugewiesen ist«; jedoch wurde, »um die Gewissen nicht zu beschweren«, das Zugeständnis gemacht, dass Väter, die ihre Kinder der Konfessionsverschiedenheit wegen nicht in die Ortsschule schicken wollen, sie mit Erlaubnis des Generalkommissariates (der heutigen Kreisregierung) in eine benachbarte Schule ihrer Konfession schicken können, unbeschadet der Beitragspflicht zum Unterhalt ihrer Ortsschule[4]). Damit war wenigstens der Zwang zum Besuch der Schule einer fremden Konfession beseitigt, analog der Aufhebung des Pfarrzwanges durch das

---

1) *Doeberl* a. a. O. S. 12 f.

2) s. o. S. 3 Anm. 1 u. 2; vgl. *Seiler,* Schulbedarfgesetz, S. 178.

3) *Döllinger* IX, S. 1294 f.; *Weber* I, S. 465 f. Anm.

4) Die Min.-Entschl. vom 7. Dezember 1873 (Archiv f. kath. Kirchenrecht 31. Bd. [1874], S. 310) erblickt in der Min.-Entschl. von 1810 einen Beweis dafür, dass bis zum Jahre 1815 im rechtsrheinischen Bayern in Gemeinden verschiedener Konfession die konfessionell gemischte Schule (= Simultanschule im heutigen Sinne) die Regel gebildet habe. Dagegen ist wie oben zur Entschliessung von 1804 zu bemerken, dass die Min.-Enschl. v. 1810 zwar das Prinzip der Simultanschule vertritt (anders Seiler a. a. O. S. 180 und Doeberl a. a. O. S. 12; Ders., Entwicklungsgeschichte Bayerns II, S. 417), dass aber dieses Prinzip aus den bereits angegebenen Gründen nicht durchgeführt werden konnte.

Religionsedikt vom 24. März 1809, nach dessen § 99 Religionsverwandte einer öffentlich aufgenommenen Kirche, welche keine eigene Gemeinde bilden, sich zu einer entfernten Gemeinde ihres Glaubens innerhalb der Grenze des Reiches halten können.[1]) Ein weiteres Zugeständnis in dieser Richtung brachte die Min.-Entschl. vom 20. September 1810, wonach bei Pfarrpurifikationen auf die Erleichterung der Parochianen in Benützung nicht nur des Kultus sondern auch des Unterrichts ihrer Konfession sorgfältigst Rücksicht genommen werden sollte.[2]) In der Ministerial-Entschliessung vom 4. September 1813, das wechselseitige Verhältnis der Schul- und Pfarrsprengel betreffend, wurde sodann ausgesprochen, dass eine Trennung des Schulsprengels vom Pfarrsprengel im allgemeinen nicht genehmigt werden könne, da eine vielfältige Erfahrung schon hinlänglich bewiesen habe, wie nachteilig es sei, wenn die Schule eines Ortes der unmittelbaren Aufsicht seines eigentlichen Pfarrers entzogen wird und durch eine solche Trennung mancherlei sich durchkreuzende Interessen und verwickelte Geschäftsverhältnisse entstünden; wo der Besuch der Schule des Pfarrortes erschwert sei, solle eine geeignete Umänderung der Pfarrsprengelverhältnisse beantragt werden und wo nicht durch Purifikation der Pfarrsprengel der regelmässige Besuch der Pfarrschule ermöglicht werden könne, seien noch ferner Winterschulhalter zu gestatten.[3]) Es ist klar, dass diese Entschliessung keine definitive Lösung der Frage sein konnte, sie war lediglich ein Notbehelf, der einerseits im Interesse der Schulverwaltung und Schulaufsicht der den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Gleichstellung des Pfarr- und Schulsprengels soweit als möglich Rechnung tragen wollte, anderseits aber doch eine unzweideutige Anerkennung des Prinzips der konfessionellen Schule vermied und deshalb bei allem Gegensatz zu den Ent-

1) *Döllinger* VIII, S. 25; jetzt § 84 der 2. Verfassungs-Beilage (Religionsedikt von 1818); Vgl. *Freisen J.*, Der katholische und protestantische Pfarrzwang (1906), S. 12/4.

2) n. 2 (Döllinger VIII, S. 1560; Weber I, S. 337); vgl. Min.-Entschl. vom 13. Juli 1811 n. 4, wonach bei der Instruierung jeder Umpfarrung auch die Schulverhältnisse zu berücksichtigen sind (Döllinger a. a. O. S. 479; Weber a. a. O. S. 351). Bezüglich der Aufsicht über die von Kindern verschiedener Konfession besuchten Schulen bestimmt n. 6 der ersteren Min.-Entschl., dass sowohl die Lokal- als Distrikts-Schulinspektion dem Geistlichen derjenigen Konfession zustehe, zu welcher der Schullehrer und der grössere Teil der Schuljugend gehört.

3) *Döllinger* VIII, S. 477 f. u. IX, S. 1296 f.; *Weber* I, S. 442 f.; vgl. auch die Min.-Entschliessung vom 3. April 1813, den Besuch einer ausser der Pfarrei gelegenen fremden Schule betr., worin ebenfalls der Schulsprengel als mit dem Pfarrsprengel identisch betrachtet wird (Döllinger IX, S. 1426 f.).

schliessungen von 1804 und 1810 noch keine Aufhebung derselben bedeutet. Gerade durch diesen Gegensatz entstanden aber neue Schwierigkeiten, die im Verein mit den immer noch nicht behobenen alten erst recht eine gründliche Neuordnung notwendig machten. Eine solche erfolgte denn auch auf Grund eines von dem Oberstudienrat Niethammer am 6. Januar 1815 erstatteten Referates[1]) durch die ebenfalls von Niethammer verfasste Allerhöchste Verordnung vom 22. Januar 1815. Sie regelt in erster Linie die Organisation der Schulsprengel und bestimmt in dieser Hinsicht unter Aufhebung der früheren Verordnungen im wesentlichen folgendes: 1) »Der Schulsprengel wird in der Regel durch den Pfarrsprengel bestimmt, und erstreckt sich, wie dieser letztere, nicht nur auf alle einzelnen zu einer Pfarrei gehörigen Ortschaften und Einzelwohnungen oder sogenannten Einöden, sondern auch auf die zu demselben Pfarrsprengel gehörigen einzelnen konfessionsverwandten Familien, die in einem der benachbarten Pfarrsprengel einer andern Konfession wohnhaft sind«; jedoch können in einem Pfarrsprengel auch mehrere Schulsprengel (Filialschulen) bestehen und mehrere Orte verschiedener Pfarreien aber gleicher Konfession zu einem besonderen Schulverband zusammengelegt werden.[2]) 2) »In Ortschaften verschiedener Konfession, die bisher eine gemeinschaftliche Schule hatten, behält es bei dieser Einrichtung sein Verbleiben; soferne nicht der eine oder der andere Teil eine Änderung ausdrücklich verlangt und für beide Teile durch Errichtung einer neuen Schule, entweder aus den Ortseinwohnern gleicher Konfession allein, oder durch Beiziehung benachbarter konfessionsverwandter Orte gesorgt werden kann.« 3) Für einzelne in einem Kirchspiele anderer Konfession wohnende Parochianen, welche durch Entfernung oder Beschwerlichkeit des Weges an dem Besuche einer Schule ihrer Konfession verhindert sind, behält zwar der Grundsatz, dass sie derjenigen Pfarrei ihrer Konfession, welcher sie in kirchlicher Beziehung zugewiesen sind, auch in Rücksicht der Schule zugehören, im allgemeinen seine Gültigkeit. »Allein dadurch ist ihnen so wenig untersagt, ihre Kinder in die Schule ihres Wohnortes zu schicken, dass diese vielmehr, sofern nicht bewiesen

---

1) S. den Vortrag als Beilage III bei *Doeberl,* Schulpolitik, S. 44/51.

2) Die Bildung von neuen konfessionell gemischten Schulsprengeln ist nicht erwähnt und daher ausgeschlossen: *Graßmann* a. a. O. S. 490; *Englmann-Stingl*, Handbuch des bayr. Volksschulrechts[5] (1905), S. 466; *Seiler* a. a. O. S. 184. Anders die Min.-Entschliessung vom 7. Dezember 1873 (Archiv f. kath. K.-R. a. a. O. S. 311).

werden kann, dass auf eine andere Weise für den nötigen Schulunterricht derselben hinlänglich gesorgt sei, zum Besuche ihrer Ortsschule anzuhalten sind«; für den Religionsunterricht solcher Kinder hat der Pfarrer ihrer Konfession zu sorgen, der auch ihren Schulbesuch zu überwachen hat.[1]) Die Verordnung von 1815 bedeutet eine prinzipielle Neuorientierung der bayerischen Schulpolitik hinsichtlich der Konfessionalität der Volksschule. Sie hat mit den seit 1804 öfter wiederholten Versuchen, das System der konfessionell gemischten Schule oder wenigstens des konfessionell gemischten Schulsprengels durchzuführen, klar und entschieden gebrochen, indem sie den rein konfessionellen Schulsprengel als Regel anerkennt und die Bildung konfessionell gemischter Schulsprengel für die Zukunft ausschliesst; damit war zwar nur indirekt, aber deshalb nicht weniger wirksam auch das Prinzip der Konfessionsschule festgelegt. Herbeigeführt wurde dieser Umschwung in der bayerischen Schulpolitik nicht nur durch die fast gänzliche Erfolglosigkeit der vorangegangenen entgegengesetzten Versuche, sondern auch durch einen Wechsel in den grundsätzlichen Anschauungen der leitenden Kreise;[2]) insbesondere hat sich die Regierung von dem Irrtum frei gemacht, als ob die Trennung der Schule nach Konfessionen mit ihrem Charakter als einer weltlichen (Staats- bezw. Gemeinde-) Anstalt unvereinbar wäre: durch die Anerkennung des Prinzips der Konfessionsschule hat sich am staatsrechtlichen Charakter der Volksschule, der bald darauf (1818) auch verfassungsmässig festgelegt wurde,[3]) nichts geändert,[4]) der Staat hat damit keines seiner Rechte verloren, sondern nur in seinem eigensten Interesse gehandelt, da eine religiössittliche Bildung und Erziehung, wie sie die Volksschule vermitteln soll, in ihrem ganzen Umfange nur auf der Grundlage der speziellen Konfession der Kinder erreicht werden kann. Die

---

1) *Döllinger* IX, S. 1297/1300; *Weber* I, S. 465/8. Ausser den im Text angegebenen Bestimmungen enthält die Verordnung noch solche über die örtliche Schulaufsicht und den Schulbedarf.

2) So auch *Seiler* a. a. O. S. 183 Anm.* und *Doeberl* a. a. O. S. 14 u. 18.

3) Im 2. Anhang zur 2. Verfassungsbeilage, dem sog. Protestantenedikt, § 14: »Die Aufsicht und die Anordnungen über den übrigen Unterricht (mit Ausnahme des Religionsunterrichtes), sowohl in den Volksschulen als Studienanstalten gehören als ein Staatspolizeigegenstand lediglich zur Kompetenz der Regierungen und des Staatsministeriums des Innern nach den darüber bestehenden gesetzlichen Einrichtungen« (Döllinger VIII, S. 1276; Weber I, S. 707 f.).

4) Vgl. *Seiler* a. a. O. S. 182 f. Anm.; *Graßmann*, Schulbedarfgesetz v. 1902 (1903), S. 12 f.; *Seydel M. v.*, Bayerisches Staatsrecht II³ (1913) S. 561.

Verordnung von 1815 ist keine gesetzliche Festlegung der Konfessionsschule,[1]) sie hat auch weder für die Glaubensgesellschaften noch für die einzelnen Staatsangehörigen einen Rechtsanspruch auf konfessionelle Schulen geschaffen,[2]) aber sie hat im rechtsrheinischen Bayern für mehr als ein halbes Jahrhundert ein fast ausschliessliches und ungestörtes Bestehen der Konfessionsschulen bewirkt.

II. Die Regelung für die Pfalz 1817—1828.

Erst nach Erlass der bisher besprochenen Verordnungen, am 30. April 1816, war die Pfalz im Umfange des heutigen Regierungsbezirkes als Rheinkreis wieder mit Bayern vereinigt worden. Entsprechend der französischen Rechtsentwickelung war hier ohne Einführung eines Schulzwanges der Gemeindesprengel zur Grundlage der Schulsprengeleinteilung gemacht worden, aber die Schulen haben dennoch ihren konfessionellen Charakter nicht verloren.[3]) Nach der Besitzergreifung durch Bayern wurde der Schulzwang eingeführt und bestimmt, dass der öffentliche Unterricht im allgemeinen nach den im rechtsrheinischen Bayern bestehenden Verordnungen und Vorschriften eingerichtet werden solle; hinsichtlich der Konfessionalität der Schulen wurde angeordnet: »Die Schulen verschiedener Religionen sollen, soweit es die Zahl der Schüler und der Lokalfond gestattet, *von einander getrennt bleiben,* und jeder Pfarrer ist Ortsinspektor und Katechet der Schule seiner Religion. Die Kinder der Juden, Wiedertäufer, Menoniten usw. nehmen an den öffentlichen Schulen mit Ausnahme ihrer besonderen Religionslehre teil, insoferne sie nicht zahlreich genug sind und die erforderlichen Mittel einer

---

1) *Seiler* a. a. O. S. 183 Anm. *; *Seydel* a. a. O. III² (1896), 638. Die längere Zeit sehr bestrittene Frage war von Bedeutung bei der Aufhebung der Verordnung im Jahre 1873, s. u. S. 23.

2) Nach der Verfassung von 1818 besteht ein solcher Rechtsanspruch nur in jenen Fällen, in denen eine Schule *stiftungsgemäß* konfessionellen Charakter hat; da durch § 9 Abs. 4 und § 10 des IV. Titels der Verfassungsurkunde und die §§ 46 u. 47 des Religionsedikts allen Religionsteilen auch der Besitz und Genuss ihrer Unterrichtsstiftungen garantiert und eine Verwendung derselben zu anderen als den bestimmten Stiftungszwecken ausgeschlossen ist, müssen derartige Schulen als Konfessionsschulen erhalten bleiben. Vgl. meine Ausführungen in: Die christliche Schule III (1912), S. 641 f. Anm. 1.

3) Gesetz vom 11. Floreal X der Republik (1. Mai 1802), Art, 1 u. 2; Verordnungen des Generalgouverneurs der Alliierten bezw. der österreichisch-bayerischen Landes-Administrations-Kommission vom 12. Juni, 16. Juni und 19. August 1814 (Verhandlungen der Kammer der Abgeordneten des bayer. Landtages, 1870/71, Beilagen-Band IV, S. 59 f.).

eigenen Schule nicht werden nachgewiesen haben.«[1]) Die konfessionelle Schule sollte also auch fernerhin die Regel bleiben. Im Zusammenhang mit den Bestrebungen nach einer Vereinigung des lutherischen und des reformierten Bekenntnisses zu einer unierten Kirche, die am 10. Oktober 1818 auch erfolgte,[2]) hat im August 1817 die Landratsversammlung den Wunsch ausgesprochen, es möchten die kleineren Schulen der *verschiedenen protestantischen Konfessionen* mit einander verschmolzen werden, da schon lange in mancher Gemeinde in einer Schule Kindern aus allen christlichen Kulten Unterricht erteilt werde und durch die allmähliche *Verschmelzung der protestantischen und reformierten* Schulen auch die gewünschte Religionsvereinigung sicherer und bleibender herbeigeführt werde.[3]) In dem Allerhöchsten Landratsabschiede vom 9. März 1818 wurde daraufhin bestimmt: »Der Vereinigung von Schulen ohne Unterschied der Religion steht überall kein Hindernis entgegen, wo die verschiedenen Religionsteile selbst dazu geneigt sind.«[4]) Obwohl der Wunsch des Landrates sich nur auf eine Vereinigung lutherischer und reformierter Schulen bezogen hatte, war die Bestimmung des Landratsabschiedes so allgemein gefaßt, dass man sie unter Ausserachtlassung ihrer Entstehung auch auf katholische Schulen ausdehnen und zur Errichtung von eigentlichen Simultanschulen benutzen konnte. Das ist zum Teil sogar gegen den Willen der beteiligten Konfessionen versucht worden. Derartigen Bestrebungen trat jedoch König Ludwig I. in dem Allerhöchsten Reskript vom 7. März 1826 entgegen. Er betonte, dass die religiös-sittliche Bildung der Jugend nach den *besonderen und verschiedenen Bekenntnissen des Christentums* als die Grundlage der Volksschule betrachtet werden müsse und deshalb von *einem* Schullehrer der Religionsunterricht und die sittliche Erziehung für schulbesuchende Kinder verschiedener Konfessionen zugleich nicht besorgt werden könne; darum dürften die staatlichen Behörden eine derartige Vereinigung in keiner Weise erzwingen, sondern sie nur dann beantragen, wenn die verschiedenen Reli-

1) Art. 2 der Regierungsentschliessung v. 20. Mai 1817 (Amtsblatt des Rheinkreises, S. 365; *Bachmayer J.*, Pfälzisches Schulrecht [1900], S. 3 f.), bestätigt durch die königliche Entschliessung vom 18. Oktober 1817 (Amtsblatt, S. 465 f.).

2) Die Vereinigungsurkunde bei *Döllinger* VIII, S. 1280/93.

3) Verhandlungen der Kammer der Abg., a. a. O. S. 60 f.

4) § 7 Ziff. 6 (Amtsblatt, S. 652; *Geissel Joh.*, Sammlung aller Gesetze und Verordnungen über das Kirchen- und Schulwesen im bayerischen Rheinkreise von 1796—1830 [1830], S. 208).

gionsteile ihre Geneigtheit dazu auf *unzweifelhafte* Weise ausgesprochen hätten; ausserdem könne oft durch Änderung der Schulsprengel oder Errichtung von konfessionellen Bezirksschulen eine geplante Vereinigung von Schulen vermieden werden.[1]) Noch bevor diese Entschliessung ergangen war, hatte die vom 28. August bis 10. September 1825 abgehaltene protestantische Generalsynode des Rheinkreises hinsichtlich der Vereinigung protestantischer und katholischer Schulen die Erklärung abgegeben, dass sie »eine solche Vereinigung überhaupt nicht für wünschenswert und nur da allenfalls für zulässig erachte, wo die Beschränktheit der Gemeindemittel die Errichtung getrennter Schulen nicht gestatte und unter der Voraussetzung, dass der Religionsunterricht dadurch auf keine Weise beeinträchtigt werde und dass da, wo die Vereinigung bereits vollzogen und ohne grosse Nachteile nicht aufgehoben werden kann, für die Sicherstellung des Privatvermögens beider Teile gesorgt werden möge«; darauf antwortete die Königl. Entschliessung vom 16. März 1828 in Ziffer XI: »die Anträge der Generalsynode wegen Sonderung der protestantischen Schulen sind durch unsere Allerhöchste Entschliessung vom 7. März 1826 erledigt und sollen die vereinigten Schulen, soviel immer möglich, getrennt werden«.[2]) Auf diese Weise ist auch in der Pfalz die konfessionelle Schule die überwiegende Regel geblieben.[3])

III. Die Verordnung vom 29. August 1873.

Die in den Jahren 1815 und 1817 erlassenen Bestimmungen über Schulsprengelbildung und Konfessionalität der Volksschulen sind bis zum 29. August 1873 in Kraft geblieben. Ihrer wesentlichen Abänderung, welche durch die am genannten Tage erlassene Allerhöchste Verordnung erfolgte, sind aber bereits seit Anfang der 60er Jahre verschiedene Einschränkungen oder wenigstens Versuche dazu vorausgegangen. Das Gesetz vom 10. November 1861, die Aufbringung des Bedarfes für die deutschen Schulen betreffend, hat die deutschen Schulen für Gemeinde-

1) *Geissel* a. a. O. S. 212 f.; Verhandlungen der Kammer der Abgeordneten a. a. O. S. 61 f.

2) *Wand,* Handbuch der Verfassung und Verwaltung der prot. Kirche der Pfalz (1859), S. 76 f. u. 81; in der 3. Aufl. (1899), S. 39 nur auszugsweise.

3) *Bachmayer* a. a. O. S. 10. Nach den Ausführungen des Reichsrates von Dinkel (Bischof von Augsburg) bestanden in der Pfalz bis 1868 nur drei Simultanschulen (Verhandlungen der Kammer der Reichsräte 1868/69, VIII. Bd., S. 193; vgl. dazu die Ausführungen des Ministers *v. Lutz* a. a. O. S. 190). Für Anfang der 70er Jahre wird ihre Zahl auf 31 angegeben (Verhandlungen der Kammer der Abg. 1881/2, I. Bd., S. 77).

anstalten erklärt und zur Aufbringung des anderweitig ungedeckten Bedarfes für die Errichtung und den Unterhalt derselben in der Regel die politische Gemeinde verpflichtet (Art. 1); fällt der Schulsprengel mit dem Umfange der politischen Gemeinde nicht zusammen, so ist der ungedeckte Bedarf von den einzelnen am Schulsprengel beteiligten politischen Gemeinden aufzubringen (Art. 7).[1] Solange man in diesen Bestimmungen ausschließlich eine Regelung der finanziellen Verhältnisse erblickte, blieb durch sie die bisherige Norm der Schulsprengelbildung und das Prinzip der Konfessionsschule[2]) unberührt. Bereits bei den Beratungen des Gesetzes war man aber in der Abgeordnetenkammer geneigt, aus dem Satze »die deutschen Schulen sind Gemeindeanstalten« weitergehende Folgerungen zu ziehen[3]) und in den Motiven zum Entwurf eines Gesetzes über das Volksschulwesen (1867) hat auch die Staatsregierung die Meinung vertreten, dass das Schulbedarfgesetz von 1861 nicht mehr auf dem Standpunkte der Schulsprengelverordnung von 1815 stehe.[4]) Demgemäß sah der genannte Entwurf in Art. 6 Abs. II vor, dass in Zukunft wieder wie nach der Ministerialentschliessung von 1810 der Sprengel der politischen Gemeinde die Grundlage der Schulsprengeleinteilung bilden solle.[5]) Hinsichtlich der Konfessionalität der Schulen bestimmte Artikel 17 des Entwurfes: »In Schulgemeinden, wo sich Einwohner der verschiedenen öffentlichen Kirchengesellschaften befinden und für die Angehörigen der Konfession der Minderzahl eine eigene Volksschule besteht, haben die schulpflichtigen Kinder der letzteren die Schule ihrer Konfession zu besuchen. Wo nur eine der Konfession der Mehrheit entsprechende Volksschule besteht, können, wenn eine Vermehrung des Lehrpersonals notwendig wird, die Angehörigen der Konfession der Minderzahl die Teilung der Kinder nach Konfessionen und die Aufstellung eines Lehrers ihrer Konfession in Anspruch nehmen, sofern die Zahl der schulpflichtigen Kinder dieser Konfession mindestens ein Drittel der Gesamtzahl der Schulkinder bildet. Wenn aber für die Angehörigen der Konfession der Minderzahl weder eine eigene Volksschule besteht, noch nach Maßgabe des Abs. 2 errichtet werden muss, haben die Kinder derselben die einschlägige allgemeine Volksschule zu

---

1) *Weber* V, S. 391 u. 393.
2) Vgl. Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes v. 15. Oktober 1890 Sammlung Bd. XIII, S. 10 und die dort angeführten Stellen.
3) Vgl. *Seydel,* Bayr. Staatsrecht III², S. 629 f.
4) Entwurf (1867), S. 21.
5) a. a. O. S. 19.

besuchen, in welcher sie jedoch an dem ihnen fremden Religionsunterrichte teilzunehmen nicht verpflichtet sind. Den genannten Konfessionsangehörigen kann übrigens auf Ansuchen gestattet werden, mit einer benachbarten Schule ihrer Konfession in Schulverband zu treten oder eine eigene Schule für sich allein oder in Verbindung mit Konfessionsverwandten anderer benachbarter Orte zu gründen, wenn sie ein den gesetzlichen Bestand der Schule sicherndes Einkommen aufzubringen vermögen. In beiden Fällen sind sie von der Konkurrenz zu den Schullasten ihrer ordentlichen Gemeindeschule befreit.« [1]) Es sollte also in jenen konfessionell gemischten Gemeinden, in denen die Schulen bereits nach Konfessionen getrennt waren, diese Einrichtung aufrechterhalten werden, nicht aus grundsätzlicher Zustimmung zur Konfessionsschule, sondern aus realpolitischen Rücksichten. [2]) In den anderen konfessionell gemischten Gemeinden dagegen, in denen nur eine Schule bestand, sollte durch Artikel 53 der Kreisregierung die Möglichkeit gegeben werden, auch einen Lehrer anzustellen, der nicht der Mehrheitskonfession angehörte, [3]) und dadurch diese bisher konfessionellen Schulen in eigentliche Simultanschulen umzuwandeln; da bei der steigenden Fluktuation der Bevölkerung konfessionell gemischte Gemeinden nicht mehr selten waren, hätte sich daraus eine verhältnismäßig häufige Durchbrechung des Prinzips der Konfessionsschule ergeben. Die Bischöfe Bayerns, die bereits in einer Vorstellung vom 27. Juli 1864 für die Beibehaltung der Konfessionsschule eingetreten waren, [4]) nahmen in einer Denkschrift vom November 1867 [5]) gegen den inzwischen dem Landtag vorgelegten Schulgesetzentwurf Stellung: sie bekämpften in erster Linie die geplante, fast vollständige Beseitigung der geistlichen Schulaufsicht, [6]) wandten sich aber

1) a. a. O. S. 33 f. Eine ähnliche Bestimmung trifft Art. 18 für die Angehörigen nicht-öffentlicher Kirchengesellschaften a. a. O. S. 35.

2) Vgl. die Motive: Zur Beseitigung dieser Einrichtung (konfessionell getrennter Schulen) im Wege des Gesetzes ist kein genügender Anlass gegeben, da dieselbe erfahrungsgemäß den Neigungen der Mehrheit der Bevölkerung entspricht und mit ihren Anschauungen und Gewohnheiten verwachsen ist. Entwurf, S. 34. Dazu *Seydel* a. a. O. S. 632.

3) Entwurf, S. 70/4

4) Volksschulwesen und Kirche in Bayern (1868), S. 119/30; vgl. Archiv für kath. Kirchenrecht 19 (1868), S. 132. Veranlasst war diese Vorstellung in erster Linie durch eine im Jahre 1864 dem König überreichte Denkschrift des bayerischen Lehrervereines, welche für die Simultanschule eintrat. Eine zweite Vorstellung der Bischöfe an den König erfolgte im September 1867 (Volksschulwesen S. 136/43; Archiv a. a. O. S. 124/31).

5) Volksschulwesen, S. 147/67; Archiv a. a. O. S. 137/57.

6) Vgl. die Artikel 101—106 über die Ortsschulkommission und Artikel 115 über die Bezirksschulinspektoren, wodurch die bisherige Vorschrift, dass

auch entschieden gegen die teilweise Preisgabe des Prinzips der Konfessionsschule. In den durch den Entwurf hervorgerufenen parlamentarischen Kämpfen ist die Reichsratskammer unter Führung ihres Referenten, des Bischofs Pankratius von Dinkel im Gegensatz zur Staatsregierung und den Beschlüssen der Abgeordnetenkammer für die Beibehaltung sowohl der geistlichen Schulaufsicht wie des Prinzips der Konfessionsschule eingetreten; hinsichtlich der letzteren hat sie in Artikel 5 die Bestimmung aufgenommen, dass sowohl den bestehenden wie den neu zu errichtenden Volksschulen der konfessionelle Charakter zu wahren sei,[1]) in Artikel 6 aber die Bezeichnung der Volksschulen als Gemeindeanstalten gestrichen und die Forderung aufgestellt, dass der Schulsprengel in der Regel auch »innerhalb eines und desselben Pfarrsprengels gelegt werden« solle.[2]) Da gerade in den wesentlichsten Punkten eine Einigung zwischen beiden Kammern nicht erzielt wurde, scheiterte das geplante Volksschulgesetz[3]) und es wurde seitdem auch nicht mehr versucht, ein solches zustande zu bringen.

Damit waren aber die schulpolitischen Kämpfe noch nicht beendet, denn die Staatsregierung versuchte nunmehr das, was sie durch das Schulgesetz hatte erreichen wollen, soweit als möglich auf dem Verordnungswege durchzuführen. Zunächst hat man in der Pfalz wieder auf den Landratsabschied vom 9. März 1818 zurückgegriffen, um in einer grösseren Anzahl von Gemeinden die konfessionellen Schulen in konfessionell gemischte umzuwandeln. Eine Ministerialentschliessung vom 27. März 1869 erklärte eine solche Umwandlung lediglich dann für ausgeschlossen, wenn stiftungsmässige Bestimmungen im Sinne des § 9 Abs. 4 und des § 10 des IV. Titels der Verfassungsurkunde entgegenstünden. In den übrigen Fällen sei einzige Voraussetzung die Zustimmung aller beteiligten Konfessionen, welche dann gegeben sei, wenn in besonderen Versammlungen der einzelnen Konfessionen mindestens zwei Drittel der volljährigen und selbständigen Männer der betreffenden Konfession anwesend seien und die Mehrheit der Anwesenden sich für die Umwandlung ausspreche.[4])

---

in der Regel Geistliche als solche aufzustellen seien, fallen gelassen wurde: Entwurf S. 119/27 und 131/37.

1) Verhandlungen der Kammer der Reichsräte 1868/69, Bd. VIII, S. 183.

2) a. a. O. S. 199.

3) Ueber den Gang der Verhandlungen vgl. *Seydel* a. a. O. III² S. 631/6.

4) Verhandlungen der Kammer der Abgeordneten 1870/71, Beilagen-Band IV, S. 62 f.

Damit wurde die bisherige Rechtslage in dreifacher Hinsicht zu Gunsten der Simultanschule geändert: fürs erste wurde das in der kgl. Entschliessung vom 7. März 1826 aufgestellte Erfordernis, dass eine Vereinigung nur wegen der zu geringen Kinderzahl einer Konfession oder aus Abgang der Mittel erfolgen solle, beseitigt; sodann wurden in die Vereinigung nicht nur alle christlichen Konfessionen, sondern auch die Israeliten mit einbezogen und in der Folge auch israelitische Lehrer an diesen Schulen angestellt; endlich, und das war das Bedenklichste, konnte durch die Mehrheitsbeschlüsse eine unter Umständen sehr grosse Minderheit majorisiert werden, der dann auch nicht der Ausweg des Besuches einer benachbarten Konfessionsschule offen stand, während nach der kgl. Entschliessung von 1826 jeder Zwang vermieden werden sollte. Gegen die Ministerialentschliessung vom 27. März 1869 hat das bischöfliche Ordinariat Speyer Verwahrung eingelegt und eine Anzahl katholischer Dekane beim Landtag Beschwerde wegen Verletzung verfassungsmäßiger Rechte erhoben, beides vergeblich.[1]) Inzwischen hatte die Agitation für die Simultanschule ihren Fortgang genommen[2]) und die Allerhöchste Verordnung vom 29. August 1873, die Errichtung der Volksschulen und Bildung der Schulsprengel betreffend,[3]) die für Bayern r. d. Rh. und die Pfalz ein einheitliches Recht geschaffen hat, hat ihr in weitgehendem Maße Rechnung getragen. Ihre wesentlichen Bestimmungen sind: Jede Gemeinde soll in der Regel wenigstens eine Volksschule besitzen und mit ihrer Markung einen Schulsprengel bilden. Der Sprengel bezw. Bezirk einer Volksschule erstreckt sich auf alle innerhalb der Grenzen desselben wohnenden Familien ohne Unterschied des Glaubensbekenntnisses, wenn nicht innerhalb einer Gemeinde für die Angehörigen der verschiedenen Kirchengesellschaften gesonderte Volksschulen bestehen (§ 1—6). Die konfessionell getrennten

---

1) Gegenüber der Beschwerde des Ordinariates hat eine neue Ministerialentschliessung vom 19. Oktober 1869 aus dem Landratsabschied von 1818 mit Unrecht sogar ein gesetzliches Recht auf konfessionell gemischte Schulen abgeleitet (Verhandlungen a. a. O. S. 64). Die Beschwerde der Dekane wurde von der Ageordnetenkammer für begründet erachtet (a. a. O. S. 64/7), von der Reichsratskammer aus formellen Gründen (vgl. Seydel I², S. 392) abgewiesen.

2) In München wurde z. B. am 11. Juli 1873 der Beschluss gefasst, zwei Konfessionsschulen in simultane ohne Zwangsbezirk umzuwandeln, und von der Kreisregierung am 28. Juli auch bestätigt, obwohl im Sinne der Verordnung von 1815 durch die Errichtung protestantischer Schulen dem Bedürfnisse hätte abgeholfen werden sollen. Gebele, Schulwesen S. 190.

3) *Weber* X, S. 109/12; auch bei *Graßmann J.*, Schulbedarfgesetz vom 28. Juli 1902 (1903), S. 194/9.

christlichen Schulen können auf Grund eines mit $^2/_3$ bezw. $^3/_4$ Mehrheit gefassten Beschlusses der Gemeindevertretung durch die zuständige Kreisregierung in konfessionell gemischte umgewandelt werden und umgekehrt, eine Beseitigung des konfessionellen Charakters ist aber ausgeschlossen, wenn er stiftungsgemäß festgelegt ist. Wenn eine Gemeinde mit konfessionell gemischter Bevölkerung eine neue Schule aus Gemeindemitteln errichtet, ohne dass hiezu eine rechtliche Verpflichtung (nach den Bestimmungen des Schulbedarfgesetzes) besteht, so kann diese Schule auf Antrag der Gemeindebehörde von der Kreisregierung als eine gemischte erklärt werden (§ 7—9). Konfessionsgenossen, welche Bedenken tragen, ihre schulpflichtigen Kinder in die betreffende allgemeine Volksschule (Simultanschule oder Schule einer fremden Konfession) zu schicken, *kann* auf Ansuchen gestattet werden, mit einer benachbarten Schule ihrer Konfession in Schulverband zu treten oder eine Schule ihrer Konfession für sich allein oder in Verbindung mit Konfessionsverwandten benachbarter Orte aus eigenen Mitteln zu gründen (sogenannte Konfessionssonderschulen, die in bezug auf Dotation, Organisation, Besetzung und Leitung wie die öffentlichen Volksschulen zu behandeln sind: § 11). An Konfessionsschulen dürfen nur Lehrer derselben Konfession angestellt werden; an konfessionell gemischten Schulen mit nur einer Lehrstelle richtet sich die Konfession des anzustellenden Lehrers nach der Mehrheit der schulpflichtigen Kinder; an konfessionell gemischten Schulen mit mehreren Lehrkräften sollen von jeder beteiligten Konfession Lehrer in entsprechender Zahl zur Anstellung gelangen (§ 12). Die Verordnung von 1873 ist aus der damals auch in den Kreisen der bayerischen Staatsregierung herrschenden Kulturkampfstimmung hervorgegangen.[1]) Sie hat für das rechtsrheinische Bayern mit den 1815 für die Schulsprengelbildung ausgesprochenen Grundsätzen vollständig gebrochen, so dass in Zukunft hiefür nur mehr äusserliche, insbesondere räumliche, aber nicht mehr konfessionelle Rücksichten maßgebend sein sollten; sie hat ferner für konfessionell gemischte Gemeinden die konfessonell gemischte Schule der konfessionellen prinzipiell gleichgestellt und dabei auch einen Zwang zum Besuche der Simultanschule ermöglicht, da an Orten mit nur konfessionell gemischten Schulen den andersgesinnten Eltern kein Anspruch auf die Benützung einer benachbarten Schule

1) Vgl. *Seydel* a. a. O. S. 636; *Kißling J. B.*, Geschichte des Kulturkampfes im Deutschen Reich II (1913), S. 412/27.

ihrer Konfession zustand und in Orten mit Simultanschulen neben Konfessionsschulen auch für erstere Zwangsbezirke gebildet werden konnten.[1]) Staatsminister von Lutz hat später mehrmals erklärt, es sei der Grundgedanke der Verordnung von 1873 gewesen, dass auch in Zukunft die konfessionelle Schule die Regel bilden solle und eine Umwandlung von konfessionellen in konfessionell gemischte nur in ausserordentlichen Fällen, namentlich bei einer Unmöglichkeit, die Exigenz für mehrere Konfessionsschulen aufzubringen, eintreten sollte.[2]) In der Verordnung von 1873 war aber von diesen Beschränkungen nichts enthalten, so dass sie auch an solchen Orten zur Einführung von Simultanschulen benutzt werden konnte, wo hiefür keinerlei Notwendigkeit bestand, und tatsächlich gegenüber dem bisherigen Stande eine nicht unbedeutende Vermehrung der Simultanschulen eingetreten ist.[3])

IV. Die Verordnung vom 26. August 1883 und das Schulbedarfgesetz vom 28. Juli 1902.

Die Opposition gegen die Verordnung von 1873 hat sowohl in den katholischen wie in den konservativen protestantischen Kreisen der Bevölkerung sofort eingesetzt. Die Rechtsgültigkeit der Verordnung konnte allerdings nicht mit Erfolg bestritten werden, denn die pfälzische Entschliessung von 1817 und die Verordnung von 1815 hatten nicht die Kraft formeller Gesetze und konnten deshalb auch im Verordnungswege abgeändert werden.[4]) Desto mehr konnte aber gegen den Inhalt der Verordnung eingewendet werden. Die bayerischen Bischöfe erließen im September 1873 einen gemeinsamen Hirtenbrief über die

1) So in München im Jahre 1876: *Gebele*, Schulwesen S. 191; Verhandlungen der Kammer der Reichsräte 1881/82, Protokollen-Bd. I, S. 431.

2) Min.-Entschl. von 1879 bei *Englmann-Stingl* a. a. O. S. 467; Verhandlungen der Kammer der Reichsräte 1881/2 a. a. O. S. 417 und 430.

3) Wie sehr wenigstens anfangs durch die Ministerialpraxis die Simultanschulen als die Schulen der Zukunft gefördert wurden, zeigt die Entschliessung des Kultusministers vom 6. August 1876 in Sachen des Schulfonds in Mittelsinn, welche sich dagegen ausspricht, dass das für die Zwecke der dortigen protestantischen und der katholischen Schule ausgeschiedene Gemeindevermögen als förmlicher katholischer bezw. protestantischer Schulfond behandelt werde: das sei zwar praktisch, aber es läge damit »die Gefahr einer Verstärkung und Verschärfung des konfessionellen Charakters der Schule nahe und es würde der *künftigen Gestaltung der Schulverhältnisse* mit Rücksicht auf die Bestimmung des § 7 Abs. IV der Verordnung vom 29. August 1873 präjudiziert werden«, d. h. es wäre die Umwandlung in Simultanschulen ausgeschlossen. (Luthardt A. E.. Mein Werden und Wirken im öffentlichen Leben [1901], S. 345 Anm. Luthardt war der Führer der protestantischen Konservativen im bayerischen Schulkampfe 1873/83, zuerst auf der Generalsynode, seit 1881 auch im Landtage).

4) *Seydel* a. a. O. III², S. 638 f. u. 649/52; II³ S. 572 f.

Simultanschulen, in dem die prinzipielle Seite der Frage in erschöpfender Weise besprochen wird,[1]) sie wandten sich auch mit einer Vorstellung vom 12. September 1873 an den König, in der sie ebenfalls die grundsätzliche Ablehnung der Simultanschule begründeten und besonders jeden Zwang zum Besuche einer Simultanschule bekämpften.[2]) In der an die Bischöfe gerichteten Ministerialentschliessung vom 7. Dezember 1873 verwies Staatsminister v. Lutz darauf, dass der Simultanschule der christliche Charakter ausdrücklich gewahrt worden sei und sie in nicht geringem Grade dazu angetan erscheine, die für Angehörige eines paritätischen Staates unerlässlich notwendige Tugend der Toleranz zu pflegen und auszubilden. Gegenüber dem Haupteinwand, die Verordnung erhalte nicht allweg die Gewissensfreiheit aufrecht, bemerkt der Minister, die Gewissensfreiheit sei durch den gesonderten Religionsunterricht genügend gewahrt; kraft ihres Organisationsrechtes »wäre die Staatsregierung zweifelsohne jeden Augenblick in der Lage, die konfessionell gemischte Volksschule mit *obligatorischem* Charakter allgemein einzuführen«, durch die Verordnung sei aber nur die Möglichkeit geschaffen, Konfessionsschulen unter bestimmten Voraussetzungen in gemischte Schulen umzuwandeln. Zuletzt weist der Minister darauf hin, dass dann, wenn eine geschlossene konfessionelle Minderheit der Simultanschule abgeneigt sei, die notwendige staatliche Genehmigung versagt werden könne.[3]) Die im Jahre 1873 zu Bayreuth versammelte protestantische Generalsynode sprach ihr Bedauern über die Verordnung aus und ersuchte das k. Oberkonsistorium, bei der k. Staatsregierung dahin zu wirken, dass vor Errichtung einer Simultanschule das Gutachten der kirchlichen Behörden eingeholt werde, ob der Erteilung des protestantischen Religionsunterrichtes keine Hindernisse entgegenstehen, und wo solche konstatiert sind, die Genehmigung versagt werde;[4]) die Generalsynode von Ansbach (1877) trat für eine weitergehende Änderung der Ver-

---

1) Archiv für kath. Kirchenrecht 31 (1874), S. 157/66.

2) a. a. O. S. 167/70.

3) a. a. O. S. 310/17. Im Falle Dittlofsroda versagte der Kultusminister am 3. Januar 1875 unter Hinweis auf seine den Bischöfen gegebene Zusage die Genehmigung, weil die katholische Minderheit gegen die Umwandlung protestierte; im Falle Weiden versagte er am 22. Februar 1875 die Genehmigung, »weil bei der Schärfe, mit welcher anlässlich dieser Antragstellung die konfessionellen Gegensätze in Weiden zutage getreten sind, eine segensreiche Wirkung von der Einführung konfessionell gemischter Schulen nicht zu erhoffen ist« (Luthardt a. a. O. S. 223 Anm. *; Englmann-Stingl a. a. O. S. 470 Anm. 3).

4) *Luthardt* a. a. O. S. 218.

ordnung von 1873 ein, wonach die Konfessionsschule ausdrücklich als die Regel erklärt und die Rechte der Konfessionen bei der Umwandlung in Simultanschulen besser gewahrt werden sollten,[1]) ihr Antrag hatte zunächst aber ebenso wenig einen Erfolg, wie der von 1873.[2]) Im Landtage 1877/81 fand der Beschluss der Abgeordnetenkammer, die Krone um Aufhebung der Verordnung von 1873 zu bitten, nicht die Zustimmung der Kammer der Reichsräte; für die Aufhebung der gemischten Schulen in Großkarlbach (Pfalz) kam zwar ein übereinstimmender Beschluss beider Kammern zustande, demselben wurde aber keine Folge gegeben.[3]) Entscheidend wurden die Verhandlungen während der Landtagssession 1881/2. Die Abgeordnetenkammer beschloss wieder auf Antrag Luthardts, den König um Aufhebung der Verordnung zu bitten.[4]) Die Reichsratskammer nahm dagegen einen Vermittlungsantrag des Präsidenten des protestantischen Oberkonsistoriums Dr. von Meyer an, mit dem sich auch Staatsminister von Lutz einverstanden erklärte und der eine Revision der Verordnung von 1873 unter Anwendung folgender Grundsätze erbat: 1) Die konfessionelle Volksschule bildet die gesetzliche Regel. 2) Bei Bildung der Schulsprengel ist neben den räumlichen Verhältnissen in erster Linie die Konfession der Schulpflichtigen entscheidend. 3) Ausnahmsweise Zulassung einer gemischten Schule hat nur in ausserordentlichen, durch zwingende Verhältnisse bedingten Fällen statt. Vor Errichtung einer solchen Schule ist jedesmal das Gutachten der kirchlichen Oberbehörden darüber zu erholen, ob der Erteilung zureichenden Religionsunterrichtes kein Hindernis im Wege steht; wo ein solches konstatiert ist, ist die Genehmigung zu versagen. 4) Bei bereits bestehenden oder ausnahmsweise künftig zu errichtenden gemischten Schulen findet ein Schulsprengelzwang nicht statt. 5) Gegen die Entscheidungen der Kreisstelle steht der kirchlichen Oberbehörde die Beschwerde zu.[5])

Unter genauem, zum grössten Teil wörtlichem Anschlusse an diese Grundsätze ist die Revision der Verordnung von 1873 durch die neue Allerhöchste Verordnung vom 26. August 1883

1) a. a. O. S. 232/6.
2) Es erfolgte beide Male ein ablehnender Bescheid des Königs: Kgl. Entschliessungen vom 17. August 1876 Ziff. 18 (Kultusministerialblatt S. 265) und 16. Mai 1879 Abs. IV Ziff. 8 (a. a, O. S. 111).
3) *Seydel* III², S. 639 f.
4) a. a. O. S. 640.
5) Verhandlungen der Kammer der Reichsräte 1881/2, Protokollen-Bd. I, S. 399 f. Vgl. *Luthardt* a. a. O. S. 341/4; *Seydel* a. a. O. 640 f.

erfolgt.[1]) Diese gipfelt in zwei Hauptsätzen, dem unverändert aus der Verordnung von 1873 herübergenommenen: »Jede Gemeinde soll wenigstens eine Volksschule besitzen und mit ihrer Gemarkung einen Schulsprengel bilden« (§ 1) und dem neu aufgenommenen: »Die Volksschulen sind regelmässig konfessionelle Schulen« (§ 7 Abs. 1). Da auch die Bestimmung des § 5 beibehalten wurde, dass sich der Sprengel bezw. Bezirk einer Schule auf alle innerhalb der Grenzen desselben wohnenden Familien ohne Unterschied des Glaubensbekenntnisses erstrecke, stehen die beiden Sätze an sich mit einander in Widerspruch,[2]) denn Schule und Schulsprengel sollten entweder beide konfessionell getrennt oder konfessionell gemischt sein. Jedoch ist der Gegensatz für die Praxis in der Hauptsache dadurch behoben, dass in § 3 die Anweisung neu eingefügt wurde: »Bei Bildung neuer Schulsprengel ist neben den räumlichen Verhältnissen in erster Linie die Konfession der Schulpflichtigen entscheidend«, d. h. wenn auch die Schulsprengel im allgemeinen unter Berücksichtigung der Gemeindesprengel zu bilden sind, so sollen sie doch soweit als möglich konfessionell bereinigt werden;[3]) eine absolute konfessionelle Purifikation der Schulsprengel lässt sich bei den heutigen Verhältnissen überhaupt nicht durchführen. Der Ausnahmscharakter der konfessionell gemischten Schulen ist dadurch noch schärfer hervorgehoben, dass nach § 7 Abs. I der neuen Fassung die Umwandlung konfessioneller Schulen in konfessionell gemischte nur »*in ausserordentlichen durch zwingende Verhältnisse bedingten Fällen*« erfolgen soll. Noch in allerjüngster Zeit wurde die Meinung ausgesprochen, dass nach der Verordnung von 1883 überall dort eine Simultanschule errichtet werden müsse, »wo in konfessionell gemischten Gegenden die Gemeinde es wolle«.[4])

---

1) *Weber* XVI, S. 372/5; *Seiler,* Schulbedarfgesetz, S. 465/70.

2) *Seiler* a. a. O. S. 188; *Mayer E.,* Die Kirchenhoheitsrechte des Königs von Bayern (1884), S. 229 f.

3) *Seiler* a. a. O. Jedoch geht Seiler zu weit, wenn er sagt, das Prinzip der konfessionellen Mischung in der Sprengelbildung sei damit wieder aufgegeben; tatsächlich sind die Schulsprengel sehr häufig, vielleicht in der Mehrzahl, konfessionell gemischt, wobei aber der Besuch einer Konfessionsschule durch vereinzelte Kinder einer Minderheitskonfession den konfessionellen Charakter der Schule nicht aufhebt. Zu sehr betont *Mayer* (a. a. O.) den Widerspruch, wenn er zu dem Resultat kommt, dass eine Norm darüber, ob die Konfessionsschule oder die Simultanschule die regelmäßige Form sei, überhaupt nicht bestehe und es im Belieben der Kreisregierung liege, ob sie eine Schule als Konfessions- oder Simultanschule erklären wolle: dann wäre nicht nur § 7 der Verordnung, sondern die ganze Verordnung überflüssig.

4) Abg. Dr. *Casselmann* in der Sitzung der bayerischen Kammer der Abgeordneten vom 13. März 1912, Verhandlungen Bd. I, S. 195.

Soweit ging nicht einmal die Verordnung von 1873, denn sie hat die Entscheidung der Kreisregierung bezw. den höheren Instanzen vorbehalten und es ist der Wille der betreffenden Gemeinden nicht immer erfüllt worden. Um so weniger kann das der Standpunkt der Verordnung von 1883 sein, die neben dem mit qualifizierter Mehrheit ausgesprochenen Willen der Gemeinde auch noch einen ausserordentlichen durch zwingende Verhältnisse bedingten Fall voraussetzt. Wann im einzelnen der geforderte ausserordentliche Fall vorliegt, hat die Verordnung nicht bestimmt, darüber hat also die Kreisregierung nach freiem Ermessen zu entscheiden. Es handelt sich insbesondere darum, ob *schultechnische* Rücksichten für sich allein den Forderungen der Verordnung von 1883 genügen würden. Minister von Crailsheim hat bei der Beratung des Schulbedarfgesetzes im Jahre 1902 in der Reichsratskammer diese Frage bejaht: es könne unter Umständen aus den vom Herrn Referenten vorgeführten schultechnischen Rücksichten vorzuziehen sein, statt einer nicht vollständig besetzten konfessionellen Schule eine mit Lehrkräften vollkommen ausgerüstete Simultanschule einzurichten.[1]) Aber schultechnische Gründe werden sich, wie die Ministerialentschliessung vom 18. Juni 1902[2]) bemerkt, *in der Regel* für die Einrichtung konfessionell gemischter Schulen anführen lassen, denn eine Schule, welche die Kinder beider Konfessionen, also die Gesamtzahl der Schulpflichtigen umfasst, wird naturgemäss vollständiger ausgebaut sein als eine Schule der Minderheitskonfession, bei der es vielfach notwendig sein wird, einzelne Jahrgänge zusammenzulegen oder die Geschlechter nicht zu trennen. Deshalb können schultechnische Rücksichten für sich allein nicht die Bedeutung eines ausserordentlichen und zwingenden Umstandes im Sinne des § 7 Abs. I der Verordnung von 1883 haben. Sie dürfen vielmehr nach der letzterwähnten Ministerialentschliessung nur da in Betracht gezogen werden, wo auch noch andere Gründe die Umwandlung in eine konfessionell gemischte Schule rechtfertigen: als ein solcher zwingender Umstand wurde bereits bei den Verhandlungen in der Reichsratskammer im Jahre 1882 die finanzielle Überlastung der betreffenden Gemeinde bezeichnet, die es ihr unmöglich mache, den Bedarf für mehrere Schulen aufzubringen.[3])

1) Verhandlungen der Kammer der Reichsräte 1901/2, Bd. II, S. 216; *Graßmann,* Schulbedarfgesetz, S. 65; *Seiler* a. a. O. S. 190.
2) *Englmann-Stingl* a. a. O. S. 469 f.
3) Verhandlungen der Reichsratskammer 1881/82 a. a. O. S. 430.

Ob ein solcher Notstand vorhanden ist und ihm nicht etwa auf andere Weise (z. B. durch Zuschüsse aus Kreismitteln) abgeholfen werden kann, hat die Kreisregierung zu prüfen. Die Ministerialentschliessung vom 18. Juni 1902 hält die Umwandlung konfessioneller Schulen in konfessionell gemischte nach der Verordnung von 1883 auch dann für zulässig, wenn »beide Konfessionen in ihrer überwiegenden Mehrheit in dem Wunsche einer konfessionell gemischten Schule einig sind.« [1]) Aber ein derartiger Wunsch ist, auch in Verbindung mit schultechnischen Rücksichten, sicherlich kein zwingendes Verhältnis im Sinne der Verordnung von 1883; er kann deshalb zwar beim Vorhandensein eines wirklichen Notstandes die Umwandlung erleichtern, sie aber nicht ohne Vorhandensein eines Notstandes rechtfertigen. Dass das Widerstreben einer geschlossenen konfessionellen Minderheit gegen die Umwandlung entscheidend ins Gewicht fällt, gilt auch noch nach der Verordnung von 1883. Neu aufgenommen wurde in die genannte Verordnung sodann die Bestimmung, dass vor Umwandlung konfessioneller Schulen in konfessionell gemischte jedesmal das Gutachten der kirchlichen Oberbehörden darüber zu erholen ist, ob im Falle der Umwandlung der Erteilung zureichenden Religionsunterrichtes kein Hindernis im Wege steht (§ 7 Abs. V); wird von der kirchlichen Oberbehörde ein solches konstatiert, so ist die Genehmigung zu versagen und falls das Gutachten einer kirchlichen Oberbehörde unberücksichtigt geblieben ist, hat sie nach einer ebenfalls neuen Bestimmung des § 14 das Recht der Beschwerdeführung an das Kultusministerium, welches in zweiter und letzter Instanz entscheidet. Unter allen Umständen ist — wie vorher auch — die Umwandlung dann ausgeschlossen, wenn bei der einen oder anderen konfessionellen Schule stiftungsmäßige Bestimmungen hindernd im Wege stehen (§ 7 Abs. VI). Unverändert blieb § 9, wonach eine Schule, die von einer Gemeinde mit konfessionell gemischter Bevölkerung aus Gemeindemitteln errichtet wurde, ohne dass ihr hiezu eine rechtliche Verpflichtung obliegt, auf Antrag der Gemeindebehörde als eine gemischte erklärt werden kann; dabei ist jedoch immer noch die Anweisung einer Ministerialentschliessung von 1879 zu beachten, dass dies nur dann geschehen soll, wenn besondere örtliche Verhältnisse ein Abweichen von der Regel der konfessionellen Schule als geboten erscheinen lassen. [2]) Durch die

1) *Englmann-Stingl* a. a. O. S. 470.
2) a. a. O. S. 467.

Gesamtheit der bisher erwähnten Vorschriften hat die Verordnung von 1883 das Prinzip der konfessionellen Schule nicht nur ausdrücklich festgelegt,[1]) sondern auch dessen Durchführung soweit als möglich gesichert; sie hat die Simultanschule nicht ganz beseitigt, aber doch auf ein bescheideneres Maß — auf wirkliche Ausnahmefälle — zurückgeführt.[2])

Es ist nur eine Folgerung aus dem Prinzip der Konfessionsschule, dass ein Zwang zum Besuche einer Simultanschule (wie zum Besuche der Schule einer fremden Konfession) solange nicht eintreten darf, als der Besuch einer Schule der eigenen Konfession möglich gemacht werden kann. Durch eine entsprechende Abänderung des § 11 hat die Verordnung von 1883 auch diesen Grundsatz durchgeführt. Sie hat ausgesprochen, dass den Mitgliedern der einen oder andern Konfession, welche Bedenken tragen, ihre Kinder in die gemeinsame Volksschule zu schicken, der Besuch einer benachbarten Schule ihrer Konfession gestattet werden *muss,* wenn die gesetzliche Vertretung dieser benachbarten Volksschule zustimmt und die Schulraumverhältnisse nicht absolut hindernd im Wege stehen, sowie dass bei einer Mehrzahl von Schulen in einer Gemeinde ein Zwang für die Eltern, ihre Kinder in eine konfessionell gemischte Schule zu schicken, nicht geübt werden darf.

Die Verordnung von 1883 wies in einem Punkte eine bedeutsame Lücke auf, die sich im Laufe der Zeit immer häufiger fühlbar machte: wenn in einer Gemeinde nur Schulen einer Konfession bestanden, aber doch Schulpflichtige einer andern Konfession vielleicht in beträchtlicher Anzahl vorhanden waren, so gab es weder nach dem Schulbedarfgesetz von 1861 noch nach der Verordnung von 1883 eine Möglichkeit, die betreffende Gemeinde zur Bereitstellung der Mittel für eine eigene Schule der Minderheitskonfession zu zwingen; auch in grösseren Städten, in denen bereits Schulen verschiedener Konfession bestanden, war für Schulen der Minderheitskonfession nicht immer genügend gesorgt. Diese Lücke wurde durch Artikel 5 Absatz III des Schulbedarfgesetzes vom 28. Juli 1902 ausgefüllt. Der erste Satz regelt

1) Eine *gesetzliche* Festlegung, wie die Reichsratskammer es gewünscht hatte (Verhandlungen a. a. O. S. 399; *Seydel* a. a. O. S. 641 Anm. 188), ist jedoch die Verordnung von 1883 nicht.

2) Im Jahre 1911/12 bestanden in Bayern 7651 öffentliche und 76 private Volksschulen; davon waren 5480 katholisch, 1905 protestantisch, 81 israelitisch und 201 simultan (Statist. Jahrbuch für das Kgr. Bayern XII [1913] S. 313); wie sich die Simultanschulen auf die öffentlichen und die privaten verteilen, ist aus der Statistik nicht ersichtlich.

die Errichtung einer Schule der Minderheitskonfession in Gemeinden, in denen bisher nur Schulen der Mehrheitskonfession bestanden: »Wenn in einer Gemeinde oder Ortschaft oder in mehreren im Umkreise von dreieinhalb Kilometern gelegenen Gemeinden, Ortschaften, Weilern und Einzelhöfen, für welche lediglich Konfessionsschulen errichtet sind, zusammen nach fünfjährigem Durchschnitte mindestens fünfzig schulpflichtige Kinder der in der Minderheit befindlichen Konfession vorhanden sind, und ihnen nicht eine Schule ihrer Konfession bis zur Entfernung von dreieinhalb Kilometern zur Verfügung steht oder durch eine zweckmäßige Umschulung zugänglich gemacht werden kann, so können die beteiligten Gemeinden zur Bereitstellung der Mittel zur Errichtung einer Schule dieser konfessionellen Minderheit angehalten werden.« Der zweite Satz bestimmt, dass Gemeinden, in denen sich zwar bereits Schulen verschiedener Konfession befinden, aber doch Schüler einer Konfession in grösserer Anzahl die Schulen einer anderen Konfession besuchen müssen, weil ihnen der Besuch der Schule der eigenen Konfession erheblich erschwert ist, zur Errichtung weiterer Schulen oder Schulklassen für die konfessionelle Minderheit angehalten werden können, sofern eine Abhilfe mittels einer anderen Schuleinteilung nicht möglich ist.[1]) Diese Bestimmungen sollen, wie bei den Beratungen des Schulbedarfgesetzes allseits anerkannt wurde, an den Grundsätzen der Verordnung von 1883 nichts ändern, sondern sie nur ergänzen; sie sollen insbesondere die Neuerrichtung von Simultanschulen nicht absolut ausschliessen. Wenn deshalb einer Gemeinde auf Grund des Artikels 5 Abs. III des Schulbedarfgesetzes die Errichtung einer Konfessionsschule angesonnen wird, so kann sie diesem Ansinnen der Kreisregierung dadurch begegnen, dass sie die Errichtung einer Simultanschule beschliesst. Die Kreisregierung hätte dann zu prüfen, ob in dem vorliegenden Falle die in der Verordnung von 1883 geforderten Voraussetzungen gegeben sind und nur, wenn dies der Fall ist, kann sie die Errichtung der Simultanschule genehmigen; dann ist für die Anwendung des Artikels 5 Absatz III kein Raum mehr gegeben, denn es fehlt die Voraussetzung, dass die Schüler der Minderheitskonfession die Schule der konfessionellen Mehrheit besuchen müssen. Findet dagegen die Kreisregierung, dass die Errichtung einer Simultanschule nach der Verordnung von 1883 nicht zu-

1) *Seiler,* Schulbedarfgesetz, S. 168; *Graßmann,* Schulbedarfgesetz, S. 57. Vgl. *Englmann-Stingl,* a. a. O. S. 476/9.

lässig ist, so hat sie die Genehmigung dazu zu versagen und die betreffende Gemeinde ist nunmehr verbunden, die Mittel für eine eigene Konfessionsschule für die Minderheit bereit zu stellen.[1]) Der Artikel 5 Absatz III des Schulbedarfgesetzes gibt also kein absolutes Recht auf eine eigene Konfessionsschule; aber er statuiert unter Umständen eine gesetzliche Pflicht der Gemeinden gegenüber der Regierung, die Mittel für Errichtung einer Konfessionsschule bereit zu stellen und bedeutet daher eine weitere Sicherung des Bestandes der Konfessionsschulen.[2])

Somit ist die gegenwärtig in Bayern bestehende Rechtslage, wie sie durch die Allerhöchste Verordnung vom 26. August 1883 und durch Artikel 5 Absatz III des Schulbedarfgesetzes vom 28. Juli 1902 geschaffen wurde, für die konfessionelle Schule im allgemeinen günstig. Aber es ist noch lange nicht alles getan, was für die dauernde Erhaltung der Konfessionsschule notwendig ist und zwei Forderungen sind es vor allem, die in dieser Hinsicht immer wieder erhoben werden müssen, bis sie erfüllt sind. Fürs erste ist darauf hinzuweisen, dass das Prinzip der Konfessionsschule lediglich durch eine Verordnung festgelegt ist und deshalb auch auf dem bloßen Verordnungswege ganz oder teilweise wieder beseitigt werden kann. Die Geschichte der bayerischen Schulpolitik im 19. Jahrhundert zeigt, wie gross bei den wechselnden Zeit- und Parteiströmungen diese Gefahr ist; deshalb wäre dringend zu wünschen, dass dieser wichtigste Punkt des bayerischen Volksschulrechtes *gesetzlich* festgelegt und dadurch besser als bisher gesichert wird.[3]) Sodann ist zu beachten, dass das Wesen der Konfessionsschule nicht dadurch erschöpft ist, dass an ihr nur Lehrer der betreffenden Konfession angestellt werden können: zur Konfessionsschule im wahren Sinne des Wortes gehört mehr, gehört auch Unterricht und Erziehung im Geiste der betreffenden Konfession. Da gilt insbesondere, was die Ministerialentschliessung vom 27. März 1869 ausführt, dass die religiös-sittliche Bildung der Jugend im Sinne und Geiste der verschiedenen Religionsbekenntnisse, wenn auch vorzugsweise

---

1) Siehe die Ausführungen des Staatsministers *von Crailsheim*, Verhandlungen der Reichsratskammer 1901/2, II. Bd., S. 216 ff.; *Seiler* a. a. O. S. 190 f.; *Graßmann* a. a. O. S. 65 f.

2) Vgl. die ausführlichen Darlegungen bei *Seiler* a. a. O. S. 191/3; *Graßmann* a. a. O. S. 67.

3) Vgl. den am 11. März 1912 in der Abgeordnetenkammer des bayr. Landtages gestellten Antrag Dr. *Pichler* u. Gen. betr. Vorlage eines Gesetzes über die Regelung des bayerischen Volksschulwesens (Verhandlungen 1912, I, S. 188/209).

und zunächst, doch nicht allein und ausschliesslich durch den Religionsunterricht vermittelt wird, sondern auf dieselbe auch bei den anderen Unterrichtsgegenständen, soweit sich hiezu Anlass bietet, gebührend Rücksicht genommen werden muss.[1]) Gerade darin ist ja die Notwendigkeit der konfessionellen Schulen begründet und ohne diesen durchgängigen Unterricht im Geiste der betreffenden Konfession ist die konfessionelle Schule nur eine Schale ohne Kern. Ich will hier nicht die Frage erörtern, ob das nicht bereits bei manchen unserer Konfessionsschulen, namentlich in Großstädten, der Fall ist. Sicher ist, dass für einen derartigen Unterricht u. a. auch *konfessionelle Lesebücher* notwendig sind. In Anerkennung dieses Standpunktes hatte die Ministerialentschliessung vom 30. April 1861 die genehmigten Schulbücher und Hilfsmittel für die katholischen und protestantischen Schulen getrennt aufgeführt.[2]) Die Ministerialentschliessung vom 21. Oktober 1873 hat diese Unterscheidung nur mehr vereinzelt, die meisten Lehrbücher sind bereits simultan,[3]) und nach der gegenwärtigen Praxis sind in unseren Konfessionsschulen simultane Lesebücher durchweg die Regel. Mit dem Prinzip der Konfessionsschule ist dieser Zustand nicht vereinbar, darüber sind alle Freunde der Konfessionsschule einig.[4]) Es wäre deshalb wiederum dringend zu wünschen, dass den neuerlichen Bestrebungen nach Wiedereinführung konfessioneller Lesebücher in den Konfessionsschulen[5]) ein Erfolg zuteil würde.

---

1) Verhandlungen der Kammer der Abgeordneten 1870/71, Beilagenband IV, S. 62.

2) Abgedruckt in sämtlichen Kreisamtsblättern des Jahres 1861, s. *Englmann-Stingl*[8], (1888), S. 364.

3) Kultusministerialblatt, S. 363/430.

4) Vom konservativen protestantischen Standpunkte aus wandte sich Luthardt gegen simultane Lesebücher: *Luthardt*, Mein Werden und Wirken, S. 356 f.

5) Vgl. die Petition des Landesverbandes der katholischen geistlichen Schulvorstände Bayerns an den Landtag in dieser Sache: Christliche Schule V (1914), S. 267/9. Der katholische Lehrerverein Bayerns hat bereits den Entwurf eines Lesebuches für katholische Volksschulen vorgelegt.

---

2. Römische Rotaprozesse aus den sächsischen Bistümern von 1464—1513.

Regesten aus dem Archive der Römischen Rota.

Von Professor Dr. *Nikolaus Hilling* in Bonn.

Vorbemerkung.

Während meines Aufenthaltes in Rom vom Anfange des Jahres 1903 bis zur Mitte 1904 habe ich aus den unfangreichen Beständen des Rotaarchivs das Material für die Prozesse der sächsischen Bistümer aus der Zeit von 1464—1513 ausgezogen. Ausser dem lokalgeschichtlichen Interesse, das jeder nach Rom gebrachte Prozess des Mittelalters in grösserem oder geringerem Maße beansprucht, leitete mich vor allem die Absicht, die Tätigkeit des obersten Gerichtshofes der Kurie an der Hand eines grösseren, ein geschlossenes Gebiet umfassenden Aktenmaterials zu untersuchen, um dadurch die auf Grund der rein juristischen (Gesetzes)quellen gewonnenen Resultate zu ergänzen und zu vertiefen. Für den tatsächlichen Zustand der Römischen Rota am Ausgange des Mittelalters, insbesondere für die Geschichte der Deutschen an der Kurie, gewähren diese Materialien wichtige Beiträge. Da sich die Rotaprozesse unserer Periode weit überwiegend mit Pfründenstreitigkeiten beschäftigen, berühren sie aber auch das Gebiet der allgemeinen Kirchengeschichte. Die schlimme, für die Seelsorge und den Gottesdienst wie für die Einigkeit unter dem Klerus gleich unheilvolle Praxis der Pfründenhäufung und der Pfründenstreitigkeiten am Ende des Mittelalters wird durch unsere Prozessakten grell beleuchtet. Am deutlichsten sticht aus ihnen die Tatsache hervor, dass die römischen Kurialbeamten in erster Linie an den Pfründenprozessen beteiligt waren.

Als erstes Ergebnis der genannten Nachforschungen im Rotaarchiv veröffentlichte ich im Jahre 1908 in der Sammlung ›Reformationsgeschichtliche Studien und Texte‹ von *Joseph Greving* die Schrift »Die römische Rota und das Bistum Hildesheim am Ausgange des Mittelalters (1464—1513). Hildesheimische Prozessakten aus dem Archiv der Rota zu Rom«. In diesem Buche habe ich ausführlich über den gesamten Aktenbestand

des römischen Rotaarchivs, über die Gerichtsverfassung und das Gerichtsverfahren der Rota gehandelt und im Schlusskapitel der textlichen Darstellung auch die Bedeutung der Rotaprozesse für die Kirchengeschichte des ausgehenden Mittelalters zu schildern versucht. Da die dort gemachten Ausführungen auch für das allgemeine Verständnis der nachfolgenden Regesten dienlich sind, erlaube ich mir, an dieser Stelle darauf zu verweisen. Ausserdem nenne ich als wichtiges Hilfsmittel für die Kenntnis der römischen Prozessakten das neu erschienene Werk von *F. Egon Schneider,* Die Römische Rota. Nach geltendem Recht auf geschichtlicher Grundlage dargestellt. I. Bd.: Die Verfassung der Rota. [Veröffentlichungen der Görres-Gesellschaft, Sektion für Rechts- und Sozialwissenschaft 22]. 1914.

Nur einige Worte seien mir für die unmittelbare Einführung gestattet. Der fragmentarische Charakter der erhaltenen Rotaakten springt in den Regesten sofort in die Augen. Mit ganz geringer Ausnahme sind sämtliche Materialien den sog. Manualia entnommen d. i. den Hand- oder Protokollbüchern, in welche die Notare der Rota alle Prozesshandlungen eintragen mussten. Wenn auch die bekannte Bulle Johanns XXII. »Ratio iuris« § 26 vom 16. November 1331 es den Notaren zur Pflicht machte, die Prozessakte »clare, distincte ac substantialiter« zu protokollieren, so liegt es doch in der Natur der Sache, dass diese Manualnotizen sehr kurz und summarisch gehalten sind. Ihr Zweck war eben nur, ein juristisches Beweismittel für die Vornahme der betreffenden Prozesshandlung zu schaffen, wofür einige kurze Sätze oder nicht selten sogar einige Worte genügten. So zahlreich daher auch die Eintragungen in den Manualia sind, so würden sie uns doch über den inneren Zusammenhang des Prozesses, z. B. über die Stellung der Parteien zueinander, falls mehr als zwei Prozessparteien vorhanden sind, über den genauen Klaggegenstand und den Klaggrund, in vielen Fällen selbst dann nur eine dürftige und unvollkommene Auskunft erteilen, wenn sie auch vollständig erhalten wären. Um daher ein völlig zutreffendes Bild von jedem einzelnen Prozesse zu erhalten, bedürfen unsere Veröffentlichungen der Ergänzung aus anderen Quellen, namentlich den heimatlichen Archiven und den lokalen Geschichtswerken. Nur in einzelnen Fällen, wo mir die gedruckten Quellen leicht zur Verfügung standen, habe ich auf diese hingewiesen.

Eine wörtliche und vollständige Wiedergabe aller in den Manualia und den übrigen Quellen des Rotaarchivs — Com-

missiones und Sententiae — enthaltenen Materialien war wegen der unzähligen Wiederholungen und vieler ganz gleichgültiger Vermerke von vorneherein völlig ausgeschlossen. Ich habe mich auf die Hervorhebung des Wichtigsten beschränkt, wie dies ja dem Charakter einer Regestenarbeit entspricht.

In den folgenden Publikationen sollen nach dem Muster der Hildesheimischen Darstellung die Prozessakten aus den Diözesen *Halberstadt, Münster, Paderborn, Osnabrück* und *Minden* in tabellarischer Form mitgeteilt werden. Für jedes Quartalheft dieser Zeitschrift ist die Behandlung einer Diözese in Aussicht genommen. Am Schlusse sollen die wichtigsten Resultate in einer kurzen Übersicht über sämtliche fünf Bistümer zusammengefasst werden.

Erklärung der Abkürzungen.

A. R. = Archivium notarile Rotae.
cl. = clericus.
not. pal. = notarius causarum palatii Apostolici, amtliche Bezeichnung der Rotanotare.
presb. = presbyter.
proc. caus. = procurator causarum, Prokurator an der Rota.
proc. substit. = procurator substitutus, Stellvertreter des von den Parteien beauftragten Prokurators.
R. p. d. = Reverendus pater dominus, Ehrentitel der Auditoren der Rota und anderer Würdenträger der Kirche.

I. Die Diözese

Numerus	Ao.	Titulus causae	Partes litigantes	Procuratores partium a) Actoris	b) Rei
1.	15. VIII. 1466 | 4. V. 1467	Praeposi-turae s. Boni-facii (Stift St. Boni-facii in Halberstadt)	Baltas. de Nienstedt ca Conrad. de Meinsleve	1. Mag. Dithmar. Calde, proc. caus.	1. Petrus de Wesalia, proc. caus.
2.	21. XI. 1468 | 13. XII. 1468	Spolii seu perceptionis fructuum		1. Nicolaus	
3.	21.I.1469	Ecclesiae s. Leonardi	Joh. Bruns	1. Heining. Schulte 2. Theoder. Clinckrode, substit. 3. Joh. Fust, substit. 4. Joh. Langen, subst. Theod. Clinckrode 5. Franc. For-nerii	
4.	14. II. 1474	Nullitatis ac damnorum et interesse	Henr. Koler	1. Herm. de Bichlingen 2. Dithmar. Calde, subst. 3. Gerwin. Mit-teken, subst. 4. Henr. Hol-scher, substit.	
5.	28.I.1474 | 29. IV. 1474	Spolii admini-strationis praepositu-rae et iuris distribuendi denarios sep-timaniales (Domprop-stei in Hal-berstadt)	Herm. Pywer-ling ca Henr. Gerwen	1. Franc. Forne-rii, proc. caus. 2. Marc. Inder-lingen, proc. caus. 3. Joh. Gerona, proc. caus. 4. Guillelm. de Mota, proc. caus. 5. Anton. de Eugubio, proc. caus.	1. Henr. Steyn-wech 2. Joh. Kirchhoff 3. Joh. Iwen 4. Joh. Gerona, proc. caus. 5. Henr. Bol-bertz, proc. caus. 6. Guillelm. de Mota, proc. caus.

Halberstadt.

Testes		Jura producta	Annotationes	Fontes
a) pro Actore	b) pro Reo			
1. Joh. Jude, cantor et can. ecclesiae s. Martini Heiligenstaden. dioec. Magunt.		4. V. 1467 Dithmar. Calde produci fecit quoddam sumptum de registro bullarum extractum clausum necnon processum domini Balthasaris de Nienstedt.		A. R. Manuale 1
			21. XI. 1468 citatio coram audientia contradictarum	A. R. Manuale 2
				A. R. Manuale 2
				A. R. Manuale 8
	1. Joh. Swippe, cl. dioec. Magunt. 2. Joh. Rusthart, cl. dioec. Colon.		16. II. 1474 instante Henr. Steynwech compellitur Cornelius Wilhelmi, qui dedit mandatum procurationis R. p. d. Archiepiscopi Magdeburgensis, Primatis Germaniae, in membranis scriptum et per Ludolph. Nagel, cl. Minden. dioec., notarium subscriptum. 1. IV. 1474 decanus Beatae	A. R. Manuale 8

Numerus	Ao.	Titulus causae	Partes litigantes	Procuratores partium	
				a) Actoris	b) Rei
				6. Marc. Hering, proc. caus. 7. Nicol. de Parma, proc. caus. 8. Leonard. de Stephaninis, proc. caus. 9. PaulusDrenglen, proc.caus.	7. Renatus Vinrani 8. Ditmar. Calde, proc. caus. 9. Otto de Specke, not. palat. 10. Joh. Rusthart, cl. Colon.
6.	5. XII. 1477 | 12. I. 1478	Vicariatus s. Erasmi (vielleicht in der Martinikirche zu Halberstadt)	Michael Wernerii		
7.	14. XI. 1479	Ecclesiae in Esmersdorff	Christian. Rave	1. Joh. Fust.	
8.	14. I. 1480	Capellae s. Leonardi extra muros Brunswicen. (Hospital St. Leonhard)	Henning. Monnick (?)	Wasmod. Heylingmann	
9.	10. VII. 1480 | 26. VIII. 1480	Vicariae in Helmstede	Ericus de Schenke ca Theoder. Bremer	1. Joh. de Petra 2. Amelung. Amelungi	
10.	25. VI. 1483	Parochialis ecclesiae in Horneborg	Nicolaus Stange	1. Joh. Engelhardi	
11.	27. I. 1484 | 20. II. 1484	parochiae s. Katherinae		1. Mag. Joh. Wideman 2. Theoder. Arndes	2. Joh. Laurentii
12.	12. VII. 1484	Vicariae in ecclesia s. Nicolai			
13.	12. X. 1484 | 17. IV. 1486	Capellae apud Horneburch	Yvo Wittig	1. Anton. de Eugubio 2. Joh. Gerona 3. Laurent. Algast	1. Henr. Hokesow 2. Mag. Simon Volsken

Testes		Jura producta	Annotationes	Fontes
a) pro Actore	b) pro Reo			
			Mariae Virginis Halb. deputatur in iudicem compulsorialium.	
			5. XII. 1477 principalis obtinuit processum per audientiam contradictarum. 12. I. 1478 idem obtinuit terminum ad producendum omnia.	A. R. Manuale 5
			14. XI. 1479 proc. obligavit se de ratihabendo.	A. R. Manuale 12
				A. R. Manuale 10
				A. R. Manuale 10
				A. R. Manuale 11
			27. I. 1484 commissio nova praesentatur. 14. II. 1484 conclusio in causa.	A. R. Manuale 13
			12. VII. 1484 commissio nova praesentatur.	A. R. Manuale 13
1. Henr. Flor, cl. Halb. dioec. 2. Mathaeus	1. Joh. Brawe, cl. Magunt. dioec.		23. III. 1485 Simon Volske proc. obtinuit concludi et pronuntiari sententiam.	A. R. Manuale 14

Numerus	Ao.	Titulus causae	Partes litigantes	Procuratores partium	
				a) Actoris	b) Rei
				4. Henr. Springk 5. Gerw. Mitteken 6. Joh. Fabri de Fulda 7. Nicol. Sculteti 8. Conrad. Lebenthor, substit. Nicolai Sculteti	
14.	2. III. 1487 | 1. IV. 1488	Stendaliensis vicariae pro Conrado seu Vicariae decem millium Martyrum	Joh. Asleve	1. Conrad. Millies 2. Nicol. Foqueti, substit. 3. Nicol. Francken, substit. 4. Joh. Fabri, substit. 5. Petrus de Luca, substit. 6. Rabadus Bremer, substit. 7. Jeremias de Walteriis, substit. 8. Anton. Regewal (?) substit.	
15.	24. I. 1488 | 25. V. 1491	Spolii bonorum	Bosso et Heyno Wiszenhoven	1. Nicol. Sculteti	
16.	20. II. 1488 | 4. III. 1488	Haereditatis	Siffridus de Hoym ca Gevehardum et Joh. de Hoym et Hintzonem de Stameren eorumque coniuges	1. Nicol. Sculteti	

Testes a) pro Actore	Testes b) pro Reo	Jura producta	Annotationes	Fontes
Sartoris, cl. Havelberg. dioec.	2. Henr. Rungen, cl. Halb. dioec. 3. Nicol. Rapin, cl. Havelberg. dioec.		11. IV. 1485 idem obtinuit decerni literas executoriales. 16. IV. 1485 idem repetiit executoriales. 17. IV. 1486 conclusio in causa.	
			2. III. 1487 commissio nova praesentatur. Item 1. IV. 1488.	A. R. Manuale 15
			24. I. 1488 commissio nova praesentatur. Item 25. V. 1491.	A. R. Manualia 15 u. 21
			20. II. 1488 commissio nova praesentatur. 4. III. 1488 Nicol. Sculteti proc. iuravit in animam principalis, quod non speraret consequi iustitiae complementum in partibus. Super non tuto accessu ad adversarios produxit Andream Gronewolt, rectorem parochialis ecclesiae in Anderbeck, dioec. Halb., et Jacob. Zwyn, cl. Halb. civit. Edictum publicum in	A. R. Manuale 15

Numerus	Ao.	Titulus causae	Partes litigantes	Procuratores partium a) Actoris	b) Rei
17.	12. IV. 1488	Parochialis in Wolmerstede (Wolmirstedt)	Nicol. Sculteti		
18.	12. IV. 1488	Vicariae in Gardeleve (Gardelegen)	Nicol. Sculteti		
19.	7. I. 1489 | 8. IV. 1489	Stendaliensis vicariae s. Andreae		1. Nicol. Sculteti 2. Joh. Copis	1. Conrad. Millies 2. Joh. Bledergen
20.	22. V. 1490 | 12. XII. 1491	Archidiaconatus Balsamiae (Balsamgau)	Egerdus Durkopp, Epus Sleswicensis, ca Jacobum de Amendorp	1. Herm. Cock	1. Nicol. Sculteti
21.	13. X. 1490	Vicariae corporis Christi	Conradus Millies		
22.	16. X. 1490 | 3. I. 1491	Parochialis in minori Lochten (Klein-Lochten)	Ludolph Berthonick (?)	1. Petrus Wulkow, proc. caus. 2. Heining. Frideman, proc. caus. 3. Bern. Egebrecht, proc. caus. 4. Joh. Moninck, proc. caus.	

Testes a) pro Actore	Testes b) pro Reo	Jura producta	Annotationes	Fontes
			ecclesia cathedrali Halb. et parochiali s. Benedicti oppidi Quedlinborch, dioec. Halb.	
				A. R. Manuale 14
				A. R. Manuale 15
			2. IV. 1489 Conradus Millies renuntiavit appellationi.	A. R. Manuale 15
1. Heining. Jarmarckt, can. Halb. 2. Henr. Floir, cl. Halb.		6. X. 1490 Nicol. Sculteti produci fecit duas regulas Cancellariae, unam de annali et reliquam de triennali. Item 21. XI. 1490 instrumentum collationis et provisionis factae de beneficiis per Epum sive Administratorem Halb. pro dom. Jacobo Amendorp necnon instrumentum apprehensae possessionis per Jacobum praedictum.	18. VII. 1491 commissio nova praesentatur. 12. XII. 1491 commissio dependens praesentatur.	A. R. Manuale 21
			13. X. 1490 principalis obtinuit processum per audientiam contradictarum.	A. R. Manuale 22
			16. X. 1490 Ludolphus principalis iuravit paupertatem.	A. R. Manuale 21

Numerus	Ao.	Titulus causae	Partes litigantes	Procuratores partium	
				a) Actoris	b) Rei
23.	17. II. 1491 | 24. V. 1491	Bonorum parsimonialium ac spolii in Gerenrode	Episcopus et capitulum dioecesis Halberstadensis	1. Mag. Nicol. Sculteti	1. Herm. Cock
24.	11. VI. 1491 | 12. VI. 1491	Parochialis in Wonsch (Ober- oder Nieder-Wünsch)	Georg. Kauffman		
25.	12. VI. 1491 | 21. X. 1491	Parochialis (vicariae) in Glina(Gleina)	Mag. Joh. Engelhardi		
26.	18. VII. 1491	Altaris sanctarum Agathae, Caeciliae et Agnetis			
27.	1. X. 1492 | 31. I. 1493	Archidiaconatus in Utzleve	Nicol. Sculteti ca Henning. Jarmarkt	1. Wigand. de Sale, proc. caus. 2. Nicol. de Parma, proc. caus. 3. Laurent. Algast, proc. caus. 4. Petr. de Aretio, proc. caus. 5. Joh. Weydeman, proc. caus. 6. Joh. Fabri, proc. caus. 7. Georg. Doleatoris, proc. caus.	1. Conrad. Luberen 2. Theoder. Raven
28.	10. VII. 1493 | 31. XII. 1507	Parochialis in Stafforde (Stasfurt)	Tilmann. Vitzenhagen ca Bartoldum Woltman	1. Wigandus de Sale	1. Conrad. Luberen
29.	7. II. 1494 | 18. IV. 1496	Nemorum et pascuorum Osterwyck (Osterwick)	Abbas et conventus in Walkenride ca	1. Conrad. Luberen	1. Nicol. Sculteti

Testes a) pro Actore	Testes b) pro Reo	Jura producta	Annotationes	Fontes
1. Conrad. Nicolai, laic. Halb.			24. V. 1491 Mag. Nicolaus Sculteti proc. appellavit a sententia definitiva, dominus auditor dedit reverentiales.	A. R. Manuale 22
			12. VI. 1491 principalis obtinuit citationem ad partes.	A. R. Manuale 24
1. Georg. Kaufman, cl. Herbipol.			21. X. 1491 Mag. Joh. Engelhardi repetiit citationem et obtinuit processum per audientiam contradictarum.	A. R. Manuale 24'
			18. VII. 1491 commissio nova praesentatur.	A. R. Manuale 23
1. Mathias Langer 2. Daniel Zachariae	1. Henr. Attenbüttel, laic. Halb. dioec. 2. Joh. Sander, cl. Magunt. dioec. 3. Joachim Appelman, cl. Magunt. dioec. 4. Theoder. Eynem	11. I. 1493 Conrad. Luberen produci fecit quoddam sumptum novae provisionis Henningi Jarmarkt.	31. I. 1493 Conrad. Luberen appellavit in scriptis a definitiva sententia contra partem suam lata.	A. R. Manuale 28
				A. R. Manualia 28 u. 64
1. Theoder. de Eynem, notar. palat.		23. II. 1495 Conrad. proc. produci fecit quendam processum de partibus	11. I. 1496 citatur Conrad. Lubberen ad videndum absolvi proconsules et consules	A. R. Manualia 32 u. 35

Numerus	Ao.	Titulus causae	Partes litigantes	Procuratores partium a) Actoris	b) Rei
			Consules, proconsules totumque consulatum ac totam communitatem oppidi Osterwick		
30.	22. II. 1494 | 29. XII. 1497	Villae Velpke et attinentium	Georg. de Bulow ca Heylawich de Bodendick eiusque filios Gunth., Alveric. et Joh. de Bodendick	1. Thom. Regis	1. Conrad. Lubberen 2. Mentzo Depholt
31.	4. VI. 1494	Parochialis in Someringe (jetzt wüst)	Tilman. Wedekind ca Niol. Tilmanni	1. Joh. Schutz	1. Nicol. Sculteti

Testes a) pro Actore	Testes b) pro Reo	Jura producta	Annotationes	Fontes
2. Daniel Zachariae 3. Herm. Bonekarl 4. Joh. de Erffa 5. Lucas Ottonis		coram domino praeposito ecclesiae sancti Severi Erfordensis Magunt. dioec. iudice Apostolico habitum.	et totam communitatem seu universitatem oppidi Osterwyck. 14. IV. 1496 Taxatio expensarum.	
1. Henr. Hindenborch, can. s. Crucis Hildes. 2. Herm. Goltbeke cl. Verd. dioec. 3. Theoder. Bere cl. Minden. dioec. 4. Henning. Scharkop, cl. Hildes. dioec. 5. Albert. Krantz, cl. Verden. dioec. 6. Bernard. Bordenow, cl. Verden. dioec. 7. Henr. Snitker, cl. Verden. dioec.	1. Heining. Osthusen, cl. Hildes. dioec. 2. Henr. Bode, cl. Hildes. dioec. 3. Theoder. Eynem 4. Ludov. Brunswick, cl. Hildes. dioec. 5. Joachim Clitzinck, cl. Havelberg. dioec. 6. Herm. Schebbeker, cl. Minden. dioec. 7. Eggerd. Bertoldi, laic. Minden. dioec.	4. V. 1495 Thomas Regis proc. produci fecit quendam processum de partibus clausum et sigillatum sigillo officialatus Hildes. 29. XI. 1497 leguntur literae executoriales alias in causa huiusmodi per dom. Theoder. de Alten, archidiaconum in Tzerstede, iudicem Apostolicum delegatum, decretae.	26. II. 1494 Thomas Regis proc. super non tuto accessu ad adversarios produxit Albertum Krantz, cl. Verden. dioec., et Gerard. de Snederen, cl. Mind. dioec. Idem iuravit, quod principalis non speraret in partibus assequi iustitiae complementum. Edicta publica affigantur in valvis ecclesiarum parochialium in Velpke et Werstede. 27. III. 1495 Thomas Regis obtinuit processum per audientiam contradictarum. 10. III. 1496 Conrad. Lubberen proc. super non tuto accessu ad Georg. de Bulow produxit Joachim Clitzinck et Jacob. Platen, canonicos Magdeburg. Edicta publica in monasterio s. Michaelis et ecclesia parochiali s. Johannis oppidi Luneburgen., dioec. Verden. 29. XII. 1497 Thomas Regis proc. petiit apostolos, dominus auditor dedit refutarios	A. R. Manuale 26
1. Herm. Schipbeker, vic. ecclesiae Minden. 2. Joh. Dörnten, prior sancti sepulchri prope et	1. Nicol. Smetsdorp, cl. Halb. civit. 2. Bernard. Stillinck, cl. Monast.	23. I. 1497 Tilman. Wedekind principalis produxit bullas Innocentii VIII gratiae seu expectativae, gratiosam videlicet et executoriam, et processum super ipsis bullis decretum, item in-		A. R. Manualia 27 u. 40

Numerus	Ao.	Titulus causae	Partes litigantes	Procuratores partium	
				a) Actoris	b) Rei
32.	16. II. 1495 | 1. VII. 1495	Vicariae in parochiali ecclesia ville Bust	Mathaeus Morinck	1. Amelungus Amelungi	1. Nicol. Sculteti

Testes a) pro Actore	Testes b) pro Reo	Jura producta	Annotationes	Fontes
extra muros Goslarien. 3. Joh. Scherf, cl. Halb. dioec. 4. Albert. Crantz, vic. eccl. Bardewicen. 5. Mart. Saltensten 6. Aug. Menze, cl. Halb. dioec. 7. Bern. Moller 8. Bern. Vischbeke 9. Mathias Dürcop. 10. Tilm. Viermollen	3. Amelung. Amelungi, proc. caus.	strumentum acceptationis et provisionis de ecclesia sibi factae, instrumentum apprehensionis possessionis ipsius ecclesiae necnon instrumentum substitutionis cum insertione. 3. XI. 1497 Nicol. Sculteti proc. produci fecit septem literas: 1) proclamationis praesentationis factae per Ulricum Comitem in Reynsteyn de persona Conradi Sartoris, 2) praesentationis factae per eundem comitem de persona Henrici Zedelen, 3) investiturae Joh. Repkow de eadem ecclesia sigillo impresso archidiaconi banni Derdessen, 4) proclamationis praesentationis factae de persona eiusdem Joh. Repkow una cum illius executione cum sigillo archidiaconi, 5) praesentationis factae de persona Nicolai Tilmani principalis sigillo impresso dicti comitis Ulrici, 6) proclamationis eiusdem praesentationis Nicolai una cum illius executione, 7) investiturae eiusdem Nicolai sigillo archidiaconi impresso.		
			22. VI. 1495 sententia definitiva pronuntiatur. 1. VII. 1495 Amelungus Amelungi appellavit, dominus auditor dedit reverentiales.	A. R. Manuale 28

Numerus	Ao.	Titulus causae	Partes litigantes	Procuratores partium a) Actoris	b) Rei
33.	10. III. 1495	Vicariae ad altare sanctae Crucis (wahrscheinlich im Dom zu Halberstadt)	Franciscus de Wedewe	1. Theoder. Eynem	
34.	17. VI. 1495 | 29. V. 1497	Vicariae ad altare sanctae Trinitatis in ecclesia sancti Martini (Martinikirche in Halberstadt)	Rudolph. de Snederen ca Franciscum Breger	1. Thomas Regis 2. Daniel Rumestal 3. Petrus Wolkow 4. Nikol. Smetstorp 5. Georg. Wegeman 6. Albert. Krantz 7. Joh. Cramer	1. Mag. Henr. Bode
35.	14. XII. 1495 | 8. II. 1496	Parochialis in Waldal (Waldau)	Henr. Rickman ca Joh. Scherenhagen	1. Amelungus Amelungi	
36.	28. IV. 1496 | 1. V. 1496	Incarcerationis et iniuriarum	Nicol. de Parma, proc. fiscalis ca Scholasticam et abbatissam in Gernrode		1. Joh. Scherenhagen
37.	9. V. 1496 | 17. III. 1497	Vicariae sancti Mathiae (wahrscheinlich im Dom zu Halberstadt)	Albert Schutten ca Berthold. Smedt (Fabri)	1. Arnold. Buditze 2. Nicol. Sculteti	1. Joh. Weydeman 2. Gerard. de Delen

Testes a) pro Actore	Testes b) pro Reo	Jura producta	Annotationes	Fontes
			10. III. 1495 proc. dedit mandatum sui principalis.	A. R. Manuale 32
1. Daniel Rumestal, cl. Minden. dioec. 2. Theoder. Bode cl. Hildes. dioec. 3. Franc. Grambeke, decan. eccl. Bremen.		9. III. 1496 Rudolphus de Snederen principalis produci fecit literas Apostolicas mandati de providendo de vicaria anno 1493 sibi concessas.	23. III. 1496 sententia definitiva pronuntiatur. 15. IV. 1496 Rudolphus de Snederen obtinuit, decerni literas executoriales.	A. R. Manuale 31
			14. XII. 1495 Amelungus Amelungi proc. dedit mandatum sui principalis.	A. R. Manuale 32
1. Henr. Flor cl. Halb. dioec. 2. Mathaeus Ressan (?), cl. Verden. dioec.				A. R. Manuale 36
	1. Theoder. Bere, cl. Minden. dioec. 2. Henr. Bode, cl. Hildes. dioec. 3. Nicol. Smetstorf, cl. Halb. dioec. 4. Theoder. Rorbeke, decanus eccl. s. Petri et Pauli novae civitatis Magdeburgen.	9. XII. 1496 Joh. Weydeman produci fecit bullas et literas Apostolicas provisionis vicariae, de qua agitur, anni 1495.	17. VII. 1496 Arnold. Buditze proc. promisit de ratihabendo et obtinuit, decerni citationem ad partes. 7. X. 1496 Joh. Weydeman proc. obtinuit processum per audientiam contradictarum.	A. R. Manualia 26 u. 32

Numerus	Ao.	Titulus causae	Partes litigantes	Procuratores partium	
				a) Actoris	b) Rei
38.	1. X. 1496 | 17. XII. 1498	Praebendae sanctae Mariae ac Verden. Bardewicensis vicariae (Stift U. L. Frauen zu Halberstadt)	Daniel Zachariae c^a Arnoldum Brawen et Henr. Brostede et Melchiorem Ruderstorf	1. Henr. Bode 2. Thom. Regis 3. Sebast. Plate	I. *Arnoldi Brawen* 1. Joh. Buren
39.	26. IV. 1497 | 11. III. 1505	Praebendae sancti Pauli (Stift St. Pauli in Halberstadt)	Albert. Jordens c^a Mathiam Durcop	1. Nicol. Sculteti 2. Nicol. Parma	1. Conrad. Lubberen 2. Theoder. Eynem

Testes a) pro Actore	Testes b) pro Reo	Jura producta	Annotationes	Fontes
	5. Theoder. Heygenrodt, doctor legum, cl. Magunt. dioec. 6. Laurent. Springenhaser, cl. Halb. dioec.			
1. Nicol. Smetsdorf 2. Joh. Scherenhagen 3. Berthold. Brathen, cl. Magunt. dioec. 4. Herm. Bollinck, cl. Monast. dioec.		21. X 1496 Henr. Bode proc. produci fecit instrumentum appellationis in partibus ab intrusione interpositae in latino et pergameno scriptae.	21. X. 1497 Joh. Buren proc. appellavit a sentèntia definitiva, dom. auditor dedit reverentialeș alias refutoriales.	A. R. Manuale 28
1. Caspar Meer, cl. Halb. dioec.	1. Ambros. Nothen, presb. Halb. dioec.	19. V. 1497 Henr. Mollenbeck produxit pro parte Alberti Jordens instrumentum requisitionis erga capitulum ecclesiae sancti Pauli Halb.	16. VI. 1497 examinatur Ambrosius Nothen, presb. Halb. dioec., in ecclesia hospitalis Alamannorum a notario pro parte Mathiae Durcop. 28. VI. 1497 sententia definitiva pronuntiatur. Conradus Lubberen nominavit sequestratores praepositum ecclesiae Halberstadensis (Dompropst) ac decanum s. Bonifacii (Stift St. Bonifacii in Halberstadt). 5. VI. 1497 Nicolaus Sculteti appellavit a sententia. 7. V. 1498 Theoder. Eynem renuntiavit appellationi pro parte sua interpositae. 1. III. 1505 commissio nova praesentatur.	A. R. Manualia 38, 39, 41 und 59

Numerus	Ao.	Titulus causae	Partes litigantes	Procuratores partium	
				a) Actoris	b) Rei
40.	6. X. 1497 | 4. V. 1506	Stendaliensis, Canonicatus et maioris, mediae et minoris praebendae	Nicol. Franke ca Vincentium Funke et Albertum Hagen	1. Hilbrand. Hellinck 2. Joh. Weydeman 3. Wasmod. Hellinckman 4. Joh. Fabri 5. Theoder. Eynem.	I. *Vincentii Funke* 1. Mag. Rupertus Spiegel 2. Briccius Ebrawer.

Testes		Jura producta	Annotationes	Fontes
a) pro Actore	b) pro Reo			
1. Mathaeus Crantz, cl. Magdeburg. 2. Augustin. Mentze 3. Gregor. de Ludentze. 4. Joh. Voltzke, cl. Havelberg. dioec. 5. Joh. Platensleger. 6. Ludov. Deneken, cl. Halb. dioec. 7. Bernard. Vischebecke, cl. Halb. dioec. 8. Dionys. Querstede, presb. Halb. dioec. 9. Wasmod. Hellingman, doctor decret., decan. eccl. Minden. 10. Gotschalc. Munster, cl. Verden. dioec. 11. Joh. Ruwen, vic. eccl. s. Nicolai Stendalien. 12. Wilkin. Fogen, laic. dioec. Halb. 13. Arnold. Buditze 14. Conrad. Coulitze, presb. Halb. 15. Sigismund. de Perusio.	I. *pro Vincent. Funke* 1. Wilh. Enckenvort, cl. Leodien. dioec. 2. Nicol. Bulderian, cl. Caminen. dioec.	13. XI. 1500 Nicol. Franke produci fecit literas Apostolicas mandati de conferendo canonicatum et praebendam ecclesiae s. Nicolai Stendaliensis dom. Alberto Hagen anni 1498. 15. III. 1501 Wilh. Enckenvort notar. socius produxit supplicationem concessionis gratiae provisionis dom. Joh. Winckelman, legum doctori, cl. Magunt. dioec. per Alex. VI. de canonicatu et praebenda gratiose factae et concessae.	13. I. 1500 Mag. Nicol. Franke obtinuit processum per audientiam contradictarum 19. IV. 1501 sententia definitiva pronuntiatur. Instante Nicolao Franke deputantur sequestratores decanus et scholasticus ecclesiae s. Nicolai Stendaliensis in solidum. 7. V. 1501 Taxantur expensae ad XXX ducatos auri de camera. 8. VIII. 1501 instante Nicol. Franke affigatur cedula aggravationis in grassa litera in acie campi Florae contra Vincentium Funke. 13. IX. 1501 decernitur invocatio brachii saecularis.	A. R. Manualia 26, 44 und 64

Numerus	Ao.	Titulus causae	Partes litigantes	Procuratores partium	
				a) Actoris	b) Rei
41.	6. XI. 1497 | 19. XII. 1497	Stendaliensis, Vicariae trium Regum	Nicolaus Czawer ca Lambertum Benedicti	1. Arnold. Buditze	1. Mathaeus Moringh
42.	30. III. 1498	Vicariae in Ercksleve (jetzt wüst)	Arnold. Buditze ca Baltasar. Byzen		
43.	27. IV. 1498 | 10. X. 1499	Vicariae	Nicol. Sculteti ca Nicol. Tilmani	1. Gaspar. Moer 2. Anton. de Poldo 3. Thomas Regis 4. Leander de Pellagallis 5. Petrus Wolkow 6. Arnold. Buditze	
44.	4. XII. 1498 | 20. X. 1506	Capellaniae sive beneficii sancti Bartholomaei extra muros oppidi Quedelenborch (Kaplanei in Gross-Orden bei Quedlinburg)	Heining. Grumprecht ca Tilemanum Witzenhagen, can. Halb.	1. Desider. de Angerio 2. Nicol. de Parma 3. Mathaeus de Parma 4. Alex. de Bononia 5. Bernard. Vischebeck	1. Nicol. Francke 2. Jacob. Fabri 3. Detlev. Langenbeck, proc. caus. 4. Sigismund. de Parco, proc. caus. 5. Herm. Ovelsust, proc. caus. 6. Wedekind. Rabbeke, proc. caus. 7. Simon Witte, proc. caus.
45.	18. XII. 1498 | 22. IV. 1502	Praebendae beatae Mariae Virginis (Stift U.L. Frauen in Halberstadt)	Sebastian. Platen ca Melchiorem de Rudersdorf et Gerhardum Sculteti et	1. Henr. Bode	I. *Melchioris de Rudersdorf* 1. August. de Pistorio 2. Joh. Kontenbrower 3. Kilian. Fer 4. Donatus Gros

Testes a) pro Actore	Testes b) pro Reo	Jura producta	Annotationes	Fontes
		6. XI. 1497 Arnold.. Buditze proc. dedit instrumentum appellationis in partibus de et super intrusione Lamberti Benedicti.	6. XI. 1497 Arnold. Buditze proc. dedit mandatum sui principalis. Item Mathaeus Moringh proc. 19. XII. 1497.	A. R. Manuale 39
				A. R. Manuale 38
1. Nicol. Smetstorp. cl. Halb. dioec. 2. Bernard. Stillinck, cl. Monast. dioec. 3. Egerd. Crantz, Can. beatae Mariae Halb.		30. IV. 1498 Gasparus Moer proc. produci fecit bullam Alexandri VI. mandati de providendo dom. Nicolao principali.	27. IV. 1498 Gaspar. Moer proc. obtinuit processum per audientiam contradictarum. 18. XII. 1499 sententia definitiva pronuntiatur. 10. I. 1500 Taxatio expensarum.	A. R. Manuale 39
1. Conrad. Drepensadel presb. Hildes. 2. Joh. Dobril (?) cl. Magdeb. dioec.	1. Sander. Remstede, cl. Bremen. dioec.		31. III. 1504 Heining. Gumprecht principalis iuravit paupertatem. 16. V. 1505 Bern. et Nicol. Sculteti et Joh. Sander refutarunt procurationem pro dom. Tilemanno Witzenhagen. 5 VI. 1505 sententia definitiva pronuntiatur.	A. R. Manualia 34, 43 u. 61
1. Jacob Kustede, cl. Halb. dioec. 2. Conrad. Hovet, cl. Minden.	I. pro *Melchiore de Rudersdorf* 1. Wigand. de Sale 2. Ulric. Habermayer	26. VI. 1499 Joh. Kontenbrower proc. produci fecit rotulum expectivarum familiarium Alexandri VI. 9. I. 1501 Wilh. de Enckenvort produxit literas Apo-	25. X. 1499 sententia definitiva pronuntiatur. 30. X. 1500 Nicol. Franke obtinuit, decerni citationem ad partes contra Georgium Hake ex adverso principalem intrusum.	A. R. Manualia 42 u. 44

Numerus	Ao.	Titulus causae	Partes litigantes	Procuratores partium	
				a) Actoris	b) Rei
			Georgium Hake et Bartholomaeum de Miranda		5. Leonard, Froschelmoser 6. Joh. Eckel II. *Gerhardi Sculteti* 1. Nicol. Franke III. *Georgii Hake* 1. Gaspar. Mor IV. *Bartholomaei de Miranda* 1. Ludov. Hugonis 2. Kilian. Feer 3. Georg. Posth

Testes a) pro Actore	Testes b) pro Reo	Jura producta	Annotationes	Fontes
	3. Gaspar. de Roitstein, cl. Misinen. dioec. 4. Joh. Daniel 5. Joh. Eckel, cl. Misinen. dioec. 6. Nicol. Smetsdorf, vic. b. M. V. Halb. 7. Lambert. Brake 8. Joh. de Unna, cl. Colon. dioec. 9. Joh. Kappel II. pro *Gerhardo Sculteti* 1. Amelung. Amelungi, proc. caus. 2. Joh. Voltze, cl. Havelbergen dioec. 3. Bernard. Vischbeke, cl. Halb. dioec. 4. August. Mentze, cl. Halb. dioec 5. Herm. Voeth, laic. Halb. dioec. 6. Mathaeus Crantz, cl. Magdeb. dioec. 7. Joh. Platensleger, cl. Havelberg. dioec. III. pro *Bartholomaeo de Miranda* 1. Joh. Barum, cl. Brem. dioec. 2. Arnold. Buditze 3. Sander. Pawe 4. Joh. Kelbrinck 5. Jacob. de Friberga, cl. Misinen. dioec. 6. Joh. Ruwen cl. Halb. dioec. 7. Joh. Rasoris, cl. Magunt. dioec. 8. Joh. Daniel, cl. Halb. dioec.	stolicas de conferendo canonicatum et praebendam, super quibus agitur, per Alex. VI. anno 1496 pro dom. Gerhardo Sculteti concessas. 12. I. 1501 Idem produxit literas Apostolicas de conferendo et surrogando per Alex. VI. anno 1500 pro dom. Bartholomaeo de Miranda concessas. 26. V. 1501 Georg. Posth proc. produci fecit duas supplicationes cessionis iuris canonicatus et praebendae dom. Wilh. de Scharpenstein.	26. XI. 1501 sententia definitiva pronuntiatur. Item 18. III. 1502.	

Numerus	Ao.	Titulus causae	Partes litigantes	Procuratores partium a) Actoris	Procuratores partium b) Rei
46.	7. VI. 1499 | 28. V. 1507	Praebendae beatae Mariae Virginis (Stift U. L. Frauen in Halberstadt)	Tilman. Ecke c^a^ Joh. Hertenbreker et Nicol. Sculteti et Jacob. Questenberch	1. Augustin. Mentze 2. Nicol. de Parma 3. Joh. Fabri 4. Walter. Bellens 5. Petrus Wolkow 6. Mathias Haken 7. Marianus de Cuccinis	I. *Nicol. Sculteti* 1. Gaspar. Moer 2. Mathias Haken II. *Jacobi Questenberch* 1. Marianus de Cuccinis 2. Alex. de Bononia 3. Leander de Perusia 4. Herm. Gerken 5. Thomas Regis 6. Amelung. Amelungi 7. Joh. Weideman 8. Barthol. Adenbuttel 9. Joh. Adenbuttel 10. Joh. Cracht 11. Barthold. Questenberch 12. Joh. Schutz 13. Augustin. de Pistorio 14. Aug. Mentze
47.	3. X. 1501 | 9. II. 1502	Praebendae beatae Mariae (Stift U. L. Frauen in Halberstadt)	Jacobus Clan c^a^ Donatum Gross et Henr. Bode		
48.	7. I. 1502 | 24. XI. 1503	Iniuriarum	Ambrosius Nothen	1. Amelungus Amelungi 2. Joh. Schutz 3. Joh. Potken 4. Joh. Weydeman	1. Nicol. Sculteti 2. Gaspar. Moer
49.	30. VII. 1503 | 18. III. 1504	Walbicensis praepositurae (Stift zu Walbeck)	Bernard. Sculteti c^a^ Eustachium burggravium in Lisznig (Burggraf von Leissnig)	1. Tydeman. Gyse 2. Joh. Fabri 3. Bernard. Mocharius	1. Udalric. Stibler

Testes a) pro Actore	Testes b) pro Reo	Jura producta	Annotationes	Fontes
	I. pro *Jacobo Questenberch* 1. Joh. Hardenrick, cl. Swerinen. dioec.	28. XI 1503 Joh. Schutz proc. produci fecit bullam provisionis canonicatus et praebendae, de quibus agitur, dom. Jacobo Questenberch per Alex. VI. anno 1494 concessam.	10. VI. 1499 August. Mentze proc. dedit mandatum sui principalis.	A. R. Manualia 39, 47 u. 56
			9. II. 1502 Donatus Gross principalis obtinuit citationem ad partes.	A. R. Manuale 45
			17. X. 1503 deputantur iudices in partibus praepositus eccl. s. Crucis Hildes. et Joh. de Theteleben, can. Hildes.	A. R. Manuale 48
1. Henr. Bode, praep. Ramsloen., dioec. Bremen. 2. Augustin. Mentz	1. Joh. Wegener 2. Augustin. Mentz 3. Joh. Yseken 4. Henr.	22. XII. 1503 Tydeman. Gyse proc. produci fecit quandam supplicationem provisionis Donati Gross, cl. Misinen., de manu	30. VII. 1503 Bernard. Sculteti obtinuit citationem ad partes. 14. II. 1504 sententia definitiva pronuntiatur. 18. III. 1504 taxantur expensae.	A. R. Manuale 45

Numerus	Ao.	Titulus causae	Partes litigantes	Procuratores partium	
				a) Actoris	b) Rei
50.	13. III. 1504 | 7. VII. 1513	Iniuriarum	Marian. de Cuccinis, proc. fiscalis et Joh. Hemel, can. eccl. beatae Mariae Virginis Halb. c[a] consules et proconsules oppidi Smalkaldensis.	1. Leander de Perusia 2. Mag. Udalric. Stibler	

Testes a) pro Actore	Testes b) pro Reo	Jura producta	Annotationes	Fontes
3. Joh. Ruwe 4. Theoder. Rabbe 5. Joh. Iseke 6. Joh. de Unna 7. Reinold. Krawinkel 8. Daniel Zachariae, can.eccl.B. M.V.Halb. 9. Donat. Gross 10. Lucas Henne 11. Conrad. Hovet 12. Bernard. Stillinck, decan. s. Sixti Merseburgen.	Bode, praepos. eccl. Ramsloensis, dioec. Bremen.	Alex. VI. signatam necnon bullam unionis domini Bernardi Sculteti principalis.		
		18. III. 1504 Leander de Perusia produci fecit quoddam sumptum bullae Jovis sancti Innocent. VIII. Item 22. VII. 1504 bullam originalem Jovis sancti Alex. VI.	29. III. 1504 Mag. Leander de Perusia super non tuto accessu ad adversarios produxit testes. Edicta publica affigantur in civitatibus Herbipolis et Isenach. 13. VI. 1511 citantur per edictum Simon Wilhelmi, Joh. Merkel, Burchard. Sturlin consules ceterique consules et proconsules oppidi Smalkaldensis,Herbipolen. dioec., necnon Conrad. et Balthasar. Schlither laici. 3. VII. 1511 excommunicantur Simon Wilhelmi, Joh. Merkel, Burchard. Sturlin et Conrad. et Balthasar. Schlither et taxantur expensae. 18. VI. 1512 Joh. Merkel, Burchard. Sturlin, Simon Wilhelmi consules ceterique consu-	A. R. Manualia 54, 79 u. 88

Numerus	Ao.	Titulus causae	Partes litigantes	Procuratores partium a) Actoris	b) Rei
51.	29. III. 1504 | 31. III. 1504	Parochialis villae Luffinge (Dorf Luffingen in der Altmark)	Nicol. Trustede, cl. Halb. dioec.	1. Nicol. Francke 2. Joh. Ellynck 3. Henr. Sartoris 4. Henr. Trolow	
52.	22. VII. 1504 | 30. I. 1506	Parochialis in Rolitz (Markröhlitz)	Joh. Schuppel c^a Joh. Ellinck	1. Joh. Weideman 2. Joh. Buren 3. Joh. Kontenbrower 4. Joh. Schutz 5. Petrus de Aretio 6. Henr. Lengerinck	
53.	3. VIII. 1504 | 20. VIII. 1504	Vicariae in capella s. Martini extra muros Osterborch	Jacob. Arenth, cl. Lubicen. dioec., c^a Herm. Conradi.	1. Michael Elbeke	
54.	4. XII. 1504 | 5. VII. 1507	Stendaliensis, denegationis annuorum reddituum et quotidianarum distributionum		1. Thomas Regis 2. Ludev. Sculteti	1. Joh. Fabri
55.	7. II. 1505 | 21. VIII. 1509	Stendaliensis, vicariae in capella domus hospitalis s. Spiritus	Henr. Horn c^a Nicol. Franke	1. Arnold. Buditze	1. Bartold. Baldewini

Testes a) pro Actore	Testes b) pro Reo	Jura producta	Annotationes	Fontes
			les et proconsules oppidi Smalkaldensis ac Conrad. et Balthasar. Schlither public ati sunt in acie campi Florae.	
			29. III. 1504 Nicol. Trustede principalis iuravit paupertatem.	A. R. Manualia 43 u. 61
1. Oswald. Selcher 2. Caspar. Hess 3. Joh. Cappes 4. Stephan. Ackerman, presb. ordinis s. Augustini eremitarum.		19. XI. 1505 Joh. Schuppel principalis produci fecit bullam provisionis Julii II. anni 1504.	26. VII. 1504 Joh. Schuppel principalis iuravit paupertatem. 19. XII. 1505 sententia definitiva pronuntiatur. 7. I. 1506 taxantur expensae. 30. I. 1506 Joh. Ellinck principalis repetiit citationem alias ad partes pro parte sua decretam.	A. R. Manuale 59
			3. VIII. 1504 commissio praesentatur. 20. VIII. 1504 Michael Elbeke proc. obligavit se sub poena ducentorum ducatorum. Idem obtinuit citationem contra Herm. Conradi.	A. R. Manuale 64 und Commissiones
			4. XII. 1504 libellatio. 15. XII. 1505 prorogatur fatale ad sex menses. 18. V. 1506 alia prorogatio ad sex menses.	A. R. Manuale 62
1. Ludev. Sculteti 2. Joh. Wichman, cl. Minden. dioec. 3. Joh. Beerman, cl. Halb. dioec.	1. Nicol. Wytstock, cl. Halb. dioec. 2. Joh. Ulrici, cl. Halb. dioec. 3. Joh. Ellinck, cl. Halb. dioec.	29. IV. 1506 Nicol. Franke produci fecit bullam mandati de providendo Julii II., anni 1506, in forma »dignum«. 24. V. 1506 Arnold. Buditze proc. produci fecit literam fundationis altaris in capella domus hospitalis s. Spiritus Stendaliensis in honorem beati Pauli	7. II. 1505 Arnold. Buditze proc. pro devolutione causae dedit certa cura. 13. X. 1505 sententia definitiva pronuntiatur. 23. X. 1505 Bartoldus Baldewini proc. appellavit a sententia definitiva. 1. XI. 1505 commissio appellationis praesentatur.	A. R. Manualia 58, 59 u. 73

Numerus	Ao.	Titulus causae	Partes litigantes	Procuratores partium	
				a) Actoris	b) Rei
56.	16. V. 1 506 | 20. V. 1506	Vicariae sanctae Katherinae de Werben (Markwerben)	Nicol. Hebelen		
57.	19. XI. 1506 | 20. III. 1507	Querfordensis, annui census (Querfurt)	Consules et proconsules oppidi Querfordensis ca Kilianum Kurlin et Joh. Lupi	1. Caspar. Moer	1. Kilianus Kurlin principalis et proc. Joh. Lupi 2. Joh. Weydeman, substit. 3. Bernard. Sculteti, substit. 4. Joh. Buren, substit. 5. Michael. Sander, substit. 6. Tilman. Gise, substit. 7. Henr. Snidewint.
58.	8. I. 1507 | 30. IV. 1512	Beneficiorum, vicariae beatae Mariae et prae-	Joh. Adenbutel de Wernigerode ca Joh.	1. Amelung. Amelungi 2. Thomas Regis 3. Augustin. de Pistorio	I. *Joh. Oldendorp* 1. Detlev. Langenbeck

Testes a) pro Actore	Testes b) pro Reo	Jura producta	Annotationes	Fontes
		Apostoli et beatae Barbarae Virginis. 10. VI. 1506 ostenduntur instrumenta permutationis et resignationis canonicatus et praebendae in ecclesia s. Nicolai oppidi Stendaliensis necnon vicariae, super qua agitur, per Nicolaum Gottinck praepositum et vicedecanum ecclesiae s. Nicolai admissarum et adeptionis possessionis praedictorum canonicatus et praebendae necnon praesentationis et institutionis Henr. Horn ad vicariam, super qua agitur, eidem per Henr. Belitze decanum factarum.	10. VII. 1506 sententia definitiva pronuntiatur. 18. VII. 1506 Nicolaus Franke principalis a sententia definitiva contra se lata appellavit, dom. auditor dedit reverentiales.	
			16. V. 1506 Nicolaus Hebelen principalis iuravit paupertatem.	A. R. Manuale 61
1. Augustin. Mentz, cl. Halb. dioec.		11. XII. 1506 Caspar. Moer proc. produci fecit instrumentum appellationis a quadam sententia definitiva per Mercurium de Vipera pro parte Kiliani Kurlin et Joh. Lupi contra consules et proconsules oppidi Querfurt lata.	27. XI. 1506 comparuit Sigismundus Scheffler proc. dominorum proconsulum et consulum oppidi Querfurdensis ac litisconsortium principalium. 10. III. 1507 sententia definitiva pronuntiatur. 20. III. 1507 Caspar. Moer proc. a sententia appellavit.	A. R. Manuale 63
1. Joh. Ulrici, cl. Halb. dioec. 2. Ludev. Bellersen,			8. I. 1507 Joh. Adenbutel principalis dedit iura pro devolutione causae.	A. R. Manualia 63 u. 85

Numerus	Ao.	Titulus causae	Partes litigantes	Procuratores partium a) Actoris	b) Rei
		bendae sancti Bonifacii. (Stifter U. L. Frauen u. St. Bonifacii zu Halberstadt)	Oldendorp et Joh. Schernhagen et Martin. Dunker et Barthold. Baldewini	4. Alexander de Bononia 5. Joh. Laurentii 6. Augustin. Mentz 7. Theoder. Langenbeck 8. Jacob. Questenberch 9. Barthold. Adenbutel 10. Philippus Quenevort (?) 11. Barthold. Baldewini	II. *Bartholdi Baldewini* 1. Thomas Regis
59.	4. III. 1507 | 5. III. 1507	Parochialis in Marckwerben.		1. Lucas Schmidt	1. Caspar. Moer
60.	3. IV. 1507 | 5. IV. 1507	Perpetuae vicariae sanctorum Clementis et Caeciliae.	Nicol.Francke		Gaspar. Moer
61.	26. V. 1507 | 12. VIII. 1510	Advocatiae (Vgl. ab Erath, Codex diplom.Quedlinburgen. S. 877 ff.)	Ernestus archiepiscopus Magdeburgensis et Administrator Halberstadensis c^a Hedwigim abbatissam in Quedelenburgk	1. Caspar. Moer	
62.	23. V. 1508	Beneficii quatuordecim auxiliatorum	Conrad. Hoppe, cl. dioec. Hild.		
63.	7. VI. 1508 | 6. I. 1510	Beneficii beatae Mariae in Gardelege	Christian. de Gerstorff c^a Henr. Wettendorp	1. Mag. Paul. Beer	1. Joh. Kiliani 2. Thomas Regis, substit.

Testes a) pro Actore	Testes b) pro Reo	Jura producta	Annotationes	Fontes
cl. Minden dioec. 3. Conrad. Hoppe, cl. Hildes. dioec. 4. Henr. Hovet, cl. Hildes. dioec.			14. IV. 1508 iudex in partibus deputatur officialis generalis Halb. in loco Halb. in eccl. cathedrali cum termino quatuor mensium. 30. IV. 1512 Mag. Bartholdus Baldewini proc. dedit mandatum ad cedendum dom. Joh. Adenbutel, cuius vigore cessit iura in vicaria ad altare s. Andreae secundae fundationis in ecclesia beatae Mariae Halb.	
			4. III. 1507 commissio causae appellationis praesentatur.	A. R. Manuale 63
			3. IV. 1507 commissio nova praesentatur.	A. R. Manuale 66
1. Arnold. Buditze, cl. Halb. dioec. 2. Herm. Eynem, cl. Hildes. dioec. 3. Joh. Bremer			29. VII. 1509 citatur per edicta publica domina Hedwigis principalis.	A. R. Manuale 70
			23. V. 1508 Conrad. Hoppe principalis obtinuit inhibitionem.	A. R. Manuale 69
1. Arnold. Buditze, cl. Halb. 2. Bernard. Sculteti, cl. Havelbergen. 3. Degenhard.	1. Ludov. Knuppel 2. Franc. Diecmayer 3. Joh. Megendorp		6. VII. 1509 sententia definitiva pronuntiatur et deputantur sequestratores. 16. VII. 1509 Joh. Kiliani petit apostolos.	A. R. Manuale 66

Numerus	Ao.	Titulus causae	Partes litigantes	Procuratores partium a) Actoris	Procuratores partium b) Rei
64.	15. X. 1508 | 16. II. 1510	Canonicatus et praebendae beatae Mariae Virginis (Stift U.L. Frauen in Halberstadt)	Conrad. Hoppen ca Joh. Adenbutel	1. Detlev. Langenbeck 2. Thomas Regis	1. Bertold. Adenbutel 2. Alex. de Bononia 3. Joh. Schutz 4. Joh. Potken 5. Jacob. Questenberch 6. Amelung. Amelungi 7. Joh. Fabri

Testes a) pro Actore	Testes b) pro Reo	Jura producta	Annotationes	Fontes
Boesser, cl. Halb. 4. Vincent. Bremer, cl. Halb. 5. Andreas Tilborch, cl. Leodien. dioec. 6. Jacob. Fabri, cl. Caminen. dioec.				
1. Sebast. de Plate, decan. eccl. Halb. 2. Joh. Hartman cl. Halb. dioec. 3. Joh. de Valdolinis, cl. Toletan. dioec. 4. Bernard. Mocharius, proc. caus. 5. Franc. de Prato, cl. Pistorien. dioèc. 6. Henr. Winter, cl. Colon. dioec. 7. Conrad. Eckstede, cl. Halb. dioec. 8. Joh. Petri Trolleti, cl. Lugdun. dioec. 9. Arnold. Goltwort, cl. Colon. dioec. 10. Henr. Guntersberch, cl. Caminen. dioec. 11. Joh. Meyen-		2. VII. 1509 Bertold. Adenbutel proc. produci fecit quoddam sumptum Apostolicum. 28. XII. 1509 Thomas Regis proc. produci fecit quoddam sumptum gratiae expectativae dom. Joh. Bapt. electi Marianen. necnon quandam bullam mutationis collationis dicti electi, Julii II., anni 1508, ac processum gratiae mutationis collationis ac etiam tres supplicationes prorogationum de non publicando et intimando omnibus temporibus.	27. IV. 1509 Detlev. Langenbeck proc. dedit iura devolutionis causae et obtinuit processum per audientiam contradictarum. 8. II. 1510 sententia definitiva pronuntiatur et deputatur sequestrator decanus ecclesiae collegiatae beatae Mariae Virginis Halb. 16. II. 1510 Joh. Adenbuttel a sententia definitiva appellavit, dominus auditor dedit apostolos reverentiales.	A. R. Manuale 64

Numerus	Ao.	Titulus causae	Partes litigantes	Procuratores partium 2) Actoris	b) Rei
65.	3. XI. 1508 | 29. III. 1511	Parochialis in Mansfelt	Joh. Kemerer ca Joh. Adenbutel	1. Mag. Detlev. Langenbeck	
66.	26. II. 1509 | 22. V. 1510	Beneficii in Quedelenborch	Joh. Lyp ca Henr. Bode et Caspar. Moer et Gerhard. Gerhardi		I. *Caspari Moer* 1. Joh. Schernaw II. *Henr. Bode* 1. Detlev. Langenbeck, proc. caus. 2. Joh. Schutz

Testes a) pro Actore	Testes b) pro Reo	Jura producta	Annotationes	Fontes
dorp, cl. Halb. dioec. 12. Henr. Henel, cl. Hildes. dioec. 13. Joh. Goldaw, cl. Halb. dioec.				
1. Joh. Kiliani cl. Constant. 2. Mauritius Witte, cl. Bremen.			25. XI. 1508 Mag Detlev. Langenbeck dedit mandatum sui principalis. 18. II. 1508 sententia definitiva pronuntiatur.	A. R. Manuale 75
	I. pro *Casparo Moer* 1. Nicol. Ellynck cl. Halb. dioec. 2. Joachim Ottonis, cl. Halb. dioec. 3. Joh. de Meyndorp, can. Lubicen., proc. caus. 4. Wilh. Moerchen, cl. Colon. dioec., proc. caus. 5. Nicol. Budelli, proc. caus. 6. Sutfeldus Wardenberg, decan. eccl. Gustrowensis, Caminen. dioec. 7. Nicol. Byrman, cl.	11. XII. 1509 Caspar. Moer produci fecit resignationem Werneri Berlersleve de beneficio, super quo agitur, et citationem contra Gerhardum Gerhardi ex adverso principalem.	8. X. 1509 Joh. Schernaw proc. promisit obligationem de ratihabendo.	A. R. Manuale 69

Numerus	Ao.	Titulus causae	Partes litigantes	Procuratores partium	
				a) Actoris	b) Rei
67.	5. XI. 1509 | 12. XI. 1509	Vicariae in Walmerstede (Wolmirstedt)	Degenardus Boesser (?) ca Joh. Regen (?)		Caspar. Moer
68.	1. III. 1510	Beneficiorum in Wegeleve.	Caspar. Moer, cl. Halb. dioec.		
69.	12. XII. 1511 | 15. XII. 1511	Canonicatus et praebendae s. Pauli (Stift St. Pauli in Halberstadt)	Henr. Bode alias Floer ca Augustin. Mentz		
70.	12. I. 1512	Vicariae corporis Christi	Joh. Mutze	1. Joh. Schutz	
71.	11. II. 1512	Ecclesiae villae in Sarxstede (Sargstedt)	Joachim Berman ca Heineman. Nagel	1. Christian. Lubeck, cl. Verden. dioec.	
72.	12. VI. 1512 | 13. I. 1514	Vicariae ad altare beatae Mariae et sancti Laurentii in Hademersleve	Henr. Vos	1. Mag. Burchard. Fabri 2. Paul. Beer 3. Valentin. de Teteleben	
73.	27. VIII. 1512 |	Parochialis ecclesiae sancti Leonar-	Joh. Wegener ca de Tinnen	1. Paul. Beer 2. Joh. Wullenwever.	1. Barthold. Baldewini

Testes a) pro Actore	Testes b) pro Reo	Jura producta	Annotationes	Fontes
	Havelbergen. dioec. 8. Herm. Schulte, cl. Halb. dioec. 9. Thomas Welle, cl. Halb. dioec.			
			12. XI. 1509 Gasparus Moer proc. dedit mandatum sui principalis.	A. R. Manuale 79
			Caspar Moer, cl. Halb. dioec., obtinuit citationem partis adversae.	A. R. Manuale 77
			12.XII.1511 citatur Henr. Bode ex adverso principalis ad dicendum contra commissionem instante Augustino Mentz principali.	A. R. Manuale 82
			12. I. 1512 Joh. Schutz proc. dedit mandatum sui principalis.	A. R. Manuale 93
			11. II. 1512 Christianus Lubeck proc. dedit mandatum sui principalis et obtinuit inhibitionem contra partem adversam.	A. R. Manuale 84
1. Joh. Arndes, cl. Halb. dioec. 2. Buffo de Alvensleben, can. Magdeburgen.		27. VI. 1513 Valentin. de Teteleben proc. produci fecit instrumentum institutionis et investiturae domini Henr. Vos per Ludolphum Nacke archidiaconum subscriptum et signatum.	9. V. 1513 Valentin de Teteleben proc. obtinuit processum per audientiam contradictarum.	A. R. Manualia 78 u. 89
1. Martin. Dunker, cl. Branden-		15. IV. 1513 Paul. Beer proc. produci fecit processum gra-	27. VIII. 1512 Joh. Wegener principalis ob-	A. R. Manuale 84

Numerus	Ao.	Titulus causae	Partes litigantes	Procuratores partium	
				a) Actoris	b) Rei
	26. V. 1513	di in Schepenstede			
74.	25. XI. 1512	Vicariae sive commendae	Joh. Wullenwever		
75.	18. II. 1513 | 1. III. 1513	Parochialis ecclesiae desolatae sancti Bartholomaei prope muros oppidi Quedelinburch (Pfarrkirche in Gross-Orden)	Henr. Bode	1. Henr. Hovel, cl. Hildes.	
76.	23. VII. 1513	Vicariae in ecclesia sancti Nicolai Stendaliensis	Joh. N.		

Testes		Jura producta	Annotationes	Fontes
a) pro Actore	b) pro Reo			
burg. dioec. 2. Joh. Buchapel, cl. Halb. dioec.		tiae expectativae dom. Joh. Wegener sub dato 1. Mart. 1509 per R. p. d. Petrum de Accoltis Episcopum Anconitanum iudicem et executorem decretum et fulminatum.	tinuit citationem partis adversae.	
			25. XI. 1512 Joh. Wullenwever principalis obtinuit citationem partis adversae.	A. R. Manuale 84
			1. III. 1513 Henr. Hovel proc. promisit obligationem de ratihabendo.	A. R. Manuale 79
			23. VII. 1513 dom. Joh. principalis obtinuit citationem sub termino sexaginta dierum.	A. R. Manuale 42

(Fortsetzung folgt.)

3. Die Reformen des Papstes Pius X. auf dem Gebiete der kirchenrechtlichen Gesetzgebung.

Von Professor Dr. *Nikolaus Hilling* in Bonn.

Der rasche und unvorhergesehene Tod des Papstes Pius X. am 20. August des vorigen Jahres hat die reiche und rastlose Tätigkeit dieses von Eifer für die Ehre Gottes, das Seelenheil der Gläubigen und die Reform der Kirche entbrannten apostolischen Mannes jäh beendigt und das grosse Kodifikationswerk des kirchlichen Rechts unvollendet an der Bahre des toten Pontifex zurückgelassen. Nach menschlichem Empfinden war es hart, dass Pius X. nicht die Früchte, wenigstens nicht die reifen Früchte seiner eifrigen Wirksamkeit schauen durfte. Jedoch kann man mit Bestimmtheit annehmen, dass dieser bescheidenste und anspruchloseste Träger der Tiara gern das Opfer der persönlichen Entsagung gebracht hat, wenn es für ihn überhaupt ein Opfer war, da er in seinem unermesslichen Gottvertrauen jedenfalls aufs sicherste von den heilsamen Folgen seiner apostolischen Arbeiten überzeugt war. Noch an dem frischen Grabe des letztverstorbenen Papstes stehend, sind wir seinem Pontifikate viel zu nahe, um die ganze Bedeutung desselben übersehen und würdigen zu können; aber der gesamten katholischen Mitwelt hat sich bereits die feste Überzeugung aufgedrängt, dass der Pontifikat Pius' X. kein gewöhnlicher in der Reihe der übrigen war, sondern den wichtigsten und bedeutungsvollsten beigezählt werden muss. Nicht an letzter Stelle werden die Kanonisten dieses ehrenvolle Bekenntnis unterschreiben.

Die Blätter dieser Zeitschrift haben sich während der letzten elf Jahre fortgesetzt mit der gesetzgeberischen Tätigkeit des Papstes Pius X. beschäftigt. Es ist daher jetzt nicht nur eine Pflicht der Wissenschaft, sondern auch der Pietät, gewissermaßen die Summe aus der kirchenrechtlichen Wirksamkeit des verstorbenen Papstes zu ziehen und die zerstreuten Einzelteile zu einem einheitlichen Gesamtbilde zu vereinigen. Dass die Lösung dieser Aufgabe einen umfangreichen Raum beanspruchen wird, ist bei der grossen Fülle der neuen kirchlichen Gesetze und der einzigartigen Stellung Pius' X. als des Kodifikators und Reformators des Kirchenrechts von selbst gegeben.

Bevor wir an die Besprechung der einzelnen Rechtsgebiete herantreten, ist es notwendig, die allgemeinen Eigenschaften der Gesetzgebung Pius' X. in ihren charakteristischen Zügen darzulegen.[1])

Würden Genialität und grosse Gelehrsamkeit die notwendigen Voraussetzungen für einen hervorragenden Gesetzgeber bilden, so würde man wohl kaum in der Lage sein, Pius X. diesen Titel zuzuerkennen. Jedoch erübrigt es sich, auf diese Frage näher einzugehen, da wir sowohl aus der Geschichte wie aus der theoretischen Betrachtung der Dinge wissen, dass beide Voraussetzungen nicht notwendig sind. Die Geschichte des preussischen Staates lehrt, dass der einfache Verstand des Königs Friedrich Wilhelm I. für die Entwicklung der Staatsverfassung und -verwaltung vielleicht Grösseres geschaffen hat als der geniale Geist Friedrichs d. Gr. Die ersten und wichtigsten Erfordernisse für einen tüchtigen Gesetzgeber beruhen nicht so sehr auf dem Gebiete der philosophischen Welterkenntnis und der theoretischen Gelehrsamkeit als vielmehr in dem praktischen Erfassen der Bedürfnisse des gewöhnlichen Lebens und der Würdigung der Verhältnisse des einfachen Volkes.

In seiner Jugend mitten unter der breiten Masse des Volkes aufgewachsen und aufs innigste mit ihr verbunden, hatte der klarblickende und mit einem ungewöhnlichen Organisationstalent ausgestattete Pius X. früh die grosse Fähigkeit erworben, sich in die Volksseele hineinzudenken und die Wirkung der Gesetze auf das grosse Publikum mit Sicherheit abzuschätzen. Nicht

---

1) Vgl. *Alexander Hoch,* Papst Pius X. Ein Bild kirchlicher Reformtätigkeit, 1907. *A. Ferrandina,* Pio X legislatore, in: Rivista di scienze e lettere, Luglio 1908. *Nikolaus Hilling,* Die Reformen des Papstes Pius X. auf dem Gebiete der kirchenrechtlichen Gesetzgebung. I—II, 1909 u. 1912. *A. M. Micheletti,* Ius Pianum. Synopsis chronologica argumentorum, analytico-synthetica, alphabetica, gentium, locorum ac personarum ad acta et decreta a SS. D. N. Pio P. X. P. M. in primo Sacri Principatus Eius decennio lata, vel a SS. RR. Congregationibus, Officiis ac Tribunalibus promulgata. Turin 1914. *Ferdinand Schönsteiner,* Richtlinien der päpstlichen Regierung, in: Korrespondenzblatt für den katholischen Klerus Oesterreichs XXXI (1912), 960 ff. *Peter Lippert S. J.,* Pius X., in: Stimmen aus Maria-Laach LXXXV, 353 ff. *R. von Nostitz-Rieneck S. J.,* Sonnenaufgänge Gottes. Zum Regierungsprogramm Pius' X., ebenda LXXXVII, 1 ff. *Wenzel Grosam,* Die leitenden Gedanken in den Reformen Pius' X. Sonderabdruck aus den »Katholischen Schulblättern«, Linz a. d. Donau 1914. *Ders.,* Pius X. als Reformator der kirchlichen Gesetzgebung, in: Theol.-prakt. Quartalschrift LXVII, 763 ff. *Michael Hofmannn S. J.,* Papst Pius X., in: Zeitschrift für katholische Theologie XXXVIII, 637 ff. *Franz Xaver Seppelt,* Pius X. Versuch einer Würdigung, in: Hochland XII, 1 S. 172 ff. *August Rösler C. SS. R.,* Die Epoche Pius' X., in: Historisch-politische Blätter CLIV, 613 ff. Die aus Anlass des Todes Pius' X. erschienenen Artikel des Auslandes waren mir infolge des Krieges leider nicht zugänglich.

minder war es für seine spätere Wirksamkeit als obersten Gesetzgebers der Kirche von grossem Nutzen, dass er durch sämtliche Stufen der kirchlichen Hierarchie, angefangen vom Kaplan und Pfarrer bis zum Patriarchen und Kardinal, hindurchgegangen war und so die Bedürfnisse des Klerus und der Seelsorge aus eigener langjähriger Erfahrung kannte. Müssen wir somit die Frage, ob Pius X. die Voraussetzungen für einen grossen Gesetzgeber in seiner Person erfüllte, mit Rücksicht auf seine Herkunft, seine kirchliche Laufbahn und seine geistigen Anlagen unbedingt bejahen, so kommt noch hinzu, dass er vermöge seiner seltenen Charaktereigenschaften ganz besonders befähigt war, der Kirche gute Gesetze zu geben. Seine tiefe, von allen Seiten anerkannte Frömmigkeit, seine ebenso grosse Selbstlosigkeit und Verleugnung der eigenen Person, die bei allen Unternehmungen nur das sachliche Interesse im Auge hatte, und vor allem sein unermüdlicher Reformeifer haben seinen Gesetzen den Stempel der eigenen persönlichen Grösse, vor allem der religiösen Innerlichkeit, der unantastbaren Lauterkeit und der grossen Entschiedenheit aufgedrückt.

Es ist für die wissenschaftliche Würdigung der legislatorischen Wirksamkeit Pius' X. von grosser Wichtigkeit, festzustellen, dass er bereits vor dem Antritt seines Pontifikates einen deutlichen Beweis von seinem tiefen Verständnis für die Wichtigkeit und die heutigen Anforderungen des kanonischen Rechts erbracht hat. Als Patriarch von Venedig fasste er den Entschluss, an dem Priesterseminar seiner Erzdiözese eine besondere kanonistische Fakultät zu errichten, um dem Klerus die Gelegenheit zu einer gründlichen Ausbildung im Kirchenrechte darzubieten. Am 19. Oktober 1902 machte er seiner Diözesangeistlichkeit davon Mitteilung und begründete den Plan mit folgenden treffenden Ausführungen: »Es ist eine nicht zu leugnende, beklagenswerte Erscheinung, dass Geistliche selbst in höheren, leitenden Stellungen im kanonischen Rechte, der Grundlage der Verwaltung, entweder gar nicht oder nicht genügend unterrichtet sind. Die traurigen Folgen für die Gerechtigkeit und das Heil der Seelen sind augenscheinlich. Unsere Zeit ist zudem von juristischen und sozialen Fragen gerichtet, so dass auch auf seiten der Kirche eine grössere Berücksichtigung der Rechtswissenschaft nottut. Wie das Studium der Dogmatik und Moral für die geistlichen Zwecke des Priesters notwendig ist, so ist es nicht weniger die Kenntnis der kanonischen Rechtsbestimmungen, welche die kirch-

liche Gewalt für die glückliche Leitung ihres geistlichen Reiches erlassen hat.«[1]) Welcher Freimut und welche Entschiedenheit sprechen aus diesen kurzen programmatischen Sätzen! Wie bestimmt sind die Aufgaben des Kirchenrechts, der Gerechtigkeit und dem Heile der Seelen zu dienen, hervorgehoben und mit wie tiefem Verständnis ist die gegenwärtige ungünstige Lage des kirchenrechtlichen Studiums und das dringende Zeitbedürfnis seiner Hebung gekennzeichnet![2]) Wahrlich, das kanonische Recht konnte die wirksamste Unterstützung und eifrigste Pflege von dem Verfasser dieser Zeilen erwarten, sollte ihm einstens die oberste Vollgewalt der kirchlichen Gesetzgebung anvertraut werden, wie es noch vor Ablauf eines Jahres wirklich geschehen ist!

Vergleicht man das Gesetzgebungswerk Pius' X. mit dem seines unmittelbaren Vorgängers Leo XIII., das in den beiden voraufgehenden Bänden dieser Zeitschrift dargestellt wurde, so springen die Unterschiede in die Augen. Leo XIII. offenbart sich auch in seinen Gesetzen als den Philosophen und Diplomaten auf dem Papstthron. Er verfasste herrliche Enzykliken auch über kirchenrechtliche Angelegenheiten, wie z. B. die Erziehung des Klerus, die Ehe, die wegen ihrer historischen Begründung, des Reichtums an Gedanken und des fein abgemessenen Stils die Bewunderung aller Zeiten erregen werden. Was dieser Papst auf dem Gebiete der kirchenrechtlichen Gesetzgebung geleistet hat, verdient den klassischen Konstitutionen Benedikts XIV. an die Seite gestellt zu werden. Auch in sachlicher Hinsicht hat sich Leo XIII. um die Fortbildung und Verbesserung des kanonischen Rechtes die grössten und mannigfachsten Verdienste erworben, die niemals der Vergessenheit anheimfallen dürfen. Jedoch hütete sich der päpstliche Diplomat absichtlich, die Gesetzgebungsmaschine gewissermaßen aus dem Gleis zu heben und ihr eine neue Richtung anzuweisen. Er wusste, dass dadurch notwendig eine gewisse Unruhe und Aufregung innerhalb und ausserhalb

---

1) *Alexander Hoch,* Papst Pius X. Ein Bild kirchlicher Reformtätigkeit, (1907) S. 116.

2) Ebenso hatte Leo XIII. bei Errichtung der katholischen Universität in Washington in seinem Schreiben vom 7. März 1889 erklärt: »In his autem magisteriis volumus, ut iuris quoque pontificii et iuris ecclesiastici publicae doctrinae tradendae schola instituatur, quam doctrinam his praecipue temporibus magni momenti esse cognoscimus«. Allocutiones, Epistolae, Constitutiones aliaque Acta praecipua Leonis XIII. (ed. Desclée) III, 221. — Der Präfekt der Studienkongregation, Kardinal Satolli, forderte am 5. Januar 1907 den Erzbischof von Burgos auf, an der dortigen Universität noch einen zweiten Lehrstuhl für Kirchenrecht zu errichten, da einer nicht ausreiche. Acta Sanctae Sedis XL, 444 ff.

der Kirche hervorgerufen werden müsste, die er im Interesse des Friedens und der allgemeinen Sympathien für die Kirche vermeiden wollte. Ferner blieben seine Verordnungen mitunter auf dem blossen Papiere stehen, weil er sich als Theoretiker zu wenig um die praktische Ausführung bekümmerte.

Den Pianischen Erlassen fehlt die Eleganz der Darstellung, der Glanz der philosophischen Begründung und die Gelehrsamkeit der historischen Erudition. Mit dem Mantel der alten Klassizität, die ehemals die weltlichen und kirchlichen Gesetze mitunter trugen, hätte Pius X. seine Gesetze nicht, wenigstens nicht persönlich, schmücken können, selbst wenn er gewollt hätte. Um so mehr sind seine Erlasse aber mit dem Öle der praktischen Erfahrung und der Brauchbarkeit des täglichen Lebens gesalbt. Da ihr Wert allein in der Praxis beruht, hat der Papst auch mit aller Sorgfalt über ihre Ausführung gewacht.

Als Reformpapst ist Pius X. selbstverständlich nicht vor schwierigen Unternehmungen zurückgeschreckt. Der schlagendste Beweis hierfür ist der grosse Kodifikationsplan des kanonischen Rechts, den der Papst sogleich im ersten Jahre seines Pontifikats durch das Motu proprio »Arduum sane munus« ankündigte. Ferner gehört hierher die Reform der römischen Kurie, die bereits von Leo XIII. in Angriff genommen, aber wegen des Widerstrebens der Kurienkardinäle wieder aufgegeben worden war.[1]) Namentlich wenn man die tief einschneidenden Maßnahmen betrachtet, durch die Pius X. auch das Gehalts- und ehemalige Sportelwesen der kurialen Beamten umgestaltete bezw. beseitigte, muss man den Mut und die Entschlossenheit bewundern, mit der sich der Papst über die persönlichen Interessen und Ansprüche mehrerer Kardinäle und vieler Kurialbeamten hinwegsetzte. Dasselbe gilt von den grossen Organisationsveränderungen, die unser Papst auf dem Gebiete des italienischen Seminarwesens, besonders durch die Errichtung der sog. Regionalseminare, bewirkt hat. In der Allokution vom 21. Februar 1906 sprach Pius X. zu den von ihm geweihten französischen Bischöfen: »Hoc enim divinae proprium est Providentiae efficere, ut quos ipsa animarum pastores instituat, ii etiam appareant et emergant divinitus confirmati, et tamquam induti ab alto incredibili quadam virtute, quae nullo unquam hominum impetu vel rerum vicissitudine frangi possit aut debilitari«.[2]) Es ist kein Zweifel, dass diese

1) Vgl. *Franz Egon Schneider,* Die Römische Rota, I. Bd. (1914) S. 92.
2) Acta Sanctae Sedis XXXIX, 85.

Worte auch für das Gesetzgebungswerk des päpstlichen Redners zutreffen.

Da, wie gesagt, bei den Erlassen Pius' X. der praktische Gesichtspunkt der Nützlichkeit und Zweckmäßigkeit augenscheinlich vorwaltet, finden wir, dass diese nicht selten von dem alten Herkommen und den bisher beobachteten juristischen Grundsätzen frappant abweichen. Gleichsam als erste symbolische Handlung für die moderne und zeitgemässe Umgestaltung des Kirchenrechts kann das Motu proprio »Decessor Noster«[1]) vom 31. Januar 1904 angesehen werden, das einen Zopf des kirchlichen Strafrechts beseitigte, indem es die Strafe der Exkommunikation für die Kanoniker von St. Peter, die diese Basilika ohne Chorkleidung betreten, aufhob. Als überaus praktisch wurde ferner das Dekret des Hl. Offiziums vom 16. Dezember 1910[2]) empfunden, das den Gebrauch von Medaillen statt der Skapuliere gestattet. Jeder Seelsorger weiss, wie sehr sich diese Einrichtung besonders bei dem Ausbruche des jetzigen grossen Weltkrieges bewährt hat, wo unzählige katholische Soldaten Skapuliermedaillen an ihren Rosenkranz hefteten. Betrachtet man die Sache jedoch vom historischen und rationellen Standpunkte, so kann man sich eines gewissen Befremdens nicht erwehren, da das Ablassskapulier ursprünglich das Gewand der Ordensleute bedeutet. Natürlich sind diese beiden Beispiele nur Kleinigkeiten, wenngleich sie für die Denk- und Handlungsweise des Papstes vielleicht besonders charakteristisch erscheinen. Von weittragender Bedeutung war dagegen die Bestimmung auf dem Gebiete des Eherechts, wonach die rein protestantischen Ehen von den kanonischen Formvorschriften für die Eheschliessung befreit wurden. Papst Pius X. war der erste kirchliche Gesetzgeber, der diesen Grundsatz offen aussprach, obwohl er damit anscheinend wichtige Rechte der katholischen Kirche preisgab, die das Konzil von Trient und die nachfolgenden Päpste ängstlich gehütet hatten. Ferner bedeutete es einen wesentlichen, wenn auch sehr heilsamen Bruch mit dem fast ein Jahrtausend alten mittelalterlichen Benefizialsystem, dass unser Papst das Prinzip der absoluten Unabsetzbarkeit der Pfarrer ohne ein strafrechtliches Verfahren durch das Dekret »Maxima cura« aufhob. Würden wir im einzelnen die Bestimmungen der Kurialreform Pius' X.

---

1) Acta Sanctae Sedis XXXVI, 466.
2) Acta Apostolicae Sedis III, 22 f.

durchgehen, so zeigt sich hier ebenfalls an vielen Stellen, dass der Papst sehr gründlich mit dem unnütz gewordenen historischen Ballast aufgeräumt hat.

Es versteht sich von selbst, dass Pius X. durch seinen reformatorischen Mut und seinen praktischen Sinn den grossen Erfolg erzielte, die kirchliche Gesetzgebung auf den mannigfachsten Gebieten geradezu um Jahrhunderte vorwärts zu bringen. Dieses Verdienst wird ihm niemand abstreiten können. Bei der Grösse und Vielheit der von unserem Papste erlassenen Gesetze ist es aber begreiflich, dass nicht alle neuen Erlasse auch von den Freunden der Kirche mit derselben Sympathie aufgenommen wurden. Insbesondere stiessen einige Maßregeln, wie z. B. gewisse Vorschriften zur Bekämpfung des Modernismus und die scharfe Betonung der geistlichen Standesgerichtsbarkeit, bei den Gebildeten und den Diplomaten auf Bedenken und Widerspruch. Es würde meines Erachtens sowohl der Wahrheitsliebe, wie der Bescheidenheit des päpstlichen Gesetzgebers widersprechen, wollte man behaupten, dass alle seine Erlasse den höchsten Grad der Vollkommenheit erreicht hätten. Wir haben vorhin den Hl. Vater als den grossen Volks- und Seelsorgepapst kennen gelernt, der ausgezeichnet in der Seele des Volkes und der gläubigen Christen zu lesen verstand; dagegen waren ihm die Psyche der wissenschaftlichen Welt und vor allem die politischen Ideen nicht so vertraut geworden. Wen kann es da wundern, dass gerade auf den genannten Gebieten sich einige Differenzen auftaten! Gewiss, man möchte wünschen, dass noch einmal die letzte feilende Hand an die betreffenden Gesetze gelegt worden sei, um jede unnötige Reibungsfläche zu vermeiden. Allerdings ist die Erfüllung dieses Wunsches nicht mehr möglich. Jeder gutwillige Beurteiler wird jedoch nicht umhin können, das grosse Entgegenkommen und den versöhnlichen Sinn anzuerkennen, den der Hl. Vater durch die Zulassung mildernder Ausführungsbestimmungen gegenüber den deutschen Bischöfen und den Staatsregierungen bewiesen hat.

Beantworten wir zum Schlusse dieser Einleitung noch die Frage: Welche sachlichen Prinzipien sind der Gesetzgebung Pius' X. zugrunde gelegt? In erster Linie ist der Papst bemüht gewesen, die übernatürliche Glaubensgrundlage des Kirchenrechts zu bewahren und ihm den Gebrauch der übernatürlichen Mittel zu sichern. Daher nehmen die Maßregeln zur Bekämpfung des Modernismus und die Erlasse für die Förderung des Kommunionempfanges, die mit Recht als die beiden Grosstaten Pius' X.

bezeichnet worden sind, auch für die Reform des Kirchenrechts eine fundamentale Stellung ein.

Hiermit steht in innigem Zusammenhang der spiritualistische Charakter der Gesetze Pius' X. Als der Papst in seiner Antrittsenzyklika »E supremi apostolatus« vom 4. Oktober 1903 die Devise verkündete »Instaurare omnia in Christo«, da fügte er bezeichnenderweise sogleich die Sätze hinzu: »Erunt profecto qui, divina humanis metientes, quae nostra sit animi mens rimari nitantur atque ad terrenos usus partiumque studia detorquere. His ut inanem spem praecidamus, omni asseveratione affirmamus nihil velle nos esse, nihil, opitulante Deo, apud consociationem hominum futuros, nisi Dei, cuius utimur auctoritate, administros.« [1]) Noch mehr als seine Vorgänger ist der grosse Seelsorgepapst Pius X. bestrebt gewesen, die Kräfte der Kirche zu sammeln und für die rein geistlichen Ziele nutzbar zu machen. Am allerdeutlichsten hat sich dieser Grundsatz ausgeprägt in dem Dekrete der Konsistorialkongregation »Docente Apostolo« vom 18. November 1910, das den Geistlichen der höheren Weihegrade die Bekleidung einer leitenden oder mit Haftpflicht verbundenen Stellung in den Kreditvereinen untersagt, und vielleicht noch mehr in dem Apostolischen Schreiben »Tertium Franciscalium« vom 8. September 1912, durch das den Genossenschaften des dritten Ordens vom Hl. Franziskus jede Beschäftigung mit bürgerlichen oder rein wirtschaftlichen Angelegenheiten verboten wird, damit sie sich einzig den Aufgaben der Buße und der Frömmigkeit widmen.

Supranaturalismus und Spiritualismus sind zwar hervorstechende, aber nicht die einzigen Züge im Charakterbilde der Gesetzgebung Pius' X. Dieser hätte nicht der erfahrene Seelsorger und hellblickende Volksmann sein können, wenn er den Realismus ausser acht gelassen hätte. Von der realistischen Auffassungsweise des Hl. Vaters legen namentlich die zahlreichen von ihm erlassenen Ordensgesetze Zeugnis ab. Die Aufnahmebestimmungen der religiösen Orden und Kongregationen hat er dadurch verschärft, dass die entlassenen Alumnen und Ordensleute nicht ohne spezielle Erlaubnis des Apostolischen Stuhles zum Noviziate und zur Gelübdeablegung zugelassen werden dürfen. [2]) Während nach dem früheren Recht die Laienbrüder

1) Acta Sanctae Sedis XXXVI, 131.
2) Vgl. die Dekrete der Congregatio de Religiosis »Ecclesia Christi« vom 7. Sept. 1909 (für die männlichen Ordensleute) und »Sanctissimus« vom 4. Januar 1910 (für die weiblichen Ordensleute). A. A. S. I, 700 f. u. II, 63 f.

bereits mit dem vollendeten 24. Lebensjahre die feierlichen Gelübde ablegen konnten, hat Pius X. die Altersgrenze jetzt auf das vollendete 30. Lebensjahr erhöht.[1]) Unter Androhung schwerer Kirchenstrafen hat er ferner den Klöstern und Ordensgenossenschaften untersagt, sich im Vertrauen auf Gottes Vorsehung leichtsinnig in Schulden zu stürzen, und sie aufgefordert, mit ihren Mitteln haushälterisch und vorsichtig zu Werke zu gehen.[2]) Den Laienbrüdern wurde in dem bereits erwähnten Dekrete ans Herz gelegt, sich die Manieren eines guten Anstandes anzueignen und auf die Beobachtung der Höflichkeitsregeln bedacht zu sein. Im Gegensatze zur früheren Praxis wurden endlich die Novizen verpflichtet, sich künftighin auch mit wissenschaftlichen Studien zu beschäftigen, damit sie sich nützliche Kenntnisse erwerben und ihren Geist nicht durch die beständige Übung der Werke der Frömmigkeit und Andacht ermüden.[3]) Gewiss sind diese Beispiele ausreichend, um zu zeigen, dass die von Pius X. vorgeschriebenen und empfohlenen übernatürlichen Heilsmittel ihre Ergänzung finden sollen in der Anwendung und dem Gebrauche der natürlichen Mittel. Wenn der Hl. Vater unter Berufung auf das göttliche Gebot von neuem eingeschärft hat, dass die Kinder im ungefähren Alter von 7 Jahren zur hl. Kommunion geführt werden sollen, so ist das sicherlich ein starkes Betonen des supranaturalistischen Standpunktes; wenn er aber gleichzeitig die Altersgrenze für die Ablegung der feierlichen Gelübde seitens der Laienbrüder auf das 30. Lebensjahr hinaufgerückt hat, so müssen wir darin eine nicht minder starke Hervorhebung des realistischen Standpunktes erblicken. Da entsprechend dem gottmenschlichen Charakter der Kirche das harmonische Zusammenwirken der göttlichen und menschlichen Kräfte, der übernatürlichen und natürlichen Mittel für den Aufschwung des christlichen Lebens noch immer von grösstem Nutzen gewesen ist, wie uns die Kirchengeschichte von ihrem Anfange an lehrt, so dürfen wir der Wirkung der Pianischen Gesetzgebung ein günstiges Prognostikon gewiss nicht versagen.

Die volle Würdigung der von Papst Pius X. für die Reform des kanonischen Rechts geleisteten Arbeit muss natürlich der

1) Dekret der Congregatio de Religiosis »Sacrosancta« vom 1. Januar 1911. A. A. S. III, 29 ff.

2) Dekret der Congregatio de Religiosis »Inter ea« vom 30. Juli 1909. A. A. S. I, 695 ff.

3) Dekret der Congregatio de Religiosis »Ad explorandum« vom 27. August 1910. A. A. S. II, 730 f.

späteren Nachwelt überlassen bleiben. Wir Zeitgenossen sind weder in der Lage, die Motive der einzelnen Gesetze genau festzustellen und die persönliche Anteilnahme des Papstes mit Sicherheit abzuschätzen, solange nicht das Material aus den päpstlichen Archiven zugänglich gemacht ist, noch können wir die zukünftigen Wirkungen der Gesetze im voraus vollständig überblicken. Mag unser Urteil aber auch noch so sehr durch die Umstände beschränkt sein, so können wir nichtsdestoweniger auf Grund der vorliegenden Tatsachen die feste, wissenschaftlich begründete Überzeugung aussprechen, dass mit dem elfjährigen Pontifikate des heimgegangenen Papstes eine neue Periode der kirchlichen Gesetzgebung begonnen hat. In dem Motu proprio »Arduum sane munus« hat Pius X. die Absicht ausgedrückt, das in formeller und materieller Hinsicht hinter den Bedürfnissen der Zeit zurückgebliebene Kirchenrecht voll und ganz auf die Höhe der Gegenwart zu erheben und dasselbe in erster Linie den Erfordernissen der modernen Seelsorge anzupassen. Dieses hohe und erhabene Ziel ist bereits durch zahlreiche Einzelerlasse des grossen Gesetzgebers erfolgreich angestrebt, und es besteht die begründete Hoffnung, dass der baldige Abschluss des gesamten Kodifikationswerkes die Lebensarbeit des unsterblichen Reformator iuris ecclesiastici krönen werde.

I.

Der Kodifikationsplan des kanonischen Rechts. [1])

Keine Tat hat den Namen Pius' X. enger mit dem kanon. Rechte verknüpft und ihn für alle Zeiten mehr in die Reihe der

---

1) *N. Hilling,* Zur Kodifikation des kirchlichen Rechts, in: Der katholische Seelsorger XVI (1904), 291 ff. *J. Haring,* Zur Kodifikation des kanonischen Rechts, in: Literarischer Anzeiger, 15. Oktober 1904. *U. Lampert,* Die Bedeutung und die Ausführung des Motuproprio »Arduum sane munus« über die Kodifikation des kanonischen Rechts, in: Schweizerische Kirchenzeitung 1904, No. 20. *J. B. Sägmüller,* Die formelle Seite der Neukodifikation des kanonischen Rechts, in: Theologische Quartalschrift LXXXVII (1905), 401 ff. *E. Friedberg,* Ein neues Gesetzbuch für die katholische Kirche, in: Deutsche Zeitschrift für Kirchenrecht XVIII (1908) f. 1 ff. Auch separat erschienen, Leipzig, Alexander Edelmann, o. J. *A. Boudinhon,* De la codification du droit canonique, in: Le Canoniste contemporain XXVII (1904), 641 ff. *H. Quilliet,* La codification du droit canonique, in: Revue des sciences ecclésiastiques, Nouvelle série IX (1904), 539 ff. *L. Choupin,* La codification du droit canonique, in: Études de la Compagnie de Jésus, 20. juillet 1904. *A. Villien,* Les réformes du droit canonique et les postulata du Concile du Vatican, in: Le Canoniste contemporain XXIX (1906), 65 ff. *H. Giry,* Le droit canonique de demain, in: Revue Augustinienne 1906, II, 26 ff. *X.,* Sulla codificazione del diritto cononico, in: Rassegna giuridica ecclesiastica II (1904), 273 ff. *H. M. Pezzani,* Pensieri sulla codificazione del diritto canonico, in: Il Consulente

ersten kirchlichen Gesetzgeber gestellt, als die von ihm befohlene Neukodifikation des gesamten Kirchenrechts. Man erzählt, dass der Papst sich sogleich in der ersten Nacht nach seiner Wahl aufs lebhafteste mit diesem Plane beschäftigt und den kühnen Entschluss, ihn zu verwirklichen, gefasst habe. Wie es sich mit dieser Legende auch immer verhalten mag, jedenfalls ist mit Sicherheit anzunehmen, dass der neugewählte Pontifex den Kodifikationsplan von Anfang an gehegt und seine Ausführung für dringend notwendig gehalten hat. Die objektive Notwendigkeit und Dringlichkeit dieses Unternehmens stand ja längst ausser Frage, nachdem sich die politischen, sozialen und kulturellen Grundlagen des Kirchenrechts seit dem Anfange des 19. Jahrhunderts wesentlich verändert und mit Ausnahme von England und Nordamerika fast alle grossen Kulturstaaten der Erde neue Gesetzbücher erlangt hatten. Wie auf dem Vatikanischen Konzil die Bischöfe, so hatten auf den internationalen wissenschaftlichen Kongressen die Gelehrten nachdrücklichst darauf hingewiesen. [1])

Bereits am 19. März des Jahres 1904, als Pius X. zum ersten Male sein Namensfest auf dem päpstlichen Throne feierte und zugleich die katholische Kirche das Fest ihres allgemeinen

---

ecclesiastico, febbraio-marzo 1904. Auch separat erschienen. *C. Calisse,* La codificazione del diritto canonico, in: Rivista internazionale di scienze sociali e discipline ausiliarie XXXV (1904), 346 ff. *F. Ruffini,* La codificazione del diritto ecclesiastico, in: Studi in onore di V. Scialoja. Auch separat erschienen. *A. Rossi,* La codificazione del diritto canonico e il diritto »ecclesiastico« dello stato, in: Il Contenzioso ecclesiastico, novembre-dicembre 1906. Auch separat. *S. F. Longoni,* La codificazione del diritto canonico, in: La Scuola cattolica, 31. luglio 1908. *P. Marcus,* De codificatie van het canonick recht, in: Nederlandsche Katholieke Stemmen V (1905), 239 ff. The codification and the study of canon law, in: The Catholic Fortnigthly Review, 1. April 1907.

1) *C. F. Turinaz,* (Bischof von Toul und Nancy), De l'étude et de la pratique du droit canonique en France à l'heure présente. Note lue à la section des sciences juridiques et sociales du Congrès scientifique international des catholiques. Paris 1891. *A. Pillet,* De la codification du droit canonique. Compte rendue du Congrès scientifique international des catholiques, Fribourg en Suisse 1897, Sect. IV., p. 319 ff. *Jos. Hollweck,* Kodifikation des kanonischen Rechts, in: Akten des fünften internationalen Kongresses katholischer Gelehrten in München vom 24. bis 28. September 1900. München 1901, S. 258 f. (Kurzes Referat der gehaltenen Rede.) Vgl. ferner die Denkschrift von *Hugo Lämmer,* Zur Kodifikation des kanonischen Rechts, Freiburg i. B. 1899. Private Kodifikationsarbeiten lagen bereits vor von *Gaspare de Luise,* Codex canonum ecclesiae, qui ex antiquo iure adhuc vigent, Neapoli 1873. *Emanuel Colomiati,* Codex iuris pontificii seu canonici, Taurini 1888 ff. Im ganzen 9 Bde. *A. Pillet,* Ius canonicum generale tributum in articulos, Parisiis 1890. 2. Aufl. 1900. *H. M. Pezzani,* Codex sanctae catholicae Romanae ecclesiae, Romae et Mediolani 1893 ff., 4 Bde, *F. Deshayes,* Memento iuris ecclesiastici publici et privati, Parisiis 1895. Hierzu kam noch nachträglich *Fortunato Russo,* Iuris canonici codex vigens sive legum ecclesiasticarum omnium. 1905.

Schutzpatrons beging, wurde das Motu proprio de Ecclesiae legibus in unum redigendis »Arduum sane munus«[1]) veröffentlicht. Offenbar war dieser Tag besonders für die Kundgebung ausersehen, um sowohl das persönliche Interesse des Hl. Vaters für das grosse Unternehmen als die Bedeutung desselben für die ganze katholische Kirche äusserlich kund zu tun.

In der Einleitung knüpft der päpstliche Verfasser an seinen in der Antrittsenzyklika »E supremi apostolatus« vom 4. Oktober 1903 verkündeten Wahlspruch »Instaurare omnia in Christo« an und betont, dass die in diesem Dekrete angeordnete Maßregel ein wichtiges Mittel für die Ausführung des Programms sei. Damit ist die rein religiöse Absicht der Gesetzeskodifikation aufs deutlichste ausgesprochen. Der Papst beschliesst die Einleitung mit den Worten: »Probe autem intelligentes ad instaurationem in Christo ecclesiasticam disciplinam conferre maxime, qua recte ordinata et florente uberrimi fructus deesse non possunt, ad ipsam singulari quadam sollicitudine studia Nostra animumque convertimus«. Man kann diesen schönen Ausspruch wohl als den besten und passendsten Ausdruck des Leitmotivs der Pianischen Gesetzgebung bezeichnen.

In dem narrativen Teile des Dekretes gibt der Hl. Vater einen kurzen Überblick über die Geschichte der kanonischen Rechtsquellen. Er gedenkt zunächst der Verdienste der früheren Päpste, die der Kirche ein Gesetzbuch geschenkt haben. In der ersten Reihe nennt er die Namen Innocenz' III., Honorius' III., Gregors IX., Bonifaz' VIII., Clemens' V. und Johannes' XXII., die nach dem Vorbilde der berühmten Justinianischen Gesetzgebung die offiziellen Dekretalensammlungen schufen. Durch die drei wichtigsten Sammlungen der päpstlichen Dekretalen wurde zusammen mit dem etwas älteren Dekrete Gratians, dessen Ruhm der Papst bereits vorher verkündet, das heute so genannte Corpus iuris canonici gebildet. Die grosse Reformgesetzgebung des Konzils von Trient und die zahlreichen Konstitutionen der Päpste haben später den Inhalt des alten kanonischen Rechtsbuchs in vielen Punkten überholt und abgeändert. Infolge dessen sahen sich die Päpste Gregor XIII., Sixtus V., Clemens VIII. und Benedikt XIV. veranlasst, teils die Ausgaben der alten Rechtsbücher zu verbessern, teils dieselben durch neue Sammlungen zu er-

1) Acta Sanctae Sedis XXXVI, 549 ff.

gänzen. Zuletzt entstanden die grossen Sammelwerke, welche die Erlasse der römischen Kongregationen in sich aufnahmen.

Jedoch waren alle diese Bestrebungen, so sehr sie auch für einige Zeit Abhilfe schufen, nicht imstande, den dauernden Bedürfnissen zu genügen. Aus der fortwährenden Flickarbeit ergaben sich sogar schwere Übelstände, die mit der Zeit immer drückender empfunden werden mussten: 1) die grosse Zahl der Gesetze und Gesetzessammlungen, die beide ins Ungemessene wuchsen, 2) die Vermischung der gültigen und ungültigen Gesetze in derselben Sammlung und die daraus entstandene Schwierigkeit, beide von einander mit Sicherheit zu trennen, und endlich 3) die Beibehaltung eines innerlich antiquierten und den Bedürfnissen der heutigen Zeit nicht mehr genügenden umfangreichen Rechtsstoffes.

Daher gingen in der jüngsten Zeit die Päpste Pius IX. und Leo XIII. notgedrungen dazu über, wenigstens auf einzelnen wichtigen Teilgebieten die veralteten Rechtssätze auszuscheiden und sämtliche geltenden Bestimmungen in einem Gesetzeserlasse zu vereinigen. Pius IX. kodifizierte durch die Konstitution »Apostolicae Sedis« vom 12. Oktober 1869 die Bestimmungen der Censurae latae sententiae, Leo XIII. durch die Konstitution »Officiorum ac munerum« vom 25. Januar 1897 die Regeln des kirchlichen Bücherverbots und durch die Konstitution »Conditae a Christo« vom 8. Dezember 1900 die Normen für die Leitung und Aufsicht der religiösen Kongregationen mit einfachen Gelübden. Die Postulate der Bischöfe des Vatikanischen Konzils, das gesamte kanonische Recht zu kodifizieren und reformieren, gingen bekanntlich wegen der vorzeitigen Suspension der Kirchenversammlung nicht in Erfüllung.

An die Beispiele seiner beiden unmittelbaren Vorgänger und die Wünsche der Vatikanischen Konzilsväter anknüpfend, hat nun Papst Pius X. den Beschluss gefasst, das gesamte Kirchenrecht 1) zu reformieren und 2) zu kodifizieren. Die erste Aufgabe betrifft die materielle, die zweite die formelle Verbesserung des Kirchenrechts. Während für die materielle Erneuerung der kirchlichen Rechtsbestimmungen zahlreiche und nach der Lage des konkreten Einzelfalles verschiedenartige Gesichtspunkte in Betracht kommen, lassen sich die Hauptrichtungslinien der formellen Darstellung leichter und mit wenigen Worten angeben. Der Sekretär der sogleich zu erwähnenden Kommission für die Kodifikation des Kirchenrechts, Pietro Gasparri, hat im Schreiben

an die Rektoren der katholischen Universitäten vom 6. April 1904[1]) es als die Willensmeinung des Hl. Vaters verkündet, dass der neue Codex iuris ecclesiastici nach der Form der modernen weltlichen Gesetzbücher in einzelne Kanones oder Artikel eingeteilt werden soll. Damit ist also die alte, feierliche Form der Apostolischen Konstitutionen, wie sie noch Leo XIII. mit so grossem Geschick angewandt hatte, aufgegeben. Einen näheren Beleg für die zukünftige äussere Gestaltung des kirchlichen Rechtsbuchs besitzen wir jezt an den bereits antizipierten Erlassen der Kodifikationskommission, insbesondere an dem Dekret »Maxima cura« vom 20. August 1910 über die Amtsenthebung der Pfarrer im Verwaltungswege, dessen Redaktion mit am besten gelungen ist. Ferner ist für die formelle Seite eines Gesetzgebungswerkes die Einteilung in Bücher von Wichtigkeit. Das zuletzt erwähnte Schreiben an die katholischen Universitäten hat die Einteilung in fünf Bücher vorgesehen. Das erste Buch soll handeln de Personis, das zweite de Sacramentis, das dritte de Rebus et Locis sacris, das vierte de Delictis et Poenis, das fünfte de Judiciis. An die Spitze wird ein allgemeiner Teil gestellt mit den Titeln de Summa Trinitate et Fide catholica, de Constitutionibus, de Consuetudine und de Rescriptis. Dieses Schema entspricht der üblichen Einleitung der römischen Lehrbücher des sog. Jus canonicum privatum,[2]) nur ist charakteristischer Weise an zweiter Stelle ein eigenes Buch über die Sakramente eingefügt.

Zur Durchführung dieses grossen Unternehmens hat der Papst eine Kardinalskommission eingesetzt, für die bald nach Erlass des Motu proprio 16 Kardinäle[3]) ernannt wurden. Den Kardinalsmitgliedern stehen kanonistische und theologische Fachgelehrte als sog. Konsultoren zur Seite. Zum ersten Male ernannte die Kardinalskommission unter Zustimmung des Hl. Vaters am 25. März 1914 17 Konsultoren[4]) aus der Stadt Rom und bald

1) Acta Sanctae Sedis XXXVII, 130 f.

2) Vgl. z. B. die viel gebrauchten Lehrbücher von *Lombardi* und *Sebastianelli.*

3) Die Namen lauten: Seraphinus Vannutelli, Antonius Agliardi, Vincentius Vannutelli, Franciscus Satolli, Marianus Rampolla del Tindaro, Hieronymus M. Gotti, Dominicus Ferrata, Franciscus de Paula Cassetta, Franciscus Desideratus Mathieu, Casimirus Gènnari, Beniaminus Cavicchioni, Raphael Merry del Val, Andreas Steinhuber, Franciscus Segna, Josephus Calasanctius Vives y Tuto u. Felix Cavagnis. A. S. S. XXXVI, 551.

4) Albertus Pillet, Alexius Lépicier, Aloysius Veccia, Alphonsus Eschbach, Bernardinus Klumper, Caietanus De Lai, Carolus Lombardi, Franciscus Xav. Wernz, Guillelmus Sebastianelli, Guillelmus van Rossum, Laurentius Janssens, Maurus Kaiser, Petrus Armengaudius Valenzuela, Philippus Giustini, Pius de Langogne, Thomas Esser, Vincentius Fernandez y Villa. A. S. S. XXXVI, 603.

darauf 25 weitere Konsultoren,[1]) die ebenfalls in Rom ihren Wohnsitz haben. Als ersten Sekretär der Kommission und Vorsitzenden in den Versammlungen der Konsultoren ernannte der Hl. Vater den damaligen Sekretär der Kongregation der ausserordentlichen kirchlichen Angelegenheiten, *Pietro Gasparri*, dem später in beiden Ämtern *Raffaele Scapinelli di Lèguigno* (jetzt Nuntius in Wien) und *Eugenio Pacelli* nachfolgten. Der erste Sekretär Gasparri wurde nach seiner Kardinalserhebung zum »Ponente« d. i. Referenten der Kommission ernannt, der er seither auch als ordentliches Mitglied angehört. Im Jahre 1913 betrug die Zahl der Kardinalsmitglieder 14, die der Konsultoren 50.

Bei der Herstellung des neuen kirchlichen Gesetzbuches muss man naturgemäß zwischen der technischen Redaktion und der Gewinnung der materiellen Rechtsnormen unterscheiden. Während für die technische Seite nur die Arbeit einer beschränkten Zahl von Fachleuten in Betracht kommt, ist für die materielle Seite die Mitarbeit möglichst vieler Kreise, ja der gesamten katholischen Kirche erwünscht. Daher bestimmt Art. IV. des Motuproprio »Arduum sane munus«, dass sich der gesamte Episkopat an der Kodifikation beteiligen soll. Bereits am 25. März 1904 wurden sämtliche Bischöfe durch ein Rundschreiben des Kardinalstaatssekretärs Merry del Val[2]) aufgefordert, innerhalb der nächsten vier Monate durch Vermittlung ihrer Erzbischöfe der Kommission Vorschläge für Gesetzesänderungen zu unterbreiten. Ferner wurde den Bischöfen der einzelnen Nationen gestattet, Vertreter nach Rom zu senden, die zu den Arbeiten der Konsultoren hinzugezogen werden, oder, falls sie es vorziehen, einen der bereits ernannten Kosultoren mit der Vertretung ihrer Wünsche zu beauftragen oder endlich durch einen Fachgelehrten in der Heimat ihre Wünsche schriftlich der Kommission vorzulegen. Die auswärtigen Mitarbeiter haben in grosser Anzahl teilgenommen und führen den offiziellen Titel »Callaboratori«. Endlich wurden noch durch das bereits erwähnte Schreiben vom 6. April

---

1) Joannes Befani, Ermetes Binzecher, Aloysius Budini, Petrus Checchi, Joannes Costa, Joannes de Montel, Orestes Giorgi, Joseph Latini, Michael Lega, Evaristus Lucidi, Joannes B. Lugari, Dominicus Mannaioli, Benedictus Melata, Joseph Nervegna, Henricus M. Pezzani, Basilius Pompili, Augustus Sili, ferner die Ordensgeistlichen Claudius Benedetti, Januarius Bucceroni, Marianus De Luca, Albertus Lepidi, Joseph Noval, Benedictus Oietti, Dominicus Palmieri und endlich der Laie Graf Balthasar Capogrossi-Guarna, Dekan der Konsistorialadvokaten. A. S. S. XXXVI, 603.

2) Acta Sanctae Sedis XXXVI, 603 f.

1904[1]) die Rektoren der katholischen Universitäten aufgefordert, die kanonistischen Professoren ihrer Hochschulen um die Redaktion einzelner, von ihnen selbst zu wählenden Materien zu ersuchen. In sinngemäßer Ausführung des päpstlichen Befehls sind die Fachvertreter der katholisch-theologischen Fakultäten Deutschlands zu denselben Arbeiten eingeladen worden.

Von den Kardinalsmitgliedern gelten die jetzt bereits sämtlich verstorbenen Kardinäle *Gènnari*,[2]) *Cavagnis*[3]) und *Vives y Tuto*[4]) als spezielle Kenner des kanonischen Rechts. Ferner hat sich der frühere Sekretär und jetzige Berichterstatter Kardinal *Gasparri*,[5]) der jüngst zum Kardinalstaatssekretär des Papstes Benedikt XV. ernannt wurde, als kanonistischer und theologischer Schriftsteller einen angesehenen Namen erworben. Er darf wohl als die eigentliche Seele der Kodifikationsarbeiten bezeichnet werden. Weit grösser ist natürlich die Zahl der kanonistischen Schriftsteller bei den Konsultoren. Ich nenne aus der Reihe der zuerst im Jahre 1904 ernannten Konsultoren die Autoren *Pillet*,[6]) *Lega*,[7]) *Lombardi*,[8]) *Sebastianelli*,[9]) *Pezzani*,[10]) *Nervegna*,[11]) den

---

1) Acta Sanctae Seeis XXXVII, 130 f.

2) Er verfasste die beiden Sammelwerke Questioni canoniche di materie riguardanti specialmente i tempi nostri (² 1908) und Consultazioni morali-canoniche-liturgiche (1904), die beide auch ins Französische übersetzt wurden, und ausserdem die Schriften: Sulla privazione del beneficio ecclesiastico e sul processo criminale dei chierici (² 1905) und Breve commento della nuova legge sugli sponsali e sul matrimonio (⁴ 1908). † 1914.

3) Verfasser der Institutiones iuris publici ecclesiastici, ⁴ 1906. † 1906.

4) Schrieb Compendium juris canonici (⁴ 1905) und den Traktat De dignitate et officiis episcoporum et praelatorum (1905). † 1913.

5) Gasparri war viele Jahre Professor des kanonischen Rechts am Institut catholique in Paris und verfasste als solcher die noch heute sehr geschätzten Werke: Tractatus canonicus de sacra Ordinatione (1893), Tractatus canonicus de sanctissima Eucharistia (1897) und Tractatus canonicus de Matrimonio (³ 1904).

6) Er verfasste die bereits erwähnten Schriften Ius canonicum generale distributum in articulos (² 1900) und De la codification du droit canonique. [Extrait de la Revue des Sciences ecclésiastiques].

7) Erster Dekan der reorganisierten Rota und seit 1914 Kardinal. Er schrieb ein grosses vierbändiges Werk Praelectiones in textum iuris canonici de iudiciis ecclesiasticis. 1896 ff. Die zweite Auflage wurde 1906 begonnen.

8) Verfasser des Lehrbuches Iuris canonici privati institutiones (² 1901) 3 Bde.

9) Gegenwärtig Dekan der Rota; er verfasste Praelectiones juris canonici (² 1905), bis jetzt 3 Bde.

10) Verfasser des vorhin erwähnten Codex sanctae catholicae Romanae ecclesiae (1893 ff.) und Herausgeber mehrerer Bände der neuesten Decisiones Rotae (1910 ff.).

11) Schrieb De iure practico regularium (1900) und De institutis votorum simplicium (1905).

Kapuziner *Pie de Langogne*[1]) und die drei Jesuiten *De Luca,*[2]) *Oietti*[3]) und *Wernz*[4]) und aus der Klasse der später ernannten den Sulpizianer *Seraphin Many,*[5]) die beiden Benediktiner *Pierre Bastien*[6]) und *Raphael Molitor*[7]) sowie die zwei Jesuiten *Joseph Laurentius*[8]) und *Petrus Vidal.*[9]) Nahezu sämtliche Konsultoren werden in dem Annuario Pontificio auch als Konsultoren und Sekretäre der Römischen Kardinalskongregationen aufgezählt, eine Stellung, die reichlich Gelegenheit bietet, sich durch Ausarbeitung von Vota auf das intimste mit dem kanonischen Rechte vertraut zu machen. Endlich verdient noch erwähnt zu werden, dass von den deutschen Professoren der Eichstätter Kanonist *Joseph Hollweck,* der Verfasser des ausgezeichneten Buches Die Kirchlichen Strafgesetze (1899), ganz speziell zu den Kodifikationsarbeiten herangezogen worden ist. Er hat zu diesem Zwecke mehrere Winter in Rom zugebracht.

Von der fortschreitenden Arbeit der Kodifikationskommission haben bereits die antizipierten Einzelgesetze mehrfach Zeugnis abgelegt. Diese haben den Zweck, die besonders dringlichen Reformen der Gesetzgebung möglichst rasch durchzuführen und die Brauchbarkeit der fertiggestellten Einzelarbeiten vor der Herausgabe des ganzen Gesetzbuches in der Praxis zu erproben. Besonders das letzte Motiv verdient an dieser Stelle hervorgehoben

---

1) Verfasste die gründliche Abhandlung Bulle d'Innocent VIII aux abbés de Citeaux pour les ordinations »in sacris«, in: Études Franciscaines 1901. Auch erschienen in den Analecta ecclesiastica 1902.

2) Schrieb Praelectiones iuris canonici (1897 ff.) und Institutiones iuris ecclesiastici publici (1902 ff.).

3) Schrieb Synopsis rerum moralium et iuris pontificii alphabetico ordine digesta, in 4 Bden (³ 1909 ff.) und die sehr sorgfältigen Schriften De Romana curia. Commentarium in Constitutionem apostolicam »Sapienti consilio« (1910) und In ius Antepianum et Pianum ex decreto »Ne temere« S. C. Concilii 2. Aug. 1907 de forma celebrationis sponsalium et matrimonii commentarii (1908).

4) Verfasser des grossen sechsbändigen Werkes Ius decretalium ad usum praelectionum in scholis textus canonici sive iuris decretalium, das im Jahre 1914 vollendet wurde und zum Teil bereits in 3. Anflage vorliegt. Redaktionelle Mitarbeiter des Werkes sind *Laurentius* und *Vidal.* P. Wernz † 1914 als General der Gesellschaft Jesu.

5) Gegenwärtig Auditor der Rota; er verfasste Praelectiones de sacra ordinatione (1905).

6) Verfasser des Directoire canonique à l'usage des congregations à voeux simples (² 1911), das auch ins Deutsche übertragen wurde (durch *Konrad Elfner* O. S. B.).

7) Verfasser des gründlichen Buches Religiosi iuris capita selecta (1909).

8) Mitarbeiter an der 2. Aufl. des Ius decretalium von P. Wernz und Verfasser der Institutiones iuris ecclesiastici (³ 1914).

9) Mitarbeiter am 5. und 6. Bande des Ius decretalium von P. Wernz und Herausgeber der 3. Auflage.

zu werden, da es eine öffentliche Diskussion des Gesetzesentwurfs, die aus verschiedenen Gründen bei einem kirchlichen Gesetzbuch ausgeschlossen ist, in etwa zu ersetzen vermag.

Ausserdem haben die öffentlichen Blätter in der letzten Zeit gemeldet, dass der ganze Entwurf des Gesetzbuchs fertig gestellt und seine ersten drei Teile bereits an die Bischöfe zur Begutachtung abgesandt seien.[1]) Der jüngst eingetretene Pontifikatswechsel ist natürlich das kritischste Ereignis, das bisher dem Kodifikationsunternehmen zugestossen ist. Bislang liegt aber gar kein Grund vor, dieses Ereignis im ungünstigen Sinne zu deuten; vielmehr darf die vor einigen Monaten erfolgte Ernennung des Kardinals Pietro Gasparri zum Staatssekretär Benedikts XV. als ein hoffnungsvolles Unterpfand für den baldigen glücklichen Ausgang des grossen Unternehmens aufgefasst werden.

II.

Die Bildung und Erziehung des Klerus.

In seiner berühmten Antrittsenzyklika »E supremi apostolatus« vom 4. Oktober 1903 hat Pius X. den Grundsatz ausgesprochen, dass die von ihm beabsichtigte Reform der Kirche mit dem Klerus beginnen müsse. Vor allem hat er die Bischöfe ermahnt, auf die Erziehung des klerikalen Nachwuchses die grösste Sorgfalt zu verwenden. »Curarum haec prima sunto«, so lauten seine Worte, »ut Christum formemus in iis, qui formando in ceteris Christo officio muneris destinantur.«[2])

Diese beiden Gedanken, dass 1) der Klerus und 2) vor allem der junge Klerus für die Reformarbeit der Kirche vor allen anderen in Betracht gezogen werden müssen, sind in dem Wesen der katholischen Kirchenverfassung begründet, und ihre Richtigkeit ist durch die fortlaufende geschichtliche Erfahrung aller Jahrhunderte bestätigt. Die letzte grosse Reformsynode zu Trient würde sicherlich nicht so nachhaltig gewirkt haben, wenn sie nicht das bekannte Seminardekret Sess. XXIII c. 18 de reform. erlassen hätte.

Nach welchen beiden Zielpunkten der reformatorische Blick unseres Papstes gerichtet war, hat er unter anderem am 13. Juni 1909 in einer Ansprache an mehrere nordamerikanische Bischöfe,

---

1) Nach *Hofmann*, Zeitschrift für katholische Theologie XXXVIII, 639, war bereits der 29. Juni 1915 als Publikationstag für das ganze Gesetzbuch in Aussicht genommen.

2) Acta Sanctae Sedis XXXVI, 134.

die bei Gelegenheit des fünfzigjährigen Jubiläums des Nordamerikanischen Kollegs in Rom versammelt waren, hervorgehoben. Er wiederholte hier die Worte des Konzils von Aachen aus dem Jahre 816: »Tam vita, quam doctrina debet clarere ecclesiasticus doctor, nam doctrina sine vita arrogantem reddit, vita sine doctrina inutilem facit.« [1]) Eine grosse Anzahl der päpstlichen Erlasse hat nur für Italien Geltung, das den unablässigen Bemühungen Pius' X. schon jetzt einen bedeutend tüchtigeren, um nicht zu sagen, ganz neuen Klerus in vielen Gegenden zu verdanken hat. Es liegt aber in der Natur der Sache, dass die vom Oberhaupte der katholischen Kirche für Italien durchgeführten Reformen auch für die übrigen Länder mindestens eine direktive Bedeutung haben. Einige Vorschriften sind unmittelbar für die gesamte Kirche erlassen.

I. Am 10. Mai 1907 erliess die Kongregation der Bischöfe und Ordensleute unter dem Titel »Programma generale studiorum a Pio PP. X approbatum pro omnibus Italiae Seminariis« [2]) eine *neue theologische Studienordnung für sämtliche Diözesen Italiens.*

Nach dem Einleitungsdekrete des Kardinals *Ferrata* bezweckt dieselbe, 1) sämtlichen Seminaren in Italien einen einheitlichen Studienplan zu geben und 2) den theologischen Unterricht und die Ausbildung des Klerus zu verbessern. Beide Reformpunkte haben offenbar den Kern der Sache getroffen.

Ein Krebsübel an dem ehemaligen Seminarwesen Italiens bestand vor allem in der ungeheuren Mannigfaltigkeit und Zersplitterung des theologischen Lehrbetriebs. Neben manchen gut geleiteten und mit einer ausreichenden Anzahl von Lehrkräften ausgestatteten Seminaren existierten sehr viele Zwerginstitute mit nur einem oder andern Professor, der unterschiedslos in allen oder sehr vielen Fächern dozierte. [3]) Diesem Übelstande ist

---

1) Acta Apostolicae Sedis I, 512. Die Worte sind ein Zitat aus den Sententiae III, 36 Isidors von Sevilla.

2) Acta Sanctae Sedis XL, 336 ff.

3) Die im Jahre 1905 in Wörishofen erschienene Schrift des römischen Prälaten *Paul Maria Baumgarten*, Kirchliche Statistik, hat die italienischen Seminarverhältnisse scharf beleuchtet. Ausserdem erschienen in den Jahren vor Erlass des »Allgemeinen Studienprogramms« zahlreiche Reformschriften italienischer Autoren, die vor allem die ungenügenden Zustände der kleinen Diözesen bekämpften. *F. Bruschelli*, Su lo stato delle minori diocesi d'Italia. Roma 1905. *F. Falcone,* Per la riforma dei seminari in Italia. Roma 1906. Am wichtigsten ist die Pius X. gewidmete Denkschrift des sizilianischen Domherrn *Nunzio Segreto,* Il clero come è e come dovrebbe essere, ovvero come si inizia, si istruisce e si educa alla missione del sacerdozio. Roma 1906. Eine vortreffliche Würdigung dieser und anderer Reformschriften bietet *Heinrich Schrörs,* Gedanken über zeitgemäße Erziehung und Bildung des Klerus ([2] 1910) S. 11 ff.

die neue Studienordnung energisch entgegengetreten, indem sie die Forderung aufstellte, dass für jede theologische Disziplin ein besonderer Professor vorhanden sein müsse. Nur in Ausnahmefällen darf dem betreffenden Fachprofessor noch eine andere verwandte Disziplin übertragen werden. Um diese Vorschrift wirklich in die Praxis zu übersetzen, hat Pius X. bekanntlich die Errichtung von General- oder Interdiözesanseminaren angeregt,[1]) und für Süd- und Mittelitalien, wo vor allem die kleinen Diözesen heimisch sind, ist diese Einrichtung bereits mit grossem Erfolge durchgeführt.[2]) In der Stadt Rom vereinigte der Hl. Vater durch die Apostolische Konstitution »In praecipuis« vom 29. Juni 1913[3]) die zahlreichen Seminare zu einer grossen Studienanstalt, deren Hauptsitz das neu errichtete imposante Seminargebäude an der Laterankirche wurde.

Was die Reform der theologischen Studien betrifft, so hat unser Dekret vor allem Gewicht darauf gelegt, dass die historischen und exegetischen Fächer eingehender und ausführlicher als bisher betrieben werden sollen. Diese Vorschrift entspricht durchaus den Bedürfnissen unserer Zeit, die historisch und kritisch gerichtet ist.[4]) Eine blosse Beschäftigung mit der

---

1) Bereits am 16. Januar 1905 hatte der Papst hierzu dem Präfekten der Kongregation der Bischöfe und Ordensleute den Auftrag erteilt. Vgl. Acta Apostolicae Sedis VI, 214. Die Einrichtung eines gemeinschaftlichen Seminars für mehrere Diözesen ist bekanntlich schon im tridentinischen Dekret, Sess. XXIII c. 18 de reform. vorgesehen; die hauptsächlichste Anwendung dieses Systems erfolgte aber erst im Zeitalter der Aufklärung durch Kaiser Joseph II. Neuerdings hat die Kongregation der Propaganda den Apostolischen Vikaren von China die Generalseminare empfohlen. Instruktion vom 16. Oktober 1883. Acta Sanctae Sedis XXIV, 702.

2) Für Apulien besteht das grosse Generalseminar in Lecce, dem 22 Diözesen angehören. Germania, No. 139 vom 22. Juni 1909. In Calabrien wurde aus den Mitteln des Hl. Stuhles ein grosses Zentralseminar zu Catanzaro errichtet, dem der Papst am 25. März 1914 neue Statuten für die Leitung erteilte. A. A. S. VI, 213 ff. Vgl. die Schrift: Il Seminario regionale calabrese Pio X e il monumento a Sua Santità in Catanzaro (1914). Die Diözesen des oberen Picenum erhielten ein gemeinschaftliches Seminar in Fano. A. A. S. II, 51. Für Umbrien wurde ein Zentralseminar in Perugia errichtet, das später nach Assisi verlegt wurde. Vgl. Katholik 1908 II, 317. Andere Generalseminare blühen in Bologna, Chieti und Neapel.

3) Acta Apostolicae Sedis, V, 297 ff., 492 ff. Vgl. *P. M. Baumgarten*, Die italienischen Kollegien und Seminarien in Rom, in: Allgemeine Rundschau XI, 374 ff.

4) Die Forderung, dass die theologischen Studien den Bedürfnissen der Zeit angepasst werden müssten, hatten gleichfalls mehrere Stimmen aus dem italienischen Klerus erhoben. Der Erzbischof von Capua, Kardinal *Alfonso Capecelatro*, veröffentlichte die feinsinnige Rede Le vie nuove del Clero negli studi e nel culto divino, Milano 1905, neue Ausgabe Roma 1907. Vgl. ferner *B. Ricci*, Del metodo nuovo sullo studio delle scienze ecclesiastiche. 1905. *S. Bella*, Sull' ordinamento degli studi nei seminari secondo i bisogni dei tempi. Arcireale 1906. Die weitere Literatur ist bei *Schrörs* a. a. O. und

spekulativen und praktischen Theologie würde die Theologen nicht genügend für ihren späteren Beruf ausbilden und ihnen insbesondere das erforderliche Rüstzeug im Kampfe mit der kirchenfeindlichen Wissenschaft vorenthalten.

Als dritte allgemeine Bestimmung ist endlich hervorzuheben, dass das neue Studienprogramm den bestehenden Grundsatz bestätigt hat, wonach die bischöflichen kleinen Seminare (Gymnasium und Lyzeum) denselben Lehrplan zu Grunde legen müssen wie die entsprechenden staatlichen Anstalten. Die Motive dieser Maßnahme lauten: 1) Die staatlichen Studienprogramme schreiben das allgemeine Wissen vor, das die heutige Gesellschaft von den Gebildeten verlangt, und daher kann die Kirche nicht ohne Nachteil für das Ansehen des geistlichen Standes von diesen Plänen abgehen, und 2) Die Zöglinge der kleinen Seminare sollen stets in der Lage bleiben, sich einem weltlichen Berufe zuzuwenden, wenn die Absicht, geistlich zu werden, in ihnen wankend geworden ist. Man kann dem Weitblick und der Weitherzigkeit dieser Auffassung nur Beifall zollen. Ebenso verdient es Anerkennung, dass für die bischöflichen Lehranstalten eine besondere Pflege der lateinischen Sprache und der Philosophie vorgeschrieben wird, da beide Fächer für das spätere theologische Studium von grosser Wichtigkeit sind.

Der theologische Kursus dauert an den italienischen Seminaren vier Jahre. Dieses Quadriennium ist allein dem Studium der Theologie gewidmet mit Ausschluss der philosophischen Fächer. Für das Studium der Philosophie ist ausserdem noch ein spezielles Jahr angesetzt, das in der Studienordnung als »Anno preparatorio alla Teologia« bezeichnet wird. Jedoch ist dasselbe nicht unbedingt für alle Seminare obligatorisch, sondern die Kongregation der Bischöfe und Ordensleute kann davon befreien, wenn auf den zugehörigen kleinen Seminaren ausführliche philosophische Unterrichtskurse eingeführt sind.

Die Zahl der Unterrichtsstunden beträgt täglich vier und dementsprechend die Zahl der Wochenstunden zwanzig, da nur an fünf Werktagen (ausgenommen ist für gewöhnlich der Donnerstag) unterrichtet wird. Das Studienjahr erstreckt sich über neun Monate. Die Zahl der Stunden ist auf die einzelnen Studienfächer möglichst gleichmäßig verteilt. Den Vorlesungen soll ein bestimmtes Lehrbuch — der sog. Testo — zu Grunde

---

J. B. Sägmüller, Lehrbuch des katholischen Kirchenrechts I³ (1914) S. 218 verzeichnet.

gelegt werden. Die Auswahl der Lehrbücher geschieht vom Kollegium der Professoren und wird vom Bischofe bestätigt.

Die italienischen Seminare bezwecken lediglich die Ausbildung des Klerus für die Seelsorge. Die Aufgabe der gelehrten Forschung, die unseren Universitäten neben der Berufsbildung eignet, ist ihnen fremd und besonderen kirchlichen Universitäten und einigen gehobenen Seminaren, die das Recht der Promotion besitzen, anvertraut. Von diesem Gesichtspunkte aus ist die erläuterte Studienordnung zu beurteilen.

Endlich sind noch die wichtigen Nachtragsbestimmungen zu erwähnen, die der Kardinal *Gaetano De Lai,* Sekretär der Konsistorialkongregation, durch Rundschreiben an die italienischen Bischöfe vom 16. Juli 1912[1]) erlassen hat. Dieselben schreiben bezüglich der theologischen Studien vor, dass während aller vier Jahre täglich eine dogmatische Vorlesung — nach scholastischer Methode — gehalten werde, der Professor für Moral auch die Grundbegriffe der Gesellschaftslehre vortragen solle und bei der Kirchengeschichte vor allem die übernatürliche Seite betont werden müsse. Die Bischöfe werden aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass die Fächer der Dogmatik und Moral und womöglich auch die Philosophie in lateinischer Sprache vorgetragen werden. Bei der Auswahl der Lehrbücher ist vor allem auf die sichere Lehre — sicura dottrina — zu achten. Es versteht sich von selbst, dass diese Instruktionen das spezielle Ziel verfolgen, die Bildung des Klerus vor modernistischen Einflüssen zu schützen.

II. Bereits vor dem Erlass der besprochenen Studienordnung hatte Papst Pius X. durch das Motu proprio »Sacrosancta«[2]) vom 16. Juli 1905 eine *neue Prüfungsordnung für die Weihekandidatcn der Stadt Rom* vorgeschrieben. Dieselbe bestimmt, dass für den Empfang der Tonsur und der niederen Weihen die bisherigen Bestimmungen in Kraft bleiben, während die für die höheren Weihen dahin abgeändert werden, dass vor dem Subdiakonat in einem, vor dem Diakonat in zwei und vor dem Presbyterat in drei Traktaten aus der Dogmatik und bei der letzten Weihe ausserdem im Traktate über die hl. Eucharistie geprüft werden soll. Der Prüfung müssen sich sowohl die Welt- wie auch die Ordensgeistlichen unterziehen; nur diejenigen Weihekandidaten, die an einer päpstlichen Universität in der Theologie promoviert haben, sind von der theologischen Prüfung befreit.

1) Acta Apostolicae Sedis IV, 491 ff.
2) Acta Sanctae Sedis XXXVIII, 8 ff.

In der Einleitung dieses Motu proprio hat der Hl. Vater nachdrücklichst auf die grosse Bedeutung der wissenschaftlichen Befähigung für die Priesteramtskandidaten hingewiesen: »non enim promiscuum est, doctus sit an indoctus, qui sacris initietur; sed ea prorsus ratione, qua castis rectisque moribus commendari illum oportet, eadem et doctrina exornari necesse est«.

Am 1. August 1905[1]) hat der Kardinalvikar *Respighi* nähere Ausführungsbestimmungen zu dem Prüfungsdekrete erlassen, denen ein »Elenchus tractatuum theologiae pro examinibus ad Ordines« [2]) beigefügt ist.

III. Besondere Vorschriften hat Pius X. für das *Studium der Ordensgeistlichen* erlassen. Am wichtigsten ist die am 7. September 1909[3]) veröffentlichte authentische Erklärung der Congregatio de Religiosis über den 6. Artikel des Dekrets »Auctis admodum« vom 4. November 1892. Die von Leo XIII. in dem genannten Dekrete erlassene Vorschrift, dass die Professen der feierlichen und einfachen Gelübde von den Diözesanbischöfen nicht eher zu den heiligen Weihen zugelassen werden dürfen, als bis sie für den Empfang des Subdiakonats wenigstens ein Jahr, für den Empfang des Diakonats wenigstens zwei Jahre und für den Empfang des Presbyterats wenigstens drei Jahre Theologie studiert und vorher den regelmässigen Kursus der anderen Fächer (Elementar-, Gymnasial-[4]) und Lyzealfächer) absolviert und die entsprechenden Studienzeugnisse vorgelegt haben, hat die Kongregation der Religiosen vollauf bestätigt und durch die detailliertesten Ausführungsvorschriften[5]) sichergestellt. Ausserdem erhält der Interpretationserlass noch die ausdrückliche Bestimmung, dass die Religiosen nach Empfang der Priesterweihe ein viertes theologisches Studienjahr absolvieren müssen. Da für die Weltgeistlichen ebenfalls ein theologisches Quadriennium vorgeschrieben ist,[6]) gelten jetzt dieselben Bildungsvorschriften

1) Acta Sanctae Sedis XXXVIII, 354 ff.

2) Der erste Traktat lautet: De vera religione und zerfällt in die Unterabteilungen: 1) Quid religio, — 2) religio naturalis, — 3) religio supernaturalis seu revelata, — 4) revelatae religionis necessitas, — 5) revelationis duplex obiectum, — 6) Jesu Christi divina missio, — 7) quae ipsius probatur doctrina, — 8) miraculis, — 9) resurrectione.

3) Acta Apostolicae Sedis I, 701 ff.

4) Der Gymnasialkursus dauert in Italien fünf Jahre, daran schliesst sich der Lyzealkursus mit drei Jahresklassen.

5) Vgl. ausserdem die weiteren Interpretationserlasse der Congregatio de Religiosis zu den Studien der Ordensleute vom 21. Dezember 1909 (A. A. S. II, 35 f.), vom 31. Mai 1910 (A. A. S. II, 449 f.) und vom 24. März 1911 (A. A. S. III, 181). Ein Eingehen auf alle Einzelheiten ist hier nicht am Platze.

6) Vgl. oben S. 98.

pro utroque clero. Der damalige Präfekt der Kongregation der Religiosen, Kardinal *Vives y Tuto,* hat diesen Grundsatz in dem Erlasse vom 21. Dezember 1909,[1]) indem er im Auftrage des Hl. Vaters die Gesuche einiger Ordensgenerale um Milderung der Studienvorschriften für die Übergangszeit ablehnte, ausführlich motiviert, indem er sagt: »Besonders in unseren so schwierigen Zeiten bedürfen die Ordenspriester derselben wissenschaftlichen Bildung, wie die Weltpriester. Denn die Gläubigen begehren den Rat von jenen mit nicht weniger Vertrauen als von diesen, und für den wahren Beruf ist die Wissenschaft kein Hindernis, sondern eine Stütze. Wenn es vorkommt, dass einige die auf Kosten des Ordens oder der Kongregation erworbene Kenntnis missbrauchen und vor dem Noviziate austreten, so ist es doch am besten, dass diese gehen, weil sie offenbar die notwendige Festigkeit zur Erfüllung ihres Vorsatzes nicht besessen haben, oder weil es ihnen vielleicht sogar an dem aufrichtigen Willen, das Ordensleben zu wählen, gefehlt hat. Ein bedeutend geringerer Schaden ist für die Orden und Institute zu befürchten, wenn sie weniger zahlreich aufgesucht werden oder ihre Novizenhäuser zeitweilig sogar völlig leer stehen, als wenn sie mit nicht genügend unterrichteten Mitgliedern angefüllt sind. Eine auserlesene Schar von treubleibenden Alumnen ist einer grossen Anzahl von vorübergehenden Mitgliedern vorzuziehen, und es ist mit grösstem Eifer dahin zu streben, dass durch die Qualität reichlich ersetzt werde, was an Quantität ermangelt.« Es braucht nicht eigens hervorgehoben zu werden, dass diese Sätze des obersten Leiters des Ordenswesens dieselbe weitblickende und hochherzige Gesinnung bekunden, die wir vorhin in der neuen Studienordnung Pius' X. kennen gelernt haben.

Nach dem Vorbilde der römischen Prüfungsordnung für die Weihekandidaten hat unser Papst durch das Motu proprio »Religiosorum Ordinum«[2]) vom 19. März 1906 eine Weiheprüfung für sämtliche Ordensgeistliche in Italien und auf den benachbarten Inseln angeordnet.

IV. Wenn Pius X. auch in erster Linie bemüht war, die wissenschaftliche Bildung aller Geistlichen, besonders der in der Seelsorge tätigen, zu verbessern, so hat er es doch nicht unterlassen, auch die ***höheren Studien der Kleriker*** zu fördern. Dieses Verhalten entspricht der Antrittsenzyklika des Hl. Vaters, in der

1) Acta Apostolicae Sedis II, 35 f.
2) Acta Sanctae Sedis XXXIX, 93 f.

er den praktischen Seelsorgegeistlichen die grösste Bedeutung beilegt, zugleich aber auch diejenigen Priester des Lobes für würdig erklärt, die sich mit wissenschaftlichen Studien beschäftigen.[1])

Am 7. März 1907[2]) hat der damalige Präfekt der Studienkongregation, Kardinal *Satolli,* in besonderem Auftrage des Hl. Vaters ein Rundschreiben an alle italienischen Bischöfe gerichtet, in dem er die tridentinischen Vorschriften bezüglich der Erlangung des Doktorgrades in der Theologie oder im kanonischen Recht seitens der Kathedral- und Stiftskanoniker von neuem einschärft. Insbesondere sollen die Bischöfe darauf achten, dass der Canonicus Theologus und der Canonicus Poenitentiarius[3]), sowie diejenigen Kanoniker, die statuten- oder stiftungsgemäß zum Erwerb des Doktortitels verpflichtet sind, den kanonischen Vorschriften Folge leisten, d. i.: den Doktorgrad bereits beim Antritt ihres Amtes besitzen oder wenigstens binnen Jahresfrist erwerben.

Damit dem Mangel an promovierten Priestern möglichst rasch abgeholfen werde, hat der Hl. Vater bestimmt, dass gewisse äussere Schranken, die sich vielfach der Promotion entgegenstellten, künftig wegfallen sollen. Alle Priester, die den vorgeschriebenen vierjährigen Kursus an einem Seminar absolviert haben, können nach einem Jahre privaten Studiums zu dem Examen des Baccalaureats und nach je einem weiteren Jahre zu den Examina des Lizentiats und des Doktorats bei der benachbarten Fakultät, die das Promotionsrecht besitzt, zugelassen werden, ohne dass es eines formellen Fakultätsstudiums bedarf. Jedoch ist diese Erlaubnis an die Bedingung geknüpft, dass der Lehrbetrieb des Seminars im allgemeinen dem der promotionsberechtigten Fakultät entspricht. Dieselbe Erleichterung war einigen Diözesen bereits früher bewilligt worden.

---

1) Hoc tamen non impedimur quo minus laude dignos existimemus illos e sacerdotibus iunioribus, qui utilium doctrinarum studia, in omni sapientiae genere, persequuntur, ut inde ad veritatem tuendam atque osorum fidei calumnias refellendas instructiores fiant. Verumtamen celare haud possumus, quin etiam apertissime profitemur, primas Nos semper delaturos iis qui, quamvis sacras humanasque disciplinas minime praetereunt, proxime nihilosecius animorum utilitatibus se dedant, eorum procuratione munerum, quae sacerdotem deceant divinae gloriae studiosum«. Acta Sanctae Sedis XXXVI, 136.

2) Acta Sanctae Sedis XL, 380 ff.

3) Für diese beiden Beamten wurde der Doktortitel speziell vorgeschrieben. Trid. Sess. XXIII c. 18 und XXIV c. 8. In den päpstlichen Kollationsbullen wurde daher die Erlangung des Doktortitels unter Strafe der Ungültigkeit der Verleihung auferlegt.

Durch Zirkularschreiben vom 9. März 1907[1]) hat der Kardinal *Satolli* die Bischöfe, in deren Sprengeln eine theologische Fakultät mit Promotionsrecht errichtet ist, von der Anordnung des Hl. Vaters in Kenntnis gesetzt.

Nicht minder hat Pius X. sein Interesse für die Förderung der theologischen Wissenschaft durch die Tat bekundet. Er hat der katholisch-theologischen Fakultät der Universität Bonn,[2]) den neuerrichteten kanonistischen Fakultäten in Venedig[3]) und Mailand,[4]) der ebenfalls neubegründeten theologischen Fakultät am Diözesanseminar in Pisa,[5]) der römischen Bibelkommission,[6]) den beiden grossen Generalseminaren für Apulien und Calabrien,[7]) dem Priesterseminar der Benediktinerabtei St. Vinzenz[8]) in der Diözese Pittsburg (Nordamerika) und dem Benediktiner-Kolleg S. Anselmo[9]) in Rom das Promotionsrecht verliehen. Ganz besonders hat er sich der katholischen Universitäten in dem bedrängten Frankreich angenommen, die alle fünf Belobigungs- und Ermunterungsschreiben[10]) und zum Teil wie die von Paris,[11]) Angers[12]) und Lille,[13]) auch materielle Unterstützungen vom

1) Acta Sanctae Sedis XL, 381 f.

2) Durch das Breve »Cum sicuti« vom 15. Februar 1905. A. S. S. XL, 455 ff.

3) Durch das Motu proprio »Summo sane« vom 18. November 1905. A. S. S. XXXIX, 408 ff. Bekanntlich hatte Pius X. als Patriarch von Venedig die Errichtung dieser Fakultät bereits in Angriff genommen.

4) Durch das Breve »Romani Pontifices« vom 18. Dezember 1912. A. A. S. V, 57 f.

5) Durch das Breve »Magistra vitae« vom 22. November 1909. A. A. S. I, 892 ff.

6) Durch das Breve »Scripturae Sanctae« vom 23. Februar 1904. A. S. S. XXXVI, 530 ff. Vgl. die Prüfungsordnung A. S. S. XXXVII, 126 ff. und A. A. S. III, 47 ff. u. 296 ff. Durch Schreiben vom 19. April 1904 wurde allen Ordensleuten die Erlaubnis erteilt, die akademischen Grade bei der Bibelkommission zu erwerben. A. S. S. XXXVII, 24. Der charakteristische Eid der Doktoranden steht A. A. S. II, 469 f.

7) Durch die Apostolische Konstitution »Susceptum inde« v. 25. März 1914. A. A. S. VI, 213 ff. Daselbst wird die Verleihung des Promotionsrechts für das Generalseminar in Apulien erwähnt.

8) Durch das Breve »Romani Pontifices« vom 21. März 1914. A. A. S. VI, 257 f.

9) Durch das Motu proprio »Praeclara« vom 24. Juni 1914. A. A. S. VI, 333 ff. Bereits Leo XIII. hatte dem von ihm errichteten Zentralkolleg des Benediktinerordens dieses Privileg mündlich erteilt.

10) Sieh A. S. S. XXXVII, 555 ff.. XL, 390 ff., A. A. S. V, 489 f. (für Paris); A. S. S. XL, 389, A. A. S. I. 273 f. (»arx rei catholicae in superiore Gallia«), V, 53 f. (für Lille); A. S. S. XLI, 138 f. (für Lyon); A. A. S. V, 179 f. (für Toulouse); A. A. S. V, 425 ff. (für Angers).

11) Dem Institut catholique in Paris machte der Hl. Vater ein Geschenk von 100,000 Lire. A. S. S. XL, 390 Anm.

12) Um diese Universität vor dem Untergange zu bewahren, wies ihr der Papst durch das Schreiben »Officiosissimis litteris« vom 15. August 1913 drei neue Bistümer zu, die früher zum Institut catholique zu Paris gehört hatten. A. A. S. V, 425 ff.

13) Empfehlung des Kollektenschreibens des Erzbischofs von Cambrai für die Universität Lille. A. S. S. XL, 389.

Hl. Stuhle empfangen haben. Für die katholische Universität in Washington erneuerte Pius X. zweimal die von Leo XIII. bewilligte Erlaubnis, am ersten Sonntag im Advent in allen Diözesen der Vereinigten Staaten eine Kirchenkollekte abzuhalten, auf weitere zehn Jahre.[1]) Ebenso hat er von neuem den nordamerikanischen Bischöfen empfohlen, der katholischen Universität in Washington begabe junge Geistliche zuzuführen.

Obgleich die höchste kirchliche Autorität keineswegs den grossen Nutzen verkennt, den die weltlichen Wissenschaften dem Klerus bringen können,[2]) so hat sie sich doch nicht der Einsicht verschlossen, dass der Besuch der Staatsuniversitäten in heutiger Zeit den jungen Geistlichen leicht verhängnisvoll werden kann. Deshalb hat unser Papst in der Enzyklika »Pascendi« vom 8. September 1907[3]) die für Italien erlassenen Kautionsvorschriften der Kongregation der Bischöfe und Ordensleute vom 21. Juli 1896[4]) auf alle Länder ausgedehnt. Ausserdem wurde den Klerikern und Priestern, die an einer katholischen Universität inskribiert sind, absolut verboten, Disziplinen, die dort vertreten sind, an einer Staatsuniversität zu belegen. Der Kardinalstaatssekretär *Merry del Val* hat diesen strikten Befehl des Hl. Vaters in mehreren Briefen an die Bischöfe Frankreichs und die Rektoren des katholischen Instituts in Paris und Angers näher erläutert und nachdrücklichst eingeschärft.[5]) In dem päpstlichen Motu proprio »Sacrorum Antistitum« vom 1. September 1910[6]) wurde der betreffende Passus der Enzyklika »Pascendi« wörtlich wiederholt.

V. Von den einzelnen theologischen Disziplinen hat Pius X. speziell das *Studium der Bibelwissenschaften* geregelt. Das

1) Acta Sanctae Sedis XXXVI, 577 und Acta Apostolicae Sedis IV, 98 ff.

2) In dem Schreiben an den Rektor des katholischen Instituts in Paris Louis Péchenard vom 22. Februar 1905 bemerkt Pius X.: »Hodie autem, ut cum maxime, oportere vulgo sacerdotes esse non solum a theologia bene instructos, sed etiam a philosophia, a iure, a cognitione naturae, a litteris. Usitatum quippe est ac prope quotidianum apud homines, opinione potius quam re doctos, tela adversus fidem undique in officina scientiae conquirere« A. S. S. XXXVII, 556.

3) Acta Sanctae Sedis XL, 642.

4) Acta Sanctae Sedis XXIX, 359 ff. Die Bischöfe dürfen ihren Geistlichen die Erlaubnis zum Besuche der Staatsuniversitäten nur dann erteilen, wenn derselbe im Interesse der Diözese oder des Ordens, z. B. für die Bekleidung von Lehrerstellen an den bischöflichen Seminaren und klösterlichen Anstalten, notwendig oder nützlich ist. Ferner müssen die betreffenden Kleriker bereits die theologischen Studien absolviert haben und die erforderliche Charakterfestigkeit besitzen. Während ihres Aufenthaltes an der Universität sollen sie womöglich im Seminar oder in einem klösterlichen Hause oder bei einem Priester wohnen. Vgl. dieses Archiv XCIII, 19.

5) Acta Sanctae Sedis XLI, 41 f.. 136 f., 137 f., 772 f.

6) Acta Apostolicae Sedis II, 658 f.

Apostolische Schreiben »Quoniam in re biblica« [1]) vom 27. März 1906 gibt eine sehr eingehende Anweisung, wie das Bibelstudium an den Seminaren und Universitäten nach der theoretischen und praktischen Seite hin betrieben werden soll. In der Einleitung wird die hohe Bedeutung, die gerade in unserer Zeit den biblischen Studien zukommt, nachdrücklichst betont. Für die Kenntnis des Dekrets ist die Wiedergabe seiner wichtigsten Einzelbestimmungen unerlässlich. [2])

1. Der Lehrvortrag über die Hl. Schrift soll sich in allen Seminaren auf folgende Fächer erstrecken: a) die Lehre von der biblischen Inspiration, b) die Geschichte und Lehre vom biblischen Kanon, dem Originaltext und den wichtigsten Übersetzungen, c) biblische Hermeneutik, d) die Geschichte des Alten und Neuen Testaments und c) die Inhaltsangabe und Erklärung der wichtigsten Bücher. 2. Da eine ausführliche Erklärung der Hl. Schrift den Studierenden während ihrer Studienjahre nicht geboten werden kann, soll ihnen eine zusammenhängende Einleitungsvorlesung über die historische Bedeutung und den Inhalt der einzelnen Bücher gehalten werden. 3. In den Vorlesungen des Alten Testaments sind auch die neuesten Entdeckungen und der Zusammenhang der jüdischen Religion mit der Kulturgeschichte der übrigen orientalischen Völker zu erörtern. 4. Für das Alte Testament bilden die mosaische Gesetzgebung, die vorzüglichsten Weissagungen und die Psalmen den Hauptgegenstand der Vorlesungen; im Neuen Testament sollen die vier Evangelien bezüglich ihrer Authentizität und ihrer besonderen Eigenschaften klar dargelegt und eine Übersicht über die Geschichte des Evangeliums und die Theologie der Briefe und der übrigen Bücher vorgetragen werden. 5. Um den Zusammenhang der Exegese mit den übrigen Disziplinen der Theologie zu bewahren, sind diejenigen Bibelstellen, die für die Glaubens- und Sittenlehren Bedeutung haben, besonders sorgfältig zu erklären. Auch hat der Exeget des Neuen Testaments die Pflicht, seine Hörer vor allem auf die praktische Verwendung der Hl. Schrift in Predigt und Katechese aufmerksam zu machen. 6. Auch an den Seminaren sollen die begabteren Studenten ausser im Hebräischen und im biblischen Griechisch in einer andern semitischen Sprache, z. B. im Syrischen oder Arabischen unterrichtet werden. 7. An denjenigen Lehransalten, die die akademischen Grade verleihen, ist

1) Acta Sanctae Sedis XXXIX, 77 ff.
2) Vgl. *Norbert Peters,* Papst Pius X. und das Bibelstudium. 1906.

der biblische Unterricht ausführlicher zu gestalten, so dass auch auf die Behandlung einzelner Spezialfragen, auf die biblische Archaeologie und Geographie, ferner auf die Chronologie und biblische Theologie und die Geschichte der Exegese eine längere Zeit verwendet werden kann. 8. Endlich werden die Jünger der hl. Wissenschaft ermahnt, ausser den biblischen Kommentaren gute Werke über die Geschichte des Alten und Neuen Testaments, das Leben unseres Herrn, die Reisen der Apostel und die Pilgerreisen nach Palästina privatim zu lesen. Zu diesem Zwecke soll in jedem Seminar eine kleine Handbibliothek mit der genannten Literatur den Studenten zur Verfügung stehen.

Die blosse Inhaltsangabe des Apostolischen Schreibens »Quoniam in re biblica« ist ausreichend, um uns von der Gründlichkeit und zeitgemässen Ausgestaltung des verordneten Bibelstudiums zu überzeugen. Sowohl in intensiver wie extensiver Hinsicht sind die hier gestellten Anforderungen nicht leicht zu erfüllen.

Um gewissermaßen ein praktisches Vorbild für den Betrieb der biblischen Studien zu schaffen, hat unser Hl. Vater durch das Breve »Vinea electa«[1]) vom 7. Mai 1909 das Päpstliche Bibelinstitut in Rom errichtet. Dasselbe hat sich unter der tatkräftigen Leitung des deutschen Jesuiten P. *Leopold Fonck* sehr rasch entwickelt und am 22. März 1911 durch das Apostolische Schreiben »Jucunda sane«[2]) eine Studienordnung erhalten, die einen dreijährigen Kursus vorsieht.[3]) Infolge einer hochherzigen Stiftung[4]) ist im Jahre 1912 ein eigenes neues Gebäude für das Bibelinstitut vollendet worden, dessen musterhafte Einrichtung und vortreffliche Ausstattung mit einer grossen Bibliothek allgemein gerühmt wird. Die päpstliche Denkmünze des Jahres 1911 enthält eine Abbildung des neuen Institutsgebäudes, wodurch die Wichtigkeit dieses Unternehmens ausgedrückt werden soll. Ein zweites grosses Unternehmen ist die von Pius X. angeregte

---

1) Acta Apostolicae Sedis I, 447 ff. Der Plan war bereits von Leo XIII. gefasst, aber aus Mangel an Mitteln vorläufig zurückgestellt worden. Pius X. kündigte den Plan zum ersten Male in dem Breve »Scripturae Sanctae« vom 23. Februar 1904 an, als er der Bibelkommission das Recht der Gradeverleihung erteilte. Acta Sanctae Sedis XXXVI, 530 ff.

2) Acta Apostolicae Sedis III, 230 ff.

3) Die Absolventen dieses dreijährigen Kursus erhalten ein eigenes Diplom über ihre Befähigung zum Unterricht in den Bibelwissenschaften. Vgl. das Formular in den Acta Apostolicae Sedis IV, 471 f.

4) Vgl. das Dankschreiben des Papstes an den Erzbischof von Boston vom 25. Dezember 1909. A. A. S. II, 49.

Neuedition der lateinischen Vulgata, dessen Vorarbeiten im Jahre 1907 dem Benediktinerorden übertragen wurden.[1])

VI. Entsprechend dem Vorbilde seines grossen Vorgängers Leo XIII. hat Pius X. es nicht unterlassen, auch der *Methodik und den allgemeinen Grundlagen des theologischen Unterrichts* seine Aufmerksamkeit zuzuwenden. In der sachlichen Ausführung dieses Gedankens ist letzterer den Spuren des ersteren ebenso sehr gefolgt, wie bei dem vorhin besprochenen Gegenstande des Bibelstudiums. Bildete bei diesem die Enzyklika »Providentissimus Deus«[2]) vom 18. November 1893 den Ausgangspunkt, so bei jenem die Enzyklika »Aeterni Patris«[3]) vom 4. August 1879. Bereits in den ersten Jahren seines Pontifikats hat unser Papst zu wiederholten Malen auf die grosse Bedeutung der Scholastik für das theologische Studium der Gegenwart hingewiesen und besonders die Schriften des hl. Thomas von Aquin dringend empfohlen.[4]) Mit noch mehr Nachdruck geschah dieses in den beiden gegen den Modernismus gerichteten Erlassen »Pascendi dominici gregis«[5]) und »Sacrorum Antistitum«.[6]) Die wichtigste Kundgebung erfolgte jedoch erst am Ende des Pontifikats durch das für Italien und die umliegenden Inseln bestimmte Motu proprio »Doctoris Angelici« vom 29. Juni 1914.[7]) In diesem Erlasse wird den Seminaren und katholischen Universitäten strengstens zur Pflicht gemacht, in den Grundfragen und allen wichtigen Punkten das Lehrsystem des hl. Thomas zu befolgen.[8]) An den

---

1) Vgl. das Schreiben des Kardinals Rampolla, Vorsitzenden der Bibelkommission, an den Abtprimas des Benediktinerordens vom 30. April 1907 (A. S. S. XL, 446 ff.) und den Brief Pius' X. an Dom Gasquet vom 3. Dezember 1907 (A. S. S. XL, 721 f.).

2) Acta Sanctae Sedis XXVI, 269 ff.

3) Acta Sanctae Sedis XII, 97 ff.

4) Vgl. z. B. das Glückwunschschreiben Pius' X. an die Akademie des hl. Thomas in Rom vom 23. Januar 1904 (A. S. S. XXXVI, 467 ff.), ferner den Brief an die bischöflichen Protektoren des Institut catholique zu Paris vom 6. Mai 1907 (A. S. S. XL, 390 ff.). In dem letzten heisst es: »Ac de philosophia, petimus a vobis ne unquam patiamini in Seminariis vestris minus sancte observari quae providentissime Literis Encyclicis *Aeterni Patris* Decessor Noster praecepit. Permagni ad custodiam et tutelam Fidei hoc interest«. Vgl. ferner aus der späteren Zeit die Schreiben an den Erzbischof Castro von Caracas vom 8. Dezember 1910 (A. A. S. IV, 24) und an den Erzbischof Dubois von Bourges vom 13. Dezember 1911 (A. A. S. IV, 45).

5) Acta Sanctae Sedis XL, 640 und 642.

6) Acta Apostolicae Sedis II, 656 u. 658.

7) Acta Apostolicae Sedis VI, 336 ff.

8) Diese Bestimmung wird motiviert: »Nam quae in philosophia sancti Thomae sunt capita, non ea haberi debent in opinionum genere, de quibus in utramque partem disputare licet, sed velut fundamenta in quibus omnis naturalium divinarumque rerum scientia consistit: quibus submotis aut quoquo

Universitäten und promotionsberechtigten Seminaren soll die Summa Theologica des hl. Thomas als Textbuch benutzt und in lateinischer Sprache erklärt werden, an den gewöhnlichen Seminaren dürfen dagegen Lehrbücher zu Grunde gelegt werden, die die Lehren des hl. Thomas in abgekürzter Form verarbeitet haben. Keiner theologischen Lehranstalt soll künftighin das Promotionsrecht verliehen werden, die diese Vorschriften nicht genau beobachtet, und die bereits im Besitze des Promotionsrechtes befindlichen gehen desselben verlustig, wenn sie sich nicht innerhalb der nächsten drei Jahre den Bestimmungen des Motu proprio anpassen.[1]) Am 27. Juli 1914 hat der Präfekt der Studienkongregation, Kardinal *Lorenzelli*, 24 Thesen aus dem philosophischen Lehrsystem des hl. Thomas approbiert.[2])

Es springt in die Augen, dass die scharfe juristische Form, in der die genannten Unterrichts- und Studienanweisungen gekleidet sind, für die Gesetzgebung Pius' X. höchst charakteristisch ist, ebenso wie dies für die juristische Geltung, mit der er die Entscheidungen der Bibelkommission auch in rein wissenschaftlichen Fragen ausgestattet hat,[3]) zutrifft. Da diese Praxis noch neu ist, lässt sich über ihre Wirkung noch kein wissenschaftliches Urteil fällen. Jedoch dürfte in beiden Fällen die grösste Vorsicht am Platze sein. Denn wenn Wissenschaft und Glaube auch in engen Beziehungen zu einander stehen, so sind sie doch von einander verschieden, und eine zu starke Verquickung könnte leicht verhängnisvolle Folgen nach sich ziehen.

VII. Der grossen Zahl von päpstlichen Erlassen über die theologische Bildung stehen nur wenige Gesetze gegenüber, die die *sittliche und asketische Erziehung des jungen Klerus* betreffen. Jedoch wird dieses numerische Minus durch den grösseren

---

modo depravatis, illud etiam necessario consequitur, ut sacrarum disciplinarum alumni ne ipsam quidem percipiant significationem verborum, quibus revelata divinibus dogmata ab Ecclesiae magisterio proponuntur.«

1) Bereits die beiden Antimodernistenerlasse hatten die Bestimmung aufgenommen, dass die Verleihung des theologischen Doktortitels ungültig ist, wenn der Doktorand nicht vorher den Kursus der scholastischen Philosophie absolviert hat.

2) Acta Apostolicae Sedis VI, 383 ff. Vgl. *G. Mattiussi*, S. Tommasso maestro nelle scuole teologiche, in: La Civiltà cattolica LXV vol. 3 S. 385 ff. und *Chr. Pesch S. J.*, Die Summa theologica des hl. Thomas von Aquin als Lehrbuch, in: Stimmen der Zeit XLV. Jahrg. Bd. I, 11 ff.

3) Motu proprio »Praestantia Scripturae Sacrae« vom 18. November 1907. Acta Sanctae Sedis XL, 723 ff. Vgl. auch den Eid der Doktoranden der Bibelwissenschaften in Acta Apostolicae Sedis II, 469 f. *Leopold Fonck S. J.*, Documenta ad pontificiam commissionem de Re Biblica spectantia. Romae 1915.

Umfang der Gesetze der zweiten Klasse ausgeglichen. An sachlicher Bedeutung und innerem Werte sind die Erlasse der beiden Gruppen einander gleich.

Als Gegenstück zu der im ersten Abschnitt dieses Paragraphen besprochenen allgemeinen Studienordnung vom 10. Mai 1907 hat die Kongregation der Bischöfe und Ordensleute ebenfalls *für Italien eine allgemeine Seminarordnung* erlassen, die vom 18. Januar 1908[1]) datiert ist. Der offizielle Titel lautet: Norme per l'ordinamento educativo e disciplinare dei Seminari d'Italia.[2]) Nach dem Einleitungsschreiben des Kardinals *Ferrata* haben diese Normen den Zweck, die Erziehung des jungen Klerus einheitlicher und wirksamer zu gestalten.

Der sehr umfangreiche Erlass zerfällt in drei Teile. Im ersten Teil — Direzione dei Seminari — werden die Rechte und Pflichten der Vorsteher und Oberen: des Bischofs, des Rektors und Vizerektors, der Zimmerpräfekten, des Spirituals, des Studienpräfekten, der Professoren und des Ökonomen ausführlich sowohl nach der juristischen, wie pädagog. und pastorellen Seite hin dargelegt. Der zweite Teil — Ammissione dei giovani in Seminario — enthält die Vorschriften über die Aufnahme der Alumnen und ihre Zulassung zu den höheren Kursen. Am wichtigsten ist der dritte Teil — Regolamento per gli alunni —, der eine detaillierte Lebens- und Hausordnung für die Alumnen aufstellt. Als Anhang sind zwei Appendices: 1) Hygienische Bestimmungen und 2) Sammlung der wichtigsten päpstlichen Erlasse über die Seminare beigefügt. Es kann sich in unserer kurzen Übersicht nur darum handeln, die wichtigsten Erziehungsgrundsätze hervorzuheben.

Der Hauptnachdruck der klerikalen Erziehung muss selbstverständlich auf der Frömmigkeit beruhen. Daher stellt das Regolamento per gli alunni an erster Stelle den Satz auf: »Der Erwerb der Frömmigkeit ist die erste und grösste Pflicht der Alumnen.« Um diese Kardinaltugend den gottgeweihten Klerikern zu vermitteln, werden zahlreiche praktische Übungen — Tages-, Wochen-, Monats- und Jahresübungen — vorgeschrieben.

Neben der Frömmigkeit soll aber auch das Studium eifrigst

---

1) Acta Sanctae Sedis XLI, 212 ff.

2) Vgl. *A. M. Micheletti*, Commentarium in decretum et normas pro reformatione Seminariorum. I—III. Roma 1908 ff. *M. Bargilliat*, Romanorum Pontificum Pii IX, Leonis XIII et Pii X monita et decreta de institutione clericorum in Seminariis episcopalibus. *F. M. Cappello*, La riforma dei Seminari in Italia secondo la mente di Pio X. in: La Scuola cattolica 1911 S. 397 ff.

gepflegt werden, »das eines der schwersten Pflichten für diejenigen ist, die sich vorbereiten, zugleich das Salz der Erde und das Licht der Welt zu werden«. Daher werden die Alumnen aufgefordert, mit allem Fleisse den vorgeschriebenen Studien obzuliegen. »Zuerst sollen sie ihren Geist zu Gott erheben und seine Hilfe anrufen und dann die ganze festgesetzte Zeit dem Studium widmen und jede Müßigkeit fliehen, die Gift für die Seele und den Körper ist«. Die wichtigste Studienpflicht ist natürlich die Teilnahme an den Vorlesungen, ausserdem kommen die Privatstudien und die von den Studienpräfekten bestimmten Übungen in Betracht.

An dritter Stelle werden die Alumnen nachdrücklichst ermahnt, die Hausordnung gewissenhaft zu beobachten. Hierdurch sollen die jungen Leute ihren Willen festigen und sich von üblen Gewohnheiten und Neigungen freimachen. Diese Zucht des Willens ist für die spätere Amtsführung von grösster Bedeutung. Daher sagt unser Dekret mit Recht: »Die als Alumnen die Disziplin geliebt haben, werden einst musterhafte Priester sein.« Damit die Zucht des Seminars nicht während der Ferien erschlaffe, müssen die Seminaristen grundsätzlich auch die Ferienzeit im Seminar bezw. in dem Landhause (Villeggiatura) zubringen. Nur während der grossen Herbstferien kann der Bischof den Studenten der Theologie und des Lyzeums einen monatlichen Urlaub für den Besuch des Elternhauses bewilligen.

Da der Erfolg der Erziehung vor allem von der Tüchtigkeit der Erzieher abhängt, hat unser Dekret auch den Vorstehern der Seminare einige pädagogische Grundregeln vorgezeichnet. »Der Rektor soll die Alumnen väterlich leiten d. i. mit gerechter Strenge und Milde: fortiter et suaviter. Er soll weniger Drohungen und Strafmittel gebrauchen, als vielmehr die Achtung vor der Autorität und das Pflichtgefühl wecken und die Alumnen dauernd dahin bringen, dass sie das Gute freiwillig wollen aus Überzeugung und Gewissenspflicht, nicht aus sklavischer Furcht, gemäss der Mahnung des hl. Paulus: »Non solum propter iram, sed etiam propter conscientiam . . . facientes voluntatem Dei ex animo.« Seinen Mitarbeitern möge er stets ein grosses Vertrauen entgegenbringen und dieses namentlich dadurch bekunden, dass er ihnen innerhalb ihres Wirkungskreises eine möglichst grosse Freiheit gewähre. Es ist nicht angebracht, dass die Hand, die die Oberleitung führt, sich in jede Kleinigkeit mische.

Auch auf das körperliche Wohlergehen der Alumnen haben

unsere »Norme« gewissenhaft Bedacht genommen. Dem Ökonomen wird die Pflicht eingeschärft, in besonders sorgfältiger Weise die Küche zu überwachen, damit die Alumnen eine gesunde Kost empfangen. Die Wohnräume müssen den hygienischen Anforderungen entsprechen, hinreichend gross und mit gutem Licht und ausreichender Lüftungsvorrichtung ausgestattet sein. Endlich werden auch die Alumnen aufgefordert, für ihre Person die Vorschriften einer guten Körperpflege — z. B. Baden, Reinigen der Zähne — zu beobachten.

Die Seminare haben die zweifache wichtige Aufgabe, 1) den Beruf der Alumnen zum geistlichen Stande zu prüfen und 2) den vorhandenen Standesberuf zu schützen und auf dem Wege der Wissenschaft und Tugend zu entwickeln. Unser Dekret legt auf jeder Seite Zeugnis davon ab, welche Liebe und Sorgfalt die Leiter dieser Anstalt anwenden müssen, um ihrer Aufgabe gerecht zu werden. Das Allernotwendigste ist, dass die Alumnen nicht als Stief-, sondern als die geliebten Pflegekinder behandelt werden. Unter dieser Voraussetzung hat unser Papst an einer anderen Stelle [1]) seine Ueberzeugung ausgesprochen, dass »alle, die einen wahren Beruf zum Priesterstande haben, nichts sehnlicher verlangen, als in diese heiligen Stätten einzutreten, wo sie sich durch die himmlischen Gnadengaben des Hl. Geistes vorbereiten auf ihre Mission, zu der sie von Gott berufen sind«.

VIII. Eine ganz spezielle Vorschrift hat unser Papst endlich *für die Kleriker und Priester aus auswärtigen Bistümern erlassen, die in Rom studieren.* Durch Schreiben vom 5. Mai 1904 [2]) an den Kardinalvikar *Respighi* hat er bestimmt, dass die genannten Theologen in einem geistlichen Seminar oder Kolleg wohnen müssen. Für die deutschen Theologen kommen hauptsächlich das Collegium Germanicum und für bereits geweihte Priester die Kollegien der Anima und des Campo santo dei Teutonici in Betracht, da der Hl. Vater in erster Linie auf die in Rom vorhandenen Nationalanstalten hingewiesen hat. Welchen Wert der päpstliche Verfasser auf die völlige Durchführung dieser Bestimmung legt, ersieht man daraus, dass er in Art. 5 sogar den studierenden Klerikern und Priestern verbietet, in Laien-

1) In dem gleich zu erwähnenden Schreiben an den Kardinalvikar Respighi vom 5. Mai 1904.

2) Acta Sanctae Sedis XXXVI, 655 ff. Vgl. das Rundschreiben des Kardinalvikars an die italienischen Bischöfe vom 15. August 1903. Acta Sanctae Sedis XXXVI, 191 f.

kollegien, auch wenn sie von Priestern geleitet sind, die Stelle eines Präfekten zu übernehmen. »Es ist schmerzlich«, so heisst es wörtlich, »die gedachten Anstalten der jungen Studierenden im geistlichen Kleid, die ein solches Amt verwalten, berauben zu müssen; aber diesem Bedürfnis, dem die Direktoren der einzelnen Institute mit der Zeit abhelfen können, muss die Notwendigkeit vorgehen, die jungen Leute im kirchlichen Geiste und in der Disziplin der Seminare zu erziehen.«

Aus dem Gesagten ergibt sich von selbst, dass es den Wünschen der obersten Regierungsautorität in der Kirche entsprechen würde, wenn auch an den deutschen Universitäten für die studierenden Welt- und Ordensgeistlichen Kollegien errichtet würden, wie dies bereits in Freiburg i. B. und München geschehen ist. Neuerdings haben die nordamerikanischen Bischöfe den Beschluss gefasst, an der Universität in Washington ein Kolleg für studierende Ordensfrauen zu errichten. Am 5. Januar 1912 [1]) hat der Hl. Vater diesen Plan in einem Schreiben an den Kardinal Gibbons, Erzbischof von Baltimore, ausdrücklich gutgeheissen und belobt. Zu Münster in Westfalen hat diese Einrichtung sich schon mehr als zehn Jahre segensreich bewährt.

---

1) Acta Apostolicae Sedis IV, 98 ff.

(Fortsetzung folgt.)

II. Kirchliche Erlasse und Entscheidungen.

---

1. Antrittsenzyklika unseres Hl. Vaters Benedikt XV. „Ad beatissimi Apostolorum Principis" über die gegenwärtige Zeitlage und die Aufgaben seines Pontifikats, vom 1. November 1914.

(Acta Apostolicae Sedis VI, 565—581.)

BENEDICTUS PP. XV

VENERABILES FRATRES SALUTEM ET APOSTOLICAM BENEDICTIONEM

Ad beatissimi Apostolorum Principis cathedram arcano Dei providentis consilio, nullis Nostris meritis, ubi provecti sumus, cum quidem Christus Dominus ea ipsa Nos voce, qua Petrum, appellaret, *pasce agnos meos, pasce oves meas;* [1]) continuo Nos summa cum benevolentiae caritate oculos in gregem, qui Nostrae mandabatur curae, convertimus; innumerabilem sane gregem, ut qui universos homines, alios alia ratione, complectatur. Omnes enim, quotquot sunt, Iesus Christus a peccati servitute, profuso in pretium suo sanguine, liberavit; nec vero est ullus, qui a beneficiis redemptionis huius exceptione excludatur: itaque genus humanum divinus Pastor partim Ecclesiae suae caulis iam feliciter inclusum habet, partim se eodem compulsurum amantissime affirmat: *Et alias oves habeo, quae non sunt ex hoc ovili: et illas oportet me adducere, et vocem meam audient.* [2]) — Equidem non vos hoc celabimus, venerabiles Fratres: ante omnia, divina certe benignitate excitatum, sensimus in animo incredibilem quemdam studii et amoris impetum ad cunctorum salutem hominum quaerendam; atque illud ipsum fuit Nostrum in Pontificatu suscipiendo votum, quod Iesu, mox crucem subeuntis, fuerat: *Pater sancte, serva eos in nomine tuo, quos dedisti mihi.* [3])

Iam vero, ut primum licuit ex hac arce Apostolicae dignitatis rerum humanarum cursum uno quasi obtutu contemplari, cum lacrimabilis obversaretur Nobis ante oculos civilis societatis conditio, acri sane dolore affecti sumus. Quo enim pacto fieret ut Nostrum communis omnium Patris animum non vehementissime

---

1) Ioan. XXI, 15—17. — 2) Ioan. X, 16. — 3) Ioan. XVII, 11.

sollicitaret hoc Europae atque adeo orbis terrae spectaculum, quo nullum fortasse nec atrocius post hominum memoriam fuit, nec luctuosius? Omnino illi advenisse dies videntur, de quibus Christus praenuntiavit: *Audituri . . . estis praelia, et opiniones praeliorum . . . Consurget enim gens in gentem, et regnum in regnum.*[1]) Tristissima usquequaque dominatur imago belli; nec fere nunc est aliud quod hominum cogitationes occupet. Maximae sunt praestantissimaeque opulentia gentes quae dimicant: quamobrem quid mirum, si horrificis bene instructae praesidiis, quae novissime ars militaris invenit, conficere se mutuo exquisita quadam immanitate contendant? Nec ruinarum igitur nec caedis modus: quotidie novo redundat cruore terra, ac sauciis completur exanimisque corporibus. Num, quos ita videris alteros alteris infestos, eos dixeris ab uno omnes prognatos, num eiusdem naturae, eiusdem societatis humanae participes? Num fratres agnoveris, quorum unus est Pater in caelis? Dum autem infinitis utrimque copiis furiose decernitur, interea doloribus et miseriis, quae bellis, tristis cohors, comitari solent, civitates, domus, singuli premuntur: crescit immensum in dies viduarum orborumque numerus; languent, interceptis itineribus, commercia; vacant agri; silent artes; in angustiis locupletes, in squalore inopes, in luctu sunt omnes.

Hisce Nos tam extremis rebus permoti, in primo tamquam limine Pontificatus maximi, Nostrarum partium esse duximus, suprema illa Decessoris Nostri, praeclarae sanctissimaeque memoriae Pontificis, revocare verba, iisque iterandis, Apostolicum officium auspicari; vehementerque eos, qui res regunt vel gubernant publicas, obsecravimus, ut, respicientes quantum effusum iam esset lacrimarum et sanguinis, alma pacis munera reddere populis maturarent. Atque utinam, Dei miserentis beneficio, fiat, ut, quem Angeli in ortu divini hominum Redemptoris faustum cecinere nuntium, idem, ineuntibus Nobis vicarium Ipsius munus, celeriter insonet: *In terra pax hominibus bonae voluntatis.*[2]) Audiant Nos ii, rogamus, quorum in manibus fortuna civitatum sita est. Aliae profecto adsunt viae, rationes aliae, quibus, si qua sunt violata iura, sarciri possint. Has, positis interim armis, bona experiantur fide animisque volentibus. Ipsorum Nos universarumque gentium amore impulsi, nulla Nostra causa, sic loquimur. Ne sinant igitur hanc amici et patris vocem in irritum cadere.

---

1) Matth. XXIV, 6, 7.
2) Luc. II, 14.

At vero, non solum huius cruenti dimicatio belli miserrimos habet populos, Nosque anxios et sollicitos. Alterum est, in ipsis medullis humanae societatis inhaerens, furiale malum; idque omnibus, quicumque sapiunt, est formidini, utpote quod, cum alia iam attulerit et allaturum sit detrimenta civitatibus, tum huius luctuosissimi belli semen iure habeatur. Etenim ex quo christianae sapientiae praecepta atque instituta observari desita sunt in disciplina rei publicae, cum stabilitatem tranquillitatemque ordinis illa ipsa continerent, necessario nutare funditus coeperunt civitates, ac talis et mentium conversio et morum demutatio consecuta est, ut, nisi Deus mature adiuvet, impendere iam humanae consortionis videatur exitium. Itaque haec cernimus: abesse ab hominum cum hominibus coniunctione benevolentiam mutuam; despicatui haberi eorum qui praesunt, auctoritatem; ordines cum ordinibus civium iniuriose contendere; fluxa et caduca ita sitienter appeti bona, quasi non alia sint, eaque multo potiora, homini proposita ad comparandum. His quidem quatuor capitibus causas totidem contineri arbitramur, cur societas humani generis adeo graviter perturbetur. Danda igitur communiter est opera, ut pellantur e medio, christianis nimirum principiis revocandis, si vere consilium est pacare communes res recteque componere.

Ac primum Christus Dominus, cum hanc ipsam ob causam de caelis descendisset, ut, quod invidia diaboli eversum fuerat, restitueret in hominibus regnum pacis, non alio illud voluit niti fundamento, nisi caritatis. Quare haec saepius: *Mandatum novum do vobis: ut diligatis invicem;*[1]) *Hoc est praeceptum meum, ut diligatis invicem;*[2]) *Haec mando vobis, ut diligatis invicem:*[3]) tamquam si unum hoc suum esset officium et munus, adducere homines ut diligerent inter se. Atque huius rei gratia, quod non adhibuit argumentorum genus? Suspicere in caelum nos omnes iubet: *Unus est enim Pater vester, qui in caelis est.*[4]) Omnes, nullo nationis aut linguae aut rationum discrimine, eamdem docet formulam precandi: *Pater Noster, qui es in caelis;*[5]) quin etiam affirmat Patrem caelestem, in beneficiis naturae dilargiendis, ne merita quidem singulorum discernere: *Qui solem suum oriri facit super bonos et malos: et pluit super iustos et iniustos«.*[6]) Fratres etiam nos tum dicit inter nos esse, tum suos appellat: *Omnes autem vos fratres estis;*[7]) — *Ut sit*

1) Ioan. XIII, 34. — 2) Ioan. XV, 12. — 3) Ioan. XV, 17. — 4) Matth. XXIII, 9. — 5) Matth. VI, 9. — 6) Matth. V, 45. — 7) Matth. XXIII, 8. —

ipse primogenitus in multis fratribus.« [1]) Quod vero ad fraternum amorem excitandum, vel erga eos quos naturae superbia contemnit, valet plurimum, in infimo quoque suae ipse vult agnosci personae dignitatem: *Quamdiu fecistis uni ex his fratribus meis minimis, mihi fecistis.* [2]) Quid, quod sub exitum vitae impensissime rogavit Patrem, ut quotquot in se ipsum essent credituri, omnes caritatis copulatione essent unum? *Sicut tu Pater in me, et ego in te.* [3]) Denique e cruce pendens, suum sanguinem in nos omnes exhausit, unde quasi coagulati compactique in unum corpus, sic amaremus inter nos, quemadmodum inter membra eiusdem corporis summa amicitia est. — Verum longe aliter se habent mores horum temporum. Numquam fortasse fraternitatis humanae tanta fuit, quanta hodie, praedicatio; quin imo non dubitant, Evangelii voce neglecta, operaque Christi et Ecclesiae posthabita, hoc fraternitatis studium efferre, tamquam unum e maximis muneribus, quae huius aetatis humanitas pepererit. Re tamen vera, numquam minus fraterne actum est inter homines, quam nunc. Crudelissima ob dissimilitudines generis sunt odia; gentem a gente potius simultates, quam regiones separant; eadem in civitate, eadem intra moenia flagrant mutua invidia ordines civium; inter privatos autem omnia amore sui, tamquam suprema lege, diriguntur.

Videtis, venerabiles Fratres, quam necesse sit omni studio eniti, ut Iesu Christi caritas rursus in hominibus dominetur. Hoc certe semper Nobis propositum habituri sumus, velut proprium Nostri Pontificatus opus; hoc ipsum studete vos, hortamur. Ne desistamus vel inculcare auribus hominum vel re praestare illud Ioannis: *Diligamus alterutrum.* [4]) Praeclara certe, valdeque commendanda sunt illa, quibus haec aetas abundat beneficentiae causa institutis; at enim, si quid ad veram Dei et aliorum caritatem in animis fovendam conferant, tum demum solidae utilitatis sunt: quod si nihil eo conferant, nulla sunt: nam *qui non diligit, manet in morte.* [5])

Alteram diximus communis perturbationis causam in eo consistere, quod iam non sancta vulgo sit eorum qui cum potestate praesunt, auctoritas. Ex quo enim placuit omnis humanae potestatis non a Deo, rerum conditore et dominatore, sed a libera hominum voluntate deducere originem, vincula officii, quae eos inter qui praesunt et qui subsunt, intercedere debeant,

1) Rom. VIII, 29. — 2) Matth. XXV, 40. — 3) Ioan. XVII, 21.
4) I. Ioan. III, 23. — 5) Ibid. 14.

adeo extenuata sunt, ut propemodum evanuisse videantur. Immodicum enim studium libertatis cum contumacia coniunctum, paullatim usquequaque pervasit; idque ne domesticam quidem societatem, cuius potestatem luce clarius est a natura proficisci, intactam reliquit; quin etiam, quod magis dolendum est, in sacros usque recessus penetravit. Hinc contemptio nascitur legum; hinc motus multitudinum; hinc petulantia reprehendendi quidquid iussum sit; hinc sexcentae repertae viae ad disciplinae nervos elidendos; hinc immania illorum facinora, qui, quum se nulla teneri lege profiteantur, nec fortunas hominum verentur nec vitam perdere.

Ad hanc opinandi agendique pravitatem, qua societatis humanae constitutio pervertitur, Nobis quidem, quibus magisterium veritatis divinitus mandatum est, tacere non licet; populosque admonemus illius doctrinae, quam nulla hominum placita mutare possunt: *Non est potestas nisi a Deo: quae autem sunt, a Deo ordinatae sunt.*[1]) Quisquis igitur inter homines praeest, sive is princeps est sive infra principatum, eius divina est origo auctoritatis. Quare Paulus non quovis modo, sed religiose, id est ex conscientiae officio, obtemperandum iis esse edicit, qui pro potestate iubent, nisi quid iubeant divinis contrarium legibus: *Ideo necessitate subditi estote, non solum propter iram, sed etiam propter conscientiam.*[2]) Congruit cum verbis Pauli, quod ipse Apostolorum Princeps docet: *Subiecti igitur estote omni humanae creaturae propter Deum: sive regi, quasi praecellenti: sive ducibus, tamquam ab eo missis* . . .[3]) Ex quo idem Gentium Apostolus colligit, eum qui homini legitime imperanti contumax obstitat, Deo obsistere ac sempiternas sibi parare poenas: *Itaque qui resistit potestati, Dei ordinationi resistit. Qui autem resistunt, ipsi sibi damnationem acquirunt.*[4])

Meminerint hoc principes rectoresque populorum, ac videant num prudens ac salutare consilium cum potestati publicae tum civitatibus sit a sancta Iesu Christi religione discedere, a qua tantum ipsa potestas habet roboris et firmamenti. Etiam atque etiam considerent, num doctrinam Evangelii et Ecclesiae velle a disciplina civitatis, a publica iuventutis institutione exclusam, civilis sapientiae sit. Nimis experiendo cognitum est, ibi hominum iacere auctoritatem, unde exsulet religio. Quod enim primo nostri generis parenti cum officium deseruisset, contigit, idem

---

1) Rom. XIII, 1. — 2) Ibid. 5. — 3) I. Petr. II, 13—14. — 4) Rom. XIII, 2.

civitatibus usu venire solet. Ut in illo, vix voluntas a Deo defecerat, effrenatae cupidines voluntatis repudiarunt imperium: ita ubi qui res moderantur populorum, divinam contemnunt auctoritatem, ipsorum auctoritati illudere populi consueverunt. Relinquitur sane, quod assolet, ut ad turbidos motus comprimendos vis adhibeatur: sed quo tandem fructu? Vi corpora quidem, non animi comprimuntur.

Sublata igitur aut debilitata illa duplici coniunctione, unde efficitur ut omne societatis corpus cohaereat, id est vel membrorum cum membris ob caritatem mutuam, vel eorumdem cum capite ob auctoritatis obsequium, quisnam iure miretur, venerabiles Fratres, hanc hominum societatem dispertitam in duas tamquam acies videri, quae inter se acriter et assidue digladientur? Stant contra eos quibus aliquam bonorum copiam aut fortuna tribuit aut peperit industria, proletarii et opifices, propterea flagrantes malevolentia, quod cum eamdem naturam participent, non tamen in eadem, ac ipsi, conditione versentur. Scilicet, ut semel infatuati sunt concitatorum fallaciis, quorum ad nutum solent se totos fingere, quis eis persuadeat, non ex eo, quod homines sunt pares natura, sequi ut parem omnes obtinere debeant in communitate locum, sed eam esse singulorum conditionem, quam sibi quisque suis moribus, nisi res obstiterint, comparavit? Ita, qui tenuiores cum copiosis depugnant, quasi alienas hi bonorum partes occuparint, non contra iustitiam caritatemque tantum, verum etiam contra rationem faciunt, praesertim cum et ipsi possint honesta laboris contentione meliorem sibi fortunam quaerere, si velint. — Quae vero quantaque hoc invidiosum certamen ordinum tum singulis tum communitati civium gignat incommoda, dicere nil attinet. Videmus omnes deploramusque crebras cessationes ab opere, quibus civilis publicaeque vitae cursus in ministeriis etiam apprime necessariis repente inhiberi solet: item minaces turbas et tumultus, in quibus non raro accidit, ut armis res geratur et humanus effluat cruor.

Non hic videtur Nobis argumenta repetere, quibus *Socialistarum* aliorumque in hoc genere errores manifesto convincuntur. Egit hoc ipsum sapientissime Leo XIII decessor Noster in Encyclicis Litteris sane memorandis: vosque, venerabiles Fratres, pro vestra diligentia curabitis, ut gravissima illa praecepta ne unquam oblivioni dentur, imo in consociationibus ac coetibus catholicorum, in sacris concionibus, in publicis nostrorum scriptis

illustrentur docte atque inculcentur, quandocumque res postulaverit. Sed potissimum — neque enim hoc iterare dubitamus — omni argumentorum ope, quae vel Evangelium, vel ipsa hominis natura, vel publicae privataeque disciplinae ratio suppeditat, studeamus hortari omnes, ut, ex divina caritatis lege, fraternis animis inter se diligant. Cuius quidem amoris non ea certe vis est, ut conditionum ideoque ordinum distinctionem amoveat, — quod non magis potest fieri, quam ut in corpore animantis una eademque membrorum omnium actio sit ac dignitas — sed tamen efficiet, ut qui loco superiores sunt, demittant se quodammodo ad inferiores; et non solum iuste adversus eos, quod par est, sed benigne, comiter, patienter sese gerant: hi autem illorum et laetentur prosperitate et confidant auxilio; sic prorsus, uti ex familiae eiusdem filiis minor natu maioris patrocinio praesidioque nititur.

At enim, venerabiles Fratres, quae hactenus deplorando persecuti sumus, ea radicem habent altiorem: ac, nisi ad ipsam evellendam studia bonorum incumbant, illud profecto, quod est in votis, id est rerum humanarum stabilis et mansura tranquillitas, non sequatur. Ea quae sit, monstrat Apostolus: *Radix ... omnium malorum est cupiditas.*[1]) Etenim, si quis recte consideret, mala, quibus nunc aegrotat humana societas, ex hac stirpe oriuntur omnia. Quandoquidem et perversitate scholarum, quibus aetatula cerea fingitur, et improbitate scriptorum, quibus, quotidie aut per intervalla, imperitae multitudinis mens formatur, et aliarum causa rerum, ad quas opinio popularis exigitur, quando, inquimus, ille infusus est animis perniciosissimus error, non sperandum esse homini sempiternum aevum in quo beatus sit; hic, hic licere ei esse beato, divitiis, honoribus, voluptatibus huius vitae fruendis; nemo mirabitur hos homines, natura factos ad beatitatem, ea vi qua ad eorum adeptionem bonorum rapiuntur, eadem quicquid sibi moram in hac re aut impedimentum fecerit, repellere. Quoniam vero haec bona non aequaliter dispertita sunt in singulos, et quia socialis auctoritatis est prohibere ne singulorum libertas fines excedat alienumque occupet, idcirco et odio habetur auctoritas, et miserorum in fortunatos ardet invidia, et inter ordines civium mutua contentione certatur, nitentibus quidem aliis attingere id quovis pacto et eripere quo carent, aliis autem retinere quod habent, atque etiam augere.

1) I Tim. VI, 10.

Hoc ipsum Christus Dominus cum prospiceret futurum, in divinissimo illo sermone, quem in monte habuit, terrestres hominis *beatitudines* quae essent, data opera explicavit: in quo christianae philosophiae quodammodo fundamenta posuisse dicendus est. Quae quidem vel hominibus perquam alienis a Fide, singularem sapientiam et absolutissimam de religione ac moribus doctrinam continere visa sunt: et certe consentiunt omnes neminem ante Christum, qui ipsa est veritas, nec similiter eadem de re, nec pari gravitate ac pondere, nec tanto cum sensu amoris unquam praecepisse.

Iam divinae huius philosophiae illa intima recondita ratio est, quod quae mortalis vitae appellantur bona, speciem quidem boni habent, vim non habent; ideoque non sunt ea, quibus fruens, homo beate possit vivere. Deo enim auctore, tantum abest ut opes, gloria, voluptas beatitatem afferant homini, ut, si vere hac potiri velit, debeat iis omnibus, Dei ipsius causa, cavere: *Beati pauperes ... Beati, qui nunc fletis ... Beati eritis cum vos oderint homines, et cum separaverint vos, et exprobraverint, et eiecerint nomen vestrum tamquam malum.*[1]) Scilicet per dolores, aerumnas, miserias vitae huius, si quidem ea toleremus ut oportet, aditum nobis ipsi patefacimus ad perfecta illa et immortalia bona, *quae praeparavit Deus iis, qui diligunt illum.*[2]) Verum haec tanti momenti doctrina Fidei apud plurimos negligitur, apud multos penitus oblitterata videtur. — Atqui necesse est, venerabiles Fratres, ad eam renovari omnium animos: non alio pacto homines et hominum societas conquiescent. Quicumque igitur quovis aerumnarum genere affliguntur, eos hortemur non oculos demittere in terram, qua peregrinamur, sed tollere ad caelum, quo tendimus: *non enim habemus hic manentem civitatem, sed futuram inquirimus.*[3]) In mediis autem rerum acerbitatibus, quibus eorum periclitatur Deus in officio constantiam, saepe reputent, quid sibi paratum sit praemii, cum ex hoc periculo victores evaserint: *Id enim, quod in praesenti est momentaneum et leve tribulationis nostrae, supra modum in sublimitate aeternum gloriae pondus operatur in nobis.*[4]) Denique omni ope atque opera eniti ut revirescat in hominibus rerum fides quae supra naturam sunt, simulque cultus, desideratio, spes bonorum aeternorum, hoc debet esse vobis propositum in primis, venerabiles Fratres, tum reliquo clero, tum etiam nostris

---

1) Luc. VI, 20—22 — 2) I Cor. II, 9. — 3) Hebr. XIII, 13.
4) II Cor. IV. 17.

omnibus, qui, vario consociati foedere, Dei gloriam communemque veri nominis utilitatem student promovere. Prout enim haec apud homines Fides creverit, decrescet eorumdem studium immodicum consectandi terrestrium bonorum vanitatem, ac sensim, caritate resurgente, motus contentionesque sociales conticescent.

Nunc autem, si ab hominum communitate ad proprias Ecclesiae res considerandas cogitationem convertimus, est profecto, cur animus Noster, tam magna temporum calamitate percussus, aliqua saltem ex parte reficiatur. Nam, praeter argumenta, quae se dant apertissima, divinae illius virtutis ac firmitatis qua pollet Ecclesia, non parum consolationis ipsa Nobis offerunt, quae decessor Noster Pius X, cum Sedem Apostolicam sanctissimae vitae exemplis illustrasset, praeclara Nobis reliquit suae actuosae providentiae munera. Videmus enim eius opera inflammatum universe in sacro ordine studium religionis; excitatam christiani populi pietatem; promotam in consociationibus catholicorum actionem ac disciplinam; qua constitutas, qua numero auctas Episcoporum sedes; institutioni adolescentis cleri tum pro severitate canonum, tum, quoad opus est, pro natura temporum consultum; a magisteriis sacrarum disciplinarum depulsa temerariae novitatis pericula; maiestati sacrorum artem musicam digne servire iussam, auctumque liturgiae decus; novis praeconum Evangelii missionibus christianum late nomen propagatum.

Magna sunt ista quidem Decessoris in Ecclesiam promerita, quorum memoriam grate posteritas conservabit. Quoniam tamen ager *Patrisfamilias* semper, Deo permittente, *inimici hominis* malignitati patet, nunquam est futurum, ut ibi elaborandum non sit, ne *zizania* luxuriantia bonis frugibus officiant. Itaque, interpretantes dictum quoque Nobis, quod prophetae Deus dixerat: *Ecce constitui te hodie super gentes et super regna, ut evellas et destruas . . . et aedifices et plantes,* [1]) quaecumque erunt mala prohibenda, bona provehenda, quantum erit in Nobis, summo usque studio curabimus, quoad Pastorum Principi rationem a Nobis administrati muneris placeat repetere.

Iam nunc igitur, venerabiles Fratres, cum vos universos primo litteris affamur, commodum videtur Nobis nonnulla attingere capita rerum, quibus praecipuas quasdam curas adhibere decrevimus: ita, maturantibus vobis vestra opera adiuvare Nostram, maturius etiam optati fructus exsistent.

1) Ierem. I, 10.

Principio, quoniam in omni hominum societate, quavis de causa coiverint, ad successum communis causae maxime interest socios in idem summa conspiratione conniti, omnino Nobis faciendum est, ut dissensiones atque discordiae inter catholicos, quaecumque sunt, desinant esse, novae ne posthac oriantur, sed ii iam unum idemque omnes et sentiant et agant. — Probe Dei Ecclesiaeque hostes intelligunt, nostrorum quodvis in propugnando dissidium sibi esse victoriae: quare illam habent usitatissimam rationem, ut cum catholicos homines viderint coniunctiores, tum, callide iniicientes eis discordiarum semina, coniunctionem dirimere nitantur. Quae utinam ratio ne ita saepe ex voluntate eis evenisset, tanto cum religiosae rei detrimento! Itaque ubi potestas legitima quid certo praeceperit, nemini fas esto negligere praeceptum, propterea quia non probetur sibi: sed quod cuique videatur, id quisque subiiciat eius auctoritati, cui subest, eique, ex officii conscientia, pareat. — Item nemo privatus, vel libris diariisve vulgandis vel sermonibus publice habendis, se in Ecclesia pro magistro gerat. Norunt omnes cui sit a Deo magisterium Ecclesiae datum: huic igitur integrum ius esto pro arbitratu loqui, cum voluerit; ceterorum officium est, loquenti religiose obsequi dictoque audientes esse. In rebus autem, de quibus, salva fide ac disciplina, — cum Apostolicae Sedis iudicium non intercesserit — in utramque partem disputari potest, dicere quid sentiat idque defendere, sane nemini non licet. Sed ab his disputationibus omnis intemperantia sermonis absit, quae graves afferre potest offensiones caritati; suam quisque tueatur libere quidem, sed modeste sententiam; nec sibi putet fas esse, qui contrariam teneant, eos, hac ipsa tantum causa, vel suspectae fidei arguere vel non bonae disciplinae. Abstineant se etiam nostri, volumus, iis appellationibus, quae recens usurpari coeptae sunt ad catholicos a catholicis distinguendos: easque non modo devitent uti *profanas vocum novitates*, quae nec veritati congruunt nec aequitati; sed etiam quia inde magna inter catholicos perturbatio sequitur, magnaque confusio. Vis et natura catholicae fidei est eiusmodi, ut nihil ei possit addi, nihil demi: aut omnis tenetur, aut omnis abiicitur. *Haec est fides catholica, quam nisi quisque fideliter firmiterque crediderit, salvus esse non poterit.* [1]) Non igitur opus est appositis ad professionem catholicam significandam; satis habeat unusquisque ita profiteri: »Christianus

---

1) Symb. Athanas.

mihi nomen, catholicus cognomen«; tantum studeat se re vera eum esse, qui nominatur.

Ceterum, a nostris qui se ad communem rei catholicae utilitatem contulerunt, longe aliud nunc Ecclesia postulat, quam ut diutius haereant in quaestionibus, quibus nihil proficitur; postulat, ut summo opere contendant integram conservare fidem et incolumem ab omni erroris afflatu, sequentes eum maxime, quem Christus constituit custodem et interpretem veritatis. Sunt etiam hodie, nec ita pauci sunt, qui, ut ait Apostolus, »prurientes auribus, cum sanam doctrinam non sustineant, ad sua desideria »coacervent sibi magistros, et a veritate quidem auditum aver»tant, ad fabulas autem convertantur«.[1] Inflati enim elatique magna opinione mentis humanae, quae progressiones sane incredibiles in exploratione naturae, Deo nimirum dante, fecit; nonnulli, cum prae suo iudicio auctoritatem Ecclesiae contemnerent, usque eo sua temeritate processerunt, ut ipsa Dei arcana et omnia quae Deus homini revelavit, sua intelligendi facultate metiri atque ad ingenium horum temporum accommodare non dubitarent. Itaque exstiterunt monstruosi errores *Modernismi,* quem recte Decessor Noster »*omnium haereseon collectum*« edixit esse et sollemniter condemnavit. Eam Nos igitur condemnationem, venerabiles Fratres, quantacumque est, hic iteramus; et quoniam non usquequaque oppressa est tam pestifera lues, sed etiamnum hac illac, quamvis latenter, serpit, caveant omnes diligentissime, hortamur, a quavis huius contagione mali; de quo quidem apte affirmaveris quod Iob alia de re dixerat: *Ignis est usque ad perditionem devorans, et omnia eradicans genimina.*[2] — Nec vero tantum ab erroribus catholici homines, cupimus, abhorreant, sed ab ingenio etiam, seu spiritu, ut aiunt, *Modernistarum*: quo spiritu qui agitur, is quicquid sapiat vetustatem, fastidiose respuit, avide autem ubivis nova conquirit: in ratione loquendi de rebus divinis, in celebritate divini cultus, in catholicis institutis, in privata ipsa exercitatione pietatis. Ergo sanctam haberi volumus eam maiorum legem: *Nihil innovetur, nisi quod traditum est;* quae lex tametsi inviolate servanda est in rebus Fidei, tamen ad eius normam dirigenda sunt etiam, quae mutationem pati possunt; quamquam in his ea quoque regula plerumque valet: *Non nova, sed noviter.*

Iam, quia, venerabiles Fratres, ad profitendam aperte Fidem

1) II. Tim. IV, 3, 4.
2) Iob XXXI, 12.

catholicam atque ad vivendum congruenter Fidei, plurimum homines fraternis hortamentis mutuisque exemplis inflammari solent, ideo Nos alias atque alias excitari consociationes catholicorum equidem vehementer gaudemus. Atque illae non solum optamus ut crescant, sed volumus Nostro etiam patrocinio studioque semper foreant: florebunt autem, modo praescriptionibus quas haec Apostolica Sedes iam dedit vel datura eis est, constanter fideliterque obtemperarint. Quotquot igitur, earum participes societatum, pro Deo Ecclesiaque contendunt, ne sinant unquam sibi excidere quod Sapientia clamat: *Vir obediens loquetur victoriam*;[1]) nisi enim Deo paruerint per obsequium in Ecclesiae ducem, nec divinam sibi conciliabunt opem, et frustra contendent.

Ad haec omnia vero — ut eum, quem exspectamus, exitum habeant — nostis, venerabiles Fratres, illorum necessarium esse prudentem sedulamque operam, quos Christus Dominus *operarios in messem suam* misit, id est clericorum. — Quare intelligitis praecipuam vestram curam in hoc debere versari, ut et qui apud vos de sacro ordine iam sunt, in eis consentaneam sanctimoniam foveatis, et qui sunt alumni sacrorum, eos optimis institutis praeceptisque ad munus tam sanctum rite conformetis. Id vos ut quam diligentissime facere velitis — tametsi vestra diligentia hortatione non indiget — hortamur atque etiam obsecramus. Res enim eiusmodi agitur, ut nulla sit maioris momenti ad Ecclesiae bonum: qua de re, cum decessores Nostri fel. rec. Leo XIII et Pius X egerint data opera, Nos hic plura dicere non habemus. Tantum rogamus, ut illa Pontificum sapientissimorum acta, praesertim Piana *Exhortatio ad Clerum,* suadentibus atque instantibus vobis, ne unquam obruantur oblivione, sed studiosissime observentur.

Unum tamen est, quod praeteriri silentio non debet: quotquot enim sunt sacerdotes, omnes, uti filios Nobis penitus dilectos, volumus admonitos, quam plane opus sit, cum ad propriam ipsorum salutem, tum ad sacri ministerii fructum, eos quidem suo quemque Episcopo coniunctissimos esse, atque obsequentissimos. Profecto ab illa elatione animi et contumacia, quae horum est temporum, non omnes, ut supra deploravimus, vacant administri sacrorum; neque enim raro contingit Pastoribus Ecclesiae, ut dolorem et impugnationem inde inveniant, unde sola-

1) Prov. XXI, 28.

tium et adiumentum iure exspectarint. Iam vero qui tam misere officium deserunt, etiam atque etiam recogitent, divinam esse eorum auctoritatem, quos *Spiritus Sanctus posuit Episcopos regere Ecclesiam Dei,*[1]) ac si, ut vidimus, Deo resistunt, quicumque potestati cuivis legitimae resistunt, multo magis impie eos facere, qui Episcopis, quos Deus suae potestatis sigillo consecraverit, parere abnuant. *Cum caritas,* ita Ignatius Martyr, *non sinat me tacere de vobis, propterea anteverti vos admonere, ut unanimi sitis in sententia Dei. Etenim Iesus Christus, inseparabilis nostra vita, sententia Patris est, ut et Episcopi, per tractus terrae constituti, in sententia Patris sunt. Unde decet vos in Episcopi sententiam concurrere.*[2]) Quemadmodum autem Martyr illustris, ita omnes, quotquot fuerunt, Patres et Doctores Ecclesiae locuti sunt. — Ad haec, nimis grave, propter difficultates quoque temporum, sacri Pastores ferunt onus; graviore etiam in sollicitudine sunt de gregis concrediti salute: *Ipsi enim pervigilant, quasi rationem pro animabus vestris reddituri.*[3]) Nonne crudeles dicendi sunt, qui eis, obsequium debitum recusando, id oneris, id sollicitudinis augent? *Hoc enim non expedit vobis,*[4]) diceret istis Apostolus: idque propterea quia *Ecclesia est plebs sacerdoti adunata, et pastori suo grex adhaerens;*[5]) ex quo sequitur, cum Ecclesia non esse, qui cum Episcopo non sit.

Et nunc, venerabiles Fratres, in harum exitu litterarum, sponte redit animus ad illud, unde initium scribendi fecimus; atque huius calamitosissimi belli finem, tum societati hominum, tum Ecclesiae, iterum omnibus precibus imploramus; hominum quidem societati, ut, reconciliata cum fuerit pax, in omni civili et humano cultu vere progrediatur: Ecclesiae autem Iesu Christi, ut, nullis iam impedimentis retardata, pergat in quavis ora ac parte terrarum opem et salutem hominibus afferre. — Ecclesia sane iam multo diutius non ea, qua opus habet, plena libertate fruitur; scilicet ex quo caput eius Pontifex Romanus illo coepit carere praesidio, quod, divinae providentiae nutu, labentibus saeculis nactus erat ad eamdem tuendam libertatem. Hoc autem sublato praesidio, non levis catholicorum turbatio, quod necesse erat fieri, secuta est: quicumque enim Romani Pontificis se filios profitentur, omnes, et qui prope sunt et qui procul, iure optimo exigunt ut nequeat dubitari, quin communis ipsorum Parens in administratione Apostolici muneris vere sit et prorsus appareat

1) Act. XX, 28. — 2) In Epist. ad Ephes., III. — 3) Hebr. XIII, 17. — 4) Ibid. 17. — 5) S. Cypr. »Florentio cui et Puppiano ep. 66 (al. 69)«.

ab omni humana potestate liber. Itaque magnopere exoptantes ut pacem quamprimum gentes inter se componant, exoptamus etiam ut Ecclesiae Caput in hac desinat absona conditione versari, quae ipsi tranquillitati populorum, non uno nomine, vehementer nocet. Hac igitur super re, quas Decessores Nostri pluries expostulationes fecerunt, non quidem humanis rationibus, sed officii sanctitate adducti, ut videlicet iura ac dignitatem Sedis Apostolicae defenderent, easdem Nos iisdem de causis hic renovamus.

Restat, venerabiles Fratres, ut, quoniam principum eorumque omnium, qui possunt vel atrocitati vel incommoditati rerum, quas memoravimus, finem imponere, in manu Dei sunt voluntates, ad Deum suppliciter attollamus vocem, atque, universi generis humani nomine, clamemus: »Da pacem, Domine, in »diebus nostris«. Qui de se dixit: *Ego Dominus ... faciens pacem,*[1]) Ipse tempestatum fluctus, quibus et civilis et religiosa societas iactatur, nostris conversus precibus ad benignitatem, sedare celeriter velit. Adsit nobis propitia Virgo beatissima, quae ipsum genuit *Principem pacis*; ac Nostrae humilitatem Personae, Pontificale ministerium Nostrum, Ecclesiam atque adeo omnium animas hominum, divino Filii sui sanguine redemptas, in maternam suam fidem tutelamque recipiat.

Auspicem caelestium munerum ac testem benevolentiae Nostrae, vobis, venerabiles Fratres, vestroque clero et populo apostolicam benedictionem amantissime impertimus.

Datum Romae apud S. Petrum die festo Sanctorum omnium, I Novembris MCMXIV, Pontificatus Nostri anno primo.

Benedictus PP. XV

---

2. Statuten des römischen Priesterkollegs für die Seelsorge der im Auslande lebenden Italiener.[2]) Erlass der Congregatio Consistorialis vom 24. Juni 1914.

(Acta Apostolicae Sedis VI, 547—550.)

Regolamento generale

1. Il Collegio dei sacerdoti per la cura spirituale degli italiani emigrati, istituito in Roma dal Santo Padre Pio X col *Motu proprio* del 19 marzo 1914,[3]) ha per oggetto di educar

1) Isai. XLV, 6—7.
2) Vgl. Archiv 94, 444 ff.
3) Acta Apostolicae Sedis VI, 173 ff.

giovani sacerdoti del clero secolare italiano nell' esercizio del santo ministero a pro dei connazionali emigrati all'estero.

2. Esso dipende direttamente dalla S. Congregazione Concistoriale, a cui spetta dettarne le regole ed invigilarne l'andamento morale, scientifico ed economico, con la competenza del Card. Vicario di Roma per ciò che riguarda la celebrazione della santa Messa e delle sacre funzioni, l'esercizio del ministero della confessione e della predicazione, e la disciplina ecclesiastica esterna degli alunni e superiori.

3. Un sacerdote nominato direttamente dal Sommo Pontefice col nome di Rettore, avrà il governo immediato del Collegio con tutte le attribuzioni, diritti e doveri proprii dei rettori dei seminari.

4. Quattro sacerdoti scelti dal Sommo Pontefice eserciteranno l'officio di deputati del Collegio, due per la disciplina e due per l'amministrazione. Essi avranno le stesse funzioni, doveri e diritti, anche per la permanenza in carica, di quelli che sono sanciti dal recente Regolamento del pontificio seminario Romano. Essi si aduneranno sotto la presidenza del Cardinale Segretario della S. Congregazione Concistoriale.

5. Vi sarà inoltre nel Collegio un direttore spirituale, da scegliersi dal Cardinale Segretario della S. Congregazione Concistoriale col consiglio dei deputati, sentito il Card. Vicario e coll'approvazione del Sommo Pontefice.

6. Un altro sacerdote dovrà scegliersi per aiutare il Rettore sia nelle cose disciplinari, sia nelle amministrative del Collegio. La sua nomina sarà fatta dal Card. Segretario della S. Congregazione Concistoriale, su proposta del Rettore, col consiglio dei deputati e sentito il Cardinale Vicario.

7. Egual norma si seguirà per la scelta del medico o di altri ministri del Collegio, che col tempo si trovasse necessario di nominare.

8. Gli inservienti saranno scelti dal Rettore e staranno interamente alla sua dipendenza, senza diritto alcuno a pensioni nel caso che se ne andassero o venissero per qualsiasi motivo dimessi.

9. Essendo fine dell'istituto di preparare dei giovani sacerdoti per l'assistenza morale e religiosa degli italiani emigrati all'estero, non potranno ammettersi nel Collegio se non quei sacerdoti che per le loro doti morali ed intellettuali, per la loro età e costituzione fisica, e per le loro attitudini ed inclinazioni diano serio affidamento di riuscire all'uopo.

10. L'ammissione di ciascuno sarà discussa coll'intervento del Rettore nella deputazione disciplinare. E niuno potrà entrare in Collegio se non abbia i requisiti di cui all'articolo precedente, con la testimoniale del proprio Vescovo. Entrato poi nel Collegio l'alunno, il Rettore ne darà subito partecipazione al Card. Vicario, onde sia riconosciuto dal Vicariato.

11. Ogni sacerdote, o prima d'entrare, o dopo entrato nel Collegio, potrà indicare la regione nella quale a preferenza amerebbe esercitare il sacro ministero in pro degli emigrati. Dovrà tuttavia rimettersi alla volontà dei Superiori se speciali ragioni intervenissero per dargli altra destinazione.

12. La regolare permanenza nel Collegio dovrà essere di due anni. Potrà però essere ridotta ad un anno, date speciali necessità di provvedere a qualche missione, e se l'alunno apparirà sufficientemente formato.

13. Quelli che, per qualsiasi motivo, non saranno ritenuti adatti al ministero dell'assistenza agli emigrati, potranno essere dal Rettore, con l'approvazione della deputazione disciplinare, dimessi onde ritornino nelle loro diocesi.

Gli altri, almeno per 10 anni, dovranno accettare il ministero della assistenza per quella diocesi o località a cui saranno destinati dal Rettore coll'approvazione della deputazione.

14. Nel Collegio si farà la vita comune ordinata secondo un proprio regolamento affisso in pubblico. Niuno potrà senza speziale permesso del Rettore sottrarsi agli atti comuni: e niuno potrà mai uscire solo, e fuori dei tempi stabiliti; ma soltanto con la compagnia di uno o due altri suoi colleghi, secondo il discreto giudizio del Rettore, che stabilirà su ciò le opportune norme, da approvarsi dalla deputazione disciplinare.

15. Nel Collegio si faranno le consuete pratiche di pietà in comune, anch'esse da stabilirsi con speciale regolamento, e appropriate alla speziale condizione di sacerdoti che si preparano alla santa missione presso gli emigrati.

16. Vi saranno inoltre scuole:

1° di lingue estere: inglese, francese, spagnuolo, portoghese e tedesco;

2° delle legislazioni civili e delle condizioni speciali dei paesi dove è più avviata l'emigrazione e dove saranno indirizzati gli alunni;

3° di apologetica e pastorale;

4° di sacra liturgia e canto ecclesiastico.

Potranno anche frequentare con consenso del Rettore qualche scuola speciale, principalmente di diritto canonico, onde rendersi più adatti alla missione a cui si preparano.

17. Alla fine di ciascun anno si farà un esame sulle materie d'insegnamento: ed il risultato per ciascun alunno, assieme al giudizio sulla condotta e sul profitto, sarà comunicato al Cardinale Segretario della Concistoriale ed alla sezione per l'emigrazione, per giudicare dell'idoneità degli alunni al ministero, cui sono destinati.

18. Il Collegio provvederà quanto è necessario ad un modesto arredamento della camera di ciascuno, della cappella e della tavola. Sarà a carico degli individui quanto riguarda la persona.

L'elemosina della Messa sarà devoluta pel sostentamento individuale.

Per ciò che riguarda la salute, sarà a carico del Collegio la cura medica pei piccoli disturbi: in caso di lunga o grave malattia, le spese saranno a carico degli individui.

19. I sacerdoti del Collegio durante la permanenza nell'istituto conserveranno la sudditanza originaria al proprio Ordinario, di guisa che, se avessero ad uscirne senza andare in missione all'estero, dovranno ritornare nella loro diocesi ed ivi essere ancora considerati come propri.

Nè la perderanno andando all'estero in aiuto degli emigrati, se non coll'incardinazione nelle diocesi di domicilio secondo le norme del diritto.

20. I sacerdoti del Collegio andati in missione all'estero dovranno essere soggetti all'Ordinario locale e da lui dipendere in tutto, pur dedicandosi di preferenza ed in modo speciale alla cura ed assistenza degli italiani, al qual fine sono destinati.

Ogni anno però dovranno dare relazione di sè e delle loro opere al Rettore del Collegio, che ne dovrà informare, almeno sommariamente, e per le cose di qualche importanza o di conseguenza, la sezione degli emigranti della Concistoriale. I sacerdoti che per dieci anni avranno prestato lodevole servizio all'estero a vantaggio degli italiani emigrati, se desiderassero di ritornare alla diocesi di origine, saranno benignamente accolti, e, *ceteris paribus,* saranno preferiti nelle promozioni ai benefici ecclesiastici.

21. L'ammissione nel Collegio regolarmente si fa nella seconda metà d'ottobre.

Il sacerdote che ha ottenuta l'ammissione, nella prima setti-

mana del suo ingresso, presa cognizione delle regole, dovrà prestare giuramento di osservarle fedelmente sia durante la sua dimora in Roma sia nel tempo della sua missione.

Roma, dalla S. C. Concistoriale, 24 giugno 1914.

† G. Card. *De Lai*, Vescovo di Sabina, Segretario.

Sac. *Pietro Pisani,* Sostituto per l'emigrazione.

---

3. Dekret der Congregatio de Propaganda Fide pro negotiis Ritus orientalis über die kirchliche Organisation der Katholiken des griechisch-ruthenischen Ritus in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, vom 17. August 1914.[1])

(Acta Apostolicae Sedis VI, 458—463.)

Cum Episcopo Graeco-Rutheno Statuum Foederatorum anno 1912 ab Apostolica Sede data fuerit plena et ordinaria iurisdictio in clerum et populum universum Graeco-Rutheni ritus in Foederatis Civitatibus Americae Septentrionalis sive permanenter sive ad tempus commorantes, eminentissimis ac reverendissimis Patribus Cardinalibus S. Congregationi de Propaganda Fide pro negotiis Rituum Orientalium praepositis, in plenariis comitiis die 10 augusti huius anni habitis, opportunas, quae sequuntur, visum est condere leges circa spiritualem administrationem Ecclesiae Graeco-Ruthenae in praedicta regione.

Caput I.

De Episcopo Graeco-Rutheni ritus.

Art. 1. Nominatio Episcopi Graeco-Rutheni ritus pro regione Statuum Foederatorum Americae Septentrionalis Apostolicae Sedi reservata est.

Art. 2. Episcopus Graeco-Rutheni ritus eiusque legitimi successores in Statibus Foederatis Americae Septentrionalis sub immediata huius Apostolicae Sedis iurisdictione ac potestate manebunt, plenamque iurisdictionem ordinariam in omnes fideles Graeco-Rutheni ritus, permanenter vel ad tempus in Foederatis Civitatibus Americae Septentrionalis commorantes exercebunt, sub dependentia tamen R. P. D. Delegati Apostolici Washingtonensis pro tempore.

Art. 3. Eidem ius ac potestas competit regendi ac gubernandi gregem suum ac leges et statuta condendi in iis quae iuri

---

1) Vgl. Archiv 93, 289 f. und 94, 154 (Kirchenrechtliche Chronik).

communi non adversantur. Praecipuus vero ipsius munus erit invigilare, ut tum doctrina et boni mores, tum ritus et disciplina Ecclesiae Graeco-Ruthenae catholicae integre custodiantur. Episcopi Graeco-Rutheni igitur erit uniformitatem caeremoniarum in variis devotionibus nec non in tradendis Sacramentis usitatarum, secundum rubricas Typici in ritu Graeco-Rutheno approbati, introducere, et eiusdem unitatis strictam observantiam a sacerdotibus suis expostulare.

Art. 4. Episcopus missiones Graeco-Ruthenas frequenter et regulariter visitare stricte tenetur, ut gregem sibi concreditum apprime cognoscat, eaque omnia, quae ad spirituale eius bonum attinent, melius provideat.

Art. 5. In canonica visitatione parochiarum inquirat Episcopus an parochi omnia parochialia munera, praesertim visitationem infirmorum, puerorum instructionem, verbi Dei praedicationem in Dominicis et festis, diligenter absolvant: videat insuper omnes libros baptismatum, matrimoniorum ac mortuorum; inventariumque bonorum ecclesiasticorum ex ultimo biennio; ac rationes ab unoquoque rectore missionis expostulet, id est introspiciat ac probet libros proventuum et expensarum cuiuslibet Ecclesiae, statum materialem eiusdem, debita, etc. Ut autem securitati bonorum temporalium ecclesiarum, coemeteriorum et omnium eorum, quae ad Ecclesiam pertinent, summa cum diligentia prospiciatur, Episcopi Graeco-Rutheni erit, audito in pertractandis negotiis virorum peritorum ac consultorum suorum consilio, eas tituli possesionis formas adhibere, omnesque praescriptiones servare, quae legibus singulorum Statuum respondeant, quaeque ecclesiasticorum bonorum administrationi, conservationi ac tutae in posterum transmissioni faveant.

Art. 6. Annua sustentatio Episcopi consistet in praestationibus ad instar cathedratici, quae iuxta aequitatem ab Episcopo, audita voce suorum consultorum, determinabuntur, quasque singulae ecclesiae Ruthenae dioeceseos solvere tenentur. Rectores ecclesiarum respondere tenentur de exacta solutione harum praestationum et aliarum ab Episcopo eiusque consultoribus, determinandarum, pro Seminario, orphanotrophio, missionibus, etc.

Art. 7. Ordinaria residentia Episcopi Graeco-Rutheni erit in urbe Neo-Eboracensi, N. Y., Vicarii vero Generalis ac rectoris Seminarii in urbe Philadelphiensi, Pa.

Art. 8. Episcopus quinto quoque anno plenam et accuratam relationem de statu personali, morali ac materiali missionum

proprii ritus exhibeat Delegato Apostolico, qui eam transmittet ad S. Congregationem de Propaganda Fide pro negotiis Ritus Orientalis; atque iuxta morem apud episcopos Statuum Foederatorum inductum, singulis saltem decenniis ad sacra Apostolorum limina accedat, ut obsequium et obedientiam suam Pontifici Summo praestet, eique rationem reddat de pastoralis muneris implemento, deque omnibus quae ad ecclesiae suae statum et cleri populique mores ac disciplinam, animarumque sibi concreditarum salutem pertinent.

Art. 9. Controversiae si quae exoriantur inter Episcopum Graeco-Rutheni ritus et episcopos latini ritus Statuum Foederatorum, deferantur in devolutivo tantum ad Delegatum Apostolicum Washingtonensem, salva, item in devolutivo, appellatione ad Apostolicam Sedem.

Caput II.

De Clero Graeco-Rutheno.

Art. 10. Sacerdotes Graeco-Rutheni, pro regionibus Statuum Foederatorum Americae Septentrionalis designati, educentur in Seminario proprio Rutheno-Americano, vel etiam in aliis Collegiis, tum in America, tum extra Americam, secundum necessitatem Ecclesiae Ruthenae ac iudicium Episcopi Rutheni. Ut Ecclesia Graeco-Ruthena in Statibus Foederatis laudabiliter crescere, dilatari ac providentialem missionem suam in Graeco-Ruthenos adimplere possit, necessarium est ei habere sacerdotes integros vita, zelo ac pietate praeditos, sufficienter eruditos, lucri non cupidos et a politicis factionibus alienos. Episcopi Rutheni grave munus erit tales missionarios quantocius educare et ultra in America sustentare, ac pro missionibus inter populum mittere. Ad sustentationem Seminarii et educationem missionariorum, tum rectores ecclesiarum, tum ipsae ecclesiae Graeco-Ruthenae in Statibus Foederatis Americae Septentrionalis contribuent.

Art. 11. Antequam habeatur numerus sufficiens presbyterorum Graeco-Ruthenorum qui in Statibus Foederatis educati fuerint, si providenda occurat de suo rectore aliqua missio Ruthenorum vel vacans vel noviter erecta, Episcopus Graeco-Rutheni ritus idoneum sacerdotem postulet ab episcopis Ruthenis vel Galitiae vel Hungariae per tramitem S. Congregationis de Propaganda Fide pro negotiis Ritus Orientalis. Illi vero sacerdoti, qui proprio marte, neque ab Episcopo Graeco-Rutheno vocatus, neque a S. Congregatione missus, illuc perrexerit, Episcopus Graeco-

Ruthenus nullas concedere potest facultates, sive celebrandi Sacrum, sive administrandi Sacramenta, sive munia ecclesiastica quomodocumque obeundi.

Art. 12. Sacerdotes pecuniam quaerentes, vel in fide ac moribus vacillantes, vel ebrietati faventes, nullo modo mittantur nec admittantur in Americam; et si tales inveniuntur, quantocius dimittantur.

Art. 13. Quilibet sacerdos, ex Europa proveniens et in Statibus Foederatis Americae Septentrionalis commorans pro fidelium Graeco-Ruthenorum spirituali cura, semper manebit incardinatus dioecesi originis; attamen Episcopus originis iurisdictionem in eum nullo modo exercebit, sed praedictus sacerdos unice pendeat ab iurisdictione Episcopi Graeco-Rutheni. In patriam redire aut revocari supradicti sacerdotes nequeant sine expressa licentia Ordinarii Graeco-Rutheni ritus Statuum Foederatorum in scriptis concedenda. Episcopi originis respondere debent coram S. Congregatione de Propaganda Fide, si tales sacerdotes sine scriptis ab Ordinario Graeco-Rutheno Statuum Foederatorum datis admittant.

Art. 14. Omnes rectores missionum Graeco-Ruthenarum in Statibus Foederatis amovibiles sunt ad nutum Ordinarii Graeco-Rutheni. Amoveri autem non poterunt absque causis gravibus et iustis.

Art. 15. Datur tamen facultas presbytero amoto appellationem interponendi, in devolutivo, contra decretum remotionis, ad tribunal Delegati Apostolici, qui infra tres menses a die appellationis causam definire curabit, salvo semper iure recursus ad Sanctam Sedem, item in devolutivo.

Art. 16. Sustentationi sacerdotis providebit Episcopus, salarium eidem adsignando, assumendum iuxta proportionem ex omnium Ecclesiae proventuum massa seu cumulo.

Art. 17. Iura stolae et emolumenta sacri ministerii in singulis missionibus determinanda sunt ab Ordinario Graeco-Rutheno iuxta probatas diversorum locorum consuetudines.

Art. 18. Episcopus Graeco-Ruthenus nonnisi in clerum et populum Graeco-Ruthenum iurisdictionem suam exerceat; si tamen aliquo in loco existant fideles Graeco-Rutheni ritus, in eoque nondum sit missio Ruthena constituta, aut nullus adsit presbyter eiusdem ritus, poterit tunc iurisdictionem suam in fideles Graeco-Ruthenos presbytero latino loci communicare, certiorato Ordinario.

Caput III.

De Fidelibus Graeco-Ruthenis.

Art. 19. Fideles Graeco-Rutheni tenentur frequentare ac libenter sustentare suas proprias ecclesias, ac observare praescripta sui ritus; tamen in regionibus, ubi desunt ecclesiae ac sacerdotes proprii ritus, et ubi propter longinquitatem ecclesiae suae non eam possunt nisi cum gravi incommodo adire, opus est ipsis Missam audire in ecclesia catholica alterius ritus, nec non Sacramenta accipere a presbytero alterius ritus.

Art. 20. Frequentatio ex parte Graeco-Ruthenorum, etiam continua, ecclesiarum ritus latini non inducit mutationem ritus. Transitus enim a ritu Graeco-Rutheno ad latinum Ruthenis, sive ad tempus, sive stabiliter, in Statibus Foederatis Americae Septentrionalis morantibus, concedi nequit nisi a S. Congregatione de Propaganda Fide pro negotiis Ritus Orientalis, gravibus et iustis intervenientibus causis, ab ipsa S. Congregatione cognoscendis, audito Episcopo Graeco-Rutheno.

Art. 21. Non licet sacerdotibus ritus Latini, sub poenis ab Apostolica Sede decretis et decernendis, quempiam Graeco-Ruthenum ad Latinum ritum amplectendum inducere.

Art. 22. Fideles Latini, etiamsi adsit presbyter Latini ritus, apud sacerdotem Graeco-Ruthenum ab Ordinario suo adprobatum, peccata sua confiteri et beneficium sacramentalis absolutionis valide et licite obtinere possunt. Item, fideles Graeco-Rutheni peccata sua confiteri possunt apud sacerdotem Latinum ab Episcopo suo adprobatum. Presbyteri vero Latini absolvere non poterunt fideles Graeco-Rutheni ritus a censuris et casibus reservatis ab Ordinario Graeco-Rutheno statutis, absque venia eiusdem. Vicissim idem dicatur de presbyteris Graeco-Ruthenis quoad censuras et reservationes statutas ab Ordinariis Latini ritus.

Art. 23. Omnibus fidelibus cuiuscumque ritus datur facultas ut, pietatis causa, sacramentum Eucharisticum quolibet ritu confectum suscipiant; ac insuper, ubi necessitas urgeat, nec sacerdos diversi ritus adsit, licebit sacerdoti Graeco-Rutheno ministrare Eucharistiam consecratam in azymo; et vicissim sacerdoti Latino ministrare in fermentato; at suum quisque ritum in ministrando servabit.

Art. 24. Quisque fidelium praecepto Communionis paschalis ita satisfaciet, si eam suo ritu et quidem a parocho suo accipiat.

Art. 25. Sanctum Viaticum moribundis ritu proprio e manibus proprii parochi accipiendum est; sed, urgente necessitate, fas esto a sacerdote quolibet illud accipere; qui tamen ritu suo ministrabit.

Art. 26. Funerum celebratio ac emolumentorum perceptio in familiis mixti ritus, ad parochum illius ritus pertineant, ad quem defunctus pertinebat.

Art. 27. Ad vitanda gravia incommoda quae inde Graeco-Ruthenis evenire possint, licitum erit eis, de venia proprii Ordinarii, sua festa et sua ieiunia observare iuxta consuetudinem locorum in quibus degunt. Attamen haec observatio non inducit omnino mutationem ritus, neque tollit obligationem adimplendi praeceptum ecclesiasticum quoad audiendam Missam hoc tempore in sui ritus ecclesiis, si tales in loco exsistant.

Caput IV.

De Matrimoniis inter fideles mixti ritus.

Art. 28. Matrimonia inter catholicos Graeco-Ruthenos et Latinos non prohibentur; sed ad vitanda incommoda, quae ex rituum diversitate in familiis evenire solent, uxor, durante matrimonio, ritum viri sequi potest, quin ex hoc sui nativi ritus mutatio inducatur.

Art. 29. Soluto matrimonio, mulier proprium ritum originis resumere valet.

Art. 30. Matrimonia tum inter fideles Graeco-Ruthenos, tum inter fideles mixti ritus, servata forma decreti *Ne temere,* contrahi debent, ac proinde in ritu mulieris a parocho mulieris benedicenda sunt.

Art. 31. Dispensationes matrimoniales in matrimoniis mixti ritus, si quae sint dandae vel petendae, dentur et petantur ab episcopo sponsae.

Art. 32. Nati in regione Statuum Foederatorum Americae Septentrionalis ex parentibus diversi ritus, ritu patris sunt baptizandi: proles enim utriusque sexus sequi omnino debet patris ritum.

Art. 33. Baptismus in alieno ritu ob gravem necessitatem susceptus, cum nimirum infans morti proximus esset vel natus esset in loco in quo, tempore nativitatis, parochus proprius patris non aderat, ritus mutationem non inducit; et sacerdos, qui baptizavit, proprio parocho testimonium baptismatis remittere debet.

Art. 34. Infantes ad eius parochi iurisdictionem pertinent, cuius ritus est eorum pater, exceptis natis ex illegitimo thoro qui sequuntur ritum matris.

Haec omnia Ssmus Dnus noster Pius div. prov. Papa X referente infrascripto huius S. Congregationis Rmo P. D. Secretario in audientia diei 12 augusti vert. anni rata habuit ac confirmavit praesensque decretum *ad decennium* valiturum edi iussit.

Contrariis quibuscumque non obstantibus.

Datum Romae ex aedibus huius S. Congregationis, die 17 augusti anno 1914.

Fr. *Hieronymus* M. Card. *Gotti,* Praefectus.

L. † S. *Hieronymus Rolleri,* Secretarius.

---

4. Verfügung des Bischofs von Paderborn betr. die Bürgschaftsleistung seitens der Geistlichen, vom 17. Oktober 1914.[1])

(Amtliches Kirchenblatt für die Diözese Paderborn LVII, 144.)

Einzelne Vorkommnisse veranlassen mich bezüglich der Bürgschaftsleistung seitens der Geistlichen folgende Verfügung zu treffen:

Kein Diözesanpriester darf ohne schriftliche Erlaubnis des General-Vikariats irgendeine Bürgschaft übernehmen, auch nicht für Verwandte, andere Priester, kirchliche oder caritative Institute oder Vereine. Es ist ferner jedem Diözesanpriester ohne die gleiche Erlaubnis untersagt, auf seinen Namen Geld aufzunehmen, um es als Darlehn an andere Personen weiterzugeben.

Paderborn, den 17. Oktober 1914.

Der Bischof:
† *Karl Joseph.*

---

5. Dispens der Congr. Consistorialis von dem Verbote der weltlichen Vermögensverwaltung seitens der Geistlichen für sämtliche Diözesen Bayerns.

(Amtsblatt für die Erzdiözese München und Freising 1914, 190.)

S. Congregatio Consistorialis, vigore facultatum a SSmo D. N. Pio PP. X sibi tributarum, Emo. ac Rmo. Card. Bettinger Archpo. Monacensi et omnibus Bavariae Ordinariis, attentis pe-

---

1) Vgl. Archiv 94, 472 (Verfügung für Culm).

culiaribus rerum adiunctis, facultatem ad triennium impertit concedendi, quoties vera necessitas postulet, clericis suarum dioecesum ut denuo assumere vel adhuc retinere valeant in arcis vel mensis nummariis etc. officia, quae a decreto huius S. Congregationis diei 18 Nov. 1910 prohibentur; dummodo in singulis casibus, meliori quo fieri potest modo, constiterit nihil in administratione rerum, de quibus agitur, male gestum inveniri; cauto ut quodvis ex mala administratione scandali damnive periculum removeatur in posterum; sub lege denique curandi, ut interim laici viri experti atque probatae fidei sensim iisdem clericis sufficiantur.

Datum Romae, ex aedibus eiusdem S. Congregationis, die 29. mensis Septembris, anni 1914.

† *Thomas Boggiani*
Adsessor.

Emo. ac Rmo. Ordinario
Monacensi et Frisingensi.

---

6. Erlass des Erzbischöflichen Ordinariats zu Freiburg, das Messelesen fremder Priester betr., vom 28. August 1914.

(Anzeigeblatt für die Erzdiözese Freiburg 1914, 345 f.)

(Ord. 28. 8. 1914 Nr. 10146.)

Mehrere Fälle aus jüngster Zeit, in denen Betrüger im geistlichen Kleide versucht haben, priesterliche Funktionen, insbesondere das Messelesen, auszuüben, veranlassen uns, bezüglich des Messelesens fremder Priester in Kirchen unserer Erzdiözese folgendes einzuschärfen:

1. Das Messelesen darf Priestern, welche nicht unserer Erzdiözese angehören, regelmäßig nur gestattet werden, wenn sie ein nicht über drei Monate altes *Celebret* ihres Bischofes (Generalvikars) bezw. Ordensobern vorlegen; andere schriftliche Ausweise sind nicht für genügend zu erachten. Eine Ausnahme kann nur zu Gunsten jener Priester gemacht werden, die dem Rektor der Kirche entweder persönlich bekannt oder durch andere Personen oder sonstige *zuverlässige* Beweismittel als *durchaus vertrauenswürdig* empfohlen sind.

2. Priester, die angeblich einem orientalischen Ritus angehören oder aus dem Orient kommen, dürfen zum Messelesen nur dann zugelassen werden, wenn sie eine schriftliche Celebrations-Erlaubnis von uns nachweisen.

3. Falls Priester, ohne eine schriftliche Ermächtigung von uns dazu zu besitzen, Almosen oder Meßstipendien sammeln, ist uns umgehend hiervon Anzeige zu erstatten.

4. Das Messelesen ist fremden Priestern auch dann nicht zu gestatten, wenn sie durch ihr Verhalten Anstoss erregen oder Zweifel an der Echtheit des von ihnen vorgelegten Celebret bestehen.

5. Unsere Verordnung vom 26. August 1909 Nr. 9172, wonach Priestern auswärtiger Diözesen die Erlaubnis zum Lesen der hl. Messe von den Pfarrämtern nur für die Dauer von zwei Wochen erteilt werden darf und bei längerem Aufenthalt der betr. Priester unsere Genehmigung unter Vorlage der Atteste einzuholen ist, wird ausdrücklich aufrechterhalten.

Freiburg, 28. August 1914.

Erzbischöfliches Ordinariat.

---

7. Dispensfakultäten für geheime Ehehindernisse bei nahebevorstehender Trauung in der Diözese Limburg.

(Amtsblatt des Bistums Limburg 1914, 132.)

Accidit haud raro, ut omnibus paratis ad nuptias impedimentum detegatur occultum dirimens neque facile recursus haberi possit ad Sedem Apostolicam. Unde nascitur casus qui dicitur perplexus. Qui ut facilius solvatur, vigore facultatis a Sede Apostolica de die 28. Juli 1911 Nobis concessae hisce omnibus parochis potestatem concedimus, ut, si infra 2 hebdomadas ante matrimonium ineundum detegant aut impedimentum affinitatis illegitimae, primi et secundi, vel secundi gradus uni soli nupturientium notum, sive simplex sive duplex existat, aut impedimentum criminis occultum, dummodo sit absque machinatione patratum, valeant in actu confessionis sacramentalis super hisce impedimentis remota occasione peccandi et iniuncta gravi poenitentia salutari dispensare, firma tamen manente conditione, quod copula habita cum matre mulieris huius nativitatem non antecedat. Insuper dispensatis super impedimento occulto criminis iniungenda est confessio sacramentalis semel singulis mensibus per tempus dispensantis arbitrio statuendum. Denique casus tectis nominibus nobis denuntiandus est.

Limburgi ad Lahnam, die 19. Octobris 1914.

Ex off. N. O. E. 5568. † *Augustinus.* vdt. Rauch.

---

8. Erlass des Bischöflichen Generalvikariats zu Hildesheim, Nachforschungen in Kirchenbüchern für private Zwecke betr., vom 31. August 1914.

(Kirchlicher Anzeiger für das Bistum Hildesheim 1914, 89 f.)

Das in den letzten Jahren immer mehr hervortretende Bestreben, die Kirchenbücher für private familiengeschichtliche Forschungen nutzbar zu machen, hat dazu geführt, dass an die Pfarrämter in weitem Maße Anträge auf Erteilung von Auskünften und Auszügen aus alten Kirchenbüchern für solche Zwecke gestellt werden.

Für die Behandlung derartiger Gesuche sind folgende Regeln zu beachten:

1. Werden die in Betracht kommenden Daten genau angegeben, so sind für Kirchenbuchauszüge die geltenden Gebühren zu entrichten.

2. In den vielen Fällen, in welchen die Daten nur ungeau oder gar nicht angegeben werden können und deshalb oft mühevolle und zeitraubende Nachforschungen erforderlich sind, erscheint es berechtigt, dass dem Pfarrer nach vorgängiger Vereinbarung eine besondere, ihm verbleibende Entschädigung gewährt wird, und zwar auch dann, wenn die Arbeit ergebnislos bleibt. Für die Arbeitsstunde erscheint eine Vergütung von 3 Mark angemessen.

3. Ist der Pfarrer nicht in der Lage, die Arbeit selbst zu leisten, so darf er die Kirchenbücher dem Antragsteller oder dem von diesem Beauftragten nur dann zu persönlicher Durchsicht zugänglich machen, nachdem hierzu in jedem Einzelfalle die besondere Erlaubnis und Anweisung der Bischöflichen Behörde eingeholt ist. (Verordnung vom 16. November 1913, Kirchlicher Anzeiger 1913, Seite 121.)

In den diesbezüglichen Anträgen der Pfarrer ist die Person zu bezeichnen, welche während der Benutzung der Kirchenbücher die erforderliche beständige Aufsicht ausübt. Über die dieser zustehende Vergütung ist besondere Vereinbarung mit dem Benutzer zu treffen.

Es ist nicht zulässig, die Kirchenbücher auch nur auf kurze Zeit Dritten ohne überwachende Aufsicht vorzulegen. Wird die beaufsichtigte Einsicht jemandem gestattet, so empfiehlt sich, darauf zu dringen, dass derselbe bei Niederschrift von Notizen sich des Bleistifts (nicht der Tinte) bediene.

4. Für förmliche Auszüge aus den Kirchenbüchern sind die

üblichen Gebühren unabhängig von den unter Ziffer 2 und 3 bezeichneten Vergütungen besonders zu entrichten.

5. Es wird empfohlen, in jedem Falle dem Antragsteller vor der Erledigung seines Gesuches von den obigen Festsetzungen Mitteilung zu machen und nötigenfalls schriftliche Zustimmung zur Zahlung der Vergütungssätze zu verlangen.

Hildesheim, den 31. August 1914.

Bischöfliches General-Vikariat.

---

9. Mitteilung des Erzbischöflichen Ordinariats zu Freiburg, geistliche Privilegien für Priester aus der Mitgliedschaft an kirchlichen Vereinen betr.

(Anzeigeblatt für die Erzdiözese Freiburg 1914, 343 f.)

Nachstehend werden die hauptsächlichsten geistlichen Privilegien für Priester auf Grund ihrer Mitgliedschaft in einigen in unserer Erzdiözese besonders verbreiteten kirchlichen Vereinen zusammengestellt.

I. Die Mitglieder der *Associatio perseverantiae sacerdotalis* haben

a) das *privilegium altaris* bei jeder hl. Messe für einen verstorbenen Sodalen;

b) das Vorrecht, Matutin und Laudes schon von 1 Uhr nachmittags an zu *antizipieren* (S. C. C. 23. Dezember 1908)[1];

c) das Recht, die Rosenkränze mit den sog. *Kreuzherrenablässen* zu versehen.

II. Kraft ihrer Zugehörigkeit zum *Bonifatiusverein* erfreuen sich die Priester folgender Vorrechte:

1. des privilegium altaris dreimal in der Woche;
2. der Vollmacht, mit einem einzigen Kreuzzeichen Kreuze, Kruzifixe, Statuen Christi oder der Heiligen, Medaillen und Rosenkränze zu weihen und mit den sog. *päpstlichen Ablässen*, die Rosenkränze auch mit den Ablässen der sog. *Brigittenrosenkränze* zu versehen. Die Weihe kann privatim jederzeit, öffentlich nur bei Gelegenheit von Volksmissionen und Exerzitien vorgenommen werden;
3. der Vollmacht, die *fünf Skapuliere* zu weihen und aufzulegen. Bei Weihe und Auflegung des Siebenschmerzen-

1) Nach einer Entscheidung der S. C. Rit. (Decr. auth. tom. VI n. 4158) ist die private Antizipation das ganze Jahr hindurch von 2 Uhr nachmittags an *allgemein* gestattet.

skapuliers ist dem General der Serviten (durch den Generalvorstand oder direkt) Anzeige zu machen.

Vereinsobliegenheit: ein monatliches oder jährliches *Almosen* und jährlich, womöglich am Bonifatiustage, eine hl. Messe nach der Meinung des Vereins.

III. Priester, welche Mitglieder eines Rates oder Direktoren einer Vereinigung von 12 Mitgliedern des *Kindheit-Jesu-Werks* sind, werden folgender Vorteile teilhaftig:

1. des persönlichen *Altarprivilegs dreimal* in der Woche, vorausgesetzt, dass sie nicht ein anderes ähnliches Indult schon besitzen;
2. des Rechtes, *privatim* (ausserhalb Roms) Kreuze, Medaillen, Rosenkränze, sowie Bilder Christi und der Heiligen zu weihen und mit den sog. päpstlichen Ablässen, die Rosenkränze auch mit den sog. *Brigitten-* und den *Kreuzherrenablässen* zu versehen;
3. des Rechtes, an den Orten, wo keine Klöster des betr. Ordens sich befinden, die *fünf Skapuliere* zu weihen und aufzulegen und zwar die von der allerheiligsten Dreifaltigkeit, von der unbefleckten Empfängnis, von den sieben Schmerzen und vom Leiden unseres Herrn unter *einer* Formel;
4. des Rechtes, an Orten, wo kein Franziskaner-, Kapuziner- oder Konventualen-Kloster besteht, Kruzifixe mit den sog. *Stationenablässen* zu versehen;
5. des Rechtes, an den genannten Orten Gläubige in den III. Orden des hl. Franziskus aufzunehmen und ihnen an den von der Regel bezeichneten Tagen Generalabsolution und päpstlichen Segen zu erteilen.

Priester, welche den gewöhnlichen Beitrag von 12 Mitgliedern (jährlich 7.20 ℳ) bezahlen, erfreuen sich ebenfalls der unter 1, 2, 4 und 5 aufgeführten Vorrechte und sind ausserdem berechtigt zur Weihe der Skapuliere vom Berge Karmel, von der allerheiligsten Dreifaltigkeit, den sieben Schmerzen und der unbefleckten Empfängnis. Die gleichen Privilegien wie bei Zahlung eines Jahresbeitrages von 7.20 ℳ, ausgenommen das Recht, Stationenkruzifixe zu weihen, werden erworben durch einmalige Zahlung eines Beitrages von 80 Mark.

IV. Priester, welche in einer Pfarrgemeinde oder in einer Anstalt zur Sammlung von Almosen für den *Franziskus-Xaverius-Verein* beauftragt sind oder aus eigenen Mitteln den Ertrag einer

Zehner-Vereinigung (20.80 ℳ jährlich) dem Vereine schenken, haben folgende Vorrechte:

1. das persönliche Altarprivileg — dreimal in der Woche;
2. die unter III. Z. 3 genannte Vollmacht mit der weiteren Vergünstigung, die Weihe bei Gelegenheit von Volksmissionen und Exerzitien, sowie nach der Predigt in der Advents- und Fastenzeit vornehmen zu dürfen;
3. das Recht, die *fünf* Skapuliere unter *einer* Formel zu weihen und aufzulegen;
4. und 5. die unter III. Z. 4 und 5 verliehenen Vollmachten;
6. das Recht, die Benediktus-Medaille zu weihen und mit Ablässen zu versehen.

Dieser Privilegien erfreuen sich nicht nur die Pfarrer als Leiter einer Missionsvereinigung, sondern auch die von ihnen mit diesem Geschäfte beauftragten Hilfspriester (Decr. S. Offic. 26. Martii 1914, Acta Ap. Sedis pag. 305).

Jeder Priester, der Mitglied eines Rates oder Ausschusses des Franziskus-Xaverius-Vereins ist oder zum Vereinszweck den Beitrag von 1000 Mitgliedern (= 2080 ℳ) einliefert, geniesst die gleichen Vorrechte und ausserdem das Altarprivileg *fünfmal* in der Woche; sofern die Summe von 1000 Mitgliederbeiträgen aus eigenen Mitteln gespendet wird, sind sämtliche Privilegien für Lebenszeit verliehen.

Freiburg, 18. August 1914.

Erzbischöfliches Ordinariat.

---

10. Erlass des Erzbischöflichen Generalvikariats zu Cöln, die Jugendwehr betr., vom 17. Oktober 1914.[1])

(Kirchlicher Anzeiger für die Erzdiözese Cöln LIV, 157.)

Cöln, den 17. Oktober 1914.

Nach einem gemeinsamen Erlass der Ministerien des Innern, des Kirchen- und Schulwesens und des Kriegs erfordert der Ernst der gegenwärtigen Kriegszeit, »die militärische Vorbereitung der heranwachsenden Jugend für die Dauer des Kriegs in die Hand zu nehmen, um die jungen Leute für den militärischen Hilfs- und Arbeitsdienst wie für den ihnen bevorstehenden Dienst im Heer und in der Marine so gut wie möglich heranzu-

1) Derselbe Erlass ist auch in den übrigen Diözesen Deutschlands publiziert.

bilden. Die gesamte männliche Jugend vom 16. Lebensjahr an soll überall da, wo für ihre Ausbildung die Kräfte zur Verfügung stehen, zu einer »Jugendwehr« zusammengeschlossen werden«.

Wir setzen voraus, dass sich auch unsere katholischen Jugendvereine an den Übungen der Jugendwehr rege beteiligen werden.

Von denselben Ministerien ist die Zusicherung gegeben worden, dass durch die Jugendwehr der Bestand der vorhandenen Jugendvereinigungen nicht berührt werde. Um diese Vereine in ihrem Bestand zu erhalten, sollten die Vereinsversammlungen nicht allzu häufig ausfallen, bezw. mit den jüngeren, in die Jugendwehr noch nicht aufgenommenen Mitgliedern fortgeführt werden.

»Bei der Zeitbestimmung für die Übungen usw. ist auf den örtlichen Gottesdienst Rücksicht zu nehmen« (preuss. Kriegsministerium). Die betreffenden Seelsorger wollen sich dieserhalb mit der örtlichen Leitung der Jugendwehr ins Benehmen setzen.

Das Erzbischöfliche Generalvikariat.

III. Staatliche Erlasse und Entscheidungen.

1. Die Dienstgrundstücke der Geistlichen und Kirchendiener sind in Preussen von der Gemeindegrundsteuer frei.

(Urteil des Kgl. Preussischen Oberverwaltungsgerichts vom 22. Mai 1914, mitgeteilt von dem Erzbischöflichen Konsistorialrat Dr. *Mizerski* in Posen.)

In der Verwaltungsstreitsache des Magistrats in Adelnau, Beklagten und Revisionsklägers, wider die durch den Kirchenvorstand vertretene katholische Kirchengemeinde in Adelnau, Klägerin und Revisionsbeklagte, hat das Königlich Preussische Oberverwaltungsgericht, achter Senat, in seiner Sitzung vom 22. Mai 1914,

für Recht erkannt:

Auf die Revision des Beklagten wird die Entscheidung des Bezirksausschusses zu Posen vom 16. Oktober 1913 bestätigt.

Die Kosten der Revisionsinstanz werden unter Festsetzung des Wertes des Streitgegenstandes auf 722 M. 42 Pf., dem Beklagten auferlegt.

Von Rechts wegen.

Gründe.

In Adelnau waren bisher Dienstgrundstücke der katholischen Geistlichen zur Gemeindegrundsteuer nicht herangezogen worden. Mit Verfügung vom 26. Mai 1911 zog der Magistrat die katholische Kirchengemeinde wegen der Grundstücke: Grundbuch Bl. 296 St., Bl. 686 Ä, Bl. 722 Ä für die Rechnungsjahre 1908, 1909, 1910, 1911 mit zusammen 722,42 M. zur Gemeindegrundsteuer heran. Den Einspruch der Kirchengemeinde wies er durch Beschluss vom 2. Juni 1911 zurück. Gegen diesen erhob die Kirchengemeinde Klage, die, wie der Einspruch, auf Freistellung gerichtet war. Der Bezirksausschuss erhob Beweis durch Erfordern einer Auskunft des Administratorischen General-Konsistoriums zu Posen. Dann stellte er die Klägerin durch Bescheid vom 5. Juli 1912 und demnächst durch Urteil vom 16. Oktober 1913

von der Steuer frei. Hiergegen hat der Beklagte die Revision eingelegt. Dieselbe ist nicht begründet.

Der Steuer vom Grundbesitz sind die in der Gemeinde belegenen Dienstgrundstücke der Geistlichen und Kirchendiener nicht unterworfen, soweit ihnen bisher Steuerfreiheit zugestanden hat. (§ 24, Abs. 1, Buchst. K des Kommunalabgabengesetzes.) Es sollte also der beim Inkrafttreten des Kommunalabgabengesetzes bestehende Rechtszustand aufrechterhalten bleiben. Waren in den bezeichneten Zeitpunkten in Adelnau dem bestehenden Rechte nach Dienstgrundstücke von Geistlichen und Kirchendienern steuerfrei, so sind solche Grundstücke auch jetzt steuerfrei. *Die Meinung des Beklagten, Dienstgrundstücke, welche erst »neu erworben« worden seien, unterlägen der Steuerpflicht, widerspricht danach dem Gesetze;* sie ist auch gleichmäßig von der Rechtsprechung gemißbilligt worden. Die Steuerfreiheit bestand aber schon nach § 4 Abs. 1 der Städteordnung[1]; sie besteht also noch jetzt. Sie gilt für alle solche Grundstücke; der Beklagte ist mit seiner Meinung, dass sie für gewisse Grundstücke der genannten Art bestehe, für andere nicht, und dass deshalb eine Sonderfeststellung des Rechts für jedes der Grundstücke erfolgen müsse, im Irrtum. Der Beklagte führt an: im Gebiete der Städteordnung vom Jahre 1853 seien die unteren Kirchendiener niemals von der *Gemeindeeinkommensteuer* befreit gewesen. Ob dies richtig ist, kann unerörtert bleiben. Ist es richtig, so ergibt sich daraus nicht die vom Beklagten gezogene Folgerung, dass Dienstgrundstücke der unteren Kirchendiener *grundsteuerpflichtig* gewesen sind. Das Gegenteil ist in der Städteordnung bestimmt.

Dass es sich um Dienstgrundstücke von Geistlichen und Kirchendienern handelt, hat der Vorderrichter ohne Rechtsirrtum und Verfahrensmangel festgestellt. *Er geht zutreffend davon aus, dass die Grundstücke dann Dienstgrundstücke der bezeichneten Art sind, wenn dem Stelleninhaber zusteht, über Nutzungsart und Erträgnis unmittelbar zu befinden,* und er entnimmt den Auskünften des Administratorischen General-Konsistoriums zu Posen, dass diese Voraussetzung, wie bei den früher den Stelleninhabern zugewiesenen Grundstücken, so auch bei

1) Die Städteordnung vom 30. Mai 1853 gilt nur für die sechs östlichen Provinzen der Preussischen Monarchie; die Städteordnung für die Provinz Westfalen vom 19. März 1856 (§ 3 Abs. 7) und die Städteordnung für die Rheinprovinz vom 15. Mai 1856 (§ 4, Abs. 12) enthalten aber analoge Vorschriften. Anmerkung des Dr. M.

den dafür in der Separation zugeteilten, jetzt im Streite befindlichen Grundstücken vorliege.

Der Beklagte irrt, wenn er annimmt: die durch die Separation zugeteilten Abfindungsgrundstücke hätten nicht ohne weiteres denselben rechtlichen Charakter, wie die in die Teilungsmasse eingeworfenen Grundstücke, die Abfindungsgrundstücke würden nur dann jenen Charakter erhalten haben, wenn sie besonders noch „verfassungsmäßig“ zu Dienstgrundstücken bestimmt werden, oder wenn sie mit den eingeworfenen Grundstücken identisch wären. Der Beklagte übersieht hierbei den § 147 der Gemeinheitsteilungsordnung vom 7. Juni 1821 (Gesetzsammlung Seite 53), welcher vorschreibt:

> »Die Entschädigung, die jeder Teilhaber durch die Auseinandersetzung erhält, ist ein Surrogat der dafür abgetretenen Grundstücke oder dadurch abgelösten Berechtigungen und erhält daher in Ansehung ihrer Befugnisse, Lasten und sonstigen Rechtsverhältnisse die Eigenschaften derjenigen Grundstücke, „für welche sie gegeben werden«.

Der Beklagte verkennt sodann den Begriff des Dienstgrundstücks, wenn er meint: eine gemeinschaftliche Benutzung von Dienstgrundstücken einzelner Stelleninhaber durch mehrere von ihnen beseitige den rechtlichen Charakter des Dienstgrundstücks. Die Unrichtigkeit dieser Auffassung ergibt sich aus den Darlegungen im Urteile vom 21. Oktober 1913 (Entscheidungen des Oberverwaltungsgerichts, Band 65, Seite 157).

Verfehlt ist weiter der Angriff des Beklagten, welcher das Vikariatsgrundstück betrifft. Die Ausführung des Beklagten ist dahin zu verstehen, dass vor dem Jahre 1903 die Vikare nicht die Nutzung gehabt hätten. Der Vorderrichter hatte auch bezüglich dieses Grundstücks festgestellt: es sei als Abfindung für eine den Vikaren zustehende Landdotation gegeben worden, trage deshalb den Charakter des Dienstgrundstücks und habe ihn nicht verloren; zur Zeit werde die Nutzung der Vikare abredegemäß in der Art geübt, dass für sie der Propst das Grundstück für 28 M. verpachtet habe, die er den Vikaren nicht herauszuzahlen habe, weil er nach Abmachung dafür den Wasserzins für sie (30 M.) zahle. Dass durch eine solche private Abrede der Vikare nicht die Befugnis, unmittelbar über Nutzungsart und Erträgnisse des Grundstücks zu befinden, genommen worden ist, liegt auf der Hand; gerade mit der Abmachung übten sie die Befugnis

aus. Der Bezirksausschuss hat deshalb mit Recht die Abmachung für unerheblich erachtet.

Die neue Behauptung des Beklagten, die Stadtverordneten hätten in den Jahren 1858 und 1859 die Verpachtung des Hospitallandes und Propsteigartens genehmigt, ist in der Revisionsinstanz unbeachtlich; übrigens ist auch nicht erkennbar, wie durch die behauptete Genehmigung den Grundstücken die Eigenschaft der Dienstgrundstücke genommen sein könnte.

Die Würdigung des Beweisergebnisses durch den Vorderrichter darf nicht zum Gegenstand der Revision gemacht werden. Was der Beklagte in dieser Beziehung, insbesondere zur Widerlegung der Auskünfte des Administratorischen General-Konsistoriums vorbringt, ist deshalb nicht zu beachten.

Greifen sonach die Revisionsangriffe des Beklagten nicht durch, so ist auch bei selbständiger Prüfung ein Grund, der zur Aufhebung der Vorentscheidung nötigte, nicht ersichtlich. Das angefochtene Urteil war deshalb lediglich zu bestätigen und über Kosten und Streitwert nach § 103 des Landesverwaltungsgesetzes zu befinden.

---

2. Urteil des deutschen Reichsgerichts. betr. die rechtsgültige Form für den Abschluss von Rechtsgeschäften seitens katholischer Kirchengemeinden, vom 4. März 1913.

(Verordnungen des Kapitular-Vikariat-Amtes zu Breslau 1914, 50.)

Der neueste Band der offiziellen Sammlung der Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen (Bd. 82 S. 7 ff.) bringt eine interessante grundsätzlich bedeutungsvolle Entscheidung des höchsten Gerichtes zu der Frage, ob im Geltungsbereich des preussischen Gesetzes über die Vermögensverwaltung in den katholischen Kirchengemeinden vom 20. Juni 1875 der Kirchenvorstand die Gemeinde nur in der durch § 19 des Gesetzes vorgeschriebenen Form verpflichten kann. Nach § 19 bedarf es zu jeder die Gemeinde verpflichtenden schriftlichen Willenserklärung des Kirchenvorstandes der Unterschrift des Vorsitzenden und noch zweier Mitglieder des Kirchenvorstandes sowie der Beidrückung des Amtssiegels. Für den Fall des § 88 Abs. 4 Nr. 7 Abs. 2 der preussischen Landgemeindeordnung vom 3. Juli 1891, der sich mit der Form der für die Landgemeinde Verbindlichkeiten gegen Dritte begründenden, rechtsgeschäftlichen Kundgebungen

des Gemeindevorstandes beschäftigt, hat das Reichsgericht in ständiger Rechtsprechung den Standpunkt vertreten, dass die Beobachtung der Form die Voraussetzung bilde, unter der das Willensorgan der Landgemeinde für diese verbindliche Erklärungen abgeben könne, dass die dem § 88 nicht entsprechenden Erklärungen ausserhalb der Vertretungsmacht des Gemeindevorstandes, die eben nur in der Form des Gesetzes ausgeübt werden könne, lägen und mithin als nicht abgegeben zu gelten hätten. An dieser Auffassung hat das Reichsgericht trotz vieler Bedenken und Widersprüche, die geäussert sind — siehe noch neuestens Oberlandesgericht Hamm in Johow Band 43, 296 — festgehalten. Aus den Gründen dieser Auffassung nimmt das Reichsgericht an, dass auch der hier in Frage kommende § 19 des kirchlichen Organisationsgesetzes, der dem § 22 der evangelischen Kirchengemeinde- und Synodalordnung für die östlichen Provinzen vom 10. September 1873 entspricht, in demselben Sinne, nämlich so zu verstehen sei, dass der Kirchenvorstand die Gemeinde nur verpflichten könne, wenn er sich der festgesetzten Form bediene. Die geringe Abweichung in der Fassung beider Vorschriften (»muss«) — (»bedarf«) ist belanglos. Lediglich der zustimmende Gemeindevertreterbeschluss braucht hier nicht in der Urkunde angeführt zu werden. Damit fällt aber nicht die rechtliche Bedeutung des Satzes 1 des § 19. Die Form des Satzes 1 muss erfüllt sein, damit eine rechtsverbindliche Äusserung des Kirchenvorstandes anzuerkennen ist, anderseits genügt sie auch zur Herstellung einer solchen Erklärung. Danach, ob die Gemeinde zugestimmt hat, wird nicht gefragt. Danach fehlt es hier an einer rechtsgültigen vertraglichen Verpflichtung der beklagten katholischen Kirchengemeinde dem Kläger gegenüber, den diesem aus der Bauleitung erwachsenen Schaden zu ersetzen. Der Frage, ob eine in der Form des § 19 abgefasste Erklärung zu ihrer Wirksamkeit auch noch der Genehmigung der kirchlichen und staatlichen Aufsichtsbehörde bedurft hätte, brauchte unter diesen Umständen nicht nähergetreten zu werden.

3. Entscheidung des deutschen Reichsversicherungsamtes, betr. die Versicherung der Haushälterinnen von Geistlichen bei obwaltendem verwandtschaftlichen Verhältnis, vom 29. August 1914.[1])

(Kirchlicher Anzeiger für die Erzdiözese Cöln LIV, 153—156.)

In der Streitsache zwischen der Haushälterin S. in M. und dem Vorstand der Landesversicherungsanstalt Oberfranken wegen Versicherungspflicht hat das Reichsversicherungsamt, Beschlusssenat der Abteilung für Kranken-, Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung, in seiner Sitzung vom 29. August 1914, wie folgt entschieden:

> Die Entscheidung des Königlich Bayerischen Versicherungsamts in Wunsiedel vom 4. August 1913 wird aufgehoben. Die Beschäftigung der S. als Haushälterin bei dem Stadtpfarrer Dr. S. in M. unterliegt der Versicherungspflicht.

Gründe.

In der vorbezeichneten Entscheidung, auf deren Inhalt Bezug genommen wird, hat das Versicherungsamt die Versicherungspflicht der Haushälterin S. verneint, weil die Beschäftigung bei ihrem Bruder, dem katholischen Stadtpfarrer Dr. S. in M., sich nicht als ein versicherungspflichtiges Lohnarbeitsverhältnis darstelle. Hiergegen hat S. rechtzeitig Beschwerde erhoben.

Es war, wie geschehen, zu entscheiden.

Das Reichsversicherungsamt hat in ständiger Rechtsprechung daran festgehalten, dass die Verwandtschaft an sich das Zustandekommen eines eigentlichen Lohnarbeitsverhältnisses nicht hindert. Es sei aber in jedem einzelnen Falle besonders zu prüfen, ob die Arbeit und der angebliche Lohn im Verhältnis von Leistung und Gegenleistung zueinander ständen oder ob nicht ein bloss familienhaftes Gemeinschaftsleben, eine unverbindliche Hilfeleistung unter wirtschaftlich und sozial Gleichgestellten aus sittlichen oder Anstandsrücksichten vorliege. Allerdings habe es, so hat das Reichsversicherungsamt erwogen, der Arbeitgeber bis zu einem gewissen Grade in der Hand, durch Gewährung oder Versagung von Barlohn ein Arbeitsverhältnis zu einem versicherungspflichtigen zu gestalten oder von der Versicherungspflicht auszunehmen. Immerhin müsse aber ein Arbeitsverhältnis gegeben sein, und

---

1) Vgl. Archiv 94, 674.

dessen Wesen beruhe nicht in der Lohnzahlung, sondern in der gegenseitigen Über- und Unterordnung, wie sie zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer üblich sei, in dem Verhältnis persönlicher und wirtschaftlicher Abhängigkeit. Ob es vorliege, entscheide sich nicht ausschliesslich nach dem Willen der Beteiligten. Dieser dürfe auch mit den tatsächlichen Umständen und mit der Auffassung des Verkehrs nicht in einem offenbaren Widerspruche stehen. Insbesondere dürfe die Lebensanschauung der sozialen Schicht, der die Beteiligten angehören, der Annahme eines Lohnarbeitsverhältnisses nicht entgegenstehen. Die strenge Prüfung der Frage, ob es sich um ernste Lohnarbeit handle oder ob verwandtschaftliche Gesichtspunkte überwögen, sei schon deshalb erforderlich, um Personen von der Versicherung fernzuhalten, die noch in vorgerücktem Alter oder bei dem Herannahen der Invalidität versuchten, in die Versicherung einzutreten, und sich zu diesem Zwecke aus naheliegenden Gründen Verwandte als Arbeitgeber aussuchten, um mit ihnen ein Scheinarbeitsverhältnis einzugehen. In Anwendung dieser Grundsätze auf das Verhältnis zwischen Geschwistern und insbesondere zwischen katholischen Geistlichen und den ihren Haushalt führenden Schwestern hat das Reichsversicherungsamt bisher angenommen, dass im allgemeinen nicht vermutet werden könne, der Bruder betrachte die Schwester als seine Dienstmagd. Gleiches gilt von anderen nahen Verwandten eines Geistlichen, wie Nichten und dergleichen. Bei der Stellung, die ein Geistlicher in der Gemeinde einnimmt, würde auch bei dieser eine solche Auffassung nicht gebilligt werden. Ausserdem bedeute vielfach für den Geistlichen die Aufnahme der Schwester in sein Haus die Erfüllung einer sittlichen Pflicht, insofern als die Schwester durch Verzicht auf eine Aussteuer oder durch Aufgabe anderer Vorteile die Ausbildung des Bruders ermöglicht habe. In solchen Fällen sei schon deshalb für die Annahme eines Arbeitsverhältnisses zwischen Bruder und Schwester kein Raum.

Bei der überwiegenden Berücksichtigung ethischer Gesichtspunkte befand sich das Reichsversicherungsamt im Einklang mit der früher herrschenden Anschauung besonders in den westlichen Bezirken des Reiches. Mit der weiteren Entwicklung des Versicherungsrechts rückten wirtschaftliche Gesichtspunkte stärker in den Vordergrund. Die Arbeiterversicherung hat fortschreitend weitere Berufsgruppen ergriffen. In der Bewertung ihres Zweckes und ihrer Bedeutung traten bedeutsame Änderungen ein. Berufe,

die sich früher gegen ihre Einbeziehung in die Zwangsversicherung sträubten, erkennen jetzt ihre grossen Segnungen, insbesondere auf dem Gebiete vorbeugender Schadenverhütung, dankbar an. Auch in den hier in Betracht kommenden Kreisen hat sich dieser Wandel vollzogen. Wie umfangreiche Verhandlungen mit maßgebenden Vertretern der katholischen Geistlichkeit ergeben haben, befremdet, besonders in den süddeutschen Bezirken, der Gedanke, dass die Schwester bei ihrem geistlichen Bruder wie bei einem fremden Arbeitgeber Arbeit nimmt, nicht mehr. Vielmehr wird auch in solchen Fällen ein Bedürfnis nach Versicherung anerkannt. Besonders in Süddeutschland, so ist ausgeführt worden, entstammt die katholische Geistlichkeit überwiegend Gruppen der Bevölkerung, die auf Verrichtung versicherungspflichtiger Arbeit angewiesen sind. Auch befinden sich die katholischen Geistlichen mit Ausnahme einzelner gehobener Stellen durchgehends nicht in der Lage, für den Fall vorzeitigen Ablebens ihre diensttuenden weiblichen Verwandten gegen Not sicherzustellen. Dass ein Geistlicher seiner Schwester für Geldopfer verpflichtet sei, gehöre zu den Ausnahmefällen. Es seien im allgemeinen hinreichende Hilfsquellen vorhanden, um junge Leute aus ärmeren Familien zum geistlichen Beruf auszubilden, ohne dass ihre Angehörigen namhafte Geldunterstützungen zu leisten brauchten.

Nachdem sich aus diesen Verhandlungen ergeben hat, dass die bisher von dem Reichsversicherungsamt besonders berücksichtigten ethischen Gesichtspunkte für grosse Teile des Reichs an Bedeutung wesentlich verloren haben, liegt kein Anlass mehr vor, bei Prüfung des einzelnen Falls der ernstlich auf Begründung eines Lohnarbeitsverhältnisses gerichteten und durch die tatsächlichen Verhältnisse unterstützten Absicht der Beteiligten allzustreng entgegenzutreten. Das berechtigte Bestreben, Personen von der Versicherung fernzuhalten, die nicht zu ihr gehören und nur zum Schaden der übrigen Versicherten in sie einzutreten versuchen, darf nicht dazu führen, Personen, die nach ihrer Herkunft und ihrer wirtschaftichen Lage zum Kreise der Versicherungspflichtigen gehören, die Vorteile der Versicherung nur deshalb vorzuenthalten, weil sie anstatt bei fremden Arbeitgebern bei nahen Verwandten Arbeit nehmen. Der Absicht der Beteiligten wird also in Zukunft grösseres Gewicht als bisher beizulegen und bei Prüfung der Frage, ob zwischen dem Geistlichen und seiner Schwester, Nichte oder dergleichen ein Verhältnis persönlicher

und wirtschaftlicher Abhängigkeit vorliegt, eine freiere Beurteilung statthaft sein. Insbesondere dürfen zum Vergleich nicht nur niedere Dienstboten, Dienstmägde usw. herangezogen werden, vielmehr ist zu berücksichtigen, dass auch höhere Hausangestellte der Vesicherungspflicht unterliegen. Das Verhältnis der Schwester zu ihrem Bruder ist daher gegebenenfalls mit dem Verhältnis zu vergleichen, in dem eine fremde Haushälterin, Wirtschafterin oder Hausdame zu ihrem Arbeitgeber steht. Hierbei ist zu beachten, dass solche höhere Hausangesellte nicht jede einzelne Arbeitsleistung angewiesen, sondern ganz allgemein einen bestimmten Pflichtenkreis übertragen erhalten, im einzelnen aber bei Besorgung der Arbeiten und der Reihenfolge, in der sie diese vornehmen, eine gewisse Freiheit geniessen. Die persönliche Abhängigkeit kommt bei solchen Dienstverhältnissen hauptsächlich darin zum Ausdruck, dass die betreffende Person innerhalb ihres Dienstbereichs alle erforderlichen Arbeiten regelmäßig leistet und ihre gesamte Arbeitskraft dem Arbeitgeber zur Verfügung stellt.

Die Entscheidung der Frage, ob auf Grund der tatsächlichen Unterlage ein Lohnarbeitsverhältnis angenommen werden kann, unterliegt in jedem einzelnen Falle dem freien richterlichen Ermessen der entscheidenden Behörde. Im allgemeinen wird aber unter Berücksichtigung der zurzeit herrschenden Anschauung der Beteiligten ein Lohnarbeitsverhältnis angenommen werden können, wenn folgende Voraussetzungen gegeben sind. Zunächst muss eine regelmässige Arbeitsleistung vorliegen. Hierzu gehört, dass die Versicherte eine verwertbare Arbeitskraft darstellt und dass der Dienstherr einer gelohnten Hilfskraft wirklich bedarf. Einen wertvollen Anhalt kann ferner der Umstand bieten, dass der Arbeitgeber auch vorher eine fremde Hilfskraft hielt, dass er die Verwandte nach ihrem Austritt aus dem Haushalt durch eine andere Arbeitskraft ersetzte und dass die Verwandte vor Beginn des Arbeitsverhältnisses längere Zeit hindurch in fremden Häusern Lohnarbeit verrichtete, sich damit also als berufsmäßige Lohnarbeiterin bereits ausgewiesen hatte. Umgekehrt darf nicht schon das Fehlen dieser Umstände allein zu der Feststellung führen, dass kein Lohnarbeitsverhältnis vorliege. Insbesondere ergibt sich oft, dass der Schwester des Geistlichen ein Dienen bei Fremden nicht möglich gewesen war, da sie im elterlichen Haushalte nicht hatte entbehrt werden können. Gleichwohl wurde sie später gezwungen, ihren Unterhalt durch Lohnarbeit zu verdienen. Es

liegt dann nahe, dass sie sich zu dem Bruder begab, der einer Hilfskraft bedurfte und bei dem es sich gerade um eine besondere Vertrauensstellung handelte. Ferner muss die Gegenleistung für die Arbeit ein Entgelt bilden, das nicht nur fest vereinbart ist, sondern auch mit gewisser Regelmäßigkeit tatsächlich gewährt wird. Als solches ist insbesondere ein in bestimmten Zeitabschnitten gezahlter, den Leistungen angemessener Barlohn anzusehen. Weiter muss zwischen dem Geistlichen und seiner Schwester ein Über- und Unterordnungsverhältnis wie zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer bestehen. Dieser Begriff ist aber, wie oben ausgeführt, weiter als bisher auszulegen. Auch ist zu beachten, dass das Dienstverhältnis infolge der nahen Verwandtschaft eine mildere Form annehmen kann, ohne dadurch das Wesen eines ernstlichen Arbeitsverhältnisses zu verlieren. Insbesondere darf hierbei der Unterscheidung, ob die Schwester ihre freie Zeit mit dem Bruder zusammen verbringt oder sich wie eine fremde Angestellte in einem für sie bestimmten Raume aufhält, ob sie die Mahlzeiten ihres geistlichen Bruders teilt oder wie fremdes Gesinde in der Küche speist, ob sie an der häuslichen Geselligkeit des Bruders teilnimmt, kein zu grosses Gewicht beigelegt werden. Endlich muss die Annahme eines Dienstverhältnisses der allgemeinen wirtschaftlichen Lage der Beteiligten entsprechen. Treffen alle diese Voraussetzungen zu, so kann die Versicherungspflicht bejaht werden. Die Annahme der Versicherungsberechtigung unterliegt den gleichen Voraussetzungen. Nur genügt es hier, dass als Entgelt lediglich freier Unterhalt gewährt wird (§§ 1243 Nr. 3, 1227 der Reichsversicherungsordnung).

Bei Prüfung der Streitsache nach diesen Gesichtspunkten hat der Beschlußsenat die Versicherungspflicht der S. bejaht. Sie entstammt einer kinderreichen Lehrerfamilie und hat kein Vermögen. Bis zum Tode ihres Vaters im Jahre 1901 war sie im elterlichen Haushalt unentbehrlich. Auch in den folgenden Jahren konnte sie die Mutter nicht verlassen, da noch mehrere Brüder auf deren Hilfe angewiesen waren. Erst 1904, nachdem die Brüder selbständig geworden waren und eine Schwester gestorben ist, wurde der Haushalt aufgelöst. Die Mutter zog alsdann zu dem ältesten Bruder. Hierdurch kam die Beschwerdeführerin, welche die Familienverhältnisse bisher gehindert hatten, ihrem Broterwerb bei Fremden nachzugehen, erstmalig in die Lage, ihren Lebensunterhalt durch Lohnarbeit zu verdienen. Sie trat bei ihrem Bruder, der inzwischen eine selbständige Stelle

erlangt hatte und daher einer Hilfskraft in seinem Haushalte bedurfte, als Haushälterin ein. Ihr wurde die Führung des ganzen Haushalts übertragen und nach einigen Monaten für das Kochen und die gröberen Hausarbeiten einschliesslich der Wäsche eine Dienstmagd beigegeben. Mit dieser teilt sie sich regelmäßig in die Arbeit, verrichtet auch ab und zu die Arbeit der Dienstmagd, wenn diese anderweit beschäftigt ist. Die Leitung der Haushaltsgeschäfte steht ihr zu, sie gibt der Dienstmagd an, was sie arbeiten soll. Da in der ersten Stelle des Bruders eine Gartenwirtschaft mit zu versorgen war, und in der jetzigen zwei Hilfsgeistliche mit voller Verpflegung im Hause sind, können die beiden weiblichen Kräfte nur gerade zusammen die erforderliche Arbeit bewältigen. Während die Dienstmagd ausser Weihnachts- und Namenstagsgeschenken und freiem Unterhalt als Entgelt anfänglich einen Monatslohn von 10 M. bezog, der später auf 15 M. erhöht wurde, hat Pfarrer S. seiner Schwester ausser Weihnachts- und Namenstagsgeschenken, freiem Unterhalt und freier Kleidung von Anfang an einen Monatslohn von 10 M. zugesichert. Diesen Lohn und das Haushaltungsgeld hat er ihr regelmäßig bezahlt, wenn die Dienstmagd ebenfalls ihren Lohn erhielt. Die Beschwerdeführerin nimmt ihre Mahlzeiten gemeinsam mit der Dienstmagd in der Küche ein. Die freie Zeit, die ihr übrig bleibt, verbringt sie in ihrem Zimmer. Zur Krankenkasse ist sie nicht angemeldet. Diese Feststellungen reichen nach Ansicht des Beschlußsenats zur Bejahung eines versicherungspflichtigen Lohnarbeitsverhältnisses aus. Wäre die Beschwerdeführerin ordnungsmäßig zur Krankenkasse angemeldet gewesen, so würde dies einen weiteren Anhalt hierfür bieten. Aus der Nichtanmeldung kann aber nicht ohne weiteres gefolgert werden, dass kein Lohnarbeitsverhältnis beabsichtigt gewesen sei, zumal da der Arbeitgeber erklärt hat, nur deshalb von der Anmeldung abgesehen zu haben, weil er seine Schwester im Krankheitsfalle selbst habe versorgen wollen und daher irrtümlich die Anmeldung nicht für erforderlich gehalten habe. Dass die Kasse die Beschwerdeführerin nicht zu Beiträgen herangezogen hat, kann darauf beruhen, dass ihr das Arbeitsverhältnis als solches nicht bekannt war. Auch der Umstand, dass die Beschwerdeführerin geringer entlohnt wird, als die fremde Arbeitskraft, ist nicht besonders auffällig, da es nach den obwaltenden Verhältnissen nahe lag, dass die Schwester bei ihrem Bruder, in dessen Haus ihr der Aufenthalt angenehmer sein musste als bei fremden Leuten,

mit einem geringeren Lohn fürlieb nahm. Hierzu kommt, dass im Haushalt höhere Dienste nicht immer ausgiebiger bezahlt werden als die grobe Arbeit, da den höheren Hausangestellten anderweit grössere Annehmlichkeiten wie den niederen Dienstboten gewährt zu werden pflegen.

War hiernach die Beschäftigung der Beschwerdeführerin bei ihrem geistlichen Bruder versicherungspflichtig, so brauchte auf die Frage, ob ein Anerkenntnis der Versicherungspflicht durch den Vorstand der Landesversicherungsanstalt vorliegt, nicht weiter eingegangen zu werden.

Urkundlich unter Siegel und Unterschrift.

Das Reichsversicherungsamt,

Abteilung für Kranken-, Invaliden- und Hinterbliebenen-Versicherung.

(L. S.) *Der Beschlußsenat.*

gez. *Dr. Kaufmann.*

IV. Kleine Beiträge und Nachrichten.

1. Kirchenrechtliche Fragen aus Anlass des grossen europäischen Krieges 1914/15.

In dem Aufsatze des vorigen Heftes dieser Zeitschrift, Bd. 94, 675 ff. »Die kirchenrechtlichen Ausnahmebestimmungen in den deutschen Diözesen während des grossen europäischen Krieges 1914« wurde auf die Rechtsänderungen und -milderungen hingewiesen, die der Krieg auf dem kirchlichen Gebiete hervorgerufen hat. Die aktuelle Not und Bedrängnis des Kriegszustandes sowie seine erst in der Zukunft hervortretenden Wirkungen sind aber auch für die praktische Anwendung der geltenden Rechtsbestimmungen von Bedeutung. Diese anormalen Verhältnisse stellen den kirchlichen Richter und Verwaltungsbeamten und auch den Beichtvater vor besondere Rechtsfragen, die ihnen während der Friedenszeit fast ganz unbekannt bleiben. Auf einige solcher Rechtsfragen soll im folgenden etwas näher eingegangen werden.

1. *Beichtjurisdiktion, Irregularität und Breviergebet.* Im Anfange des Jahres 1912 stellte der Bischof von Verdun bezüglich der genannten drei Punkte Anfragen an die Hl. Poenitentiarie, die am 18. März desselben Jahres beantwortet wurden. Die Fragen und Antworten, die in der letzten Zeit auch in mehreren Amtsblättern der deutschen Diözesen veröffentlicht wurden,[1]) haben folgenden Wortlaut:

Beatissime Pater,

Episcopus Virdunensis, sub cuius jurisdictione complurimi continentur milites, ad religiosam illorum tempore belli curam simulque ad praecavendas difficultates, Sanctitatem Vestram humiliter rogat ut opportunam sequentium dubiorum declarationem mandet petitasque facultates concedat:

I. Utrum miles quicumque, in statu bellicae convocationis, seu, ut aiunt, mobilisationis constitutus, ipso facto versetur in periculo mortis, ita ut a quovis obvio sacerdote possit absolvi?

1) Die erste Veröffentlichung erfolgte in der französischen Zeitschrift Les Questions ecclésiastiques, Jahrg. 1912 S. 385.

Quatenus negative, dignetur Sanctitas Vestra cuivis sacerdoti, qui indicti belli tempore missam celebrare de jure valebat, impertire facultatem a cunctis casibus absolvendi quemcumque militem e propria vel hostili natione, aut etiam ex amica.

II. Utrum irregularitas ab omni clerico incurratur, quem gallica lex ad exercendum active bellum aut pugnam coegit?

Quatenus affirmative, placeat Sanctissimo irregularitatem praedictam ita quidem tollere, ut exercentes bellum clerici possint accedere ad sacramenta, valeantque sacerdotes operi bellico active inservientes sacramenta et accipere et ministrare.

III. Utrum ab officii divini lege liber existat clericus in sacris constitutus, quem bellica convocatio, seu, ut aiunt, mobilisatio ad functionem adjudicavit militis vel activi vel ministrantis commilitonibus vulneratis?

Quatenus negative, dignetur Sanctitas Vestra clericos praedictos a breviarii lege, durante bello, eximere.

Et Deus . . . .

Sacra Poenitentiaria, mature consideratis expositis, benigne sic annuente Sanctissimo Domino Nostro Pio Papa X, respondet:

Ad I. Reformato dubio: »Utrum miles quicumque, in statu bellicae convocationis, seu, ut aiunt, mobilisationis constitutus, ipso facto *aequiparari* possit iis qui versantur in periculo mortis, ita ut a quovis obvio sacerdote possit absolvi«: *Affirmative,* juxta regulas a probatis auctoribus traditas.

Ad II dubium: Ad primam partem: *Consulat Orator probatos auctores.* — Ad secundam partem: *Sacra Poenitentiaria benigne indulget ut sacerdotes militantes, ceteris paribus, inter bellicas operationes Sacrum facere et Sacramenta ministrare valeant, non obstante irregularite quam, pugnantes, forte incurrerint; bello vero composito, recurrant ad competentem auctoritatem. Nihil autem obstat, quominus ipsi sacerdotes aliique clerici militantes, licet forte in irregularitatem inciderint, admittantur ad Sacramenta.*

Ad III dubium: Ad primam partem: *durante bello ejusque proxima praeparatione, affirmative.* — Ad secundam partem: *Provisum in prima.*

Datum Romae, in Sacra Poenitentiaria, die 18 martii 1912.

Carolus Perosi, *S. P. Regens.*
C. Licata, *P. S. Substit.*

Die auf die erste und letzte Anfrage erteilten Antworten (bezüglich der Jurisdiktion der Beichtväter und der Pflicht des

Breviergebetes) sind so bestimmt und deutlich, dass sie einer weiteren Erläuterung nicht bedürfen. Nur wäre vielleicht bezüglich der ersten Antwort zu bemerken, dass hier gewissermaßen eine praesumptio iuris et de iure vorliegt, da der Zustand der Soldaten vom Augenblicke der Mobilmachung an unter allen Umständen als ein periculum mortis aufgefasst wird. Daher kann gemäß Trident. Sess. XIV de poenit. cap. 7 jedei Priester alle entsprechend disponierten Poenitenten von allen (auch den reservierten) Sünden und Zensuren absolvieren. Es bleibt jedoch die Ordnungsvorschrift bestehen, dass der approbierte und mit Jurisdiktion ausgestattete Beichtvater vor dem Priester ohne Approbation und Jurisdiktion zum Beichthören herangezogen werden soll. Das besagt die der Antwort hinzugefügte Klausel »juxta regulas a probatis auctoribus traditas.« Die Gültigkeit der Absolution wird aber von dieser Ordnungsvorschrift nicht berührt. Denn die Congregatio S. Officii erklärte am 29. Juli 1891: »Non sunt inquietandi qui tenent validam esse absolutionem in articulo mortis concessam a sacerdote non approbato, etiam quando facile advocari seu adesse potuisset sacerdos approbatus; et qui tenent validam esse absolutionem in eodem articulo mortis concessam a peccatis reservatis, sive simpliciter sive cum censura, per sacerdotem non habentem iurisdictionem in reservata, etiamsi advocari seu adesse facile potuisset sacerdos habens praedictam iurisdictionem.« [1])

Bezüglich des zweiten Punktes, der Irregularität, hat die Hl. Poenitentiarie dagegen keine bestimmte Antwort erteilt, sondern ausweichend geantwortet: Consulat Orator probatos auctores. Als Gründe für dieses Verfahren können wohl in Betracht gezogen werden, 1) dass die Frage bisher noch nicht ganz geklärt ist, oder 2) dass eine bestimmte Antwort vielleicht hier und da z. B. in politischen Kreisen Anstoss erregen könnte. Obwohl die Hl. Poenitentiarie deshalb eine direkte Antwort ablehnte, ist ihr Standpunkt nichtsdestoweniger aus den im zweiten Teile der Antwort bewilligten Indulten mit genügender Deutlichkeit zu erkennen.

Nach der kirchenrechtlichen Wissenschaft kommen für die Kleriker und Priester, die als aktive Soldaten an einem Feldzuge teilnehmen, zwei verschiedene Arten der Irregularitäten in Betracht: 1) die irregularitas propter defectum libertatis wegen ihres Dienstes im Heere und 2) die irregularitas propter defectum leni-

1) Acta Sanctae Sedis XXIX, 574.

tatis animi wegen der Tötung in einer Schlacht. Nun ist aber sofort einleuchtend, dass die Existenz der ersten Irregularität während der Dauer des aktiven Heeresdienstes in dem vorliegenden Falle sehr zweifelhaft ist, da die französischen Priester sich nicht freiwillig zum Heeresdienst melden, sondern auf Grund der Gesetze dazu gezwungen werden. Die Hl. Poenitentiarie hat daher auch mit keinem Worte angedeutet, dass alle clerici militantes die Irregularität inkurrieren.[1]) Wohl dagegen rechnet sie mit der Möglichkeit, dass sacerdotes et clerici pugnantes, d. h. die an einer Schlacht teilnehmenden Priester und Kleriker irregulär werden.[2])

Man sieht daraus, dass die Hl. Poenitentiarie die Irregulariät für die an einer Schlacht, wenn auch zwangsweise, teilnehmenden Priester und Kleriker keineswegs als obsolet betrachtet.[3]) Sicherlich nicht mit Unrecht. Denn das blutige Kriegshandwerk steht zu dem Friedensamte des Priesters im schroffsten Gegensatze. Der Priester soll Wunden heilen und nicht schlagen. Daher hat die Kirche es zu allen Zeiten als ein Sonderrecht des geistlichen Standes beansprucht, dass die Priester und Kleriker vom Militärdienste frei bleiben sollen. Eine Abschwächung der Irregularitätsvorschriften würde den kirchenfeindlichen Gesetzen, welche die Geistlichen zum aktiven Militärdienste zwingen wollen, geradezu Vorschub leisten.[4])

Die in dem Reskripte ausgesprochenen Indulte gelten selbstverständlich nur für die französischen Priester-Soldaten, denen sie speziell bewilligt worden sind. Da aber der Waffendienst der Geistlichen in den übrigen kriegführenden Ländern nicht vorgeschrieben ist, kommen die Irregularitätsvorschriften hier nicht in Betracht, wenigstens nicht für die Majoristen, sondern höch-

---

1) Diese würde übrigens mit der Beendigung des Militärdienstes von selbst aufhören.

2) Der Ausdruck »pugnantes forte incurrerint« deutet darauf hin, dass die Teilnehmer an einer Schlacht vielleicht jemanden töten, ohne es bestimmt zu erfahren.

3) Es ist mir unbegreiflich, dass die Salzburger *Katholische Kirchenzeitung* Nr. 40 Jahrg. 1914 bei der Mitteilung dieses Reskripts erklären kann: »es ist ja wahrscheinlich, dass die nicht freiwillige, sondern durch die Wehrpflicht erforderte Teilnahme an einem gerechten Kriege noch nicht die Irregularität ex defectu lenitatis nach sich ziehe«. Noch unbegreiflicher ist, dass »*Der Katholik*« N. F. XIV, 469 f. den Artikel der Salzburger Katholischen Kirchenzeitung wörtlich nachdruckt.

4) Vgl. *Theodor Kohn,* Bedarf ein Kleriker der niederen Weihen, der als Reservist oder einjähriger Freiwilliger einen Feldzug mitgemacht hat, zum Empfange der höheren Weihen einer Dispens von der Irregularität? in diesem Archiv 43 (1880), 191 ff.

stens für die Minoristen und Theologiestudierenden. Für die Theologiestudierenden in Deutschland und Österreich-Ungarn, die an einer Schlacht teilgenommen haben, gilt ebenfalls die Bestimmung des Reskripts: bello vero composito recurrant ad competentem auctoritatem.

2. *Leistung des Mortuariums in Bayern.*[1]) Es besteht in den älteren Teilen Bayerns die Rechtsgewohnheit, dass der Pfarrer des *Sterbeortes* Anspruch auf das sog. Mortuarium (Seelgeraid, Seelrecht, remedium animae, Todesfall, Sterbefall) hat. Diese Abgabe wird ausser den eigentlichen Stolgebühren entrichtet und steht mit der Vornahme der Beerdigung und den Exequien in keinem Zusammenhange.

Was nun die Leistung des Mortuariums für die verstorbenen Krieger betrifft, so sind die Soldaten, die auf dem Schlachtfelde fallen oder ausserhalb der mortuariumpflichtigen Gebiete in den Lazaretten an ihren Wunden oder Krankheiten erliegen, selbstverständlich von dieser Abgabe befreit. Das Amtsblatt für die Erzdiözese München und Freising, Jahrg. 1914, S. 186 hat die Erklärung veröffentlicht, dass für verstorbene Krieger überhaupt jeder Anspruch auf das Mortuarium fortfällt. Die vom 7. Oktober 1914 datierte Erklärung lautet: »Cum pro iis, qui hisce temporibus vel in proeliis pro patria caesi sunt vel ex vulneribus obierunt, pietas suorum domi soleat Missas in die Depositionis consuetas celebrandas[2]) curare, quaesitum est, an in ejusmodi casibus etiam *mortuarium*, ubi moris est, recte postulari queat.

Quod praeter alia, quae obstant, ex iis, quae Amtsblatt 1911, pag. 169 publicata sunt, negandum est.«

3. *Kriegsverschollenheit und Eheschliessung.* Auch wenn der Krieg längst vorüber ist, werden seine Wirkungen noch die kirchlichen Gerichte beschäftigen. Insbesondere gilt dies von der Verschollenheit verheirateter Krieger, falls ihre Ehefrauen zu einer neuen Ehe schreiten wollen. In erster Linie ist natürlich dafür zu sorgen, dass sämtliche Todesfälle der katholischen Kriegs-

---

1) *M. Leitner,* Eine Anfrage über das Mortuarium in den gegenwärtigen Kriegszeiten, in: Theol.-prakt. Monats-Schrift XXV, 53 ff. und 120. Bezüglich der rechtsgeschichtlichen Seite vgl. auch *Rudolf Kment,* Die Stolordnung für das Land der Abtei Passau vom Jahre 1650, in diesem Archiv 93, 613 ff.

2) Hinsichtlich der Gebühren der Seelenämter für gefallene Krieger bestimmte das Erzbischöfliche Generalvikariat von Cöln am 14. November 1914, dass diese »nicht nach der für Beerdigungsmessen üblichen Taxe, sondern derjenigen für Sechswochenamt oder erstes Jahrgedächtnis zu berechnen sind. Sollte es sich um Unbemittelte handeln, so ist von Gebühren ganz abzusehen« Kirchlicher Anzeiger für die Erzdiözese Cöln LIV, 165.

teilnehmer hinreichend beglaubigt und in die amtlichen Kirchenbücher eingetragen werden. Die Bischöflichen Behörden haben hierüber nähere zweckentsprechende Vorschriften erlassen. So verordnete z. B. das Bischöfliche Generalvikariat von Osnabrück unter dem Datum des 25. November 1914 im Kirchlichen Amtsblatt für die Diözese Osnabrück und die Norddeutschen Missionen XXX. Jahrg. S. 149:

Die Führung des Totenbuches bezüglich der Kriegsteilnehmer kann für spätere Feststellungen von der grössten Bedeutung werden. Wir ordnen daher für die hiesige Diözese und das Missionsgebiet hierdurch folgendes an:

»1. Die Namen der im Felde gefallenen und infolge Verwundung oder Krankheit verstorbenen Kriegsteilnehmer sind im Totenbuch der Heimatpfarre (ohne Nummer) einzutragen. Die Kirchenbuchführer haben zu diesem Zwecke die amtlichen und privaten Nachrichten über Tod, Verwundung, Gefangennahme oder Vermisstsein der pfarrangehörigen Krieger sorgfältig zu sammeln und unter genauer Angabe der Quelle und möglichst getreuer Wiedergabe in ein Verzeichnis einzutragen, welches bei den Nebenakten der Kirchenbücher aufzubewahren ist. Von wichtigeren, besonders amtlichen Nachrichten ist beglaubigte Abschrift zu nehmen.

2. Wird die Tatsache des Todes durch eine *amtliche* kirchliche, staatliche oder militärische Stelle beurkundet, so hat alsbald die Eintragung in das Totenbuch zu erfolgen. Auf die amtliche Benachrichtigung, welche in Urschrift oder beglaubigter Abschrift bei den Nebenakten der Kirchenbücher zu verwahren ist, muss Bezug genommen werden.

Für die Eintragung solcher Sterbefälle in die *standesamtlichen Register* treffen die *Kaiserlichen Verordnungen* vom 20. Januar 1879 und 20. Februar 1906 nachstehende *Bestimmungen*:

> »Für die Beurkundung der Sterbefälle von Militärpersonen, welche ihr Standquartier nach eingetretener Mobilmachung verlassen haben, ist derjenige Standesbeamte zuständig, in dessen Bezirk der Verstorbene seinen letzten Wohnsitz gehabt hat, und wenn ein Wohnsitz desselben im Inlande nicht bekannt ist, der Standesbeamte desjenigen Bezirks, in welchem der Verstorbene geboren ist. Die Eintragung erfolgt auf Grund einer schriftlichen, dienstlich beglaubigten Anzeige. Die Anzeige geschieht hinsichtlich derjenigen Militärpersonen, welche zu einer Behörde gehören,

durch den Kommandeur oder Vorstand der Behörde; hinsichtlich derjenigen Militärpersonen, welche zu einer Truppe gehören, durch den Regimentskommandeur oder den in gleichem Verhältnisse stehenden Befehlshaber der Truppe oder durch den Kommandeur des betreffenden Ersatztruppenteils.«

Die Kirchenbuchführer werden sich demgemäß zweckmäßig mit den betr. Standesämtern ins Benehmen zu setzen haben.

3. Die Eintragung kann auch dann geschehen, wenn die *amtliche Verlustliste* den Krieger als gefallen oder infolge Verwundung oder Krankheit verstorben meldet und sein Tod auch anderweitig noch (z. B. durch Mitteilung eines Augenzeugen) bestätigt wird. In der Eintragung ist auf die Nummer der Verlustliste und die übrigen Beweismittel hinzuweisen.

4. Solange die Tatsache des Todes *zweifelhaft* ist, muss die Eintragung unterbleiben. Etwaige später eintreffende zuverlässige Nachrichten über den betreffenden Krieger sind sorgfältig zu sammeln und zu den Nebenakten der Kirchenbücher zu nehmen.

5. In allen Fällen, in denen die *Ehefrau* eines aus dem Feldzuge nicht Heimgekehrten eine *neue* Ehe eingehen will, ohne dass die Tatsache des Todes des Ehemannes *sicher* hat erwiesen werden können, ist hierüber alsbald anher zu berichten.«

Nach diesem Erlasse, mit dem die der übrigen deutschen Diözesen im grossen und ganzen übereinstimmen, darf ein Kriegsteilnehmer nur dann in das Totenbuch seiner Heimatpfarrei eingetragen werden, wenn entweder der Tod oder die Beerdigung von einer *amtlichen* Stelle bescheinigt[1]) oder die Totmeldung in der *amtlichen* Verlustliste durch ein anderweitiges sicheres Beweismittel, z. B. die Mitteilung eines Augenzeugen, verstärkt worden ist. Bei der grossen Anzahl der in den amtlichen Verlustlisten als »vermisst« bezeichneten Krieger werden aber zweifellos zahlreiche Fälle eintreten, in denen der Tod des nicht in seine Heimat Zurückkehrenden zweifelhaft bleibt, also der Fall der sog. Kriegsverschollenheit vorliegt. Alsdann ist, falls die Ehefrau des Verschollenen eine neue Ehe eingehen will, von seiten der Bischöflichen Behörde ein spezielles Ermittelungs-

1) Nach den Vorschriften des Kirchenrechts muss der Todesfall in erster Linie durch das »documentum authenticum« einer kirchlichen oder weltlichen Behörde bestätigt werden. In Oesterreich werden die Sterbematriken von den Militärgeistlichen selbst geführt. Vgl. das Verordnungsblatt für die Erzdiözese Salzburg Jahrg. 1914, 354 ff.: Matrikulierung der im Kriege Gefallenen.

verfahren einzuleiten, um den Tod des Verschollenen wenigstens *mit moralischer Gewissheit* festzustellen. Dieses Verfahren ist durch die *Instructio supremae sacrae Congregationis sancti Officii ad probandum obitum alicuius coniugis* vom 13. Mai 1868 [1]) im einzelnen genau geregelt.

Es würde m. E. sehr zweckmäßig sein, wenn schon jetzt oder wenigstens nach Beendigung des Krieges diese Instruktion in den Kirchlichen Amtsblättern mitgeteilt würde, damit die Herren Pfarrer daraus ersehen, nach welchen Richtungen hin sie ihre Nachforschungen anzustellen haben, und sie auch Sorge dafür tragen, dass die von ihnen gesammelten Beweismittel, z. B. durch Vereidigung der Zeugen, sichergestellt werden.

Bonn. *N. Hilling.*

---

2. Kirchenrechtliche Chronik. [2])

Vom 1. Juli bis zum 31. Dezember 1914.

In diese Berichtsperiode fallen drei grosse und aussergewöhnliche Ereignisse: der Ausbruch des grossen europäischen Krieges und der Tod sowie die Neuwahl des Papstes.

Was die kirchenrechtlichen Wirkungen des Krieges für die deutschen Bistümer anbetrifft, so ist von ihnen bereits im vorigen und auch im gegenwärtigen Quartalheft unserer Zeitschrift die Rede gewesen. [3]) Ich beschränke mich daher an dieser Stelle darauf, einige *kirchenpolitische Gedanken bezüglich des Krieges* auszusprechen. Da nach katholischer Lehre zwischen den beiden höchsten irdischen Autoritäten, Kirche und Staat, das Verhältnis der gegenseitigen harmonischen Unterstützung herrschen soll, hat die Kirche selbstverständlich die heiligste Pflicht, dem bedrohten Vaterlande mit allen Mitteln und Aufbietung aller Kräfte beizustehen. Ausser der Hergabe materieller Mittel kommen für die Leistungen der Kirche hauptsächlich die seelsorgliche Stärkung der Krieger und Gläubigen (die geistliche Mobilmachung), die Pflege der Verwundeten seitens der Ordensschwestern und die Förderung der charitativen Hilfe in Betracht. In glänzendster Weise hat die katholische Kirche in den beiden verbündeten Kaiser-

---

1) Abgedruckt in diesem Archiv 90, 526 ff. und Acta Apostolicae Sedis II, 199 ff.

2) Dieser Abschnitt wurde mit Unterstützung des Herrn Dr. jur. *Car. Kirchheim* in Mainz vom Herausgeber bearbeitet.

3) Vgl. Bd. 94, 675 ff. und Bd. 95, 156 ff.

reichen Deutschland und Österreich-Ungarn ihre Aufgabe erfüllt. Ein geradezu heroisches Beispiel ihrer patriotischen Gesinnung gaben die beiden österreichischen Bischöfe von St. Pölten und Linz a. d. Donau, indem ersterer sein kostbares Brustkreuz für die Zwecke der Kriegsunterstützung hingab und letzterer sich persönlich in den Dienst der Verwundetenpflege stellte.

Die deutschen und österreichischen Ordinariate haben angeordnet, dass das Material über die Beteiligung der Kirche an der Kriegsfürsorge von den einzelnen Pfarrämtern sorgfältig gesammelt werden soll. Das Wiener Diözesanblatt, Jahrg. 1914, S. 171 f., hat bereits einen Bericht über die Kriegsfürsorgetätigkeit der Klöster und Orden in der Erzdiözese Wien veröffentlicht.

»Die Klöster und Orden unserer Erzdiözese entfalten in Friedenszeiten eine weitausgedehnte Tätigkeit auf allen Gebieten sozialer Hilfeleistung. In diesen Tagen wo es gilt, die natürlichen Folgen des Krieges zu mildern, ist diese Tätigkeit von vielen Klöstern der Erzdiözese bis zur Grenze der Leistungsfähigkeit gesteigert worden.

Das f. e. Ordinariat hat den Priesterrechtsschutzverein beauftragt, Erhebungen über die Beteiligung der Klöster und Orden anzustellen. Als Ergebnis dieser Umfrage kann vorläufig für die Zeit bis 1. Oktober 1914 Folgendes veröffentlicht werden:

Die Männerklöster (27) der Erzdiözese Wien haben bis 1. Oktober 2032 Betten für die Verwundeten zur Verfügung gestellt und verpflegen täglich 1664 Soldaten, 1193 davon unentgeltlich, für die übrigen 471 wird eine mäßige Entschädigung gezahlt. Abgesehen von den erforderlichen Anschaffungskosten für Betten, Wäsche und sonstige Erfordernisse bedeutet dies einen täglichen Aufwand von 5714 Kronen, den Verpflegstag zu 4 Kronen gerechnet. Diese freiwillige Selbstbesteuerung erfordert im Monat den Betrag von 171 420 Kronen.

Ausserdem wurden bisherige Spenden von Barbeträgen in der Höhe von 51 970 Kronen gemeldet.

Die Männerklöster sandten 17 als Priester, 23 als Pfleger, 119 Soldaten — aus den Laienorden und von den Laienbrüdern — ins Feld.

Aus den Frauenorden (32) der Erzdiözese wirken 36 Schwestern in den Infektionsspitälern auf den Kriegsschauplätzen, eine grössere Zahl ist für den gleichen Zweck bereitgestellt. 1444 Betten sind in den Häusern und Anstalten der Frauenklöster der Erzdiözese für die verwundeten Soldaten gewidmet, 1288 Soldaten werden kostenlos verpflegt. Diese Verpflegung allein entspricht einer täglichen Ausgabe von 5464 Kronen, einer monatlichen von 163 920 Kronen.

In den Spitälern Wiens und Umgebung betätigen sich 1763 Schwestern ausschliesslich in der Verwundetenpflege, eine Zahl von geschulten Pflegerinnen, die den Ausspruch eines der Funktionäre begreiflich erscheinen lässt: »Ohne Klosterschwestern wären wir in der ersten Zeit nicht imstande gewesen, unseren Aufgaben nachzukommen.«

In vielen Spitälern bilden sie jetzt noch den Grundstock der Pflegerinnen oder besorgen die Verwundetenpflege allein. Bis 1. Oktober haben die Männer-

und Frauenklöster der Wiener Erzdiözese mit den notwendigen Anschaffungen 546370 Kronen für die Verwundetenpflege allein aufgewendet, 1952 Pfleger, 3536 Betten beigestellt und sind für die tägliche Verpflegung von 3159 kranken Soldaten aufgekommen.

Die von den Klöstern angebotenen Betten, Räume und Verpflegung wurden nicht alle benötigt. 374 Betten, davon 115 mit unentgeltlicher Verpflegung, sind seit Beginn angeboten, bis 1. Oktober aber noch nicht belegt worden. Ebenso stünden noch 16 Zimmer ohne Betteneinrichtung zur Verfügung.

Doch in der Verwundetenpflege allein erschöpft sich die Kriegsfürsorgetätigkeit der Klöster nicht. Die sozialen Wohltaten, die in Friedenszeiten an diesen Stätten gespendet werden, werden naturgemäß jetzt in erhöhtem Maße in Anspruch genommen. Mehr als 500 erhalten anlässlich der schweren Kriegszeit volle Verpflegung oder wenigstens vollen Mittagstisch. Zu den Stammgästen an den Klosterpforten sind in den Kriegstagen Hunderte von neuen Hungrigen gekommen, die Suppe und Brot, Brotmarken, kleine Unterstützungen usw. zu erhalten suchen. Und es wird geteilt, solange die Kräfte reichen.

Die Männerklöster erhalten 15, die Frauenklöster 28 Unterrichtsanstalten. Diese Unterrichtsanstalten sind wahrhaftig keine Erwerbsanstalten. Jetzt, da die Tage des Krieges gekommen, werden die Zahlungen für Verpflegung und Schulgeld spärlich; die Ansuchen um Nachlass, um Stundung, die Verwendungen um Freiplätze und Unterbringung von Kindern im Felde Stehender oder durch die Kriegslage Betroffener steigen bedeutend. Manche dieser Unterrichtsanstalten berichten, dass dies für sie einen Entgang von grossen, notwendigen Summen bedeutet; und doch ist keine Anstalt deshalb aufgehoben worden, im Gegenteil, manche gibt noch den besonders Bedürftigen ausser der Erziehung den Mittagstisch.

Sechs eigene Spitäler werden im Bereiche der Erzdiözese von religiösen Genossenschaften erhalten. In 33 Wiener Spitälern und Bezirkskrankenhäusern in der Provinz sind Schwestern ständig tätig, 43 Armen- und Versorgungshäuser sind ihrer Leitung anvertraut, 48 Kindergärten in Wien, 81 am Lande werden von ihnen erhalten oder sollen gegen einen bestimmten Betrag besorgt werden. Wo es angeht, werden in diesen Anstalten nebenbei Schulen für Haushaltung und Handarbeitsunterricht geleitet, elternlose und gefährdete Kinder beaufsichtigt usw. Wer die Verhältnisse kennt, weiss, dass bei allen diesen Verrichtungen, besonders wenn von ärmeren Bevölkerungskreisen bewohnte Orte in Betracht kommen, persönliche Opfer nicht bloss an Zeit, sondern auch an Kost und materieller Natur gebracht werden, wenn die umgebende Not dies fordert.

Wer all diese Tätigkeit übersieht, der wundert sich nicht darüber, dass die Klöster verhältnismäßig weniger Barbeträge opfern, der wundert sich vielmehr, dass die Klöster überhaupt sich in solcher Weise an der Kriegsfürsorgetätigkeit beteiligen können.«

Dass die vorhin erwähnte Vorschrift über die statistische Bearbeitung der Liebeswerke der katholischen Kirche während des Krieges sehr am Platze war, beweist der Verdächtigungsfeldzug, der in den ersten Monaten des Krieges gleichzeitig in Deutschland und Österreich gegen den Klerus, insbesondere den

belgischen und slavischen, unternommen wurde. Der jetzige Fürstbischof von Breslau *Adolf Bertram* hat sich am Schlusse seiner Hildesheimer Wirksamkeit ein grosses Verdienst erworben, indem er in einem amtlichen Erlasse [1]) zur Wachsamkeit gegenüber diesen Verdächtigungen aufforderte. Der Fürsterzbischof von Wien Kardinal *Gustav Piffl* ist auf der Domkanzel von St. Stephan am 4. Oktober 1914 [2]) den Hetzern entgegengetreten. Ein besonderes Lob verdient auch die Haltung des damaligen stellvertretenden Kommandierenden Generals des 7. Armeekorps in Münster in W. und jetzigen Generalgouverneurs von Belgien *Freiherrn von Bissing*, der wiederholt für die Verteidigung des Klerus amtlich aufgetreten ist. Mit ganz besonderer Freude hat es aber alle Katholiken des Deutschen Reiches erfüllt, dass *Seine Majestät der Deutsche Kaiser* auf Bitten des Erzbischofs von Cöln Kardinals *Felix von Hartmann* [3]) den gefangenen französischen Priestern die Behandlung als Offiziere bewilligt hat. Aus dieser Entschliessung spricht nicht nur der hochherzige Sinn des Kaisers, sondern auch seine Hochachtung vor den Dienern der Religion. Ohne Zweifel hat das Beispiel des höchsten Landesherrn am meisten dazu beigetragen, der Schürung der Kulturkampfinstinkte im deutschen Volke ein Ende zu bereiten. In den beiden letzten Monaten hat der religiöse Friede unseres Volkes eine wesentliche Stärkung erfahren. Anstatt der anfänglichen Befürchtungen bricht sich in den katholischen Kreisen immer mehr die Überzeugung Bahn, dass die glorreiche politische Erhebung im Jahre 1914 den religiösen Interessen beider Konfessionen nützlich sein werde. [4])

Endlich möge noch erwähnt werden, dass hervorragende deutsche Katholiken den zum Konklave versammelten Kardinälen eine Denkschrift überreichen liessen, in der sie die Gründe über den Ursprung des gegenwärtigen Krieges und den religiösen Eifer der katholischen Soldaten darlegten.

Schnell und unerwartet verschied am 20. August des vorigen Jahres *Seine Heiligkeit Papst Pius X.*, nachdem er während

---

1) Vom 21. September 1914. Siehe Kirchlicher Anzeiger für das Bistum Hildesheim, Jahrg. 1914, S. 102 ff.

2) Diese Predigt ist abgedruckt im Wiener Diözesanblatt, Jahrg. 1914, S. 167 ff.

3) Vgl. das hierauf bezügliche päpstliche Schreiben vom 18. Oktober 1914 in den Acta Apostolicae Sedis VI, 542.

4) Vgl. *Aloys Schulte*, Die Konfessionen im neuen Deutschland, in: Süddeutsche Monatshefte XII, 51 ff. und *Heinz Brauweiler*, Der Krieg und der Friede unter den Konfessionen, in: Allgemeine Rundschau XI, 863 ff.

seines elfjährigen Pontifikates Grosses für die Kirche geleistet hatte. Die lautere und heiligmäßige Persönlichkeit des heimgegangenen Papstes wird für alle Zeiten zu den ansprechendsten Charakterbildern der Papstgeschichte gehören. Die letzte Mahnung des gütigen Pius forderte die Katholiken des ganzen Erdkreises auf, für die Wiederherstellung des Friedens zu beten.[1])

Ich habe in diesem Hefte des Archivs S. 78 ff. damit begonnen, die staunenswerte Wirksamkeit Pius' X. als des Reformator et codificator iuris ecclesiastici näher zu würdigen. Der römische Prälat *Aurelius Galli* hat ihm in klassischer Sprache vier Elogien gewidmet, die seine Hauptverdienste während seiner gesamten Tätigkeit treffend ausdrücken:

I

SANCTIMONIAE · FAVTOR
CAELESTIS · EPVLI
VSVM · FREQVENTIOREM · INVEXIT
EIVSDEM
PVERIS · COPIAM · MATVRAVIT

II

INSTAVRATOR · DISCIPLINAE
STATVTA · LEGVM
QVAECVMQVE · APVD · ECCLESIAM · VIGENT
IN · VNVM · CORPVS
REDIGI · IVSSIT

III

VINDEX · RELIGIONIS
LEGEM
DE · CIVITATIBVS
AB · ECCLESIA · SCINDENDIS
REPVDIAVIT

IV

MAGISTER · FIDEI
DOCTRINAS
OMNIVM · ERRORVM · PORTENTA
RENOVANTES
DAMNATIONE · CONFLIXIT[2]).

1) Erlass vom 2. August 1914. Sieh Acta Apostolicae Sedis VI, 373.
2) Acta Apostolicae Sedis VI, 434.

Nach einem kurzen Konklave von nur 3 Tagen ging am 3. September 1914 der Kardinal *Giacomo della Chiesa,* Erzbischof von Bologna, aus der Papstwahl hervor, der sich den Namen Benedikt XV. beilegte. Der Erkorene wurde als Spross einer alten markgräflichen Familie in Genua am 21. November 1854 geboren, empfing die Priesterweihe am 21. Dezember 1878, wurde hierauf am 2. Januar 1883 zum Sekretär an der Apostolischen Nuntiatur in Madrid ernannt, am 23. April 1901 zum Substituten des Kardinalstaatssekretärs befördert, am 22. Dezember 1907 zum Erzbischof von Bologna geweiht und am 25. Mai 1914 zum Kardinal erhoben. Mit Ausnahme der letzten 7 Jahre gehörte seine Wirksamkeit dem Dienste der päpstlichen Diplomatie an, in der er besonders die Schule des grossen Rampolla durchmachte.

Die *Krönung* des neuen Papstes fand am 6. September in der Sixtinischen Kapelle statt, und am 8. September hielt er sein erstes *Konsistorium* ab, in dem vier bereits am 25. Mai 1914 ernannten Kardinälen der rote Hut aufgesetzt wurde. An dem zuletzt erwähnten Feste Mariae Geburt erschien auch der *erste Erlass* Benedikts XV., der die von seinem Vorgänger ausgesprochene Mahnung zu Gebeten für den Frieden wiederholte. [1]) Die eigentliche *Antrittsenzyklika* „Ad beatissimi Apostolorum« [2]) ist datiert vom 1. November 1914 und behandelt die gegenwärtige Zeitlage und die Aufgaben der päpstlichen Regierung.

Nachdem der zuerst ernannte Staatssekretär des neuen Papstes Kardinal *Domenico Ferrata* nach kurzer Amtsführung am 10. Oktober 1914 gestorben war, ist der Kardinal *Pietro Gasparri,* ehemaliger Sekretär der Kongregation der ausserordentlichen kirchlichen Angelegenheiten, an seine Stelle getreten. Die *englische* Regierung sandte Sir *Henry Howard* in besonderer Botschaft nach Rom, um den Hl. Vater zu seiner Wahl zu beglückwünschen und ihm die Gründe für die Teilnahme Englands am grossen europäischen Kriege darzulegen. Leider hat die vom Hl. Vater gegebene Anregung, wenigstens für den ersten Weihnachtsfeiertag eine *allgemeine Waffenruhe* durchzuführen, kein praktisches Ergebnis erzielt.

Mit dem Pontifikatswechsel steht auch der Verlust bezw. die Erneuerung der *Monsignoretitel* in Verbindung, der für die überzähligen Geheimen Kammerherren des Papstes und die nach-

---

1) Acta Apostolicae Sedis VI, 501 f.
2) Den Wortlaut sieh oben S. 113 ff.

geordneten Rangstufen eingetreten ist. Auf Bitten des Fürsterzbischofs von Wien Kardinals *Gustav Piffl* hat der Hl. Vater sämtlichen Monsignori der Erzdiözese Wien die Erneuerung ihrer Titulaturen bewilligt. Die Ausfertigung der erforderlichen Billette des Majordomus vermittelt das f. e. Ordinariat.[1]) Nach alter Gewohnheit werden den *Konklavisten* vom neugewählten Papste gewisse *Privilegien,* insbesondere das Recht des Privatoratoriums, verliehen. Benedikt XV. hat diese Sitte beibehalten;[2]) jedoch hat er den Konklavisten der römischen und italienischen Kardinäle anstatt der bisher üblichen lebenslänglichen Rente mit Rücksicht auf die ungünstige Finanzlage des Hl. Stuhles nur eine einmalige Abfindungssumme von 300 Lire bewilligt.

Das in der vorigen Kirchenrechtlichen Chronik erwähnte *Konkordat zwischen dem Hl. Stuhle und dem Königreich Serbien*[3]) ist zwar in seinem Wortlaut von den beiden Kontrahenten festgelegt, aber noch nicht unterschrieben. Es entbehrt daher zur Zeit noch der formellen Rechtskraft.

Papst Pius X. hat durch das Motu proprio »Praeclara«[4]) vom 24. Juni 1914 dem Zentralstudienkolleg der Benediktiner *S. Anselmo* in Rom das Recht der Doktorpromotion verliehen, nachdem Leo XIII. bereits mündlich (vivo vocis oraculo) diese Vergünstigung ausgesprochen hatte.

Aus dem deutschen Diözesanrecht liegen sehr wenig bemerkenswerte Nachrichten vor, da der Krieg fast alle Kräfte in Anspruch nimmt. Der *Bischof von Linz* a. d. Donau errichtete am 1. August 1914 *die Stelle eines Generalvikars,*[5]) worauf er am 19. September ein Belobigungsschreiben der Congr. Consistorialis erhielt. Dieses Schreiben schliesst mit den Worten: »De hujus officii, ad dioecesis regimen tam necessarii, restitutione, Apostolica Sedes A. T. gratulatur, bene augurando, quod et in verum dioecesis bonum hoc succedat et in levamen illius oneris quod tuis humeris incumbit.«[6]) Aus diesem Satze erhellt die hohe Wertschätzung, die der Hl. Stuhl dem Amte eines Generalvikars für die erspriessliche Verwaltung der Diözesen beilegt.

In Preussen ist mit dem 30. September 1914 die 13. Wahlperiode der Kirchenvorstände und der kirchlichen Gemeinde-

---

1) Vgl. Wiener Diözesanblatt, Jahrg. 1914 S. 177.

2) Sieh Acta Apostolicae Sedis VI, 533 f.: Motu proprio »Vixdum secreto Dei consilio« vom 16. Oktober 1914.

3) Archiv 94, 529.

4) Acta Apostolicae Sedis VI 333 f.

5) Linzer Diözesanblatt LX, 83.

6) Linzer Diözesanblatt LX, 99.

vertretungen abgelaufen. Infolge dessen haben im verflossenen Herbst *Neuwahlen für die beiden Organe der kirchlichen Vermögensverwaltung* stattgefunden.

Am 30. Juni 1914 beschloss der *französische Ministerrat* unter dem Vorsitze des Präsidenten Poincaré, durch Erlass die *Kongregationen oder Kongregationen gehörigen Einrichtungen abzuschaffen,* die keinem öffentlichen Interesse dienen. Ferner wurde beschlossen, die letzten 127 Kongregationen gehörenden Unterrichtsanstalten, die noch nicht abgeschafft sind, unter Anwendung des Gesetzes vom Jahre 1904 zu schliessen.[1]) Nach Ausbruch des gegenwärtigen Krieges ist die Ausführung dieses kirchenfeindlichen Beschlusses suspendiert worden.

Personalnachrichten.

Am 3. August 1914 starb der Abt von Saint-Maurice und Titularbischof von Bethlehem *Joseph Abbet.* Seit 1840 ist mit der Augustinerabtei Saint-Maurice die Würde eines Titularbischofs von Bethlehem verbunden. Auf einer Firmungsreise verschied am 5. September 1914 Bischof *Aloys Schäfer*, Apostolischer Vikar im Königreich Sachsen und Administrator ecclesiasticus der Apostolischen Präfektur in der Oberlausitz. — Als Nachfolger Abbets wurde der Regularkanoniker *Joseph Mariétan* als Abt von Saint-Maurice und Titularbischof von Bethlehem durch ein Apostolisches Breve bestätigt. Das Domkapitel in Bautzen wählte am 5. November den Kapitular und Oberschulrat Dr. *Franz Löbmann* zum Dekan (als Nachfolger Schäfers). Mit dem Dekanate ist das Amt eines Administrator ecclesiasticus der Oberlausitz verbunden. Die Würde des Apostolischen Vikars von Sachsen wird vom Hl. Stuhle verliehen. Infolge des Kriegsausbruchs wurde der Kapitularvikar und Weihbischof von Posen Dr. *Eduard Likowski* zum Erzbischof von Gnesen und Posen ernannt. Der erzbischöfliche Stuhl von Gnesen und Posen war seit Ende 1906 verwaist. Als Fürstbischof von Gurk wurde Dr. *Adam Hefter*, früher Professor der Philosophie in Klosterneuburg, jetzt Rektor an der Hyrtlschen Waisenanstalt in Mödling, durch kaiserliche Nomination berufen. Die Ernennung geschieht abwechselnd durch den Kaiser von Österreich und den Fürsterzbischof von Salzburg.

Zu Rom verschied am 19. August 1914 der General der

1) Mitteilung der Kölnischen Volkszeitung Nr. 588 Morgenausgabe vom 1. Juli 1914.

Gesellschaft Jesu P. *Franz Xaver Wernz,* Verfasser des grossen sechsbändigen kirchenrechtlichen Handbuchs »Jus decretalium«. Sein Schüler und Ordensgenosse P. Joseph Laurentius hat ihm im vorigen Hefte dieser Zeitschrift Bd. 94, 684 ff. einen kurzen Nekrolog gewidmet. Am 19. Dez. starb in Meran, 87²/₃ Jahre alt, der Senior der deutschen Kanonisten, Geheimer Justizrat Dr. *Johann Friedrich Ritter von Schulte,* Professor an der Universität Bonn. v. Sch. hat sich in der ersten Hälfte seines Lebens grosse Verdienste um die katholische Kirchenrechtswissenschaft erworben; in der zweiten war er der Führer der altkatholischen Bewegung. Seine Leiche wurde am 23. Dezember in München eingeäschert. — An die neugegründete Universität Frankfurt a. M. wurde Dr. iur. *Friedrich Giese,* bisher Professor an der Akademie in Posen, zum Ordinarius für Kirchen-, Staats- und Völkerrecht berufen. Der Erzbischof von Gnesen und Posen ernannte den bisherigen Pfarrvikar an St. Martin in Posen Dr. *St. Janasik* zum Professor des Kirchenrechts und der Kirchengeschichte am Erzbischöflichen Klerikalseminar in Posen an Stelle des verstorbenen Professors und Prälaten Dr. *Klopsch.*

V. Literatur.

Rezensionen und Referate.

1. *Otto Schilling, Naturrecht und Staat nach der Lehre der alten Kirche.* [Veröffentlichungen der Görres-Gesellschaft, Sektion für Rechts- und Sozialwissenschaft, herausgegeben von *Konrad Beyerle, Emil Göller* und *Godehard J. Ebers, 24.*] gr. 8⁰ (VIII u. 247). Paderborn, Schöningh, 1914. M 7,—.

Es ist gewiss kein Zufall, dass während der beiden letzten Dezennien, in denen das Studium der Rechtsphilosophie einen grossen Aufschwung genommen hat, auch das Interesse für die historische Untersuchung dieser Disziplin beständig gewachsen ist. Auf katholischer Seite ist, wenigstens in Deutschland, sogar die geschichtliche Forschung mehr gepflegt worden als die rein theoretische. Während wir auf dem theoretischen Gebiete fast nur die Schriften von *Cathrein* und *Hertling* besitzen, liegen allein für die patristische Periode die historischen Untersuchungen von *J. Seipel*[1]), *B. Seidel*[2]), *Otto Schilling*[3]) und *F. Offergelt*[4]) vor.

Am eindringendsten hat sich der württembergische Theologe Otto Schilling mit den rechtsphilosophischen Lehren der Kirchenväter beschäftigt, denen er seit dem Jahre 1908 fortgesetzt seine wissenschaftliche Arbeitskraft widmete. Er war daher auch mit am besten legitimiert, uns ein Bild von der naturrechtlichen Entwicklung innerhalb der Väterliteratur, angefangen von dem nachapostolischen Zeitalter der ältesten Apologeten bis zu Isidor von Sevilla († 636) zu entwerfen.

Das vorliegende Buch, in dem diese Aufgabe gelöst wurde, zerfällt in 2 Teile. Der erste Teil behandelt die klassische, insbesondere stoische und die juristische Naturrechtslehre. Besonders wertvoll ist die eingehende Darstellung der römischen Juristen, weil diese sonst vielfach über Gebühr hinter die Philo-

---

1) Die wirtschaftlichen Lehren des Kirchenväter, in: Theologische Studien der Leo-Gesellschaft, Wien 1907.

2) Die Lehre vom Staat beim hl. Augustinus, in: Kirchengeschichtliche Abhandlungen, herausgeg. von *Max Sdralek* IX, 1, Breslau 1909.

3) Reichtum und Eigentum in der altkirchlichen Literatur, 1908. Die Staats- und Soziallehre des hl. Augustinus, 1910.

4) Die Staatslehre des hl. Augustinus nach seinen sämtlichen Werken, 1914.

sophen Cicero und Seneka zurückgesezt werden. Der zweite Teil, zu dem der erste gewissermaßen nur das Fundament bildet, ist dem eigentlichen Gegenstande des Themas gewidmet und trägt die Ueberschrift: Die Naturrechtslehre in der altchristlichen Literatur. Den Ausgangspunkt nimmt der Verfasser selbstverständlich von den naturrechtlichen Ideen beim hl. Paulus, die mehr oder weniger auf alle Kirchenväter anregend und befruchtend gewirkt haben.

Die Untersuchungen dieses Buches beschränken sich keineswegs auf die rein abstrakte Stellungnahme der behandelten Autoren zum Naturrecht, sondern sie suchen vor allem festzustellen, wie sich die Väter gegenüber den Grundproblemen des menschlichen Gemeinschaftslebens, der Ehe, dem Staate, dem Eigentum und der Sklaverei verhalten haben. Es ist einleuchtend, dass durch diese konkrete Fragestellung der wirkliche Sinn der wissenschaftlichen Führer der alten Kirche am leichtesten und sichersten eruiert werden kann. Da die Väter nicht zwischen dem Natur*recht* im engeren Sinne und der natürlichen Sittlichkeit unterscheiden, musste der Begriff des Naturrechts auch vom Verfasser im weiteren Sinne aufgefasst werden, der Recht und Sittlichkeit zugleich umschliesst. Bekanntlich stellte der römische Jurist Ulpian ebenfalls den Grundsatz auf: »Juris praecepta sunt haec: honeste vivere, alterum non laedere, suum cuique tribuere. Juris prudentia est divinarum atque humanarum rerum notitia, iusti atque iniusti scientia.« fr. 10 D de iustitia et iure I, 1.

Die Einzeluntersuchungen des Verfassers zeugen überall von wissenschaftlicher Gründlichkeit und einem vorsichtig abwägenden Urteil. Um die Gedanken der einzelnen Väter klar herauszuarbeiten, hat er zwischen einem primären und sekundären Naturrecht (vor und nach der Erbsünde) und einem sekundären Vernunftrecht (mit Rücksicht auf die persönliche Schuld) unterschieden und danach die Stellungnahme der Autoren in einer zusammenfassenden Schlussübersicht gruppiert

Die Forschungen von *Otto Schilling* haben die älteren Untersuchungen von *F. Overbeck*, Studien zur Geschichte der alten Kirche, 1875, und *R. W.* and *A. J. Carlyle*, A history of mediaeval political theory in the west I, 1903, bedeutend überholt. Gegenüber der neuesten Schrift von *E. Troeltsch*, Die Soziallehren der christlichen Kirchen und Gruppen [Gesammelte Schrifen I], 1912, hat S. die Ansichten der Väter von dem Vorwurfe des »Kläglichen« und »Konfusen« gereinigt. Auch hat er

erfolgreich dargetan, dass die kirchlichen Schriftsteller, vor allem der hl. Augustinus, die Würde und natürliche Grundlage des Staates wohl zu würdigen wussten. Kein Vater hat den Staat als solchen mit den »Urfreveln« der Menschheit in Verbindung gebracht.

Nach der Absicht des Verfassers soll diese Arbeit als eine Vorarbeit zu einer grösseren Darstellung der Natur-, Staats- und Soziallehre des hl. Thomas von Aquin dienen. Es kann den Lesern unseres kurzen Referates nicht zweifelhaft sein, dass sie auch einen grossen selbständigen Wert besitzt.

Bonn. *N. Hilling.*

2. *Johannes Niedner, Recht und Kirche.* [Sonderabdruck aus der Festschrift für Rudolph Sohm.] gr. 8° (45). München und Leipzig, Duncker & Humblot, 1914. M 1.—.

Niedner verfolgt in der vorliegenden Schrift den Zweck, nachzuweisen, dass Sohms im Jahre 1892 aufgestellter These: »Das Wesen des Kirchenrechts steht mit dem Wesen der Kirche im Widerspruch«, mag sie auch in dieser absoluten Fassung unhaltbar sein, doch eine nicht zu vernachlässigende praktische Bedeutung innewohne. Das von Sohm behandelte Problem berge nämlich in sich die tatsächlich immer wieder praktisch werdende Frage, *inwieweit* Rechtsordnung für die Betätigung kirchlichen Lebens passe, eine Frage, deren Beantwortung gleichfalls erfordere, den von Sohm entwickelten Gedankenreihen nachzugehen. Diese Frage trete ja auch tatsächlich bei den verschiedenen gerade gegenwärtig praktisch gewordenen Problemen der Gestaltung der evangelischen Kirchenverfassung immer wieder auf, so insbesondere bei der noch unausgetragenen Frage nach der Zulässigkeit einer Rechtseinrichtung zur Wahrung bekenntnismäßiger Lehre. Die These Sohms sei eben nur eine der vielen Reaktionen, die gegen die sogenannte Herrschaft des Rechts in unserem sozialen Leben seitdem in immer verstärktem Maße hervorgetreten sind, die sich aber, richtig betrachtet, in der Regel nicht gegen die Rechtsordnung als Ganzes, sondern nur gegen die bestimmte rechtliche Formgebung im einzelnen Falle richten, eine Erscheinung, die sich gerade in innerkirchlichen Angelegenheiten häufig zeige, da das individuelle religiöse Empfinden erfahrungsgemäß auf den leichtesten Druck reagiere. Ob und in welcher Rechtsform aber die *einzelne* kirchliche Lebensbetätigung erscheinen könne und solle, das könne nur nach genauer Prüfung des Zweckes der-

selben auf Grund der Kenntnis des praktischen Lebens erwogen und entschieden werden, ohne dass sich ein allgemeines Prinzip aufstellen lasse, wonach kirchliche oder religiöse Lebensbetätigungen nicht in rechtlicher Form erscheinen könnten oder nicht gegebener Rechtsform zugänglich wären. Einige bei solcher Prüfung zu berücksichtigende Gesichtspunkte liessen sich allerdings finden und geht Niedner auf deren Besprechung etwas näher ein. — Die im vorstehenden dargestellten Grundgedanken der Schrift Niedners zielen allerdings auf das evangelische Kirchenrecht ab; indem jedoch der Verfasser im Laufe seiner Erörterung verhältnismäßig sehr ausführlich auf die Fragen nach dem Wesen des Rechts und der Kirche im allgemeinen zu sprechen kommt, wobei er allerdings gegen Sohm zur Schlussfolgerung kommt, dass eine gewisse Rechtsordnung mit dem Begriffe der Kirche im Rechtssinne durchaus vereinbar sei, gewinnen seine interessanten, sehr scharfsinnig ausgeführten Darlegungen in diesem Teile allgemeinere, auch das katholische Kirchenrecht berührende Bedeutung.

Wien. *Julius von Bombiero.*

3. *Wilhelm Wintruff, Landesherrliche Kirchenpolitik in Thüringen am Ausgang des Mittelalters.* [Forschungen zur Thüringisch-sächsischen Geschichte 5]. gr. 8⁰ (VI u. 98). Halle a. d. Saale, Gebauer-Schwetschke, 1914. M 2.75, geb. M 3.75.

Im vorigen Bande dieser Zeitschrift (94, 165 ff.) habe ich bei Besprechung des Buches von *E. Schiller,* Bürgerschaft und Geistlichkeit in Goslar (1290—1395). Ein Beitrag zur Geschichte von Stadt und Kirche im späteren Mittelalter (1912) auch auf die übrigen Schriften, die während der beiden letzten Jahrzehnte unsere Kenntnis von der landesherrlichen Kirchenpolitik im ausgehenden deutschen Mittelalter erheblich gefördert haben, hingewiesen. Inzwischen hat der Archivar der Stadt Mühlhausen in Thüringen, *Wilhelm Wintruff,* einen neuen beachtenswerten Beitrag zu diesem Thema veröffentlicht.

Das vorliegende Buch behandelt in drei Kapiteln zunächst die Kirchenpolitik des Landgrafen Friedrich des Jüngeren (1406 bis 1439), dann die der beiden gemeinschaftlich regierenden Brüder, des sächsischen Kurfürsten Friedrich des Sanftmütigen und des Herzogs Wilhelm (1440—1445) und zuletzt die des Herzogs Wilhelm III. (1445—1482). Besonders Herzog Wilhelm III. griff sehr tatkräftig in die innere Kirchenpolitik seines Landes ein,

und seine Stellungnahme hat zweifellos das spätere Verhalten der Wettiner in der Reformationszeit beeinflusst. Damit ist die grosse Bedeutung dieser Untersuchung für die Reformationsgeschichte von selbst gegeben.

Die Forschungen W.' bewegen sich hauptsächlich auf den kirchenrechtlichen Gebieten der geistlichen Gerichtsbarkeit und der Klosterreform. In beiden Punkten hat er wertvolle archivalische Materialien herangezogen und dadurch der Wissenschaft einen wichtigen Dienst erwiesen. Auch verdienen die Charakteristik der fürstlichen Persönlichkeiten sowie die angenehme stilistische Form lobend hervorgehoben zu werden. Dagegen gereicht die rein historische, um nicht zu sagen, fast lokalhistorische Art der Behandlung und die starke Zurückhaltung in der Benutzung der Literatur der Arbeit weniger zum Vorteil.

Was die »gesunde« Kirchenpolitik der thüringischen Fürsten anbetrifft, so hat W. hier die Bestrebungen der weltlichen Autorität entschieden überschätzt. Allenthalben haben gerade im 15. Jahrhundert auch die Bischöfe mit Eifer an der Reform der geistlichen Gerichte gearbeitet. Allein in der Diözese Halberstadt existieren ausser der vom Verfasser erwähnten Vereinbarung zwischen dem Bischofe und den thüringischen Fürsten und Dynasten vom 23. September 1439 nicht weniger als sechs bischöfliche Gerichtsordnungen aus den Jahren 1428, 1442, 1466, 1493, 1497 und 1499, auf die ich in meiner Schrift, Beiträge zur Geschichte der Verfassung und Verwaltung des Bistums Halberstadt. I. Die Halberstädter Archidiakonate S. 97 Anm. hingewiesen habe. Sämtliche Ordnungen sind in dem Sammelbande des Landes-Hauptarchivs zu Wolfenbüttel VII C 18 vereinigt. Die Ordnung des Halberstädter Bischofs Johann von 1428 enthält bereits mehrere wichtige Punkte, die in der späteren Vereinbarung von 1439 wiederholt werden.[1])

Bezüglich der Klöster scheint W. übersehen zu haben, dass diese fast sämtlich von der Jurisdiktion des Diözesanbischofs exemt waren. Dadurch wurde gewiss den Landesherren die Vornahme der visitatio et reformatio erleichtert, zumal wenn sie die

---

1) Um die Politik der weltlichen Fürsten bezüglich der geistlichen Gerichtsbarkeit zu würdigen, muss man selbstverständlich die Gesamtentwicklung der letzteren berücksichtigen. Soweit das 15. Jahrhundert in Betracht kommt, bieten hierfür wichtige Materialien die neuesten Schriften von *Julius Krieg,* Der Kampf der Bischöfe gegen die Archidiakone im Bistum Würzburg (1914) S. 121 ff. und *Karl Stengel,* Die geistlichen Gerichte in Strassburg im 15. Jahrhundert, in: Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins N. F. XXIX (1914) S. 365 ff.

Zucht und Ordnung förderten, wie das bei Herzog Wilhelm III. der Fall war.

Über die Bedeutung der Ausdrücke aggravatio excommunicationis und cessatio a divinis (S. 16) vgl. *Hinschius*, System des katholischen Kirchenrechts V, 140 ff. und 539 f. und jetzt auch *Eugène Vernay,* Le »liber de excommunicatione« du Cardinal Bérenger Frédoli (1912) S. XXVI u. LIV. — Nach der von mir benutzten Wolfenbüttler Handschrift ist zu lesen S. 16 Anm. 5 Johann Swanenflogel (st. Swanenflegel) und S. 20 Anm. 1 »tamquam rationabilia et equitati consona« statt t. honorabilia et e. c.

Bonn. *N. Hilling.*

4. *Alfred Schultze, Stadtgemeinde und Kirche im Mittelalter.* [Sonderabdruck aus der Festschrift für Rudolph Sohm.] gr. 8⁰ (42). München und Leipzig, Duncker & Humblot, 1914. M 1.—.

Im gedrängten Rahmen einer Gratulationsschrift, also ohne die Absicht, Erschöpfendes zu bieten, geht der Verfasser an der Hand der bisherigen Forschungsergebnisse an die rechtsgeschichtliche Zusamenfassung und Darstellung der charakteristischesten Rechtserscheinungen, die das Wirken der Stadtgemeinde im ausgehenden Mittelalter im Bereiche der Kirche selbst zeigen. Dabei stellt er insbesondere anschaulich dar, wie auf diesem Gebiete der Stadtgemeinde und ihrem Organe, dem Rate, namentlich während der letzten Jahrhunderte vor der Reformation auf Grund der zu dieser Zeit in den Städten überaus häufigen auf dem Privatrechtsinstitute des Seelgerätes beruhenden Stiftungen von Anniversarien und ganzen Priesterpfründen eine freiere Rechtsmacht erwuchs. Indem sich nämlich die Erblasser häufig zur Sicherung ihrer Schöpfungen der Rechtsform der Treuhänderschaft bedienten und seit Ausgang des 13. Jahrhunderts in allmählicher, wenn auch nicht überall gleich verlaufender Entwicklung an die Stelle der bisher regelmäßig als Treuhänder (»Seelwärter«) auftretenden kirchlichen Amtsträger und kirchlichen Körperschaften mehr und mehr der Stadtrat als Organ der Stadtgemeinde in jene Treuhänderschaften einrückte, — eine Entwicklung, die sowohl durch den Bürgersinn der Gemeindemitglieder als auch durch manchen bewussten, in dieser Richtung von der Stadtverwaltung auf dieselben ausgeübten Druck gefördert wurde, — gewann der Rat sowohl wirtschaftliche als auch insbesondere kirchliche Macht und machte einen grossen Prozentsatz des städtischen Klerus von sich

abhängig, gegen den er bei nicht entsprechender Amtsführung stiftungsgemäß mit Temporaliensperre, ja selbst Amtsentsetzung vorgehen konnte. Eine zweite hierher gehörige, nach Schultze im Ergebnisse eine förmliche Kommunalisierung der kirchlichen Vermögensverwaltung bedeutende Erscheinung ist das immer mehr vom Pfarrer unabhängig und schliesslich zum vollwertigen städtischen Gemeindeamt werdende Kirchenpflegeramt der provisores, magistri fabricae, Alterleute oder wie sie sonst noch genannt werden. Schliesslich zeigt der Verfasser noch, wie die korporative Tätigkeit der Stadtgemeinde häufig und zwar zum Teil im Einvernehmen mit der kirchlichen Behörde, zum Teil auch ohne ein solches, bei den gestifteten Pfründen insbesondere gestützt auf die ihr zugewiesene Treuhänderschaft, selbst an die Ausübung der Kirchenzucht über den niederen Klerus herantrat. — Soviel über den Inhalt dieser lesenswerten Schrift, die, sofern man sich vor allzu grosser Verallgemeinerung der darin gewonnenen Resultate hütet — der Verfasser warnt ja selbst davor — gewiss ein anschauliches und treffendes Bild der Rechtsentwicklung in vielen deutschen Städten vor der Reformation gibt.

Wien. *Julius von Bombiero.*

5. *Alfred Schultze, Der Einfluss der Kirche auf die Entwicklung des germanischen Erbrechts.* Freiburger (i. B.) Prorektoratsrede 1914.

Der Ordinarius für deutsches und Kirchenrecht an der Universität Freiburg i. B. Alfred Schultze verbreitet sich in seiner Antrittsrede als akademischer Prorektor über den Einfluss der Kirche und des kanonischen Rechts auf die Entwicklung des germanischen und deutschen Erbrechts. »Es war ein einziger, grosser, religiöser Gedanke, der hinter dieser erbrechtlichen Entwicklung stand: der Gedanke der Caritas, der christlichen Liebestätigkeit, des frommen Werkes . . .« »Die Kirche mit ihren Dienern war der grosse Organisator dieser Liebestätigkeit.« Zuerst wurde der altgermanische »Totenteil« in einen »Seelteil« umgewandelt, der noch jetzt in gewissen katholischen Gegenden z. B. Bayerns als sog. Mortuarium, Seelgeräte usw. fortdauert.[1]) Sodann entstand der sog. »Freiteil«, aus dem später vielfach ein kirchlicher »Pflichtteil« wurde. Die Herleitung des Freiteils erklärt S. im Gegensatze zu *Brunner* nicht aus einer Ausgestaltung

1) Vgl. oben S. 160.

des Totenteils, sondern aus einer Ausscheidung aus dem Gemeinschaftsgute nach der Abfindung der Söhne durch den Vater.

In formeller Hinsicht trugen die Verfügungen zu frommen Zwecken ursprünglich den Charakter zweiseitiger Verträge. Der Gabe musste die Gegengabe folgen, und der Akt selbst zwischen dem Geber und Empfänger abgeschlossen werden. Die Kirche begünstigte jedoch die einseitige und formlose Schenkung, so dass sich das kanonische Testament vor dem Pfarrer und zwei Zeugen durchsetzte. Endlich hat die kirchliche Gesetzgebung das Institut der Testamentsvollstrecker ins Leben gerufen. Dieses verdankt seinen Ursprung der Absicht der Kirche, die Durchführung des letzten Willens zu sichern; der Verf. erklärt sich gegen die Hypothese von *Pollock* und *Maitland* und *Brunner*, die an die germanische Vorstellung der Exekutoren des Totenteils anknüpfen wollen.

Der plastische und lebendige Vortrag wird in der gedruckten Form auch über den Kreis der unmittelbaren Zuhörer hinaus dankbare Aufnahme finden und allen Freunden der kanonischen und deutschen Rechtsgeschichte willkommen sein. Es wäre sehr zu wünschen, dass sich auch die Kirchen-, Profan- und Kulturhistoriker mit diesen juristischen Ausführungen bekannt machten, um die m. a. Schenkungsurkunden an Kirchen und Klöster richtig zu interpretieren. In erweiterter Fassung und unter Hinzufügung der Belegstellen und der Begründung ist die Rede in der Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte XXXV, Germ.-Abt. S. 75 ff. erschienen.

Bonn. *N. Hilling.*

6. *Hermann Keussen, Der Rotulus von S. Maria im Kapitol* (in Köln) vom Jahre 1300. [Sonderabdruck aus dem 35. Heft der »Mitteilungen aus dem Stadtarchiv von Köln« 1914], S. 95—211.

Dieser Rotulus ist eine der wichtigsten Rechtsquellen für die Pfarrgeschichte der Stadt Köln im Mittelalter. Er enthält ein gerichtliches Zeugenprotokoll, in dem die Aussagen von 48 Zeugen über das Patronatsrecht der Äbtissin von S. Maria im Kapitol bezüglich der Pfarrkirche Klein S. Martin bzw. das von den Amtleuten und Pfarrgenossen beanspruchte Pfarrerwahlrecht aufgezeichnet sind. Die Zahl der erhaltenen Beweisartikel beträgt 62. Leider ist ein Teil des Rotulus verloren gegangen.

In formeller Hinsicht orientiert der Zeugenrotulus über das

damals angewandte kirchliche Prozessverfahren, das augenscheinlich ganz nach römisch-kanonischem Muster zugeschnitten ist. In materieller Beziehung bildet derselbe zunächst eine reiche Fundgrube für die Topographie und Familiengeschichte; er bietet sodann bemerkenswerte Einzelnachrichten über die kirchlichen Einrichtungen (Gottesdienst, Prozessionen, Sendgericht, Immunität, Archidiakonatsverfassung) und vor allem ausführliche Mitteilungen über die Besetzung der 18 Kölnischen Pfarrkirchen in der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts, die sämtlich in das Beweisverfahren bezw. Zeugenverhör hineinbezogen wurden.

Durch die sehr praktische Ausgabe des Rotulus, der auch in seiner äusseren Form (8 grosse Pergamentblätter) ein Unicum darstellt, hat sich der bekannte Archivar am Stadtarchiv zu Köln auch um die kirchliche Rechtsgeschichte verdient gemacht. Dem Texte sind 12 Seiten Anmerkungen, ein Orts- und Personenregister sowie ein Glossar und Sachregister angefügt.

Bonn. *N. Hilling.*

7. *Th. Grentrup, Die Rassenmischehen in den deutschen Kolonien.* [Veröffentlichungen der Görres-Gesellschaft, Sektion für Rechts- und Sozialwissenschaft, herausgegeben von *Konrad Beyerle, Emil Göller* und *Godehard J. Ebers,* 22] gr. 8° (VIII u. 137). Paderborn, Schöningh, 1914. M 4.—.

Wie in den früheren Jahrhunderten die älteren Kolonialmächte, so hat in den letzten Jahren das Deutsche Reich das Problem der Rassenmischehen d. i. der Ehen zwischen der farbigen und der weissen Rasse erfahren. Die Bewegung gegen die Zulassung der Rassenmischehen in den deutschen Kolonien begann im Jahre 1905, als der Kaiserliche Gouverneur von Deutsch-Südwestafrika den Standesbeamten die Trauung zwischen den Weissen und Farbigen verbot. Seinen Höhepunkt erreichte der Kampf für und wider die Duldung der Rassenmischehen im Jahre 1912, in dem die grosse Reichstagsdebatte im Anfang Mai den entgegengesetzten Standpunkt der Volksvertreter und der obersten Kolonialbehörde aller Welt aufs deutlichste offenbarte.

In dem zuletzt genannten Jahre setzte auch die literarische Bewegung stärker ein. Insbesondere nahmen die katholischen und evangelischen Missionare einmütig gegen das staatliche Verbot der Rassenmischehen Stellung. Beide bezeichneten zwar die Rassenmischehen in fast sämtlichen deutschen Kolonien (mit Ausnahme von Samoa) als etwas durchaus Unerwünschtes, er-

klärten sich aber trotzdem gegen ein staatliches Verbot, weil dieses faktisch den unsittlichen Verbindungen Vorschub leisten würde. Dieses ethische Bedenken ist die durchschlagende Instanz gegen das Verbot der Rassenmischehen. Dasselbe ist aber vor allem darin begründet, dass zur Zeit noch ein grosser Mangel an weissen Frauen in den Kolonien herrscht, der auch in absehbarer Zeit kaum gehoben werden kann. Ein Verbot der Rassenmischehen würde also für viele einem absoluten Eheverbote gleichkommen, das aus ethischen Gründen entschieden abzulehnen ist.

Zu den rührigsten Schriftstellern, die zu dieser Frage die Feder ergriffen haben, gehört der Verfasser des vorliegenden Buches, Mitglied der Missionsgesellschaft des göttlichen Wortes zu Steyl und Professor des Kirchenrechts an der Missionslehranstalt St. Gabriel zu Mödling bei Wien. Er hat in den beiden letzten Jahren in dem Archiv für katholisches Kirchenrecht, der Zeitschrift für Missionswissenschaft und der Kolonialen Rundschau mehrere Aufsätze über unsere Frage veröffentlicht.

Durch die Zusammenfassung und teilweise Erweiterung der genannten Aufsätze ist das vorliegende Buch entstanden. Dasselbe bietet im I. Abschnitt eine historische Übersicht über die Rassenmischehengesetzgebung bei den fremden Kolonialmächten Spanien, Frankreich, England und den Vereinigten Staaten von Nordamerika, die von vorübergehenden Ausnahmen abgesehen, sämtlich ein Rassenmischehenverbot abgelehnt haben. Am günstigsten beurteilt der Verfasser das Verhalten der spanischen Regierung gegenüber den gemischten Ehen. Hierauf folgt im II. Abschnitt ein Referat über den bisherigen Verlauf der Frage in Deutschland, an das sich im III. Abschnitt die kritische Behandlung des Gegenstandes anschliesst. Der IV. Abschnitt über »die Rassenmischehen in rechtlicher Beziehung« bildet grösstenteils eine wörtliche Wiederholung der in dieser Zeitschrift Bd. 94, 3 ff. gemachten Ausführungen.

Grentrups Monographie ist die erste und einzige, die bisher über diesen Gegenstand unseres deutschen Koloniallebens erschienen ist. Sie zeichnet sich aus durch eine Fülle des Materials, klare Darstellung und ruhiges, objektives Urteil. Wegen dieser Eigenschaften kann sie allen Interessenten zur Orientierung bestens empfohlen werden. Man darf aber auch wohl die Hoffnung aussprechen, dass sie zum Ausgleich der sachlichen Differenzen beitragen werde.

Bonn. *N. Hilling.*

8. *Jahrbuch der Rechtsprechung zum Verwaltungsrecht,* herausgegeben von *Hs. Th. Soergel.* VI: Rechtsprechung der Jahre 1912 und 1913. 8⁰ (XXI u. 736). Stuttgart, Kohlhammer, 1914. Geb. M 7.—.

Im vorigen Jahrgange dieses Archivs, Bd. 94, 187, habe ich bereits auf die grosse Bedeutung, die dem Soergel'schen Jahrbuch der Rechtsprechung zum Verwaltungsrecht auch für die kirchlichen Verwaltungsbeamten und die Pfarrvorstände zukommt, hingewiesen.

In dem Vorwort zum 6. Jahrgange bemerkt der Herausgeber, dass ihm während des verflossenen ersten Lustrums zahlreiche Anerkennungsschreiben aus den Kreisen der deutschen Verwaltungsbeamten zugegangen seien. »Sie alle sprachen ihre Freude über die praktische Stoffeinteilung und ihren Dank für die grosse Arbeitserleichterung und Zeitersparnis aus, die sie dem Jahrbuch tagtäglich zu verdanken hätten. Vor allem aber betonten sie einmütig die reiche und wertvolle Anregung, die gerade die landesrechtliche Rechtsprechung sowohl für wissenschaftliche Arbeiten wie für die Anfertigung der Entscheidungen und Verfügungen und für die Ausarbeitung von Verordnungen und Gesetzen ihnen geboten habe.«

Ich zweifle nicht daran, dass dieses ehrenvolle Bekenntnis auch gern von seiten der kirchlichen Verwaltungsbeamten bestätigt wird. Ausserdem werden insbesondere die Pfarrer durch das fleissige Studium dieser Entscheidungen sicherlich öfters in die Lage versetzt, den Vorteil, den ihnen die staatskirchliche Gesesetzgebung und Rechtsprechung für die tägliche Praxis bietet, im religiösen und kirchlichen Interesse voll und ganz auszunützen. Vigilantibus iura subveniunt!

Bonn. *N. Hilling.*

9. *Erwin Jacobi, Religiöse Kindererziehung nach Sächsischem Recht.* gr. 8⁰ (95). Tübingen, Mohr, 1914. M 2.50.

An Schriften über die religiöse Kindererziehung besteht zwar weder im allgemeinen noch für einzelne Bundesstaaten (z. B. Preussen und Bayern) ein Mangel, aber eine vollständige Spezialdarstellung des hiefür geltenden sächsischen Rechtes war bisher nicht vorhanden. Es ist dem Verfasser durch die vorliegende, zuerst in der »Deutschen Zeitschrift für Kirchenrecht« und nunmehr als Separat-Abdruck veröffentlichte Schrift gelungen, diese Lücke in einer durchaus befriedigenden Weise auszufüllen; er

hat alle in Betracht kommenden Verhältnisse eingehend berücksichtigt und gibt zu jeder der auf diesem Gebiete auch im sächsischen Recht nicht seltenen Streitfragen eine sehr solid begründete Entscheidung. So spricht er sich m. E. mit Recht dahin aus, dass in ungemischten Ehen — wenn beide Gatten derselben aufgenommenen Kirche angehören bezw. der eine lutherischen, der andere reformierten Bekenntnisses ist — die Kinder nach dem Mandat vom 19. Februar 1827 und dem Gesetz vom 1. November 1836 in der Religion der Eltern erzogen werden müssen, ihre Konfessionszugehörigkeit also gesetzlich fixiert ist (S. 23 f., 42/5); was er dabei über das Interesse des Staates an der Erhaltung der christlichen Konfessionen sowie über die Forderung schrankenloser Gewissensfreiheit auf dem Gebiete der religiösen Kindererziehung ausführt, ist auch für andere Staaten sehr beherzigenswert. In analoger Weise entscheidet sich der Verfasser ferner dahin, dass uneheliche Kinder der Konfession der Mutter angehören müssen, wenn diese Mitglied einer aufgenommenen Religionsgesellschaft ist (S. 46/8). Endlich besteht eine gesetzliche Festlegung der Konfessionszugehörigkeit auch bei Kindern aus gemischten Ehen — wenn die Eltern verschiedenen aufgenommenen Religionsgesellschaften angehören — insofern, als solche Kinder entweder in der Konfession des Vaters oder auf Grund eines vor dem ordentlichen Richter abgeschlossenen Vertrages der Eltern in der Konfession der Mutter erzogen werden müssen (S. 56/60). In allen genannten Fällen tritt ein Wechsel in der Konfessionszugehörigkeit des Kindes dann ein, wenn es über das vollendete 12. Lebensjahr hinaus am Religionsunterricht einer fremden aufgenommenen Religionsgesellschaft teilnimmt: es gehört dann nach der herrschenden Verwaltungspraxis ohne weiteres der Kirche an, deren Religionsunterricht es erhalten hat. Für die Kinder aus gemischten Ehen beruht diese Praxis auf § 15 Absatz III und IV der Ausführungsverordnung zum Volksschulgesetz vom 25. August 1874; sie geht aber noch weiter und wendet den Satz allgemein an, sodass im Verhältnis der aufgenommenen Kirchen zu einander auch bei Kindern aus ungemischten Ehen oder unehelichen Kindern auf diese Weise ein Konfessionswechsel eintreten kann und sogar der unrechtmäßig, gegen Gesetz oder Vertrag erteilte Religionsunterricht diese Wirkung nach sich zieht. Der Verfasser bezeichnet diese Praxis als schwerlich zu rechtfertigen und als bedenklich (S. 30 u. 69); sie ist in der Tat völlig unhaltbar, denn die Berufung der Aus-

führungsverordnung auf § 6 Abs. III des Volksschulgesetzes vom 26. April 1873 und auf die §§ 17 und 18 des Gesetzes vom 1. November 1836 ist selbst für die Kinder aus gemischten Ehen, wie der Verfasser nachweist, durchaus irrtümlich und für die Ausdehnung auf andere Kinder fehlt jeder Schein der Begründung. Zudem wirkt diese Praxis bei der konfessionellen Zusammensetzung der Bevölkerung im Königreich Sachsen ganz einseitig zum Schaden der katholischen Kirche, denn während den protestantischen Kindern überall ein Religionsunterricht ihrer Konfession zur Verfügung steht, ist das für die katholischen Kinder bei den dortigen Diasporaverhältnissen nicht der Fall, und da die Kinder den Religionsunterricht einer aufgenommenen Kirche besuchen müssen, haben die Eltern vielfach keine andere Wahl, als ihre Kinder in den protestantischen Religionsunterricht zu schicken; auf diese Weise werden im Königreich Sachsen Jahr für Jahr eine sehr grosse Anzahl katholischer Kinder zwangsweise zunächst dem protestantischen Religionsunterricht und mit vollendetem 12. Lebensjahr der protestantischen Kirche zugeführt: die sächsische Praxis ist der stärkste Beweis für die vom Verfasser selbst (S. 18) konstatierte Tatsache, dass in die Gesetzgebung über die religiöse Kindererziehung in den protestantischen Staaten immer wieder der Gedanke hineinspielt, dass der Staat ein besonderes Interesse an der Erhaltung der protestantischen Konfession habe. Bei einem umgekehrten Verhältnisse der Konfessionen (z. B. in Bayern gegenüber den Protestanten) wäre eine Praxis wie die sächsische von vornherein nicht möglich, jedenfalls könnte sie sich nicht lange halten; darum wäre es sehr an der Zeit, dass durch ein neues Volksschulgesetz auch die sächsische Praxis definitiv beseitigt wird. — Das sächsische Recht hat einen engeren Begriff der gemischten bezw. ungemischten Ehe als das Recht der meisten anderen deutschen Bundesstaaten, es kennt solche nur zwischen Angehörigen der aufgenommenen Religionsgesellschaften; sobald aber auch nur ein Ehegatte keiner aufgenommenen Kirche angehört, sondern einer zugelassenen Religionsgesellschaft oder einer dissidentischen Religionsgemeinschaft oder konfessionslos ist, gelten für die Erziehung der Kinder besondere Vorschriften, und zwar tritt, wie der Verfasser im einzelnen nachweist, bei allen solchen Ehen das freie Konfessionsbestimmungsrecht des Vaters ein; das gleiche gilt für die uneheliche Mutter, welche keiner aufgenommenen Religionsgesellschaft angehört (S. 32 ff., 48 ff.). Besondere Be-

stimmungen enthält das sächsische Recht auch für den Einfluss des Konfessionswechsels der Eltern bezw. eines Teiles derselben auf die religiöse Kindererziehung (S. 78/87). Entgegen der herrschenden Meinung vertritt hier der Verfasser die Ansicht, dass ein uneheliches, noch nicht 10 bezw. 12 Jahre altes Kind dem Übertritt der Mutter zu einer anderen aufgenommenen Kirche zwar folgen könne, aber nicht müsse (S. 83); es wäre das eine Ausnahme von dem allgemeinen Grundsatz, dass uneheliche Kinder der Konfession der Mutter folgen, welche einer aufgenommenen Kirche angehört, und diese Ausnahme scheint mir durch die Ausführungen des Verfassers nicht genügend begründet zu sein. In der Einleitung (S. 5) wendet sich der Verfasser gegen die Unterscheidung von »Konfessionsbestimmung« und »religiöse Erziehung im engeren Sinne«, d. h. der tatsächlichen Erziehung nach den Vorschriften der Konfession, welcher das Kind kraft Gesetzes oder nach dem Willen der Erziehungsberechtigten angehört; nach deutschem Staatskirchenrecht falle Konfessionsbestimmung und religiöse Erziehung im engeren Sinne zusammen. Das ist jedenfalls in dieser Allgemeinheit nicht richtig, denn nach bayerischem Recht haben z. B. die Adoptiveltern kein Konfessionsbestimmungsrecht, wohl aber das Recht und die Pflicht, das Adoptivkind in der Konfession, der es angehört, zu erziehen; ausserdem kann das Konfessionsbestimmungsrecht der leiblichen Eltern durch den Empfang der ersten heil. Kommunion oder der Konfirmation seitens des Kindes sowie in einer gemischten Ehe durch den Tod des einen Gatten beendet sein, während Recht und Pflicht der Erziehung in der festgelegten Konfession noch fortdauern. Die Unterscheidung hat also ihren guten Grund, nur darf sie nicht zu einer völligen Trennung der beiden Momente führen: die Konfessionsbestimmung ist immer noch ein Teil der »religiösen Erziehung im weiteren Sinne«. In den Bemerkungen S. 18 und 49 über proselytenmacherische Bestrebungen namentlich der katholischen Kirche tritt ein einseitig protestantischer Standpunkt hervor, was um so mehr auffällt, als ihn die S. 49 Anm. 6 zitierte Literatur keineswegs teilt. Die letzten Bemerkungen wollen den Wert der Schrift nicht herabsetzen: sie ist infolge ihrer Gründlichkeit und Vollständigkeit ein zuverlässiger Führer für alle Interessenten und verdient auch über das Gebiet des sächsischen Rechtes hinaus Beachtung.

Freising. *A. Scharnagl.*

10. *Max Keller, Religiöse Kindererziehung nach badischem Recht.* gr. 8° (VIII u. 50). Karlsruhe, G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag, 1913. M 1.50.

Das badische Gesetz vom 9. Oktober 1860 hat die religiöse Kindererziehung einheitlich für Kinder aus ungemischten und aus gemischten Ehen sowie für uneheliche Kinder dahin geregelt, dass die nach den bürgerlichen Gesetzen Erziehungsberechtigten die Religion der Kinder im allgemeinen völlig frei bestimmen können. Daraus ergibt sich, dass das materielle Recht der religiösen Kindererziehung in Baden nunmehr beherrscht wird durch die Bestimmungen des bürgerlichen Gesetzbuches über die elterliche Gewalt: wem die Sorge für die Person des Kindes zusteht, der hat auch das Recht der religiösen Erziehung, insbesondere der Konfessionsbestimmung bezw. Änderung derselben. Jedoch besteht gegenüber der ehelichen Mutter, der das Recht der Sorge für die Person des Kindes zusteht, die Beschränkung, dass sie eine Änderung in der vom Vater bestimmten oder durch § 1 Abs. II des Gesetzes von 1860 festgelegten Konfessionszugehörigkeit des Kindes nur mit Genehmigung der Staatsbehörde (des Amtsgerichtes) vornehmen kann und der gleichen Genehmigung bedarf auch der Vormund, dem das Recht der Sorge für die Person des Mündels zusteht (S. 34—38); diese Sonderbestimmung des Gesetzes von 1860 (§§ 3 und 4) ist durch das Inkrafttreten des BGB. unberührt geblieben. Dagegen ist wieder nach den Bestimmungen des BGB. zu beurteilen, welche Kinder als eheliche im Sinne der §§ 1 und 3 des Gesetzes von 1860 zu gelten haben. In der genauen, alle Einzelheiten berücksichtigenden Darstellung der Einwirkung des BGB. auf das Gesetz von 1860 liegt das Hauptverdienst der vorliegenden Schrift, die zudem als erste Monographie über das badische Recht der religiösen Kindererziehung erscheint. Um die grundlegende Bedeutung des Gesetzes von 1860 besser herauszustellen, hat der Verfasser einen geschichtlichen Teil (S. 4—17) vorausgeschickt. Dem in der Einleitung geschilderten und bedauerten Mangel einer reichsgesetzlichen Regelung sähe der Verfasser am liebsten in der Weise abgeholfen, dass eine solche im wesentlichen im Sinne des badischen Gesetzes erfolgte (S. 49 f.). Als dessen Hauptvorteil betrachtet er, dass die Errichtung von Verträgen über die religiöse Kindererziehung vollständig ausgeschlossen ist, und den besten Beweis für die Richtigkeit dieses Standpunktes erblickt er darin, dass in Baden Streitigkeiten über die religiöse Erziehung zu den Selten-

heiten gehören. Gegen dieses Argument ist in erster Linie zu bemerken, dass in jenen Bundesstaaten, welche Verträge zulassen, die Streitigkeiten durchaus nicht aus den Verträgen als solchen entstehen, sondern aus den vielfach unklaren Bestimmungen der meist älteren Gesetze. Das badische Gesetz von 1860 hat als neueres Gesetz den unleugbaren Vorteil, dass es die Materie einheitlich und im wesentlichen erschöpfend regelt. Ein grosser Mangel dieses Gesetzes besteht freilich darin, dass die Konfessionsbestimmung durch den Erziehungsberechtigten in ganz formloser Weise durch eine tatsächliche Anordnung (z. B. Zuweisung zu einem bestimmten Religionsunterricht) geschehen kann und es unter Umständen sehr schwer zu entscheiden ist, ob durch eine solche Anordnung eine Konfessionsbestimmung erfolgen sollte: gerade daraus sind in Baden nicht wenig Streitigkeiten entstanden (vgl. S. 28 f.). Der Hauptnachteil der badischen Regelung liegt aber darin, dass bei ehelichen Kindern die Mutter von der Konfessionsbestimmung, also dem grundlegenden Akt der religiösen Erziehung, ganz ausgeschlossen ist; die Staaten, welche einen Vertrag zulassen, stehen auf dem gegenteiligen und dem Wesen der Ehe sicher besser entsprechenden Standpunkte, dass Recht und Pflicht der religiösen Erziehung beiden Gatten gemeinsam obliegt und deshalb auch die Konfessionszugehörigkeit der Kinder durch ein Übereinkommen beider Gatten bestimmt werden soll. Für die katholische Kirche kommt noch dazu, dass bei der Möglichkeit eines Vertrages die für Erteilung der Dispens von mixta religio erforderliche Sicherstellung der katholischen Kindererziehung doch in höherem Maße geboten werden kann als bei einem einseitigen Konfessionsbestimmungsrecht des Vaters. Zu den Ausführungen über das persönliche Geltungsgebiet des badischen Rechtes wäre zu bemerken, dass, wenn auch für Baden das Personalstatut als entscheidend angenommen wird (vgl. dagegen K. Neumeyer, Internationales Verwaltungsrecht I [1910] S. 410 f., 417 ff., 454), jedenfalls für Bayern das Territorialitätsprinzip zn Recht besteht und hierin auch durch das BGB. keine Änderung herbeigeführt wurde.

Freising. *A. Scharnagl.*

Literaturverzeichnis. [1 u. 2]

I. Lehrbücher.

Wernz, Franciscus Xav., S. J., Jus decretalium ad usum praelectionum in scholis textus canonici sive iuris decretalium. V. De iudiciis ecclesiasticis. 2 voll. (XVIII u. 575; IX u. 246). Prati, Giachetti. L. 13,—.

Rivet, L., S. J.. Institutiones iuris ecclesiastici privati I—II. (567 u. 123). Romae, Typogr. Instituti Pii IX. L 10,—.

Schwarz, Otto Georg, Kirchenrecht, Völkerrecht. Ein Hilfsbuch für junge Juristen. 6. u. 7. Aufl. (XI u. 266). Berlin, Heymann. M 5,—, geb. 6,—.

Fischer, A., Repetitorien zu den österreichischen Staatsprüfungen und Rigorosen. 5 b: Kirchenrecht III. Vermögens- und Eherecht. Register. 3. Aufl. (IV u. 95). Leipzig, Dieterich. M 1,50.

II. Rechtsphilosophie und Soziologie.

Kohler, Josef, Die Grenzen der Rechtsphilosophie, in: Archiv für Rechts- und Wirtschaftsphilosophie VIII, 43 ff.

Schilling, Otto, Naturrecht und Staat nach der Lehre der alten Kirche. [Veröffentlichungen der Görres-Gesellschaft, Sektion für Rechts- und Sozialwissenschaft 24]. VIII u. 247). Paderborn, Schöningh. M 7,—.

Brands, Bernhard, Die Bedeutung der Scholastik für die Rechtsphilosophie der Gegenwart mit besonderer Beziehung auf Thomas von Aquin, in: Archiv für Rechts- und Wirtschaftsphilosophie VIII, 71 ff.

Ziegler, Theobald, Charakter der Hegelschen Rechtsphilosophie, in: Archiv für Rechts- und Wirtschaftsphilosophie VIII, 51 ff.

Niedner, Johannes, Recht und Kirche, in: Festgabe für Rudolph Sohm 275 ff.

Tönnies, Ferdinand, Rechtsstaat und Wohlfahrtsstaat, in: Archiv für Rechts- und Wirtschaftsphilosophie VIII, 65 ff.

Oertmann, Paul, Rechtsordnung und Verkehrssitte, insbesondere im bürgerlichen Recht. Zugleich ein Beitrag zu den Lehren von der Auslegung der Rechtsgeschäfte und von der Revision. (526). Leipzig, Deichert.

Verdross, Alfred von, Das Problem des freien Ermessens und die Freirechtsbewegung, in: Österreichische Zeitschrift für öffentliches Recht I, 616 ff.

Monetti, Giulio, S. J., Problemi varii di Sociologia, 3 Bde. Bergamo, Stabilimento S. Alessandro 1913.

---

1) Mit Unterstützung von *Friedrich Heyer* in Bonn vom Herausgeber zusammengestellt.

2) Wo Format und Erscheinungsjahr nicht angegeben sind, ist 8⁰ und 1914 zu ergänzen.

Hartz, Franz, Wesen und Zweckbeziehung der Strafe. Eine ethische Würdigung der absoluten und relativen Strafrechtstheorien. (XII u. 258). Münster i. W., Aschendorff. M 6,—.

Mausbach, Joseph, Vom gerechten Kriege und seinen Wirkungen. [Kriegsvorträge der Universität Münster i. W. 1] (24). Münster i. W., Borgmeyer & Co. M 0,50. Auch in: Hochland XII, 1 S. 1 ff.

Dorner, August, Politik, Recht und Moral mit Beziehung auf den gegenwärtigen Krieg. (30). Stuttgart, Spemann. M 0,60.

Metzger, Max Joseph, Klerus, Caritas und Krieg, in: Allgemeine Rundschau XI, 867.

III. Quellen- und Literaturkunde.

Schermann, Theodor, Die allgemeine Kirchenordnung, frühchristliche Liturgien und kirchliche Überlieferung. I: Die allgemeine Kirchenordnung des zweiten Jahrhunderts. [Studien zur Geschichte und Kultur des Altertums, herausgeg. von der Görres-Gesellschaft, 3. Ergänzungsbd.] (VIII u. 136). Paderborn, Schöningh. M 6,—.

Sachau, E., Syrische Rechtsbücher. Herausgegeben und übersetzt. III. Bd.: Corpus iuris des persischen Erzbischofs Jesubocht. Erbrecht oder Canones des persischen Erzbischofs Simeon. Eherecht des Patriarchen Mâr Abhâ. (CXXXIV u. 385). Berlin, Reimer. M 30,—.

Aelfric's Hirtenbriefe in altenglischer und lateinischer Fassung. Herausg. und mit Übersetzung und Einleitung versehen von Bernh. Fehr [Bibliothek der angelsächsischen Prosa 9] (IV, CXXVI u. 269). Hamburg, H. Grand. M. 20,—.

Hörmann, Walther von, Bußbücherstudien, in: Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte XXXV, Kan. Abt. IV, 358 ff. u. 610.

Simson, Bernhard von, Pseudoisidor und die Le Mans-Hypothese, ebenda IV, 1 ff.

Hirsch, Hans, Zur Beurteilung des Registers Gregors VII., in: Festschrift des Akademischen Vereines deutscher Historiker in Wien S. 45 ff.

Eitel, A., Rota und Rueda, in: Archiv für Urkundenforschung V, 299 ff.

Baumgarten, P. M., Miscellanea Diplomatica II, in: Römische Quartalschrift XXVIII, 87* ff.

Baumgarten, P. M., Interessante Kanzleinotizen auf zwei Bewilligungen für Kloster Prouille unter Alexander IV., ebenda 152* ff.

Regesta Pontificum Romanorum congessit Paulus Fridolinus Kehr. Italia pontificia Vol. VI: Liguria sive Provincia Mediolanensis. Pars II: Pedemontium — Liguria Maritima. (XXXVII u. 392). Berlin, Weidmann. M 15,—.

Fierens, Alphonse, Suppliques d'Urbain V (1362—1370). Textes et analyses. Analecta Vaticano-Belgica. Documents

relatifs aux anciens diocèses de Cambrai, Liége, Thérouanne et Tournai, publiés par l'Institut historique belge de Rome, 8] (XXIII u. 986). Rome, Bretschneider. (Namur, Godenne). L 15,—.

Kurtscheid, Bertrand, Die Tabula utriusque iuris des Johannes von Erfurt, in: Franziskanische Studien I, 269 ff.

Kühn, Johannes, Zur Entstehung des Wormser Edikts, in: Zeitschrift für Kirchengeschichte XXXV, 372 ff.

Statuta synodi dioeceseos Oklahomensis die 21a mensis Augusti 1913 habitae. (X u. 164). Ex Typis Orphanotrophii Sancti Josephi.

Synodus Diocesana Ravennatensis XXII anno Domini MCMXIII celebrata. (X u. 364). Ravennae, Salesiana.

Hirtenbriefe des deutschen Episkopats anlässlich der Fastenzeit 1914. (VIII u. 255). Paderborn, Junfermann. M 2,—.

Hofmann, Michael, S. J., Papst Pius X., in: Zeitschrift für katholische Theologie XXXVIII, 637 ff.

Seppelt, Franz Xaver, Pius X. Versuch einer Würdigung, in: Hochland XII, 1 S. 172 ff.

Rösler, Aug., C. SS. R., Die Epoche Pius' X., in: Historisch-politische Blätter CLIV, 613 ff.

Grosam, W., Pius X. als Reformator der kirchlichen Gesetzgebung, in: Theol.-prakt. Quartalschrift LXVII, 763 ff.

Blume, Karl, Abbatia. Ein Beitrag zur Geschichte der kirchlichen Rechtssprache. [Kirchenrechtliche Abhandlungen 83]. (VIII u. 118). Stuttgart, Enke. M 5,40.

Amrhein, A., Archivinventare der katholischen Pfarreien in der Diözese Würzburg. Lex. 8⁰. (XXVII u. 891). Würzburg, Stürtz. M 30,—.

IV. Verfassungsrecht.

Rieker, Karl, Die Entstehung und geschichtliche Bedeutung des Kirchenbegriffs, in: Festgabe für Rudolph Sohm, 1 ff.

Vermeersch, A., S. J., De vocatione religiosa et sacerdotali. Ed. nova, auctior et emendatior. (56). Brugis, Beyaert. fr 1,25.

Sollier, Joseph F., S. M., The Priest in the French army, in: The Ecclesiastical Review LI, 668 ff.

Rinaldi, Ernesto, S. J., La fondazione del Collegio Romano. Memorie storiche. (142). Arezzo, Cooperativa Tipografica. L 2,—.

Götz, Adam, Die rechtliche Stellung der Dekane in Bayern. Würzburger rechts- und staatswiss. Diss. (VII u. 53). Würzburg, Staudenraus.

Pittarelli, Em., Alcune questioni sulle confraternite e cappelle laicali delle provincie del Mezzogiorno. [Estratto dalla Rivista di diritto pubblico] (20) Milano, Società editrice libraria.

Geiger, K. A., Taschenkalender und Kirchlich-Statistisches Jahrbuch für den Katholischen Klerus Deutscher Zunge. XXXVII. Jahrg. (1915). Regensburg, Manz, 1915. M 1,—.

V. Verwaltungsrecht.

D'Angelo, S., Della Binazione. Appunti morale-canonico-liturgici. 2ª ed. 16⁰ (80). Roma, Desclée 1915. L 1,—.
Brehm, F., Die Neuerungen im Brevier. Regensburg, Pustet, M 1,20.
Berrenrath, Wer kann Ordensfrauen beichthören? in: [Kölnisches] Pastoralblatt XLVIII, 329 ff.
Finlay, P., S. J., The Index, in: The Catholic Mind, Sept. 1914.
Perathoner, Anton, Die Sentenz ex informata conscientia, in: Theol.-prakt. Quartalschrift LXVII, 812 ff.
Caspari, Wilh., Erdbestattung oder Feuerbestattung. Der biblische Brauch auf ethnographischem Hintergrund. Drittes Tausend. (48). Berlin-Lichterfelde, Edwin Runge. M 0,60.
Böll, Alfred, Die Stolgebühren der katholischen Kirche mit besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse innerhalb der katholischen Kirche Preussens. Heidelberger philos. Diss. (70). Heidelberg, Rößler & Herbert.
Leitner, Martin, Eine Anfrage über das Mortuarium in den gegenwärtigen Kriegszeiten, in: Theol.-prakt. Monats-Schrift XXV, 53 ff. u. 120.
Pittarelli, Em., Le spese di culto nei così detti *luoghi pii laicali* delle provincie del Mezzogiorno. [Estratto dalla Giurisprudenza italiana]. (27). Torino, Unione tipografico-editrice.
Leitner, Martin, Besondere Vollmachten der Seelsorger während des Krieges, in: Theol.-prakt. Monats-Schrift XXV, 50 ff.

VI. Staatskirchenrecht.
(Verfassungs- und Verwaltungsrecht.)

Tessitore, Salvatore, Gli enti ecclesiastici nel diritto pubblico. [Nuova collezione di opere giuridiche 137]. (XIII u. 242). Torino, Bocca, 1915. L 7,—.
Henner, Kamill, Zur Frage des staatlichen Taufzwanges in Österreich, in: Österreichische Zeitschrift für öffentliches Recht I, 645 ff.
Arndt, G., Die kirchliche Baulast in dem Bereich des früheren Herzogtums Magdeburg, in: Geschichts-Blätter für Stadt und Land Magdeburg, IXL, 78 ff.
Arndt, Die kirchliche Baulast im Bereich des ehemaligen Bistums — Fürstentums Halberstadt, in: Zeitschrift des Harzvereins für Geschichte und Altertumskunde XLVII, 197 ff.
O'Hern, Lewis J., C. S. P., The new law concerning Navy Chaplains [in the U. S. Navy] in: The Ecclesiastical Review LI, 528 ff.

VII. Eherecht.

Bernasconi, A. M., Commentario alla legge piana o Decreto »Ne temere« per la celebrazione degli Sponsali e del Matrimonio. (324). Roma, Ferrari, 1914. L 3,—.

Zeidler, G., Das Reichsgesetz über die Beurkundung des Personenstandes und die Eheschliessung vom 6. Februar 1875 in der vom 1. Januar 1900 an geltenden Fassung. 2. Aufl. Zwönitz, Komm.-Verlag C. B. Ott. M. 5,50.

Kuntze, Die Verzeihung im § 1570 BGB, in: Beiträge zur Erläuterung des Deutschen Rechts LVIII, 800 ff.

Grentrup, Theodor, Die Rassenmischehen in den deutschen Kolonien. [Veröffentlichungen der Görres - Gesellschaft, Sektion für Rechts- und Staatswissenschaft 25]. (VII u. 137). Paderborn, Schöningh. M. 4,—.

Cahén, Richard, Die Eheschliessung in den deutschen Konsular-Bezirken und Schutzgebieten. Würzburger rechts- und staatswiss. Diss. (54). Würzburg, Staudenraus.

VIII. Ordensrecht.

Ferreres, J. B., S. J., Las Religiosas segun la disciplina vigente. Commentarios canonico-morales. (X u. 650). Madrid, Razón y Fe. pes. 4,—.

Crispolti, F., Pel terzo centenario di S. Camillo de Lellis. Discorso. 16° (30). Torino, Berruti.

Die Regel und Konstitutionen der Genossenschaft der Franziskanerinnen, Töchter der hhl. Herzen Jesu und Mariä von Salzkotten in der Diözese Paderborn. (115). Rom, Armani & Stein.

Rosa, P., S. J., I Gesuiti dalle origini ai nostri giorni. Cenni storici. 12° (624). Roma, Civiltà cattolica. L 3,50.

Sträter, Aug., S. J., Zum Jubeljahr der Gesellschaft Jesu 1814—1914, in: Theol.-prakt. Quartalschrift LXVII, 795 ff.

Das Wirken der Jesuiten in Oberösterreich. Erinnerungsblätter anlässlich der Zentenarfeier der Wiederherstellung der Gesellschaft Jesu 1914. Ihren ehemaligen Lehrern und Erziehern gewidmet von den Freinberger Zöglingen. Lex. 8°. (VII u. 140). Mit 113 Abbild. u. Titelbild. Linz, Pressverein. M 3,60.

Kröß, Alois, Die Erhaltung der Jesuiten in Weiss-Russland, in: Zeitschrift für katholische Theologie XXXVIII, 817 ff. (Referat nach Pierling, La Russie et le Saint-Siège Tome V.)

Volpe, M., J. Gesuiti nel Napoletano 1814—1914. (XX u. 306). Napoli, D'Auria. L 6,—.

Domenici, G., S. J., La Compagnia di Gesù, un secolo dopo il suo ristabilimento 1814—1914. [Estratto dalla »Scuola Cattolica«] (24). Monza, Artigianelli.

Locher, G., S. J., A Companhia de Jesus. Centenario de sua Restauraçao. (64). Porto Alegre, Typ. do centro.

Hessische Ordensgesetzgebung, in: Chronik der Christlichen Welt XXIV, 521 ff.

Lange, W., Die Ordensdebatten im hessischen Landtag. (44). Worms, Verlags- und Druckerei-Gesellschaft. M 0,25.

Feldkeller, Paul, Jesuiten und Kriegsethik, in: Nord und

Süd XXXIX, 52 ff. (Referat aus Lehmkuhl, Casus conscientiae I.)

IX. Erziehungs- und Schulrecht.

Nicotra, Sebastiano, La Scuola libera. 16⁰ (298). Catania, Scuola tip. Salesiana.

Squilli a raccolta per la libertà della scuola, in: La Civiltà Cattolica LXV vol. 3, 427 ff.

Zum Studium der Schulpolitik. Ein Literaturnachweis. [Broschüren zur Schulpolitik 1]. (40). Berlin und Leipzig, Klinkhardt. M 0,70.

Baumert, G., Die Entstehung der mittelalterlichen Klosterschulen und ihr Verhältnis zum klassischen Altertum. T. 2, herausgeg. von E. Müller. 4⁰ (12). Programm der Oberrealschule zu Delitzsch.

X. Missionsrecht.

Bigelmair, A., Der Missionsgedanke bei den Vätern der vorkonstantinischen Zeit, in: Zeitschrift für Missionswissenschaft 1914, 264 ff.

Lang, Wir Priester und die Heidenmission, in: Theol.-prakt. Monats-Schrift XXV, 42 ff.

Lübeck, Konrad, Die Missionstätigkeit der russischen Kirche, in: Theologie und Glaube VI, 618 ff.

Lemmens, Leonhard, Die Franziskanermissionen im Orient während des 13. Jahrhunderts, in: Franziskanische Studien I, 337 ff.

Zur Vorgeschichte des Kindheitsvereins, in: Die Katholischen Missionen XLIII, 10 ff. (Fortsetzung folgt.)

Pieper, K., Die Anfänge des Werks der heiligen Kindheit, in: Theologie und Glaube VI, 630 ff.

Staehelin, F., Die Mission der Brüdergemeine in Suriname und Berbice im 18. Jahrhundert. Eine Missionsgeschichte, hauptsächlich in Auszügen aus Briefen und Original-Berichten herausgegeben. II, 2. (206). Mit 1 Plan, 1 Karte u. 7 Tafeln. Gnadau, Unitäts-Buchhandlung. M 3,—.

Witte, J., Die evangelische Mission in Japan im Jahre 1913, in: Zeitschrift für Missionskunde und Religionswissenschaft XXIX, 301 ff.

Schmidlin, Joseph, Weltkrieg und Weltmission, in: Zeitschrift für Missionswissenschaft 1914, 257 ff.

Weltkrieg und Weltmission, in: Die katholischen Missionen XLIII, 25 ff.

Kind, Aug., Das Kiautschougebiet und unsere Mission in ihm, in: Zeitschrift für Missionskunde und Religionswissenschaft. XXIX, 321 ff.

XI. Evangelisches Kirchenrecht.

Rade, M., Der Sprung in Luthers Kirchenbegriff und die Entstehung der Landeskirche, in: Zeitschrift für Theologie und Kirche 1914, 241 ff.

Priebe, Herm., Kirchliches Handbuch für die evangelische Gemeinde unter besonderer Berücksichtigung der preussischen Landeskirche. 2. Aufl. (VIII u. 412). Berlin, Warneck. Geb. M. 4,—.

Feld, E., Die Vorschriften über das kirchliche Rechnungswesen im Konsistorialbez. (V u. 200). Hannover, Wolf & Hohorst, 1913.

Büttner, Oskar, Die evangelischen Freikirchen Deutschlands. Ein Wort zur Verständigung und zum Frieden. (32). Berlin, Vaterländische Verlags- und Kunstanstalt. M 0,35.

Uttendörfer, Otto, und Schmidt, Walther E. (in Verbindung mit verschiedenen Mitarbeitern), Die Brüder. Aus Vergangenheit und Gegenwart der Brüdergemeine. Lex. 8° (IV u. 436). Mit 120 Abbild. Gnadau, Unitäts-Buchhandlung. Geb. M 5,—.

XII. Kirchenpolitik.

Baschirotto, Ant., La causa della Chiesa e del papa. Semplici considerazioni esposte al popolo. 16° (45). Padova, Tip. del Messagiero di s. Antonio. L 0.40.

Ruelli, A., O. S. A., Si può dissentire dal Papa in fatto di questione romana? [Estratto di »Religione e civiltà«), (10). Siena, S. Bernardino.

Reinhold, Georg, Toleranz und Intoleranz innerhalb und ausserhalb der Kirche, in: Theol.-prakt. Quartalschrift LXVII, 786 ff.

Der Kölner Gewerkschaftsprozess. Die Grundsätze der christlichen Gewerkschaften in gerichtlicher Beleuchtung. Herausgeg. vom Generalsekretariat des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften. Köln, Christl. Gewerkschaftsverlag. M. 1,—.

Ritter, Paul, Zur Frage der Trennung von Staat und Kirche unter besonderer Berücksichtigung der neuen staatskirchenrechtlichen Gesetzgebung des Schweizer Kantons Basel-Stadt. Leipziger jurist. Diss. (XIII u. 57). Leipzig, Breitkopf & Härtel.

La rivoluzione nel Messico e la Chiesa Cattolica, in: La Civiltà Cattolica LXV, 4 S. 370 ff.

Schulte, Aloys, Die Konfessionen im neuen Deutschland, in: Süddeutsche Monatshefte XII, 51 ff.

Brauweiler, Heinz, Der Krieg und der Friede unter den Konfessionen, in: Allgemeine Rundschau XI, 863 f.

Merkle, Sebastian, Konfessionelle Vorurteile im alten Deutschland, in: Süddeutsche Monatshefte XII, 390 ff.

XIII. Verfassungs- und Rechtsgeschichte.

a) Verhältnis von Kirche und Staat,

Feine, P., Kirche und Staat, ihr Verhältnis zu einander im Laufe der Jahrhunderte. 4° (19). Universitätsprogramm Halle.

Knop, Fritz, Die Libri Carolini und die Epistola Hadriani Papae de Imaginibus als Quellen für das Verhältnis Karls des Grossen zum griechischen Kaiser und römischen Papst auf Grund der augustinisch-eschatologischen Anschauungen. Greifswalder philos. Diss. (54). Greifswald, Adler.

Fiebach, Johannes, Die augustinischen Anschauungen Papst Innocenz' III. als Grundlage für die Beurteilung seiner Stellung zum deutschen Thronstreit (1198—1208). Greifswalder philos. Diss. (65) Neisse, Bär.

Görris, Gerhard Karl Wilhelm, S. J., De Denkbeelden over Oorlog en de Bemoeungen voor de Vrede en de elfde eeuw. Proofschrift ter verkriejing van den Grad van Doctor in de nederlandsche Lettern aan de Reijks-Universiteit te Leiden (18 u. 274). Nijmegen, L. C. G. Malmberg.

Dopsch, Alfons, Reformkirche und Landesherrlichkeit in Österreich, in: Festschrift des akademischen Vereines deutscher Historiker in Wien S. 25 ff.

Möller, R., Forschungen zur Geschichte von Kaisertum und Papsttum im Beginn des 14. Jahrhunderts (74). Rostocker phil. Diss. Berlin, Ebering.

Kaiser, Hans, Die Annahme des Wiener Konkordats durch Bischof Ruprecht von Strassburg, in: Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins N. F. XXIX, 604 ff.

Schlosser, Joseph, Die Lehre vom Widerstandsrecht der Untertanen gegen die legitime Fürstengewalt bei den Katholiken des 16. Jahrhunderts. Bonner philos. Diss. (101). Bonn, Ludwig.

Serrano, Luciano, Correspondencia diplomatica entre España y la Santa Sede durante el pontificado de s. Pio V. II. (CXIII u. 535) u. III (CXXII u. 523). Roma, Impr. del Instituto Pio IX.

d'Angelo, Maria, Luigi XIV e la s. Sede, 1689—1693. (65). Roma, Tip. Unione ed. L 2,—.

Döberl, Anton, Aus dem Tagebuch des Nuntius A. della Genga, in: Historisch-politische Blätter CLIV, 768 ff. (Betr. die Anwesenheit beim Regensburger Reichstag 1806).

Widmann, E., Die religiösen Anschauungen des Fürsten Metternich. (VIII u. 39). Gießener phil. Diss. Darmstadt, Winter.

Schwahn, Lukas, Die Beziehungen der katholischen Rheinlande und Belgiens in den Jahren 1830—1840. Ein Beitrag zur Vorgeschichte der kirchlichen und politischen Bewegung unter den rheinischen Katholiken. [Strassburger Beiträge zur neueren Geschichte XI]. (XX u. 208). Strassburg i. E. Herder. M 4,80.

Favero, Aless., Stato e Chiesa e loro rapporti nel pensiero giuridico-politico di Antonio Rosmini Serbati. Tesi per la laurea in giurisprudenza (Torino) (LXXII u. 361). Ivrea, L. Garda, 1913.

Henrici, Hermann, Die Entwicklung der Basler Kirchenverfassung bis zum Trennungsgesetz (1910). Ein Beitrag zur Geschichte des Staatskirchenrechts, in: Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte XXXV, Kan. Abt. IV, 151 ff.

b) Einzelne Kirchen und kirchliche Territorien.

Wymann, Eduard, Die Geistlichen des Sextariates Luzern von 1588 bis um die Mitte des 17. Jahrhunderts, in: Zeitschrift für Schweizerische Kirchengeschichte VIII, 161 ff.

Rizzardo, Giov., Il patriarcato di Venezia durante il regno napoleonico, 1806—1814. [Estratto d. Nuovo Archivio veneto] (199). Venezia, C. Ferrari.

c) Einzelne hierarchische Beamte und Rechtsinstitute.

Jungnitz, Joseph, Die Breslauer Weihbischöfe. (VIII u. 453). Breslau, Görlich.

Schultze, Alfred, Stadtgemeinde und Kirche im Mittelalter, in: Festschrift für Rudolph Sohm, 105 ff.

Meurer, Franz, Der mittelalterliche Stadtgrundriss im nördlichen Deutschland in seiner Entwicklung zur Regelmäßigkeit auf der Grundlage der Marktgestaltung. Berlin, o. J. (1914) Paul Franke.

Wirtz, Heinrich, Donum, investitura, conductus ecclesiae. Ein Beitrag zur Geschichte des kirchlichen Stellenbesetzungsrechtes auf Grund rheinischer Urkunden vornehmlich des 12. Jahrhunderts, in: Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte XXXV, Kan. Abt. IV, 116 ff.

Srbik, Heinrich Ritter von, Zum ius primariarum precum, ebenda, 486 ff.

Keussen, Hermann, Der Rotulus von S. Maria im Kapitol vom Jahre 1300, in: Mitteilungen aus dem Stadtarchiv von Köln XXXV, 95 ff. (Betr. hauptsächlich die Besetzung der kölnischen Pfarrkirchen im Mittelalter.)

Mitteis, Heinrich, Beaumanoir und die geistliche Gerichtsbarkeit. Zugleich ein Beitrag zur Geschichte des Prozessrechts, in: Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte XXXV, Kan. Abt. IV, 263 ff.

Stutz, Ulrich, Parochus, ebenda 497 f.

Sellin, Gotthilf, Burchard II., Bischof von Halberstadt. (1060—1088). (X u. 168). Leipzig und München, Duncker & Humblot. M 4,—.

Geyer, J., Papst Klemens III. (1187—1191). (VI u. 37). Jenenser phil. Diss. Bonn, Marcus & Weber.

Niegel, Lorenz, Berthold, Graf von Leiningen, Bischof von Bamberg 1258—1285. Haller philos. Diss. (75). Halle a. S., Kaemmerer.

Ströbele, Hermann, Nicolaus von Prato, Kardinalbischof von Ostia und Velletri. Ein Beitrag zur Geschichte des Kardinalates zu Beginn des 14. Jahrhunderts. Freiburger (i. B.) philos. Diss. (93), Freiburg i. B., Hammerschlag & Kahle.

Guilday, Peter, The english catholic refugees on the Continent 1558—1795. I: The englisch Colleges and Convents in the catholic low countries. (480). London, Longmans. Sh 2,75.

d) Evangelisches Kirchenrecht.

Heerdegen, Phil. Arno, Geschichte der Allgemeinen Kirchenvisitation in den Ernestinischen Landen im Jahre 1554/55. [Supplementsheft der Zeitschrift des Vereins für Thüringische Geschichte und Altertumskunde. 6] (VIII u. 182). Jena, Gustav Fischer.

Riemer, M., Die General- und Lokal-Kirchenvisitationen im Herzogtum Magdeburg während des 18. Jahrhunderts, in: Geschichts-Blätter für Stadt und Land Magdeburg IXL, 1 ff.

e) Finanz- und Vermögensrecht.

Darpe, Franz, Güter- und Einkünfte-Verzeichnisse der Stifter Langenhorst, Metelen, Borghorst, sowie der Klöster Groß- und Klein-Burlo. [Codex traditionum westfalicarum, herausg. von der hist. Kommission der Provinz Westfalen, 7] (XII u. 258). Münster, Theissing. M 8,—.

Floer, Fr., Das Stift Borghorst und die Ostendorfer Mark. (VII u. 157). Tübinger phil. Diss.

f) Ordensrecht.

Clarke, Lowther W. K., St. Basil the Great. A Study in Monasticism. (VII u. 176). Cambridge, University Press, 1913. Sh. 7,60.

Sachsen, Johann Georg Herzog zu, Streifzüge durch die Kirchen und Klöster Ägyptens (X u. 80 mit 239 Abbildungen auf Tafeln). Leipzig u. Berlin 1914. M 7,40.

Viebacher, A. Ein Gang durch die Geschichte der deutschen Benediktinerregel von Kero bis Schmidt, in: Studien und Mitteilungen zur Geschichte des Benediktinerordens und seiner Zweige, N. F. IV, 525 ff.

Kolmer, L., Odo der erste Cluniacenser Magister. (62). Programm des Gymnasiums zu Metten 1913.

Schreiber, Georg, Studien zur Exemtionsgeschichte der Zisterzienser. Zugleich ein Beitrag zur Veroneser Synode vom Jahre 1184, in: Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte XXXV, Kan. Abt. IV, 74 ff.

Minařik, Clemens, Die Provinzvikare der österreichisch-böhmisch-polnischen Observantenprovinz von 1451 bis 1467, in: Franziskanische Studien I, 328 ff.

Doelle, Ferdinand, Die Statuten der Klarissen zu Weissen-

fels aus dem Jahre 1513, in: Franziskanische Studien I, 356 ff.

Krebs, Engelbert, Das Visitationsprotokoll des Klosters Wonnetal vom Jahre 1755, in: Studien und Mitteilungen zur Geschichte des Benediktinerordens und seiner Zweige N. F. IV, 516 ff.

Falconio, D., I Minori riformati negli Abruzzi. 3 voll. (392; 540; 302). Roma, Bertero 1913—14. L 25,—.

g) Verwaltung der Sakramente.

Rapp, J. V., Zur Geschichte der Bußpraxis im ersten christlichen Jahrhundert. (26). Horn (Niederösterreich), Berger 1913.

Paulus, N., Der Hauptschädling des Ablasses im Mittelalter, in: Historisches Jahrbuch der Görresgesellschaft XXXV, 509 ff.

Verzeichnis der bei der Redaktion eingelaufenen Bücher.[1]

Blume, Karl, Abbatia. Ein Beitrag zur Geschichte der kirchlichen Rechtssprache. [Kirchenrechtliche Abhandlungen, herausgeg. von U. Stutz, 83]. 8° (VIII u. 118). Stuttgart. Enke, 1914. M 5,40.

Freund, Gottfried, Die Feuertaufe einer bosnischen Konvertitin. 3. Aufl. 8° (64). Buchdruckerei »Sarajevoer Tagblatt«. Als Manuskript gedruckt.

Grentrup, Theodor, S. V. D., Die Rassenmischehen in den deutschen Kolonien. [Veröffentlichungen der Görres-Gesellschaft, Sektion für Rechts- und Sozialwissenschaft 25]. gr. 8° (VII u. 137). Paderborn, Schöningh, 1914. M 4,—.

Henrici, Hermann, Die Entwicklung der Basler Kirchenverfassung bis zum Trennungsgesetz (1910). [Sonderabdruck aus der Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte Bd. XXXV, Kan. Abt. IV] (116).

Heyer, Friedrich, Die Dekretalensammlungen aus dem 1. Jahrzehnt des 13. Jahrhunderts mit besonderer Rücksicht auf Heinrich Singer, Die Dekretalensammlung des Bernardus Compostellanus antiquus. [Sonderabdruck aus der Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte XXXV, Kan. Abt. IV S. 583—608].

Huszár, Elemér, Egyházjog II. Kötet: Szentségi jog. (Jus sacramentale.) gr. 8°. (262). Budapest, Neuwald, 1914. Kr 5.—.

Jemolo, A. C., Stato e Chiesa negli scrittori politici italiani del seicento e del settecento. 8° (322). Torino, Bocca, 1914. L 10,—.

---

1) Die Bücher, die das Kirchenrecht berühren, werden besprochen, soweit der verfügbare Raum ausreicht. Eine Rücksendung ist in allen Fällen ausgeschlossen.

Keussen, Hermann, Der Rotulus von S. Maria im Kapitol vom Jahre 1300. [Sonderabdruck aus den »Mitteilungen aus dem Stadtarchiv von Köln« Heft 35]. gr. 8° (S. 95—211).

Löhr, Josef, Über die Natur der Rechte, die den Pfarrern und Gläubigen während des französischen Trennungsgesetzes an den Kirchen zustehen. Breslauer Habilitationsrede 1914. [Sonderabdruck aus dem Archiv für katholisches Kirchenrecht XCV] (32).

Niedner, Johannes, Recht und Kirche. [Sonderabdruck aus der Festschrift für Rudolph Sohm]. gr. 8° (S. 275—315). München und Leipzig, Duncker & Humblot, 1914. M 1.—.

Österreichische Zeitschrift für öffentliches Recht, herausgeg. von Edmund Bernatzik, Max Ritter Hussarek von Heinlein, Heinrich Lammasch und Adolf Menzel. I. Jahrg. 5. u. 6. Heft. Wien, Manz'sche Buchhandlung, 1914. Jahresabonnement für 6 Hefte Kr 24,—.

Regesta Pontificum Romanorum. Congessit Paulus Fridolinus Kehr. Italia Pontificia. Vol. VI: Liguria sive Provincia Mediolanensis. Pars II: Pedemontium — Liguria Maritima. Lex 8° (XXXVII u. 392). Berlin, Weidmann 1914. M 15,—.

Schäfer, Karl Heinrich, Deutsche Ritter und Edelknechte in Italien. III. Buch: Im Kaiserlichen und Ghibellinischen Dienste zu Pisa und Lucca. [Quellen und Forschungen aus dem Gebiete der Geschichte, herausgeg. von der Görres-Gesellschaft 16]. gr. 8°. (X u. 462). Paderborn, Schöningh, 1914. M 18,—.

Schermann, Theodor, Die allgemeine Kirchenordnung, frühchristliche Liturgien und kirchliche Überlieferung. I.: Die allgemeine Kirchenordnung des zweiten Jahrhunderts. [Studien zur Geschichte und Kultur des Altertums, herausg. von der Görres-Gesellschaft, 3. Ergänzungsb.] gr. 8°. (VIII u. 136). Paderborn, Schöningh, 1914. M 6,—.

Schilling, Otto, Naturrecht und Staat nach der Lehre der alten Kirche. [Veröffentlichungen der Görres-Gesellschaft, Sektion für Rechts- und Sozialwissenschaft 24]. gr. 8° [VIII u. 247). Paderborn, Schöningh, 1914. M 7,—.

Schultze, Alfred, Stadtgemeinde und Kirche im Mittelalter. [Sonderabdruck aus der Festschrift für Rudolph Sohm]. gr. 8°. (S. 105—142). München und Leipzig, Duncker & Humblot 1914. M 1,—.

I. Abhandlungen.

1. Römische Rotaprozesse aus den sächsischen Bistümern von 1464—1513.

Regesten aus dem Archive der Römischen Rota.

Von Professor Dr. *Nikolaus Hilling* in Bonn.

(Fortsetzung; vgl. I. Quartalheft Bd. 95 S. 33 ff.)

II. Die Diözese Münster.

Nach der Behandlung der beiden ostfälischen Bistümer Hildesheim und Halberstadt lassen wir an erster Stelle das westfälische Bistum Münster folgen, das die grösste Anzahl der überlieferten Prozesse aufweist und mit seinen 99 Prozessen sogar die Diözese Halberstadt überragt, während es hinter Hildesheim nur um 4 zurückbleibt. Auch sind die Münsterschen Prozessregesten besonders bemerkenswert, weil die bekannten Persönlichkeiten eines *Johannes Potken, Johannes Ingenwinckel* und *Wilhelm von Enckenvort* häufiger in ihnen auftreten. Das zur Münsterschen Diözese gehörende Ostfriesland hat sich mehrfach an den Römischen Rotaprozessen beteiligt.

Erklärung der Abkürzungen.

A. R. = Archivium notarile Rotae.
cl. = clericus.
not. pal. = notarius causarum palatii Apostolici, amtliche Bezeichnung der Rotanotare.
presb. = presbyter.
proc. caus. = procurator causarum, Prokurator an der Rota.
proc. substit. = procurator substitutus, Stellvertreter des von den Parteien beauftragten Prokurators.
R. p. d. = Reverendus pater dominus, Ehrentitel der Auditoren der Rota und anderer Würdenträger der Kirche.

Numerus	Ao.	Titulus causae	Partes litigantes	Procuratores partium	
				a) Actoris	b) Rei
1.	9. I. 1465 – 30. I. 1465	Pecuniaria	Herm. Bintriem	1. Henr. Husman	1. Wesselus Dumster, proc. substit.
2.	21. IV. 1466 – 7. XI. 1470	Canonicatus et praebendae Dulmaniensis (Dülmen)	Heiningus	1. Wesselus Dumster, proc. caus. 2. Dithmar. Calde 3. Henr. de Bonna	
3.	20. V. 1474 – 27. III. 1476	Vicariae sancti Blasii	Bernard. Werninck de Borchorst c a Henr. Redeker	1. Arnold. Grundick	1. Gerwinus Miteken

Testes a) pro Actore	Testes b) pro Reo	Jura producta	Annotationes	Fontes
			30. I. 1465 litterae declaratoriae de 1464, 26. Julii ad instantiam Herm. Bintriem affixae sunt in valvis ecclesiae sancti Celsi audientiae auditoris Camerae et intimatae magistro Wesselo Dumster, prout a tergo.	A. R. Manuale 1
1. Mag. Joh. Lente, proc. caus. 2. Henr. Steenwech, proc. caus. 3. Joh. Belholt, cl. Monast. 4. Theod. Sartoris, cl. Minden. 5. Joh. Rawert, cl. Osnabrugen.		21. IV. 1466 Wesselus Dumster proc. dedit certos articulos et duas literas apostolicas, unam videlicet gratiosam et aliam executoriam de canonicatu et praebenda, de quibus agitur, per Pium II. concessas.	21. IV. 1466 Wesselus Dumster proc. dedit mandatum partis suae. Idem obtinuit terminum ad producendum omnia per audientiam contradictarum. 6. VII. 1467 Henr. de Bonna iuravit iuramentum calumniae. 8. VII. 1467 idem obtinuit concludi et pronuntiari sententiam definitivam. 6. VI. 1468 commissio dependens praesentatur super literis executorialibus decernendis. 12. V. 1469 Henr. Hecht obtinuit taxari expensas in hac causa pro Heiningo principali factas ad formam XXIII floren. auri de camera.	A. R. Manuale 1
1. Joh. Damelt, cl. Monast. 2. Joh. Morman, cl. Osnabrug. 3. Joh. Schmerbusch, not. palat. 4. Bernard. Sundesbeke 5. Joh. Konorde 6. Joh. Listige	1. Bernard. Bispinck, cl. Monast. 2. Bernard. Sundesbeke, cl. Monast. 3. Gottfrid. Herde, cl. Monast. 4. Henr. Mugge, cl. Monast. 5. Henr. Thegede, cl. Monast.	1. VI. 1474 Arnold. Grundick proc. dedit iura: instrumentum appellationis interpositae per Bernard. de Borchorst et insinuationis eiusdem appellationis. 1. VII. 1474 Arnold. Grundick proc. produci fecit iura: 1. primarias preces sive nominationem Bernardi Borchorst sigillo rotundo Imperatoris Friderici	20. V. 1474 commissio nova praesentatur. 1. VI. 1474 Grundick proc. obtinuit decerni per audientiam contradictarum. Mag. Gerwinus Miteken, proc. partis adversae, petiit compulsoria ad partes. 2. VI. 1474 citatur Arnoldus Grundick ad concordandum de iudicibus et loco. Arnoldus Grundick et Gerwinus Miteken elegerunt pro iudicibus decanos maioris et veteris ecclesiae Monast.	A. R. Manuale 6

Numerus	Ao.	Titulus causae	Partes litigantes	Procuratores partium a) Actoris	b) Rei
4.	18. VI. 1475 | 27. XII. 1476	Ecclesiae in Enigerloe	Gerard. Kint ca Gerard. Zuthoff	1. Mag. Joh. Orten, proc. caus. 2. Henr. Steynwech, proc. caus. 3. Joh. Christiani, proc. caus. 4. Anton. Konicsteyn, proc. caus. 5. Joh. Wittencop, proc. caus.	1. Mag. Arnold. Grundick, decanus ecclesiae sancti Johannis Osnabrugensis

Testes a) pro Actore	Testes b) pro Reo	Jura producta	Annotationes	Fontes
7. Herm. Klinghe 8. Wilbrand. Coesfeld, cl.Monast. 9. Joh. Rodewolt, cl.Monast. 10. Joh. Warnen de Grollis, presbyt. Monast.		sigillatas una cum processu earundem, 2. instrumentum insinuationis earundem literarum, 3. instrumentum acceptationis provisionis eiusdem Bernardi principalis, 4. instrumentum publicationis in tergo instrumenti acceptationis provisionis. 16. XI. 1474 Gerwin. Miteken proc. produci fecit iura: 1. instrumentum requisitionls capituli et copiae fundationis vicariae, 2. instrumentum possessionis domini Henr. Redeker principalis. 20. XI. 1475 Arnold. Grundick produci fecit processum certorum iurium extractorum in partibus vigore literarum compulsorialium generalium. 27. XI. 1475 idem produci fecit quoddam sumptum Calixti III. super extensione primariarum precum.	18. XII. 1475 Gerwinus Miteken monitus est, ut satisfaceret notario de salario. 20. III. 1476 commissio dependens praesentatur super sequestro decernendo. 22. III. 1476 instante Arnoldi Grundick sequestratores nominantur decani maioris et sancti Mauritii ecclesiarum intra et extra muros Monasterienses. 27. III. 1476 Gerwinus Miteken dedit cedulam appellationis, dominus auditor dedit apostolos reverentiales.	
			18. VI. 1475 Gerardus Kint principalis iuravit paupertatem. 5. VII. 1475 obtinuit Gerardus Zuthoff principalis, sibi decerni dilationem ad partes sub termino trium mensium. 24. XI. 1476 Arnoldus Grundick proc. obtinuit terminum ad producendum omnia. 27. XII. 1476 commissio dependens praesentatur.	A. R. Manuale 5

Numerus	Ao.	Titulus causae	Partes litigantes	Procuratores partium a) Actoris	Procuratores partium b) Rei
5.	19. VI. 1475 | 24. I. 1476	Canonicatus et praebendae	Vincent. de Eyl cª Wilhelmum de Ascheberg	1. Tiliman. Brandis 2. Theoder. Arndes	1. Arnold. Grundick
6.	10. XI. 1475 | 11. I. 1479	Praepositurae in Usquart (Propstei Visquard, dem Kloster Rottum inkorporiert). Vgl. *H. Reimers,* Friesische Papsturkunden (1908) 97 ff.	Abbas et conventus monasterii sanctae Julianae O. S. B. in Rothem cª Henr. Zurcsee, vicarium in Bedum et Onnonem Ewasina, praepositum in Usquart.	1. Arnold. Grundick 2. Joh. Hesboem, proc. substit. 3. Joh. Purtick, proc. substit. 4. Guillelmus Fabri, proc. substit. 5. Guillelmus de Insula, proc. substit. 6. Tiliman. Brandes, proc. substit. 7. Theoder. Arndes, proc. substit. 8. Anton. de Poldo	a) *pro Henr. Zurcsee* 1. Tiliman. Brandes 2. Albert. Cock, abbreviator de parco maiori 3. Theoder. Arndes 4. Henr. Ehich 5. Henr. Welser b) pro *Onnone Ewasina* 1. Mag. Henr. Zurcsee 2. Tiliman. Brandes, proc. caus. 3. Albert. Cock, proc. caus. 4. Theoder. Arndes, proc. caus. 5. Henr. Ehich, proc. caus. 6. Henr. Welser, proc. caus.

Testes		Jura producta	Annotationes	Fontes
a) pro Actore	b) pro Reo			
			19. VI. 1475 Tilimanus Brandis proc. Vincentii de Eyl consentit in iurisdictionem auditoris. 23. VI. 1475 idem dedit libellum. 22. X. 1475 commissio dependens praesentatur super executoribus instante Vincentio de Eyl. 23. X. 1475 notarius causae dixit, non valere relationem attento, quod commissio fuit praesentata heri. 24. I. 1476 Vincent. de Eyl obtinuit decerni executoriales.	A. R. Manuale 6
1. Otto Tersteghe, cl. Traiect., testis affuturus. 2. Joh. Episcopus Larissensis testis aff,uturus. 3. Wesselus Bispinck, cl.Monast. 4. Henr. Mugge ,cl. Monast. 5. Bernard. Hughe, cl. Monast. 6. Joh. de Meppis, cl. Osnabrug. 7. Stephanus Helmici, cl. Traiect. 8. Albertus Totenswade, laicus Traiect., testis affuturus. 9. Herm.		8. I. 1477 Arnold. Grundick proc. dedit duas executiones: unam contra Henr. Zurcsee et Abbakonem eius filium, alteram contra Abbakonem et Henr. Zurcsee. 17. I. 1477 idem dedit executiones contra Onnonem principalem et contra decanum Xanctensem et notarium eius. 7. II. 1477 idem produci fecit duos processus in partibus habitos et extractos in vim literarum compulsorialium necnon duo instrumenta, unum appellationis domini abbatis principalis a molestatione, aliud executionis factae contra Henr. Zurcsee, et duo alia mandata, unum emanatum a domino Abbakone principali tamquam prae-	10. XI. 1475 commissio nova praesentatur. Mag. Arnoldus Grundick proc. obligavit se de ratihabendo. Idem obtinuit citationem sub termino LX dierum. 9. XII. 1475 commissio dependens praesentatur. 20. V. 1476 Arnoldus Grundick obtinuit processum per audientiam contradictarum. 8. XII. 1476 commissio dependens praesentatur. 3. III. 1477 Arnoldus Grundick proc. obtinuit committi commissarios iuxta tenorem bullae alias productae. 22. XII. 1477 dominus auditor pronuntiavit sententiam.	A. R. Manualia 6, 9 u. 12

Numerus	Ao.	Titulus causae	Partes litigantes	Procuratores partium	
				a) Actoris	b) Rei

Testes		Jura producta	Annotationes	Fontes
a) pro Actore	b) pro Reo			
Schenkinck, cl. Monast. 10. Wulfard. Medenblick, cl. Traiect. 11. Bernard. Ribikonis, cl. Monast.		posito in Usquart et alterum a domino Henrico Zurcsec vicario et commissario domini praepositi Usquartensis. 28. II. 1477 idem produci fecit bullam Sixti IV avocationis causae de partibus ac mandati de uniendo. 16. IV. 1477 idem produci fecit septem iura: 1. Instrumentum appellationis domini abbatis Eberhardi a decreto citationis et illius executionis emanatae a decano Xanctensi iudice ad instantiam Thomae de Gelria tunc principali unacum insinuatione eiusdem appellationis, 2. Instrumentum appellationis domini Eberhardi a mandatis poenalibus et aliis gravaminibus per dominum decanum Xanctensem iudicem assertum decretis unacum tribus instrumentis: a) insinuationis factae Thomae de Gelria, b) domino decano Xanctensi factae, c) responsionis apostolorum per eundem decanum factae, 3. Instrumentum appellationis a sententia declaratoria per eundem decanum Xanctensem lata unacum duobus instrumentis: a) insinuationis pro dicto decano, b) responsionis apostolorum, 4. Instrumentum mandati procurationis domini Eberhardi ad insinuandam appellationem, 5. Instrumentum processus collationis praeposituræ in Usquart cuidam Abakoni Ewasina factae per legatum in partibus decretae et fulminatae per venerabiles viros Ludolphum de Verne in utroque iure licentiatum et decanum Traiectensem et Joh. Militis praepositum Arnhemensem, Traiectensis dioecesis, iudices et executores, 6. Instrumentum appellationis Eberhardi abbatis a provisione domini Abakonis per legatum factae et a processu per executores decreto unacum insinuatione ac remissione huiusmodi causae ad Romanam curiam, 7. Mandatum procurationis domini Eberhardi abbatis ad prosequendam causam.		

Numerus	Ao.	Titulus causae	Partes litigantes	Procuratores partium a) Actoris	b) Rei
7.	18. III. 1476	bonorum		Arnold. Grundick	
8.	5. XI. 1477 | 1. VI. 1478	Decanatus et praebendae sancti Pauli (alter Dom zu Münster)	Joh. de Daventria ca Bern. Werninck de Borchorst et Stephanum Romer	1. Mag. Theoder. Clinckrode, proc. caus. 2. Henr. Stenwech, proc. caus. 3. Tiliman. Brandes, proc. caus. 4. Theoder. Arndes, proc. caus. 5. Joh. de Porta, proc. caus. 6. Henr. Bockenaw, proc. caus. 7. Arnold. Clover, proc. caus.	a) *Bernardi Werninck de Borchorst* 1. Bernard. Mumme, decanus ecclesiae s. Ludgeri Monast. 2. Tiliman. Brandes 3. Theoder. Arndes
9.	14. V. 1479 | 16. VI. 1479	Canonicatus et praebendae	Adrian. de Hacke ca Gerlacum de Buren	1. Mag. Arnold. Clover	1. Joh. Hesboem
10.	5. VII. 1479	Canonicatus	Gerard. Toppinck		1. Nicol. de Parma

Testes		Jura producta	Annotationes	Fontes
a) pro Actore	b) pro Reo			
			18. III. 1476 commissio nova praesentatur. Arnold. Grundick proc. dedit mandatum suum et obtinuit literas compulsorias.	A. R. Manuale 6
			20. II. 1478 Tiliman. Brandes proc. Joh. de Daventria obligavit se de ratihabendo. Idem obtinuit literas compulsorias generales. 27. IV. 1478 Henr. Bockenaw, proc. Joh. de Daventria, dedit executionem citationis contra Bern. Werninck de Borchorst et obtinuit sibi decerni processum per audientiam contradictarum. 1. VI. 1478 idem obtinuit terminum ad producendum omnia.	A. R. Manuale 5
			15. VI. 1479 commissio dependens praesentatur. 16. VI. 1479 Arnold. Clover proc. dedit cedulam expensarum et obtinuit, taxari expensas ad LXXV florenos auri de camera. Idem petiit et obtinuit, relaxari sequestrum ac decerni literas executoriales in forma iuxta tenorem commissionis dependentis.	A. R. Manuale 12
			5. VII. 1479 citatus est Nicol. de Parma proc. ad dicendum contra commissionem instante Gerardo Toppinck principali.	A. R. Manuale 11

Numerus	Ao.	Titulus causae	Partes litigantes	Procuratores partium	
				a) Actoris	b) Rei
11.	20. X. 1482	Concordiae	Schotto de Benem c^a Herm. de Langhe et Theoder. de Morien		
12.	27. V. 1483 | 11. V. 1484	Vicariae in ecclesia sancti Lamberti (in Münster)		1. Joh. Fabri	1. Arnold.Clover
13.	27. I. 1484 | 4. II. 1484	Canonicatus et praebendae sancti Martini (in Münster)	Joh. Prenger c^a Joh.Fockingk		
14.	8. II. 1484	Decanatus in Freckenhorst	Henr. Westkerke		
15.	29. V. 1484 | 3. II. 1485	Praebendae in Beckem (Beckum)	Joh. Listighe, cl. Monast. c^a Joh.Bispinck, cl. Monast.		

Testes		Jura producta	Annotationes	Fontes
a) pro Actore	b) pro Reo			
			Schotto de Benem petit commissionem executorialem, quam papa concedit. Orator tres sententias, unam coram officiali Coloniensi et duas coram auditoribus Rotae, pro se et contra Hermannum de Langhe et Theodericum de Morien praetensos executores reportavit super nullitate sententiae, quam officialis Coloniensis pro adversario suo Hermanno de Benem pronuntiavit.	A. R. Commissiones
			27. V. 1483 commissio nova praesentatur. 16. VI. 1483 Joh. Fabri proc. repetiit iura prioris instantiae. 4. VII. 1483 Arnold. Clover ex adverso proc. citatus est ad concludendum et audiendam sententiam. 11. VII. 1483 Arnold. Clover appellavit a sententia. 11. V. 1484 commissio executionis praesentatur.	A. R. Manuale 13
			27. I. 1484 commissio praesentatur. 4. II. Joh. Prenger dedit libellum.	A. R. Manuale 13
			8. II. 1484 Henr. Westkerke principalis obtinuit citationem partis adversae.	A. R. Manuale 12
			Joh. Listighe in prima instantia sententiam reportavit pro se et contra Joh. Bispinck reum et intrusum, contra quam victus appellavit. Appellatione de-	A. R. Commissiones

Numerus	Ao.	Titulus causae	Partes litigantes	Procuratores partium	
				a) Actoris	b) Rei
16.	14. VI. 1484 | 12. XI. 1484	Dulmaniensis praebendae (Kollegiatstift in Dülmen)	Joh. Heydinck	1. Bernard. Egebrecht 2. Joh. Listighe 3. Henr. Tenckinck 4. Joh. Vockinck 5. Herm. Ovelsust 6. Joh. Berinckusen	1. Laurent. Algast 2. Paul de Ceretanis
17.	28. VI. 1484 | 8. VIII. 1484	Erectionis beneficii in Vreden (Vgl. *Fr. Tenhagen* in Westf. Zeitschrift 49 I, 97 ff.)	Proconsules et consules opidi Vreden	1. Mag. Stephan. Rumeler	
18.	10. I. 1487 | 29. I. 1487	Praepositurae in Fermissen (Farmsum in Ostfriesland)	Otto de Langen		
19.	28. VII. 1488	Capellaniae ad altare sanctorum Antonii et Elisabeth	Henr. Tenkoer		
20.	11. X. 1488 | 17. XI. 1493	Iniuriarum sive bonorum	Herbord. Vrese c^a civitatem Monasteriensem	1. Reyner. Overhoff 2. Conrad. Vornhagen	1. Anton. de Poldo 2. Joh. Volquini 3. Bernard. Gruter

Testes a) pro Actore	Testes b) pro Reo	Jura producta	Annotationes	Fontes
			relicta Joh. Listighe literas executoriales petivit.	
			5. VII. 1484 Mag. Laurent. Algast proc. citatus est ad articulandum instante Joh. Heydinck principali. 20. X. 1484 Joh. Heydinck obtinuit terminum ad producendum omnia. 12. XI. 1484 causa de consensu partium usque ad mensem aprilis differtur.	A. R. Manuale 13
			28. VI. 1484 commissio nova praesentatur. Mag. Stephanus Rumeler obligavit se de ratihabendo. 8. VIII. 1484 commissio dependens praesentatur.	A. R. Manuale 12
1. Franco de Orten 2. Arnold. Brummen 3. Ludolph. de Yttersum		10. I. 1487 Otto de Langen principalis produxit instrumentum executionis.	29. I. 1487 Otto de Langen dedit certos articulos.	A. R. Manuale 16
			28. VII. 1488 commissio nova praesentatur. Henr. Tenkoer obtinuit citationem.	A. R. Manuale 19
	1. Bernard. Mummen, decanus s. Ludgeri Monast. 2. Joh. Blankebeke, licentiatus in decretis et pastor in Reckelinghusen,		11. X. 1488 commissio nova praesentatur. 21. X. 1488 Reynerus Overhoff proc. iuravit in animam principalis sui, quod non speraret iustitiam consequi contra principales suos in partibus. 5. VIII. 1489 commissio dependens praesentatur, contra quam Joh.	A. R. Manualia 10, 15, 25 und 30

Numerus	Ao.	Titulus causae	Partes litigantes	Procuratores partium a) Actoris	b) Rei
21.	15. VI. 1489 | 30. V. 1495	Decanatus trans Aquas (Kloster Überwasser in Münster)	Gerard. Cluppel, presbyter Monast. ca Bernard. Schuffuyt. cler. Monast.	1. Joh. Fabri 2. Anton. de Poldo 3. Joh. Theneren 4. Joh. Fockinck 5. Gerard. ten Dorganck 6. Gerard. Westendorp	2. Joh. Bledderge
22.	16. VI. 1490 | 26. XI. 1491	Bonorum sive haereditatis (Kloster Fürstenberg)	Abbatissa et sanctimoniales monasterii montis principum ordinis Cisterciensium et Anna eiusdem monasterii monialis eiusque soror Iutta ca Gotfridum et Irottum de Vener armigeros	1. Engelbertus de Ishem 2. Joh .Theneren 3. Franciscus Gruiter	
23.	19. VII. 1490	Parochialis in Metelen			

Testes		Jura producta	Annotationes	Fontes
a) pro Actore	b) pro Reo			
	Colonien. dioec.		Volquini proc. protestatus est. 27. XI. 1493 Joh. Schuddeherinck proc. obtinuit prorogari suum fatale in vim bullae Innocentii auditoribus concessae.	
1. Bernard. Conradi, cl. Monast. 2. Ludolph. de Warendorp 3. Joh. Schuddeherinck, cl. Colonien. 4. Tilman. Brabanders, not. palat. 5. Henr. Wechake, not. palat.	1. Bernard. Mumme, decanus s. Ludgeri Monast., not. palat. 2. Joh. Volquini, decanus s. Mauritii Monast., not. palat. 3. Ludolph. Swollis, cl. Monast. 4. Elbert. Wrede, cl. Colonien.	12. X. 1489 Joh. Fabri proc. produci fecit quoddam registrum coram notario Guillelmo Lamberti habitum inter quosdam Arnoldum Clover et Gerardum Cluppel intitulatum Monasteriensis decanatus trans Aquas. 23. II. 1495 Joh. Theneren proc. produci fecit instrumentum evacuationis possessionis domus et decanatus beatae Mariae Virginis trans Aquas.	15. VI. 1489 commissio nova praesentatur. 27. VI. 1489 commissio dependens praesentatur, item 16. III. 1492, 26. IX. 1494 et 21. II. 1495. 20. V. 1495 sententia definitiva secundae instantiae Rotae pronuntiatur pro Gerardo Cluppel. 30. V. 1495 Joh. Bledderge proc. appellavit.	A. R. Manualia 20, 25 u. 30 und Sententiae
			16. VI. 1490 commissio nova praesentatur. 22. VI. 1490 Engelbertus de Ishem proc. obtinuit citationem ad partes. 23. VII. 1490 idem produxit duos testes, qui iuraverunt super non tuto accessu ad Gotfridum et Irottum de Vener armigeros. 20. VI. 1491 idem obtinuit processum per audientiam contradictarum.	Manualia 18 u. 23
			19. VII. 1490 commissio dependens praesentatur.	A. R. Manuale 16

Numerus	Ao.	Titulus causae	Partes litigantes	Procuratores partium a) Actoris	Procuratores partium b) Rei
24.	8. XI. 1490 | 24. III. 1492	Parochialis in Dingeden	Joh. Loick ca Gerardum ten Dorganck	J. Joh. Volsken 2. Mag. Wolter. Herde 3. Mag. Joh. Peilsol de Attendorn, proc. caus. 4. Bernard. Gruiter, proc. caus.	1. Mag. Joh. Theneren 2. Mag. Gerard. Leppers
25.	5. XI. 1491 | 30. VIII. 1492	Executionis literarum	Gerardus et Stuermannus Fyens, Berthold. ten Grave, Henr. Schinkel, Harderus Stael, Lubbertus Kornporting, Herm. Cremers et Egbertus Koelman ca Sibrandum Wolfardi, Ottonem de Basten, redituarium Episcopi Monast.	1. Herm. Keneman 2. Nicol. de Parma, proc. substit. 3. Laurent. Algast, proc. substit. 4. Joh. Bledderge, proc. substit. 5. Joh. Eylardi, proc. substit.	1. Gerard. Leppers

Testes		Jura producta	Annotationes	Fontes
a) pro Actore	b) pro Reo			
	1. Joh. Schernhaghen, cl. Minden., notar. palat. 2. Jodocus Yse, cl. Minden. 3. Otto Spier, canonicus s. Cassii Bonnensis. 4. Yvo de Orsoy, cl. Colonien. 5. Herm. Wynkel, cl. Colonien. 6. Bruno Sartoris de Bocholdia, cl. Monast. 7. Gerard. Meyer, cl. Monast. 8. Bernard. Bertoldinck, cl. Monast. 9. Gotfrid. Pistoris alias ter Sternen, cl. Monast.	16. XI. 1491 Joh. de Attendorn proc. produci fecit literas precum primariarum Maximiliani Romanorum Regis domino Joh. Loick principali concessas. 21. XI. 1491 Mag. Gerard. Leppers proc. produci fecit quoddam sumptum gratiae expectativae domini Gerardi ten Dorganck principalis ex registro literarum apostolicarum necnon processum eiusdem gratiae expectativae per R. p. d. Episcopum Feretranum iudicem et executorem promulgatum.	8. XI. 1490 citatus est Gerardus ten Dorganck ex adverso principalis ad dicendum contra commissionem. 5. XI. 1491 Mag. Gerardus Leppers proc. produxit omnia. 19. XII. 1491 Bernard. Gruiter proc. dedit cedulam appellationis partis suae, dominus auditor dedit apostolos reverentiales. 12. I. 1492 commissio dependens executorialis praesentatur. 29. I. 1492 Gerard. Leppers proc. obtinuit decerni literas executoriales.	A. R. Manuale 16 u. 24
			5. XI. 1491 Herm. Keneman proc. dedit mandatum. Idem super non tuto accessu ad adversarios produxit duos testes ac iuravit, quod non speraret in partibus consequi iustitiae complementum. Affigantur edicta publica in ecclesiarum cathedralis Monasteriensis et parochialis sancti Martini opidi Groningen, Traiecten. dioecesis, valvis. 30. VIII. 1492 Joh. Bledderge proc. obtinuit, decerni literas compulsorias.	A. R. Manuale 23

Numerus	Ao.	Titulus causae	Partes litigantes	Procuratores partium a) Actoris	b) Rei
			in Vechta, Lambertum Beckers, comitem iuris vetiti et Henr. de Kloene.		
26.	28. III. 1492 | 7. VII. 1492	Praebendae sancti Mauritii (in Münster)	Joh. Krampe c^{a} capitulum et canonicos sancti Mauritii extra muros Monasterienses.		1. Joh. **Volquini, decanus et procurator ecclesiae sancti Mauritii** 2. Joh. **Copis proc. substit.**
27.	1. X. 1492 | 26. IV. 1493	Bocholdiensis vicariae	Winandus Tenkinck c^{a} Gerard. Meyer	1. Mag. Joh. Pottken 2. Anton. de Poldo, proc. substit. 3. Joh. Theneren, proc. substit. 4. Joh Incus (?), proc. substit. 5. Gaspar. Theneren, proc. substit.	
28.	23. IV. 1493 | 26. IV. 1493	Canonicatus et praebendae sancti Ludgeri (in Münster)	Joh. Krampe		
29.	14. IV. 1495 | 8. I. 1496	Vicariae ad altare beatae Mariae in ecclesia parochiali de Grolis	Gerard. Snegerode c^{a} Wilhelmum Grotegese, presbyterum Monast.	1. Gerard. Peze	1. Walter. **Bellens** 2. Reyner. **Overhoff**

Testes		Jura producta	Annotationes	Fontes
a) pro Actore	b) pro Reo			
1. Bernard. Mummen, decanus ecclesiae sancti Ludgeri Monast. 2. Elbert. Vrede, cl. Colonien. 3. Gerard. Westendorp, cl. Monast. 4. Joh. Eylardi	1. Rodolph. Swederen, canonicus sancti Ansgarii Bremen. 2. Reyner. Overhoff, cl. Monast. 3. Conrad. Lubberen, cl. Hildes.		28. III. 1492 Joh. Volquini procurator et syndicus capituli sancti Mauritii dedit mandatum.	A. R. Manuale 29
			1. X. 1492 Mag. Joh. Pottken proc. dedit mandatum sui principalis. 26. IV. 1493 Winandus Tenkinck principalis obtinuit, decerni citationem.	A. R. Manuale 29
			23. IV. 1493 commissio nova praesentatur. 26. IV. 1493 Joh. Krampe principalis iuravit paupertatem.	A. R. Manuale 25
			14. IV. 1495 commissio nova praesentatur. Mag. Gerardus Peze proc. domini Gerardi Snegerode obtinuit citationem contra Wilhelmum Grotegese.	A. R. Manuale 31

Numerus	Ao.	Titulus causae	Partes litigantes	Procuratores partium	
				a) Actoris	b) Rei
30.	26. V. 1495 | 16. V. 1496	Parochialium in Altenschermbeck et Wessem (Pfarrkirchen in Altschermbeck und Wessum)	Joh. Schelwort ca Gotfrid. Garthuys et Ottonem de Hemslucke		
31.	15. IX. 1495 | 12. X. 1496	Parochialis seu alterius portionis in Vreden	Reyner. de Velen ca Nicolaum Vockinck		1. Mag. Herm. Uterwich 2. Gaspar. de Theneren, proc. substit.
32.	2. X. 1495 | 3. X. 1498	Capellae in Borckloe	Andreas de Venraed ca Jacobum Clinck alias de Brabantia	1. Joh. Bledderge 2. Joh. Schelwort	1. Mag. Wilhelm. de Enckenvort

Testes a) pro Actore	Testes b) pro Reo	Jura producta	Annotationes	Fontes
			26. V. 1495 Joh. Schelwort principalis obtinuit inhibitionem ad partes contra suos adversarios.	A. R. Manuale 35
			15. IX. 1495 Reynerus de Velen principalis obtinuit citationem et inhibitionem ad partes contra suum adversarium.	A. R. Manuale 35
1. Joh. Vicecomitis, not. socius, cl. Roman. 2. Mathaeus Vicecomitis, cl. Roman. 3. Joh. de Novocastro, cl. Colonien. 4. Michael Fastenberg, cl. Caminen. 5. Gotfrid. Boel de Orsoy, cl. Colonien. 6. Arnold. Platte, decan. Assindiensis, cl. Colonien. 7. Elbert. Wrede, rector parochialis in Alpen, cl. Colonien. 8. Tilman Wedekint, cl. Minden. 9. Reyner. de Velen, canonicus Monast.			2. X. 1495 Joh. Bledderge proc. obtinuit literas executoriales. 18. I. 1496 sententia definitiva pronuntiatur. 1. II. 1496 Jacobus Clinck alias de Brabantia ex adverso principalis excommunicatus est in campo Florae. 22. XII. 1496 commissio dependens praesentatur. 17. VII. 1497 Andreas de Venraed consensit expresse in commissionem absolutionis et relaxationis interdicti. 18. VII. 1497 Mag. Wilhelm. de Enckenvort obtinuit, decanis s. Cuniberti Colonien. et s. Walburgis Arnhemen., Traiecten. dioec., ecclesiarum committi absolutionem in dominum Jacobum Clinck ob non paritionem literarum executorialium latam. 9. VIII. 1497 relaxatur sententia interdicti super oppida Davantriae, Zutphaniae et Grolle ob non paritionem literarum executorialium lata.	A. R. Manualia 35 u. 37

Numerus	Ao.	Titulus causae	Partes litigantes	Procuratores partium a) Actoris	Procuratores partium b) Rei
33.	9. XII. 1495 | 14. XII. 1506	Observationis concordiae et iurium trans Aquas (Ueberwasser in Münster)	Abbatissa et moniales trans Aquas et Reyner. Jodenfelt c^a Rectorem et fratres domus Fontis salientis (Kloster der Fraterherren Springborn in Münster)	1. Joh. Bledderge 2. Marian. de Cuccinis 3. Joh. Potken 4. Joh. Schurman, proc. substit. 5. Petrus Berchem	1. Walter. Bellens, proc. et dominus litis 2. Martin. Grundick, proc. subst. 3. Thomas Regis, proc. substit. 4. Joh. Sledehus, proc. substit. 5. Augustin. de Pistorio, proc. substit. 6. Joh. Laurentii, proc. substit. 7. Conrad. Hovet, proc. substit. 8. Nicol. de Parma, proc. substit. 9. Joh. Buren, proc. substit. 10. Alex. de Bononia, proc. substit.
34.	9. III. 1496 | 11. VI. 1501	Parochialis in Heesen	Herbord. Cock de Stromberch c^a Herm. Fomelen	1. Nicol. Foqueti, proc. caus. 2. Joh. Bledderge, proc. caus. 3. Lucas Cornratter, proc. caus. 4. Herm. Wechhaken, proc. caus. 5. Dominic. Borkhusen, proc. caus. 6. Joh. Vonhoff, proc. caus. 7. Joh. Cleynsmyt, proc. caus. 8. Wessel. ten Somerhus, proc. caus. 9. Clem. Merckant, proc. caus. 10. Mag. Augustin. de Pistorio, proc. substit. 11. Arnold. Crawinkel, proc. substit.	1. Joh. de Teneren

Testes		Jura producta	Annotationes	Fontes
a) pro Actore	b) pro Reo			
	1. Reynold. Langenhorst, cl. Monast. 2. Albert. Sartoris, cl. Osnabrugen. 3. Joh. Cotman de Unna 4. Joh. Holtupderheyde 5. Herm. Berendinck 6. Joh. Overhoff, cl. Monast. 7. Gerard. Heydeman, cl. Monast. 8. Joh. Venthus, cl. Monast. 9. Joh. Hanekesboeke, cl. Monast. 10. Herm. Halem (?), cl. Monast.	18. V. 1502 Walter Bellens proc. produci fecit quendam processum in partibus coram officialibus Monast. et Colonien. successive habitum. 8. X. 1506 Joh. Sledehus proc. produci fecit quatuor cedulas apertas in vulgari Alamanico scriptas et per dominam Sophiam Dobbers abbatissam subscriptas.	4. V. 1496 sententia definitiva pronuntiatur. 6. V. 1496 commissio executorialis praesentatur. 9. V. 1496 taxantur expensae ad LXXV florenos auri de camera instante Waltero Bellens proc. 27. VII. 1501 Mag. Wesselus Somerhus proc. obtinuit, deputari iudices sancti Georgii Coloniensis et sancti Adelberti Aquensis ecclesiarum decanos. 29. IV. 1502 Sophia Dobbers abbatissa trans Aquas Monast. excommunicatur ob non paritionem literarum executorialium. 12. X. 1504 commissio dependens praesentatur. Item 9. V. 1506, 8. XI. 1506 et 14. XII. 1506.	A. R. Manualia 27, 46 u. 65
	1. Henr. Scarpenberg, cl. Colonien. 2. Henr. Greve, cl. Colonien. 3. Joh. Grampe, cl. Monast. 4. Wessel. Somerhus, cl. Monast.		25. IV. 1496 Herbord. Cock principalis iuravit paupertatem.	A. R. Manualia 36 u. 46

Numerus	Ao.	Titulus causae	Partes litigantes	Procuratores partium a) Actoris	Procuratores partium b) Rei
35.	3. X. 1496 | 28. I. 1499	Canonicatus veteris ecclesiae (Alter Dom in Münster)	Egbert. Moerken c^a^ Henr. Wechake, notar. palat.	1. Walter. Bellens 2. Anton. de Poldo 3. Alex. de Bononia 4. Thom. Regis 5. Joh. Kontenbruwer	1. Joh. Wynckeler 2. Walter Bellens, proc. substit. 3. Eberhard. Engelmoer, proc. substit. 4. Thom. Regis, proc. substit.
36.	25. IV. 1497 | 30. VI. 1497	Monasteriensis et Osnabrugensis sacrilegii (Vgl. *E. Friedländer,* Ostfriesisches Urkundenbuch II, 519 f.)	Nicol. de Parma proc. fiscalis et comes Edzardus necnon totus clerus Frisiae orientalis	1. Leander de Perusia 2. Joh. Lynde 3. Joh. Potken 4. Marian. de Pellegallis 5. Conrad. Lubbern	
37.	8. II. 1498	Parochialium ecclesiarum in Herveste et Odinghusen	—		
38.	2. III. 1498 | 27. IV. 1498	Decanatus sancti Martini (in Münster)	Joh. Potken c^a^ Nicolaum Boner de Medenblick	1. Nicol. Cornratter	1. Everhard. Engelmoir 2. Walter. Bellens
39.	1. XII. 1498 | 27. V. 1502	Vicariae sancti Jodoci in ecclesia trans Aquas (Ueberwasser in Münster)	Ludolph. Blodinck c^a^ Jacobum Haex	1. Joh. Kontenbruwer 2. Joh. Vunhoff	

Testes a) pro Actore	Testes b) pro Reo	Jura producta	Annotationes	Fontes
1. Joh. Schelwort, rector parochialis ecclesiae in Campen, Traiecten. dioec. 2. Walter. Kermers, cl. Monast. 3. Joh. Bertram 4. Bernard. Hoveman 5. Joh. Frans 6. Henr. Voss		3. X. 1496 Walter. Bellens proc. dedit iura de devolutione. 28. I. 1499 Joh. Kontembruwer proc. produci fecit literas gratiae expectativae domino Egberto Moerken per Alexandrum VI. concessas una cum processu desuper.	8. VII. 1498 commissio nova praesentatur. 11. I. 1499 Joh. Hynsen alias Kontenbruwer proc. iuravit de calumnia.	A. R. Manualia 32 u. 34
1. Joh. de Meppis, rector parochialis ecclesiae in Meppis, Osnabrugen. dioec. 2. Georg. Ocken, presb. Magdeburg. 3. Heining. Schorcop, cl. Hildes.		10. V. 1497 Leander de Perusia produci fecit iura.	18. VI. 1497 Joh. Lynde proc. duo dedit mandata, unum Egfridi comitis Frisiae orientalis et alterum cleri eiusdem terrae.	A. R. Manuale 38
				A. R. Manuale 38
			2. III. 1498 Lucas Conratter proc. domini Joh. Potken, prout in actis prioris instantiae constat, dedit libellum.	A. R. Manuale 37
		1. XII. 1498 Joh. Kontenbruwer proc. produxit iura.	27. IV. 1500 citatus est Jacobus Haex principalis, ut de salario notario satisfaceret instante Joh. Kontenbruwer ex adverso proc.	A. R. Manualia 40 u. 49

Numerus	Ao.	Titulus causae	Partes litigantes	Procuratores partium	
				a) Actoris	b) Rei
40.	22. V. 1499 — 14. VI. 1507	Decanatus Horstmariensis	Nicol. Wassemberch c[a] Joh. Overbecke et Walter. von Münster	1. Marian. de Cuccinis 2. Sebast. de Faventia 3. Joh. Ingenwinkel	a) *Joh. Overbecke* 1. Alex. de Bononia 2. Joh. Schurman 3. Joh. Copis 4. Anton. de Poldo
41.	3. VI. 1499 — 10. II. 1500	Vicariae in parochiali ecclesia s. Nicomedis in Borchorst.	Joh. Seneker c[a] Joh. Leveldinck	1. Joh. Kontembruwer 2. Thomas Regis	1. Joh. Schelwort

Testes a) pro Actore	Testes b) pro Reo	Jura producta	Annotationes	Fontes
1. Joh. Kontenbruwer 2. Egbert. Moerken		29. X. 1505 Nicol. Wassemberch produci fecit quoddam instrumentum interdicti specialis.	19. X. 1500 excommunicantur Joh. Overbecke et Walter. von Münster ex adverso principales ob non paritionem literarum. 8. VII. 1502 commissio dependens praesentatur, item 18. IX. 1505 et 20. X. 1506. 3. X. 1505 Joh. Copis proc. citatur ad videndum interdictum ecclesiasticum speciale ad duas collegiatas ecclesias vicinas s. Ludgeri Monast. et opidi Dulmaniensis ampliari, instante Nicol. Wassemberch principali. 3. XII. 1506 Joh. Schurman proc. petiit, sibi responderi de apostolis super appellatione alias pro parte sua interposita. 3. III. 1507 Joh. Schurman proc. protestatus est contra bullam Nicol. Wassemberch ex adverso principalis. 14. VI. 1507 Nicol. Wassemberch principalis appellavit.	A. R. Manualia 40, 49 u. 65
1. Reyner. Overhoff 2. Wessel. Somerhues 3. Werner. Pelser 4. Werner. Scheres 5. Herm. Bodeker 6. Joh. Theneren, can. s. Cassii Bonnensis 7. Wessel. Somerhus, can. s. Cassi Bonnensis		30. X. 1499 Joh. Seneker principalis produci fecit bullam gratiae expectativae in forma pauperum sibi per Alex. VI. concessam unacum processu desuper per venerabiles viros dominos Bertoldum Jaens, praepositum s. Petri Goslariensis extra muros, Franc. Grambeke Bremensis ecclesiae decanum iudices et executores fulminato.	3. VI. 1499 Joh. Seneker principalis obtinuit processum. 31. I. 1500 sententia definitiva pronuntiatur. 10. II. 1500 instante Joh. Seneker sequestratores beneficii deputantur Engelbertus Koene, vicarius in Borchorst, et Reyner. de Velen, can. Monast.	A. R. Manuale 41

Numerus	Ao.	Titulus causae	Partes litigantes	Procuratores partium	
				a) Actoris	b) Rei
42.	12. VI. 1500	Vicariae sancti Pauli (alter Dom zu Münster)	Henr. Mollenbeke ca Joh. Ahuys alias Frye	1. Joh. Schelwort	
43.	18. VI. 1500	Paderbornensis vicariae sanctae Pusinnae et Monasteriensis praebendae	Henr. Heck		
44.	12. X. 1500 | 31. X. 1500	Monasteriensis parochialis tor Luttekemunte ac Verdensis vicariae sancti Johannis Luneburgensis (Klein-Termunten) Vgl. *H. Reimers,* Friesische Papsturkunden (1908), 103.			
45.	23. XI. 1500 | 18. VI. 1502	Bonorum sive haereditatis	Conrad. Kremer (?) ca priorem et conventum in	1. Desider. de Angerio 2. Thomas Regis 3. Joh. Richters 4. Wessel.	1. Mag. Joh. de Theneren 2. Bernard. Mocharius, proc. substit.

Testes		Jura producta	Annotationes	Fontes
a) pro Actore	b) pro Reo			
		30. I. 1500 Joh. Scheiwort proc. produci fecit instrumentum processus literarum precum primariarum per Archiepiscopum Colonien. fulminati necnon instrumentum insinuationis literarum primariarum precum abbatissae et conventui in Borchorst factae necnon instrumentum acceptationis et provisionis beneficii, de quo agitur.		
			12. VI. 1500 Henr. Mollenbeke principalis dedit libellum.	A. R. Manuale 41
			18. VI. 1500 commissio causae praesentatur. Henr. Heck principalis obtinuit inhibitionem ad partes.	A. R. Manuale 40
			12. X. 1500 commissio nova praesentatur, item 31. X. 1500	A. R. Manuale 47
			23. XI. 1500 Conrad. Kremer (?) principalis iuravit paupertatem.	A. R. Manualia 40 u. 49

Numerus	Ao.	Titulus causae	Partes litigantes	Procuratores partium a) Actoris	b) Rei
			Burloe, Nicolaum Buchelman et alios litis consortes	Somerhuiss 5. Henr. Wynen	3. Joh. Rasow, proc. substit. 4. Herm. Cock, proc. substit. 5. Daniel Ruwe (?), proc. substit. 6. Joh. Vunhoff, proc. substit. 7. Herm. Fomelen, proc. substit.
46.	16. I. 1501 | 3. VI. 1502	Praebendae in Horstmar	Nicol. Wasemberch c^a^ Christianum Westenberch		1. Joh. Richters de Borchen 2. Wessel. tom Somerhus, proc. substit.
47.	10. III. 1501 | 15. VII. 1503	Vicariae episcopalis	Wessel. Somerhus alias Bocken c^a^ Joh. Schepbecker (?)		1. Joh. Potken
48.	17. IV. 1501 | 26. XII. 1501	Parochialis in Scopingen (Schöppingen)	Joh. Ingenwinkel c^a^ Joh. de Dey		1. Joh. Seneker

Testes a) pro Actore	Testes b) pro Reo	Jura producta	Annotationes	Fontes
			24. V. 1501 Mag. Joh. Richters proc. obtinuit processum per audientiam contradictarum.	
1. Joh. Fabri, rector parochialis ecclesiae in Meppis, dioec. Osnabrugen. 2. Petrus de Coesfeldia, cl. Monast. 3. Joh. Overhoff, cl. Monast. 4. Joh. Spickerhoff, cl. Monast.			16. I. 1501 commissio nova praesentatur. 19. I. 1501 Nicol. Wassemberch obtinuit citationem ad partes. 11. X. 1501 idem repetiit citationem. 20. X. 1501 idem dedit libellum.	A. R. Manuale 45
1. Nicol. Boner, officialis Monast. 2. Reyner. Overhoff, cl. Monast.		7. V. 1501 Joh. Potken proc. produci fecit quendam processum gratiae expectativae domini Joh. Schepbecker (?) principalis per Andream Venraed, praepositum s. Cuniberti Colonien., iudicem et executorem fulminatum.	5. VII. 1501 sententia definitiva pronuntiatur. 9. VII. 1501 Wesselus Somerhus nominavit pro parte sua sequestratorem Florentium de Langhen, canonicum Monast. sive praepositum s. Egidii Monast. 15. VII. 1501 Joh. Potken a sententia definitiva appellavit.	A. R. Manuale 51
			26. XII. 1501 Joh. Seneker proc. domini Joh. de Dey principalis dedit mandatum.	A. R. Manuale 49

Numerus	Ao.	Titulus causae	Partes litigantes	Procuratores partium a) Actoris	b) Rei
49.	14. VI. 1501 | 23. XI. 1502	Canonicatus et praebendae	Rutgerus de Dungelen ca Theoder. Ketteler et Wasmodum N.		a) *Theoder. Ketteler* 1. Mag. Joh. de Teneren 2. Joh. Vunhoff, notar. palat., proc. substit. 3. Alex. de Bononia, proc. substit. 4. Desiderius de Angerio, proc. substit. 5. Augustin. de Pistorio, proc. substit. b) *Wasmodi N.* 1. Arnold. Platte
50.	23. VI. 1501 | 28. VI. 1503	Parochialis ecclesiae in Bocholt	Ludolph. Herwech ca Winandum Tenkinck, Gerard. Meyer, Joh. Dobbe, Theoder. Rokock, Henr. Voss	1. Joh. Loys 2. Mag. Augustin. de Pistorio 3. Leander de Perusia 4. Desiderius de Angerio	a) *Winandi Tenckinck* 1. Reyner. Overhoff 2. Bernard. Mocharius, proc. substit. 3. Joh. Laurentii, proc. substit. 4. Joh. Theneren, proc. substit. b) *pro Gerardo Meyer* 1. Alex. de Bononia 2. Augustin. de Pistoria 3. Hinr. Herinck 4. Reyner. Overhoff 5. Joh. Gogreve c) *pro Theod. Rokock* 1. Bernard. Mocharius 2. Alex. de Bononia 3. Joh. Kontenbruwer 4. Wessel. Somerhus.

Testes a) pro Actore	Testes b) pro Reo	Jura producta	Annotationes	Fontes
		14. VI. 1501 Rutgerus Dungelen produci fecit quasdam literas apostolicas provisionis sibi de canonicatu et praebenda factae. 23. XI. 1502 notarius restituit domino Rutgero principali bullam mandati de providendo.	9. VI. 1502 sententia definitiva pronuntiatur. 18. VI. 1502 Wasmodus principalis appellavit, dominus auditor dedit apostolos reverentiales.	A. R. Manuale 48
1. Hinr. Nyemeyger, cl. Minden. 2. Herbord. Reys 3. Baltas. de Bilsteyn, not. 4. Petrus Lyffert, cl. Wormat. 5. Herm. Engelken (?) 6. Joh. Cracht	a) *pro Winando Tenkinck* 1. Henr. Holt, cl. Colonien. 2. Reyner. Eysinck, cl. Osnabrug. 3. Henr. Tenkinck 4. Herm. Overkampinck 5. Gerlacus Kemerlinck (?) 6. Rudolph. van der Nyemollen b) *pro Gerard. Meyer* 1. Hinr. Tenkinck 2. Benedict. Gerardi 3. Jacob. de Morsa 4. Yvo Martini 5. Rudolph. de Novomolendino	23. VI. 1501 Joh. Loys proc. domini Ludolphi Herwech principalis produxit certa iura de devolutione causae. 1. X. 1501 Ludolphus Herwech produci fecit instrumentum appellationis ab intrusione interpositae. 25. X. 1501 idem produci fecit duas bullas gratiae expectativae unacum processu desuper. 2. XII. 1501 Reyn. Overhoff proc. Winandi Tenckinck produci fecit bullas gratiae expectativae necnon processum desuper. 3. XII. 1501 Gerard. Meyer principalis produci fecit instrumentum acceptationis et provisionis necnon publicationis de ecclesia parochiali, super qua agitur.	26. VI. 1501 commissio dependens praesentatur. 28. VI. 1501 Reynerus Overhoff proc. domini Winandi Tenkinck obligavit se de ratihabendo. 28. I. 1502 commissio dependens praesentatur. 4. V. 1502 commissio dependens praesentatur pro interesse Theoder. Rokock principalis. 23. X. 1502 sententia definitiva pronuntiatur, eodem die commissio dependens praesentatur. 1. XI. 1502 item sententia definitiva pronuntiatur. 11. XI. 1502 Gerardus Meyer principalis a sententia definitiva appellavit, item 15. XI. 1502 Desiderius de Angerio et Theoder. Rokock. 20. XI. 1502 commissio dependens executorialis praesentatur contra Winandum Tenkinck et pro Henr. Voss.	A. R. Manualia 48 u. 50

Numerus	Ao.	Titulus causae	Partes litigantes	Procuratores partium	
				a) Actoris	b) Rei
					d) *pro Henr. Voss* 1. Joh. Potken 2. Nicol. Dych
51.	30. VIII. 1501 | 6. IX. 1501	Beckemensis praebendae	Conrad. Kuchenbrant		

Testes a) pro Actore	Testes b) pro Reo	Jura producta	Annotationes	Fontes
	c) *pro Theoder. Rokock* 1. Joh. Lunensberch 2. Jacob. Germerdinck 3. Claudius Violeti 4. Conrad. Lebentor 5. Albert. Terscat d) *pro Henr. Voss* 1. Joh. Spykerhoff, cl. Monast. 2. Ludov. de Dunker, cl. Halberstad. 3. Georg. Luderitze, cl. Halberstad. 4. Joh. Realt, cl. Traiect. 5. Henr. de Campis 6. Joh. Ahus 7. Paul. de Tuba 8. Joh. Starke 9. Benedict. Gerardi 10. Joh. de Horst 11. Lambert. Amelunghi 12. Gotfrid. Clare, cl. Osnabrug.	11. XII. 1501 Henr. Voss principalis produci fecit certum processum gratiae expectativae et instrumentum acceptationis et provisionis unacum processu desuper. 11. V. 1502 Theoder. Rokock principalis produci fecit quendam processum gratiae expectativae per R. p. d. Franciscum Episcopum Theanensem iudicem et executorem fulminatum.	29. XI. 1502 commissio dependens praesentatur. 23. I. 1503 sententia definitiva pronuntiatur. 8. II. 1503 commissio dependens executorialis praesentatur. 15. III. 1503 taxantur expensae. 21. VI. 1503 commissio dependens praesentatur.	
			30. VIII. 1501 commissio nova praesentatur. 6. IX. 1501 Conrad. Kuchenbrant principalis obtinuit citationem.	A. R. Manuale 45

Numerus	Ao.	Titulus causae	Partes litigantes	Procuratores partium	
				a) Actoris	b) Rei
52.	24. XI. 1501 | 7. I. 1502	Coloniensis et Monasteriensis beneficiorum	Joh. Ingenwinkel ca Gerard. Bispinck		
53.	15. XII. 1501 | 22. XII. 1501	Canonicatus et praebendae sancti Ludgeri (in Münster)		1. Lambert. Brake	1. Wessel. tom Somerhus
54.	21. I. 1502 | 25. I. 1502	Capellae in Gaylingen	Brunold. Hughmolen ca Alardum Gaylruma et Herm. Clem.	1. Mag. Thom. Regis 2. Alex. de Bononia 3. Augustin. de Pistorio 4. Gerhard. de Delen 5. Joh. Richters 6. Wessel. Somerhus 7. Herm. Wynandi 8. Thom. Malen	
55	23. I. 1502 | 20. VI. 1502	Vicariae trium Regum in Grollis	Valentin. Swartz ca Laurentium Suderhus	1. Desiderius de Angerio 2. Steph. Velt 3. Joh. Cortman	1. Henr. Greve

Testes		Jura producta	Annotationes	Fontes
a) pro Actore	b) pro Reo			
1. Joh. Spickerhoff 2. Herm. Fomelen] 3. Sanderus Sanderi 4. Gaspar. Geysel 5. Wilhelm. Enkenfort 6. Sveder. Thoer 7. Henr. Grone		29. XI. 1501 Joh. Ingenwinkel principalis produci fecit bullas mandati de providendo de parochiali ecclesia et personatu, super quibus agitur.	3. XII. 1501 Joh. Ingenwinkel principalis iuravit de calumnia. 4. XII. 1501 commissio dependens praesentatur. 7. I. 1502 Joh. Ingenwinkel principalis dedit cedulam expensarum in causa beneficii in Holtzem, Colon. dioec. Deputantur sequestratores cellerarius ecclesiae cathedralis et decanus s. Mauritii Monast.	A. R. Manuale 50
			15. XII. 1501 commissio nova praesentatur.	A. R. Manuale 44
			21. I. 1502 Brunoldus Hughmolen principalis iuravit, se non sperare posse iustitiae complementum in partibus consequi, super non tuto accessu ad adversarios produxit duos testes. Edicta publica affigantur in ecclesiarum collegiatae s. Lebuini Daventriensis et parochialis in Reden, dioec. Traiect., et parochialis in Witum terrae Frisiae Monast. valvis.	A. R. Manuale 49
1. Gisbert. Thomae, cl. Colonien. 2. Albert. Schelwort, cl .Traiect. 3. Henr. Campis, cl. Traiect.		10. VI. 1502 Desiderius de Angerio proc. produci fecit duas bullas, unam provisionis seu mandati de providendo, alteram executionis eiusdem bullae.	20.VI. 1502 Henr. Greve proc. domini Laurentii Suderhus obligavit se de ratihabendo sub poena C ducatorum.	A. R. Manuale 50

Numerus	Ao.	Titulus causae	Partes litigantes	Procuratores partium a) Actoris	Procuratores partium b) Rei
56.	23. VIII. 1502 | 10. II. 1505	Vicariae sanctae Elisabeth	Joh. Haensen ca Hinr. Graet, cl. Colonien.	1. Joh. Vunhoff 2. Reyner. Overhoff 3. Wessel. Somerhus 4. Anton Schurman 5. Herm. Glauwert	1. Joh. Ingenwinkel 2. Arnold. Goltwert 3. Joh. Ostkerken 4. Hinr. Voss
57.	28. VIII. 1502	Bocholdiensis Mariae ecclesiae	Henr. Tyelken (?)	1. Joh. de Euskirchen	
58.	23. I. 1503 | 21. IV. 1503	Bonorum feudalium		1. Mag. Joh. Schenkinck	1. Wilh. Erp
59.	24. V. 1503 | 29. V. 1503	Parochialis in Nortwolt (Nordwalde)	Dethard. Lasterpaze ca Wilh. Wehcoppe	1. Joh. Holtupderheyde 2. Joh. Vunhoff, notar. palat. 3. Alex. de Bononia 4. Joh. Cracht 5. Herm. Engelken 6. Arnold. Swilbe	
60.	21. VI. 1503 | 15. IV. 1510	Censurarum et alienationis praedii et corporis novi canonicatus et praebendae	Joh. Krampe ca decanum et capitulum s. Ludgeri (in Münster)	1. Reynold. Krawynkel	1. Joh. Potken 2. Gerard. Peze 3. Joh. Cotman de Unna 4. Joh. Schurman, proc. substit.

Testes a) pro Actore	Testes b) pro Reo	Jura producta	Annotationes	Fontes
	1. Joh. Krampe, cl.Monast. 2. Joh. Remes, cl. Monast. 3. Joh.Frans, cl.Monast. 4. Bernard. Hoveman, cl.Monast.		7. II. 1505 Arnold. Goltwert proc. super obitu Reyneri Overhoff et Wesseli Somerhus produxit tres testes.	A. R. Manuale 51
			28. VIII. 1502 Joh. de Euskirchen proc. dedit mandatum principalis sui.	A. R. Manuale 49
			23. I. 1503 citatus est Wilh. Erp ex adverso proc. ad videndum decerni literas compulsorias generales ad partes. 21. IV. 1503 Mag. Joh. Schenkinck iuravit de calumnia.	A. R. Manuale 50
			24. V. 1503 Dethardus Lasterpaze principalis obtinuit citationem contra Wilhelmum Wehcoppe ex adverso principalem.	A. R. Manuale 50
1. Reyner. de Velen, Canonicus Monast. 2. Joh. Fransen, cl.Monast. 3. Bern. Hoveman, cl. Monast. 4. Joh. Gisenheim(?), cl. Paderborn.	1. Joh. Gruter, cl. Monast. 2. Henr. Lengerinck, cl. Monast. 3. Joh.Remes, cl. Monast. 4. Bernard. Wegman. cl. Monast. 5. Joh. Vullen, cl. Monast.	18. III. 1504 Joh. Winkeler not. prioris instantiae transportavit registrum prioris instantiae. 16. IV. 1505 Joh. Krampe produci fecit quendam processum in partibus coram venerabili viro domino Joh. Heger, decretorum doctore, s. Georgii	24. VII. 1504 iudices in partibus deputantur decani ecclesiarum s. Georgii et Cuniberti Colonien.	A. R. Manualia 54 u. 75

Numerus	Ao.	Titulus causae	Partes litigantes	Procuratores partium	
				a) Actoris	b) Rei
61.	18. XII. 1503 | 20. X. 1507	Vicariae in Freckenhorst	Nicol. Wasemberch c^a Bernard. Schuffut		1. Reyner. de Velen, cl. Monast. 2. Ludolph. Herwech, cl. Monast.
62.	29. II. 1504 | 8. I. 1505	Borkensis praebendae in ecclesia sancti Remigii	Frowinus Berswort c^a Lambert. Holscheman	1. Mag. Gerard. Spamert	1. Wesselus Somerhus 2. Gerard. Peze
63.	23. III. 1504 | 29. III. 1504	Parochialis beatae Mariae in Bevergern	Henr. Lengerinck c^a Joh. ter Mollen		

Testes		Jura producta	Annotationes	Fontes
a) pro Actore	b) pro Reo			
5. Joh. Breme, cl. Colonien. 6. Henr. Lengerinck, cl. Monast. 7. Rutger. Dungelen, can. Monast. 8. Joh. Schad, cl. Colonien. 9. Nicol. Belholt, cl. Monast. 10. Joh. Remes, cl. Monast.	6. Joh. Funcke, cl. Paderborn.	Colonien. decano habitum et in LXVIII foliis papiri scriptum. 4. I. 1509 Idem produci fecit instrumentum acceptationis sui in canonicum et assignationis stalli in choro in ecclesia s. Ludgeri.		
			18. XII. 1503 Nicol. Wassemberch principalis obtinuit citationem. 20. X. 1507 Bernard. Schuffut principalis dedit libellum.	A. R. Manualia 59 u. 62
1. Jocob. Molitoris, cl. Treviren. 2. Henr. Lengerinck, cl. Monast. 3. Henr. Voss, cl. Colonien. 4. Herm. Glauwert, cl. Colonien.			29. II. 1504 commissio praesentatur. 26. X. 1504 commissio dependens praesentatur.	A. R. Manuale 65 und Commissiones
			27. III. 1504 commissio dependens praesentatur. 29. III. 1504 Henricus Lengerinck, cl. Monast., principalis obtinuit citationem cum inhibitione extra Romanam Curiam contra Joh. ten Mollen.	A. R. Manuale 53

Numerus	Ao.	Titulus causae	Partes litigantes	Procuratores partium a) Actoris	b) Rei
64.	21. X. 1504 | 2. VII. 1513	Monasteriensis sive Traiectensis haereditatis	Ludgerus, Henr. et Tizo Caters, Herm. Claudius Hidde eiusque uxor in Lellens ac Gaykema Francke eiusque uxor in Zandem litisconsortes	1. Arnold. Goltwert 2. Joh. Kontenbrower 3. Thom. Regis 4. Joh. de Euskirchen 5. Joh. Buren 6. Mag. Henr. Helderwolt	1. Joh. Schurman
65.	2. II. 1505 | 21. IV. 1511	Detentionis uxoris	Edzardus et Uko fratres comites Frisiae orientalis c[a] Ingermannum de Hoerstel	1. Mag. Joh. Lens 2. Mag. Wilh. Lamberti alias Friso 3. Walter. Bellens, proc. substit. 4. Marian. de Cuccinis, proc. substit. 5. Sebastian. Kemerlinck, proc. substit. 6. Thomas Regis, proc. substit. 7. Detlev. Langenbeck, not. palat. 8. Herm. Kremer	1. Joh. Kontenbrower 2. Joh. Overhoff 3. Laurent. Sudhus, proc. substit. 4. Gerard. Drunkeler, proc. substit. 5. Thomas de Prato, proc. substit. 6. Philippus de Carolis, proc. substit. 7. Joh. Sledhus, proc. substit. 8. Mag. Joh. Hynsbecke

Testes a) pro Actore	Testes b) pro Reo	Jura producta	Annotationes	Fontes
	1. Ludger. de Dungelen, can. Monast. 2. Ludov. Cock, cl. Monast. 3. Guillelm. Godekens, cl. Traiect. 4. Grotfrid. Buel 5. Sebast. Kemerlinck 6. Wolfgang. de Terlaen 7. Joh. Sledhus, cl. Monast. 8. Joh. Bernevelt, cl. Monast. 9. frater Hilbrand. de Groningen, ord. Minimorum.	20. II. 1506 Mag. Joh. Schurman proc. produci fecit quoddam instrumentum sententiae latae in partibus per venerabilem virum dominum Joh. Dobbe, decretorum licentiatum, can. Monast., iudicem et commissarium. 16. XI. 1506 idem produci fecit processum coram R. p. d. Hermanno de Vreden, abbate monasterii in Adowart, dioec. Monast., indice et commissario.	21. X. 1504 prorogatio causae ad sex menses, item 20. XII. 1505, 22. V. 1506, 9. VI. 1507, 31. I. 1508, 5. VII. 1508, 22. XII. 1508, 16. IX. 1509, 26. VI. 1510, 21. XII. 1510.	A. R. Manualia 65, 76 u. 91
1. Ludolph. de Marcha, presb. Monast. 2. Everard. Everardi, presb. Treviren.	1. Joh. Frans, scholasticus Vreden., dioec. Monast. 2. Henr. Tenkoer 3. Joh. Overhoff 4. Ludov. Cock 5. Theobald. Vech 6. Everard. Everardi 7. Henr. Sartoris 8. Joh. Gisenheim, cl. Paderborn. 9. Joh. de Colonia, cl. Paderborn.	9. I. 1506 Joh. Kontenbrower proc. produci fecit quendam processum in partibus coram venerabili viro domino Nicolao Boner de Medenblick, officiali Monast., iudice et executore habitum.	19. VIII. 1509 Sebast. Kemerlinck proc. appellavit a responsione partis adversae. 22. VIII. 1509 iudices in partibus deputantur praepositus s. Cuniberti et decanus s. Georgii Colonien. 20. V. 1510 Joh. Duster, testis pro parte Ingermanni de Hoerstel, testatus est de processu in partibus coram domino Andrea Venraed, praeposito s. Cuniberti Colonien., et Joh. Hegher, decano s. Georgii etiam Colonien. 11. IV. 1511 sententia definitiva pronuntiatur. 21. IV. 1511 Mag. Joh. Hynsbeck proc. appellavit a sententia in fa-	A. R. Manualia 65 u. 76 u. Commissiones

Numerus	Ao.	Titulus causae	Partes litigantes	Procuratores partium	
				Actoris	b) Rei
66.	1. III. 1505 | 26. V. 1505	Canonicatus sive vicariae episcopalis	Henr. Voss ca Reyner. de Honhorst		1. Reyner. de Velen 2. Joh. Schurman 3. Alex. de Bononia
67.	16. V. 1505 | 30. X. 1507	Parochialis in Heek	Gerard. Kottinck ca Joh. Hoppenkane	1. Joh. Schurman	1. Georg. Vamstade 2. Petr. Wolkow 3. Joh. Sledhus 4. Conrad. Hoevet 5. Paul. Beer 6. Walter. Bellens, proc. substit.

Testes		Jura producta	Annotationes	Fontes
a) pro Actore	b) pro Reo			
	10. Joh. Roddow, cl. Paderborn. 11. Gerard. Peze 12. Guillelm. Oken, laic. Monast. 13. Theoder. Wilckens, laic. Monast. 14. Edzard. Valkow, laic. Monast. 15. Joh. Duster, cl. Colonien.		vorem domini Edzardi lata, dominus auditor dedit apostolos reverentiales.	
	1. Herm. Beerboem, cl. Colonien. 2. Werner. Kemnade, cl. Monast.	29. III. 1505 Arnold. Goltwert coram R. p. d. Antonio de Monte prioris instantiae notarius transportavit registrum coram domino suo factum unacum duobus aliis registris, videlicet Monasteriensis Canonicatus veteris ecclesiae et Canonicatus et praebendae episcopalis.	1. III. 1505 commissio causae praesentatur. 4. IV. 1505 deputantur sequestratores Joh. Volquini decanus s. Mauritii extra muros Monast. et Joh. Listighe, decanus s. Victoris Dulmaniensis, dioec. Monast. 9. IV. 1505 eliguntur iudices in partibus Arnold. Velen, decanus veteris ecclesiae Monast., et Herm. Dunghelen, canonicus ecclesiae Monast. 26. V. 1505 sententia definitiva pronuntiatur. 3. VI. 1505 Joh. Schurman proc. a sententia appellavit.	A. R. Manuale 50
1. Joh. Frans, scholasticus Vredensis, dioec. Monast. 2. Ditmar. Cleynsorge, cl. Paderborn.	1. Joh. Overhoff, cl. Monast. 2. Gerard. Heydeman, cl. Monast. 3. Bernard. Poick, cl. Monast.	20. X. 1507 Georg. Vamstade proc. produci fecit quandam bullam mandati de conferendo domini Joh. Hoppenkane de et super ecclesia parochiali sub dato Romae apud s. Petrum	16. V. 1505 Mag. Joh. Schurman proc. domini Gerardi Kottinck principalis dedit mandatum. Idem obtinuit processum contra Joh. Hoppenkane ex adverso principalem. 21. V. 1505 idem obtinuit literas compulsorias generales ad partes.	A. R. Manuale 65

Numerus	Ao.	Titulus causae	Partes litigantes	Procuratores partium	
				a) Actoris	b) Rei
					7. Albert. Sartoris, proc. substit.
68.	14. VI. 1505 | 26. I. 1508	Parochialis sanctae Brigittae in Legden	Gerard. Spanger		1. Joh. Hensbeck
69.	27. VI. 1506	Vicariae sanctae Katharinae	Henr. Vos		
70.	16. XII. 1506 | 19. VI. 1507	Iniuriarum trans Aquas (Überwasser in Münster)	Abbatissa monasterii trans Aquas et Reyner. Jodevelt c[a] Joh. Sledhus		
71.	26. VI. 1507	Haereditatis in Borchen	Conrad. Cremer	1. Joh. Ingenwinkel 2. Joh. Anton. Castaldus, can. Tiburtinus 3. Henr. Lengerinck 4. Gerard. Drunkeler 5. Joh. Overhoff 6. Joh. Snider 7. Mauritius Pelster 8. Joh. Kramp	

Testes a) pro Actore	Testes b) pro Reo	Jura producta	Annotationes	Fontes
		1503 idus decembris.	27. X. 1507 Mag. Georg. Vamstade nominavit decanum s. Mauritii extra muros Monast. et Joh. Schurmann proc. decanum s. Victoris Dulmaniensis iudices in partibus.	
	1. Elbert. Wreden, cl. Colonien. 2. Werner. Kemenade, cl. Monast.		17. VI. 1505 Gerard. Spanger principalis iuravit paupertatem. 12. I. 1508 Joh. Hensbecke proc. obtinuit processum per audientiam contradictarum contra Gerard. Spanger. 14. I. 1508 idem dedit libellum.	A. R. Manuale 64
			27. VI. 1506 Henr. Vos principalis obtinuit citationem ad partes.	A. R. Manuale 59
1. Herm. Voss, cl. Monast. 2. Joh. Torniemolen, cl. Monast. 3. Rotger. de Dungelen, cl. Monast. 4. Joh. Gysenheim, cl. Paderborn. 5 Joh. Bernevelt, cl. Monast.		19. VI. 1507 notarius dedit quatuor literas missivas dominae abbatissae ex adverso principalis in vulgari Alemannico scriptas.	18. XII. 1506 reiteratio terminorum substantialium. 30. XII. 1506 Joh. Schurman proc. appellavit, dominus auditor dedit apostolos reverentiales. 4. III. 1507 Arnold. Goltwert proc. pro salario reclamavit.	A. R. Manuale 65
			26. VI. 1507 dominus Joh. Cremer principalis constituit apud acta procuratores absentes in solidum.	A. R. Manuale 65

Numerus	Ao.	Titulus causae	Partes litigantes	Procuratores partium	
				a) Actoris	b) Rei
72.	26. VII. 1507 | 18. XII. 1508	Vicariae sanctae Annae trans Aquas (Ueberwasser in Münster)	Rupertus Nunik ca Henr. Voss et Joh. Knipperdollinck et Holthuss et Gotfrid. Schmidt	1. Mag. Joh. Schurman	a) *Henr. Voss* 1. Nicol. de Parma 2. Joh. Laurentii 3. Petrus Mathes 4. Gaspar. Moer 5. Henr. Lengerinck b) *Joh. Knipperdollinck* 1. Joh. Schurman 2. Alex. de Bononia, proc. substit. 3. Augustin. de Pistorio, proc. substit. 4. Bernard. Mocharius, proc. substit. 5. Nicol. de Parma, proc. substit. 6. Rotger. de Dungelen
73.	17. I. 1508	Vicariae in Wullen (Wüllen)			
74.	23. III. 1508 | 28. III. 1508	Villae Wilbrandinchoff	Sanderus Drosten, armiger ca Wennemar. van Heyden, armigerum.	1. Joh. Schurman	

Testes a) pro Actore	Testes b) pro Reo	Jura producta	Annotationes	Fontes
1. Henr. de Gelria 2. Joh. Ramert 3. Andr. Esselinck 4. Henr. Gradt 5. Joh. Renlo, cl. Monast. 6. Joh. Fabri de nova domo, cl. Traiect. 7. Joh. von der Nyenmolen, cl. Monast. 8. Joh. Kannengiesser, cl. Monast.	a) *pro Henr. Voss* 1. Joh. Kontembrower 2. Herm. Werne, cl. Monast. 3. Joh. von der Nyenmolen, cl. Monast. 4. Henr. Lengerinck, cl. Monast. 5. Gerard, Greveraed	15. XII. 1507 Henr. Voss principalis produci fecit quandam bullam mandati de providendo de vicaria, supra qua agitur, per Julium II. concessam. 15. III. 1508 Joh. Schurman proc. produci fecit sumptum bullae concordatorum principum Germaniae. 16. III. 1508 idem produci fecit certas regulas Concellariae de reservationibus beneficiorum maiorum et principalium post pontificales.	26. VII. 1507 commissio nova praesentatur.	A. R. Manuale 70
			17. I. 1508 commissio dependens praesentatur.	A. R. Manuale 58
			28. III. 1508 Mag. Joh. Schurman proc. obligavit se sub poena CC ducatorum et iuravit iuramentum perhorrescentiae, quod principalis suus non speraret assequi iustitiae complementum in partibus. Reus citatur sub censuris ccclesiasticis et poenis pecuniariis videlicet mille ducatorum. Prima instantia fuit coram R. p. d. Episcopo Monasteriensi domino feudi praedii Wilbrandinchoff in parochia Senden siti. Valor praedii mille ducati.	A. R. Commissiones et Manuale 64

Numerus	Ao.	Titulus causae	Partes litigantes	Procuratores partium	
				a) Actoris	b) Rei
75.	30. VIII. 1508 | 8. I. 1509	Pensionis sive iniuriarum	Canonici ecclesiae cathedralis Monasteriensis ca Georgium de Sayn comitem de Wytkensteyn, praepositum eiusdem ecclesiae Monasteriensis		
76.	22. II. 1509	Vicariarum	Gerard. Hesselt, cl. Monast.		
77.	2. III. 1509 | 24. X. 1513	Parochialis in Emeda (Emden in Ostfriesland)	Mauritius Plonies ca Popponen de Pewesum	1. Joh. de Unna 2. Alex. de Bononia 3. Mag. Herm. Suderhusen	1. Bernard. Mocharius 2. Ludolph. Molder 3. Sebastian. Kemerlingh 4. Mag. Henr. Elderwolt 5. Paul. Beer
78.	29. VI. 1509 | 19. VII. 1510	Dulmaniensis canonicatus et praebendae	Hugo Kerckerinck ca Henr. Langenesch et Joh. Croesch	1. Christianus Kerckerinck, can. s. Martini Monast. 2. Joh. Venthus de Renis, can. s. Ludgeri Monast. 3. Joh. Kannengeyter, can. s. Ludgeri Monast. 4. Bernard. Drolshagen 5. Theoder. Kerckerinck.	a) *Henr. Langenesch* 1. Walter. Bellens

Testes a) pro Actore	Testes b) pro Reo	Jura producta	Annotationes	Fontes
			8. XII. 1508 commissio dependens praesentatur. 11. XII. 1508 taxatio expensarum. 8. I. 1509 commissio dependens praesentatur. Grund der Klage: Der Dompropst hatte den Prokurator der Domherren Joh. Luyckhusen verhaften lassen.	A. R. Commissiones et Manuale 75
			22. II. 1509 Gerard. Hesselt principalis obtinuit processum et iuravit paupertatem.	A. R. Manuale 75
1. Joh. Duster de Lippia, cl. coniugatus, dioec. Colonien.			2. III. 1509 Joh. de Unna proc. obligavit se in forma. 13. XI. 1509 Mauritius Plonies principalis obtinuit decerni literas compulsorias.	A. R. Manuale 71
	1. Petrus Coesfelt, presb. Monast. 2. Joh. Wytweck, cl. Colonien.	21. VI. 1510 Wolfgang. Terlaen not. palat. produxit; quoddam registrum Maguntinae Cantoriae s. Victoris.	Prima instantia fuit in episcopali curia Monasteriensi, secunda in archiepiscopali curia Coloniensi. Hugo Kerckerinck commissionem petit pro suo interesse. 17. V. 1510 Henr. Langenesch principalis iuravit pauperatem. 26. VI. 1510 sententia definitiva pronuntiatur. 3. VII. 1510 literae executoriales, taxatio expensarum et relaxatio sequestri decernuntur.	A. R. Manuale 82 u. Commissiones

Numerus	Ao.	Titulus causae	Partes litigantes	Procuratores partium	
				a) Actoris	b) Rei
79.	18. XII. 1509 | 23. XII. 1509	Parochialis in Eenum (in Ostfriesland)	Brunold. Hachmollen ca Walter. Dorninck et Joh. Conradi	1. Joh. Termollen	
80.	2. VI. 1510 | 4. VIII. 1511	Horstmariensis decanatus	Joh. Bernevelt ca Joh. Petri de Geismaria	1. Otto de Honingen	
81.	3. VI. 1510 | 8. III. 1511	Vicariae	Joh. Schurman ca Nicolaum Belholt	1. Thom. Regis 2. Alex. de Bononia 3. Bernard. Mocharius 4. Paulus de Alexiis 5. Henr. Wynter	

Testes a) pro Actore	Testes b) pro Reo	Jura producta	Annotationes	Fontes
			23. XII. 1509 Joh. Termollen proc. se obligavit in forma.	A. R. Manuale 71
1. Joh. Vunhoff, not. palat. 2. Joh. Giesenheim, cl. Paderborn. 3. Petrum de Coesfeldia, persona dioec. Monast. 4. Gotfrid. Buel de Orsoy, cl. Colonien. 5. Joh. Guldearmes, cl. Monast. 6. Arnold. Krull, cl. Monast. 7. Joh. Legman, cl. Verden.		19. VI. 1510 Otto de Honingen proc. produci fecit bullam mandati de conferendo dictum decanatum ac canonicatum et praebendam, super quibus agitur, et appellationem ab intrusione Joh. Petri de Geismaria.	2. VI. 1510 commissio dependens praesentatur. 7. I. 1511 commissio executorialis praesentur, item 4. VIII. 1511.	A. R. Manuale 73
1. Joh. Schade, cl. Monast. 2. Henr. Lengerinck, cl. Monast. 3. Joh. Gisenheim, cl. Paderborn. 4. Joh. Wedel, cl. Osnabrug. 5. Hilbrand. Wymant de Borcken, cl. Monast. 6. Joh Thermolen, decanus trans		15. XI. 1510 Georg. Angerer not. palat. produxit bullam gratiae expectativae Joh. Schurman concessae et processum desuper fulminatum. 8. I. 1511 Nicol. Belholt principalis produci fecit instrumentum acceptationis et provisionis factae. 9. I. 1511 item instrumentum possessionis. 11. I. 1511 item bullas gratiae expectativae.	3. VI. 1510 Joh. Schurman principalis obtinuit processum. 19. I. 1511 Nicolaus Belholt principalis a sententia appellavit. 24. II. 1511 commissio dependens praesentatur.	A. R. Manuale 82

Numerus	Ao.	Titulus causae	Partes litigantes	Procuratores partium a) Actoris	Procuratores partium b) Rei
82.	6. VI. 1510	Parochialis in Everswinkel	Henr. Lengerynck c^a Jacobum de Isenbeck		
83.	24. III. 1511 | 30. IV. 1511	Vicariae sancti Oliverii et sanctae Caeciliae		Nicol. Belholt	Joh. Brinkman
84.	18. V. 1511 | 6. VII. 1513	Parochialis in Amelincburen (Amelsbüren)	Joh. Stockede c^a Joh. Schade et Joh. Thesynck		a) *Joh. Schade* 1. Otto de Honingen b) *Joh. Thesynck* 1. Herm. Ghyr
85.	18. VI. 1511	Parochialis ecclesiae in Dorquert (Pfarrkirche in Dorkwert, dem Kloster in Selwerd inkorporiert). Vgl. *H. Reimers,* Friesische Papsturkunden (1908), 105 f.	Ropertus de Colonia abbas monasterii O. S. Benedicti in Selwert	1. Mag. Herm. then Broeck, cl. Traiect. 2. Joh. Hynsbeck, proc. substit. 3. Joh. de Dulken, proc. substit.	

Testes		Jura producta	Annotationes	Fontes
a) pro Actore	b) pro Reo			
Aquas Monast. 7. Joh. Knipperdollinck 8. Joh. Ramert, cl. Monast. 9. Joh. Bernevelt 10. Arnold. Goltwert 11. Jacob. Loemel 12. Rutger. Dungelen 13. Henr. Guntersbach				
			6. VI. 1510 Henr. Lengerynck principalis obtinuit citationem contra adversarium suum.	A. R. Manuale 71
			31. III. 1511 Joh. Brinkman proc. obligavit se apud acta. 30. IV. 1511 commissio dependens praesentatur.	A. R. Manuale 82
			18. V. 1511 commissio nova praesentatur, Joh. Stockede principalis iuravit paupertatem. 1. VII. 1513 commissio nova praesentatur.	A. R. Manualia 80 u. 83
			18. VI. 1511 Mag. Herm. then Broeck proc. dedit mandatum principalis sui.	A. R. Manuale 78

Numerus	Ao.	Titulus causae	Partes litigantes	Procuratores partium a) Actoris	Procuratores partium b) Rei
86.	7. VII. 1511 | 8. VII. 1511	Monasterien- sis et Traiec- tensis paro- chialium	Henr. Elden- velt ca Herm. de Reyd		
87.	14 VII. 1511 | 22. XII. 1511	Parochialis in Adorp (in Ostfriesland)	Bernard. Te- wart ca Herm.Zwollis et M. Rengers	1. Joh. Wes, cl. Traiect. 2. Joh. Schutz	
88.	31. VIII. 1511 | 14. IV. 1512	Perpetuae vi- cariae sive officii sub- diaconalis in ecclesia s. Mauritii extra muros Mo- nast.	Rotger. de Dungelen ca Ottonem Brokingh, cl. Osnabrug.		1. Bernard. Mo- charius 2. Mathias Wyl- denroid 3. Joh. Venthues 4. Petrus Fries 5. Hugo Kercke- rinck 6. Joh. then Wege 7. Joh. Spede 8. Jacob. then Wesen 9. Joh.Bernevelt
89.	6. IX. 1511 | 3. I. 1513	Vicariae sancti Ludgeri (in Münster)	Wilh. Sane de novo castro ca Anton. Tumken		1. Otto Ho- ninghen
90.	9. II. 1512 | 6. VII. 1513	Parochialis in Nortkerken	Joh. Wynter ca Arnold. Bestemer	1. Gerard. de Harsum 2. Thom. Regis 3. Walter. Bel- lens 4. Georg. de Nynenheim 5. Joh. Funcke 6. Bern. Bengart 7. Jacob Lomel, not. palat.	1. Thomas Regis 2. Joh. Schur- man

Testes		Jura producta	Annotationes	Fontes
a) pro Actore	b) pro Reo			
1. Fr. Andreas de Daventria, dioec. Traiect., ordinis Cruciferorum				A. R. Manuale 76
			28. VII. 1511 Bernard. Tewart principalis iuravit paupertatem. 22 XII. 1511 Mag. Joh. Wes proc. dedit mandatum principalis sui.	A. R. Commissiones et Manuale 76
			31. VIII. 1511 Rotger. de Dungelen principalis obtinuit citationem. 6. IV. 1512 Otto Brokingh principalis iuravit paupertatem.	A. R. Manuale 84
			6. IX. 1511 commissio nova praesentatur. 24. XII. 1511 Wilh. Sane de novo castro obtinuit inhibitionem. 3. I. 1513 Otto Honinghen proc. dedit mandatum principalis sui.	A. R. Manuale 79
1. Arnold. Goltwert, cl. Colonien. 2. Emericus Richardi, presb. Colonien. 3. Henr. Garthues, cl. Monast.	1. Joh. Weydeman 2. Joh. Temmynck 3. Herm. Ludickhusen 4. Joh. Spede 5. Theoder. Sickenman 6. Zutpheldus War-	11. XII. 1512 Joh. Wynter principalis produci fecit duas bullas gratiae expectativae de dato 1507 sexto kalendas novembris. 31. I. 1513 Arnold. Bestemer principalis produci fecit litteras apostolicas seu bullam gratiae	9. II. 1512 commissio nova praesentatur. 27. VI. 1513 sententia definitiva pronuntiatur, sequestratores deputantur praepositi sanctorum Apostolorum et sancti Cuniberti Colonien. 6. VII. 1513 Arnoldus Bestemer principalis a sententia appellavit.	A. R. Manuale 79 und Commissiones

Numerus	Ao.	Titulus causae	Partes litigantes	Procuratores partium	
				a) Actoris	b) Rei
91.	2. IV. 1512 | 16. X. 1512	Vicariae sancti Ludgeri (in Münster)	Bernard. Worm c^a^ Joh. Kock	1. Henr. Guntersbach	1. Marcus Valsche, cl. Hildes.
92.	26. IV. 1512 | 21. IX. 1513	Beekemensis canonicatus et praebendae	Joh. Lemgo c^a^ Joh. Darvelt	1. Otto Honingen 2. Joh. Schurman 3. Joh. Renlo 4. Joh. Kückeloes	1. Joh. Funcke

Testes a) pro Actore	Testes b) pro Reo	Jura producta	Annotationes	Fontes
4. Joh. Bernevelt, cl. Monast. 5. Sanderus Morrien, cl. Monast. 6. Joh. Koep, cl. Traiect.	denberg, cl. Swerin. 7. Joh. Kramper cl. Monast. 8. Joh. Wolken, cl. Monast. 9. Rotger. Laerhues 10. Joh. Schoenoid, cl. Colonien.	expectativae Julii II. sub dato Bononiae 5. Non. Octobris 1511 unacum processu. 26. II. 1513 Joh. Wynter produxit duas regulas cancellariae Julii II: unam de praerogativis familiarium antiquorum papae, alteram de privilegiis dictorum familiarium.		
1. Hugo Kerckerinck 2. Gerard. Scoerken 3. Herm. Hes, cl. Colonien. 4. Gerard. Wideman, cl. Osnabrug. 5. Joh. Renlo, cl. Monast. 6. Joh. Funcke, cl. Paderborn. 7. Joh. Schurman, cl. Monast.	1. Joh. Renlo 2. Joh. Lemgo 3. Joh. Valsche 4. Henr. Stucke 5. Conr. Kutte 6. Anton. Ervete, cl. Colonien. 7. Joh. Schurman 8. Joh. Ghysenkyrchen, cl. Monast. 9. Joh. Vuelen, cl. Monast. 10. Martin. Geylinck, cl. Magdeburg. 11. Conrad. de Moysbach.	19. IV. 1512 Bernard. Worm principalis produci fecit quasdam literas apostolicas gratiae expectativae de dato kalendas Martii anni tertii pontificatus Julii II necnon processum desuper per Herm. Ovelsust, praepositum ecclesiae s. Bonifacii in Hamelen, dioec. Minden., fulminatum. 21. V. 1512 Joh. Kock produci fecit quendam processum gratiae expectativae.	16. X. 1512 restitutio iurium.	A. R. Manuale 88
1. Joh. Fridach, cl. Colonien. 2. Joh. Redlich, cl. Paderborn.			20. VI. 1512 commissio executorialis praesentatur. 28. VI. 1512 taxatio expensarum. 20. IX. 1513 commissio dependens praesentatur.	A. R. Manuale 77 u. 94

Numerus	Ao.	Titulus causae	Partes litigantes	Procuratores partium	
				a) Actoris	b) Rei
93.	15. V. 1512	Parochialis villae Brunen (Brünen)	Wilh. Steman, cl. Minden. ca Joh. Petri de Wismaria		
94.	4. X. 1512 | 13. I. 1513	Vicariae ad altare omnium Sanctorum in veteri ecclesia s. Laurentii oppidi Warendorp	Henr. Westkerk	1. Joh. Westkerk, famulus Cardinalis Sancti Georgii	
95.	6. X. 1512 | 20. IX. 1513	Grollensis vicariae sancti Silvestri	Liborius Lupi ca Wilh. Fabri	1. Mathias Wildenraet	1. Thomas Regis 2. Joh. Buren 3. Joh. Clarenbach 4. Joh. Bernevelt 5. Gottfrid. de Orsoy
96.	11. V. 1513	Vicariae sanctorum Fabiani et Sebastiani	Joh. tor Nyenmollen		
97.	19. V. 1513 | 28. V. 1513	Canonicatus et praebendae	Jacob. Fuest ca Joh. Wedel	1. Jacob Abel 2. Joh. Ingenwinkel, praepositus s. Severini Colonien. 3. Stephan. Wel, decanus s. Cuniberti Colonien.	1. Joh. Redelke
98.	5. VI. 1513 | 20. II. 1514	Canonicatus et praebendae in Freckenhorst	Henr. Clenen ca Joh. Vollen	1. Joh. Rasoris	1. Joh. Funcken 2. Joh. Schurman

Testes a) pro Actore	Testes b) pro Reo	Jura producta	Annotationes	Fontes
			21. IX. 1513 Joh. Schutz proc. domini Joh. Darvelt principalis obtinuit citationem.	
				A. R. Commissiones
			4. X. 1512 commissio nova praesentatur, item 13. I. 1513.	A. R. Manuale 79
1. Albert. Ermelen, cl. Monast. 2. Joh. Vollen, cl. Monast.			11. X. 1512 Mathias Wildenraet proc. dedit mandatum principalis sui.	A. R. Manualia 77 u. 94
			11. V. 1513 Joh. tor Nyenmollen principalis obtinuit citationem et inhibitionem ad partes sub termino LX dierum.	A. R. Manuale 89
		20. V. 1513 Martin. Gelinck not. palat. produxit sumptum bullae reservationis.	19. V. 1513 commissio dependens pro interesse domini Jacobi Fuest principalis praesentatur. 27. V. 1513 Joh. Redelke proc. obtinuit dilationem ad partes consuetam quatuor mensium.	A. R. Manuale 93
1. Joh. Sniderken, cl. Monast.	1. Henr. Garthues, cl. Monast.		5. VI. 1513 Joh. Vollen a sententia definitiva appellavit. 6. VII. 1513 reiteratio	A. R. Commissiones

Numerus	Ao.	Titulus causae	Partes litigantes	Procuratores partium	
				a) Actoris	b) Rei
					3. Joh. Knipper-dollinck
99.	28. VIII. 1513	Praeposituræ sancti Mauritii (in Münster)	Herm. de Dunghelen c[a] Henr. Plettenberch		

Testes a) pro Actore	Testes b) pro Reo	Jura producta	Annotationes	Fontes
2. Joh. de Lychtenberch, cl. Leodien.	2. Ludolph. Hack, praepositus in Quernheim, dioec. Osnabrug. 3. Henr. Butte, cl. Osnabrug. 4. Herm. Vollen, cl. Monast. 5. Joh. Westkercke		terminorum substantialium. 16. XI. 1513 sententia definitiva pronuntiatur. 25. XI. 1513 Joh. Vollen appellavit. 13. II. 1514 sententia definitiva pronuntiatur. 15. II. 1514 commissio executorialis praesentatur.	und Manualia 87 u. 91
			Causa in tertia instantia agitur.	A. R. Commissiones

(Fortsetzung folgt.)

2. „Dominus Deus noster papa"?

Von Professor Dr. *Franz Gillmann* in Würzburg.

Im Jahrgang 1912 S. 3—17 des *Archiv* habe ich nachgewiesen, dass die bekannten Worte Bonifaz' VIII. »Romanus pontifex iura omnia in scrinio pectoris sui censetur habere« (c. 1 in VIto de const. I. 2) nichts weiter besagen wollen, als dass der Papst das gemeine kirchliche Recht zu kennen, bezw. bei der Gesetzgebung vor seinem Geist gegenwärtig zu haben erachtet werde. Davon, dass Bonifaz mit jenem Satz dem Papst das Recht der allgemeinen Gesetzgebung zugeschrieben, ihn für den Träger alles Rechts erklärt, ihm eine schrankenlose Gewalt u. ä.[1]) zugeschrieben habe, könne keine Rede sein.

Dagegen ist allbekannt, dass manche Mittelalterliche, wie insbesondere Augustinus Triumphus († 1328) und Alvarus Pelagius († 1350) bei Würdigung der päpstlichen Gewalt starker Übertreibungen sich schuldig gemacht haben. Bei den bezüglichen Darlegungen wird nun von verschiedenen Autoren bis in die neueste Zeit behauptet, man sei sogar vor einer *Papstvergötterung* im mehr oder weniger eigentlichen Sinne nicht zurückgeschreckt. So *erhob* nach *B. Hübler*[2]) die Doktrin des 14. Jahrhunderts den vicarius Petri

1) Auch *J. Haller* schreibt: »Man kann nicht stolzer von den Rechten des Papstes reden, als Johann XXII. tut; Bonifaz VIII. gibt er darin nichts nach. Hatte dieser erklärt, er trage »alle Rechte im Schreine seines Herzens», so führt Johann gern den Satz im Munde, »er stehe über dem Gesetz und sei an keine Vorschrift gebunden ausser an die Stimme des eigenen Gewissens« (Papsttum und Kirchenreform 1 [Berlin 1903], 92). Bei *U. Stutz* heisst es: »Der Papst ist die Quelle alles kirchlichen Rechtes, omnia iura in scrinio pectoris habet (Bonifaz VIII. nach Lukas von Tuy (1249)« [Kirchenrecht, in Enzyklopädie der Rechtswissenschaft II (1904), 849]. (In der neuen Auflage [a. a. O. V, 1 (1914), 325[2]] vertritt Stutz die richtige Anschauung.) Neuestens lehrt *A. Werminghoff*: »Bonifaz VIII. . . veröffentlichte seine und seiner Vorgänger Erlasse 1298 im sog. Liber sextus . ., wobei er den Charakter der Rechtssetzung des *Romanus pontifex* wahrte, *qui iura omnia . . censetur habere*« (Verfassungsgeschichte der deutschen Kirche im Mittelalter[2], Leipz.-Berlin 1913, S. 198). Und bei *E. Heilfron* steht: »Dem *primatus iurisdictionis* entspringen die Rechte: . . die oberste *Gesetzgebung* (omnia iura in scrinio [= Schrein] pectoris habet) . . zu üben« [Kirchenrecht, Mannh.-Berl.-Leipzig 1914, S. 73]. — Die beiden erstgenannten Autoren und *Heilfron* haben, wie ersichtlich, das »censetur« nicht berücksichtigt. In der Anmerkung wird die Stelle von *Haller* richtig zitiert.

2) Die Konstanzer Reformation und die Konkordate von 1418, Leipzig 1867, S. 360 f.

zum Stellvertreter Gottes, den *vicarius Dei direkt zum Gott*, während sie dem Repräsentanten der Gesamtheit, dem allgemeinen Konzil, erst den zweiten Platz zuwies. Bei *P. Hinschius* lesen wir,[1]) die Doktrin im 14. Jahrhundert habe die von den Päpsten im Verlauf des ausgehenden Mittelalters beanspruchte absolut souveräne Stellung des Papsttums über die Kirche in den überschwänglichsten Ausdrücken gefeiert und *den Stellvertreter Gottes in Rom zum Gotte selbst erhoben*, das üppige und unsittliche Leben und Treiben der Päpste in Avignon, die auf Grund der behaupteten Machtfülle in Anspruch genommenen Abgaben und Reservationen von Benefizien und sonstige Missbräuche hätten aber die handgreiflichste Widerlegung jener behaupteten *Gottgleichheit des Papstes* geliefert. Von *Richter-Dove-Kahl* wird zum Vergleichen über die *Vergötterung des Papsttums* auf die zitierte Stelle bei Hübler verwiesen.[2]) *E. Friedberg* erklärt,[3]) nach dem mittelalterlichen Papalsystem *sei der Papst* über alles Irdische erhaben, der irdische Petrus und *in Wahrheit ein Gott*. Nach *A. Harnack* unterscheiden Augustinus Triumphus und Alvarus Pelagius den Papst von Gott nur dadurch, dass dem irdischen »*dominus deus noster papa*« die Anbetung nur »*ministerialiter*« zukomme.[4]) *A. Werminghoff* lehrt, dass nach der

1) Kirchenrecht I (Berlin 1869), 196.

2) Kirchenrecht[8], Leipz. 1886, S. 126[2].

3) Kirchenrecht[6], Leipz. 1909, S. 52 f. — Schon in der Schrift De finium inter ecclesiam et civitatem regundorum iudicio etc., Lips. 1861, p. 9 sq. behauptete Friedberg u. a., Augustinus Triumphus habe in seinem bekannten Werk auseinandergesetzt, dass dem Papst die gleiche Ehre zu erweisen sei wie Christus »*secundum quod Deus*«, nicht bloss Dichter, sondern auch besonnene und verlässige Männer der mittelalterlichen Zeit hätten den *Papst als Gott* erklärt.

4) Dogmengeschichte III[4] (Tübingen 1910), 463[6]. — Die berechtigte, von *H. Finke*, Die kirchenpolitischen und kirchlichen Verhältnisse zu Ende des Mittelalters nach der Darstellung K. Lamprechts, Rom 1896, S. 44 der zweiten Auflage gegenüber ausgesprochene Erwartung, der fragliche Satz werde nach seinen — Finkes — Darlegungen aus einer neuen Auflage des Harnackschen Werkes verschwinden, hat sich bis jetzt nicht erfüllt. H. weist darauf hin, dass er dem Ausdruck »dominus deus« etc. das Wort »irdisch« vorangestellt habe, der ja den hier waltenden Tropus markiere, wobei er aber ausdrücklich hinzufügt: »soweit es ein solcher ist«. Weiterhin bemerkt H., er habe nicht behauptet, dass nach August. Triumph. dem Papst die servitus summa [d. h. die Latreia, die volle göttliche Verehrung] zukomme. Wohl aber lehre Aug., dass der Papst die summa potestas [die dominatio, die göttliche Herrschermacht] participative besitze und ministerialiter ausübe; dem entsprechend müsse also auch die Dulia, die dem Papst zukomme, sich gestalten. Er — Harnack — »hätte statt des etwas kurzen und besser hier nicht zu gebrauchenden Ausdrucks »ministerialiter« sagen müssen: Die »Anbetung« so zukomme, wie sie dem gebührt, der an der göttlichen Herrschermacht teil hat und sie als Werkzeug Gottes ausübt« [a. a. O.]. Den Harnackschen Ausführungen gegenüber mögen hier folgende Stellen aus Quaestio 9 der Augustinischen Summa de ecclesiastica potestate einen Platz haben: ». . Sacrificium ergo est ille singularis honor et illa singularis servitus, que sic debetur Christo secundum

mittelalterlichen Theorie der papalen Allmacht jeder einzelne Papst Nachfolger Petri, Stellvertreter Christi und selbst Gottes war, »so dass von ihm als *dominus Deus noster papa* gesprochen werden konnte«.[1])

Soweit die genannten Autoren Belege für ihre Behauptung anführen,[2]) verweisen sie namentlich auf folgende Äusserung des *Zenzelinus de Cassanis* († um 1350) in der Glossa ordinaria zu c. 4 ad v. *declaramus* in fine de V. S. tit. 14 der Extravaganten Johanns XXII.: ».. Credere autem *dominum Deum nostrum papam* conditorem dictae decretalis — c. 3 Extrav. Joan. XXII. de V. S. t. 14 — et istius sic non potuisse statuere, prout statuit, haereti-

---

quod deus, quod non debetur pape nec alicui pure creature.. Ad tercium est dicendum, quod Christus potest considerari dupliciter, scil. inquantum dominus et inquantum deus. Inquantum vero dominus, cum dominatio conveniat sibi et creature, adoratur dulia; set inquantum deus, adoratur latria. Licet enim potestatis dominatio, ut est in deo vel in Christo sicut *in summo*, potest tamen considerari ut *non summum*, set ut communicatum tale attributum creature, secundum quem modum non est inconveniens, quod talis servitus conveniat deo ex tempore (Dist. 1, ed. Rom. 1479, f. 43 d, f. 44 a)... Si vero honor, qui debetur deitati, debetur humanitati Christi non nude, sed ut coniuncte personaliter divinitati, *cum honor debitus deo sine peccato ydolatrie non possit exhiberi pape, non debet pape exhiberi honor, qui debetur Christo secundum quod homo* (Dist. 2 corp. l. c. f. 44 b).. Ad primum ergo est dicendum, quod beata virgo potest considerari dupliciter, vel ut persona valde sancta et sic adoranda est *dulia simpliciter, qua similiter et honorantur et adorantur alii sancti et sancte, quo honore similiter honoratur papa*. Vel potest considerari ut mater dei et sic per hanc singularem dignitatem debet honorari quadam singulari reverentia, que yperdulia vocatur.. (Dist. 3 l. c. f. 44 d).. Si ergo eodem honore honoratur *Christus et sua imago*, quia honore latrie, *non debetur ille honor pape, qui debetur imagini Christi*« (Dist. 5 corp. l. c. f. 45 d). — Aus vorstehendem ergibt sich zugleich die Unrichtigkeit der oben (S. 267[3]) erwähnten, Augustinus Triumphus betreffenden Behauptung *Friedbergs*. Aug. behandelt allerdings die Frage, »utrum papae debeatur honor, qui debetur Christo *secundum quod deus*«, aber er beantwortet sie verneinend, ebenso auch die weitere Frage: »Utrum papae debeatur honor, qui debetur Christo *secundum quod homo*«. — Harnack befürchtet und, wie er behauptet, nicht als der einzige, sogar für die Zukunft eine *Anbetung des Papstes* (a. a. O. S. 760; Preussische Jahrbücher 141 (Berlin 1910), 152). Vgl. dagegen *Köln. Volkszeitung* Nr. 571 v. 9. Juli 1910. Doch sei bemerkt, dass *A.M. Weiss* in seinem neuesten Werk: Liberalismus u. Christentum, Trier 1914, S. 386 sogar mit Nachdruck von der *Andacht zum Papst* spricht. — Unter Berufung auf Harnack schreibt K. *Lamprecht*, Deutsche Geschichte IV² (Berlin 1896), 68, einem Augustinus Triumphus und Alvarus Pelagius sei nichts mehr übrig geblieben als zu behaupten, der Papst unterscheide sich von Gott allein dadurch, dass das Gebet zu dem irdischen *Deus papa* nur ministerialiter erlaubt sei. — Nach *J. Fr. Schulte*, Quellengeschichte II (Stuttgart 1877), 195 identifiziert Aug. Tr. zwar ebenfalls den Papst mit Gott, aber nur soweit dies ohne Vergötterung möglich ist.

1) A. a. O. S. 197. — Nebenbei sei erwähnt, dass Werm. S. 198 vom »4. Laterankonzil in (!) Lateran« spricht und Gregor IX. seine Dekretalensammlung 1227 publizieren lässt, S. 212² schreibt, Alexander III. habe Konrad von Wittelsbach erst zum Kardinalpriester, dann zum Kardinalbischof, endlich zum Erzbischof *gcweiht*, und S. 112¹ »c. 15 in c. 29 C. XVII q. 4« zitiert. Gemeint ist c. 15 des 2. Laterankonzils (vgl. *Hinschius*, KR. I, 118[10]).

2) Harnack, Lamprecht und Werminghoff tun es nicht.

cum censeretur.« Diese Stelle wird auch als das Ärgste zitiert von *Joh. K. L. Gieseler*[1]) und *F. Loofs*[2]); ebenso wird sie angeführt von *Ph. Zorn.*[3]) Katholischerseits wurde sie, soweit ich sehe, abgesehen von *Finke,* nicht berücksichtigt. Nur *K. Böckenhoff* kommt auf sie zu sprechen, indem er bemerkt, Zenzelinus habe die Geschmacklosigkeit gehabt, vom Dominus Deus noster Papa zu reden.[4]) Und *J. B. Sägmüller* meint, von Werminghoff werde (a. a. O.) zuviel Wesens gemacht mit der Bezeichnung des Papstes als *Deus*; beim Kaiser sei dies ebenso vorgekommen.[5])

Tatsächlich findet sich, wie *Finke* nachgewiesen hat,[6]) eine absolute Bezeichnung des »Deus papa«, d. h. ohne Beziehung zu Schrifttexten oder sonstigen Zitaten nur an der fraglichen Zenzelinusstelle.[7])

Hat nun *Zenzelinus wirklich den Papst unseren »Herrgott« genannt?*

Zur Beantwortung dieser Frage stelle ich zunächst fest, dass der Papst nach Zenzelinus vicarius dei,[8]) vicarius Christi,[9]) vicarius generalis filii dei,[10]), sponsus ecclesiae[11]) ist. Der Papst ist ferner kein blosser Mensch, sondern eben der Stellvertreter Gottes bezw. Christi und zwar wird er durch seine Wahl zum Papst

---

1) Kirchengeschichte II. 3 (Bonn 1829) S. 98c (S. 100).
2) Dogmengeschichte 4, Halle 1906, S. 603 f.
3) Kirchenrecht, Stuttgart 1888, S. 100[3].
4) Kath. Kirche u. moderner Staat, Köln, 1911, S. 22.
5) Theol. Revue 12 (1913) Sp. 476.
6) A. a. O. S. 44–47.
7) Die von Finke nicht erwähnte Äusserung des *Baldus de Ubaldis* († 1400) ad l. ult. Cod. VII. 50, auf die von einigen der genannten Autoren verwiesen wird, steht in folgendem Zusammenhang: »Rescripta post sententiam impetrata ad rescissionem sententiae non valent . . . Et nota, quod haec lex intelligitur, quando princeps ad iustitiam rescribit. Sed quando rescribit gratiose aut quando poenam indulget vel etiam quando restituit in integrum, bene valet privilegium . . . Per hoc enim derogatur autoritati iudicum, cum princeps utatur plenitudine potestatis . ., quia non est contra sententiam. Nam in omni sententia intelligitur clausula: salva suprema potestate imperatoris . . *Princeps enim legitime electus est in terris Deus, et maxime papa,* sed non legitime (e)lectus est diabolus in terris et apostata, LXXIX dist. c. Si quis (c. 9), et ideo non habet claves coeli, sed inferni« (Comment. in VII., VIII., IX., X. et XI. Codicis lib., August. Taur. 1576, f. 76 a).
8) c. un. tit. 6 ad v. *efficax reputandum.* Cf. c. 3 X I. 7; c. 17 in VIot I. 6; c. un. X III. 12.
9) c. 1 tit. 1 ad v. *moram contraxissent*; c. un. tit. 3 ad v. *praebetur*; c. 1 tit. 4 ad v. *augmentum*; c. un. tit. 6 ad v. *efficax reputandum*; c. 3 tit. 14 ad vv. *tanti patris, aestimare*; c. 4 eod. tit. ad vv. *deinceps, declaramus edicto, declaramus* (zweimal). Cf. c. 2. 4 X I. 7; c. 3 §. 4 in VIto I. 6; c. un. in Clem. II. 9; c. un. Extrav. Jo. XXII. t. 13; c. un. X III. 12.
10) Prooem.
11) c. 4. tit. 14 ad v. *declaramus* in fi.

aus dem früheren blossen Menschen zum Stellvertreter Christi und so hinsichtlich der Schlüsselgewalt zu einem neuen Menschen gemacht.[1]) Er ist von allen als heilig anzusehen.[2]) Weiterhin ist er das beseelte Gesetz auf Erden[3]) und an kein Gesetz, d. h. an kein menschliches Gesetz gebunden.[4]) Er besitzt die Fülle der Gewalt und deshalb kann niemand zu ihm sagen: Herr, warum tust du so? (Job 9, 12; vgl. II Reg. 16, 10), da er von dem, was positiven Rechts ist, nach Belieben dispensieren kann.[5]) Der Papst hat beide Schwerter,[6]) der Kaiser ist im Zeitlichen hinsichtlich der Rechte des Imperiums der Höchste, aber abgesehen vom Papst.[7]) Auf Grund der Papstgewalt wird die Erledigung eines Benefiziums rechtlich angenommen, wo das sonst nicht der Fall wäre. Denn der Papst kann die Natur einer Sache in eine andere verwandeln und fingieren, dass etwas sei, was es sonst in Wirklichkeit nicht ist.[8]) Der Papst hat die höchste

1) c. 1 tit. 1 ad v. *moram contraxissent*: ». . per creationem de se factam ad apicem summi pontificatus (papa) de puro homine primaevo factus fuit Christi vicarius et sic quoad potestatem clavium novus homo factus, arg. ff. de adimendis leg. l. Si servus (l. 27 D. XXXIV. 4). .«; c. 3 tit. 14 ad v. *tanti patris:* »Quia non solum purus homo, sed et vicarius Christi fuit, de transla. epis. c. Inter (c. 2 X I. 7), de re iud. c. Ad apostolicae §. Nos lib. 6.« (c. 2 II. 14); cf. c. un. tit. 6 ad v. *efficax reputandum.*

2) c. un. tit. 7 ad v. *immeriti*: ». . Quo autem ad omnes universos Christicolas nedum bene meritus, immo et sanctus habendus est, quem apex tantae dignitatis attollit, ut 40. dist. c. Non nos« (c. 1); cf. c. 3 tit. 14 ad v. *licet immeriti.*

3) c. un. tit. 2 ad v. *decernentes;* c. 1 tit. 4 ad v. *lucem amans;* c. 3 tit. 14 ad v. *aestimare.*

4) c. un. tit. 3 ad v. *deliberatione*: »Nota principem, qui omni lege solutus est, ff. de leg. l. Princeps (l. 31 D. I. 3), extra de conces. praeb. c. Proposuit (c. 3 III. 8), deliberatione [C. Stuttg. H. B. VI, 61: deliberare] velle uti [deest: C. St.] in agilibus . .«; c. 1 tit. 4 ad v. *gratiae:* »Cum dicat *omnes et singulae,* intelligendum est, quod hic dicitur, nedum de concessis in forma speciali, immo in forma communi, puta pauperum, quia licet in illis secundum aliquos litterae tales dicantur de iustitia, nihilominus gratiosae dicuntur, cum omni lege humana papa sit solutus . .«; cf. c. 1 tit. 4 ad v. *ex ratione.*

5) c. 2 tit. 4 ad v. *continetur expresse:* ». . Papa tamen gaudens plenitudine potestatis, 2. qu. 6 c. Decreto (c. 11), extra de usu pallii c. Ad honorem (c. 4 I. 8), 9. qu. ult. c. Cuncta per mundum et c. Per principalem (c. 17. 21), hoc facere potest, nec est, qui audeat [C. St.: audiat] dicere: Domine, cur ita facis?, de poenit. dist. 3. §. Ex persona (dict. Grat. p. c. 21), cum in iis, quae de iure sunt positivo, possit pro libito super his [C. St.: ius] dispensare, extra de conces. praeb. c. Proposuit«; c. un. tit. 3 ad v. *reservamus*: »Sed supposita plenitudine potestatis, iuxta quam papae dici non potest: Domine, cur ita facis?, de poenit. dist. 3. §. Ex persona, si quaeras a me . .«; cf. eod. tit. ad v. *de ipsorum consilio.* — Vgl. *Archiv* 1912 S. 574 f.

6) c. un. tit. 5 ad v. *commisit.*

7) Eod. tit. ad v. *recursus.*

8) c. un. tit. 3 ad v. *vacare decernimus:* »Nota ex potestate principis ecclesiae induci fictionem vacationis beneficii, ubi alias non esset: naturam enim rei immutare potest in aliam et fingere esse, quod alias vere non est, C. de rei uxo. actio. l. 1 (C. V. 13) et arg. de concess. praeben. cap. Cum ei Clem. V. (c. un. III. 3), nota de transla. epis. c. Quanto. (c. 3 X I. 7). Die

und ausgezeichnete Autorität und Gewalt in allem und durch alles hin und vor allen.[1]) Wenn er von seiner ungebundenen, alles überragenden Gewalt Gebrauch macht, dann genügt für ihn statt eines Grundes sein Wille, welcher im Zweifel als heilig und gerecht vermutet wird.[2]) Der Papat ist die höchste Ehre, er heisst Gipfel der Würde, alle seine Inhaber auszeichnend.[3])

Andererseits spricht Zenzelinus aber auch von einem *servire* in apostolica sede, das vom Papst als eine *Last* erachtet werde anbetrachts der vielen und unzähligen ihm obliegenden Sorgen um die Sittenverbesserung und die Lasterausrottung, damit nicht das Blut der Untergebenen gefordert werde von seinen Händen (Ezech. 33, 6, 8).[4]) Es sei nicht zu verwundern, dass die Kardinäle Diener der Kirche genannt werden. Sage man ja auch, der Papst diene ihr, weshalb er sich *servus* nenne, und der Kaiser bezeichne sich als letzten Diener der Kirche.[5]) Von diesem Gesichtspunkt des Kirchendienstes aus nenne sich der Papst *servus servorum.*[6]) Wenn niemand sich die Ehre nehmen dürfe, ausser wer von Gott berufen wird wie Aaron (Hebr. 5, 4), so gelte das vornehmlich von der Ehre des Papates, da die Gesamtheit der Gläubigen ihre Abhängigkeit von der Unversehrtheit des

---

Änderungsfähigkeit erstreckt sich, wie der Zusammenhang mit Bestimmtheit ergibt, nur auf Sachen des Rechts, näherhin des positiven Rechts.

1) »Quibus autem auctoritatibus, iuribus et rationibus probatur papam habere auctoritatem summam et excellentem [C. St. addit: auctoritatem] et potestatem in omnibus et per omnia et prae omnibus, vide quod diffuse [C. St.: confuse] notat *Host.(iensis)* extra qui fil. sint legit. c. Per venerabilem (c. 13 IV. 17) §. Rationibus« (l. c.). Cf. c. 1 tit. 1 ad v. *plenitudine.*

2) c. 1 tit. 4 ad. v. *ex ratione*: »scil. iuris, secundum quam princeps licet solutus legibus profitetur se velle vivere .. nec vult a iuris tramite deviare . ., immo vult obtinere, quod suae leges volunt, . . et talis [C. St. addit: autem] voluntas in eo appellatur potestas ordinata: ex voluntate autem illa solutaque potestate, qua cunctis praeeminet, talis mutatio, de qua sequitur, fieri potuisset. [C. St.: mutatio sequitur, de qua fieri potuisset] . . Tunc enim sufficeret sibi pro ratione voluntas, Inst. de iur. nat. §. Sed et quod princip. (§. 6 I. 2), ff. de constitu. prin. l. 1 (D. I. 4), quae in dubio sancta et iusta praesumitur, 40. dist. cap. Non nos (c. 1), et ibi notatur.«

3) c. 1 tit. 1 ad v. *Ad onus.* Cf. eod. tit. ad v. *plenitudine.*

4) c. 1 tit. 1 ad v. *Ad onus*: »Nota reputari onus in apostolica sede servire. Multae enim et innumerabiles sunt ei praesidentis sollicitudines . ., per quas ad morum correctionem et vitiorum extirpationem adstringitur attendere, ne sanguis subditorum de suis manibus requiratur, 43. dist. c. Ephesiis (c. 4), extra de offi. ord. c. Irrefragabili (c. 13 I. 31) . .«

5) c. un. tit. 3 ad v. *serviendo*: »Nota cardinales dici servitores ecclesiae: nec mirum, cum et papa servire ei dicatur, quare se [deest: C. Stuttg.] servum [C. Stuttg. addit: servorum] appellat: et imperator servum ultimum ecclesiae se vocat . . cupiens dei et ecclesiae servitium adimplere . .«

6) c. 1 tit. 1 ad v. *servitutis:* »A serviendo reipublicae dictae . . et hoc respectu papa se vocat servum servorum, quod dic, ut notatur I. qu. 7. cap. Quoties cordis (c. 9) . .«

Papstes wohl erkenne.[1]) Der Papst Johann XXII. sage, die Sorge der übernommenen Kirchenregierung beunruhige ihn, in dem Gedanken, dass es — nach Hieronymus — nicht leicht sei, an der Stelle von Petrus und Paulus zu stehen, den Sitz der mit Christus Herrschenden (Apok. 20, 4) einzunehmen; denn nicht jene seien Söhne der Heiligen (Tob. 2, 18), welche ihre Plätze einnehmen, sondern jene, welche die Werke der Heiligen verrichten. Der Papst weiche nämlich der beunruhigenden Sorge bei der obersten Leitung der Kirche nicht aus, eingedenk des Wortes Gregors d. Gr., dass man seines hohen Amtes wegen um so demütiger und zum Dienst Gottes um so mehr bereit sein müsse, da die deshalb einst abzulegende Rechenschaft um so größer sei, und in dem Bestreben die Nachlässigkeit, die beim kirchlichen Vorgesetzten häufig schwer sündhaften Charakter annehme, zu vermeiden.[2])

Dass in Äusserungen wie die vorstehenden nichts weniger als eine Papstvergötterung zum Ausdruck kommt, wird von niemand bestritten werden.

Weiterhin stelle ich fest, dass Zenzelinus den Papst Johann XXII. wiederholt als »Herrn« und als »unseren Herrn« bezeichnet, nirgends aber — abgesehen von der angegebenen Stelle — »Gott« oder »Herrgott« nennt. So spricht er gleich in der Einleitung von »sanctissimus pater dominus Joannes, digna dei providentia papa XXII.«[3]) Ferner verweist er auf die Extra-

---

1) Eod. tit. ad v. *superna dispositione:* »Hoc dicit, quia non debet sibi quisquam honorem assumere, nisi [c. Stuttg.: sed] qui vocatur a deo tanquam Aaron . . potissime autem in tanti honoris fastigio hoc praecavendum [C. Stuttg. addit: est], cum universitas fidelium ex illius incolumitate animadvertat se pendere [C. St.: perpendere] perpensius, 40. dist. c. Si papa (c. 6), iuxta illud: Integritas praesidentium salus est subditorum . .«

2) c. 2 tit. 1 ad v. *cura solicitat:* »Hoc dicit constitutionis praesentis conditor, attendens non esse facile stare in loco Petri et Pauli, tenere cathedram regnantium cum Christo: non enim sanctorum sunt filii, qui loca tenent sanctorum, sed qui exercent opera sanctorum, 40. dist. c. Non est (c. 2), 35. dist. c. Ecclesiae (c. 4). Curam enim solicitam non refugit in summi pontificatus regimine, ad mentem reducens verbum beati Gregorii: Tanto esse humilior atque ad serviendum deo promptior quisque debet ex munere, quanto se obligatiorem esse conspicit in reddenda ratione (Hom. 9 in Evang. n. 1, *Migne*, P. L. 76, 1106 — wo aber »deo« fehlt), volensque vitare negligentiam, quae in praelato frequenter mortale peccatum inducit, 81. dist. c. Dictum (c. 8), extra de R. J. c. Quamvis (c. 10 V. 41), de offi. archi. c. Ea, quae (c. 3 I. 23) . .« (Cod. Stuttgart. H. B. VI, 61 f. 257 sq.).

3) Ebenso heisst es am Schluss in den Handschriften und in der ersten Ausgabe: »Explicit apparatus magistri J. de C . . . super const. extrav. editis per sanctissimum patrem dominum Johannem, digna dei providentia papam XXII.« Vgl. *J. W. Bickell*, Über die Entstehung und den heutigen Gebrauch der beiden Extravagantensammlungen des corpus iuris canonici, Marburg 1825, S. 8[2]. In Codex 303 (322) der Stadtbibliothek *Chartres* fehlt »patrem« und

vaganten Si fratrum (c. 1 tit. 5), Dierum (c. un. tit. 12), Ad conditorem, Quia quorundam (c. 3. 5 tit. 14) des »Herrn Johannes«,[1]) auf die Extrav. Ad onus (c. 1 tit. 1) »desselben Herrn Papstes«[2]) und auf c. Ad apostolatus (c. 2 tit. 4) und c. Antiquae (c. un. tit. 6) des »Herrn Papstes Johann XXII.«[3]) Ebenso bemerkt er, »unser Herr Papst Johann XXII.« sei zu Lyon zum Papst gewählt worden[4]) und zu c. un. tit. 3 ad *v. Romanae ecclesiae* stellt er die Frage, ob die durch »unsern Herrn den heute regierenden Papst« und seinen Vorgänger ernannten Kardinäle mit Recht Kardinäle der römischen Kirche genannt würden.[5])

Sonach wäre es gewiss auffallend, wenn Zenzelinus ein einziges Mal, an der fraglichen Stelle sich der übertriebenen Ausdrucksweise »unser Herrgott der Papst« bedient hätte. Wird aber letzteres nicht dadurch erklärlich, dass es sich an jener Stelle etwa um die Verteidigung einer bestrittenen päpstlichen Befugnis von hervorragender Bedeutung handelte, so dass es — im Sinne des Autors — am Platze war, zur Charakterisierung der einzigartigen kirchlichen Stellung des Papstes den in Rede stehenden exzessiven Ausdruck zu gebrauchen?

Die Frage ist zu verneinen. Zenzelinus nimmt nämlich noch zu wiederholten anderen Malen Veranlassung, von der Zuständigkeit des Papstes in Glaubenssachen zu sprechen, geht dabei aber niemals in der fraglichen Hinsicht irgendwie von seiner sonstigen Ausdrucksweise ab. Zu c. un. tit. 3 ad v. *incursurum* lesen wir, man könne nicht unwahrscheinlich sagen, wer eine Konstitution des *Papstes* breche oder nicht beobachte, in dem Glauben, er habe die Konstitution nicht erlassen können, sei als Häretiker zu erachten und deshalb heisse es von einem solchen derart bezüglich der *Petrus und in dessen Person seinen Nachfolgern* verliehenen Schlüsselgewalt Irrenden nicht mit Unrecht, er ziehe sich

---

»XXII.«, steht dagegen nach »papam« »vicarium eius« (*Schulte*, Quellengeschichte II, 199[4]). In der zitierten Handschrift der *Stuttgarter* Landesbibliothek fehlt »digna dei providentia« (f. 376').

1) c. un. tit. 3 ad v. *immiscere praesumant*; c. un. tit. 7 ad v. *fimirtatis;* c. 2 tit. 14 ad v. *suborta sint.*

2) c. un. tit. 3 ad v. *reservamus.*

3) c. 1 tit. 4 ad v. *maneat*; c. 4 tit. 14 ad v. *concertationi.* Die Stuttgarter Handschrift hat an ersterer Stelle: »ut in extrava. domini Jo.(annis) XXII., que incipit Ad apostolatus« (f. 271').

4) c. 1 tit. 1 ad v. *civitate Lugdunen.*

5) »*Romanae ecclesiae.* Cui soli competit cardinales habere, et non alteri, nisi hoc haberet ex privilegio. . . Quid ergo erit de dominis cardinalibus moderni temporis per dominum nostrum papam hodie praesidentem et suum antecessorem creatis, dicerenturne [Cod. Stuttgart.: dicenturne] de iure cardinales Romanae ecclesiae? Videtur, quod non . .«

den Unwillen Gottes und der Apostel zu, da er sich ausserhalb des Glaubens befinde.[1]) Wer dagegen glaubt, der *Papst* habe die Konstitution erlassen können, sie im übrigen aber nicht hält oder bricht, sei deshalb nicht als Häretiker anzusehen, sündige aber schwer, so dass er die Strafe der Absetzung verdiene.[2]) Weiter heisst es bei Zenz., der *Papst* könne auch über Glaubensartikel eine Erklärung machen;[3]) der *Stellvertreter Christi* könne die Glaubensartikel erklären.[4]) Der *Fürst der Kirche* — so nennt Zenz. öfter den Papst — und *Stellvertreter Christi* könne auch über einen Glaubensartikel eine Erklärung geben, könne auch einen Glaubensartikel machen, wenn Artikel nicht im engen, sondern im weiteren Sinne genommen werden, insofern etwas geglaubt werden müsse, was vorher auf Grund kirchlicher Vorschrift nicht notwendig geglaubt werden musste.[5]) Der *Papst* könne jedoch nicht einen neuen Artikel machen, wodurch ein neuer Glaube eingeführt oder von der Wahrheit des Glaubens etwas weggenommen oder etwas wesentlich Neues zu ihr hinzugefügt würde.[6]) *Petrus allein und seinen Nachfolgern* kommt es zu,

---

1) ».. Potest dici non improbabiliter, quod si talis infringat vel non servet papae constitutionem [C. St. addit: vel mandatum] credens ipsum constitutionem facere non potuisse, haereticus est censendus, 25. qu. 1 c. Violatores (c. 5) et multis c. sequentibus, 19. dist. c. Nulli fas (c. 5). Quare hoc casu non immerito talis per hoc errans in potestate clavium Petro et in eius persona [C. St.: personam] suis successoribus datarum, Matth. 16 (v. 19), C. 24. qu. 1. c. Quodcunque (c. 6), extra de re iudic. c. Ad apostolicae §. Nos itaque (c. 2 in VIto II. 14), indignationem dei et apostolorum incurrere dicitur, cum sit ibi extra fidem« [C. St.: dicitur sit extra].

2) »Sed [C. St.: et] si alias credat papam constitutionem facere potuisse, sed aliter eam servare contemnit vel eam infringit, non est per hoc censensus haereticus, sed graviter peccat, sic quod poenam depositionis meretur, 4. dist. §. ult. Sic sentit Joan.(nes Teutonicus) dicto c. Nulli fas (ad v. *prostratus*) et clarius Gar.(sias Joannes Hispanus) extra de elect. cap. Generali lib. 6. (c. 13 I. 6)..« (l. c.). Über *Garsias* vgl. *Schulte,* Quellengeschichte II, 160—162.

3) c. 1 tit. 14 ad v. *declarationes*: ».. nec mirum, cum (papa) etiam super articulis fidei possit declarationem facere, 24. qu. 1. c. Quotiens (c. 12) et c. Haec est fides (c. 14), et patet in decr. Cum inter nonnullos (c. 4 h. t.), ubi de hoc dixi«. Zu c. 4 cit. ad v. *cupientes* heisst es: »Tanquam illi, ad quem [C. St.: quos], non ad alium spectat super dubiis fidei electionem vel constitutionem facere ..«

4) c. 4 tit. 14 ad v. *deinceps*: ».. quae (decretalis Nicolai III. Exiit §. Porro de V. S. lib. 6.) facta per vicarium Christi potentem declarare articulos fidei causam probabilem sic asserendi dare [C. St.: dari] potuit excusantem ..«

5) c. 4 cit. ad v. *declaramus edicto:* »Collige hic principem ecclesiae Christique vicarium posse etiam super fide catholica declarationem facere, ut dixi supra in glos. *Tanquam.* Potest etiam articulum fidei facere, si sumatur articulus non proprie, sed large pro illo, quod credere oporteat, cum prius ex praecepto ecclesiae necessario non oporteret ..«

6) ».. Per iam dicta vero non credas papam posse facere novum articulum, per quem nova fides inducatur aut veritati fidei detrahatur aliquid vel

eine Konstitution und irgend eine Erklärung über den Glauben zu geben.[1]) Als *Papst*, nicht als Privatmann, hätte Innocenz V. vieles gekonnt, nicht bloss durch Erklärung eines Glaubensartikels, sondern sogar durch Einführung eines neuen Glaubensartikels im Sinn der obigen Darlegung.[2]) Sache des *apostolischen Stuhles* allein ist es bezüglich des Glaubens dies und jenes zu verfügen oder auch zu erklären.[3]) Was durch den Schlüssel des Wissens (Gegensatz: Schlüssel der Macht) betreffs des Glaubens und der Sitten durch die *römischen Bischöfe* entschieden ist, kann durch ihre Nachfolger nicht widerrufen werden.[4]) Wer nicht glaubt, der *Papst* habe so bestimmen können, wie er in der Extravagante Quia quorundam bestimmt hat, würde als Häretiker angesehen.[5])

Indes bleibt trotz aller Unwahrscheinlichkeit doch die Möglichkeit bestehen, dass Zenzelinus den Papst »unsern Herrgott« nannte. Deshalb bleibt nichts übrig, als positiv zu prüfen, ob Zenzelinus dies tatsächlich getan hat.

Was die *Druckausgaben* der Zenzelinischen Glosse betrifft, so bemerkt *Finke* ganz allgemein, die Editoren hätten die fragliche Wendung drucken lassen,[6]) und *Gieseler* schreibt, noch in den Lyoner Ausgaben von 1584 u. 1606 und in den Pariser von 1585, 1601 und 1612 stehe Deum, in den späteren sei es ausgelassen.[7])

Der wirkliche Sachverhalt betreffs der Druckausgaben der

---

accrescat quoad substantiam, 25. qu. 1. c. Sunt quidam (c. 6) et c. seq. et c. Si ea destruerem (c. 4 C. XXV qu. 2) et c. Quae ad perpetuam« (c. 3 C. XXV qu. 1) [l. c.].

1) c. 5 tit. 14 ad v. *Quod falsum est:* »Cum ad solum Petrum et eius successores spectet constitutionem super fide et [C.St.: vel] declarationem aliquam facere . ., utpote ad quos maiora ecclesiae negotia superna dispositione iussa sunt referri . .«

2) c. 5 cit. ad v. *non ut papa:* »Tanquam papa enim multa potuisset declarando nedum fidei articulum, immo et novum articulum inducendo, quod intellige, ut diximus in c. Cum inter nonnullos in verbo *declaramus.*«

3) c. 5 cit. ad v. *declarare*: »Ad solam ergo sedem apostolicam spectat super fide aliqua disponere vel etiam declarare, ut hic et 24. quaest. 1. c. Quotiens et c. Haec est fides . ., sicut et ceterae maiores causae ad eam referuntur . .«

4) c. 5 cit. ad v. *assertiones huiusmodi:* »Scilicet definita per clavem scientiae in fide et moribus per Romanos pontifices non posse per successores revocari . .«

5) c. 5 cit. ad v. *rebellis:* »Ex tali rebellione inobtemperans non credens papam sic constituere potuisse, ut statuit, haereticus iudicaretur, 19. dist. c. Nulli fas, et ibi notatur et per Gar.(siam) extra de elect. c. Generali lib. 6.« — Die hier angeführten Belegstellen stimmen wortwörtlich überein mit denen des in Rede stehenden Textes, woselbst es nach »censeretur« heisst: »19. dist. c. Nulli fas, et ibi notatur et per Gar. extra de elect. c. Generali lib. 6.«

6) A. a. O. S. 47[1].

7) A. a. O. S. 98[c] (S. 100).

Zenzelinischen Glosse, genauer der mit dieser Glosse versehenen Extravaganten Johanns XXII. ist, soweit ich nach vielen Bemühungen feststellen kann, folgender: Die *erste* — sehr fehlerhafte Ausgabe,[1]) die Pariser Ausgaben von Gering-Rembolt von 1503[2]) und 1506[3]) und demnach jedenfalls auch die Ausgabe der gleichen Verleger von 1500,[4]) ebenso die Remboltsche von 1513,[5]) die nicht datierte Lyoner Ausgabe,[6]) die Lyoner Fradinschen Ausgaben von 1509[7]) und 1513,[8]) die Lyoner Ausgaben von Fradin-Aymo de Porta von 1515,[9]) 1517[10]) und 1519,[11]) die Baseler von Amerbach-Peter-Froben von 1511,[12]) die Pariser von Chevallon von 1530,[13]) die Lyoner von Barbous-Hugo a Porta von 1540,[14]) die Lyoner von Hugo a Porta-Erben Aymos a Porta von 1543,[15]) die Lyoner von 1554 (Ad Salamandrae, Apud Sennetonios fratres),[16]) die Lyoner von 1561[17]), die Pariser von Merlin-Desboys-Nivellius von 1561,[18]) die Antwerpener von Nutius von 1572,[19]) die *offi-*

---

1) S. l. a. et typ. n. Hain n. 5409. Voraus geht wie in den späteren Ausgaben das Präludium des Joh. Franz. de Pavinis, woran sich sofort dessen Apostillä zu den Extravaganten Johanns XXII. anreihen, welche in den späteren Ausgaben etwas geändert und in der Reihenfolge der Chappuisschen Anordnung erst am Schluss des Werkes stehen. In unserer Ausgabe finden sich am Schluss noch folgende Extravaganten Johanns XXII.: Nuper (c. 6 Extrav. comm. III. 2), Nuper (c. 7 eod.), Cum nonnullae (c. 11 eod.), Ut quos (c. 2 eod. I. 7), Dignum (c. 2 eod. V. 2), Dispendiis (c. un. eod. I. 2), Malitiis c. un. eod. I. 4), Ut praelatorum (c. 2 eod. I. 8), Etsi deceat (c. 3 eod.), Etsi in temporalium (c. 3 eod. III. 2), Super gentes (c. un. eod. I. 1), Ex eo (c. 1 eod. V. 3), Cum nonnullae (c. 12 eod. III. 2), Vas electionis (c. 2 eod. III. 2), Docta (c. un. eod. III. 1), Ad nostrum (c. 2 eod. III. 8), Exhibita (c. 4 eod. V. 7), Cum Matthaeus (c. 3 eod. V. 3). Zwischen Nuper und Cum nonnullae stehen Declarationes et questiones insurgentes contra Execrabiliter (!). — In dem Exemplar der Kölner Stadtbibliothek und in dem der hiesigen Universitätsbibliothek fehlen die in Hain n. 5409 — in der Grossherz. Bibliothek zu Oldenburg — vorausstehenden glossierten Klementinen. Das Fehlen ist jedoch nur zufällig. Denn wie sich aus dem Inhaltsverzeichnis am Schluss der beiden Exemplare ergibt, hatten auch sie vor den Extrav. Johanns die glossierten Klementinen. Und *beide Exemplare stimmen bezüglich der glossierten Extravaganten Johanns XXII. und der vorgenannten weiteren Extravaganten vom ersten bis zum letzten Buchstaben in jeder Beziehung mit dem Text von Hain n. 5409 überein.* Daraus ergibt sich mit voller Sicherheit, dass *Hain n. 4556 nur ein Stück von Hain n. 5409 und deshalb zu streichen ist.* Das Würzburger Exemplar unterscheidet sich von den beiden andern nur hinsichtlich der Apostillä, indem dort nach den Bemerkungen zu Sedes apostolica solche über Execrabilis und Unam sanctam, dazu noch Si fratrum — diese beiden Worte ohne Kommentar — stehen. Infolgedessen hat das hiesige Exemplar nicht 44, sondern 45 Blätter. — Bei Hain n. 5409 ist zu lesen: ». . *F. 59a*: Divini ac humani iurisconsulti . . cum apparatu Jesselini de cassanis, *quae f. 102a cum registro chart. term* . .«

2) f. XL c.

3) f. XXXIIII a.

4) Diese Ausgabe konnte ich bis jetzt nicht einsehen.

5) f. XXXIIII a. — 6) f. XXXIIII b (*Hain* n. 9385). — 7) f. XXXIIII a. — 8) f. XXXIIII a. — 9) f. XXXIIII a. — 10) f. XXXIIII a. — 11) f. XXXIIII a. — 12) f. 34 a. — 13) f. XXXIIII a. — 14) f. 34 a. — 15) f. 34 a. — 16) col. 140. — 17) Nach *Finke* a. a. O. S. 46. — 18) col. 168. — 19) col. 168.

zielle römische von 1582,[1] die beiden Lyoner von 1584,[2] die Venediger von 1584[3] und 1591,[4] die Pariser von 1585,[5] 1601[6] und 1612,[7] die Venediger (Apud Iuntas) von 1595[8] und 1615[9] und demnach jedenfalls auch die Ausgabe von 1605[10] haben: dominum *deum* nostrum papam. Dagegen lesen die Pariser Ausgaben von Kerver-Cabiller-Petit von 1508,[11] 1510,[12] 1511[13] und 1517[14] und demnach jedenfalls auch die Ausgabe von 1505,[15] die Pariser von Kerver-Scabeller (alias Watenschne) von 1522,[16] die Lyoner von Nik. de Benedictis von 1511,[17] die Lyoner von Gilb. de Villiers-Simon Vincent von 1528,[18] die Lyoner von Hugo a Porta-Anton Vincent von 1553[19] und 1558,[20] die Lyoner der Erben Symphor. Beraud von 1600,[21] die Lyoner von Pillehotte von 1613,[22] die Lyoner von Nik. und Joh. Jullieron von 1618,[23] und die Lyoner von Huguetan-Barbier von 1671[24]: dominum nostrum papam, unter Weglassung von *deum.*

Welche von den beiden Lesarten ist die richtige? Oder vielmehr: Welches ist überhaupt die richtige Lesart? Die Antwort auf diese Frage kann selbstverständlich nur auf Grund einer Prüfung der *handschriftlichen* Textüberlieferung gegeben werden.[25]

Die Glosse des Zenzelinus zu den Extravaganten Johanns XXII. ist, soviel ich weiss, in folgenden sieben Handschriften

---

1) col. 153. — 2) col. 148 bezw. 153.
3) col. 153. — 4) f. 107 a.
5) col. 153. — 6) col. 153. — 7) col. 140.
8) f. 107 a. — 9) f.107 a.
10) Vgl. *Bickell* a. a. O. S. 113. — 11) f. LIII d. — 12) f. LIII d. — 13) f. LIII d. *Schulte* behauptet irrigerweise (a. a. O.), *Bickell* nenne diese Ausgabe nicht, gebe wenigstens den Kommentar des Zenzelinus nicht an. Vgl. dagegen *Bickell* a. a. O. S. 104. — 14) f. LIII d.
15) Vgl. *Bickell* a. a. O. S. 102. Der Sextus erschien am 13. Dez. 1505, die Klementinen Ende Januar 1505, die Extrav. comm. am 9. Februar 1505.
16) f. LIII d. — 17) f. LIII d. — 18) f. XLIX d. — 19) f. 107 b. — 20) f. 107 b. — 21) col. 153. — 22) col. 153. — 23) f. 154 a. — 24) col. 153. — Die weiteren Ausgaben unserer Glosse (vgl. *Bickell* a. a. O. S. 103 ff.; tatsächlich sind aber nicht glossiert die Frankfurter Ausgabe des corp. iur. can. von 1586, die drei Lyoner Quartausgaben von 1591, 1606 und 1622, ebenso die Pariser Folioausgabe von 1618 und die Antwerpener von 1648) konnten bis jetzt auf deutschen Bibliotheken nicht ermittelt werden.
25) Ohne Anstellung einer solchen Prüfung nimmt *Finke* an (a. a. O. S. 46), es liege hier ein Missverständnis vor; das »Deus« erscheine ganz unmotiviert in einer trockenen Deduktion; nach Analogie gleichzeitiger Fälle werde man unbedingt »dominum, dominum nostrum papam« als den ursprünglichen Text ansehen müssen. Man solle nur den Schluss der Glosse des Johannes Monachus zur Bulle »Unam sanctam« vergleichen: Et haec de expositione praesentis decretalis editae a sanctissimo patre et domino, domino Bonifacio papa VIII. . . Allein *Haller* bemerkt (a. a. O. S. 82[3]) mit Recht dagegen, Finkes Erklärungsversuch werde in dieser Form niemand überzeugen; das doppelte »dominus« sei an dieser Stelle unmöglich. Haller selbst meint, es liesse sich wohl denken, dass die Stelle aus »dictum dominum nostrum« verdorben wäre. Aber auch diese Erklärung ist nicht zutreffend.

enthalten: in Cod. 275 (ol. 318)[1]) und Cod. 303 (ol. 322)[2]) der Stadtbibliothek Chartres, Cod. 106 (ol. 44) der Stadtbibliothek Épinal[3]), Cod. lat. 4116 der Nationalbibliothek Paris,[4]) Cod. 458 der Stadtbibliothek St. Omer, Cod. H. B. VI, 61 der Landesbibliothek Stuttgart[5]) und in Cod. 592 der Stadtbibliothek

---

1) Vgl. darüber *Schulte*, Iter Gallicum, Wiener Sitz.-Ber., Philof.-hist. Kl. 59 (1868), 473.

2) Vgl. darüber *Schulte* a. a. O. S. 474.

3) Die Handschrift enthält f. 1—28 die Extravaganten Johanns XXII., f. 29—92' col. 2 den Apparat des Jesselinus (Jessellinus) de Cassanhis.

4) Vgl. darüber *Bickell* a. a. O. S. 6[1], 7[2], 8[2], 10[1], 11[1].

5) Vgl. darüber *Bickell* a. a. O. S. 6[1], 7[2], 10[1], 12[1] (S. 13 f.); *K. Löffler*, Die Handschriften des Klosters Weingarten, Beihefte z. Zentralblatt für Bibliothekwesen XLI (Leipz. 1912), 116. Da die bezüglichen Angaben der beiden Autoren nicht durchaus zutreffen, möge hier Näheres über die Handschrift folgen. An erster Stelle steht der Kommentar des *Lapus Tactus* [vgl. über ihn *Schulte*, Quellengeschichte II, 238 f.] zum Sextus (f. 1—124') [Lapus super novellam Sexti per modum additionum — Expliciunt dicta Lapi super Sexto], dann des Lapus Kommentar zu den Klementinen (f. 125—157) [Lapus super Clementinas — Expliciant(!) scripta Lapi, abbatis monasterii sancti Miniati ad montem Florentinum, decretorum doctoris, super Clementinas], hierauf folgen die Konstitutionen Bonifaz' VIII.: Detestande, Antiquorum, Excommunicamus, Provide, Debent, Iniuncte, Unam sanctam, Rem non novam, Pie solicitudinis, Benedikts XI.: Dudum, Inter cunctas, Ex eo, Quod olim, Sancta, Si religiosus, Klemens' V.: Meruit, Quia nonnulli (f. 161—171': Constitutiones Bonifacii VIII. et aliorum), danach die Glosse des Johannes Monachus zu den vorgenannten 7 ersten Extravaganten Bonifaz' VIII. (f. 173—195: Dicta Jo. Monachi super nonnullis Constitutionibus Bo. VIII), sodann die 20 Extravaganten Johanns XXII. nebst einer weiteren desselben Papstes: Concertationi (f. 197—222': Incipiunt Constitutiones domini Johannis pape XXII. In numero XXI extravag.), hierauf die Glosse des Zenzelinus zu den 20 Extrav. Johanns (f. 223—376': Incipit Apparatus magistri Jessellini de Cassanhis iuris utriusque professoris super Constitutionibus Johannis XXII. — Explicit apparatus magistri Jessellini de Cassanhis iuris utriusque professoris super constitutionibus extravagantibus editis per sanctissimum in Christo patrem dominum Johannem papam XXII.), sodann die Glosse des Guilelmus de Monte Lauduno zu Suscepti, Execrabilis und Sedes (f. 379—408: Guillelmus de Monte Lauduno super infrascriptis Constitutionibus extravagantibus Jo. XXII, videlicet Suscepti, Execrabilis, Sedes), hierauf die Konstitution des Kaisers Friedrich II. Ad honorem omnipotentis [Sanctio imperatoris pro ecclesiastica libertate], die Konstitutionen des Papstes Honorius III. Noveritis, Johanns XXII. Ratio iuris, Qui exacti temporis, Benedikts XII. Decens et necessarium (f. 411—424': Constitutiones Frederici Imperatoris, Honorii pape et Jo. XXII. et Benedicti XII.), zuletzt 57 Konstitutionen der Päpste Johann XXII. (3), Benedikt XII. (14), Klemens VI. (14), Innocenz VI. (3), Urban V. (5), Gregor XI. (5), Urban VI. (5), Bonifaz IX. (7), Innocenz VII. (1) [f. 427—496': Constitutiones Jo. XXII., Benedicti XII., Cle. VI., Innoc. VI., Urbani V., Gregorii XI., Urbani VI., Bo. VIIII., Innoc. VII. — selbstverständlich nicht: Innoc. XII. (1691—1700), wie *Bickell* (a. a. O. S. 12[1]) und ihm folgend *Schulte* (Quellengeschichte II, 53[17]) schreiben —]. — Die f. 497 sich findende Dekretale Martins V. Quoniam beneficia ist später beigefügt. Auf dem vorderen Deckel steht: Jacobus Grym̃ decretorum licentiatus, am Schluss: Liber magistri Jacobi Grim̃ decretorum licentiati. Die Behauptung *Bickells* (a. a. O. S. 12[1] [S. 14]), vom c. Clem. VI. Dudum nos stünden in diesem Kodex 2 Abschriften unmittelbar hintereinander, ist nicht zutreffend. Es handelt sich tatsächlich um 2 verschiedene, wenn auch weitgehend gleichlautende Konstitutionen. Das c. Bened. XII. Super gregem ist dagegen wirklich zweimal vorhanden.

Tours.[1]) Die beiden Handschriften von Chartres, den Épinaler und den Stuttgarter Kodex habe ich selber eingesehen. In Cod. 275 von Chartres (XIV. s.) lautet die fragliche Stelle: »Credere autem dñm nrm p̃p̃am conditorem dce dec. ẹt istius sic non potuisse statuere, prout statuit, hereticum censeretur..« (f. 93' col. 1)[2]). Den gleichen Wortlaut hat die andere Chartreser Handschrift (XIV. s.) (f. 76' col. 2); nur wird hier »dictae« wiederholt (dce dce). Die Épinaler Handschrift hat diesen, teilweise verderbten Text: »Credere aut dñm nrm p̃p̃am conditorem dicte decre et istius si non potuisse statuere.

Die oben zitierte, von *Bickell* (a. a. O. S. 10[1]) abgedruckte Extrav. Johanns XII. Concertationi, betreffend *die benedictio nuptialis bei der zweiten Ehe,* lautet folgendermaßen: »Concertacioni antique finem imponere cupientes presenti declaramus edicto, quod licet vir vel mulier ad. secundas nupcias transiens non debeat benedici, cum alias fuerit benedictus, contrahens tamen secum benedici debebit; quod si forsan alter eorum vel ambo ad secundas nupcias transeuntes in primis benedicti non fuerint, tunc danda erit benedictio in secu(n)dis. Sane antiquum volentes temperare rigorem concedimus, ut presbyteri, qui scientes secundas benedixerint nupcias, ad sedem apostolicam venire minime teneantur, sed a suspensione hoc casu a iure inductam valeant per suos diocesanos absolvi. Si vero iuxta opinionem quorundam doctorum ex hoc hactenus se non reputantes suspensos ordines seu quelibet beneficia receperint, diocesanus eorum a penis suspensionis predicte ipsos absolvere ac super execucione ordinum et retencione beneficiorum huiusmodi cum ipsis libere valeat dispensare« (f. 222).

Nebenbei bemerkt, *definiert Lapus Tactus* (vgl. *Archiv* 1912 S. 373) *die Irregularität also*: »Irregularitas est quedam nota seu quoddam impedimentum canonicum proveniens in clerico ex violacione censure ecclesiastice vel ex alia notabili inobediencia et in omni homine ex defectu seu crimine casuali, quo clericus quandoque cum pena degradacionis et senper regulariter omnino indignus redditur ordines susceptos exequi et omnis homo ad super riores provehi, nisi cum eo prius fuerit per sedem apostolicam misericorditedispensatum« (Lectura super Clement., ad c. un. V. 4, Cod. Stuttg. cit. f. 149').

Die *Einleitung von Lapus' Kommentar zum Sextus und zu den Klementinen* möchte ich hier nach dem Wortlaute der Stuttgarter Handschrift mitteilen: »Linus II (?) in Epistola ad Maximum: Dum vita suppetit, innitamur, ut mens quam paucissima, que abolere possit, inveniat. Ego nanque Lapus, abbas monasterii sancti Miniati ad montem Florentinum, inter decretorum doc.(tores) minimus et indignus invitatus, Seneca, De tranquilli(tate) animi (cf. Senec. opera, ed. *Fr. Haase,* I [Lips. 1862], 173), occupandi corporis et conservande memorie causa eorum, que theor(et)ice ac practice in iure canonico tempore longo studendo utilia quesivisse putaveram, in usum meum, non in preconium aliqua maxime super VI. et Cle.(mentinas) post maiores interdum sapientum dicta ponendo, quia semper exactus sermo legentibus non est gratus, secundo Macha. ultimo in fine, scribere stilo plano curavi veniam postulans, quia nimis audacter ipsius iuris nexus solvere aut intelligere nesciens manum ad calamum posuerim« (Cod. Stuttgart. cit. f. 1).

1) Vgl. darüber *Schulte,* Iter Gallicum a. a. O. S. 439. — Nach *Schulte,* Quellengeschichte II, 199[4] (S. 200) fände sich die fragliche Glosse auch in Cod. 461 der Stadtbibliothek Chartres und in Cod. 453 der Stadtbibliothek Arras. Allein die Chartreser Handschrift enthält des Zenzelinus Glosse zu den Klementinen, nicht zu den Extrav. Johanns XXII. (s. *Schulte,* Iter Gallicum a. a. O. S. 487), und wie mir der Arraser Kanonist, Ehrenkanonikus und Generalsekretär *Delplanque* mitzuteilen die Güte hatte, gibt es auf der dortigen Stadtbibliothek eine Handschrift mit unserer Zenzelinusglosse nicht.

2) Da in der Druckerei die entsprechenden Lettern fehlen, so können leider nicht alle in den Handschriften enthaltenen Kürzungszeichen mitgeteilt werden.

prout. i. hic. et istius si non potuisse. *statuit* hereticum censeretur..« (f. 85' col. 2) [1]). In der Stuttgarter Handschrift (XV. s.) heisst es: »Credere autem dñm nrm p̃pam conditorem dce decre et istius sic non potuisse statuere, prout statuit, hereticum censeretur..« (f. 360).

Die Pariser Nationalbibliothek war während meines dortigen Aufenthalts (Ostern 1914) leider geschlossen. Es hatte aber Herr Kollege *Boudinhon* die Freundlichkeit, durch Herrn *Villien* den Pariser Kodex einsehen zu lassen. Unter Beiziehung eines Archivars konstatierte V. folgenden Text: »Credere autem dñm nrm pp̃am conditorem dicte decretalis et istius sic non potuisse statuere, prout statuit, hereticum censeretur.« [2])

Die Kenntnis der Lesart der Handschrift von St. Omer (XIV. s.) verdanke ich der Güte des Herrn Kanonikus, Superiors des Instituts Saint-Bertin in Saint-Omer, *L. Leclercq*. Auch dieser Kodex hat: »Credere autem dominum nostrum papam conditorem dicte decretalis et istius sic non potuisse statuere, prout statuit, hereticum censeretur..« (f. 203).

In den genannten 6 Handschriften findet sich demnach »deum« nicht. Dagegen steht im Tourser Kodex (XIV. s.), wie mir der dortige Kanonist *C. Bergeault* nach eigener Einsicht gütigst mitteilte, tatsächlich: »Credẽ aut dñm dẽm nstr pp̃m . .« (f. 92' col. 1). Allein das Wort »dẽm« ist durch darunter stehende Punkte gestrichen (dẽm) und zwar mit der gleichen Tinte, mit der das Wort selbst geschrieben ist, und wie es scheint, von der gleichen Hand. [3])

Angesichts dieser ausnahmelosen handschriftlichen Überlieferung des »dominus noster papa« wird man sich der Überzeugung nicht verschliessen können, dass Zenzelinus, wie nach den obigen Darlegungen von vornherein zu erwarten war, auch an der fraglichen Stelle nicht »dominum deum nostrum papam« geschrieben hat. Dass aber einem Abschreiber ein solcher lapsus, wie er in der Handschrift von Tours vorliegt, unterlaufen konnte, wird sich sehr leicht erklären, wenn man bedenkt, wie ausserordentlich häufig in der Liturgie die Formel »Domine Deus noster« zur Verwendung kommt. [4])

---

1) Die Wiederholung »et istius si non potuisse« ist durch unter diese Worte gesetzte Punkte gestrichen.

2) Herr Kollege *Villien* schreibt mir: »Aucune hésitation n'est possible; l'écriture, du XIVe s. probablement, est d'ailleurs excellente et très lisible.«

3) Herr *Bergeault* lässt mich wissen: »Verbum dem revera adest et legitur, at siglo . . . est *expunctum* et quidem *eodem attramento*, quo verbum ipsum fuit exscriptum, atque, ut videtur, eadem manu eodemque momento temporis«.

4) Cf. Missale Rom., postcom. ad primam Miss. in nativitate Domini,

Ob dann bei der ersten, fehlerreichen Druckausgabe unserer Glosse gerade die Tourser Handschrift benutzt und hierbei die Streichung des »deum« übersehen wurde oder ob bei Zugrundelegung einer andern Handschrift infolge eines lapsus calami das Wort »deum« in die erste Ausgabe kam, dies zu untersuchen lohnt sich, weil für die Lösung unseres Problems belanglos, nicht der Mühe.

Dass aber die Editoren die fehlerhafte Wendung immer wieder drucken liessen und dass bis in die neueste Zeit katholischerseits kein Bedenken dagegen erhoben wurde,[1]) kommt gleichfalls nicht weiter in Betracht, da es fraglich bleibt, ob man auf den Fehler überhaupt achtete, oder wenn man den Ausdruck wirklich nicht übersah, ihn jedenfalls in einem Sinn verstand, wie er mit der katholischen Lehre vereinbar ist.[2])

---

postcom. fer. IV. post dom. IV. Quadrag., postcom. dom. de Passione, postcom. fer. II. post dom. Pass., secret. fer. V. post dom. Pass., postcom. dom. in Alb., postc. dom. X. post Pentec., postcom. miss. Statuit, In virtute, Laetabitur de comm. un. martyr., postc. miss. Me exspectaverunt de comm. virg. et mart., secret. in ipsa die dedicationis altaris, postc. contra persecut. eccl. etc.

1) Vgl. *Finke* a. a. O. S. 47[1].

2) Cf. c. 7 D. XCVI; c. 41 C. XI q. 1; c. 15 C. XII q. 1.

Gegenüber *Scharnagls* Erklärung des c. un. in VI[to] III. 15 und des c. un. Extrav. Jo. XXII tit. 6, von einem durch den Empfang der höheren Weihe solemnisierten Gelübde sei nur in den Fällen eines vor oder bei der Ordination *ausdrücklich* abgelegten Keuschheitsgelübdes die Rede (Das feierliche Gelübde als Ehehindernis, Freib. 1908, S. 194, 196), habe ich seinerzeit geltend gemacht, dass *Johannes Andreä* und *Guido de Baysio* das erstgenannte Kapitel anders aufgefasst haben (vgl. *Archiv* 1909 S. 182[1], 1911 S. 375[2]). *Das Gleiche gilt,* um dies hier nebenbei zu bemerken, *von Zenzelinus de Cassanis gegenüber der Extravagante Johanns XXII.,* indem Z. dazu ad v. *provenientibus* schreibt: »Tam in suscipiente sacrum ordinem, cum ex virtute contracti matrimonii teneretur ad reddendum debitum coniugi . . . *Ex virtute vero suscepti sacri ordinis tenebatur ad continentiam observandam, quam tacite vovisse videtur illum suscipiendo,* 28. dist. c. Diaconi (c. 8) . .«; ad v. *sacri susceptionem ordinis*: »*Susceptio igitur sacri ordinis votum reddit solemne,* ut hic et 84. dist. c. Cum in praeterito (c 3), 28. dist. c. Diaconi . .«; und ad v. *sic ordinatum*: »Scilicet ad aliquem de sacris ordinibus. In promoto ergo ad minorem ordinem . . non est necessaria inductio, quae facienda praecipitur. Ratio huius potest esse, *quia talis ordo in se non habet votum castitatis annexum,* quare non potest effectum matrimonii impedire . .«

Noch möchte ich hier gelegentlich beifügen, dass *Rufinus bei Huguccio auch* (vgl. *Archiv* 1914 S. 237 Anm.) *bei Erklärung des c. 2 C. X q. 2* ad v. *addita decima parte zitiert wird*: »ut si valet X., accipiat pro undecim, si valet XX., accipiat pro XXII. et sic de ceteris. Jo.(hannes) et *Ru.*(finus) dixerunt: Si valet VIIII., accipiat pro X. Set tunc non adderetur X. pars, inmo VIIII. et est iste casus specialis, in quo quis cogitur rem alienam emere pluris, quam valeat, sicut alibi cogitur quis rem suam etiam vendere minoris, quam valeat, ut di. LIIII. Fraternitatem, Presenti (c. 15. 18). Set quare ita aspere agitur contra creditore(m)? In odium usurarum, quas accepit« (Cod. Vat. 2280 f. 165 c. 1). Vgl. *Singers* Rufinusausgabe p. 303. — Aus dem vorstehenden Zitat ist zugleich ersichtlich, dass Huguccio hier die *palea Presenti* (c. 18 D. LIV) *ohne irgend welche weitere Bemerkung anführt* (vgl. *Archiv* 1908 S. 474[2]).

Meinen Bemerkungen über die *Benennung des Gratianischen Dekrets* (s. *Archiv* 1914 S. 440[1]) sei hier beigefügt, dass *Giraldus Cambrensis* auch in dist. 1 c. 49 seiner Gemma eccl. das Gr. Dekret als »decreta« zitiert: ». . Pro quibus tamen illud Jeronymi in fine Decretorum facere videtur: »Melior est quinque psalmorum decantatio . .«« (c. 24 D. V de cons.) [opp., ed. *Brewer* II, 131 sq.].

Inzwischen hat sich *F. Heyer* zu meinen zitierten Bemerkungen geäussert (s. *Archiv* a. a. O. S. 501—517). Zunächst erklärt H., die von mir angeführten Beispiele aus Rufinus usw. seien ihm fast ausnahmelos bekannt und teilweise stillschweigend von ihm verwertet gewesen. An der Richtigkeit dieser Behauptung zu zweifeln, habe ich nicht den geringsten Grund. Ich hielt es aber und halte es auch jetzt noch für nicht entsprechend, wenn H. sich statt vieler Belege mit kurzen Verweisen begnügte, »da es sich um eine bekannte und unbestrittene Tatsache handelte«. Letzteres ist ja richtig, aber jeder Autor der in Frage stehenden Zeit, welcher die Namen *decreta, liber, volumen* usw. für Gratians Werk kennt, dagegen von *»Concordia discordantium canonum«* nichts weiss bezw. nichts sagt, *bildet eine Instanz gegen Heyers These* und deshalb ist die Anführung dieser Autoren nicht belanglos. Die Ueberschrift »Concordia disc. can.« ist allerdings zu lang, als dass man sie bei jeder Erwähnung des Dekrets hätte zitieren können (s. Zeitschrift der Savigny-Stiftung f. Rechtsgeschichte XXXIII, Kan. Abt. II [1912] S. 342), aber in den von mir genannten Werken wird jene Ueberschrift *niemals* zitiert. Es scheint mir sehr wünschenswert, dass H. die »vielen anderen Belege« *dieser* Art der Oeffentlichkeit nicht vorenthält.

Ferner bestreitet H., dass *Robert Paululus* die Sammlung Gratians als »decretum« anführt. Nach seiner Ueberzeugung bezeichnet *decretum* bei R. P. nicht das Dekret, sondern ein Dekret, d. h. einen Kanon. Die von der gewöhnlichen abweichende Zitierweise des R. P. sei zumal bei einem Schriftsteller, der nicht Dekretist war, nicht verwunderlich, da nicht nur die Angabe des Kapitels, sondern auch die der Quaestio fehle und auch der Wortlaut des Zitates ungenau sei. Dem gegenüber bemerke ich, dass die Ungenauigkeit des Zitatwortlautes bei Lösung unserer Frage gar keine Rolle spielt; sodann, dass das Fehlen der Kapitelsangabe nichts Ungewöhnliches ist, da die gleiche Verfahrensart z. B. bei Rufinus und Stephanus von Tournai sich sehr häufig (vgl. *Singers* Rufinusausgabe p. 29, 30, 34, 41, 44, 47, 53, 61 usw. usw.; *Schultes* Stephanusausgabe p. 21, 24, 30, 34, 39, 40, 41, 42 usw. usw.) und bei Huguccio regelmäßig findet. Die Nichtangabe der Quaestio mag auf einem Versehen beruhen, vielleicht auch in einer Zitation aus dem Gedächtnis ihren Grund haben. Dass R. P. die Zitation nach Quästionen kennt, ergibt sich aus der anderen von mir angeführten Stelle. Uebrigens sei konstatiert, dass auch *Rufinus* zitiert: »ex illo capitulo Burch., quod supra in dist. L. in illo *decreto* disseruimus »In capite« (*Singer* l. c. p. 190); ebenso *Giraldus Cambrensis*: ». . sicut *Decreto* illo Gelasii papae Causa XXII. quaestio V. »Si quis se periuraverit et alios sciens in periurium duxerit . .« (c. 4) (*Brewer* l. c. p. 158). Heyers Erklärung kann ich aber deshalb nicht gutheissen, weil alsdann R. P., *»der nicht Dekretist war«*, eine Stelle aus einem Werk mit Angabe der Unterabteilungen zitiert hätte, *ohne das Werk selbst zu nennen.* Solches möchte ich ohne zwingenden Grund nicht annehmen.

Ich will ganz bestimmt nicht behaupten, dass Huguccio »in allen das Dekret betreffenden Fragen die maßgebendste Instanz sein soll«. *Ebenso bestimmt behaupte ich aber auch, dass man Huguccios Schweigen nicht zu Gunsten des Titels verwenden kann,* u. zw., um dies zu wiederholen, deshalb nicht, weil H. in diesem Fall von seiner sonstigen Methode, der gemäß er in seiner kolossal grossen Summe *bei jeder möglichen Gelegenheit alles irgendwie Einschlägige, gleichviel ob anerkannt oder bestritten, hereinzieht,* vollständig abgewichen wäre. Hätte er den Titel »Concordia discordantium canonum« gekannt, so hätte er in der Einleitung oder an einer der von mir genannten Stellen (dict. Grat. p. c. 24 D. L; dict. Grat. a. c. 1 D. XC; c. 1 D. XC), etwa auch zum dict. Grat. p. c. 8 C. XVIII q. 2 davon Erwähnung getan. Das Wort »Concordia« hätte ihm willkommenen Anlass geboten. Wer etwas anderes behauptet, kennt Huguccio nicht. Es mag aber sein, dass ihm der wirkliche Sachverhalt unbekannt geblieben war.

---

3. Die Reformen des Papstes Pius X. auf dem Gebiete der kirchenrechtlichen Gesetzgebung.

Von Professor Dr. *Nikolaus Hilling* in Bonn.

(Fortsetzung; vgl. I. Quartalheft Bd. 95 S. 78 ff.)

III.

Die Weihekompetenz der Bischöfe und die Auswanderungsvorschriften für Geistliche.

Im Interesse der Ordnung und der kirchlichen Aufsichtführung hat das kanonische Recht sowohl für die Weihekompetenz der Bischöfe wie für die Zugehörigkeit der Geistlichen zum Diözesanverbande bestimmte Vorschriften erlassen, die in einem inneren Zusammenhange mit einander stehen. Die heute herrschende Freizügigkeit und der zunehmende Verkehr unter den Völkern aller Länder hat in jüngster Zeit einen Ausbau der alten Bestimmungen nötig gemacht, der von Leo XIII. begonnen und von Pius X. fortgesetzt wurde.

I. Bezüglich der *Weihekompetenz* der Bischöfe hat die Konzilskongregation durch den Erlass »Decreto« vom 24. November 1906[1]) den Inhalt ihres früheren Dekrets »A primis« vom 20. Juli 1898,[2]) betr. die Exkardination und Ordination der Kleriker, auch auf die Laien ausgedehnt. Um den Mangel an klerikalem Nachwuchs in gewissen Diözesen leichter beheben zu können, gestattete das Dekret »A primis«, dass der Diözesanbischof aus einer gerechten Ursache einen Kleriker in eine fremde Diözese entlassen dürfe, falls der Bischof der fremden Diözese den Kleriker schriftlich, bedingungslos und für immer aufnimmt und letzterer das iuramentum perpetuo ibi manendi leistet.[3]) Nun bestand aber in Deutschland und auch in mehreren anderen Ländern bereits vor Erlass des Dekrets »A primis« die Gewohnheit, dass ebenfalls Laien, d. i. Theologiestudierende, die noch nicht eine niedere Weihe oder die Tonsur empfangen hatten, aus einer

1) Acta Sanctae Sedis XXXIX, 600 ff.
2) Acta Sanctae Sedis XXXI, 49 ff.
3) Sämtliche Bedingungen sind für die *Gültigkeit* der Aufnahme zu erfüllen. Vgl. Entscheidung der Rota in causa Londonensi vom 9. Januar 1912 (A. A. S. IV, 249 ff.) und der Congr. Concilii in causa Bismarckiensi et aliarum vom 31. Januar 1913 (A. A. S. V, 34 ff.).

Diözese entlassen und in eine andere aufgenommen wurden. Eine solche Praxis hatte sich hauptsächlich deswegen gebildet, weil in den Diözesen dieser Länder die Tonsur und die niederen Weihen verhältnismäßig spät d. i. nur wenige Monate vor der Priesterweihe erteilt wurden und daher eine Inkardination von *Klerikern* für die Ausfüllung der Lücken des priesterlichen Standes nicht oder nur selten in Frage kommen konnte. Für die nordamerikanischen Bistümer meldeten sich z. B. öfters Jünglinge aus Europa, die hier ihre theologischeh Studien vollendeten und erst nach Empfang der Priesterweihe in ihre Bestimmungsdiözese jenseits des Ozeans abreisten.

Pius X. hat daher einem augenscheinlichen praktischen Bedürfnisse mancher Diözesen abgeholfen, indem er das Inkardinationsdekret »A primis« vom Jahre 1898 auf die Laien ausdehnte. Er hat damit aber auch zugleich eine wichtige Änderung der bisher geltenden Rechtsprinzipien vorgenommen, die Leo XIII. in seinem früheren Erlasse aus theoretischen Gründen absichtlich vermieden hatte. Während bisher für die Zugehörigkeit der Laien zu einem Diözesanverbande nur ein territoriales Band — Wohnsitz innerhalb der Diözese — maßgebend war, hat Pius X. für den Zweck der Weihe auch den blossen Akt der Entlassung bezw. der Aufnahme eingeführt. Allerdings scheiden die dimittierten Weihekandidaten nicht völlig aus ihrem alten Diözesanverbande aus, sondern sie werden nur zum Zwecke der Weihe von dem Bischofe der Heimatdiözese entlassen bezw. von dem fremden Bischofe aufgenommen. Daher muss juristisch scharf zwischen der für Kleriker geltenden »excardinatio« und »incardinatio« des Dekrets »A primis« einerseits und der »dimissio« und »receptio« der Laien gemäß dem Erlasse »Decreto« anderseits unterschieden werden.[1])

Der Erlass »Decreto« ist ein schlagendes Beispiel für die in der Einleitung betonte praktische Rechtsauffassung Pius' X. und sein Abweichen von der bisherigen juristischen Tradition. Abgesehen von den Zweckmäßigkeitsgründen findet jedoch die vollzogene Rechtsänderung ihre innere Berechtigung in dem Umstande, dass z. B. die Theologiestudierenden in Deutschland in sachlicher Hinsicht den jungen Klerikern der italienischen Seminare, die nur die Tonsur und die niederen Weihen empfangen haben,

1) Eine juristische Beleuchtung dieser Fragen bietet die dem Erlasse »Decreto« unmittelbar voraufgehende Entscheidung der Konzilskongregation in causa Romana et aliarum vom 15. September 1906 (A. S. S. XXXIX, 486 ff.).

gleichgestellt sind. Nachdem jetzt für die Inkardination bezw. Rezeption genaue formelle Vorschriften erlassen sind, würde es zweckmäßig sein, wenn auch die Wirkungen der Übertragung eines Benefiziums in einer fremden Diözese in Bezug auf die Zugehörigkeit zum Diözesanverbande bestimmt geregelt würden.[1])

II. Eine Einschränkung für die Anwendung der vorhin erwähnten Inkardination und Rezeption bedeutet das Dekret »Vetuit« über die *entlassenen Seminaralumnen,* das kurz vor dem Erlasse »Decreto« am 22. Dezember 1905[2]) seitens der Konzilskongregation veröffentlicht wurde. Hierdurch wurde bestimmt, dass in Zukunft kein Diözesanbischof irgend einen Kleriker oder Laien in sein Seminar aufnehmen darf, der von seinem eigenen Bischofe als untauglich oder unwürdig aus dem Priesterseminare entlassen worden ist. Um jede Übertretung dieser Vorschrift unmöglich zu machen, wird den Bischöfen die Verpflichtung auferlegt, vor der Aufnahme eines fremden Theologen vertraulich bei seinem Bischofe anzufragen, ob er aus dem Seminare entlassen worden ist.

Die juristische Wirkung dieses Dekrets beruht darin, dass die Entlassung aus dem Seminare jetzt für die ganze katholische Welt gültig ist, so dass jeder Bischof an die Beobachtung der Sentenz des episcopus proprius, der den betreffenden Priesteramtskandidaten bezüglich der Zulassung zu den Weihen für untauglich erklärt hat, gebunden ist. Diese universelle Geltung entspricht in gewissem Sinne der der kirchlichen Irregularitäten, die infolge ihrer Zugehörigkeit zum ius commune ebenfalls für die ganze Welt verpflichtend sind.

In praktischer Hinsicht hat das Dekret einen offenkundigen reformatorischen Charakter: es verfolgt den Zweck, gewisse Mißstände und Unzuträglichkeiten, die mit dem früheren Verfahren verbunden waren — Weihe Unwürdiger, Drängen der Aufgenommenen zur Rückkehr in ihre Heimatdiözese — zu verhüten. Dem Geiste nach war die bisherige Praxis, dass fremde Bischöfe die von ihren Bischöfen zurückgewiesenen Priesteramtskandidaten aufnahmen, bereits durch das Konzil von Trient Sess. XIV. de reform. c. 1[3]) verboten. Mit Recht hat sich daher unser Erlass auf diesen Kanon berufen.

---

1) Vgl. die Entscheidung der Konzilskongregation in causa Viterbiensi vom 14. Juli 1905 (A. S. S. XXXIX, 207 ff.).

2) Acta Sanctae Sedis XXXVIII, 407 ff.

3) »Cum honestius ac tutius sit subiecto, debitam praepositis obedientiam impendendo in inferiori ministerio deservire, quam cum praepositorum scandalo graduum altiorum appetere dignitatem; ei, cui ascensus ad sacros

III. An dritter Stelle hat die Pianische Reformgesetzgebung bezüglich der *Auswanderung der Geistlichen nach Amerika und den Philippinen sowie der Widmung der Auswandererseelsorge in fremden Ländern* neue und strengere Vorschriften erlassen. Zuerst erschien am 14. November 1903 das Dekret der Konzilskongregation »Clericos peregrinos«,[1]) das die Bestimmungen des Rundschreibens vom 27. Juli 1890 über die Reise und Auswanderung der italienischen Priester nach Amerika teils wiederholte, teils verschärfte und namentlich auch auf die Reise nach den Philippinen und die ausseritalienischen Priester ausdehnte. Am 7. September 1909 wurde dieses Dekret zum Zwecke einer nochmaligen Einschärfung von neuem publiziert.[2]) Gegen Ende des Pontifikats Pius' X. hat endlich die Konsistorialkongregation durch das Dekret »Ethnografica studia» vom 25. März 1914[3]) ein neues einheitliches Gesetz veröffentlicht, das die alten Vorschriften in einigen Punkten mildert, in den meisten aber bestätigt oder verschärft und insbesondere auf die Übertretung die Strafe der von selbst eintretenden suspensio a divinis setzt. (Art. 8) Ferner wurden die Vorschriften auch auf alle Priester, die sich in fremden Ländern der Auswandererseelsorge widmen, ausgedehnt.

Da die genannten Dekrete für die deutschen Priester nur selten von praktischer Bedeutung werden, erübrigt es, an dieser Stelle auf den speziellen Inhalt näher einzugehen. Der Kernpunkt der Bestimmungen ist, dass für jeden Auswanderungsfall die Erlaubnis des Ordinarius a quo und des Ordinarius ad quem eingeholt werden müssen, die beide nur aus gerechtfertigter Ursache und unter gewissen Kautionsvorschriften ihre Zustimmung geben dürfen. Die immer schärfer formulierten Auswanderungserlasse für die Geistlichen haben die offenkundige Tendenz, 1) die kirchliche Aufsicht über die auswandernden Geistlichen zu wahren und 2) die Überschwemmung gewisser Gegenden mit untauglichen oder gar schädlichen Elementen des geistlichen Standes zu verhüten.

IV. Dieselbe Absicht wie die vorhin besprochenen Auswanderungsvorschriften für Geistliche verfolgt das Schreiben

---

ordines a suo praelato ex quacunque causa, etiam ob occultum crimen, quomodolibet, etiam extraiudicialiter, fuerit interdictus . . . . nulla contra ipsius praelati voluntatem concessa licentia de se promoveri faciendo . . . . suffragetur.«

1) Acta Sanctae Sedis XXXVI, 355 ff.
2) Acta Apostolicae Sedis I, 692 ff.
3) Acta Apostolicae Sedis VI, 182 ff.

Pius' X. an den Kardinalvikar Respighi vom 6. August 1905[1]) bezüglich der *Priester einer fremden Diözese, die sich in Rom aufhalten.* Der Hl. Vater hat die älteren Vorschriften Leos XIII., insbesondere das Dekret der Konzilskongregation »Anteactis« vom 22. Dezember 1894[2]) teils bestätigt und teils verschärft und die Übertretung mit dem Verbote des Messelesens in der Stadt Rom bestraft. Künftighin darf sich kein auswärtiger Priester ohne die ausdrückliche Erlaubnis seines Diözesanbischofs und ohne die persönliche Genehmigung des Papstes dauernd in Rom niederlassen. Für einen vorübergehenden Aufenthalt, der aber drei Monate nicht überschreiten darf, genügt die Erlaubnis des Diözesanbischofs, die nach der Ankunft in Rom sofort auf dem Kardinalvikariate vorzulegen ist. Ferner bestimmt das päpstliche Schreiben, dass vorübergehend in Rom anwesende fremde Priester, die nicht zum römischen Klerus gehören, nicht ohne ausdrückliche Zustimmung des Vikariats zu einem Amte oder Benefizium oder zu einer sonstigen kirchlichen Beschäftigung zugelassen werden können.

Das Schreiben des Papstes vom 6. August 1905 über den Aufenthalt fremder Priester in Rom bildet eine Ergänzung zu dem Schreiben vom 5. Mai 1904[3]) über Kleriker und Priester auswärtiger Bistümer, die in Rom studieren. Am 16. August 1905[4]) hat der Kardinalvikar Respighi die italienischen Bischöfe von beiden Erlassen in Kenntnis gesetzt.

IV.

Die Standespflichten und Standesrechte des Klerus.

Wenngleich die wissenschaftliche Bildung und die sittliche und asketische Erziehung der Aspiranten des geistlichen Standes auch für das spätere Leben der Priester von grösster Bedeutung sind, so drücken sie doch der Seele kein unauslöschliches Merkmal ein, sondern die in der Jugend erworbenen Kenntnisse und Tugenden müssen durch fortgesetztes Studium und Übung erhalten und weiter entwickelt werden.

Entsprechend dem wichtigsten Programmpunkte seines Pontifikats, in erster Linie den Klerus zu reformieren, hat Pius X. mit besonderem Nachdruck auf die vita et honestas clericorum hinge-

1) Acta Sanctae Sedis XXXVIII, 67 ff.
2) Acta Sanctae Sedis XXVII, 373 ff.
3) Vgl. oben S. 111 f.
4) Acta Sanctae Sedis XXXVIII, 68 f.

wiesen und teils allgemeine, teils besondere Vorschriften hierüber erlassen. Das Gegenstück zu den besonderen Standespflichten der Geistlichen bilden ihre besonderen Standesrechte. Es ist daher ein durchaus konsequentes Verfahren, wenn unser Papst nach der Einschärfung der geistlichen Standespflichten auch die klerikalen Standesprivilegien besonders betont hat.

I. Eine generelle Kundgebung über die Standespflichten der Geistlichen hat Pius X. am 4. August 1908 erlassen, an welchem Tage er vor fünf Jahren zum Papste gewählt und in welchem Jahre er vor fünfzig Jahren zum Priester geweiht worden war. Das päpstliche Schreiben beginnt mit den Worten »Haerent animo« und trägt die Überschrift »*Exhortatio ad clerum catholicum*«.[1]) Es hat nicht den Charakter eines Gesetzes, sondern eines an den Klerus gerichteten Hirtenschreibens und bildet daher ein Gegenstück zu der Antrittsenzyklika »E supremi apostolatus« vom 4. Oktober 1904, deren pastorelle Mahnungen sich zugleich an den Klerus und die Gläubigen richten.

Von dem lebendigen Bewusstsein der schweren Verantwortung für das Heil der Seelen durchdrungen, richtet der Papst Pius X. seine väterliche Stimme zunächst an die vom rechten Wege abgewichenen oder in Lauheit versunkenen Söhne des geistlichen Standes, dann aber auch an alle guten Priester, damit jene zu neuem Leben erweckt und diese in ihrem Eifer bestärkt werden. Nichts Neues und bisher noch nicht Gehörtes will das Hirtenschreiben mitteilen, sondern nur die alten und allbekannten Pflichten von neuem einschärfen.

Die erste Pflicht des priesterlichen Berufes ist das Streben nach einem frommen und heiligen Lebenswandel. Dieser muss vor allem in der Pflege der inneren Tugenden und der Verleugnung der eigenen Person bestehen. »Lehrer und Vorbild aller Heiligkeit ist Christus.« Zwar lehrt die Kirche mit Recht, dass der Priester als Arbeiter im Weinberge des Herrn auch für das Heil fremder Seelen wirken muss, und gerade der grosse Seelsorgepapst Pius X. hat diese Pflicht in seinem langen und arbeitsreichen Leben in vorbildlichster Weise erfüllt.[2]) Er betont aber

1) Acta Sanctae Sedis XLI, 555 ff. Vgl. *Felice da Porreta* O. M. Cap., Commento all' Enciclica d. S. P. Pio X »Haerent animo«. 2a ed. Torino 1913. *Georg Lenhart,* Der Priester und sein Tagwerk im Lichte des Papstprogramms. Gedanken und Erwägungen über Seelsorger und Seelsorge in ernster Zeit. 2. Aufl. 1913.

2) Als Bischof von Mantua schrieb Pius X. einst an den Klerus seiner Diözese: »Wir sind nicht in den Priesterstand getreten, um ein bequemes

im Gegensatze zu dem sog. Amerikanismus, dass der äusseren Tätigkeit des Priesters die Pflege der inneren Tugenden vorangehen müsse. Es genügt nicht die blosse Übung der sog. aktiven Tugenden, durch die der Priester seine äusseren Standespflichten erfüllt, sondern zuerst muss im eigenen Innern der eine notwendige Grund gelegt werden, damit von diesem aus die äussere Tätigkeit lebendig befruchtet und segensreich gestaltet werden könne. Wie für jeden Lebensberuf, so gilt dies im eminenten Sinne für den geistlichen Beruf eines Seelsorgers.

Das wichtigste Mittel, um ein gutes innerliches Leben zu führen und eine gedeihliche äussere Wirksamkeit auszuüben, ist für den Priester das Gebet und die Betrachtung. »Zwischen dem Gebete und der Heiligkeit besteht ein notwendiger Zusammenhang, so dass das eine nicht ohne das andere existieren kann.« Die Betrachtung soll durch die fromme Lesung und die häufige Gewissenserforschung unterstützt werden, damit der Fortschritt im geistlichen Leben und in der richtigen Selbsterkenntnis gefördert werde.

Angelegentlichst empfiehlt der Hl. Vater auch allen Priestern die Teilnahme an den geistlichen Exerzitien und den Übungen der monatlichen Geisteserneuerung. Denn zu den gewönlichen Übungen des Tages müssen aussergewöhnliche Übungen hinzukommen, um das Geistesleben ab und zu über die Höhenlage des Alltags zu erheben. Da ferner der brüderliche Verkehr und die engere Vereinigung der Geistlichen untereinander ein wichtiges soziales Mittel darstellen, um den priesterlichen Geist in der Gesamtheit zu fördern, so fordert unser Papst die Priester auf, sich unter der Autorität ihres Bischofs zu Vereinen zusammenzuschliessen. Durch die Priestervereine sollen insbesondere die armen Confratres unterstützt, die feindlichen Angriffe auf den geistlichen Stand abgewehrt und die wissenschaftlichen und seelsorglichen Aufgaben des Klerus erleichtert werden. Pius X. spricht deshalb den Wunsch aus, dass die Priestervereine gewissermaßen an die Stelle der alten Vita communis der Geistlichen treten

Leben zu führen. Wir müssen arbeiten, das ist unsere erste Pflicht. Die Kirche wird bald Weinberg, bald Ackerfeld, bald Haus, bald Kriegsdienst genannt. Deshalb ist es unsere Pflicht, den Weinberg zu bebauen, zu bewahren, zu umzäunen, diesen Acker von allem Unkraut zu reinigen und darauf die Saat des Wortes Gottes auszustreuen; unsere Pflicht ist es, dieses geistige Gebäude immer höher zu führen, zu kämpfen in heiligem Waffengang gegen erbitterte Feinde, die uns keine Ruhepause gewähren, oder um bestimmter zu reden: Priester sein und an Mühen gebunden sein, bedeutet dasselbe.« *Bonifaz Sentzer* O. S. B., Pius X. (1908) S. 71.

sollen, die ehemals der Kirche einen so grossen Nutzen gebracht hat.

Die in kurzen Umrissen dargestellte »Exhortatio ad clerum catholicum« ist eine mustergültige Kodifikation der religiösen Standespflichten der Geistlichen; es ist daher beinahe selbstverständlich, dass Papst Benedikt XV. in seiner Antrittsenzyklika »Ad beatissimi Apostolorum Principis« vom 1. November 1914 ausdrücklich auf diese wichtige Kundgebung seines Vorgängers hingewiesen hat.[1])

II. Einen Kardinalpunkt der juristischen und religiösen Standes- und Amtspflichten der Geistlichen bildet die *Obedienz gegenüber dem Diözesanbischof.* Über diesen Gegenstand hat Pius X. am 28. Juli 1906 die scharfe Enzyklika »Pieni l'animo«[2]) an den italienischen Episkopat erlassen, die sogleich bei ihrem Erscheinen ein grosses Aufsehen erregte und später mit Recht als eine Vorbotin der sog. Antimodernistenerlasse bezeichnet wurde.

Der allgemeine Zweck des Rundschreibens ist durch die Überschrift »de inobedientiae ac independentiae spiritu in clericis reprimendo« deutlich hervorgehoben. Um den Geist der Unbotmäßigkeit aus den Reihen des Klerus zu bannen, werden die Bischöfe aufgefordert, von ihren Priestern und Klerikern mit aller Strenge jenen Gehorsam zu fordern, der schon für alle Laien pflichtmäßig ist, für die Mitglieder des geistlichen Standes aber einen Hauptbestandteil ihrer heiligen Amtspflichten darstellt. Insbesondere dürfen nur solche Kandidaten zu den hl. Weihen zugelassen werden, die von einem echt kirchlichen Geiste beseelt sind. Die Studien der Priesteramtskandidaten müssen genau nach den kirchlichen Vorschriften eingerichtet und namentlich alle gefährlichen Neuerungen seitens der Professoren bei Strafe des Amtsverlustes vermieden werden. Von jeder aktiven Teilnahme an dem öffentlichen Leben haben sich die Seminaristen unbedingt fern zu halten, und selbst die Lektüre politischer Tageszeitungen ist ihnen untersagt.

Den bereits geweihten Priestern befiehlt der Papst, in ihren Predigten alles eitle und weltliche Gepränge zu unterlassen. Die Kanzel darf nicht zu einem Kampfplatz für Tagesstreitigkeiten herabgewürdigt werden. Daher erneuert der Papst die unter seinem

1) Acta Apostolicae Sedis VI, 579.
2) Acta Sanctae Sedis XXXIX, 321 ff.

Vorgänger am 31. Juli 1894[1]) von der Kongregation der Bischöfe und Ordensleute erlassenen Vorschriften über die Verwaltung des Predigtamtes und fasst die Aufgabe des Predigers treffend in die Worte zusammen: »Der Gegenstand der Predigt sei jener, den der göttliche Erlöser angezeigt hat, als er sagte: Predigt das Evangelium . . . Lehret sie alles halten, was ich euch befohlen habe«. Matth. 18, 20.

Ein anderes Gebiet, auf dem sich besonders der jüngere Klerus leicht gegen die kirchliche Disziplin verfehlen kann, ist die christliche Volksbewegung (azione populare cristiana). Der Hl. Vater schärft daher von neuem die von Leo XIII. und ihm selbst, besonders in dem Motu proprio »Fin dalla prima« vom 18. Dezember 1903,[2]) erlassenen Vorschriften ein. Ebenso erinnert er an den Artikel 42 der Konstitution »Officiorum ac munerum« vom 25. Januar 1897, wonach kein Geistlicher die Redaktion einer Zeitung oder periodischen Zeitschrift ohne Erlaubnis des Bischofs übernehmen darf, und fügt die neue Bestimmung hinzu, dass ohne Ermächtigung des Ordinarius keine Schrift über die Volksbewegung seitens eines Geistlichen veröffentlicht werden darf. Soll ein sozialpolitischer Zirkel oder Verein gegründet werden, so müssen die Statuten vorher von dem Bischofe genehmigt werden. Ohne Erlaubnis des Bischofs darf ein Priester nicht in einer sozialpolitischen Versammlung als Redner auftreten. Strenge verbietet der Papst allen Geistlichen, einem Vereine beizutreten, der nicht von der kirchlichen Autorität abhängt. Speziell ist ihnen der Eintritt in die von dem später apostasierten Priester Romolo Murri begründete Lega democratica nazionale unter Strafe der von selbst eintretenden suspensio a divinis untersagt.

Die Enzyklika »Pieni l'animo« ist auf einen wesentlich schärferen Ton gestimmt als die voraufgehenden liebevollen, wenn auch ernsten Mahnungen des Hl. Vaters. Man findet dies begreiflich, wenn man erwägt, dass der Papst in dem unbotmäßigen Verhalten mancher italienischer Priester den Lebensnerv der kirchlichen Disziplin, ja wie wir aus der bald folgenden Verurteilung des Modernismus schliessen dürfen, das Glaubensfundament der Kirche angegriffen und bedroht sieht. Nach unserem

---

1) Vgl. *Hilling*, Die Gesetzgebung Leos XIII. auf dem Gebiete des Kirchenrechts, in diesem Archiv 93, 271 f.

2) Acta Sanctae Sedis XXXVI, 339 ff. Vgl. ferner das Schreiben des Kardinalstaatssekretärs Merry del Val vom 28. Juli 1904. A. S. S. XXXVII, 19 ff.

Empfinden legen allerdings einzelne Spezialvorschriften den italienischen Geistlichen eine weitgehende Bindung auf. Um diese jedoch zu verstehen, muss man sich vor Augen halten, dass die christliche Volksbewegung in Italien ein unmittelbares Unternehmen der Kirche darstellt und ein völlig klerikales Gepräge hat. Solange aber die Kirche eine so wichtige Bewegung selbst in die Hand nimmt, wird man dem Papste nicht das Recht bestreiten können, die kirchlichen Beamten auf die Beobachtung der genannten Vorschriften, z. B. Approbation der Statuten durch den Bischof, zu verpflichten. Ausserdem ist auf die konkreten Mißstände in einzelnen Punkten der italienischen Arbeiterbewegung Gewicht zu legen, die Pius X. später nötigten, den Geistlichen den Beitritt zu den Gewerkschaften gänzlich zu verbieten.[1])

III. Hat uns der zuletzt besprochene Gegenstand an einzelnen Stellen bis hart an die Grenze der kirchlichen Tätigkeit der Geistlichen geführt, so gelangen wir im folgenden Punkte wieder zu dem Zentrum des religiösen Lebens zurück. Am 27. Dezember 1904 richtete Pius X. das apostolische Schreiben »Experiendo«[2]) an den Kardinalvikar, in dem er allen Priestern der Stadt Rom die *Teilnahme an den Exerzitien* mindestens für jedes dritte Jahr zur Pflicht machte.

Im Eingange dieses Erlasses bezeichnet das Oberhaupt der katholischen Kirche die geistlichen Übungen als eines der wichtigsten Mittel für den Klerus, um den priesterlichen Geist in sich zu erneuern, die begangenen Fehltritte zu erkennen und mit grösserem Eifer die Arbeiten des heiligen Amtes fortzusetzen. »Daher glauben wir nicht, dass es irgendeinen Priester geben könne, der unter so vielen Schwierigkeiten, Mühen und Gefahren nicht das Bedürfnis fühlte, von Zeit zu Zeit die Schutzmittel zu gebrauchen, die ihm die geistlichen Übungen darbieten.«

Wer trotzdem die vorgeschriebenen Exerzitien nicht hält, dem soll nach den Ausführungsbestimmungen des Kardinalvikars vom 25. Januar 1905[3]) die Fakultät zu zelebrieren und beichtzuhören nicht erneuert werden. Nach Ablauf des ersten Trienniums hat der Kardinalvikar durch Erlass vom 2. Januar 1909[4]) die Exerzitienvorschriften des Hl. Vaters nochmals in Erinnerung gebracht.

---

1) Siehe unten Nr. VI dieses Abschnitts.
2) Acta Sanctae Sedis XXXVII, 421 ff.
3) Acta Sanctae Sedis XXXVII, 421 ff.
4) Acta Apostolicae Sedis I, 228.

IV. Im Interesse der Beobachtung des äusseren decorum clericale hat der päpstliche Kardinalvikar durch Dekret vom 15. Juli 1909[1]) den Ordens- und Weltgeistlichen den *Besuch der öffentlichen Kinematographen in der Stadt Rom* verboten. Gleichzeitig hat der Stellvertreter des Papstes in der Leitung der römischen Diözese an die alte kanonische Vorschrift erinnert, die den Geistlichen den Besuch der öffentlichen Theater untersagt.

Wer die genannten Bestimmungen übertritt, soll nach der ausdrücklichen Willenserklärung des Hl. Vaters mit kanonischen Strafen, eventuell sogar mit der suspensio a divinis bestraft werden.

Nachdem neuerdings allenthalben die bedenklichen Auswüchse des Kinematographen deutlich zutage getreten sind,[2]) ist es überflüssig, den neuen Gesetzeserlass durch innere Gründe zu rechtfertigen. Alle Priester, denen die äussere Ehre ihres Standes heilig ist, werden sich schon aus eigenem Antrieb von allen Veranstaltungen fern halten, in denen der geistliche Stand herabgewürdigt und die christliche Religion verächtlich gemacht wird. Vom formaljuristischen Standpunkte aus betrachtet, hat der römische Erlass in bezug auf das decorum clericale die öffentlichen Theater und die öffentlichen Kinematographen (Volkstheater) einander gleichgestellt.

V. Um die Geistlichen einerseits vor schweren Vermögensverlusten zu bewahren und anderseits ihre Arbeitskraft dem rein kirchlichen Dienste zu erhalten, hat Pius X. ihnen durch das Dekret der Konsistorialkongregation »Docente Apostolo« vom 18. November 1910[3]) die *Übernahme von leitenden oder mit Haftpflicht verbundenen Stellungen an gemeinnützigen Kreditvereinen und Sparkassen* verboten.

Die äussere Veranlassung für dieses Dekret waren wahrscheinlich einige ärgerniserregende Fälle, die kurz vor dem Erlasse aus Österreich gemeldet wurden.[4]) Die innere ratio beruht aber in dem in der Einleitung zitierten Apostelwort: »Nemo militans Deo implicat se negotiis saecularibus«. II. Tim. 2, 4. Unser

---

1) Acta Apostolicae Sedis I, 600 f. Vgl. auch das Verbot der Congr. Consistorialis betr. die Aufführung von kinematographischen und Lichtbilderdarstellungen in Kirchen, vom 10. Dezember 1912. A. A. S. IV, 724.

2) Vgl. *Walter Conradt,* Kirche und Kinematograph, 1910. *Johannes Linneborn,* Eine neue Gefahr für die gute Sitte und ihre Bekämpfung, in: Theologie und Glaube II, 487 ff.

3) Acta Apostolicae Sedis II, 910. Vgl. *Viktor Thielemann,* Der katholische Geistliche und die Genossenschaftssparkassen nach dem Dekrete de vetita clericis temporali administratione, in: Theologie und Glaube III, 199 ff.

4) Vgl. Theologie und Glaube III, 350.

Papst hat diese Paulinische Regel jetzt auch für diejenigen Arten der weltlichen Geschäftstätigkeit vorgeschrieben, die man früher um ihres sozialen oder charitativen Zweckes willen geduldet hatte. Der Erlass ist ein charakteristisches Beispiel für die Absicht des Papstes, die Wirksamkeit der Kirche auf dem spirituellen Gebiete zu konzentrieren. Um jedoch die bereits bestehenden gemeinnützigen Anstalten vor dem Untergange zu bewahren, hat neuerdings die Konsistorialkongregation am 29. September 1914 [1]) den bayerischen Bischöfen für drei Jahre die Dispensfakultät bezüglich dieses Dekrets verlängert.

VI. Noch bezüglich zweier anderer Punkte hat Pius X. die freie Betätigung der Geistlichen auf dem weltlichen Gebiete eingeschränkt. Die betreffenden Erlasse haben die *politische und sozialpolitische Wirksamkeit des französischen und italienischen Klerus* zum Gegenstande.

Am 2. April 1906 [2]) erteilte die Kongregation der ausserordentlichen kirchlichen Angelegenheiten auf eine Anfrage die Antwort, dass die französischen Geistlichen »in praesentibus rerum adiunctis« ohne Erlaubnis ihres Diözesanbischofs und des betreffenden Ortsbischofs keine Kandidatur für die nächsten Kammerwahlen annehmen dürften. Durch Dekret der Congregatio consistorialis vom 9. Mai 1913 [3]) wurde diese Entscheidung von neuem bestätigt und auch auf die Wahl zu anderen öffentlichen Ämtern, z. B. zum Gemeinderat, die mit dem 1. Januar 1914 auf Grund des Trennungsgesetzes den Geistlichen zugänglich gemacht wurden, ausgedehnt. Endlich hat dieselbe Kongregation die zuletzt erwähnte Bestimmung bezüglich der Wahlen der Geistlichen zum Provinzial- und Stadtrate durch die Entscheidung vom 8. Juni 1914 [4]) ebenfalls für Italien als verbindlich erklärt.

Der Beitritt und die Zugehörigkeit zu den Gewerkschaften wurde den italienischen Priestern durch Dekret der Konsistorialkongregation vom 20. Juni 1914 [5]) völlig verboten.

Als Grund für die letzte Maßnahme erklärt der Hl. Vater ausdrücklich die Schäden, die die Anteilnahme der Geistlichen an den sozialen Kämpfen der Gewerkschaften für die Kirche zur Folge haben würde. Die Einschränkung der politischen Rechte

---

1) Vgl. oben S. 136 f.
2) Acta Sanctae Sedis XXXIX, 192.
3) Acta Apostolicae Sedis V, 238.
4) Acta Apostolicae Sedis VI, 313.
5) Acta Apostolicae Sedis VI, 349.

der Geistlichen ist in den gegenwärtigen kirchenpolitischen Ausnahmezuständen, die in den beiden Ländern Frankreich und Italien herrschen, begründet.

VII. Bei Erörterung der päpstlichen »Exhortatio ad clerum catholicum« ist bereits auf die hohe Wertschätzung hingewiesen, die Pius X. den *Priestervereinen* entgegengebracht hat. Entsprechend seinem bewährten Grundsatze, die Ermahnungen durch das eigene Beispiel zu bekräftigen, hat er durch das Motu proprio »Ex quo« vom 26. Mai 1910[1]) die bereits im Jahre 1797 begründete römische Priestervereinigung Unio sancti Pauli völlig neu organisiert und gewissermaßen als Musterbeispiel aufgestellt.

Nachdem der Hl. Vater zunächst den rein priesterlichen Charakter der »Unio« wiederhergestellt und die Laien von ihr ausgeschlossen hatte, übertrug er das Protektorat derselben seinem Kardinalvikar. Der Verein soll einem vierfachen Zwecke dienen: 1) den priesterlichen Geist und die seelsorgliche Tüchtigkeit unter seinen Mitgliedern heben, 2) die wissenschaftliche Fortbildung, besonders in der Theologie, fördern, 3) die wirtschaftliche Lage der Vereinsgenossen unterstützen und 4) die Ehre des geistlichen Standes und der einzelnen Geistlichen gegen ungerechte Angriffe, namentlich seitens der Presse, schützen. Als Mittel hierzu schreiben die Vereinsstatuten vor: 1) die Haltung häufiger Standespredigten, der monatlichen Geisteserneuerung und der jährlichen Exerzitien, 2) wissenschaftliche Konferenzen auf dem Gebiete der Moraltheologie und Liturgik, die Errichtung einer Bibliothek und eines Lesezimmers für Zeitschriften, ferner pastoraltheologische Vorlesungen, wissenschaftliche Preisaufgaben u. dgl., 3) die Gründung einer Kranken- und Darlehnskasse für die Mitglieder und endlich 4) die Errichtung einer Rechtsauskunftsstelle und die Vertretung bei der Führung von Prozessen.

Man kann hiernach die praktische und universelle Art, mit der Pius X. die soziale Organisation in den Dienst des Klerus und der Seelsorge stellte, von selbst ermessen.[2]) Der päpstliche

---

1) Acta Apostolicae Sedis II, 437 ff.

2) Auch sonst hat Pius X. wiederholt den Priestervereinen sein wärmstes Interesse bezeugt. Durch Breve »Cum nobis« vom 28. Dezember 1903 hat er die weitverbreitete »*Unio Apostolica*«, die 1862 von dem französischen Domherrn Victor Lebeurier gegründet wurde, approbiert und persönlich deren Protektorat übernommen. A. S. S. XXXVI, 594 ff. Bei der Feier des fünfzigjährigen Bestehens hielt er am 18. November 1912 eine begeisterte Ansprache an die Mitglieder des Vereins, dem er selbst seit langem als Mitglied angehörte. A. A. S. IV, 693 ff. — Ebenso belobte er durch Schreiben vom 28. April

Autor bezeichnete in seinem angezogenen Motu proprio die Neuorganisation der Unio Paulliana als das zweite grosse Mittel, das er nach der Einrichtung der Exerzitien für die Reform des stadtrömischen Klerus angeordnet habe. Als Ideal für das Vereinsleben der Unio Paulliana schwebte ihm freilich die Einführung der vita communis vor; jedoch spricht er die Ansicht aus, dass dieses Ziel erst allmählich erreicht werden könne, die heutige Zeit sei hierfür noch nicht reif.

VIII. Während die päpstliche Gesetzgebung in sämtlichen voraufgehenden Erlassen die Standespflichten der Geistlichen nachdrücklichst betont, hat sie in einem einzigen Falle auch die besonderen klerikalen Standesrechte stärker als bisher unterstrichen. Dies geschah durch das Motu proprio »Quantavis diligentia« vom 9. Oktober 1911,[1]) das die *Standesgerichtsbarkeit der Geistlichen* behandelt.

Der päpstliche Erlass gibt eine authentische Interpretation zu cap. VII. des ersten Titels der bekannten Zensurenbulle »Apostolicae Sedis« vom 12. Oktober 1869, wonach die Cogentes sive directe sive indirecte iudices laicos ad trahendum ad suum

---

1913 den von Kardinal Dubillard, Erzbischof von Chambéry, gestifteten Priesterverein »*Pro Ecclesia et Pontifice*« und verlieh ihm zahlreiche Ablässe und Privilegien. A. A. S. V, 209 f. und 305 f. — In Rom vollzog der Kardinalvikar am 12. Dezember 1905 die kanonische Errichtung eines *Unterstützungsvereins für Priester,* und der Hl. Vater spendete diesem am 14. Dezember 1905 den Apostolischen Segen. A. S. S. XXXIX, 64.

1) Acta Apostolicae Sedis III, 555 f. Vgl. *Wilhelm Kraus,* Katholischer Klerus und weltliche Gerichte, in: Allgemeine Rundschau VIII, 912 ff. *A. Boudinhon,* Le privilège du for et l'excommunication, in: Le Canoniste contemporain XXXIV, 697 ff. und XXXV, 297 ff. *B. Dolhagaray,* Le Motu proprio »Quantavis diligentia« et l'immunité ecclésiastique, in: Les Questions ecclésiastiques Dezemberheft 1911. *J. Linneborn,* Die Zwecke des päpstlichen Motu proprio vom 9. Oktober 1911 über die Zitierung der Geistlichen vor einen Laienrichter, in: Theologie und Glaube IV, 106 ff., 223 ff., 577 ff. *A. Schultze,* Das Motu proprio, in: Deutsche Juristenzeitung XVII, 122 ff. *M. Leitner,* Das privilegium fori oder der eigene Gerichtsstand der Geistlichen, in: Theologisch-praktische Monats-Schrift XXII, 207 ff. *Ch. Willems,* Das Motu proprio vom 9. Oktober 1911 über das privilegium fori, in: Pastor bonus XXIV, 280 ff. *Anton Perathoner,* Das Motu proprio Quantavis diligentia Pius' X. vom 9. Oktober 1911 betreffend die Gerichtsbarkeit der Geistlichen, in: Theol.-prakt. Quartalschrift LXV, 247 ff. *Georg Schmid,* Gedanken zum Artikel über das päpstliche Motu proprio Quantavis diligentia, ebd. LXVI, 351 ff. *Franz Heiner,* Das Motu proprio »Quantavis diligentia« Pius' X. vom 9. Oktober 1911 und der deutsche »Rechtsstaat«, in: Archiv für kath. Kirchenrecht XCII, 270 ff. *Ferdinand Schönsteiner,* Das Motu proprio Pius' X. »Quantavis diligentia« über die Standesgerichtsbarkeit der Geistlichen, vom 9. Oktober 1911, in: Korrespondenz-Blatt für den katholischen Klerus Österreichs XXXII, 10 ff. *H. Beijersbergen,* Over het motu proprio »Quantavis diligentia« vom 9. Oktober 1911, in: Studiën, Deel 77 Bl. 174 ff. *Walsh,* The Motu proprio »Quantavis diligentia« and its critics. Dublin 1912.

tribunal personas ecclesiasticas praeter canonicas dispositiones: item edentes leges vel decreta contra libertatem aut iura ecclesiae der dem Papste speziell vorbehaltenen excommunicatio latae sententiae verfallen. Pius X. stellt nun authentisch fest, dass unter den Cogentes nicht nur die Gesetzgeber und andere Personen in obrigkeitlicher Stellung verstanden werden müssen, sondern auch Privatpersonen, weltlichen und geistlichen Standes, Männer oder Frauen, die einen Geistlichen in Straf- oder Zivilsachen ohne Erlaubnis der kirchlichen Behörde vor ein weltliches Gericht laden.

Durch diese Entscheidung wurde die frühere Erklärung der Congr. S. Officii vom 23. Januar 1886, die das cap. VII. der Konstitution »Apostolicae Sedis« restriktiv erklärt und die Privatkläger von der Zensur ausgenommen hatte, aufgehoben und der ursprüngliche Sinn wiederhergestellt. Aus dieser Tatsache ergibt sich deutlich die Absicht des päpstlichen Gesetzgebers, neben den Standespflichten auch die kanonischen Standesrechte des Klerus voll und ganz, ohne jede Abschwächung zur Geltung zu bringen.

Ein Angriff auf die bestehende Rechtsordnung des Staates liegt dem Motu proprio »Quantavis diligentia« durchaus fern, vielmehr hat es die deutliche Absicht, die bisherigen iura quaesita der kirchlichen Freiheit zu schützen. Was die nächste Veranlassung zu dem Interpretationserlasse war, kann nicht mit Bestimmtheit festgestellt werden; es scheint aber, dass derselbe durch das ärgerniserregende Auftreten einzelner Laien und Kleriker gegen italienische Bischöfe hervorgerufen wurde. Auch durch das spätere Verhalten des Hl. Stuhles gegenüber einem unbotmäßigen Priester in Kanada ist diese Vermutung bestätigt worden. [1])

Als Interpretationsgesetz hat unser Motu proprio selbstverständlich nur in denjenigen Ländern Geltung, in denen die geistliche Standesgerichtsbarkeit noch zu Recht besteht. In den meisten Gegenden Deutschlands (mit Ausnahme Bayerns, wenigstens für gewisse Fälle) war die Existenz des privilegium fori zweifelhaft. Wenn die geistliche Standesgerichtsbarkeit auch in

1) Am 14. Mai 1914 wurde der Priester Philippus J. Gnam aus der Diözese London in Kanada nominatim exkommuniziert, weil er seinen Metropoliten, den Erzbischof von Torento, und den Apostolischen Delegaten von Kanada in zwei Instanzen vor das weltliche Gericht geladen hatte. A. A. S VI, 277 ff.

den letzten Jahrzehnten kaum praktisch in einer deutschen Diözese durchgeführt war, so folgte daraus noch nicht die Begründung eines legitimen Gewohnheitsrechts, da von mehreren namhaften Vertretern der Kirchenrechtswissenschaft [1]) die Rationabilität einer solchen Rechtsgewohnheit in Abrede gestellt wurde und die römische Rota in ihrer Dezision vom 15. März 1910 [2]) sich dieser Ansicht angeschlossen hatte. Vom kanonistischen Standpunkt aus wäre es nicht unmöglich gewesen, die Geltung des päpstlichen Motu proprio auch auf Deutschland zu beziehen. Es muss daher als ein wichtiges Zugeständnis des Hl. Stuhles betrachtet werden, dass der Kardinalstaatssekretär Merry del Val dem preussischen Gesandten von Mühlberg die Erklärung abgegeben hat: das Motu proprio Quantavis diligentia berühre nicht das Deutsche Reich, weil hier die geistliche Standesgerichtsbarkeit, entsprechend den Ausführungen des Herrn Prälaten Heiner, Auditors der römischen Rota, durch entgegengesetztes Gewohnheitsrecht aufgehoben worden sei. [3]) Die juristische Tragweite dieser offiziellen Erklärung geht sogar über die früher von seiten des Hl. Stuhles in den Konkordaten (z. B. dem bayerischen und österreichischen) hinaus, da diese gewisse Einschränkungen enthalten, jene dagegen nicht. Selbstverständlich ist es aber auch nach dem heute geltenden Rechte den deutschen Bischöfen nicht verwehrt, den Geistlichen vorzuschreiben, dass sie vor Erhebung besonders von Strafklagen der Bischöflichen Behörde Anzeige machen und deren Entschliessung abwarten sowie Rechtsstreitigkeiten untereinander vor dem kirchlichen Gerichte zum Austrag bringen. [4]) Denn eine schrankenlose und von seiten der kirchlichen Behörde unbeaufsichtigte Prozessführung der Geistlichen könnte erfahrungsgemäß den seelsorglichen Interessen den

---

1) *Joseph Hollweck,* Die kirchlichen Strafgesetze (1899) S. 209 Anm. 6. *Michael Lega,* De iudiciis ecclesiasticis I (1896) S. 364. Auch *Alfred Schultze* und *Perathoner* haben sich in ihren oben erwähnten Abhandlungen zu dem Motu proprio Quantavis diligentia gegen ein früher geltendes Gewohnheitsrecht ausgesprochen. Vgl. die übersichtliche Zusammenstellung der jüngsten Aeusserungen zu dieser Frage bei *Linneborn* in: Theologie und Glaube IV, 232 ff.

2) Acta Apostolicae Sedis II, 492 ff.

3) Diese Erklärung wurde im Osservatore Romano, Ausgabe vom 16. Dezember 1911, veröffentlicht. Der angezogene Aufsatz Heiners, Das Motu proprio »Quantavis diligentia« Pius' X. vom 9. Oktober 1911 und der deutsche »Rechtsstaat« steht in der Kölnischen Volkszeitung Nr. 1013 vom 27. November 1911.

4) Vgl. die Verfügung des Erzbischofs von Freiburg, die Erhebung von Strafklagen und Strafanklagen durch und gegen Geistliche betr., vom 29. Mai 1914, in diesem Archiv 94, 652.

schwersten Schaden zufügen. Der Staat kann hiergegen gewiss keine begründete Einwendung erheben, da durch die Verhütung überflüssiger und schädlicher Prozesse nur das allgemeine Wohl gefördert wird und die Benachteiligung wirklicher privater Interessen der Geistlichen durch das unparteiische Eingreifen der kirchlichen Behörde ausgeschlossen ist.

(Fortsetzung folgt.)

---

4. Über die Natur der Feuerkassenbeiträge, welche von Kirchengemeinden zur Versicherung der kirchlichen Gebäude aufgebracht werden.

Von *Stanislaus von Sczaniecki,* Syndikus des Erzbischöflichen General-Konsistoriums zu Gnesen.

§ 699 II 11 ALR. legt den Kirchenvorstehern und den Pfarrern die Pflicht auf, für die Unterhaltung der Kirchengebäude und Geräte Sorge zu tragen. Hierin ist auch die Pflicht enthalten, die kirchlichen Gebäude und Geräte gegen Feuersgefahr zu versichern. Hierzu können die Gemeindeorgane nach dem Reskript des Ministers der geistl. Angelegenheiten vom 24. Oktober 1864 (Min.-Bl. f. d. innere Verw. 1864 S. 278) durch die Konsistorien nötigenfalls angehalten werden.

Die Feuerkassenbeiträge haben diejenigen, denen die Wiederherstellung der Gebäude obliegt, nach Maßgabe ihrer desfallsigen Verpflichtungen (Vergl. Reskript der Minister der geistl. Angelegenheiten und des Innern vom 25. Mai 1826, Annalen 10 S. 411) zu tragen. Die Beiträge sind also von den Pfarreingesessenen und dem Patron im Verhältnis ihrer Baulast aufzubringen. Ist jedoch der Fiskus als Patron baupflichtig, so ist nach dem oben erwähnten Reskripte vom 24. Oktober 1864 der Teil, dessen Unterhaltungs- und Wiederherstellungspflicht dem Fiskus principaliter obliegt, in der Regel nicht zu versichern.

Es fragt sich nun, ob die von der Pfarrgemeinde durch freiwillige Gaben aufgebrachten Feuerkassenbeiträge Kirchenvermögen im Sinne des Gesetzes über die Vermögensverwaltung in den katholischen Kirchengemeinden vom 20. Juni 1875 — GS. S. 241 — und der Kirchengemeinde- und Synodal-Ordnung vom 10. September 1873 — GS. S. 418 — werden, d. h. ob die etwa nach einem Brande eines kirchlichen Gebäudes auszuzahlenden Versicherungsgelder in ihrem *vollen* Betrage Kirchenvermögen werden, oder nur insoweit sie zur Wiederherstellung des abgebrannten Gebäudes verwendet werden, so dass der Überschuss Eigentum der Versicherungspflichtigen bleibt.

In einem Spezialfalle entschied ein Gericht rechtskräftig, dass nach Abzug des auf die Kirchengemeinde entfallenden Kostenbeitrages der Rest der Versicherungssumme Kirchenvermögen

wird und deshalb zum Wiederaufbau des verbrannten Gebäudes in erster Linie gemäß § 712 II 11 ALR. verwendet werden muss.

Diese Ansicht begründet das Gericht damit, dass die Kirchengemeinde selbst, deren Gebäude ja auch durch die Versicherung gegen Feuersgefahr geschützt werden sollten, die Vertragsschliessende gewesen sei. Die Versicherung habe ferner auf den Namen der Kirchengemeinde gelautet, sie hätte also zunächst die durch den Brand entstandene Entschädigungssumme erworben. Woher die zur Deckung der Versicherungsprämien notwendigen Beiträge geflossen, sei für die Natur der Entschädigung als Kirchenvermögen ohne Bedeutung.

Das Gericht verkannte m. A. n. die Natur der Feuerkassenbeiträge.

Dieselben werden von den Pfarreingesessenen durch eine besondere nur zu diesem Zwecke ausgeschriebene freiwillige Umlage aufgebracht und dienen nur zur Erfüllung der eingangs erwähnten aus § 699 II 11 ALR. sich ergebenden Pflicht. Die Pfarreingesessenen schützen sich eben durch die Versicherung davor, dass die Kosten im Falle der Wiederherstellung eines abgebrannten Gebäudes ihnen über den Kopf wachsen. Niemand anders kann auch den Versicherungsvertrag schliessen als die Kirchengemeinde, vertreten durch den Kirchenvorstand bezw. durch den Gemeindekirchenrat. Sie schliesst ihn auch nur zu ihrem Gunsten ab, nicht zugunsten des Fiskus als Patrons, dessen Baukostenanteil ja auf Grund des Ministerialreskriptes vom 24. Oktober 1864 *nicht* versichert werden soll. Dies kommt auch darin zum Ausdrucke, dass die Kirchengemeinde nicht den vollen Wert der Gebäude versichert, sondern nur in Höhe des auf sie entfallenden eventuellen Kostenbeitrages einschliesslich der von ihr zu leistenden Hand- und Spanndienste.

Die Kirchengemeinde erwirbt also das Geld nur für sich und nur für ihre Pfarreingesessenen allein, auch wenn die Versicherungssumme von der Versicherungsgesellschaft an die Kirchenkasse der Kirchengemeinde eingezahlt wird, denn die Gelder, die einer Kirchengemeinde und deren Mitgliedern gehören, können nur zu Händen des Kirchenvorstandes bew. des Gemeindekirchenrates gezahlt und von diesem durch Vermittelung der Kirchenkasse verwaltet werden.

II. Kirchliche Erlasse und Entscheidungen.

1. Erklärung der Congr. Consistorialis über die Ungültigkeit der in einigen Diözesen Mexikos vollzogenen Wahlen der Kapitularvikare, vom 6. Dezember 1914.

(Acta Apostolicae Sedis VI, 698.)

Cum in Mexicana republica, ob publicarum rerum subversionem, fere omnes Antistites locorum Ordinarii aut vi e suis dioecesibus expulsi, aut impediti quominus ad eas regrederentur, aut in carcerem detrusi, aut delitescere vel in finitimas regiones clam aufugere coacti fuerint, contigit ut nonnulla capitula cathedralia censuerint casum evenisse eligendi Vicarium Capitularem, et revera in aliqua dioecesi illum eligere praesumpserunt, iniuste proinde sublata Vicario generali Episcopi qualibet ordinaria potestate.

Quod cum tolerari omnino nequeat, S. Congregatio Consistorialis, de mandato Ssmi D. N. Benedicti PP. XV, declarat nullam esse in expositis adiunctis legitimam causam procedendi ad electionem Vicarii Capitularis, et si quae facta fuerit, eam irritam esse et nullius roboris; sartam e contra tectamque et integram subsistere Episcoporum auctoritatem quam ipsi, vel per Vicarium generalem vel per alium sacerdotem a se delegatum, exercere possunt ac debent; eamque ab omnibus fidelibus et imprimis a canonicis cathedralis ecclesiae rite et omnimode agnoscendam esse et observandam.

Die 6 decembris 1914.

† C. Card. *De Lai*, Episc. Sabinen., Secretarius.

L. † S. *Ioannes B. Rosa*, Substitutus.

2. Erklärung der Congr. Consistorialis zu dem Dekrete „Ethnografica studia“ über die Auswanderung der Geistlichen nach Amerika und den Philippinen,[1] vom 22. November 1914.

(Acta Apostolicae Sedis VI, 671.)

Quaerentibus nonnullis Ordinariis, utrum vim praecepti habeant verba enunciati decreti, art. 4, commate altero: »qui (Epi-

1) Vgl. dieses Archiv 94, 447 ff.

scopi) rem »*deferant* ad hanc sacram Congregationem«, eadem sacra Congregatio respondere censuit affirmative, ita ut verbum *deferant* aequivaleat verbis *deferre debent.*

Datum Romae, ex aedibus sacrae Congregationis Consistorialis, die 22 novembris 1914.

† C. Card. *De Lai,* Episcopus Sabinensis, Secretarius.

L. † S. Sac. *P. Pisani,* Substitutus pro Emigr.

---

3. Entscheidung der Congr. Concilii betr. die Applikationspflicht der Pfarrer nach der neuen Feiertagsordnung Pius' X., vom 16. Dezember 1914.

(Acta Apostolicae Sedis VII, 26 f.)

PAPIEN.

CIRCA MISSAM PRO POPULO

DUBIA

Ordinarius Papiensis haec dubia de Missa pro populo applicanda, ad sacram Congregationem Concilii pro opportuna solutione detulit, nimirum:

I. Utrum, post immutationes definitive nuper in festorum quorumdam celebratione inductas, obligatio pro parochis adhuc maneat applicandi missam pro populo sequentibus diebus: die 19 martii in festo S. Iosephi, feria IV ante dominicam tertiam post Pascha in festo Patrocinii eiusdem S. Iosephi, feria quinta post dominicam primam post Pentecosten in festo Ssmi Corporis Christi, et die 24 iunii in festo S. Ioannis Baptistae?

II. Utrum, quum in dioecesi Papiensi festum S. Bartholomaei Ap., ob perpetuum impedimentum ex festo Dedicationis ecclesiae cathedralis die 24 augusti occurrente, perpetuo, tamquam in sedem propriam, in posteram diem 25 augusti fuerit translatum, missa pro populo hac ipsa die applicari debeat, an potius die 24 augusti?

III. Utrum, attento quod in Papiensi dioecesi, diebus festis suppressis, missa pro populo celebranda, ex apostolico indulto, ad mentem episcopi applicatur, tolerari possit quod parochi, non ipsa die qua tenerentur, neque per se, sed per alium sacerdotem, missam ut praefertur applicandam celebrent?

Et sacra eadem Congregatio, die 16 decembris 1914, ad proposita dubia rescripsit:

Ad I. Affirmative, excepta feria IV ante dominicam tertiam post Pascha, qua festum Patrocinii S. Iosephi celebratur.

Ad II. Missam pro populo, in casu, celebrandam esse die 25 augusti.

Ad III. Affirmative.

O. Giorgi, Secretarius.

---

4. Dekret der Hl. Apostolischen Poenitentiarie betr. die Beichtvollmachten der Militärgeistlichen zu Gunsten der Zivilbevölkerung und der Gefangenen, vom 18. Dezember 1914.

(Acta Apostolicae Sedis VI, 712.)

Sacra Poenitentiaria, providere cupiens saluti animarum, de speciali et expressa Apostolica auctoritate, benigne sic annuente sanctissimo Domino nostro Benedicto PP. XV, statuit ea quae sequuntur:

»Cappellani militum, dum exercitum comitantur, possunt, »durante bello, excipere confessiones sacramentales quorum»cunque fidelium ad se accedentium et in eorum favorem uti »facultatibus omnibus sibi pro foro conscientiae concreditis. »Eadem pollent potestate praedicti cappellani militum in captivitate »forte detenti in favorem omnium concaptivorum. Contrariis qui»buscumque non obstantibus«.

Datum Romae in sacra Poenitentiaria, die 18 decembris 1914.

Seraphinus Card. *Vannutelli,* Poen. Maior.

L. † S. *Iosephus Palica,* S. P. Secretarius.

---

5. Entscheidung der Hl. Apostolischen Poenitentiarie über die Erteilung der allgemeinen Absolution vor der Schlacht, vom 6. Februar 1915.

(Acta Apostolicae Sedis VII, 72.)

Proposito huic sacrae Poenitentiariae dubio:

»An liceat milites ad praelium vocatos, antequam ad sacram »Communionem admittantur, absolvere generali formula, seu »communi absolutione, sine praecedente confessione, quando »tantus est eorum numerus, ut singuli audiri nequeant, doloris »actu debite emisso?« eadem sacra Poenitentiaria, mature consideratis expositis, benigne sic annuente sanctissimo Domino nostro Benedicto Papa XV, respondendum esse censuit:

»Affirmative. Nihil vero obstare quominus sic absoluti in »praefatis adiunctis ad sacram Eucharistiam suscipiendam admit»tantur. Ne omittant vero cappellani militum, data opportunitate, »eos docere absolutionem sic impertiendam non esse profuturam, »nisi rite dispositi fuerint, iisdemque obligationem manere in»tegram confessionem suo tempore peragendi, si periculum »evaserint«.

Contrariis quibuscumque non obstantibus.

Datum Romae in sacra Poenitentiaria, die 6 februarii 1915.

Carolus Perosi, S. P. Regens.

Iosephus Palica, S. P. Secretarius.

---

6. Entscheidung der Ritenkongregation betr. die Einlegung der Kollekte pro re gravi, vom 23. Dezember 1914.

(Acta Apostolicae Sedis VII, 27 f.)

Sacrae Rituum Congregationi sequentia dubia, pro opportuna solutione, nuper proposita sunt; nimirum:

Ex decreto S. R. C., n. 3365, *Clodien.* 7 augusti 1875, ad III, episcopus potest praecipere, ut collecta *pro re gravi,* si revera sit *pro re gravi,* dicatur etiam in duplicibus primae classis; quaeritur:

I. Quando episcopus praescribit collectam *pro re gravi* etiam in duplicibus primae classis, collecta dicendane erit in omnibus et singulis duplicibus primae classis?

II. Si episcopus collectam *pro re gravi* simpliciter praecipiat absque ulla mentione duplicium primae classis, quibus diebus collecta omittenda erit?

Et sacra eadem Congregatio, audito specialis Commissionis suffragio, re sedulo perpensa, propositis quaestionibus ita respondendum censuit:

Ad I. Affirmative, exceptis sequentibus diebus: nempe: Nativitas Domini — Epiphania Domini — Feria V in Coena Domini — Sabbatum Sanctum — Pascha Resurrectionis — Ascensio Domini — Pentecostes — Festum Ssmae Trinitatis et Festum Ssmi Corporis Christi.

Ad II. In omnibus duplicibus primae classis, in vigiliis Nativitatis Domini et Pentecostes, et in Dominica Palmarum.

Atque ita rescripsit ac servari mandavit, die 23 decembris 1914.

Scipio Card. *Tecchi,* Pro-Praefectus.

L. † S. † *Petrus La Fontaine,* Ep. Charyst., Secretarius.

---

7. Entscheidung der Congr. S. Officii betr. die Bedingungen für die Anwendung der Konstitution „Provida" bei der Eingehung von Mischehen in Deutschland, vom 12. August 1914.

(Amtsblatt für die Erzdiözese München und Freising 1914, 203 f.)

Beatissime Pater.

Humillime infrascriptus Officialis Iudicii matrimonialis Archidioecesis Monacen. et Frisingen. petit resolutionem sequentis Dubii.

Per Sacram Congregationem de Sacramentis ad dubium: »Num exceptio per Constitutionem »Provida« in Germania inducta censenda sit uti mere localis aut etiam personalis«, die 28. Martii 1908 responsum est: Exceptionem valere tantummodo pro natis in Germania ibidem matrimonium contrahentibus et die 18. Iunii 1909 resolutum est: Ambo conjuges debent esse nati in Germania.

Quaeritur, utrum hae condiciones pro futuro tantum valeant an ad praeteritum etiam scilicet ad ipsum tempus Constitutionis »Provida« conditae retrotrahendae sint ac si ipsi Constitutioni insint, ita ut matrimonia mixta in quibusvis Imperii Germanici provinciis et locis ante diem Paschae 1906 contracta nisi ambo conjuges in Germania nati fuerint pro validis habenda non sint.

Datum Monachii in Bavaria die 11. Maji 1914.

Sanctitatis Vestrae

L. † S. humillimus et obedientissimus servus

Dr. Aemilianus Uttendorfer,

Canonicus et Officialis.

Feria IV die 12. Augusti 1914.

In Congregatione generali S. R. et U. Inquisitionis proposito supradicto dubio, re mature perpensa praehabitoque RR. DD. Consultorum voto, Eminentissimi ac Reverendissimi DD. Cardinales in rebus fidei et morum Generales Inquisitores decreverunt:

Affirmative ad primam partem, seu conditiones pro futuro tantum valere et *Negative* ad secundam partem seu matrimonia, de quibus agitur, per se ex hoc capite esse valida.

Insequenti vero feria V. ejusdem mensis et anni, SS. D. N. Pius divina providentia Papa X in audientia R. P. D. Adsessori S. Officii impertita habita de hac re relatione resolutionem Eminentissimorum Patrum adprobavit.

Aloisius Castellano, S. R. et U. I. Notarius.

---

8. Verbot des Bischofs von Hildesheim, Generalvollmachten bei kirchlichen Vermögensverwaltungen zu erteilen.

(Kirchlicher Anzeiger für das Bistum Hildesheim 1914, 112 f.)

Es ist in den letzten Jahrzehnten einige Male bei kirchlichen Verwaltungen vorgekommen, dass ein Rechnungsführer oder ein anderer Vertrauensmann in Rücksicht auf seine Geschäftsgewandtheit und Gewissenhaftigkeit eine mehr oder weniger ausgedehnte Generalvollmacht zum Abschluss vermögensrechtlicher Geschäfte oder eine Vollmacht zur Abhebung von Bargeld bei einem Bankhause nach Bedarf bis zu einem (nicht geringen) Höchstbetrage ohne Stellung ausreichender mündelsicherer Kaution ausgestellt erhalten hat. Eine solche Bevollmächtigung steht nicht nur mit der Geschäftsanweisung vom 7. Juli 1876, sondern überhaupt mit den Grundsätzen der kirchlichen Verwaltung in Widerspruch. Weder das Vertrauen in eine bestimmte Persönlichkeit, noch die Vereinfachung des Geschäftsganges kann solche Maßnahme rechtfertigen. Die durch solche Vollmachten nur zu leicht entstehende Unklarheit und Unsicherheit über den Umfang der daraufhin vorgenommenen Geschäftshandlungen, ferner die Gefahr der Vermischung kirchlicher und privater Geldgeschäfte seitens des zuweilen etwas dreist vorgehenden Inhabers einer solchen Vollmacht, die Gefahr der Schädigung kirchlicher Institute infolge beklagenswerter Vertrauensseligkeit, die Haftung der Mitglieder kirchlicher Verwaltungskörper für Schädigung und der Skandal bei irgendwelchem ungünstigen Ausgange sind Gründe, die jeden zur Mitarbeit in der Verwaltung Berufenen von solchen Maßnahmen zurückhalten sollten.

Aus besonderen Gründen verbiete ich hiermit ausdrücklich aufs strengste alle und jede Ausfertigung von Vollmachten der oben bezeichneten Art allen kirchlichen Verwaltungen in der Diözese, keine einzige ausgenommen.

Sollten solche Vollmachten ausgestellt sein, so verpflichte ich die zur Verwaltung berufenen oder mitberufenen Herren Geistlichen, dafür zu sorgen, dass dieselben unverzüglich rückgängig gemacht und zurückgegeben werden. Gelingt das nicht sofort, so ist an das Bischöfliche General-Vikariat zu berichten, das dann selbst eingreifen wird.

Diese Anweisung hat verpflichtende Kraft auch für die in vermögensrechtlicher Hinsicht der bischöflichen Aufsicht unterstellten Ordensgenossenschaften. † *Adolf,* Bischof.

III. Staatliche Erlasse und Entscheidungen.

1. Bestimmungen über die militärische Verwendung von Geistlichen im Kriege.

(Anlage zu den Verordnungen des Fürstbischöflichen General-Vikariat-Amtes zu Breslau, Nr. 551 vom 14. November 1914.)

I. Verfassung des Deutschen Reichs. Vom 16. April 1871.

(R. G. Bl. S. 63.)

Auszug betreffend das Reichskriegswesen.

Art. 57. Jeder Deutsche ist wehrpflichtig und kann sich in Ausübung dieser Pflicht nicht vertreten lassen.

Art. 59.[1]) Jeder wehrfähige Deutsche gehört sieben Jahre lang, in der Regel vom vollendeten 20. bis zum beginnenden 28. Lebensjahre, dem stehenden Heere — und zwar die ersten drei Jahre bei den Fahnen, die letzten vier Jahre in der Reserve — und die folgenden fünf Jahre der Landwehr ersten Aufgebots und sodann bis zum 31. März desjenigen Kalenderjahres, in welchem das 39. Lebensjahr vollendet wird, der Landwehr zweiten Aufgebots an.

II. Reichsmilitärgesetz vom 2. Mai 1874, in der Fassung nach dem Reichsgesetz vom 6. Mai 1880.

(R. G. Bl. für 1874 S. 45, für 1880 S. 103.)

Auszug.

§ 65. Reichs-, Staats- und Kommunalbeamte, sowie Angestellte der Eisenbahnen, welche der Reserve oder Landwehr angehören, dürfen für den Fall einer Mobilmachung oder notwendigen Verstärkung des Heeres hinter den ältesten Jahrgang der Landwehr zurückgestellt werden, wenn ihre Stellen selbst vorübergehend nicht offen gelassen werden können und eine geeignete Vertretung nicht zu ermöglichen ist.

Personen des Beurlaubtenstandes und der Ersatzreserve, welche ein *geistliches* Amt in einer mit Korporationsrechten innerhalb des Bundesgebiets bestehenden Religionsgesellschaft be-

1) Fassung nach dem Reichsgesetz vom 11. Februar 1888 (R. G. Bl. S. 11).

kleiden, werden zum *Dienste mit der Waffe* nicht herangezogen. Ausserdem findet auf diese die Bestimmung des ersten Absatzes dieses Paragraphen Anwendung.[1])

III. Reichsgesetz vom 8. Februar 1890.

(R. G. Bl. S. 23.)

Einziger Paragraph. Militärpflichtige *römisch-katholischer Konfession,* welche sich dem *Studium der Theologie* widmen, werden in Friedenszeiten während der Dauer dieses Studiums bis zum 1. April des siebenten Militärjahres zurückgestellt. Haben dieselben bis zu dem vorbezeichneten Zeitpunkte die Subdiakonatsweihe empfangen, so werden diese Militärpflichtigen der *Ersatzreserve* überwiesen und bleiben von *Übungen befreit.*

IV. Reichsgesetz, betr. Äenderungen der Wehrpflicht. Vom 11. Februar 1888.

(R. G. Bl. S. 11.)

Auszug.

§ 13. . . . Der Ersatzreserve überwiesene Personen, welche auf Grund der *Ordination* oder der *Priesterweihe* dem geistlichen Stande angehören, sollen zu *Übungen* (der Ersatzreserve) *nicht* herangezogen werden.[2])

§ 24. Der Landsturm besteht aus allen Wehrpflichtigen vom vollendeten 17. bis zum vollendeten 45. Lebensjahre, welche weder dem Heere noch der Marine angehören; er wird in zwei Aufgebote eingeteilt.

Zum Landsturm ersten Aufgebots gehören die Landsturmpflichtigen bis zum 31. März desjenigen Kalenderjahres, in welchem sie das 39. Lebensjahr vollenden, zum Landsturm zweiten Aufgebots von dem eben bezeichneten Zeitpunkte bis zum Ablauf der Landsturmpflicht.

§ 29. Die Bestimmungen der §§ . . . 65 . . . des Reichs-Gesetzes vom 6. Mai 1880 finden auf die Landsturmpflichtigen . . . sinngemäße Anwendung.[3])

---

1) § 65 des R.-Mil.-Ges. kommt nur denjenigen Geistlichen zustatten, welche ein geistliches Amt bekleiden, nicht den *Seelsorgern* als solchen. Nach der deutschen Wehrordnung vom 28. September 1875 Tl. 2 § 13 Nr. 5 werden die ein geistliches Amt bekleidenden Geistlichen im Falle des Bedarfs im Dienst der Krankenpflege und Seelsorge verwandt.

2) S. auch Nr. 3. Gesetz vom 8. Februar 1890.

3) Im Erlass vom 4. November 1876 (Zentralblatt für die ges. Unterrichts-Verw. in Preussen 1876 S. 594) ist bestimmt, dass die *Unabkömmlichkeitsatteste* für einzelstehende Geistliche im Fall der Einberufung der Reserve, Land- und Seewehr bei dem Oberpräsidenten nachzusuchen und von diesem geeigneten Falls zu erteilen sind.

V. Bestimmungen der Kriegs-Sanitätsordnung vom 27. Januar 1907.

C. Sanitätsdienst im Heimatsgebiete.

I. Behörden und Lazarettwesen.

Ziff. 304. Jedem stellvertretenden Kommando gehört ein stellvertretender Korpsarzt (Ziffer 536) an, der für den abrückenden Korpsarzt an die Spitze des immobilen Sanitätsamtes tritt.

Ziff. 305. Ihm unterstehen auch alle Einrichtungen der freiwilligen Krankenpflege, z. B. die Vereins-Lazarette, Privatpflegestätten usw., die er gleich den übrigen ihm unterstellten Lazaretten häufig zu besichtigen hat. Hierbei kann er mit Genehmigung des stellvertretenden Generalkommandos durch geeignete Sanitätsoffiziere vertreten werden.

Ziff. 309. Das Reservelazarett untersteht einem Chefarzt oder, falls ein Sanitätsoffizier dafür nicht verfügbar ist, einer Reservelazarett-Kommission, bestehend aus einem Offizier und einem Zivilarzte, den der stellvertretende Korpsarzt aus den Stationsärzten auswählt. Indessen sind die letzteren in der Krankenbehandlung selbständig.

Ziff. 310. Die Ausstattung der Reservelazarette mit Heil- und Pflegepersonal bestimmt das Sanitätsamt.

Es stellt den Bedarf der Reservelazarette an Ärzten (2—3 auf 100 Kranke) und Apotheker (1 auf 200 Kranke), soweit er nicht aus dem Beurlaubtenstande gedeckt werden kann, durch vertragsmäßige Annahme von nicht dienstpflichtigen Ärzten und Apothekern schon im Frieden sicher.

Wenn sich im Lazarett keine ausreichende Apotheke befindet, werden die Arzneien gemäß F. S. O. § 98 aus Zivilapotheken bezogen.

Ferner sind auf 400 Kranke 3 Sanitätsmannschaften und 9 Militärkrankenwärter anzusetzen. Bei grösseren Lazaretten vorhandene Sanitätsfeldwebel kommen auf diesen Bedarf nicht in Anrechnung.

Ziffer 311. Zur Ergänzung und Verstärkung des aus Friedenslazaretten übernommenen oder aus dem Beurlaubtenstande eingezogenen Pflegepersonals werden den Reservelazaretten Ersatzreservisten zur Ausbildung und Verwendung als Militärkrankenwärter überwiesen. Sobald die Ausbildung dieser Mannschaften vollendet ist, sind alle bei den Lazaretten entbehrlichen Militärkrankenwärter dem stellvertretenden Generalkommando für den Dienst beim Feldheer anzumelden.

III. Die freiwillige Krankenpflege im Heimatsgebiet.

Ziff. 332. Die freiwillige Krankenpflege im Heimatsgebiete regelt der *stellvertretende Militär-Inspekteur der freiwilligen Krankenpflege* im unmittelbaren Verkehre mit dem Kriegsministerium und nach den ihm vom Kaiserlichen Kommissar und Militär-Inspekteur der freiwilligen Krankenpflege (Ziffer 6) erteilten Weisungen.

Ziff. 333. Der Mitbeaufsichtigung (Ziffer 305) des Territorial- und des Korpsbezirksdelegierten der freiwilligen Krankenpflege unterstehen die Vereinslazarette und Privatpflegestätten seines Bezirks.

H. Übersicht über Personal und Ausrüstung für den Kriegssanitätsdienst.

Ziff. 538. *Reservelazarett.*

1 Chefarzt oder Lazarett-Kommission (1 Offizier, 1 Zivilarzt). Sonstiges Personal und Gerät nach Ziffer 310 bis 315 und F. S. O.

Anmerk. Ueber die Verwendung von Geistlichen, die in einem Lazarett in der Krankenpflege ausgebildet sind, und von Studenten der Theologie in der Krankenpflege bestehen besondere Bestimmungen. Den hiernach im Reservelazarett verwandten Geistlichen ist es gestattet, ihren Dienst in bürgerlicher Kleidung zu verrichten. In diesem Falle tragen sie die Genfer Armbinde.

VI. Erlass des Kriegsministers.

Kriegsministerium.
Nr. M. 1231/14. C. 4. II. Ang. Berlin W, 66, den 16. Oktober 1914.

Es liegt Veranlassung vor, auf Nachstehendes hinzuweisen:

Nach § 36 Ziff. 11 der Heerordnung werden dienstpflichtige Geistliche in der Militärseelsorge *oder* in der Krankenpflege verwendet. Werden sie auf Grund eigener Bereitwilligkeit neben ihrer Krankenpflegetätigkeit zu Seelsorgediensten zugelassen, so ändert sich hierdurch nichts an ihrer dienstlichen Stellung als Sanitätspersonal. Dagegen würde es nicht den Bestimmungen entsprechen, wenn die in der Krankenpflege verwendeten Geistlichen gleichzeitig mit Seelsorgediensten beauftragt würden. Ob die Geistlichen statt in der Krankenpflege in der Militärseelsorge verwendet werden sollen, hängt allein von den örtlichen Bedürfnissen ab.

Hier zur Sprache gebrachte Wünsche von in der Krankenpflege verwendeten Geistlichen, in der Militärseelsorge verwendet zu werden, weil sie ihre geistliche Stellung mit der Stellung als

Sanitätspersonal nicht für vereinbar halten, können keine Berücksichtigung finden.

Im Auftrage:
gez. *v. Aschoff.*

An
sämtliche Königliche stellvertretende
Generalkommandos.

VII. Verfügung des Sanitätsamtes eines Armeekorps in einem Einzelfalle.

(Von einem Geistlichen der Diözese uns mitgeteilt.)

Breslau, den 3. November 1914.

Die Geistlichen sind zu Recht vom Bezirkskommando dem Reservelazarett als Militärkrankenwärter überwiesen worden.

Auf die Stellung der geistlichen Herren hätte das Lazarett bei der Zuteilung von Dienstobliegenheiten *Rücksicht nehmen müssen,* und es war vor allen Dingen *unrecht,* dass man sie im *Drillichanzuge Karren* durch die Stadt ziehen liess.

Eine derartige Verwendung der Herren Geistlichen ist dem Reservelazarett für die Zukunft strengstens verboten worden. Die Herren werden vielmehr für den Krankenwarte- und Pflegedienst ausgebildet werden, ferner sollen sie zu Schreibarbeiten usw. herangezogen werden. Der niedere Dienst ist von den anderen Militärkrankenwärtern zu verrichten.

(Unterschrift.)

VIII. Verfügung des kath. Feldpropstes der Armee.

Kath. Feldpropst der Armee.
Nr. 932/14.

Berlin S 59, den 20. August 1914.
Hasenheide 56.

. . . . . .

Sämtlichen Geistlichen, die im Felde oder in den Lazaretten als Seelsorger tätig sind, erteile ich für die Dauer des Krieges die erforderliche Jurisdiktion und notwendigen Vollmachten.

gez. Dr. *Joeppen.*

An
die Hochwürdigen Herren Militär- und Marine-Oberpfarrer.

---

2. Preussischer Ministerialerlass betr. Schenkungen und letztwillige Verfügungen an juristische Personen, vom 19. Juni 1914.

(Verordnungen des Fürstbischöflichen General-Vikariat-Amtes zu Breslau 1915, 13 f.)

Bei dem Verfahren zur Erwirkung der landesherrlichen Genehmigung von Schenkungen und letztwilligen Zuwendungen an

juristische Personen (Art. 6 des Ausf.-Ges. zum BGB.) ist wiederholt eine unrichtige Auslegung der Bestimmungen unter Ib des Runderlasses vom 10. November 1904 — J. M. I. 6835, M. d. g. usw. A. G. II. 1010, G. I., M. d. I. Ib 1748, M. f. H. u. G. IIa 5058 — festzustellen gewesen.

Die Ermittelungen von Amts wegen sind häufig bis zum vierten Grade der Verwandtschaft ausgedehnt worden, obwohl nähere Verwandte vorhanden waren, die die entfernteren von der gesetzlichen Erbfolge ausschlossen. Nach Ziff. Ib sollen sich die Ermittelungen jedoch auf diejenigen Verwandten beschränken, die beim Mangel einer letztwilligen Verfügung *gesetzliche* Erben des Testators sein würden.

Im anderen Falle bedarf es einer Ermittelung von Amts wegen nur gemäß Ziff. II des Runderlasses, also beim Vorliegen eines Antrages auf Abfindung oder wenn die Bedürftigkeit ohnehin bekannt ist.

Die zu weite Ausdehnung der Ermittelungen hat, abgesehen von der unnötigen Vermehrung der Arbeitslast den erheblichen Nachteil, dass bei den entfernteren Verwandten Hoffnungen auf Gewährung einer Abfindung erweckt werden, die nach den bestehenden Grundsätzen nicht erfüllt werden können.

Aus diesem Grunde erscheint es auch geboten, von weiteren Ermittelungen gemäß Ziff. II im Falle einer den Behörden bekannten Bedürftigkeit dann abzusehen, wenn nach Lage des Falles eine Abfindung trotz nachgewiesener Bedürftigkeit voraussichtlich nicht in Frage kommt. Dies wird z. B. in der Regel der Fall sein, wenn die *gesetzlichen* Erben letztwillig ausreichend bedacht sind, weil dann in der Übergehung der entfernteren Verwandten die Verletzung einer moralischen Pflicht nicht zu erblicken ist. In solchen Fällen ersuchen wir daher zunächst unsere Entscheidung auf den Genehmigungsantrag abzuwarten.

Der Justizminister. *Der Minister für Handel und Gewerbe.*
Der Minister der geistlichen und Unterrichts-Angelegenheiten.
Der Minister des Innern.

---

3. Mitteilung des preussischen Kultusministers an den Bischof von Paderborn, betr. die Rechtsstellung der nebenamtlichen Religionslehrer an höheren Lehranstalten, vom 20. März 1914.

(Amtliches Kirchenblatt für die Diözese Paderborn LVII, 154.)

Der Minister
der geistlichen und Unterrichts-Angelegenheiten.
U. II. Nr. 2424. I. Berlin W. 8, den 20. März 1914.

Euer Bischöflichen Hochwürden erwidere ich auf das gefällige Schreiben vom 24. September v. Jrs. — Nr. 14425 — ergebenst folgendes:

Nach den Dienstanweisungen für die Direktoren (Direktorinnen) und Lehrer (Lehrerinnen) an den höheren Lehranstalten vom 12. Dezember 1910 und 10. März 1912 A 5 bezw. Nr. 5 haben in der Gesamtkonferenz die nicht festangestellten Lehrer, die mit selbständigem Unterricht betraut sind, also auch die Religionslehrer im Nebenamt, Stimmrecht in allen Fragen, welche die von ihnen unterrichteten Schüler betreffen. Ebenso sind sie stimmberechtigt in den Klassenkonferenzen. Sie haben danach das Recht wie die Pflicht, an den Konferenzen teilzunehmen, in denen solche Fragen zur Sprache kommen, und sind in so weit auch als Mitglieder des Lehrerkollegiums anzusehen. Die Stellung der nicht festangestellten Religionslehrer in der Reifeprüfungskommission regelt sich nach der Ordnung der Reifeprüfung an den neunstufigen höheren Schulen vom 27. Oktober 1901 § 3 bezw. der Ordnung der Reifeprüfung an den Studienanstalten vom 20. Oktober 1910 § 3 und der Ordnung der Reifeprüfung an den Oberlyzeen vom 1. Februar 1912 § 3. Danach besteht die Prüfungskommission aus dem Königlichen Kommissar als Vorsitzendem, dem Direktor und denjenigen Lehrern, welche in der obersten Klasse mit dem Unterricht in den wissenschaftlichen Lehrfächern, zu denen der Religionsunterricht gehört, betraut sind. Nach § 11, 4 der bezeichneten Ordnungen haben sich die Religionslehrer der Abstimmung zu enthalten, wenn es sich um Schüler (Schülerinnen) handelt, die an ihrem Religionsunterricht nicht teilgenommen haben.

gez. *Trott zu Solz.*

An den
Herrn Bischof von Paderborn
in Paderborn.

---

4. Die Rechtswirkung einer Trennung der Küsterei der Tochterkirche von derjenigen der Mutterkirche gemäß der preussischen Verordnung vom 2. Mai 1811.

Entscheidung des Preussischen Oberverwaltungsgerichts vom 27. Oktober 1914, mitgeteilt von Geh. Justizrat Dr. *Porsch* in Breslau.

Mit der kathol. Lehrerstelle in Tannhausen (Schlesien) war bisher nicht nur das Küster- und Organistenamt an der dortigen Kirche, sondern auch dasjenige an der Tochterkirche zu Wüstewaltersdorf verbunden.

Als 1891 der Stelleninhaber in den Ruhestand trat, wurden gemäß dem Antrage des Fürstbischöfl. Generalvikariatamtes »im Schulinteresse die gedachten Ämter geteilt, so dass der zukünftige Lehrer in Tannhausen nicht auch zugleich Küster und Organist in Wüstewaltersdorf werde, sondern qu. Amt dem Lehrer am letztgedachten Orte übertragen werde«.

Die kath. Schule in Wüstewaltersdorf befindet sich auf einem Grundstück, dessen eingetragene Eigentümerin die Fundationskasse der kath. Kirchengemeinde Wüstewaltersdorf ist. In dem Schulgebäude hat auch der Lehrer die Wohnung.

Durch Beschluss v. 3. Dez. 1912 ordnete die Kgl. Regierung zu Breslau an, dass auf Kosten der Eingepfarrten der kath. Kirchengemeinde Wüstewaltersdorf für die dortige kath. Schule ein neuer Brunnen herzurichten oder am alten eine bestimmte Verbesserung vorzunehmen sei.

Gegen diesen Beschluss erhob die Kirchengemeinde Klage gegen die Kgl. Regierung zu Breslau und den kath. Gesamtschulverband Wüstewaltersdorf mit dem Antrage, die Anordnung der Regierung aufzuheben und den kath. Gesamtschulverband für verpflichtet zu erklären, dieser Anordnung nachzukommen. Kreisausschuss und Bezirksausschuss wiesen die Klage ab. Das Preuss. *Oberverwaltungsgericht,* 8. Senat, bestätigte unter dem 27. Oktober 1914 diese Entscheidung.

In den Gründen heisst es:

»Die Rechtsgrundlage für jene dauernde Verbindung des kirchlichen Amtes in Wüstewaltersdorf mit dem dortigen Lehreramte bildete die Verordnung wegen allgemeiner Separation der Küstereien an Filialkirchen von den Küstereien an den Mutterkirchen vom 2. Mai 1811 (Gesetzsammlung Seite 193). Eine Verbindung des kirchlichen Amtes mit dem Schulamt auf Grund *dieser* Verordnung hat aber *nicht* die rechtliche Wirkung, dass das Schulhaus ein von den Pfarrbaupflichtigen zu unterhaltendes

Küsterhaus im Sinne des § 37 Titel 12 Teil II a. a. O. wird, woraus ohne weiteres folgt, dass ebensowenig wie der § 37 a. a. O. auch das sich als Ausnahme von ihm darstellende Gesetz vom 21. Juli 1846 in den Fällen der Verodnung von 1811 Anwendung findet. Die Rechtswirkung einer Trennung der Küsterei der Tochterkirche von derjenigen der Mutterkirche gemäß der Verordnung vom 2. Mai 1811 besteht nach deren § 4 vielmehr lediglich darin, dass die gesetzlichen Träger der Schullast insoweit von ihrer gesetzlichen Schulunterhaltungspflicht entlastet werden, als die kirchliche Tochtergemeinde die *Wohnung* des nunmehrigen Küsterlehrers am Orte der Tochterkirche zu unterhalten hat. Der Begriff der »Schullehrer- und Küsterwohnug bei der Tochterkirche« im Sinne des § 4 a. a. O. ist eng auszulegen und umfasst daher nur die *Wohnräume* des Küsters und Lehrers (vergl. Urteile vom 20. Februar 1886, 12. März 1887, 22. Februar 1893, 22. September 1899, Entscheidungen des Oberverwaltungsgerichts Band 13 Seite 261, Band 14 Seite 236, Band 24 Seite 153 ff., Band 36 Seite 201.) Lag also in den Vorgängen des Jahres 1891 eine dauernde Verbindung des Küsteramts in Wüstewaltersdorf mit der dortigen Schulstelle, so änderte dieser Rechtsakt nichts an der gesetzlichen Verpflichtung der Schulunterhaltungspflichtigen, die Baulast für den Brunnen auf dem Schulgehöfte zu tragen, da durch jene Trennung nur die Baulast bezüglich der Wohnräume des Küsterlehrers von den Schulunterhaltungspflichtigen auf die Tochterkirchengemeinde überging.

Es kommt mithin darauf an, ob die Tochterkirchengemeinde Wüstewaltersdorf etwa durch *besonderen öffentlich-rechtlichen Rechtstitel* die bauliche Unterhaltung des *gesamten* Schulgehöfts, also auch des Brunnens, übernommen und dadurch den Schulverband von seiner gesetzlichen Schulbaupflicht in vollem Umfange entlastet hat. Diese Frage ist zu bejahen.«

---

5. Entscheidung des Königl. Kammergerichts, 1. Zivilsenat, in Berlin vom 5. November 1914 betr. die staatliche Genehmigung zur Veräusserung von Hypotheken seitens religiöser Kongregationen und die Form ihrer Abtretung.

Mitgeteilt von Geh. Justizrat Dr. *Porsch* in Breslau.

Die §§ 939 folgende ALR. Teil II Tit. 11 beziehen sich ebenso auf ordensähnliche Kongregationen, wie auf Orden im strengen Rechtssinne. — Eine Hypothek ist als ein Recht anzusehen, zu dessen Veräusserung es nach

§ 960 a a. O. staatlicher Genehmigung bedarf. Ihre Abtretung von seiten eines Ordens- oder Kongregationsorgans muss durch eine öffentliche oder öffentlich beglaubigte Urkunde nachgewiesen werden; Ordens- oder Kongregationsorgane können als öffentliche Behörden nicht angesehen werden.

Im Grundbuch von Breslau Sandvorstadt Band 9 Blatt No. 374 ist in Abtl. III No. 1 eine Briefhypothek von 6000 Thalern und Zinsen eingetragen für den Convent der Elisabethinerinnen in Breslau. Der Convent hat diese Hypothek unter Übergabe des Briefes an Frau N. abgetreten. Die Abtretungsurkunde vom 2. Juni 1891 ist unterschrieben »Convent der Elisabethinerinnen«, dann folgen die Namen der Oberin, der Vikarin und der Prokuratorin nebst Amtsbezeichnung. Den Unterschriften ist der Stempel »Convent der Elisabethinerinnen zu Breslau« beigedrückt. Das Fürstbischöfliche General-Vikariat-Amt in Breslau hat am 5. Juni 1891 darunter die Genehmigung der Abtretung vermerkt und gleichzeitig bescheinigt, dass die drei genannten Conventsmitglieder zur Vertretung des Convents berechtigt seien. Eine übereinstimmende Bescheinigung dieser Vertretungsberechtigung ist am 17. Dezember 1913 auch von der Königlichen Regierung in Breslau erteilt. Frau N. ist am 3. Oktober 1908 verstorben und laut Erbschein vom 9. Dezember 1913 von dem Oberpostassistenten X. in Breslau beerbt worden. Dieser hat beantragt, die Post auf seinen Namen umzuschreiben.

Das Amtsgericht in Breslau hat den Antrag durch Zwischenverfügung vom 12. Januar 1914 beanstandet. Es verlangt den Nachweis der Staatsgenehmigung zu der Abtretung und die Beglaubigung der Unterschriften der drei Conventsmitglieder unter der Abtretungsurkunde vom 2. Juni 1891. Hiergegen hat der Convent der Elisabethinerinnen Beschwerde eingelegt. Diese ist durch Beschluss des Landgerichts in Breslau vom 9. März 1914 zurückgewiesen worden.

Auch der weiteren Beschwerde des Convents, dessen Beschwerdebefugnis nicht zu beanstanden ist (vgl. auch Güthe G. B. O. 3 § 71 Anm. 13, § 13 Anm. 41, § 22 Anm. 32), hat das Kammergericht am 5. Nov. 1914 den Erfolg versagt aus folgenden Gründen:

I. Die Auflage des Nachweises der Staatsgenehmigung zu der Abtretung vom 2. Juni 1891 stützt sich auf § 960 II. 11 A. L. R., wonach »geistliche Gesellschaften« (§ 939 II. 11 A. L. R.)

der Staatsgenehmigung bedürfen, »wenn unbewegliche Güter, Kostbarkeiten oder Rechte der Stiftung verpfändet oder veräussert werden sollen«. Die Anwendung dieses Rechtssatzes auf den vorliegenden Fall wird von dem Convent zu Unrecht beanstandet. Zunächst unterliegt es keinem begründeten Bedenken, dass es sich bei der Abtretung der Hypothek um die Veräusserung eines Rechts einer *geistlichen Gesellschaft* handelt. Eingetragener Gläubiger der Hypothek ist nicht, wie in der weiteren Beschwerde ausgeführt wird, eine von den Elisabethinerinnen gegründete oder unterhaltene Anstalt, sondern der Convent selbst, d. h. der Orden der Elisabethinerinnen, der gemäß § 940 II. 11 A. L. R. unter dem Namen des Convents seine Rechte als geistliche Gesellschaft ausübe. Dabei bedarf es hier keiner Erörterung der Frage, ob die »Schwestern vom regulierten dritten Orden des heiligen Franziskus« (Fehr in Wetzer und Welte's Kirchenlexikon Bd. 4 S. 399) ein Orden im strengen Rechtssinne sind (Scherer, Handbuch des Kirchenrechts Bd. 2 S. 728, Hinschius, Orden und Kongregationen 19, Sauer, Die Elisabethinerinnen in Breslau 114, s. auch das im Jahre 1869 der Kommission des Pr. Abg.-Hauses vom Kultusministerium überreichte Verzeichnis der in Preussen vorhandenen Niederlassungen der geistlichen Orden und Kongregationen, Zeitschr. f. Kirchenr. Bd. 9 S. 327) oder ob sie richtiger als eine ordensähnliche Kongregation angesehen werden (Heimbucher, Orden und Kongregationen 2. Bd. S. 499 und anscheinend auch Buchberger, Kirchl. Handlexikon Bd. 1 S. 1275), denn wie in der Rechtsprechung des Obertribunals anerkannt ist, *beziehen sich die §§ 939 ff. II. 11 A. L. R. ebenso auf ordensähnliche Kongregationen wie auf Orden im strengen Rechtssinne.* (Hinschius bei Koch A. L. R. 8 § 939 II. 11 Anm. 3).

Dass zu den *Rechten* im Sinne des § 960 II. 11 A. L. R. *auch verzinsliche Hypotheken* gehören, hat das Reichsgericht in zwei Entscheidungen ausgesprochen (Gruchots Beitr. 26 S. 435, 1024); in den Gründen der ersterwähnten Entscheidung hat das Reichsgericht u. a. ausgeführt: »Die Stellung dieses Wortes (»Kostbarkeiten«) war hinter den »unbeweglichen Gütern« und die hierdurch ausgedrückte Gegenüberstellung von beweglichen Sachen gegen Immobilien lassen erkennen, dass mit den in letzter Reihe stehenden »Rechten« nicht wiederum allein Immobilien, wie es die Gerechtigkeiten sind, haben bezeichnet werden sollen, und sowohl der logische Zusammenhang als die allgemeinere Bedeutung des Wortes »Rechte« nötigen zu der Annahme, dass da-

mit eine allgemeinere Kategorie als die der Gerechtigkeiten des § 219 gemeint ist, und dass neben den unbeweglichen Gütern und Kostbarkeiten auch noch gewisse nicht zu den unbeweglichen Gütern zu rechnende, aber im Wert und Bedeutung sich ihnen und den Kostbarkeiten anreihende Rechte getroffen werden. Rechte solcher Art sind diejenigen, welche mit einer besonderen Befestigung durch Radizierung auf ein Grundstück, einer gewissen Dauerhaftigkeit und einem fortlaufenden Genusse verbunden sind, und diese Eigenschaften haften der beanspruchten, für die Kongregation . . . . eingetragen gewesenen Hypothek von . . . . . als einer objektiv dinglichen, auf eine gewisse Dauer bestimmten und laufende Zinsen abwerfenden Berechtigung an.« Das Kammergericht trägt keine Bedenken, sich diese Ausführungen zu eigen zu machen und demgemäß auch die hier in Rede stehende *Hypothek als ein Recht anzusehen, zu dessen Veräusserung es nach § 960 II. 11 A. L. R. staatlicher Genehmigung bedarf.* Verfehlt ist der Hinweis der weiteren Beschwerde auf das Gesetz über die Aufsichtsrechte des Staates bei der Vermögensverwaltung in den katholischen Diözesen vom 7. Juni 1876 (Ges. S. 149), denn nach dessen § 12 bewendet es in Betreff des Vermögens der Orden und ordensähnlichen Kongregationen bei den §§ 3 und 5 des Gesetzes vom 31. Mai 1875 (Ges. S. 217). Für Orden und ordensähnliche Kongregationen gelten danach, da in den §§ 3, 5 Ges. v 1875 Vorschriften über die Vermögensveräusserungen gleichfalls nicht enthalten sind, insoweit noch die Vorschriften des früheren Rechts, im Geltungsbereich des A. L. R. also noch § 960 II. 11 A. L. R. fort. Für die Veräusserung unbeweglichen Vermögens ist dieser Rechtsgrundsatz bereits in der Entscheidung vom 10. April 1911 (K. G. J. 41 S. 218) ausgesprochen worden. Darauf, in welcher Weise die Gegenleistung für die Abtretung der Hypothek angelegt ist, kommt es nicht an.

II. Auch die zweite Auflage ist begründet. Der Antrag, um dessen Beanstandung es sich handelt, ist gerichtet auf Berichtigung des Grundbuchs durch Eintragung des neuen Gläubigers. X. will die Hypothek durch Erbgang von Frau N. erworben haben. Er muss deshalb nachweisen, dass Frau N. Hypothekengläubigerin gewesen ist. Sie soll die Hypothek im Jahre 1891 durch Abtretung erworben haben. Eine schriftliche Abtretungserklärung des bisherigen Gläubigers liegt vor, und diese reichte zum Erwetb der Hypothek, abgesehen von der zu I

erörterten Frage der Staatsgenehmigung, nach dem damals geltenden Recht aus (§ 394 I. 11 A. L. R.). Die Eintragung der auf einer solchen Abtretung beruhenden Rechtsänderung im Grundbuch darf jedoch nach § 29 GBO. wie auch nach dem zur Zeit der Abtretung geltenden preussischen Recht (§ 32 pr. GBO., Turnau GBO. 5 Bd. 1 S. 429), nur erfolgen, wenn die Abtretung durch eine öffentliche oder öffentlich beglaubigte Urkunde nachgewiesen wird. Die weitere Beschwerde scheint das auch nicht in Abrede zu stellen. Sie hält jedoch die Urkunde vom 2. Juni 1891 für ausreichend, weil der Convent der Elisabethinerinnen eine öffentliche Behörde sei. Wäre diese letztere Auffassung richtig, so wäre die Urkunde vom 2. Juni 1891 nach dem auch für den Grundbuchverkehr maßgebenden § 415 Abs. 1 ZPO. (K. G. J. 40 S. 114) unzweifelhaft als öffentliche Urkunde im Sinne des § 29 GBO. anzuerkennen. *Der Convent der Elisabethinerinnen kann jedoch als öffentliche Behörde nicht angesehen werden.* Der Begriff der Behörde steht in der Rechtsprechung des Kammergerichts fest. In Übereinstimmung mit der Entscheidung der Vereinigten Strafsenate des Reichsgerichts Entsch. Bd. 18 S. 249 versteht das Kammergericht unter einer Behörde ein in den allgemeinen Organismus der Staatsverwaltung eingefügtes Organ der Staatsgewalt, das dazu berufen ist, unter öffentlicher Autorität nach eigenem Ermessen für die Zwecke, deren Förderung zu den Aufgaben des Staates gehört, selbständig tätig zu sein, gleichviel, ob es unmittelbar vom Staate oder von einer dem Staate untergeordneten Korporation zunächst für deren Angelegenheiten bestimmt ist, sofern nur diese Angelegenheiten zugleich in den Bereich der Staatszwecke fallen (K. G. J. 26 S. A. 87, 29 S. A. 112, 40 S. 217, 43 S. 179, JMBL. 1904 S. 316). Von dieser Begriffsbestimmung ist auch hier auszugehen. Sie ist zunächst allerdings abgestellt auf die unmittelbaren und mittelbaren staatlichen Organe, indessen auch auf die kirchlichen Organe (RG. Entsch. Bd. 59 S. 331, Arnheim GBO. 2 § 29 Anm. 21) auszudehnen. Zwar hat das Reichsgericht in der Entscheidung RG. Entsch. Bd. 47, S. 49 scharf geschieden zwischen staatlichen und kirchlichen Behörden und dem katholischen Bischof von Ermland für den Geltungsbereich des § 164 StGB. die Behördeneigenschaft abgesprochen, weil er nicht Träger staatlicher Hoheitsrechte sei. Diese Entscheidung bezieht sich jedoch nur auf das Strafrecht, und abgesehen davon, dass nicht ersichtlich ist, ob das Strafrecht einen einheitlichen Behördenbegriff kennt (vergl. z. B. §§ 114, 156

163, 164, 196 StGB., § 255 StPO.) wäre es bedenklich, strafrechtliche Entscheidungen zu dieser Frage über das Gebiet, für das sie ergangen sind, hinaus, auch für das Grundbuchrecht zu Grunde zu legen. Von den kirchlichen Organen kommen jedoch nur die Organe der »vom Staate ausdrücklich aufgenommenen Kirchengesellschaften« im Sinne des § 17 A. L. R. in Betracht, denn nur diese haben »die Rechte privilegierter Korporationen«, nur zu ihren Gunsten hat sich der Staat, wie Hinschius in »Staat und Kirche« (Marquardsen, Handbuch des öffentlichen Rechts, Bd. 1, I, S. 255) sich ausdrückt, in der Ausübung seiner Souveränität beschränkt. Zu diesen vom Staat ausdrücklich aufgenommenen Kirchengesellschaften gehören nach dem Religionsedikt vom 9. Juli 1788 (Rabe, Samml. I. Abt. 7 S. 726) die reformierte, die lutherische und die römisch-katholische Kirche (hinsichtlich der Altkatholiken s. Ges. vom 4. Juli 1875 GS. 333). Die Organe der römisch-katholischen Kirche haben hiernach Behördeneigenschaft, so der Bischof, das bischöfliche General-Vikariat (Johow Entsch. App. G. 3 S. 177, 6 S. 351), das Domkapitel (KGJ. 3 S. 100), der katholische Kirchenvorstand (Hinschius bei Koch, A. L. R. 8 Zus. 25 zu § 157 II, Anm. 55). Die Orden sind der römisch-katholischen Kirche nicht gleichgestellt. Allerdings haben die Orden (zu denen übrigens Meurer, Der Begriff und Eigentümer der heiligen Sachen, Bd. 2 S. 322 hier nur die geistlichen Ritterorden rechnen will) nach § 940 II, 11 A. L. R, »mit anderen Korporationen im Staat gleiche Rechte«, und dasselbe gilt wie erwähnt für ordensähnliche Kongregationen. Das Gesetz verweist hier aber auf Teil II Tit. 6 und bezeichnet die Orden nicht als »privilegierte« Korporationen wie in § 17 II. 11 die vom Staat ausdrücklich aufgenommenen Kirchengesellschaften. Dabei handelt es sich nicht etwa um eine zufällige Wahl des Ausdruckes. Das A. L. R. macht vielmehr ersichtlich einen Unterschied zwischen Korporationen und privilegierten Korporationen (vgl. § 629 I. 9 (Verjährung), § 108 II. 8 (Stadtgemeinden), § 191 II. 8 (Zünfte), § 17 II. 11 (gewisse Kirchengesellschaften), § 67 II. 12 (Universitäten), § 9 II. 19 (Armenunterstützungspflicht). Das ergibt sich namentlich aus der Vergleichung des § 54 II. 12, wo gelehrte Schulen und Gymnasien »Korporationen« genannt werden, mit § 67 II. 12, wo Universitäten »privilegierte Korporationen« heissen. Dieser Unterschied wird auch von Förster-Eccius, Pr. Privatrecht, 7 Bd. 4 S. 701/2 hervorgehoben. Er tritt auch in der Entscheidung des Reichsgerichts Bd. 62 S. 358 zutage. Hier werden die pri-

vilegierten Korporationen »öffentliche« Korporationen genannt. Einen Anhalt für diese Bezeichnung gibt § 19 II 7 A. L. R., wo die Dorfgemeinden als »öffentliche« Korporationen bezeichnet werden, während es sich offensichtlich dabei wie bei den Stadtgemeinden (§ 108 II. 8) um privilegierte Korporationen handelt.

Können hiernach für die Prüfung der Behördeneigenschaft ihrer Organe die Orden und ordensähnliche Kongregationen nicht neben die römisch-katholische Kirche gestellt werden, so entsteht *die weitere Frage, ob etwa die Ordens- und Kongregationsorgane* im Sinne der an den Anfang der Erörterungen zu II gestellten Begriffsbestimmung der Behörde *in die Ämterverfassung der römisch-katholischen Kirche eingegliedert sind.* Auch diese Frage ist zu verneinen. Nach den übereinstimmenden Darstellungen der Rechtsverhältnisse der Orden und ordensähnlichen Kongregationen in den Lehrbüchern des katholischen Kirchenrechts von Hergenröther-Hollweck 2 S. 360 ff. und Sägmüller 3 Bd. 2 S. 416 ff., sowie bei Heimbucher a. a. O. Bd. 1 S. 28 ff., gehen die Befugnisse, die das Oberhaupt der römisch-katholischen Kirche für sich und die Diözesanbischöfe den Orden gegenüber in Anspruch nimmt, über ein, namentlich bei Frauenorden, nicht eng begrenztes Aufsichtsrecht nicht hinaus, insbesondere findet ein Einfluss der Kirchenbehörde auf die Wahl der Vorsteherin oder eine Mitwirkung bei der Vermögensverwaltung nicht statt. Dasselbe gilt, soweit es hier darauf ankommt, nach der maßgebenden Konstitution »Conditae« vom 8. Dezember 1900 (Archiv für kath. Kirchenr. 1901 S. 333 ff.) für die ordensähnlichen Kongregationen (Heimbucher). Gegen die Annahme einer solchen »Eingliederung« der Ordens- und Kongregationsorgane in die Ämterverfassung der römisch-katholischen Kirche spricht in gewissem Sinne auch die Erwägung, dass nach dem Gesetz betreffend die Orden und ordensähnlichen Kongregationen der katholischen Kirche vom 31. Mai 1875 (Ges. S. 217) der Fortbestand der Ordens- und Kongregationsniederlassungen in Preussen nur auf einer staatlichen Duldung beruhe, während die römisch-katholische Kirche selbst, wie mehrfach hervorgehoben, eine *privilegierte* Korporation ist. Hiernach ist der Ansicht von Loening, die Rechtsstellung der Orden S. 79, 80 beizutreten: ». . . . Wenn sie (nämlich die Orden und Kongregationen) auch mit dem Organismus der katholischen Kirche verknüpft sind, so bilden sie doch keine Organe derselben, sie sind freie Verbände innerhalb der katholischen Kirche, sie gehören aber nicht zu den notwendigen Organen, durch die die Kirche ihre Funktionen ausübt.«

Alles dieses gilt auch für die Elisabethinerinnen, mögen sie als Orden im strengen Rechtssinne oder als ordensähnliche Kongregation anzusehen sein. In dem erwähnten Buche von Sauer, Curatus zu St. Anton in Breslau, welches im Jahre 1838 als Denkschrift zur einhundertjährigen Jubelfeier des Elisabethinerinnenklosters in Breslau erschienen ist, wird der Inhalt der Ordensregeln und der Satzungen ausführlich mitgeteilt. Aus ihnen ist nichts zu entnehmen, was die abweichende Beurteilung der Organe dieser geistlichen Gesellschaft rechtfertigen könnte. Die wiederholte Erwähnung des bischöflichen Aufsichtsrechts (S. 121, 129, 144, 152/4, 174 ff., 188) gibt dasselbe Bild wie die für Orden und ordensähnliche Kongregationen allgemein geltenden Darstellungen der genannten wissenschaftlichen Werke. Dafür, dass etwa seitdem eine hier irgendwie erhebliche Änderung der Satzungen stattgefunden haben sollte, fehlt es an jedem Anhalt. Das ist noch um so weniger anzunehmen, als wie die Darstellung von Sauer zeigt, die Satzungen lediglich den Zweck haben, die Anwendung und Ausführung der Ordensregeln näher zu bestimmen.

Mit den Vorinstanzen ist deshalb anzunehmen, dass der Convent der Elisabethinerinnen nicht eine öffentliche Behörde ist. Die von dem Convent ausgestellte Urkunde vom 2. Juni 1891 ist daher nicht als öffentliche Urkunde anzusehen. Dass sie diese Eigenschaft auch nicht etwa durch die darunter gesetzte, vom Fürstbischöflichen General-Vikariatsamt erteilte Bescheinigung der Vertretungsmacht ihrer Ausstellerinnen erhalten hat, bedarf keiner näheren Ausführung.

Hiernach war die weitere Beschwerde unter Anwendung des § 1 pr. GKG. für den Kostenpunkt zurückzuweisen.

Der auf Anordnung des Kammergerichts vom 14. Juli 1914 eingetragene Widerspruch gegen das Gläubigerrecht des Convents der Elisabethinerinnen ist gemäß § 76 Abs. 2 BGO. von Amtswegen zu löschen.

---

6. Entscheidung des Kgl. Kammergerichts, 1. Ferien-Zivilsenat, in Berlin vom 1. August 1914, betr. die religiöse Erziehung von Kindern aus konfessionell gemischten Ehen.

(Verordnungen des Fürstbischöflichen General-Vikariat-Amtes zu Breslau 1914, 5 f.)

In Sachen des Königlichen Amtsgerichts in Breslau, betreffend die religiöse Erziehung des am 9. Mai 1908 geborenen

Hans Schubert in Breslau, hat der 1. Ferien-Zivil-Senat des Königlichen Kammergerichts in Berlin in der Sitzung vom 1. August 1914, an welcher der Senatspräsident Ring, als Vorsitzender, sowie die Kammergerichtsräte Stonietzki, Leonhard, Dr. Kaiser und der Amtsrichter von Lewinski teilgenommen haben,

auf die von der Frau Franziska Schubert geb. Bartkowiak in Breslau, vertreten durch den Rechtsanwalt Müldner in Breslau, eingelegte weitere Beschwerde

beschlossen:

Der Beschluss der 6. Zivilkammer des Königlichen Landgerichts in Breslau vom 18. Juni 1914 wird aufgehoben.

Die Sache wird zur anderweiten Erörterung und Entscheidung nach Maßgabe der folgenden Gründe an das vorgenannte Landgericht zurückverwiesen.

Gebühren und Auslagen kommen für das bisherige Beschwerdeverfahren nicht in Ansatz.

Gründe.

Die Ehe der Beschwerdeführerin mit dem Arbeiter Ernst Schubert, früher in Breslau, jetzt unbekannten Aufenthalts, ist rechtskräftig geschieden, der Ehemann ist für allein schuldig erklärt. Aus der Ehe sind zwei Kinder, Gertrud, geboren am 5. August 1904, und Hans, geboren am 9. Mai 1908 hervorgegangen, die sich bei der Mutter aufhalten. Der Ehemann Schubert ist evangelisch, die Beschwerdeführerin katholisch; beide Kinder sind katholisch getauft, das Mädchen geht in die katholische Schule und wird in der katholischen Religion erzogen. Am 7. März 1914 hat die Beschwerdeführerin bei dem Amtsgericht in Breslau den Antrag gestellt, die katholische Erziehung ihres Sohnes Hans anzuordnen. Zur Begründung hat sie geltend gemacht, sie sei mit ihrem früheren Ehemann darüber einig, dass der Knabe in der katholischen Religion erzogen werden solle. Das Amtsgericht hat den Antrag durch Beschluss vom 14. März 1914 ohne Beweiserhebung abgelehnt. Die Beschwerde der Frau Schubert ist vom Landgericht nach Erhebung der angebotenen Beweise durch Beschluss vom 18. Juni 1914 zurückgewiesen worden. Dagegen richtet sich ihre weitere Beschwerde, die nach § 57 Nr. 9 F. G. G. zulässig formgerecht erhoben und auch begründet ist.

Die für den Fall maßgebenden Rechtsgrundsätze sind in der Entscheidung des Kammergerichts vom 4. Juni 1903 (K. G.

J. 36 A. 48 ff.) niedergelegt. Der Senat hält bei nochmaliger Prüfung an ihnen fest.

Danach kommt es, wie auch das Landgericht zutreffend ausführt, darauf an, ob die Beschwerdeführerin und ihr früherer Ehemann einig darüber sind, dass das Kind katholisch erzogen werden solle. Da der Aufenthalt des Vaters nicht ermittelt worden ist, muss aus seinen früheren Willensäusserungen auf seinen gegenwärtigen Willen geschlossen werden.

Das Landgericht hat folgendes festgestellt: Die Eheleute Schubert haben sich katholisch trauen lassen. Nach der Bekundung des Pfarrers von St. Elisabeth in Breslau hat das nur dadurch ermöglicht werden können, dass der Mann vorher versprochen hat, er werde die Kinder aus der Ehe katholisch erziehen lassen. Die Zeugin Jäschke bekundet, sie habe die Frau bei der Geburt des Mädchens sagen hören, sie hätte ihren Mann nicht geheiratet, wenn er nicht die katholische Erziehung der Kinder zugesagt hätte. Die Zeugin Seidel bekundet, der Mann habe zu dem Knaben geäussert, er werde mit seiner Schwester zusammen in die katholische Schule gehen. Dazu kommt, dass der Knabe katholisch getauft ist und dass das Mädchen mit der Einwilligung des Vaters in die katholische Schule geschickt worden ist.

Das Landgericht hält diese Tatsachen nicht für ausreichend, um den Beweis der »Einigung« zu erbringen. Der Erklärung gegenüber dem Geistlichen legt es keinen Wert bei, weil sie nur als eine »vorläufige« anzusehen sein würde, da eine wirkliche Entscheidung über die religiöse Erziehung erst bei Beginn der Schulpflicht erfolge. Auch in der katholischen Taufe und in der Äusserung gegenüber dem Knaben sieht das Beschwerdegericht keine »entscheidende Erklärung«. Die Aussage der Frau Jäschke erachtet es für unerheblich. — Nach alledem kommt es zu dem Schlusse, es sei nicht erwiesen, dass der Ehemann Schubert vor seinem Weggang eine ernstliche zustimmende Entscheidung bezüglich der katholischen Erziehung seines Sohnes getroffen habe; noch viel weniger lasse sich aus seinem früheren Verhalten auf seinen jetzigen Willen schliessen. Wenn er auch vielleicht während des Bestehens der Ehe seiner Frau zu Gefallen die katholische Erziehung des Sohnes zugesagt habe, so könne dies jetzt — nach der Scheidung — nicht mehr ohne weiteres gelten.

Diese Erwägungen verkennen das Wesen der Einigung im Sinne des § 78 II. 2 A. L. R. und die Art, wie diese festzustellen ist. Es ist nach den in der oben angegebenen Entscheidung des

Kammergerichts niedergelegten Grundsätzen *nicht erforderlich, dass eine »Entscheidung« in der Form einer bestimmten Erklärung* von dem Vater abgegeben wird; es genügt vielmehr ein rein *tatsächlicher Zustand, der erkennen lässt, dass die Eltern des Kindes dasselbe der Religion des einen Teils folgen lassen wollen.* Mit diesem Grundsatze, den das Landgericht selbst im ersten Teile seines Beschlusses als richtig anerkennt, setzt es sich in seinen späteren Ausführungen in Widerspruch. Es hätte prüfen müssen, ob die von ihm festgestellten Vorgänge die Annahme jenes tatsächlichen Zustandes des Einigseins für *die Zeit* rechtfertigten, aus der Willensäusserungen des Vaters noch bekannt sind. Ist das der Fall, so ist die *Fortdauer dieses Zustandes nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen zu vermuten.* Das Landgericht hätte deshalb die Willensäusserungen des Mannes nur dann ohne Rechtsirrtum als »vorläufige« ansehen dürfen, wenn Tatsachen vorlägen, aus denen eine nachträgliche Sinnesänderung sich ergab. Wenn das Landgericht, statt die Fortdauer des bestehenden Zustandes zu vermuten, die Beibringung »gewichtiger Gründe« für dieses Fortbestehen fordert, so ist das rechtsirrtümlich. Der angefochtene Beschluss war deshalb aufzuheben und die Sache an das Landgericht zur nochmaligen Erörterung und Entscheidung nach Maßgabe obiger Gründe zurückzuverweisen.

---

7. Erkenntnis des k. k. Reichsgerichts in Wien vom 22. Oktober 1914 betr. den Religionsunterricht der Kinder konfessionsloser Eltern in Österreich.

Mitgeteilt von Dr. iur. *Julius von Bombiero* in Wien.

Die in der Praxis nicht unwichtige Frage, ob konfessionslose Eltern von der staatlichen Kultusbehörde dazu verhalten werden können, für ihre noch nicht vierzehnjährigen, ebenfalls konfessionslosen Kinder in dem Zeitpunkte, da sie schulpflichtig werden, ein staatlich anerkanntes Religionsbekenntnis zu bestimmen, in welchem sie erzogen werden und ihren Schulunterricht erhalten sollen, wurde in einem konkreten Falle vom k. k. Reichsgerichte mit Urteil vom 22. Oktober 1914 in negativem Sinne entschieden.[1] Der wesentliche Inhalt dieses Urteiles ist aus

1) Ueber eine gegenteilige Praxis des k. k. Verwaltungsgerichtshofes vgl. dieses Archiv 93, 602. (*Feierfeil*, Der Religionsunterricht an den Gymnasien in Oesterreich).

dessen *Entscheidungsgründen* ersichtlich, welche im folgenden wiedergegeben werden mögen:

»Der Beschwerdeführer Franz Kuk ehelichte am 9. August 1903 vor der k. k. Bezirkshauptmannschaft Reichenberg die Maria Ouhrabak geborene Burgònek. Aus dieser Ehe entsprossen die Kinder Pomên Kuk, geboren am 25. Oktober 1903 und Kvêtoslàva Kuk, geboren am 26. Dezember 1904.

Sowohl Trauung als Geburt sind in die Standesregister für Personen eingetragen, die keiner gesetzlich anerkannten Kirche oder Religionsgesellschaft angehören, und sowohl die Eltern als Brautleute, als später die Kinder sind hiebei als konfessionslos bezeichnet.

Die k. k. Bezirkshauptmannschaft Semil hat nun, nachdem sie aus den Berichten der Schulleitung in Kuchelna und des k. k. Bezirksschulrates Semil festgestellt hatte, dass Pomên und Kvêtoslàva Kuk zwar die Volksschule in Kuchelna besuchen, jedoch an dem Religionsunterrichte nicht teilnehmen und dass der Beschwerdeführer (Franz Kuk) diesfalls bei seiner Einvernahme vor den Schulbehörden (Leiter der Volksschule und k. k. Bezirksschulrat) die Erklärung abgab, dass er nicht zulassen werde, dass seine Kinder in irgend einer Religion unterrichtet werden, mit dem Bescheide vom 3. Oktober 1912, Z. 33.313, den Beschwerdeführer aufgefordert, binnen 8 Tagen eine vom Staate anerkannte Religion zu bestimmen, in welcher seine schulpflichtigen Kinder in der Schule unterrichtet werden sollen. Diese Aufforderung wurde mit den Entscheidungen der k. k. Statthalterei Prag de dato 27. Dezember 1912, Z. 17, B. 954/2, respektive des k. k. Ministeriums für Kultus und Unterricht vom 28. Februar 1914, Z. 52197, aufrechterhalten und zwar mit dem von der k. k. Statthalterei hinzugefügten Bedeuten, dass, wenn der Beschwerdeführer binnen 14 Tagen nach Rechtskraft der Entscheidung für seine Kinder nicht ein staatlich anerkanntes Religionsbekenntnis bestimmen sollte, in welchem dieselben in der Schule an dem Religionsunterrichte teilzunehmen hätten, gegen ihn nach der kaiserlichen Verordnung vom 20. April 1854, RGBl. Nr. 96, zwangsweise vorgegangen werden wird.

In dieser Entscheidung erblickt nun der Beschwerdeführer eine Verletzung seiner staatsgrundgesetzlichen bürgerlichen Rechte resp. der Rechte seiner Kinder und zwar der in den Artikeln 14, 16 und 17 des Staatsgrundgesetzes vom 21. Dezember 1867, RGBl. Nr. 142, gewährleisteten Rechte sowie auch

des im § 1 des Gesetzes vom 27. Oktober 1862, RGBl. Nr. 87, gewährleisteten Rechtes.

Was nun die in der Beschwerde hervorgehobene angebliche Verletzung der in den Artikeln 16 und 17 des Staatsgrundgesetzes vom 21. Dezember 1867, RGBl. Nr. 142, und im § 1 des Gesetzes vom 27. Oktober 1862, RGBl. Nr. 87, gewährleisteten politischen Rechte betrifft, so hat das k. k. Reichsgericht die tatsächlichen Voraussetzungen einer Verletzung dieser gesetzlichen Vorschriften in der angefochtenen Entscheidung nicht zu erblicken vermocht und hat daher die Beschwerde in diesen Punkten nicht für begründet erachtet.

Dagegen hat das k. k. Reichsgericht nach seiner Überzeugung die erhobene Beschwerde wegen Verletzung der in dem Artikel 14 des Staatsgrundgesetzes vom 21. Dezember 1867, RGBl. Nr. 142, dem Beschwerdeführer gewährleisteten vollen Glaubens- und Gewissensfreiheit durch die angefochtene Entscheidung für begründet erachtet.

Wie oben konstatiert wurde, sind sowohl der Beschwerdeführer als auch seine Kinder konfessionslos und ist sowohl die Trauung des Beschwerdeführers als auch die Geburt der Kinder in die Standesregister für Personen eingetragen, die keiner staatlich anerkannten Kirche oder Religionsgesellschaft angehören.

Wenn nun durch die in Beschwerde gezogene Entscheidung der Beschwerdeführer aufgefordert wurde, binnen 8 Tagen eine vom Staate anerkannte Religion zu bestimmen, in welcher seine schulpflichtigen Kinder unterrichtet werden sollen, und mit dieser Aufforderung die Drohung verknüpft wurde, gegen den Beschwerdeführer, falls er binnen 14 Tagen nach Rechtskraft der Entscheidung für seine Kinder ein staatlich anerkanntes Religionsbekenntnis nicht bestimmen sollte, in welchem dieselben in der Schule an dem Religionsunterrichte teilzunehmen hätten, nach der kaiserlichen Verordnung vom 20. April 1854, RGBl. Nr. 96, zwangsweise vorzugehen; so hat das k. k. Reichsgericht in diesem Vorgange einen Gewissenszwang und eine Verletzung der im Artikel 14 des Gesetzes vom 21. Dezember 1867, RGBl. Nr. 142, gewährleisteten vollen Glaubens- und Gewissensfreiheit erkannt.

Deswegen musste wie oben entschieden werden.«

IV. Kleine Beiträge und Nachrichten.

1. Die kirchliche Jurisdiktion über die katholischen Kriegsgefangenen in Preussen.

Die Presse berichtete neulich, dass der Kriegsminister dem katholischen Feldpropst in Berlin die Seelsorge für die katholischen Kriegsgefangenen übertragen habe. Ob diese Übertragung dem kanonischen Recht entspricht, soll kurz untersucht werden. — Das kanonische Recht hat die römisch-rechtliche Lehre vom Domizil rezipiert und weiter ausgebildet. Insbesondere schuf es das Quasidomizil, welches die Mitte hält zwischen dem wahren Domizil und dem Orte des vorübergehenden Aufenthalts. Wer irgendwo tatsächlich sich niederlässt und dabei die Absicht hat, nicht ständig, aber doch den grösseren Teil des Jahres dort zu bleiben, begründet an jenem Orte ein Quasidomizil. Beide Momente, die Tatsache der Niederlassung und der animus, müssen bewiesen werden. Der animus wird in Ermangelung einer ausdrücklichen Erklärung aus dem Zweck und den Umständen erschlossen. Liegen die Umstände so, dass es im voraus gewiss ist, der Aufenthalt werde mehr als 6 Monate dauern, so wird der animus quasidomicilii präsumiert. — Wie das römische unterscheidet das kanonische Recht domicilium voluntarium und necessarium. Bei letzterem wird der animus ibi manendi durch die Verfügung der kompetenten Behörden ersetzt. Kriegsgefangene begründen daher am Orte ihres Gefangenenlagers ein quasidomicilium necessarium, wenigstens in der Regel. Das ist besonders in diesem Kriege der Fall. Die Gefangenschaft dauert sicher mehr wie 6 Monate, und der freiwillige animus wird durch die Verfügung des Nehmestaates ersetzt. Neben dem Quasidomizil bleibt natürlich das domicilium verum in dem Heimatlande bestehen.

Noch ein zweiter Satz des gemeinen kanonischen Rechts kommt in obiger Frage inbetracht. Nach dem das kanonische Recht beherrschenden Territorialitätsprinzip fällt derjenige, welcher an einem Orte ein verum domicilium oder quasidomicilium begründet, sei es voluntarium oder necessarium, in die Jurisdiktion

desjenigen Pfarrers bezw. Bischofs, in dessen Sprengel jener Ort gelegen ist. Dieser Pfarrer ist für ihn parochus proprius, dieser Bischof episcopus proprius. Die Abweichung vom Territorialitätsprinzip heisst technisch Exemtion. Nur der Papst kann eximieren, da es sich um gemeines Recht handelt. Der Papst kann m. a. W. auf anderem Wege als durch Domizil die Pfarr- und Diözesanzugehörigkeit begründen. So hat Pius IX. in dem Breve vom 22. Mai 1868 die Pfarr- und Diözesanangehörigkeit der Katholiken des preussischen Heeres auf dem Personalitätsprinzip aufgebaut, d. h. auf ihrer persönlichen Zugehörigkeit zum preussischen Heere. Von dieser Zugehörigkeit wird in dem Breve zweimal gesprochen. Einmal heisst es: »pro catholicis, qui in terrestribus maritimisque Borussiae copiis stipendia faciunt«, und dann: »omnes, qui sub Borussiae vexillis militant terra marique, ubicumque gentium fuerint, atque in omnes et singulos fideles, qui ad Borussiae exercitum secundum leges pertineant«. Damit sind also als Subjekte der exemten Jurisdiktion des Feldpropstes vom Papste bezeichnet: 1) die im aktiven Dienst stehenden Soldaten, sowohl die des Friedensstandes, als die zum aktiven Dienst einberufenen Personen des Beurlaubtenstandes als die Kriegsfreiwilligen; — 2) die in der Militärkirchenordnung vom 12. Februar 1832 (§ 34) bezeichneten Kategorien z. B. Zeughausbeamte. Von Kriegsgefangenen ist nicht die Rede, kann auch gar nicht die Rede sein, da die Voraussetzung fehlt, nämlich die deutsche Staatsangehörigkeit (art. 57 der Reichsverfassung). Die Kriegsgefangenen fallen nicht unter die vom Papste geschaffene exemte Jurisdiktion des Feldpropstes, gehören daher nach gemeinem Recht unter die Jurisdiktion des Diözesanbischofs ihres Quasidomizils. Eine extensive Interpretation des Breve kommt nicht inbetracht. Das Tridentinum ist der Exemtion überhaupt abhold, ebenso das neuere kanonische Recht wie alle modernen Rechte. Daher interpretieren die römischen Spruchbehörden jedes Exemtionsprivileg auf das strikteste. Es wird nur dann Exemtion als gegeben angesehen, wenn dieselbe durch eine ausdrückliche Willenserklärung des gemeinrechtlichen Gesetzgebers bewiesen wird. — Die aus Gründen der Disziplin zu erklärende Tatsache, dass die Kriegsgefangenen unter der preussischen Kommandogewalt und damit unter der Herrschaft des Mil.-Str.-G.-B. stehen, wie das § 158 desselben sagt, ändert an dem Resultat nichts, da diese Sachen mit der kirchlichen Seelsorgsjurisdiktion nichts zu tun haben. Dass aber ein weltlicher Minister für Katholiken

keine Seelsorgsjurisdiktion begründen kann, ist selbstverständlich. — Dazu kommt endlich, dass Benedikt XV. am 21. Dez. 1914 an die Kardinäle der kriegführenden Staaten ein Dekret »de cura captivorum« erlassen hat, in welchem er die Diözesanbischöfe, in deren Diözesen sich die Gefangenen aufhalten, anweist, durch sprachkundige Diözesan- event. Exdiözesanpriester die cura über die Gefangenen auszuüben. Mit »cura« kann in erster Linie nur die Seelsorge gemeint sein, nicht etwa eine bloss karitative Tätigkeit für Seele und Leib, die auch Laien ausüben können. Der Kardinalstaatssekretär hat dem Dekret einen Begleitbrief beigegeben, in welchem nochmals betont wird, dass die Diözesanbischöfe, welche Gefangene in dem Territorium ihrer Jurisdiktion haben, dies päpstliche Dekret gewissenhaft ausführen sollen.

Von welcher Seite auch die angeregte Frage betrachtet wird, man kommt m. E. nur zu dem Resultat, dass nur die Diözesanbischöfe die kirchliche Jurisdiktion über die Kriegsgefangenen haben, wenn nicht etwa der Papst dem Feldpropst dieselbe ausdrücklich übertragen sollte. Da die Regelung dieser Frage sowohl für die Jurisdiktion der Bischöfe pro foro externo als auch besonders pro foro interno von grösster Wichtigkeit ist, so erscheint eine authentische Kundgebung von kompetenter Seite geboten, falls eine Abweichung vom gemeinen Rechte eintreten soll.

Breslau. *F. Triebs.*

---

2. Katholische Feldseelsorge in Bayern.

Joseph Freisen macht in seinem Buche »Das Militär-Kirchenrecht in Heer und Marine des Deutschen Reiches nebst Darstellung des ausserdeutschen Militärkirchenwesens« (1913) S. 158 darauf aufmerksam, dass das Apostolische Breve »Super Cathedram Principis Apostolorum« vom 20. April 1841, welches die Errichtung einer exemten Militärseelsorge für das Königreich Bayern unter der Oberleitung des Erzbischofs von München und Freising als »Grosskaplans« vorsah, bis auf den heutigen Tag noch nicht ausgeführt worden ist. In Friedenszeiten ist das Breve völlig suspendiert, während im Kriegsfalle dem Erzbischof von München und Freising seitens des Apostolischen Stuhles besondere Jurisdiktionsfakultäten für eine gewisse Zeitdauer bewilligt werden, kraft deren er das Amt eines »Feldpropstes der bayerischen Armee im Kriege« [1]) ausüben kann.

---

1) In dieser Eigenschaft veröffentlichte der gegenwärtige Erzbischof von

Die von Freisen ausführlich dargelegte Geschichte der katholischen Feldseelsorge in Bayern hat das Amtsblatt für die Erzdiözese München und Freising 1915, Nr. 5 Beilage, in einer kurzen Übersicht dargestellt, die am Schlusse auch die Verhältnisse während des gegenwärtigen Krieges berücksichtigt.

Auf Allerhöchsten Wunsch Sr. Majestät König Ludwigs I. hat Papst Gregor XVI. durch apostolisches Breve vom 20. April 1841 Bestimmungen und Vollmachten zur Ordnung der Militärseelsorge in Bayern gegeben und den jeweiligen hochwürdigsten Herrn Erzbischof von München und Freising als cappellanus major (»Grosskaplan«) mit der »geistlichen Obergewalt« über die k. bayerische Armee ausgestattet (quamobrem piis eiusdem Regis desideriis alacri libentique animo annuentes . . . . hisce litteris auctoritate Nostra Apostolica Presbyterorum seu Militarium Cappellanorum in Praesidiis et Valetudinariis Militaribus in Bavariae Regno institutionem approbamus et confirmamus atque ejusdem institutionis curam Venerabili Fratri Archiepiscopo Monacensi et Frisingensi committimus eique facultatem impertimur, qua non solum ex omni Bavariae regno eos potissimum Presbyteros eligat, quos huic officio exercendo magis idoneos in Domino existimaverit, verum etiam collata opera communicatisque consiliis cum iis, qui publica auctoritate praesertim militari fungentes Monachii degunt, institutionem ipsam perficiat. Huius vero institutionis sedem Monachii perpetuo esse volumus. Praeterea eadem auctoritate Nostra Apostolica Venerabilem Fratrem hodiernum Archiepiscopum Monacensem et Frisingensem *eiusque in posterum Successores* in huius militarium Cappellanorum institutionis Antistitem cum *Cappellani Majoris* titulo *perpetuo* eligimus, constituimus et nominamus eique omnes militares Cappellanos in Praesidiis et Valetudinariis Militaribus in Bavariae Regno instituendos subditos esse volumus atque jubemus. Jam vero ad ipsius institutionis bonum magis magisque procurandum omnes in Bavariae Regno stipendia facientes cuiusque gradus et ordinis eidem Cappellano Majori subditos esse atque idcirco ab omnimoda cuiuslibet Episcopi jurisdictione exemptos declaramus, prout hisce litteris a quavis Episcopali jurisdictione eximimus atque auferimus«).

Die Ausführung dieses Breves verzögerte sich zunächst. Daher musste der Erzbischof von München, als 1849 bayer. Truppen nach Schleswig-Holstein ausrückten, für die Feldkapläne die notwendige Jurisdiktion vom Apost. Provikar des Nordens, dem Administrator von Osnabrück, erbitten. Er wies nun in einer Eingabe (13. 4. 1849) die K. Staatsregierung auf diesen Notstand hin, bekam aber keinen Bescheid darauf, wohl deshalb, weil das Apost. Breve vom J. 1841 inzwischen verloren gegangen war und erst eine Abschrift vom Hl. Stuhl erbeten werden musste. Erst am 16. März 1851, nachdem neuerdings für die nach Kurhessen ausmarschierten bayer. Truppen die Jurisdiktion vom dortigen (Fuldaer) Diözesanbischof hatte erholt werden müssen, erhielt das Breve die landesherrliche Genehmigung »unter dem Vorbehalte, dass die wirkliche Ernennung der von dem hochwürdigsten Herrn Erzbischofe von München-Freysing ausgewählten Priester zu Feldkaplänen von Allerhöchstdenselben

---

München und Freising Kardinal *Franziskus von Bettinger* einen Fastenhirtenbrief an die bayerischen Soldaten im Felde und in den Lazaretten, der in Nr. 5 des Amtsblattes für die Erzdiözese München und Freising Jahrg. 1915 abgedruckt ist.

(Sr. Majestät dem König) auszugehen, dann dass die Aufstellung von Militärgeistlichen resp. Militärpfarrern für die *Friedenszeit* (für die Zeit des gewöhnlichen Garnisonierens der Truppen im Lande) wegen Mangels der erforderlichen Mittel *annoch ausgesetzt zu bleiben habe*«.

Nun wurde der Erzbischof, der an den Verhandlungen zwischen der K. Staatsregierung und dem Heiligen Stuhle in keiner Weise beteiligt war und bisher das Breve überhaupt uicht gekannt hatte, von der K. Staatsregierung mit der Ausarbeitung eines Entwurfes zur »Organisation der Militärseelsorge« auf Grund des Breves betraut. Diese Arbeiten führten indes zu keinem Ergebnis, weil die K. Staatsregierung sich schliesslich auf den Standpunkt stellte, dass das apostolische Breve, weil zunächst für den Kriegsfall veranlasst, für die Friedenszeit vorläufig keine Geltung habe, weshalb die dem Erzbischof erteilten päpstlichen Fakultäten für die Friedenszeit »als ruhend anzusehen seien«. Hiemit war aber nach der Ansicht des Erzbischofs »der ganze Inhalt des Breves aufgehobeu, denn in demselben ist von Kriegszeiten gar keine Rede, sondern es wird darin die Jurisdiktion über die in den verschiedenen Garnisonsplätzen und Militärhospitälern des Königreiches befindlichen Soldaten und über die diesem Dienst gewidmeten Geistlichen dem jeweiligen Erzbischof von München und Freising für *immer* übertragen in der sich von selbst verstehenden Voraussetzung, dass diese Geistlichen in Kriegszeiten die Armee zu begleiten haben« (Schreiben des Erzbischofs an die bayerischen Bischöfe vom 24. Dezember 1853).

Um nun bis zur Ausführung des Breves (»fino a quando il sudetto Breve non possa mandarsi ad effetto«) der Jurisdiktion für den Kriegsfall sicher zu sein, erbat sich der Erzbischof im Einvernehmen mit der K. Staatsregierung (5. Juli 1851) persönlich die für den Mobilmachungsfall notwendigen Fakultäten und erhielt sie am 8. September 1852 mit Gültigkeit »usque dum Apostolicum Breve a rec. mem. Gregorio XVI. editum ob superius memoratam causam executione careat«. Das Gleiche tat dann auch sein Nachfolger Erzbischof Gregorius, der von den unter dem 31. Mai 1859 erhaltenen Vollmachten in den Feldzügen von 1866 und 1870/71 Gebrauch machte.

Auch nachdem die Militärseelsorge in Friedenszeiten durch K. Ministerialentschliessung vom 8. August 1863 (siehe Pastoralblatt für die Erzdiözese München-Freising, Jahrgang 1863, S. 163 f.) eine einstweilige rein praktische Regelung erfahren hatte, erschien es als notwendig, dass der jeweilige Erzbischof von München sich für den Kriegsfall vom apostolischen Stuhl mit der Jurisdiktion für die ganze bayerische Armee (»super omnes personas ad exercitum pertinentes«) betrauen und mit besonderen, den Feldgeistlichen zu erteilenden Vollmachten ausstatten liess. Dies geschieht nunmehr in der Form, in welcher die S. Congregatio negotiis ecclesiasticis extraordinariis praeposita diese Fakultäten am 18. November 1890 dem Erzbischof Antonius von Thoma übertrug.

Mit Beginn des jetzigen Krieges zogen zunächst die schon in Friedenszeiten vorgesehenen *Divisionsgeistlichen* mit den bayerischen Truppen ins Feld.

Durch Entschliessung des K. bayer. Kriegsministeriums vom 18. August 1914 erhielten sämtliche *Feldlazarette* und Reservelazarette je 1, die *Kriegslazarettabteilungen* je 3, die *Lazarett- und Hilfslazarettzüge* je 1 katholischen Geistlichen. Ebenso wurde den *Lazarettrupps* und den Lazarettzügen

des Roten Kreuzes sowie dem (privaten) 2. bayer. Kraftwagentransportzug ein katholischer Geistlicher zugeteilt.

Durch Ministerialentschliessung vom 17. Sept. 1914 wurde für jedes Feldlazarett noch ein zweiter Geistlicher abgeordnet mit der Weisung: »Diese Geistlichen haben sich den auf den Hauptverbandsplatz vorgehenden Sanitätsoffizieren der Feldlazarette anzuschliessen mit der Aufgabe, die Divisionsgeistlichen im Seelsorgedienst auf den Hauptverbandsplätzen zu unterstützen.«

Unter dem 3. November 1914 wurden den Divisionsgeistlichen zur Unterstützung in der Seelsorge an der Front noch weitere *Hilfsgeistliche* beigegeben.«

Das angefügte Verzeichnis der in der Seelsorge tätigen Geistlichen unterscheidet folgende vier Klassen: I. Etatsmäßige Feldgeistliche (13); II. Ausseretatsmäßige Feldgeistliche (12); III. Ausseretatsmäßige Feldgeistliche in den Feld- und Kriegslazaretten, den Lazarett- und Hilfslazarettzügen (133); IV. Feldgeistliche bei den Lazarettrupps und Lazarettzügen des Roten Kreuzes, abgeordnet vom Kgl. Bayerischen Hausritterorden vom Hl. Georg (14).[1])

Auch die im *Sanitätsdienste* tätigen Geistlichen versahen im Bedarfsfalle seelsorgliche Dienste.

Die Zahl der der Erzdiözese *München und Freising* angehörenden Feldgeistlichen beträgt (ohne die Ordensgeistlichen) 40.

Die *Seelsorge in den Lazaretten des Inlandes* (zerfallend in militärisch organisierte Reservelazarette, Festungslazarette, Vereinslazarette, Privat- und Pflegestätten) übernahm fast ausschliesslich die Pfarr- und Ortsgeistlichkeit, nur in einigen, sehr grossen Lazaretten wurden für die Seelsorge eigene (als »Krankenwärter« einberufene) Geistliche aufgestellt. In der Erzdiözese *München* und *Freising* sind militärisch organisierte Reservelazette in *München* (Reserve-Lazarette A—L, (z. T. Komplexe von Einzellazaretten), *Eglfing, Haar, Fürstenfeldbruck, Freising* (A—E) und *Landshut*.

Die Zahl der *Vereinslazarette* beträgt im Bereiche des K. B. I. Armeekorps ca. 75, die der *Privatpflegestätten* ca. 170.

Die Seelsorge in allen diesen Lazaretten war zum Teil sehr arbeitsreich, wurde aber gerne und mit grosser Hingebung ausgeübt.

Gefangene befinden sich innerhalb der Erzdiözese in München, Puchheim, Schleissheim, Pfaffenhofen a. Inn, Eberspoint und Laufen. Die Seelsorge versehen die Ortsgeistlichen.

---

1) In Württemberg belief sich die Zahl der im Militärdienst verwendeten katholischen Geistlichen im ganzen auf 44, davon waren 10 als Feldgeistliche und Hilfsfeldgeistliche und 44 als Krankenpfleger und Lazarettseelsorger tätig. Sieh Kirchliches Amtsblatt für die Diözese Rottenburg VIII, 117 f.

Zum *Sanitätsdienst* wurden aus der Erzdiözese, mit Rücksicht auf die entstehende Seelsorgsnot, nur wenige Priester einberufen, während in anderen Diözesen die Zahl sehr gross ist, so z. B. 72 für die Diözese Speyer, 94 für die Diözese Würzburg.

Die Zahl der aus den bayerischen Priesterseminarien zum Militärdienst einberufenen, grösstenteils schon im Felde stehenden *Theologiekandidaten* beträgt in Freising 96, München [Georgianum] 71 (davon 23 von der Erzdiözese München und Freising), Dillingen 130, Eichstätt 32, Passau 41, Regensburg 130, Bamberg 20, Würzburg 61, Speyer 35 (davon 2 bereits gefallen).

Die Beteiligung der *bayerischen Männerorden* am Kriege zeigt folgende Tabelle:

Orden	Feld- und Lazarettgeistliche	Im Sanitätsdienst	Unter den Waffen	Gefallen
Benediktiner (bayer. Kongr.)	2	3 Priester 3 Subdiakonen 1 Kleriker	5 Kleriker 49 Brüder	3 Brüder (1 vermisst)
Benediktiner von St. Ottilien	12 (i. Ordenslazarett)	20	73	2 Brüder
Redemptoristen	4		3 Kleriker 14 Brüder	(1 schwer verwundet)
Franziskaner	8 (Lazarettgeistliche)	5 Priester (Lazarettgeistliche)	40 Kleriker 125 Brüder und Kandidaten	4 Brüder
Kapuziner	8 Feldgeistliche 8 Lazarettgeistliche	10 Priester	23 Kleriker 62 Brüder	2 Brüder
Minoriten	2	7 Priester 4 Kleriker 1 Bruder	2 Kleriker 5 Brüder	
Unbeschuhte Karmeliten	5		4 Kleriker 9 Brüder	1 Bruder
Beschuhte Karmeliten	1	1 Diakon	5 Brüder	
Barmherzige Brüder		60 Brüder	5 Brüder	

Die Benediktiner unterhalten 2, die Redemptoristen 1, die Barmherzigen Brüder 7 Lazarette.

Bonn. *N. Hilling.*

3. Gilt die Kriegstrauung als Nottrauung im Sinne des Dekrets „Ne temere“?

Das Dekret der Konzilskongregation »Ne temere« über die Form der Verlöbnisse und der Eheschliessung vom 2. August 1907 sieht bekanntlich mehrere Arten der Nottrauung vor. Der auf den gegenwärtigen Kriegsfall anwendbare Artikel VII lautet: »Imminente mortis periculo, ubi parochus, vel loci Ordinarius, vel sacerdos ab alterutro delegatus, haberi nequeat, ad consulendum conscientiae et (si casus ferat) legitimationi prolis, matrimonium contrahi valide ac licite potest coram quolibet sacerdote et duobus testibus«.[1]) Die Tragweite dieses Artikels erstreckt sich aber nicht nur auf die Form der Nottrauung (coram quolibet sacerdote et duobus testibus), sondern gemäss den Entscheidungen der Sakramentenkongregation vom 9./14. Mai 1909 in Causa Parmensi et aliarum,[2]) vom 13./16. August 1909 in Causa Venetiarum[3]) und vom 29. Juli 1910 in Causa Romana et aliarum[4]) können in diesem Fall die Nupturienten auch von allen kirchenrechtlichen trennenden Ehehindernissen (ausgenommen das Impedimentum sacri presbyteratus und affinitatis lineae rectae ex copula licita) dispensiert werden, falls sie zur Beruhigung des Gewissens oder zur Legitimation der Kinder eine Ehe eingehen wollen.

Wie im Kirchlichen Amtsblatt für die Diözese Osnabrück und die Norddeutschen Missionen XXX, 209 ff. mitgeteilt wird, hat der Kapitularvikar der Diözese Osnabrück beim Ausbruche des gegenwärtigen Krieges mehrere Pfarrer seines Sprengels darauf aufmerksam gemacht, dass sie bei der Kriegstrauung der mobilisierten Soldaten von den genannten Fakultäten Gebrauch machen könnten, da gemäss der Entscheidung der Hl. Poenitentiarie vom 18. März 1912 in Causa Virdunensi[5]) »für die zur Fahne Einberufenen ein imminens mortis periculum als vorliegend zu erachten sei«. Infolge dieser Erklärung wurden mehrere Nupturienten nach Erteilung der notwendigen Dispensen seitens der Pfarrer zur Kriegstrauung zugelassen. Da jedoch die Erklärung des Kapitularvikars mit durch den Mangel an anderweitigen Aushilfsmitteln — der telegraphische Verkehr mit Rom

1) Acta Sanctae Sedis XL, 529.
2) Acta Apostolicae Sedis I, 468 f.
3) Acta Apostolicae Sedis I, 656.
4) Acta Apostolicae Sedis II, 650.
5) Abgedruckt oben S. 156 f.

war gesperrt — veranlasst und nicht ohne Bedenken abgegeben worden war, entschloss sich dieser, zum Zwecke der Erlangung einer vollkommenen Sicherheit die ganze Angelegenheit dem Hl. Stuhle zu unterbreiten.

Durch Vermittelung des Apostolischen Nuntius in München, an den er sich am 5. August 1914 gewandt hatte, erhielt er am 6. September die vom 28. August datierte Antwort der Sakramentenkongregation. Diese lautet: »1. Was die vom Osnabrücker Kapitularvikar vorgelegte Frage anlangt, so gehört die Entscheidung darüber, ob die seinem Vorgehen zugrunde liegende Interpretation rechtmässig ist oder nicht, und ob deshalb sanatio in radice erforderlich ist oder nicht, zur Ausübung der *ausserordentlichen* Vollmachten der Kongregation, die zur Zeit der Erledigung des Päpstlichen Stuhles suspendiert sind; deshalb kann darauf im Augenblick keine Antwort gegeben werden. Es empfiehlt sich demnach, die betreffenden Kontrahenten in gutem Glauben zu lassen, weil, wenn die später zu erteilende Entscheidung verneinend ausfallen sollte, dann sofort sanatio in radice gewährt werden würde. 2. Für künftige Fälle verleiht die Kongregation in Ausübung ihrer auch während der Sedisvakanz ihr verbliebenen *ordentlichen* Vollmachten dem Apostolischen Nuntius in München die Fakultät, urgente necessitate tempore belli zu dispensieren von denjenigen Ehehindernissen, von denen der Hl. Stuhl zu dispensieren pflegt (exceptis ordine sacro et affinitate in primo gradu lineae rectae ex copula licita), und zwar mit der Befugnis, diese Fakultät erforderlichen Falles durch Subdelegation — servatis in reliquis de jure servandis — den Bischöfen zu übertragen.« Der Apostolische Nuntius subdelegierte in seinem Schreiben vom 6. September 1914 sogleich die ihm gewährte Dispensvollmacht im ganzen Umfange an den Kapitularvikar von Osnabrück.

Da durch die Schreiben der Hl. Kongregation und des Apostolischen Nuntius wohl die Schwierigkeiten für die Zukunft aus dem Wege geräumt, aber noch nicht die Gültigkeit der bereits vorher vollzogenen Trauungen sichergestellt war, richtete der inzwischen inthronisierte Bischof von Osnabrück Dr. *Wilhelm Berning* am 28. November 1914 nochmals ein Schreiben nach Rom, in dem er um eine endgültige Entscheidung bat. Nach Darlegung des vorhin erwähnten Tatbestandes formulierte er das Dubium: »Utrum miles quicumque in statu bellicae convocationis seu, ut ajunt, mobilisationis constitutus ipso facto aequiparari

possit iis, qui versantur in periculo mortis ita, ut quilibet sacerdos cum eodem dispensare possit super impedimentis omnibus etiam publicis matrimonium jure ecclesiastico dirimentibus, exceptis sacro presbyteratus ordine et affinitate lineae rectae ex copula licita?

Et quatenus respondeatur negative, quoad matrimonia juxta exposita initio mobilisationis inita gratiosam imploro in radice plenam sanationem«.

Hierauf erteilte die Sakramentenkongregation am 17. Dezember 1914 die Antwort: »Relatis in hac S. Congregatione de disciplina Sacramentorum litteris Ordinarii Osnabrugensis circa matrimonia quae, tempore bellicae convocationis seu ut ajunt mobilizationis, contracta sunt, et super quorum impedimentis omnibus etiam publicis parochi, prae oculis habentes Apostolicam declarationem diei 9 Maji 1909 et resolutionem hujus S. Congregationis diei 13 Augusti ejusdem anni, vi quarum imminente mortis periculo dispensare possunt super impedimentis omnibus etiam publicis matrimonium jure ecclesiastico dirimentibus, exceptis sacro presbyteratus ordine et affinitate lineae rectae ex copula licita, dispensarunt, eadem S. Congregatio Ordinario Osnabrugen. facultatem tribuit sanandi in radice ad cautelam praefata matrimonia, constito tamen sibi prius in unoquoque casu, de perseverantia consensus praedictorum conjugum, caeterisque servatis de jure servandis.

Datum Romae, die 17. Decembris 1914.

D. Jorio, Subsecretarius.
Arth. Mazzoni, Officialis.«

Zu diesem Reskript bemerkt der Bischof von Osnabrück an der angezogenen Stelle des Kirchlichen Amtsblatts: »Die Sakramenten-Kongregation hat also das vorgelegte Dubium weder im bejahenden noch im verneinenden Sinne entschieden, sondern vielmehr, indem sie die Frage nach der Gültigkeit oder Nichtigkeit der betreffenden Eheschliessungen offen liess, mir die Vollmacht erteilt, rücksichtlich jener Kriegstrauungen ad cautelam, servatis de jure servandis, sanatio in radice zu gewähren.«

Es ist dem Bischof von Osnabrück offenbar darin beizustimmen, dass die Sakramentenkongregation keine theoretische Entscheidung gefällt, sondern sich mit der bloss praktischen Lösung der Frage begnügt hat. Lassen wir die Gründe für dieses Verfahren dahingestellt sein. Sie können sowohl in der Schwierigkeit der gesetzlichen Bestimmungen, wie in der verwickelten Art des vorgebrachten Tatbestandes beruhen. Vom rein wissenschaft-

lichen Standpunkte aus dürfte zu der Causa Osnabrugensis folgendes zu bemerken sein:

1. Die Form der Nottrauung im Sinne des Dekretes »Ne temere« konnte für die Kriegstrauung der mobilisierten Soldaten nicht in Betracht kommen. Denn angenommen auch, dass ein imminens mortis periculum vorhanden war, so fehlte doch die ebenfalls notwendige inopia parochi vel loci Ordinarii vel sacerdotis ab alterutro delegati. Der Osnabrücker Kapitularvikar legt seinem Berichte geradezu die Voraussetzung zu Grunde, dass die betreffenden *Pfarrer* der Trauung assistiert haben.

2. Weit eher kann dagegen die Gültigkeit und Erlaubtheit der von den Osnabrücker Pfarrern erteilten Ehedispensen angenommen werden. Allerdings darf man sich hierfür nicht auf den blossen Wortlaut der Entscheidungen der Sakramentenkongregation vom 9./14. Mai und 13./16. August 1909 und 29. Juli 1910 berufen. Denn diese verbinden dem Wortlaute nach die Befugnis zur Dispensation und Nottrauung miteinander,[1]) so dass die erste nicht ohne die letzte vorhanden ist. Hiernach müsste also auch für die Dispensation ebenfalls ein imminens mortis periculum *und* die inopia parochi vel loci Ordinarii vel sacerdotis ab alterutro delegati vorhanden sein. Jedoch würde diese Annahme zu dem merkwürdigen Resultate führen, dass ein einfacher Priester, selbst der exkommunizierte, mit mehr Vollmachten ausgestattet sei als der eigene Pfarrer der Brautleute. Man darf daher aus der in der Einleitung des zuerst genannten Reskripts erwähnten Absicht des Gesetzgebers, die Dispensbefugnisse zu erweitern, und aus dem Zusammenhange des Reskripts mit dem Schreiben des Hl. Offiziums vom 20. Februar 1888, das sich nur auf die Dispensation von den Ehehindernissen bezieht, mit *Leitner*[2]) und *Wouters*[3]) schliessen, dass ebenfalls der parochus loci berechtigt ist, imminente mortis periculo von allen kirchenrechtlichen trennenden Ehehindernissen zu dispensieren. Einen Anhaltspunkt für diese Annahme bildet auch die Entscheidung der Sakramentenkongregation

1) Nach der Entscheidung vom 9./14. Mai 1909, die den beiden folgenden Entscheidungen zu Grunde liegt, hat der Hl. Vater authentisch erklärt, »quemlibet sacerdotem, qui ad normam art. VII decreti *Ne temere*, imminente mortis periculo, ubi parochus vel loci Ordinarius vel sacerdos ab alterutro delegatus haberi nequeat, coram duobus testibus matrimonio adsistere valide ac licite potest, in iisdem rerum adiunctis dispensare quoque posse super impedimentis omnibus etiam publicis matrimonium iure ecclesiastico dirimentibus, exceptis sacro presbyteratus ordine et affinitate lineae rectae ex copula licita«.

2) Lehrbuch des katholischen Eherechts[2] 1912, 485 f.

3) Commentarius in Decretum »Ne temere«[4] 1912, 66 f.

vom 29. Juli 1910, welche ebenfalls die nicht vom Bischofe subdelegierten *Pfarrer* (allerdings nicht ausdrücklich die trauungsberechtigten Ortspfarrer) in das Dekret vom 9./14. Mai 1909 mit einbegreift. Ferner scheint auch das vorhin mitgeteilte Reskript der Sakramentenkongregation vom 17. Dezember 1914 an den Bischof von Osnabrück die Meinung zu vertreten, dass imminente mortis periculo die trauungsberechtigten Pfarrer dispensieren können.

Mithin kann, wenigstens nach probabeler Meinung, bezüglich der Dispensation von der Voraussetzung der inopia parochi vel loci Ordinarii vel sacerdotis ab alterutro delegati abgesehen werden, und es ist nur noch zu untersuchen, ob das eine Erfordernis des imminens mortis periculum bei den Osnabrücker Kriegstrauungen vorhanden war. Der Osnabrücker Kapitularvikar hat diese Frage unter Hinweis auf die bekannte Entscheidung der Hl. Poenitentiarie in Causa Virdunensi vom 18. März 1912 bejaht. Jedoch erscheint dieser Hinweis nur teilweise als zutreffend. Es muss zunächst beachtet werden, dass die Entscheidung an den Bischof von Verdun bezüglich der sakramentalen Lossprechung abgegeben wurde und daher nicht ohne weiteres auf die Eheschliessung übertragen werden darf. Denn die Rettung des Seelenheiles, die in beiden Fällen bezweckt wird, ist im ersteren viel dringender als im letzteren. Sodann ist von grosser Wichtigkeit, dass die Hl. Poenitentiarie das Dubium des Bischofs von Verdun: »Utrum miles quicumque, in statu bellicae convocationis, seu, ut aiunt, mobilisationis constitutus, ipso facto versetur in periculo mortis, ita ut a quovis obvio sacerdote possit absolvi?« dahin reformiert hat: »Utrum miles quicumque, in statu bellicae convocationis, seu, ut aiunt, mobilisationis constitutus, ipso facto *aequiparari* possit iis qui versantur in periculo mortis, ita ut a quovis obvio sacerdote possit absolvi.« Die hierdurch vorgenommene und vom Hl. Vater bestätigte Gleichstellung des Zustandes der mobilisierten Soldaten mit dem Zustande der Todesgefahr hat natürlich nur für das sakramentale Beichtforum Geltung.

Aus den genannten Gründen empfiehlt es sich, bei unserer Untersuchung die Entscheidung in Causa Virdunensi ausser Acht zu lassen, zumal da für die Ehedispensen kein periculum mortis, sondern nur ein imminens mortis periculum gefordert wird. Man kann nun m. E. mit gutem Grunde annehmen, dass die in den ersten Tagen nach Ausbruch des gegenwärtigen Krieges zu den

Fahnen berufenen Soldaten sich wirklich im *Zustande der drohenden Lebensgefahr* befunden haben. Denn wenn sie während ihres Aufenthalts in der Heimat auch noch nicht in aktueller Lebensgefahr schwebten,[1]) so konnten sie doch innerhalb weniger Tage in einen Kampf mit den Feinden oder den Franktireurs verwickelt werden, wie es tatsächlich in vielen Fällen geschehen ist. Man muss ferner im Auge behalten, dass die zur Verfügung stehende Frist für die Eheschliessung wegen der geforderten Teilnahme der Braut ausserordentlich kurz bemessen und jede Möglichkeit, selbst auf telegraphischem Wege[2]) von Rom Dispens zu erlangen, ausgeschlossen war. Die sofort nach Kriegsausbruch mobilisierten Soldaten befanden sich daher in einem Zustande, in dem sie mit Recht befürchten konnten, dass ihr Tod eher eintreten werde, als sie in der Lage gewesen wären, zum Zwecke ihrer — sei es zur Beruhigung des Gewissens, sei es zur Legitimation ihrer Kinder — beabsichtigten Heirat, die erforderlichen Dispensen auf ordentlichem Wege zu erlangen. Mithin scheinen alle Voraussetzungen gegeben, die die Pfarrer zum Gebrauche der ausserordentlichen Dispensvollmachten gemäß den Erklärungen zu Art. VII des Dekrets »Ne temere« berechtigten.

Als Endresultat unserer Untersuchung ergibt sich somit, dass das Vorgehen des Osnabrücker Kapitularvikars durchaus mit den Vorschriften des kanonischen Rechts übereinstimmte. Die römische Sanationsvollmacht hat den Charakter einer wirklichen Vorsichtsmaßregel (facultas ad cautelam), die nach dem strengen Rechte nicht unbedingt gefordert wurde. Sollte daher die Ausführung der Sanationsvollmachten in irgend einem Falle scheitern, z. B. weil der betreffende Ehemann vorher gefallen ist, so wäre nichtsdestoweniger diese Ehe — wenigstens probabiliter[3]) — als gültig zu betrachten.

Bonn. *N. Hilling.*

---

1) Das kanonische Recht unterscheidet zwischen den Ausdrücken »in periculo mortis«, »imminente mortis periculo« und »in articulo mortis«.

2) Da der Hl. Stuhl die telegraphischen Dispensen durch das Rundschreiben der Staatssekretarie vom 10. Dezember 1891 missbilligt hat, brauchen dieselben bei der Fristberechnung nicht in Betracht gezogen zu werden.

3) Ich mache diese Einschränkung, weil sich m. E. der Nachweis, dass auch der *trauungsberechtigte* Pfarrer dispensieren kann, nur auf probabele Gründe stützt.

V. Literatur.

Rezensionen und Referate.

1. *Enzyklopädie der Rechtswissenschaft* in systematischer Bearbeitung. Begründet von *Franz von Holtzendorff,* herausgegeben von *Josef Kohler.* 7. (der Neubearbeitung 2.) Auflage. Lex. 8°. 5 Bände. Berlin, München und Leipzig, J. Guttentag und Duncker & Humblot, 1913—1915. M 65,—. Geb. M 77,50. Jeder Band ist einzeln käuflich.

Von der äusseren Auflage, dem inneren wissenschaftlichen Werte und der Entstehungsgeschichte dieses bedeutenden Unternehmens, das unter den Werken seiner Art zweifellos die erste Stelle einnimmt, ist bei Besprechung der ersten (3½) Bände in dieser Zeitschrift 94, 328 ff. bereits ausführlich die Rede gewesen.

Nachdem jetzt trotz der entgegenstehenden Hindernisse des Krieges die Enzyklopädie der Rechtswissenschaft von Holtzendorff und Kohler zum Abschlusse gelangt ist, empfiehlt es sich, nochmals darauf zurückzukommen, um dasselbe auch in den Kreisen der Kanonisten angelegentlichst zu empfehlen. In erster Linie kommen natürlich für alle Jünger der kanonischen Rechtswissenschaft (Studierende, Lehrer und Praktiker) die im 5. Bande enthaltenen Grundzüge des Kirchenrechts von *Ulrich Stutz* in Betracht. Wie bereits früher dargetan wurde, zeichnen sich diese besonders durch eine völlige innere Durcharbeitung der kirchlichen Rechtsgeschichte und durch reichhaltige Literaturangaben aus. Sowohl auf die Doktrin wie auf die wissenschaftliche Forschung des letzten Dezenniums haben sie sehr befruchtend eingewirkt. Wie sehr der Rechtshistoriker Stutz auch die modernen Probleme des Kirchenrechts in den Kreis seiner Untersuchungen einbezogen hat, beweist die ansprechende Würdigung, die er den jüngsten Kodifikations- und Reformarbeiten Pius' X. angedeihen lässt. Die betreffenden Ausführungen beginnen mit den Worten: »Vor allem aber trachte Pius X. darnach, der Verwirrung des durch den Schutt von Jahrhunderten überdeckten kirchlichen Rechts, aus der freilich die Restauration des 19. Jahrhunderts mit grossem Geschick für die Kirche Gewinn zu ziehen verstanden hatte, ein

Ende zu machen und die kirchliche Rechtslage durch Abstoßung von veraltetem, noch mehr aber durch Neueinschärfung und Neubelebung von hintangesetztem, gelegentlich auch durch Umbildung von noch geltendem, ja in beschränktem Maße sogar durch Neuschöpfung von durch die veränderten Zeitverhältnisse gefordertem kirchlichen Recht zu klären.« Nachdem der Verfasser sodann die wichtigsten Reformgesetze aufgezählt hat, heisst es: »Darnach zu schliessen, wird das Hauptwerk (die Kodifikation) ein durchaus konservatives Gepräge tragen und im wesentlichen einfach die Errungenschaften der kirchlichen Rechtsentwicklung des 19. Jahrhunderts, an die Gegenwart mehr oder weniger angepasst, verzeichnen.« (S. 366 f.)

Alle Kanonisten, die sich zu dem Grundsatze des alten Melchior Cano: »Il leggista senza capitolo vale poco; ma il canonista senza legge vale niente« bekennen, werden aber auch den übrigen Teilen der Rechtsenzyklopädie ihre Aufmerksamkeit zuwenden. Insbesondere gilt dies vom römischen und germanischen Recht und dem Staats- und Verwaltungsrecht. Es ist nun ein besonderer Vorzug des vorliegenden Werkes, dass gerade die zuerst genannten Disziplinen von den hervorragendsten Fachvertretern bearbeitet wurden. Die im ersten Bande enthaltenen Darstellungen der »Quellen und Geschichte des deutschen Rechts« von *Heinrich Brunner* und der »Grundzüge des deutschen Privatrechts« von *Otto von Gierke* stehen nicht nur in jeder Beziehung auf der Höhe der gegenwärtigen Forschung, sondern sind, was besonders von der Gierke'schen Arbeit gilt, auch durch die Originalität der von ihren Verfassern vertretenen neuen Rechtsideen bemerkenswert. Den beiden germanistischen Abhandlungen sind aber die in demselben Bande nachfolgenden romanistischen Abhandlungen von *Otto Lenel*, Geschichte und Quellen des römischen Rechts, und *Ernst Rabel*, Grundzüge des römischen Privatrechts, an Exaktheit der Ausführungen und Tiefe der Gedanken ebenbürtig. Wer daher in irgend einer Frage der kanonischen Rechtsgeschichte das Verhältnis einer kirchenrechtlichen Institution zu dem römischen oder zu dem germanischen Recht wissenschaftlich ergründen will, findet in der Regel schon in unserer Enzyklopädie den gewünschten Aufschluss oder wenigstens die nächsten Anhaltspunkte oder die Literatur zu weiteren Nachforschungen.

Von grosser praktischer Bedeutung für den Kanonisten sind die Abhandlungen über Deutsches Staatsrecht und Deutsches Verwaltungsrecht, die *Gerhard Anschütz* und *Paul Schoen* zu

Verfassern haben. Sie stehen beide nacheinander im vierten Bande. Die erste Abhandlung fällt besonders durch ihre klare und packende Darstellung auf und ist daher für Lernzwecke sehr geeignet.

Endlich ist noch zu erwähnen, dass die für den Schluss des fünften Bandes in Aussicht genommene neue Darstellung des Deutschen Kolonialrechts von *J. Gerstmeyer* infolge der eingetretenen kriegerischen Ereignisse ausgefallen ist. Der Herausgeber *Josef Kohler* bemerkt dazu im Vorwort zu diesem Bande: ». . . die Arbeit war auch bereits eingeleitet, da kamen die welterschütternden Ereignisse, die unsere ganze Erde in Aufruhr brachten und eine vollständige Neugestaltung unserer Kulturverhältnisse in Aussicht stellen. Das siegreiche Deutschland wird als Kolonialreich eine ganz andere Rolle spielen als bisher und eine weltumfassende Macht bilden. Dann wird auch das deutsche Kolonialrecht einen ganz anderen Inhalt annehmen; neue Gebiete werden sich unserer Herrschaft erschliessen, und neue Organisationen werden nötig sein.«

Wie mir scheint, sind diese Ausführungen auch auf andere Teile des Werkes in grösserem oder geringerem Maße anwendbar. Die guten und bösen Erfahrungen, die uns die Tage der Heimsuchung durch den Krieg gebracht haben, werden bald oder später, vielleicht schon bald, ihren Einfluss auch auf die Umgestaltung des deutschen Staats- und Verwaltungsrechts und des Völkerrechts ausüben, und manche veraltete Zwangsmaßregeln des heute geltenden Staatskirchenrechts (z. B. das Jesuitengesetz) werden nach der Wiederherstellung des Friedens hoffentlich der Austilgung anheimfallen. Es wäre daher gewiss eine baldige Neuauflage der Enzyklopädie der Rechtswissenschaft zu wünschen. Jedoch hängt die Erfüllung dieses Wunsches von der tatkräftigen Unterstützung der Mitglieder des ganzen deutschen Juristenstandes ab, die durch die Anschaffung des ganzen Werkes oder einzelner Teile nicht nur ihren persönlichen wissenschaftlichen Interessen, sondern auch denen der gesamten deutschen Rechtswissenschaft dienen.

Bonn. *N. Hilling.*

2. *Deutsches Rechtswörterbuch* (Wörterbuch der älteren deutschen Rechtssprache). Herausgegeben von der Königlich Preussischen Akademie der Wissenschaften. Band I, Heft 1. 4°. (160 Sp.) Weimar, Hermann Böhlaus Nachfolger, 1914

M 5,—. (Das ganze Werk wird voraussichtlich 8 Bände zu je 10 Lieferungen umfassen.)

Dieses grosse, monumentale Unternehmen ist bekanntlich schon seit langem vorbereitet. Nachdem die *Hermann und Elise geb. Heckmann Wenzel-Stiftung* die erforderlichen Geldmittel dafür zur Verfügung gestellt hatte, wurde am 5. November 1896 die akademische Kommission in Sachen des Deutschen Rechtswörterbuches unter dem Vorsitze *Heinrich Brunners* gewählt und die wissenschaftliche Leitung der Herausgabe des Wörterbuchs *Richard Schröder* in Heidelberg übertragen. Beide Männer stehen auch heute, nach 20 Jahren, noch an der Spitze des Unternehmens. Im Frühjahr 1900 bildete sich unter dem Vorsitze von *Eugen Huber* eine »schweizerische Kommission zur Förderung des deutschen Rechtswörterbuchs«, der im März 1903 die Begründung eines »österreichischen Komitees zur Förderung des deutschen Rechtswörterbuchs« nachfolgte.[1])

Nach dem Berichte der Kommission für das Deutsche Rechtswörterbuch von Heinrich Brunner[2]) für das Jahr 1913 betrug die Anzahl der im Zettelarchiv zu Heidelberg aufbewahrten Zettel 910000. Sie ist inzwischen noch um 20000 vermehrt und wird voraussichtlich die Höhe von 1000000 erreichen. Die Redaktionskommission besteht gegenwärtig aus den Herren *Richard Schröder, Eberhard Freiherrn von Künssberg und Leopold Perels.* Neben den ständigen Mitarbeitern haben zahlreiche Gelehrte aus verschiedenen Ländern das Werk durch gelegentliche Beiträge unterstützt. Ausser dem deutschen Sprachgebiete im engeren Sinne ist auch das Longobardische, Friesische, Angelsächsische berücksichtigt. Ein germanisches Rechtswörterbuch herauszugeben, lag nicht in der Absicht der Berliner Akademie. Die Sprachgrenze reicht herab bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts.

Die herausgebende Akademie, die Namen der Leiter und Mitarbeiter sowie nicht zuletzt die zwanzigjährige intensive Vorarbeit bürgen dafür, dass ein erstklassiges Werk zustande kommen wird, das der deutschen Rechtswissenschaft alle Ehre macht.

Für alle, die sich mit der urkundlichen Erforschung der deutschen Rechtsgeschichte beschäftigen, wird das Deutsche

---

1) Nähere Nachrichten über den Fortgang der Arbeiten am Rechtswörterbuch enthalten die Sitzungsberichte der Akademie der Wissenschaften zu Berlin und die Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte, Germanistische Abteilung.

2) Sieh Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte, Germanistische Abteilung, XXXV (1914).

Rechtswörterbuch ein unentbehrliches Hilfsmittel bilden. Da selbstverständlich auch zahlreiche kirchenrechtliche Ausdrücke in das Wörterbuch aufgenommen sind, werden auch die Kanonisten von demselben einen häufigen Gebrauch machen müssen.

Ich gedenke auf die Einzelbesprechung des Wörterbuchs näher einzugehen, wenn eine grössere Anzahl von kirchenrechtlichen Artikeln erschienen ist. Im vorliegenden ersten Heft ist am Schlusse des Artikels »Aachenfahrt« der Name des bekannten Jesuitenhistorikers Beissel (nicht Beisel) zu schreiben.

Bonn. *N. Hilling.*

3. *Leo Wohleb, Die lateinische Übersetzung der Didache* kritisch und sprachlich untersucht mit einer Wiederherstellung der griechischen Vorlage und einem Anhang über das Verbum »altare« und seine Komposita. [Studien zur Geschichte und Kultur des Altertums VII, 1] gr. 8⁰ (VIII u. 142). Paderborn, Schöningh, 1913. M 6,—.
4. *Theodor Schermann, Die allgemeine Kirchenordnung, frühchristliche Liturgien und kirchliche Überlieferung.* Erster Teil: Die allgemeine Kirchenordnung des zweiten Jahrhunderts. [Studien zur Geschichte und Kultur des Altertums III. Ergänzungsband] gr. 8⁰ (VIII u. 136). Paderborn, Schöningh, 1914. M 6,—.

1. Im Jahre 1900 entdeckte *Joseph Schlecht* auf der Hof- und Staatsbibliothek in München in einer ehemaligen Freisinger Handschrift eine vollständige lateinische Übersetzung des ersten Teils der sog. Zwölfapostellehre (Kap. 1—6), der »Lehre von den Zwei Wegen«.[1]) Es ist bekannt, dass dieser wichtige literarische Fund die Forschung über die älteste kirchenrechtliche Schrift nach den Briefen der Apostel neu belebt und angeregt hat.

Die vorliegende Dissertation bearbeitet die Version unter Berücksichtigung der fragmentarischen Melker Handschrift nach ihrer philologischen Seite. Der erste Teil erörtert die textkritischen Fragen und der zweite den Sprachgebrauch des Übersetzers (Formenlehre und Syntax, Wortschatz und Stilistik). In der Schlussbetrachtung fasst der Verfasser die gefundenen Ergebnisse zusammen und zieht daraus die Schlüsse für die Entstehungszeit (drittes Jahrhundert) und die Heimat der Version (Europa, nicht

1) *J. Schlecht*, Διδαχὴ τῶν δώδεκα Ἀποστόλων . . . una cum antiqua versione Latina. 1900. *Ders.*, Die Apostellehre in der Liturgie der katholischen Kirche. 1900.

Afrika, wie Schlecht vermutete). Über die Person des Übersetzers ist nichts bekannt, jedoch steht dieselbe mit der Übersetzung des Barnabasbriefes und der sog. Apostolischen Didaskalie und der Kirchenordnung Hippolyts in keinem Zusammenhange.

Die Freiburger (i. B.) Promotionsschrift ist ein Muster philologischer Kleinarbeit; ihre exakten Untersuchungen kommen auch den Forschungen über die ältesten lateinischen Bibelübersetzungen zustatten.

2. Mit der ältesten kirchenrechtlichen Literatur beschäftigt sich auch die von *Theodor Schermann* beabsichtigte Publikation des dreibändigen Werkes »Die allgemeine Kirchenordnung, frühchristliche Liturgien und kirchliche Überlieferung«. Der bekannte Münchener Forscher will zunächst im 1. Bande »die allgemeine Kirchenordnung« mit den hauptsächlichsten Belegstellen oder Parallelen herausgeben, sodann im 2. Bande sämtliche liturgische Angaben der Kirchenordnung in einem grösseren Zusammenhange prüfen und endlich im 3. Bande ihre Überlieferung im Rahmen der παράδοσις ἐκκλησιαστική oder ἄγραφος und den Anteil einzelner Hände an dem Zustandekommen des kirchenrechtlichen Corpus dartun. (Vorwort.) Der Hauptertrag des Werkes wird demnach dem Gebiete der altchristlichen Liturgie zufallen, das der Verfasser bekanntlich mit besonderem Eifer in den letzten Jahren gepflegt hat.

Der bereits erschienene erste Band enthält nach einer Einleitung über die handschriftliche Überlieferung 1. den Text der sog. Apostolischen Kirchenordnung und 2. den Text der sog. Ägyptischen Kirchenordnung oder, wie der Herausgeber sagt, der rituellen kirchlichen Überlieferung. Sch. hat aber diese beiden Schriften unter dem Gesamttitel »Die allgemeine Kirchenordnung« zusammengefasst, da sie nach der handschriftlichen Überlieferung des Ostens und Westens ein einheitliches kirchenrechtliches Corpus bildeten.

Der Neuausgabe der »Apostolischen Kirchenordnung« ist der Codex Vindobonensis (zuerst herausgeg. von *Bickell*) und der der »Ägyptischen Kirchenordnung« der Codex Veronensis (nach der Ausgabe von *Hauler*) zugrunde gelegt. Das Register bietet u. a. ein Verzeichnis der Bibel- und Väterstellen, der griechischen und lateinischen Worte und der Namen und Sachen.

Bonn. *N. Hilling.*

5. *Paulus Fridolinus Kehr, Italia pontificia* sive Repertorium privilegiorum et litterarum a Romanis pontificibus ante annum MCLXXXXVIII Italiae ecclesiis monasteriis civitatibus singulisque personis concessorum. [Regesta pontificum Romanorum. Iubente regia societate Gottingensi congessit *P. F. Kehr.*] Vol. VI: Liguria sive provincia Mediolanensis. Pars I: Lombardia. gr. 8° (XLIV & 419). Pars II: Pedemontium. Liguria maritima. (XXXVII & 392). Berolini, Weidmann, 1913 & 1914. Je M 15,—.

Als der jetzige Direktor des Kgl. Preußischen Historischen Instituts in Rom am 7. November 1896 der Kgl. Gesellschaft der Wissenschaften zu Göttingen den Plan einer Ausgabe der älteren Papsturkunden vortrug [1]), dachte er nicht an die Herstellung eines Papstregestenwerkes. Vielmehr hoffte er, mit geeigneter Unterstützung in absehbarer Zeit die Papstdiplome selbst in kritischer Edition, möglichst nach den Originalen, darbieten zu können, wobei er sich allerdings auf die echten und eigentlichen Urkunden selbständiger Überlieferung beschränken wollte. Als man aber an die Arbeit ging, stellte sich alsbald heraus, daß es durchaus an einem archivalischen Hilfsmittel fehlte, in dem der urkundliche Stoff einigermaßen vollständig und zuverlässig verzeichnet gewesen wäre. Die Quellenkunde der Papsturkunden mußte erst geschaffen werden. Dazu bedurfte es vor allen Dingen der Aufspürung und Rekonstruktion der alten, oft zersprengten Archivfonds der Urkundenempfänger, in die die Papstdiplome einst gewandert waren. Über den Fortgang dieser Vorarbeiten für die Ausgabe wurde in den Geschäftlichen Mitteilungen der Nachrichten von der Königlichen Gesellschaft der Wissenschaften zu Göttingen Bericht erstattet, zuerst 1897 durch *Kehr*, seit 1898 alljährlich durch die Kommission für die Herausgabe der älteren Papsturkunden. Die bisherigen, überraschenden, Ergebnisse der Archiv- und Bibliothekreisen Kehrs und seiner Mitarbeiter für die Papsturkundenforschung wurden in der Philologisch-historischen Klasse der Göttingischen Nachrichten mitgeteilt: für Italien 1896—1903, 1905, 1908—1912 und 1914 von *Kehr* (und *M. Klinkenborg*), für Deutschland, den Norden und die Schweiz 1902 und 1904 von *Albert Brackmann* (Königsberg), für Frankreich 1906, 1907, 1910, 1911 und 1913 (in besonderen Beiheften)

1) *P. Kehr,* Über den Plan einer kritischen Ausgabe der Papsturkunden bis Innozenz III., in den Nachrichten von der Königl. Gesellschaft der Wissenschaften zu Göttingen, Geschäftl. Mitteil. a. d. J. 1896 S. 72—86.

von *Wilhelm Wiederhold* (Goslar). Daselbst wurden vor allem auch zahlreiche unedierte und unvollständig, fehlerhaft oder an versteckten Orte gedruckte Papsturkunden schon jetzt herausgegeben.

Die Hauptfrucht und das zunächst erreichbare Ziel dieser ebenso mühe- wie verdienstvollen Forschungen waren die Regesta pontificum Romanorum, mit deren Leitung *Kehr* von der Göttingischen Gesellschaft beauftragt wurde. Sie sollten das gleichnamige, ebenfalls bis zum Regierungsantritte Innozenz III. (1198) reichende Werk von *Philipp Jaffé*[1]) ersetzen, das schon beim Erscheinen seiner 2. Auflage dem Stande der Forschung durchaus nicht entsprochen hatte und dessen vielseitige Mängel Kehr und seinen Genossen besonders fühlbar wurden. Damit mußte aber die für das Urkundenwerk beabsichtigte Einschränkung fallen gelassen werden. Die Regestensammlung hatte nicht nur die in selbständiger Form, sondern auch die nur in den päpstlichen Registern oder den kanonistischen Sammlungen überlieferten Papsturkunden zu verzeichnen; sie durfte sich auch nicht mit den Privilegien und Briefen begnügen, sondern war auf die Nachrichten über Dedikationen und Konsekrationen, die Indulgenzen und die Judikate, überhaupt auf alle irgendwie urkundlich (im weitesten Sinne) niedergelegten Akte der Päpste auszudehnen, ja sie mußte auch die Deperdita möglichst ausfindig machen und selbst die Spuria aufnehmen.

Im Jahre 1906 war der I. Band dieser Papstregesten vollendet, und *Kehr*[2]) selbst zeigte sein Erscheinen mit gewandten Worten der wissenschaftlichen Welt an. Er bedurfte dieses schützenden Geleites, denn er stellte in seiner Anlage eine unerhörte Neuheit auf dem Gebiete der Regestenliteratur dar. Kehr hatte nämlich die bisher stets übliche chronologische Anordnung der Regesten aufgegeben und diese seiner archivalischen Forschungsmethode entsprechend nach den Empfängern (der Adresse oder auch dem Betreffe) der Urkunden, also örtlich gruppiert. Das ganze Regestenunternehmen ist in eine Italia, eine Germania, eine Gallia pontificia usw. zerlegt und zerfällt innerhalb dieser verschiedenen Serien wieder in größere und kleinere geographische Bezirke, die nach ihrer näheren Zusammengehörigkeit zu einzelnen Bänden vereinigt werden. So umfaßt der I. Band der

1) Regesta pontificum Romanorum ab condita ecclesia ad annum post Christum natum MCXCVIII., Edit. 2. auspiciis G. Wattenbach curav. S. Loewenfeld, F. Kaltenbrunner, P. Ewald, 2 tomi, Lipsiae 1885, 1888).

2) In den Göttingischen gelehrten Anzeigen CLXVIII 2 (1906) S. 593—610.

Italia pontificia[1]) die Stadt Rom, der II., 1907 erschienene,[2]) Latium, der III. (1908) Etrurien, der IV. (1909)[3]) Umbrien, der V. (1911)[3]) die Emilia oder die Kirchenprovinz von Ravenna, der uns jetzt vorliegende Doppelband Ligurien oder die Mailänder Kirchenprovinz, und der als nächster in Aussicht stehende soll Venetien und Istrien behandeln. Der I. und bisher einzige Band (1910—11) der Germania pontificia, deren Bearbeitung *A. Brackmann* anvertraut ist, bezieht sich auf die Kirchenprovinz Salzburg und das Bistum Trient[4]).

Die Anordnung der Empfängergruppen (Bischöfe, Kirchen, Klöster, Anstalten, Stadtgemeinden usw.) stieß bei der im Laufe der Jahrhunderte wechselnden Geographie auf nicht geringe Schwierigkeiten. Im allgemeinen ist die kirchliche Geographie und zwar wo möglich die Diözesaneinteilung des 11. und 12. Jahrhunderts zugrunde gelegt worden; aber wie Kehr schon die Zerlegung der Italia pontificia in Bände nach den Landschaften Italiens vornahm, so hat er auch innerhalb dieser aus praktischen Rücksichten nicht selten die profane Topographie zu Hilfe genommen. Auch dann noch lassen sich manche Regesten nur schwer oder gar nicht in den lokalen Rahmen zwängen. Ähnliche Schwierigkeiten macht aber bei der zeitlichen Anordnung von Regesten auch die Chronologie.

Die Vor- und Nachteile des neuen Regestensystems sind beim Erscheinen der ersten Bände von sachverständiger Seite so eingehend erörtert worden, daß hier darauf verzichtet werden kann, um so mehr, als an ihm nichts Wesentliches mehr zu ändern ist. Lob spendete ihm besonders *R. v. Nostitz-Rieneck*[5]); fast nur Tadel fand es bei *J. v. Pflugk-Harttung*[6]) und *Karl Uhlirz*[7]); gerecht nach beiden Seiten abwägend und besonders bemerkenswert waren die Urteile von *H. Grisar*[8]) und vor allem von *Johannes Haller*[9]). Zu diesen letzten möchte man fast auch die oben erwähnte, mit wirklich erfrischender Selbstkritik ge-

---

1) In diesem Archiv LXXXVII (1907) S. 193 f. angezeigt von *Heiner*.
2) Sieh die Rezension von *J. Ch. Schulte* in diesem Archiv LXXXVIII (1908) S. 390 f.
3) Sieh die Rezensionen von *E. Göller* in diesem Archiv XC (1910) S. 179 f. und XCII (1912) S. 572.
4) Daneben veröffentlichte *A. Brackmann* Studien und Vorarbeiten zur Germania pontificia, I: Die Kurie und die Salzburger Kirchenprovinz (Berlin 1912).
5) Im Historischen Jahrbuch XXVIII (1907) S. 119 ff.
6) Im Literarischen Zentralblatt für Deutschland LIX (1908) Sp. 966 ff.
7) In der Historischen Zeitschrift CII (1909) S. 114 ff.
8) In der Zeitschrift für katholische Theologie XXXI (1907) S. 309 ff.
9) Die neue Sammlung der älteren Papsturkunden, in der Internationalen Wochenschrift für Wissenschaft, Kunst und Technik IV (1910) Sp. 1627 ff. und 1659 ff.

schriebene Anzeige *Kehrs* selbst rechnen. Jeden sollte mit der gewählten Disposition der Papstregesten schließlich der Gedanke versöhnen, daß der so frühzeitige Beginn und so schnelle Fortschritt der Sammlung bei chronologischer Anordnung ganz undenkbar gewesen wäre.

Der Aufbau des Regestenwerkes im einzelnen verrät eine musterhafte Technik. In den Empfängergruppen findet man nicht nur die dahin gehörigen Regesten, sondern zunächst ein zeitlich geordnetes, reichhaltiges Verzeichnis der auf den Empfänger bezüglichen Literatur, sodann eine summarische Geschichte des Empfängers, ferner historische und bibliographische Mitteilungen über sein Archiv (und seine Bibliothek) und schließlich ein Verzeichnis der für die betreffende Gruppe benutzten handschriftlichen Urkundenquellen und der dafür verwendeten Siglen. Ihrem Schema nach erweitert sich die Italia (Germania usw.) pontificia also fast zu einer Italia (Germania usw.) sacra und einem Iter Italicum (Germ. usw.), einem Führer, den nicht nur der Papsturkunden-, sondern der Geschichtsforscher überhaupt mit größtem Nutzen zu Rate zieht. Die Regesten selbst schließen sich in ihrer Formulierung und ihrem Latein möglichst eng an den Urkundentext an. Darunter sind in Kursivschrift mit möglichster Vollständigkeit dessen Quellen (sowohl Original wie Überlieferung) und dann die wichtigsten Drucke vermerkt. Nicht selten finden sich auch zwischen den Regesten in Kleindruck Notizen über aufgenommene oder ausgelassene Stücke sowie Verweisungen. Die Regesten sind innerhalb der einzelnen lokalen Gruppen natürlich zeitlich geordnet, und die Einseitigkeit ihrer topographischen Betrachtung ist weiter dadurch gemildert, daß jeder Band an der Spitze mit einem Elenchus pontificum Romanorum versehen ist, in dem die in ihm enthaltenen Regesten chronologisch aufgeführt und numeriert erscheinen und nach dem man sie vorläufig auch am zweckmäßigsten zitiert (z. B. Kehr, Italia pont. II, 345 oder VI 2, 71; Brackmann, Germ. pont. I, 89). Ein chronologisches Gesamtverzeichnis der Papstregesten ist für den Schluß jeder Serie und des ganzen Unternehmens angekündigt, der uns hoffentlich auch einen Initienindex der erhaltenen Urkunden geben wird. Was man in den einzelnen Bänden noch schmerzlich vermißt und was die gewiß nicht leichte und mit dem Anwachsen der Regesten immer schwieriger werdende Handhabung des Werkes wesentlich erleichtern würde, ist ein alphabetisches Verzeichnis der Urkundenempfänger, wie es erfreulicherweise wenigstens der

Schluß des IV. Bandes für die Mittelitalien umfassenden vier ersten Bände gebracht hat. Denn der die Einteilung des Bandes wiederholende topographische Index rerum gibt auf die Fragen und Zweifel des Benutzers nur ungenügend Antwort.

Für den hier zu würdigenden VI. Band der Italia pontificia erwies sich der Regestenstoff als so umfangreich, daß er in zwei Teile zerlegt werden mußte, die übrigens in ihrer Anlage wie selbständige Bände behandelt sind. Der 1. Teil umfaßt die Lombardei mit den Diözesen Mailand, Pavia, Lodi, Cremona, Brescia, Bergamo und Como, der 2. Piemont mit den Bistümern Vercelli, Novara, Turin, Ivrea, Aosta, Asti, Alba, Acqui, Alessandria, Tortona und Bobbio sowie das eigentliche Ligurien mit Genua, Savona, Albenga, Ventimiglia, Brugnato und Luni. Die an die Langobardenkönige gerichteten, sowie die Korsika und Sardinien betreffenden Urkunden sind in den Schlußband der Italia pontificia verwiesen. Die Gesamtzahl der in diesem Doppelbande verzeichneten Urkunden der Päpste (in etlichen Fällen sind sie Empfänger!) und päpstlichen Legaten beträgt 1914 (962 mehr als bei *Jaffé*[2]!) Hiervon sind uns 1139 erhalten und zwar 374 im Original. Von diesen Autographen entfallen 3 auf Nikolaus II., 2 auf Alexander II., 1 auf Gregor VII., 3 auf Urban II., je 14 auf Paschalis II. und Calixt II., 2 auf Honorius II., 37 auf Innozenz II., 16 auf Cälestin II., 13 auf Lucius II., 28 auf Eugen III., 9 auf Anastasius IV., 21 auf Hadrian IV., 76 auf Alexander III., 2 auf Viktor IV., 33 auf Lucius III., 32 auf Urban III., 8 auf Gregor VIII., 27 auf Klemens III. und 33 auf Cälestin III. Die Zahl der registrierten Fälschungen beläuft sich insgesamt auf 60. Bei sehr vielen Regesten kann auch in diesem Bande auf eine Edition der betreffenden Urkunde in den Göttingischen Nachrichten verwiesen werden[1]).

Dem Reichtume des neuen oder in neue Beleuchtung gerückten Regestenstoffes entspricht die Fülle der Aufklärung und Anregung, die dieser Band dem Kirchen- und dem Kirchenrechtshistoriker bietet. *Kehr*[2]) hat selbst schon auf einige wichtige, das 11. und 12. Jahrhundert betreffende Punkte aufmerksam ge-

1) Unter dem Regest VI 1 p. 94 n. 30 ist »Ed. Gött. Nachr. 1912 p. 372 n. 28 ex concepto A« zu ergänzen. Die in VI 2 p. 20 n. 11, p. 27 n. 1. 2. 3, p. 33 n. 10, p. 63 n. 11, p. 64 n. 14, p. 69 n. 13. 14. 15, p. 70 n. 2, p. 72 Dom. hosp. de Carit. n. 1 und p. 100 n. 4 verzeichneten Urkunden sind nicht, wie dort angegeben, im Jahrgange 1913, sondern 1914 der Göttingischen Nachrichten gedruckt.

2) Nachträge zu den Papsturkunden Italiens VI, in den Nachrichten von der Kgl. Ges. d. Wiss. zu Göttingen, Philol.-histor. Kl. a. d. J. 1912, S. 328 ff.

macht, wie die schließlich zu seinem Siege führenden Kämpfe des Papsttums mit den Mailänder Metropoliten, die auffallend große Zahl der kirchlichen Neugründungen und ihre häufige Widmung an St Peter, die Besuche der Päpste in der Lombardei, die Tätigkeit der päpstlichen Legaten und der in den lombardischen Städten residierenden Kardinäle, die, hauptsächlich von Frankreich ausgehende, Neubelebung des Klosterwesens in der Lombardei.

Eine besonders schwierige Aufgabe erwächst den Bearbeitern der Papstregesten bei der Aufnahme der päpstlichen Dekretalen. Erstens vertragen sie am wenigsten die Einzwängung in das von Kehr gewählte lokale System. Denn, sind es auch regelmäßig Reskripte an einzelne Empfänger und für einzelne Fälle, so trugen sie doch gewöhnlich nach dem Willen des Papstes die Tendenz zu allgemeiner Geltung in sich und haben diese durch Rezeption an der Kurie, an den Gerichten und in den Schulen auch mehr oder weniger erlangt, was besonders durch ihre Aufnahme in die kanonistischen Sammlungen zum Ausdrucke kommt. Für die wichtigsten Stücke, die seit dem 13. Jahrhundert in offiziellen Dekretalensammlungen vereinigt wurden, ist es ja offenkundig, daß sie gemeines Recht nicht nur für die mittelalterliche Kirche waren, sondern es großenteils auch noch heute sind. Eine zweite Schwierigkeit entsteht daraus, daß die Dekretalen nicht im Original oder auch nur in selbständiger Form, sondern, wenn nicht etwa in den erhaltenen Resten der päpstlichen Register, nur in den Kanones- oder Dekretalensammlungen auf uns gekommen sind. In diesen aber erscheinen sie — abgesehen davon, daß uns diese Sammlungen nur zu einem geringen Teile in kritischen Ausgaben oder Analysen vorliegen und die Erforschung ihrer handschriftlichen Erhaltung durchaus noch nicht abgeschlossen ist — vielfach durch Redigierung, Verkürzung und Zerteilung ihres Textes sowie durch Auslassung oder Entstellung ihrer Inskriptionen so verändert, daß ihre Originalgestalt nur mit großer Mühe oder unsicher erschlossen werden kann. Von diesen Mängeln der Überlieferung muß bei der Registrierung nach dem lokalen Systeme Kehrs besonders der letztgenannte sich bemerkbar machen; anderseits zwingt dieses allerdings naturgemäß zur Ermittlung des richtigen Ausstellers und Empfängers und erweist sich so doch als fruchtbar auch für die Dekretalenforschung. Unangenehm wirken freilich die Fälle, wo die überlieferte Inskription eine sichere Einordnung der Dekretale

unmöglich oder eine mehrfache nötig macht; erst recht die, wo die fehlende Adresse jede lokale Unterbringung der Urkunde verhindert und einen Nachtrag erheischt. Aber entsprechenden Hindernissen begegnet auch das chronologische Regestensystem. Nach einer Bemerkung *Kehrs* im I. Bande (S. 3) der Italia pontificia hatte es noch den Anschein, als wenn er die Dekretalen [1]) der Päpste (wie gewisse Dekrete) an den Schluß des Werkes verweisen wollte. In Wirklichkeit hat er sie aber diesem nach demselben Prinzip wie die übrigen Papsturkunden eingereiht, und man muß zugeben, daß er dabei die in der kanonistischen Überlieferung gelegenen Schwierigkeiten im ganzen glücklich überwunden hat. Ein großer Fortschritt gegenüber der Regestensammlung *Jaffés* ist auch in diesem Punkte unverkennbar. Mehr Wert hätte aber auf die Vollständigkeit der Quellenzitate gelegt werden müssen, da nur auf diesem Wege ein sicheres Urteil über die Überlieferung einer Dekretale ermöglicht und die erforderliche Grundlage für ihre kritische Edition geschaffen wird. Bezüglich der Heranziehung der vorgratianischen Sammlungen ist Vollständigkeit leider offenbar nicht einmal angestrebt, bezüglich der nachgratianischen, wo dies erfreulicherweise wohl geschehen, nicht immer erreicht worden. So ist z. B., von fehlenden Einzelzitaten zunächst zu geschweigen, die von *Ferdinand Schönsteiner* [2]) herausgegebene Collectio Claustroneoburgensis, soviel ich sehe, bisher überhaupt nicht berücksichtigt worden, während anderseits die von *Heinrich Singer* [3]) veröffentlichten Collectiones Compendiensis, Sangermanensis und Abrincensis für den 2. Teil des vorliegenden Bandes schon benutzt worden sind. Diese in jüngster Zeit bekannt gewordenen Kompilationen haben übrigens von neuem gezeigt, wie ergebnisreich die vorgregorianischen Dekretalensammlungen für die Papsturkundenforschung sind. Nicht nur enthalten diese zahlreiche von Raimund von Peñaforte nicht gesammelte, aber für die Rechtsentwicklung mehr oder weniger bedeutsame Dekretalen, sondern ermöglichen auch allein die Wiederherstellung vieler von ihm rezipierten in ihrer ursprüng-

---

1) Der technische Ausdruck für diese ist aber nicht *decretalia*, sondern *decretales* (sc. epistolae).

2) Die Collectio Claustroneoburgensis, Eine neu entdeckte Kanonsammlung, im Jahrbuch des Stiftes Klosterneuburg II (Wien 1909) S. 1—154.

3) Neue Beiträge über die Dekretalensammlungen vor und nach Bernhard von Pavia, Mit Benutzung der in Friedrich Maassens Nachlasse enthaltenen Vorarbeiten [Sitzungsberichte der Kais. Akademie der Wissenschaften in Wien, Philos.-Histor. Klasse, CLXXI 1, Wien 1913], von *mir* besprochen in der Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte XXXIV, Kan. Abt. III (1913) S. 615 ff.

lichen Form. Am wertvollsten sind in dieser Hinsicht die primitiven, ungeordneten Sammlungen, in denen die Dekretalen noch nicht stückweise auf einzelne Titel verteilt, sondern noch in unzerrissenem Zustande erscheinen. Ist eine Dekretale in den Sammlungen in mehrere Kapitel zerlegt, so wird von *Kehr* wie bei *Jaffé* außer dem Initium der ganzen Dekretale zuweilen auch das der einzelnen Stücke (in Klammern) angegeben; es müßte dies regelmäßig und natürlich in der richtigen Reihenfolge geschehen. Sodann wären die zitierten Kapitel einer Sammlung (und ihre etwaigen Drucke) nicht willkürlich oder nach deren System, sondern so aufzuzählen, daß die ursprüngliche Zusammensetzung der Dekretale angedeutet wird. Das Durcheinander der Kapitel- und Initienzitate bei *Jaffé* darf sich in dem neuen Regestenwerke nicht wiederholen. Auch Gleichmäßigkeit in der Zitierweise wäre erwünscht, so daß ein Buch oder Titel nicht bald mit römischen, bald mit arabischen Ziffern oder bald mit, bald ohne *l.* oder *t.* aufgeführt würde. Bei der Aufzählung der Sammlungen selbst müßte auf deren Chronologie und gegenseitige Abhängigkeit Rücksicht genommen werden. Ich hoffe dies wie die Benutzung der hier in Betracht kommenden nachgratianischen Dekretalensammlungen überhaupt durch meine[1]) in den beiden vorigen Jahren gegebene kritische Übersicht über diese Kompilationen einigermaßen erleichtert zu haben.

Die beiden Teile des vorliegenden VI. Bandes der Italia pontificia verzeichnen, so viel ich sehe, ungefähr 80 in kanonistischen Sammlungen überlieferte Dekretalen. Eine von ihnen, die kirchengeschichtlich interessante Dekretale *Litteras quas* Alexanders III. an den Bischof Peter von Pavia (VI 1, 749), ist zum ersten Male von *Kehr* selbst (in den Göttingischen Nachrichten) nach der sog. Collectio Cottoniana herausgegeben worden. Auf etliche Regesten glaube ich im folgenden näher eingehen zu sollen, muß mich aber dabei des Raumes wegen auf die Dekretalen der nachgratianischen Sammlungen beschränken.

Zu Vol. VI pars I. Die Dekretale *In his* (*iis*) *quae* (Kehr p. 106 n. 3; Jaffé[2] 17478) findet sich nicht erst in der Compilatio II. und in c. 15 X 5, 40, sondern schon in des Alanus Collectio aucta extra tit. c. 80. — Bei p. 131 n. 4 (*Inter cetera,* J.[2] 15739) ist jetzt noch Coll. Abrincensis l. 2 t. 13 c. un., bei p. 159 n. 2 (*Nobis in eminenti,* J.[2] 10444) noch Coll. Compen-

1) An dem in der vorigen Anmerkung genannten Orte S. 618—642 (Die Dekretalensammlungen des 12. Jahrhunderts) sowie daselbst XXXV, Kan. Abt. IV (1914) S. 584—608 (Die Dekretalensammlungen aus dem 1. Jahrzehnt des 13. Jahrhunderts).

diensis t. 25 c. 11 und Coll. Sangermanensis l. 4 t. 10. c. 10 zu ergänzen; in der letztgenannten Regestnummer muß das Zitat aus *Mansi* XXI 330 (nicht 830!) lauten. — Der Hinweis auf die Berichtigung der *Jaffé*ischen Datierung durch *Emil Friedberg*[1]) bei p. 182 n. 41 (J.[2] 14333; c. 14 X 4, 1) gehört mehr noch zu p. 181 n. 39 (J.[2] 14332; c. 1 X 2, 21). — Das Stück *Ad haec* (p. 183 n. 44) wird von Kehr nach dem Vorbilde von *Jaffé*[2] 14331 als selbständige Dekretale angesehen, obschon es nur einen Teil der Dekretale p. 183 n. 48 (J.[2] 13137) bildet. An beiden Stellen, wo es in der Compilatio I. vorkommt, in l. 2 t. 13 c. 8 und l. 4 t. 19 c. 4 (die zweite übersehen Jaffé und Kehr!), ist es in der Inskription als *pars c. Ad audientiam* bezeichnet, und war es offenbar auch in der ebenfalls nachzutragenden Coll. Sangermanensis l. 10 c. 19, obschon in deren Pariser Handschrift die Worte *Ad audientiam* fehlen. In Comp. I. l. 4 t. 19 c. 4 trägt es auch die von Jaffé und Kehr angenommene Adresse: *L(anfranco) Papiensi electo.* Wenn das c. *Ad audientiam* (n. 48) in einzelnen Handschriften der Compilatio I. (l. 4 t. 1 c. 1) *Alexander III. I. Papiensi electo* inskribiert ist, so ist das *I.* um so eher als Versehen für *L.* zu erkennen, als ein I. Papiensis electus nicht in Betracht kommt. Auch in der bei Kehr noch zu vermerkenden Coll. Sangermanensis l. 8 c. 26 steht *Papiensi electo.* Die von Kehr angenommene Adresse *Papiensi episcopo* in c. 4 X 4, 1 ist offenbar unrichtig. Das Regest n. 48 ist demnach mit n. 44 zu verbinden und in dasselbe Jahr 1180 (nicht 1159—81!) zu setzen. — Die Dekretale *Cum A. de Plano* (p. 183 n. 47, J.[2] 14308) ist aus dem Breviarum extravagantium Bernhards von Pavia, das bei Kehr notiert ist, in die Coll. Sangermanensis l. 6 t. 6 c. 10 übergegangen, in deren Handschrift sie aber die fehlerhafte Inskription *episc. Parisiensi* statt *Papiensi* trägt. In derselben Sammlung fand sich auch die Dekretale *Apostolicam sedem* (p. 266 n. 11, J.[2] 8272; c. 2 X 3, 43), allerdings mit dem Incipit *Ad apostolicam sedem*; wie in den übrigen, von Kehr angeführten, Sammlungen der Bambergensisgruppe steht sie auch in der Coll. Compendiensis: t. 27 c. un. — Ob Cälestin III. Aussteller der Dekretale *Licet appellationis* ist, wie *Jaffé*[2] 17050 und Kehr p. 273 n. 50 annehmen, ist sehr fraglich. Sie ist zwar in der Coll. Lucensis c. 39 mit diesem Papstnamen überschrieben, dagegen ist sie an den von Kehr nicht

1) Die Kanones-Sammlungen zwischen Gratian und Bernhard von Pavia (Leipzig 1897) S. 30.

erwähnten Stellen der Sammlungen Gilberts mit *Idem* = Alexander III. (l. 2 t. 13 c. 4) und mit *Clemens III.* (Coll. aucta l. 2 t. 18 c. 7) inskribiert. Dessen vermehrter Sammlung folgt auch die Compilatio II. (l. 2 t. 19 c. 12). Aber auch in einer bisher nicht veröffentlichten, mit der Coll. Lucensis nahe verwandten und gleichzeitigen Dekretalensammlung fand ich das Kapitel mit der Inskription *Idem* (= Clemens III.) *Cremonensi episcopo, in eodem l(ibro)*, also mit der in der Lucensis überlieferten Adresse, unter anderen Dekretalen Klemens III. stehend und, wie in der Compilatio II., mit unverkürztem Texte. Aller Wahrscheinlichkeit nach stammt es also schon von diesem Papste, und die in der letzterwähnten anonymen Sammlung wie in der Lucensis sich findende Angabe *Datum Later. anno III.* bezeichnet dann nicht das Jahr 1193, sondern 1190. — Auf p. 278, am Schlusse der das Kathedralkapitel von Cremona betreffenden Regesten, wäre jetzt noch die Dekretale *Ex litteris* mitzuteilen, die jüngst *H. Singer*[1]) aus der Collectio aucta Gilberts (l. 1 t. 9 c. 7), in dessen kleinerer Sammlung (l. 1 t. 8 c. 7) sie sich auch schon findet, und der Coll. Fuldensis (lib. 1 tit. de aetate et qual. praefic.) nach Abschriften *J. W. Bickells* herausgegeben hat. Sie ist zwar in diesen Sammlungen mit *Innocentius III.* überschrieben, aber Innozenz bestritt gegenüber Bernhard d. Ä. von Compostella seine Urheberschaft, wie dieser in dem Epiloge seines Breviarium decretalium[1]) mitteilt. Sie braucht deshalb nicht überhaupt als unecht angesehen zu werden, gehört aber wahrscheinlich Cälestin III. an. Ich[2]) konnte sie nämlich auch in c. 80 der Coll. Halensis nachweisen, wo sie die volle Inskription *Idem* (= Celestinus III.) *Ravennati archiepiscopo* trägt und als Reskript auf ein Schreiben des Kapitels von Cremona erscheint, während in der edierten Fassung irrtümlich *Evoriensis* oder *Evon.*[3]) statt *Cremonensis* steht. — Warum Kehr die Regesten p. 312 n. 13 (*Ex publico instrumento*; c. 7 X 3, 32) und n. 14 (*Quoniam a nobis*; c. 13 X 3, 30) in die Jahre 1179—81 anstatt wie *Jaffé*[2] 13787 und 13788 in die Jahre 1159—81 setzt, sehe ich nicht ein. Die erste dieser beiden Dekretalen kommt schon in so alten

1) Die Dekretalensammlung des Bernardus Compostellanus antiquus, Mit Benutzung der in Friedrich Maassens Nachlasse enthaltenen Vorarbeiten [Sitzungsberichte der Kais. Akad. d. Wiss. in Wien, Phil.-Histor. Kl., CLXXI 2, Wien 1914] S. 116; dazu S. 114[4] und 35[100].

2) An dem oben S. 355 Anm. 1 angeführten Orte, Kan. Abt. IV S. 592.

3) So, abweichend von *Singer*, bei *Joh. Friedrich v. Schulte*, Die Kompilationen Gilberts und Alanus, in den Sitzungsberichten der Kais. Akad. d. Wiss., Phil.-hist. Kl., LXV (Wien 1870), S. 637.

Sammlungen wie Coll. Cantabrigiensis, Parisiensis I. und Claustroneoburgensis vor, von denen zum mindesten die erste vor 1179 entstanden ist. Bei n. 13 ist außer Coll. Claustroneoburg. c. 51 jetzt noch Coll. Sangermanensis l. 8 c. 15, bei n. 14 noch l. 4 t. 9 c. 8 dieser Sammlung hinzuzufügen. — Die Dekretale *Quaeris a nobis* (p. 312 n. 15; J.[2] 13785) wird in der Compilatio II. (l. 1 t. 8 c. 1) und in c. 6 X 1, 14 Alexander III. beigelegt. Sie ging aber auch unter Innozenz III. Namen um, z. B. in der von Kehr nicht erwähnten vermehrten Sammlung des Alanus (extra tit. c. 28), so daß Bernhard von Compostella sich veranlaßt sah, diesen Papst selbst darüber zu befragen — was allerdings eine von *E. Friedberg*[1]) mitgeteilte Glosse der Compilatio II. für verwunderlich hält — und im Epiloge seiner Dekretalensammlung[2]) sie ausdrücklich für nichtinnozenzianisch zu erklären. Die in der Compilatio II. überlieferte Adresse ist in den Handschriften sehr entstellt; *Jaffé* und Kehr werden aber wohl recht haben, wenn sie nicht mit *Friedberg*[3]) den Bischof von Burgos, sondern den von Brescia als Adressaten ansehen. — Die p. 335 n. 10 registrierte Dekretale ist in *Augustini Tarraconen.* Opp. IV 316 (nicht 317!) gedruckt; bei p. 387 Astino n. 1 ist die Notierung dieser Ausgabe (IV, 188) vergessen worden.

Zu Vol. I pars II. Daß Kehr die Dekretale *Cum ad quorundam* nicht in seine Italia pontificia aufgenommen hat, weil er mit *Friedberg* im Gegensatze zu *Jaffé*[2] 17654 annimmt, daß die Inskription in Coll. Lucensis c. 18 *abbati et conventui Vercellensi* aus *Vizeliacensi* entstanden ist, habe ich[4]) schon gebilligt. Er sollte dann aber auch (p. 16 nach n. 39) diese Dekretale nicht mehr mit *Jaffé* als Reskript Cälestins III. bezeichnen. Denn die obige Berichtigung ihrer Adresse ist nur möglich, wenn man sie mit Epist. I 140 Innocenz III. (*Potthast* 185) identifiziert. Auf dessen Namen lautet sie auch in der Coll. Halensis c. 85, in der kleineren (l. 5 t. 9 c. un.) und der vermehrten Sammlung (l. 5 t. 11 c. un.) Gilberts und in der Dekretalensammlung Rainers von Pomposa (t. 9 c. 2), die allerdings den Namen der Abtei nicht überliefern. In der Compilatio II. l. 5 t. 13 c. 3 und in c. 7 X 5, 31 ist sie fälschlich *Clemens III.* überschrieben. —

1) Decretalium collectiones (Corpus iuris canonici II) Sp. 127[2] zu c. 6 X 1, 14.

2) Bei *Singer,* Bernardus Compost. antiq. S. 114 f., dazu 115[6] und 34[96].

3) Quinque compilationes antiquae nec non collectio canonum Lipsiensis (Lipsiae 1882) S. 68.

4) An dem oben S. 355 Anm. 1 genannten Orte, Kan. Abt. IV S. 589.

Die Dekretale *Consuluit nos* (J.[2] 14071) war von Kehr schon im vorigen Bande (V p. 67 n. 238) unter den nach Ravenna gerichteten Urkunden verzeichnet worden. Da sie aber in zwei Sammlungen die Inskription *Ianuensi archiepiscopo* trägt, muß er sie im neuesten Bande (p. 271 n. 24) wiederholen. Die von Kehr noch nicht notierten Quellen: Coll. Compendiensis t. 42 c. 14 und Coll. Sangermanensis l. 6 t. 10 c. 2 vermehren die Zahl der Sammlungen, in denen sie *Ravennati archiepiscopo* überschrieben ist, wenn diese Inskription in der Pariser Handschrift der Compendiensis auch zufällig fehlt. Unter den von Kehr zitierten Editionen fehlt *Boehmer* Corp. iuris can. II App. col. 290. — Die mit den Worten *Cum inter* (Coll. Cottoniana: *Cum Romana ecclesia inter*) oder *Ideo inter*, meist *Nos inter*, in einer bisher unbekannten vorbernhardischen Dekretalensammlung, wie ich fand, *Nos qui inter* beginnende Dekretale (p. 271 n. 25; J.[2] 13970; c. 6 X 5, 34, c. 3 X 2, 21, c. 5 X 2, 2) ist in fast allen Sammlungen in mehrere Kapitel zerlegt. In den Quellenzitaten Kehrs, deren ungeordnete Aufzählung hier besonders stört, ist Coll. Cantabrig. c. 65 in 65 A zu verbessern sowie Coll. Claustroneoburg.[1]) c. 266, 267, 268, 269, Coll. Sangerman. l. 5 t. 2 c. 7, l. 6 t. 12 c. 2 (*Sane si*), l. 6 t. 7 c. 2, l. 6 t. 1 c. 12, l. 5 t. 3 c. 38 und bei Comp. I.: l. 2 t. 1 c. 3 zu ergänzen. Das letztgenannte Kapitel beginnt zwar in den Ausgaben der Compilatio I. mit den Worten *Nos in eminenti et infra. Quia vero* und wird daher bei *Jaffé*[2] fälschlich zu der Dekretale 12411 gerechnet, während anderseits *Nos in eminenti* dort unrichtigerweise auch bei 13970[2]) steht. In jenem Kapitel ist *Nos in eminenti* aber offenbar ein Schreibfehler statt *Nos inter*, wie es nach *Antonio Agustin*[3]) in einer alten Tarragonenser Handschrift des Breviarium Bernhards von Pavia auch richtig heißt. Das Kapitel ist nämlich mit dem Texte identisch, der in anderen Sammlungen richtiger mit *Qua vero*, auch mit *Quatenus vero* oder *Utrum vero* (dies letzte bei Jaffé[2] 13970) beginnt und dort den Schluß der Dekretale *Nos inter* bildet oder als ein Teil von ihr bezeichnet ist. Ein Regest und das

---

1) *Schönsteiner*, Die Coll. Claustroneoburgensis, a. a. O., S. 112 f., hat nicht nur, seinem Editionsprinzip entsprechend, c. 269 vollständig abgedruckt, sondern auch, seltsamerweise als »caput (!) nullibi repertum«, c. 267.

2) Zu dieser Nummer gehört auch nicht das dabei notierte Initium *Ex parte tua nobis*.

3) *Antonii Augustini* Opera omnia IV: Antiquae collectiones decretalium (Lucae 1769) S. 77 l.

Incipit dieses Schlußkapitels vermißt man bei Kehr. Da dieser dessen Vorkommen in der Compilatio I. übersehen hat, hat er auch die in Handschriften dieser Sammlung überlieferte Ortsangabe *Datum Ferentini* (in dem Abdrucke des Kapitels bei *Friedberg* Quinque compilationes p. 12) nicht beachtet; sonst hätte er für die Abfassung der Dekretale wohl nicht den Spielraum 1159—79 gelassen, sondern 1161—75 angenommen. Zu den von Kehr genannten Drucken ist außer den schon erwähnten von *Schönsteiner* und *Friedberg* noch *Boehmer* Corp. iuris can. II App. col. 263. 284. 277. 292 hinzuzufügen. — Bei p. 273 n. 31 (*In civitate tua*, J.[2] 13965; c. 6 X 5, 19) fehlt Coll. Compend. t. 8 c. 7, das statt dessen versehentlich bei p. 274 n. 35 (*Tua fraternitas*, J.[2] 13969; c. 4 X 4, 4, c. 9 X 4, 2, c. 11 X 2, 23) vermerkt ist, wo aber Coll. Claustroneoburg. c. 303, 304, 305 und Coll. Sangerman. l. 9 c. 37 zu ergänzen sind. Das Kapitel *In civitate tua* ist allerdings (was Kehr aber entgangen ist) in den meisten Dekretalensammlungen als Teil der Dekretale *Fraternitas tua* bezeichnet, die wohl mit der genannten *Tua Fraternitas* identisch sein dürfte, da uns eine andere so beginnende und an den Erzbischof von Genua gerichtete nicht bekannt ist. Sowohl bei n. 31 wie bei n. 35 ist wieder die Ausgabe von *Boehmer* Corp. iuris can. II App. (col. 217 und 326) vergessen. — Zu dem Regest p. 273 n. 32 hätte vermerkt werden müssen, daß die betreffende Dekretale *Cum non ignores* (J.[2] 13966; c. 15 X 3,5) schon in der kleineren und der größeren Sammlung des Alanus (l. 3 t. 4 c. 3) zu finden ist. — Der p. 274 n. 34 registrierte Text (J.[2] 13968; c. 30 X 2, 28) ist offenbar keine vollständige Dekretale, da die Worte *Ad haec sicut* nicht als Incipit einer solchen gelten können; sie hätten daher in Klammern gesetzt werden sollen.

Diese ergänzenden und berichtigenden Bemerkungen zu einigen Regesten des besprochenen Doppelbandes können natürlich das Vertrauen in seine sonstige Zuverlässigkeit durchaus nicht beeinträchtigen. Sie wollen nur dazu beitragen, daß die Sammlung auch in der Behandlung eines ihrem ursprünglichen Plane fremden und gewiß sehr schwierigen, aber für den Kanonisten besonders wichtigen Stoffes nichts zu wünschen übrig läßt. Zugleich mögen diese Beispiele dem Benutzer des monumentalen, viele Bände beanspruchenden Werkes andeuten, welche Arbeit schon die Abfassung eines einzelnen Regestes erfordert und wie großen Dank demnach die Herausgeber verdienen.

Möge das glückliche Gedeihen des auf internationales Entgegenkommen so sehr angewiesenen Unternehmens durch den europäischen Krieg und seine Folgen nicht allzu empfindlich gestört werden!

Bonn. *Friedrich Heyer.*

6. *Karl Schmitz, Ursprung und Geschichte der Devotionsformeln* bis zu ihrer Aufnahme in die fränkische Königsurkunde [Kirchenrechtliche Abhandlungen, herausgegeben von *Ulrich Stutz*, 81] 8° (XVIII u. 192). Stuttgart, Ferd. Enke, 1913. M 8,—.

Der Verfasser behandelt hier die Entstehung und Entwickelung der Devotionsformel, d. h. jener »Formel im Protokoll der Urkunden, durch die der Aussteller dem Gefühl der eigenen Niedrigkeit oder der Abhängigkeit von einem Höheren, namentlich von Gott, Ausdruck verleiht, meist in einem demütigen Zusatz zum Titel«. Die Arbeit liefert demnach zunächst einen Beitrag zur Urkundenlehre, nebenbei aber auch durch den Umstand, dass derartige Demutsbezeichnungen in kirchlichen Kreisen aufgekommen sind, auch einen Beitrag zur Kirchengeschichte. Dem Kirchenrecht wird erst die Fortsetzung des Werkes dienen, in der nachgewiesen werden soll, wie aus den stehend gewordenen kirchlichen Devotionsformeln Rechtsansprüche gegenüber der weltlichen Gewalt abgeleitet wurden.

Die Untersuchung beginnt mit einer etwas breit geratenen Darstellung der Vorgeschichte der Devotionsformeln. Es wird die Verwendung von Demutsbezeichnungen bei den orientalischen Kulturvölkern des vorchristlichen Altertums und im Urchristentum dargetan. Für letzteres geben die paulinischen Schriften verschiedene Belege ab. Merkwürdigerweise erstirbt aber diese Sitte in nachapostolischer Zeit fast vollends. Bis ins vierte Jahrhundert gelang es Schmitz bloss 3 Beispiele nachzuweisen. Erst in den Akten der orientalischen Konzilien, vom 1. ökumenischen (Nicäa 325) angefangen, finden sich Devotionsformeln, während an deren Stelle auf abendländischen Synoden Invokationsformeln (z. B. in nomine Dei u. dgl.) gebraucht werden, die späterhin auch ersteren vielfach Konkurrenz machen oder aber neben ihnen Verwendung finden. Dieses plötzliche Wiederauftauchen der Devotionsbezeichnungen bringt der Verfasser in Zusammenhang mit der in jener Zeit aufblühenden Askese und ihrer Verpflanzung in Form des Ordenswesens nach dem Westen. Demutsbezeich-

nungen bilden das natürliche Gefolge. Sie werden im Orient seit dem 3. ökumenischen Konzil (Ephesus 431) häufiger, während sie im Westen seit der Synode von Tours (461) vorerst nur vereinzelt und erst seit etwa 529 ständig werden und ein festes Gepräge erhalten. Diese — im Vergleich zum Osten — späte Einbürgerung der Devotionsformeln erklärt der Verfasser damit, dass die hiefür maßgebende Askese im Westen weit weniger Anklang und Verbreitung fand, dass namentlich die Bischöfe ihr fremd oder gar feindlich gegenüberstanden. Erst als sie den Widerstand gegen das Mönchtum aufgaben und dieses vielfach die Vorstufe und Vorschule für den Episkopat wurde, kamen die Devotionsformeln auch im Abendland in Schwung. Nur in Britannien erfolgte ihre Verbreitung erst im 7. Jahrhundert gelegentlich der zweiten, dauernden Christianisierung.

Die Bezeigung der Demut und die Anrufung Gottes in Schriftstücken ist zunächst nicht formelhaft, sondern geschieht in den verschiedensten Ausdrücken. Einzelne von ihnen erfreuen sich aber bald einer solchen Beliebtheit und Verbreitung, dass sie für die betreffende Gegend charakteristisch werden. So kennzeichnen den Orient Formeln wie ἐλάχιστος, ἐλέει θεοῦ, ἀνάξιος u. a.; später taucht auch das beliebte abendländische Beiwort peccator in griechischer Übersetzung (ἁμαρτωλός) auf. In Gallien herrscht das eben erwähnte peccator neben deo propitio und indignus, in Italien gratia Dei und Servus servorum Dei. Nur Britannien weist keine besonderen Formeln auf, sondern die auch im sonstigen Abendland gebräuchlichen, weil hier, wie schon erwähnt, die Devotionsformeln gleich mit der endgültigen Christianisierung vom Festland übernommen wurden.

Von allgemeiner Bedeutung sind namentlich zwei Formeln geworden, servus servorum Dei und gratia Dei, denen der Verfasser auch besondere Abschnitte widmet. Erstere Bezeichnung hat bekanntlich Papst Gregor I. eingeführt. Streitig war dabei bisher, ob er sich dieses Demutsbeinamens bediente als Protest gegen seinen Mitbischof von Konstantinopel, Johann den Faster, der sich als πατριάρχα οἰκουμενικός bezeichnete, oder ob er ihn aus seiner Klosterzeit herübernahm. Schmitz vertritt mit guten Gründen die letztere Anschauung, indem er nachweist, dass Gregor den erwähnten Demutsbeinamen schon als Mönch verwendete. Wie er damals durch den Beinamen sein Verhältnis zu den Klosterbrüdern ausdrücken wollte, so wollte er jetzt als Papst damit sein Verhältnis zu allen Gläubigen andeuten. Der Titel ist nicht

freie Erfindung Gregors. Als genauer Kenner der Schriften des hl. Augustin wird er — man wird darin Schmitz recht geben müssen — ihn aus dessen Schriften entnommen haben. Denn schon Augustinus nennt sich Diener der Diener Gottes. Wenn er dabei auch nicht gerade genau dieselben Worte wie Gregor verwendet, so verbindet er mit seiner Demutsbezeichnung doch denselben Sinn. Die Diener Gottes sind für Augustinus seine Diözesanen und im weiteren Sinne die Christen überhaupt und er selbst ist wieder deren Diener. Augustinus drückt das durch Wendungen aus wie: servus Christi servorumque Christi, famulus Christi familiaeque eius, servus Christi et per ipsum servus servorum ipsius u dgl. Erst Gregor verwendet dafür servus servorum Dei, eine Bezeichnung, die alle anderen stets mehr verdrängt. Ausser den Päpsten verwenden von nun an auch Bischöfe und sonstige Kleriker diese Formel, vielfach neben der anderen: gratia Dei, die schon auf dem nicänischen Konzil und auch sonst im Osten verwandt wurde und von dort aus auch über Italien nach dem übrigen Westen gekommen ist, namentlich aber auch in der päpstlichen Kanzlei Eingang gefunden hat.

Devotionsformeln kommen vornehmlich vor in Konzilsakten, aber auch in sonstigen Schriftstücken: Briefen, Urkunden, Inschriften. Verwendet werden sie in erster Reihe von Bischöfen, aber auch von der übrigen Geistlichkeit. Selbst Laien, namentlich auch hochgestellte, verschmähen Invokations- und Devotionsformeln nicht. Byzantinische Kaiser und germanische Könige bedienen sich bald dieser, bald jener. In der fränkischen Königskanzlei wird gratia Dei seit der letzten Zeit Pippins oder unter seinen unmittelbaren Nachfolgern zu einer ständigen Formel im Titel des Königs. Schmitz erklärt das mit dem bekannten pippinischen Staatsstreich, dem gegenüber das Gottesgnadentum durch die erwähnte Formel betont werden sollte, und mit dem Vorwiegen Geistlicher in der fränkischen Königskanzlei, denen eben der Gebrauch von Devotionsformeln bereits sehr geläufig war. Weniger vielleicht ein Wunsch der schreibunkundigen ersten Karolinger als vielmehr eine Eigenmächtigkeit des geistlichen Kanzleivorstehers Hitherius verschaffte der Beifügung gratia Dei den Eingang in den Königstitel.

Bis zu diesem Zeitpunkte, der Verwendung von Devotionsformeln in der fränkischen Königskanzlei, führt Schmitz seine Untersuchung, bei der er mit Fleiss und Umsicht zu Werke gegangen ist. Wir verdanken ihr, der mühsamen Kleinarbeit,

darum auch manch gute Erklärung, manch interessanten Aufschluss über einzelne Formeln. Mit Spannung kann man der Fortsetzung der Arbeit entgegensehen, die die Beziehung der gebräuchlich gewordenen Devotionsformeln zum Kirchenrecht dartun soll.

Wien. *R. Köstler.*

7. *Hans Hirsch, Die Klosterimmunität seit dem Investiturstreit.* Untersuchungen zur Verfassungsgeschichte des Deutschen Reiches und der Deutschen Kirche. 8° (VIII u. 230). Weimar, H. Böhlaus Nachfolger, 1913. M 6,—.

Die Fruchtbarkeit der Stutz'schen Eigenkirchentheorie für die Beurteilung der kirchlichen Verhältnisse des deutschen Mittelalters tritt in dem vorliegenden Werke wiederum deutlich zutage. Als Mitarbeiter der dritten Diplomata-Abteilung der Monumenta Germaniae historica gewann der Verfasser einen tiefen Einblick in die Immunitätsstellung und die Vogteiverhältnisse der Hirsauer Reformklöster und der Zisterziensergründungen.

Der Hauptprogrammpunkt der Kirchenreform während des Investiturstreits war nach der verfassungsrechtlichen Seite hin die Abschaffung des weltlichen Eigenkirchenrechts gewesen. Um diese Entwicklung in ihrer ganzen Bedeutung zu erfassen, beginnt Hirsch mit der Darstellung der monastischen Zustände der drei wichtigsten Reformklöster, Hirsau, St. Blasien und Schaffhausen zur Zeit des Eigenklostertums. Die weltlichen Herren übten die Vogteigewalt über das Eigenkloster aus. Dieses besass entweder gar keinen Einfluss auf die Abtswahl oder musste sich eine starke Einschränkung derselben gefallen lassen. Durch die Verleihung der Immunität wurde der Rechtszustand des Eigenklosters aufgehoben. Die bisher geübte Vogtei der Eigenkirchenherren, die privatrechtlichen Charakter hatte, wurde nunmehr auf öffentlichrechtliche Grundlage gestellt. Trotzdem oder gerade deshalb liessen doch noch manche süddeutsche Dynasten ihre Eigenklöster immunitätslos, um ihre alten Rechte zu wahren. Ihre Bezeichnung »Vögte« ist somit nur ein anderer Name für den Eigenkirchenherrn.

Auch die Reichskirche war auf dem Eigenkirchenrecht aufgebaut und fand einen starken Gegner im Papsttum, das eine auf demselben Prinzip ruhende Papstkirche erstrebte. Leo IX., wohl vertraut mit den kirchlichen Rechtsverhältnissen seiner süddeutschen Heimat, gelang es, in Schutzprivilegien, den bisherigen

Reichsabteien und den Eigenklöstern einen dritten Typus anzugliedern: Das römische Kloster. Zu gleicher Zeit vertrat und verbreitete Cluny die Auffassung, dass die Immunität die Unabhängigkeit der Abtei, ihre libertas, gewährleiste, während in den kaiserlichen Urkunden das Wort »liber« die Zugehörigkeit der Abtei zur Reichskirche bedeutete. Mit Reformkloster bezeichnet Hirsch alle jene Klöster, die zu Ende des 11. und am Anfang des 12. Jahrhunderts von Hirsau und St. Blasien direkt oder indirekt begründet und reformiert worden sind. Sie werden auch römische Klöster oder abbatiae liberae genannt. *G. Schreiber* hat für sie den Namen »päpstliches Eigenkloster« geprägt. Der neue Typus war die ausgesprochene Ablehnung des weltlichen Eigenkirchenrechts und gründete sich auf die Erlangung des päpstlichen Schutzes.

Das römische Privileg sollte jedoch mehr sein, als eine blosse Sicherstellung gegen das weltliche Eigenkirchenrecht, es war vielmehr Verfassungsurkunde des Klosters, worin z. B. die Regelung der Vogteiverhältnisse behandelt wurde. Als grundlegend für die späteren Urkunden sieht Hirsch ein Privileg Gregors VII. an das Kloster Schaffhausen an, worin jeder Anspruch einer geistlichen oder weltlichen Person auf Eigenkirchenrecht, Erbrecht, Vogtei und Investitur abgewiesen wird. Der Papst verleiht die Immunität unter direktem Ausschluss der Reichsgewalt.

Diesen Kampfklöstern des Investiturstreits wusste Heinrich V. sich auf geschickte Weise zu nähern, indem er Reichsinteressen mit der Klostervogtei verknüpfte. Jeder Vogt bedurfte zur Ausübung der hohen Gerichtsbarkeit des Kirchenbannes. Schon *Lamprecht* hat in diesen Beziehungen die neue Bedeutung des jüngeren Immunitätsrechts erkannt. Bereits im 12. Jahrhundert konnten die Reformklöster das Ideal der Unabhängigkeit im Sinne des Investiturstreits nicht mehr behaupten. Den Besitz mehrerer Vogteien in einer Familie förderte das Emporkommen des Territorialfürstentums. Welfen, Staufen, Zähringer, Habsburger u. a. machten grade den Hauptpunkt des Reformprogramms der Hirsauer undurchführbar. Die Vogtei, jetzt ein Recht von öffentlicher Geltung, wurde zur Fortsetzung des Eigenkirchenrechts. So trat denn die Bedeutung der Reformklöster infolge dieser Strömungen erheblich zurück.

Die der libertas gefährliche Klippe des Vogteitums suchte der Orden von Citeaux zu umgehen. Seine Fundatoren waren

der ständischen Zugehörigkeit nach nicht so sehr gräfliche Dynasten, als freie Herren und Ministeriale. Dass der Episkopat die Zisterzienser im Gegensatz zu den Hirsauern und Cluniazensern so auffallend begünstigte, hatte seinen Grund sowohl in der Exemtionsfrage, als auch in dem Bestreben, nach dem Vorbild der Kurie zu politischen Zwecken abhängige Klöster zu erlangen. Aus diesem Grunde suchten sie sogar die Verbindung zwischen Kurie und Kloster zu verhindern. Die Vogtfrage wird infolgedessen bei der Ausstellung von Zisterzienserprivilegien stillschweigend übergangen. Die Klöster standen dadurch in keiner Beziehung zu einer weltlichen Macht. Zwar versuchte Friedrich I., der eine Neuorganisation der Reichskirche erstrebte, die Zisterzen in ein Verhältnis zum Reich zu bringen. Jedoch scheiterte bei diesen wie bei den Hirsauern die kaiserliche Vogteipolitik an dem aufstrebenden Territorialfürstentum.

Für den Schutz und für die Ausübung der Gerichtsbarkeit bestellten sich die Zisterzienser das Amt eines patronus oder defensor (Schirmers), für das ein Mitglied der Stifterfamilie zuerst in Betracht kam. Die Schwierigkeiten dieses Instituts lagen darin, dass die defensio im Gegensatz zur advocatio nur Schutz gewährte, aber kein Recht auf Abgaben verlieh. In einem eigenen Kapitel über »Dieb und Frevel« weist Hirsch überzeugend nach, dass der wesentliche Inhalt der Zisterzienserimmunität in der Entvogtung, in der Befreiung von der Landgerichtsbarkeit, lag. Eng verbunden war damit die Freiheit von ordentlichen Steuern. Beim Erwerb neuer Güter mussten die geltenden Rechte der Territorialfürsten beachtet werden. Oft versuchte man einen finanziellen Ausgleich, so dass der Charakter der kaiserlichen Vogtei in allen Teilen erhalten blieb. Trotzdem gelang nur wenigen die volle Entwicklung zur Reichsunmittelbarkeit. Die meisten mussten sich der Reichsverfassung eingliedern. Nur das finanzielle Moment gewährte ihnen noch einen Vorteil vor den Hirsauern.

Die Abstufung des Begriffs Immunität bildet das Schlusskapitel des vorliegenden Werkes. Hier hat sich Hirsch mit den abweichenden Ansichten von *Seeliger* und *Rietschel* zu befassen und kommt zu dem Schluss, dass eine Verbindung der beiden Behauptungen das Richtige treffen dürfte. Das kirchliche Recht schliesst sich eng an weltliche Einrichtungen an. Die von *Sohm* behandelten Begriffe Königshaus und Königsgut mit ihrem verschiedenen Rechtsinhalt sind auch bei den Abstufungen der Klosterimmunität zur Geltung gebracht worden. Ein umfriedeter

Ort hatte nach germanischem Rechtsbegriff höheren Frieden. Hüter dieses Friedens wurde der Eigentümer. Mehrfach ist es Klöstern gelungen, die Vorrechte des umgrenzten Klosterbezirks auf weiteres Gebiet auszudehnen, so dass von einem klösterlichen Bannmeilenbezirk gesprochen werden darf. Die Beziehungen zum Asylrecht, das durch die Immunität verstärkt wurde, streift der Verfasser kurz. Die Ergebnisse dieses letzten Kapitels baut Hirsch auf bemerkenswerten und scharfsinnigen Untersuchungen über Mauer und Etter als Grenzen der Immunität auf. —

Ein ausführliches Personen-, Orts- und Sachregister sollte einem solchen Werke nicht fehlen!

Neuss. *P. Louis.*

8. *Karl Heinrich Schäfer, Deutsche Ritter und Edelknechte in Italien.* Drittes Buch: Im Kaiserlichen und Gibellinischen Dienste zu Pisa und Lucca. Darstellung und Urkunden. [Quellen und Forschungen aus dem Gebiete der Geschichte, herausgeg. von der Görres-Gesellschaft XVI.] Lex. 8° (X u. 462). Paderborn, Schöningh. M 18,—.

Nachdem bereits die Geschichtsschreiber der deutschen Nationalinstitute Anima[1]) und Campo Santo[2]) in Rom auf die grosse Bedeutung des Deutschtums in der ewigen Stadt hingewiesen hatten, hat in jüngster Zeit ein Mitglied des Historischen Instituts der Görres-Gesellschaft in Rom, *Karl Heinrich Schäfer,* diese Studien planmässig in Angriff genommen und auf ganz Italien ausgedehnt. In einer grösseren Anzahl von Spezialuntersuchungen behandelt der junge deutsche Gelehrte die in Rom weilenden Landsleute besonders aus dem geistlichen und dem Handwerkerstande;[3]) in einer anderen Serie von umfangreichen Publikationen wandte er sich unter Aufschliessung eines bisher

---

1) Liber confraternitatis B. Marie de Anima Teutonicorum de Urbe, ed. *Carolus Jaenig.* Romae 1875. *Franz Nagl* und *Aloys Lang,* Mitteilungen aus dem Archive des deutschen Nationalhospizes S. Maria dell Anima. [12. Supplementheft der Römischen Quartalschrift] 1899. *Joseph Schmidlin,* Geschichte der deutschen Nationalkirche in Rom S. Maria dell' Anima. 1906. *Joseph Loninger,* S. Maria dell' Anima, die Deutsche Nationalkirche in Rom. 1909.

2) *Anton de Waal,* Der Campo Santo der Deutschen in Rom. 1896.

3) Deutsche Notare in Rom am Ausgang des Mittelalters, in: Historisches Jahrbuch der Görresgesellschaft 1912, 721 ff. Die deutschen Mitglieder der Heiliggeist-Bruderschaft zu Rom am Ausgang des Mittelalters, 1913. Johannes Sander von Northusen, Notar der Rota und Rektor der Anima. Ein deutsch-römisches Lebensbild am Ausgang des Mittelalters. Rom 1913. Das römische Deutschtum im 14. Jahrhundert, in: Kirchengeschichtliche Festgabe für Anton de Waal. [20. Supplementheft der Römischen Quartalschrift] 1913, 234 ff.

fast ganz unbekannten Gebietes den deutschen Rittern und Edelknechten während des 14. Jahrhunderts in Italien zu. Zu den letzten gehört auch das vorliegende Werk, das in seiner Reihe bereits die dritte Stelle einnimmt und daher den Untertitel führt: Drittes Buch. Im Kaiserlichen und Gibellinischen Dienste. Die beiden voraufgehenden Bücher betreffen die deutschen Ritter und Edelknechte in Italien während des XIV. Jahrhunderts im päpstlichen Dienste (I. Buch) und Soldlisten und Urkunden der im päpstlichen Dienste stehenden deutschen Ritter (II. Buch).

Es ist von selbst einleuchtend, dass es sich bei der auf sorgfältiger und planmässiger Erforschung der italienischen Archive beruhenden Quellenpublikation um ein vaterländisches Unternehmen ersten Ranges handelt. Der Verfasser weist in dem Vorworte auf die hohe Bedeutung »für die politische nnd Kulturgeschichte des Vaterlandes und Italiens, für die Familienforschung und Genealogie unseres Adels, für die Feststellung und Erkenntnis des deutschen Blutes im italienischen Rinascimento« hin. (S. VIII.) In der Tat wirkt es fast wie eine ungeahnte historische Offenbarung, wenn uns plötzlich aus den Einnahme- und Ausgabebänden der Pisaner Stadtverwaltung mehr als fünftausend Namen deutscher Bannerherren und Reiter entgegentreten.

Ich glaube, dass diese interessanten und überraschenden Ergebnisse über die deutschen Ritter und Edelknechte in Italien auch für die Geschichte der deutschen Kurialen in Rom, die die Kirchen- und kirchliche Rechtsgeschichte unmittelbar berührt, einen beachtenswerten Gewinn bedeuten. Denn sie zeigen die nahe Verbindung der deutschen Adelsfamilien mit Rom während des 14. Jahrhunderts, und man darf wohl annehmen, dass manche der damals im Südlande weilenden deutschen Ritter im folgenden Jahrhundert neben den deutschen Studenten in Bologna und anderen italienischen Universitätsstädten den zahlreichen Klerikern unserer Heimat den Weg nach Rom gebahnt haben.

Wie ich in meinen Untersuchungen über die Römischen Rotaprozesse aus den sächsischen Bistümern[1]) gezeigt habe, war das starke Hinüberfluten der deutschen Kleriker nach der Stadt Rom eine nicht nach jeder Richtung hin erfreuliche Erscheinung. Denn die stärksten Pfründenjäger zogen mit Vorliebe aus Deutschland über die Alpen. Dagegen kann man, soweit ich sehe, die

---

1) Die römische Rota und das Bistum Hildesheim am Ausgange des Mittelalters (1464—1513) S. 59 ff. Römische Rotaprozesse aus den sächsischen Bistümern von 1464—1513, in diesem Archiv oben S. 33 ff.

vorübergehende oder dauernde Niederlassung der deutschen Ritter in Italien mit ungemischter Freude betrachten. Vor allem erhielten dadurch unsere adligen Landsleute eine angemessene Beschäftigung und eine hinreichende wirtschaftliche Versorgung. Der Herausgeber stellt daher mit Recht die Worte, die ein italienischer Novellist des Trecento dem deutschen Kaiser als Ansprache an seine Ritter in Welschland in den Mund legt: »Das deutsche Blut war das edelste und tüchtigste auf der Welt. Gedenket unserer Vorfahren, die immer Meister im Waffenhandwerk gewesen sind, mit dem eifrigen Wunsche, ihrem Vaterlande Ruhm zu gewinnen« an die Spitze seines Buches.

Soviel als erste Anzeige der Schäfer'schen Publikationen. Bei ihrem weiteren Fortschreiten werde ich darauf zurückkommen.

Bonn. *N. Hilling.*

9. *Friedrich Mönckmeier, Die Rhein- und Moselzeitung.* Ein Beitrag zur Entstehungsgeschichte der katholischen Presse und des politischen Katholizismus in den Rheinlanden. [Studien zur Rheinischen Geschichte, herausgeg. von Albert Ahn, 4]. 8° (VIII u. 153). Bonn, Marcus & Weber, 1912. M 4,—.

Die vorliegende Abhandlung ist nach den Worten des Verfassers neben der Darstellung des Entwicklungsganges der Rhein- und Moselzeitung ein erster Versuch, die Anfänge des politischen Katholizismus im Rheinland auf dem Gebiete der Presse aufzudecken. Dass dadurch die Untersuchung »keinen Anspruch auf Vollständigkeit« machen kann, ist leicht ersichtlich. Und doch ist gerade für unsere Zeit jetzt in der Arbeit soviel des Interessanten, dass es sich verlohnt, die Schrift etwas näher zu betrachten. M. hat sein Thema mit grosser Fachkenntnis und anerkennenswerter Gründlichkeit bearbeitet, und so bietet sich nicht nur dem Politiker und Historiker, sondern jedem Gebildeten ein farbensattes Bild aus jener Epoche der deutschen Geschichte, über die man so leicht hinweggeht, die aber für den Werdegang unserer Zeit und ihrer Erscheinungen gar vielfach den Ursprung bildet. Hier können leider nur einzelne, kurze Partien aus dem Werk skizzenhaft wiedergegeben werden.

Aus der Zeit des Rationalismus erwuchs offenbar durch die ernsten Eindrücke des Völkerkrieges ein Geschlecht, das stark auf Wiedererneuerung des kirchlichen Lebens hindrängte. Schon 1824 spricht der Buchhändler Perthes von einer krampfhaften

Aufregung innerhalb der katholischen Kirche und wenige Jahre später von der festen Geschlossenheit innerhalb der Protestanten. Für die Katholiken Norddeutschlands bilden Köln und Koblenz die Zentralen kirchlichen Lebens. Zuerst aber griff Koblenz in die Entwicklung ein. Eine kleine Dienstag-Abend-Gesellschaft vereinigte hier Männer wie den Stadtrat Dietz, Dr. Settegast, Clemens Brentano, Liel, Stramberg, Bachoven, Möhler u. a. Willkommen waren alle Leute, mit denen »man ein vernünftig katholisch legitimes Wort reden« konnte. Dietz drängte auf Regeneration des Klerus und Erweckung des religiösen Sinnes. Zu diesem Zwecke wünschte er die Gründung einer katholischen Monatsschrift. Er stand in engen Beziehungen zu Görres und ist wohl als das Haupt der sogenannten frommen, katholischen Partei anzusehen. Die Entwicklung kam dem Streben dieses Kreises entgegen. Schon 1825 schreibt Brentano: »Die Kapläne sind alle sehr orthodox und unermüdet fleissig.« Allerdings gelang die Gründung einer katholischen Zeitschrift noch lange nicht. Die Zensur, der Zeitungsstempel und der Zwang, die behördliche Erlaubnis zur Gründung einer Zeitung einzuholen, lagen noch als schwerer Druck auf der Tagespresse.

Ein Versuch, 1837 in Aachen eine katholische Zeitung zu gründen, misslang; ebenso einer in Köln 1847. Erst nach einem ebenfalls misslungenen Versuch einer Neugründung gelang es 1844 in Koblenz, die Rhein- und Moselzeitung in ein katholisches Blatt umzuformen. Diese hatte seit 1831 »liberale« und später »konservative« Tendenzen vertreten. Natürlich blieb sie auch nach der Umwandlung in eine ausgesprochen katholische Zeitung nicht frei von den Einflüssen des jeweiligen Zeitgeistes.

In der äussern Politik schwärmt die Zeitung für Belgien und zeigt eine starke Abneigung gegen Holland. Über England gibt sie das Urteil ab, »dass keine Nation uns mehr zuwider sein würde, als die englische, wüssten wir nicht, dass sie als Gesamtheit nach göttlicher Bestimmung den Auftrag hätte, die Welt zu zivilisieren und der ewige Bundesgenosse Deutschlands zu sein. Deutschlands Interesse sei immer, in bezug auf Frankreich und Russland zu wünschen, dass beide unter der Macht Englands bleiben, sonst sei es gefährdet.« Ein Aufsatz, den die Zeitung über die »russische Knutologie« brachte, erregte starkes Missfallen in Berlin. Bei den Schweizer Wirren beschuldigte die Zeitung England, dass es in »sauberer Interessenpolitik« »mit wirklicher Schamlosigkeit« die Anarchie befördere. Für die Wieder-

herstellung Polens brachte das Blatt flammende Artikel, während es den Italienern Oberitalien abspricht und für das Deutsche Reich in Anspruch nimmt.

Der oben geschilderte Koblenzer Kreis, der im Laufe der Zeit immer mehr an Einfluss gewonnen hatte, brachte in seiner Zeitung auch der Regierung gegenüber seine Ansichten immer offener zum Ausdruck. Noch tobte ja in Deutschland der Kampf um die Wiederherstellung des Kaiserreiches. Die katholische Partei und mit ihr die Rhein- und Moselzeitung stand offen auf der Seite Habsburgs. Die Wahl Johanns zum Reichsverweser wurde überschwänglich gefeiert; denn in ihm sah man den künftigen Deutschen Kaiser. Aber die Ohnmacht der Frankfurter Versammlung bewirkte bald eine Änderung der Anschauungen. Zwar gewann man es in den Rheinlanden noch nicht über sich, sich für das protestantische Preussen, sein Beamtentum und seinen Adel zu erwärmen, auch die Politik Friedrich Wilhelms IV. missfiel gar manchem, aber die Politik des hohen katholischen Klerus und der Abgeordneten lenkte immer mehr in das preussische Fahrwasser, wenn auch Volk und Presse eine Zeit lang grollend beiseite stand. Die Historisch-politischen Blätter lehnten in dieser Zeit die Identifizierung der Rhein-Mosel-Zeitung mit der katholischen Partei rundweg ab. Aber ein Punkt einigte stets die katholische Presse, der Kampf für die Erhaltung des rheinischen Rechtes, für die Öffentlichkeit und Mündlichkeit des gerichtlichen Verfahrens, für die Erhaltung des Institutes der Geschworenen.

Natürlich erwarb die Rhein-Moselzeitung nie die Zufriedenheit der preussischen Regierung. Man stand sich stets mit Misstrauen gegenüber. Das Verhältnis änderte sich 1848. Der Zusammenschluss einer mächtigen katholischen Partei begann, ihn hatte ja die katholische Presse in jahrelangen Kämpfen vorbereitet. Ein Hauptträger dieses Kampfes war aber die Rhein-Moselzeitung.

Das einige Streiflichter aus dem vorliegenden Werke. Es wäre zu wünschen, dass ähnlich gründliche Arbeiten auch über die andern katholischen Blätter entstünden; sie bilden einen wesentlichen Beitrag zur Geschichte des deutschen Volkes.

Wertheim. *Fl. H. Haug.*

10. *Alfons Probst, Die staatskirchenrechtliche Stellung der katholischen Kirche im Herzogtum Sachsen-Meiningen.* [Veröffentlichungen der Görres-Gesellschaft, Sektion für Rechts- und Sozialwissenschaft, herausgegeben von *Konrad Beyerle, Emil Göller und Godehard J. Ebers.* 21.] gr. 8⁰. (VIII u. 170.) Paderborn, Schöningh, 1914. M 5,—.

Freisen hat vor Jahren (in *Stutz'* Kirchenrechtlichen Abhandlungen) die staatskirchenrechtliche Stellung der Katholiken in den dem Paderborner Bischof unterstehenden deutschen Bundesstaaten Lippe, Waldeck, Sachsen-Gotha, Schwarzburg-Sondershausen und -Rudolstadt, und (in der *Burckhardt*-Festschrift) in dem zum Bistum Fulda gehörigen Sachsen-Weimar behandelt. Im Anschluss daran erörtert *Probst* in vorliegender Untersuchung die staatskirchenrechtliche Stellung der katholischen Kirche in Sachsen-Meiningen.

Ausser einem ehemals zum politischen Gebiet des Fürstbistums Würzburg gehörigen katholischen Dorf Wolfmannshausen, das 1808 durch Staatsvertrag an Sachsen-Meiningen abgetreten wurde, besitzt das Herzogtum nur Missionsgemeinden, die erst im Laufe des 19. Jahrhunderts entstanden sind. Nach der Volkszählung von 1910 zählte Sachsen-Meiningen unter 278,792 Einwohnern nur 5233 Katholiken (S. 7); dazu kommen etwa 500 katholische Soldaten (S. 100).

Kirchlich wird Sachsen-Meiningen vom Bischof von Würzburg pastoriert. Bei der Zirkumskription des Bistums infolge des bayerischen Konkordats von 1817 ist zwar nur die genannte Pfarrei Wolfmannshausen, die damals einzige des Herzogtums, dem Würzburger Sprengel zugeteilt, und zwar ohne vorherige Übereinkunft mit der herzoglichen Regierung, die ihrerseits zwecks Eingliederung der Katholiken des Landes in einen Diözesanverband an den seit 1818 stattfindenden Frankfurter Konferenzen teilnahm. Da diese Konferenzen bezüglich der Diasporastaaten ohne Erfolg verliefen, verblieb es bei der Verbindung Wolfmannshausens mit Würzburg; eine Eingliederung der sonst im Lande wohnenden Katholiken in das Bistum Würzburg ist aber von der herzoglichen Regierung niemals gefordert oder bewilligt worden. Die Regierung erwog noch 1830—1833 deren Zuteilung an Fulda und hat auch später noch mehrfach betont (z. B. bei den Verhandlungen über die Errichtung der Pfarrei Pössneck im Jahre 1880, S. 60), dass das Land nicht dem Bistum Würzburg unterstellt sei. Sie beansprucht für sich das Jus episcopale auch über

die Katholiken und überträgt bis heute die Pastoration der Katholiken in den neuentstehenden Pfarreien jedesmal nur durch Spezialvertrag mit dem Würzburger Ordinariat dem Bischof von Würzburg (die Verträge sind bei Probst im Anhang abgedruckt). Kirchlicherseits freilich wird das ganze Herzogtum als zum Bistum Würzburg gehörig betrachtet, und darum gilt es auch nicht als Missionsland; vgl. Acta Apostolicae Sedis, V (1913), S. 94: ». . . . Fuldensis episcopus suam jurisdictionem exerceat in universo magno ducatu Saxo-Wimariensi, episcopus vero Herbipolensis in toto ducatu Saxo-Meiningensi« (S. 7.).

Auf Grund der Quellen, vorwiegend aus dem Archiv des bischöflichen Ordinariats in Würzburg, schildert Verfasser zunächst (S. 13—83) die geschichtliche Entwicklung der katholischen Seelsorgestellen, dann (S. 84—143) übersichtlich nach systematischen Gesichtspunkten das geltende Recht. In Sachsen-Meiningen herrscht, wie in den meisten Kleinstaaten, noch ein starkes Staatskirchentum, doch lässt sich durchweg ein wohlwollendes Verhalten der Regierung gegenüber den Katholiken beobachten; nur während des preussischen Kulturkampfs war man mitunter etwas engherzig. Bei der Anstellung der Geistlichen wirkt neben dem Herzog und dem Bischof auch die bayerische Regierung mit, wegen des landesherrlichen Tischtitels der Würzburger Geistlichen, die ihr bayerisches Indigenat in Sachsen-Meiningen behalten (S. 17 f.). Mangels praktischer Fälle ist die Zulassung von religiösen Orden gesetzlich nicht geregelt und darum im Prinzip unbeschränkt (S. 135 f.; neuerdings ist eine Niederlassung von Barmherzigen Schwestern in Liebenstein entstanden S. 170). Singulär ist in Sachsen-Meiningen die vollständig durchgeführte Trennung von Kirche und Schule, so dass selbst die Leitung des evangelischen und katholischen Religionsunterrichts in den öffentlichen Schulen nicht mehr der Kirche zusteht. (S. 136).

Probsts Darstellung ist praktisch brauchbar und als Material zur Sammlung des Diasporakirchenrechts auch wissenschaftlich gut zu verwerten. Schwach ist sie in den historischen Partien, namentlich in den vom Verfasser beliebten Rückblicken in die Zeit vor dem 19. Jahrhundert, wo teilweise arge Schnitzer begegnen; so, wenn die Merowinger schlechthin als Könige von *Frankreich* bezeichnet werden (S. 2), oder wenn von dem *Professor* des Klosters Bildhausen die Rede ist (S. 14); ungenau ist es auch, von *der* Pfarrstelle in Erfurt zu sprechen (S. 67), denn Erfurt hat acht katholische Pfarreien.

Diese kleinen Ausstellungen sind selbstverständlich für die Bewertung des Buchs ohne Belang, da es keinen anderen als praktischen Zweck verfolgt; derlei Unebenheiten sollten aber in einer Veröffentlichung der Görres-Gesellschaft nicht zu finden sein.

Bonn. *Hermann Nottarp.*

11. *Anton de Waal, Der neue Papst, unser Hl. Vater Benedikt XV.* gr. 8° (VII u. 174). Mit Abbildungen. Hamm i. W., Breer & Thiemann, 1915. M 3,—.
12. *Ansgar Pöllmann O. S. B., Benedikt XV. aus der Familie der della Chiesa.* Mit Bilderschmuck von *Otto Obermeier.* 8° (VII u. 323). Diessen vor München, Jos. C. Huber, 1915. Geb. M 3,20.

Die Erhebung des Kardinals Giacomo della Chiesa auf den Stuhl des hl. Petrus hat naturgemäss das Interesse für seine Herkunft, seine persönlichen Eigenschaften und sein Vorleben in den weitesten Kreisen der Gebildeten und des katholischen Volkes wachgerufen. Die ausserhalb der Kirche Stehenden werden bemüht sein, aus den Charaktereigenschaften des neuen Papstes und den Einflüssen seiner Umgebung Schlüsse für sein zukünftiges Handeln zu ziehen, während die gläubigen Katholiken zugleich den unsichtbaren Faktor der göttlichen Leitung der Kirche mit in Anschlag bringen.

1. Die erstgenannte Biographie hat den bekannten römischen Prälaten *Anton de Waal*, Rektor des deutschen Campo Santo, zum Verfasser, der uns bereits die Lebensbeschreibungen der drei voraufgehenden Päpste geschenkt hat. Als achtundsiebzigjähriger Greis hat er noch einmal mit warmer Begeisterung, aber auch mit historischem Forschungstrieb die Feder geführt, um uns ein ausführliches und wahrheitsgetreues Bild des Hl. Vaters Benedikt XV. zu zeichnen. »An sorgfältigen Nachforschungen«, so bemerkt er im Vorwort, »habe ich es nicht fehlen lassen; in Genua und Pegli, von wo mir der Herr Rektor unserer deutschen Kolonie, Dr. David Lupi, das Material besorgte, in Bologna, wo ich acht Tage weilte und bei unserm deutschen Landsmanne, dem hochwürdigen Prior der lateranensischen Chorherrn Kan. Widlöcher, sowie bei dem Msgr. Piatelli im Priesterhospiz die liebenswürdigste Unterstützung fand, in den beiden Kollegien in Rom, in denen der Hl. Vater seine Studien machte, in den Kirchen und Klöstern, wo er seelsorglich tätig gewesen ist. Wiederholt durfte ich den Bruder des Hl. Vaters, den Marchese Giovanni Antonio

della Chiesa besuchen. Seine Heiligkeit selber haben meine Fragen in Privataudienzen zu beantworten die Gnade gehabt.«

Mit Hilfe dieser persönlichen Erkundigungen und authentischen Materialien hat der Verfasser besonders die Wirksamkeit Benedikts XV. als Erzbischofs von Bologna gut beleuchtet, während über seinen langjährigen Aufenthalt in Rom nur einige Züge religiöser Frömmigkeit und seelsorglichen Eifers mitgeteilt werden. Eine glückliche Ergänzung zu dieser Papstbiographie bildet daher der Aufsatz von *Fr. Ehrle S. J.*, Von Pius X. zu Benedikt XV., in: Stimmen der Zeit XLV, 1 S. 201 ff., der auf die diplomatische und kuriale Laufbahn des gegenwärtigen Papstes näher eingeht.

2. Ist das Buch de Waals in schöner, bisweilen schwungvoller Sprache geschrieben, so verrät die Biographie von *Ansgar Pöllmann* allenthalben, dass sie von einem Dichter stammt und formell wie materiell ein dichterisches Erzeugnis ist. Wenn der Verfasser im Vorwort behauptet: »Trotz der mir mangelhaft zuströmenden Quellen und trotz der Unmöglichkeit, an Ort und Stelle rasche Erkundigungen einzuholen, wird man doch keine wesentliche Farbe in meinem Bilde vermissen«, so wird doch der Historiker die subjektiven Beweisführungen nicht als einen genügenden Ersatz für die fehlenden objektiven Quellen betrachten können. Infolge des Quellenmangels sah sich P. offenbar genötigt, auch die Zeitungsanekdoten und Konklavelegenden stark auszubeuten, was de Waal absichtlich vermieden hat. Entschieden zu breit sind auch die genealogischen Betrachtungen über die Familie della Chiesa, denen der Verfasser nahezu 100 Seiten d. i. fast ein Drittel des ganzen Buches gewidmet hat. Wie es mit der geschichtlichen Treue dieser Ausführungen bestellt ist, ersieht man daraus, dass alle Träger des Namens della Chiesa, die in der Geschichte oder Legende bekannt sind, von P. berührt werden.

Die Grenzen der dichterischen Freiheit hat P. weit überschritten, wenn er am Schlusse ausführt: »Wenn heute Papst Benedikt XV. — erhalte ihn Gott! — die Augen schlösse, nach knapp viermonatlicher Regierung, er müsste — ich kann es ohne Gefahr des Byzantinismus oder der Übertreibung behaupten — den grössten Päpsten der Kirchengeschichte beigezählt werden, noch nicht den grössten des Erfolges, aber denen des Wissens und Wollens. Oder doch schon des Erfolges?« Ich kann mir keine Behauptung denken, die dem Charakter und der Persönlichkeit

des neuen Papstes mehr widerstreitet als diese. Nicht durch geistreiches und blendendes Auftreten und aussergewöhnliche Leistungen hat sich Benedikt XV. in seinem Vorleben rasche Lorbeeren erobert, sondern seine schlichte Pflichterfüllung, die Gewissenhaftigkeit und Pünktlichkeit im kleinen und vor allem seine ruhige Beharrlichkeit haben ihm die Anerkennung seiner Vorgesetzten, die Wertschätzung seiner Untergebenen und zuletzt das Vertrauen seiner Wähler erworben. Auch als Papst wird er zweifellos das bisherige Lebensprogramm fortsetzen und durch gänzliche Hingabe an sein höchstes Amt, durch unermüdliche Kleinarbeit und zähe Geduld das Erbe bearbeiten, das ihm seine beiden grossen Vorgänger hinterlassen haben. Je ruhiger und stetiger die Arbeit, um so nachhaltiger werden gewiss auch die Erfolge sein!

Bonn. *N. Hilling.*

Literaturverzeichnis. [1 u. 2]

I. Lehrbücher.

Galante, A., Manuale di diritto ecclesiastico. Milano, Società editrice libraria, 1914.

Giudice, Vincenzo del, Manuale di diritto ecclesiastico. I. (XL u. 614.) Roma, Athenaeum. L 10,—.

II. Rechtsphilosophie und Soziologie.

Binder, Julius, Rechtsbegriff und Rechtsidee. Bemerkungen zur Rechtsphilosophie Rudolf Stammlers. (XVI u. 316.) Leipzig, Deichert. M 9,—.

Wicke, Joseph, Kants Rechts- und Staatsphilosophie. Breslauer jurist. Diss. (55.) Breslau, Fleischmann, 1913.

Barillari, Michele, La dottrina del diritto di Goffredo Guglielmo Leibniz. (187.) Napoli, Federico Sangiovanni, 1913. L 5,—.

Mackenstein, Theodor, Das Zwangsmoment im Recht. Ein Beitrag zur Lehre von den Rechtsquellen. Würzburger rechts- und staatswiss. Diss. (69.) Bonn, Hauptmann, 1913.

Hessen, Sergius, Die Philosophie der Strafe, in: Logos, Internationale Zeitschrift für Philosophie der Kultur V, 173 ff.

Kleinfeller, Georg, Gerechtigkeit und Rechtsgang. Rede beim Antritt des Rektorats. (19.) Kiel, Lipsius & Fischer, 1913.

Ehrlich, Eugen, Grundlegung der Soziologie des Rechts. (VIII u. 409.) München, Duncker & Humblot, 1913. M 10,—.

---

1) Mit Unterstützung von *Friedrich Heyer* in Bonn vom Herausgeber zusammengestellt.

2) Wo Format und Erscheinungsjahr nicht angegeben sind, ist 8⁰ und 1915 zu ergänzen.

Lehmkuhl, Aug., S. J., Der Streik nach seiner moralischen Seite, in: Theol.-prakt. Quartalschrift LXVIII, 15 ff.

Lammasch, Heinrich, Christentum u. Völkerrecht, in: Hochland XII, 1 S., 257 ff.

Nazionalismo e amor di Patria secondo la dottrina cattolica, in: La Civiltà Cattolica LXVI, 1 S. 129 ff.

von Gierke, Otto, Das Recht und der Krieg, in: Beiträge zur Erläuterung des Deutschen Rechts LIX, 3 ff.

Cohn, Jonas, Widersinn und Bedeutung des Krieges, in: Logos, Internationale Zeitschrift für Philosophie der Kultur V (1914) 125 ff.

Grünberg, Paul, Der Krieg und der Glaube. (19.) Strassburg, Trübner. M 0,50.

Ritschl, Otto, Die christliche Religion und der Krieg, in: Internationale Monatsschrift für Wissenschaft, Kunst und Technik IX, 578 ff.

Deissmann, A., Der Krieg und die Religion. Mit Beilagen ausgewählter Kriegsdokumente. (43.) Berlin, Heyman, 1914. M 0,50.

Schrörs, Heinrich, Der Krieg und der Katholizismus. (41.) Kempten u. München, Kösel. M 0,60.

Eißfeld, Otto, Krieg u. Bibel. [Religionsgeschichtliche Volksbücher V, 15/16.] (VIII u. 84.) Tübingen, Mohr. M 1,—.

Ruland, Ludwig, Krieg und Moral. Vortrag. (23.) Paderborn, Schöningh. M 0,50.

Messer, Aug., Die sittliche Berechtigung und Bedeutung des Krieges, in: Hochland XII, 1 S. 641 ff.

Oldrà, A., La guerra nella morale cristiana. (48.) Torino, Marietti. L 0,80.

III. Quellen- und Literaturkunde.

Wiederhold, Wilhelm, Papsturkunden in Frankreich. VII. Gascogne, Guienne und Languedoc, in: Nachrichten von der königlichen Gesellschaft der Wissenschaften zu Göttingen, Phil.-hist. Kl. 1913, Beiheft (202).

Kehr, P., Nachträge zu den Papsturkunden Italiens VIII, ebenda 1914, S. 52 ff.

Koch, Hugo, Zur Kritik päpstlicher Urkunden, in: Zeitschrift für Kirchengeschichte XXXV, 584 ff.

Dieterle, Karl, Die Stellung Neapels und der großen italienischen Kommunen zum Konstanzer Konzil, in: Römische Quartalschrift XXIX, 3* ff. (Fortsetzung folgt.)

Savagnone, Guglielmo F., Il preteso Concordato Fiorentino del 1516, in: Archivio storico italiano LXXVII, Vol. II, 3 ff.

Ehses, Stephan, Der Schlussakt des Konzils von Trient, in: Dritte Vereinsschrift der Görres-Gesellschaft 1914 S. 43 ff. (Handelt über die päpstliche Bestätigung der Konzilsbeschlüsse).

Höhler, Matthias, Des kurtrier. Geistl. Rates Heinrich Aloys Arnoldi Tagbuch über die zu Ems gehaltene Zusammen-

kunft der vier Erzbischöflichen Herrn Deputierten die Beschwerde der deutschen Natzion gegen den Römischen Stuhl und sonstige Geistliche Gerechtsame betr. (VII u. 354.) Mit Abbildungen. Mainz, Kirchheim & Co. M 8,—.

Synode diocésain de Soissons tenu les 30 et 31 juillet et 1er août 1913 par S. G. Mgr. Pierre Louis Péchenard, évêque de Soissons, Laon et Saint-Quentin. (157.) Soissons, Impr. de »l'Argus soissonnais«, 1913.

Little, A. G., Definitiones Capitulorum Generalium Ordinis Fratrum Minorum 1260—1282, in: Archivum Franciscanum Historicum VII, 676 ff.

Bihl, Michael, O. F. M., Statuta provincialia provinciae Coloniae O. F. M. Observ. annorum 1474 et 1524, ebenda 710 ff.

Acta Capitulorum generalium ordinis Fratrum B. V. Mariae de monte Carmelo. Vol. I ab anno 1318 usque ad annum 1593 ed. Fr. Gabriel Wessels. (654.) Romae, apud Curiam Generalitiam, 1914. L 10,—.

Bünger, Fritz, Aktenfragmente eines Provinzialkapitels der Dominikanerprovinz Saxonia (zwischen 1418—1430), in: Zeitschrift für Kirchengeschichte XXXV, 502 ff.

Müller, Georg, Visitationsakten als Geschichtsquellen, in: Deutsche Geschichtsblätter XVI, 1 ff.

Commer, Ernst, Pius X., in: Divus Thomas I, 394 ff.

Westerwoudt, L., Pius X. en de hervorming van het kerkelijk Recht, in: Katholiek 1914, 279 ff.

Kok, F. D. de, Pius X. en de Religieuze Orden, ebenda 314 ff.

Wijtenburg, M. W., Pius X. en de Liturgie, ebenda 336 ff.

Beukers, Th. M., Pius X. en de Kerkzang, ebenda 348 ff.

Ehrle, Fr., S. J., Von Pius X. zu Benedikt XV., in: Stimmen der Zeit XLV, 1 S. 201 ff.

Merkle, Sebastian, Benedikt XIV. — Benedikt XV., in: Hochland XII, 1, S. 340 ff.

Waal, A. de, Der neue Papst, unser Hl. Vater Benedikt XV. (VII u. 174.) Mit Abbildungen. Hamm i. Westf., Breer u. Thiemann. M 3,—.

Pöllmann, Ansgar, O. S. B., Benedikt XV. aus der Familie der della Chiesa. Mit Buchschmuck von Otto Obermeier. (VII u. 323.) Diessen vor München, Huber. Geb. M 3,20.

IV. Verfassungsrecht.

Hansjakob, Heinrich, Die Toleranz und die Intoleranz der katholischen Kirche. 3. u. 4. Aufl. (VII u. 97). Freiburg i. B., Herder. M 1,60.

Moog, E., Antoine Arnaulds Stellung zu den kirchlichen Verfassungsfragen im Kampf mit den Jesuiten, in: Internationale kirchliche Zeitschrift N. F. IV, 451 ff.

Lulvès, Jean, Die Machtbestrebungen des Kardinalkollegiums gegenüber dem Papsttum, in: Mitteilungen des Instituts für österreichische Geschichtsforschung XXXV, 455 ff.

Sachsse, Carl, Tiara und Mitra der Päpste, in: Zeitschrift für Kirchengeschichte XXXV, 481 ff.
Aufhauser, Stellung und Wirkungsbereich der Feldgeistlichen, in: Allgemeine Rundschau XII, 196 ff.
Terhünte, H. J., S. J. C., Die Lage des Katholizismus im nichtamtlichen Frankreich, in: Allgemeine Rundschau XII, 37.
Kahlen, Der Klerus der Erzdiözese Köln nach seiner Herkunft, in: Kölner Pastoralblatt IL, 1 ff.
Almanach des katholischen Klerus Österreichs und Ungarns 1914/15 inkl. Bosnien, Herzegowina, Kroatien und Slawonien unter separater Aufführung der Militärgeistlichkeit. Wien, Bräuer, 1914. Geb. M 14,—.
Liese, Wilhelm, Die kirchliche Statistik, in: Theologie und Glaube VII, 101 ff.

V. Verwaltungsrecht.

Pezzani, H. M., De coactione in ordinibus sacris suscipiendis. (70). L 3,—.
Schaepman, A. C. M., Facultas ordinandi extra tempora, in: Nederlandsche Katholieke Stemmen 1914, 340 ff.
Schaepman, Priester-soldaat irregulier? ebenda, 344 ff.
Kleemann, Karl, Die rechtliche Tragweite des Dekrets »Maxima cura« vom 20. August 1910. Greifswalder jurist. Diss. (44). Eichstätt, Brönner, 1914.
Rats, J. C., De priester en de sociale actie. Kanonieke gehoorsamheid, in: Nederlandsche Katholieke Stemmen 1914, 130 ff.
Schmitt, Albert, S. J., Probabilismus und supplierte Jurisdiktion, in: Zeitschrift für katholische Theologie XXXIX, 34 ff.
Brandys, Maximilian, O. F. M., Das päpstliche Dekret Cum de Sacramentalibus vom 3. Februar 1913 über die Beichten der Klosterfrauen. Wiesbaden, Hermann Rauch. M 2,25.
Zimmermann, Franz, C. p. Op., Die Abendmesse in Geschichte und Gegenwart. [Studien und Mitteilungen aus dem kirchengeschichtlichen Seminar in Wien 15]. (XX u. 267). Wien, Mayer & Co., 1914. M 4,20.
Selbst, Josef, Die praktische Bedeutung der Brevierreform Pius' X., in: Der Katholik 4. Folge XV, 159 ff.
Berrenrath, Ch., Änderungen in der neuen Ausgabe des Rituale Romanum, in: Kölner Pastoralblatt IL, 8 ff.
Dichiarazione delle Tesi approvate dalla S. Congregazione degli Studi, in: La Civiltà Cattolica LXVI vol. 1 S. 287 ff.
Fistolese, G., Contributo allo studio del Diritto finanziario ecclesiastico. (240). Napoli, Pierro. L 3,50.
Expertus, Das Ökonomiekreuz der Landpfarrer, in: Theol.-prakt. Monatsschrift XXV, 268 ff.
Siegl, Heinr. Flor., Kirchen- und Pfründenwald, in: Theol.-prakt. Quartalschrift LXVIII, 39 ff.
Ketterer, Albert, Fürsorge für die Haushaltungs-Angehörigen der

katholischen Geistlichen, in: Oberrheinisches Pastoralblatt XVII, 10 ff.

VI. Staatskirchenrecht.
(Verfassungs- und Verwaltungsrecht.)

Scharnagl, A., Bayerisches Staatskirchenrecht. [Staatsbürger-Bibliothek 55]. (84). M.-Gladbach, Volksvereins-Verlag. M 0,40.

Conrath, Hanns Rudolf, Die Stellung des Gottesdienstes im Bayerischen Staatskirchenrecht, in: Deutsche Zeitschrift für Kirchenrecht XXIV, 205 ff.

Plitt, Gustav, Erlaß und Aufhebung des bayerischen Gustav-Adolf-Vereinsverbotes. Münchener philos. Diss. (56). Rothenburg o. Tbr., Peter, 1913.

Wispauer, Paul, Patronatrechtliche Streitfragen im bayerischen Staatskirchenrechte. Würzburger rechts- und staatswiss. Diss. (60). Borna-Leipzig, Noske, 1914.

Voosen, Wilhelm, Die öffentlich rechtliche (!) Stellung der kirchlichen und religiösen Vereine in Preußen, mit Ausnahme der Orden und Kongregationen. Erlanger jurist. Diss. (70). Bonn, Foppen, 1914.

Die rechtliche Stellung der Freireligiösen im Großherzogtum Baden. Eine Denkschrift, herausgeg. vom Erzbischöflichen Ordinariat Freiburg i. Br. (112). Freiburg i. Br., Preßverein, 1914.

Harburger, Karl, Das privilegium fori im deutschen Recht (145). Berlin, Siemenroth. M 4,—.

Minnich, Aloys, Das rechtliche Verbot der Veräußerung von Kirchengut. Breslauer jurist. Diss. (X u. 104). Breslau, Bermann, 1913.

Josef, Eugen, Die Einwirkung der sog. Amortisationsgesetze auf das Verfahren des Grundbuchamts sowie auf andere Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit, in: Archiv des öffentlichen Rechts XXXIII, 160 ff.

Maass, Wolfgang, Die Kirchensteuerpflicht des Ehegatten in gemischter Ehe nach preußischem Recht. Leipziger jurist. Diss. (44). Berlin, Blanke, 1914.

Bode, Wolfgang, Die Religionsdelikte im Strafgesetzbuch unter Berücksichtigung des Vorentwurfs und Gegenentwurfs zum Strafgesetzbuch sowie der neueren Strafgesetz-Entwürfe in Österreich und der Schweiz. Würzburger rechts- und staatswissenschaftliche Diss. (II u. 65). Würzburg, Becker, 1914.

Quentel, Max, Religiöses Empfinden und Strafgesetz. Eine Untersuchung über den strafgesetzlichen Religionsschutz. Heidelberger jurist. Diss. (78). Wiesbaden, Petmecky, 1914.

Mayer, Hermann, Die Rechtsverhältnisse der Begräbnisstätten unter besonderer Berücksichtigung des in Baden geltenden Rechts. Heidelberger jurist. Diss. (VIII u. 118). Heidelberg, Hörning, 1913.

VII. Eherecht.

Schulz, Eberhard, Willensmängel bei Verlöbnissen. Breslauer jurist. Diss. (99). Frankfurt a. d. O., Trowitzsch, 1914.

Bertola, A., La prescienza dell' »impedimentum impotentiae« nella dottrina canonistica e nel diritto italiano. [Estratto dal »Foro italiano«], 16° (32). Città di Castello, Lapi, 1914.

Knoblach, Franz, Die juristische Natur der eherechtlichen Dispensatio in radice. Würzburger rechts- und staatswiss. Diss. (72). Würzburg, Staudenraus, 1914.

Haefelin, Paul, Gründe und Folgen der Ehenichtigkeit nach dem schweizerischen Zivilgesetzbuch unter besonderer Berücksichtigung des deutschen Bürgerlichen Gesetzbuches. Leipziger jurist. Diss. (IX u. 123). Borna-Leipzig, Noske, 1913.

Seuffert, L. v., Klagenverbindung und Widerklage im Eheprozesse, in: Zeitschrift für deutschen Zivilprozess XLV, 1 ff.

Thomas, Ernst, Das Erlöschen des Scheidungsrechts durch Zeitablauf. Erlanger jurist. Diss. (X u. 83). Borna-Leipzig, Noske, 1913.

Kayser, Erich, Der relative Scheidungsgrund des § 1568 BGB. Gießener jurist. Diss. (194). Worms, Kranzbühler, 1914.

Kolbe, A., Unglaubliches Prozeßmartyrium in einem Ehescheidungsverfahren! Hilferuf an den Kaiser und die deutsche Öffentlichkeit! (III u. 143). Leipzig (— Go.), O. Hillmann, 1914.

Ehlert, Arthur, Die Rechtsstellung der Kinder aus nichtigen Ehen. Leipziger jurist. Diss. (IX u. 50). Borna-Leipzig, Noske, 1913.

VIII. Ordensrecht.

Stein, P., Tertius ordo franciscalis. Amsterdam, van Langenhuysen, 1914.

Leopoldo da Cortona, Il primo convento francescano. (VII u. 192, mit 20 Tafeln.) Firenze, Tip. s. Giuseppe, 1915.

Zugasti, J. A., S. J., Santa Teresa y la compañia de Jésus. Estudio historico-critico. (352.) Madrid, Razon y Fé, 1914. Pes. 3,—.

Wagenvoort, Het pausdom en de opheffing der Jezuitenorde in de 18de eeuw, in: Nieuwe Gids XXIX, 551 ff.

Pierling, P., 1814—1914. A Propos du Centenaire du Rétablissement des Jésuites [Publication de la Bibliothèque Slave de Bruxelles.] (106.) Paris, Beauchesne, 1914.

Huibers, J. P., Bij het eerste eeuwfeest der societeit van Jezus na haar herstel, in: Katholiek Deel CXLVI, 89 ff.

Kääb, Artur, Über die Rückwirkung einer etwaigen Aufhebung des Jesuitengesetzes auf das Landesrecht. Würzburger rechts- und staatswiss. Diss. (97.) Berlin, Frensdorf, 1913.

IX. Missionsrecht.

Pieper, K., Das Werk der Glaubensverbreitung in der Diözese Paderborn, in: Theologie und Glaube VI, 837 ff.

Jann, Adelhelm, O. Min. Cap., Die katholischen Missionen in Indien, China und Japan. Ihre Organisation und das portugiesische Patronat vom 15. bis ins 18. Jahrhundert. (XXVIII u. 540.) Paderborn, Schöningh. M 10,—.

Schmidlin, J., Krieg und Mission in Deutschland, in: Allgemeine Rundschau XII, 129 ff.

— —, Die Kriegsnot der deutschen Missionen, ebenda 175 ff.

— —, Die nichtdeutschen Missionen unter dem Einfluß des Weltkrieges, ebenda 216 ff.

Richter, Julius, Die Mission in dem gegenwärtigen Weltkriege. (47.) Berlin—Lichterfelde, Runge. M 0,60.

Warnek, Joh., Deutschlands Missionen und der Krieg, in: Beiblatt zur Allgemeinen Missions-Zeitschrift 1915, 1 ff.

X. Evangelisches Kirchenrecht.

eldweg, Die Hoffnung auf ein neues Bekenntnis der Kirche, in: Deutsche Zeitschrift für Kirchenrecht XXIV, 169 ff.

v. Hauff, Wie kann die protestantische Kirche durch den Krieg wieder zur Volkskirche werden? in: Preußische Jahrbücher CLIX, 49 ff.

v. Rebenstock, Constantin, Die Generalsynode der preußischen evangelischen Landeskirche verglichen mit dem preußischen Landtag. Breslauer jurist. Diss. (48.) Borna-Leipzig, Noske, 1913.

Jentzsch, Walther Joachim, Die Synoden der evangelischen Landeskirche Preußens im rechtlichen Vergleich mit den Volksvertretungen und Gemeindevertretungen des modernen Verfassungs- und Verwaltungsrechts. Greifswalder jurist. Diss. (68.) Greifswald, Abel, 1914.

XI. Kirchenpolitik.

Pfannkuche, R., Staat und Kirche in ihrem gegenseitigen Verhältnis seit der Reformation. [Aus Natur und Geisteswelt 485.] (IV u. 118.) Leipzig, Teubner. M 1,—.

Meyer, Konrad, Kirche, Volk und Staat vom Standpunkte der evangelischen Kirche aus betrachtet. (54.) Leipzig, Deichert. M 1,20.

Marini, N., La conclusione del concordato fra la Santa Sede e la Serbia, in: Bessarione 1914, 260 ff.

Die Verfolgung der katholischen Kirche in Mexiko, in: Die katholischen Missionen XLIII, 97 ff.

Ferrero, A., Giordano Bruno e la politica clericale. (19.) Napoli Pelosi, 1914.

Hammann, Hans, Untersteht der Papst der italienischen Zivilgerichtsbarkeit? Erlanger jurist. Diss. (VIII. u. 47.) Borna-Leipzig, Noske, 1913.

Meinertz, Max, Zum Frieden unter den Konfessionen in Deutschland, in: Allgemeine Rundschau XII, 155 ff.

Hoennicke, G., Katholische Kirche und Judentum, in: Preußische Jahrbücher CLIX, 78 ff.

XII. Orientalisches Kirchenrecht.

J—l, Die Kirchenfrage der Ukrainer, in: Historisch-politische Blätter CLV, 346 ff.

Foraneus, Some thoughts on the Ruthenian question in the United States and Canada, in: The Ecclesiastical Review LXII, 42 ff.

Lübeck, K.. Die Patriarchenwahl in der griechisch-melchitischen Kirche, in: Theologie und Glaube VI, 730 ff.

XIII. Verfassungs- und Rechtsgeschichte.

a) Verhältnis von Kirche und Staat.

Proehl, H., Beiträge zur Geschichte der Enstehung des Kirchenstaates. (98.) Diss. Halle 1914.

Herzfeld, Gottfried, Papst Gregors VII. Begriff der bösen Obrigkeit (tyrannus, rex iniustus, iniquus) im Sinne der Anschauungen Augustins und Papst Gregors des Großen. Greifswalder philos. Diss. (88.) Greifswald, Adler, 1914.

Werdermann, Gottfried, Heinrich IV,, seine Anhänger und seine Gegner im Lichte der augustinischen und eschatologischen Geschichtsauffassung des Mittelalters. Greifswalder philos. Diss. (164.) Greifswald, Abel, 1913.

Haller, J., Heinrich VI. und die römische Kirche, in: Mitteilungen des Instituts für österreichische Geschichtsforschung XXXV, 385 ff.

Meyer, Erich, Staatstheorien Papst Innocenz' III. Jenaer philos. Diss. (X u. 29.) Jena, Kämpfe, 1914.

Puhlmann, Wilhelm, Der Staufer König Konrad IV. im Lichte augustinisch-eschatologischer Geschichtsauffassung. Greifswalder philos. Diss. [Auch: Sammlung wissenschaftlicher Arbeiten 25.] (IV u. 80.) Langensalza, Wendt & Klauwell, 1914.

b) Einzelne Kirchen und kirchliche Territorien.

Benzerath, Michael, Die Kirchenpatrone der alten Diözese Lausanne. (XVI u. 222.) Freiburg i. S., 1914.

Ordonnances de Mgr. Guérard. Diocèse de Coutances et Avranches. Suppléments aux statuts diocésains. (101.) Coutance, C. Daireaux, 1913.

Niese, Hans, Das Bistum Catania und die sizilischen Hohenstaufen, in: Nachrichten von der Königlichen Gesellschaft der Wissenschaften in Göttingen, Phil.-hist. Kl. 1913, S. 42 ff.

c) Einzelne hierarchische Beamte und Rechtsinstitute.

Schultze, Alfred, Der Einfluss der Kirche auf die Entwicklung des germanischen Erbrechts, in: Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte XXXV, Germ.-Abt. 75 ff.

Gesler, Walter, Der Bericht des Monachus Hamerslebiensis über die »Kaiserliche Kapelle« S. Simon und Juda in Goslar und die Beförderung ihrer Mitglieder. Bonner philos. Diss. (XV u. 94.) Bonn, Wurm, 1914.

Bauer, Hanns, Die Preces primariae der deutschen Könige im früheren Mittelalter. Heidelberger philos. Diss. (49.) Stuttgart, Union, 1914.

Bruggaier, Ludwig, Die Wahlkapitulationen der Bischöfe und Reichsfürsten von Eichstätt. 1259—1790. (XVI u. 130.) Freiburg i. B., Herder. M 3,—.

Schmidt, Richard, Königsrecht, Kirchenrecht und Stadtrecht beim Aufbau des Inquisitionsprozesses. [Separatabdruck aus der Festgabe der Leipziger Juristenfakultät für Rudolph Sohm.] (73.) München u. Leipzig, Duncker & Humblot. M 2,—.

Ulm, Otto, Das Heilig-Geist-Hospital zu Ueberlingen am Bodensee im Mittelalter. Ein Beitrag zur Rechtsgeschichte der Stiftungen. Heidelberger jurist. Diss. (52.) Heidelberg, Rößler & Herbert.

de Fereal, Vittorio, Storia della tremenda inquisizione di Spagna. [Biblioteca economica.] 16°. (534.) Firenze, A. Salami, 1914.

Wellnhofer, Matthias, Johannes Apokaukos, Metropolit von Naupaktos in Aetolien (c. 1155—1233.) Sein Leben und seine Stellung im Despotate von Epirus unter Michael Doukas und Theodoros Komnenos. Münchener philos. Diss. (69.) Freising, Datterer, 1913.

Geyer, Johannes, Papst Klemens III. (1187—1191.) [Jenaer historische Arbeiten 7.] (XVI u. 68.) Bonn, Marcus & Weber, 1914. M 1,80.

Lucius, Christian, Pius II. und Ludwig XI. von Frankreich 1461—1462. [Heidelberger Abhandlungen zur mittleren und neueren Geschichte 41.] (IV u. 106.) Heidelberg, Winter, 1913. M 2.80.

Büchi, Albert, Kardinal Schiner und die Reform, in: Dritte Vereinsschrift der Görres-Gesellschaft 1914, S. 34 ff.

Heimeier, Wilhelm, Die politischen Beziehungen des Bistums Münster zum Fürstentum Ostfriesland während der Regierung des Fürstbischofs Christoph Bernhard von Galen. 1650—1678. Münsterische philos. Diss. (VII u. 79.) Münster i. W., Westfälische Vereinsdruckerei, 1914.

Crone, Walter, Die innere Politik Franz Egons von Fürstenberg, Fürstbischofs von Paderborn und Hildesheim 1789—1802. Münsterische philos. Diss. (72.) Hildesheim, Lax, 1914.

Schneiderhan, Paulus Leopold Haffner, Bischof von Mainz. Ein Gedenkblatt, in: Der Katholik 4. Folge XV, 7 ff.

d) Ordensrecht.

Strathmann, H., Geschichte der frühchristlichen Askese bis zur Entstehung des Mönchtums in religionsgeschichtlichem

Zusammenhange. I: Die Askese in der Umgebung des werdenden Christentums. (XIII u. 344). Leipzig, Deichert, 1914. M 8,40.

Regesto di Tommaso Decano o Cartolario del Convento Cassinese (1178—1218) pubblicato a cura dei monaci di Montecassino. [Tabularium Casinense]. (LVIII u. 360). Badia di Montecassino. L 14,—.

Schumacher, Adalgott, O. S. B., Album Desertinense oder Verzeichnis der Äbte und Religiosen des Benediktiner-Stiftes Disentis. Eine Festgabe auf die Jubelfeier seines dreizehnhundertjährigen Bestehens 614—1914. (XII u. 139). Disentis, Selbstverlag des Stiftes, 1914.

Antonio da Castellamare, Storia dei frati minori cappuccini della provincia di Palermo. I. Il mattino luminoso, 1533—1574. (275). Roma, Scuola tip. Salesiana, 1914. L 2,—.

Fellinger, Otto, Der Karmelitenorden und der deutsche Kaufmann im Mittelalter. Bonner philos. Diss. (VIII u. 67). Köln, Beyer & Schmeißer, 1914.

Schumacher, K., Nochmals die Siegburger Klosterreform und die Ministerialität. [Separatabdruck aus: Düsseldorfer Jahrbücher XXVI.]

Callaey, Fr., O. M. Cap., Une épisode de l'inquisition franciscaine en Toscane, in: Mélanges Moeller 527 ff.

Kok, F. D. de, Derde orde en Montes pietatis, in: Katholiek 1914, 151 ff.

Meijer, G. A., Een hollandsche klosterhervorming in de 15de eeuw, in: Katholiek Deel CXLVI, 113 ff.

Schwarz, Wilh. Eberhard, Studien zur Geschichte des Klosters der Augustinerinnen Marienthal genannt Niesing zu Münster. Festschrift zur Konsekration des Bischofs Joh. Poggenburg (105). Münster, Regensberg, 1914. M 1,—. (Abdruck aus der Zeitschrift für vaterländische Geschichte [Westfalens] Bd. 72).

Verzeichnis der bei der Redaktion eingelaufenen Bücher. [1])

Bresslau, Harry, Handbuch der Urkundenlehre für Deutschland und Italien. II, 1. 2. Aufl. 8⁰ (X u. 392). Leipzig, Veit & Co. 1915. M 11,—.

Bruggaier, Ludwig, Die Wahlkapitulationen der Bischöfe und Reichsfürsten von Eichstätt. 1259—1790. gr 8⁰ (XVI u. 130). Freiburg i. B., Herder, 1915. M 3,—.

Deutsches Rechtswörterbuch (Wörterbuch der älteren deutschen Rechtssprache). Herausgeg. von der Königlich

---

1) Die Bücher, die das Kirchenrecht berühren, werden besprochen, soweit der verfügbare Raum ausreicht. Eine Rücksendung ist in allen Fällen ausgeschlossen.

Preußischen Akademie der Wissenschaften. I, 1. 4⁰ (160 Sp.). Weimar, Hermann Böhlaus Nachfolger, 1914. M 5,—.

Die Römischen Krönungseide der Deutschen Kaiser, herausgegeben von Heinrich Günter. [Kleine Texte für Vorlesungen und Uebungen 132] kl. 8⁰ (51). Bonn, Marcus & Weber, 1915. M 1,20.

Enzyklopädie der Rechtswissenschaft in systematischer Bearbeitung. Begründet von Franz von Holtzendorff, herausgegeben von Josef Kohler. I, 2 u. II. 7. (2.) Aufl. Lex. 8⁰. 385—558; 762). Berlin u. München, Guttentag u. Duncker & Humblot, 1914. Preis des ganzen Werkes M 65,—. Geb. M 77,50.

Geigel, F., Elsass-Lothringen dem Reiche! Sonderabdruck aus den Annalen des Deutschen Reichs 1915, 40—53.

Göller, Emil, Die Enzyklika Ad beatissimi apostolorum principis Benedikts XV. [Frankfurter zeitgemäße Broschüren XXXIV, 3] 8⁰ (79—107). Hamm i. Westf., Breer & Thiemann, 1915. M 0,50.

Hansjakob, Heinrich, Die Toleranz und die Intoleranz der katholischen Kirche. 3. u. 4. Aufl. 8⁰ (VII u. 97). Freiburg i. B., o. J. (1915). M 1,60. Geb. 2,—.

Harburger, Karl, Das privilegium fori im deutschen Recht. 8⁰ (145). Berlin, Siemenroth, 1915. M 4,—.

Höhler, Matthias, Des kurtrier. Geistl. Rates Heinrich Aloys Arnoldi Tagbuch über die zu Ems gehaltene Zusammenkunft der vier Erzbischöflichen Herrn Deputierten die Beschwerde der deutschen Natzion gegen den Römischen Stuhl und sonstige geistliche Gerechtsame betr. 1786. gr. 8⁰ (VII u. 354). Mit Abbildungen. Mainz, Kirchheim & Co., 1915. M 8,—.

Pöllmann, Ansgar, O. S. B., Benedikt XV. aus der Familie der della Chiesa. 8⁰ (323). Diessen vor München, Jos. C. Huber, 1915. Geb. 3,20.

Prümmer, Dominicus M., O. Pr., Manuale theologiae moralis secundum principia S. Thomae Aquinatis in usum scholarum. I—III. (XL u. 423; X u. 539; XI u. 689). Freiburg i. B., Herder, 1915. M. 24.—. Geb. M 28,—.

Rundschreiben unseres Heiligsten Vaters Benedikt XV. vom 1. November 1914: »Ad beatissimi Apostolorum Principis«. Autorisierte Ausgabe. Lateinischer Text und authentische deutsche Uebersetzung. gr. 8⁰ (41). Freiburg i. B., Herder o. J. (1915). M 0,70.

Scharnagl, A., Bayerisches Staatskirchenrecht. [Staatsbürger-Bibliothek 55] 8⁰ (84). M.-Gladbach, Volksvereins-Verlag, 1915. M 0,40.

Schmidt, Richard, Königsrecht, Kirchenrecht und Stadtrecht beim Aufbau des Inquisitionsprozesses. Aus der Festgabe der Leipziger Juristenfakultät für Rudolph Sohm. (71). Leipzig, Duncker & Humblot, 1915. M 2,—.

Schrörs, Heinrich, Der Krieg und der Katholizismus. 2. unveränderte Auflage. 8° (41). Kempten u. München, Kösel. M 0,50.

Tessitore, Salvatore, Gli enti ecclesiastici nel diritto pubblico. [Nuova collezione di Opere giuridiche 187] (XIII u. 241). Torino, Fratelli Bocca.

de Waal, Anton, Der neue Papst, unser Hl. Vater Benedikt XV. Ein Lebensbild. gr. 8°. (VII u. 174). Hamm, Breer & Thiemann, 1914. M 3,—.

Warneyers Jahrbuch der Entscheidungen. A. Zivil-, Handels- und Prozessrecht. Herausgeg. von Otto Warneyer. XIII. Jahrg. gr. 8° (XXIV u. 504). Leipzig, Rossberg, 1915. Geb. M 10,—.

Warneyers Jahrbuch der Entscheidungen. B. Strafrecht und Prozeßrecht. Bearbeitet von Georg Rosenmüller. IX. Jahrg. gr. 8° (XX u. 236). Leipzig, Rossberg, 1915. Geb. M 8,—.

Warneyers Jahrbuch der Entscheidungen. Ergänzungsband. Die Rechtsprechung des Reichsgerichts auf dem Gebiete des Zivilrechts, soweit sie nicht in der amtlichen Sammlung der Entscheidungen des Reichsgerichts abgedruckt ist. Herausgegeben von Otto Warneyer. VII. Jahrg. gr. 8° (515). Leipzig, Rossberg, 1914. M 10,—.

Wolf, Gustav, Quellenkunde der deutschen Reformationsgeschichte. I: Vorreformation und Allgemeine Reformationsgeschichte. 8° (XIV u. 582). Gotha, Perthes, 1915. M 16,—.

Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte XXXV, Kan. Abt. IV, herausgegeben von Ulrich Stutz und Albert Werminghoff. 8° (VI u. 612). Weimar, Hermann Böhlaus Nachfolger, 1914.

I. Abhandlungen.

1. Römische Rotaprozesse aus den sächsischen Bistümern von 1464—1513.

Regesten aus dem Archive der Römischen Rota.

Von Professor Dr. *Nikolaus Hilling* in Bonn.

(Fortsetzung; vgl. I. Quartalheft Bd. 95 S. 33 ff. und II. Quartalheft S. 201 ff.)

III. Die Diözese Osnabrück.

In dem zweiten westfälischen Bistum Osnabrück ist die Anzahl der überlieferten Rotaprozesse erheblich kleiner als in Münster. Da die Zahlen der Regesten 51 und 99 betragen, ist das Verhältnis fast genau 2 : 4. In erster Linie erklärt sich dieses Ergebnis aus dem geringeren Umfange des Osnabrücker Bistumssprengels und der verhältnismässig geringen Anzahl von Kollegiatkapiteln. Der häufig genannte Pfarrer *Johannes Fabri* von Meppen ist in dem Buche von Herm. Wenker, Die Pfarrkirche zu Meppen von 802—1902, eingehend geschildert.

Erklärung der Abkürzungen.

A. R. = Archivium notarile Rotae.
cl. = clericus.
not. pal. = notarius causarum palatii Apostolici, amtliche Bezeichnung der Rotanotare.
presb. = presbyter.
proc. caus. = procurator causarum, Prokurator an der Rota.
proc. substit. = procurator substitutus, Stellvertreter des von den Parteien beauftragten Prokurators.
R. p. d. = Reverendus pater dominus, Ehrentitel der Auditoren der Rota und anderer Würdenträger der Kirche.

Numerus	Ao.	Titulus causae	Partes litigantes	Procuratores partium	
				a) Actoris	b) Rei
1.	10. I. 1469	Ecclesiae in Fryseythe (Friesoythe)			
2.	19. VIII 1472 | 26. V. 1474	Vicariae sancti Andreae in ecclesia Osnabrugensi (wahrscheinlich im Dom zu Osnabrück)	Henr. Hunoldi ca Joh. Broangerer	1. Henr. Stenwech 2. Joh. Kerckoff	1. Ditmar. Calde 2. Henr. Holscher 3. Tilman. Brandis 4. Henr.Bolbertz 5. Joh. Fust 6. Petr. de Orten
3.	13. III. 1476 | 23. III. 1476	Decimarum			
4.	7. XII. 1480	in Melle	Theoder. Bremer		
5.	15. IV. 1482	Parochialis ecclesiae	Arnold. Clinchock (?)	Bern. Mumme	
6.	15. IV. 1483	Vicariae in Holt (Holte)	Henr.Nyeman		
7.	27. IX. 1483 | 16. II. 1484	Vicariarum sancti Pauli et sancti Jacobi	Henr. Westkerke et Herm. Vollen	1. Ant. de Eugubio 2. Leonard. de Eugubio	

Testes		Jura producta	Annotationes	Fontes
a) pro Actore	b) pro Reo			
			10. I. 1469 commissio causae praesentatur.	A. R. Manuale 1
1. Henr. Broiem, cl. Osnabrug. 2. Marcus Dulmen, cl. Paderborn.		23. III. 1474 Henr. Stenwech proc. produci fecit certas bullas provisionis vicariae sancti Andreae in ecclesia Osnabrugensi per obitum quondam Weszeli Duster ultimi vicarii, unam videlicet provisionis et aliam executoriam. 20. IV. 1474 idem produxit certum sumptum de registro bullarum apostolicarum provisionis beneficii, super quo agitur, Weszelo Duster principali factae.	19. VIII. 1472 commissio causae cum inhibitione ad partes praesentatur. 3. XI. 1473 Henr. Hunoldi obtinuit processum per audientiam contradictarum.	A. R. Manuale 4
			13. III. 1476 commissio nova praesentatur. Item 23. III. 1476.	A. R. Manuale 6
			7. XII. 1480 Theoder. Bremer principalis iuravit paupertatem.	A. R. Manuale 10
			15. IV. 1482 Bern. Mumme proc. dedit mandatum principalis sui.	A. R. Manuale 11
			15. IV. 1483 Henr. Nyeman principalis obtinuit citationem partis adversae.	A. R. Manuale 12
1. Joh. Bodenfelt, cl. Paderborn.		13. II. 1484 Joh. Bleddergen proc. produci fecit bullam mandati de	12. I. 1484 Joh. Bleddergen proc. dedit libellum.	A. R. Manuale 12

Numerus	Ao.	Titulus causae	Partes litigantes	Procuratores partium	
				a) Actoris	b) Rei
				3. Bartolom. de Perusio 4. Nicol. Foqueti 5. Joh. Bleddergen 6. Joh. Eylard 7. Paul. de Ceretanis	
8.	8. II. 1484	Capellae in Yborch	Bern. Brockman c[a] Joh. de Dey		
9.	10. III. 1484 | 28. XI. 1485	Parochialis in Aschendorpp	Reynerus Eysinck	1. Anton. de Eugubio 2. Anton. de Poldo 3. Joh. Gerona 4. Arnold. Clover 5. Stephan. Rumeler 6. Joh. Fabri de Meppis 7. Stephan. Rynen 8. Henr. Tenckinck 9. Engelhard. Funk 10. Bern. Eghebrecht 11. Joh. Schmalenberch 12. Lubert. Joeten (?) 13. Joh. Schwackeman 14. Nicol. Eysinck 15. Jacob. Clover	

Testes a) pro Actore	Testes b) pro Reo	Jura producta	Annotationes	Fontes
2. Herm. Hoyelman, cl. Osnabrug. 3. Herm. Ovelsuest 4. Nicol. Grapitz, not. palat. 5. Ulric. Meyer, not. palat.		providendo domino Herm. Vollen. 16. II. 1484 idem produxit quoddam sumptum mandati de providendo Henr. Westkerke.		
			8.II. 1484 Bern. Brockman principalis super non tuto accessu ad Joh. de Dey, scriptorem R. p. d. Episcopi Osnabrugensis et in castris eiusdem constitutum, produxit duos testes.	A. R. Manuale 12
1. Henr. Klenckschmidt 2. Herm. Schmidt 3. Joh. Fabri 4. Herm. Senginck, cl. Osnabrug. 5. Lubert. Cleynschmidt. 6. Herm. Ovelsuest 7. Rosslen de Brual filius Abelen 8. Joh. Schwackeman, vicar. Bremen. 9. Mathias Haren, cl. Monast. 10. Alardus Bertoldi, presb. Traiect.		16. III. 1484 mag. Stephan. Rynen dedit quandam literam praesentationis per religiosum fratrem dominum Hermannum exemti monasterii sancti Viti in Corbea O. S. B. pro domino Reynero de parochiali ecclesia sancti Amandi in Aschendorpp unacum certa litera provisionis et investiturae necnon instrumentum traditionis possessionis et instrumentum appellationis unacum insinuatione. 13. IV. 1484 recognoscitur sigillum domini Henr. Ledebur archidiaconi ecclesiae Osnabrugensis in literis provisionis et investiturae.	10. III. 1484 Reynerus Eysinck principalis dedit articulos. 14. III. 1484 idem obtinuit terminum ad producendum omnia. 1. VI. 1485 commissio nova praesentatur. 28. XI. 1485 Reynerus Eysinck obtinuit, sibi decerni processum per audientiam contradictarum.	A. R. Manuale 13

Numerus	Ao.	Titulus causae	Partes litigantes	Procuratores partium a) Actoris	Procuratores partium b) Rei
10.	19. I. 1487 | 23. I. 1487	Promissionis sive pecuniaria	Conrad. de Camen c^a^ Henr. de Elmendorpe, Gawanum de Twisloe et Wichmannum Glode	1. Reyner. Eysinck 2. Anton. de Poldo 3. Nicol. de Parma 4. Stephan. Rumeler 5. Joh. Listighe 6. Bern. Mummen 7. Joh. Schwackemann 8. Joh. Volquini 9. Herbord. Bollingherver	
11.	5. XI. 1487 | 14. VII. 1488	Parochialis ecclesiae in Quakenbruck	Herm. Warnekinck c^a^ decanum et capitulum Bramense (Bramsche bei Osnabrück)	1. Herm. Ubelsches 2. Paul. de Ceretanis 3. Theod. Havenrot	1. Henr. Tenckinck 2. Marian. de Cuccinis
12.	20. VII. 1488 | 18. II. 1497	Curtis sive bonorum	Abbas et conventus de Yborch c^a^ Joh. de Nesselrode	1. Paul. de Ceretanis 2. Henr. Muyss 3. Henr. Menigk 4. Walter. Bellens 5. Martin. Grundick	1. Stephan. Rumeler 2. Mag. Vigen, praepos. in Kerpen 3. Joh. Potken

Testes a) pro Actore	Testes b) pro Reo	Jura producta	Annotationes	Fontes
1. Herm. Senginck, cl. Osnabrug. 2. Wilkin. Alndorp, cl. Osnabrug. 3. Theoder. Bernynck, cl. Osnabrug.			19. I. 1487 Conrad. de Camen principalis iuravit, se non sperare iustitiam consequi in partibus et super non tuto accessu ad adversarios produxit tres testes. Edicta publica affigantur in valvis ecclesiarum cathedralis, collegiatae sancti Johannis et parochialis Beatae Mariae Virginis Osnabrugensium.	A. R. Manuale 15
1. Ludov. Schadehode, cl. Osnabrug. 2. Ludolph. Herwech, cl. Monast. 3. Reyner. Eysinck, rector ecclesiae in Aschendorp 4. Joh. Cock, cl. Paderborn. 5. Frider. Herwech 6. Gerard. Grone 7. Theoder. Werning	1. Joh. Peecksner, cl. Osnabrug. civit. 2. Herbord. de Langen, cl. Osnabrug, 3. Ernest. Steslage, cl. Paderborn.	5. V. 1488 Paulus de Ceretanis proc. produci fecit duas bullas gratiae expectativae Herm. Warneckinck, unam gratiosam cum filis sericis, aliam executoriam cum cordula canapis Innoc. VIII. unacum processu gratiae executionis	5. XI. 1487 Herm. Ubelsches proc. dedit mandatum sui principalis. 4. V. 1488 Paulus de Ceretanis proc. iuravit de calumpnia. 14. VII. 1488 commissio dependens praesentatur.	A. R. Manuale 18
1. Petr. Campis, cl. Colonien. 2. Henr. Hagen, cl. Traiect. 3. Godefrid. Claere, presb. Osnabrug. 4. Henr. Stachel-		22. V. 1489 Paul. de Ceretanis proc. produci fecit instrumentum sententiae per officialem curiae Colonien. latae.	20. VII. 1488 commissio nova praesentatur. 21. VII. 1488 commissio dependens praesentatur. 23. VII. 1488 Paulus de Ceretanis proc. super non tuto accessu ad Joh. de Nesselrode produxit testes. Edictum publicum affigatur. Idem obtinuit, absolutionem suorum princi-	Manualia 15, 28 u. 29

Numerus	Ao.	Titulus causae	Partes litigantes	Procuratores partium a) Actoris	Procuratores partium b) Rei
13.	18. XI. 1489 | 4. IV. 1492	Parochialis ecclesiae in Vrederen (Freren)	Joh. Cock ca Conrad. de Camen	1. Conrad. Vornhagen, proc. caus. 2. Statius Groppendorpp, proc. caus.	1. Joh. Bledderge, proc. caus. 2. Joh. Eylart, proc. caus. 3. Gerard. Leppers, proc. caus. 4. Joh. Theneren, proc. caus. 5. Herbord. Langen, proc. caus.
14.	5. X. 1490 | 17. XI. 1490	Parochialis in Lengerke (Lengerich)		1. Joh. Bledderghe	1. Joh. Slipsche

Testes a) pro Actore	Testes b) pro Reo	Jura producta	Annotationes	Fontes
bach, cl. Paderborn. 5. Herm. Rotger, cl. Bremen. 6. Lubert. Cleynsmet, cl. Paderborn. 7. Joh. Hartwich de Hallis, cl. Osnabrugen.			palium committi in partibus decanis ecclesiarum sancti Johannis Osnabrugensis et Wildeshusensis ac officiali Osnabrugensi et cuilibet in solidum. 13. XI. 1494 sententia definitiva pronuntiatur. 28. I. 1495 commissio executorialis praesentatur. 18. II. 1497 Joh. de Nesselrode in acie campi Florae excommunicatur ob non paritionem literarum executorialium.	
1. Herm. Ovelsust. praepos. Hervorden. 2. Henr. Kemper, cl. Colonien. 3. Anton. Johns, cl. Monast. 4. Ludov. Schadehoet, cl. Osnabrug. 5. Joh. Halsot, cl. Osnabrug. 6. Gerard. Dinclaghe, cl. Osnabrug.	1. Gerard. ten Westendorp, cl. Monast.	26. IV. 1490 Joh. Cock principalis produxit duas bullas gratiae expectativae, unam gratiosam et aliam executoriam necnon processum dictae gratiae atque instrumentum acceptationis et provisionis unacum instrumento publicationis et instrumentum appellationis et insinuationis.	18. XI. 1489 commissio dependens praesentatur. 27. I. 1490 Conrad. Vornhaghen proc. obtinuit terminum ad declarandum et iurandum de calumpnia per audientiam contradictarum. 6. VI. 1490 commissio dependens praesentatur. 14. VI. 1490 Joh. Cock principalis obtinuit, decerni literas executoriales. 7. I. 1491 idem repetiit literas executoriales et obtinuit decerni processum per audientiam contradictarum. 22. IV. 1491 sententia definitiva pronuntiatur. 21. III. 1492 commissio dependens praesentatur.	A. R. Manualia 16 u. 24
			17. XI. 1490 Joh. Bledderghe proc. iuravit. calumniam.	A. R. Manuale 22

Numerus	Ao.	Titulus causae	Partes litigantes	Procuratores partium a) Actoris	Procuratores partium b) Rei
15.	10. III. 1492 | 11. II. 1493	Vicariae sancti Jodoci	Joh. Vresenhusen c^a^ Nicolaum Boner de Medenblick		1. Mag. Gerard. Leppers, proc. caus. 2. Mag. Joh. Copis, proc. caus. 3. Conrad. Vornhaghen, proc. caus.
16.	28. XI. 1494 | 28. III. 1501	Perpetuae vicariae ad altare sancti Sebastiani	Gotfrid. Claer c^a^ Gerh. Hornepennick (?)	1. Joh. Gerken (?) 2. Bernard. Gruter 3. Guil. Andorp 4. Adrian. rector hospitalis Theotonicorum laicus	
17.	8. II. 1496 | 31. I. 1502	Spolii bonorum et iniuriarum (Vgl. *H. Wenker,* Die Pfarrkirche zu Meppen (1902) S. 30 und Urkunde 20.)	Marianus de Cuccinis, proc. fiscalis, et Joh. Fabri c^a^ Henricum Episcopum Monasteriensem eiusque officiales et Reynerum Eysinck, officialem Episcopi Osnabrugensis	1. Marianus de Cuccinis 2. Thomas Regis, proc. caus. 3. Henr. Arndes, proc. caus. 4. Nicol. Wasemberch 5. Godefrid. Clare 6. Laurent. Algast, proc. caus. 7. Anton. de Poldo, proc. caus. 8. Joh. Bledderge, proc. caus. 9. Conrad. Luberen, proc. caus.	I. *Reyneri Eysinck* 1. Desiderius de Angerio 2. Joh. More de Wesalia, proc. caus. 3. Thomas Regis, proc. caus. 4. Joh. Copis, proc. caus. 5. Nicol. Bedelli, proc. caus. 6. Oliver. Richardi, proc. caus. 7. Joh. Theneren 8. Herm. Ovelsust, proc. caus. 9. Theoder. Eynem, proc. caus.

Testes a) pro Actore	Testes b) pro Reo	Jura producta	Annotationes	Fontes
			10. III. 1492 Joh. Vresenhusen principalis obtinuit, decerni citationem ad partes. 11. II. 1493 idem renuntiavit iuri, liti et causae iurando, non intervenisse nec intervenire simoniam.	A. R. Manualia 24 u. 29
			28. XI. 1494 commissio nova praesentatur. Gotfrid. Claer, cl. Osnabrug., iuravit paupertatem. 26. III. 1501 commissio nova praesentatur. 28. III. 1501 Gotfrid. Claer principalis obtinuit citationem ad partes.	A. R. Manualia 31 u. 45
1. Gerard. Westendorp, cl. Monast. 2. Fockel de Redborch, cl. Osnabrug. 3. Joh. Hartwich, cl. Osnabrug. 4. Lubert. Cleynsmit, cl. Paderborn. 5. Gotfrid. Claer, cl. Osnabrug. 6. Burchard. Brockhus, cl. Osnabrug. 7. Nicol. Lanckhals, cl. Osnabrug. 8. Joh. Witcop, rector parochialis ecclesiae Wilstriae, dioec. Bremen.			27. VI. 1498 citatio per edictum publicum in sancti Lebuini Daventriensis et sancti Plechelmi Oldensalensis ecclesiarum valvis. 24. IV. 1499 sententia declaratoria pronuntiatur. 9. V. 1499 excommunicantur Dericus de Elen, Otto de Basten, Henr. Becker, Henr. Blancke, Burchard. ter Bruggen, Joh. Blancke, Albert. ter Bruggen, Rodolph. Grote, Wilh. de Bippen, Otto Pieper Episcopi Monasteriensis officiales et burgimagistri oppidi Meppis et Tilm. Hund, Rotger. Vonderhust et Arnold. Rewylde armatorum conductores ex adverso principales ob non paritionem monitorii contra eos decreti. Excommunicatio in acie campi Florae in litera grossa publicetur. Item 22. V., 5. VI. et 18. VI. 1499.	A. R. Manualia 28, 32, 42 u. 50

Numerus	Ao.	Titulus causae	Partes litigantes	Procuratores partium	
				a) Actoris	b) Rei
18.	10. X. 1498 | 12. X. 1498	Canonicatus et praebendae sancti Johannis (Kollegiatkirche St. Johann in Osnabrück)	Petrus Spronck ca Conrad. Erchman et Joh. Sartoris		
19.	29. IV. 1499 | 13. VIII. 1501	Tertiariae in capella sancti Jacobi	Joh. Daylde ca Fridericum ter Bucht	1. Walter. Bellens 2. Ludolph. Potter	1. Joh. Theneren

Testes a) pro Actore	 b) pro Reo	Jura producta	Annotationes	Fontes
9. Herm. Vitrificis alias Urciarius alias Schlichthar 10. Henr. Greve 11. Wilbrand. de Oberge, praepos. Brunswicen. 12. Joh. Gogreve, cl. Minden. 13. Jacob. Eversberch, cl. Traiect. 14. Joh. de Lynde, can. sanctae Crucis Hildes. 15. Engelb. Tribbe, vic. eccl. Minden. 16. Nicol. Medenblick, officialis Monast. 17. Frider. Herwech, can. veteris eccl. sancti Pauli Monast. 18. Godefr. Clare, rector ecclesiae in Werlte, dioec. Osnabrug.			25. IV. 1501 commissio causae praesentatur. 16. VI. 1501 commissio dependens praesentatur. 21. VI. 1501 sententia definitiva pronuntiatur. 30. VI. 1501 Joh. Fabri principalis in scriptis appellavit a sententia contra se lata. 20. XII. 1501 commissio dependens praesentatur. 3. I. 1501 idem renuntiavit appellationi a sententia in favorem Reyneri Eysinck et contra se lata. 6. III. commissio dependens praesentatur. Item 15. I. 1502.	
			10. X. 1498 commissio causae praesentatur. 12. X. 1498 Petrus Spronck principalis obtinuit citationem ad partes contra suos adversarios.	A. R. Manuale 37
	1. Adolf. Curre, cl. Osnabrug. 2. Everard. de Broch, cl. Osnabrug. 3. Reyner. Eysinck 4. Wessel. Somerhus.		29. IV. 1499 Ludolph. Potter proc. Joh. Daylde obligavit se de ratihabendo sub poena CC ducatorum. 27. V. 1500 commissio dependens praesentatur. 16. XII. 1500 sententia definitiva pronuntiatur. 7. I. 1501 commissio dependens praesentatur. 9. VII. 1501 sententia definitiva pronuntiatur. 12. VII. 1501 commissio dependens praesentatur. 21. VII. 1501 Joh. Daylde excommunicatur ob non paritionem literarum executorialium. 13. VIII. 1501 taxantur expensae ad XX ducatos.	A. R. Manualia 40 u. 49

Numerus	Ao.	Titulus causae	Partes litigantes	Procuratores partium	
				a) Actoris	b) Rei
20.	29. IV. 1499	Vicariae in Quakenbruck	Herm. Westendorp	1. Rembertus Bitter	
21.	30. XI. 1499 | 13. XI. 1500	Capellae sive vicariae sancti Nicolai	Frideric. ter Bucht ca Ludolphum Potter et Joh. Dailde	1. Joh. Theneren	I. *Ludolphi Potter* 1. Walter. Bellens II. *Joh. Dailde* 1. Thom. Regis
22.	1. VII. 1500 | 3. III. 1502	Vicariae sancti Michaelis	Joh. Sartoris ca Fockelium de Redborch	1. Wesselus Somerhus	1. Reyner. Eyssinck 2. Henr. Northoff 3. Henr. Arndes 4. Bernard. Drungel 5. Joh. Tilberen
23.	19. IV. 1501 | 30. VIII. 1506	Curtis sive bonorum sive iniuriarum	Engelbertus et Rudolphus de Langen ca Gertrudem Schels, relictam quondam Henrici Schels eiusque complices	1. Joh. Theneren	
24.	22. X. 1501 | 23. VII. 1503	Vicariae sanctae Annae	Joh. Daylde ca Herm. Sacristen	1. Joh. Holtupderheyde 2. Buchard. Holtupderheyde	1. Wesselus Somerhus 2. Joh. Kracht 3. Joh. Gogreven, proc. substit. 4. Thomas Regis, proc. substit. 5. Bernard.

Testes a) pro Actore	Testes b) pro Reo	Jura producta	Annotationes	Fontes
			29. IV. 1499 Rembertus Bitter proc. dedit mandatum principalis sui.	A. R. Manuale 40
			14. X. 1500 citatur Walter. Bellens proc., ut satisfaciat notario de salario instante Mag. Joh. de Theneren ex adverso procuratore.	A. R. Manuale 40
1. Joh. Smyt, laic. Osnabrug., eiusque uxor. 2. Gerard. Henrici. laic. Traiect. 3. Michael Vorstenberch, cl. Brandenburg.			15. XII. 1501 sententia definitiva pronuntiatur. 14. II. 1502 commissio dependens executorialis praesentatur. 18. II. 1502 Mag. Wesselus Somerhus proc. obtinuit, taxari expensas ad XXIX florenos auri de camera.	Manualia 46 u. 54
			19. IV. 1501 Joh. Theneren proc. se obligavit de ratihabendo sub poena CC ducatorum. 18. V. 1502 idem obtinuit processum per audientiam contradictarum. 30. VIII. 1506 auditor dominam Gertrudem condemnavit, ut Joh. Hugonis alias Kopersmet per eius complices capto CCCC florenos rhenenses solveret.	A. R. Manuale 50 und Commissiones
	1. Joh. Burmester, cl. Osnabrug. 2. Joh. Ledebur, cl. Osnabrug.	26. X. 1502 Joh. Kracht proc. produci fecit instrumentum collationis, investiturae et processus huiusmodi beneficii pro Joh. Daylde.	22. X. 1501 Joh. Holtupderheyde proc. dedit mandatum sui principalis. 10. VI. 1502 excommunicatur Burchard. Holtupderheyde, quia non paruit monitorio ad acceptandum vel	A. R. Manualia 45 u. 50

Numerus	Ao.	Titulus causae	Partes litigantes	Procuratores partium Actoris	b) Rei
					Mocharius, proc. substit. 6. Joh. Schutz, proc. substit. 7. Joh. Theneren, proc. substit. 8. Herm. Femelen, proc. substit. 9. Joh. Scherenhagen, proc. substit.
25.	18. XII. 1501 | 13. V. 1507	Canonicatus et praebendae et thesaurariae.	Henr. Arndes ca Arnold. Swenke et Wasmod. Hellinckman et Nicol. Wassemberch et Philippum Episcopum Adiacensem	1. Nicol. de Parma 2. Reyner. Overhoff 3. Thomas Regis 4. Augustin. Mentze 5. Arnold. Buditze 6. Joh. Fabri, pastor in Meppis 7. Brixius Ebrauwer	I. *Arnoldi Swenke* 1. Burchard. Rump 2. Bernard. Mocharius, proc. substit. 3. Herm. Femelen, proc. substit. 4. Joh. Stocker, proc. substit. 5. Joh. Theneren II. *Nicolai Wassemberch* 1. Herm. Femelen

Testes		Jura producta	Annotationes	Fontes
a) pro Actore	b) pro Reo			
			refutandum onus procurationis.	
1. Henr. Northoff, not. palat. 2. Joh. Buman, not. palat. 3. Ludolph. Haken, can. Minden. 4. Wulfgang. Huefnagel, cl. Patavien. 5. Henr. Wortman, cl. Osnabrug. 6. Dethard. Rosener, cl. Minden. 7. Dethard. Lasterpaze, cl. Paderborn. 8. Conrad. Plotzken. cl. Osnabrug. 9. Henr. Nydermeyer 10. Albert. Kerkman 11. Herm. Twickelen, cl. Traiect. 12. Joh. Tute, decan. Xantensis 13. Elbert. Wrede, cl. Colonien.		14. VI. 1503 Henr. Arndes principalis produci fecit processum gratiae expectativae domini Mathaei Rothen ac acceptationis et provisionis necnon publicationis et executionis. 26. VI. 1503 idem produxit quoddam sumptum. 9. VII. 1503 Joh. Buman, cl. Colonien., produxit literam collationis thesaurariae domini Arnoldi Swenken, sigillo R. p. d. Conradi Episcopi Osnabrug. sigillatam et per Joh. de Elen cancellarium subscriptam. 13. X. 1503 idem produxit binas bullas Alex. VI. anni 1502, unam de providendo thesaurariae, aliam de providendo canonicatus et praebendae, super quibus agitur. 30. IV. 1504 Herm. Femelen proc. produci fecit instrumentum possessionis thesaurariae Arnoldi Swenken.	18. XII. 1501 commissio nova praesentatur. 5. X. 1502 commissio dependens praesentatur. 23. IV. 1504 sententia definitiva pronuntiatur. 2. VI. 1504 Joh. Theneren proc. a sententia appellavit. 18. IV. 1506 commissio praesentatur.	A. R. Manualia 55, 56, 57 u. 58

Numerus	Ao.	Titulus causae	Partes litigantes	Procuratores partium	
				a) Actoris	b) Rei
26.	7. I. 1502 | 31. III. 1502	Denegationis fructuum et iniuriarum	Wulbrand. de Elmendorp	1. Wulbrand. de Oberge, proc. caus. 2. Herm. Ovelsust, proc. caus. 3. Theoder. Eynem, proc. caus. 4. Franc. Dyckman, proc. caus. 5. Stephan. Veel, proc. caus. 6. Gaspar. Twyst, proc. caus. 7. Herm. Cock, proc. caus. 8. Joh. Gogreve, proc. caus.	
27.	1. IV. 1502 | 18. VI. 1504	Vicariae sive secundariae	Henr. Collen	1. Herm. Cock	1. Joh. Holtupderheyde 2. Joh. Cracht
28.	27. IV. 1502 | 20. V. 1502	Vicariae sanctae Elisabeth		1. Herm. Cock	1. Joh. Holtupderheyde 2. Alex. de Bononia, proc. substit. 3. Thom. Regis, proc. substit. 4. Petrus Veneti, proc. substit. 5. Augustin. de Pistorio, proc. substit. 6. Mathaeus de Parma, proc. substit. 7. Joh. Krafft, proc. substit. 8. Burchard. Holtupder-

Testes a) pro Actore	Testes b) pro Reo	Jura producta	Annotationes	Fontes
			7. I. 1502 commissio dependens praesentatur.	A. R. Manuale 49
1. Reyner. Eysinck, officialis Episcopi Osnabrug. 2. Wilbrand. Elmendorpe, canon. ecclesiae Osnabrug.			1. IV. 1502 Herm. Cock proc. dedit mandatum sui principalis. 18. VI. 1504 commissio causae praesentatur.	A. R. Manualia 50 u. 63
			27. IV. 1502 Herm. Cock proc. dedit libellum. Fortasse haec causa eadem est ac Nr. 27.	A. R. Manuale 50

Numerus	Ao.	Titulus causae	Partes litigantes	Procuratores partium	
				a) Actoris	b) Rei
					heyde, proc. substit. 9. Joh. Didecen, proc. substit. 10. Conr. Bose, proc. substit.
29.	18. VIII. 1502 | 24. I. 1504	Vicariarum (Vicariae trium regum ecclesiae sancti Johannis) Kollegiatkirche St. Johann in Osnabrück	Henr. Arndes c^a^ Anton. Schuerman et Joh. Ledebur	1. Nicol. de Parma 2. Thomas Regis 3. Arnold. Buditze 4. Brixius Ebrawer 5. Joh. Fabri	
30.	19. I. 1504 | 15. III. 1504	Vicariae sancti Mathiae in ecclesia sancti Johannis (Kollegiatkirche St. Johann in Osnabrück)	Arnold. Swibbe c^a^ Herm. Horst	1. Thomas Regis 2. Joh. Scutz 3. Joh. Holtupderheyde 4. Joh. Cracht	1. Peregrin. de Luca

Testes		Jura producta	Annotationes	Fontes
a) pro Actore	b) pro Reo			
1. Reyner. Overhoff, cl. Monast. 2. Joh. Ledebur, cl. Oanabrug. 3. Bernard. up der Garten, cl. Colonien.		22. X. 1503 Henr. Arndes principalis produci fecit instrumentum acceptationis gratiae expectativae Alex. VI. necnon publicationis acceptationis et provisionis in valvis ecclesiae sancti Johannis et appellationis extraiudicialis ab intrusione Joh. Velt.		A. R. Manualia 55 u. 58
1. Adolf. Curre, cl. Osnabrug. 2. Borchard. Holtuperheyde, cl. Mogunt. 3. Herm. Sander, cl. Paderborn. 4. Henr. Meyger, cl. Osnabrug. 5. Henr. Hynnenborch, cl. Hildes. 6. Michael Forstenberch, cl. Brandenburg. 7. Bartold. Baldewini, cl. Verden. 8. Bern. Hoveman, cl. Monast.		11. III. 1504 Joh. Cracht proc. produci fecit duas bullas gratiae expectativae Arnoldi Swibbe, unam gratiosam, alteram vero rigorosam ac tria alia instrumenta: acceptationis et provisionis et publicationis et tertium remissionis per collatores ad Romanam curiam ad exequendum de bono iure partium.	29. I. 1504 Herm. Horst principalis iuravit paupertatem.	A. R. Manuale 54

Numerus	Ao.	Titulus causae	Partes litigantes	Procuratores partium	
				a) Actoris	b) Rei
31.	12. II. 1504 – 12. IV. 1504	Parochialis ecclesiae collegiatae nuncupatae in Wildeshusen	Joh. Nateler alias Seleckink c[a] Herm. Colner		
32.	26. III. 1504	Vicariae	Joh. Cotman, cl. Paderborn.	1. Joh. Fabri de Fulda 2. Marian. de Cuccinis 3. Augustin. de Pistorio 4. Nicol. de Parma 5. Mathaeus de Parma 6. Joh. Buren 7. Petrus Spier 8. Ludov. Ysen 9. Kilian. Fere 10. Gasp. Twyst 11. Joh. Holtupderheyde 12. Burchard. Holtupderheyde 13. Joh. Cracht 14. Detman. Cleynsorghe 15. Georg. Lamberti	
33.	29. IV. 1504 – 1. V. 1504	Parochialis in Melle et vicariarum ad altaria trium Regum et sancti Johannis in Borchholthusen	Joh. Smisinck		
34.	14. VI. 1505	Parochialis sanctae Katharinae in Lyngen			

Testes a) pro Actore	Testes b) pro Reo	Jura producta	Annotationes	Fontes
			12. IV. 1504 Joh. Nateler principalis iuravit paupertatem.	A. R. Manuale 44 und Commissiones
				A. R. Manuale 53
			29. IV. 1504 commissio causae praesentatur. 1. V. 1504 Joh- Smisinck principalis obtinuit citationem ad partes.	A. R. Manuale 60
			14. VI. 1505 commissio causae praesentatur.	A. R. Manuale 64

Numerus	Ao.	Titulus causae	Partes litigantes	Procuratores partium	
				a) Actoris	b) Rei
35.	14. VI. 1505	Parochialis ecclesiae sanctae Margaritae in Hanekesborg (Hankenberge)			
36.	10. X. 1505 | 24. VI. 1514	Bonorum seu haeriditatis	Abbatissa, priorissa, moniales et totus conventus monasterii in Bersenbrugge c^a Joh. Liderman et Henr. Biscopinck	1. Mag. Zutfeldus Wardenbergh 2. Joh. Keller 3. Joh. Schutz	1. Joh. Schurman 2. Bernard. Mocharius, proc. substit. 3. Alex. de Bononia, proc. subst.
37.	20. XI. 1508 | 8. I. 1509	Canonicatus et praebendae (Kollegiatkirche St. Johann in Osnabrück)	Decanus et capitulum ecclesiae sancti Johannis Osnabrugen. c^a Joh. Schmisinck	1. Joh. Dailde, can. s. Joh. Osnabrug. 2. Thomas Regis proc. substit. 3. Alex. de Bononia, proc. subst. 4. Joh. Schutz, proc. substit. 5. Joh. Vinen, proc. substit. 6. Burchard. Holtupderheyde, proc. substit. 7. Joh. Wedel, proc. subst.	1. Thomas Regis 2. Alex. de Bononia 3. Bernard. Mocharius 4. Conrad. Langhe 5. Gaspar. Twyst 6. Rotger. Dungelen 7. Joh. Schutz 8. Joh. Wedel 9. Henr. Thienen 10. Wedekind. Rabbeke
38.	17. XII. 1508 | 16. XI. 1513	Quakenburgensis praebendae	Joh. Dailde, magister in artibus, licentiatus in iure can. et canonicus s. Joh. Osnabrug. c^a Amelungum Snetlage, cantorem et	1. Joh. Buren 2. Joh. Lemmeken 3. Thomas Regis 4. Joh. Kontembrower 5. Joh. Schurman 6. Berengar. de Sagunta 7. Otto Hoynin-	1. Mag. Wedekind. Rabeke 2. Joh. Schutz 3. Rotger. Dungelen

Testes a) pro Actore	Testes b) pro Reo	Jura producta	Annotationes	Fontes
			14. VI. 1505 commissio causae praesentatur.	A. R. Manuale 64
1. Mag. Rotger. Dungelen, can. eccl. Monast. 2. Wedekind. Rabeke, can. s. Martini Minden. 3. Theoder. Barcken, vic. eccl. Paderborn. 4. Joh. de Colonia, cl. Paderborn.	1. Joh. Keller, cl. Monast. 2. Joachim ter Zuisse, cl. Caminen.	20. IV. 1509 Georg. Post, cl. Missinen., produxit quendam processum de partibus coram officiali generali Monast. habitum.	10. X. 1505 commissio causae praesentatur. 12. X. 1505 Mag. Zutfeldus Wardenbergh proc. se obligavit de ratihabendo sub poena C ducatorum. 10. VII. 1509 commissio dependens praesentatur. 21. V. 1512 prorogatio fatalium, item 14. I. 1513 et 24. VI. 1514.	A. R. Manualia 53 u. 91
—			20. XI. 1508 commissio nova praesentatur.	A. R. Manuale 66
1. Gerard. Hesseler, cl. Monast. 2. Herm. Henghelckinck, cl. Paderborn. 3. Paul Brech de Colonia, laic. 4. Everard. Voltelen,		9. III. 1509 Christianus de Ligno produxit bullam mandati de providendo Joh. Dailde per Julium II. ao. 1503 concessum.	17. XII. 1508 commissio praesentatur. 13. XI. 1509 commissio dependens praesentatur. 17. V. 1511 excommunicatur Joh. Dailde, can. eccl. s. Joh. Osnabrug., ob non paritionem literarum executorialium. 26. III. 1511 prorogatio fatalium.	A. R. Manualia 76 u. 91 u. Commissiones

Numerus	Ao.	Titulus causae	Partes litigantes	Procuratores partium a) Actoris	b) Rei
			canonicum ecclesiae Osnabrugen.	gen, cl. Colonien.	
39.	6. VII. 1509	Parochialis in Goldenstedt et Mindensis beneficii	Henr. Dethardi	1. Joh. Weydeman 2. Thomas Regis 3. Alex. de Bononia 4. Paul. Beer 5. Theoder. Eynem 6. Bartold. Baldewini 7. Joachim Plate 8. Joachim Gesenitz	

Testes		Jura producta	Annotationes	Fontes
a) pro Actore	b) pro Reo			
cl. Osnabrug. 5. Joh. Stackelbeck, cl. Osnabrug. 6. Gaspar. de Glandorp, cl. Osnabrug. 7. Reyner. Honenveldt, cl. Osnabrug. 8. Joh. Grave, cl. Osnabrug. 9. Luder. Kistemacher 10. Henr. Voss 11. Joh. de Lith 12. Rembert. de Keyrsenbrock, can. Paderborn. 13. Joh. Keller 14. Joh. Tremelen 15. Joh. Hedeman 16. Tepard. Tekemborch 17. Joh. Bernevelt.			14. VII. 1511 Joh. Dailde principalis obtinuit commissionem contra Amelungum Snetlage post duas sententias conformes. 7. XI. 1511 dominus auditor ex officio deputavit praepositum et decanum ecclesiae sancti Dionysii Hervordensis in commissarios. 17. XII. 1511 prorogatio fatalium. Item 13. V. 1512, 1. VII. 1513, 14. XI. 1513. 16. XI. 1513 commissio dependens praesentatur.	
				A. R. Manuale 73

Numerus	Ao.	Titulus causae	Partes litigantes	Procuratores partium a) Actoris	b) Rei
				9. Martin. Gelinck 10. Joh. Meyendorp 11. Joh. Laster 12. Joh. Kiliani 13. Ludov. Knuppel 14. Joh. Miger 15. Herm. Schelinck 16. Herm. Schut 17. Joh. Varget	
40.	28. XI. 1509	Parochialis in Melingen et vicariae in Ruille	Herm. Ludeken	1. Rembert. Keirssenbrock	
41.	17. II. 1510	Parochialis in Bunden (Bünde)			
42.	15. III. 1510 | 16. VI. 1511	Bonorum feudalium	Nicol. de Langhen	1. Mag. Joh. Schutz	1. Joh. Schurman
43.	24. IV. 1510	Parochialis in Borcholthusen et aliorum beneficiorum	Anton. de Erffen	1. Thomas Regis 2. Joh. Schutz 3. Rotger. de Dungelen 4. Wedekind. Rabeken	

Testes		Jura producta	Annotationes	Fontes
a) pro Actore	b) pro Reo			
			28. XI. 1509 Rembertus Keirssenbrock proc. dedit mandatum principalis sui. Herm. Ludeken iuravit paupertatem	A. R. Manuale 76
			Haec causa citatur in causa Paderbornensi Vicariae in Blomberg	A. R. Manuale 64
	1. Rembert. Kersembroch 2. Gerard. Bode 3. Gerard. de Arsen 4. Joh. Tremlen 5. Henr. Nymeere 6. Jodocus Campis 7. Gerard. Wideman 8. Everard. Voltelen	26. V. 1510 Joh. Schurman proc. produci fecit tres processus in partibus habitos: unum coram Reynero Eysinck, officiali curiae Osnabrug., secundum coram Joh. Heck, decano eccl. s. Georgii Colonien. iudice et commissario, necnon tertium coram officiali Colonien.	15. III. 1510 Mag. Joh. Schutz proc. dedit mandatum sui principalis. 7. X. 1510 prorogatio fatalium	A. R. Manuale 76
				A. R. Manuale 80

Numerus	Ao.	Titulus causae	Partes litigantes	Procuratores partium	
				a) Actoris	b) Rei
44.	2. X. 1510 | 23. XII. 1513	Praetensae iurisdictionis seu spolii seu quotidianae distributionis Vgl. *C. Stüve* Geschichte des Hochstifts Osnabrück II (1872) S. 21 f.	Decanus et capitulum ecclesiae sancti Johannis Osnabrugensis et vicarii iuniores c^a^ vicarios antiquos	1. Georg. Vamstade 2. Joh. Keller 3. Bernard. Mocharius 4. Joh. Lemeken	1. Joh. Schutz 2. Henr. Summe, vic. eccl. s. Joh. Osnabrug.
45.	29. I. 1511 | 30. III. 1511	Tertiariae seu vicariae		1. Joh. Schutz	1. Joh. Lemeken
46.	1. X. 1511 | 21. XI. 1511	Vicariae trium Regum		1. Thomas Regis	1. Joh. Schutz
47.	5. V. 1512 | 26. V. 1512	Vicariae curiae episcopalis	Gerard. Weydeman		

Testes a) pro Actore	Testes b) pro Reo	Jura producta	Annotationes	Fontes
1. Marcus Valsche 2. Bruno Fockele, cl. Minden. 3. Bartold. Jordan, cl. Hildes. 4. Paul. Beer, cl. Verden. 5. Ludolf. Hake, can. eccl. Minden.	1. Joh. Mellis, cl. Osnabrug. 2. Marcus Valsche, can. eccl. s. Martini Minden. 3. Everard. Voltelen, cl. Osnabrug. 4. Theoder. Poleman, cl. Osnabrug. 5. Joh. Torwick, cl. Monast.	7. I. 1511 Joh. Kiliani, cl. Constant., produxit quondam processum in partibus vigore literarum compulsorialium generalium	23. II. 1511 remissoriae ad partes decernuntur. 30. IV. 1511 Joh. Keller proc. nominavit iudices in partibus Conrad. Wych, decan. eccl. sanctorum Johannis et Dionysii Paderbornen. et Joh. Kersenbrock, can. eccl. Osnabrug. 12. VI. 1511 Joh. Schutz proc. petiit iudices in partibus Officialem Osnabrug. et Amelung. de Snetlage, can. et cantorem eccl. Osnabrug. 13. VI. 1511 procuratores consenserunt in iudices Franciscum Grambeke, maioris, et Albert. Varle, collegiatae ss. Stephani et Willehadi Bremen. ecclesiarum decanos. 13. VI. 1513 commissio dependens praesentatur, item 2. VIII. 1513. 7. XI. 1513 citatur Joh. Schutz ex adverso proc. ad dicendum contra appellationem instante Joh. Lemeken proc.	A. R. Manualia 81 u. 84
			26. III. 1511 commissio dependens praesentatur. 30. III. 1511 citatur Joh. Lemeken ex adverso proc. ad dicendum contra commissionem executorialium ac videndum taxari expensas.	A. R. Manuale 73
				A. R. Manuale 85
			5. V. 1512 Gerard. Weydeman principalis obtinuit processum. 26. V. 1512 idem dedit articulos.	A. R. Manuale 73

Numerus	Ao.	Titulus causae	Partes litigantes	Procuratores partium	
				a) Actoris	b) Rei
48.	5. V. 1512 | 26. III. 1515	Archidiaconatus in Melle	Gerard. de Dincklage c^a Herbordum Baer	1. Herm. Ghyr	1. Joh. Funcke 2. Joh. Bueren 3. Joh. Redeliken
49.	15. VI. 1513 | 4. XI. 1513	Canonicatus et praebendae	Nicol. Meckelenbeck c^a Amelungum Varendorp et Alex. de Neronibus, cl. Florentin.	1. Thomas Regis 2. Jacob. Cortesius 3. Burchard. Holtupderheyde 4. Martin. Gelinck 5. Jacob. Friberga	I. *Alexandri de Neronibus* 1. Guilelm. Steyman, cl. Minden. 2. Thom. Regis 3. Joh. Buren 4. Theoder. Eynem 5. Conrad. Lange 6. Joh. Wydel
50.	26. X. 1513 | 10. V. 1514	Scholastriae	Theoder. Eykel	1. Christoph. Revoet 2. Nicol. Kemmerlynck 3. Petrus Nunboeck	1. Joh. Buren
51.	17. XI. 1513	Osnabrugen.	Joh. Daillde, can. eccl. s. Silvestri Quakenburgen. c^a Henr. Prefremolen.		

Testes a) pro Actore	Testes b) pro Reo	Jura producta	Annotationes	Fontes
1. Joh. Redelken 2. Joh. Torneman 3. Gerard. Wydeman 4. Joh. Sledhus. 5. Ludolph. Hake, can. eccl. Minden. 6. Otto de Dincklage, cl. Osnabrug. 7. Henr. ter Vische, cl. Osnabrug. 8. Bado Dunhof, cl. Osnabrug. 9. Herm. Koester	1. Henr. Summe 2. Joh. Wede 3. Gerard. Wydeman 4. Ludolph. Potter 5. Conrad. Langhe 6. Marc. Valsche 7. Reyner. Hobergh 8. Joh. Kiliani	21. V. 1513 Joh. Kiliani produxit quasdem literas Leonis X., unam gratiosam cum filis sericis et aliam executoriam cum cordula canapis necnon processum fulminatum per R. p. d. Joh. Copis, archidiaconum Hasbaniae in eccl. Leodien. 24. VI. 1513 notar. produxit quandam copiam regulae cancellariae de annali possessione Julii II.	5. V. 1512 Herm. Ghyr proc. dedit mandatum sui principalis. 24. VI. 1513 commissio dependens praesentatur. 9. I. 1514 deputantur iudices in partibus decanus et scholasticus ecclesiae Monast. 16. III. 1515 sententia definitiva pronuntiatur. 26. III. 1515 Mag. Joh. Redelken proc. contra sententiam appellavit.	A. R. Manuale 88
	I. pro *Alexandro de Neronibus* 1. Bernard. Worm, cl. Osnabrug. 2. Joh. Mawert, cl. Minden. 3. Joh. Hedtman, cl. Osnabrug. 4. Oliver. Juliardi		21. VI. 1513 commissio dependens praesentatur. 26. VI. 1513 Nicol. Meckelenbeck obtinuit, admitti Alexandrum de Neronibus ex adverso principalem, magistrum domus papae. 9. VII. 1513 dilatio in partibus.	A. R. Manuale 92
1. Joh. Euskirchen, cl. Colon. 2. Georg. Ninenheym, cl. Colon.		9. I. 1514 Christoph. Revoet proc. produci fecit regulam cancellariae Julii II.	10. V. 1514 sententia definitiva pronuntiatur.	A. R. Manuale 94
			17. IX. 1513 Joh. Dailde obtinuit commissionem contra suum adversarium post obitum Arnoldi Grundick intrusum.	A. R. Commissiones

(Fortsetzung folgt.)

2. Die Zehntbaulast nach der Fürstbischöflich-Würzburgischen Verordnung vom 11. April 1687.

Eine rechtsgeschichtliche Untersuchung.

Von Dr. jur. et rer. pol. *Ludwig Hagenauer,* Rechtsanwalt in München.

Einleitung.

Die Grundlage des Würzburger Baulastrechtes ist die von dem Fürstbischof Johann Gottfried II. von Guttenberg (1684—1698) erlassene fürstbischöfliche Verordnung vom 11. April 1687, welche in dem in Betracht kommenden Teile folgenden Wortlaut hat:

»Von Gottes Gnaden Johann Gottfried, Bischof zu Würzburg, des heiligen Römischen Reichs Fürst und Herzog in Franken.

Nachdem man von vielen Jahren her vernehmen müssen, wie dass sowohl wegen notwendigen Bau und Reparirens der Kirchen und Pfarrhäuser allhiesiger Wirzburgischen Diözes, als auch wegen Abhörung der Gotteshäuser- und Wallfahrtsrechnungen allerhand Difficultäten, Missverständnisse und Ungelegenheiten sich ereignet haben, solchen aber damit fürohin gänzlich abgeholfen und keine fernere unnötige quaestiones moviert werden mögen; als befehlen Wir hiemit gnädigst und wollen, dass, soviel die Bau- und Reparations-Unkosten betrifft, wiefern in dergleichen Fällen weder der Heilige noch die Gemeind solche zu tragen vermag, weniger schuldig zu sein erweisen kann, alsdann die Zehentherrn durchgehends (welche ihre vorschützende Exemtion nicht zu erweisen haben), hierzu der Zehenden Proportion nach zu konkurrieren schuldig sein, und dieses pro evidenti norma et regula, gleichwie anderer Orten, observirt werden solle . . .« [1])

Ihren ausgesprochenen Zweck, die Beseitigung der »Difficultäten, Missverständnisse und Ungelegenheiten« hat die Verordnung nicht erreicht. Im Gegenteil, gerade aus der Würzburger Praxis heraus, aus dem Konflikt der Herrn von Truchsess mit der Würzburger Regierung über die Baulast in Unteressfeld, hat sich die Streitfrage über die Baupflicht des Laienzehnts entwickelt, die zu Beginn des 18. Jh. viel Staub aufgewirbelt, weit über die

---

1) Sammlung der hochfürstlich-wirzburgischen Landesverordnungen, I. Teil (Würzburg 1776), S. 356.

Würzburger Grenzen hinaus gemeinrechtliche Bedeutung erlangt und bis in die neueste Zeit in Rechtsprechung und Literatur eine verschiedene Beantwortung gefunden hat.[1]) Neben dieser Streitfrage über die Baupflicht des Laienzehnts besteht ferner noch darüber Streit, ob nach der Verordnung vom 11. April 1687 die Gemeinde vor dem Zehntherrn baupflichtig ist.[2])

Beide Fragen bilden im Falle ihrer Bejahung Ausnahmen von den Bestimmungen des gemeinen Kirchenrechts, da nach diesem der Laienzehnt nicht baupflichtig[3]) und die Pfarrgemeinde erst zweitsubsidiär, d. h. nach den Zehntherrn baupflichtig ist.[4])

Eine Übersicht über die Geschichte und den jetzigen Stand der ersten Streitfrage gibt Meurer.[5]) Die zweite Frage ist zwar durch den Plenarbeschluss des bayerischen Oberappellationsgerichtes vom 12. Mai 1849[6]) mit der Kraft einer gesetzlichen Bestimmung[7]) beantwortet, diese Entscheidung wird aber neuerdings von Meurer als irrig bekämpft.[8]) In der Literatur haben sich ausser Meurer in der neueren Zeit Burkhard und Schmitt mit diesen Fragen befasst.

Bei der unklaren und missverständlichen Fassung der Verordnung von 1687, von welcher der erwähnte Plenarbeschluss des bayerischen Oberappellationsgerichts mit Recht sagt, dass ihre Worte unklar seien, eines geordneten sprachlichen Zusammenhanges entbehren und den wahren Sinn derselben nicht sofort erkennen lassen, ist die Auslegung mehr als sonst auf Anhaltspunkte angewiesen, die ausserhalb des Gesetzes selbst liegen. Für die Feststellung des objektiven Sinnes der Verordnung ist zunächst von Bedeutung die Erkenntnis des früheren Rechtes, dessen Unzulänglichkeit in den Eingangsworten ausdrücklich hervorgehoben ist, ferner die Klarlegung der geschichtlich erwachsenen Verhältnisse, deren Ordnung sie bezweckte, ihre Entstehungsge-

1) *W. Burkhard,* Zur Lehre von der kirchlichen Baupflicht (Erlangen 1884), S. 7/13; *P. G. Schmitt,* Die Kultusbaulast (Regensburg 1888), S. 145/182; *Chr. Meurer,* Das Zehnt- und Bodenzinsrecht in Bayern (Stuttgart 1898), S. 91/3.

2) *Meurer* a. a. O., S. 89 f.; *Schmitt* a. a. O., S. 182/224; *M. Permaneder,* Die kirchliche Baulast[3] (München 1890), S. 125 Anm. 118 zu § 70.

3) *Permaneder* a. a. O., § 20, S. 12 f.

4) Conc. Trid. Sess. XXI de ref. cap. 7.

5) a. a. O., S. 91 ff.

6) Regierungsblatt für das Königreich Bayern 1849, S. 553/561.

7) Gesetz vom 17. November 1837, Art. 3 (vgl. *Roth,* Bayerisches Civilrecht [2. Aufl. 1881] I, S. 116 f.), aufgehoben durch das Einführungsgesetz zur Zivilprozessordnung vom 29. April 1869, Art. 3 Ziff. 12.

8) a. a. O., S. 90 Anm. 2.

schichte, die den Willen des Gesetzgebers erkennen lässt, sowie die darauffolgende Praxis, die bei dem damaligen engen Zusammenhang zwischen Gesetzgebung und Rechtsprechung einen Schluss auf den Inhalt der Verordnung ermöglicht.

Eine rechtsgeschichtliche Untersuchung in dieser Richtung ist der Zweck der vorliegenden Arbeit. Als Quellen dienen die Protokolle des Geistlichen Rates, der zur Entscheidung von Baulaststreitigkeiten zuständigen Behörde des Hochstifts Würzburg. [1])

1. Abschnitt.

Die Baupflicht des Laienzehnts.

§ 1.

Der Rechtszustand vor der Verordnung vom 11. April 1687.

Ein Urteil des Obersten Gerichtshofes für Bayern vom 3. Februar 1873 [2]) stützt sich auf den Würzburger Kanonisten Barthel [3]) und nimmt an, dass »ohne Zweifel« auf Grund des von Barthel bezeugten Gewohnheitsrechtes die Verordnung vom 11. April 1687 ergangen sei. Der Oberste Gerichtshof ist also der Ansicht, dass der Laienzehnt, abweichend von den Bestimmungen des gemeinen Kirchenrechts, schon vor der Verordnung von 1687 im Hochstift Würzburg kraft besonderen Gewohnheitsrechtes baupflichtig gewesen und dass die Verordnung von 1687 nur die Kodifikation dieses Rechtes sei.

Schmitt (S. 148) ist der gleichen Meinung: das Gewohnheitsrecht, dem zufolge die laisierten Zehnten zur Kultusbaupflicht dienstbar gemacht worden seien, finde seine erste greifbare Ausgestaltung und Anerkennung durch die Verordnung vom 11. April 1687.

Diese — weder von Schmitt noch vom Obersten Gerichtshof irgendwie begründete — Ansicht ist irrig.

Um die Mitte des 17. Jahrhunderts finden sich einige Fälle, in denen der Zehntherr baupflichtig erscheint:

---

1) Die Protokolle des Geistlichen Rates (= G. R. Pr.) befinden sich im bischöflichen Ordinariatsarchiv zu Würzburg und sind nach Jahresbänden zitiert, z. B. G. R. Pr. v. 8. März 1683 fol. 43 = Band 1683, fol. 43.

2) Sammlung der Entscheidungen Bd. 2 S. 97.

3) Annotationes ad univ. jus canonicum, (1765) ad lib. III tit. 48, p. 302: in diöcesi Herbipolensi ex generali consuetudine tenentur [decimatores laici reparare ecclesias].

Im Jahre 1644 bittet der Pfarrer von Ebenhausen, Pfarrhaus und Kirche vor Ruin zu bewahren. Darauf erging folgendes Conclusum des Geistlichen Rates:

»*Soll dessenswegen bey H. Dombdechandt ein Memorial überlassen, und weil die von Münster den Zehent allda, im Fall der Noth darzu cooporiren ein mehreres alß der Patron, der da nichts uffzuheben.*«

(G. R. Pr. 1644 f. 149).

Der Pfarrer von Hettstadt ersucht im Jahr 1649 zur Wiederherstellung der baufälligen Kirche »*die 40 fl so bey H. Praelaten zu closter Zell von dem burgerspital, wegen praetension auff dem erkaufften Haus in arrest gelegt, mögten gefolgt werden.*«

Der Geistliche Rat beschloss:

»*Weilen das burgerspital ius prioritatis auff dem erkaufften Haus gehabt, könne man dem Gotteshaus Hettstadt dieses gelt contra Hospitale nit zu erkennen, damit aber dem Gotteshaus auch geholfen soll Hr. Prälat als decimator dies orts interim der gemeindt etwas an gelt furstrecken, damit er nit endlich den gantzen bau von neuem richten müsse.*«

(G. R. Pr. vom 6. Oktober 1649, f. 49).

Die Rechtsnorm, auf Grund deren diese Heranziehung der Zehntherrn erfolgte, ist ersichtlich aus dem Waldbüttelbrunner Baufall vom Jahre 1650:

»*Die Gemeindt zu Büttelbronn vorm Forst beklagt sich abermall wider daß Stifft S. Burckhardt, daß sye sich nit verstehn wölln zu Unkosten zur aufferbauungh der Kirchen allda, da das Stifft doch schuldig sey alle Unkosten zu zahlen. Celsissimus: man solle den Burckhardtinischen syndicum dahin disponieren, daß sye die 130 maltr güldt frücht schwinden lassen statt des anderen halben theils Unkosten.*«

(G. R. Pr. vom 13. Mai 1650, f. 44).

»*Man hat abermal wegen der Büttelbrunner vorm Forscht ihrer Kirchenbaw halber, mit Herrn Demradt, syndico ad S. Burckhardum conferirt, auch ihme dahin disponirt, das ihrig nach ihrer ietziger möglichkeit darzu zu thun, nit ex gratia, wie sye wölln vorgeben, sondern ex debito dem CC° Tridentino gemeß, weiln sye einen solchen stattlich jährlich Zehendt alda haben, gleich sye circa 1601 annum eben dise abgebrandte Kirch, damalen gar zu klein, erweittert haben. Thuen aber die Undterthanen alle handtarbeit und sonsten, was sye thuen können.*«

(G. R. Pr. vom 8. Juni 1650, f. 47).

Nicht auf ein Würzburger Gewohnheitsrecht wird die Baupflicht der Zehntherrn gestützt, sondern auf die Bestimmungen des Konzils von Trient, also auf gemeines Kirchenrecht.

Hiefür ist ein weiterer Beweis die folgende Stelle:

»Wegen Erbauung des Kirchenthurms zu Helmstadt wurde communicato consilio mitt H H. weltlichen Räthen deliberirt, wohero die unKosten zu nehmen, undt Decretirt, auch durch H. Statthalters Hochw. Gn. befohlen das neben der Chorverwaltung zu Homburg, auch das Closter Holtzkirchen titulo Decimatoris in Tridentino fundato, das seynige dar bey thuen solle. Excipirte zwar gegen dieses Decret H. Valentinus Baro de Sintzing, alls ermelten Closters praebendarius: doch beharrte H. Statthalters Gn. sowohlen alls beederseitz H. Räthe bey einmal gemachten Beschluss, in Bedenken das die Chorgefell gering, Underthanen arm, undt dem Closter Holtzkirchen auch vor diesem dieses onus zugemuthet worden, wie ex protocollo Anni 1630 zu ersehen.«

(G. R. Pr. vom 27. Februar 1658, f. 13).

Herr von Sintzing wollte allerdings eine Verpflichtung des Klosters Holzkirchen nicht anerkennen:

»H. von Sintzing wendete unterschiedliche exceptionen eyn gegen das Ihm insinuierte Decret in causa exstruenda Ecclesiae Helmstadiensis, doch endtlich erklähret er sich, wofern die Underthanen bey Ihme supplicando einkommen sollten, wollte er selbigen, so viel möglich, mitt einer freywilligen beystewer an die handt gehen.«

(G. R. Pr. vom 8. März 1658, f. 15).

Drei Jahre später ging man aber energisch gegen das Kloster Holzkirchen vor:

»H. Vogt zu Helmstatt referirt mündlich, wie das ihm selbiger Pfarrer hatte zugeschrieben, das die Deck in der Kirchen baufellig, das nicht allein Er auff dem Predigtstuell, sondern auch die Pfarkinder in der Kirchen leibs undt lebens nicht sicher, würde ungefehr auff die 29 fl lauffen, weilen die britter schon lengsten vorhanden gewesen, begehrt inzwischen hülff, bis die Decimatores von Ihre Churfürstl. Gn. dahin angehalten würden. Res. Man wolle inzwischen von dem fiscalat ambt so viel vorstrecken, und Ihre Churfürstl. Gn. ersuchen, einen arrest auff den zehent H. Probstes zu Holtzkirchen zu erlauben, weilen er allein seine quotam noch schuldig undt rückständig.«

(G. R. Pr. vom 22. Juni 1661, f. 46).

In anderen Stellen ist die rechtliche Grundlage der dezimatorischen Baupflicht nicht ausdrücklich hervorgehoben:

»*Martinus Stiel Pfarrer zu Burggrumbach bericht, daß daß Pfarrhauß alda gar baufällig; wenn daß wasser anlauft, stehe daß gantz hauß im wasser. Ihre Churfürstlichen Gnaden haben den Zehendt alda. Muß Herrn Statthalter referirt werden.*«

(G. R. Pr. vom 15. Januar 1653, f. 8).

„*Auf H. Statthalters gnädigen befehl soll an gesamte Herrn decimatores wegen des Kirchen Thurms zu Böttigheim geschriben werden, ihre quotam proportione servata herbey zu tragen, damit selbiger widerumb auffgebaut werde, welches auch die hochfürstl. Würtzb. Cammer für ihren Teil zu thuen begert.*«

(G. R. Pr. vom 9. Juni 1662, f. 32).

»*Ihre Churfürstl. Gn. befehlen gnädigst den 27. Febr. nachmittag in bey sein H. D*ris *Winheim 1*mo *des Spitals Bischoffsheim an der Tauber gefäll wo mans haben kann so weit in arrest zu nehmen, als ihre quotam betrifft zu aufferbauung des gotteshaus Impfingen, undt sie cläger machen.*«

(G. R. Pr. vom 28. Febr. 1663, f. 12).

»*Ihre Churfürstl. Gn. befehlen gnädigst den 8*ten *Novembris in bey sein H. D*ris *Fiscalis nachmittag . . , ...*

Weilen die decimatores so schuldig zu den Kirchenbaun zu concurriren, auff güttliches Zuschreiben das ihrige nicht beytragen, hinfüro mit arresten sie darzu anhalten.«

»*Ihre Churf. Gn. haben ggst befolhen von den decimis die pfarrhöff zu Ebern, Wittighausen und andertswo zu bauen. q. qbr.*«

(G. R. Pr. vom 5. Dezember 1663, f. 89).

Die Praxis der Würzburger Regierung war jedoch nicht gleichmässig. Im Gegensatz zu der entschiedenen Haltung in obigen Fällen schlug der Geistliche Rat andern Zehntherrn gegenüber weniger energische Töne an und manche Zehntherrn blieben ganz unbehelligt.

»*Die Ranninger berichten, ihre Kirchen seye gantz baufällig, weilen aber die Gemeindt undt der Heylig gantz unvermöglich, also pitten sie Jhnen zu gestatten damit die hundert gulden, so sie an deren Pfersdörffer geltern schuldig darzu anwenden zu lassen. Res: Kellern zu Ebenhausen zu schreiben und dem Pfarrer, man sollte ihnen 36 Gulden von diesen 100 fl zu dem Kirchenbau folgen lassen, die Gemeindt ſolle das Übrig verschaffen.*«

(G. R. Pr. vom 26. September 1649, f. 47).

Trotz Unvermögenheit von Kirchenstiftung und Gemeinde wird der Zehntherr nicht in Anspruch genommen, sondern eine anderweitige Beschaffung der Mittel versucht.

»*Pfarrer und gantze gemein von Happertshausen bitten umb ein beyhilff zu ihrer verbrandten Kirchen aufferbauung.*«

(G. R. Pr. vom 18. März 1650, f. 25).

»*Die Happertshäuser bitten umb ein beyhilff zu ihrer Kirchenbau; ist Herr Dhumbprobst patronus, auch theil am Zehendt hatt; daher seyndt sye angewiesen zu suchen; seyndt die unKosten ad 440 fl nur die Handtwerksleuth betreffendt.*«

(G. R. Pr. vom 6. Mai 1650, f. 47).

»*Casparus Schilling Pfarrer zu Happertshausen bitt neben der gantz gemein umb nachlaß der 30 fl bäth, so sye in das ampt Rodenstein Kellern zu Stattlauringen schuldig seyen, damit sye ihre Kirche vollig ausbauen können.*«

(G. R. Pr. vom 14. Oktober 1650, f. 77).

Obwohl auch hier die Gemeinde, wie aus ihrem Gesuch hervorgeht, unvermögend ist, blieb doch der Zehntherr, der Dompropst von Würzburg, von der Baupflicht verschont.

Selbst in Fällen, wo der Geistliche Rat die Baupflicht des Zehntherrrn ausgesprochen hatte, konnte sich dieser seiner Verpflichtung entziehen, ohne dafür zur Rechenschaft gezogen zu werden. So hatte, wie oben (S. 425) gezeigt, der Geistliche Rat unterm 8. Juni 1650 die Baupflicht des Stifts St. Burkhard an der Kirche von Waldbüttelbrunn unter ausdrücklichem Hinweis auf die Bestimmungen des Konzils von Trient festgestellt. Laut Protokoll vom 5. August 1652 (f. 91) verlangten die Waldbüttelbrunner wiederholt die vollständige Herstellung der Kirche durch den Zehntherrn. Allein ohne Erfolg:

»*Schultheiß zu Waldbüttelbrunn und Pfarrer zu Höchberg*[1]) *bitten, ob sye von dem Heiligen etwas an Zinß, und auch capital mögen anwendten zu volliger außbauung der Kirche allda. Res: weiln die Gemeindt schuldig ist die Kirch außzubauen, soll ihnen zugelassen werden, die hinderständig Zinß dahin anzuwenden, was mit der Billigkeit kann heraußgebracht werden; waß sye aber von den lauffenden oder auch von den Capitalien*

1) Waldbüttelbrunn war bis 1858 Filiale von Höchberg. Dass es sich hier um die Kirche von Waldbüttelbrunn und nicht etwa um die von Höchberg handelt, ergibt sich ausser aus der Person des Schultheissen auch aus dem Rubrum des Protokolls, das »Waldbüttelbrunn« lautet.

auffnehmen, sollen sye wider restituiren, und die capitalia verzinsen.«

(G. R. Pr. vom 28. Juli 1653, f. 70).

Der Geistliche Rat gab sich also trotz der früher ausgesprochenen Verpflichtung und trotz der — aus der Darlehensaufnahme ersichtlichen — Unvermögenheit der Gemeinde damit zufrieden, dass der Zehntherr die Kirche nicht baute.

»Herr Pfarr von Neubrunn bringt ahn das Pfarrhaus alda sey gantz baufellig. Res. ist die probstey Holtzkirchen dann Jllustrissimus Herbipolensis als decimatores ieder pro quota schuldig zu bauen, schützt zwar Herr von Sintzig als probst zu Holtzkirchen vor es wäre ein Vertrag vor handen in welchem versehen das Würzburg allein schuldig zu bauen.«

(G. R. Pr. vom 13. Oktober 1655, f. 61).

Die Baukosten wurden aber weder von den Zehntherrn noch von dem nach Ansicht des Herrn von Sintzig allein baupflichtigen Hochstift Würzburg bestritten, sondern aus einbehaltenen Pfarrgefällen gedeckt:

»Weilen nicht zu finden wer den Pfarrbau zu Neubronn zu bauen schuldig, undt gleichwohl selbiger nothwendig repariert werden mus, auff daß sie ihren äigenen Seelsorger haben mögten: Als solle jetzigen Pfarrherrn zu Böttigheim undt Neunbronn zugeschrieben werden, das hinführo bis selbiger pfarbau reparirt, und völlig aufferbaut, H. Cammermeisters Herrlichkeit von selbigen Pfarrgefällen iährlich 10 mltr Korn einbehalten werde, undt darzu anwenden.«

(G. R. Pr. vom 4. April 1664, f. 20).

Von besonderem Interesse ist eine auf Unteressfeld bezügliche Stelle, dessen Baupflichtverhältnisse zu Beginn des 18. Jahrhunderts Gegenstand des bekannten Streites zwischen den Herren von Truchsess als dortigen Zehentherrn und der geistlichen Regierung waren. Im Jahre 1657 scheint man an den Zehntherrn, der später mit so grossem Nachdruck in Anspruch genommen wurde, noch nicht gedacht zu haben:

»Die under Eißfelder[1]) sollen entzwischen die 100 fl von der Chürchen nemmen und zu der Chürchen bau anwendten, auch das Holz führen lassen, biß bekhandt werde, wer zu bauen schuldig ſeie.«

(G. R. Pr. vom 10. Januar 1657, f. 3).

1) = Unteressfelder.

Unterm 16. April 1663 befahl der Fürstbischof:

»Item wegen erweiderung der Kirchen zu Burkardroth alle decimatores proportione servata anzulegen, hetten hernach die Pfarrherrn und gotteshäuser sich zu beschwehren, sollten sie supplicando einkommen, solt ihnen auch verholffen werden.«

(G. R. Pr. vom 16. April 1663, fol. 20).

Es war demnach Beschwerde gegen die Inanspruchnahme seitens der Zehntherrn zulässig.

Von Mitte der sechziger bis Ende der siebziger Jahre des 17. Jahrhunderts finden sich in den Protokollen des Geistlichen Rates keine Baufälle, die für die vorliegenden Fragen in Betracht kämen. Von da an sprudeln die Quellen aber um so reichlicher.

»Die Pfarkinder zu Gosmansdorf bey Ochsenfurt begeren mündt- undt schriftlich, wer schuldig sie den pfarrhoff zu bauen, sagen sie wisten sich wohl zu verinnern das hiebevor ein Dombkapitulischer Baumäister gebauet, H. Dombprobst hette den zehendt. R.: Man wolte nachsuchen, undt sich erkündigen, inzwischen solle an pfarn geschriben werden, bericht erstatten, weme Er inzwischen die pfarrbaugelter erlegt.«

(G. R. Pr. vom 1. Juli 1678).

»Pfarrer zu Goßmansdorf (am Main) tuht bericht auf befehlch wer hiebevor selbigen Pfarrhoff gebaut, wer des orths Decimator, und weme er Pfarrer sein Jährlich baugeldt geliffert habe, das der Dohmkapitulische baumeister habe die bauhe beschauet; wie dan H. Dohmbprobst alhier seye Decimator, und 3° habe er sein gewöhnliches baugeldt hiesigen baumeistern geliffert.

Concl. Könte die Gahn Erben sowohl daß hochw. Dohmbkapitul und H. Dohmprobst als Decimator zu solcher des pfarrhaus reparirung contribuiren, insonderheit, weillen nach bezeichnuß des Dohmcapitl. baumeisters diese und dergleich Pfarren Cels^mo^ A° 1674 seindt eingewiesen worden, sehe man nicht, wie daß Dohmcapitul allein selbig zu bauen schuldig seye.

Celsissimus: Die Anno 1674 vom Dohmcapitul beschehene etliche pfarren einraumung oder ubergebung wehre von Cels^mo^ nicht acceptirt worden, dahero weillen daß hochw. Dohmcapitul allezeit von selbig pfarrn die zehn fl. Jahrliches baugeldt eingenommen, wehre es auch schuldig selbig zu bauen.«

(G. R. Pr. vom 3. März 1679, Bd. II f. 61 f.).

Allem Anschein nach haben aber weder das Domkapitel noch der Dompropst gebaut; denn vom gleichen Jahr findet sich folgende Stelle:

»Schultheiß, Burgermeister und gantzes gericht zu Goßmansdorf suppliciren nochmahlen underthänigst umb beförderung der ihres pfarrhauß reparirung.

Conclus. Vermeinen H H. Räth, soferne einige geldtstraf gefallen sollte, dieselbe dieser notwendigen reparirung dieses pfarrhoffs anzuwenden.«

(G. R. Pr. vom 12. Juni 1679, Bd. II f. 161).

»Pfarrer zu Oberschwarzach bericht 1mo wie daß die pfarr Kirchen alda absonderlich bey dem Marie Altar also baufallig seye, das er nicht sicher darauf celebriren könne: weillen an gemeltem altar schont zum öffteren stein, Kalch, holz etc. herunder gefallen, und solches hinführo auch anderwerts in besagter Kirchen zu besorgen: Solchem Unglück aber vorzukommen und der Kirchen zu helffen seye nicht in des gotteshaus vermögen, weillen die Einkünfften, so under den Underthanen stehen, wegen sonst grossen beschwärnussen nicht seyndt noch können beygebracht werden: massen dann pfarrer selbsten und Kirchendiener dessentwegen noch von einem gantzen Jahr hero ihre Verdiente wenige einkünfften zu fordern haben ......

Conclusum ad 1mm: man findet in den büchern, die Gemeinde daselbst seye die helffte, die andere helffte aber der heilig zu bauen schuldig: weillen es aber auf beeden seiten schlecht bestelt, und Ihre Hochfürstl. Gn. Zehendherr ist, kan bey dero um ein gnädigste beysteyer und allmosen darzu underthänigst supplicirt werden.«

(G. R. Pr. vom 12. August 1678, Bd. II f. 25 ff.).

Trotz Unvermögenheit der beiden Verpflichteten besteht kein Anspruch gegen den Zehntherrn, es muss vielmehr »um ein gnädigste beysteuer und allmosen darzu underthänigst supplicirt werden.« Der Fürstbischof leistete also seinen Beitrag nicht auf Grund einer rechtlichen Verpflichtung, sondern aus freien Stücken.

Ähnlich verhielt es sich in dem Baufall von Donnersdorf:

»Schultheiß, gericht und gemeindte zu Donnerstorff berichten, wie das ihr Gotteshauß dermassen bawfällig seye, das weder der Prister, weder die Pfarrkinder ihren gottesdienst sicher verrichten können, dahero bitten Sie underthänig umb besserung gedachter ihrer Kirchen.

Conclus. Man solle ihnen bettelbrief außfertigen, in den umbliegenden örter ein beystewer samblen zu können.«

(G. R. Pr. vom 12. August 1678, Bd. II f. 26).

»Schultheiß, gericht undt gemeindt zu Donnerstorff suppli-

ciren, daß weillen man Ihnen voriges Jahr ein patent umb die mittel, für Ihr höchst ruinoses Gotteshaus zu repariren, bey denen Christmildtig Seelen zu erbitten, ist ertheilt worden, die von der gemeindt abgeschikhten aber bishero nicht mehr als 50 fl eingebracht, undt solches zu vorhabendten nothwendig Bau noch zu wenig, damit sie aber dem täglich förchtenten ruin vorkommen, undt ihnen unvermöglich leuthen geholffen werden mögte, bitten sie nit allein umb Ihr patent zu renoviren, sondern auch bey Sr. Hochfürstl. Gn. für sie unterthänigst zu bitten, damit ihnen das nothürfftige Holzwerk aus dem Staigerwalt mögte abgefolgt werden.

Conclusum daß Patent seye ihnen widerumb begehrter massen zu renoviren, ob aber zu reparation des gotteshaus das gebettene holtz zu abfolgen stehe bey Ihr Hochfürstl. Gn. gnedigst befehl.

Celsissimus et reverendissimus princeps: wegen des verlangten Holtz wäre mit der Cammer zu conferiren.«

(G. R. Pr. vom 3. Mai 1679, Bd. II f. 126).

»*Donnerstorffer Gericht und gemeindt bitten widermahlen underthänigst ihnen zu nothwendigster reparation ihrer baufälligen Kirchen, woran in der Nacht schont ein stück eingefallen, die hilfliche handt zu leisten.*

Conclus. Die höchste Noht seye bekandt, befinde sich auch in denen alten visitationibus localibus, daß Ecclesia ipsa und dieselbe Gemeindt schuldig seindt zu repariren, dahero für rahtsam gehalten worden dem daselbigen Amtsschreiber zu befehlen, daß Er fürderlich anhero berichte, ob 1mo die Gemeindt vermöglich, waß dem heiligen für Capitalien zuständig, ob, undt wieviel uf nechst zu diesem Endt von Celsissimo selbiger gemeindt gndst milgetheilter Samblungs Patent zusammengebracht, wohin es verrechnet seye, waß noch mangle, und wohero der Uberrest der mitteln herzunehmen wehre; wie ingleichen denen Supplicanten an die handt zu geben, daß sie bey Celsissimo umb die darzu nötige beholtzung auß dem Zabelstein underthänigst bitten mögten.«

(G. R. Pr. vom 12. Januar 1680, f. 16).

»*Pfarrer, Schultheis undt gericht zu Donnersdorff geben nochmahlen den ublen Zustand ihres ruinosen gotteshaus zu vernehmen, undt berichtet zugleich der Beambte zue Traustatt, daß selbiges also baufällig, daß fast täglich daß einfallen zu besorgen, absonderlich aber des thurns, dadurch die schöne*

Glockhen verderbt würden, die unkosten belauffen sich ufs wenigste uf 400 Rthlr. Dann werden auch 120 stamm grob- undt 260 stämm gering bauholtz erfordert, wozue weder daß gotteshauß, welches kaum die nothwendigkeit zum gottesdienst schaffen kann, noch die verarmbte, undt in schwehren schuldten steckhende gemeind im geringsten nichts geben könne, waren zwahr 50 fl. dazue erbetlet wordten, seye aber weit nit erkleckhlich, bitten also umb gottes willen, daß zu Verhüdung grösseren Unglückhs undt schadens ihnen mit nechsten geholffen werdten mögte.

Conclusum. Wiewohlen die hohe nothurfft hierin gar zu wohl bekant, so wisse man iedoch an seiten des geistlichen Raths nit, wie denen Supplicanten zu helffen, wann S. Hochfürstl. Gn. sich nit angreiffen und ihnen ein gnad thuen wolle. Conferatur cum camera.«

(G. R. Pr. vom 21. August 1680, f. 410).

Obwohl also die primär Verpflichteten (Kirchenstiftung und Gemeinde) notorisch unvermögend sind und obwohl ein dringendes Bedürfnis zum Bauen gegeben ist, kommt keiner der Beteiligten auch nur auf den Gedanken, den Zehentherrn in Anspruch zu nehmen, ein Beweis, dass der Zehntherr nicht als baupflichtig betrachtet wurde. Dies ergibt sich auch aus dem weiteren Verlauf des Falles:

Am 20. November 1680 (G. R. Pr. vom gleichen Tag f. 546) wiederholten Pfarrer, Schultheiss und Gericht von Donnersdorf ihre Bitte. Am 19. September 1681 (G. R. Pr. vom gleichen Tag, f. 344) bat die Gemeinde Donnersdorf, ihr etwas aus der Verlassenschaft des Bamberger Domherrn von Reinach, der seinen Nachlass armen Gotteshäusern zugewendet habe, zukommen zu lassen. Am 12. Dezember 1681 (G. R. Pr. vom gleichen Tag, f. 408) machte der Rentmeister ausführliche Vorschläge bezüglich der Reparatur der Kirche. Und anfangs des Jahres 1682 heisst es dann weiter:

»*Pro tertio erinnert mehr gemelter Rentmaister von wegen der kirch zur Donnersdorff, daß dieselbe, ehe dan sie gar zu hauffen fallen, undt unersezlichen schaden thuen mögte, nothwendig ohne längeren Uffschueb gebauet werden müsse, zu welchem endte er unlengsten, wie undt auf waß weiß selbiger bau anzurichten were, seinen Vorschlag gethan habe; weilen dan nun hierüber Sr. Hochfürstl. Gn. die befürderlichste hülff zu thuen befohlen hetten, undt weder daß gotteshaus, noch die*

gemeindt ausser der frohn arbeit undt fuhre, von wegen armuth nichts dabey thuen könne, also allein an den mitlen, woh selbe herzunehmen, gelegen; So seint neben dem Rentmeister auch geistliche Räthe der meinung, das daßjenige waß noch uber die 50 fl. so die gemeind hiezue erbetlet, undt 24 fl. so die Carthaus Astheimb, als decimator beytragen wolle, noch werde ermangeln werden, von einem der eingezogenen Clöstern hergenommenen undt damit widerumb ein wehrhaffter bau gesezt werden könne: beruhe also lediglich bey Sr. Hochfürstl. Gn. gnädigster resolution.«

(G. R. Pr. vom 14. Januar 1682, f. 15).

Am Rande dieses Protokolls steht dann folgende Bemerkung:

»Celsissimus. Soll bey Sr. Hochfürstl. Gn. nechster hinabkunfft eines von den eingezogenen Clöstern vorgeschlagen werden, worvon man die übrigen baukosten nehmen könne. Ist das Closter Wechterswinckhel vorgeschlagen worden.«

Man liess also die Karthause Astheim, die den Zehnt in Donnersdorf hatte, unbehelligt, obwohl sie unaufgefordert 24 fl beisteuerte, und verlegte sich vielmehr auf Bettelbriefe und Gnadengesuche an den Fürstbischof. Hiebei ist zu beachten, dass der Zehntherr nicht etwa auf eine von ihm vorgebrachte »Exemption« hin befreit blieb, sondern dass man von vornherein ihn überhaupt nicht in Anspruch nahm.

Ein weiteres Beispiel für eine Baulastfreiheit der Zehntherrn bietet Zell unterm Ebersberg:

»Pfarrer, Gotteshaußpfleger und ganze Gemeindt zu Zell under Ebersberg bitten umb 100 stämben holtz, so Sie zu ihres gantz ruinirten und augenblicklich den einfall trohendten Gotteshauß reparation von nöten haben, wie auch umb einen glaubwürdigen allmosen Brieff die darzu gehörige 100 Rthlr. baukosten, wo nicht völlig doch zum meinsten ein zu samblen, in Betrachtung das Gotteshauß sambt der selbigen gemeindt gantz unvermöglich, und die reparations unkosten dahero zu tragen unmöglich falle.«

(G. R. Pr. vom 9. März 1679, Bd. II f. 54).

»Pfarrer zu Zell under Ebersberg gibt befelchten bericht, daß er zwar bey denen underthanen und den beambten, wer die Kirchen daselbst zu bauen schuldig, nicht erfahren könne, doch vermeine er, es werden sich noch etliche documenta selbige Pfarr und Pfarrhoff betreffendt bey dem Truchsessen von Wezhausen, alß deme hiebevor das Dorf gantz zuständig gewesen, finden

lassen, wan nuhr von hier aus selbig Truchsessischer Syndicus ersucht wurde, damit er gleich seinem ....[1]) *gethanen versprechen gemees solche documenta aufsuchen, und die diese Pfarr belangendte dessen von Wezhausen befelch nach aushändigen lasse.*«

(G. R. Pr. vom 17. März 1679, Bd. II f. 79).

»*Die gemeindt zu Zeyl*[2]) *under Ebersberg bitten underthänigst, daß obwohlen Se. Hochfürstl. Gn. zu Ihrer Kirchen vorhabender reparation, bereits 100 stämm holz, theils aus der Bambergischen, theils Würzburgischen waldtung gdgst verwilliget, andere materialien auch, als stein und kalch würklich bey handten seint, weillen jedoch sie die nothwendig gelts mittel für die arbeiter nit uffbringen könten, wohl aber mit frohnen daß ihriche dabey thuen wollten: Se. Hochfürstl. Gn. gndgst geruhen wollten, in ansehung des allda habendten zehendts, mit einer geltsteuer den bau zur perfection zu verhelffen.*«

Conclusum. Dieweillen glaublich, daß Supplicirendte gemeind die zu den vorhabenden nothwendigen Kirchenbau, nothwendige geltsmittel, als 'arme underthanen nit aufbringen werdten können; gleichwohlen aber das werckh ohne bevorstehendten unklükh nit also ersizen kan: So seye es ein punctus gratiae, und stehe lediglich bei Sr. Hochfürstl. Gn, ob dieſelbe der underthänigst Supplicirenden gemeindt noch etwas zu solchen undt aus gnaden steuern wollen. Soll die gemeind selbst bey Sr. Hochfürstl. Gnaden einkommen.«

(G. R. Pr. vom 12. August 1680, f. 395).

Wenn also der Zehntherr etwas gab, so war dies keine Pflicht, sondern ein »punctus gratiae«.

»*Schultheis, Burgermeister undt Gemeindt zu Auffstetten bitten underthänigst, daß weillen Ihr gotteshauß dergestalt ruinos, daß es den täglichen ruin trohe, undt weder von desselben mitlen, weder von der armen gemeindt erbauet werdten könne, Ihnen zu den endte einen sammelbrieff ertheilen zu lassen, damit sie Christlicher undt freygebiger leuth beysteuer ansuchen könnten, des gleich bittet, undt berichtet für sie, zur befürdterung Ihrer intention der beambte zu Röttingen.*

Conclusum. Weillen sonsten auf andr weg denn Supplicanten nit wohl geholffen werden könne, So vermeinen geist-

1) An dieser Stelle steht ein unleserliches Wort.
2) Muss zweifellos Zell heissen.

liche Räthe, daß Ihnen der gebettene Sammelbrieff wohl auszufertigen undt zu geben seye.«

(G. R. Pr. vom 19. Juni 1680, f. 298).

Der Zehntherr wird auch hier nicht in Anspruch genommen. Anders im Jahr 1688 (s. unten § 5), wo man den Aufstettnern »auf ander weg« zu helfen wusste, indem man nämlich die Zehntherren beizog.

In weiteren Stellen wird die *Baulastfreiheit des Zehnts ausdrücklich ausgesprochen.* Sehr interessant ist folgende:

»Von der weltlichen Rathstuben würd in sachen des vorhabenden Pfarrhaus bau zue Trapstatt ein extract aus dem gebrechen Protocoll des inhalts communicirt, wie daß das hochstifft Würzburg, wan man es nach den Canonibus considériren wolle, billig das Pfarrhaus widerumb auf zu bauen habe weilen aus desselben befelch daselbe eingerissen undt zerstöret worden: ausserdeme seye bekant, daß wan die fabrica Eccl. als deren obgelegen Ecclesias vetustate collapsas zu repariren nicht sufficient, zuforderist die Clerici et beneficiati, qui Ecclesiae fructus percipiunt, ad reparationem in so weit anzuhalten ſeyen, als die fructus ihre sustentationem ubertretten, undt wan dan auch diese ob inopiam nichts beytragen mögten, die Parochiani, als zu deren favor solche erbauet werden, iuxta Conc. Trident. Sess. 21. C. 7. de reform. dazu anzulegen seyen. So vill aber die decimatores anbelange, seye zwahr nicht ohne, daß einige classici auch dieselbe dazu anhalten wollen, die mehreste aber sustinirten daß contrarium, aus dem fundament, weillen nirgends dieses onus denen decimis undt denen Besitzern, sondern allein denjenigen, welche die fructus Ecclesiae genieſſen, uffgebürdet wird: die decimae aber welche von der Kirchen separirt, undt anderen zugewendet worden, nicht under die fructus der Kirchen mehr können gerechnet werden. Dahero damit man nicht daß Vorhabendte guete Werckh cum actu iniustitiae besudle, vermeinen ihro Hochfürstl. Gn. man hette uff andere undt solche mittel zu gedenckhen, die vor gott, undt der welt zu verandtworden, undt denen Canonibus gemees seyen, undt weillen diese sach proprie ad forum Ecclesiasticum gehörig, were selbige mit der geistlichen Rathstuben zu überlegen, undt von dahero ein gutachten einzuholen, worauf so dan ihre Hochfürstl. Gn. sich ferner gnädigst erklären wollten.

Disem nach ſeint geistliche Räthe des dafür haltens, weillen daß Concil. Trident. am oben angeführten orth allein de Ecclesiis reparandis, nicht aber de domibus parochialibus handlet, undt waß dasselbe darin statuiret nicht wohl auf die Pfarrhäuser extentirt, undt vermeint werden könne, hie aber allein von einem Pfarrhaus die quaestion ſeye: daß dahero Se. Hochfürstl. Gn. bey deroselben bereits gefaster gdgster Resolution verbleiben, undt daß Pfarrhaus zue Trapstatt von dero Hochstifft mit zu thuung selbiger Pfarreingehörigen frohn führen undt hand arbeiden widerumb uffgerichtet werden könne.

Celsissimus. Cum S. Congregatio, idem censuerit de domibus, pro necessaria Parochi habitatione, intelligendum, quod de Ecclesiis Parochialibus decisum est (ut ex Declarationibus ad citatam sess. XXI c. VII de reformatione ad verb. »Parochiales vero« Nr. 4. constat) Als solle die regul zum Pfarrhausbauh, gleich wie zu einer Pfarrkirchen gehalten werden, undt das hochstiefft Würtzburg, weillen es an der destruction schuldig, adhibitis proventibus ad Ecclesiam quomodocumque spectantibus, conferentibus etiam Summam aliquam (si adsint) patronis, mit zuethuung selbiger Pfarreingehöriger frohnfuhren undt handarbeiten, das Pfarrhaus wieder auffrichten. Undt obwohlen de stricto jure die Zehendherren (praesertim si ante Concilium Lateranense possederint) zue einer beyhülff nicht allerdings anzuhalten, so sollten sie iedoch guetlich Ermahnet werden, damit sie in etwas concurriren, weilen sie in gemeldem capite VII. durch die word: qui fructus aliquos ex dictis Ecclesiis provenientes percipiunt, tacite inbegrieffen seind, cum omnes Decimae primitus ab Ecclesia proveniant; et Decimae fructus dicantur, c. Nuncios et c. Ex parte, in secundo. De Decimis etc.« (c. 6 u. 21 X 3, 30).

(G. R. Pr. vom 8. Juni 1682, f. 159 ff.).

Diese Stelle enthält die Äusserungen von drei verschiedenen Seiten: des weltlichen Rats, des geistlichen Rats und des Fürstbischofs. Mit der hier interessierenden Frage haben sich nur der erste und der letzte beschäftigt, aber beide sind der gleichen Ansicht, dass die Zehntherren nicht baupflichtig sind. Hiezu ist zu bemerken, dass nicht etwa das Hochstift Würzburg oder der Fürstbischof Zehntherr von Trappstadt war, sondern, wie aus einer späteren Stelle hervorgeht (s. unten § 5), die Faust von Stromberg.

Besondere Beachtung verdient der vom weltlichen Rat auf-

gestellte Satz, dass »die decimae aber, welche von der Kirchen separirt, undt anderen zugewendet worden, nicht under die fructus der Kirchen mehr können gerechnet werden«. Der weltliche Rat des Hochstifts Würzburg war also schon im Jahre 1682 der später von Böhmer und der Tübinger Juristen-Fakultät vertretenen Ansicht, dass der gegenwärtige Besitz dem Zehnt seine Qualität gibt, nicht der Ursprung (vgl. Meurer S. 94; Schmitt S. 172). Weder der geistliche Rat noch der Fürstbischof widersprechen der Ansicht des weltlichen Rates; letzterer bestätigt vielmehr ausdrücklich die Baulastfreiheit des Zehnts, offenbar weil er die Begründung des weltlichen Rats für zutreffend erachtete. Die von Schmitt (l. c.) als »sophistisch« bekämpfte Ansicht ist also nicht, wie dieser annimmt, zuerst von J. H. Böhmer vertreten worden, diese Ansicht herrschte vielmehr schon Ende des 17. Jahrhunderts in Würzburger Regierungskreisen, wobei hinsichtlich der Laienqualität des Zehnts kein Unterschied gemacht wurde, ob er vor oder nach dem 3. Lateran-Konzil in Laienhände kam, wenn auch der erstere besonders hervorgehoben wurde (»praesertim«).

Aber nicht nur der Laienzehnt war baulastfrei, sondern auch der geistliche:

»Die gemeind zue Oberplechfelt bittet der orths zehentherrn, als daß Julier Spithal pro 4/9, die Pfarr undt Beneficium daselbsten zu 3/9 und die Pfarr Herlheimb zu 2/9 dahin zu vermögen, auf daß sie zu vorhabender reparation dasigen gotteshaus, einen bytrag thuen mögten; weillen die gemeind es allein zu richten zu unvermöglich; dabey berichtet der orths Beambte, wie weder in dem gemeind- noch in dem ambts Saal Buch zu finden, wer daß gotteshaus zu bauen, oder ob die Zehentherrn etwas dabey zu tuen schuldig seyen, wisse dahero keinen Vorschlag zu thuen.

Conclusum. Weillen die decimatores de jure daß gotteshauß zu bauen nicht schuldig, sondern allein etwas auß guten willen bey zu tragen, zu disponieren; hingegen aber ausser dem Spithal die zwey andere ihre portion selbsten hoch bedürfftig seint, daß also von Ihnen kaum etwas zu hoffen: So könnte man mit dem Spithal derentwegen sich underreden, ob es etwas bey der Oberplechfelder Kirchen Reparation thuen, oder aber einen anderen thunlichen Vorschlag erfinden könne.«

(G. R. Pr. vom 21. August 1682, f. 21).

Wenn also ein besonderer Rechtstitel für die Baulast nicht aufzufinden war, waren die Zehntherren nicht baupflichtig.

»*Es haben Se. Hochfürstl. Gnaden auf daß neulich von Einer gemeind zue Berg Reinfelt bey deroselben underthänigst gethanes anlangen, umb dasiges gotteshaus, weillen es vill zu eng, zu erweiteren, dahin gnädigst Resolvirt, daß geistliche Räte, undt sambtliche Vorsteher des Julier Spithals allhier conferiren, undt wiederumb underthänigst berichten sollen, ob, und wie nehmblich berührte Kirch zu erweitern, undt woher die nothurfft hiezue zu nehmen seye, diesem zu gehorsamsten folgen würd heut mit dem Julier Spithal verwalter eine Unterredung vorgenommen; allein aber weilen man an keinem orth die aigentliche nachricht, wer zue gemeltem Berg Reinfelt zu bauen schuldig seye, finden können: so fallet von dem Verwalter der ienige Vorschlag, welcher seinem Bedeuden nach hierin antecedenter bereits geschehen seyn solle; daß nehmlich die Berg Reinfelder gemeind auß lieb zu diesem nöthigen werckh, neben den fuhren undt frohn arbeiten, noch Tausent gulden solchergestalt bey zutragen fast Resolvirt ware, wan daß Spithal so vill geld underdessen vorschiessen, undt hingegen zihlweiß mit leidentlichen fristen ohne pension, von Ihnen widerumb annehmen wollte, undt weillen seinem des Verwalters bedunckhen nach, die vorhabende erweiterung der Kirch, ohne abbrechung der alten, undt stellung einer neuen, also zwahr under 5000 fl. nicht wohl ins werckh geführt werden könne: So seye daß Spithal erbiedig von seinem orth auch 1000 fl. zu diesem werckh bey zutragen. gleichwie nun von seiten des geistlichen Raths die nothwendigkeit einer grösseren Kirchen der orths, allerdings bekant, undt hingegen der ienige, so zu bauen schuldig nicht gefunden werden kan: allso halltet derselbe diesen Vorschlag in so weit für genehm, wan nehmblich zu dem Übrigen, so der anschlag erfordert, zum theil Sr. Hochfürstl. Gn. undt anderen theils der decimator, H. Probst des Stiffts Haug, respective auß sonderbahren gnaden undt nicht ex rigoroso debito concurriren wollten. Allermassen dann Herr Statthalters Hochw. undt Gn. undt als Probst zue Haug der orths decimator, obigen Vorschlag bey abgelegter Relation in tantum guetgeheißen, mit dem vermelden, weillen Ihnen wohl bekannt, daß das Kirchlein* zu *Berch-Reinfelt nothwendtig erweiterens vonnöthen habe, daß Sie dahero, wan es an Sie kommen sollte, an Ihrem orth ebenfalls mit guetwilliger beyhülff nicht ermanglen wollten. Hallten*

jedoch forderist für Rathsamb, weillen Ihnen der anschlag zu hoch, undt zweifelhafftig schiene, ob nicht etwan die gemeind der orths zu bauen schuldig were, daß derentwegen der anschlag gemindert, indeme mit 3000 fl. wohl ein Kirch gebauet, undt dan in loco zue Berg Reinfelt die allte leuth, undt andere so hievon wissenschafft haben können, von einem oder anderen Rath ausgenommen werden können: wozue zugleich Dr. Fiscalis undt L. Wigant eventualiter vorgeschlagen worden.«

(G. R. Pr. vom 27. November 1682, f. 270 ff.).

Aus diesem mehr langen als klaren Protokoll geht wenigstens soviel mit Sicherheit hervor, dass ein etwaiger Beitrag des Zehntherrn »auß sonderbahren gnaden, undt nicht ex rigoroso debito« erfolgte.

Sehr lehrreich ist auch der Fall Gädheim:

Die Gemeinde Gädheim klagte über die Baufälligkeit ihres Pfarrhauses, worauf der Geistliche Rat beschloss:

»*Obschon man befindet, daß die Supplicirende gemeind selbsten selbiges Pfarrhaus zu erhallten schuldig, undt sie es auch nicht leugnen können, weillen aber dieselbe ihre armuth vorschuzet, undt sich auf die Decimatores beruffet: So könne ihnen durch der orths Pfarrern undt Kellern zue Haßfurth an die Hand gegeben werden, denen derentwegen zuzuschreiben were, daß sie bey den Decimatoribus, dem Closter Ebrach undt Universitat*[1]) *nehmblich, sich darumben, ob sie auß gutem willen (weillen die schuldigkeit noch in quaestione) etwas dazue beytragen mögten geziemend anzumelden hetten: außer dem man sonsten, wan nicht Se. Hochfürstl. Gn. auß purer Gn. etwas hiezu steuern wollten, nicht zu helffen wisse.*«

(G. R. Pr. vom 29. November 1683, f. 264).

So lange kein *besonderer* Verpflichtungsgrund vorliegt (»in quaestione«), ist der Zehntherr nicht baupflichtig.

»*Pfarrer zue Gedheimb remonstriret nochmahlen die baufälligkeit selbigen hauß, und bittet umb Ihnen ein patent, auf daß Sie zu desselben nothwendiger neuer aufführung ein almusen samlen können, mit theilen zu lassen, und die decimatores der orth ad concurrendum zu vermögen.*

Conclusum. Es seye zwahr dem befinden nach die Gemeinde selbsten zu bauen schuldig; allein aber weillen es dieselbe aus bekanter armuth nicht thuen könne, und ehender das Pfarrhaus

---

1) s. die Fussnote auf der folgenden Seite.

zu hauffen fallen müsse: So könnte erstlich wohl das gebettene patent ertheilet, und in gleichem die decimatores, die da seint das Closter Ebrach und Maria Burghausen,[1] *zu einem beliebigen beytrag disponiret werden.*

Celsissimus. Waß Maria Burghausen ahngehet wollen Se. Hochfürstl. Gn. davon das Ihrige thuen, und derentwegen mit der Cammer sich unterreden, wan anderster das Closter Ebrach nach proportion concurriren werde.«

(G. R. Pr. vom 21. März 1685, f. 84).

»*Der Prelat zu Ebrach als Condecimator zue Gedheimb entschuldiget sich ab deme, daß man Ihne ad Concursum zue des gottes- undt Pfarrhauß reparation sollicitirt habe, mit dem vermelden, daß nicht er, sondern selbige gemeind es zu thuen schuldig seyen.*

Conclusum. Hieruf were zu antworten, daß obwohlen man Ihme einen beytrag zu thuen nicht als eine schuldigkeit angemuthet, Man gleichwohlen verhoffet habe, er werde sich in etwas wenigstens aus einem guten willen, in ansehung armuth an seiten der gemeind, und daß Ihr will mit der unvermöglichkeit gehindert seye, verstehen: wesswegen man nochmahlen des Versehens zu Ihm, als einen geistlichen und reichen Prelaten zumahlen, seye, daß er des von der orth habenden nuzens willen zu einem so nothwendigen, und zu der Ehr gottes gereichten werckh sich von einer nicht allerdings löblicher gespahrsambkeit nicht gleich praeoccupiren, sondern eine ruhmbliche liberalitet durch einen unpraeiudicirlichen concursum von Ihme scheinen lassen werde.

H. Statthalter: Es werde doch schwerlich etwas verfangen, doch könne man es probiren.«

(G. R. Pr. vom 9. Mai 1685, f 126).

Der skeptische Herr Statthalter behielt Recht. Der Prälat war von einer unlöblichen »Gespahrsamkeit« und zahlte nichts. Man versuchte es daher mit einem anderen Vorschlag:

»*Demnach sowohlen der Pfarrer als auch die gemeind zue Gedheim die nothwendige reparation selbigen Pfarrhaus sollicitiret, mit dem weiteren Bericht, daß in underbleibenten fall dasselbe mit nechstem zu gänzlichem ruin gerathen werde; und*

1) Die Güter des ehemaligen Cistercienserinnen-Klosters Maria Burghausen wurden 1582 der Universität inkorporiert (Realschematismus der Diözese Würzburg, S. 236), woraus es sich erklärt, dass einmal die Universität und das andere Mal Maria Burghausen als Zehntherr genannt wird.

aber die gemeind, die solche reparation zu thuen schuldig were, bey ieziger Zeit nicht vermöglich; und in ansehung dessen S. hochfürstl. Gn. als pro parte condecimator wegen des Closters Maria Burghausen, sich zu einem beytrag in gnaden declarirt: So halltet man dafür, daß bei des werckhes selbsten urgirenten steuerung, die zum Uberschlag kommenden Kosten in 2 Theil ausgetheilt, davon ein Theil von den decimatoribus, dem Closter Mariaburghausen undt Closter Ebrach, getragen, zu dem anderen halben Theil aber von der Hazfeltischen verlassenschaft, so ohne deme ad causas pauperum vermeint, deme, was die arme gemeind an arbeiten undt fuhren contribuiren werde, etwas beygesteuert werden könne.«

(G. R. Pr. vom 11. Februar 1686, f. 47).

Allein der Prälat ging auch auf diesen Vorschlag, der seinen Beitrag um die Hälfte reduzierte, nicht ein. Er machte allerdings ein Angebot:

». . . . *Pro secundo erbiedet sich ermelter Prelat (von Ebrach) zuer reparation des Pfarrhaus zue Gedheimb, in ansehung seiner daselbsten geringen habenten gefällen 6 Rthlr. auß einem guten willen herzugeben.*

Conclusum. Es können im gleichen dise 6 Rthlr. angenommen werden.«

(G. R. Pr. vom 7. Juni 1686, f. 108).

Wie sich aus dem weiteren Verlauf ergibt, war der Betrag von 6 Reichsthalern zu gering. Inzwischen erging aber die Verordnung von 1687 und — im Jahre 1688 wurde der Zehnt des Prälaten kurzerhand mit Arrest belegt. (G. R. Pr. vom 16. Juni 1688, f. 201, und vom 27. September 1688, f. 326, bei Schmitt S. 191).

Man braucht nur das Protokoll vom 9. Mai 1685 mit den beiden des Jahres 1688 zu vergleichen, um den Umschwung zu erkennen, der durch die Verordnung von 1687 eingetreten ist. Dort die liebenswürdigsten und schmeichelhaftesten Komplimente gegen den Herrn Prälaten, um ihn zu einem freiwilligen Beitrag zu veranlassen, hier der gemessene Befehl zur Erfüllung seiner Verpflichtung und nach Nichtbefolgung desselben unnachsichtliche Zwangsvollstreckung.

Die folgende Stelle ist deswegen von besonderem Interesse, weil in dem betreffenden Baufalle der Fürstbischof Johann Gottfried II., auf dessen Anordnung die Verordnung von 1687 er-

ging, als Freiherr von Guttenberg zu den beteiligten Zehntherrn gehört.

»*Se. Hochfürstl. Gn. Communiciren von Bamberg eine Memorial der gemeind zu Kirchlauter, worinnen dieselbe umb eine steuer zuer reparation dasigen ruinosen Pfarrhaus bitten, weillen man aber daruf wer der orthen dergleichen gebäu zu erhalten schuldig, aigentlich nicht wissen kan, und auch die unvermögenheit der Supplicanten und armuth mehr als vill bekant, undt den Zehent genus der orthen niemand, als die von guttenberg haben: So were Sr. Hochfürstl. Gn. zu dero gnädigsten belieben zu stellen, ob dieselbe zu diesem so nothwendigen, undt außer einer der gleichen hülff ohnbefürderlichen werckh von dem Zehent der orthen etwas auß sonderen gnaden reichen lassen mögten.*

Celsissimus werden aus sonderbahren gnaden und mitleiden die verfügung thuen, damit die decimatores (doch zu keiner schuldigkeit) selbiges Pfarrhaus in bau hiernechstens bringen mögen.«

(G. R. Pr. vom 23. Mai 1685, f. 143).

Weitere Belege enthalten die in § 2 angeführten Stellen.[1]) Aus den bisher beigebrachten ergibt sich, dass in der Zeit von 1644 bis 1663 zwar mehrfach die Baupflicht der Dezimatoren, zum Teil unter Berufung auf das Konzil von Trient betont, diese Forderung aber keineswegs allgemein durchgeführt wurde. In dem Jahrzehnt, das der Verordnung unmittelbar voranging (1678 bis 1687), wurde die Forderung des Konzils von Trient ganz fallen gelassen und es, zum Teil unter ausdrücklicher Erklärung, dass keine Rechtspflicht vorliege, lediglich als angemessen betrachtet, dass die Dezimatoren *freiwillige* Beiträge bei Baufällen leisten. Es ist also die Annahme Schmitts und des Obersten Bayerischen Gerichtshofes, dass vor der Verordnung vom 11. April 1687 im Hochstift Würzburg alle Zehntherrn ohne Ausnahme baupflichtig gewesen seien, unzutreffend und ebenso das Zeugnis Barthels hinsichtlich der angeblichen generalis consuetudo vor 1687.[2]) Deshalb kann man die Verordnung von 1687 nicht als eine Kodifikation des unmittelbar vorher geltenden Rechtszustandes bezeichnen.

---

1) s. insbesondere S. 447 (Schondra) und 450 (Freudenberg).
2) s. oben S. 424.

§ 2.

Die Verordnung vom 11. April 1687.

Für die Auslegung der Verordnung vom 11. April 1687 ist auch ihre Entstehungsgeschichte von besonderer Bedeutung. Die Feststellung dieser Entstehungsgeschichte ist allerdings, wenn nicht überhaupt unmöglich, bei einem Gesetz des 17. Jahrhunderts mit ungleich grösseren Schwierigkeiten verbunden als bei einem Gesetz der Neuzeit. Abgesehen von dem Mangel an Aufzeichnungen war ein solches Gesetz nicht das Produkt langer Verhandlungen zwischen mehreren gesetzgebenden Faktoren; die ganze Gesetzgebung lag lediglich in der Hand des Herrschers, aus dessen unbeschränktem Willen das Gesetz entsprang wie Pallas Athene aus dem Haupte des Zeus, vielfach ohne eine »Entstehungsgeschichte« gehabt zu haben. Dies gilt auch von der Verordnung vom 11. April 1687. Ausser den zwei Stellen G. R. Pr. vom 24. Januar 1687, f. 27 und vom 29. Januar 1687, f. 35 (s. bei Schmitt S. 150 u. 151), die man wohl als Vorläufer der Verordnung bezeichnen muss, sind Aufzeichnungen, welche sich auf Vorarbeiten für die Verordnung beziehen, in den Protokollen des Geistlichen Rats nicht enthalten. Immerhin sind einige Fälle verzeichnet, von denen man mit einem hohen Grad von Wahrscheinlichkeit behaupten kann, dass sie Anstoss und Anlass zu der Verordnung waren. Wenn also oben in der Einleitung von der Entstehungs-»Geschichte« die Rede ist, so ist dies cum grano salis zu verstehen.

Zu den erwähnten Fällen gehört in erster Linie der Pfarrhausbau zu Schondra. Da ihn auch Schmitt in Zusammenhang mit der Entstehung der Verordnung bringt[1]) und ihn zur Auslegung der Verordnung verwertet, sollen zum Verständnis der eigenartigen Schondraer Verhältnisse auch die älteren Stellen angeführt werden.

»*Herren Domkapitulares wollen mit ihr churfürstlig gnaden als Herbipolensi episcopo das ihrige ius patronatus zu Schondra mit dem iure patronatus zu Sultztahl außwechslen.*

Concl. weilen inaequalitas in eo, das zu sultzthal das pfarhaus von der gemeindt, zu schondra aber von dem Patrono

1) S. 150, wo gesagt wird, dass die Verordnung geradezu veranlasst wurde durch den Einwand laisierter Zehnten im Fürstentum *Fulda* und Würzburg. S. auch S. 152 Anm. 15.

müsste gebaut werden, können herrn räth ihres theils nit darzu rahten, solle jedoch ad referendum genommen werden.«

(G. R. Pr. vom 19. Januar 1656, f. 9).

Nach dieser Stelle hatte also das Würzburger Domkapitel als Patron die Baulast am Pfarrhaus zu Schondra. Der vom Domkapitel vorgeschlagene Tausch ist aber, wie sich aus einer späteren Stelle (s. S. 446 f.) ergibt, offenbar doch noch zustande gekommen.

»*Pfarrer zu Schondra hatt zwar holtz bekommen von den Würtzburger nechsten waldungen, zu erbauung einer scheuer, und reparirung deß Pfarrhoffs; Es mangelt aber ietzo an geldt, auch der Fronen. Responsum: man muss an H. Vicarium Generalem nacher Fuldt schreiben, damit Er solches bey ihr Dhurchlaucht H Cardinalem und Abbten zu Fuldt beweglich vorbringe, und die Fron außwürken wolle: betr. daß geldt, sey von alhiesigen vicariat verwilligt, ad hundert fl. oder thlr alda auffzunehmen, und solche gelder mit einer Pfarwisen versichern: Jährlich von denen 10 fl so er Pfarrer schuldig jährlich in den Pfarhoff zuverbauen, den Zinß entrichten; die übrige jährlich in Capitul Carolstadt dem H. Commissario aufflegen. biß etwas mercklicht zusammen kombt, etwas nach und nach von capital abzulegen.*«

(G. R. Pr. vom 8. Mai 1675, f. 26).

Der erwähnte Tausch scheint hier schon vollzogen zu sein, weil aus den Würzburger Waldungen Holz geliefert wurde. Die Tatsache, dass man sich zur Erwirkung der Fronen an den Abt von Fulda wandte, erklärt sich daraus, dass die Schondraer, obwohl zur Diözese Würzburg gehörig, Fuldaische Untertanen waren, wie sich aus einer späteren Stelle ergibt, wo es sich darum handelt, ob in Schondra das Fest des hl. Kilian oder des hl. Bonifazius zu feiern sei:

. . . , . »*daß Se. hochfürstl. Gn. an den Pfarrer zue Schondra zu schreiben gnädigst befohlen haben, weillen selbige obwohlen Fuldische Underthanen, doch gleichwohlen Würzburgische Diocoesani . . . . . .*«

(G. R. Pr. vom 5. Juli 1686, f. 130).

Eine weitere Eigentümlichkeit von Schondra war, dass die Kirche auf Fuldaischem, das Pfarrhaus dagegen auf Würzburger Gebiet lag.

(G. R. Pr. vom 7. August 1680, f. 375 f.).

Die Verhältnisse in Schondra boten also reichlich Gelegenheit zu Konflikten.

Der hier interessierende Streitfall begann 1683, wo der Geistliche Rat bezüglich des Pfarrhausbaues zu Schondra folgendes Conclusum fasste:

»*Waß aber nun die quaestion woher? angehet, weillen hiebevor, als auf diese Pfarr Schondra Ein Hochw. Dombkapitul daß jus patronatus gehabt, dasselbe daß Pfarrhauß undt daß bauliche wesen zum öffteren besichtiget, auch sich desselben ahngenommen, undt aber nun mehr gemelte Pfarr, vermittels der von Einem Hochw. Domb Capitul beschehener abtrettung des juris Patronatus pleno iure dem Hochstifft Würzburg verwanth*: *So will man gänzlich dafür hallten, daß auch das onus reparandi mit herüber gegangen, undt derentwegen Sr. Hochfürstl. Gn. bey nun bedurfftigen Fall, daß Pfarrgebäu zu erhallten schuldig seyen.*«

(G. R. Pr. vom 29. November 1683, f. 264).

Das Stift Fulda wird hier noch nicht erwähnt. Fürstbischof Johann Gottfried hat das Pfarrhaus zu Schondra in den folgenden Jahren zunächst auf seine Kosten gebaut, dann aber eine teilweise Erstattung von Fulda gefordert:

»*Bey der den 12. Januarii gethaner underth. relation befehlen Se. Hochfürstl. Gn. gdgst, weillen Sie gleichwohlen den Pfarrhof zue Schondra im fuldischen mit 1300 fl. Speesen hetten erbauet, und doch gleichwohlen nur pro* 2/3 *decimator waren, dahin zu denckhen, wie das Stifft Fulda, als mit Zehentherr pro* 1/3 *ihr contingens noch beyschießen, undt hiesiger Cammer umb so vill dadurch ersezet werden mögte.*«

(G. R. Pr. vom 14. Januar 1686, f. 14).

Hier taucht auf einmal ein neuer Gesichtspunkt auf: der Zehnt. Während im Jahr 1656 und im Jahr 1683 nur davon die Rede ist, dass der Patron (als solcher) baupflichtig sei, stellt sich der (seit 1684 regierende) Fürstbischof auf den Standpunkt, dass er nicht in seiner Eigenschaft als Patron, sondern als Zehntherr gebaut habe. Dieser Standpunkt hatte, da der Fürstbischof den Zehnt in Schondra nicht allein besass, den Vorteil, den Condezimator, nämlich das Stift Fulda, zum teilweisen Ersatz der Baukosten heranziehen zu können, er entsprach dem gemeinen Kirchenrecht aber nicht der unmittelbar vorher in Würzburg üblichen Praxis. Der Widerstand Fuldas verursachte den Streit.

Der weitere Verlauf ergibt sich aus folgenden Stellen:

»Christian Gorthian, Pfarrer zue Schondra dociret durch Manalien undt scheinen der handwerckhsleuth, item des beambten bericht, daß er in selbiges neue Pfarrhaus 125 fl. von dem seinigen verwendet habe: und bittet umb dessen restitution.

Conclusum. Der Pfarrer seye wegen des uber seine schuldigkeit ausgelegten Geldes schadlos zu hallten, und weillen im übrigen daß Pfarrhaus zue Schondra, so bey 1300 fl. gekostet, von S. hochfürstl. Gn. ex mediis decimarum erbauet, von dem Stifft Fulda aber dazue als condecimatore nichts bey getragen worden, so ist auf Sr. hochfürstl. Gn. gnädigsten befelch dahin zu schreiben, auf daß selbiges contingens pro rato noch bey getragen werden mögte.«

(G. R. Pr. vom 20. Februar 1686 f. 54).

»Die geistliche Räthe zue Fulda antworten auf daß ienige schreiben, worinnen man wegen des zue Schondra habenden 1/3 Zehents, zue selbigen Pfarrhausbau, der bey 1300 fl. gekostet, ihren beytrag begehrt, wie daß selbiger seits zu nichts verstanden werden könne, weillen der bau ohne ihrer communication undt wissen geschehen, auch sonsten daß fundamentum bey Ihnen seye, daß sie niehmahlen zu dergleichen bauen etwas bey getragen, undt allhier man selbsten pro principio hallte, daß die decimatores weder zu erhaltung, noch aufbauung der gottes- oder Pfarrer häuser zu concurriren schuldig seyen. Dahero sie von solcher beschwehrnus befreyt gehallten zu werden verhofften.

Conclusum. Hierauf könne geantwordet werden, obwohlen allhier bey dem Hochstifft Würzburg daß ienige nicht in exercitio seye, daß die decimatores zu uffrichtung der Kirchen undt Pfarrhäuser bey zu tragen schuldig: undt dazue rigorose gehalten werden,[1]*) weillen aber nichts destoweniger bekanten Rechtens, dass die decimae propter divina, worunder die Pfarrhäuser auch gehörten, angeordnet, und ex hac consideratione Se. hochfürstl. Gn. allhier sich ihres orths dergestallt angegriffen, undt als ordinarius et Episcopus loci gar nicht schuldig gewesen mit iemand anders darauf zu communiciren, vill weniger einen consens einzuhohlen: So were zum wenigsten die aequitas und derselben erforderung, daß Selbige gegen einer so ansehnlich habenden nuzung auch zu dem*

1) Hier wird die Baulastfreiheit der Zehntherrn im Hochstift Würzburg ausdrücklich bestätigt, obwohl man vom Stift Fulda gerade auf grund seines Zehntbezugs Ersatz verlangte.

abgesehenen und in etwas sich angreiffen, undt ihre quotam zu obigen Pfarrhaus bau contribuiren theten, zu welchem man sich versehe, da im widrigen fall es auf die underthanen, sonderheitlich auf die Fuldischen kommen müste.«

(G. R. Pr. vom 10. Mai 1686, f. 94).

»Occasione dises befehlen Se. Hochfürstl. Gn. daß man von Fulda von wegen des neu erbauten Pfarrhaus zue Schondra ihren beytrag pro portione decimarum daselbsten urgiren, undt auch dahin schreiben solle, damit selbige auf Hilters Pfarrente underthanen zu reparirung dasigen Pfarrhaus ihren theil contribuiren mögten.«

(G. R. Pr. vom 30. Januar 1687, f. 38).

»Die geistliche Räth zue Fulda antworten auf die an dieselbe widerumb geforderten beytrag zu dem neu erbauten Pfarrhaus zue Schondra, undt den vorhabenten Pfarrbau zue Hilters, das sie nehmblich zu nichts sich verstehen können, weillen die von hier allegirte consuetudo, das nehmblich solche bäu von den[1] *decimatoribus (wan sonsten niemand schuldig seye) verrichtet werden müssen, nicht bestehe, undt das in casu es obtiniren sollte, Sie gleicher gestallt gegen das Hochstifft wegen der im Fuldischen habenten Zehenten, in gleichen Fällen verfahren könten, und bezihen sich de reliquo auf das ienige was sie sub dato 10. May undt 19. July geschriben haben ......* (Folgt ein auf den Pfarrhausbau in Hilders bezüglicher Passus).

Conclusum. Auf dises der Fuldischen argumentum were zu antworten, so vill das Pfarrhaus zue Schondra betrifft, undt sich auf das Decretum Celsissimi sub dato den 11. Aprilis 1687 inserendo formalia eiusdem,[2] *zu bezihen, das nehmblich die decimatores in casibus, wan der Heylig nicht sufficient, noch sonsten mittel sich vorgeben wollen, die decimatores dergleichen geistliche bäu zu stellen schuldig seyen, undt das Ihne nicht Praetrocinire,*[3] *das sie solchen falls gleicher gestallt gegen das Hochstifft wegen der im Fuldischen habenten Zehenten, verfahren könten, in deme man in casu simili die obligation des decimatoris nicht weniger werde beobachten undt erfüllen müssen; dahero sie bei solcher bewantnus es hoffentlich zu dem ienigen,*

---

1) nicht »*allen*«, wie Schmitt S. 152 Fussnote 16, gesperrt gedruckt zitiert. Uebrigens hat Schmitt auf S. 184, wo die Stelle nochmals angeführt ist, auch »*den* Decimatoribus«.

2) Die Worte von »sub dato« bis »eiusdem« stehen mit einem entsprechenden Verweisungszeichen am Rande des Protokolls.

3) Die erste Silbe dieses Wortes ist sehr schwer leserlich, Schmitt S. 153 Anm. setzt dafür »patrocinire«.

so die mittel der Rechten an die Hand geben, nicht kommen lassen werden .....« (Der Schluss bezieht sich wieder auf Hilders).

(G. R. Pr. vom 28. April 1687, f. 130 f.).

»*Die geistliche Räthe zue Fulda antworden auf das sub dato den 23. May dahin abgangenes schreiben, den Pfarrhaus bau zue Schondra und Hilters betr, das gleichwohlen in dem Stifft Würzburg der gebraug seye, daß die decimatores zu solchen bauen zu concurriren schuldig seyen sollen, bey Ihnen aber seye es nicht recipirt, dahero sich zu nichts verstehen könten, undt bezihen sich im übrigen ad priora.*«

(G. R. Pr. vom 1. September 1687, f. 282).

Vor Erlass der Verordnung vom 11. April 1687 konnte man den Herren in Fulda bei der zuletzt in Würzburg herrschenden Übung nicht gut bestreiten, dass eine Rechtspflicht zum Bauen für die Zehentherren nicht bestehe. Man berief sich daher auf die »aequitas und derselben erforderung«. Daraufhin erklärte Fulda, dass das Hochstift Würzburg, wenn das Pfarrhaus in Schondra durch die Zehntherrn ohne eine Verpflichtung hiezu aus Billigkeitsgründen hätte hergestellt werden wollen, sich vorher mit Fulda ins Benehmen hätte setzen müssen; nachdem Würzburg ohne zu fragen auf eigene Faust gebaut habe, müsse es auch die Konsequenzen tragen und die Kosten allein bezahlen. Gegenüber diesem Einwand berief sich der Würzburger Fürstbischof, der vorher als Patron und dann als Dezimator aufgetreten war, auf seine Eigenschaft als »ordinarius et Episcopus loci«, der als solcher nicht schuldig sei, sich mit jemand ins Benehmen zu setzen. Allein die Herren in Fulda liessen sich auf nichts ein und verweigerten beharrlich den verlangten Beitrag. Denn dass sie etwas gezahlt hätten, ist nach der letzten Stelle nicht anzunehmen, zumal der Fall in den Protokollen weiterhin nicht erwähnt ist, die Regierung in Würzburg sich also zufrieden gab.

Mit dem Fall Schondra hat eine auffallende Ähnlichkeit der bereits oben[1]) geschilderte Fall Gädheim. Hier wie dort ist der Fürstbischof nur zum Teil Dezimator und hier wie dort stösst sein Versuch, den Baufall aus Zehentmitteln zu bestreiten, auf den energischen Widerstand des Condezimators. Es ist daher sehr begreiflich, dass er sich nach einem Mittel umsah, um die Condezimatoren, deren Baulastfreiheit er selbst zugeben musste,

1) S. 440 ff.

zur Konkurrenz heranziehen zu können. Das konnte naturgemäss nur dadurch erreicht werden, dass man auf die vor 1663 bereits betonte Bestimmung des Konzils von Trient zurückgriff, was auch durch die Verordnung von 1687 geschah.

Dass die Verordnung auf die Fälle Gädheim und Schondra zugeschnitten ist, gewinnt dadurch an Wahrscheinlichkeit, dass die Konkurrenz »*der Zehenden Proportion nach*« ausdrücklich erwähnt wird. Denn gerade die verhältnismässige Beteiligung an den Baukosten spielte in beiden Fällen die Hauptrolle.

»Diffikultäten, Missverständnisse und Ungelegenheiten« rief auch der Kirchenbau zu Freudenberg am Main hervor. Auf den Bericht des dortigen Schultheissen, Bürgermeisters und Rates über die Baufälligkeit ihrer Kirche und auf ihre Bitte, das Domkapitel zu Mainz als decimator universalis zur Reparatur zu veranlassen, erging folgendes Conclusum des Geistlichen Rates:

»*Die höchste nothwendigkeit in diesem werckh seye bereits mäniglichen bekant, undt erinnert man sich dabey, daß Se. Hochfürstl. Gn. zwahr nicht dafür hallten wollen, daß die decimatores de Rigore zu erbauung der gottes- und Pfarrhäuser angehallten*[1]) *iedoch in so weit in hoc passu gnädigst eingewilliget haben, daß gleichwie die benachbahrten Herrschafften in solchen Fällen gegen das Hochstifft Würzburg verhallten, gleicher gestallt gegen denselben verfahret werden könne; Weillen dan nun verschiedene frische exempla geben, daß Chur Mainz auß diesem grund etlich der Würzburgischen Dioeces verwandte Prelaturen würcklich habe exequiren, undt von dem gesamten Zehenten der gleichen bäu repariren undt führen lassen: So vermeinen Räthe, weillen zu mahlen bereits etlich mahlen in hac ipsa causa an dem Dombprobsten zue Mainz freundtlich geschriben, allzeit aber mit lehren dilatoriis man abgewisen worden, daß man sich gleichen Rechts bedienen, undt der Burgerschafft zu Freydenberg, nachdeme man es nochmahlen dem Dombprobsten zue Mainz durch ein bescheidenes schreiben werde zu gemüth geführt haben, so gleich erlauben könne, daß sie von denen Zehenten selbigen gotteshauß bau bey füglicher Zeit vor die Händ nehmen, undt dem Übel steuern mögen.*«

(G. R. Pr. vom 1. Februar 1683, f. 38 f.).

---

1) cf. oben S. 437 ff.

»Nachdeme man auch occasione dieses, wegen der Zehentherrn auch der baufälligen Kirchen zue Freydenberg zu red worden, undt der Chur Mainz die regulam, daß die Decimatores zu bauen schuldig, gegen Würzburg behaubte, auch executive verfahre, haben Se. Hochfürstl. Gn. gdgst Resolvirt, daß man vigiliren solle, wan etwan H. Specht von Bubenheimb, als des Domb Probsten zue Mainz, als Decimatoris Universalis zue ermelten freydenberg, gleichsamb plenipotentiarius anhero kommen werde, deme man alsdan die freydenberger Kirchen zu besehen, undt die noth dem H. Dombprobsten vorzutragen, undt selbigen zum bauen zu disponiren, commission geben, undt bey nicht verhelffenden fall als dan auf andere weeg bedacht seyn könne.«

(G. R. Pr. vom 29. November 1683, f. 264.).

Gegenüber Chur-Mainz befand man sich also in einer noch unangenehmeren Situation als gegenüber Fulda. In Fulda war wenigstens der gleiche Rechtszustand wie in Würzburg, nämlich Baulastfreiheit des Zehnts. Aber im Mainzer Gebiet wurden die Zehnten, die Würzburger Herren gehörten, nach dem Mainzer Recht zur Konkurrenz herangezogen. Wenn jedoch die Würzburger Regierung den auf Würzburger Gebiet erhobenen Zehnten der Mainzer Herren die Baulast aufbürden wollte, wie z. B. in Freudenberg, dann wandte man auf Mainzer Seite ein, im Hochstift Würzburg sei der Zehnt nicht baupflichtig. Unter diesen Umständen ist es nicht zu verwundern, wenn die Würzburger Regierung an Retorsionsmassregeln dachte. So erklärt sich vielleicht auch, warum in G. R. Pr. vom 24. Januar 1687, wo die Verordnung angekündigt wird, gerade das Erzstift Mainz erwähnt ist. Auch die in G. R. Pr. vom 11. Juni 1700, f. 139 (Schmitt S. 158) gebrauchte Bezeichnung der Verordnung als »die gegen die *auswendige* Dezimatores brauchente Regel« deutet auf die Fälle Schondra und Freudenberg hin.

Damit sind die Streitfälle erschöpft, die in den Protokollen des Geistlichen Rates aus der Zeit vor der Verordnung enthalten sind. Wenn die Eingangsworte der Verordnung, die Unzulänglichkeit des bisherigen Rechtszustandes habe die Verordnung veranlasst, keine blosse Redensart sind, dann geht man wohl kaum fehl mit der Annahme, dass die Fälle Freudenberg, Gädheim und Schondra für den Erlass der Verordnung mitbestimmend waren.

Für die eigentliche Entstehungsgeschichte der Verordnung

kommen schliesslich noch die bereits erwähnten, auch von Schmitt (S. 150 u. 151 zitirten zwei Stellen in Betracht.

»*Von weltlichen Rath wurd aus dem gebrechen ambt per extractum Protocolli Communiciret, daß Celsissimus gnädigst resolvirt habe, daß die decimatores in den Fällen, wan der Heylig nicht sufficient, zu reparirung der Kirchen und Pfarrhauser zu concurriren schuldig, undt künfftighin durchgehents in dem Hochstifft, gleichwie es in dem Erz Stifft Mainz pro norma et regula gehallten werde, also observirt werden solle. Welches allen Decimatoribus sonderlich der orthen, wo dergleichen bäu zu thuen, zuer nachricht an zu deuden ist.*«

(G. R. Pr. vom 24. Januar 1687, f. 27).

»*Dr. Hoflig referirt Celsissimum gnädigst befohlen zu haben, das dero neulich von dem gebrechen ambt anhero communicirter gnädigster Resolution, die Pfarrgebäu betr. noch dise clausul zu gesezt, wan nehmblich der Heylig nicht sufficient, oder sonsten niemant schuldig, als dan die decimatores zu concurriren schuldig seyn, undt daruf ein ordentliches Decretum aufgesezt werden solle.*«

(G. R. Pr. vom 29. Januar 1687, f. 35).

Aus dem im vorstehenden gewonnenen Material lässt sich der Sinn der Verordnung feststellen. Im Hochstift Würzburg war in der Zeit unmittelbar vor der Verordnung der Zehnt, und zwar sowohl der geistliche wie der laikale, nicht mehr für baupflichtig erachtet worden. Dieser Zustand führte zu verschiedenen unerfreulichen Erscheinungen: Für manche Kultusgebäude waren Mittel überhaupt nicht aufzubringen. In vielen Fällen, in denen eine Beitragsleistung des Zehntherrn aus früherer Zeit bekannt war, konnte man nicht unterscheiden, ob eine freiwillige und daher unverbindliche Leistung oder ob ein Rechtstitel vorlag. Anlass zu Streitigkeiten bot ferner der Fall, dass der eine von mehreren Kondezimatoren sich zur Übernahme der Baupflicht bereit erklärte, während der andere sich auf sein gutes Recht berief, mangels eines besonderen Verpflichtungsgrundes von einer Leistung verschont zu bleiben.

Gegenüber der zuletzt angenommenen *allgemeinen Baulastfreiheit* des Zehnts bestimmte nun die Verordnung, dass der Zehnt hinfort *allgemein baupflichtig* sei. Diesen Gegensatz zum bisherigen Rechtszustand bringt die Verordnung durch das Wort

»durchgehends« zum Ausdruck, da vorher die Zehntherren nicht durchgehends baupflichtig waren, sondern nur wenn ein besonderer Verpflichtungsgrund vorlag. »Durchgehends« bedeutet demnach so viel wie »allgemein«. Mit der Bestimmung, dass die Zehntherren in Zukunft allgemein baupflichtig sein sollen, wurde, wie Meurer (S. 91) zutreffend bemerkt, ein Satz des tridentinischen Rechts übernommen und dadurch das Würzburger Recht mit dem gemeinen Kirchenrecht in Einklang gebracht. Dass diese Übereinstimmung mit dem gemeinen Recht der beabsichtigte Zweck der Verordnung war, geht aus den Worten hervor, dass »dieses pro evidenti norma et regula, *gleichwie anderer Orten* observirt werden solle«.

Daraus ergibt sich, dass die Verordnung und insbesondere das Wort »durchgehends« kein Beweis für die Baupflicht des Laikalzehnts sein kann. Denn die Vertreter der letzteren Ansicht behaupten gerade ein vom gemeinen Kirchenrecht abweichendes Partikularrecht in Würzburg, während doch die Verordnung nichts anderes als das gemeine Kirchenrecht enthält. Die Frage der Baupflicht des Laienzehnts, das muss mit Meurer (S. 91) nachdrücklich betont werden, wurde hier gar nicht angeschnitten, da hiezu nicht der geringste Anlass vorlag.[1]) Hinsichtlich der Baupflicht des Laienzehnts gelten also im Gebiete des ehemaligen Hochstifts Würzburg keine vom gemeinen Kirchenrecht abweichende Normen, sondern die Bestimmungen des Konzils von Trient.

Was Schmitt (S. 145—182) zur Begründung seiner Ansicht von der Baupflicht des Laikalzehnts im Fürstbistum Würzburg kraft besonderer Observanz vorbringt, ist nicht stichhaltig.

Zunächst ist überhaupt nicht ersichtlich, was er unter Laikalzehnt versteht, da er bei der Formulierung seiner Behauptung sich selbst widerspricht. In § 12 I unterscheidet er übereinstimmend mit Meurer (S. 16 ff.) und Burkhard (S. 5) zwischen den ihrem Ursprung nach rein weltlichen Zehnten (Ziffer 1), die nie die Qualität von kirchlichen Zehnten angenommen hätten und daher auch von den Bestimmungen des Konzils von Trient nie ins Auge gefasst worden seien, und den ihrem Ursprung nach kirchlichen »Laikalzehnten« (Ziffer 2), die er weiterhin in 3 Klassen teilt. Lediglich hinsichtlich *dieser* 3 Klassen behauptet er (S. 148)

1) Dies geschah zum ersten Mal in dem später zu erörternden Unteressfelder Streit.

eine besondere Würzburger Observanz, nach welcher sie ohne Rücksicht auf die Anschauung des gemeinen Rechts baupflichtig seien. Hienach sind also die in Ziffer 1 aufgeführten, ihrem Ursprung nach rein weltlichen Zehnten *nicht* baupflichtig. Später dagegen (S. 160) behauptet Schmitt eine Würzburger Observanz, »vermöge welcher alle Dezimatoren zur Konkurrenz bei Kultusbauten herangezogen wurden, und zwar *ohne den Ursprung und die Qualität der betreffenden Zehnten dabei in das Auge zu fassen*«.

Schmitt sagt ferner (S. 145) von den ihrem Ursprung nach rein weltlichen Zehnten, dass sie »nur uneigentlich und in übertragenem Sinne den Namen Zehnten führen«. Allein tatsächlich führen sie diesen Namen, und Schmitt selbst bezeichnet jene Reichnisse, »welche mit der Kirche niemals in einer Verbindung standen«, als »Laien*zehnten*«. (S. 172). Da man aber einem Zehnt nicht so ohne weiteres ansieht, ob er seinen Namen eigentlich oder uneigentlich führt, so kann es sehr leicht geschehen, dass einmal ein uneigentlicher Zehnt für die Baupflicht in Anspruch genommen wird. Für diesen Fall muss wohl auch Schmitt nach seinen S. 145 gemachten Ausführungen eine Einrede des Zehntbesitzers zulassen. Ob man diese Einrede die »Einrede der Laienqualität« oder anders heisst, ist hiefür gleichgültig.[1])

Dass im Hochstift Würzburg vor der Verordnung von 1687 kein besonderes Gewohnheitsrecht bestand, nach welchem abweichend vom gemeinen Kirchenrecht der Laienzehnt baupflichtig war, ist oben in § 1 dargetan. Dafür spricht auch die von Schmitt selbst konstatierte Tatsache, dass sich zur Zeit und unmittelbar nach Erlass der Verordnung die in Anspruch genommenen Laiendezimatoren sehr gegen die ihnen angesonnene Leistung sträubten (Schmitt S. 150—154); vgl. unten § 3. Die Bedeutung des Wortes »durchgehends« ist ebenfalls (S. 453) erklärt. Schmitt behauptet, »durchgehends« bedeute: »ohne dass sich der Pflichtige der Einrede des Bezuges von Laienzehnten bedienen darf«. Abgesehen von den oben ausgeführten sachlichen Gründen, aus denen die Unrichtigkeit dieser Ansicht folgt, ist doch anzunehmen, dass die sich sehr umständlich ausdrückende Verordnung die Laien oder Laienzehnten genannt hätte, wenn sie sich, wie Schmitt behauptet, speziell gegen diese hätte wenden

---

1) Auf diesen Widerspruch Schmitts hat auch bereits Burkhard (Bl. f. R. A. 7. Erg. Bd. S. 341) hingewiesen.

wollen. Die Schmittsche Interpretation des Wortes »durchgehends« findet weder in der Verordnung selbst noch sonstwo eine Stütze.

Schmitt behauptet weiter, seine Ansicht werde einleuchtend, sobald man die geschichtliche Entstehung der Verordnung näher ins Auge fasse, und sagt im Anschluss hieran, die Verordnung sei geradezu veranlasst durch den Einwand der Besitzer laisierter Zehnten im Fürstentum Fulda und Würzburg, dass gemäss des dritten Laterankonzils ihre Einkünfte aus den betreffenden Zehentrechten nicht zur Konkurrenz gezogen werden dürften. (S. 149 u. 150). Für die »geschichtliche Entstehung« der Verordnung führt Schmitt lediglich die zwei Protokolle vom 24. und 29. Januar 1687 an, die den Laienzehnt mit keiner Silbe erwähnen und auch sonst nicht die geringsten Anhaltspunkte für die Ansicht Schmitts bieten. Es wird vielmehr in dem ersten dieser Protokolle das Wort »durchgehends« jedenfalls nicht in dem Schmittschen Sinn gebraucht, da es hier als Adverb steht und sich auf das Prädikat »observiert« bezieht. Wenn also aus diesen Stellen überhaupt etwas für vorwürfige Frage herausgelesen werden kann, dann ist es das Gegenteil von der Ansicht Schmitts.

Vollständig unbegründet ist ferner die Behauptung, dass die Verordnung durch den Einwand von *Laien*dezimatoren in Fulda und Würzburg veranlasst wurde, die sich zum Beweis ihrer Baulastfreiheit auf das dritte Laterankonzil berufen hätten. Im Baufall Schondra, auf den sich Schmitt beruft und der auch mit anderen die Verordnung vom 11. April 1687 veranlasste, hat das Ratskollegium von Fulda die Nichtpflichtigkeit des Zehnten jeder Art behauptet ohne den Laienzehnt irgendwie zu erwähnen oder sich auf das Laterankonzil zu berufen (vgl. o. S. 447 f.); die Äusserungen des Würzburger Domkapitels dagegen, in denen beides der Fall ist (Schmitt S. 154 u. 184), sind vom Jahre 1688, können also nicht der Anlass, sondern höchstens die Folge der Verordnung gewesen sein.

Aus den Worten des Protokolls vom 24. Januar 1687 »gleichwie in dem Erzstift Mainz« schliesst Schmitt auf die Baupflicht des Laikalzehnts in Würzburg. Hiezu ist zunächst zu bemerken, dass in der Verordnung selbst die Worte »gleichwie in dem Erzstift Mainz« durch die Worte »gleichwie anderer Orten« ersetzt sind, dass also dem Verfasser der Verordnung das Recht von Mainz jedenfalls nicht ausschliesslich als geeignetes Vorbild erschien. Ausserdem handelt es sich — und das lässt Schmitt bei

seiner Schlussfolgerung ganz ausser acht, obwohl er selbst S. 101 und 107 ausdrücklich darauf hinweist — bei der Baupflicht der Zehntherren nach Mainzer Recht um die *primäre*, allerdings auf den Chor beschränkte Baulast, während hier die subsidiäre in Frage steht. Ausserdem erbringt Schmitt auch für seine Behauptung, der Laikalzehnt sei in Mainz von jeher in gleicher Weise wie der eigentliche kirchliche Zehnt baupflichtig gewesen, keinen Beweis. Es bleibt also für die Würzburgische Verordnung von 1687 einerseits und das Mainzer bez. an »anderen Orten« geltende Recht anderseits nur der eine Vergleichspunkt, dass eben der kirchliche Zehnt baupflichtig ist.

(Schluss folgt.)

3. Die Reformen des Papstes Pius X. auf dem Gebiete der kirchenrechtlichen Gesetzgebung.

Von Professor Dr. *Nikolaus Hilling* in Bonn.

(Fortsetzung; vgl. Bd. 95 I. Quartalheft S. 78 ff., II. Quartalheft S. 283 ff.)

V.

Die Neuorganisation der Römischen Kurie.[1]

Die Reformgesetze Pius' X., die sich mit der reformatio in capite, d. i. mit den Haupt- und Zentralbehörden der katholischen Kirche, beschäftigen, nehmen nicht nur an Umfang, sondern auch an Bedeutung eine der wichtigsten Stellen im Reformplane unseres Papstes ein. Bilden doch die Behörden der Römischen

---

1) *Johann Haring,* Die Neuordnung der päpstlichen Behörden auf Grund der Konstitution Sapienti consilio vom 29. Juni 1908, in: Literarischer Anzeiger XXII No. 11 u. 12. (Auch separat.) *Godehard Jos. Ebers,* Die römische Kurie gemäss der Konstitution Sapienti consilio vom 29. Juni 1908, in: Wissenschaftliche Beilage zur Germania, Jahrg. 1908, No. 45 u. 46. *N. Hilling,* Die Neuorganisation der römischen Kurie auf Grund der Konstitution Sapienti consilio vom 29. Juni 1908, in: Theologie und Glaube I, 32 ff *Jul. Schmidt,* Die Neuordnung der römischen Kurie, in: Pastor bonus XXI, 240 ff. *M. Hofman,* Die Neuregelung der römischen Kurie durch Pius X., in: Zeitschrift für katholische Theologie XXXIII, 198 ff. *L. Gaugusch,* Die Konstitution »Sapienti consilio« vom 29. Juni 1908, in: Archiv für kath. Kirchenrecht LXXXIX, 612 ff. *Karl Holl,* Die Reform der Kurie durch Pius X., in: Christliche Welt XXIV, Sp. 199 ff. *R. Parayre,* La nouvelle organisation du gouvernement central de l'Église. Lyon 1908. *Jules Simier,* La réorganisation de la Curie Romaine, in: Revue Augustinienne 1908, 401 ff. *Ders.,* La Curie Romaine. 1910. *P. Fourneret,* La réforme de la Curie Romaine, in: Le Canoniste contemporain XXXI, 577 ff. *Jules Besson,* La réorganisation de la Curie Romaine, in: Nouvelle Revue Théologique XL, 713. *Choupin,* La constitution »Sapienti consilio« de Pie et la réorganisation de la Curie Romaine, in: Études CXVII. *Fr. Speiser,* La réorganisation de la Curie Romaine. 1909. *Bourret,* La réorganisation des sacrées congrégations, tribunaux et offices de la Curie Romaine. Montpellier 1909. *Fortunato Russo,* La Curia Romana nella sua organizzazione e nel suo completo funzionamento a datare 3 Novembre 1908. Palermo 1908. *M. Leitner,* De Curia Romana. Textus documentorum, quibus Curia Romana noviter ordinatur. 1909. *A. de Meester,* De reformatione Curiae Romanae Pii PP X. constitutione »Sapienti« denuo ordinatae. 1909. *B. Ojetti,* De romana curia. Commentarium in Constitutionem apostolicam »Sapienti consilio«. Romae 1910. *F. M. Cappello,* La curia Romana secondo la sapiente riforma di Pio X. Turin 1910. *Ders.,* De curia Romana iuxta reformationem a Pio X sapientissime inductam. I—II. Rom 1911 u. 1913. *A. Monin,* De curia Romana. Eius historia ac hodierna disciplina iuxta reformationem a Pio X inductam. Löwen 1912. *Erwin Ruck,* Die Organisation der Römischen Kurie. 1913. *J. B. Ferreres S. J.,* La Curia Romana según la novissima disciplina. Ed. II. Madrid 1911. *Michael Martin S. J.,* The new apostolic Constitution of the Roman Curia, in: The Ecclesiastical Review XLI, 627 ff. *Ders.,* The Roman Curia, as it now exitst. New-York 1913.

Kurie gewissermaßen das Herz des kirchlichen Regierungsorganismus, aus dem bis in die äussersten Adern der Kirche frisches Blut ausströmen soll. Wenn nun auch der Zustand der römischen Kurialbehörden beim Anfange des Pontifikats Pius' X. nach der inneren, ethischen Seite unanfechtbar war, so hatten sich doch in äusserer, juristischer Hinsicht mehrfache und nicht unerhebliche Mängel eingeschlichen. Man halte sich nur vor Augen, dass die Verfassung der Kurie im wesentlichen auf der Kongregationsordnung Sixtus' V. vom 22. Januar 1588 beruhte, an der die folgenden Päpste, den augenblicklichen Zeitbedürfnissen entsprechend, eine grosse Zahl von Änderungen, Abstrichen und Zusätzen gemacht hatten. Infolge dessen hatte der Ämterbau der Kurie ein sehr ehrwürdiges und malerisches Aussehen erhalten; aber es fehlten ihm viele zeitgemässe Einrichtungen und vor allem die streng einheitliche und planmässige Durchführung. Von der Verfassungs- und Verwaltungsorganisation der staatlichen Zentralbehörden war die der römischen Kongregationen ebenso verschieden, wie sich ein moderner Königspalast von dem Papstpalaste des Vatikans unterscheidet.

Daher hat sich Pius X. entschlossen, nicht nach dem Beispiele seiner Vorgänger den alten Bau der obersten päpstlichen Behörden mehr oder weniger umzugestalten, sondern ihn völlig niederzulegen und einen Neubau an seine Stelle zu setzen. Durch diese Tat ist er nach Sixtus V. der zweite Gründer der heutigen Römischen Kurie, insbesondere der Kardinalskongregationen, geworden.

Bereits im Anfange des 19. Jahrhunderts war zum ersten Male der Plan einer völligen Neuorganisation der Kurie hervorgetreten, als das Zeitalter des alten Feudalsystems erloschen war und allenthalben in Europa Verfassungsänderungen der obersten Staatsbehörden vorgenommen wurden. Der spätere Kardinal *Joseph Anton Sala* († 1839) legte dem aus der Napoleonischen Gefangenschaft zurückgekehrten Pius VII. 1814 einen »Piano di Riforma« vor, der nach völlig neuen Gesichtspunkten ausgearbeitet war. Jedoch scheiterte die Annahme desselben an dem Widerstande des Kardinalstaatssekretärs *Consalvi.*[1]) Nachdem infolge dessen die alte Verfassung der Kurie mit den Behörden des

1) Consalvi inhibierte den bereits begonnenen Druck der Denkschrift, so dass dieselbe erst im Jahre 1907 zu Tolentino vollständig publiziert wurde. Der Titel lautet: Piano di Riforma umiliato a Pio VII del Cardinale Giuseppe Antonio Sala. Pubolicato ora integralmente per la prima volta dal pronipote di lui *Giuseppe Cugnoni.*

Kirchenstaates restauriert worden war, gaben die Väter des Vatikanischen Konzils eine neue Anregung zu Reformplänen,[1]) die aber wegen der vorzeitigen Suspension des Konzils ebenfalls erfolglos blieb. Trotzdem wirkte der Reformgedanke weiter. Leo XIII. liess durch eine Kommission von fünf Kardinälen einen Organisationsentwurf ausarbeiten, der besonders die durch den Wegfall des Kirchenstaates herbeigeführten Veränderungen berücksichtigte.[2]) Wegen des Widerspruchs der Kurienkardinäle kam aber auch dieser Plan nicht zur Ausführung. Sogleich nach der Thronbesteigung Pius' X. wurde der Neuorganisation der Römischen Kurie durch den Erlass des Motu proprio »Arduum sane« vom 19. März 1904, das die Kodifikation und Reformation des gesamten Kirchenrechts anordnete, der sicherste Weg bereitet. Dass nunmehr die Stunde des wirklichen Handelns gekommen sei, bewiesen auch die zahlreichen Reformschriften, die — im ganzen fünf an Zahl — im Jahre 1905 über unseren Gegenstand erschienen.[3])

Die grundlegenden Gesetze über die Neuorganisation der Römischen Kurie wurden im Jahre 1908 veröffentlicht;[4]) später erschienen noch zahlreiche Ausführungs- und Nachtragsgesetze, die die Fundamentalbestimmungen teils näher determinierten und ergänzten, teils auch abänderten. Den Resolutionen der Kardinalskongregationen fiel die Aufgabe zu, die dunkelen oder strittigen Stellen der neuen Gesetze authentisch zu interpretieren.

---

1) Vgl. *Hugo Lämmer,* Zur Kodifikation des kanonischen Rechts (1899), 121 ff. *Granderath-Kirch,* Geschichte des Vatikanischen Konzils I (1903), 440 ff.

2) *F. Egon Schneider,* Die Römische Rota I (1914), 92.

3) Vgl. *G. Freiherr von Hertling,* Römische Reformgedanken, in: Hochland III, 1 S. 553 ff. Die wichtigste Denkschrift: Pio X. Suoi atti e suoi intendimenti. Pensieri e note di un osservatore erschien 1905 zu Regensburg in deutscher Uebersetzung.

4) Bereits vorher hatte Pius X. einige partielle Veränderungen vorgenommen, die aber durch die spätere allgemeine Reform überholt wurden. Durch das Motu proprio »Romanis Pontificibus« vom 18. Dezember 1903 übertrug er die Wahl der italienischen Bischöfe, für die Leo XIII. eine spezielle Kardinalskongregation eingesetzt hatte, dem S. Officium. A. S. S. XXXVI, 385 ff. Am 28. Januar 1904 vereinigte er durch das Motu proprio »Quae in Ecclesiae bonum« die Kongregation der Ablässe und Reliquien mit der Ritenkongregation. Analecta Ecclesiastica XII, 64. Endlich hob das päpstliche Motu proprio »Sacrae Congregationi super negotiis« vom 26. Mai 1906 die beiden Kongregationen super Disciplina Regulari und de Statu Regularium Ordinum auf. A. S. S. XXXIX, 203.

A.

Grundlegende Gesetze über die Neuorganisation der Römischen Kurie aus dem Jahre 1908.

I. *Die Konstitution »Sapienti Consilio« über die Organisation der Römischen Kurie, vom 29. Juni 1908. Acta Apostolicae Sedis I, 7—19.*

II. *Lex propria Sacrae Romanae Rotae et Signaturae Apostolicae, vom 29. Juni 1908. Acta Apostolicae Sedis I, 20—35.*

III. *Ordo servandus in Sacris Congregationibus, Tribunalibus, Officiis Romanae Curiae. Pars prima. Normae communes, vom 29. Juni 1908. Acta Apostolicae Sedis I, 36—58.*

IV. *Ordo servandus in Sacris Congregationibus, Tribunalibus, Officiis Romanae Curiae. Pars altera. Normae peculiares, vom 29. September 1908. Acta Apostolicae Sedis I, 59—108.*

Diese vier Erlasse bilden ein unmittelbar zusammenhängendes Ganze, als dessen Grundstock die Apostolische Konstitution »Sapienti consilio« anzusehen ist. Letztere enthält in nuce alle Bestimmungen, die in den folgenden Gesetzen weiter ausgeführt werden. Wir werden uns in den folgenden Grundzügen hauptsächlich auf den wesentlichen Inhalt der Bulle »Sapienti consilio« beschränken.

Beginnen wir sofort mit der Hauptfrage, welche wesentliche Verbesserungen uns die jüngste Reformatio Curiae gebracht hat. Die Antwort hierauf lässt sich in folgenden sieben Punkten geben:

1. Die Zahl der Kongregationen ist von 21 selbständigen Behörden, die beim Regierungsantritte Pius' X. existierten, auf 11 reduziert worden. Dadurch ist die Einfachheit und Übersichtlichkeit des Behördenorganismus, der durch die zahlreichen Umgestaltungen und Hinzufügungen seit der ersten Begründung durch Sixtus V. sehr gelitten hatte, wieder hergestellt.

2. Die Geschäfts- und Kompetenzordnung der Kongregationen und Kurialbehörden[1]) hat die kumulative Zuständigkeit mehrerer Behörden bezüglich eines und desselben Gegenstandes aufgehoben und jeder Behörde eine dem Umfange nach möglichst gleichmässige und dem Inhalte nach gleichförmige Materie überwiesen. Für die Entscheidung von Kompetenzstreitigkeiten ist für alle Behörden (mit Ausnahme der Congr. S. Officii) die Congr. Consistorialis als Gerichtshof eingesetzt worden.

1) Vgl. *Anton Perathoner,* Die Kompetenz der römischen Kurialbehörden, in: Theol.-prakt. Quartalschrift LXVI, 263 ff.

3. Ein weiterer bedeutsamer Fortschritt liegt in der von Pius X. angeordneten Trennung der Justiz- und Verwaltungsgerichtsbarkeit. Obwohl Sixtus V. den Kardinalskongregationen keine eigentliche Gerichtsbarkeit im strengen Sinne verliehen hatte und mehrere Päpste (Innocenz XII., Klemens XII., Benedikt XIV. und Pius VI.)[1]) die Annahme der eigentlichen Prozesse teilweise oder ganz untersagten, waren dennoch nach und nach fast sämtliche Justizsachen an die Kongregationen (besonders an die Congregatio Concilii und Episcoporum et Regularium) übergegangen, so dass die Römische Rota in den letzten Jahrhunderten fast nur noch die weltlichen Zivilprozesse des Kirchenstaates entschied und 1870 jede Rechtsprechung verlor.[2]) Die Judikatur der Kongregationen hatte aber mehrere Unzuträglichkeiten hervorgebracht, da sie vielfach nicht nach dem geltenden Rechte, sondern nach den Opportunitätsgründen entschieden und ihre Urteile nicht motivierten. Daher waren die Resolutionen der Kongregationen für die Feststellung des geltenden Rechts nur schwer und mit grosser Vorsicht zu gebrauchen. Im Interesse einer stabilen, gründlichen und deutlichen Rechtsprechung hat nun Pius X. die fast erloschenen Gerichtshöfe der Hl. Römischen Rota und der Apostolischen Signatur wieder in den lebendigen Organismus der Kurialbehörden eingefügt und ihnen die ausschliessliche Rechtsprechung auf Grund eines eigentlichen prozessualen Verfahrens (iudiciario ordine servato) übertragen.[3]) Für die Verwaltungsgerichtsbarkeit (in linea disciplinari) bleibt die bisherige Rechtsprechung seitens der Kongregationen bestehen.

Allerdings ist die Unterscheidung zwischen den Justiz- und Verwaltungssachen nicht so weit ausgebildet, wie in der weltlichen Gesetzgebung, wo die Zivilgerichte alle privaten bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten und die Strafgerichte die Vergehen des Strafgesetzbuches aburteilen, während alles übrige vor die Verwaltungsinstanz gebracht werden muss. Eine solche Gruppierung nach Materien ist dem kanonischen Rechte fremd und kann auch schwerlich bei ihm durchgeführt werden; vielmehr entscheidet die Lage des Einzelfalles, ob sich derselbe für das Justiz- oder Verwaltungsverfahren eignet. Da die Rota grundsätzlich nur als Appellationsgericht für die in erster Instanz bei den bischöflichen

---

1) *Moroni,* Dizionario di erudizione storico-ecclesiastica XVI, 142.
2) Vgl. *Schneider,* Römische Rota I, 73 ff.
3) Nur die Congr. S. Officii ist in Prozessen über Glaubensdelikte zuständig.

Gerichten verhandelten Prozesse in Frage kommt, so liegt die Entscheidung über die Qualifizierung des Gegenstandes in erster Linie bei den bischöflichen Gerichten; jedoch sind die Rota und die Kongregationen angewiesen, auch selbständig die Qualitätsfrage zu prüfen und den Prozess gegebenenfalls an das zuständige Gericht zu verweisen. Endlich kann der Papst durch eine spezielle Kommission auch jede Streitsache sofort der Rota in erster Instanz zuweisen.[1])

Selbstverständlich hat die sog. Teilung der Gewalten keine Bedeutung für die innere Grundverfassung der Kirche, wie etwa das Montesquieusche Prinzip auf staatlichem Gebiete. Die plenitudo potestatis des Papstes wird dadurch in keiner Weise angetastet. Aber auch in den modernen Staaten ist der Grundsatz der Einheit und Unteilbarkeit der Staatsgewalt als solcher beibehalten und die monarchische Grundstruktur, wenigstens in den konstitutionellen Staaten Deutschlands, gewahrt. Man darf daher die Differenz zwischen der staatlichen und kirchlichen Verfassung nicht über Gebühr betonen.

4. Im Interesse des Ansehens und der Tüchtigkeit der kurialen Beamten hat Pius X. die bisherige Form der teilweisen Bezahlung der Beamten durch Sporteln und Akzidenzien völlig aufgehoben und für alle Beamten einen festen und auskömmlichen Gehalt bestimmt. Durch die Anordnung von schriftlichen Examina vor der Anstellung und des späteren Aufrückens nach dem Dienstalter soll jedes Protektionswesen von der Römischen Kurie ferngehalten werden.

5. Das Taxenwesen an der Kurie ist durch Herabsetzung einiger übermässig hoher Gebühren und die teilweise oder gänzliche Nachlassung für die Armen (mit Ausnahme der unmittelbaren Auslagen) erheblich verbessert worden. Die Taxen betragen in Zukunft für die »grösseren Reskripte« 10 und für die »kleineren Reskripte« 5 Lire. Für die Inanspruchnahme der »Agenten« sind ausserdem im ersten Falle 6 und im zweiten 3 Lire zu entrichten. Die Exekutionsgebühr für diejenigen Reskripte, die vom Bischofe besonders exequiert werden müssen, soll künftighin ebenfals von den römischen Behörden festgesetzt und auf der Urkunde eingetragen werden. Für die Gerichtsakten ist der Gebrauch eines Stempelpapiers vorgeschrieben.

---

1) Die beste Darstellung über die Trennung der Gewalten und die Kompetenz der Rota findet sich jetzt bei *F. Egon Schneider,* Die Römische Rota I, 169 ff. Der Verfasser hat seine von *Ojetti* und *Ruck* vielfach abweichenden Ansichten gut begründet.

6. Um eine rasche Erledigung dringender Angelegenheiten auch während der Ferien (hauptsächlich für die Zeit vom 10. September bis zum 31. Oktober)[1]) zu ermöglichen, hat die Reformgesetzgebung die bereits bei einigen Behörden bestehende Einrichtung der Ferialsachen auf alle Kongregationen und Kurialbehörden ausgedehnt.

7. Die letzte bedeutende Verbesserung betrifft die Erleichterung des Geschäftsverkehrs mit den römischen Behörden seitens der Privaten und der Bischöfe. Seit dem Inkrafttreten der neuen Gesetze (3. Nov. 1908) ist jedermann der direkte Verkehr mit der Kurie gestattet.[2]) Das früher bei der Apostolischen Datarie bestehende Kollegium der sog. Spedizionäre, die für die Vermittlung gewisser Geschäfte (z. B. Ehedispensen) ein Monopolrecht besassen, ist völlig aufgehoben. Dagegen bleibt das Institut der Agenten, die kraft privaten Übereinkommens oder auf Grund bischöflicher Anstellung die Besorgung von Gesuchen um Dispensen und Fakultäten bei den römischen Behörden übernehmen, auch künftighin bestehen, weil die Zuhilfenahme sachkundiger Personen in vielen Fällen nicht entbehrt werden kann. Um jedoch ungeeignete und unwürdige Agenten von der Kurie fernzuhalten, müssen die ständigen Vertreter der Bischöfe (procuratores publici et legitimi) in eine offizielle Liste eingetragen werden.

Wenngleich diese Reformpunkte, die noch um zahlreiche andere von minderer Bedeutung vermehrt werden könnten, keineswegs gering anzuschlagen sind, so tun sie doch dem konservativen Charakter des ganzen Werkes keineswegs Abbruch. Denn Pius X. beabsichtigte nicht, ein völlig neues System einzuführen, sondern nur die von Sixtus V. begründete Organisation in ihrer ursprünglichen Klarheit und Einfachheit wiederherzustellen und von den eingeschlichenen Missbräuchen zu reinigen.[3]) Daher hat die neue Gesetzgebung nicht nur die kollegialische Form, das wichtigste Prinzip der Kongregationsverfassung, beibehalten, sondern auch die äussere technische Gliederung (Präfekten, Kardinalsmitglieder, Konsultoren, Kommissionen) fortbestehen lassen. Ebenso ist an der bisherigen Art der Verhandlungen in dem Congresso (für die minderwichtigen Angelegenheiten) und der Plenarversammlung

---

1) Neuerdings sind die grossen Gerichtsferien der Rota auf die Zeit vom 24. August bis zum 14. Oktober verlegt worden. A. A. S. V, 378.

2) Vgl. *Anton Perathoner*, Der Geschäftsverkehr mit der römischen Kurie, in: Theol.-prakt. Quartalschrift LXV, 740 ff.

3) Sieh die Einleitung der Bulle »Sapienti consilio«.

nichts geändert worden. Wie Sixtus V. bestimmte, dass alle causae graviores et difficiliores dem Papste (in der Audientia Sanctissimi) persönlich zur definitiven Entscheidung vorgelegt werden müssen, so hat auch Pius X. als Grundsatz aufgestellt, dass die Kongregationen, Gerichtsbehörden und Ämter der Kurie kein negotium grave et extraordinarium entscheiden dürfen, bevor sie nicht dem Oberhaupte der Kirche davon Mitteilung gemacht haben. Ausserdem bedürfen jetzt alle Entscheidungen (Sententiae) sämtlicher Behörden — mit Ausnahme der Justizurteile der Rota und Apostolischen Signatura — der päpstlichen Bestätigung, wofern sie nicht auf Grund spezieller Vollmachten gefällt worden sind.

Nach der seit alters her üblichen und von Pius X. beibehaltenen Ordnung werden die Behörden (Dikasterien) der Römischen Kurie in drei Gruppen eingeteilt: a) in die Kardinalskongregationen (Sacrae Congregationes), b) in die Gerichtsbehörden (Tribunalia) und c) in die Verwaltungsämter (Officia).

a) Die *Kardinalskongregationen* sind jetzt folgende elf:

1. Die *Congregatio Sancti Officii,*[1]) die sowohl an Alter wie an Würde[2]) die erste Stelle einnimmt. Ihr ist der oberste Schutz der katholischen Glaubens- und Sittenlehre anvertraut. Daher entscheidet sie in allen theoretischen Fragen, die dieses Gebiet betreffen,[3]) und urteilt auch über die Häresie und alle Verbrechen, die den Verdacht der Häresie erwecken, z. B. Zauberei, Wahrsagerei, Gotteslästerung u. s. w. ab. Auch sind ihr trotz der Errichtung der Sakramentenkongregation die früheren Vollmachten bezüglich des Privilegium Paulinum und der Ehehindernisse der Religions- und Konfessionsverschiedenheit[4]) belassen worden, da diese Punkte das Glaubensgebiet nahe berühren. Dagegen sind die zu den Glaubens- und Sittenlehren nur in entfernterer Beziehung stehenden Befugnisse bezüglich der Kontrole der Kirchengebote und der Lösung von dem feierlichen und einfachen Ordensgelübde dem Hl. Offizium entzogen und der Congr. Concilii bezw. der Congr. de Religiosis übertragen. Ebenso ist

---

1) Der früher übliche zweite Titel »Congr. Romanae et universalis Inquisitionis« ist jetzt weggefallen. Versehentlich wurde er in der Resolution vom 12. August 1914 (s. oben S. 306) und in dem Dekrete vom 21. April 1909 (A. A. S. I, 465) gebraucht.

2) Sie wird noch jetzt ständig als Congregatio Suprema bezeichnet.

3) Auch verleiht das Hl. Offizium ausserhalb des Jurisdiktionsgebietes der Propaganda den Titel »Missionarius Apostolicus«. Vgl. Dekret v. 21. April 1909. A. A. S. I, 465 ff.

4) Vgl. Entscheidung der Congr. Consistorialis ohne Datum. A. A. S. II, 56.

die Wahl der italienischen Bischöfe, die 1903 dem S. Officium überwiesen worden war, an die Congr. Consistorialis übergegangen.

Als neues Arbeitsgebiet empfing die Congr. S. Officii infolge der Aufhebung der Congr. de Indulgentiis das Ablasswesen, das mit dem ersteren nur äusserlich zusammenhängt. Hiefür wurde eine besondere Sectio de Indulgentiis eingerichtet.

Den Vorsitz der Glaubenskongregation hat sich der Papst vorbehalten; sie ist der Kompetenzgerichtsbarkeit der Congr. Consistorialis nicht unterworfen.

2. Die *Congregatio Consistorialis,* die von Pius X. in ihren Rechten erheblich erweitert wurde, so dass sie nicht nur (wie bisher) über die Errichtung und Besetzung der Bistümer entscheidet,[1]) sondern auch die oberste Aufsicht über die Verwaltung der Bistümer (bisher Congr. Episcoporum und Congr. Concilii) führt. Endlich ist ihr durch das Motu proprio »Cum omnes« vom 15. August 1912[2]) auch die oberste Aufsicht über die Seelsorge der Auswanderer übertragen.

Als Bistumskongregation ist die Congr. Consistorialis zuständig 1) bezüglich der Errichtung bezw. Teilung der Bistümer und der Errichtung von Kathedral- und Kollegiatkapiteln, 2) bezüglich der Wahl der Bischöfe, der Apostolischen Administratoren, der bischöflichen Koadjutoren und der Weihbischöfe, 3) bezüglich der Ansage und Prüfung der Informativprozesse und der Examina der italienischen Bischofskandidaten[3]) und 4) bezüglich der Kontrole der gesamten bischöflichen Amtsführung[4]) und speziell der Leitung der Klerikalseminare.

Für die Seelsorge der Auswanderer ist eine besondere Sektion an der Congr. Consistorialis eingerichtet, der auch die oberste Aufsicht über die Auswanderung der Geistlichen, die bislang die Congr. Concilii führte, übertragen wurde.

---

1) Der ursprüngliche Titel dieser Kongregation (im Organisationsstatut Sixtus' V.) lautete: Congregatio pro erectione Ecclesiarum et provisionibus Consistorialibus.

2) Acta Apostolicae Sedis IV, 526 f.

3) Bei den Bistumsgründungen und den Bischofswahlen ausserhalb Italiens sind die betreffenden Akten zunächst bei der Staatssekretarie einzureichen und von dieser nach geschehener Zusammenstellung und Bearbeitung der Konsistorialkongregation vorzulegen.

4) Hierher gehört namentlich die Prüfung der bischöflichen Statusberichte und die Abhaltung von Apostolischen Visitationen. Auch kann die Konsistorialkongregation ex iusta causa die Bischöfe von der Erfüllung ihrer Amtspflichten, z. B. von der Beobachtung der Residenz, der Romreise usw. dispensieren.

Ausserdem fungiert die Konsistorialkongregation als Kompetenzgerichtshof für alle Kongregationen und Kurialbehörden[1]) mit Ausnahme des S. Officium.[2])

Präfekt der Kongregation ist der Papst.

3. Die *Congregatio de disciplina sacramentorum*, die als jüngste Kongregation von Pius X. ins Leben gerufen wurde. Ihre Begründung und Ausstattung mit der zusammengehörigen Materie der Sakramentenverwaltung hat die Vereinfachung der neuen Kurialverfassung nicht wenig gefördert.

Der Kongregation untersteht in materieller Hinsicht nur die disziplinäre Seite der Sakramente, so dass die den Glauben und den Ritus betreffenden Fragen von ihrem Ressort ausgeschlossen sind; in formeller Hinsicht ist sie sowohl auf dem Gebiete der Gesetzgebung, wie der Dispensationserteilung und der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung zuständig.

Die einzelnen Befugnisse betreffen: 1) die Erteilung von Ehedispensen in foro externo für Reiche und Arme, ferner die sanatio in radice bei ungültigen Ehen, die Dispensation super matrimonio rato et non consummato, die unfreiwillige Trennung der Eheleute von Tisch und Bett und die Ehelichkeitserklärung (restitutio natalium seu legitimatio prolis), 2) die Gewährung der Dispensen von den kanonischen Irregularitäten und dem kanonischen Weihetitel vor Empfang der hl. Weihen,[3]) 3) die Dispensation von den Ort, Zeit und Umstände betreffenden Vorschriften bezüglich des Empfanges der hl. Kommunion, der Darbringung des hl. Messopfers und der Aufbewahrung der hl. Eucharistie,[4]) 4) die Entscheidung über die Gültigkeit der Ehe, der hl. Weihen und in anderen die disziplinäre Seite der Sakramente betreffenden Fragen, falls das Urteil im Verwaltungswege (in linea disciplinari) gefällt werden kann und kein strenges Justizverfahren vor der Rota notwendig erscheint.

---

1) Normae peculiares cap. VII, art. 2 No. 6.

2) In einem Falle hat das Hl. Officium aus freien Stücken der Congr. Consistorialis eine Kompetenzfrage (bezüglich des Privilegium Paulinum und der gemischten Ehen) vorgelegt. A. A. S. II, 56.

3) Für die Dispens propter irregularitatem subsequentem ist die Sakramentenkongregation nur zuständig, wenn es sich um eine irregularitas ex defectu handelt; bei irregularitates ex delicto dispensiert nach der Weihe die Konzilskongregation. Entscheidung der Congr. Consist. vom 28. November 1911. A. A. S. III, 658.

4) Die einzelnen Punkte geben die Normae peculiares cap. VII art. 3 No. 10 näher an. Ausserdem gehören hierher die Gewährung der Fakultät, während der Weihnachtsnacht drei Messen zu lesen, und die Erlaubnis, die Votivmessen zu lesen, (für alte Priester). Entscheidungen der Congr. Consistorialis vom 14. März und 16. August 1910. A. A. S. II, 229 u. 649.

An der Sakramentenkongregation sind drei Untersekretäre angestellt, von denen der erste die Ehedispensen, der zweite die übrigen Ehesachen und der dritte die Angelegenheiten aller Sakramente (mit Ausnahme der Ehe) bearbeitet.

4. Die *Congregatio Concilii,* die statt ihres früheren universalen Geschäftskreises (Reformdekrete des Konzils von Trient und die damit zusammenhängenden Materien) ein wesentlich eingeschränktes und genau bestimmtes Arbeitsgebiet erhalten hat. Sie hat jetzt nur noch die oberste Leitung und Aufsicht über die Disziplin des Weltklerus und des christlichen Volkes.[1] Ausserdem ist ihr als neues Arbeitsgebiet infolge der Aufhebung der Congr. immunitatis das kirchliche Immunitätswesen übertragen.

Danach zerfällt das Hauptjurisdiktionsgebiet der Konzilskongregation in zwei Teile: in die Aufsicht über die Amtsführung der niederen geistlichen Beamten (Domherren und Pfarrer) und des kirchlichen Vereinswesens und 2) in die Kontrole über die Erfüllung der Kirchengebote (mit Ausnahme der Sakramente). Im einzelnen erwähnt die Konstitution »Sapienti consilio« folgende Spezialaufgaben: 1) die Sorge für die Beobachtung der Kirchengebote: der Fasten (mit Ausnahme des ieiunium eucharisticum) und des Abstinenzgebotes, der Leistung der kirchlichen Zehnten und der Sonntagsheiligung, 2) die oberste Leitung und Kontrole über die Amtsführung der Pfarrer und Kanoniker,[2] 3) die Dispensation von den Erfordernissen für die Erlangung einer Pfründe (z. B. Besitz des Doktortitels), falls das Verleihungsrecht dem Bischofe zusteht, 4) die Oberaufsicht über die kirchlichen Bruderschaften und Vereine,[3] die frommen Stiftungen und Anstalten, ferner über die Meßstipendien, die kirchlichen Benefizien und Offizien, das kirchliche Vermögen,[4] die kirchlichen Kassen,

---

1) Auch die Befugnis, die tridentinischen Reformdekrete zu erklären, steht der Konzilskongregation nur mehr für ihren gegenwärtigen Wirkungskreis zu; für die übrigen Dekrete sind die betreffenden Kongregationen zuständig, in deren Ressort die Materien fallen. Entscheidung der Congr. Consistor. vom 11. Februar 1911. A. A. S. III, 99 f.

2) Spezielle Dispensationsvollmachten erwähnen die Normae peculiares cap. VII art. 4 No. 4.

3) Diese Befugnis erstreckt sich auch auf die Bruderschaften und frommen Vereine, die von Ordensgesellschaften abhängen oder in Ordenskirchen errichtet sind. Entscheidung der Congr. Consistor. vom 9. Dezember 1909. A. A. S. I, 814 f.

4) Auch ist die Konzilskongregation befugt, den Erwerb von Ordensgütern zu gestatten und den Gläubigen dafür eine »compositio« aufzuerlegen· Entscheidungen der Congr. Consistor. vom 8. Juli 1909 und vom 11. März 1910. A. A. S. I, 576 f.; II, 229 f.

die Diözesansteuer[1]) usw., 5) die oberste Kontrole des kirchlichen Synodalwesens mit Einschluss der Bischofskonferenzen,[2]) 6) die Entscheidung von Präzedenzstreitigkeiten unter Weltgeistlichen.

Bezüglich der genannten Materien übt die Congr. Concilii ebenfalls die Disziplinar- und Administrativgerichtsbarkeit aus, während die Fälle des strengen Justizverfahrens der Rota überwiesen werden müssen.

Endlich ist die *Congregatio Lauretana*, die oberste Verwaltungsbehörde für die Basilika zu Loreto, als Congregatio specialis mit der Konzilskongregation vereinigt.

5. Die *Congregatio negotiis Religiosorum Sodalium praeposita*, die durch die Kurialreform Pius' X. als selbständige Kongregation wiederhergestellt wurde und den jetzigen Namen statt des früheren »Congregatio super negotiis Regularium« erhielt, weil den alten Regularorden die neueren religiösen Institute an die Seite getreten sind, die nicht den geringsten Teil des heutigen Ordenswesens ausmachen.

Das Ressort dieser Kongregation ist ratione personae et materiae möglichst weit ausgedehnt. Es erstreckt sich über alle Religiosen mit feierlichen oder einfachen Gelübden, ferner auch über diejenigen Personen, die, ohne Gelübde abzulegen, nach Art der Religiosen ein gemeinschaftliches Leben führen (z. B. die Oratorianer), sowie auf die Mitglieder des dritten Ordens, die in der Welt leben. Ferner ist die Religiosenkongregation *privative* in allen verwaltungsgerichtlichen Streitigkeiten zuständig, in denen der eine Teil, sei es als Kläger oder Beklagter, dem Ordensstand angehört. Endlich fallen nicht nur die Ordensangelegenheiten der Religiosen untereinander, sondern auch ihre Beziehungen nach aussen, z. B. zu den Bischöfen und Pfarrern, unter die Jurisdiktion der Ordenskongregation.

Nach dem Vorbilde der beiden voraufgehenden Kongregationen übt die Kongregation auch die Verwaltungsgerichtsbarkeit und die Dispensationsbefugnis aus.

---

1) Hierher gehört ebenfalls die Approbation der Taxenordnung der bischöflichen Kurien. Entscheidung der Congr. Consistor. vom 15. April 1910. A. A. S. II, 329.

2) Man sollte erwarten, dass das kirchliche Synodalwesen (Provinzialsynoden und Bischofskonferenzen) der Congr. Consistorialis unterstellt sei, da dieses Gebiet zunächst die bischöfliche Amtsführung betrifft. Ueberhaupt sind m. E. die Grenzen zwischen der Congr. Concilii und der Congr. Consistorialis theoretisch schwer zu bestimmen. Das Dekret »de amotione administrativa ab officio et beneficio curato« vom 20. August 1910 wurde von der Konsistorialkongregation erlassen, obwohl es doch offenbar die »beneficia aut officia« betrifft. Für den Pfarrkonkurs und die Teilung von Pfarreien ist sicher die Congr. Concilii zuständig.

Durch das Dekret »Peculiari curae« vom 24. März 1914 wurde an der Congr. de Religiosis eine Kommission für die Approbation neuer Ordensinstitute errichtet. Acta Apostolicae Sedis VI, 189 ff.

6. Die *Congregatio de Propaganda Fide,*[1]) die früher unter allen Kongregationen eine überragende Stellung einnahm (habet ceteras Congregationes in ventre), hat dieses Vorrecht jetzt großenteils eingebüsst. Ihre Kompetenz wurde nach einer dreifachen Richtung eingeschränkt. 1) In sachlicher Hinsicht verlor sie die Alleinherrschaft in den Missionsgebieten, da jetzt auch die Kongregationen des Hl. Offiziums, des Index, der Riten, der ausserordentlichen kirchlichen Angelegenheiten und der Zeremonien und ferner die drei Gerichtshöfe (Pönitentiarie, Rota und Signatura) im vollen Umfange und teilweise, d. h. in Ehesachen,[2]) auch die Sakramentenkongregation in den Gebieten der Propaganda zuständig sind. 2) In persönlicher Hinsicht wurde ihre Kompetenz dadurch reduziert, dass die in den Missionsgebieten tätigen Ordensleute nur noch in ihrer Eigenschaft als Missionare der Propaganda unterstehen, während sie als Ordensleute[3]) von der Religiosenkongregation abhängig sind. Auch ist der Propaganda das Recht, Fakultäten pro foro interno an die Bischöfe ausserhalb der Missionsterritorien zu erteilen, entzogen. 3) Endlich sind in territorialer Hinsicht folgende Länder, in denen im Laufe des 19. Jahrhunderts eine kirchliche Hierarchie errichtet worden war, aus dem Missionsverbande entlassen: England, Schottland, Irland, Holland, die Diözese Luxemburg, ferner Kanada, Neufundland und die Vereinigten Staaten von Nordamerika.[4]) Eine geringe Entschädigung hat die Propaganda für diese Verluste erhalten, indem ihr die bisher der Kongregation

1) *N. Hilling,* Die rechtliche Stellung der Propagandakongregation nach der neuesten Kurialreform Pius' X., in: Zeitschrift für Missionswissenschaft I (1911), 147 ff. *Th. Grentrup,* Die rechtlichen Beziehungen der Missionsländer zur römischen Kurie in der Gegenwart, in diesem Archiv 93, 277 ff.

2) Nach der Entsch. der Congr. Consistor. vom 12. November 1908 ad II kann die Propaganda im Einvernehmen mit der Sakramentenkongregation an die weitentlegenen Missionsländer die früheren Fakultäten, die auch zahlreiche Ehedispensen enthalten, weiter erteilen. A. A. S. I, 149 ff.

3) Die Missionare und Missionsinstitute, die keine Gelübde ablegen, wie z. B. die Genossenschaft der Weissen Väter, die Missionsinstitute in Lyon, Paris, Mailand und Rom (Seminarium ss. Apostolorum Petri et Pauli) unterstehen der Propagandakongregation. Entscheidungen der Congr. Consistor. vom 10. Dezember 1909 und vom 15. März 1910. A. A. S. I, 815; II, 230.

4) Jedoch unterstehen alle Apostolischen Vikariate und Präfekturen, auch jene, die Bestandteile einer Provincia ecclesiastica bilden, der Propagandakongregation. Entscheidung der Congr. Consistor. vom 12. November 1908 ad I. A. A. S. I, 149 ff.

der ausserordentlichen kirchlichen Angelegenheiten unterstellten Missionsdistrikte, z. B. einige Apostolische Vikariate und Präfekturen in Südamerika, zugewiesen wurden.

Im Schoße der Propaganda befindet sich eine von Pius X. errichtete Commissio super revisione synodorum provincialium, an deren Spitze ein Kardinal als Präsident steht. Ferner ist die von Leo XIII. am 19. März 1895 ins Leben gerufene Kardinalskommission pro unione ecclesiarum dissidentium zweckmässig mit der Kongregation zur Verbreitung des Glaubens verbunden. Die bisher bestehende zweite Präfektur der Propaganda pro re oeconomica wurde beseitigt und die gesamte Vermögensverwaltung mit Einschluss derjenigen der speziellen Abteilung der Camera spoliorum der Propaganda übertragen.

Die *Congregatio de Propaganda Fide pro negotiis Rituum Orientalium,* die mit der allgemeinen Propaganda durch Personalunion verbunden ist, wurde durch die Bulle »Sapienti consilio« in ihrer Kompetenz nicht eingeschränkt. Sie ist in allen Angelegenheiten der Orientalen, auch den gemischten, die ratione rei sive personarum die Lateiner berühren, zuständig. (Konstitution »Romani Pontifices« vom 6. Januar 1862.)

7. Die *Congregatio Indicis* steht wie in dem ersten Organisationsplane Sixtus' V. an siebenter Stelle und hat ihre bisherigen Aufgaben: 1) die gegen den Glauben und die guten Sitten verstossenden Bücher zu indizieren und 2) den Besitz und die Lektüre solcher Bücher zu gestatten, beibehalten. Pius X. hat aber die Pflichten der Indexkongregation dadurch verschärft, dass sie künftighin aus eigener Initiative, nicht bloss nach erfolgter Anzeige (Denunziation) gegen gefährliche Schriften (also nicht bloss Bücher) aller Art vorgehen soll.

8. Die *Congregatio Sacrorum Rituum* hat nach der Pianischen Reform die zweifache Aufgabe: 1) über die Riten und Zeremonien der lateinischen Kirche zu wachen und 2) die Selig- und Heiligsprechungsprozesse, sowie das Reliquienwesen zu leiten. Gegenüber dem früheren Rechtszustande ist ihr Kompetenzkreis einerseits durch die Aufnahme des Reliquienwesens erweitert und anderseits durch das Ausscheiden der Präzedenzverhältnisse (jetzt die Konzilskongregation zuständig) verringert worden.

Die Ritenkongregation hat neben dem Gesetzgebungs- und Dispensationsrecht auch die Befugnis, gewisse Insignien und Ehrentitel, z. B. für Bischöfe und Domherren und Kirchen, zu verleihen,

die mit dem Ritus und den kirchlichen Zeremonien in Zusammenhang stehen.

Durch das Motu proprio »Quanta semper« [1]) vom 16. Januar 1914 wurden die Konsultoren der Ritenkongregation in zwei Klassen eingeteilt, von denen die eine für die Selig- und Heiligsprechungsprozesse, die andere für die liturgischen Angelegenheiten und das Reliquienwesen zuständig ist. Ferner hat das Motu proprio die mit der Ritenkongregation verbundenen Kommissionen: den Coetus liturgicus (errichtet 1897), den Coetus historico-liturgicus (1902) und den Coetus pro sacro concentu (1902) aufgehoben.

9. Die *Congregatio caeremonialis* hat ihren alten Kompetenzkreis unverändert in die neue Gesetzgebung übernommen. Sie hat 1) die oberste Leitung der Zeremonien der päpstlichen Kapelle und des päpstlichen Hofes und 2) die Entscheidung in allen Präzedenzfragen, die den Vorrang unter den Kardinälen und den fremden Gesandten betreffen.

10. Die *Congregatio pro negotiis ecclesiasticis extraordinariis* ist künftighin auf die Erledigung derjenigen Geschäfte eingeschränkt, die in ihrer Namensüberschrift angedeutet sind. Die ihr bislang unterstellten Missionsländer (z. B. einige Apostolische Vikariate und Präfekturen in Südamerika) sind der Propaganda überwiesen.

Die Kongregation erledigt alle ausserordentlichen kirchlichen Angelegenheiten, die ihr vom Papst durch den Kardinalstaatssekretär zugewiesen werden. Ihr Hauptgebiet sind die kirchenpolitischen Angelegenheiten, insbesondere der Abschluss von Konkordaten. Sie ist aus diesem Grunde organisch mit der Staatssekretarie verbunden. Die Beamten der Kongregation der ausserordentlichen kirchlichen Angelegenheiten bilden eine besondere Abteilung in der Staatssekretarie, und der Kardinalstaatssekretär führt zugleich auch die Geschäfte eines Präfekten der Kongregation der ausserordentlichen kirchlichen Angelegenheiten; ein spezieller Präfekt ist für diese Kongregation nicht eingesetzt.

11. Die *Congregatio studiorum* hat die oberste Leitung aller Universitäten und Fakultäten, die von der kirchlichen Autorität abhängig sind, mit Einschluss der von Ordensleuten geleiteten Hochschulen.

Sie bestätigt die neuen und reformiert die alten Statuten,

1) Acta Apostolicae Sedis VI, 25 ff.

entscheidet die wichtigen Fragen der Vermögensverwaltung und des Studienbetriebes, ernennt und bestätigt für gewisse Anstalten den Rektor, Kanzler und die Professoren. Ferner hat sie die Befugnis, das Promotionsrecht zu verleihen und auch unmittelbar die Doktorgrade an wissenschaftlich verdiente Männer zu übertragen.

Als Gehilfinnen der Kongregationen für bestimmte partikuläre, teils vorübergehende, teils dauernde Zwecke gehören der Kurialverfassung noch folgende *Kardinalskommissionen* an: 1) die Commissio studiis historicis praeposita (errichtet 1883), 2) die Commissio studiis biblicis praeposita (1902), 3) die Commissio Fidei in Urbe praeservandae (1902), 4) Commissio bonis temporalibus S. Sedis administrandis (errichtet von Pius X.), 5) die Commissio pro unione ecclesiarum dissidentium (1894), die jetzt mit der Propaganda verbunden ist, 6) die Commissio pro ecclesiae legibus in unum redigendis (1904).

Ausserhalb der für die allgemeine Kirchenregierung bestimmten Kongregationen besteht endlich noch die *Congregatio Reverendae Fabricae S. Petri,* die gegenwärtig nur noch als Verwaltungsbehörde für die Kirchenfabrik der Peterskirche tätig ist, da sie die früheren Vollmachten, Meßstiftungen zu reduzieren, fromme Legate umzuwandeln usw. eingebüsst hat. Aus diesem Grunde ist sie in den Verband der übrigen Kongregationen nicht mit einbezogen.

Aufgehoben sind im ganzen zehn Kongregationen: 1) die Congregatio Episcoporum (errichtet 1588), 2) die Congregatio Indulgentiarum et Reliquiarum (von Klemens VIII. errichtet und von Pius X. am 28. Januar 1904 mit der Ritenkongregation vereinigt), 3) die Congregatio iurisdictionis et immunitatis ecclesiasticae (1626), 4) die Congregatio Visitationis Apostolicae (1592), 5) die Congregatio super residentia Episcoporum (1634), 6) die Congregatio specialis super revisione conciliorum provincialium (1849), 7) die Congregatio examinis (electionis) Episcoporum (errichtet von Klemens VIII.), 8) die Commissio praelatorum super examine relationum Ordinariorum de statu dioecesium (1740), 9) die Congregatio super disciplina regulari (1695), 10) die Congregatio super statu regularium (1847). Die beiden zuletzt erwähnten Kongregationen waren bereits durch das Motu proprio vom 26. Mai 1906 für erloschen erklärt. Die Wahl und Prüfungen der italienischen Bischöfe waren durch das Motu proprio vom 18. Dezember 1903 an die Congr. S. Officii übergegangen.

b) Die *Gerichtsbehörden* (Tribunalia) sind:

1. Die *Sacra Poenitentiaria,* deren Kompetenz Pius X. völlig auf das forum internum (forum sacramentale et extrasacramentale) beschränkt hat, so dass ihr die Befugnis, Ehedispensen pro foro externo an die kanonisch Armen zu erteilen, entzogen ist.

Sie erteilt für das Beicht- und Gewissensforum: 1) die Absolution von allen Sünden und Zensuren mit Ausnahme weniger Fälle, die dem Papste specialissimo modo vorbehalten sind, wie z. B. die Verletzung des Secretum S. Officii et Congregationis Consistorialis, 2) die Dispensation von geheimen Ehehindernissen und Irregularitäten, 3) die Kondonation für den unrechtmässigen Erwerb von Kirchengütern und bona incerti domini, 4) die Sanation bei ungültigen Eheschliessungen und ungültiger Verleihung einer kirchlichen Pfründe; jedoch ist beim letzten Falle die Ungültigkeit wegen simonia realis ausgeschlossen, 5) die Dispensation oder Kommutation von reservierten einfachen Gelübden, und endlich entscheidet sie 6) die ihr vorgelegten theoretischen Gewissensfragen.

2. Die *Sacra Rota Romana,*[1]) der von Pius X. auf völlig neuer Grundlage restituierte Gerichtshof der Kurie, ist für alle kirchlichen Zivil- und Strafprozesse — ausgenommen die Causae maiores und alle Glaubensdelikte — zuständig, die ein strenges Justizverfahren erfordern.

Grundsätzlich hat die Römische Rota die Stellung eines Appellationsgerichts; jedoch kann der Papst aus speziellen Gründen entweder motu proprio oder ad instantiam partium ihr auch Rechtsstreitigkeiten in erster Instanz zuweisen. Im letzteren Falle entscheidet die Rota, falls der Rechtsstreit nach dem ersten Urteil noch fortgesetzt wird, auch in zweiter und dritter Instanz, wobei selbstverständlich die Kommission (Turnus) der rechtsprechenden Auditoren wechselt. Gewöhnlich wird die Rota in zweiter oder dritter Instanz angegangen, nachdem die Parteien bereits in erster oder auch zweiter Instanz vor den bischöflichen oder Metropolitangerichten prozessiert haben. Die Rota führt dann den Rechtsstreit bis zur letzten Instanz durch. Ausserdem erteilt sie die Rechtswohltat der Wiedereinsetzung in den früheren Stand (restitutio in integrum), falls das Urteil der unteren Instanz bereits rechtskräftig

---

1) *R. Parayre,* La S. Rote Romaine, cour d'appel du monde catholique, in: Université Catholique LXVII, 63 ff. *F. Egon Schneider,* Die Römische Rota I (1914).

geworden ist und der Richter der zweiten Instanz keine Abhilfe gegen die erlittenen Rechtsnachteile gewähren kann. Bei der Restitutio in integrum entscheidet die Rota zugleich in der Prozeßsache selbst, so dass dieselbe nicht an die unteren Instanzen zurückverwiesen wird. Jedoch ist die Restitution gegen die rechtskräftigen Urteile der Rota selbst bei der Apostolischen Signatur nachzusuchen.

Die Lex propria hat die Zahl der Auditoren auf zehn (früher zwölf) festgesetzt; da jedoch Österreich und Spanien nachträglich ihr früheres Ernennungsrecht geltend gemacht haben, kann die Zahl künftighin aus zwölf Auditoren bestehen. Gegenwärtig sind elf vorhanden, da Spanien noch keinen Auditor ernannt hat.[1]) Ganz neu ist die Bestimmung, dass die Auditoren mit dem angefangenen[2]) 75. Lebensjahr in den Ruhestand treten.

3. Die *Signatura Apostolica*[3]) hat die Stellung eines Kassationsgerichtshofes, der die Tätigkeit der Rota kontrolliert und ergänzt. Sie hat zu erkennen: 1) über die Ablehnung eines iudex suspectus bei den Prozessen der Rota,[4]) 2) über die Verletzung des Amtsgeheimnisses und die Schädigung der Parteien, falls sich die Auditoren der Rota solcher Vergehen schuldig machen, 3) über die Nichtigkeitsbeschwerden gegen ein Urteil der Rota,[5]) 4) über den Antrag auf Wiedereinsetzung in den früheren Stand gegen eine bereits rechtskräftig gewordene Entscheidung der Rota.[6])

c) Die *Ämter* (Officia) der Römischen Kurie sind:

1. Die *Cancellaria Apostolica,* die älteste Behörde der päpstlichen Kurie, die aber von ihrem ehemaligen Einfluss sehr viel eingebüsst hat.

Sie hat jetzt nur noch die Expedition der päpstlichen Bullen für die Verleihung der sog. Konsistorialbenefizien (Bistümer und gewisse Abteien), die Errichtung von Bistümern und Kapiteln und andere wichtige Angelegenheiten (negotia maiora) der katholischen Kirche, z. B. Heiligsprechung, wichtige Gesetze usw. In den ersten beiden Fällen wird der Expeditionsbefehl von der Konsistorialkongregation, im letzten Falle vom Papste erteilt.

---

1) Vgl. *Schneider* a. a. O. 101 f.

2) Entscheidung der Congr. Consistor. vom 28. Juli 1909 in Causa Romana. A. A. S. I, 623.

3) *R. Parayre,* La Signature Apostolique, in: Université Catholique LXVIII, 227 ff.

4) A. A. S. III, 335.

5) A. A. S. II, 431 f., 733; III, 356 ff.

6) A. A. S. II, 699; III, 79, 353 ff.

Noch bis in die Gegenwart war der für die Datierung der Bullen — litterae Apostolicae sub plumbo — maßgebende Jahresanfang nicht der 1. Januar (Zirkumzisionsstil), sondern der 25. März (Inkarnationsstil). Pius X. hat neuerdings den bürgerlichen Jahresanfang für alle päpstlichen Schreiben eingeführt. Ebenso hat er von den vier Arten des Expeditionsverfahrens 1) per viam Cancellariae, 2) per viam secretam, 3) per viam de Camera, 4) per viam de Curia nur die erste bestehen lassen.

Eine weitere Vereinfachung in der Organisation der Apostolischen Kanzlei bedeutet die Aufhebung des Prälatenkollegiums der Abbreviatoren des grossen und kleinen Parks (abbreviatores de parco maiori et minori). Die bloss formellen Funktionen, die die zuletzt nur noch existierenden abbreviatores de parco maiori beim Unterzeichnen der Apostolischen Bullen ausübten, sind an die sieben wirklichen Apostolischen Protonotare (protonotarii participantes de numero) übergegangen. Endlich verdient noch erwähnt zu werden, dass Pius X. dem Chef der Apostolischen Kanzlei den Titel »Kanzler« (statt »Vizekanzler«) zurückgegeben hat.

Die »Normae peculiares« der neuen Kurialverwaltung cap. IX, art. 1 [1]) bestimmten, dass eine Kommission von drei Kardinälen (Kanzler, Datar und Sekretär der Konsistorialkongregation) die Formulare der Bullen für die Verleihung von Benefizien und für die Errichtung von Bistümern und Kapiteln, sowie auch die Kanzleiregeln neu bearbeiten solle. Diese Kommission hat zunächst die Bullae collationis beneficiorum neu redigiert, die von Pius X. in dem Motu proprio »In Romanae Curiae« [2]) am 8. Dezember 1910 bestätigt wurden und vom 1. Januar 1911 an in Gebrauch sind.

Kurz vorher erliess der Papst durch das Dekret des Kardinalstaatssekretärs vom 15. April 1910 [3]) eine neue Kanzleiregel für die Unterzeichnung der Apostolischen Konstitutionen. Hiernach müssen die Apostolischen Konstitutionen von dem Kardinalkanzler und dem Kardinalpräfekt derjenigen Behörde, zu dessen Ressort die Materie der betreffenden Konstitution gehört, unterzeichnet

1) Acta Apostolicae Sedis I, 103.

2) Acta Apostolicae Sedis II, 939. Vgl. *P. M. Baumgarten*, Motus proprius vom 8. Dezember 1910 über die Formulare der Bullen, in: Römische Quartalschrift XXV, * 125.

3) Acta Apostolicae Sedis II, 287. Vgl. *P. M. Baumgarten*, Nova Apostolicae Cancellariae regula pro subscriptione Constitutionum Apostolicarum, in: Römische Quartalschrift XXV, * 49 f.

werden. In dieser Form werden sie in den Acta Apostolicae Sedis publiziert. Ferner bestimmt die neue Kanzleiregel, dass zwei Originale, von denen das eine vom Papste, das andere von den genannten Kardinälen unterzeichnet worden ist, im Archive der Apostolischen Kanzlei aufbewahrt werden sollen.

2. Die *Dataria Apostolica* hat ihre frühere Vollmacht, Ehedispensen pro foro externo zu erteilen, an die Sakramentenkongregation abgegeben. Ihre Kompetenz ist auf die Verleihung der niederen Benefizien (beneficia non consistorialia), die dem Apostolischen Stuhle reserviert sind, beschränkt.

Die Datarie prüft die Tauglichkeit der Kandidaten, dispensiert von den vorgeschriebenen Erfordernissen und stellt die Kollationsurkunden aus, die vom Kardinaldatar oder bei dessen Verhinderung vom Kardinalstaatssekretär unterzeichnet werden. Auch hat diese Behörde dafür zu sorgen, dass von den römischen Benefizien die ihnen auferlegten Pensionen zugunsten der Pensionskasse gezahlt werden.

Dem Chef der Datarie hat Pius X. den früheren Titel »Datarius« statt »Prodatarius« zurückgegeben.

3. Die *Camera Apostolica,* die vordem aufs innigste mit der Verwaltung des Kirchenstaates verwachsen war, hat ihre seit 1870 fast quieszierende Stellung beibehalten. Nur während der Sedisvakanz des Apostolischen Stuhles ist dem Camerlengo die interimistische Verwaltung des römischen Hofes anvertraut. Die speziellen Normen für seine Tätigkeit sind in der Konstitution »Vacante sede Apostolica«[1]) vom 25. Dezember 1904 enthalten.

4. Die *Secretaria Status* ist trotz ihres verhältnismäßig jungen Ursprungs gegenwärtig die wichtigste Behörde der Römischen Kurie; sie bildet gewissermaßen das Ministerium des Äusseren und das Zivilkabinett des Papstes. Ihre Organisation hat durch die Bulle »Sapienti consilio« eine wesentliche Ausgestaltung erfahren, indem die Kongregation der ausserordentlichen kirchlichen Angelegenheiten organisch mit ihr verbunden und die Sekretarie der Breven ganz in sie einverleibt wurde.

Die Staatssekretarie zerfällt jetzt in drei Abteilungen. Die erste Sektion beschäftigt sich mit den ausserordentlichen kirchlichen Angelegenheiten und legt ihre Arbeiten der hierfür bestimmten Kongregation zur Prüfung und Entscheidung vor. Die zweite Sektion erledigt die ordentlichen Geschäfte und macht

1) Acta Pii X. III, 239 ff.

namentlich über die Verleihung der kirchlichen und weltlichen Auszeichnungen (päpstliche Orden und Prälatentitel mit Ausnahme derjenigen, die dem Maggiordomo reserviert sind, wie z. B. die Monsignoretitel für die Geheimen überzähligen Kammerherren des Papstes) Vorschläge. Die dritte Sektion endlich expediert die päpstlichen Breven, die ihr von den verschiedenen Kardinalskongregationen besonders für die Verleihung von Dispensen und Fakultäten zugewiesen werden. Pius X. hat bestimmt, dass die Formulare dieser Breven neu ausgearbeitet werden sollen.[1])

5. Die *Secretaria Brevium ad principes* und die *Secretaria epistolarum latinarum* sind die beiden letzten Offizien der Römischen Kurie. Ihre Aufgaben sind durch die Namensbezeichnungen hinreichend angedeutet.

Damit ist die Verfassungsorganisation der Römischen Kurie erschöpft. Wir sehen jetzt das neue Gebäude vollständig vor unseren Augen und können betrachten, wie es durch die Ausscheidung der überflüssigen Teile vereinfacht und durch zahlreiche Verbesserungen und Umgestaltungen übersichtlicher und praktischer eingerichtet ist, aber zugleich den Stempel des Alten und Ehrwürdigen gewahrt hat. Der geistliche und seelsorgliche Charakter der Kurie tritt jetzt deutlicher denn je zutage; ihre Einfacheit entspricht der bescheidenen materiellen Lage der Kirche; jedoch genügt sie allen Ansprüchen der heutigen Zeit, indem sie nicht die blosse Verwaltung, die leicht in Willkür ausartet, sondern auch die strenge Rechtsprechung pflegt. So spiegelt die Zentralbehörde der katholischen Kirche gewissermaßen das Bild des heutigen katholischen Kirchenrechts wider.

Dieselben Merkmale der einfachen, praktischen und zeitgemäßen Ausgestaltung tragen auch die jetzt geltenden Bestimmungen über die *Verwaltungsorganisation* der römischen Kurie an sich, von denen im folgenden einige der wichtigsten genannt werden mögen.

Nach dem früheren Recht waren die Exkommunizierten (auch die excommunicati tolerati) unfähig, ein gültiges Gnadenreskript zu erlangen.[2]) Der Stilus Curiae hatte deshalb die Ein-

---

1) Vgl. *P. M. Baumgarten*, Neueste Ausstattung der Apostolischen Breven, in: Römische Quartalschrift XXVII, *43 f.

2) Vgl. Entscheidung der Apostolischen Poenitentiarie vom 9. September 1898: Rescripta minora S. Sedis, licet ab excommunicatis obtenta, valida sunt tantum pro foro conscientiae. Acta Sanctae Sedis XXXV, 754.

richtung getroffen, dass alle Empfänger eines päpstlichen Gnadenreskripts ad cautelam von den Zensuren absolviert wurden. Diese Absolution wurde jedoch nur ad hoc erteilt, d. h. zu dem Zwecke, dass die Petenten ein rechtlich gültiges Reskript erlangen konnten; im übrigen blieben die Wirkungen der Exkommunikation bestehen. Die Rechtsunfähigkeit der excommunicati tolerati war daher in den meisten Fällen, d. i. bei den mit einer völlig geheimen Zensur Behafteten, nur in der Theorie, aber nicht in der Praxis vorhanden. Daher hat Pius X. dieselbe ganz beseitigt; nur die vom Apostolischen Stuhle *namentlich* Exkommunizierten oder a divinis Suspendierten sind fortan unfähig, ein Gnadenreskript zu erlangen. Ausserdem bleiben die besonderen Bestimmungen für die Gewinnung von Ablässen in Kraft. Die ehemalige »absolutio a censuris ad cautelam« ist durch die Pianische Reformgesetzgebung aus der Zahl der alten Kurialformeln verschwunden.

Bloss mündlich erteilte Gnaden haben künftighin nur für das forum conscientiae Geltung;[1]) sobald sich jemand einer dritten Person gegenüber auf die empfangenen Dispensen oder Fakultäten berufen will, hat er den gesetzlichen Beweis dafür anzutreten.

Für die schriftliche Erteilung von Gnadensachen steht den römischen Behörden ein doppelter Weg zu Gebote: entweder verleihen sie die Gnade auf direktem oder auf indirektem Wege. Im letzten Falle hat der Bischof als bevollmächtigte Mittelsperson den in dem Bittgesuche vorgetragenen Tatbestand gewissenhaft zu prüfen und dann nach eigenem pflichtmäßigen Ermessen über die Opportunität bezw. Inopportunität der Gnadenbewilligung zu entscheiden unter Beobachtung der in dem Apostolischen Reskripte gegebenen Anweisungen und Vollmachten.

Werden die Gnaden direkt — interposito nemine — erteilt, so ist zwischen den rescripta in forma gratiosa und den rescripta in forma commissoria zu unterscheiden. Die ersteren bedürfen keiner Exekution von seiten des Bischofs, sondern sind ohne weiteres durch die Impetranten selbst ausführbar. Höchstens ist eine Anerkennung (recognitio) seitens des Ordinarius notwendig, die für alle gratiae publicae, z. B. für die öffentlichen Ablässe in einer Kirche oder für die öffentliche Verehrung von Reliquien vorgeschrieben ist. Für private Gnaden wird die Rekognition nur dann verlangt, wenn ihre Ausübung an gewisse Voraussetz-

1) Vgl. zum folgenden die Normae peculiares cap. III. art. I. A. A. S. I, 62 ff.

ungen, z. B. das Vorhandensein eines geeigneten Privatoratoriums geknüpft ist.

Die Reskripte in forma commissoria müssen dagegen vom Bischofe vollzogen (exequiert) werden. Der Bischof hat aber nur die sog. executio necessaria; er darf die Ausführung bloss aus zwei Gründen verweigern: 1) wenn die wesentlichen Angaben des Bittstellers an dem Fehler der ob- oder subreptitio leiden, der das Dispensreskript von vornherein ungültig macht, und 2) wenn der Petent des Gnadenerweises bis zu dem Grade unwürdig ist, dass seine Begünstigung bei den übrigen Gläubigen Anstoss erregen würde. Wird die Ausführung aus dem letzten Grunde verweigert, so muss sofort an den Hl. Stuhl berichtet werden, damit dieser die definitive Entscheidung fällt.

Was das verwaltungsgerichtliche Verfahren bei den Kongregationen anbetrifft, so sind hierfür die Grundsätze des sog. summarischen Verfahrens — sine forma et strepitu iudicii — vorgeschrieben.[1] Daher kommen die formelle Streitbefestigung (litis contestatio), das Verhör der Zeugen und der Aktenwechsel der Advokaten und Prokuratoren nicht in Anwendung. Nur die Parteien müssen stets gehört und die von ihnen beigebrachten Beweisstücke geprüft werden. Auch steht es den Interessenten frei, eine gedruckte Verteidigungsschrift einzureichen, die aber einen bestimmten Umfang nicht überschreiten darf.

Zur Information der Kardinäle, die in der Plenarversammlung das Urteil fällen, wird ein offizieller Schriftsatz (folium officiale) von den Beamten der Kongregation ausgearbeitet, der eine kurze Darstellung des ganzen Streit- oder Disziplinarfalles, eine Zusammenstellung der Dokumente (Summarium) und die Streitfragen (Dubia) enthält. Bei besonders schwierigen und wichtigen Entscheidungen werden vorher die Gutachten (Vota) der Konsultoren eingeholt.

Von den Entscheidungen der Kongregation kann nicht appelliert werden; jedoch steht der unterlegenen Partei das Recht zu, innerhalb der nächsten zehn Tage das beneficium novae audientiae zu erbitten. Der Kardinalpräfekt entscheidet nach Anhörung des Congresso, ob die Bitte gewährt oder verweigert werden soll; nur wenn dem ersten Urteil die Klausel »amplius non proponatur« hinzugefügt worden ist, kann das beneficium novae audientiae allein von der Plenarversammlung erteilt werden.

1) Vgl. Normae peculiares cap. III. art. II. A. A. S. I, 64 ff.

Die durch die Prozessführung entstandenen Unkosten hat nach alter Rechtsgewohnheit der Kurie jede Partei selbst zu tragen, so dass eine Wiedererstattung durch den unterlegenen Gegner ausgeschlossen ist. Nur für die durch Pflichtversäumnis (contumacia) entstandenen Kosten hat allein der schuldige Teil aufzukommen.

Das geschilderte Verfahren stimmt im grossen und ganzen mit dem früher bei der Congregatio Concilii üblichen Verfahren ex officio seu in forma oeconomica sowie dem Verfahren per summaria precum[1]) überein, während der sog. processus in folio seu iuris ordine servato jetzt bei den Kongregationen völlig aufgehoben worden ist.

Die Prozessführung vor der Rota steht im Unterschiede von dem summarischen Verfahren an den Kongregationen unter den strengen Regeln des eigentlichen Justizverfahrens. Nach aussen hin tritt die Differenz besonders dadurch hervor, dass beim letzteren Advokaten und Prokuratoren auftreten und die Zeugen verhört werden. Jedoch besteht an der Rota kein Anwaltzwang; die Hinzuziehung der Advokaten und Prokuratoren ist bloss fakultativ.

Die hauptsächlichen Eigenschaften des alten kanonischen Prozesses, seine feste Terminfolge (ad concordandum de dubiis seu litis contestatio, ad defendendum, ad respondendum), die Auflösung der Streitsache in verschiedene Punkte (dubia) und die Teilung in ein von einander getrenntes Beweis- und Urteilsverfahren (Zäsur des Prozesses) sind in der neuen Prozessordnung der Rota beibehalten.

Abweichend vom staatlichen Gerichtsverfahren beruht der kanonische Prozess ferner auf dem Prinzip der Schriftlichkeit, d. h. die Richter der Rota fällen das Urteil nicht auf Grund einer mündlichen Verhandlung der Parteien oder ihrer Vertreter vor Gericht, sondern sie gewinnen das gesamte Tatsachenmaterial lediglich aus den Prozessakten. Nur insofern ist der Grundsatz der Schriftlichkeit und Mittelbarkeit des Verfahrens etwas gemildert, als in gewissen Fällen auch ein spezieller Termin für die mündliche Disputation der Verteidiger vor den Auditoren der Rota angesetzt werden kann. Die Aussagen der Parteien, das Verhör der Zeugen, die Vernehmung von Sachverständigen finden dagegen stets nur vor dem Instruktionsrichter statt.

---

1) Dieses Verfahren ist an der Konzilskongregation bestehen geblieben. Vgl. Causa Laquedoniensis iuris suffragii (per summaria precum) vom 16. März 1912. A. A. S. IV, 404 ff.

In der Regel sprechen die Auditoren Recht in einem wechselnden Turnus von je drei Richtern, deren Reihenfolge mit den drei jüngsten Auditoren beginnt. Bei besonderen Anlässen erteilt der Papst aber den Befehl: videant quinque, septem usw. oder videant omnes.[1]) Der erste Auditor des Turnus ist der jedesmalige Berichterstatter (Ponens seu Relator causae), falls er nicht aus gerechter Ursache das Amt an einen anderen Auditor desselben Turnus übertragen will. Als Instruktionsrichter wird stets ein Auditor eines anderen Turnus vom Dekan der Rota ernannt.

Das Urteil ist schriftlich abzufassen und bei Strafe der Ungültigkeit mit den Urteilsgründen zu versehen. Die in den drei ersten Jahren (1909—1911) ergangenen Decisiones Rotae[2]) sind bereits in einer offiziellen Sammlung erschienen, in der auch die sub secreto geführten Prozesse — mit Weglassung der Namen — publiziert wurden.

Die Prozesskosten an der Rota sind wesentlich höher als bei dem verwaltungsgerichtlichen Verfahren der Kongregationen. An Stelle der Gerichtsgebühren ist der Gebrauch eines Stempelpapiers vorgeschrieben, während für die Gebühren der Advokaten und Prokuratoren eine besondere Honorarordnung erlassen wurde. Durch Bewilligung des Armenrechts können sowohl die Gerichts- wie die Anwaltsgebühren ganz oder teilweise erlassen werden. Früher galt an der Rota die noch jetzt bei den Kongregationen fortbestehende Sitte, dass die von den Parteien ausgelegten Unkosten grundsätzlich nicht zurückerstattet wurden. Nach dem neuen Rechte wird in den Urteilen der Rota zugleich über die Tragung der Kosten entschieden, so dass je nach der Lage des Falles dem Besiegten sämtliche Kosten oder der grössere Teil auferlegt oder auch als unter den Parteien kompensiert erklärt werden können.[3])

---

1) Dieser Befehl wurde z. B. erteilt in dem Eheprozesse Andrassy-Széchényi 1911. A. A. S. IV, 108 ff.

2) S. Rotae Decisiones seu Sententiae . . . cura eiusdem S. Tribunalis editae. Voll. I—III. Roma, Tipografia Poliglotta Vaticana. Auch wurd eine private Sammlung der Rotaentscheidungen von *Pezzani* herausgegeben.

3) Prozessordnung der Rota § 184 ff. A. A. S. II, 837 f. Vgl. auch die Entscheidung der Rota in Causa Alexandrina Expensarum iudicialium, vom 14. Juni 1909. A. A. S. I, 583 ff.

B.

Spätere Ausführungs-, Änderungs- und Nachtragsgesetze zur Kurialreform.

Von der Mehrzahl der hier zu besprechenden Gesetze ist bereits in dem voraufgehenden Abschnitte die Rede gewesen. Denn die später erfolgten Ausführungs- und Änderungsgesetze greifen unmittelbar in die Verfassungs- und Verwaltungsorganisation der Kurie ein, so dass sie in der vorhin gegebenen systematischen Darstellung nicht übergangen werden konnten. Es genügt daher, an dieser Stelle zum Zwecke einer historischen Übersicht die schon erörterten Gesetze kurz zusammenzustellen.

I. Als *Ausführungsgesetze* zu der Bulle »Sapienti consilio« und ihrer Nebengesetze sind zu nennen: 1) die Mitteilung des Kardinalstaatssekretärs Merry del Val vom 15. April 1910 betr. die vom Papste erlassene neue Kanzleiregel für die Unterzeichnung der Apostolischen Konstitutionen.[1]) Acta Apostolicae Sedis II, 287; 2) das Motu proprio Pius' X. »In Romanae Curiae« vom 8. Dezember 1910 betr. die Bestätigung der Bullenformulare für die Verleihung der Konsistorialbenefizien und die damit verbundenen Akte.[2]) Acta Apostolicae Sedis II, 939 f.; 3) die Prozessordnung der Rota vom 4. August 1910.[3]) Acta Apostolicae Sedis II, 783 ff.; 4) die Prozessordnung der Apostolischen Signatur vom 6. März 1912.[4]) Acta Apostolicae Sedis IV, 187 ff.

II. *Änderungsgesetze* zu den früheren Bestimmungen der Kurialreform sind: 1) das Motu proprio »Cum omnes« vom 15. August 1912 betr. die Errichtung einer Sektion für die Seelsorge der Auswanderer an der Congregatio Consistorialis.[5]) Acta Apostolicae Sedis IV, 526 f.; 2) das Motu proprio »Qanta semper« vom 16. Januar 1914 betr. die Aufhebung der Kommissionen bei der Ritenkongregation und die Einsetzung einer doppelten Klasse der Konsultoren.[6]) Acta Apostolicae Sedis VI, 25 ff.; 3) das Dekret der Religiosenkongregation »Peculiari curae« vom 24. März 1914 betr. die Errichtung einer Kommission für die Approbation der Ordensgesellschaften und ihrer Konstitutionen, nebst den zugehörigen Normae peculiares vom 24. März 1914.[7]) Acta Apostolicae Sedis VI, 189 ff.

---

1) Vgl. oben S. 475. — 2) Sieh oben S. 475. — 3) S. oben S. 474. — 4) S. oben S. 474. — 5) S. oben S. 465. — 6) S. oben S. 471. — 7) S. oben S. 469.

III. *Neue selbständige Erlasse über die Verfassung und Verwaltung der Kurie.*

1. Noch bevor die neue Kurialreform am 3. November 1908 in Kraft trat, gründete Pius X. durch die Apostolische Konstitution »Promulgandi« vom 29. September 1908 [1]) ein *offizielles Organ für die Promulgation der päpstlichen Gesetze* und die Bekanntmachung der Akte des Apostolischen Stuhles, dem der Name »Acta Apostolicae Sedis« beigelegt wurde. Der Tenor dieser Konstitution lautet:

Alle päpstlichen Konstitutionen, ferner die Gesetze und Dekrete und andere Beschlüsse sowohl der Päpste wie der römischen Kurialbehörden, die zu ihrer Geltung der Promulgation bedürfen, werden vom 1. Januar 1909 ab in den Acta Apostolicae Sedis rite promulgiert. Diese Promulgationsform ist für die rechtliche Gültigkeit der vorhin erwähnten legislatorischen Erlasse unbedingt erforderlich, wofern nicht der Apostolische Stuhl für spezielle Fälle, z. B. wenn die Gesetze geheim gehalten werden müssen, etwas anderes bestimmt hat. Ausserdem werden in dem Amtsanzeiger des Apostolischen Stuhles andere Akte der Kurialverwaltung mitgeteilt, die zu ihrer Gültigkeit zwar keiner Promulgation bedürfen, aber deren allgemeine Kenntnisnahme nützlich ist, z. B. die Urteile der Rota, päpstliche Briefe, Ernennungen der Bischöfe usw.

Eine genaue Geschäftsanweisung für die Herausgabe des Päpstlichen Amtsblattes hat der Kardinalstaatssekretär am 5. Januar 1910 [2]) erlassen. Mit der Redaktion ist zugleich die Herausgabe des päpstlichen Jahrbuchs »La Gerachia cattolica« oder, wie es seit 1912 genannt wird, des »Annuario Pontificio« verbunden, die beide von der Vatikanischen Druckerei gedruckt werden.

Mit der Gründung der »Acta Apostolicae Sedis« hat der Apostolische Stuhl die bereits seit längerer Zeit bei den staatlichen Behörden bestehende Praxis nachgeahmt. Die früher übliche Versendung der Kurialerlasse an die Bischöfe ist laut Mitteilung des Kardinalstaatssekretärs vom 31. Dezember 1908 [3]) weggefallen. Ebenso hat das anfangs lange Jahre hindurch rein private und später am 23. Mai 1904 als offiziell und authentisch erklärte Publikationsorgan »Acta Sanctae Sedis« zu erscheinen aufgehört.

1) Acta Apostolicae Sedis I, 5 f.
2) Acta Apostolicae Sedis II, 37 ff.
3) Acta Apostolicae Sedis I, 136.

Endlich muss noch erwähnt werden, dass der Hl. Vater laut Mitteilung des Staatssekretärs vom 26. Dezember 1913[1]) auch der vierbändigen Sammlung »Acta Pii X.« denselben Charakter eines offiziellen Promulgationsorgans beigelegt hat, den die »Acta Apostolicae Sedis« besitzen.

2. Als Pius X. in der Konstitution »Sapienti consilio« das gesamte Ablasswesen der Congr. S. Officii übertrug, hatte er bezüglich der Beglaubigung der Ablässe die von Benedikt XIV. am 28. Januar 1756 approbierte Bestimmung erneuert, dass ein Exemplar der *allgemeinen* Ablassbewilligungen bei Strafe der Ungültigkeit bei dem Sekretariate der Ablasskongregation eingereicht werden müsse.[2]) Um aber die *Kontrolle über die Ablässe* noch zu erhöhen und jeden Betrug unmöglich zu machen, hat der Papst durch das Motu proprio »Cum per Apostolicas«[3]) vom 7. April 1910 die bisher geltenden Vorschriften über die Beglaubigung der Ablässe wesentlich verschärft und dieselben namentlich auf *alle* Ablässe, sofern sie nicht ausschliesslich die Person des Impetranten betreffen, und *alle* Ablassvollmachten, z. B. Rosenkränze mit Ablässen zu benedizieren, ausgedehnt. Alle Empfänger von Ablässen und Ablassvollmachten sind unter Strafe der Ungültigkeit der empfangenen Gnaden verpflichtet, ein Exemplar der Bewilligungsurkunde dem Hl. Offizium zur Beglaubigung vorzulegen.

Dieser Grundsatz ist auch heute noch in Geltung, obwohl sich die Congregatio S. Officii veranlasst sah, in zwei authentischen Deklarationen den Inhalt des Motu proprio etwas einzuschränken. Nach der Erklärung vom 15. Juni 1910[4]) fallen auch die Ablässe, die vor dem 1. November 1908 *ausserhalb* der Römischen Kurie erteilt wurden, unter das Gesetz, dagegen sind die auf einem speziellen päpstlichen Privileg beruhenden Ordensvollmachten, z. B. die der Franziskaner bezüglich der Kreuzwegablässe und die der Dominikaner bezüglich der Rosenkranzweihe davon ausgenommen. Ferner hat der Hl. Vater erklärt, es se nicht seine Absicht gewesen, die Vollmacht, das eine oder andere Mal den Apostolischen Segen, mit dem ein vollkommener Ablass verbunden ist, an eine bestimmte Versammlung von Personen, z. B. an die Pfarrgemeinde, zu spenden, in das Motu proprio

1) Acta Apostolicae Sedis V, 558.
2) Normae peculiares cap. VII. Art. I No. 8. A. A. S. I, 80.
3) Acta Apostolicae Sedis II, 225 f.
4) Acta Apostolicae Sedis II, 477 f.

einzubeziehen. Am 13. Juli 1910[1]) hat das Hl. Offizium entschieden, dass die von der Propaganda für die Missionsgebiete erteilten Ablässe und Ablassvollmachten der neuen Beglaubigungsvorschrift nicht unterliegen, sondern für diese nur das Benediktinische Dekret bezüglich der Generalverleihungen beobachtet werden muss.

3. Im Jahre 1877 war in Rom von dem Grafen von Malherbe die sog. *St. Petrusvereinigung*, bestehend aus Rechtsanwälten und anderen Juristen, gegründet worden, die den Zweck hatte, die Rechte der Kirche und des Apostolischen Stuhles vor ungerechten Angriffen zu schützen. Anfangs war dieser Verein, der im Jahre 1878 die kanonische Bestätigung erhalten hatte, von den Päpsten Pius IX. und Leo XIII. begünstigt und mit geistlichen Gnaden beschenkt worden. Nachdem aber später der Schwerpunkt der Vereinigung nach Frankreich verlegt worden war, wurden ihre verdienstlichen Leistungen immer geringer, und einige Mitglieder liessen sich einen schwunghaften Handel mit Ordensinsignien zuschulden kommen. Um diesem Unwesen zu steuern, sah sich der Hl. Vater bewogen, durch das Motu proprio »Id praeclaro«[2]) vom 26. Mai 1909 die St. Petrusvereinigung der Advokaten brevi manu aufzuheben.

4. Der Römischen Kurie im weiteren Sinne ist auch der sog. *Vicariatus Urbis,* d. i. die Diözesankurie des Bistums Rom, an deren Spitze als Vertreter des Papstes der Kardinalvikar steht, beizuzählen. Mit der apostolischen Konstitution »Etsi Nos«[3]) vom 1. Januar 1912 hat diese Behörde ein neues Verfassungsstatut erhalten, das durch praktische und zeitgemässe Anordnungen bemerkenswert ist. Das Vikariat hat jetzt vier verschiedene Ämter eingerichtet: das erste Amt leitet die Angelegenheiten des Gottesdienstes und der Apostolischen Visitation, das zweite die Disziplin des Klerus und des christlichen Volkes, das dritte die gerichtlichen Angelegenheiten und das vierte die Vermögensverwaltung. Jedes Amt wird von je einem besonderen Beamten (Commissarius, Adsessor, Auditor und Praefectus administrationis) geleitet, die aber sämtlich der Oberleitung des Kardinalvikars unterstehen. Die früheren Ämter des Vicesgerens, Locumtenens, Sekretärs und Auditors sind aufgehoben.

Bei dem ersten Amte ist auch eine Kommission für die

1) Acta Apostolicae Sedis II, 575 f.
2) Acta Apostolicae Sedis I, 445 f.
3) Acta Apostolicae Sedis IV, 5 ff.

christliche Kunst vorgesehen. Auf die Pflege der katholischen Vereine und der sozialen Bestrebungen hat das Statut nachdrücklichst hingewiesen. Zum Zwecke der kirchlichen Rechtsprechung ist neben den Einzelrichtern (Kardinalvikar, Auditor und dessen Substitut) auch ein kollegialischer Gerichtshof eingesetzt. Sehr praktisch ist die Bestimmung, dass die Amtsperioden der Prosynodalexaminatoren nach Ablauf der festgelegten Quinquennien gleichzeitig erlöschen.

Mit dem Vikariate ist eine Kardinalskommission für die Apostolische Visitation der Stadt Rom verbunden, die an die Stelle der früheren Congregatio Visitationis Apostolicae Urbis getreten ist.

Für die innere Disziplin der Beamten sind die Bestimmungen des Beamtenrechts der Römischen Kurie, d. i. der Bulle »Sapienti consilio« und ihrer Nebengesetze, massgebend.

(Fortsetzung folgt.)

II. Kirchliche Erlasse und Entscheidungen.

1. Motu proprio „Non multo post" über die römische Akademie des hl. Thomas von Aquin, vom 31. Dezember 1914. Nebst den revidierten Statuten der Akademie, vom 12. März 1915.

(Acta Apostolicae Sedis VII, 5—7; 128—130.)

A.

Motu proprio de Romana Sancti Thomae Academia.

BENEDICTUS PP. XV

Non multo post editam Encyclicam Epistolam *Aeterni Patris*[1]) de philosophia christiana ad mentem Angelici Doctoris instauranda, decessor Noster fel. rec. Leo XIII ad Antoninum S. R. E. cardinalem De Luca, sacri consilii studiis regundis praefectum, die XV octobris anno MDCCCLXXIX litteras *Iampridem*[2]) dedit, quibus promovendae propagandaeque Thomae Aquinatis doctrinae propriam in urbe Roma Academiam, eiusdem sancti viri nomine patrocinioque insignem, instituit. Etenim »considerando expe»riendoque intellexerat, teterrimum quod adversus Ecclesiam »ipsamque humanam societatem modo geritur bellum, citius fe»liciusque, opitulante Deo, componi non posse quam rectis »sciendi agendique principiis per philosophicas disciplinas ubi»libet restitutis; ideoque ad summam totius causae pertinere »sanam solidamque ubique locorum reflorescere philosophiam«; praecipue vero, ut planum est, in urbe principe catholici nominis, quae quia domicilium ac sedes est Pontificatus Maximi, ob eam causam ab adolescentibus clericis, discendi cupidis, ex omni terrarum loco celebrari solet, ac propterea debet optimae cuiusque institutionis et disciplinae laude ceteris antecellere. Ergo sapientissimus Pontifex romanam, quam diximus, a se conditam Academiam omni gratia complexus, reditibus instruxit, beneficiis ornavit, privilegiis auxit, quorum quidem illud potissimum, ut

1) Acta Sanctae Sedis XII, 97 ff. Die Enzyklika ist datiert vom 4. August 1879.

2) Allocutiones, Epistolae, Constitutiones aliaque Acta praecipua Leonis XIII. (ed. Desclée) I, 111 ff.

liceret ei laurea doctorali suos donare alumnos, qui, communi philosophiae curriculo emenso, scholas dein horum perfectioni studiorum in sacris Urbis athenaeis constitutas atque academicos coetus, explorato cum fructu, biennium frequentassent. Cum autem ab Academia condita satis praeteriisset temporis, cumque eo spatio ad res, quarum causâ instituta erat, vel scriptis in dies certos vulgandis, vel publicis de philosophia sermonibus et disputationibus habendis, vel alumnis spei bonae ad studia sustentandis, non parum profecisse videretur, litteris apostolicis *Quod iam inde*[1]) die IX maii MDCCCXCV Academiae leges ac statuta sollemniter Leo comprobavit. Tam utile institutum proximus decessor Noster sanctae memoriae Pius X admodum sibi probari ostendit per apostolicas litteras *In praecipuis laudibus,*[2]) die XXIII ianuarii anno MCMIV datas, quibus, ad christianam sapientiam contra recentiorum errores ac praesertim contra *Neorationalismum* seu *Modernismum* defendendam magnopere interesse professus ducem religiose sequi Thomam, quidquid auctoritate Leonis actum pro Academia erat, id omne confirmavit. Nos vero, cum, aeque ac Decessores Nostri, persuasissimum habeamus de illa tantum philosophia Nobis esse laborandum quae sit *secundum Christum* (Colos. II, 8), ac propterea ipsius philosophiae studium ad principia et rationem Aquinatis omnino exigendum esse, ut plena sit, quantum per humanam rationem licet, explicatio invictaque defensio traditae divinitus veritatis, hanc S. Thomae Academiam, non minus quam illis, Nobis esse curae volumus appareat. Itaque eo consilio, ut magis magisque vigeat, in diesque exsistat fructuosior, nova quaedam curavimus praescribenda de studiis, de disputationibus, de doctrinae quoque experimentis, quae alumni dent, ut vel doctoris lauream adipisci, vel ad numerum sodalium academicorum adscribi possint: quas Nos praescriptiones et probavimus iam et hic ratas habemus. Posthac vero tres S. R. E. Cardinales Academiae praesidebunt, quorum primus semper esto sacri Consilii studiis regundis Praefectus *pro tempore*. Denique, ut ne illud quidem adiumenti genus desit ad sodalium et alumnorum diligentiam fovendam, de reditibus Academiae aliquid secerni iubemus, ab eius praesidibus definiendum, quod utrisque, praemii loco, distribuatur.

Haec autem, quae statuta a Nobis Motu Proprio sunt, firma

1) Acta Sanctae Sedis XXXVI, 471 ff.
2) Acta Sanctae Sedis XXXVI, 467 ff.

et rata esse volumus, contrariis quibusvis non obstantibus. Eademque fore, ut Deus *scientiarum Dominus* ad incrementum doctrinae catholicae, ipso Angelico Doctore deprecante, convertat plane confidimus.

Datum Romae apud S. Petrum die XXXI decembris MCMXIV, Pontificatus Nostri anno primo. *Benedictus PP. XV*

B.

Academiae Romanae S. Thomae Aquinatis Statuta iussu SSmi D. N. Benedicti PP. XV retractata ex motu proprio »Non multo post« diei XXXI Decembris MCMXIV.

I. Romana S. Thomae Aquinatis Academia eo spectat, ut Angelici Doctoris philosophiam illustret, defendat ac tueatur. Sermone utitur latino. Praesident ei tres S. R. E. Cardinales; quorum Cardinalis Praefectus *pro tempore* sacri consilii studiis regundis prior loco est: adsunt a secretis seu a commentariis adiutor unus cum duobus subadiuvis; quibus munus mandatur in triennium, mandatumque iterari licebit. Complectitur Academia magistros, sodales et alumnos; alumnis autem doctoris conferre lauream, eosque doctores renuntiatos sodalibus adgregare potest.

II. Magistri minimum semel in unaquaque anni academici hebdomade S. Thomae libros de rebus philosophiae praelegant, praesertim utrosque Commentarios in Aristotelem et in Boethium: disputationes alumnorum, quae et ipsae hebdomadales in altera anni scholastici parte debent esse, moderentur: et una cum sodalibus, quid quisque alumnorum in doctrinae experimentis meritus sit, iudicabunt.

III. Alumni adsciscantur spei bonae adolescentes, qui cum in philosophiae studio ordinarium trium annorum spatium confecerint, sacrae theologiae dent operam *textum* adhibentes ipsam Summam S. Thomae. Iique in statis disputationibus syllogisticis, quae quidem tum de thesibus, quas sacrum consilium studiis regundis die XXVII iulii MCMXIV approbavit, tum de aliis fient, quas quotannis Emi Praesides, cum magistris Academiae convenientes, praescripserint, vel *defendentium* vel *arguentium* partes agant. Singulis autem mensibus unus e magistris itemque e sodalibus aliquam philosophiae scriptionem recitabunt.

IV. Alumnus qui doctoris lauream in philosophia S. Thomae expetat, ad periculum doctrinae et scripto et voce faciendum de quolibet capite philosophiae, quae vel in speculatione veri vel in moribus versetur, ne admittatur, nisi minimum biennio prae-

lectiones disputationesque frequentaverit, ac duas ex his disputationibus feliciter habuerit.

V. Qui doctoris in philosophia lauream consecutus est, si evadere velit sodalis Academiae adgregatus, praelectionibus et disputationibus interesse alterum biennium pergat, ac publice propugnationem universae Aquinatis philosophiae suscipiat agatque cum laude.

VI. Candidato res successerit satis, si duas tertias punctorum partes tulerit. Examinatores seu doctrinae iudices, quibus suffragii ius est, sive magistri sive sodales, ab Emo primo Praeside deligantur; et ii quidem ne minus quam tres unquam sint: ac tum ad probandum tum ad improbandum terna singuli habeant puncta, secreto attribuenda. Qui est a commentariis Academiae, itemque duo qui infra eum sunt, nisi examinatorum officio fungantur, suffragium non habent: verumtamen unus eorum candidatis examinandis semper adsit, qui rei exitum adnotabit.

VII. Sub finem anni academici, proposito ab Emis Praesidibus argumento, certamen doctrinae scribendo fiet. Scriptionum ii erunt iudices, quos Academia designaverit. Quod si plures idem mereri videantur, non partitum praemium, sed integrum singuli obtinebunt.

VIII. Certum quoque praemium tum magistris et sodalibus vel pro praelectionibus quas habuerint, vel pro scriptionibus quas confecerint, vel prout coetibus adfuerint, tum etiam alumnis, pro disputationibus quas sive defendendo sive arguendo participaverint, tribuetur. Huiusmodi autem praemia, itemque ceteras omnes impensas quotannis faciendas, Emi Praesides definient; ii vero qui sunt a commentariis Academiae, Praesidibus postea rationem reddent.

Datum ex S. Congregatione Studiorum, die 12 martii 1915.

B. Card. *Lorenzelli,* Praefectus.

A. Dandini, Secretarius.

---

2. Entscheidung der Congr. de Religiosis über die Unterbrechung der Studien der Ordensleute, vom 1. März 1915.

(Acta Apostolicae Sedis VII, 123 f.)

Dubia circa interruptionem studiorum.

Huic sacrae Congregationi de Religiosis propositae fuerunt quaestiones:

I. Cum haud raro contingat, ut Religiosi studentes, absque ulla ipsorum aut superiorum culpa, per plures menses studia

interrumpere cogantur (ex. gr. infirmitatis, aut servitii militaris causa), quaeritur utrum huiusmodi studentes totum annum scholarem sic interruptum seu abbreviatum repetere teneantur; an a Superiore generali, accedente voto deliberativo suorum Consiliariorum, dispensari possint.

II. Utrum examen seu periculum de quo in Responso ad n. VI Declarationum sacrae Congregationis diei 7 septembris 1909 [1]) sermo est, subiri debeat etiam ab alumnis, qui aliquam disciplinam accessoriam Theologiae in scholis non excoluerint; et si affirmative, utrum hoc examen tam ab istis alumnis quam ab aliis subeundum, coincidere possit cum examine in fine anni scholaris subiri solito.

Quibus quaestionibus, in Congregatione generali diei 8 ianuarii 1915, Emi Patres responderunt:

Ad I Negative ad 1am partem: affirmative ad 2am, dummodo 1) interruptio seu compendium studiorum complexive non duraverit ultra tres menses; 2) studia omissa scholis privatis suppleta fuerint; 3) et in examine constiterit, ex testimonio examinatorum seu doctrinae iudicum, alumnos disciplinas, de quibus in eorum absentia in scholis actum est, prorsus didicisse.

Ad II Examen, de quibus in Responso ad num. VI Declarationum sacrae Congregationis diei 7 sept. 1909 agitur, requiri pro qualibet disciplina omissa, sufficere tamen examen ordinarium etiam in fine anni praestitum, quod ex testimonio examinatorum seu doctrinae iudicum constare debet.

Et sanctissimus Dominus noster Benedictus XV in audientia diei 2 ianuarii 1915, infrascripto Secretario benigne concessa, has responsiones approbare et confirmare dignatus est. Contrariis quibuscumque non obstantibus.

Datum Romae, ex Secretaria S. Congregationis de Religiosis, die 1 martii 1915.

O. Card. *Cagiano de Azevedo,* Praefectus.

L. † S. † *Adulphus,* Episcopus Canopitan., Secretarius.

1) Acta Apostolicae Sedis I, 703.

3. Dekret der Congr. Consistorialis „Apostolica constitutione" betr. das Verbot an die Bischöfe, adlige Familientitel und Insignien bei ihren Unterschriften und Wappen zu gebrauchen, vom 15. Januar 1915.

(Acta Apostolicae Sedis VII, 172.)

Apostolica constitutione, cuius initium *Militantis Ecclesiae*[1]) die 19 decembris 1644 data, Summus Pontifex Innocentius X mandavit ut »omnes S. R. E. Cardinales, ad unitatem et aequali»tatem ordinis construendam, iubeant e propriis sigillis et in»signibus quibuscumque, vulgo *armis* nuncupatis, amoveri coro»nas, signa ac omnes notas saeculares, praeter eas quibus intra »scutum armorum eorum familiae tamquam de essentia et in»tegritate eorumdem armorum utuntur, et ut in posterum ab illo»rum usu abstineant«. Ad unam vero eamdemque rationem hac in re etiam quoad Episcopos inducendam Ssmus D. N. Benedictus Papa XV legem, quae supra relata est, ad eos extendendam opportunum censuit. Quapropter Sanctitas Sua hoc edi iussit consistoriale decretum, quo Patriarchae, Archiepiscopi et Episcopi omnes tam residentiales quam titulares in posterum in suis sigillis et insignibus seu armis, itemque in edictorum inscriptionibus, titulos nobiliares, coronas, signa aliasque notas saeculares, quae nobilitatem propriae familiae vel gentis ostendant, addere penitus prohibentur, nisi forte dignitas aliqua saecularis ipsi episcopali aut archiepiscopali sedi sit adnexa; aut nisi agatur de ordine equestri S. Ioannis Hierosolymitani aut Ssmi Sepulchri. Contrariis non obstantibus quibusvis.

Datum Romae, ex Secretaria S. Congregationis Consistorialis, die 15 ianuarii 1915.

† C. Card. *De Lai,* Episc. Sabinen., Secretarius.

L. † S. † *Fr. Thomas Boggiani,* Adsessor.

---

4. Zirkularschreiben des Kardinalsekretärs der Congr. Consistorialis an die italienischen Bischöfe über die Seelsorge der Auswanderer, vom 6. Dezember 1914.

(Acta Apostolicae Sedis VI, 699—701.)

Il dolore e le preoccupazioni pel tremendo flagello della guerra presente, che come immane sciagura pesa su tanta parte del mondo, non hanno distolto l'attenzione della S. Sede dalle

1) Bullarium Romanum (ed. Taurinen.) XV, 339 ff.

sorti dell'emigrazione italiana, al cui miglioramento così nell' ordine spirituale come in quello dell'assistenza benefica, aveva già rivolto le sue paterne sollecitudini la s. m. di Pio X con vari provvedimenti, specialmente col Motu Proprio *Iam pridem*[1]) in data 19 marzo del corr. anno.

Con questo documento, accolto con tanto favore dal clero e dai cattolici non solo d'Italia, ma altresì dei paesi dove più copiosa si espande l'emigrazione italiana, il Sommo Pontefice, dopo aver riconosciuto le benemerenze delle famiglie religiose e delle varie istituzioni sorte in Italia ed all'estero per la cura spirituale e la tutela degli emigranti, annunziava la fondazione di un Collegio per la preparazione dei sacerdoti che intendono dedicarsi alla loro assistenza, disponendo che le somme raccolte mediante le collette solite a farsi dagli Ordinari d'Italia a favore degli emigranti, venissero inviate alla Sezione speciale istituita presso la S. C. Concistoriale, perchè le destinasse a vantaggio di questo Collegio e delle istituzioni sopra accennate.

Sinora però, a causa certamente dei dolorosi avvenimenti che si avvicendarono in questi ultimi tempi, le offerte pervenute all'Ufficio della S. C. Concistoriale sono ben lungi dal corrispondere alle speranze riposte nella generosità dei fedeli, consapevoli dell'importanza e gravità dei problemi che si connettono coll' emigrazione italiana. La quale, lungi dal diminuire, non potrà che aumentare quando, a Dio piacendo, finirà questa guerra, che chiude all'esodo delle masse operaie gli sbocchi dell'Europa, e cesseranno le crisi economiche, che ne risentono le due Americhe, dove vivono oltre quattro milioni di cittadini italiani.

Queste considerazioni hanno commosso il cuore del Santo Padre Benedetto XV, il quale, in conformità delle disposizioni date dalla s. m. del Suo Predecessore riguardo all'assistenza degli emigranti, desidera di veder quanto prima aperto il Collegio dei sacerdoti aspiranti alla loro cura spirituale, nella ferma fiducia che la carità dei fedeli, sollecitata dallo zelo dei Vescovi e del clero di tutte le diocesi d'Italia vorrà fornirgli i mezzi di mantenere non solo detto Collegio, ma di venir in aiuto alle principali istituzioni cattoliche che si propongono per fine la tutela dell'emigrante. Che anzi, avendo il suo glorioso Predecessore dato ai seminari Romano e Pio l'uso d'un nuovo locale, eretto entro il recinto Lateranense presso la basilica del Ssmo Salvatore,

1) Acta Apostolicae Sedis VI, 173 ff.

ed essendo perciò rimasto libero il vecchio edificio nell'interno della città, con suo augusto *chirografo* ha disposto, in conformità anche della mente del defunto Pontefice, che in esso, dopo i necessari restauri, si stabilisca la sede del detto Collegio per gli emigranti.

A sopperire pertanto ai bisogni di questo Collegio e delle molteplici istituzioni che si sono prefisse di sovvenire gli emigranti italiani all'estero, sia in Europa sia oltre l'Oceano, e di curarne il bene religioso e morale in mezzo agli immensi pericoli fra cui vanno a trovarsi, questa sacra Congregazione, in esecuzione degli ordini del Sommo Pontefice:

1° Invita i Rmi Ordinari d'Italia a voler indire in tutte le parrochie delle diocesi rispettive una colletta annua per le opere di assistenza degli emigranti italiani; fissando a tal fine una festa che si ritenga più indicata allo scopo, e che sia stabile. Vedranno i Rmi Ordinari, specialmente delle piccole e limitrofe diocesi, se fosse il caso di previamente intendersi per stabilire un giorno comune. In ogni modo cercheranno di illuminare i parrochi, e per mezzo loro i fedeli, della grande necessità dell'assistenza spirituale dei loro fratelli emigranti in paesi lontanti, di altra lingua, di altri costumi, mancanti spesso di congrua assistenza religiosa, fra popolazioni non cattoliche, esposti alla seduzione che lo spirito delle tenebre per mezzo di libri, giornali, uomini e cose sa cumulare, a danno specialmente di persone simplici ed inesperte.

L'importo delle somme raccolte dev'essere sollecitamente spedito alla S. Congregazione Concistoriale.

2° Si pregano i medesimi Rmi Ordinari a voler trasmjettere alla *Sezioni Emigranti* di questa S. Congregazione i nom dei sacerdoti disposti ad esercitare il sacro ministero fra i loro connazionali emigrati, aggiungendo le note della pietà e dello studio che li dimostrano idonei a tale missione.

3° Siccome poi il Consiglio direttivo della Società dei Missionari di emigrazione di sant' Antonio di Padova, di cui è attuale direttore Mons. Coccolo, ed il cui fine specifico è di assistere nella traversata del mare gli emigranti oltre l'Oceano, ha fatto domanda per conservare il privilegio di raccogliere offerte per suo conto in conformità della circolare del Segretario di Stato 25 gennaio 1908; si dichiara che i Rmi Ordinari potranno trasmettere al detto Consiglio le offerte speciali a quell' opera destinate, rimanendo le offerte, di cui al n. 1°, a beneficio di tutte le altre opere.

Il grande interessamento col quale l'Episcopato italiano ha seguito sempre lo svolgersi del fenomeno emigratorio, n'è arra sicura del favore col quale essi vorranno accogliere e rendere efficace questo appello rivolto ai fedeli d'Italia a nome del S. Padre, che a quanti vi risponderanno impartisce di cuore l'apostolica benedizione.

Roma, 6 dicembre 1914.

† G. Card. *De Lai,* Vescovo di Sabina, Segretario.

---

5. Zirkularschreiben des Kardinalsekretärs der Congr. Consistorialis an die amerikanischen Bischöfe über die Seelsorge der italienischen Auswanderer, vom 22. Februar 1915.

(Acta Apostolicae Sedis VII, 145 f.)

Cum in varias Americae regiones centena Italorum millia quotannis emigrare consuescant, factum est ut multa loca et civitates iisdem repleta sint.

Hi autem, catholici quum sint, etiamsi temporaneum dumtaxat domicilium in America sibi constituant, iuxta tamen divinas et ecclesiasticas leges, dum ibi commorantur, curae et sollicitudini stant Ordinariorum loci. Quorum propterea est satagere ut congrua spiritualia subsidia tantae multitudini non desint, ne tot animae divino sanguine redemptae misere pereant, et res catholica tum in America tum in Italia magnum detrimentum patiatur.

Equidem quamplurimi Rmi Episcopi, officii sui conscii, omni nisu conati sunt in hunc finem adlaborare, et multam laudem coram Deo et Ecclesia idcirco meriti sunt. Verum res difficultatibus plena est. Nam in primis emigrantes magna ex parte agricolae sunt et operarii, rudes plerumque et ingenui; ideoque insidiis et malis artibus perfidorum, eo facilius obnoxii fiunt quo in religiosis disciplinis minus sunt exculti.

Accedit quod hi, etsi aliqua communiora localis linguae vocabula pro urgentioribus vitae necessitatibus cito addiscant, ad eius plenam cognitionem vix numquam perveniunt; unde a sacramentali confessione peragenda impediuntur, nec verbi divini praedicatione aut catechismi explanatione roborari possunt, nisi sacerdotes praesto habeant qui italicam linguam noverint et quandoque etiam vernaculi alicuius italicae provinciae sermonis sint gnari; quos tamen invenire et praebere nec pronum est neque expeditum.

Denique emigrantes, de quibus sermo, solent non in unum confluere locum, nec semper ubi templa et sacerdotes catholici inveniuntur, sed huc illuc discurrunt, ubi operam et mercedem inveniunt: quo fit ut difficilius opem et auxilium eisdem praestari possit, et ipsi, spiritualibus subsidiis destituti, facilius corruptelarum illecebris falsisque doctrinis irretiantur.

His itaque de causis factum est ut plura centena hominum millia etiam inter fideles ex Italia immigratos, iuxta sententiam illorum qui ethnographicis studiis se addicunt, ultimis hisce annis cum magno Ecclesiae luctu naufragium in fide passa sunt.

Tanto avertendo malo unicum remedium est numerum et operam augere illorum sacerdotum qui, zelo et pietate ferventes, italicae linguae et, si opus sit, etiam vernaculi sermonis periti, italorum emigrantium curae se devoveant.

In quem finem Summus Pontifex Pius X s. m. Motu proprio *Iampridem*[1]) diei 19 martii 1914 sacerdotum collegium in Urbe instituendum decrevit, in quo iuvenes sacerdotes alerentur et opportunis pietatis, legum et linguarum exercitiis aptarentur, ut praesto esse possent Americae Ordinariis in italorum immigrantium subsidium.

Ssmus autem D. N. Benedictus XV inter primas sui Pontificatus curas illud quoque recensuit ut huic collegio proprias opportunasque aedes destinaret et suppetias ab Italiae Episcopis peteret ad expensas pro hoc collegio obeundas, datis idcirco per S. Congregationem Consistorialem, die 6 decembris 1914,[2]) opportunis litteris. Ehu! saeviente bello, quod tantam mundi partem cruentat, cui accessit in Italia horrenda nuperrimi terraemotus clades, modica hucusque prolata sunt subsidia. Verum si christiana caritas pro fide in barbaras nationes propaganda adeo generose succurrit, pro fide in suis filiis conservanda credere oportet non esse defuturam.

Ut autem S. Sedis studia hac in re Rmi Americae Episcopi ob oculos habeant, huic epistolae adiungitur exemplar Motus Proprii *Iampridem,* litterarum S. huius Congregationis diei 6 decembris 1914 et Decreti *Ethnographica studia,*[3]) et italorum

1) Acta Apostolicae Sedis VI, 173 ff.
2) Acta Apostolicae Sedis VI, 699 f.
3) Vom 25. März 1914. Acta Apostolicae Sedis VI, 182 ff.

immigratorum causa, quae et Italiae et futurae Americae sortis tanti interest, eorum pietati et devotioni commendatur.

Romae, die 22 februarii 1915.

C. Card. *De Lai,* Secretarius.

L. † S. *P. Pisani,* Substitutus pro Emigr.

---

6. Entscheidung der Sakramentenkongregation betr. die Erlaubnis zur Zelebration der hl. Messe in Privathäusern per modum actus, vom 22. März 1915.

(Acta Apostolicae Sedis VII, 147.)

MELITEN.

Dubiorum circa Ordinariorum facultatem permittendi celebrationem Missae per modum actus.

In generali eminentissimorum ac reverendissimorum huius S. Congregationis Patrum Cardinalium Conventu die 20 mensis martii 1915 habito, sequentia dubia super Ordinariorum facultate permittendi celebrationem Missae per modum actus (»Acta Apostolicae Sedis«; *Romana et aliarum. Iurium.* Vol. IV, p. 725) proposita sunt:

I. An Ordinarii ex iustis et rationabilibus causis, servatisque de iure servandis, permittere possint per modum actus celebrationem Missae, domi, quocumque die.

II. An Ordinarii ex iustis et rationabilibus causis, servatisque de iure servandis, permittere possint per modum actus celebrationem Missae, domi, eorum favore qui domestici Oratorii indulto gaudent, etiam iis diebus qui in obtento indulto excepti sunt.

Et eminentissime ac reverendissimi Patres, universis mature perpensis, respondendum censuerunt:

Ad I. Affirmative.

Ad II. Affirmative, dummodo iustae et rationabiles causae aliae sint ab eis, ob quas concessum fuit indultum Oratorii domestici.

Quae responsa Ssmus Dominus noster Benedictus PP. XV in audientia habita ab infra scripto Secretario die 22 martii 1915 rata habere et confirmare dignatus est.

Datum Romae, e Secretaria huius S. Congregationis, die 22 martii 1915.

Philippus Card. *Giustini,* Praefectus.

L. † S. † *Aloisius Capotosti,* Ep. Therm., Secretarius.

---

7. Entscheidung der Hl. Apostolischen Poenitentiarie betr. die Ausdehnung der Beichtvollmachten auf alle zum Heeresdienst gehörigen Geistlichen, vom 11. März 1915.

(Acta Apostolicae Sedis VII, 130.)

Post promulgationem decreti dati die 18 decembris 1914[1]) de cappellanis militum quoad facultatem ad excipiendas sacramentales fidelium confessiones durante bello, propositum est huic S. Poenitentiariae sequens dubium:

»An sacerdotes qui quovis titulo ad exercitum pertineant, »possint, durante bello, dum exercitum comitantur, uti facultatibus »omnibus, quibus ex decreto S. Poenitentiariae dato die 18 de»cembris 1914 fruuntur cappellani militum?«.

Eadem vero sacra Poenitentiaria, mature consideratis expositis, benigne sic annuente sanctissimo Domino nostro Benedicto Papa XV respondendum esse decrevit:

»Affirmative, dummodo sacerdotes, de quibus agitur, vel a »proprio vel ab alio Ordinario confessiones fidelium excipiendi »facultatem antea acceperint, quae positive revocata non fuerit.«

Contrariis quibuscumque non obstantibus.

Datum Romae, in sacra Poenitentiaria, die 11 martii 1915.

S. Card. *Vannutelli,* Maior Poenit.

L. † S. *I. Palica,* S. P. Secretarius.

---

8. Dekret der Sakramentenkongregation über die hl. Kommunion und die Zelebration der hl. Messe im Felde, vom 11. Februar 1915.

(Acta Apostolicae Sedis VII, 97.)

Sacra Congregatio de disciplina Sacramentorum, bono animarum consulere cupiens, attentis extraordinariis praesentis belli circumstantiis, iisque perdurantibus, de speciali auctoritate Ssmi Domini nostri Benedicti Pp. XV, quae sequuntur declarat et statuit:

1) Milites ad proelium vocatos (*i soldati sul fronte*) admitti posse, *servatis servandis*, ad S. Mensam Eucharisticam per modum Viatici.

2) Sacerdotes militiae adscriptos qui militibus sauciis infirmisve deferendis vel curandis destinati sunt (vulgo *lecticarios* vel *infirmarios*) si in ecclesiis Missam celebrare nequeant, in

1) Acta Apostolicae Sedis VI, 712.

quocumque loco, decenti tamen et tuto, et etiam sub dio, Sacrum litare posse, remoto quovis irreverentiae periculo: eos vero qui armis dimicant, Missam eodem modo, iisdemque sub conditionibus celebrare posse, at Dominicis tantum et diebus festis de praecepto, dummodo omnes praedicti sacerdotes nullo alio canonico impedimento irretiti sint.

Contrariis quibuscumque minime obstantibus.

Datum Romae, ex Secretaria sacrae Congregationis, die 11 februarii 1915.

Philippus Card. *Giustini,* Praefectus.

† *Aloisius Capotosti,* Ep. Therm., Secretarius.

---

9. Verfügung des Bischofs von Limburg betr. die Verweigerung der hl. Kommunion wegen unanständiger Kleidung, vom 3. Mai 1915.

(Amtsblatt des Bistums Limburg Jahrg. 1915, 61.)

Die Klagen über unanständige Kleidertracht eines Teiles der Frauenwelt wollen selbst in dieser ernsten Kriegszeit nicht verstummen. Sogar zum Gottesdienst und zum Empfang der hl. Sakramente erscheinen bisweilen Frauen und Mädchen in einer Kleidung, die nicht nur den Geistlichen in Verlegenheit bringt, sondern auch die schärfste Kritik aller ernsten Laien herausfordert. Daher sehe ich mich zu der Anordnung genötigt, dass jene Personen, die mit tief ausgeschnittenen Kleidern oder mit blossen Armen erscheinen, bei Austeilung der hl. Kommunion übergangen werden.

Vorstehenden Erlass wollen die hochwürdigen Herren Seelsorgsgeistlichen am Sonntag nach dem Empfang dieses Amtsblattes von der Kanzel verlesen.

Limburg, den 3. Mai 1915.

Der Bischof:

Ex off. N. O. E. 1952. † *Augustinus.* vdt. *Göbel.*

---

10. Verfügung des Bischofs von St. Gallen betr. die Testamentserrichtung seitens der Geistlichen, vom 16. Oktober 1914.

(Rezess des Bischofs von St. Gallen vom 16. Oktober 1914 S. 18.)

Anlässlich der Verhältnisse beim Tode des Kardinals Rampolla wurde das Testament der Geistlichen in Fachschriften

und Zeitungen viel erörtert. Nach dem Vorgange anderer Bischöfe erlasse ich hiemit die Vorschrift, wornach jeder Geistliche unseres Bistums nach Vollendung seines vierzigsten Lebensjahres ein rechtsgültiges Testament zu machen verpflichtet ist. Dieses Testament kann — nicht muss — beim bischöflichen Ordinariat verschlossen hinterlegt werden, wofür der Aussteller eine Bescheinigung erhält. Selbstverständlich wird jedem das hinterlegte Testament zu etwaiger Abänderung wieder zugestellt. Bei Anlass der Visitationen soll über die Beobachtung dieser Vorschrift Aufschluss gegeben werden.

---

11. Erlass des Fürstbischöflichen General-Vikariat-Amtes zu Breslau betr. die Amtsverschwiegenheit der Geistlichen über Konventsverhandlungen, vom 12. Mai 1915.

(Verordnungen des Fürstbischöflichen General-Vikariat-Amtes zu Breslau Jahrgang 1915, 73.

Auf den Archipresbyterats-Konventen werden notwendigerweise zuweilen Besprechungen gepflogen, welche streng vertraulichen Charakter haben und für unbeteiligte Kreise oder für die Öffentlichkeit nicht bestimmt sind. Die Unbefangenheit und Freiheit der Debatten würde leiden, wenn die Mitglieder des Konvents fürchten müssten, dass ihre Äusserungen ohne Zustimmung des Konvents unbeteiligten Personen mitgeteilt werden dürfen.

Wir ordnen darum hierdurch an, dass es den Mitgliedern des Konvents untersagt sein soll, von den auf dem Konvente gepflogenen Verhandlungen Dritten unbefugt Mitteilung zu machen. Die Herren Erzpriester wollen vor Eintritt in die Verhandlungen jedesmal aufmerksam machen, dass die Verhandlungen unter dem Schutz der Amtsverschwiegenheit stehen.

---

12. Schreiben des Apostolischen Nuntius in Wien an den Erzbischof von Görz betr. die Inkardination der säkularisierten Ordensleute, vom 5. Dezember 1914.

(Trienter Diözesan-Blatt für den deutschen Anteil XIII, 180.)

Nuntiatura Apostolica, Viennae, die V. Decembris 1914.

Nr. 2378.

Illme ac Rme Domine.

Relatum fuit S. Sedi Apostolicae, in nonnullis regionibus imperii Austro-Hungarici nimis facile receptos ab Ordinariis in propria Dioecesi fuisse Religiosos saecularizatos.

Ad praecavenda in posterum damna, quae ex hac agendi ratione religiosae disciplinae obvenire possunt, S. Congregatio de Religiosis sequens edidit Decretum:

»Serventur Decreta novissima circa saecularizationem,[1]) et nulla in illis regionibus incardinatio concedatur absque speciali licentia S. Sedis, toties quoties postulanda et obtinenda ab ipsis Ordinariis«.

Haec, de mandato S. Sedis, Amplitudini Tuae Reverendissimae significans, rogo, ut etiam cum RR. Suffraganeis ea Suis communicare velit.

Interim sensibus profundae venerationis et peculiaris observantiae permaneo

Dominationi Tuae Illmae ac Rmae in Christo addictissimus

† *Raphael* Archiep. Laodicen. m. p.
Nuntius Apost.

Illmo ac Rmo Domino Domino Archiepiscopo Goritiensi.

---

13. Verfügung des Fürstbischöflichen General-Vikariat-Amtes zu Breslau betr. die Ordnung der kirchlichen Verhältnisse bei Ansiedlungs-Genehmigungen, vom 23. April 1915.

(Verordnungen des Fürstbischöflichen General-Vikariat-Amtes zu Breslau Jahrgang 1915, 66 f.)

Das Gesetz, betreffend die Gründung neuer Ansiedlungen in den Provinzen Ostpreussen, Westpreussen, Brandenburg, Pommern, Posen, Schlesien, Sachsen und Westfalen vom 10. August 1904 — Gesetz-Samml. S. 227 — § 17 Abs. 1 lautet: »Ist anzunehmen, dass infolge der Ansiedlung eine *Änderung* oder *Neuordnung* der Gemeinde-, *Kirchen-* oder Schulverhältnisse erforderlich wird, so sind die beteiligten Gemeinde- (Guts-) Vorsteher und die Vorstände der beteiligten *Kirchen-* und Schulgemeinden von dem Antrage mit dem Eröffnen in Kenntnis zu setzen, dass sie binnen einer Ausschlussfrist von *21 Tagen* bei der Genehmigungsbehörde die Festsetzung bestimmter *Leistungen* des Antragstellers für den Zweck dieser Änderung oder Neuordnung beantragen können.«

Hierzu bestimmt die ministerielle Anweisung zur Ausführung dieses Gesetzes vom 28. Dezember 1904 — Ministerialblatt f. d.

---

1) Vgl. die Dekrete »Auctis admodum« vom 4. November 1892 (Acta Sanctae Sedis XXV, 312 ff.), »Quum singulae« vom 16. Mai 1911 (Acta Apostolicae Sedis III, 235 ff.) und »Quum minoris« vom 15. Juni 1909 (Acta Apostolicae Sedis I, 523).

g. innere Verwaltung 1905, S. 2 ff. — unter Nr. 8, dass die Kreisausschüsse und Ortspolizeibehörden in allen Fällen, wo es nicht von vornherein zweifellos ist, dass die Verhältnisse der Gemeinde-, Kirchen- und Schulverbände von der Ansiedlung unberührt bleiben, namentlich also stets dann, wenn die Anlegung einer Kolonie im Sinne des bisherigen Gesetzes in Frage steht, den Vorständen der genannten Verbände von Amtswegen Kenntnis zu geben haben, ohne Rücksicht darauf, ob Anträge gestellt werden oder nicht.

Lässt sich von vornherein übersehen, wie diese Verhältnisse geregelt werden sollen, und erscheint zu diesem Zwecke eine besondere Leistung des Antragstellers erforderlich, so wird die Beantragung und Festsetzung einer *bestimmten Geldsumme* nach gewissen erprobten Durchschnittssätzen erfolgen können. Ist in der Person des Unternehmers oder in seiner dauernden Beteiligung bei der Ansiedlung ausreichende Gewähr für die Erfüllung der Leistung vorhanden, so kann ein Vertrag geschlossen werden, wonach *für jede Person,* die angesiedelt wird, ein bestimmter Betrag zu zahlen ist. Wenn eine Sicherheitsleistung für notwendig erachtet wird, so ist deren Höhe nach Maßgabe der angemeldeten Forderung und der persönlichen Verhältnisse des Unternehmers nach billigem Ermessen zu bestimmen.

Die Entscheidung darüber, ob und eventuell unter welchen Bedingungen die Kirchenverhältnisse als geordnet anzusehen sind, steht nach der Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichtes der kirchlichen Aufsichtsbehörde unter Mitwirkung der Königlichen Regierung zu.

Eine Änderung der Neuordnung der Kirchenverhältnisse kann notwendig werden, wenn infolge der Anlegung einer Ansiedlung oder Kolonie die vorhandene Kirche erweitert oder eine neue erbaut, wenn ein weiterer Geistlicher angestellt oder für diesen Wohnung beschafft, wenn der vorhandene Kirchhof erweitert oder ein neuer angelegt, wenn eine Pfarrei errichtet werden muss.

Wir bemerken noch, dass es vorkommen kann, dass zwar eine Einzelansiedlung, für sich allein betrachtet, eine Änderung der Kirchenverhältnisse nicht nach sich zu ziehen braucht, dass sie aber mitunter als Glied einer Reihe bereits bestehender oder noch vorauszusehender Ansiedlungen anzusehen ist, die, zusammengenommen, eine solche Veränderung begründen.

Hiernach erteilen wir den Kirchenvorständen, bezw. deren Vorsitzenden folgende Anweisung:

1. Sobald amtlich bekannt wird, dass innerhalb des Pfarrbezirks eine neue Ansiedlung oder Kolonie geplant wird, ist zu prüfen, ob die geplante Ansiedlung oder Kolonie einen erheblichen Einfluss dahin auszuüben geeignet ist, dass eine Änderung der kirchlichen Verhältnisse eintreten wird; worin voraussichtlich diese Änderung bestehen, welche Kosten damit verbunden, in welcher Weise der Unternehmer zu den Kosten heranzuziehen sein dürfte.

2. Das Ergebnis dieser Prüfung ist alsbald unter ausführlicher Darlegung der Verhältnisse an uns zu berichten.

3. In jedem Falle ist vor Ablauf der Ausschlussfrist von 21 Tagen bei der Genehmigungsbehörde der erforderliche Antrag zu stellen, wenn auch die Verhandlungen über die Art und Höhe der Entschädigung noch nicht abgeschlossen sein sollten.

III. Staatliche Erlasse und Entscheidungen.

---

1. Erlass des preussischen Kriegsministeriums, die Verpflichtung der Studierenden der römisch-katholischen Theologie zum Kriegsdienst betr., vom 27. Eebruar 1915.[1])

(Verordnungen des Fürstbischöflichen General-Vikariat-Amtes zu Breslau Jahrg. 1915, 59.)

Kriegsministerium.
Nr. 2963/I 15. C 1 Berlin, den 27. Februar 1915.

Wie hier bekannt geworden ist, sind Studierende der römisch-katholischen Theologie, die zum Dienst mit der Waffe tauglich ausgehoben waren, auf Antrag ihrer kirchlichen Vorgesetzten nachträglich zum Dienst ohne Waffe — Krankenwärter § 6, 2 H.-O. — überschrieben worden.

Dies war unzulässig.

Die Studierenden sind, soweit sie nicht nach den Bestimmungen der §§ 29 Ziffer 8 und 99 Ziffer 2 der Wehrordnung von den Ersatzkommissionen zurückgestellt werden, im Kriege wie jeder andere Wehrpflichtige zu behandeln.

Vom Dienst mit der Waffe sind lediglich die »beamteten Geistlichen« anerkannter Religionsgesellschaften befreit.

An sämtliche Königl. stellv. Generalkommandos pp. Im Auftrage gez. *Ahlers.*

---

2. Geistliche Jurisdiktionszuständigkeit der Landwehr-(Landsturm- und Gendarmerie-)personen in Österreich.[2])

(Wiener Diözesanblatt Jahrg. 1915, 41 f.)

Das k. k. Ministerium für Landesverteidigung (Departement VII.) hat unter dem 27. Februar 1915, Z. 1951, an alle k. k. Statthaltereien und Landesregierungen nachstehenden Erlass gerichtet:

Um aufgetauchte Zweifel über die geistliche Jurisdiktions-

---

1) Vgl. oben S. 308 ff.: Bestimmungen über die militärische Verwendung der Geistlichen im Kriege.

2) Vgl. oben S. 329 ff. die Abhandlung von *F. Triebs*, Die kirchliche Jurisdiktion über die katholischen Kriegsgefangenen in Preussen.

zuständigkeit und über die Zugehörigkeit zu den gesetzlich bestimmten Matrikelführern zu beheben, wird *für Kriegsdauer* verfügt:

1. Alle bei der Landwehr (beim Landsturm) im Hinterlande verwendeten Personen des k. u. k. Heeres unterstehen während der Zeit dieser ihrer Verwendung der zivilgeistlichen Jurisdiktion, beziehungsweise den gesetzlich bestimmten Matrikelführern.

2. Alle Ersatzkörper der Landwehr und des Landsturmes, dann die Landsturmwachbataillone unterstehen *jederzeit* der zivilgeistlichen Jurisdiktion, beziehungsweise den gesetzlich bestimmten Matrikelführern, ausgenommen jene Ersatzkörper der Landwehr und des Landsturmes, die sich in ausgerüsteten festen Plätzen befinden oder dorthin verlegt werden. Diese Ersatzkörper unterstehen der *militär*geistlichen Jurisdiktion.

3. Landsturmpflichtige oder auf Grund des Kriegsleistungsgesetzes herangezogene Zivilarbeiter unterstehen im Hinterlande der zivilgeistlichen Jurisdiktion, beziehungsweise den gesetzlich bestimmten Matrikelführern. Bei der Armee im Felde und im Etappenraum verwendete derartige Arbeiter unterstehen dagegen der militärgeistlichen Jurisdiktion.

4. Die Landsturmterritorialbrigaden unterstehen *ohne Rücksicht* auf ihre Verwendung im Armee-(Etappen-)bereiche oder im Hinterlande *jederzeit* der militärgeistlichen Jurisdiktion.

Die bei diesen Brigaden eingeteilten Landwehrgeistlichen erhalten ihre Jurisdiktionsdekrete vom Apostolischen Feldvikariate ausgestellt.

Die katholischen Geistlichen dieser Brigaden unterstehen in Seelsorgeangelegenheiten, solange diese Brigaden einem Armeekommando unterstehen, dem Feldsuperior des betreffenden Armee-Etappenkommandos. Wird jedoch eine solche Brigade im Hinterlande verwendet, dann unterstehen diese Geistlichen dem Feldsuperior (Feldsuperioratsleiter) jenes Militärkommandos, in dessen Amtsbereich sich das Brigadekommando befindet.

5. Im Hinterlande sich vorübergehend aufhaltende, nicht in Militärsanitätsanstalten (Sanitätsanstalten der freiwilligen Sanitätspflege) befindliche, zum Grundbuchstande von zur Armee im Felde gehörigen Unterabteilungen stehende Landwehr-(Landsturm-)personen unterstehen solange der *militär*geistlichen Jurisdiktion, der sie bisher angehörten, als sie nicht etwa zu einem Ersatzkörper (einschliesslich der Rekonvaleszentenabteilung) eingerückt sind. Mit dem Tage der Einrückung zum Ersatzkörper

(einschliesslich der Rekonvaleszentenabteilung) sind sie gleich den zum Ersatzkörper aus Sanitätsanstalten eingerückten Landwehr-(Heeres- und Landsturm-)personen dorthin jurisdiktionszuständig, wohin der Ersatzkörper jurisdiktionszuständig ist.

6. Kranke und verwundete Landwehr-(Landsturm- und Gendarmerie-)personen oder zur Krankenpflege kommandierte Landwehr-(Landsturm-)personen unterstehen für die Zeit ihres Aufenthaltes in den Militärsanitätsanstalten (Anstalten der freiwilligen Sanitätspflege mit *eigener* Militärseelsorge) des Hinterlandes der *militär*geistlichen Jurisdiktion, in Landwehrspitälern (Landwehrmarodenhäusern, Anstalten der freiwilligen Sanitätspflege *ohne* eigene Militärseelsorge, privaten oder öffentlichen Zivilspitälern) befindliche derlei Personen der zivilgeistlichen Jurisdiktion, beziehungsweise den gesetzlich berufenen Matrikelführern.

7. Die Feldgendarmerie und das sonstige bei der Armee im Felde eingeteilte Gendarmeriepersonal, dann das Gendarmeriedetachement im Marinearsenal in Pola unterstehen der militär-(marine-)geistlichen Jurisdiktion, die *gesamte übrige* Gendarmerie untersteht der zivilgeistlichen Jurisdiktion, beziehungsweise den gesetzlich berufenen Matrikelführern.

Die hochwürdigen Pfarrämter werden hiemit von diesen Verfügungen zur Danachachtung in Kenntnis gesetzt. (Ord. Z. 942/2 ex 1915.)

---

3. Erlass des preussischen Ministers des Innern betr. die Mitteilung der Todesfälle von Kriegsteilnehmern seitens der staatlichen Standesbeamten an die Pfarrämter, vom 21. Januar 1915.

(Kirchliches Amtsblatt für die Diözese Osnabrück und die Norddeutschen Missionen XXX. Jahrg., 217 f.)

Der Minister des Innern
I e 3742. Berlin, den 21. Januar 1915.

Von kirchlicher Seite ist angeregt worden, die Standesbeamten anzuweisen, den Geistlichen Mitteilungen über die in den Standesregistern beurkundeten Todesfälle von Kriegsteilnehmern zugehen zu lassen.

Wenn auch eine gesetzliche Verpflichtung der Standesbeamten zu solchen Anzeigen an die Geistlichen nicht besteht, so erscheint es doch aus Pietät gegen die gefallenen Krieger und

im Interesse ihrer Hinterbliebenen angezeigt, dem von kirchlicher Seite geäusserten Wunsche Rechnung zu tragen.

Euere Exzellenz (Hochgeboren, Hochwohlgeboren) ersuche ich, die Standesbeamten hierauf hinzuweisen und sie dazu anzuregen, dass sie den für den Standesamtsbezirk zuständigen ersten Geistlichen der beteiligten Religionsbekenntnisse in bestimmten Zeitabschnitten, etwa am Schlusse eines jeden Monats, regelmäßig Mitteilung über die von ihnen beurkundeten Todesfälle von Kriegsteilnehmern zugehen lassen. Den genannten Geistlichen muss es alsdann überlassen bleiben, ihrerseits die Pfarrer des Bezirkes der Verstorbenen zu ermitteln und zu benachrichtigen, soweit nicht ihre eigene Zuständigkeit für den Sterbefall begründet ist.

Im Auftrage
gez. *v. Jarotzky.*

An die Herren Regierungspräsidenten
und den Herrn Oberpräsidenten
in Potsdam.

---

4. Besteuerung der Dienstwohnungen und Mietsentschädigungen der katholischen Geistlichen in Württemberg.

(Kirchliches Amts-Blatt für die Diözese Rottenburg Bd. VIII, 115.)

Im Nachtrag zu dem Ordinariatserlass vom 25. April 1911 Nr. 3661 betreffend steuerfreie Entschädigung für Dienstaufwand der Geistlichen (Kirchl. Amtsblatt Bd. 7 S. 29) wird hiemit über die Berechnung des steuerbaren Diensteinkommens der katholischen Geistlichen mit Zustimmung des Ministeriums des Kirchen- und Schulwesens und des Finanzministeriums nachstehendes bekannt gegeben:

1. *Mietzinsentschädigung*, die ein Geistlicher statt freier Dienstwohnung bezieht, wird auf Grund des Art. 15 Abs. 4 des Einkommensteuergesetzes vom 8. August 1903 (Reg.-Bl. S. 26) zu einem *Fünftel* als Entschädigung für das Halten eines Amtszimmers bestimmt. Dieses Fünftel bleibt daher als Entschädigung für Dienstaufwand bei der Feststellung des steuerbaren Diensteinkommens ausser Berechnung.

2. Bei dem Anschlag des Werts der *freien Dienstwohnung* der Geistlichen (Art. 6 a. a. O.) ist der Mietwert der zu dienstlichen Zwecken bestimmten Räume (Amtszimmer) bei der Feststellung des steuerbaren Diensteinkommens nicht einzurechnen.

Als Dienstwohnung gilt auch eine Wohnung, die von einer kirchlichen Gemeinde oder einem kirchlichen Verein zur Verfügung gestellt und dem Geistlichen als Dienstwohnung angewiesen ist.

Rottenburg, den 9. Februar 1915.

Bischöfliches Ordinariat.
† *Paul Wilhelm*, Bischof.

---

5. Erlass des preussischen Kultusministers betr. die Gebühren für Geistliche, die als Zeugen oder Sachverständige vor Gericht geladen werden, vom 15. Dezember 1914.

(Verordnungen des Fürstbischöflichen General-Vikariat-Amtes zu Breslau, Jahrg. 1915, 4.)

Der Minister
der geistlichen und Unterrichts-Angelegenheiten
G. I. Nr. 1873 G. II pp I.

Erlass.

Auf Grund des § 14 Absatz 2 der Gebührenordnung für Zeugen und Sachverständige vom 30. Juni 1878 (R. G. Bl. S. 173) in der Fassung des Reichsgesetzes vom 10. Juni 1914 (R. G. Bl. S. 214) bestimme ich hiermit, dass den in einem Amte der evangelischen Landeskirchen oder der katholischen Kirche angestellten oder verwendeten Geistlichen in den Fällen des Abs. 1 des § 14 a. a. O. den Gerichten gegenüber Tagegelder und Reisekosten gemäss den in dem Gesetze betr. die Reisekosten der Staatsbeamten vom 26. Juli 1910 (G. S. S. 150) für die Beamten der vierten und fünften Rangklasse getroffenen Bestimmungen zustehen.

Bestimmungen, nach denen im Staatsdienste befindlichen Geistlichen höhere Tagegelder und Reisekosten zustehen, bleiben unberührt.

Berlin, den 15. Dezember 1914.

Der Minister der geistlichen und Unterrichts-Angelegenheiten.
v. Trott zu Solz.

Die bezüglichen Bestimmungen des Gesetzes vom 30. Juni 1878 bezw. vom 10. Juni 1914 betr. die *Gebührenordnung für Zeugen und Sachverständige* lauten:

§ 1. In den vor die ordentlichen Gerichte gehörigen Rechtssachen, auf welche die Zivilprozessordnung, die Strafprozess-

ordnung oder die Konkursordnung Anwendung findet, erhalten die Zeugen und Sachverständigen Gebühren nach Massgabe der folgenden Bestimmungen.

§ 14. (1) Öffentliche Beamte erhalten Tagegelder und Reisekosten nach Maßgabe der für Dienstreisen geltenden Vorschriften, falls sie zugezogen werden:

1. als Zeugen über Umstände, von denen sie in Ausübung ihres Amtes Kenntnis erhalten haben;
2. als Sachverständige, wenn sie aus Veranlassung ihres Amtes zugezogen werden und die Ausübung der Wissenschaft, der Kunst oder des Gewerbes, deren Kenntnis Voraussetzung der Begutachtung ist, zu den Pflichten des von ihnen versehenen Amtes gehört.

(2) Soweit allgemeine Vorschriften für Dienstreisen nicht erlassen sind, kann die oberste Verwaltungsbehörde über die Gewährung der den öffentlichen Beamten in den Fällen des Abs. 1 den Gerichten gegenüber zustehenden Tagegelder und Reisekosten besondere Vorschriften erlassen.

(3) Werden nach den Vorschriften dieses Paragraphen Tagegelder und Reisekosten gewährt, so findet eine weitere Vergütung an den Zeugen oder Sachverständigen nicht statt.

Aus dem Gesetze vom 26. Juli 1910 betr. die *Reisekosten der Staatsbeamten* kommen hauptsächlich die nachstehenden Festsetzungen in Betracht:

Beamte der vierten und fünften Rangklasse erhalten bei Dienstreisen:

1. an *Tagegeldern* 15 Mk. Wird die Reise an demselben Tage angetreten und beendet, so ermäßigt sich das Tagegeld auf 12 Mk.; erstreckt sich die Reise auf zwei Tage und wird sie innerhalb 24 Stunden beendet, so beträgt das Tagegeld insgesamt 22,50 Mk.;
2. an *Fahrkosten* für das Kilometer
   a) für Wegestrecken, die auf Eisenbahnen oder Schiffen zurückgelegt werden können, 9 Pfennig, wenn der Fahrpreis für die erste Wagenklasse bezahlt ist, sonst 7 Pfennig;
   b) für Wegestrecken, die nicht auf Eisenbahnen, Kleinbahnen oder Schiffen zurückgelegt werden können, 60 Pfennig.

Die Fahrkosten werden für die Hin- und Rückreise besonders berechnet; jedes angefangene Kilometer wird für ein volles Kilometer gerechnet.

3. für jeden *Zu-* oder *Abgang* (Zurücklegung des Weges zu und von der Eisenbahnstation, der Haltestelle der Kleinbahn oder dem Anlege- und Liegeplatze des Schiffes) am Wohnorte oder an einem auswärtigen Übernachtungsorte 1,50 Mk.

Für Geschäfte am Wohnorte erhält der Beamte keine Tagegelder und Fahrkosten. Dies gilt auch von Geschäften ausserhalb des Wohnortes in geringerer Entfernung als zwei Kilometer von diesem.

---

6. Urteil des Oberlandesgerichts, sechster Zivilsenat, zu Breslau betr. die Form der Zustellung an eine Stiftung, die nach Landesrecht Korporationsrecht hat, vom 13. Mai 1914.

(Zeitschrift der Anwaltskammer im Oberlandesgerichts-Bezirk Breslau XXVII. Jahrg., 28 f.)

Die P'sche Armenhausstiftung in L. war durch Versäumnisurteil des Landgerichts zu Ratibor vom 28. Juni 1913 verurteilt worden, 640 M. nebst 4% Zinsen seit dem 10. Juni 1913 an den Kläger zu zahlen und die Gerichtskosten zu tragen. Hiergegen erhob die Stiftung am 27. September 1913 formgerecht Einspruch mit der Begründung, dass eine ordnungsmässige Zustellung des Versäumnisurteils noch nicht stattgefunden habe. Denn die Zustellung hätte gemäss § 184 Z. P. O. im Geschäftslokale der Stiftung oder ausserhalb derselben persönlich an den Vertreter der Stiftung bewirkt werden müssen, was jedoch nicht geschehen sei. Vielmehr sei das Urteil dem gesetzlichen Vertreter im Wege der Ersatzzustellung an einen in seiner Wohnung vorhandenen Diener zugestellt worden.

Das Landgericht in Ratibor wies den Einspruch der beklagten Stiftung durch Urteil vom 20. Dezember 1913 kostenfällig ab, da es die Bestimmungen des § 184 Z. P. O. auf die Stiftungen nicht für anwendbar erachtete. In der zweiten Instanz vor dem Oberlandesgericht zu Breslau suchte die Beklagte die Auffassung des Landgerichts, wonach die Stiftungen von der Anwendbarkeit des § 184 Z. P. O. ausgeschlossen seien, zu widerlegen. Sie machte ausserdem geltend, dass sie wenigstens in

ihrer Eigenschaft als landesherrlich anerkannte Korporation unter die Vorschriften des § 184 Z. P. O. falle.

Diesen letzten Grund hat das Berufungsgericht durch Urteil vom 13. Mai 1914 6 U. 12/14 als stichhaltig anerkannt und demgemäss die erfolgte Zustellung des Versäumnisurteils für unwirksam erklärt.

Die *Entscheidungsgründe* lauten:

»Die Berufung ist an sich statthaft und in der gesetzlichen Form und Frist eingelegt; sie erweist sich auch als begründet.

Die Entscheidung hängt davon ab, ob die Zustellung des Versäumnisurteils an die beklagte Armenhausstiftung gemäss der besonderen Bestimmung des § 184 Z.P.O. bewirkt werden musste.

Dem Landgericht ist darin beizutreten, dass der Kreis der Zustellungsempfänger im § 184 sich deckt mit dem im § 171 und in Abweichung von dem § 17 die dort ausserdem genannten Stiftungen, Anstalten und sonstigen Vermögensmassen nicht mit umfasst. Mit Ausnahme von Seuffert (Z.P.O., 10. Aufl., Bd. I, S. 266, Anm. 2 zu § 171), der nach der ratio legis die Bestimmungen der §§ 171, 184 auch auf Stiftungen analog angewendet wissen will, folgern grade aus dieser Abweichung die übrigen Kommentatoren der Zivilprozessordnung, dass die §§ 171 und 184 auf Stiftungen keine Anwendung finden.

Von einer anderen Auffassung geht anscheinend die Preussische Geschäftsanweisung für die Gerichtsvollzieher aus, indem sie in § 25, Abs. 3 auch für Stiftungen die Zustellung gemäss § 171, Abs. 2 Z.P.O. bestimmt und in § 29, der die Zustellungen gemäss § 184 Z.P.O. behandelt, wenn auch nicht im Text, so doch in der Überschrift die Stiftungen unter den betreffenden Zustellungsempfängern mit aufführt (ebenso § 32 der neuen Geschäftsanweisung vom 24. März 1914, I.M.Bl., S. 358).

Die Frage der Anwendbarkeit des § 184 Z.P.O. auf Stiftungen schlechthin kann jedoch dahingestellt bleiben. § 184 bezieht sich u. a. auch auf Zustellungen an Korporationen und ist deshalb auf Stiftungen jedenfalls dann anwendbar, wenn sie Korporationen sind (v. Wichnowski-Levy, 7. Aufl., Anm. 4 zu § 157; Kleiner, Bd. I, S. 574; Petersen Remelé-Anger, 5. Aufl., Bd. I, S. 372, Anm. 4).

Der Begriff der Korporation ist in der Zivilprozessordnung nicht bestimmt.

Die Kriterien dafür können auch nicht aus der erst in den

letzten Jahrzehnten nach dem Inkrafttreten der Z.P.O. wissenschaftlich entwickelten Lehre entnommen werden, die übrigens im einzelnen noch vielfach streitig und gerade mit Bezug auf die Abgrenzung von Körperschaften und Stiftungen sehr flüssig ist. Massgebend ist vielmehr das beim Inkrafttreten der Zivilprozessordnung geltende Landesrecht, in Preussen also das A.L.R.

Das Landrecht fasste aber den Begriff der Korporation als gleichbedeutend auf mit »juristischer« oder seiner Ausdrucksweise entsprechend »moralischer Person» und erkannte insbesondere den Armenanstalten und anderen Versorgungsanstalten, falls sie vom Staate ausdrücklich oder stillschweigend genehmigt waren, die Rechte moralischer Personen zu und sprach zugleich aus, dass ihr Vermögen die Rechte der Kirchengüter habe (Motive zum B.G.B., Bd. I, S. 80, Allgem. Landrecht II, 19, §§ 42, 43). Demgemäss behandelt auch das Ministerial-Reskript vom 9. September 1844 (I.M.Bl. 1844, S. 206) die staatlich genehmigten Armen- und Versorgungsanstalten ohne weiteres als juristische Persönlichkeiten mit korporativen Rechten und Eigenschaften. (Vgl. auch Rehbein-Reincke, A.L.R., Anm. 82 zu II, 6, A.L.R., wo die genannten Anstalten gleichfalls als Korporationen kraft Gesetzes bezeichnet werden.)

Die beklagte Armenhausstiftung gehört zu den in Titel 19, Teil II, A.L.R. behandelten gemeinnützigen und deshalb der Oberaufsicht des Staates unterworfenen Armen- und Versorgungsanstalten, als welche die im § 32 genannten Armenhäuser, Hospitäler usw. nur beispielsweise angeführt sind. Sie dient wohltätigen und gemeinnützigen Zwecken, nämlich nach den §§ 23 ff der Stiftungsurkunde den Zwecken der Kindererziehung und der Aufnahme und Versorgung von Armen; sie hat nach § 54 den Charakter eines völlig selbständigen, der Oberaufsicht und Leitung des Bischöflichen Stuhles in Breslau unterworfenen Instituts; das Fürstbischöfliche Amt wirkt bei Besetzung des Kuratoriums mit und hat bestimmte Genehmigungsbefugnisse (§§ 40, 41 f g k n q); die Stiftung ist im § 51 als milde Stiftung anerkannt, hat nach § 52 ein eigenes Siegel und ist landesherrlich genehmigt unter Vorbehalt der gesetzlichen Aufsichtsrechte des Staates.

Ist nach alledem die beklagte Armenhausstiftung als eine Korporation im landesrechtlichen Sinne anzusehen, so hätte die Zustellung des Versäumnisurteils an sie nach § 184 Z.P.O. erfolgen müssen, und zwar entweder in ihrem Geschäftslokale ge-

mäss Abs. 1 oder an den gesetzlichen Vertreter persönlich in seiner Wohnung (Abs. 2.)

Die unter Nichtbeachtung dieser Vorschriften bewirkte Zustellung ist unwirksam.

Es liegt mithin eine wirksame Zustellung des Versäumnisurteils nicht vor.

Daraus ergibt sich die Zulässigkeit des formgerecht eingelegten Einspruchs (§ 339 Z.P.O.).«

IV. Kleine Beiträge und Nachrichten.

1. Zwei neue Entscheidungen über die Eheschliessung ohne Assistenz des Pfarrers.[1]

Das Dekret »Ne temere« vom 2. August 1907 hat neben der im vorigen Hefte dieser Zeitschrift behandelten Notform der Eheschliessung imminente mortis periculo[2]) noch eine zweite propter inopiam parochi locive Ordinarii aut sacerdotis ab alterutro delegati angeordnet. Der hierauf bezügliche Artikel VIII des Dekrets lautet: »Si contingat ut in aliqua regione parochus locive Ordinarius, aut sacerdos ab eis delegatus, coram quo matrimonium celebrari queat, haberi non possit, eaque rerum conditio a mense iam perseveret, matrimonium valide ac licite iniri potest emisso a sponsis formali consensu coram duobus testibus«.

Offenbar hat der Gesetzgeber bei dem Erlass dieser Bestimmung in erster Linie an die physische Unmöglichkeit der Brautleute gedacht, vor dem Ortspfarrer bezw. dem Bischof oder einem delegierten Priester die Ehe zu schliessen. Eine solche Unmöglichkeit kann z. B. eintreten, wenn die gewöhnlichen Seelsorgsverhältnisse durch die kriegerische Okkupation eines Landgebietes oder durch eine Kirchenverfolgung erschüttert oder völlig lahmgelegt werden. Sie kann aber auch in gewissen Gegenden, z. B. in ausgedehnten Missionsbezirken, häufig und regelmässig eintreten, wenn der Pfarrer bezw. Missionar sich öfters über einen Monat so weit von dem Wohnsitze der Nupturienten aufhält, dass er ohne eine beschwerliche und kostspielige Reise von diesen nicht erreicht werden kann.[3])

Neben der physischen Unmöglichkeit kommt aber auch die moralische Unmöglichkeit in Betracht, die nicht durch die Abwesenheit des Pfarrers, sondern durch seine Behinderung hervor-

1) *A. de Smet,* L'antériorité du mariage civil et le Décret »Ne Temere«, in: Nouvelle Revue Théologique XLV, 716 ff. *Aug. Lehmkuhl S. J.,* Eheschliessung ohne den zuständigen Pfarrer, in: Theol.-prakt. Quartalschrift LXVII, 667 ff.

2) Archiv 95, 336 ff.: Gilt die Kriegstrauung als Nottrauung im Sinne des Dekrets »Ne temere«?

3) Vgl. Entscheidung der Sakramentenkongregation vom 12. März 1910 ad I und II. Acta Apostolicae Sedis II, 193 ff.

gerufen wird. Ein solcher Fall ist z. B. gegeben, wenn die Staatsgesetze den Priestern unter schweren Strafen verbieten, die kirchliche Trauung ohne vorhergehende Ziviltrauung vorzunehmen, und die Brautleute in der nächsten Zeit nicht in der Lage sind, die Vorschriften für die Ziviltrauung zu erfüllen. Bereits im Jahre 1908 wurde der Konzilskongregation die Frage vorgelegt: »An et quomodo providere expediat casui, quo parochi a lege civili graviter prohibeantur quominus matrimoniis fidelium adsistant nisi praemissa caeremonia civili, quae praemitti nequeat, et tamen pro animarum salute omnino urgeat matrimonii celebratio«. Die Hl. Kongregation gab darauf in den Resolutionen vom 27. Juli 1908 ad IX die ausweichende Antwort: »Non esse interloquendum«.[1])

Gestützt auf innere juristische Gründe, wonach ein an der Trauung behinderter Pfarrer dem abwesenden Pfarrer gleichzuachten ist, und im Hinblick auf die Entscheidung der Sakramentenkongregation vom 12. März 1910 ad I, die den Artikel VIII des Dekrets authentisch dahin interpretierte, dass auch die persönliche Unmöglichkeit der Nupturienten, die Ehe vor dem Pfarrer zu schliessen, für die Anwendung der Notform ausreiche, und keine allgemeine Unmöglichkeit, die sich über das ganze Territorium erstrecke, gefordert werde,[2]) vertreten die Autoren[3]) die Ansicht, dass in dem erwähnten Falle, die Ehen in gültiger und erlaubter Weise allein vor zwei Zeugen ohne Assistenz des Pfarrers geschlossen werden können. Diese Meinung wurde später durch zwei offizielle Entscheidungen der Römischen Kurie bestätigt. Der bekannte römische Moralist *Gennaro Bucceroni* S. J. hat im zweiten Supplementbande der vierten Auflage seines Enchiridium morale[4]) n. 1049 S. 103 zwei Entscheidungen der Propaganda und der Sakramentenkongregation mitgeteilt, die sich mit aller wünschenswerten Deutlichkeit über die Zulässigkeit der Not-

---

1) Acta Sanctae Sedis XLI, 510 ff.

2) Die Resolution lautet: »Matrimonium potest valide et licite contrahi coram solis testibus sine praesentia Sacerdotis competentis ad assistendum semper ac, elapso iam mense, Sacerdos competens absque gravi incommodo haberi vel adiri nequeat«. A. A. S. II, 194. Hieraus folgt, dass die Worte »in aliqua regione« des Art. VIII des Dekrets »Ne temere« nicht in einem universellen Sinne aufgefasst werden müssen.

3) *Ludovicus Wouters C. SS. R.*, Commentarius in Decretum »Ne temere« [4] 1912, 69 Anm. 1. *A. de Smet*, De sponsalibus et matrimonio [2] 1910, 90.

4) Supplementum alterum editionis quartae et quintae Institutionum Theologiae moralis et editionis quartae Enchiridii moralis complectens recentissima Acta S. Sedis et decreta SS. Congregationum. Romae 1911.

trauung coram solis duobus testibus wegen der Behinderung des kompetenten Pfarrers durch das mit schweren Strafen belegte staatliche Verbot, die kirchliche Trauung ohne vorhergegangene Ziviltrauung vorzunehmen, ausspricht. Wir lassen zunächst den Wortlaut der betreffenden Entscheidungen folgen und wollen hernach daran einige kurze Bemerkungen über ihre Veranlassung, die Art ihrer praktischen Ausführung und ihre allgemeine kirchenrechtliche und kirchenpolitische Bedeutung knüpfen.

1° An et sub quibus cautelis annuendum sit, ut oratores matrimonium in facie Ecclesiae contrahere valeant, quamvis civilem ritum explere nequeant?

2° Quaenam dispensatio circa matrimonii celebrandi formam concedenda sit, cum ratione civilis legis, parochus matrimonio assistere non possit?

Ad I. R. Parochus catholicus constito primum sibi nullum inter contrahentes intercedere canonicum impedimentum . . . permittat ut, absque etiam sua adsistentia, matrimonium ineant, sed tamen praesentibus tribus aut saltem duobus testibus integrae fidei; ac, ita celebrato matrimonio, teneantur coniuges, citius quam fieri potest, illud parocho significare, qui in codice matrimoniorum illud saltem secreto adnotet cum indicatione diei ac nominibus testium qui praesentes fuerunt. S. C. de Prop. Fid., 24. Mart. 1909. Collect. n. 571.

Ad II. Ordinarius, constito primum sibi etiam, si opus fuerit, per juratam contrahentium attestationem, nullum inter ipsos intercedere canonicum impedimentum, permittat, ut absque praesentia parochi matrimonium in casu valide et licite iniri possit, emisso a sponsis formali consensu coram duobus testibus; imposito, ad normam N. IX. Decreti »Ne temere«, testibus in solidum cum contrahentibus onere curandi, ut initum conjugium quamprimum parocho significetur, qui in libro matrimoniorum illud saltem secreto adnotet cum indicatione diei et nominibus testium, qui praesentes fuerunt. Idem autem Ordinarius hortari non omittat nupturientes, ut ad sacramentum Confessionis et SS. Eucharistiae debitis cum dispositionibus accedant ante matrimonii celebrationem, ac insuper curet, ut iidem contrahentes se obligent ad formalitates civiles explendas statim ac fieri poterit, cuius obligationis documentum in Curia Episcopali adservetur. S. C. de Sacram. 26. Nov., 1909.

Die erste Entscheidung ist für die Insel Curaçao in den Antillen getroffen worden, wo es den Geistlichen unter einer

Strafe bis zu 500 Gulden verboten ist, der kirchlichen Eheschliessung zu assistieren, bevor die Zivileheschliessung stattgefunden hat. Der zweiten, an den Fürstbischof von Breslau gerichteten Entscheidung lag folgender Tatbestand zu Grunde. Ein junger Russe war verbotener Weise nach Deutschland ausgewandert (desertiert), um sich der Militärpflicht zu entziehen. Als er später in Deutschland eine Ehe eingehen wollte, konnte er die nach den Staatsgesetzen erforderlichen Papiere nicht aus seinem Heimatlande erhalten. Eine Ziviltrauung war daher für ihn in der nächsten Zeit ganz unmöglich, und eine kirchliche Trauung vor dem Pfarrer ohne vorhergegangene Ziviltrauung mit den schweren Strafen des Gesetzes über die Beurkundung des Personenstandes und die Eheschliessung vom 6. Februar 1875 (R.-G.-Bl. No. 4 S. 23 ff.)[1]) bedroht. Wegen dieser obwaltenden Hindernisse hat die Sakramentenkongregation dem Fürstbischofe von Breslau die Befugnis zuerkannt, den Nupturienten die Anwendung der Notform der kirchlichen Eheschliessung gemäss Art. VIII des Dekrets »Ne temere« zu gestatten.

Was die praktische Ausführung der Nottrauung in den beiden angezogenen Fällen betrifft, so ist sofort ersichtlich, dass diese nicht in gleicher Weise erfolgte. Die Propaganda hat die Erlaubnis zur Vornahme der Nottrauung in die Hand des zuständigen Pfarrers gelegt, während die Sakramentenkongregation damit den Bischof beauftragte. Es ist aus dem Texte der Entscheidungen nicht deutlich erkennbar, ob die Verschiedenheit der Praxis auf einem besonderen Umstande im Tatbestande beruht oder nicht. Jedenfalls ist das Verfahren der Sakramentenkongregation dem der Propaganda vorzuziehen, da sonst dem Wiederaufleben der von der Kirche stets perhorreszierten geheimen Eheschliessungen Vorschub geleistet werden könnte.

Leo XIII. hat in einem Briefe an die Bischöfe Venetiens vom 8. Februar 1893[2]) darauf hingewiesen, dass die staatliche Vorschrift, wonach die Ziviltrauung stets der kirchlichen Eheschliessung voraufgehen müsse, leicht zu Gewissenskonflikten führen könne. Denn bei der Verschiedenheit der für beide zu beobachtenden Bestimmungen sei es möglich, dass aus kirch-

---

1) § 67 des Personenstandsgesetzes lautet: »Ein Geistlicher oder anderer Religionsdiener, welcher zu den religiösen Feierlichkeiten einer Eheschliessung schreitet, bevor ihm nachgewiesen worden ist, dass die Ehe vor dem Standesbeamten geschlossen sei, wird mit Geldstrafe bis zu dreihundert Mark oder mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft«.

2) Acta Sanctae Sedis XXV, 459 ff.

lichen und religiösen Gründen eine Eheschliessung für notwendig oder wünschenswert erachtet werde, der von staatlicher Seite unüberwindliche Schwierigkeiten in den Weg gelegt würden. Bekanntlich hat die deutsche Gesetzgebung die mit der obligatorischen Zivilehe vor der kirchlichen Eheschliessung verbundenen Unzuträglichkeiten in etwa dadurch gemildert, dass sie die Eheschliessung vor dem Geistlichen ohne vorhergegangene Ziviltrauung im Falle einer lebensgefährlichen Erkrankung eines der Nupturienten für straflos erklärt.[1]) Der angezogene Breslauer Fall beweist aber zur Genüge, dass diese Ausnahmebestimmung, die nicht einmal auf den gegenwärtigen Kriegszustand anwendbar ist, keineswegs für alle Bedürfnisse des sittlichen und religiösen Lebens ausreicht. Nach dem früher geltenden Kirchenrecht waren die Brautleute in der Lage, bei Unmöglichkeit der Ziviltrauung an den nichttridentinischen Orten die sog. klandestine Eheschliessung vorzunehmen, die kirchlich als durchaus gültig angesehen werden musste, oder auch unangemeldet vor den Pfarrer hinzutreten, um in seiner Gegenwart und in Anwesenheit von zwei mitgebrachten Zeugen den ehelichen Konsens auszusprechen, da die sog. passive Assistenz des Pfarrers für die Gültigkeit der Eheschliessung ausreichte. Endlich konnte der Hl. Stuhl natürlich in dringenden Fällen stets von der Beobachtung der tridentinischen Eheschliessungsform coram parocho et duobus vel tribus testibus dispensieren. Das Dekret »Ne temere« hat bekanntlich die ersten beiden Möglichkeiten, ohne die aktive Teilnahme des Pfarrers eine kirchlich gültige Ehe zu schliessen, aufgehoben und die vorhin erwähnte Notform des Art. VIII eingeführt, die die Assistenz des Pfarrers von Gesetzes wegen überflüssig macht. Unsere obigen Darlegungen haben gezeigt, wie die Kirche dadurch ein legitimes Mittel besitzt, um ohne Verletzung der staatlichen Vorschriften den Nupturienten die aus religiösen und sittlichen Gründen notwendige kirchliche Eheschliessung ohne die voraufgehende Ziviltrauung zu ermöglichen.

Da diese Vorschriften nur der Behebung eines kirchlichen Notstandes dienen, versteht es sich von selbst, dass ihnen der prinzipielle Angriff auf die Beseitigung der Ziviltrauung gänzlich fern liegt. Sowohl aus religiösen wie aus kirchenpolitischen

1) Durch EG. BGB. hat der vorhin mitgeteilte § 67 des Personenstandsgesetzes vom 6. Februar 1875 folgenden Zusatz erhalten: »Eine strafbare Handlung ist nicht vorhanden, wenn der Geistliche oder der Religionsdiener im Falle einer lebensgefährlichen, einen Aufschub nicht gestattenden Erkrankung eines der Verlobten zu den religiösen Feierlichkeiten der Eheschliessung schreitet«.

Gründen hat die Kirche ein grosses, von der obersten kirchlichen Regierungsautorität wiederholt betontes[1]) Interesse daran, dass die einmal bestehenden staatlichen Eheschliessungsvorschriften von den Gläubigen in allen Fällen der moralischen Möglichkeit beobachtet werden. In völligem Einklang mit diesen Grundsätzen hat auch die Sakramentenkongregation den Fürstbischof von Breslau aufgefordert, die Nupturienten in einer aufzubewahrenden Urkunde zu verpflichten, dass sie die staatlichen Formvorschriften der Ziviltrauung sobald als möglich nachholen.

Bonn. *N. Hilling.*

---

2. Johann Friedrich Ritter von Schulte †

Am Ausgange des verflossenen Jahres brachte die Nachricht von dem Hinscheiden des Geheimen Justizrates und ordentlichen Professors der Rechte an der Universität Bonn Dr. Johann Friedrich Ritters *von Schulte,* der am 19. Dezember 1914 in hohem Alter von 87²/₃ Jahren in seinem Ruhewohnsitze Meran starb, wieder den Namen eines Mannes in allgemeinere Erinnerung, der seit mehr als sechzig Jahren einen hervorragenden Anteil an den Arbeiten des katholischen Kirchenrechts in Theorie und Praxis genommen hatte und deshalb an dieser Stelle ein Erinnerungsblatt verdient. Allerdings ist es für einen katholischen Kanonisten keine angenehme Aufgabe, dem jüngst verstorbenen Senior seiner deutschen Fachgenossen einen Nekrolog zu schreiben, da bekanntlich ein tragisches Geschick seinen Lebenslauf in zwei völlig verschiedene und einander entgegengesetzte Perioden geteilt hat. Infolge eines jähen Umschwungs, der im Jahre 1870 stattfand, ist er aus einem warmen Freund und Förderer der katholischen Kirche einer ihrer erbittertsten Feinde und schärfsten Bekämpfer geworden. Es geziemt sich aber, in diesem Nachrufe hauptsächlich der Verdienste des Toten um die katholische Kirchenrechtswissenschaft zu gedenken, zumal da die bona fides seines später gegen die Kirche gerichteten Verhaltens nicht in Zweifel gezogen werden darf. Letzteres verbietet allein schon der Umstand, dass er bei seiner ebenso ehrlichen wie herben und von höchstem Selbstbewusstsein durchdrungenen Westfalennatur auch

1) Vgl. Konstitution Benedikts XIV. »Redditae sunt nobis« vom 17. September 1746 (Bullarium Benedicti XIV. ed. Praten. III, 1 S. 462 ff.) und die Instruktion der Hl. Apostolischen Pönitentiarie vom 15. Januar 1866 (Acta Sanctae Sedis I, 508 ff.).

die Schwächen und Fehler seiner späteren altkatholischen Freunde mit rücksichtsloser Schärfe aufgedeckt hat. Wenn eine mit solchen Charakteranlagen ausgestattete Persönlichkeit schon auf dem Gymnasium ihre Entlassung forderte, weil sie sich einem ganz geringfügigen Verbote nicht unterwerfen wollte, so begreift man, dass es ihr ausserordentlich schwer fallen musste, sich einem früher von ihr bekämpften Glaubenssatze später zu unterwerfen. Auch würde es meines Erachtens nicht schwer sein, den Nachweis zu erbringen, dass die liberale Weltanschauung, die er in der zweiten Hälfte seines Lebens vertreten hat, der ersten Hälfte durchaus nicht völlig fremd war. Wie gross daher auch immer der Unterschied zwischen Schultes Kirchenrechtswissenschaft einst und jetzt, den *Franz Laurin* in den siebziger Jahren des verflossenen Jahrhunderts in einer eigenen Broschüre[1]) hervorgehoben hat, sein mag, so liegt doch seiner eigenen Behauptung mindestens ein Körnchen Wahrheit zugrunde, dass er sich in seinem ganzen Verhalten grundsätzlich konsequent geblieben sei.

Der am 24. Januar 1869 durch den Kaiser Franz Josef I. von Österreich in den erblichen Ritterstand erhobene Johann Friedrich Schulte war am 23. April 1827 in dem sauerländischen Orte Winterberg (Kreis Brilon) geboren, wo sein Vater die ärztliche Praxis ausübte.[2]) Seine Mutter war eine Schwester des gleichfalls aus Westfalen stammenden, späteren hessischen Staatsmannes Freiherrn Justin von Linde. Die Eltern verlegten im Jahre 1843 ihren Wohnsitz nach Brilon, und 1850 wanderte der Vater nach Nordamerika aus, wohin ihm die Mutter zwei Jahre später nachfolgte. Nach dem Besuche der Rektoratschule in Brilon und des Gymnasiums in Coesfeld studierte er im Wintersemester 1847 an der Universität Berlin klassische und orientalische Philologie. Als er aber im Revolutionsjahre 1848 die Universität verlassen hatte und anderthalb Jahre als Erzieher der Kinder seines Oheims von Linde auf dessen Gute Dreis im Kreise Wittlich zubrachte, wandte er sich daselbst dem Studium der Jurisprudenz zu. Er selbst motiviert diesen Wechsel mit dem äusserlichen Grunde, dass die Bibliothek seines Oheims keine hinreichenden Hilfsmittel für die Philologie darbot, wohl aber für die Jurisprudenz gut ausgestattet war. Nachdem er sich durch Privatstudium, vor allem durch die Lektüre des Corpus iuris

1) Zweite Auflage, Wien 1875.
2) Vgl. Schultes Lebenserinnerungen Bd. I, Giessen 1908.

civilis und canonici in den Anfängen der Rechtswissenschaft unterrichtet hatte, bezog er im Herbst 1849 zum zweiten Male die Berliner Universität. Hier hörte er während drei Semester sämtliche pflichtmässigen Vorlesungen der Jurisprudenz und pflegte besonders das Kirchenrecht unter der Anleitung von *Richter*, mit dem er in einen freundschaftlichen Verkehr trat. Er promovierte am 26. Juli 1851 mit der Dissertation »De rerum ecclesiasticarum domino secundum praecepta iuris ecclesiastici catholicorum communis«. Auf Grund des bestandenen Doktorexamens wurde er nach Überwindung einiger Schwierigkeiten, die ihm wegen seines kurzen akademischen Studiums gemacht wurden, zum praktischen Vorbereitungsdienst der Justizbeamten als Kammergerichts-Auskultator zugelassen und bestand am 20. Juli 1853 seine grosse juristische Prüfung als Referendarius. Noch in demselben Jahre habilitierte er sich an der juristischen Fakultät zu Bonn als Privatdozent für Kirchenrecht mit der nicht im Drucke erschienenen Schrift »De impedimento matrimonii vis ac metus«. An der Bonner Universität hielt er während seiner kurzen Privatdozentenzeit kirchenrechtliche Repetitorien und Examinatorien; im August des Jahres 1854 erhielt er bereits einen Ruf als ausserordentlicher Professor für Kirchenrecht an der Universität Prag, dem er Folge leistete.

Legt der bisher geschilderte Lebenslauf ein deutliches Zeugnis ab von dem rastlosen Fleisse und der glänzenden Begabung des jungen Mannes, so beweist ein anderes Ereignis aus derselben Zeit seinen warmen katholischen Sinn und seinen organisatorischen Drang. Während seiner Bonner Privatdozententätigkeit erhielt er vom 23. März bis zum 25. Mai 1854 Urlaub für eine Reise nach Rom, auf der er, mit den Empfehlungsschreiben des Erzbischofs von Köln Kardinals von Geissel und mehrerer deutschen Bischöfe ausgerüstet, Papst Pius IX. den Plan unterbreitete, einen Militärorden zu gründen, dessen Mitglieder den Kirchenstaat durch Waffendienst schützen sollten. Der Gedanke hierzu war ausgegangen von dem aus Köln gebürtigen Auskultator *Aug. Krahe*, der zunächst mit dem bekannten Historiker *Johannes Janssen* und Johann Friedrich Schulte darüber korrespondierte und dann mit dem Bischofe *Johann Georg Müller* von Münster in Verbindung trat. Von den genannten drei Freunden wurde Schulte dazu ausersehen, nach Rom zu reisen, um die Approbation des Hl. Vaters für das Projekt zu erlangen. Er hat sich dieses Auftrages mit grosser Hingebung erledigt und über die Romreise des Jahres

1854 ausführlich in seinen »Lebenserinnerungen«[1]) berichtet. Allerdings kam der Plan nicht in der Form zustande, wie es die drei jugendlichen und idealistischen Freunde gewünscht hatten; statt des Militärordens wurde im Jahre 1860 die St. Michaelsbruderschaft gegründet, die den Hl. Stuhl durch Gebet und milde Gaben unterstützt. Schulte hatte bereits vorher, am 24. April 1857, den Päpstlichen Gregoriusorden erhalten, nachdem er seine inzwischen erschienenen kirchenrechtlichen Werke Pius IX. zum Geschenk gemacht hatte.

Sein Prager Aufenthalt dauerte nahezu zwanzig Jahre, von Herbst 1854 bis April 1873. Bereits im Sommersemester 1855 wurde auf seinen Wunsch seine Lehrbefugnis durch den Kultusminister *Grafen Thun* auch auf die deutsche Reichs- und Rechtsgeschichte ausgedehnt, und am 11. November 1855 unterzeichnete Kaiser Franz Josef seine Ernennungsurkunde zum ordentlichen Professor für die beiden Fächer des Kirchenrechts und der deutschen Reichs- und Rechtsgeschichte. Neben seiner Professur bekleidete er vom Jahre 1856 an auch das Amt eines Rates (Konsistorialrates) am geistlichen Ehegerichte in Prag, um dessen Rechtsprechung er sich sehr verdient machte. Auch hat er den Entwurf der »Instruktion für die Einrichtung des Ehegerichts« ausgearbeitet. Ferner wurde er 1863 durch kaiserliche Ernennung als auswärtiges Mitglied in den neugeschaffenen »Unterrichtsrat« berufen, dem er bis zu seiner Aufhebung im Jahre 1867 angehörte. In seinem Rektoratsjahre 1868/69 veranlasste er eine Glückwunschadresse der katholischen Professoren und Doktoren der Prager Universität an Pius IX. zu seinem fünfzigjährigen Priesterjubiläum und stellte den Antrag, die Rechte der Universität auf Vertretung beim zukünftigen allgemeinen Konzil durch ein Bittschreiben an den Papst zu wahren. Beide Schritte haben ihm wenig Annehmlichkeiten eingetragen; der erste wurde zwar durchgeführt, aber von den liberalen Mitgliedern der Professoren- und Doktorenkollegien heftig getadelt, der zweite gelangte wegen der Ablehnung des Ministeriums überhaupt nicht zur Ausführung.

Im Anfange des Monats April 1873 siedelte Schulte als ordentlicher Professor der Rechte von Prag nach Bonn über und hielt hier bis zum Jahre 1905 über seine bisherigen Fächer des Kirchenrechts und der deutschen Rechtsgeschichte sowie über deutsches Privatrecht und über Handelsrecht Vorlesungen. War

1) Bd. I, 13 ff.

er auf seinen Wunsch an die Bonner Universität berufen worden, um von hier aus die altkatholische Bewegung in Preussen leiten zu können, so blieb er von jetzt an der unbestrittene erste Führer dieser Bewegung, die er vor allem in das Stadium der festen kirchlichen Organisation überleitete. Durch die Durchführung der Bischofswahl, die Erlangung der staatlichen Anerkennung, die Ausarbeitung der Synodalverfassung und des Disziplinarrechts der Geistlichen ist Schulte der Vater der altkatholischen Kirchenorganisation in Preussen und Deutschland geworden, der er den Stempel seiner Persönlichkeit aufgedrückt hat. Vor allem setzte er auch die Aufhebung der Zölibatsvorschrift der Geistlichen durch, wofür er im Jahre 1876 eine eigene Schrift veröffentlichte. Zum Zwecke der Förderung seiner damaligen kirchlichen und kirchenpolitischen Ziele versandte er im Jahre 1873 auch eine Einladung zu einer allgemeinen Versammlung der lehramtlich oder literarisch tätigen Kanonisten, die am 13.—14. August 1873 in Kassel stattfand, sich aber nur eines sehr schwachen Besuches (von 9 Gelehrten) zu erfreuen hatte. Das Protokoll dieser »Kanonistenzusammenkunft« ist in den »Lebenserinnerungen« [1]) abgedruckt, wobei am Schlusse bemerkt wird, dass der Plan, einen neuen Kongress auf den 30. September 1874 zu berufen, wegen Mangels an Interesse aufgegeben wurde und es zu keinem weiteren Kongress gekommen ist. Sehr gut passt es endlich in den Rahmen des Schulte'schen Lebenslaufes, dass er 1874 in den Deutschen Reichstag gewählt wurde, in dem er der nationalliberalen Partei bis zu seiner Mandatsniederlegung am 2. Januar 1879 angehörte. Nachdem er wegen seines hohen Alters bereits mehrere Winter im Süden zugebracht hatte, richtete er am 3. März 1906 an den preussischen Kultusminister das Gesuch, ihn von allen amtlichen Verpflichtungen zu entbinden und ihm die Verlegung seines Wohnsitzes von Bonn zu gestatten. Dieses Gesuch wurde bereits am 3. April 1906 vom Könige genehmigt, aber erst fünf Monate später zugestellt. Hierauf nahm er seinen Ruhewohnsitz in Meran, wo er acht Jahre lang in körperlicher und geistiger Frische, nur behindert durch ein Gehörleiden, verlebte. Nach seinem am 19. Dezember 1914 erfolgten Tode wurde die Leiche nach München überführt und daselbst am 23. Dezember eingeäschert.

Obwohl Schulte von seinen Jünglingsjahren an das Bedürfnis und die Kraft in sich fühlte, im Vordergrunde des öffent-

1) Bd. I, 221 ff.

lichen Lebens tätig zu sein, und sich sein ganzer Lebenslauf von dem gewöhnlichen »stillen Gelehrtenleben« scharf abhebt, hat er dennoch eine erstaunliche literarische Wirksamkeit entfaltet. Das von ihm selbst im Jahre 1908 herausgegebene Verzeichnis seiner Schriften enthält nicht weniger als 36 Monographien, 3 Ausgaben und eine grosse Anzahl (240) von Abhandlungen und Aufsätzen in wissenschaftlichen Zeitschriften und grösseren Sammelwerken. Hierzu kommen noch über 260 Bücherbesprechungen und ebenfalls sehr zahlreiche Artikel in Zeitungen.[1])

Die wissenschaftliche Bedeutung dieser Arbeiten ist allerdings sehr verschieden. Nur einen geringen wissenschaftlichen Wert besitzen die zahlreichen Streitschriften in der Altkatholikenfrage sowie die drei Editionen der Summen zum Gratianischen Dekret, die sämtlich die erforderliche Akribie vermissen lassen, während die Unbrauchbarkeit der Hauptedition, der Summa magistri Rufini, so gross ist, dass *Heinrich Singer* sie durch eine völlige Neuausgabe ersetzen musste.[2]) Zu seinen bedeutendsten Werken gehören unstreitig die Schriften aus der ersten Periode seines Schaffens, insbesondere das »System des allgemeinen katholischen Kirchenrechts« (Giessen 1856) und »Die Lehre von den Quellen des katholischen Kirchenrechts« (Giessen 1860), die sich durch eine gute Systematik,[3]) die streng juristische Form der Behandlung und eine eingehende Erörterung der Theorie und Geschichte der kirchlichen Rechtsquellen auszeichnen. Für den praktischen Gebrauch erwiesen sich als sehr nützlich die bereits im Jahre 1853 zusammen mit *Richter* veranstaltete Ausgabe der Canones et decreta des Konzils von Trient, die sämtliche wichtigen Entscheidungen der Konzilskongregation enthält, sein Handbuch des katholischen Eherechts (Giessen 1855) und die »Darstellung des Processes vor den katholischen geistlichen Ehegerichten Österreichs, auf Grundlage des allgemeinen katholischen Kirchenrechts und der besonderen Vorschriften für Österreich (Giessen 1858). Ferner hat er auf die kanonistische Doktrin

---

1) Vgl. auch *v. Schulte*, Die Geschichte der Quellen und Literatur des canonischen Rechts von Gratian bis auf die Gegenwart III, 1 (1880), 435 ff. und *Ernst Landsberg*, Geschichte der Deutschen Rechtswissenschaft III, 2 (1910) S. 579 ff.

2) Die Summa Decretorum des Magister Rufinus. Paderborn 1902. Bezüglich der Kritik der Schulte'schen Editionsmethode vgl. besonders Einleitung S. CXXVII ff. Ferner verfasste Singer die polemische Schrift »Einige Bemerkungen zu Schultes Rufin-Ausgabe«. Innsbruck 1892.

3) Allerdings ist die Einteilung in öffentliches und privates Recht der Kirche verfehlt.

befruchtend eingewirkt durch die bereits in seiner Doktordissertation vertretene und später in der Schrift »Die juristische Persönlichkeit der katholischen Kirche, ihrer Institute und Stiftungen, sowie deren Erwerbsfähigkeit« (Giessen 1869) ausführlich begründete Theorie, wonach die Einzelinstitute der Kirche als Rechtssubjekte des kirchlichen Vermögens zu betrachten sind.

Das eigentliche Lebenswerk Schultes ist seine dreibändige Geschichte der Quellen und Literatur des canonischen Rechts von Gratian bis auf die Gegenwart, Stuttgart 1875 ff. Dieses grosse Unternehmen, zu dem zahlreiche Abhandlungen in den Sitzungsberichten der Kaiserlichen Akademie der Wissenschaften in Wien als Vorarbeiten erschienen, ist wegen des Reichtums des neu erschlossenen Materials und besonders wegen seiner Fortführung bis in die Gegenwart eines der wichtigsten Hilfsmittel der kirchenrechtlichen Forschung geworden. Man muss dem Verfasser unbedingt darin beistimmen, dass er die früheren Arbeiten von *Sarti, Savigny* und *Phillips* bedeutend überholt hat, da er die erste planmäßige Durchforschung sämtlicher Handschriften in den Bibliotheken vornahm. Allerdings verlangt eine kritische Besprechung des Werkes auch die Hervorhebung seiner Mängel. Es soll hier kein besonderes Gewicht darauf gelegt werden, dass in dem rein geschichtlichen Werke der antikatholische Standpunkt des Verfassers überaus schroff und einseitig zum Ausdruck kommt; denn diese Eigenschaft lag in dem Charakter des streitbaren Altkatholikenführers begründet. Jedoch verdient es eine entschiedene Zurückweisung, dass der Autor sein wissenschaftliches Buch mehrfach durch persönliche Verunglimpfungen verdienter katholischer Gelehrten verunstaltet hat.[1]) An wissenschaftlicher Gründlichkeit und Genauigkeit steht Schultes Quellen- und Literaturgeschichte weit hinter dem entsprechenden Werke von *Friedrich Maaßen*[2]) zurück, wenngleich es vor diesem den grossen praktischen Vorzug seiner Vollendung besitzt. In seinen »Lebenserinnerungen«[3]) macht Sch. den Versuch, die zahlreichen Druckfehler in seinen Werken durch seine häufigen Reisen, die Wahl eines ungeeigneten Korrektors und die Nachlässigkeit

---

1) Man vgl. z. B. Bd. III, 1 S. 377 die Bemerkungen über Phillips, 357 über Krabbe und 414 die förmlich zum Lachen reizenden Daten aus der Biographie Ferdinand Walters.

2) Geschichte der Quellen und der Literatur des canonischen Rechts im Abendlande bis zum Ausgang des Mittelalters. I. Bd. (bis Pseudoisidor), Gratz 1870.

3) I, 370.

der Setzer zu entschuldigen. Der unparteiische Beurteiler wird aber nicht umhin können, auch die grosse Unrast und Flüchtigkeit des Autors als Fehlerquellen mit in Anrechnung zu bringen, die sich übrigens — trotz des Widerspruchs Schultes — nicht nur auf Druckfehler erstrecken. [1])

Was endlich seine Mitarbeit an dieser Zeitschrift anbetrifft, so beweist das Vorwort des Begründers Freiherrn *von Moy de Sons*, dass er an der definitiven Festlegung des Redaktionsplanes und des Titels [2]) wesentlich mit beteiligt war. Nach seinem Schriften-Verzeichnis hat er im ganzen neun Beiträge (einschliesslich einer Rezension) für das »Archiv« geliefert, die zusammen 180 Seiten ausmachen. [3]) Er hat das erste Heft, das im Jahre 1857 erschien, mit einer noch jetzt lesenswerten Abhandlung »über die Bedeutung und Aufgabe des Kirchenrechts und der Kirchenrechtswissenschaft« eröffnet. Seine letzte Abhandlung »über die Erteilung der Befugnis zum Lehramte der Theologie (Missio canonica) nach der Geschichte und nach dem geltenden Rechte der katholischen Kirche« erschien im XIX. Bande (1868) S. 1—57. Sämtliche Aufsätze tragen den Stempel strenger und unparteiischer Wissenschaft; es soll daher dem Toten der Dank für seine dem »Archive« geleisteten Dienste gern und rückhaltlos ausgesprochen werden.

Die historische Bedeutung Schultes für die Kirchenrechtswissenschaft beruht darin, dass er zusammen mit *Richter, Phillips, Hinschius, Maaßen, Friedberg* u. a. durch grosse monumentale Werke die Dogmatik und die allgemeine Quellen- und Literaturgeschichte des Kirchenrechts erheblich gefördert und dadurch an einer Blüte unserer Wissenschaft auf deutschem Boden erfolg-

1) Neuerdings hat *F. Heyer* in seiner kritischen Besprechung von H. Singer, Die Dekretalensammlung des Bernardus antiquus Compostelanus, in: Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte, Kan. Abt. IV, 583 ff. auf zahlreiche Fehler in der Schulte'schen Geschichte der Quellen und Literatur hingewiesen. Vgl. auch die Aufsätze *Gillmanns* in diesem Archiv.

2) Schulte hat sich gegen den auf dem Prospekte stehenden Titel »Magazin für katholisches Kirchenrecht« ausgesprochen; jedoch scheint die Anregung zur Wahl des Titels »Archiv f. k. K.-R.« von *Eyschen* ausgegangen zu sein. Vgl. Archiv 85, 611 f.

3) Jedoch ist dieses Verzeichnis unvollständig, es fehlen darin die Abhandlungen: 1) Darstellung des Eheprocesses bei den geistl. Gerichten des Kaisertums Oesterreich Bd. I, 145—161, 201—218, 279—306, 346—365, 589—621, 693—731; 2) Ueber die Entschädigung, welche die kathol. geistl. Ehegerichte in Oesterreich nach § 111 der Anweisung für geistl. Gerichte aus einem Verlöbnisse zusprechen können, Bd. III, 137—155; 3) Die Tätigkeit des fürsterzbischöflichen Ehegerichts zu Prag vom 1. Januar 1863 bis zum 1. Januar 1867, Bd. XIX, 330 f. Ausserdem ist Bd. X, 259—261 ein Gutachten von ihm abgedruckt, das sich auf die Rangstufen der canonici beim Wechsel der Canonicatspfründen in demselben Capitel und auf den Zeitpunkt der Erledigung eines Beneficiums bei der Annahme eines zweiten Beneficium incompatibile erstreckt.

reich mitgearbeitet hat. Die Gegenwart verdankt jenen rastlos arbeitenden Männern, dass jetzt fast auf allen Gebieten grosse zusammenfassende Werke existieren, die die Ausarbeitung von Einzelfragen und das tiefere Eindringen in Spezialpunkte wesentlich erleichtern. Hierdurch erklärt es sich auch, dass in unseren Tagen nur noch selten grosse kanonistische Werke allgemeinen Inhalts erscheinen. Wir Zeitgenossen befinden uns eben in einem gewissen Stadium der Posteriorität, dem die grossen Leistungen vorhergegangen sind. Es scheint jedoch auch eine gewisse Erschöpfung der Kräfte eingetreten zu sein, da die grossen, noch unvollendeten Arbeiten von Hinschius und Maaßen bis jetzt noch keinen Fortsetzer gefunden haben. So dankenswert auch die zahlreichen Monographien sind, die in den beiden bekannten Sammlungen des Bonner Kirchenrechtslehrers *Stutz* und der *Görres-Gesellschaft* erscheinen, so können sie meines Erachtens doch keinen völligen Ersatz für die fehlenden grossen, zusammenfassenden Werke bilden. Wohl haben wir augenblicklich eine erfreulich wachsende Gruppe von fleissig arbeitenden Jüngern der Kirchenrechtswissenschaft, aber die Zahl der hervorragenden Meister ist nicht gross, was augenscheinlich auch mit einer ungenügenden Besetzung der akademischen Professuren zusammenhängt. Damit unsere Zeit nicht hinter der Vergangenheit zurückbleibt, ist vor allem ein mehr konzentriertes und intensiveres Studium des gesamten kirchlichen Rechtsstoffes und besonders der Zusammenhänge in der Rechtsdogmatik notwendig. Möge hierzu die beinahe vollendete Neukodifikation des Kirchenrechts durch Pius X. ein kräftiger Antrieb werden! Ich wage diese Hoffnung um so eher auszusprechen, als die Betrachtung des Lebenslaufes Johann Friedrich von Schultes den deutlichen Beweis liefert, wie sehr die Neuordnung der kirchlichen Verhältnisse durch das Österreichische Konkordat vom Jahre 1855 die Theorie und Praxis des Kirchenrechts in unserem Nachbarlande gefördert hat. Ferner können wir von Johann Friedrich Schulte und der Richter'schen Schule, der er angehört, lernen, dass das dogmatische und historische Studium des Kirchenrechts miteinander stets Hand in Hand gehen müssen und dass es für die Kanonisten von grossem Vorteile ist, wenn ihnen die Gelegenheit geboten wird, eine praktische Tätigkeit an den Bischöflichen Kurien auszuüben.

Bonn. *N. Hilling.*

---

3. Kirchenrechtliche Chronik.[1])

Vom 1. Januar bis zum 30. Juni 1915.

Während des abgelaufenen Halbjahres stand das kirchenrechtliche Leben in Deutschland, Österreich-Ungarn und der Schweiz ganz unter dem Zeichen des grossen europäischen Krieges, der durch den Eintritt Italiens am 24. Mai 1915 noch in seiner Ausdehnung erweitert und in seiner voraussichtlichen Dauer verlängert wurde.

Es ist erfreulich, an erster Stelle der erfolgreichen Bemühungen zu gedenken, die sich der Hl. Stuhl und vor allem *Papst Benedikt XV. um die Befriedigung der seelsorglichen Bedürfnisse der Kriegsteilnehmer und die Linderung ihrer persönlichen Leiden* gemacht hat. Am 18. Dezember 1914[2]) erteilte die Hl. Poenitentiarie den Militärgeistlichen die Vollmacht, während sie das Heer begleiten, allen Gläubigen beichtzuhören. Die in Gefangenschaft geratenen Militärgeistlichen dürfen die Beichtjurisdiktion auch zugunsten ihrer Mitgefangenen ausüben. Durch Erlass vom 11. März 1915[3]) wurden die genannten Fakultäten auf alle Priester, die auf irgend einen Titel hin dem Heere angehören, ausgedehnt. Diese können allen Gläubigen, während sie das Heer begleiten, und ihren Mitgefangenen die sakramentale Lossprechung erteilen, falls sie nur vorher von ihrem eigenen Ordinarius oder einem fremden die Beichtjurisdiktion empfangen haben und dieselbe nicht positiv widerrufen worden ist.

Dieselbe Hl. Poenitentiarie hat durch Reskript vom 21. Dezember 1914[4]) die am 18. März 1912[5]) gegebene Entscheidung, wonach die mobilisierten Soldaten denjenigen gleichgestellt werden können, die sich im Zustande der drohenden Lebensgefahr befinden, auch auf alle zum Felddienste auf irgend eine Weise herangezogenen Personen, z. B. Krankenpfleger, Postboten usw., die Ordensschwestern nicht ausgenommen, ausgedehnt. Am 6. Februar 1915[6]) wurde die Frage, ob die Soldaten vor der Schlacht, falls ihnen die Möglichkeit fehlt, einzeln zu beichten, durch eine all-

---

1) Dieser Abschnitt wurde mit Unterstützung des Herrn Dr. jur. *Carl Kirchheim* in Mainz vom Herausgeber bearbeitet.

2) Acta Apostolicae Sedis VI, 712.

3) Acta Apostolicae Sedis VII, 130.

4) Kirchliches Amtsblatt der Diözese Münster XLIX, 27. Diese Entscheidung ist auch in den übrigen Amtsblättern der deutschen Diözesen abgedruckt.

5) Sieh den Wortlaut oben S. 157.

6) Acta Apostolicae Sedis VII, 72.

gemeine Absolution absolviert werden dürfen, mit »Affirmative« beantwortet. Die Militärgeistlichen sollen aber die Soldaten belehren, dass für die Gültigkeit der Absolution die entsprechende Disposition (reumütige Gesinnung) erforderlich ist und das Bekenntnis der schweren Sünden, von denen sie die allgemeine Lossprechung erhalten haben, später in der Einzelbeicht nachgeholt werden muss. Die Sakramentenkongregation veröffentlichte am 11. Februar 1915[1]) ein Dekret, wonach den Soldaten an der Front der Empfang der hl. Kommunion per modum viatici gestattet ist und alle Priester im Felde in quocumque loco decenti et tuto die hl. Messe lesen dürfen, jedoch die mit den Waffen kämpfenden Priester nur an den Sonn- und gebotenen Festtagen.

Um den Soldaten die Gewinnung von geistlichen Gnaden und Ablässen zu erleichtern, erteilte der Hl. Vater durch Reskript der Kongregation der ausserordentlichen kirchlichen Angelegenheiten vom 10. November 1914[2]) allen Priestern die Vollmacht, während der Dauer des Krieges Skapuliermedaillen für Soldaten zu benedizieren. Von dieser Fakultät können auch die nicht zum Beichthören approbierten Priester Gebrauch machen. Am 4. Februar 1915[3]) wurde durch Dekret des Hl. Offiziums die gewissen Weihevollmachten für die Erteilung von Ablässen beigesetzte Klausel »de consensu Ordinarii loci, in quo facultas utitur« für alle im Heeresdienst tätigen Priester während der Dauer des Krieges ausser Kraft gesetzt. Zugunsten der gefallenen Krieger verlieh der Hl. Vater durch Dekret vom 28. Januar 1915[4]) allen Priestern, die für die Gefallenen die hl. Messe lesen, das sog. Altarprivileg; jedoch gilt diese Vergünstigung nur für das laufende Jahr.

Neben der Gewährung von geistlichen Gnaden, die allen katholischen Soldaten zufliessen sollen, hat Benedikt XV. vor allem den gefangenen Soldaten und ihren Angehörigen irdischen Trost zu spenden versucht. Am 21. Dezember 1914[5]) erschien das Dekret der Kongregation der ausserordentlichen kirchlichen Angelegenheiten »de cura Captivorum a Clero habenda«, das die Bischöfe aufforderte, sprachenkundige Priester zu ernennen, die sich der gefangenen Soldaten in ihrer Muttersprache an-

1) Acta Apostolicae Sedis VII, 97.
2) Acta Apostolicae Sedis VI, 673 f.
3) Acta Apostolicae Sedis VII, 66.
4) Acta Apostolicae Sedis VII, 66.
5) Acta Apostolicae Sedis VI, 710 f.

nehmen und namentlich den Verkehr mit ihren Angehörigen vermitteln sollen. Der Kardinalstaatssekretär *Gasparri* hat mit einem Begleitschreiben vom 22. Dezember 1914[1]) den Bischöfen der kriegführenden Länder dieses Dekret zugestellt. Dem Bischof von Paderborn *Karl Josef Schulte* drückte er brieflich am 29. April 1915[2]) für seine hervorragende Tätigkeit auf dem Gebiete der Kriegsgefangenenfürsorge die besondere Anerkennung des Hl. Vaters aus. Wie bereits in der vorigen Chronik erwähnt wurde, ist die von Benedikt XV. für das Weihnachtsfest angeregte Waffenruhe leider nicht zustande gekommen. Dagegen ist sein später gemachter Vorschlag, die dienstuntauglichen Gefangenen auszuwechseln, wenigstens teilweise ausgeführt worden. Die nach ihrer Heimat zurückgeführten deutschen Kriegsinvaliden werden durch Vermittlung des Herrn Kardinals *von Hartmann* dem Hl. Vater eine Dankesadresse überreichen.[3]) Gegen Ende unserer Berichtsperiode gab der Hl. Stuhl die Anregung, die Kriegsgefangenen in einem neutralen Lande unterzubringen. Nach den Berichten der öffentlichen Blätter scheint auch dieser Vorschlag zum Teil in Erfüllung zu gehen, da sich die Schweiz bereit erklärt hat, je 10,000 deutsche und französische Kriegsgefangene aufzunehmen. Die zuletzt erwähten Wohltaten sollen nach dem Wunsche des Hl. Vaters naturgemäss allen Kriegern ohne Unterschied der Konfession zu teil werden.

Entsprechend seinem Friedensamte hat sich der Papst ununterbrochen um die *Wiederherstellung des Friedens* unter den christlichen Nationen bemüht. Im Anschlusse an die in der voraufgehenden Chronik berichteten Kundgebungen hat er durch Dekret des Kardinalstaatssekretärs vom 10. Januar 1915[4]) für den Sonntag Sexagesima (7. Februar) in Europa und den Passionssonntag (21. März) ausserhalb Europas einen allgemeinen Bittgottesdienst angeordnet, für den er persönlich das Gebet um Wiederherstellung des Friedens verfasste. Das Hl. Offizium hat durch Erlass vom 21. Januar 1915[5]) allen Gläubigen einen Ablass von 300 Tagen verliehen, die in reumütiger Gesinnung diese Oratio pro pace verrichten. Endlich hat der Hl. Vater durch Dekret des Staatssekretärs vom 9. April 1915[6]) vorgeschrieben,

1) Acta Apostolicae Sedis VI, 711 f.
2) Acta Apostolicae Sedis VII, 224 f.
3) Vgl. Kirchlicher Anzeiger für die Erzdiözese Cöln LV, 82.
4) Acta Apostolicae Sedis VII, 8 f.
5) Acta Apostolicae Sedis VII, 65 f.
6) Acta Apostolicae Sedis VII, 193.

dass das Friedensgebet täglich in den Marianischen Andachten des Maimonats verrichtet werde, wofür er spezielle Ablässe erteilte.

Um die Wirkung des Gebetes durch Opfer und Bussübungen zu verstärken, hat der Hl. Vater in seinem jüngsten Apostolischen Schreiben[1]) alle Kinder der katholischen Kirche ersucht, mit ihm gemeinschaftlich während dreier Tage nach einander oder auch einzeln die strengen kirchlichen Fasten zu üben. Ausserdem hat er mit den Mitteln der päpstlichen Diplomatie den eifrigsten Versuch gemacht, den Ausbruch des Krieges zwischen Italien und Österreich zu verhüten. Die näheren Einzelheiten dieser Bemühungen sind allerdings bis jetzt noch nicht bekannt geworden; jedoch steht fest, dass Österreich den Anregungen des Hl. Vaters das weiteste Entgegenkommen bezeugt hat.

Infolge der Teilnahme Italiens an dem grossen europäischen Kriege ist auch *die sog. Römische Frage,* die das Verhältnis des Hl. Stuhles zum Königreich Italien betrifft, wiederum akut geworden. Insbesondere hat es sich gezeigt, dass das sogenannte italienische Garantiegesetz vom 13. Mai 1871 bereits im Anfange des Krieges versagt hat. Durch die zwar auf Wunsch des Hl. Stuhles erfolgte, aber zugleich durch den Druck der tatsächlichen Verhältnisse erzwungene Abreise des preussischen, bayerischen und österreichischen Gesandten beim Hl. Stuhle, der Rota-Auditoren *Heiner* und *Perathoner,* sowie des Abtprimas des Benediktinerordens *von Stotzingen* und des Jesuitengenerals *von Ledochowski* ist der freie Verkehr des Apostolischen Stuhles mit den Zentralmächten, sowie die Leitung der Kurie und der katholischen Orden unterbunden worden. Jedoch bedeuten diese Ereignisse vielleicht erst die Anfänge der Leiden, die dem Hl. Stuhle bevorstehen. Man hat bereits in den politischen Kreisen Deutschlands und Österreichs mit einer Erörterung der Römischen Frage begonnen, von der mehrere wichtige Kundgebungen vorliegen.[2]) Das grösste Aufsehen erregte ein Artikel des freikonservativen Abgeordneten *Octavio Freiherrn von Zedlitz und Neukirch* in »Die Post«, Nr. 242, Morgen-Ausgabe vom 13. Mai 1915, der anscheinend sogar mit der Möglichkeit einer völligen Wieder-

---

1) Vgl. Amtsblatt des Bistums Limburg Jahrg. 1915, 71.

2) Vgl. auch den Aufsatz »La legge delle guarentigie e la guerra« in: La Civiltà cattolica LXVI, 2 S. 385 ff.; von Dr. *Jul. Bachem* in: Süddeutsche Monatshefte H. 6. Vgl. ausserdem das Literaturverzeichnis in diesem Bande.

herstellung des Kirchenstaates rechnete. Dieser Artikel, wegen dessen Erscheinens »Die Post« zeitweilig suspendiert wurde, lautet:

»Der Papst betätigt sich in dankenswerter Weise für die Wiederherherstellung des Friedens. Man darf vertrauen, dass er seinen Einfluss zugunsten der Aufrechterhaltung der Neutralität Italiens geltend macht. Wenn der Anschluss Italiens an den Dreiverband auch die Siegesaussicht nicht zu unserm Ungunsten ändern würde, so müsste er, ganz abgesehen von der weiteren Ausdehnung des Krieges, zu dessen beträchtlicher Verlängerung und demzufolge zu einer entsprechenden Vermehrung der Opfer für alle Teile führen. Bekanntlich bekämpft ja auch in Italien die katholische Partei Schulter an Schulter mit ihren Antipoden, den Sozialisten, die Kriegstreiberei.

Sollte gleichwohl diese Erfolg haben und Italien sich an dem Kriege beteiligen, so würden sich für das Papsttum *Aussichten besonderer Art* eröffnen. Dem Papst liegt, wie bekannt, die Wiedererreichung einer völlig selbständigen und unabhängigen Stellung sehr am Herzen; es scheint ihm für das Oberhaupt der katholischen Kirche unwürdig, »von den Almosen der Gläubigen abhängig zu sein«. Die gesamte katholische Geistlichkeit ist ebenso von dem Wunsche erfüllt, ihr Oberhaupt wieder in voller Unabhängigkeit und Selbständigkeit zu sehen. Dass die Erfüllung dieses Wunsches *nur auf Kosten Italiens* erfolgen könnte, ist klar, ebenso aber, dass solange der Dreibund besteht, den Zentralmächten in dieser Hinsicht die Hände gebunden sind. Darin würde eine etwaige Kündigung des Dreibundes durch Italien zwecks Anschlusses an den Dreiverband eine *vollständige Änderung* herbeiführen. Nichts stände mehr im Wege, von Italien als *Siegespreis* die *Wiederherstellung der vollständigen Unabhängigkeit* des Heiligen Stuhles nach Art seiner Stellung vor dem 20. September 1870 zu fordern.

Voraussetzung für die Errichtung eines Siegespreises von solcher Schwere für den Besiegten wäre selbstverständlich der *vollständige* Sieg. Nicht minder aber, dass diejenigen, in deren Interesse diese Friedensbedingung aufzuerlegen wäre, mit *voller Kraft* zur restlichen *Niederwerfung* unserer Gegner *mitwirken*. Von dem werktätigen Eintreten der *Katholiken in allen Ländern* der Erde, insbesondere den *neutralen*, für Deutschland-Österreich im Weltkriege würde daher auch die Erfüllung ihrer Wünsche in bezug auf die Stellung des Oberhauptes ihrer Kirche abhängen. Denn nur wer mit voller Kraft mitkämpft, hat ein Anrecht, an den Früchten des Sieges teilzunehmen.«

Über den gegenwärtigen Stand der Frage unterrichtet der folgende Leitartikel in der »Germania«, Nr. 259, Morgen-Ausgabe vom 9. Juni 1915:

»Alljährlich bis zum Ausbruch des gegenwärtigen Weltkrieges haben die *Katholiken Deutschlands* auf ihren *Generalversammlungen* die Forderung erhoben, dass, wie es in der Resolution auf dem letzten Metzer Katholikentage heisst, »der Papst als das Oberhaupt der katholischen Kirche eine *volle und wirkliche Freiheit in der Ausübung seines obersten Hirtenamts* geniesse, welche die *unerlässliche Vorbedingung für die Freiheit und Unabhängigkeit der ganzen katholischen Kirche* bildet«. Durch das Eingreifen *Italiens* in den Krieg ist nun diese Frage, die man kurz als die »Römische Frage« bezeichnet, nicht nur zu einer hochaktuellen Bedeutung gelangt, sondern ge-

radezu zu einer brennenden Frage geworden. Als die beim Vatikan beglaubigten Diplomaten Preussens, Bayerns und Österreich-Ungarns von Rom abreisen mussten, erklärte der *Osservatore Romano,* ihre Abreise sei durch die neue infolge der Teilnahme Italiens am Kriege entstandene Lage erzwungen worden, welche höchst peinlich für den Heiligen Stuhl sei, der nunmehr nicht mit dem Vertreter einer der kriegführenden Mächte direkt konferieren und ein genaues Bild der Lage gewinnen könne. Der Heilige Stuhl sehe sich mithin in der notwendigen *Internationalität* seiner Aktion eingeengt und beeinträchtigt.

Über die Resolutionen der deutschen Katholikentage zur Römischen Frage ist die Presse, soweit sie nicht auf katholischem Standpunkt steht, stets mit Stillschweigen oder aber mit dem kurzen Bemerken hinweggegangen, dass die Stellung des Papsttums durch das sogenannte *italienische Garantiegesetz* zur Genüge und endgültig geregelt sei. *Jetzt aber* zeigt sich klar und deutlich, dass das *nicht* der Fall ist, und in der letzten Zeit sind in der nichtkatholischen Presse, auch in solchen Blättern, welche weitab von dem Verdacht stehen, eine Sympathie für das Papsttum zu besitzen, Stimmen laut geworden, welche *in Übereinstimmung* mit den Resolutionen der deutschen Katholikentage *die gegenwärtige Lage des Heiligen Stuhles als unhaltbar erklären* und eine neue *internationale* Regelung der Frage der Freiheit und Unabhängigkeit desselben beim Abschluss des gegenwärtigen Krieges bezw. beim Friedensschluss für notwendig erklären.

In der *Kreuzzeitung* (Nr. 275 vom 2. Juni) brachte ein von Dr. *Otto Hoetzsch,* Professor an der Kriegsakademie, verfasster Artikel »Der Krieg und die grosse Politik« in seinem zweiten Abschnitt die folgenden bemerkenswerten Ausführungen:

»Mit dem Dreibunde ist zugleich ein anderes politisches Verhältnis zusammengebrochen: die *Stellung des Vatikans,* wie sie sich aus der Zertrümmerung des Kirchenstaates und dem *Garantiegesetz* vom 13. Mai 1871 ergab, hat sich der ersten grossen Probe eines Krieges, in den Italien verwickelt ist, gegenüber *nicht als haltbar erwiesen.* Obwohl in der Theorie der Vatikan dieser Kriegsverwicklung fernbleibt, haben die bei ihm beglaubigten Vertreter der Zentralmächte mit den sog. »weißen« Botschaftern Rom verlassen. Die deutschen Gesandten haben sich in Lugano, also in der Schweiz, niedergelassen und halten ihre Verbindung mit der Kurie durch den dortigen Bischof aufrecht. Das ist natürlich nur eine Fiktion; tatsächlich ist der Verkehr mit dem Vatikan *unterbrochen.* Die Abberufung der Gesandten durch die Zentralmächte ist auf Wunsch des Papstes erfolgt, nicht auf Druck Italiens. Aber *Italien bot nicht die mindeste Sicherheit dafür,* dass die Souveränität des Vatikans, die sich hier im ungehinderten Kurier- und Chiffreverkehr ausgedrückt hätte, gewahrt würde, und ein Verbleiben der Gesandten in Rom hätte nicht nur der Presse Anlass zu fortwährenden Hetzereien gegen die Gesandten gegeben, sondern auch möglicherweise *den Papst selbst bedroht.*

Nimmt man hinzu, dass infolge der unklaren Haltung der italienischen Regierung auch deutsche und österreichisch-ungarische Geistliche Italien verlassen mussten, so wird man die Feststellung der katholischen Presse anerkennen müssen, dass *die 1871 beschlossene Regelung der Sicherheit und Würde des Römischen Stuhles nicht genügt.* Zum ersten Male wird damit diese Frage brennend, da die Kriege Italiens mit Abessinien und Tripolis sie

noch nicht berührten. Jetzt aber, da Italien einen europäischen Krieg führt, genügt sein eigenes Garantiegesetz nicht, die Gesandten der anderen Mächte beim Vatikan zu schützen, ja, es schützt nicht einmal zweifellos zum Bestande dieser höchsten Stelle der katholischen Christenheit gehörende Personen. Wir werden daher heute zugeben müssen, dass *das Papsttum recht hatte, das Garantiegesetz,* obwohl es unter seinem Schutze lebte, und drei Papstwahlen sich unter ihm vollzogen haben, *niemals anzuerkennen,* und dass der jährlich wiederholte *Wunsch der deutschen Katholiken auf ihren Generalversammlungen, volle Freiheit in der Ausübung des obersten Hirtenamtes zu fordern, einen sehr ernsthaften und, wie sich jetzt zeigt, berechtigten Hintergrund hatte.*

Noch steht nicht fest, wie sich der Papst weiterhin in dieser schwierigen Lage verhalten wird, ob er in Italien bleibt oder nach Spanien übersiedeln wird. Jedenfalls ist mit den zahllosen anderen Fragen der grossen Politik auch diese in das Rollen gekommen, und es wäre wohl möglich, dass sie — denken wir nur an den Fall, dass ein neues Konklave nötig würde — schon während des Krieges eine Lösung forderte. Sonst ist es heute noch nicht an der Zeit, der Frage, wie der Papst eine völlig selbständige und unabhängige Stellung erhalten könnte, nachzuhängen. Aber *die Neutralen* werden hier in einer ganz anderen Weise als bisher hereingezogen; ist das doch für die Millionen von Katholiken unter ihnen eine Frage allerersten Ranges. *Italien* hätte es *vermeiden können,* sie aufzurollen, wenn es rechtzeitig und klar erklärt hätte, dass der Krieg an dem *Garantiegesetz* nichts ändere. Da es das *nicht tat,* sind wir berechtigt, anzunehmen, dass in seinem Entschluss zum Kriege auch an dieser Stelle die *radikal kirchenfeindliche Stimmung der Freimaurerlogen mitgesprochen hat; ausserdem dürfte der Einfluss der extrem vatikanfeindlichen Königin Elena auch daran schuld sein.*«

Die Kreuzzeitung *erkennt* also *jetzt unumwunden* an, dass die Sorge der deutschen Katholiken um die Freiheit und Unabhängigkeit des Heiligen Stuhles *durchaus berechtigt* war und jetzt erst recht ist. Auch der konservative *Reichsbote,* der bekanntlich als das Organ der positiven evangelischen Pastoren bezeichnet wird, bemerkte zu den eingangs mitgeteilten Erklärungen des Osservatore Romano:

»Man sieht aus dem allen, wie *notwendig* es ist, *diese Fragen einer neuen Regelung zu unterziehen.* Stellung und Einfluss des Papsttums hängen damit untrennbar zusammen. Es fragt sich, ob man den Papst noch als Souverän ansehen kann, oder ob man ihn als einen italienischen Untertan betrachten muss, wenn er tatsächlich in seinen Beziehungen ganz von Italien abhängig ist. Für den *Katholizismus* liegt hier jedenfalls eine höchst *folgenschwere, nach Entscheidung drängende Frage* vor.

Auch in der *Post* gab vor kurzem der Führer der Freikonservativen, Frhr. v. Zedlitz-Neukirch, dem Gedanken Ausdruck, dass im Falle eines Eingreifens Italiens in den Krieg der Augenblick gekommen sei, unter Teilnahme der Katholiken aller Länder die Frage einer internationalen Garantie für die Freiheit und Unabhängigkeit des Heiligen Stuhles zu regeln.

Wie Italien und seine jetzigen Verbündeten die »Freiheit« des Papstes zu *missbrauchen* planten, enthüllte der frühere römische Korrespondent des nationalliberalen *Deutschen Kurier* (in Nr. 140 vom 1. Juni):

»Unsere Feinde hatten sich *ein sauberes Plänchen* zurechtgelegt: Papst

Benedikt XV. sollte von seiner deutsch-österreichischen Umgebung — um eine Wendung des Secolo zu gebrauchen — »befreit«, dann hübsch *von den Genossen des Dreibundes eingekreist* werden, um ein *gefügiges Werkzeug* des letzteren zu werden.«

Zum Beweise dafür zitiert der Korrespondent des Deutschen Kurier Auslassungen des Corriere della Sera und des Secolo, des mit französischem Gelde ausgehaltenen Organs der italienischen Kirchenfeinde, die das Vorhandensein eines solchen Planes bestätigten.

Die heutige *Berliner Zeitung* a. M. bringt unter der Überschrift »Die neue Römische Frage« ebenfalls einen lehrreichen Beitrag zu diesem Thema. Es heisst in dem betreffenden Artikel:

»*Die italienische Regierung treibt gegen die Kurie ein höchst gefährliches Spiel* oder vielmehr *die* Männer tun es, die heute in Rom wirklich herrschen, was die Herren Salandra und Sonnino ja nur nominell tun. Die Besitzergreifung des Palazzo Venezia durch den Pöbel, des Palazzos, der der Sitz der k. u. k. Botschaft beim Vatikan war, zeigt ja deutlich, *dass die Minister* des Zuavenkorporals, Viktor Emanuel, *entweder nicht gewillt oder nicht imstande sind, die Rechte des Vatikans genügend zu schützen*. Da der österreichisch-ungarische Botschafter und der preussische und der bayerische Gesandte am Vatikan freiwillig (um nicht dem Heiligen Stuhle Verlegenheiten zu bereiten) von Rom abgereist sind, so war es notwendig, dass man sie in nächster Nähe Italiens etablierte; sie nahmen also, wie ja bekannt, vorläufig ihren Sitz in *Lugano*. Sofort »verlangt« aber auch schon in Riesenlettern die Nathan-Barrèrepresse, die *italienische Regierung* habe die Verpflichtung, *gegen das Verbleiben dieser »Spione«* in der Nähe der Grenze bei der Schweizerischen Regierung zu *protestieren!* Wir wollen abwarten, wie lange man in der Consulta stark genug sein wird, diesem Ansinnen zu widerstehen . . . .

Der Papst, der nach Bismarcks klassischer Definition zugleich ein ausländischer Souverän und eine innere Institution (als Oberhaupt der katholischen Kirche) ist, muss mit den Regierungen und den gläubigen Katholiken Österreich-Ungarns und Deutschlands völlig ungehindert verkehren können. Aber es ergeben sich auch noch ganz andere Konsequenzen aus dem jetzt eingerissenen Zustande. Offizielle und offiziöse *Vertreter der Dreiverbandsstaaten haben ungehindert Zutritt im Vatikan.* Belgische Generale machen dort in Uniform ihre Aufwartung. Nicht nur also, dass unsere Meinung in ihm nicht mehr in geeigneter Weise zu Worte kommen kann, nein, täglich wird der Papst von seiten der Gegner in der einseitigsten Weise informiert werden. *Wir* aber haben *keine Möglichkeit,* sofort falschen Informationen auf das energischste entgegenzutreten und notwendige Aufklärungen Zug um Zug zu geben! Den 25 Millionen deutscher Katholiken darf es unmöglich ferner gleichgültig sein, dass das Oberhaupt ihrer Kirche von dem guten (oder bösen) Willen der Herren Salandra, Peppino Garribaldi und noch viel dunklerer Gesellen in gewissem Sinne abhängig ist.«

Der Artikel weist ferner darauf hin, dass auch die Oberhäupter grosser kirchlicher Organisationen, die als Deutsche oder Österreicher bezw. Ungarn jetzt Rom geräumt haben, das *Recht und die Pflicht* haben, ihre Residenz in unmittelbarer Nähe des Oberhauptes ihrer Kirche, also in *Rom,* dauernd zu haben, und schliesst:

»Alles dies bringt es mit sich, dass man in *Deutschland und Österreich* später einmal die Lehre daraus ziehen wird, wenn *Italien* es sich herausnimmt, notwendige Rechte der Kurie und der bei ihr beglaubigten Staaten, die es selbst garantiert hat, auf das gröblichste zu verletzen! Tut Italien dies weiterhin, so wirft es selbst eine *neue »römische« Frage* auf.«

Schon aus den hier mitgeteilten Stimmen der deutschen Presse — gegenteilige Stimmen sind uns bis jetzt nicht zu Gesicht gekommen — ergibt sich, dass die *Römische Frage* dringend einer *wirklichen* und *befriedigenden Lösung* bedarf. Jedenfalls ist, wie der Prälat Dr. Paul Maria Baumgarten in der Allgem. Rundschau (Nr. 23) treffend bemerkt, »die römische Frage derart in den Vordergrund getreten, dass sie das ernsteste Interesse der gesamten Öffentlichkeit, besonders *auch der Katholiken der neutralen Länder* beansprucht«.

Bekanntlich war unter dem Pontifikate Pius' X.[1]) das Projekt aufgetaucht, die Freiheit des Apostolischen Stuhles und der Zentralregierung der katholischen Kirche durch internationale Garantien zu befestigen. Vielleicht ist bei dem nächsten Friedensschlusse die Zeit gekommen, diesem Plane näher zu treten.[2]) Allerdings wird man sich mit einer blossen internationalen Abmachung kaum begnügen können, da sich derartige papierene Verträge gerade in dem gegenwärtigen Kriege als höchst unsicher erwiesen haben.[3])

Von grosser politischer Bedeutung ist auch das von dem Rektor des Institut Catholique in Paris, *Alfred Baudrillart,* unter dem Protektorate von zwei Kardinälen und mehreren Bischöfen herausgegebene und von hervorragenden französischen Katholiken verfasste Buch »*La guerre allemande et le Catholicisme*«. Die Tendenz dieser Schrift geht vor allem dahin, das Deutsche Reich in den Augen der Neutralen als den gefährlichsten Feind der katholischen Kirche und Religion hinzustellen.[4]) Obwohl dieser Versuch so plump und aussichtslos ist, dass er bei den Katholiken der neutralen Staaten nur ein Lachen hervorrufen kann, so sieht sich dennoch unsere Zeitschrift genötigt, gegen die Schmähung der deutschen Regierungen und des deutschen Volkes den lebhaftesten Protest einzulegen. Auch muss es entschieden missbilligt werden, dass die Religion in ganz ungehöriger Weise mit

---

1) Vgl. die Verhandlungen der siebenten Sozialen Woche in Mailand vom 30. November bis zum 5. Dezember 1913, Archiv 94, 156.

2) In diesem Sinne hat sich kurz vor seinem jüngst erfolgten Hinscheiden auch der Kardinal *Agliardi* geäussert. Vgl. Augsburger Postzeitung Nr. 247 Vorabendblatt vom 1. Juni 1915.

3) Vgl. zu diesem Abschnitt *F. Geigel*, Das italienische Staatskirchenrecht, in Bd. 54 u. 55 dieses Archivs und Anonymus, Die »römische Frage« und die kirchenrechtliche Möglichkeit ihrer Lösung, ebenda Bd. 89—91.

4) Denselben Zweck verfolgt auch die Schrift von *Gabriel Langlois* Le Clergé, les Catholiques et la guerre. Paris 1915.

der Politik verquickt wird und man den Versuch gemacht hat, die religiöse Einigkeit der Katholiken aller Länder aufs schwerste zu gefährden. Es ist daher begreiflich, dass die deutschen Bischöfe auf Wunsch des Hl. Vaters davon abgesehen haben, die mit den Namen ihrer französischen Kollegen gedeckten Schmähungen persönlich zu erwidern. Die beiden deutschen Kardinäle *Hartmann* (Köln) und *Bettinger* (München) haben im Namen des ganzen deutschen Episkopats in einem Telegramm an den *Deutschen Kaiser* (21. Juni) »ihre schmerzliche Entrüstung ausgesprochen, empört über die Verunglimpfungen des deutschen Vaterlandes und seines glorreichen Heeres« und haben »beim Oberhaupt der Kirche Beschwerde geführt«. Ein vornehmlich aus Laien gebildeter »Ausschuss deutscher Katholiken« hat bereits damit begonnen, die französischen Angriffe abzuwehren.[1])

Einen kleinen Erfolg hat die Kirchenpolitik Benedikts XV. zu verzeichnen, indem es ihr gelang, den mit der italienischen Regierung ausgebrochenen Konflikt wegen der *Besetzung des Erzbistums Genua*[2]) im Wege des Kompromisses auszugleichen. Die Regierung erteilte dem von Pius X. ernannten Erzbischof *Caron* das staatliche Exequatur, worauf dieser auf das Erzbistum Verzicht leistete. An seiner Stelle wurde der bisherige Bischof von Casale Monferrato *Gavotti* zum Erzbischof von Genua ernannt.

Der »Osservatore Romano« brachte im April dieses Jahres die erfreuliche Nachricht, dass der *König Ferdinand von Bulgarien* in rechtmässiger Weise die hl. Osterkommunion empfangen hat. Infolgedessen ist die wegen der Erziehung seines ältesten Sohnes Boris in der schismatischen Religion über ihn verhängte Exkommunikation vom Hl. Stuhle aufgehoben worden.[3])

Das bereits im verflossenen Sommer zwischen *Serbien und dem Hl. Stuhle vereinbarte Konkordat*[4]) ist inzwischen in formeller Weise abgeschlossen und von den beiden Kontrahenten unterzeichnet.[5])

1) Vgl. auch u. a. die Entgegnungen von *Heinrich Schrörs* in der Germania Nr. 233, Morgen-Ausgabe vom 22. Mai 1915, *Heinrich Finke* in der Frankfurter Zeitung Nr. 155, Erstes Morgenblatt vom 6. Juni 1915 und *Aloys Schulte* in der Kölnischen Volkszeitung Nr. 460, Abend-Ausgabe vom 8. Juni 1915, *A. J. Rosenberg* in »Theologie und Glaube« VII, 354 ff., aus dessen Feder eine Gegenschrift, herausgegeben von dem genannten Ausschuss, in Kürze zu erwarten ist.

2) Vgl. dieses Archiv 93, 536 f.

3) Augsburger Postzeitung Nr. 193, Vorabendblatt vom 28. April 1915.

4) Vgl. dieses Archiv 94, 529.

5) Vgl. *N. Marini,* La conclusione del concordato fra la Santa Sede e la Serbia, in: Bessarione 1914, 260 ff.

Aufs äusserste bedrängt ist die *Lage der katholischen Kirche in Mexiko*, wo die von revolutionären Generalen ins Werk gesetzte grausame Kirchenverfolgung noch fortdauert. [1]) Der Heilige Vater hat dem Bischofe von S. Antonio in Texas [2]) und dem Erzbischofe von Baltimore [3]) seinen Dank dafür ausgesprochen, dass die nordamerikanischen Bischöfe und Katholiken sich besonders der vertriebenen mexikanischen Bischöfe, Geistlichen und Ordensleute annehmen. Die Congr. Consistorialis hat am 6. Dezember 1914 [4]) entschieden, dass die in einer Diözese vorgenommene Wahl eines Kapitularvikars ungültig sei und die vertriebenen Bischöfe berechtigt wie verpflichtet seien, die Leitung der Diözese entweder persönlich oder durch den Generalvikar oder einen anderen Priester fortzuführen. Diese Entscheidung deckt sich mit der bekannten Verfügung des Papstes Gregors XVI. in der sog. Kölnischen Angelegenheit bei der staatlichen Gefangennehmung des Erzbischofs Clemens August von Droste-Vischering. In beiden Fällen beriefen sich die Wähler auf die Dekretale Bonifaz' VIII. in c. 3 in VI° I, 8, die aber nur auf die Gefangennahme des Bischofs seitens der Heiden und Schismatiker, nicht seitens der eigenen Landesregierung Bezug hat.

Das Fürsterzbischöfliche Konsistorium in Salzburg hat durch Erlass vom 24. April 1915 [5]) die noch in mehreren Diözesen Österreichs bestehende Amtsbezeichnung »*Zechpröpste*« für die Laienverwalter des Kirchenvermögens abgeschafft und statt dessen den Titel »*Kirchenkämmerer*« eingeführt. In der Diözese Linz wurden bei der kürzlich eingetretenen Sedisvakanz die »Kreisdechante und Dechante, Mitglieder der kirchlichen Diözesangerichte und sonstigen geistlichen Funktionäre« vom Kapitelvikar in ihrem Amte bestätigt. Hieraus ist deutlich ersichtlich, dass die *Dechanten keine iurisdictio propria* besitzen. [6])

In der katholischen Presse wurde kürzlich die Nachricht verbreitet, dass *18000 italienische Geistliche unter die Waffen* berufen seien. Die Schweizerische Kirchenzeitung Nr. 25 vom 24. Juni 1915 hat jedoch diese Nachricht dahin *richtig gestellt*, dass die Majoristen mit Ausnahme der Reserveoffiziere nicht zum

---

1) Vgl. Die Verfolgung der katholischen Kirche in Mexiko, in: Die katholischen Missionen XLIII, 97 ff.
2) Acta Apostolicae Sedis VI, 667 f.
3) Acta Apostolicae Sedis VII, 168 f.
4) Acta Apostolicae Sedis VI, 698.
5) Verordnungsblatt für die Erzdiözese Salzburg Jahrg. 1915, 61.
6) Linzer Diözesanblatt LXI, 24.

Kriegsdienst mit der Waffe herangezogen werden sollen. Art. 358 der Instruktion für die Mobilisation lautet:

»Die Diener der religiösen Kulte und, wenn es solche des katholischen Kultus sind, die Majoristen vom Subdiakon aufwärts, werden den Sanitätskompagnien des betreffenden Armeekorps eingereiht. Die Religionsdiener des katholischen Kultus sind in erster Linie als Geistliche in den Abteilungen der Sanität, in den Feldspitälern und Feldlazaretten zu verwenden, wenn sie den Klassen und Kategorien des Feldheeres und der Mobilmiliz angehören, wenn sie aber den Klassen und Kategorien der territorialen Miliz zugeteilt sind, als Geistliche in den territorialen Militärspitälern und in der Sanität der Festungen oder in den Zügen für den Verwundeten- und Krankentransport. Die überzähligen Religionsdiener können zum Ersatze von Offizieren im Finanzwesen, in Abteilungen, welchen zugleich Verwaltungsoffiziere zugeteilt sind, herbeigezogen werden, oder auch im Hilfsdienste der Sanität, sei es im Feldheer oder in der Reserve, je nach der Klasse oder Kategorie, der sie angehören. Die Religionsdiener, die Ersatzoffiziere oder Offiziere der Territorialmiliz sind, werden im Kommando der Sanität des betreffenden Armeekorps verwendet; die Geistlichen, die Reserveoffiziere sind, unterstehen den gesetzlichen Bestimmungen, die für diese Kategorien von Offizieren gelten.«

Personalnachrichten.

Am 20. Februar 1915 starb nach kaum einhalbjähriger Amtsführung der Erzbischof von Gnesen und Posen *Eduard Likowski.* Einige Tage vorher, am 15. Februar, verschied der ehemalige Fürstbischof von Gurk *Joseph Kahn,* der im Jahre 1910 auf sein Bistum resigniert hatte. Als Opfer seiner bereits in der vorigen Kirchenrechtlichen Chronik erwähnten heroischen Liebestätigkeit im Kriege starb am 3. März am Flecktyphus *Rudolph Hittmair*, Bischof von Linz. Kaiser Franz Joseph I. hat angeordnet, dass diesem von ebenso apostolischem wie patriotischem Geiste beseelten Kirchenfürsten im Dome zu Linz ein Denkmal errichtet werden soll.

Als Nachfolger des verstorbenen Erzbischofs Likowski wurde nach Vereinbarung des Apostolischen Stuhles mit der preussischen Staatsregierung der Domherr und Offizial in Posen Dr. *Edmund Dalbor* zum Erzbischof von Gnesen und Posen ernannt. Zum Weihbischof von Posen ernannte der Hl. Stuhl den Domherrn und Regens in Posen Dr. *Paul Jedzink.* Durch Wahl des Domkapitels wurde der Regens des Priesterseminars in Hildesheim Dr. *Joseph Ernst* am 10. Februar 1915 zum Bischof von Hildesheim gewählt als Nachfolger Adolf Bertrams.

Der Privatdozent für Kirchengeschichte an der Universität Münster Dr. theol. et phil. *Georg Schreiber* wurde zum a. o. Hochschulprofessor für Kirchenrecht in Regensburg ernannt.

V. Literatur.

Rezensionen und Referate.

1. *Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte*, Bd. XXXV, Kanonistische Abteilung IV, herausgeg. von *U. Stutz* und *A. Werminghoff.* 8° (V u. 612). Weimar, H. Böhlaus Nachfolger, 1914.

Der vorliegende vierte Band der Kanonistischen Abteilung der Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte wird eröffnet mit der Abhandlung *Berhard v. Simsons* über *Pseudoisidor und die Le Mans-Hypothese.* Der bekannte Altmeister der deutschen Geschichte des Mittelalters versucht darin, seine im Jahre 1886 aufgestellte Hypothese von der Entstehung der Pseudo-Isidorischen Kanonessammlung in Le Mans hauptsächlich gegenüber *Lurz, Seckel* und *Lot* zu verteidigen. Bei der ebenso eindringenden wie vorsichtigen Art der Simson'schen Quelleninterpretation verdienen seine Ausführungen zweifellos eine grosse Beachtung. Nicht alle von den Gegnern gemachten Einwände erweisen sich als stichhaltig. Jedoch scheitert meines Erachtens Simsons Hypothese, der auch *Döllinger* beigetreten ist, trotzdem an dem Umstande, dass die Diözese Le Mans unter dem Bischofe Aldrich, der der intellektuelle Urheber der Pseudo-Isidorischen Fälschung sein soll, Chorbischöfe gehabt hat, die bekanntlich von Pseudo-Isidor aufs schärfste bekämpft wurden.

Nachdem der Innsbrucker Kanonist *Walther von Hörmann* in den voraufgehenden Bänden eine eingehende Untersuchung über die Quellen und die Entstehungsgeschichte des sog. *Poenitentiale Martenianum* angestellt hat, schliesst er in diesem Bande seine Bussbücherstudien mit einer Edition des Textes ab. Die Ausgabe ist mit einem vorzüglichen kritischen Apparate ausgestattet, der namentlich die in den früheren Abhandlungen nachgewiesenen Vorlagen mit deren Abweichungen von diesem Texte und dem der übrigen Bussbücher enthält. »Auf diese Weise wird es,« so bemerkt der Herausgeber in der Einleitung, »wenigstens für das im p. Marten. enthaltene Judizienmaterial möglich sein, Inhalt und Textverhältnisse aller wichtigeren Bussbücher

schon nach dieser Teiledition zu prüfen und vermag so diese Ausgabe, für deren ausnahmsweise Aufnahme in die ZRG. (K) ich zu wärmstem Danke mich verpflichtet fühle, weit über ihren engeren Rahmen hinaus wissenschaftliche Bedeutung zu gewinnen.« Jeder Kenner der frühmittelalterlichen Bussbücherliteratur, die zu den schwierigsten Materien der kanonistischen Quellenkunde zählt, wird diesem Urteil gern zustimmen und die musterhafte Edition des Poenitentiale Martenianum mit grossem Danke entgegennehmen. Da v. Hörmann auch die Schreibweise der Handschrift erkenntlich macht, hat er die Kunst der Editionstechnik bis zu einer Höhe gesteigert, die schlechterdings nicht mehr überboten werden kann.

Die übrigen vier Abhandlungen stammen aus der Feder jüngerer Gelehrter und sind mit Ausnahme der ersten sämtlich aus dem Kirchenrechtlichen Seminare von Professor Stutz hervorgegangen. Der jüngst als Kanonist an das Lyzeum in Regensburg berufene Hochschulprofessor *Georg Schreiber* behandelt im Anschlusse an seine bekannte Arbeit »Kurie und Kloster im 12. Jahrhundert« (1910) unter dem Titel »*Studien zur Exemtionsgeschichte der Zisterzienser*, zugleich ein Beitrag zur Veroneser Synode vom Jahre 1184«, das erste Exemtionsprivileg des Zisterzienserordens „Monasticae sinceritas disciplinae« vom 17. bezw. 21. November 1184. Er erörtert dabei von neuem ausführlich die Gründe, die für den blossen Schutzcharakter des Privilegs Paschalis' II. vom 19. Oktober 1100 sprechen, weil die Schrift von *Karl Korbe,* »Die Stellung Papst Urbans II. und Papst Paschalis' II. zu den Klöstern«, Greifswalder phil. Diss. 1910, dieser Urkunde nicht gerecht geworden sei. Das Luciusprivileg von 1184 spricht nur eine Teilexemtion der Zisterzienserordensklöster von der Strafgewalt des Ordinarius aus, indem es verbietet, die Exkommunikation, Suspension oder das Interdikt über die Klöster und Klosterbrüder zu verhängen, wofern es sich um die dem Orden eigentümlichen monastischen Lebensgewohnheiten handle. Der Verfasser liefert aber mit Recht den Nachweis, dass der Inhalt dieses Privilegs die Handhabe zu weitgehenden Freiheiten des Zisterzienserordens von der bischöflichen Jurisdiktionsgewalt darbot. Da er ausserdem die gesamte neueste Literatur über die Zisterzienser in seinem Aufsatze und dem angefügten Exkurs verwoben hat, ist derselbe sehr anregend, wenngleich die Übersichtlichkeit unter der grossen Fülle des Gebotenen etwas Schaden gelitten hat.

Heinrich Wirtz liefert in seinem Aufsatze »*Donum, investitura, conductus ecclesiae*, ein Beitrag zur Geschichte des kirchlichen Stellenbesetzungsrechtes auf Grund rheinischer Urkunden vornehmlich des 12. Jahrhunderts«, eine dankenswerte Erklärung der in der Titelüberschrift genannten kanonistischen Kunstausdrücke. Besonders wichtig ist der Nachweis, dass die Bedeutung dieser Termini infolge des Übergangs vom Eigenkirchenwesen zum Patronatsrechte gewechselt hat. Der Ausdruck »conductus ecclesiae« ist ein interessantes Gegenstück zu dem häufiger vorkommenden Terminus »locatio ecclesiae«. Die Arbeit beruht auf einem verhältnismässig geringen Quellenmaterial, ist aber scharfsinnig ausgeführt und erhebt sich durch die Berücksichtigung der allgemeinen kirchenpolitischen Entwicklungsgeschichte in Deutschland weit über den Rang einer bloss lokalhistorischen Untersuchung.

Die folgende Abhandlung »*Die Entwicklung der Basler Kirchenverfassung bis zum Trennungsgesetze* (*1910*)« entstammt der Feder des jetzigen Privatdozenten *Hermann Henrici* in Basel und bezeichnet sich selbst als einen Beitrag zur Geschichte des Staatskirchenrechts. Sie verdient mit Recht diesen Untertitel, da sie sich die spezielle Aufgabe gestellt hat, die gegenwärtige kirchliche Lage des Kantons Basel (Stadt), insbesondere das Trennungsgesetz vom Jahre 1910, aus der geschichtlichen Entwicklung zu erklären. Für den historischen Teil hat der Verfasser auch die archivalischen Quellen ausgiebig verwertet. Neben der wissenschaftlichen Bedeutung eignet der Henricischen Forschung ein besonderer Wert der persönlichen Darstellung, der sich in der ebenso freimütigen, wie gerechten und sachkundigen Beurteilung der Behandlung der Katholiken in dem Basler Trennungsgesetze bekundet. In vielen Punkten stimmt der Verfasser mit der in dieser Zeitschrift, Bd. 93, 571 ff., erschienenen Abhandlung von *Friedrich Speiser*, Staatliche Neuordnung des Verhältnisses von Kirche und Staat in den schweizerischen Kantonen Genf und Basel, überein.

An letzter Stelle liefert *Heinrich Mitteis* einen Beitrag zur Geschichte des Verhältnisses von Kirche und Staat und des Prozessrechts in der Abhandlung »*Beaumanoir und die geistliche Gerichtsbarkeit*«. Die Grundlage dieser Untersuchung bildet das XI. Buch des bekannten Werkes »Les coutumes de Beauvoisis« Philipps de Beaumanoir (1246—1296), das über die Gerichtsbarkeit der Kirche handelt. Ausserdem sind aber die übrigen zeit-

genössischen Quellen des weltlichen Rechts herangezogen, während der Verfasser die kanonistischen Quellen absichtlich beiseite gelassen hat. Der erste Abschnitt erörtert die Zuständigkeitsordnung der damaligen Gerichte, der zweite die Entscheidung über die Zuständigkeit, der dritte die Wirkungen kirchlicher Prozessakte für das weltliche Recht und der vierte die Geltendmachung der Unzuständigkeit. Während wir über den Kampf zwischen der kirchlichen und staatlichen Gerichtsbarkeit am Ausgange des Mittelalters zahlreiche Schriften besitzen, sind solche über die frühere Zeit noch selten. Aus diesem Grunde ist die Arbeit von Mitteis sehr willkommen. Auch darf sie bei der Untersuchung über die Entwicklung des privilegium fori nicht übersehen werden.

In der zweiten Abteilung »*Miszellen*« gibt der erste Herausgeber *U. Stutz* zunächst ein Referat über den jüngst von *H. Keussen* veröffentlichten *Rotulus von S. Maria im Kapitol [in Köln] vom Jahre 1300,* der viele kirchenrechtlich wichtige Nachrichten über die Verfassung und Verwaltung der stadtkölnischen Pfarreien enthält.[1]) *Heinrich Ritter von Srbik* macht unter der Überschrift »Zum ius primariarum precum« auf die Handschrift Suppl. Nr. 409 des Haus-, Hof- und Staatsarchivs in Wien aufmerksam, in der zahlreiche kirchenpolitisch wichtige Urkundenformulare aus der Zeit Albrechts III., Leopolds III. und Albrechts V. zusammengestellt sind, und bespricht im Anschlusse an mehrere darauf bezügliche Formulare die Entstehungsgeschichte der sog. Preces primariae. Mit Recht vertritt Srbik die Ansicht, dass dieses eigentümliche Rechtsinstitut in formaler Hinsicht aufs nächste mit der Krönung der deutschen Könige in Zusammenhang zu bringen ist; dagegen erscheint es mir nicht als wahrscheinlich, dass dasselbe in materieller Hinsicht als eine Kompensation für die Einschränkung des königlichen Eigenkirchenrechts aufzufassen ist. Denn durch die theoretische Umwandlung des Eigenkirchenrechts in das Patronatsrecht wurde das Stellenbesetzungsrecht des Königs in der Praxis nicht erheblich beeinträchtigt. Nur insofern die Könige vielfach die Eigen- und Patronatskirchen verschenkten, wurde ihr Einfluss wesentlich herabgesetzt. Da die Preces primariae nicht die Herrschaft des Königs über gewisse Kirchenämter, sondern die Versorgung der königlichen Beamten bezwecken, halte ich es für wahrscheinlich, dass sie sich an die »Preces« der Päpste anlehnen und mit den lehensrechtlichen Ein-

1) Vgl. meine Besprechung oben S. 179 f.

richtungen des Mittelalters, insbesondere mit der Lehenserneuerung beim Regierungsantritt, verknüpft wurden. Jedoch soll auf diese Vermutungen, die sich nicht auf ein genügendes Quellenmaterial aus der ältesten Zeit stützen können, kein grosses Gewicht gelegt werden; hoffentlich wird die bereits angekündigte Schrift von *Hanns Bauer* darüber sicheren Aufschlusss geben. Endlich hat *U. Stutz* im Anschlusse an frühere Mitteilungen noch einige irrtümliche Auflösungen des Namens »parochus« statt »parochianus« in älteren deutschen Urkunden und Chroniken veröffentlicht. Diese Feststellungen bestätigen aufs neue die Ansicht, dass der Titel »parochus« nicht vor dem Anfange des 15. Jahrhunderts (zuerst in Spanien) gebraucht wird.

Die Zahl der Bücherbesprechungen ist, wie der zweite Herausgeber A. Werminghoff bemerkt, infolge des Kriegsausbruchs reduziert worden. Immerhin sind die erschienenen 29 Besprechungen ein Beweis, dass der Stab der Mitarbeiter sich auch jetzt noch eine anerkennenswerte Leistungsfähigkeit bewahrt hat. Von den Beiträgen verdienen besonders hervorgehoben zu werden die Besprechungen von *Ulrich Stutz* über E. Lesne, Évêché et abbaye, Les origines du bénéfice ecclésiastique, worin der Rezensent den Theorien des Verfassers über den Ursprung der Benefizien in Frankreich entgegentritt, von *Georg Schreiber* über Albert Brackmann, Studien und Vorarbeiten zur Germania pontificia I: Die Kurie und die Salzburger Kirchenprovinz, von *Heinrich Ritter von Srbik* über Wintruff, Landesherrliche Kirchenpolitik in Thüringen am Ausgange des Mittelalters, wobei der Rezensent die Mängel dieses Buches ausführlich dartut,[1]) von *Albert Michael Koeniger* über Leonhard Frohn, Das Sendgericht in Aachen bis zur Mitte des 17. Jahrhunderts, und über Joseph Hörmann, Untersuchungen zur griechischen Laienbeicht; ein Beitrag zur allgemeinen Bussgeschichte, und an letzter, aber nicht an geringster Stelle von *F. Heyer* über Heinrich Singer, Die Dekretalensammlung des Bernardus Compostellanus antiquus. Die Heyer'sche Studie, die weit über den Rahmen einer einfachen Besprechung hinausreicht, bildet die Fortsetzung zu der im vorigen Bande der Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte gelieferten Übersicht über die Dekretalensammlungen des 12. Jahrhunderts und behandelt die Dekretalensammlungen aus dem ersten Jahrzehnt des 13. Jahrhunderts. Der Verfasser bespricht an der

1) Vgl. meine Besprechungen oben S. 175 ff.

Hand eingehender handschriftlicher Untersuchungen die Collectio Lucensensis, die Collectio Halensis, die Sammlungen des Rainer von Pomposi, des Magister Gilbertus, des Magister Alanus, die Collectio Fuldensis und endlich die Sammlungen des Bernardus Compostellanus antiquus und des Petrus Collivacinus von Benevent. Vor allem infolge ihrer minuziösen Genauigkeit und eindringenden Gründlichkeit bilden die Heyer'schen Forschungen einen sehr beachtenswerten Beitrag zur kanonistischen Literatur-Quellenkunde des 12. und 13. Jahrhunderts.[1])

Nach dieser Skizzierung des Inhalts braucht nicht noch eigens hervorgehoben zu werden, dass sich die neubegründete Kanonistische Abteilung der Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte sowohl durch die Gediegenheit wie den Reichtum ihrer Abhandlungen und Besprechungen auszeichnet und in beiderlei Hinsicht mit ihren älteren Schwestern, der Romanistischen und Germanistischen Abteilung erfolgreich wetteifert.

Jeder Lehrer des kanonischen Rechts, der sich in seinen Vorlesungen auch mit der historischen Seite seiner Disziplin befasst, ist unbedingt auf die Lektüre dieser Zeitschrift angewiesen. Ebenso alle, die sich über die neuesten Arbeiten und den augenblicklichen Stand der kirchenrechtsgeschichtlichen Forschung unterrichten wollen.

Bonn. *N. Hilling.*

2. *Ludwig Bruggaier, Die Wahlkapitulationen der Bischöfe und Reichsfürsten von Eichstätt* 1259—1790. Eine historisch-kanonistische Studie. 8⁰ (XVI u. 130). Freiburg i. B., Herder, 1915. M 3,—.

Durch die politisch bedeutungsvolle Stellung, welche die deutschen Bischöfe im alten Reich einnahmen und durch den tatsächlichen Einfluss, den sie in der inneren wie äusseren Politik übten, sind Historiker und Juristen von selbst gezwungen gewesen, der Verfassungsgeschichte der deutschen Kirche besonderes Augenmerk zuzuwenden. Ausserdem stiess die im 19. Jahrhundert aufblühende rechtshistorische Forschung allenthalben auf die im deutschen Mittelalter im Rechtsleben und in der Rechtsbildung weithin wirksamen kirchlichen Einflüsse. Dadurch erhielten wir eine Summe rechtshistorischer Untersuchungen über die einzelnen Verfassungsglieder der alten Reichskirche, über den

1) Vgl. auch *Heyers* Besprechung über Kehr, Italia pontificia, vol. VI, in diesem Archiv 95, 348 ff.

Archidiakonat, das Offizialat, den Dekanat, die Stifter usw., und namentlich auch über die Domkapitel. Ihre hervorragende Stellung in der Verfassung und Verwaltung der alten Diözesen bot natürlich besonderes Interesse. Die eigentümliche Mischung von Geistlichem und Politischem, welche die deutschen Bischöfe als Reichsfürsten in sich verkörpern, gab den Domkapiteln eine weit über das Geistliche hinausreichende Bedeutung politischer Natur. In der Geschichte der Domkapitel und in ihrer Stellung den Fürstbischöfen gegenüber spielten aber stets die Wahlkapitulationen die erste Rolle. Die geschichtliche Entwicklung und die Stellung der Domkapitel bleibt ohne deren Kenntnis ein verschlossenes Buch. Diese Wahlkapitulationen sind denn auch in der letzten Zeit für eine ganze Reihe deutscher Diözesen zum Gegenstand besonderer Forschung gemacht worden [1]) und man wird gestehen, dass erst dadurch die alten Domkapitel ihr richtiges historisches Relief erhalten haben. Dabei ist zugleich die staatsrechtliche Struktur der hauptsächlichsten geistlichen Reichsgebiete erst klar zum Vorschein gekommen. Diesen Untersuchungen reiht sich nun die Schrift *Bruggaiers* an, eine streng quellenmässige, gründliche, sorgfältig abgerundete Darstellung, die unter den bezüglichen Arbeiten zu den besten gezählt werden darf.

Der Verfasser gibt nach einer einleitenden Uebersicht über die erste Entwicklung des Domkapitels E., die er schon ins 10. Jahrhundert setzt und mit dem Ende des 11. Jahrhunderts abgeschlossen sein lässt, den Elenchus der Wahlkapitulationen, die mit 1259 unter Bischof Engelhard (1259—1261) einsetzen und heraufgehen bis 1790 zum letzten Fürstbischof Joseph Graf v. Stubenberg (1790—1824). Von diesen 24 Wahlkapitulationen ist nur die erste in ihrem Wortlaut bisher gedruckt gewesen, einige (6) waren in allerdings verlässigen Kopien bekannt, von allen anderen aber gelang es den mühevollen Nachforschungen des Verfassers, die Originalien zu entdecken. Die ältesten vier teilt er im Anhang der Schrift selbst mit; die übrigen werden wohl in Bälde in ihrem Wortlaut publiziert werden. Da-

---

1) *Wittmann* P., Die Wahlkapitulationen der Fürstbischöfe von Bamberg im Archiv für k. KR. 49, 337 ff.; *Brunner* K., Wahlkapitulationen der Bischöfe von Konstanz in Mitteilungen d. bad. hist. Kommission 20, 1—16; *Abert* J. F., Die Wahlkapitulationen der Würzburger Bischöfe, Würzburg 1905; *Stimming* M., Die Waklkapitulationen der Erzbischöfe und Churfürsten von Mainz, Göttingen 1909; *Weigel* Gg., Die Wahlkapitulationen der Bamberger Bischöfe, Bamberg 1909; *Kremer* J., Studien zur Geschichte der Trierer Wahlkapitulationen in Westdeutsche Zeitschrift f. Gesch. u. Kunst. Ergänzungsheft XVI, Trier 1911

mit ist eine, wenn nicht formell, so doch materiell lückenlose Reihe der Wahlkapitulationen hergestellt — häufig blieb es ja bei Sedisvakanzen bei der Kapitulation des Vorgängers — und der ganzen Untersuchung die breiteste und festeste Grundlage gegeben. Nur eine dieser Wahlkapitulationen, die des Bischofs *Kaspar von Seckendorf* (1590—1595), fehlt. Sie war nirgends aufzufinden, dürfte aber m. E. nicht unschwer in Rom zu entdecken sein. Dieselbe wäre insofern von besonderem Interesse, weil sie zu ernstesten Reibungen zwischen Domkapitel und Bischof Anlass gab und ein Eingreifen Roms, wo der im Gewissen beunruhigte Bischof die Sache anhängig gemacht hatte, herbeiführte. Die eigentliche Abhandlung teilt der Verfasser in einen *historischen* (S. 23—59) und in einen *systematischen* Teil (S. 60—120). Im ersten Teil bespricht er das Zustandekommen der Wahlkapitulationen und die Streitigkeiten, welche sich um sie ergaben. Es wird konstatiert, dass das Kapitel sofort nach der Erledigung des Bischofssitzes mit den bezüglichen Verhandlungen begann, dass eine Beteiligung anderer (des niederen Klerus, der Stifter, der Landstände) ausgeschlossen war. Die Sprache war anfangs die lateinische, schon im 14. Jahrhundert treten deutsche Bezeichnungen auf, von der Mitte des 15. Jahrhunderts an werden die Wahlgedinge deutsch abgefasst. — Das Kapitel sicherte sich, soviel immer es möglich war, die Erfüllung und getreue Einhaltung der im Wahlgeding festgesetzten Bestimmungen und Versprechungen. In der Regel gehörten die in Aussicht genommenen Kandidaten dem Kapitel selbst an. Man liess also die einzelnen Kapitulare die Wahlgedinge vor der Wahl beschwören; sofort nach der Wahl wurde vom Gewählten ein Anerkennungseid verlangt, zum drittenmal war dann bei der Besitzergreifung und Inthronisation die Wahlkapitulation (inscriptio) zu beschwören. Zuweilen wurde sogar eine Konventionalstrafe vereinbart, wonach Nichteinhaltung mit ohne weiters eintretenden empfindlichen Verlusten seitens des Bischofs (z. B. Verlust bestimmter Besitzungen oder Einkünfte) gebüsst werden musste. Schwierigkeiten ergaben sich aber für das Kapitel, wenn etwa durch päpstliche Institution die Besetzung des Bischofsstuhles erfolgte, wie das 1354 bei Bischof *Berthold von Zollern* der Fall war. Doch verstand das Domkapitel es auch da von den Instituierten durch Verhandlungen und etwaige Androhung von Schwierigkeiten der Hauptsache nach seine Forderungen durchzusetzen. Die Drohung mit Klage, mit Gehorsamsverweigerung ist zuweilen schon im vorhinein vor-

gesehen. Selbst das schlechte Gewissen des Domkapitels, das sich der Rechtswidrigkeit seiner Wahlkapitulationen recht wohl bewusst war, hat sich mehr als einmal ein Denkmal gesetzt durch das Verlangen, der Bischof dürfe sich von seinem Eid keine Absolution in Rom erbitten und von einer etwa angebotenen gar keinen Gebrauch machen. Pfand und Bürgen (6 Adelige) traten (1536—1685) dazu.

Wie konnten derartige Missbildungen aufkommen? Die Antwort, die, wenn auch nicht mit aller wünschenswerten Klarheit der Schrift selbst zu entnehmen, ist diese: Die politische Stellung gab den Bischöfen ein grosses Machtbewusstsein auch in kirchlicher Hinsicht, ja ein noch viel grösseres als in politischer. Der mittelalterliche Gross- und Kleinstaat war ein durch so viele Potenzen eingeschnürter, dass von einem Absolutismus nicht gesprochen werden konnte. Die zentrale Staatsgewalt in den grossen und kleinen Gebieten war so schwach, dass wir uns heute über deren Zerrissenheit und Schwäche fast lustig zu machen geneigt sind. Je gebundener und gehemmter nach dieser Seite die Territorialherrlichkeit der Reichs-Bischöfe war, desto mehr Schwung gab sie gleichwohl der geistlichen Gewalt. Hier war die Gefahr eines kirchlichen Absolutismus gegeben. Die Bischöfe wollten sich weder durch ein übergeordnetes Recht noch durch ein in der Diözese vorhandenes kirchenverfassungsrechtliches Glied in der Ausübung ihrer kirchlichen Jurisdiktion beschränkt finden. Man darf nur die Dekretalen der Päpste nach dieser Seite hin studieren, dann sieht man, wessen sich diese machtbewussten Bischöfe vermaßen.

Nun war das durchaus nicht die Stellung, die das sich immer klarer und feiner ausbildende gemeine kirchliche Recht den Bischöfen zumaß. Die göttlichrechtliche Grundverfassung der Kirche gibt den Bischöfen zwar eine monarchische Stellung in der Diözese, aber dieser Monarch ist nicht souverän und noch weniger absolut; er ist abhängig von der allein souveränen primatialen und zentralen Gewalt in der Kirche, vom Papste; er steht unter dem gemeinen Recht, das er nicht ändern, nicht beugen, nicht dispensieren kann, dem er vielmehr selbst zum Gehorsam verpflichtet ist. Gerade dieses gemeine Recht hatte nun in seiner damaligen Ausbildung (12. u. 13. Jahrh.) schon den Bischof in der Ausübung der Administrative in mehrfacher Weise an den Rat oder sogar an die Zustimmung des Domkapitels gebunden und damit allem Absolutismus, selbst innerhalb der Schranken

des gemeinen Rechts vorgebeugt. — Diese Schranke wollten die ihrer weltlichen Territorialherrlichkeit sich immer mehr bewusst werdenden Bischöfe sich aber nicht gefallen lassen. Die Domkapitel als solche sind, wie auch das Kardinalskollegium, erst von dem Augenblick an zu ihrer vollen späteren Bedeutung hervorgetreten, da sie durch das Wormser Konkordat (1122) als wahlberechtigte Kollegien anerkannt waren. Von da an hat die kurz nachher mächtig einsetzende kirchliche Rechtsbildung den Bischöfen die Kapitel nicht bloß als beratende, sondern auch als mitwirkende und mitbestimmende Faktoren der Diözesanregierung an die Seite gestellt und die aufblühende Kanonistik des 12. und 13. Jahrhunderts hat diese Stellung auch in das wissenschaftliche Bewusstsein erhoben. Um die nicht bloß rechtliche, sondern auch *praktische* Anerkennung dieser ihrer Stellung hatten die Kapitel aber manchen Strauss auszukämpfen mit den gerade auf kirchlichem Gebiet nach absolutem Regiment strebenden Bischöfen. Selbst als diese Stellung rechtlich nicht mehr in Frage gezogen werden konnte, blieben doch allzeit noch tatsächliche Versuche, die Domkapitel zu lediglich dekorativen Garnituren herabzudrücken, welche den bischöflichen Akten grössere Solemnität und Auktorität geben sollten. — Zu alldem kam für die Domkapitel ein weiterer Grund. Wurde mit dem Stiftsgut nicht haushälterisch gewirtschaftet, sondern durch Lässigkeit, Gutmütigkeit, Familieneigennutz u. dgl. dasselbe gefährdet, so verlor das Kapitel dadurch die Grundlage seiner eigenen materiellen Existenz. Auf diesem Hintergrund [1]) müssen die Wahlkapitulationen verstanden werden. Sie sind anfangs und zunächst Sicherungen der Wahlkollegien gegenüber dem Gewählten und waren erfahrungsgemäß sogar notwendig, um der Willkür in der Amtsführung, der Rechtsbeeinträchtigung, der materiellen Schädigung

1) Wenn *Hauck*, Kirchengeschichte Deutschlands V², S. 217 in der Besprechung der Wahlkapitulationen, meint: »Alles in allem genommen reichte der Einfluss des Domkapitels gar nicht weit .... In der Gesetzgebung und in der Regierung der Diözese war der Bischof zunächst durch das Domkapitel nicht beschränkt«, so kennt oder würdigt er nicht genügend die Stellung, welche schon das Dekretalenrecht (X 3, 10 De his quae fiunt a praelato sine consensu capituli) dem Domkapitel in der Gesetzgebung (c. 1 ibid.), in der Verwaltung des Kirchengutes (c. 2, 3, 5 ibid.), in der Aemterbesetzung, in der Uebung der Strafjustiz (c. 1, X. 5, 31), bei der Veränderung von Kirchenämtern (c. 8, 9, X. 3, 10), bei Erhebung kirchlicher Abgaben (c. 9 ibid.) einräumt. In den wichtigsten Regierungsakten wird der Bischof an die Mitwirkung des Kapitels gewiesen. Das Kirchenrecht hat, wenn man das so nennen will, einen starken demokratischen Zug, insofern es wünscht, dass die wichtigeren kirchlichen Akte nicht auf der Einsicht und dem Willen eines Einzelnen, sondern auf breiterer Basis beruhen. Daher auch die oft betonte Vorschrift der Abhaltung von Synoden.

der Wähler, zukünftigen Streitereien vorzubeugen. Hätten sie sich auf dieser Linie gehalten und wären sie nicht im Laufe der Zeit zu Eingriffen in die unzweifelhaften Rechte des Gewählten übergegangen, war gegen dieselben nichts einzuwenden und insoweit waren sie auch rechtlich zugelassen. Die Auswüchse erst haben das zusehends schärfer werdende Einschreiten der obersten kirchlichen Instanz notwendig gemacht von Nikolaus III. an über Gregor XIII. zu Innozenz' XII. Beschwörung *dieser* in die Jurisdiktionsrechte der Bischöfe eingreifender Wahlgedinge wurde unter schwere Strafe gestellt und machte unfähig zu dem betreffenden Amt.

Damit waren schwere Gewissenskonflikte geschaffen. Diese Entwicklung verfolgt der Verfasser in einem eigenen Abschnitt: Der Streit um die Wahlkapitulationen (S. 38—59). Er schildert deren Auswüchse von 1324—1637. Den Höhepunkt erreichten sie bei der Sedisvakanz nach dem Tode *Marquards II., Schenk von Castell* 1685. Es ist eine der interessantesten Feststellungen unserer Schrift, dass gerade die Überschreitung des Eichstätter Domkapitels der letzte Tropfen war, der das Maß voll machte und Innozenz XII. zum Erlass des Motuproprio vom 22. 9. 1695 veranlasste. Indes drang auch diese Maßregel nicht durch, weil sich immer wieder Gewissensräte fanden, welche dem Gesetz zum Trotz die Gewissen beruhigten (S. 58[a]). Der Unfug blieb »in vigore« bis zur Säkularisation und bildet für sich ein sprechendes Kapitel, wie die heilsamsten kirchlichen Gesetze durch Tergiversationen der Doktrin wirkungslos gemacht werden können zum Unheil der Kirche selbst.

Im (II.) *systematischen* Teil bespricht der Verfasser im einzelnen die Forderungen, welche das Domkapitel an den *Bischof* und *Fürsten* stellte, um sich seine Mitregierung auf *geistlichem* und *politischem* Gebiet zu sichern. Diese Gesichtspunkte sind klar und durchgreifend. Aber bei dem Ineinander und Durcheinander der geistlichen und politischen Kompetenzen, das sich sonst in alter Zeit und in sehr erhöhtem Maß gerade in den geistlichen Reichsgebieten findet, war es schwer, die verschiedenen zu besprechenden Materien in die eine oder andere Gruppe unterzubringen. Das liegt in den Dingen selbst und man kann da schwer mit dem Verfasser rechten. So dürften die Stiftsämter (Truchsessen-Schenkenamt usw.) besser unter den Gegenständen politischer Natur aufgezählt werden. Ausgedehnte Befugnisse sicherte sich das Kapitel auf geistlichem Gebiet in der Verwaltung

des Kathedral- und Mensalgutes, in der kirchlichen Besteuerung, in der Verwaltung sowohl der notwendigen als freiwilligen Gerichtsbarkeit. Berechtigtes und Unberechtigtes, jedes reformatorische Durchgreifen schwer Hinderndes läuft hier durcheinander und zeigt, wie sauer dem Bischof sein Amt gemacht werden konnte. Erfreulicher ist das Bild auf politischem Gebiet. Die Beteiligung des Kapitels am Finanz- u. Gerichtswesen, an der Territorialverwaltung hat in den geistlichen Reichsgebieten ein wohltuendes Gegengewicht gegen den Fürstenabsolutismus geboten, hat der Staatsverwaltung eine gewisse Kontinuität gegeben und alles Sprunghafte, Willkürliche, Bedrückende ausgeschlossen. Der geistliche Fürst war doch im Grunde der erste konstitutionelle Monarch und zwar gerade durch die allenthalben üblichen Wahlkapitulationen. Nach dieser Seite kann man sich mit ihnen versöhnen. Dem Verfasser ist zu seiner schönen Erstlingsarbeit zu gratulieren und man wird ihm hoffentlich recht bald wieder auf rechtsgeschichtlichem Gebiet begegnen. Druck und Korrektur sind sehr sorgfältig, die Zitationsweise genau. Die Arbeit von *Bastgen* über das Trierer Domkapitel hätte herangezogen werden müssen. In der Urkunde des Bischofs Odalfried (Mon. boica N. F. III pag. 7) heisst es nicht capitulum, sondern capitolium Eistetense, d. i. die Hauptkirche Eichstätt. Schlüsse auf die bereits eingetretene Trennung der mensa eppi und der mensa capituli können darauf nicht gebaut werden. Eher ist das Gegenteil zu erschliessen. — Mehrfach konnten Quellen nach allgemein zugänglichen Quellenwerken zitiert werden.

Eichstätt. *J. Hollweck.*

3. *Karl Heinrich Schäfer*, *Johannes Sander von Northusen*, Notar der Rota und Rektor der Anima. Ein deutsch-römisches Lebensbild am Ausgang des Mittelalters. (Mit 15 Abbildungen.) 8° (VIII u. 95). Rom, Max Bretschneider, 1913. M 4,—.

Nachdem der Verfasser bereits mehrere wertvolle Untersuchungen über die allgemeine Geschichte des Deutschtums in Rom und Italien veröffentlicht hat,[1]) zeichnet er jetzt in populärer, aber sehr ansprechender Form das Lebensbild einer hervorragenden Einzelpersönlichkeit. Johannes Sander aus der ehemaligen Reichsstadt Nordhausen in Thüringen (geb. 1455, gest. 1544) war

1) Vgl. Archiv oben S. 367.

50 Jahre hindurch Notar der Römischen Rota und machte sich als Mitglied, Provisor und mehrmaliger Rektor der deutschen Animabruderschaft in Rom sehr um die Entwicklung dieser deutschen Nationalstiftung verdient. Ausser der musterhaften Leitung der Rektoratsgeschäfte ist ihm besonders der Bau des kunstvollen Sanderhauses und die Leitung des Neubaues der Animakirche als Lob anzurechnen.

Neben der reichen kunstgeschichtlichen Ausbeute gewährt das Buch interessante Einblicke in den Betrieb der Rota, die Stellungnahme der Päpste Julius' II., Leo's X. und Clemens' VII. zu den deutschen Kurialbeamten, in die Geschichte des berüchtigten Sacco di Roma usw. Das Charakterbild Sanders enthält viele ansprechende Züge. Man wird daher die Schäfer'sche Studie als Ergänzung zu dem grossen Werke *Joseph Schmidlins* über die Geschichte der deutschen Nationalkirche S. Maria dell' Anima (1906) gern in die Hand nehmen.

Ich will noch bemerken, dass Johannes Sander bereits am 11. Januar 1493 als Zeuge in einem Rotaprozesse um den Halberstädtischen Archidiakonat Utzleben erwähnt wird.[1]) Manuale Rotae 28. Der Rotanotar Franz Sander wird daselbst (Manuale 30) am 27. Februar 1499 genannt. Der spätere Auditor Sanders hiess Vannulius (nicht Vannubius). Warum gebraucht der Verfasser die ungewöhnliche Ausdrucksweise »Dompropst von Stettin« und »Domherr von Erfurt«? Der unkundige Leser könnte dadurch in den Glauben versetzt werden, dass damals Bischofskirchen in den genannten Städten existiert hätten.

Ein Gegenstück zu der Schäfer'schen Sanderbiographie bildet die Schrift von *H. Reincke*, Hinrich Boger, ein norddeutscher Wanderpoet aus der Zeit des Humanismus, 1913 (als Manuskript gedruckt). Da Boger sich vorübergehend in Rom aufhielt, hat seine Lebensgeschichte auch für das Leben und Treiben der deutschen Kurialen in Rom Bedeutung; im übrigen ist der Inhalt wenig erfreulich, und die ungebundene Lebensweise des norddeutschen Wanderpoeten steht im schroffen Gegensatze zu der ernsten und frommen Lebensauffassung des verdienten Animaprovisors Johannes Sander von Nordhausen.

Bonn. *N. Hilling.*

---

1) Vgl. oben S. 45.

4. *A. Scharnagl, Bayerisches Staatskirchenrecht.* [Staatsbürger-Bibliothek 55.] 8⁰ (84). M.-Gladbach, Volksvereinsverlag, 1915. M 0,40.

Vorliegendes Opusculum enthält eine kurz gefasste Darstellung des bayerischen Staatskirchenrechts, d. h. der in Bayern erlassenen staatlichen Bestimmungen über kirchliche Angelegenheiten in folgender Ordnung: Quellen des bayerischen Staatskirchenrechts, Allgemeines Staatskirchenrecht, das besondere Recht der einzelnen Glaubensgesellschaften, die rechtliche Stellung der freireligiösen Gemeinden und in zwei Beilagen das Religionsedikt und das Konkordat in deutscher Übersetzung.

Dem Verfasser gelang es, auf der geringen Zahl von 84 Seiten nicht bloß die Hauptbestimmungen des bayerischen Staatskirchenrechts in abgerundeter, übersichtlicher Form zur Darstellung zu bringen, sondern auch einzelne, besonders wichtige Fragen der Seelsorgerpraxis, wie Glaubenswechsel, religiöse Kindererziehung mit Einschluss der sogenannten freireligiösen Erziehung, ferner die kirchliche Vermögensverwaltung und die Kirchenwahlen ausführlich zu behandeln und ausserdem noch das Verhältnis von Konkordat und Religionsedikt zu erörtern. Mit dem darauf bezüglichen Standpunkt des Verfassers sind wir vollständig einverstanden mit einziger Ausnahme der allzu scharfen Bemerkung, dass in Bayern eine »für die Kirche sehr wenig befriedigende Rechtslage« bestehe.

Scharnagls Staatskirchenrecht kann wegen seiner Brauchbarkeit allen Interessenten bestens empfohlen werden. Wer sich über den neuesten Stand der staatskirchenrechtlichen Gesetze, Verordnungen und Gerichtsentscheidungen informieren will, findet hier kurze, zutreffende Aufschlüsse.

Dillingen a. D. *K. A. Geiger.*

5. *Karl Rieker, Das landesherrliche Kirchenregiment in Bayern.* Eine kirchenrechtliche Untersuchung. 8⁰ (III u. 57). Tübingen, J. C. B. Mohr, 1913. M 1,20.

Hinsichtlich des Kirchenregimentes der protestantischen Kirche, das in Bayern ebenso wie in den anderen deutschen Bundesstaaten dem Landesherrn zukommt, besteht über seine rechtliche Natur, seinen Umfang und seinen Inhalt kein Zweifel. Sobald es sich aber um seine Ausübung handelt, beginnen die Meinungsverschiedenheiten, die im Jahre 1831 zu einer Beschwerde des Oberkonsistoriums wegen Verletzung verfassungsmässiger Rechte

führten und in der Literatur heute noch fortbestehen; der Erörterung dieser Fragen ist auch der Hauptteil der vorliegenden Schrift gewidmet. Nach § 1 des Protestantenediktes soll »das oberste Episkopat«, d. i. das landesherrliche Kirchenregiment, »durch ein selbständiges Oberkonsistorium ausgeübt werden, welches dem Staatsministerium des Innern unmittelbar untergeordnet ist.« Es handelt sich um die Selbständigkeit des Oberkonsistoriums, bezw. des ihm seit 1848 gleichgestellten Konsistoriums in Speyer nach zwei Richtungen: gegenüber dem Landesherrn und gegenüber dem Kultusministerium. In ersterer Beziehung wird vielfach die Ansicht vertreten, dass das Protestantenedikt den katholischen Landesherrn von der Ausübung des protestantischen Kirchenregiments ganz (*v. Scheurl*) oder wenigstens in der Regel, d. h. abgesehen von den in § 19 des Protestantenedikts selbst vorgesehenen Ausnahmen (*Seydel*) ausschliesse und an seine Stelle das »selbständige« Oberkonsistorium setze. Nach der m. E. richtigen Meinung Riekers ist die Bestimmung des § 1 PE. nicht von einer Rücksicht auf die katholische Konfession des Landesherrn beeinflusst; sie gibt dem Oberkonsistorium keine andere Stellung, als die es gegenüber einem protestantischen Landesherrn hätte und lässt insbesondere die Frage ganz offen, wie weit der Landesherr sein protestantisches Kirchenregiment persönlich ausüben und wie weit er die Ausübung dem Oberkonsistorium überlassen wird. Letzteres ist durch § 19 PE. geregelt und die darin der königlichen Entschliessung vorbehaltenen Fälle sind die gleichen, die sich auch protestantische Landesherrn zu reservieren pflegen. Dass die königliche Entscheidung in diesen Fällen nicht ausschliesslich unter dem Gesichtspunkte des staatlichen Aufsichtsrechtes, sondern in erster Linie als Akt des landesherrlichen Kirchenregiments erfolgt und rechtlich durch das Gutachten des Oberkonsistoriums nicht beschränkt ist, ergibt sich aus dem Wortlaut des § 19 (so Rieker und Seydel mit Recht gegen *Scheurl, Stahl, Kahl, Friedberg, Stutz*); es besteht also in diesen Fällen keine materielle Selbständigkeit des Oberkonsistoriums gegenüber dem Landesherrn. Was die in den §§ 1 und 18 PE. ausgesprochene Unterordnung des Oberkonsistoriums unter das Staatsministerium des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten betrifft, so ist mit der herrschenden Meinung, der sich auch Rieker anschliesst, daran festzuhalten, dass sie lediglich formeller Art ist, so dass dem Kultusministerium auch in den Fällen des § 19 PE., in denen es den Geschäftsverkehr zwischen

dem Oberkonsistorium und dem König zu vermitteln hat, kein materieller Einfluss zusteht. Eine weitere Meinungsverschiedenheit besteht darüber, ob das Oberkonsistorium und die Konsistorien in Bayern kirchliche oder staatliche Behörden sind. Rieker tritt für letztere Ansicht ein (S. 33—37). Dagegen betrachtet die Begründung, welche die bayerische Staatsregierung dem Entwurfe eines Gesetzes betr. Änderung der Verfassung der Konsistorien Ansbach und Bayreuth 1914 beigegeben hat, die Konsistorien als kirchliche Einrichtungen, deren Verfassung zunächst eine innere Kirchenangelegenheit nach § 38 RE. ist und durch § 4 PE. auch eine staatsgrundgesetzliche Gewährleistung erhalten hat (Verh. d. Kammer d. Abg. 1913/4, Beilagen-Bd. V, S. 659 f.). Da aber anderseits die Mitglieder dieser Behörden etatsmässige Staatsbeamte sind (Beamtengesetz v. 16. August 1908), so besteht in dieser Hinsicht in Bayern das gleiche eigentümliche Verhältnis wie in der altpreussischen evangelischen Landeskirche. Die letzte Untersuchung Riekers ist dem Verhältnisse des landesherrlichen Kirchenregiments zur Generalsynode gewidmet (S. 45—57); wesentlich ist hier, dass das ursprüngliche Beratungsrecht (§ 7 PE.) durch königliche Entschliessungen in wichtigen Punkten zu einem Zustimmungsrecht erweitert wurde, dabei aber die Befugnisse der pfälzischen und rechtsrheinischen Generalsynode nicht gleich bemessen sind, was erst kürzlich beim Inkrafttreten der Kirchengemeindeordnung wieder zutage trat. Rieker betont mehrmals, dass gegenüber den geltenden Bestimmungen noch unerfüllte Wünsche der protestantischen Landeskirchen bestehen; dafür ist jedoch durch die im letzten Abschnitte konstatierte freiwillige Bindung des Landesherrn an die Zustimmung der Synoden den protestantischen Landeskirchen die beste Garantie für die Wahrung ihrer Interessen gegeben. Bei der grossen Zahl wichtiger und zum Teil umstrittener Fragen, welche den Gegenstand der Abhandlung bilden, ist es sehr zu begrüssen, dass sie als Separatabdruck (aus der »Deutschen Zeitschrift für Kirchenrecht«) weiteren Kreisen zugänglich gemacht ist.

Freising. *A. Scharnagl.*

6. *Salvatore Tessitore, Gli enti ecclesiastici nel diritto pubblico.* [Nuova collezione di opere giuridiche No. 187]. gr. 8° (XIII u. 242). Torino, Fratelli Bocca, 1915. L 7,—.

Das vorliegende Werk beschäftigt sich mit der Stellung der kirchlichen Institute im geltenden öffentlichen Rechte Italiens. In

zwei vorbereitenden Abschnitten behandelt der Verfasser die Auffassung von den öffentlichrechtlichen juristischen Personen im mittelalterlichen Rechte (S. 13—64) und im kirchlichen Benefizialrecht (S. 65—120), um sich dann im dritten Abschnitte der Theorie der juristischen Persönlichkeit sowohl im allgemeinen als der der kirchlichen Institute im besonderen im geltenden öffentlichen Rechte der Gegenwart zuzuwenden. Mit Aufwand von viel Gelehrsamkeit und Scharfsinn zeigt er, dass ihm keine der Theorien vom Wesen der öffentlichrechtlichen juristischen Personen, wie sie seit dem vorigen Jahrhundert und bis heute von deutschen, französischen und italienischen Gelehrten entwickelt wurden, zu genügen scheint, um die Stellung der kirchlichen Institute in Italien voll zu erfassen. In der Darlegung seiner eigenen Ansicht, die sich zum Teil an die mittelalterliche Theorie, insbesondere an die der Postglossatoren, anschliesst, kommt er zu dem Schlusse, dass trotz der separatistischen italienischen Gesetzgebung die kirchlichen Institute in Italien, soweit sie nicht aufgehoben worden sind, den Charakter juristischer Personen *des öffentlichen Rechtes* beibehalten haben und das Kriterium ihrer *öffentlichrechtlichen* Stellung nicht in ihrem *Nutzen für die Allgemeinheit* (utilità generale), sondern in ihrer *Notwendigkeit für dieselbe* (realtà necessaria) zu suchen sei. Dieser Begriff der Notwendigkeit dominiere in den sogenannten »leggi di soppressione«, und der Unterschied zwischen »Nutzen« und »Notwendigkeit« trete insbesondere im Gesetze vom 15. August 1867 deutlich hervor. Dies sei eben das Kriterium, von dem die Gesetzgeber bei der Aufhebung der einen und Belassung der anderen kirchlichen Institute in Italien ausgegangen seien. Dieselben hätten sich trotz ihrer separatistischen Ziele der Tatsache nicht verschliessen können, dass die katholische Kirche, die die grosse Mehrheit des italienischen Volkes zu ihren Anhängern zählte, nicht in gleiche Linie mit irgendeinem beliebigen theosophischen Verein gestellt und ihren Instituten eine gewisse Notwendigkeit für die Allgemeinheit nicht abgesprochen werden könne. Infolge dessen hätten sie die — nach ihrer Ansicht — unumgänglich notwendigen kirchlichen Institute bestehen gelassen und diese auch als *öffentlichrechtliche* juristische Personen behandelt. Die letztere Eigenschaft offenbare sich auch in der Stellung der kirchlichen Funktionäre, die in verschiedener Beziehung als öffentliche Beamte behandelt würden; sie könnten z. B. von der *staatlichen* Gewalt wegen Unwürdigkeit oder Unfähigkeit zeitweilig oder dauernd ihres Amtes ent-

setzt werden,[1]) hätten (gem. art. 789 cod. civ.) beim Herrschen einer Epidemie gleich dem Richter, Bürgermeister oder Notar das Recht, Testamente aufzunehmen, würden endlich auch von der *staatlichen* Gewalt (art. 6 al. 5 R. D. 5 III. 1863) in bezug auf die Einhaltung ihrer Residenzpflicht überwacht usw.

Soviel über den Inhalt des Buches. Bezüglich einiger Äusserlichkeiten ist zu bemerken, dass die hie und da, insbesondere in deutschen, manchmal auch in französischen Zitaten und Literaturangaben, zuweilen im italienischen Texte selbst sich findenden Druckfehler wohl unschwer auszumerzen gewesen wären; die rund zwanzig im Literaturverzeichnis am Anfange des Werkes, vor allem in den deutschen Buchtiteln, stehen gebliebenen Druckfehler sind doch gar zu zahlreich! Auch hätte immer die neueste Auflage zitiert werden sollen, so (Seite XII) von Stutz, Kirchenrecht in Holtzendorffs Enzyklopädie die zweite Auflage von 1914.

Wien. *Julius von Bombiero.*

7. *Sammlung der nach gepflogener mündlicher Verhandlung geschöpften Erkenntnisse des k. k. Reichsgerichtes.*[2]) Begründet von *Anton Hye Freiherrn von Glunek,* fortges. von *Karl Hugelmann.* XV. Teil, zweites und drittes Heft, Jahrgang 1911 und 1912. gr. 8⁰ (510 und 514). Wien, Verlag der k. k. Hof- und Staatsdruckerei, 1914. Je K. 5,—.

Auch diese beiden, mit ausführlichen chronologischen Registern versehenen Hefte der Erkenntnissammlung des k. k. Reichsgerichtes in Wien, welche die Erkenntnisse Nr. 1818 bis 1911 bezw. 1912 bis 1977 aus den Jahren 1911 und 1912 bringen, enthalten reiches juristisches Material. Die leitenden Rechtssätze der darin veröffentlichten Entscheidungen kirchenrechtlichen Inhalts mögen im Folgenden wiedergegeben werden:

Nr. 1836, Erk. v. 12. Jänner 1911: Der Provisor einer erledigten selbständigen Seelsorgepfründe kann nach Maßgabe der ihm von dem Diözesanbischof erteilten Seelsorgebefugnisse als selbständiger Seelsorger anzusehen sein.

Nr. 1890, Erk. v. 19. Okt. 1911: Die für den Konfessionswechsel, das ist den Übertritt in eine andere staatlich anerkannte

---

1) Vgl. hierzu die Besprechung über *G. Palmera,* Del sequestro dei benefici ecclesiastici per cattiva condotta morale e politica dei titolari negli attuali rapporti tra lo Stato e la Chiesa, in diesem Archive 94, 178.

2) Vgl. hiezu die früheren Besprechungen dieser Sammlung in diesem Archive 93, 724 u. 94, 363.

Religionsgesellschaft, geltenden gesetzlichen Bestimmungen gestatten keine Anwendung auf die Konfessionslosigkeitserklärung, das ist den Austritt aus einer der staatlich anerkannten Religionsgesellschaften ohne den Übertritt in eine andere. Infolgedessen werden noch nicht 7jährige Kinder, deren Eltern konfessionslos werden, nicht ebenfalls konfessionslos, sondern behalten ihr bisheriges Religionsbekenntnis bei.

Nr. 1891, Erk. v. 20. Okt. 1911, erster Teil: Die bloße Möglichkeit, dass es sich bei einer Vereinsbildung um die Gründung einer Religionsgesellschaft handle, reicht zur Untersagung der Vereinsbildung nicht aus.

Nr. 1928, Erk. v. 12. Jänner 1912: Die durch Art. XVI des Staatsgrundgesetzes über die allgemeinen Staatsbürgerrechte gewährleistete häusliche Religionsübung muss sich örtlich auf den Kreis der Häuslichkeit beschränken und darf sich nur auf solche Anhänger des betreffenden Glaubensbekenntnisses erstrecken, die Hausgenossen oder geladene Gäste des Veranstalters sind.

N*r. 1947, Erk. v. 2. Juli 1912:* Wenn in Durchführung des Pfarregulativs für Dalmatien von 1849 für zwei Pfarrgemeinden zusammen nur eine Dotation ausgeworfen und die Anerkennung der Selbständigkeit dieser Seelsorgestationen von dem Ministerium für Kultus und Unterricht auch später ausdrücklich abgelehnt wurde, so ist für den staatlichen Bereich die Vereinigung der Stationen zu einer Pfarre als vollzogen anzusehen.

Wien. *Julius von Bombiero.*

8. *Nikolaus Hilling, Die Reformen des Papstes Pius X.* auf dem Gebiete der kirchenrechtlichen Gesetzgebung. Dritter Band. 8° (XIII u. 140). Bonn, Hanstein, 1915. M 1,80.

Der vorliegende dritte Band ist der Schlussband der »Reformen Pius' X.« und beschäftigt sich mit der gesetzgeberischen Tätigkeit dieses Papstes während der letzten $2^1/_2$ Jahre. Schon die Zusammengehörigkeit der drei Bände als Glieder eines Ganzen brachte es mit sich, dass der letzte Band nach denselben inneren und äusseren Grundsätzen bearbeitet werden musste wie seine beiden Vorgänger. Wenn der Schlussband an Umfang hinter den beiden früheren zurücksteht, so ist dieses einmal der kürzeren Zeitperiode, über die er sich erstreckt, und sodann dem Umstande zuzuschreiben, dass die zahlreichsten und umfangreichsten Reformgesetze Pius' X. bereits in der Mitte seines Pontifikats erschienen waren.

Nach einer kurzen orientierenden Einleitung über die Stellungnahme der Reformgesetzgebung Pius' X. gegenüber den Nichtkatholiken und dem Staate sind die neuesten Gesetze Pius' X. und der Römischen Kurie unter folgenden Kapitelüberschriften zusammengestellt: 1. Bildung und Erziehung des Klerus, 2. Standespflichten der Geistlichen, 3. Legitimationsvorschriften für auswandernde Geistliche, 4. Verfassung und Verwaltung der Römischen Kurie, 5. Organisation der suburbikarischen Bistümer, 6. Organisation der Bistümer des griechisch-ruthenischen Ritus in den Vereinigten Staaten von Nordamerika und in Kanada, 7. Religiöse Orden und Kongregationen, 8. Seelsorge der Auswanderer, 9. Verfahren in den Selig- und Heiligsprechungsprozessen. Da die Kapitelüberschriften Nr. 6, 8 und 9 in diesem Bande zum ersten Male erscheinen, ist daraus zu entnehmen, dass sich die Gesetzgebung Pius' X. systematisch in allmählicher Entwicklung auf einen immer grösser werdenden Teil des katholischen Kirchenrechts ausgedehnt hat. Eine kurze Würdigung der gesamten legislatorischen Tätigkeit des heimgegangenen Papstes enthält die Schlussbetrachtung, welche das Reformwerk Pius' X. mit den Reformarbeiten des tridentinischen Konzils in Parallele stellt. Angefügt ist im Anhange 1 eine wörtliche Wiedergabe der offiziellen Aktenstücke betreffend die in diesem Bande erörterten Vorschriften über die Bildung und Erziehung des Klerus und das Ordensrecht, und 2. eine chronologische Übersicht über die in diesem Bande behandelten Erlasse Pius' X. und der Römischen Kurie.

Je länger und intensiver sich der Verfasser mit der nunmehr abgeschlossenen Reformgesetzgebung Pius' X. beschäftigte, desto mehr hat sich in ihm das Gefühl der Bewunderung über die religiöse Tiefe, die erhabene Lauterkeit, den toleranten Weitblick und die praktische Zweckmässigkeit der Maßnahmen Pius' X. gesteigert. Einige Mängel und Unebenheiten, die naturgemäss auch diesem Werke anhaften, vermögen den Ruhm seiner Grösse nicht wesentlich zu beeinträchtigen. Möge auch dieser Schlussband dazu beitragen, dass die Reformideen des unsterblichen Pius X. vom Klerus und katholischen Volke immer besser verstanden und gewürdigt werden und sie so in unserer ernsten und schweren Zeit eine neue Blüte des kirchlichen und religiösen Lebens hervorrufen!

Selbstanzeige.

9. *Hermann Mulert, Der Waffendienst der evangelischen Pfarrer.* 8⁰ (36). Leipzig, Hinrichs, 1915. M 0,50.

Diese aktuelle Broschüre ist aus einer Vorlesung hervorgegangen, die ihr Verfasser, Privatdozent der theologischen Fakultät an der Universität Berlin, im letzten Wintersemester über das Thema »Der Christ und das Vaterland« gehalten hat.

Nach einer kurzen Übersicht über den gegenwärtigen Stand der Gesetzgebung in den ausserdeutschen Ländern Europas erörtert der Verfasser ausführlicher die Entwicklungsgeschichte in Preussen und im Deutschen Reiche, um dann sein grundsätzliches Urteil in dieser Frage abzugeben. Er führt bei dem letzten Punkte aus, dass in der evangelischen Kirche keine dogmatischen, sondern nur sittliche Gründe gegen den Waffendienst der Geistlichen in Frage kommen können. Jedoch ist er der Ansicht, dass die geltend gemachten ethischen Bedenken nicht durchschlagend seien, und stellt daher die These auf: »Insoweit die evangelischen Pfarrer abkömmlich und diensttauglich sind, sollen sie jetzt mit der Waffe dienen.«

Bekanntlich waren die Meinungen innerhalb der evangelischen Kirche Deutschlands beim Ausbruche des gegenwärtigen grossen europäischen Krieges geteilt. Im demokratisch gesinnten Süddeutschland erteilte das württembergische Konsistorium am 3. August 1914 allen evangelischen Geistlichen, die gedient hatten und noch dem Beurlaubtenstande angehörten, die Erlaubnis, sich zum Dienste mit der Waffe zu melden. Hierauf zogen bis zum Oktober 1914 92 Pfarrer und Predigtamtskandidaten mit der Waffe ins Feld, von denen am Ende des Jahres bereits 22 gefallen waren. In Baden wurden bis zum Ende des Jahres 1914 30 Pfarrer zum Waffendienst zugelassen. Dagegen verhielt sich der preussische evangelische Oberkirchenrat in seinem Erlasse vom 9. August 1914 scharf ablehnend. Er erklärte: »So hoch wir das patriotische Verlangen unserer Geistlichen einschätzen, dem Vaterlande mit Hingabe der eigenen Person zu dienen, so müssen wir doch im Interesse des geistlichen Amtes und mit Rücksicht auf die sehr verschiedenartigen Anschauungen, die in unseren landeskirchlichen Gemeinden bezüglich dieser Fragen herrschen, auch im Kriegszustande unseres Vaterlandes an der Stellungnahme festhalten, die wir in Friedenszeiten wiederholt dahin kundgetan haben, dass es dem Geistlichen nicht zu verstatten sei, heute den Talar und morgen den Waffenrock zu tragen.« In demselben Sinne äusserten sich die Konsistorien in Kassel und Hannover. Am

22. September wurde eine Eingabe vom 26 rheinischen Superintendenten vom Kaiserlichen Hauptquartier dahin beschieden: »Angesichts der grossen Arbeit in der Militärseelsorge und der bedeutungsvollen Aufgaben auf dem Gebiet der Seelsorge für die Verwundeten und die Familien der im Felde gefallenen und noch kämpfenden Helden vermögen Se. Majestät die erbetene Erlaubnis zum Waffendienst der Geistlichen nicht zu erteilen.« Später hat jedoch der preussische evangelische Oberkirchenrat seinen Standpunkt »mit Rücksicht auf die eigenartigen Verhältnisse dieses Krieges, insbesondere auch die Notwendigkeit der Ergänzung des Offiziersstandes« geändert und gestattet, dass die vorgesetzten Kirchenbehörden einen abkömmlichen Geistlichen zum Dienste mit der Waffe ermächtigen, falls das Gesuch von der zuständigen Militärintendanz befürwortet wird. Im November 1914 fassten 172 evangelische Pfarrer von Gross-Berlin die Resolution, welche die Aufhebung der bisherigen Ausnahmegesetze über den Waffendienst der evangelischen Geistlichen forderte. Der Gesamtvorstand des Evangelischen Bundes hat dieser Resolution in seiner letzten Ostertagung zugestimmt.

Soviel über den Inhalt der Mulert'schen Broschüre. Man muss es dem Verfasser Dank wissen, dass er in vornehmer Zurückhaltung die katholischen Geistlichen von vornherein ausgeschlossen und sogleich auf der ersten Seite betont hat, dass für diese die Verhältnisse anders geartet seien. Er bemerkt zwar, dass die Protestanten gegen die katholische Auffassung Erhebliches einwenden, gesteht aber zu, »dass von dem Begriff des Priestertums aus, der sich in der katholischen Kirche nun einmal herausgebildet hat, und von den Empfindungen aus, mit denen dieses Priestertum dort umgeben ist, der Katholik fordern muss, dass seine Priester keinen Waffendienst tun.« In der Tat ist dieser Grundsatz so deutlich in dem Dogma, dem Ethos und der Askese der katholischen Kirche ausgeprägt, dass er gewissermaßen allen Katholiken in Fleisch und Blut übergegangen ist und die verhältnismäßig seltenen Ausnahmen der kriegführenden Bischöfe und Päpste des Mittelalters nicht imstande gewesen sind, das Gefühl grundsätzlicher Unvereinbarkeit des Waffendienstes mit dem priesterlichen Berufe wesentlich zu schwächen. Nach der katholischen *Glaubensdogmatik* ist der Klerus kraft göttlichen Rechtes ein besonderer Stand, der die ausschliessliche Fähigkeit für die Darbringung des hl. Messopfers und die Verwaltung der Sakramente, insbesondere des Bußsakramentes besitzt und aus-

der Masse des christlichen Volkes ausgeschieden ist. Seine äussere Lebensweise ist durch besondere *asketische* Vorschriften geregelt, die ihm namentlich die Hochhaltung des Decorum clericale und die Meidung weltlicher Geschäfte zur Pflicht machen. Endlich soll er in *ethischer* Beziehung durch die Erfüllung der evangelischen Tugenden, insbesondere der Sanftmut und Liebe, den Gläubigen mit seinem Beispiele voranleuchten. Das Vorbild des katholischen Priesters ist deshalb der barmherzige Samaritan, der Öl und Wein in die Wunden der verletzten Mitmenschen giesst, nicht aber der Krieger, der gezwungen ist, selbst Wunden zu schlagen.

Damit der Geistliche niemandem Schaden zufüge, ist ihm im kanonischen Rechte sogar die Ausübung der Advokatur vor den weltlichen Gerichten untersagt, »cum sacerdotis sit officium nulli nocere, omnibus autem velle prodesse«. Gregor IX. in c. 3 X, I, 37. Eine ganz besondere Abneigung aber hat die Kirche gemäß dem Grundsatze »Ecclesia non sitit sanguinem« vor der Tötung seitens eines Geistlichen bekundet. Sie untersagt daher den Klerikern der höheren Weihegrade die Ausübung der Chirurgie und erklärt einen Geistlichen, der trotz dieses Verbotes eine chirurgische Operation mit tödlichem Ausgange vornimmt, für irregulär. c. 19 X, V, 12. Ebenso ist bekanntlich den Geistlichen gemeinrechtlich die Parforcejagd und partikularrechtlich jede Jagd verboten. Die letzte Kölnische Provinzialsynode begründet dieses Verbot mit den Worten: »Omnis enim venatio mundum sapit, sanguinolenta est nec convenit mansueto et leni animo, qui clericum decet.« Pars II, tit. III, cap. 24 pag. 151.

Aus der Erwägung dieser Grundsätze und analogen Bestimmungen versteht es sich von selbst, dass die Kirche zu allen Zeiten den Waffendienst ihrer Diener perhorresziert und bis in die jüngste Zeit die staatlichen Gesetze, welche die Kleriker dazu zwingen, als kirchenfeindlich gebrandmarkt hat. An die Geltung der Irregularität für Priester, die, obwohl durch die Staatsgesetze zum Waffendienst gezwungen, jemanden im Kriege töten, hat noch die Hl. Poenitentiarie in ihrer Entscheidung vom 18. März 1912 [1]) erinnert. Trotzdem wünschen die katholischen Geistlichen keine völlige Befreiung vom Heeresdienste und überhaupt kein eigentliches Privileg vor den übrigen Heerespflichtigen, sondern nur eine ihrem Stande angemessene Beschäftigung im Dienste

1) Vgl. oben S. 157.

der Seelsorge und der Krankenpflege. Dass dieser Wunsch auch fernerhin in unserem deutschen Vaterlande erfüllt werde, ist nicht nur vom Standpunkte der geschilderten religiösen Gründe, sondern auch von dem des Rechts zu erhoffen. Denn der tiefste Grundsatz des Rechts lautet nicht: Allen das Gleiche! sondern: Jedem das Seine!

10. *Harry Breßlau, Handbuch der Urkundenlehre* für Deutschland und Italien. Zweiter Band, erste Abteilung. Zweite Aufl. 8⁰ (X u. 392). Leipzig, Veit & Comp., 1915. M 11,—.

Als eines der wichtigsten Förderungsmittel für das Studium der kirchlichen Rechtsgeschichte hat sich in den letzten Jahrzehnten die urkundliche Forschung erwiesen. Diese ist für das Gebiet der kirchlichen Rechtsgeschichte, insbesondere der Verfassung, um so wichtiger, als die erzählenden Quellen, die Chroniken und Annalen, in der Regel nur sehr spärlich darüber berichten. Der Ursprung und die Entwicklung vieler kirchlicher Institutionen, die zunächst aus dem Gewohnheitsrecht hervorgegangen sind, kann überhaupt nur mit Hilfe der Urkundenbücher exakt dargestellt werden.

Die Urkundenlehre oder Diplomatik gilt daher mit Recht als eine Hilfswissenschaft für die kirchliche Rechtsgeschichte, und ihre eifrige Pflege kann den Jüngern der letzteren nicht dringend genug ans Herz gelegt werden. Bereits seit dem Erscheinen des ersten Bandes der ersten Auflage im Jahre 1889 ist das Handbuch der Urkundenlehre von *Harry Breßlau* als der erste und beste Wegweiser auf dem Gebiete der Urkundenlehre betrachtet worden, obwohl das Werk fast ein viertel Jahrhundert nicht über den einen Band hinauskam. Im Jahre 1912 erschien die zweite Auflage des ersten Bandes, die entsprechend den grossen Fortschritten der diplomatischen Wissenschaft die erheblichsten Verbesserungen und Erweiterungen brachte. Der vorliegende zweite Band soll in drei Abteilungen erscheinen, von denen die zweite die Fortsetzung des ersten bildet und die dritte die Nachträge und das Register enthalten soll.

Es ist hier nicht der Ort, auf eine kritische Besprechung der Einzelheiten des Buches näher einzugehen. Nur mag mir gestattet werden, darauf hinzuweisen, dass die Ausführungen S. 18 ff. über die Suppliken an der päpstlichen Kurie in Justizsachen noch wesentlich durch die Aktenstücke des Rotaarchivs ergänzt werden

können. Am wichtigsten sind hierfür die sog. »Commissiones«, die vom Jahre 1480—1792 in grösserer oder geringer Anzahl noch in den Originalien vorhanden sind. Ich habe darauf in meiner Schrift, Die römische Rota und das Bistum Hildesheim am Ausgange des Mittelalters (1464—1513) S. 23 f. aufmerksam gemacht.

Ausser wegen der Belehrung über die Merkmale und Eigenschaften der Urkunden und ihrer Entstehung ist das Breßlau'sche Handbuch noch deshalb den Kanonisten zu empfehlen, weil es reiche Beiträge zur Geschichte der Verfassungs- und Verwaltungsorganisation an der Römischen Kurie liefert. Der vorliegende Band handelt z. B. über die Notare und Referendare an der Kurie (S. 10), über die Vorgeschichte und Geschichte des Amtes der Datare (112 ff.), über die Ausbildung des Konsensrechtes der Kardinäle (57 ff.), die päpstlichen Wahlkapitulationen (60 f.) usw.

Hiermit glaube ich, den Reichtum und die Wichtigkeit dieses Buches hinreichend angedeutet zu haben. Da das Werk den Meister selbst lobt, ist ein Lob des Rezensenten überflüssig.

Bonn. *N. Hilling.*

11. *Ulrich Stutz, Die katholische Kirche und ihr Recht in den preussischen Rheinlanden.* Lex. 8° (IV u. 36.) Bonn, Marcus & Weber, 1915. M 1,20.

Im Frühjahr 1915 beging die Rheinprovinz der ernsten Zeit entsprechend in aller Stille die Feier ihrer hundertjährigen Zugehörigkeit zur Krone Preussens. Neben der bereits erschienenen Denkschrift »Zur Jahrhundertfeier der Vereinigung der Rheinlande mit Preussen«, die im Auftrage eines Kreises rheinischer Freunde von *Julius Bachem* herausgegeben wurde,[1]) hat Archivdirektor Professor Dr. *Josef Hansen* in Köln die Herausgabe einer Jahrhundertfestschrift »Die Rheinprovinz 1815—1915« vorbereitet, die in Bälde erscheinen wird.

Letzterer gehört die obengenannte Stutz'sche Abhandlung an, die bereits als Sonderdruck vor dem Hauptwerke erschienen ist. Ihr Verfasser verfolgt die Absicht, »nachdem er das gemeine Kirchenrecht der Vergangenheit und der Gegenwart mit besonderer Berücksichtigung Deutschlands zusammenfassend dargestellt hat, zur Ergänzung des dort Gebotenen das deutsche Diözesanrecht nach historisch-juristischer Methode zu bearbeiten«.

---

1) Die kirchliche Entwicklung haben Prof. *Lauscher* in Köln und Prof. *Walter Köhler* in Zürich dargestellt.

Der Inhalt der interessanten Schrift bezeugt, dass diese Absicht in vorzüglicher Weise erreicht worden ist. In kurzen, aber sehr markanten Zügen hat der Verfasser zunächst die Wiederherstellung der Diözesen Köln und Trier durch die Zirkumskriptionsbulle »De salute animarum« vom 16. Juli 1821 und dann den allmählichen Ausbau der kirchlichen Verfassungs- und Verwaltungsorganisation mit Einschluss des Ordenswesens gezeichnet. Über die äusseren juristischen Bestimmungen weit hinausgehend, hat er auch das innere, kirchliche und religiöse Leben der katholischen Rheinlande in seine Betrachtung hineingezogen und die Bedürfnisse der Katholiken auf diesem Gebiete mit anerkennenswertem Verständnis beurteilt. Neben der vom Verfasser selbst hervorgehobenen historisch-juristischen Methode scheint mir daher auch die theologische Methode dieser Abhandlung Erwähnung zu verdienen, wenngleich sich die Berücksichtigung der Theologie für die kirchengeschichtliche Betrachtung von selbst versteht.

Besonders ausführlich ist das Bischofswahlrecht, die Wiederherstellung der geistlichen Gerichtsbarkeit und der Streit um die gemischten Ehen behandelt; jedoch ist, soweit ich sehe, kein wichtiger Punkt aus dem Verfassungs- und dem äusseren und inneren Verwaltungsleben übergangen. Nur wären nach meinem Dafürhalten die Entwicklung der sog. Rektoratskirchen, die in den letzten 50 Jahren einen immer bedeutender werdenden Faktor der Pfarrseelsorge darstellen, eingehender zu erörtern und ebenso das Aufblühen des katholischen Vereinswesens (Gesellen-, Arbeiter-, Jugendvereine, Volksverein usw.) zu erwähnen gewesen. Ebenso hätte die Gründung der Pensionskassen für Geistliche, der St. Matthiasverein in Trier und der St. Engelbertusverein in Köln, eine Erwähnung verdient. — Durch Dekret der Konsistorialkongregation vom 5. Mai 1905 (A. S. S. XXXVIII, 119 f.) wurde die Gemeinde Wackelbeckerfeld von Köln getrennt und dem Bistum Münster überwiesen. — Das Erfordernis des Doktortitels für die Kölnischen Domherren ist, wie mir mündlich mitgeteilt wurde, nicht in das spätere, jetzt geltende Statut des Metropolitankapitels aufgenommen. — Eine neue Studien- und Prüfungsordnung für die Theologiestudierenden der Erzdiözese Köln befindet sich augenblicklich in Vorbereitung.

In seiner ersten Proklamation vom Jahre 1815 versprach König Friedrich Wilhelm III. von Preussen den katholischen Rheinländern: »Eure Religion werde ich ehren und schützen. Ihre Diener werde ich auch in ihrer äussern Lage zu verbessern

suchen, damit sie die Würde ihres Amtes behaupten. Ich werde die Anstalten des öffentlichen Unterrichts herstellen, die unter der Bedrückung der vorigen Regierung so sehr vernachlässigt wurden. Ich werde einen bischöflichen Sitz, eine Universität, und Bildungsanstalten für eure Geistliche und Lehrer unter euch errichten.« [1]) Wenngleich es im Laufe des verflossenen Jahrhunderts nicht an langdauernden und scharfen Kämpfen zwischen dem imperium und sacerdotium gefehlt hat, die in ihrer Schwere gerade in den Rheinlanden ausgefochten wurden, so werden die Katholiken dennoch gern der Wohltaten gedenken, die sie von den preussischen Königen empfangen haben. Ich erinnere nur an die vom Papste Pius VII. mit Lobsprüchen erhobene Dotation der rheinischen Bistümer und Kapitel durch Friedrich Wilhelm III., die Förderung des Kölnischen Dombaues durch Friedrich Wilhelm IV. u. a. Weitaus die ruhigste und friedlichste Zeit verlebte die katholische Kirche der Rheinlande unter der Regierung des jetzigen Königs und Kaisers Wilhelm II., unter dessen Regierung auch die meisten neuen Pfarrkirchen in den Rheinlanden mit Hilfe der Unterstützung der Staatsregierung errichtet wurden. Möge dieser glückliche Zustand nicht nur die bevorstehende Aera des zweiten Jahrhunderts eröffnen, sondern dieselbe vollständig ausfüllen! »Die heissesten Gebete werden dafür aus dankbarem Herzen zum Himmel emporsteigen und die reichsten Segnungen Gottes auf das teure Haupt Sr. Majestät des Deutschen Kaisers und Königs von Preussen, das Königliche Haus, wie das gesamte deutsche Vaterland herabflehen.« [2])

Bonn. *N. Hilling.*

Literaturverzeichnis. [3 u. 4])

I. Allgemeine Nachschlagewerke.

Dizionario teoretico-pratico del Diritto Ecclesiastico vigente in Italia. Vol. I. Lex. 8° (276). Roma, d'Orazi. L 3,50.

---

1) Vgl. *E. A. Th. Laspeyres*, Geschichte und heutige Verfassung der kath. Kirche Preussens I (1840) S. 749 Anm. 5.

2) Aus der Ansprache des Erzbischofs *Felix von Hartmann* an den Deutschen Kaiser bei seiner Eidesleistung am 13. Februar 1913. Archiv 93, 536.

3) Mit Unterstützung von *Friedrich Heyer* in Bonn vom Herausgeber zusammengestellt.

4) Wo Format und Erscheinungsjahr nicht angegeben sind, ist 8° und 1915 zu ergänzen.

II. Rechtsphilosophie und Soziologie.

Varvello, Franciscus, Institutiones philosophicae III, 1: Jus naturae. (762). Torino, libr. ed. Internazionale della S. A. J. D. buona Stampa. L 6,—.

Longo, G., La definizione del diritto nel »De Monarchia« di Dante Alighieri, se, e sino a qual segno, essa trova applicazione nel vasto campo delle relazioni giuridiche, in: Scritti giuridici dedicati ed offerti a Giampietro Chironi nel XXXIII anno del suo insegnamento, III (Torino 1915).

Parenti, Patrio, La fase recentissima della filosofia del diritto in Italia. [Estratto dalla Rivista critica di scienze sociali] (11) Firenze, tip. G. Carnesecchi e figli, 1914.

Eberhard, R., Gott ist der Anfang alles Rechts, in: Preussische Jahrbücher CLX, 383 ff.

Kohler, Josef, Sitte und Sittlichkeit, in: Archiv für Rechts- und Wirtschaftsphilosophie VIII, 330 ff.

Weigelin, Ernst, Der Begriff der Sitte, ebenda 321 f.

Erb, Remigius, Die erlebnisimmanente Natur des Rechts und der Sittlichkeit. Münchener philos. Diss. (132) Basel, Schweighauser, 1914.

Robinson, Paschal, O. F. M., Peace laws and institutions of the medieval Church, in: The Ecclesiastical Review LII, 523 ff.

Figgis, J. N., The divin Right of Kings. 2nd ed. (418) Cambridge, University Press 1914. Sh 6,—.

Schneider, Gustav, Die Philosophie des Krieges und des Völkerrechts, in: Preussische Jahrbücher CLX, 54 ff.

Scholz, Heinrich, Politik und Moral. Eine Untersuchung über den sittlichen Charakter der modernen Realpolitik. [Perthes' Schriften zum Weltkrieg 6] (42) Gotha, Perthes. M 0,60.

Ott, Emil, Religion, Krieg und Vaterland. 12° (IV u. 85) München, Beck. M 1,—.

Gentile, Giovanni, La filosofia della guerra. Conferenze tenuta alla biblioteca filosofica in Palermo l'11 ottobre 1914. 16° (31) Palermo, tip. »Ergon«, 1914. L 1,—.

Foschini, Antonio, Un filosofo della guerra: Diego Ruiz. (19, con ritratto) Bologna, »Il Fuoco»«, 1914. L 0,50.

Schulz, Alfons, Die sittliche Wertung des Krieges im Alten Testament. [Biblische Zeitfragen VII, 10] (48) Münster i. W., Aschendorff. M 0,60.

Finke, H., Der Gedanke des gerechten und heiligen Krieges in Gegenwart und Vergangenheit. (35). Freiburg i. Br., Trömer. M 1,—.

Külpe, O., Die Ethik und der Krieg. (44). Leipzig, Hirzel. M 0.80.

Swoboda, H., Unser Krieg in seinen sittlichen Werten. (59). Wien, Schroll. M 1,—.

III. Quellen- und Literaturkunde.

Bernareggi, A., Il Sillabo di Pio IX. Cinquant' anni dopo la sua pubblicazione. (78.) Monza, Artigianelli.

Moog, Georg, Die »Römischen Briefe vom Konzil«, in: Internationale Kirchliche Zeitschrift N. F. V, 209 ff.

Waal, A. de, Vom Grabe Pius' X. zum Throne Benedikts XV. [Frankfurter zeitgemässe Broschüren XXXIV, 1]. Hamm i. W., Breer & Thiemann, 1914. M 0,50.

Commer, E., Die päpstlichen Allokutionen in den Konsistorien vom 25. und 27. Mai 1914, in: Divus Thomas I, 266 ff.

Marini, Feliciano, L'archivio parrocchiale. Norme pratiche per i parroci. (32.) Foligno, tip. Artigianelli di s. Carlo.

Flamm, Hermann, Das älteste katholische Kirchenbuch Badens, in: Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins N. F. XXX, 109 f.

IV. Verfassungsrecht.

Vermeersch, A., La Tolerancia. Traduccion y prologo de Manuel Cabrera y Warleta. (296). Herder, Freiburg i. B.

Veggian, Tiziano, Il celibato ecclesiastico. Studio storico-giuridico-sociale. 2a ed. (72). Vicenza, Società tip. fra cattolici vicentini, 1914. L 1,—.

Rasche, B., Das Breviergebet nach den Reformen durch Pius X. 4. Aufl. (48.) Paderborn, Bonifacius-Druckerei, 1914. M 0,60.

Heumann, Ludwig, Die Residenzpflicht der Seelsorgsgeistlichen, in: Theol.-prakt. Monatsschrift XXV, 610 ff.

von Laki, Johann, Die Autonomie der katholischen Domkapitel in Deutschland, historisch und dogmatisch dargestellt. Breslauer jurist. Diss. (IV u. 81). Posen, Praca, 1913.

Krose, H. A., S. J., Konfessionsstatistik und kirchliche Statistik im Deutschen Reiche, in: Allgemeines Statistisches Archiv VIII, Heft 3/4.

Rösch, Adolf, Zur kirchlichen Statistik der Erzdiözese Freiburg, in: Freiburger Diözesan-Archiv N. F. XV, 317 ff.

V. Verwaltungsrecht.

D'Angelo, Sosio, Della binazione. Appunti morale-canonico-liturgici. 2a ed. 16° (78.) Roma, Desclée e C.

Lampert, U., Der Collaturhandel in Risch (Kt. Zug), in: Zeitschrift für Schweizerische Kirchengeschichte IX, 81 ff.

Cleary, Patrick, The Church and usury, in: The Ecclesiastical Review LII, 536 ff.

VI. Staatskirchenrecht.
(Verfassungs- und Verwaltungsrecht.)

Berthold, W., Das Gemeinde-, Kirchen- und Schulsteuergesetz für das Königreich Sachsen, sämtlich vom 11. Juli 1913. Textausgabe nebst der Ausführungsverordnung vom 1., der

Ministerialanleitung vom 2. Oktober 1913 und den einschlägigen Nebengesetzen, mit einer gemeinverständlichen Darstellung des Rechts als Einleitung, erläuternden Anmerkungen und ausführlichem Sachregister herausgegeben. [Bibliothek der Verwaltungsbeamten 15.] 16⁰ (315). Leipzig, W. H. Möller, 1914. Geb. M 3,20.

Maier, Albert, Der Stiftungsrat als Verwalter des katholischen Ortskirchenvermögens in Baden und seine Vorgeschichte. Freiburger (i. B.) rechts- und staatswiss. Diss. (VIII u. 83). Freiburg i. B., Caritas-Druckerei, 1914.

Krüger, Umfang der patronatlichen Baulast im Geltungsbereich des Allgemeinen Landrechts, in: Preussisches Pfarrarchiv VI (1914) 289 ff.

Giese, Friedrich, Ein neuer Mißstand im preussischen Kirchensteuerrecht, in: Preussisches Pfarrarchiv VI (1914) 1 ff.

Popitz, Ist ein Interimistikum in Kirchenbausachen auch in den nicht landrechtlichen Teilen Preussens zulässig? in: Preussisches Pfarrarchiv VI (1914) 193 ff.

Gerling, Das Interesse der preussischen Kirchengemeinden an einer Änderung des Kommunalabgabengesetzes, in: Preussisches Pfarrarchiv VI (1914) 295 ff.

Hellwig, Albert, Kinemathograph und Sonntagsheiligung, in: Preussisches Pfarrarchiv VI (1914) 4 ff.

Uhlemann, Kurt, Das Verhältnis der politischen zur Kirchengemeinde der Stadt Altenburg. Jenaer jurist. Diss. (81.) Weida i. Th,, Thomas & Hubert, 1914.

Ferretti, Egisto, La proprietà delle aree dei cimiteri parrochiali. [Collezione di monografie giuridiche 32] 16⁰ (16). Firenze, »Biblioteca di legislazione amministrativa, 1914. L 0,50.

VII. Eherecht.

Leitner, Martin, Rückwirkung des Dekretes Ne temere auf die Konstitution Provida, in: Theol.-prakt. Monats-Schrift XXV, 429 ff.

Linneborn, Johannes, Der Geltungsbereich der Constitutio: Provida in Deutschland, in: Theologie und Glaube VII, 236 ff.

Plagge, Jos., Die gemischten Ehen im Lichte der Vernunft, des Glaubens und der Erfahrung. 3. Aufl. (XVI u. 157). Paderborn, Bonifacius-Druckerei, 1914. M 1,20.

Schlich, Zur Trauung von Militärpersonen, in: Pastor bonus XXVII, 417 ff.

VIII. Ordensrecht.

Ferreres, J. B., S. J., Las Religiosas según la disciplina vigente. Comentarios canónico-morales. 12⁰ (650). Madrid, Razón y Fe, 1914. Pts. 4,—.

Regel des hl. Benedikt. Übersetzt von P. Karl Brandes, neubearbeitet von P. Fridolin Segmüller. 6. Aufl. (160). Einsiedeln, Benziger. M 2,—.

Ricking, Ephräm, O. F. M., Der dritte Orden des heiligen Franziskus und unsere Zeit. (54). Warendorf i. W., Schnell.
Fassbender, Martin, Randglossen zur Jesuitenfrage, in: Allgemeine Rundschau XII, 169 ff. (Fortsetzung folgt.)
Volpe, M., S. J., I Gesuiti nel Napoletano. Note ed appunti di storia contemporanea da documenti inediti e con larghe illustrazioni. 1814—1914. Vol. II. (XVI u. 420). Napoli, d'Auria. L 6,—.

IX. Erziehungs- und Schulrecht.

Hellmuth, Über die Wahl des Glaubensbekenntnisses, in: Theol.-prakt. Monats-Schrift XXV, 621 ff.
Weissler, Adolf, Kann religiöse Erziehung erzwungen werden? in: Zeitschrift des Deutschen Notarevereins XII, 785 ff.
Friedrich, W. A., Die Berücksichtigung der konfessionellen Verhältnisse in der Einrichtung, Verwaltung und Beaufsichtigung der öffentlichen Volksschulen. Jenaer jurist. Diss. (XIII u. 101). Borna-Leipzig, Noske, 1913.
Alla conquista della libertà d'insegnamento, in: La Civiltà Cattolica LXVI, 1 S. 513 ff.
Vay de Vaya und zu Luskod, Graf, Die neue katholische Universität in Japan, in: Allgemeine Rundschau XII, 433 f.
Krötz, J., Die Marianischen Kongregationen an den preussischen höheren Lehranstalten und ihre historische Entwicklung, in: Monatsblätter für katholischen Religionsunterricht 1915, 147 ff.

X. Missionsrecht.

Schmidlin, Joseph, Ostasiatische Missionsmethoden, in: Zeitschrift für Missionswissenschaft V, 9 ff.
Galm, M., Die Ausbildung des katholischen Missionspersonals der deutschen Kolonien, in: Jahrbuch der Deutschen Kolonien 1914, 57 ff.
Gleiß, F., Evangelische Mission und Ansiedlung in West-Usambara (D. O.-A.), ebenda 154 ff.
Clemente da Terzorio, O. M. Cap., Le missioni dei Minori Capuccini. Vol. II. Europa. (376). Roma, Istituto Pio IX, 1914. L 4,—.
Hüttche, Anton, S. V. D., Die gegenwärtige Krisis der katholischen Missionsvereine, in: Theologie und Glaube VII, 398 ff.
Der Weltkrieg und die missionierenden Orden und Genossenschaften Deutschlands und Oesterreichs, in: Die katholischen Missionen XLIII, 193 ff.
Warneck, J., Die katholische deutsche Mission im Krieg, in: Allgemeine Missions-Zeitschrift XLII, 202 ff.
Kind, A., Aussichten und Aufgaben für die Mission im neuen Jahre, in: Zeitschrift für Missionskunde und Religionswissenschaft XXX, 1 ff.
Die deutsch-evangelische Heidenmission während des Krieges, in: Chronik der Christlichen Welt XXV, 169 ff.

Römheld, W., Die Sache der evangelischen Heidenmission im Großherzogtum Hessen in ihrer geschichtlichen Entwicklung. (VIII u. 99). Darmstadt, Winter. M 1,20.

XI. Evangelisches Kirchenrecht.

Schian, Martin, Die rechtliche Bedeutung der Konfirmation, in: Preussisches Pfarrarchiv VI (1914) 97 ff.

Mulert, Hermann, Der Waffendienst der evangelischen Pfarrer. (36). Leipzig, Hinrichs. M 0,50.

XII. Kirchenpolitik.

Ruffini, F., Libertà religiosa e separazione fra stato e Chiesa, in: Scritti giuridici dedicati ed offerti a G. Chironi, III (Torino 1915).

Bachem, Julius, Papst und Weltkrieg, in: Allgemeine Rundschau XII, 449 f.

Quadrotta, Guglielmo, Il papa, l'Italia e la guerra. Con prefazione di F. Scaduto. 8° (XXIV u. 174). Milano, Ravà, 1915. L 2,—.

Bolero, Rita, Il papa e la guerra: neutralità sospetta!!! Il catechismo di Pierino. Le preci dei belligeranti: Lettera aperta al marchese Filippo Crispolti. (36). Firenze, l'Editoriale moderna. L 0,30.

La legge delle guarentigie e la guerra, in: La Civiltà cattolica LXVI, 2 S. 385 ff.

Baumgarten, Paul Maria, Das italienische Garantiegesetz, in: Allgemeine Rundschau XII, 389 f.

Bachem, Julius, Der Eintritt Italiens in den Weltkrieg und die römische Frage, in: Süddeutsche Monatshefte, Juni 1915, 454 ff.

Neundörfer, Karl, Französische Kirchenpolitik vor und während des Krieges, in: Allgemeine Rundschau XII, 275 f.

Terhünte, H. J., S. C. J., Eine neue Kampfesmethode des Antiklerikalismus in Frankreich, ebenda 307 f.

Lestrange, Maurice Vte de, La question religieuse en France pendant la guerre de 1914. Documents. Ière Série. 2e éd. 12° (93). Paris, Lethielleux. Fr 0,80.

La guerre allemande et le Catholicisme. Paris, Bloud et Gay. Fr 2,40.

Langlois, Gabriel, Le Clergé, les Catholiques et la guerre. 16° (XV u. 300). Paris, Daudet. Fr 2,50.

Rosenberg, A. J., Der deutsche Krieg und der Katholizismus. Entgegnung auf das Buch: La guerre allemande et le Catholicisme, in: Theologie und Glaube VII, 353 ff.

Jäger, Eugen, Der literarische Feldzug der französischen Katholiken gegen Deutschland, in: Allgemeine Rundschau XII, 451 ff.

Rennert, M., Die Freimaurer in Italien, in: Süddeutsche Monatshefte, Juni 1915, 459 ff.

Brauweiler, Heinz, Zum Kapitel des Burgfriedens unter den Konfessionen, in: Allgemeine Rundschau XII, 346 f.

Senger, A., Voller Burgfriede auch in konfessioneller Beziehung, in: Allgemeine Rundschau XII, 431 f.
Meinertz, Max, Der konfessionelle Friede, ebenda 614 f.
Terhünte, H. J., S. J., Krieg und Katholizismus, ebenda 413 f.
Rosenberg, A. J., Ist ein neuer Kulturkampf nach dem Kriege zu befürchten? in: Theologie und Glaube VII, 435 ff.
Der Katholizismus in Deutschland und der Krieg, in: Chronik der Christlichen Welt XXV, 177 ff.
Bachem, Julius, Das religiöse Problem in Belgien, in: Süddeutsche Monatshefte XII, Aprilheft 31 ff.

XIII. Orientalisches Kirchenrecht.

Lübeck, K., Die Diözesanverfassung der griechisch-melchitischen Kirche, in: Theologie und Glaube VII, 192 ff.
Gentilizza, G., Miscellanee di documenti su la Chiesa greco-rossiana dalmata nelle sue relazioni con la latina (Contin.), in: Bessarione 1914, 232 ff.
Foraneus, The Ruthenian question again, in: The Ecclesiastical Review LII, 645 ff.

XIV. Verfassungs- und Rechtsgeschichte.

a) Verhältnis von Kirche und Staat.

Weber, Gertrud, Die selbständige Vermittlungspolitik der Kurfürsten im Konflikt zwischen Papst und Konzil 1437—38. [Historische Studien 127] (123). Berlin, Ebering. M 3,50.
Lechleitner, O., Der Kampf um die Rechtskraft der deutschen Konkordate im Bistum Trient, in: Zeitschrift des Ferdinandeums 1913, 1 ff.
Doeberl, Anton, Der kirchenrechtliche Territorialismus in Bayern im Zeitalter der Säkularisation, in: Theol.-prakt. Monats-Schrift XXV, 451 ff.
Meyer, A. O., Charles I and Rome, in: The American Historical Review XIX, 13 ff.

b) Einzelne Kirchen und kirchliche Territorien.

Mayer, Joh. Gg., Geschichte des Bistums Chur. 2. Bd. (780). Stans, von Matt 1914.
Rothert, H., Das St. Patroklusstift zu Soest von seinen Ursprüngen bis in die Tage der Reformation, in: Jahrbuch des Vereins für Evangelische Kirchengeschichte Westfalens 1914/15, S. 1 ff.
Heidingsfelder, F., Die Regesten der Bischöfe von Eichstätt. I. Lf. Lex. 8° (160). Innsbruck, Wagner. M 12.—.
Siedel, A., Untersuchungen über die Entwicklung der Landeshoheit und der Landesgrenze des ehemaligen Fürstbistums Verden (bis 1586). Lex 8° (VIII u. 69). Göttingen, Vandenhoeck & Ruprecht. M 5,—.
St. R., Der deutsche Klerus im Anfange des 16. Jahrhunderts nach Thomas Murner, in: Theol.-prakt. Monats-Schrift XXV, 501 ff.

Wolters, E. G., Kirchliche und sittliche Zustände in den Herzogtümern Bremen und Verden 1650—1725, dargestellt auf Grund der Generalkirchenvisitationsakten. (79). Erlanger Diss. 1914.

Küry, Adolf, Die Durchführung der kirchlichen Verordnungen des Konstanzer Generalvikars J. H. von Wessenberg in der Schweiz, in: Internationale Kirchliche Zeitschrift N. F. V, 132 ff. (Fortsetzung folgt.)

Stutz, Ulrich, Die katholische Kirche und ihr Recht in den preußischen Rheinlanden. Lex. 8⁰ (IV u. 36). Bonn, Marcus & Weber. M 1,20.

Demmel, Hans Jos., Geschichte des Altkatholizismus in Oesterreich. (98). Kempten, Verlag des Reichsverbandes altkatholischer Jungmannschaften, 1914. M 1,—.

Di Tucci, Raffaele, L'organizzazione religiosa ed amministrativa della chiesa di Ozieri, 1592. Documenti. [Estratto dallo Archivio storico sardo] (29). Cagliari, soc. tip. Sarda, 1914.

c) Einzelne hierarchische Beamte und Rechtsinstitute.

Eubel, C., Hierarchia catholica medii aevi sive summorum pontificum, S. R. E. cardinalium, ecclesiarum antistitum series, ab anno 1431 usque ad annum 1503 perducta. Ed. II. (XXXXV u. 290). Münster, Regensberg, 1914. M 20,—.

Riegel, Joseph, Bischof Salomo I. von Konstanz und seine Zeit, in: Freiburger Diözesan-Archiv N. F. XV, 111 ff.

Königer, A., Johann III. Grünwalder, Bischof von Freising. Programm des Wittelsbacher Gymnasiums in München. München 1914.

Baur, J., Philipp von Sötern, geistlicher Kurfürst von Trier und seine Politik während des 30jährigen Krieges. 2. Bd. Bis zum Westfälischen Frieden (1648) und dem Nürnberger Vollzugstage (1650). (505). Speyer, Jäger, 1914. M 4,—.

Lehnen, J., Beiträge zur kurfürstlich-trierischen Politik unter Karl Kaspar von der Leyen 1650—1676. (VIII u. 89). Straßburger Diss. 1914.

Feurstein, H., Die Heiligenpatronate in ihrer Bedeutung für die älteste Pfarrgeschichte, in: Freiburger Diözesan-Archiv 1914, 313 f.

Sägmüller, J. B., Ein Aktenstück zur Militärseelsorge aus der Mitte des 6. Jahrhunderts, in: Theologische Quartalschrift 1914, 592 ff.

Schober, G., Das Wahldekret vom Jahre 1059. (79). Breslauer Diss.

Hofmann, W. von, Forschungen zur Geschichte der kurialen Behörden vom Schisma bis zur Reformation. 2 Bde. Lex. 8⁰. (XII u. 329; VIII u. 295). Rom, Loescher, 1914. M 24,—.

Harms, Klaus, Das Domkapitel zu Schleswig von seinen Anfängen bis zum Jahre 1542. [Schriften des Vereins für Schleswig-Holsteinische Kirchengeschichte I, 7]. Auch: Kieler philos. Diss. (XI u. 177). Preez, Hansen, 1914.

Losinskij, S. G., Geschichte der Inquisition in Spanien. III. Bd. (III u. 507). St. Petersburg 1914. Rb 5,—. (In russischer Sprache).

Linneborn, Johannes, Zur Geschichte der Inkorporation, in: Theologie und Glaube VII, 208 ff.

— —, Die vermögensrechtlichen Folgen der Inkorporation für die Pfarreien, ebenda 288 ff.

Rainer, Johann Ev., Entstehungsgeschichte des Trienter Predigtreformdekretes, in: Zeitschrift für kath. Theologie XXXIX, 256 ff. (Fortsetzung folgt.)

König, J. H., Die katholischen Körperschaften des Unterelsasses vor und während der grossen Revolution. (XVI u. 186). Straßburg, Heitz. M 8,—.

Wetterer, A., Das Kollationsrecht der ehemaligen Fürstbischöfe von Speyer, in: Freiburger Diözesan-Archiv 1914, 297 ff.

Chierici, Aldo, Pio X e il conclave. (93, con sei ritratti). Roma, E. Voghera, 1914.

d) Evangelisches Kirchenrecht.

Sohm, W., Territorium und Reformation in der hessischen Geschichte 1526—1555. [Urkundliche Quellen zur hessischen Reformationsgeschichte. Einleitung]. (XXVIII u. 186). Marburg, Elwert. M 6,—.

Rost, Karl, Die Entstehung der Kirchengemeinde in Saalfeld aus der politischen Gemeinde. Jenaer jurist. Diss. (50). Meiningen, Keyssner, 1914.

Ried, Karl, Die Durchführung der Reformation in der ehemaligen freien Reichsstadt Weissenburg i. B. [Historische Forschungen und Quellen, herausgegeben von Joseph Schlecht 1]. (VIII u. 136). München u. Freising, Datterer & Cie. M 4,50.

Forsthoff, Eine dramatische Predigerwahl in Mülheim a. d. Ruhr 1668—1671, in: Monats-Hefte für Rheinische Kirchengeschichte IX, 65 ff.

Meyer, R., Geschichte der deutsch-reformierten Gemeinde in Magdeburg. 2 Bde. Magdeburg, Neumann, 1914. Geb. M 15,—.

e) Finanz- und Vermögensrecht.

Schäfer, Karl Heinrich, Die Ausgaben der Apostolischen Kammer unter Benedikt XII., Klemens VI. und Innozenz VI. (1335—1362). [Vatikanische Quellen zur Geschichte der päpstlichen Hof- und Finanzverwaltung, herausgeg. von der Görres-Gesellschaft 3]. Paderborn, Schöningh, 1914. M 40,—.

Bendel, Franz J., Ein Verzeichnis von Traditionen der Abtei Amorbach aus dem 11. und 12. Jahrhundert, in: Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins N. F. XXX, 285 ff.

Voss, A., Verfassungs- und Wirtschaftsgeschichte des Kollegiatstiftes Busdorf zu Paderborn von seiner Gründung bis zu seiner Aufhebung (1036—1810), in: [Westfälische] Zeitschrift für Geschichte und Altertumskunde LXXII², S. 147 ff.

Daverkosen, Hubert, Die wirtschaftliche Lage der Reichsabtei Cornelimünster. Münsterische philos. Diss. (VIII u. 75). Aachen, Jacobi, 1914.

Moresco, M., Un' imposta ecclesiastica del secolo XIV: le annate, in: Scritti giuridici dedicati ed offerti a G. Chironi, III (Torino 1915).

Stolfi, F., J benefici suppressi col breve »Dum collatis« e il patrimonio dell' economato generale dei benefici vacanti delle provincie napoletane, in: Scritti giuridici dedicati ed offerti a G. Chironi, III (Torino 1915).

f) Ordensrecht.

Degenhart, Friedrich, Der hl. Nilus Sinaita. Sein Leben und seine Lehre vom Mönchtum. [Beiträge zur Geschichte des alten Mönchtums und des Benediktinerordens 6] (XII u. 188). Münster i. W., Aschendorff. M 5,—.

Gloning, Marian, O. Cist. Verzeichnis der deutschen Zisterzienser-Abteien und Priorate, in: Studien und Mitteilungen zur Geschichte des Benediktinerordens und seiner Zweige N. F. V, 1 ff.

Wellstein, Gilbert, O. Cist., Hermann, erster Abt von Marienstatt im Westerwalde. Zum 700jährigen Jubiläum der Gründung dieses Klosters, in: Studien und Mitteilungen zur Geschichte des Benediktinerordens und seiner Zweige N. F. V, 57 ff.

Kybal, V., Die Ordensregeln des hl. Franziskus von Assisi und die ursprüngliche Verfassung des Minoritenordens. (IV u. 176). Leipzig, Teubner. M 6,—.

Tilemann, H., Studien zur Individualität des Franziskus von Assisi. [Beiträge zur Kulturgeschichte des Mittelalters und der Renaissance 21]. (V u. 228). Leipzig, Teubner 1914. M 8,—.

Denkinger, T., Die Bettelorden in der französischen didaktischen Literatur des dreizehnten Jahrhunderts, in: Franziskanische Studien II, 63 ff.

Meier, Gabriel, O. S. B., Die Beginen der Schweiz, in: Zeitschrift für Schweizerische Kirchengeschichte IX, 23 ff. (Schluss folgt.)

Strelli, Richard, O. S. B., Das Stift St. Paul in Kärnten unter Abt Ulrich Pfinzing, in: Studien und Mitteilungen zur Geschichte des Benediktinerordens und seiner Zweige N. F. V, 93 ff.

Meisenzahl, J., Das Prämonstratenser-Chorherrnstift Vessra. Gründung und Bedeutung desselben im 12. und 13. Jahrhundert bis zur Mitte des 14. Jahrhunderts. Lex. 8° [VIII u. 79.] Meiningen, Brückner & Renner, 1914. M 2,50.

Schmidt, Valentin, O. Cist., Die Benediktinerpropstei Ottau in Südböhmen, in: Studien und Mitteilungen zur Geschichte des Benediktinerordens und seiner Zweige N. F. V, 43 ff.

Boehme, P., Urkundenbuch des Klosters Pforte. II, 2. (1501—1543). [IX u. 369—724]. Halle, Hendel. M 9,—.

Schmitz, C., Der Zustand der süddeutschen Franziskaner-Konventualen am Ausgang des Mittelalters. [XIII u. 107]. Düsseldorf, Schwann. M 3,—.

Falke, Didakus, O. F. M., Kloster und Gymnasium Antonianum der Franziskaner in Geseke. Ein Beitrag zur Schulgeschichte der Neuzeit. [Franziskanische Studien. Beiheft I.] Mit Abbildungen. (XVI u. 192). Münster i. Westf., Aschendorff. M 5,—.

Roberti, G. M., S. Francesco di Paola, fondatore del Ordine dei Minimi [1416—1507]. (736). Roma, Tempesta. L 4,—.

Monti, A., S. J., La Compagnia di Gesù nel territorio di provincia torinese. Vol. II. Fondazioni antiche. Sopressione. [754]. Chieri, Ghirardi.

La Compagnia di Gesù in Sicilia e il primo seculo del suo rinascimento. Missioni sicule della compagnia di Gesù, 1814—1914. 2 voll. (XVIII u. 300; 304). Palermo, Scuola tip. »Boccone del povero«, 1914.

Pfleger, L., Die Niederbronner Schwestern in der Kriegskrankenpflege 1854—1916, in: Historisch-politische Blätter CLV, 645 ff.

g) Verwaltung der Sakramente.

Beringer, Franz, S. J., Die Ablässe, ihr Wesen und ihr Gebrauch. 14. Aufl. von Jos. Hilgers S. J. I. Bd. (XXIV u. 675). Paderborn, Schöningh. M. 8,—.

Sullo svolgimento storico della dottrina cottolica interno alle indulgenze, in: La Civiltà Cattolica LXVI, 1 S. 591 ff.

Schmitt, Das Buss-Edikt: Ego et moechiae et fornicationis delicta poenitentia functis dimitto! nach der heutigen Forschung, in: Pastor bonus XXVII, 407 ff.

Paulus, N., Die Absolution der Verstorbenen im früheren Mittelalter, in: Theologie und Glaube VII, 272 ff.

— —, Die Anfänge des Ablasses, in: Zeitschrift für katholische Theologie XXXIX, 193 ff.

— —, Die Ablässe der römischen Kirche im Mittelalter, in: Historisch-politische Blätter CLV, 225 ff., 316 ff.

h) Vermischtes.

Eberharter, Andreas, Das Ehe- und Familienrecht der Hebräer mit Rücksicht auf die ethnologische Forschung dargestellt. [Alttestamentliche Abhandlungen V, 1—2]. (X u. 205). Münster, Aschendorff, 1914. M 5,60.

Rapaport, Mordché, W., Biblisch-talmudisch-rabbinisches Recht der Juden, in: Scritti giuridici dedicati ed offerti a G. Chironi, III (Torino 1915).

Verzeichnis der bei der Redaktion eingelaufenen Bücher.[1])

Henle, Rudolf, Unus casus. Eine Studie zu Justinians Institutionen. 8° (VI u. 188). Leipzig, Deichert, 1915. M 6,—.

Hilling, Nikolaus, Die Reformen des Papstes Pius X. auf dem Gebiete der kirchlichen Gesetzgebung. III. Bd. 8° (XIII u. 140). Bonn, Hanstein, 1915. M 1,80.

Jann, Adelhelm, O. Min. Cap., Die katholischen Missionen in Indien, China und Japan. Ihre Organisation und das portugiesische Patronat vom 15. bis ins 18. Jahrhundert. 8° (XXVIII u. 540). Paderborn, Schöningh, 1915. M 10,—.

Mulert, Hermann, Der Waffendienst der evangelischen Pfarrer. 8° (36). Leipzig, Hinrichs, 1915. M 0,50.

Reichel, Hans, Gesetz und Richterspruch. Zur Orientierung über Rechtsquellen- und Rechtsanwendungslehre der Gegenwart. 8° (VIII u. 155). Zürich, Orell Füssli, 1915. M 5,—.

Stutz, Ulrich, Die katholische Kirche und ihr Recht in den preussischen Rheinlanden. Lex. 8° (IV u. 36). Bonn, Marcus & Weber, 1915. M 1,20.

---

1) Die Bücher, die das Kirchenrecht berühren, werden besprochen, soweit der verfügbare Raum ausreicht. Eine Rücksendung ist in allen Fällen ausgeschlossen.

I. Abhandlungen.

---

1. Römische Rotaprozesse aus den sächsischen Bistümern von 1464—1513.

Regesten aus dem Archive der Römischen Rota.

Von Professor Dr. *Nikolaus Hilling* in Bonn.

(Fortsetzung; vgl. Bd. 95 S. 33 ff., 201 ff. und 389 ff.)

IV. Die Diözese Paderborn.

Die Zahl der für das Bistum Paderborn überlieferten Rotaprozesse beträgt 52 und unterscheidet sich nur um 1 von der des zuletzt behandelten Bistums Osnabrück. An Umfang stimmten beide Diözesen damals ziemlich mit einander überein, da Paderborn seine gegenwärtige, bedeutend grössere Ausdehnung erst durch die Zirkumskriptionsbulle »De salute animarum« erlangte. Besonderheiten haben die Regesten des Bistums Paderborn nicht aufzuweisen, ausser dass unter Nr. 26 eine Causa matrimonii erwähnt wird. Leider ist es mir nicht gelungen, einen der hier erwähnten Prozesse in der Literatur der Paderborner Diözesangeschichte nachzuweisen.

Erklärung der Abkürzungen.

A. R. = Archivium notarile Rotae.
cl. = clericus.
not. pal. = notarius causarum palatii Apostolici, amtliche Bezeichnung der Rotanotare.
presb. = presbyter.
proc. caus. = procurator causarum, Prokurator an der Rota.
proc. substit. = procurator substitutus, Stellvertreter des von den Parteien beauftragten Prokurators.
R. p. d. = Reverendus pater dominus, Ehrentitel der Auditoren der Rota und anderer Würdenträger der Kirche.

Numerus	Ao.	Titulus causae	Partes litigantes	Procuratores partium	
				a) Actoris	b) Rei
1.	2. VII. 1471 | 13. VII. 1472	Parochialis ecclesiae seu vicariae sanctae Crucis	Joh. Bracke ca Joh. Odre	1. Henr. Hecht	1. Henr. Steenwech
2.	27. I. 1480 | 23. II. 1480	Vicariae sanctorum Philippi et Jacobi	Herm. Kremer ca Engelhard. Funck	1. Arnold. Clover	1. Mag. Henr. Schoneleben
3.	12. VI. 1482 | 6. VI. 1483	Ecclesiae in Relinckerken (Pfarrkirche in Reelkirchen)	Joh. Top	1. Nicol. Foqueti, proc. caus. 2. Petrus Pontanus, proc. caus.	1. Gerwin. Mitiken

Testes a) pro Actore	Testes b) pro Reo	Jura producta	Annotationes	Fontes
			2. VII. 1471 citatur reus sub termino LX dierum. 13. VII. 1472 Joh. Odre principalis obtinuit, sibi decerni processum per audientiam contradictarum. Fortasse hic duae causae coniunguntur.	A. R. Manuale 4
			9. II. 1480 Engelhardus Funck obtinuit processum per audientiam contradictarum. Fortasse Engelhardus Funck procurator causae fungitur.	A. R. Manuale 12
1. Herm. Ovelsust, cl. Paderborn. 2. Lubert. Borchmeyer. cl. Paderborn. 3. Anton. Loes, cl. Monast. 4. Conrad. Tile, cl. Paderborn. 5. Henr. Hille, cl. Paderborn.		9. XII. 1482 Petrus Pontanus produxit quendam processum gratiae expectativae domini Joh. Top unacum mandato procurationis ad persequendam sententiam necnon instrumentum acceptationis et provisionis ac publicationis eiusdem Joh. Top. 19. III. 1483 idem produci fecit bullam novae provisionis Joh. Top. unacum instrumento acceptationis et provisionis. 16. V. 1483 Nicol. Foqueti proc. produci fecit quoddam sumptum gratiae expectativae Joh. Top. 21. V. 1483 Gerwin. Mitiken proc. produci fecit quandam regulam de publicandis acceptationibus et provisionibus Sixti IV.	12. VI. 1482 Joh. Top principalis obtinuit processum per audientiam contradictarum. 6. VI. 1483 Gerwin. Miteken proc. petiit declarationem super novo titulo producto. Econtra Petrus Pontanus proc. dixit, se non produxisse novum titulum, cum nova provisio ante litiscontestationem fuerit impetrata.	A. R. Manuale 12

Numerus	Ao.	Titulus causae	Partes litigantes	Procuratores partium a) Actoris	Procuratores partium b) Rei
4.	23. XII. 1482 | 16. V 1483	Vicariae beatae Mariae et trium Regum in ecclesia ss. Petri et Andreae (Kollegiatstift Busdorf in Paderborn)	Joh. Ymminck c^a Conrad. Tilen	1. Joh. Fabri, proc. caus. 2. Joh. Gerona, proc. caus. 3. A. de Eugubio, proc. caus. 4. A. de Poldo, proc. caus. 5. Stephan. Rumeier, proc. caus.	1. Gerwin. Mittiken
5.	31. I. 1483 | 11. I. 1488	Huxariensis gravaminis seu spolii	Conrad. Schlichther c^a decanum et capitulum Huxariense	1. Herm. Schlichther 2. Bartold. Jans 3. Joh. Weydeman 4. Arnold. Clover	1. Joh. Fabri

Testes a) pro Actore	Testes b) pro Reo	Jura producta	Annotationes	Fontes
1. Henr. Hille, cl. Paderborn. 2. Joh. Hardenacke, cl. Paderborn. 3. Bernard. Wegener, cl. Paderborn. 4. Joh. Listige, not. palat. 5. Joh. Meschede, cl. Paderborn.	1. Lubert. Borchmeyer, cl. Paderborn. 2. Joh. Slupsche, cl. Magunt. 3. Henr. Bockenow, decanus eccl. ss. Petri et Andreae. 4. Herm. Drom, cl. Paderborn. 5. Ulric. Meyer. 6. Nicol. Grapitz.	23. XII. 1482 Joh. Ymminck principalis produxit quoddam instrumentum pro devolutione causae unacum instrumento insinuationis. Idem obtinuit processum per audientiam contradictarum. 10. III. 1483 Joh. Fabri proc. produci fecit processum gratiae expectativae Joh. Ymminck unacum instrumento acceptationis et provisionis. 17. III. 1483 Gerwin. Mittiken proc. produci fecit literam fundationis vicariae necnon collationis Conradi Tilen. 16. IV. 1483 Joh. Fabri proc. produci fecit quoddam instrumentum gratiae expectativae Joh. Ymminck unacum instrumento acceptationis et provisionis necnon publicationis. 14. V. 1483 idem produci fecit quoddam transsumptum concordatorum nationis Germanicae sigillo quondam Theoderici archiepiscopi Coloniensis sigillatum.	16. V. 1483 Conrad. Tilen principalis petiit et obtinuit, concludi in causa et pronuntiari sententiam definitivam.	A. R. Manuale 12
1. Joh. Ymminck, cl. Colonien. 2. Anton. Lohns, cl. Monast.		2. VI. 1484 Arnold. Clover proc. produci fecit quendam processum in partibus habitum.	31. I. 1483 commissio nova praesentatur Herm. Schlichther proc. d. Conradi Schlichther super non tuto accessu ad decanum et capitulum Huxariense produxit duos testes. Edicta publica affigantur in valvis ecclesiarum Paderbornensis et	A. R. Manualia 12 u. 15

Numerus	Ao.	Titulus causae	Partes litigantes	Procuratores partium	
				a) Actoris	b) Rei
6.	8. X. 1483 | 5. IV. 1484	Ecclesiae in Dorenberge (Pfarrkirche in Kirch-Dornberg)	Herm. Ovelsust c^a Henr. Sorp	1. A. de Eugubio, proc. caus. 2. Bart. de Perusio, proc. caus. 3. Joh. Gerona, proc. caus. 4. Marian. de Cuccinis, proc. caus. 5. Joh. Fabri. proc. caus. 6. Theoder. Heyenrod, proc. caus. 7. Joh. Bodenvelt, proc. caus.	1. Joh. Fabri
7.	17. V. 1484 | 11. VII. 1484	Paderbornensis	Conrad. Wicht c^a Barbaram		

Testes a) pro Actore	Testes b) pro Reo	Jura producta	Annotationes	Fontes
			parochialis sanctae Pusinnae Hervordensis et parochialis in Brakel. 4. II. 1484 idem obtinuit processum per audientiam contradictarum. 20. VI. 1484 commissio dependens praesentatur. 5. VII. 1484 sententia pronuntiatur. 14. VII. 1484 Herm. Schlichther dedit cedulam appellationis partis suae.	
			8. X. 1483 Herm. Ovelsust principalis obtinuit processum per audientiam contradictarum.	A. R. Manuale 12
1. Conrad. Goldschmidt, cl. Minden. 2. Joh. Elern, cl. Monast. 3. Frid. Herwech 4. Nicol. Grapitz, not. palat. 5. Herm. Ovelsust, not. palat.		25. VI. 1484 Conrad. Wicht produci fecit quoddam sumptum provisionis parochialis ecclesiae beatae Mariae in monte oppidi Hervorde unacum quadam supplicatione super eadem ecclesia.	21. V. 1484 commissio praesentatur. Conrad. Wicht principalis dedit libellum per audientiam contradictarium. 28. VI. 1484 Conrad. Wicht obtinuit concludi in causa. 5. VII. 1484 commissio praesentatur. 11. VII. 1484 Conrad. Wicht obtinuit, taxari expensas ad XXVII florenos auri de camera.	A. R. Manuale 13

Numerus	Ao.	Titulus causae	Partes litigantes	Procuratores partium	
				a) Actoris	b) Rei
8.	30. VII. 1484 | 15. IV. 1491	Praetensi statuti	Vicarii et beneficiati ecclesiae Paderbornensis	1. Conrad. Wicht 2. Paul de Ceretanis 3. Herm. Schmedt	1. Anton. de Poldo
9.	27. X. 1488 | 2. IV. 1489	Restitutionis centum ducatorum et iniuriarum	Henr. Roggen c^a Episcopum Paderbornensem et Henr. Westfalen, Joh. de Haxthusen et Bernard. Rodegers nobiles dioecesis Paderborn.	1. Ludolph. Potter 2. Paul de Regio	
10.	10. XI. 1488 | 17. V. 1489	Iniuriarum et bonorum	Franciscus Grambeck c^a Conrad. Schlichthaer		1. Stephan. Rumeler

Testes		Jura producta	Annotationes	Fontes
a) pro Actore	b) pro Reo			
1. Conrad. Immelman, cl. Paderborn. 2. Henr. Sweden, cl. Paderborn. 3. Henr. Hille, cl. Paderborn. 4. Baltazar de Ripa, proc. caus. 5. Jacob. de Bonanuce, proc. caus.	1. Joh. de Impsen, can. eccl. Paderborn. 2. Herm. Hovenberch, cl. Paderborn. 3. Theoder. Paschen, cl. Minden. 4. Gerard. Westendorp, cl. Monast.	9. III. 1487 Herm. Schmedt proc. produci fecit quendam sumptum Sixti IV. ex regestro bullarum.	30. VII. 1484 commissio causae praesentatur. 23. XII. 1489 Anton. de Poldo proc. citatur ad concludendum et audiendam sententiam definitivam. 6. I. 1490 commissio dependens praesentatur, item 20. III. 1491.	A. R. Manualia 12, 16 u. 21
1. Henr. Smyt, cl. Paderborn. 2. Henr. Tolken, cl. Paderborn.			27. X. 1488 commissio causae praesentatur. 5. et 12. XII. 1488 Ludolph. Potter proc. produxit duos testes super non tuto accessu sui principalis ad adversarios. 16. III. 1489 Paulus de Regio proc. obligavit se de ratihabendo sub poena CC ducatorum auri de camera. Idem petiit, se admitti ad iurandum, non sperare principalem suum consequi posse iustitiae complementum in partibus. Edicta publica affigantur in ecclesia cathedrali Paderborn. et parochiali Wartborgensi.	A. R. Manuale 19
			10. XI. 1488 commissio dependens praesentatur. 12. XI. 1488 Franc. Grambeck obtinuit processum per audientiam contradictarum. 2. IV. 1489 Stephan. Rumeler oblinuit processum audientiae contradictarum.	A. R. Manualia 15 u. 19

Numerus	Ao.	Titulus causae	Partes litigantes	Procuratores partium a) Actoris	b) Rei
11.	22. IV. 1490 | 8. XI. 1490	Hervordensis vicariae ss. Johannis et Dionysii	Joh. Hartwich	1. Conrad. Varnhage 2. Marian. de Cucciniis 3. Joh. Eilhardi 4. Herm. Uterwyck 5. Henr. Burmester 6. Joh. Teneren	
12.	19. XII. 1491 | 3. IV. 1497	Vicariae	Conrad. Ymelman ca Jacob. Harp	1. Joh. Cock 2. Henr. Muys 3. Thom. Regis 4. Joh. Hartwich 5. Henr. Prekemolle	1. Stephan. Rumeler 2. Joh. de Novocastro 3. Anton. de Poldo 4. Joh. Bleddeighe
13.	5. V. 1492 | 21. VII. 1497	Vicariae veteris oppidi in Wartborch (Warburg)	Herm. Engelhart ca Herm. Roden et Ericum de Lippia	1. Joh. Cleynsmyt de Warendorp	

Testes a) pro Actore	Testes b) pro Reo	Jura producta	Annotationes	Fontes
			22. IV. 1490 Joh. Hartwich principalis obtinuit citationem ad partes. 1. X. 1490 idem obtinuit processum per audientiam contradictarum.	A. R. Manuale 16
1. Henr. Muyss, cl. Paderborn. 2. Joh. Sander, cl. Magunt. 3. Gerard. de Coesfeldia.		10. III. 1494 Joh. Cock proc. produci fecit instrumentum executionis citationis.	19. XII. 1491 commissio causae praesentatur. 9. VI. 1494 Jacob. Harp iuravit paupertatem. 20. VI. 1494 sententia definitiva pronuntiatur. 23. VI. 1494 Joh. de Novocastro proc. appellavit a sententia contra partem suam lata. 31. I. 1497 commissio dependens praesentatur. 3. IV. 1497 Henr. Prekemolle proc. obtinuit, decerni literas executoriales.	Manualia 23 u. 32
1. Joh. Hartwich de Hallis, cl. Osnabrug. 2. Henr. Muyss, cl. Paderborn. 3. Henr. Wechhaken, not. palat. 4. Joh. Campe, cl. Monast. 5. Henr. Prekemolle 6. Reynold. de Langenhorst 7. Henr. Wedekint 8. Joh. de Dey		13. I. 1497 Joh. Cleynsmyt proc. produci fecit quendam processum in partibus huiusmodi causae coram cantore Paderbornensi, iudice ordinario. 8. III. 1497 idem produci fecit duo instrumenta publicae cessionis iuris, litis ac causae huiusmodi, unum per Ericum de Lippia et alterum per Herm. Roden.	5. V. 1492 commissio nova praesentatur. 4. XI. 1496 Joh. Cleynsmyt proc. obtinuit processum per audientiam contradictarum. 21. VI. 1497 sententia definitiva pronuntiatur. 21. VII. 1497 commissio dependens executorialium praesentatur.	A. R. Manualia 26, 35 u. 37

Numerus	Ao.	Titulus causae	Partes litigantes	Procuratores partium	
				a) Actoris	b) Rei
14.	4. VII. 1492 | 23. XII. 1495	Parochialis ecclesiae in Dringenberch	Ludolph. Potter cª Joh. Tremecken		1. Mag. Joh. Benninchusen
15.	14. XI. 1492 | 11. I. 1493	Canonicatus et praebendae	Joh. de Schachten cª Laurent. Nasshart	1. Mag. Joh. Fabri	1. Mag. Joh. Eylardi
16.	23. V. 1493 | 12. VI. 1494	Parochialis sancti Alexandri in Achenhusen et praebendae et commendae	Joh. Volmer cª Henr. Muyss et Conrad. Ketteler		
17.	1. VII. 1495 | 16. II. 1497	Praebendae sanctorum Petri et Andreae (Kollegiatstift Busdorf in Paderborn)	Decanus et capitulum ecclesiae ss. Petri et Andreae et Herm. Brinckman cª Ludolph. Potter	1. Joh. Bernynchusen 2. Herm. Ovelsust 3. Thom. Regis, proc. substit. 4. Marian. de Cuccinis, proc. substit. 5. Joh. Hartwich, proc. substit.	
18.	11. IV. 1496 | 22. IV. 1497	Paderbornensis sive Corbacensis et Moguntina bonorum	Reynerus de Velen, Conrad. Ymelman et Ludolph. Potter	1. Henr. Preckemolle	

Testes a) pro Actore	Testes b) pro Reo	Jura producta	Annotationes	Fontes
	1. Lubert. Gruter (?) 2. Henr. Molenbecke		4. VII. 1492 Ludolph. Potter principalis obtinuit citationem ad partes. 22. V. 1495 Mag. Joh. Benninchusen proc. obtinuit processum per audientiam contradictarum. 23. XII. 1495 idem obtinuit, decerni literas executoriales in forma.	A. R. Manualia 24 u. 36
			14. XI. 1492 Mag. Joh. Fabri proc. dedit mandatum principalis sui. 1. XII. 1492 item Mag. Joh. Eylardi proc.	A. R. Manuale 29
	a) pro *Henr. Muyss* 1. Joh. Dorsten 2. Joh. Hartwich 3. Ant. Cornuti, not. palat. 4 Joh. de Novocastro 5. Joh. de Unna, cl. Colonien.		23. V. 1493 Joh. Volmer principalis obtinuit citationem ad partes. 28. XI. 1493 Joh. Muyss principalis obtinuit processum per audientiam contradictarum. 18. II. 1494 sententia definitiva pronuntiatur. 12. VI. 1494 Conrad. Ketteler excommunicatur in litera grossa in acie Campi Florae.	A. R. Manuale 28
		3. VII. 1495 Joh. Bernynchusen proc. pro devolutione causae produxit duo instrumenta, unum appellationis a receptione admissionis et installationis Herm. Brinkman per Ludolphum Potter interpositae, aliud insinuationis eiusdem appellationis.	1. VII. 1495 commissio nova praesentatur. 3. VII. 1495 commissio dependens praesentatur, item 19. VII. 1495. 19. I. 1497 literae inhibitoriae a R. p. d. auditore decernuntur.	A. R. Manuale 32
			22. IV. 1497 Henning. Preckemolle proc. obtinuit citationem ad partes.	A. R. Manualia 27 u. 35

Numerus	Ao.	Titulus causae	Partes litigantes	Procuratores partium	
				a) Actoris	b) Rei
19.	31. V. 1497 | 7. VIII. 1501	Vicariae oppidi Lemego	Joh. Holtupderheyde cª Joh. Stoffheym et Theoder. Amelunck et Henr. Steynhaghen	1. Thomas Regis 2. Alex. de Bononia 3. Augustin. de Pistorio 4. Joh. de Unna 5. Joh. Brand	a) *Henr. Steynhaghen* 1. Herm. Ovelsust 2. Thomas Regis, proc. substit. 3. Wedekind. Rabbeke, proc. substit. 4. Joh. Gogreve, proc. substit. 5. Marian. de Cuccinis, proc. subst. 6. Sebast. de Faventia, proc. substit. 7. Theoder. Eynem, proc. substit. 8. Joh. Schutz, proc. substit.
20.	22. XI. 1498 | 17. V. 1500	Huxariensis Scholastriae et praebendae	Herm. Sander cª Joh. Winkelmann	1. Nicol. de Parma 2. Anton. de Poldo 3. Thom. Regis 4. Alex. de Bononia 5. Desider. de Angerio 6. Herm. Ovelsust, not. palat. 7. Joh. Holtupderheyde 8. Burch. Holtupderheyde	
21.	11. IV. 1499 | 14. VIII. 1499	Exemtionis seu Bilvendensis subsidii	Benezeth de Lymborch abbatissa ecclesiae s. Pusinnae in Hervord et alii litis consortes cª Hermannum archiepisco-	1. Thomas Regis 2. Herm. Ovelsust	

Testes a) pro Actore	Testes b) pro Reo	Jura producta	Annotationes	Fontes
1. Hilbrand. Drone, pastor in Duren 2. Joh. Moer de Wesalia, cl. Colonien. 3. Wessel. Sommerhus, cl. Monast. 4. Bernard. Daniel 5. Georg. Wulff 6. Joh. Cracht 7. Joh. Sartoris 8. Herm. Engelbrecht 9. Herm. Myssinck, cl. Paderborn.	a) pro *Henr. Steynhaghen* 1. Conrad. Schoff, cl. Paderborn. 2. Reyner. Overhoff, cl. Monast., interpres. 3. Bernard. Dorinck, cl. Paderborn.	19. IV. 1501 Joh. Holtupderheyde principalis produci fecit bullam gratiae expectativae ac processum desuper. 7. V. 1501 Mag. Thomas Regis proc. produci fecit tres literas, duas commendae beneficii, super quo agitur, et aliam attestationis priorissae sancti Jacobi in Lemego in vulgari lingua scriptam.	25. VI. 1501 sententia definitiva pronuntiatur. 2. VII. 1501 Joh. Holtupderheyde dedit cedulam appellationis. Fortasse hic duae causae coniunguntur.	A. R. Manualia 28, 40 u. 49
			22. XI. 1498 commissio nova praesentatur. Herm. Sander principalis iuravit paupertatem. 22. XI. 1499 commissio nova praesentatur.	A. R. Manualia 34 u. 43
1. Meynard. Tobynck 2. Joh. de Hallis			11. IV. 1499 commissio nova praesentatur. 29. IV. 1499 Thomas Regis proc. super non tuto accessu ad adversarios produxit duos testes. Idem iuravit iuramentum perhorrescentiae, quod principales sui non spera-	A. R. Manuale 40

Numerus	Ao.	Titulus causae	Partes litigantes	Procuratores partium a) Actoris	b) Rei
			pum Coloniensem et administratorem ecclesiae Paderbornensis et Joh. Los eiusdem officialem et vicarium generalem		
22.	15. VI. 1500 | 15. II. 1501	Hervordensis vicariae	Joh. Ledebur c[a] Henr. Prekemolle	1. Joh. Holtupderheyde 2. Reyner Overhoff 3. Julian. de Imola 4. Nicol. Francke	1. Joh. Gogreve

Testes		Jura producta	Annotationes	Fontes
a) pro Actore	b) pro Reo			
			rent, in partibus illis iustitiae complementum posse consequi. Edicta publica affigantur in Osnabrugen. et Mindensis ecclesiarum cathedralium valvis necnon parochialis ecclesiae villae Schomeren. 14. VIII. 1499 Herm. Ovelsust proc. obligavit se sub poena CCC ducatorum. Idem obtinuit commissionem absolutionis in partibus per decanum s. Johannis Minden. et Herm. Cock, Can. Hildes.	
1. Jacob. Dreger, cl. Osnabrug. 2. Everard. Brochus, cl. Osnabrug. 3. Leonard. Putiolanus 4. Gerard. Haren 5. Joh. de Werden 6. Conrad. Hovermeyer	1. Jacob. Fabri 2. Conrad. Schoff 3. Bernard. Do rinck 4. Joh. Arndes, cl. Minden. 5. Dethard. Rossner, cl. Minden. 6. Conrad. Remensnider, cl. Paderborn. 7. Herm. Sander, cl. Paderborn.	24. VI. 1500 Joh. Gogreve proc. produci fecit duas bullas, unam gratiosam et aliam executoriam Henr. Prekemolle unacum processu desuper. 21. XII. 1500 Henr. Prekemolle produci fecit literam sui acolitatus sigillo Joh. Tephelicensis Episcopi Paderbornensis in pontificalibus vicarii generalis sigillatam et dispensationem ordinariam, ut possit promoveri ad omnes minores ordines et ad habendum unum beneficium, necnon aliam dispensationem, ut possit promoveri ad omnes maiores ordines et ad retinendum alium beneficium, et unam dispensationem ad tria beneficia.		A. R. Manuale 47

Numerus	Ao.	Titulus causae	Partes litigantes	Procuratores partium a) Actoris	b) Rei
23.	24. III. 1501	Corbeiensis beneficii	Conrad. Hoveth c^a Henr. Brinkman		
24.	1. X. 1501	Huxariensis vicariae	Joh. Richters		1. Joh. Buren
25.	19. II. 1502 | 5. VII. 1503	Parochialis in Oedesdorp et beneficii in Ludel (Pfarrkirche in Oestorf)	Joh. Gogreve		1. Gotscalcus Rogge 2. Joh. Buren
26.	29. VII. 1502	Matrimonii	Ilske Meydeburch c^a Herm. Gryp	1. Henr. Meydeburch alias Papebrock, frater germanus dominae Ilske Meydeburch 2. Thomas Regis	
27.	8. VII. 1503 | 10. VIII. 1505	Parochialis in Corbecke (Pfarrkirche in Cörbecke Kreis Warburg).	Gaspar. de Miste c^a Conrad. Smalkoken		
28.	23. VII. 1503	Parochialis s. Nicolai antiqui oppidi Lemgo ac vicariae s. Trinitatis et simplicis beneficii.	Joh. Cotman c^a Bertold. Stoff et Martin. Custodis et Engelbert. Preyn		

Testes a) pro Actore	Testes b) pro Reo	Jura producta	Annotationes	Fontes
			24. III. 1501 Conrad. Hoveth principalis obtinuit citationem contra adversarium suum.	A. R. Manuale 47
			1. X. 1501 citatur Joh. Buren ex adverso proc. ad dicendum contra commissionem instante Joh. Richters.	A. R. Manuale 54
1. Conrad. Echteren 2. Conrad. Schuyff 3. Wedekind. Rabeke 4. Gerard. Reymensnyder. cl. Paderborn. 5. Joh. Arndes, cl. Minden.			19. II. 1502 commissio nova praesentatur. 5. VII. 1503 sententia definitiva pronuntiatur.	A. R. Manuale 45
			29. VII. 1502 Thomas Regis proc. obligavit se de ratihabendo sub poena CC ducatorum. Idem iuravit, ipsam dominam Ilske principalem non sperare, in partibus posse consequi iustitiae complementum.	A. R. Manuale 50
1. Joh. Gogreve 2. Paulus Beer		8. VI. 1505 Gaspar. de Miste produxit quandam bullam provisionis et surrogationis per Julium II. concessam.	8. VII. 1503 commissio appellationis praesentatur. 8. VI. 1505 commissio dependens praesentatur, item 20. VII. 1505.	A. R. Manuale 51
			23. VII. 1503 Joh. Cotman principalis iuravit paupertatem. Idem obtinuit inhibitionem contra suos adversarios.	A. R. Commissiones und Manuale 44

Numerus	Ao.	Titulus causae	Partes litigantes	Procuratores partium	
				Actoris	b) Rei
29.	16. IV. 1504 | 3. II. 1507	Vicariae sancti Mathaei	Anton. Schurman c^a^ Joh. Pilor	1. Burchard. Holtupderheyde 2. Augustin. de Pistorio 3. Thomas Regis 4. Nicol. de Parma 5. Joh. Tuten, decan. Xantensis 6. Henr. Mollenpech 7. Adolf. Moriken (?) 8. Wolfard. Terlaen 9. Elbert. Wrede, pastor in Alpen	1. Joh. Buren
30.	20. VIII. 1504 | 30. X. 1506	Hervordensis praebendae sanctorum Johannis et Dyonisii	Joh. Holtupderheyde c^a^ Joh. Sartoris de Thunen	1. Burchard. Holtupderheyde	1. Michael Forstenberch

Testes a) pro Actore	Testes b) pro Reo	Jura producta	Annotationes	Fontes
1. Joh. Dorsten, cl. Paderborn.	1. Mathias Paternoster, cl. Colonien. 2. Joh. Cracht, cl. Colonien. 3. Henr. Rodeker (?), cl. Paderborn		16. IV. 1504 commissio causae praesentatur. 17. IV. 1504 Burchard. Holtupderheyde proc. obligavit se de ratihabendo sub poena CC ducatorum.	A. R. Manualia 43, 61 u. 69
1. Adolph. de Hamel, pastor eccl. beatae Mariae Osnabrug. 2. Joh. Dalde, cl. Colonien. 3. Joh. Potken, praepos. Embricensis 4. Joh. Tute, decan. Xantensis 5. Herm. Ovelsust, scriptor apostolicus 6. Joh. Cracht 7. Elbert. Wrede, cl. Colonien. 8. Henr. Mollenbeck, cl. Colonien. 9. Andreas Venrat, praepos. s. Cuniberti Colonien. 10. Martin. Gelinck, cl. Magunt.		9. VI. 1505 Georg. Wulff connotarius produxit bullam provisionis Joh. Holtupderheyde.	20. VIII. 1504 commissio nova praesentatur.	A. R. Manuale 59

Numerus	Ao.	Titulus causae	Partes litigantes	Procuratores partium a) Actoris	b) Rei
31.	18. XII. 1504 | 9. VII. 1507	Vicariae in Bustorf	Bernard. Luttekemeyer c^a Henr. Greve		1. Thomas Regis 2. Augustin. de Pistorio 3. Wolfard. Terlaen 4. Gotscalcus Rogge; 5. Herm. Femelen (?)
32.	24. I. 1505	Vicariae in Soltkotten	Henr. Roschen c^a Anton. Schurman.	1. Joh. Schurman	
33.	24. II. 1507 | 25. III. 1507	Vicariae in parochiali ecclesia oppidi Buren	Everhard. Rutter c^a Joh. Nicolai	1. Petrus de Berchem	
34.	23. II. 1508 | 17. VII. 1508	Vicariae seu pensionis	Henr. Grach c^a Burchard. Holtupderheyde		1. Joh. Buren, proc. caus. 2. Joh. Schutz, proc. caus. 3. Rotg. Dungelen, proc. caus. 4. Martin. Gelinck, proc. caus.
35.	22. X. 1508 | 27. X. 1508	Vicariae in Bercolt	Martin. de Helt c^a Joh. Imessen		
36.	18. XI. 1508	Parochialis in Beken (jetzt PfarreiNeuenbeken)	Joh. de Colonia c^a Joh. Reddophe		

Testes a) pro Actore	Testes b) pro Reo	Jura producta	Annotationes	Fontes
1. Gerard. Heseler, cl. Monast. 2. Joh.Duster, cl. Monast. 3. Radulph. Curre, cl. Osnabrug.			23. I. 1505 commissio dependens praesentatur, item 1. IV. 1505. 10. VII. 1506 citatur Herm. Femelen (?) proc. ad videndum, concedi secundum fatale in vim bullae Innocentianae. 20. XI. 1506 causa prorogatur ad sex menses instante Bernardo Luttekemeyer. 26. IV. 1507 alia prorogatio ad sex menses, item 9. VII. 1507.	A. R. Manuale 62
			24. I. 1505 Henr. Roschen obtinuit processum contra suum adversarium.	A. R. Manuale 51
			25. III. 1507 Petrus de Berchem proc. dedit mandatum sui principalis. Idem iuravit paupertatem et obtinuit citationem contra adversarium sui principalis.	A. R. Commissiones und Manuale 64
				A. R. Manuale 69
			22. X. 1508 commissio nova praesentatur.	A. R. Manuale 69
			18. XI. 1508 commissio nova praesentatur.	A. R. Manuale 70

Numerus	Ao.	Titulus causae	Partes litigantes	Procuratores partium	
				a) Actoris	b) Rei
37.	2. III. 1509 | 26. III. 1509	Bonorum et haereditatis	Lubbertus Varendorp	1. Mag. Marianus de Cuccinis 2. Bernard. Mocharius 3. Thomas Regis 4. Paulus de Alexiis 5. Nicol. Budelli 6. Joh. Hensbeck 7. Joh. Kontenbrower 8. Henr. Molenbeck 9. Guillelm. Gogel 10. Adolph. Wunerborn 11. Marian. de Perusiis (?) 12. Herm. Femelen (?)	
38.	2. V. 1509 | 19. III. 1510	Vicariae in Blomberg	Joh. Odalrici alias Ordewini familiaris et continuus commensalis papae c^a Herm. Engelkynck et Joh. de Colonia	1. Thomas Regis 2. Alex. de Bononia 3. Theoder. Eynem 4. Stephan. Gualteri 5. Herm. Fomelen 6. Henr. Lengerinck	a) *Joh. de Colonia* 1. Alex. de Bononia 2. Thomas Regis 3. Joh. Laurentii 4. Joh. Buren b) *Herm. Engelkynck* 1. Joh. Schutz 2. Burch. Holtupderheyde 3. Martin. Gelinck

Testes		Jura producta	Annotationes	Fontes
a) pro Actore	b) pro Reo			
			7. III. 1509 Lubbertus Varendorp principalis obtinuit literas compulsorias.	A. R. Manuale 76
1. Henr. Prekemole, cl. Paderborn. 2. Herm. Mollener, cl. Osnabrug. 3. Herbord. Dincklage, cl. Osnabrug. 4. Jacob. Fabri, cl. Treviren.	a) *pro Herm. Engelkynck* 1. Joh. Nippel 2. Sigismund. Schuffler 3. Arnold. Goltwert, not. palat. 4. Petrus Trolleti, notar. palat. 5. Henr. Vos, cl. Monast. 6. Wilh. Gogel, cl. Colonien. 7. Paulus Nienbacker, cl. Bambergen. 8. Gotfrid. Urso, cl. Osnabrug. 9. Herm. Scuffuth, cl. Magunt. 10. Wedekind. Rabbeken, can. s. Martini Minden.	21. XI. 1509 Joh. Odalrici produci fecit processum gratiae expectativae necnon instrumentum acceptationis provisionis et publicationis. 16. II. 1510 Joh. Schutz proc. produci fecit instrumentum constitutionis procuratorum ad persequendam gratiam expectativam d. Herm. Engelkynck necnon substitutionis procuratorum et instrumentum acceptationis et provisionis eiusdem d. Engelkynck. 11. III. 1510 idem produci fecit processum gratiae expectativae d. Hermanni Engelkynck.	2. V. 1509 commissio causae praesentatur. 4. V. 1509 Joh. Odalrici principalis iuravit paupertatem. 9. V. 1509 Herm. Engelkynck obtinuit dilationem quatuor mensium ad partes.	A. R. Commissiones und Manuale 64

Numerus	Ao.	Titulus causae	Partes litigantes	Procuratores partium a) Actoris	b) Rei
39.	2. VIII. 1509	Canonicatus et praebendae ac capellarum	Martin. Helt		
40.	22. II. 1510 – 8. IV. 1511	Beneficii ss. Petri et Pauli parochialis ecclesiae veteris oppidi Warbergk (Warburg)	Conrad. von Beffte cª Berthold. Buckenaw, presbyterum Paderborn.	1. Burchard. Holtupderheyde 2. Thomas Regis 3. Alex. de Bononia 4. Joh. Schutz 5. Martin. Gelinck	
41.	29. IV. 1510 – 24. XI. 1512	Portionis iuris decimandi seu census	Wilhelm. Westfal, decanus eccl. cathedralis Paderborn. cª Joh. Funk	1. Joh. Schutz	1. Bernard. Mocharius 2. Thomas de Prato; 3. Henr. Brand 4. Otto de Honinghen 5. Joh. Berger 6. Joh. Snyder
42.	1. VI. 1510	Hervordensis canonicatus et praebendae ss. Johannis et Dionysii	Herm. Engelbrinck cª Henr. Sartoris		
43.	17. VI. 1510 – 26. VI. 1510	Vicariae in Bustorp	Ludolph. Potter	1. Wedekind. Rabbeken	1. Joh. de Colonia

Testes a) pro Actore	Testes b) pro Reo	Jura producta	Annotationes	Fontes
			2. VIII. 1509 Martinus Helt principalis obtinuit processum.	A. R. Manuale 75
			22. II. 1510 commissio nova praesentatur.	A. R. Manuale 78
	1. Frideric. Wedemeyer. cl. Magunt. 2. Hugo Kerkerinck cl. Monast. 3. Bernard. Litterhuys, cl. Paderborn. 4. Henr. Frye, cl. Paderborn. 5. Conrad. Mangolt, cl. Paderborn. 6. Joh. Renis 7. Herm. Tile, cl. Paderborn. 8. Joh. Vollen, cl. Monast.		29. IV. 1510 Joh. Schutz proc. dedit mandatum sui principalis. 17. II. 1511 decernuntur literae remissoriae ad partes. Iudices remissoriarum deputantur Herm. Hoerde can. eccl. Monast., Adolf. Kur officialis Episcopi Monast. et Joh. Volquini, decanus eccl. s. Mauritii Monast. 17. XI. 1511 commissio dependens praesentatur. 2. VI. 1512 sententia definitiva pronuntiatur. 12. VI. 1512 Joh. Schutz proc. a sententia appellavit. 28. VI. 1512 prorogatio fatalium, item 24. XI. 1512.	A. R. Manualia 81 u. 93
				A. R. Commissiones
			17. VI. 1510 citatur Joh. de Colonia ex adverso proc. ad producendum omnia instante Ludolpho Potter principali.	A. R. Manuale 76

Numerus	Ao.	Titulus causae	Partes litigantes	Procuratores partium	
				a) Actoris	b) Rei
44	5. VIII. 1510	Beneficii diaconalis	Joh. de Colonia ca Herm. Tylen		
45.	30. VII. 1511 | 6. II. 1513	Vicariae in Lemmego	Joh. de Colonia ca Conrad. Manegele		1. Joh. Buren 2. Joh. Giesenheim 3. Herm. Ghir 4. Frider. Wedemeyer 5. Statius de Tzersen
46.	14. V. 1512 | 4. XI. 1512	Villae Ewerdessen et bonorum (Erwitzen)	Arnold. van der Borch		
47.	21. IX. 1512 | 4. VII. 1513	Annui census XXV florenorum ac iniuriarum	Jodocus Driborch, can. sancti Stephani Maguntini ca consules et proconsules oppidi Warburg	1. Thomas Regis	1. Joh. Buren
48.	3. IV. 1513 | 3. XII. 1515	Parochialis in Corbac (Corbach im Fürstentum Waldeck)	Lambert. Johannis	1. Mag. Mart. Gheyling 2. Thomas Regis 3. Jacob. Cortesius 4. Joh. Schutz 5. Joh. Bueren 6. Henr. Winter 7. Gotfrid. Oedt	
49.	6. IV. 1513 | 16. XII. 1513	Vicariae primi beneficii et Angelorum	Engelbertus de Nihusen ca Herm. Gyr	1. Thomas Regis 2. Jacob. Cortesius 3. Jacob. Friberga 4. Martin. Geylingk 5. Otto Falckenbergh	1. Thomas Regis 2. Christoph. Revot 3. Jacob. Spede

Testes a) pro Actore	Testes b) pro Reo	Jura producta	Annotationes	Fontes
			5. VIII. 1510 commissio nova praesentatur.	A. R. Manuale 71
				A. R. Manuale 85
			14. V. 1512 Arnoldus van der Borch principalis obtinuit citationem. 28. X. 1512 idem obtinuit processum.	A. R. Manuale 88
1. Mart. Geyling, cl. Magunt. 2. Conrad. Fecke, cl. Paderborn.			21. IX. 1512 commissio nova praesentatur. 22. IX. 1512 Thom. Regis obtinuit iusiurandum de perhorrescentia. Idem super non tuto accessu ad adversarios sui principalis produxit duos testes.	A. R. Manuale 83
	1. Werner. Heger 2. Herm. Nicolai 3. Conrad. Beften, cl. Paderborn. 4. Joh. Cracht 5. Anton. Erwitte	11. II. 1515 Lambertus Johannis produci fecit bullam collationis per Julium II. sub dato 1506 6° id. Octobr. concessam.	29. II. 1515 sententia definitiva pronuntiatur. 21. III. 1515 commissio dependens executorialis praesentatur. 3. XII. 1515 Martin. Gheyling proc. repetiit literas executoriales.	A. R. Manuale 91
1. Joh. Schroeder, cl. Magunt. 2. Ambros. van den Wald, cl. Paderborn. 3. Herm. Tylen, cl. Paderborn.	1. Joh. Fridach, cl. Colonien. 2. Joh. Knypperdollinck, cl. Monast.	28. XI. 1513 Engelbertus de Nihusen produci fecit quoddam sumptum gratiae expectativae sub dato Romae 1511 5° Non. Mart. concessae. 5. XII. 1513 idem produci fecit pro-		A. R. Manuale 79

Numerus	Ao.	Titulus causae	Partes litigantes	Procuratores partium a) Actoris	Procuratores partium b) Rei
50.	8. IV. 1513 | 20. VI. 1515	Canonicatus et praebendae	Henr. de Guntersberch c[a] Joh. Valkenberg, can. eccl. Paderborn. et Rotger. de Dungelen et Philippum Speigel	1. Thomas Regis 2. Berengar. Sagunta 3. Joh. Schutz 4. Joh. de Euskirchen 5. Otto de Honyngen	a) *Joh. Valkenberg* 1. Mag. Joh. Buren b) *Philippi Speigel* 1. Mag. Joh. Schurman

Testes a) pro Actore	Testes b) pro Reo	Jura producta	Annotationes	Fontes
4. Engelbert. van den Beck, cl. Monast. 5. Herm. Kroen, cl. Bremen. 6. Paul. Niedeck, cl. Bambergen. 7. Zutpheldus Wardenberg 8. Henr. Wynter		cessum gratiae expectativae sub dato 1512 die decima sexta Junii concessae.		
1. Arnold. Goldwert, cl. Colonien. 2. Joh. de Euskirchen, cl. Colonien. 3. Theoder. de Eyckel, cl. Colonien. 4. Joh. Schurman, cl. Monast. 5. Nicol. Bulderian, cl. Caminen. 6. Marc. Valsche, cl. Verden. 7. Gerard. de Harsen, cl. Colonien. 8. Paul. Beer, cl. Verden. 9. Joh. Potken, praepos. s. Georgii Colonien. 10. Joh. Schonow 11. Herm. Ghyr 12. Joh. Wedel, cl. Osnabrug. 13. Rembert. Kersenbrock, can. Osnabrug.	a) pro *Joh. Valkenberg* 1. Herm. Hirsinger, cl. Magunt. 2. Mag. Herm. Ghyr, cl. Paderborn. 3. Herm. Tylen, cl. Paderborn.	14. IV. 1513 Georg. Post not. palat. produxit literas apostolicas collationis Rotgeri de Dungelen necnon gratiae expectativae eiusdem per Julium II concessas. 27. IV. 1514 Henr. Guntersberch produci fecit literas apostolicas Julii II. provisionis sive mandati de providendo. 28. VI. 1514 Joh. Valkenberg produci fecit processum gratiae expectativae cum sigillo Joh. Buren, decani s. Gangolphi Maguntini iudicis et executoris.		A. R. Manuale 92

Numerus	Ao.	Titulus causae	Partes litigantes	Procuratores partium	
				a) Actoris	b) Rei
51.	28. VI. 1513 | 19. IX. 1513	Vicariae s. Stephani et parochialis s. Laurentii	Henr. Dusyng c[a] Joh. Vellen, cl. Monast.	1. Joh. Campis	
52.	4. X. 1513	Beneficii imperatoris	Burchard. Holtupderheyde c[a] Herm. Ghyr	1. Mart. Gelinck	

Testes		Jura producta	Annotationes	Fontes
a) pro Actore	b) pro Reo			
			28. VI. 1513 Joh. Campis proc. dedit mandatum sui principalis. 19. IX. 1513 Joh. Vellen obtinuit citationem et iuravit paupertatem.	A. R. Manualia 79 u. 84
—			4. X. 1513 Mart. Gelinck proc. promisit de ratihabendo.	A. R. Manuale 84

(Fortsetzung folgt.)

2. Die Zehntbaulast nach der Fürstbischöflich-Würzburgischen Verordnung vom 11. April 1687.

Eine rechtsgeschichtliche Untersuchung.

Von Dr. jur. et rer. pol. *Ludwig Hagenauer*, Rechtsanwalt in München.

(Schluss; vgl. Bd. 95 III. Quartalheft S. 422 ff.)

§ 3.

Die Praxis nach der Verordnung vom 11. April 1687.

Die Verordnung vom 11. April 1687 hat die Zehntbaupflicht im Umfange des gemeinen Rechts wieder zur Geltung gebracht. Da die hievon Betroffenen sich gegen die neue Verpflichtung naturgemäß wehrten, so ist es nicht zu verwundern, dass die Protokolle der darauffolgenden Jahre von sehr vielen Fällen berichten, in denen die zur Baulast herangezogenen Dezimatoren Widerspruch erhoben. Diese zahlreichen Fälle, von denen auch Schmitt (S. 160 ff.) eine Anzahl anführt, beweisen, dass mit der Verordnung im Hochstift Würzburg ein neues Recht eingeführt wurde, sie beweisen aber gar nichts für die Frage der Baupflicht des Laikalzehnts, da diese Frage hiebei nicht berührt und die Laienqualität des Zehnts von den Dezimatoren gar nicht eingewendet wurde. Dies hat auch bereits Burkhard [1]) gegen Schmitt hervorgehoben.

Die Protokolle des Geistlichen Rates enthalten im Gegenteil Stellen, aus denen hervorgeht, dass die Verordnung lediglich das gemeine Kirchenrecht des Tridentinums einführte, nicht aber ein hievon abweichendes Partikularrecht. Das ergibt sich sogar aus der von Schmitt [2]) für seine Ansicht angeführten Stelle vom 22. Februar 1688, f. 87 ff. Der Geistliche Rat hält die durch die Verordnung normierte Zehntbaupflicht im Konzil von Trient begründet, weil die Interpretes dieses Konzils übereinstimmend die Zehnten zu den fructus ecclesiae rechnen, wenn sie auch nicht ausdrücklich genannt sind. Es solle daher im Hochstift ebenso gehandhabt werden, wie man »in patria und anderen benach-

1) Bl. f. R. A. 7. Erg.-Bd. S. 342.
2) S. 184 Fußnote 3; ein Teil davon steht auch S. 154 Fußnote 18.

barten Diözesen« gegen das Hochstift vorgehe. Und der Dominus Cancellarius präzisiert den Inhalt der Verordnung kurz dahin: »allergestalten es auch bei anderen benachbarten Diöcesen in exercitio sei«. Da aber »in patria und den benachbarten Diözesen« das Tridentinum galt, so kann diese Stelle kein Beweis für ein abweichendes Partikularrecht sein. Warum sich das Würzburger Domkapitel zum Beweis für seine Baulastfreiheit auch auf das Konzil von Trient berief, ist leicht erklärlich und aus der Stelle selbst ersichtlich: weil in demselben die Zehntherren nicht ausdrücklich genannt sind. Dass sich das Domkapitel auf das Konzil von Trient berief, ist um so weniger verwunderlich, als der Geistliche Rat wenige Jahre vorher selbst seine Ansicht von der Baulastfreiheit des Zehnts mit dem Tridentinum begründet hatte.[1]) Auch die Berufung auf das 3. Laterankonzil brauchte Schmitt nicht so in Verwunderung zu setzen, wenn er sich vergegenwärtigt hätte, was er selbst S. 35 ff., 39 ff. über die weitverbreitete Ansicht schreibt, dass die vor diesem Konzil in Laienhände gekommenen Zehnten von jedem rechtlichen Verband mit der Kirche gelöst seien. Dass das Domkapitel diese Streitfrage in dem ihm günstigen Sinne beantwortete und zur Begründung seines Standpunktes verwendete, ist selbstverständlich. Über die vom Domkapitel konstatierte gegenteilige consuetudo aber geht Schmitt mit Stillschweigen hinweg.

Dass Fälle, in welchen die Dezimatoren auf Grund der Verordnung als baupflichtig erklärt wurden, für die Frage der Baupflicht des Laikalzehnts beweisuntauglich sind, wenn nicht die Laienqualität des betreffenden Zehnts einredeweise geltend gemacht wird, scheint auch Schmitt zu fühlen. Er behauptet daher wenigstens in *einem* Fall, nämlich Schondra, dass der dortige Zehnt laikaler Natur gewesen sei.[2]) Allein selbst angenommen, der Zehnt in Schondra sei laikaler Natur gewesen, so wäre der Fall nur dann von Bedeutung, wenn der Zehntherr seine Baulastfreiheit gerade auf die Laienqualität des Zehnts gestützt hätte und dieser Einwand als unbegründet verworfen worden wäre. Denn nur in diesem Fall läge eine Entscheidung über die Baupflicht des Laikalzehnts vor. Ein solcher Einwand wurde jedoch während der langen Verhandlungen niemals gebracht. Es ist aber von Schmitt gar nicht der Nachweis geliefert, dass der Schondraer Zehnt laikaler Natur war. Die Tatsache, dass das

1) s. oben S. 436. — 2) S. 152 Fußnote 15.

Fuldaer geistliche Ratskollegium keinen Pfarrer für Schondra zu setzen hatte und auch nicht die Qualität eines Oberpfarrers für diesen Ort besaß, begründet noch nicht die Laienqualität des Zehnts, abgesehen davon, dass auch diese Behauptung unbewiesen ist. Ganz unbehelflich ist die weitere Bemerkung, dass aus der Drohung der evtl. Beiziehung »gleichgestalteter Zehnten« des Würzburger Hochstifts die laikale Natur des Zehnts folge. Denn 1. bezieht sich das »gleichergestalt« als Adverb auf das Prädikat »verfahren«, nicht auf »Zehnten«, und 2. würde es auch in dem von Schmitt gebrauchten Sinne nichts beweisen, da damit noch lange nicht gesagt ist, *welcher* Gestalt die Würzburger Zehnten sind.

Schliesslich ist beim Fall Schondra wohl im Auge zu behalten, dass das Stift Fulda *tatsächlich nichts bezahlt hat.*

Für die Richtigkeit der Ansicht, dass die Verordnung lediglich gemeines Kirchenrecht, aber keine partikularrechtlichen Sonderbestimmungen enthält, sprechen noch folgende Stellen:

»Die Euerfelder bitten umb einen beysteuer zu vollführung der bereits under Tach stehender kirch daselbsten, undt das sie allein von dem Stifft Haug als decimatore 6 Rthlr geld, undt 100 gelehnt empfangen haben.

Conclusum. Es seye dem Stifft Haug als Decimatori zu dem ende zu Communiciren, umb das sie hierinnen Celsissimi durchgehents ergangener Verordnung submittiren, undt sich super quanto erklären sollen.«

(G. R. Pr. vom 24. März 1688, f. 115).

Die Stelle interessiert hauptsächlich deshalb, weil auch hier das ominöse Wort »durchgehends« in unmittelbarer Verbindung mit der Verordnung vorkommt, aber jedenfalls nicht in dem von Schmitt gebrauchten Sinne.

»Der Prelat zue Closter Ebrach antwordet wegen jährlichen beytrag ad 5 Rthlr zu Underhaltung eines Pfarres zue Röttelsehe undt zu erbauung des Pfarrhaus zue gedheimb ad 150 fl auf das erste zwahr . . .

. . . . (interessiert hier nicht),

auf das andere aber das er zwahr der orths decimator, zue dem Pfarrhaus quaestionis niehmahlen etwas gegeben worden seye undt bittet umb das Kloster mit neuen beschwehrnussen nicht zu belegen, sondern zu Conservirung des habenten Juris advocationis in solchen fallen nicht mehr zu kränkhen als zu schirmen.

Conclusum. Es were zu antworten erstlich . . . . (interessiert hier nicht), *undt fürs andere, das die decimae als welche Juris Divini; ex natura mit solchen beschwehrnussen behafftet seyen, allergestallten es bey anderen Erz- undt Bistümbern nicht allein in gleicher observanz, sondern auch S. Hochfürstl. Gn. selbsten dises Jus an Ihnen geschehen lassen müssen, undt darinnen weder von deroselben, noch von dero Stifftern und Clöstern einige opposition geschehe, zumahlen es auch bey dem Päbstl. Stuel durch verschiedene praeiudicia c.*[1]) *decimatores dissfalls unlengsten gesprochen worden seye, dahero er sich umb so weniger bey seiner so klarer obligation sich ferner ufhalten undt die media Juris erwarten werde.*«

(G. R. Pr. vom 10. April 1688, f. 140 f.)

Hier wird die Übereinstimmung des Würzburger Zehntbaurechtes mit den anderen Rechtsgebieten ausdrücklich konstatiert. Auch auf die gemeinrechtliche Theorie von dem ius divinum als dem Ursprung des Zehnten wird Bezug genommen, was für die ihrem Ursprung nach rein weltlichen Laienzehnten gar keinen Sinn hätte.

Noch deutlicher beweist die folgende Stelle, dass man auch im Hochstift Würzburg den Zehnt nur insoweit zur Baupflicht heranzog, als er als fructus ecclesiae galt:

»*Occasione der zur Zeyl unumbgänglich zu bauen seienter Pfarrkirch, so ad 3000 fl kosten werde, weillen dermahlen ausser den decimis keine andere mittel zu finden, würd gefraget, ob in solchem fall die decimatores zu solchen bauen de jure gezogen werden können, undt demnach dahin geantworth cum sint decimae fructus Ecclesiae et ad Divina ordinati, undt von ihrem anfang solche obligation mit sich tragen, das darumben die decimatores, wan sonsten keine andere mittel vorhanden, die Unkosten zu tragen schuldig.*«

(G. R. Pr. vom 18. August 1698, f. 263).

Auch nach 1687 waren im Hochstift Würzburg manche Zehntherren ohne Geltendmachung eines besonderen Befreiungsgrundes baulastfrei:

»*Der Keller zue Volkach berichtet das er denen zu Underfussenheim*[2]) *die reparation selbigen Pfarrhauses, oder das sie an ein andern orth angewiesen werden müsten, angedeutet, es hetten aber dieselbe die Unvermögenheit und das die hochfürstl.*

1) = contra.
2) wahrscheinlich Untereisenheim.

Cammer als decimator nit konkurriren wolle, vorgewendet, undt seye sonsten schad für den copulosen orth und Jugent, wan dieselbe ihres Gottesdiensts beraubt werden sollte: ob nit demnach etwas von einigen milten Stifftungen bey zu ſchieſſen.

Concl. Es were noch diser Vorschlag zu versuchen, das nehmblichen der Pfarrer in ein anderes gemeindehaus verwisen werde, und seine 5 fl. baugeld jährlichen Bestand gebe, hingegen die Underthanen an dem Pfarrhaus den gibel abheben sollten. So an den Beambten zu schreiben.

Placet. Wegen des begehrten Vorschusses aber werde bey der Cammer schwehrlich geholffen werden können.«

(G. R. Pr. vom 5. April 1702, f. 45).

Also trotz des drohenden Verlustes des Gottesdienstes braucht der Zehntherr (allerdings die hochfürstliche Kammer!) nicht zu konkurrieren.

»Die zue Böttigheimb bitten, weillen der neue kirchenbau bereits bey ihnen angefangen, und die decimatores keinen beytrag thuen wollen, umb ihnen mit einem anlehen von 1000 Thlr. zu solchem bau an die Hand zu gehen, und dieselbe hinwiderumb von den Pfarrgefällen, iedoch ohne Zins successive herabzunemmen, da immittels der Pfarrey und der zur Pfarr gehörigen gütter von den Schuelgefällen, die der Pfarrer auf seine Kosten durch eine ledige Persohn bestellen wolle, erhallten werden könnten.

Concl. Die Supplicanten hetten vorderist sich umb eine solche gelegenheit zu bewerben, wo die begehrte 1000 Thlr. hergenommen werden könnten, da man sonsten bey dem Vorschlag kein bedemkhen.«

(G. R. Pr. vom 30. Mai 1702, f. 73).

Auch hier hat der Geistliche Rat gegen die Weigerung der Dezimatoren kein Bedenken, selbst wenn die Gemeinde Schulden machen muss. Diese hat tatsächlich auch ein Darlehen aufgenommen:

»Cammerzinsverwalter als Ambtman zue Böttigheimb lasset anfragen wie das daselbstige gemeind zu fortführung daselbstigen kirchenbaus ein capital von 500 Thlr. übernemmen wolle, und weillen bey dem Spithal Arnstein so vill geld vorhanden were, umb das man es ihnen zu kommen lassen möge.

Concl. Wan das Capital werde genugsamb versichert werden, so hat man dabey kein bedemkhen.«

(G. R. Pr. vom 15. September 1702, f. 135).

»*Die zue Lengfurth bitten nachdeme ihr kirchenbau bereits 2500 fl. gekostet und doch die handwerksleuth noch nit bezahlt, umb die Decimatores zu einem zulänglichen beytrag anzuhalten, weillen ihnen nit möglich, die baukosten aus ihren mitlen zu tragen.*

Concl. Indeme allhiesige documenta an verschiedenen orthen dociren, das die gemeind zu der Kirch und Pfarrhaus bau erhalltung schuldig, dahero denen decimatoribus dissfalls nichts angesonnen werden könne. So were ein solches denen Lengfurtern durch den beambten anzudeuten. ad effectum ob sie keine andere documenta c.[1]*) decimatores bey zu bringen haben mögten.*«

(G. R. Pr. vom 4. Dezember 1702, f. 173).

Trotz Unvermögens der Gemeinde sollen die Zehntherren erst dann in Anspruch genommen werden, wenn ihre Verpfichtung durch Urkunden besonders nachgewiesen ist. Von einer generalis consuetudo keine Rede.

Im folgenden soll noch der Streit der Herren von Truchsess, der am Anfang des 18. Jahrhundertes so viel Staub aufwirbelte und der nicht nur die Würzburger Regierung, sondern auch die Juristenfakultäten von Tübingen und Halle, sowie das Kammergericht in Wetzlar beschäftigte, dargestellt werden, soweit darüber in den Protokollen des Geistlichen Rates berichtet ist.[2]) Dieser Fall ist deswegen von besonderer Bedeutung, weil hier zum ersten Male seit Erlass der Verordnung die Frage der Baupflicht des Laikalzehnts angeschnitten wurde. Da dieser Streit, wie bereits erwähnt, nicht vor dem Geistlichen Rat ausgetragen wurde und diesen daher nur zum kleinsten Teile beschäftigte, sind die Protokolle hinsichtlich dieses Falles ziemlich dürftig. Immerhin werfen sie einige Schlaglichter auf die Sach- und Rechtslage, welche die Darstellung Schmitts verschiedentlich korrigieren.

Vor allem ist es wiederum von Interesse, dass in Unteressfeld, genau wie in Schondra und in Gädheim, der Fürstbischof selbst einen Teil des Zehnts besass und seinerseits pro rata zum Kirchenbau beigetragen hatte:

»*In Erbawung der Pfarrkirchen zu Under-Essfeldt, alderweihlen noch 900 fl. für die handtwercksleuth zu zahlen benöthig, undt herentgegen die decimatores loci solche zu contribuiren zwar*

---

1) = contra.

2) Die von Schmitt (S. 158 Fußnote 22) angeführten Stellen sind im folgenden nicht wiederholt, aber zur Ergänzung heranzuziehen.

angehalten wordten, wie dan Celsissimus pro sua quota das ihrige geben, undt H. von Rosenbach sich nach denen von Truchses richten wollen, der arrest aber der Truchseßischen Zehndt relaxirt worden, alßo wehre Celsissimo zu referiren, wo gedachte geldmittlen herzunehmen, weihlen der Handwerksleuth ihr Verderben darauf stündte.«

(G. R. Pr. vom 10. Januar 1701, f. 7).

Hieraus sind die Motive für das Vorgehen gegen die Truchsess zu ersehen: Der Fürstbischof war Condezimator, und der Herr von Rosenbach, ebenfalls Condezimator, hatte erklärt, sich nach dem Truchsess zu richten. Wenn man also nicht Gefahr laufen wollte, die gesamten Unkosten schliesslich allein zu tragen, so musste gegen den Truchsess energisch eingeschritten werden. Zunächst war allerdings der Geistliche Rat wenig zuversichtlich: der über die Zehntfrüchte des Truchsess verhängte Arrest war schon wieder aufgehoben (aus welchem Grunde, ist nicht ersichtlich), und der Geistliche Rat sann schon auf Mittel und Wege, um das Geld anderweitig zu beschaffen.

Teilweise im Widerspruch mit der vorigen Stelle steht die nächste:

»*Die Maurer und Tünger so bey Under Eßfeldter Pfarrkirch ihre verdingten arbeiten bereits vorm Jahr gemacht, urgiren ihre noch ausstehente Bezahlung.*

Concl. Indeme solcher leuthen bezahlung allein von wegen der Condecimatorum daselbsten verweigerenten beytrag bishero unabgerichtet verblieben, undt zwahr indessen der Truchsessische Zehendt zu berührtem ende mit arrest belegt, und hinc inde brieff gewechslet worden, die arbeiter aber sich in die länge nit verweisen lassen können: So stünde es dahin, ob Se. hochfürstl. Gn. solche Zahlungen entweder aus denen Truchsessischen Zehentfrüchten, oder auf denen herrschafftlichen thuen zu lassen belieben wollten.

Celsissimus. Weillen die Truchsessische früchten ohne deme noch under dem Verbott begriffen, so were von denselben so vill zu nehmen, undt die handwercksleuth pro rato des Truchsessischen contingents an dem bau zu bezahlen.«

(G. R. pr. vnm 4. Februar 1701, f. 20).

Der Widerspruch hinsichtlich der Beschlagnahme der Truchsessischen Zehnten ist aus den Protokollen nicht zu erklären.[1])

1) Wahrscheinlich ist inzwischen ein neuer Arrest angeordnet worden.

Er ist jedoch für die Sache selbst ohne Bedeutung. Denn dass sich der Geistliche Rat im Unteressfelder Fall auf den Standpunkt stellte, der Laikalzehnt sei baupflichtig, ist nicht zu bezweifeln. Inwieweit aus dieser Stellungnahme auf das geltende Recht Schlussfolgerungen gezogen werden können, wird noch zu erörtern sein.

Die nächste Stelle berichtet über die Zustellung des von Burkhard (S. 10) angeführten Urteils des Kaiserlichen Kammergerichts in Wetzlar vom 14. September 1702:

»*Von einem Cammergerichts botten zue Wezlar wurde ein Mandatum de relaxando arresto mox post Insinuationem et imposterum non facti, sed Juris via procedendo et restituendo, et in causa principali comparendo intra 3° dies Wezlariae insinuirt sub dato den 14. 7 bris 1702. Sine clausula.*

Concl. Retenta Copia Collationata, mit ihren beylagen wurde das originale mit dem bedeuten zurückgegeben, das man es in respectum S. Caesareae Maiestatis pro insinuato annehme und hallte, und darüber die gebühr zu seiner Zeit beobachten werde.«

(G. R. Pr. vom 2. Oktober 1702, f. 145).

Es handelte sich hier offenbar nur um eine einstweilige Verfügung, während die causa principalis anhängig blieb. Denn noch im Jahre 1705 heisst es von dieser Sache, sie sei von »einem weiteren Aussehen«:

»*Über die im letzteren Rath vorkommene proposition die decimas und derselben obligation, und in specie den casum mit denen Truchses von Wetzhausen betr. wurde auf hochfürstl. gdgsten befelch durch den geheimen Rath Reibelt, und Hofrath Scheffner ein dißfalls bey der Hof Rathsstub vervastes ohnmasgebliches guetachten Communicirt; so summariter darinnen bestünde, in deme die mit denen Truchsessen und der Ritterschaft habente Sach von einem weiteren aussehen, und bey schon einem von der Wezlarischen Cammer ausgewürkhten mandato sine clausula, an einem pari torio nit zu zweiflen, das daher ein anderes mittel nit zu nemmen, als das praestite prius cautione de restituendo in casu succumbentiae die erhobene Zehentfrüchten deductis expensis zu restituiren, und dan die sach mit denenselben entweder amicabiliter auszumachen, oder bey nit verfangenten fall auf ein Compromiss zu gedenkhen seye: Welches Sr. Hochfürstl. Gn. mit dem geistl. Rath zu communiciren und*

dass daselbsten das Tübing. Responsum inner 3. Monath widerlegt werden solle.

Concl. Es seye zwahr die restitution der schon zu dem Under Essfelter kirchen bau verwenten Zehents umb so schwehrer einzurichten, weillen weder die Kirch noch die gemeind selber zu restituiren das vermögen habe. Weillen aber Regulariter die cautio ein remedium arresti, und sonsten außerdem kein anderes mittel zu erfinden seye: so conformirte man sich obigem guetachten iedoch solcher gestallt, dass die restitutio der Zehenten denen Truchsessen, quali in favorem der Ritterschaft geschehe, und non iuri praestita prius cautione, da indessen bis dieselbe würde beygebracht werden, zu erfinden sein würde, von welchem die restitution her zu thuen were, könte auch under der Hand von dem Beamten zue Königs-[1]) *die aigentliche quantitet der zu restituiren seyenten früchten vernommen und in denen angesezten 3 Monaten bis widerlegung des Tübing. Responses verfertiget werden könte.*«

(G. R. Pr. vom 11. Dezember 1705, f. 262).

Der Geistliche Rat macht hier zwar die Restitution der beschlagnahmten Zehntfrüchte noch von einer Sicherheitsleistung abhängig, zeigt sich aber einem Vergleich grundsätzlich nicht abgeneigt. Im folgenden Jahr ist von einer Sicherheitsleistung schon keine Rede mehr. Vielmehr werden die Mittel zur Restitution bereit gestellt und die Möglichkeit erwogen, dass die Baukosten von anderer Seite zu beschaffen sind:

»*Von löbl. Hofrathsstuben beschied Communication des schreibens von der Ritterschaft pro restitutione der dem von Truckses wegen des Kirchenbaws zu Underesfeldt arrestirt undt verwendeten Zehentfrüchten, mit Erinnerung dass selbige beschleiniget und auch die refutation des pro Truckses ausgegangenen getruckten Resposi*[2]) *Juris maturiert werden mögte.*

Concl. Angesehen die verwendung der früchten auf gdgste Einwilligung Celsissimi bey underth. Relation geschehen, der Cammer nicht zu zu muten die restitutionem von dem Ihrigen zu thuen, so ist der underth. Vorschlag, dass von des Closters Wechterswinckel Kasten zu Königshoffen, welches dermahlen besonderß mit Vorrath an früchten zum uberschuß gesegnet, hingegen aber an paarem geldt mittlen zurückgehet, sothane früchten in solang bey geschossen werdten biß man sich mit denen Truch-

1) Zweifellos ein Schreibversehen für »Königshofen« i. Gr.
2) Offensichtlich ein Schreibfehler für »Responsi«.

sessen des beydrags wegen vereinbaret oder von demjenigen deme solcher Kirchenbau zu incumbiren erkennet würdte oder auch von dem gotteshauß mittlen erholt haben mögte.«

(G. R. Pr. vom 11. Oktober 1706, f. 229 f.).

Vom Truchsess hoffte man also, wenn überhaupt, nur auf dem Wege gütlicher Vereinbarung etwas zu erhalten. In den Protokollen finden sich dann nur noch einige Stellen, laut deren über die Höhe der Restitution verhandelt wurde.

Die kritische Würdigung des Unteressfelder Falles ergibt:

Wie aus den zahlreichen Beispielen aus der Zeit vor und nach der Verordnung zu ersehen ist, gab sich der Geistliche Rat naturgemäß immer Mühe, für die Reparatur der baufälligen Kultusgebäude die Mittel aufzubringen und suchte in diesem Bestreben auch die Dezimatoren, so gut es ging, heranzuziehen. Bei diesen Versuchen führte er gewöhnlich alle möglichen Gründe ins Feld, um die Zehntherren zur Übernahme der Unkosten zu bewegen. Wenn dann der betreffende Dezimator sich zur Wehr setzte und eine Beitragsleistung verweigerte, so liess es der Geistliche Rat häufig hierbei bewenden, da er die Aussichtslosigkeit seines Vorgehens einsah. Aus dieser Praxis des Geistlichen Rates folgt aber, dass man eine einzelne, aus dem Zusammenhang gerissene Äusserung desselben nicht als einen Beweis des damals geltenden Rechtes betrachten darf. Es ist vielmehr immer der wirkliche Ausgang des Streites ins Auge zu fassen und überdies nicht nur ein einzelner Fall, sondern eine grössere Anzahl gleichgearteter Fälle zu berücksichtigen. Schon hieraus ergibt sich, dass der Kirchenbau von Unteressfeld für die Baupflicht des Laikalzehnts nichts beweist. Denn allem Anschein nach haben die Laiendezimatoren, die Truchsess von Wetzhausen, *nichts* beigetragen.

Noch weniger beweist der Unteressfelder Streit für eine besondere Würzburger Observanz. Eine solche ist in den langen und weitschweifigen Verhandlungen mit keiner Silbe erwähnt, was doch seitens des Geistlichen Rates sicher geschehen wäre, wenn er seinen Anspruch auf eine solche hätte stützen können. Die Baupflicht der Laienzehnten wird zwar vom Geistlichen Rat auf das bestimmteste bejaht, aber nicht — und das ist der springende Punkt — auf Grund einer besonderen Würzburger Observanz, sondern auf Grund des gemeinen Kirchenrechts. Der ganze Streit bewegte sich durchaus im Rahmen und auf dem Boden des gemeinen Kirchenrechts, wobei, wie Meurer zutreffend

bemerkt, allerdings vor allem gemeinrechtliche Irrtümer über die Natur des Laienzehnts hereinspielten.

Zum Schluss bestätigen noch zwei Stellen aus späteren Jahren die Geltung des reinen tridentinischen Rechts im Hochstift Würzburg. Die erste davon beweist überdies, dass der Geistliche Rat seinen gegen die Truchsess eingenommenen Standpunkt später verlassen und sich bedingungslos zum gemeinen Kirchenrecht bekannt hat. Im Jahre 1729 fasste der Geistliche Rat ein Concilium mit dem Rubrum: »Reparation schadhafter Kirchen betr.«:

»Die regula, 1° quoad reparationem Ecclesiarum ruinosarum zu halten, sey sowohl in iure communi, alß in Conc. Trident. sess. 21 cap. 7 de reform. versehen, dass 1mo wo nicht kundbahr, daß solcheß onus ex pacto vel Consuetudine einen gewissen obliege, und 2° daß gotteshauß selbsten die Mittel darzu nicht habe, pro 3° alßdann alle die ex Ecclesia einige proventus ziehen vq die oberpfarrer etc., worunter auch pro 4° die Decimatores sive Ecclesiastici sive Laici ex natura Decimarum, so zu unterhaltung des gottesdiensts und darzu erforderlichen Gotteshäußern et Ministrorum gewittmet, nach anweisung deren DD zu zahlen seyndt, und pro 5° wo solche nicht hinlänglich, die Parochiani per collectationem anzuhalten, wo auch diese darzu 6° nicht sufficient, solche Kirchen zu demoliren und die cura an die nächst gelegene orth zu transferiren seye.

Wo also ad 1mum erweißlich, dass ex pacto vel consuetudine vel alio titulo einem gewissen solcheß obliege, immaßen Se. Churfürstl. Gnaden Johan Philipp darüber durch dero geistl. sowohl alß Weltliche beambte die sach untersuchen und beschreiben lassen, auch an deß hochstiffts angehörigen orthen in einen bey geistl. rath vorhandenen zusammen geschriebenen buch eines theylß, und mehrerß in denen einkommendten iährlichen relationibus deren rural Dechanten über die in ihren District begrieffene Kirchen und denen älteren auch iüngeren pfarrbeschreibungen befindlich ist, könne darvon nicht abgewichen, noch dass hohe ordinariat oder ein anderer darmit beschwehret, wo aber ad 2um die gotteshäußer selbsten ihre portionem assignatam hätten und in solchen vermögen stündten, die reparationes und bäu zu erhalten, hätte eß ohne dem darbey sein bewendten.

ad 3ium et 4um aber könten sich die ienige, so proventus auß denen Kirchen oder pfarr ziehen gleichwie die oberpfarrer und Decimatores sich dessen nicht entziehen und endlichen

ad 5. alle Vorbenahmbste darzu nicht hinlänglich wären, könnten die Parochiani per collectationem angehalten werden, welcheß dann auch von denen vorherigen gnädigsten ordinariis durch in druckh emanirte mandata alßo pro regulamento stabiliret, auch in territoriis alienis vicinorum Principum Chur-Mayntz, Chur Pfaltz, Bamberg, des hohen Teutschen Ordenß, Fürsten zu Schwarzenberg, Probstenß zu Öllwangen, verschiedentliche gräfflichen und Adeligen ritterschafftlichen angehörigen orthen alßo bishero observirt worden, und auch die quaestion in generali nicht gehalten werden kann, sondern in Casibus particularibus occurrentibus zu entscheiden.«

(G. R. Pr. vom 23. Juli 1729, f. 185 f.).

Deutlicher, als es hier geschieht, kann die Übereinstimmung des Würzburger Rechts mit dem gemeinen Kirchenrecht und das Nichtvorhandensein einer besonderen Observanz wohl nicht zum Ausdruck gebracht werden. Die Beweiskraft der Stelle wird noch erhöht dadurch, dass dieselbe nicht auf einen speziellen Fall zugeschnitten ist und dass die darin enthaltene Ansicht, wie auch aus dem folgenden hervorgeht, erst nach reiflicher Überlegung formuliert wurde. Es ist auch zu beachten, dass dieses Protokoll aus einer Zeit stammt (1729), als die durch den Unteressfelder Streit hervorgerufene Kontroverse zu Ende gegangen war.[1])

Aber ebenso interessant wie die vom Geistlichen Rat als zutreffend angenommenen Ausführungen ist ein in den Beilagen des Bandes 1729 enthaltener Text, der anscheinend ein Entwurf zu obigem Protokoll ist und neben dem oben wiedergegebenen Wortlaut des Conclusum folgende, vollständig durchstrichene Stelle enthält:

»*Weilen die ältere geistliche Räth sich erinneret, das unter Regierung Sr. hochfürstl. Gnaden Joannis Godofridi höchstseel. Ged. dergleichen fundus oder bau cassa schon haben wollen eingerichtet werden, in erwegung aber gar viele Pfarreyen in territorio vicinorum principum als Chur Maynz, Chur Pfalz, Bamberg, des hohen teutschen Ordens, Fürsten von Schwarzenberg, Probsten von Ellwangen gelegen, allwo mehrenteils zu neu aufferbauung der baufälligen kirchen und ruinosen pfarrhäusern die vorsehung schon gemacht, auch im hohen Stifft nicht durchgehends, sondern in orthen, wo die hochfürstl. Cammer entweder*

---

1) Das von J. H. Böhmer verfasste Gutachten der juristischen Fakultät in Halleist vom 1. Mai 1729.

universal- oder condecimator ist, der größte mangel sich hervor gethan; habe das concept eine bau cassam zu erigiren nit wollen angehen, und seye im jahr 1687 ein universal Decret ergangen, das wofern weder der heylig, noch die gemeind die bau-reparations unkosten zu tragen nit vermag, weniger schuldig zu seyn könne erwiesen werden, alsdann die Zehntherrn durchgehends der Zehenden proportion nach zu concurriren schuldig erklärt worden, und seye solches pro evidenti norma et regula solange höchstgedacht Se. hochfürstl. Gnaden Joann Gottfrid gelebt, also observirt, und damals gar viele Kirchen gebauet worden, vermeine also der geistl. Rath, diesem principio seye ferner zu inhaeriren, und könne die hochfürstl. Cammer umb so weniger entgegen seyn, als welche von verschiedenen Clöstern die reiche einkünfften, die ad pias causas gewidmet, jährlich einziehet. Dahero dann auch Se. Hochfürstl, Gnaden Hr. Johann Philipp auß der familie von Greiffenklau Hochseel. ahngedenkens den 18. Juli 1702 unter anderen controvertirten quaestionen auch diese Fragen: an, quinam et in quantum teneantur Decimatores oncurrer ad reparationem Ecclesiarum, Scholarum, domorum et aedificiorum parochialium, durch die deputirten geistlich, weltliche Hoff- und Cammer Räthe examiniren undt erörthern lassen wie Extractus sub lit. A außweist.«

Hieran anschliessend folgt als weitere Beilage, die aber auch vollständig durchstrichen ist:

»Fünff decidirte quaestiones. Actum den 18. Julii 1702« und unter diesen quaestiones ist auch die von Schmitt (S. 155) angeführte »Quaestio quarta« und das »Gutachten ad quartum«. Aber alles dies ist, wie nochmals betont sei, vollständig durchstrichen. Nach dem Durchstrichenen steht das oben angeführte Conclusum: »die regula, so quoad reparationem Ecclesiarum ruinosarum« . . . etc.

Hieraus ergibt sich:

Der Fürstbischof ordnete im Jahre 1729 eine Feststellung der baulastrechtlichen Normen an. Der Geistliche Rat oder vielmehr wahrscheinlich ein einzelner Referent wollte nun ursprünglich einfach die im Jahre 1702 anlässlich des Unteressfelder Streites entschiedenen Fragen und Gutachten hernehmen und sie als Darstellung des geltenden Rechts dem Fürstbischof präsentieren. Der Geistliche Rat entschied sich aber für eine Neufassung der diesbezüglichen Normen und liess, wie aus der Durchstreichung hervorgeht, das Gutachten von 1702 fallen, ein

Beweis, dass er letzteres selbst nicht für einwandfrei hielt. Er konstatierte vielmehr klipp und klar, dass im Hochstift Würzburg das Recht des Tridentinums gilt, ebenso wie in sämtlichen benachbarten Gebieten.

Wo Schmitt die Stelle von 1702 gefunden hat, lässt sich natürlich nicht nachweisen. Die Vermutung liegt jedoch nahe, dass er die durchstrichene Stelle vom Jahr 1729 benützte und ohne weiteres annahm, dass sie sich auch im Band 1702 finde, da der Auszug das genaue Datum »18. Juli 1702« trägt. Schmitt hätte sich aber selbst sagen müssen, dass die Stelle überhaupt nicht in einem Band der Protokolle des Geistlichen Rates stehen kann, da das Gutachten nicht vom Geistlichen Rat, sondern von einer gemischten Kommission von »geistlich, weltliche Hoff- und Cammerräthe« abgegeben wurde, deren Beschlüsse natürlich in die Protokolle des Geistlichen Rates überhaupt nicht aufgenommen wurden.[1])

Zehn Jahre später (1739) wird ebenfalls die Geltung des Konzils von Trient im Hochstift Würzburg konstatiert. Auf die Weigerung des Domkapitels von Mainz, als Condezimator zum Bau der Dietigheimer Kirche beizutragen, erging folgendes Conclusum des Geistlichen Rats:

»Sr. Hochfürstl. Gnaden wäre unterthgst zu referiren, dass es eine bekannte, in dem heil. Concilio Tridentino klar ausgemachte, und in allhiesigem Hochstifft durch die bisherige ohnunterbrochene Übung bestärckte Sach seye, dass denen decimatoribus das onus fabricae deren baufälligen Kirchen, sofern anderst der Heilige die Kösten beyzutragen nicht selbst vermögend ist, zukomme.«

(G. R. Pr. vom 27. Mai 1739, f. 240 f.).

Wenn der Geistliche Rat dem Domkapitel von Mainz mit einer Würzburger Observanz hätte aufwarten können, hätte er sich das jedenfalls nicht entgehen lassen.

---

1) Soweit in der durchstrichenen Stelle Angaben tatsächlicher Natur gemacht sind, behält sie natürlich einen gewissen Wert, im Gegensatz zu den Rechtsausführungen. Man erfährt da, dass die Hauptschwierigkeiten immer die fürstliche Hofkammer als Dezimator oder Condezimator machte, wenn es einen Bau aus Zehntmitteln zu führen galt, und dass in den betreffenden Orten der grösste Mangel an Mitteln zum Kirchenbauen herrschte. Daraus erklärt sich auch, warum der Fürstbischof Johann Gottfried, der die Verordnung von 1687 erliess, sich so viel darauf zu gute tat, dass dieselbe auch gegen ihn selbst zur Anwendung kommen sollte (cf. Schmitt S. 185, Fußnote u. oben S. 615).

Das bisherige Ergebnis ist:

Weder in der Verordnung selbst noch in den anderen Quellen der Zeit von 1640—1740 findet sich eine Spur von einer besonderen, vom gemeinen Kirchenrecht abweichenden Observanz hinsichtlich der Baupflicht des Laikalzehnts. Auch Schmitt vermag nicht eine einzige Stelle aus der Zeit vor 1750 anzuführen, die eine solche Observanz bestätigt. Dagegen konstatieren eine sehr grosse Anzahl Stellen die Übereinstimmung des Würzburger Rechts mit den Bestimmungen des Konzils von Trient.[1])

Die Frage, ob sich seit der Mitte des 18. Jahrhunderts im Hochstift Würzburg eine besondere Observanz gebildet hat, liegt an sich ausserhalb des Rahmens vorliegender Darstellung, die lediglich Sinn und Inhalt der Verordnung feststellen will. Die Bildung einer solchen Observanz seit 1750 ist jedoch kaum anzunehmen: Zur Bildung eines Gewohnheitsrechtes ist erforderlich, »dass die Norm, welche als Gewohnheitsrecht gelten soll, in einer Mehrzahl gleichartiger Fälle, beruhend auf der rechtlichen Überzeugung des Volkes, sei es nun in einem weiteren oder engeren Kreise, gleichmäßig und wiederholt beobachtet werde.«[2]) Ausserdem gehört in unserem Fall auch Unvordenklichkeit (immemorialis consuetudo) dazu. Alle diese Kriterien mangeln aber einer etwaigen in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts entstandenen Übung. Gegen eine später entstandene Observanz sprechen insbesondere auch die von Burkhard (S. 9 ff.) aufgeführten Gründe.

Wenn also in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts vereinzelte Stimmen laut werden, die eine besondere Würzburger Observanz behaupten, so befanden sich diese offenbar in einem Irrtum. Allem Anschein nach gehen diese Äusserungen alle auf eine gemeinsame Quelle, nämlich Barthel, zurück, der von 1727 bis 1791 lebte und Professor des Kirchenrechts und »das Haupt der geistlichen Regierung« war.[3]) Vermutlich ist daher auch das Schreiben des Geistlichen Rats vom 10. Mai 1769 an das Vikariat von Konstanz (Schmitt S. 159[4])) von ihm inspiriert. Und somit

---

1) Zu diesen gehört auch G. R. Pr. vom 24. Nov. 1698 (Schmitt S. 157) wo die etiam apud acatholicos recepta praxis und die Uebereinstimmung mit dem Tridentinum bezeugt wird.

2) Urteil des Bayer. Oberst. Landesgerichtes v. 13. Jan, 1881 (Schmitt S. 176 Fußnote 60).

3) Schmidt S. 93.

4) Es muss auch hier wieder darauf hingewiesen werden, dass die Stelle keineswegs das enthält, was Schmitt herausliest. Der Geistliche Rat behauptet eine Observanz, dass der Zehntherr für die Einrede der Laienqualität beweis-

dürfte Burkhard (S. 2) Recht haben mit seiner Ansicht, dass die Anmerkung Barthels in seinen Annotationes ad universum ius canonicum den Anlass zur Rechtsverwirrung und zu den widersprechenden Urteilen des Obersten Gerichtshofes bildete.

II. Abschnitt.

Das Verhältnis zwischen Zehentherr und Gemeinde hinsichtlich der Baupflicht.

Mit dem im vorstehenden Abschnitt gewonnenen Ergebnis ist auch die zweite Streitfrage zum grössten Teil gelöst, die Frage, ob nach der Verordnung vom 11. April 1687 der Zehntherr vor oder nach der Pfarrgemeinde konkurrenzpflichtig ist. Wenn die Verordnung sich mit den Bestimmungen des Konzils von Trient in Übereinstimmung befindet, dann erstreckt sich diese Übereinstimmung wohl auch auf die Reihenfolge der Konkurrenzpflichtigen. Denn es ist doch kaum anzunehmen, dass die Verordnung in ein und demselben Satz gleichzeitig eine mit dem Tridentinum übereinstimmende und eine davon abweichende Bestimmung getroffen habe, ohne diesen Gegensatz irgendwie zum Ausdruck zu bringen. Es soll im folgenden aber auch der quellenmäßige Nachweis dafür erbracht werden, dass auch hinsichtlich der Reihenfolge der Baupflichtigen die Verordnung vom 11. April 1687 mit dem gemeinen Kirchenrecht übereinstimmt.[1])

---

pflichtig, und bemerkt, dass dieser Beweis bisher noch nie gelungen sei. Er konstatiert also ausdrücklich die Zulässigkeit der Einrede. Denn die Beweislast für eine Einrede setzt deren Zulässigkeit voraus, weil es über eine unzulässige Einrede überhaupt zu keinem Beweis kommt. Schmitt behauptet aber die Unzulässigkeit der Einrede der Laienqualität (S. 149).

1) Der § 13 des *Schmitt*'schen Werkes (S. 182—224), welcher sich mit dieser Frage befasst, ist mit Ausnahme des letzten Satzes die wörtliche Wiedergabe eines im Archiv des Ordinariates Würzburg aufbewahrten Gutachtens aus dem Jahre 1848. Damals war zwischen den Fürsten von Löwenstein und der Gemeinde Schollbrunn ein Prozess anhängig, in dem über die Streitfrage der Reihenfolge der Konkurrenzpflichtigen zu entscheiden war. Das auf Ansuchen des Appellationsgerichtes Würzburg ausgearbeitete Gutachten ist sehr umfangreich und sorgfältig mit zahlreichen Belegen aus den Quellen hergestellt. Es trägt zwar keinen Namen des Verfassers, allein aus der Schriftvergleichung und auch aus anderen Anhaltspunkten ergibt sich mit grosser Wahrscheinlichkeit, dass es der damalige Domkapitular und spätere Bischof von Würzburg, Dr. Johann Valentin *Reissmann* († 1875) verfasst hat. Das Gutachten wurde nicht nur vom Appellationsgericht Würzburg, sondern auch vom Oberappellationsgericht München zur Grundlage der Entscheidung in dem erwähnten Prozess gemacht. Die Entscheidung des letztgenannten Gerichtes ist veröffentlicht im Regierungsblatt des Königreichs Bayern 1849, S. 553—561, auch abgedruckt in der Verordnungen-Sammlung von Döllinger XXIII. Bd. (1853), S. 306/08 und der von Weber IV. Bd. (1885) S. 33/6.

§ 4.

Die Verordnung vom 11. April 1687.

Eine Untersuchung, ob *vor* der Verordnung vom 11. April 1687 die Zehntherren vor oder nach der Pfarrgemeinde konkurrenzpflichtig waren, ist soweit gegenstandslos, als, wie in § 1 nachgewiesen, der Zehnt in der Zeit unmittelbar vor dieser Verordnung (1678—1687) baulastfrei war. Allein es wurde oben auch weiter nachgewiesen, dass in der Zeit von 1644 bis 1663 die Dezimatoren unter Berufung auf das Konzil von Trient als baupflichtig betrachtet wurden und ausserdem manche Dezimatoren infolge eines besonderen Rechtstitels baupflichtig waren; in diesen Fällen ist natürlich auch die Reihenfolge der Baupflichtigen von Belang. Es sei vorweg bemerkt, dass sich für die ganze Zeit vor 1687 keine Spur von einer Umstellung der Zehntherren und Pfarrgemeinden findet. In den in § 1 aufgeführten Fällen,[1]) in welchen die Zehntherren herangezogen werden sollten, beriefen sich diese auf alle möglichen Befreiungsgründe, aber nicht ein einzigesmal findet sich die Einrede, dass die Dezimatoren erst nach den Pfarrgemeinden konkurrenzpflichtig seien, was doch beim Vorhandensein einer solchen Norm das Nächstliegende gewesen wäre. Dagegen heisst es im Protokoll vom 10. Mai 1686 (S. oben S. 448) ausdrücklich, dass »im widrigen Fall (d. h. wenn das Stift Fulda als Zehntherr zum Pfarrhausbau von Schondra nichts beiträgt) es auf die underthanen, sonderheitlich auf die Fuldischen kommen müste«. Hieraus ergibt sich, dass die Pfarrgemeinde erst dann konkurrenzpflichtig ist, wenn die Zehntherren nichts beitragen.

In Betracht kommt ausserdem noch eine Entscheidung vom 31. Januar 1687, also aus der Zeit unmittelbar vor der Verordnung.

»Die Gosmansdorffer am Main[2]) *bitten nachdeme sie in uffrichtung eines Pfarrhaus, so vill die Zimmer arbeit antrifft ihr äuserstes gethan, umb Ihnen zu Vollführung desselben eine steyer zu thuen.*

Conclusum: Weillen die supplicirende gemeind, die ohne deme nur ad interim das Ihrige undt nicht aus erwisener Schuldigkeit beygetragen, nichts mehr zu thuen vermöge: So were es ein Casus, in welchem man ad decimatorem, den Herrn Dombprobsten recurriren müsse.

(G. R. Pr. vom 31. Januar 1617 f. 40).

1) s. o. S. 425/30.
2) vgl. o. S. 430 f.

Da es sich hier auf Seite der Pfarrgemeinde um eine freiwillige Leistung handelt, kann diese Entscheidung ebenfalls nicht für eine Bau*pflicht* der Parochianen vor den Dezimatoren angegerufen werden.

Was nun die Verordnung vom 11. April 1687 selbst betrifft, so ist zunächst zuzugeben, dass der Wortlaut der Verordnung auf den ersten Blick dafür zu sprechen scheint, dass die Gemeinden vor den Zehntherren baupflichtig sind. (»Dass, ... wofern .... weder der Heylige *noch die Gemeind* solche zu tragen vermag, ... *alsdann* die Zehentherren .... zu konkurrieren schuldig sein«).

Meurer, der auch diese Ansicht vertritt,[1] fasst dementsprechend die Verordnung als ein Kompromiss zwischen dem Gemeinde-Prinzip und dem tridentinischen Nutzungsprinzip auf, durch welches das Ringen zwischen beiden seinen Abschluss gefunden habe. Selbständig sei in der Verordnung nur die Platzordnung für die Zehntkonkurrenz.[2]

Da sich in der Tat um die Mitte des 17. Jahrhunderts einige Stellen finden, laut welcher die Zehntherren, zum Teil unter Berufung auf das Konzil von Trient, zur Konkurrenz herangezogen wurden,[3] während in dem Jahrzehnt unmittelbar vor Erlass der Verordnung die Zehntherren zweifellos baulastfrei waren, so kann man vielleicht von einem Ringen zwischen beiden Prinzipien sprechen, wobei das Gemeindeprinzip in der Zeit unmittelbar vor 1687 unbestritten die Oberhand hatte. Es konnte ferner von dem Gesichtspunkt aus, dass der Zehnt unmittelbar vor der Verordnung überhaupt baulastfrei war, allenfalls begreiflich erscheinen, dass man von dieser allgemeinen Baulastfreiheit nicht direkt zum strengen Tridentinischen Prinzip übergehen wollte, sondern eine Milderung desselben durch Umstellung in der Reihenfolge der Pflichtigen eintreten liess.

Allein bei näherem Zusehen ergibt sich doch die Unrichtigkeit dieser Ansicht. Die innere Unwahrscheinlichkeit, dass in *einem* Satz der Verordnung tridentinisches Recht und gleichzeitig eine Ausnahme davon enthalten sein soll, wurde schon erwähnt. Es fehlte auch ein Anlass zu einer derartigen Regelung der Frage. Dies wäre der Fall gewesen, wenn, wie Meurer anzunehmen scheint, es zu Streitigkeiten zwischen Gemeinden und Zehntherren

1) a. a. O. S. 89 f.
2) a. a. O. S. 91 Anm. 4.
3) s. oben S. 425/30.

gekommen gewesen wäre. Allein von solchen Streitigkeiten ist nirgends die Rede. Auch enthalten die Protokolle des Geistlichen Rates keinerlei Anhaltspunkte dafür, dass durch die Verordnung von 1687 eine Umstellung der Konkurrenzpflichtigen erfolgte, wohl aber eine grosse Menge von Beweisen für die Übereinstimmung der Verordnung mit dem Tridentinischen Recht auch in diesem Punkt.

Hier sind zunächst die beiden Stellen vom 24. und 29. Januar 1687 (oben S. 452; Schmitt S. 150 f. u. 217 f.) von Wichtigkeit. Die fürstbischöfliche Resolution, welche in dem Protokoll vom 24. Januar 1687 enthalten ist, erwähnt die Gemeinde, die durch eine Umstellung der Pflichtigen doch ungleich stärker belastet worden wäre als nach tridentinischem Recht, überhaupt nicht. Bei diesem Schweigen über die Baupflicht der Gemeinde ist es doch ausgeschlossen, dass der Fürstbischof gerade der Gemeinde eine ihr sehr ungünstige Platzordnung innerhalb der Zehntkonkurrenz anzuweisen die Absicht hatte. Wenn dies wirklich die Absicht des Fürstbischofs gewesen wäre, hätte das zweifellos schon in der ersten diesbezüglichen Kundgebung seinen Ausdruck gefunden.

Allerdings entsprach die im Protokoll vom 24. Januar 1687 enthaltene Formulierung dem Fürstbischof nicht ganz, und er liess daher laut Protokoll vom 29. Januar 1687 noch einen Zusatz anfügen. Wenn also in der ersten Fassung die Gemeinde lediglich aus Versehen nicht erwähnt war, hatte man jetzt Gelegenheit, das Versäumte nachzuholen. Allein auch die hinzugefügte Klausel erwähnt die Gemeinde mit keinem Wort.

Aus dem Zusammenhalt der beiden Stellen aber erhellt, was die Verordnung vom 11. April 1687 in ihrer schwülstigen Sprache recht verworren zum Ausdruck bringt oder vielmehr bringen will. Dass man die Dezimatoren allgemein (»durchgehents«) zur Baupflicht heranziehen wollte, kann nicht bezweifelt werden. Nun liess aber die Fassung vom 24. Januar 1687 den Fall unberücksichtigt, dass nicht der Heilige, sondern *ein anderes Rechtssubjekt* die *primäre* Baulast hatte. In diesem Falle wäre der Zehntherr bei Insuffizienz dieses primär Baupflichtigen frei ausgegangen, da nach dem ersten Wortlaut seine Baupflicht nur bei Insuffizienz des Heiligen eingetreten wäre. Diese Lücke sollte durch Hinzufügung der Klausel »oder sonsten niemand schuldig«, ausgefüllt werden. Diese Worte beziehen sich also nicht auf einen sekundär, sondern auf einen eventuell an Stelle

des Heiligen *primär* Baupflichtigen und wollen besagen, dass bei Insuffizienz des oder der primär Baupflichtigen die Zehntherren *allgemein subsidiär* baupflichtig sind. Zu einer solchen allgemeinen abstrakten Formulierung vermochte man sich aber im 17. Jahrhundert noch nicht aufzuschwingen, obwohl das Ringen nach einem alle Fälle deckenden Ausdruck aus den beiden Stellen deutlich erkennbar ist. Die Fassung der Verordnung selbst ist gegen die vom 29. Januar 1687 wieder eine bedeutende Verschlechterung. Statt des abstrakten Ausdrucks »oder sonsten niemand schuldig« setzte man einen konkreten Fall, nämlich die Gemeinde, die ja allerdings neben dem Heiligen am häufigsten primär baupflichtig ist. Zudem beging man noch die weitere Ungeschicklichkeit, die Negation des Satzes zu antizipieren und die beiden Subjekte (Heilige und Gemeinde) mit »weder—noch« zu verbinden, statt, wie es das allein Richtige gewesen wäre, mit »oder«, und die Negation zum Prädikat zu stellen. Nach dem Vorbild der leidlichen Fassung vom 29. Januar 1687 hätte der fragliche Passus auch bei Beibehaltung der konkreten Ausdrucksweise lauten müssen: »wofern in dergleichen Fällen der Heilige oder die Gemeinde solche nicht zu tragen vermag«. Das »weder—noch« bedeutet keineswegs eine Reihenfolge zwischen Heilige und Gemeinde, sondern ist nur die Antizipation der Negation. Heilige und Gemeinde sind die beiden häufigsten Fälle der primär Pflichtigen, die in ihrem Verhältnis zu den Zehntherrn einander koordiniert sind. Hier ist also von der Gemeinde nicht als dem *allgemein subsidiär* verpflichteten Rechtssubjekt die Rede, sondern von der Gemeinde, die aus irgend einem *besonderen* Grunde (Vertrag, Anerkenntnis, lokales Herkommen etc.) die *primäre* Baulast hatte. Und dies war, wie aus den Protokollen hervorgeht, sehr häufig der Fall.

§ 5.

Die Praxis nach der Verordnung vom 11. April 1687.

Die Richtigkeit der im vorigen § vertretenen Ansicht ergibt sich aus einer Reihe von Fällen aus der Zeit nach 1687. Ausser den von Schmitt aufgeführten Stellen (S. 188 ff. und auch S. 160 ff.) seien hier noch folgende registriert:

»*Die zue Kungenheimb bitten umb Ihnen zu notwendiger reparation ihrer Pfarrkirchen zu verhelffen.*

Conclusum. Weillen das Gotteshaus bei keinen mitlen,

so were der orths decimator der von Jagdhausen zu einem beytrag zu requiriren.«

(G. R. Pr. vom 16. Juni 1687, f. 192).

Anlässlich eines Baufalles in Güntersleben, wo der Prälat von St. Stephan als Dezimator in Anspruch genommen wurde, erging folgendes Conclusum:

». . . . . was aber dessen (des Prälaten) beytrag belanget, weillen allein der Recursus ad decimatores in casu postremo, wan nehmblich sonsten keine andere mittel sich finden lassen wollen, zu suchen seye, vermeint man das erstlich des Gotteshaus selbsten habente Gefäll vermittels des beambten hülff genau einzubringen, undt zuer reparation anzuwenden, das ubrige aber so nicht zu langen wollle, von dem decimatore zu begehren seye, undt dises seye Celsissimi iüngst emanirten Decreto gemees.«

(G. R. Pr. vom 23. Juli 1687, f. 239).

»Der Pfarrer zue Aufstetten berichtet die Baufalligkeit selbiger Kirch, die decimatores seyen der Pfarrer zu Tauber Rettersheimb, undt die graffschafft Weickhersheimb.

Conclusum. ad 1mum Seye ein Uberschlag der Unkosten zu begehren, item was das Gotteshaus vermöge, undt die gemeindt *a n f r o h n e n* *thuen* *w o l l e*, *als dan auch an die decimatores umb einen gemesenen beytrag zu schreiben.«*

(G. R. Pr. vom 9. August 1688, f. 264).

»Zu nothwendiger neuerbauung der sowohl ruinosen, als zu kleinen Pfarrkirch zu Berg Reinfelt[1]*) verlanget Celsissimus einen underth. Vorschlag, woh solche hiezue notwendige mittel herzunemmen weren, undt gehet derselbe demnach dahin, weillen der leztmahlige Verstorbene Dombdechant von Rosenbach seel. als Haugischer Probst selbigen kleinen Zehent iährlich ad 250 Mltr. lange Zeit genossen, von dessen verlassenschaft 500 Rthlr undt dan von dem Julier Spithal als Dorffsherren undt decimatore, jährlich ad 90 Mltr. 500 Rthlr, wie auch, undt dan von deme Closter Heydenfelt, als mit Zehentherren wegen der fruhemeß garstatt iährlich ad 20 Mltr. 50 Rthlr, desgleichen die von der gemeind allda neben der frohn bereits versprochenen 300 Rthlr. erhoben, undt zu solchem neuen kirchen bau applicirt werden können.«*

(G. R. Pr. vom 2. Januar 1688, f. 2).

In allen diesen Fällen werden nach der Kirchenstiftung sofort die Zehntherren in Anspruch genommen. Wenn der Ge-

1) s. oben S. 439 f.

meinde überhaupt Erwähnung geschieht, so handelt es sich lediglich um die Frohnen, zu welchen die Gemeinde ohnehin immer verpflichtet ist, oder höchstens um einen freiwilligen Beitrag der Gemeinde.

Fälle, wie sie der Verordnung vom 11. April 1687 vorschwebten, sind in folgenden Stellen enthalten:

»*Laurentius Lemmer Pfarrer zu Fahr (berichtet) das die verschiedene ungewitter an dem allem wetter undt wind exponirten Pfarrhaus an fenstern und läden schaden gethan habe; weillen er aber ohne deme uber seine schuldigkeit 22 fl. in das Pfarrhaus gebauet: So bittet er obige schaden widerumb verbessern zu lassen.*

Conclusum. Man habe sich zu erkundigen, wer an disem orth zu bauen schuldig, undt wer decimator seye. Nachdeme sich nun ex relatione visitationis localis befunden, das die gemeind zu bauen schuldig seye: so were derselben die ermanglente reparation anzusinnen,«

(G. R. Pr. vom 2. August 1690, f. 214).

»*Die zu Statt Schwarzach sollicitiren die reparation der durch das gewitter ruinirten daselbstigen Kirch undt Pfarrhaus, allermassen es bey eingenommenen augenschein für nothwendig befunden worden. Sie ihres orths wenden ihr undt des Gotteshaus unvermögenheit vor, und geben den Vorschlag, das man einige kirchen Capitalia hiezu aufkünden und anwenden könte.*

Concl. So vill die Kirch angehet, were Celsissimus decimator, zu welchem dißfalls der recursus zu nemmen, undt etwas aus der kirchen Capitalien zu erwehnter nothurfft zu applicieren: das Pfarrhaus belangent were zwahr die gemeind dasselbe zu erhallten schuldig, weillen sie aber notorie arm, were in gleichen ex decimis zu succurriren.«

(G. R. Pr. vom 31. August 1693, f. 168).

Namentlich die letzte Stelle illustriert vortrefflich die Verordnung von 1687. Die Gemeinde hat die primäre Baupflicht, wegen ihrer Insuffizienz werden aber die Dezimatoren herangezogen. Soweit aber in den übrigen erwähnten Fällen die Dezimatoren auf Grund der Verordnung von 1687 herangezogen wurden, ist, soviel sich aus den Akten ersehen lässt, in keinem Falle der Einwand erhoben worden, dass nach der Verordnung die Gemeinde vor ihnen baupflichtig sei. Und auch seitens des Geistlichen Rates wird bei Insuffizienz des Kirchenvermögens

niemals die Gemeinde, sondern immer sofort der Zehntherr um einen Beitrag angegangen.

»*Dr. Jessert berichtet, dass der scheuern-bau zu prelßdorff höchst nöthig, Pfarrer auch gegegen 40 oder 50 fl. aus dem seinigen beitragen mit verlaubnis, dass er solche successive am subsidien- und baugelt desalviren darff, darfür auch Se. hochfürstl. Gn. noch 1692 dan 8 stämme aichholz zu schwellen, dan 16 biß 20 stemme Dannenholz aus dero waltungen contribuiren wolten.*

Concl. Weilen reparation der Kirchen und Pfarrhauses dem possessor des schloß zu prelßdorff, welcher die hochfürstl. Cammer ist, zustehet, Decimator aber in loco dass spithal S. Elisabetha zu Bamberg ist, also könten seine hochfürstl. Gn. zu dißen bau die erförderente nothurfft mehrs teylß es dahero es aus dero beholzung nit schädlich, beitragen, und gleichwohl das Hospital zu etwannigen beytrag ansprüchig machen; dem Pfarr aber seinen erbidenten vorschuß an gelt an dem bauw-, nit aber am subsidiengelt zu desalviren verlauben könne.«

(G. R. Pr. vom 3. September 1691; versehentlich in den Band 1692, f. 330, gebunden).

Sehr bezeichnend ist hier die Haltung der hochfürstlichen Kammer und die Stellungnahme des Geistlichen Rates. Obwohl die Kammer primär baupflichtig ist, und bei ihr von einer Insuffizienz natürlich keine Rede sein kann, versucht man doch vom Zehntherrn einen »etwannigen beytrag« zu erlangen. Die Stelle zeigt aber weiter, dass die konkrete Fassung der Verordnung von 1687 zu eng ist, da sie den Fall, dass ein anderes Rechtssubjekt als Heiliger oder Gemeinde primär baupflichtig ist, unberücksichtigt lässt. Dass man auch in solchen Fällen auf die Zehntherren zurückgegriffen hat, geht aus der Stelle ebenfalls hervor. Die Gemeinde aber blieb unbehelligt.

»*Uber die undt von wegen der zur erbauung der kirch zue hoheimb der Carthauſ Astheimb*[1]) *als decimatori angesezter contribution ad 60 fl. beschwehrt sich ermelte Carthauſ undt bezihet sich auf ihren Schuzbrief, undt exhibirt zu dem ende denselben originaliter in krafft dessen berührte Carthauf, derselben Persohnen undt gütter in keine weis beschwehrt werden sollen; weillen aber hingegen die beschwehrnus reparandi et aedificandi denen decimis originaliter undt von der natur incumbirt, zu-*

1) vgl. oben S. 434.

mahlen auch in praeiudicium Ecclesiae nichts dergleichen statuirt werden können, undt dahero die Carthauſ de iure ihre intention nicht evinciren dörffte, So vermeint man den P. Priorem zu disponiren zu suchen, ob er in anſehung obigen mediis, ohne weitere weitlaufigkeit, etwas undt nahmentlich die von 80 auf 60 fl. schon reducirte fl. zu obgemelten kirchenbau, citra omne praeiudicium des Schuz briefs contribuiren möge.

Celsissimus. ex ratione conclusi hette die Carthauſ Ihren beytrag ex debito zu thun.«

(G. R. Pr. vom 24. Mai 1692, f. 351).

»*Der Pfarrer zue Herlheimb urgirt die reparation des daselbstigen ruinosen Pfarrhaus.*

Conclusum: Nachdeme sich zu solcher nothurfft ausser den decimis keine mittel finden, welche Celsissimus undt das Closter Ebrach seint, so were information zu begehren, pro qua parte Celsissimus undt Ebrach condecimatoren undt was die reparation kosten mögte.«

(G. R. Pr. vom 4. August 1694, f. 182).

»*Die Gemeind zue Trappsatt*[1]) *bittet umb die ex crimine adulterii gefallene 150 fl. straffgelder ihnen zur erbauung des Pfarrhofes zu kommen zu lassen.*

Conclusum. Es were ein Gratiale, so lediglich bey Sr. hochfürstl. Gn. beruhe.

Celsissimus. man habe in via communi zu verbleiben undt denen decimatoribus (den Fausten von Stromberg) die Baukosten abzufordern.«

(G. R. Pr. vom 14. November 1695, f. 197).

Anlässlich des Pfarrhausbaues in Sondernau erging folgendes

»*Conclusum: denen Decimatoribus solches zu insinuiren, absonderlich beyden adelichen von Seckhendorff undt Berlichingen Lutherischer confession, mit diesem Zusatz dass auch die Lutherani sich in diesem principio steiffen, wan ein Kirchen auß eigenen mittlen sich in baw nicht erhalten kan, dass die Decimatores, So wohl zur Kirchen alß pfarrhauß bawen verbundten seyn, den Uberschlag ihnen bey zu schieſſen, undt pro quota den beytrag zu begehren. Weilen die Kirch oder der Heylig vor sich arm ist.«*

(G. R. Pr. vom 26. November 1696, f. 294).

»*Nachdeme zu der neuen wiewohl schadtlos gebauten Kirchen zu Garstatt von H. Dre. Hoflich seel. verschiedentlich von denen*

1) s. oben S. 436.

ämbtern undt anderen stifftungen verwandte gelder refundirt werden müssen, so vermeinet mann dass die Decimatores darumb zu beschreiben, und weilen die gemeindt zimblich mit frohnen und mittlen ohne schuldigkeith bey getragen, damit daraus ihnen kein praeiudicium zuwachse, so were derselben ein Urkundt darüber pro futuro zu ertheilen.«

(G. R. Pr. vom 22. August 1698, f. 268).

Als weitere Beweise kommen natürlich auch die oben in § 3 angeführten Stellen in Betracht, welche die Übereinstimmung des Würzburger Rechtes mit dem des Konzils von Trient und dem der benachbarten Gebiete bezeugen. Denn wenn das Würzburger Recht mit dem gemeinen Kirchenrecht übereinstimmt, dann besteht auch hinsichtlich der Reihenfolge der Verpflichteten keine Abweichung, zumal von einer derartigen Abweichung nirgends ein Wort erwähnt ist. Es sei hier insbesondere auf das Protokoll vom 23. Juli 1729 (oben S. 622 ff.) hingewiesen, in welchem die Reihenfolge der Baupflichtigen unter genauer Numerierung festgestellt wird.

Zum Schluss sei die ganze Stelle vom 27. Mai 1739, von welcher oben (S. 625) nur der dort interessierende kleinere Teil zitiert ist, hier wiedergegeben:

»Unter heutigem dato wurde an das Dombkapitel zu Maintz geschrieben, dass Selbiges zu den nöthigen Kirchbau zu Dietigheim pro rata decimarum beytragen möge, gleichwie auch S. hochfürstl. Gnaden das ihrige pro rata decimarum herzugeben sich entschlossen, indem die Kirch nicht im Stand von dem ihrigen was beyzutragen, anbey die Gemeind willig und bereit seye die Hand und Fuhrfrohnen in ihrer Marckung zu verrichten.«

(G. R. Pr. vom 18. März 1739, f. 108).

»Das Hochw. Dombkapitel zu Maintz in litteris ad Celsissimum unterm 13ten Currentis führet an, wasgestalten es sich zu einem beytrag zu den Dietigheimer Kirchbau der Ursachen willen nicht schuldig erachte, weilen es in dortiger Gemarckung an Zehend sehr wenig zu gewarten habe, auch diese alte Kirche von so langen Jahren her gleichwohlen in Dach und Fach habe müssen unterhalten werden, hierzu aber von ihme Dombkapitel niemalen etwas beygetragen worden seye: gestalten dann eine beygefügte abschrifft eines Memorials, Innhalts dessen die Gemeind zu Dietigheim um eine gnädige beysteuer bey ermeltem Domkapitel angesucht, dessen exemption gründlich erweisen solle etc. Se. Hochfürstl. Gn. haben hierauf unterm 22ten eiusdem

an dero nachgesetzte geistl. Regierung gnädigst rescribiret, Ihro hiernächstens ein unterthgst. Gutachten darüber zu erstatten.

Conclusum. Sr. Hochfürstl. Gnaden wäre unterthgst zu referiren, dass es eine bekante, in dem heil. Concilio Tridentino klar ausgemachte, und in allhiesigem Hochstifft durch die bisherige ohnunterbrochene Übung bestärkte Sach seye, dass denen decimatoribus das onus fabricae deren baufälligen Kirchen, sofern anderst der Heilige die Kösten beyzutragen nicht selbst vermögend ist, zukomme. Nun habe man bey vorgenommener Einsicht und Untersuchung deren Dietigheimer Gotteshaußrechnungen befunden, dass der dortige Heilige an seinen Mittlen nichts entbären könne, dahero nicht abzusehen, wie das Hochwürdige Domcapitel zu Maintz des ihme als condecimatori angesonnenen proportionirten beytrags (es möge dessen Zehend sich so gering belaufen als er wolle) sich entschütten könne. Belangend die bisherige reparationes, seye von einiger notablen nichts bekannt; die geringern aber aus denen Gotteshauß-Mittlen muthmaßlich bestritten worden. Ingleichen ruhe der aus beygefügter Abschrift des von der Gemeind übergebenen Memorialis angezogene exemptions-beweis auf sehr schwachen Grund, gestalten heutiges Tags nichts neues seye, dass man um dasjenige, so man bey höheren de iure zu fordern hat, mit dergleichen Ausdrückungen gnädigst etc. zu bitten pflege: und wann auch gesetzten Falls mehrberührte gemeind eine dergleichen beysteuer als eine pure Gnad begehret hätte, danach hierdurch einen dritteren keineswegs würde haben praeiudiciren können, dahero obiges mehrgenannten Dom-Capitel ferners vorzustellen, und falls selbiges auf seiner Weigerung ferners bestehen sollte, andere Rechtserlaubte Mittel vorzukehren wären.«

(G. R. Pr. vom 27. Mai 1739, f. 240 f.).

Aus einem Gesuch der Gemeinde an die Zehntherren um Leistung eines Beitrags kann also nicht die Baupflicht der Gemeinde gefolgert werden.

Für eine Umstellung von Zehntherr und Gemeinde in dem Sinne, dass der Zehntherr erst nach der Gemeinde und bei deren Insuffizienz baupflichtig sei, finden sich in den Protokollen des Geistlichen Rates keinerlei Beweise. Dagegen ergibt sich aus den mitgeteilten Stellen mit Sicherheit, dass die Gemeinde, übereinstimmend mit dem gemeinen Kirchenrecht erst nach den Dezimatoren baupflichtig ist. Die vom bayerischen Oberappellations-

gerichte in seinem Beschluss vom 12. Mai 1849 und von Schmitt in seinem § 13 vertretene Ansicht ist also zutreffend.

Nach dem Ergebnis der ganzen vorliegenden Untersuchung ist also die in der Einleitung gestellte Frage, ob die Fürstbischöflich-Würzburgische Verordnung vom 11. April 1687 eine vom gemeinen Kirchenrecht abweichende Bestimmung enthält, mit Nein zu beantworten. Weder hinsichtlich der Baupflicht des Laikalzehnts noch hinsichtlich der Reihenfolge der Konkurrenzpflichtigen gibt es ein Würzburger Sonderrecht. Die Zehntbaulast nach der Verordnung vom 11. April 1687 ist die Zehntbaulast des tridentinischen Rechts.

---

3. Die Reformen des Papstes Pius X. auf dem Gebiete der kirchenrechtlichen Gesetzgebung.

Von Professor Dr. *Nikolaus Hilling* in Bonn.

(Fortsetzung; vgl. Bd. 95, S. 78 ff., 283 ff., 457 ff.)

VI.

Organisation der suburbikarischen Bistümer.

Im Kranze um Rom liegen die sechs suburbikarischen Bistümer Ostia und Velletri, Porto und S. Rufina, Albano, Frascati, Palestrina und Sabina, die auch juristisch aufs nächste mit dem römischen Papsttum verbunden sind, da ihre Inhaber die erste Klasse der Mitglieder des Kardinalkollegiums bilden. Diese sog. Kardinalbischöfe kamen ursprünglich nur aus gewissen Anlässen nach Rom, namentlich um den Papst bei den Pontifikalhandlungen zu vertreten[1]); später aber verlegten sie ihren Hauptwohnsitz dauernd nach Rom, führten dort die Geschäfte der Kurienkardinäle und liessen ihre Diözesen durch Generalvikare vertreten.

Es ist einleuchtend, dass die heutige Praxis weder mit der kanonischen Vorschrift über die Residenzpflicht der Bischöfe ganz übereinstimmt, noch der seelsorglichen Leitung der suburbikarischen Bistümer zum Nutzen gereicht. Nachdem daher Pius X. zuerst die Römische Kurie reformiert hatte, musste er von selbst auch sein Augenmerk auf die Reform der suburbikarischen Bistümer lenken. Er hat dieselbe in den folgenden zwei Gesetzen gründlich durchgeführt.

I. *Konstitution »Apostolicae Romanorum Pontificum« über die Organisation der suburbikarischen Bistümer, vom 15. April 1910. Acta Apostolicae Sedis II, 277—281.*

II. *Motu proprio »Edita a Nobis« über die Organisation der suburbikarischen Bistümer, vom 5. Mai 1914. Acta Apostolicae Sedis VI, 219 f.*[2])

In dem ersten Reformerlasse hat der Hl. Vater den sechs suburbikarischen Kardinalbischöfen die aktive Leitung ihrer

---

1) Vgl. *J. B. Sägmüller,* Die Tätigkeit und Stellung der Kardinäle bis Bonifaz VIII. (1896). 11 f.

2) Vgl. *A. Boudinhon*, Les évêchés suburbicaires et le droit d'option des cardinaux, in: Le Canoniste contemporain XXXVII, 329 ff.

Sprengel fast gänzlich entzogen und dieselbe sog. Suffraganei oder Hilfsbischöfen anvertraut, die bereits vorher in den Diözesen Sabina und Velletri eingesetzt waren. Er begründet diese Maßnahme damit, dass einerseits die seelsorglichen Aufgaben und Schwierigkeiten in jenen Bistümern gestiegen seien und anderseits ihre Inhaber durch den zunehmenden Umfang der Kurialgeschäfte von der Erfüllung ihrer Diözesanpflichten immer mehr abgezogen wurden. Aus diesen Gründen ist die eigentliche Diözesanregierung von den Schultern der Kardinalbischöfe auf die der Suffraganei übertragen worden. Die ersteren behalten jedoch ihre bisherigen Ehrenrechte (Anbringung des Wappens vor dem Bischöflichen Palais, Benutzung des Bischöflichen Thrones, Nennung ihres Namens im Messkanon), einige Reservatrechte in Ausübung der Pontifikalien (Weihe der hl. Öle, Zelebration der Pontifikalämter an den höchsten Festtagen) und eine nicht unbeträchtliche Anzahl von Jurisdiktionsrechten (Aufsichts- und Visitationsrecht, zahlreiche Konsens- und Beratungsrechte usw.) bei. Als episcopus verus seiner Diözese ist der Kardinalbischof auch fernerhin zur applicatio Missae für seine Diözesanen verpflichtet.

Die Einrichtung der Suffraganei in den suburbikarischen Bistümern ist ein Rechtsinstitut sui generis, das Pius X. eigens für diesen Fall geschaffen hat. Es erinnert am meisten an die bischöflichen Koadjutoren, die einen in der Leitung der Diözese behinderten Bischof entweder ganz oder teilweise vertreten. Sowohl die Suffraganei wie die Coadjutores sind vice et nomine ihrer Prinzipale tätig und besitzen eine iurisdictio vicaria seu quasi ordinaria. Jedoch besteht der wesentliche Unterschied, dass die Suffraganei beständig vorhanden sind und ihre Jurisdiktion, die durch das Gesetz genau umgrenzt ist, mit dem Tode des Kardinalbischofs nicht erlischt, sondern die Regierung der Diözesen von ihnen während der Sedisvakanz im Namen des Apostolischen Stuhles fortgeführt wird.

Für die Übergangszeit hat Pius X. bestimmt, dass die gegenwärtigen Inhaber der suburbikarischen Bistümer ihre bisherigen Rechte in vollem Umfange beibehalten, falls sie sich nicht freiwillig den neuen Vorschriften anpassen.

Das an zweiter Stelle erwähnte Motu proprio »Edita a Nobis« ist ein Nachtragsgesetz zu der besprochenen Konstitution »Apostolicae Romanorum Pontificum« und regelt insbesondere die Vermögensverhältnisse und das Optionsrecht in den suburbikarischen Diözesen. In erster Hinsicht wird bestimmt, dass das

Vermögen der sechs Bistümer zu einer Masse vereinigt und von der an der Propagandakongregation bestehenden Camera de Spoliis verwaltet werden soll. Aus den Einnahmen der Massa communis erhalten die Suffraganei jährlich 6000 Lire an Gehalt; die übrigen Einkünfte werden so verteilt, dass der Kardinaldekan $^2/_7$, die Kardinalsbichöfe je $^1/_7$ erhalten.

Im Interesse einer stabilen Leitung der Diözesen hat der Hl. Vater das bisher geltende Optionsrecht aufgehoben. Jeder Kardinalbischof behält künftighin sein zuerst empfangenes Bistum dauernd bei und bekommt zu diesem, falls er auf Grund der Anziennität zum Dekanate des Hl. Kollegiums aufrückt, noch das Bistum Ostia hinzu. Infolge der zuletzt erwähnten Bestimmung wurde die bisherige Union der beiden Bistümer Ostia und Velletri aufgelöst. Die suburbikarischen Bistümer sind jetzt also: Ostia, Porto und S. Rufina, Albano, Palestrina, Sabina, Frascati und Velletri. Damit ist die Zahl der selbständigen Bistümer von 6 auf 7 erhöht, während die Zahl der 6 Kardinalbischöfe bestehen geblieben ist.

Leider hat Benedikt XV. sich infolge des Widerstandes der Kardinäle genötigt gesehen, durch die Konstitution »Ex actis« [1]) vom 1. Februar 1915 die Konstitution »Apostolicae« völlig aufzuheben und die vermögensrechtlichen Bestimmungen des Motu proprio »Edita a Nobis« rückgängig zu machen. Es sind daher von den Pianischen Reformbestimmungen jetzt nur noch das Verbot der Option und die Verbindung des Bistums Ostia mit dem Dekanate in Geltung.

VII.

Organisation der Bistümer des griechisch-ruthenischen Ritus in den Vereinigten Staaten von Nordamerika und in Kanada.

Von tiefeingreifender Bedeutung ist die Errichtung eigener Bistümer, die Pius X. den katholischen Einwanderern des griechisch-ruthenischen Ritus in Nordamerika und Kanada bewilligt hat. Es wird hierdurch nicht nur der kanonische Grundsatz von der Territorialität der Bistümer durchbrochen, sondern auch ein gewisser Gegensatz unter den Katholiken eines Landes hervorgerufen, wo bisher die strengste Einheit der Riten und Gebräuche geherrscht hatte. Als sich im Anfange der neunziger Jahre des verflossenen Jahrhunderts in den Vereinigten Staaten

---

1) Acta Apostolicae Sedis VII, 229 ff.

von Nordamerika Bestrebungen geltend machten, daselbst nationale Bistümer zu errichten, hatte Leo XIII. diese auf das entschiedenste zurückgewiesen.[1]) Den eingewanderten Ruthenen hatte er zwar die Ausübung des eigenen Ritus in Nordamerika gestattet, aber ihnen zugleich die schuldige Unterwerfung unter die lateinischen Bischöfe dringend ans Herz gelegt und den lateinischen Ritus offensichtlich vor dem griechisch-ruthenischen begünstigt.[2]) Bei Leo XIII. überragen daher die kirchenpolitischen Gründe, die ihn nur zögernd einige Zugeständnissse zu gunsten des ruthenischen Ritus machen liessen, wo diese unbedingt im Interesse der Seelsorge geboten waren; dagegen hat Pius X. die religiösen Gründe in den Vordergrund gestellt und den ruthenischen Katholiken in Nordamerika völlige Parität mit ihren lateinischen Glaubensbrüdern zugestanden.

I. *Dekret der Congr. de Propaganda Fide pro negotiis Ritus Orientalis »Fidelibus ruthenis« betr. die Organisation der Katholiken des griechisch-ruthenischen Ritus in Kanada, vom 18. August 1913. Acta Apostolicae Sedis V, 393—399.*

II. *Dekret der Congr. de Propaganda Fide pro negotiis Ritus Orientalis »Cum Episcopo« betr. die Organisation der Katholiken des griechisch-ruthenischen Ritus in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, vom 17. August 1914. Acta Apostolicae Sedis VI, 458—463.*[3])

Der erste Schritt zur Errichtung von Bistümern des griechisch-ruthenischen Ritus ausserhalb der Stammlande geschah am 14. Juni 1907, als durch die Bulle »Ea semper«[4]) ein ruthenischer Bischof für die Vereinigten Staaten von Nordamerika mit dem Sitze in Philadelphia eingesetzt wurde. Der neuernannte ruthenische Bischof Ortynskyi de Labetz aus dem Basilianerorden erhielt jedoch keine iurisdictio ordinaria, sondern nur die iurisdictio delegata vonseiten der einzelnen Diözesanbischöfe derjenigen Sprengel, in denen Ruthenen wohnten. Durch diese Bestimmung war die Stellung des ruthenischen Bischofs als eine der Stellung der Diözesanbischöfe formell und zum Teil auch materiell untergeordnete

1) Vgl. meinen Aufsatz über die Gesetzgebung Leos XIII. in diesem Archiv 93, 263.

2) Vgl. das Dekret der Propagandakongregation »Romana Ecclesia« vom 1. Mai 1897, in: Collectanea S. Congr. de Propaganda Fide II (1907), 357.

3) *Andrew B. Meehan*, The Greek-Ruthenian Church in the United States. A recent decree of the S. Congregation of the Propaganda, in: The Ecclesiasticae Review LI, 710 ff.

4) Acta Sanctae Sedis XLI, 3 ff.

gekennzeichnet.[1]) Bischof Ortynskyi war gewissermaßen Hilfsbischof der nordamerikanischen Diözesanbischöfe für die seelsorgliche Leitung der katholischen Ruthenen und wurde daher auf das Titularbistum Daulis providiert.

Durch das folgende Apostolische Breve »Officium supremi« [2]) vom 15. Juli 1912 wurde ebenfalls ein ruthenischer Bischof für Kanada eingesetzt und ihm die Stadt Winnipeg als Residenz zugewiesen. Jedoch unterschied sich die Rechtsstellung des zweiten ruthenischen Bischofs im Auslande von der des ersten, da ihm die volle persönliche Jurisdiktion (plena iurisdictio personalis) über alle Gläubigen seines Ritus übertragen wurde. Natürlich war zu erwarten, dass nunmehr auch die rechtliche Stellung des ruthenischen Bischofs für die Vereinigten Staaten abgeändert werde. Am 25. August 1913 teilte der Apostolische Delegat in Washington den nordamerikanischen Bischöfen mit,[3]) dass der Hl. Vater laut Schreiben des Kardinalpräfekten der Propaganda vom 28. Mai 1913 dem ruthenischen Bischofe Ortynskyi die volle und ordentliche Jurisdiktion (full and ordinary jurisdiction) übertragen habe.

Nachdem somit beide ruthenische Bischöfe in den Besitz der ordentlichen Jurisdiktion gelangt waren, erliess die Propagandakongregation in den beiden obengenannten Dekreten vom 18. August 1913 (für Kanada) und vom 17. August 1914 (für die Vereinigten Staaten) ein neues spezielles Organisationsstatut für die Katholiken des griechisch-ruthenischen Ritus in Kanada und Nordamerika, dessen Gültigkeitsdauer allerdings vorläufig nur zehn Jahre beträgt. Die Hauptbestimmungen der beiden im grossen und ganzen mit einander übereinstimmenden Erlasse sind folgende:

1. Der *Bischof* des griechisch-ruthenischen Ritus wird frei vom Apostolischen Stuhle ernannt. Er ist diesem unmittelbar unterstellt und hat über die Gläubigen seines Ritus die volle ordentliche (und persönliche)[4]) Jurisdiktion. Seine Rechte und Pflichten entsprechen den gemeinrechtlichen Bestimmungen. Für seinen Unterhalt haben die einzelnen ruthenischen Gemeinden

---

1) In Caput I Art. III der Bulle »Ea semper« heisst es z. B.; »Salvo iure et officio Ordinarii loci, Episcopus rutheni ritus visitationem missionum ruthenarum inire poterit, praehabita in scriptis licentia eiusdem Ordinarii, qui illi conferet facultates quas concedendas iudicaverit«.

2) Acta Apostolicae Sedis IV, 555 f.

3) Das Schreiben ist abgedruckt in: The Ecclesiastical Review XLIX, 473 f.

4) Der eingeklammerte Zusatz steht nur in dem Dekret für Kanada.

einen Beitrag nach Art des Cathedraticums zu leisten, dessen Höhe von ihm selbst nach Anhörung der Diözesankonsultoren bestimmt wird. Der kanadische Bischof residiert in Winnipeg; der Sitz des nordamerikanischen Bischofs ist von Philadelphia nach New-York verlegt worden. Dem Bischofe von Nordamerika steht ein Generalvikar zur Seite, der zugleich Rektor des ruthenischen Priesterseminars ist und in Philadelphia residiert.

2. Der *Klerus* der griechisch-ruthenischen Gemeinden in Amerika wird teils in eigenen Seminaren herangebildet, teils vom Mutterlande (Galizien und Ungarn) zur Verfügung gestellt. Anfangs bestand für beide Länder (Kanada und Nordamerika) die strenge Vorschrift, dass nur zoelibatäre oder verwitwete Geistliche ohne Kinder zum kirchlichen Dienste zugelassen werden dürften; jedoch ist diese Bestimmung in dem neuesten Statut für die Vereinigten Staaten weggelassen.[1]) Sämtliche Rectores missionum sind ad nutum Ordinarii amovibel; jedoch soll ihre Amtsentsetzung nicht ohne schwerwiegenden und gerechten Grund geschehen. Dem Enthobenen steht der Rekurs an den Apostolischen Delegaten und nach Rom offen. Das Salär der Geistlichen wird vom Bischofe bestimmt, der aus den in eine gemeinschaftliche Diözesankasse fliessenden Einnahmen der einzelnen Kirchengemeinden jedem Geistlichen eine entsprechende Summe anweist.

3. Die *Gläubigen* sind zum Besuche der Kirchen ihres Ritus verpflichtet. Wenn jedoch in der Gegend ihres Wohnsitzes keine ruthenische Kirche existiert, können und müssen sie den Gottesdienst in der Kirche eines andern Ritus besuchen und daselbst die hl. Sakramente empfangen. Durch diesen gastweisen Besuch wird aber niemals ein Wechsel des Ritus herbeigeführt. Ein solcher kann nur mit Erlaubnis der Propagandakongregation vollzogen werden. Den lateinischen Priestern ist unter schweren kanonischen Strafen verboten, einen Ruthenen zum Übertritte zum lateinischen Ritus zu bewegen.[2])

Bezüglich des Empfanges der hl. Sakramente des Altars und der Busse ist den Gläubigen des lateinischen und griechischen Ritus entsprechend den Vorschriften der Konstitution »Tra-

1) Ebenso ist in beiden neuen Organisationsstatuten die Bestimmung der Bulle »Ea semper« weggelassen, die den ruthenischen Priestern in Nordamerika die Spendung der Firmung untersagte und die trotzdem gespendete Firmung für ungültig erklärte.

2) Vgl. die Konstitution Leos XIII. »Orientalium dignitas« vom 30. November 1894. Acta Sanctae Sedis XXVII, 257 ff.

dita«[1]) vom 14. September 1912 eine gegenseitige Kommunikation gestattet. In Notfällen darf auch der ruthenische Priester die hl. Eucharistie mit ungesäuertem Brote und der lateinische Priester dieselbe mit gesäuertem Brote spenden. Die Osterkommunion müssen alle Gläubigen nach ihrem eigenen Ritus und in ihrer eigenen Pfarrkirche empfangen; ebenso sind sie — abgesehen von Notfällen — beim Empfange der hl. Wegzehrung auf ihren parochus proprius angewiesen. Um wirtschaftlichen Nachteilen vorzubeugen, wird den Ruthenen gestattet, dass sie die Fest- und Fasttage nach der Gewohnheit der Gegenden, in denen sie wohnen, halten.

4. Von ganz besonderer Bedeutung für das Verhältnis der beiden Riten zu einander sind naturgemäss die gesetzlichen Vorschriften über die *Ehen des gemischten Ritus.* Abweichend von den ursprünglichen Bestimmungen der Bulle »Ea semper« aus dem Jahre 1907 haben die beiden letzten Organisationsdekrete den Grundsatz der paritätischen Behandlung streng durchgeführt und jede Bevorzugung des lateinischen Ritus fallen gelassen.

Während der bestehenden Ehe kann die Ehefrau den Ritus ihres Mannes befolgen, ohne dass sie dadurch die Zugehörigkeit zu ihrem Ritus verliert; nach Auflösung der Ehe muss sie ihren früheren Ritus wieder aufnehmen.

Hinsichtlich der Eheschliessungsform ist sowohl für die rein ruthenischen wie die gemischten Ehen das Dekret »Ne temere« maßgebend.[2]) Nach dem Statut für Kanada soll jedoch die Schliessung einer gemischten Ehe vor dem Pfarrer des Bräutigams stattfinden, während das nordamerikanische Statut in völliger Übereinstimmung mit dem Dekrete »Ne temere« stets die Eheschliessung vor dem Pfarrer der Braut vorschreibt.

Die Kinder aus den gemischten Ehen, die in Kanada und den Vereinigten Staaten von Nordamerika geboren werden, sind nach dem Ritus des Vaters zu taufen und diesem angehörig.[3]) Diese Bestimmung gilt für beide Geschlechter. Die unehelichen Kinder folgen dem Ritus der Mutter.

Die besprochenen Organisationsgesetze der ruthenischen

---

1) Acta Apostolicae Sedis IV, 609 ff.

2) Das Dekret »Ne temere« gilt an und für sich nur für die Katholiken des lateinischen Ritus. Vgl. die Resolution der Konzilskongregation vom 1. Februar 1908 ad I. Acta Sanctae Sedis XLI, 80.

3) Das erste Statut von Nordamerika vom Jahre 1907 bestimmte, dass die Kinder eines ruthenischen Vaters und einer lateinischen Mutter auch nach dem Ritus der Mutter getauft und erzogen werden dürften.

Bistümer in Kanada und Nordamerika zeugen zweifellos von einem grossen Entgegenkommen, das der Hl. Stuhl in immer wachsendem Maße den Katholiken des griechisch-ruthenischen Ritus, die im Auslande leben, entgegengebracht hat. Insbesondere gilt dieses von der Vorschrift, dass sämtliche Kinder aus der Ehe des gemischten Ritus dem Ritus des Vaters folgen müssen. Dadurch wird ein allmähliches Absterben oder eine Minderung des ruthenischen Ritus in den beiden überseeischen Ländern stark beeinträchtigt oder ganz unmöglich gemacht. Man kann es daher begreiflich finden, wenn von amerikanischer Seite gegen diese Bestimmung Bedenken erhoben worden sind.[1]) Da die erwähnten Organisationsstatuten nur für zehn Jahre Gültigkeit haben, wäre eine spätere Abänderung an sich wohl möglich. Jedoch ist die letztere kaum wahrscheinlich, da die geltenden Vorschriften nicht nur vom Geiste einer weitherzigen Toleranz der beiden Riten diktiert sind, sondern auch ihre grossen praktischen Vorzüge besitzen. Denn offenbar ist die feste gesetzliche Regelung des Ritus der Kinder aus gemischten Ehen, die jede private Vereinbarung vonseiten der Eltern ausschliesst, am besten geeignet, den Ausbruch von Streitigkeiten unter den Eheleuten selbst und den Angehörigen der verschiedenen Riten zu verhindern. Ebenso ist die völlig paritätische Behandlung der beiden Riten das sicherste Mittel, um den religiösen Frieden unter den Katholiken der Vereinigten Staaten von Nordamerika und von Kanada dauernd aufrecht zu erhalten. Endlich ist natürlich auch der günstige Einfluss in Anschlag zu bringen, den die billige und gerechte Behandlung der Ruthenen im Auslande auf ihre in nationalen Fragen sehr empfindlichen[2]) Stammesgenossen in der Heimat ausübt.

Alles in allem genommen, kann man meines Erachtens den neuen Organisationsgesetzen Pius' X. für die ruthenischen Bistümer in Kanada und Nordamerika das Lob hoher Weisheit und echt apostolischer Weitherzigkeit nicht vorenthalten. Das Dach der katholischen Kirche ist hoch und weit genug, damit die Angehörigen der verschiedenen Riten friedfertig unter demselben neben einander wohnen können. Es ist von der toleranten Gesinnung der amerikanischen Katholiken zu erwarten, dass sie die

---

1) Z. B. von *Foraneus*, Some tougths on the Ruthenian Question in the United States and Canada, in: The Ecclesiastical Review LII, 42 ff. und *Demselben*, The Ruthenian Question again, ebenda 645 ff.

2) Vgl. *N. Jorga*, L'évêché de Hajdu-dorogh et les droits de l'Eglise roumaine unie de Hongrie. Nouveaux attentats du gouvernement hongrois contre la nationalité des Roumains. Bucarest, Imprimerie »Neamul Romanesc«, 1913.

eingewanderten Glaubensbrüder des griechisch-ruthenischen Ritus nach ihrem Ritus selig werden lassen.

VIII.

Neukodifikation des Papstwahlrechts.[1])

Auf dem Gebiete des kirchlichen Verwaltungsrechts hat Pius X. bereits in den ersten Anfängen seines Pontifikats das Recht der Papstwahl ernstlich in Angriff genommen. Er erliess zunächst am 20. Januar 1904 ein scharfes Verbot gegen die Ausübung der staatlichen Exklusive, die noch beim letzten Konklave betätigt worden war, und gab dann am 25. Dezember desselben Jahres eine neue allgemeine Papstwahlbulle heraus, die das geltende Recht neu kodifizierte und mit Ausnahme des Erlasses vom 20. Januar 1904 und eines Gesetzes Leos XIII. vom 24. Mai 1882 alle früheren Papstwahlgesetze aufhob. Die jetzt geltenden Gesetze für die Papstwahl sind:

I. *Die Apostolische Konstitution Pius' X. »Vacante Sede Apostolica« über die Leitung der katholischen Kirche während der Sedisvakanz des Apostolischen Stuhles und die Papstwahl, vom 25. Dezember 1904. Acta Pii X, vol. III (1908), 239—288.*

II. *Apostolische Konstitution Pius' X. »Commissum Nobis« über das staatliche Veto oder die Exklusive bei der Papstwahl, vom 20. Januar 1904. Acta Pii X, vol. III (1908), 289—292.*

III. *Apostolische Konstitution Leos XIII. »Praedecessores Nostri« über die Anwendung ausserordentlicher Vorschriften bei der Papstwahl, vom 24. Mai 1882, nebst dem zugehörigen Regolamento. Acta Pii X, vol. III (1908), 293—314.*

Die an erster Stelle genannte allgemeine Kodifikationsbulle »Vacante Sede Apostolica« hat im grossen und ganzen die alten Rechtsbestimmungen über die Papstwahl, insbesondere die der

1) *H. Wurm,* Die neuesten Papstwahlgesetze Pius' X. in: Wissenschaftliche Beilage zur Germania 1909 Nr. 16—18. *A. Boudinhon,* La nouvelle législation sur l'élection pontificale et le conclave, in: Le Canoniste Contemporain XXXII, 257 ff. *J. Simier,* La vacance du Saint-Siège et l'élection pontificale d'après les Constitutions de Pie X, in: Revue Augustinienne 1909, 259 f. *F. Giese,* Die geltenden Papstwahlgesetze 1912 (Textausgabe). *Josef Anton Miller,* Die Papstwahl nach geltendem katholischem Kirchenrecht. Greifswalder jur. Diss. 1913. *Herbert Hempel,* Die Entwicklung der Papstwahl mit besonderer Berücksichtigung der Bullen Pius' X. Greifswalder jur. Diss. 1913. *M. Evrard,* Le droit de Veto dans les conclaves, 1908. *U. Stutz,* Die Exklusive bei der Papstwahl, in: Der neueste Stand des deutschen Bischofswahlrechtes, 1909. *Emil Friedberg,* Die Staatsregierungen und die Papstwahl, in: Deutsche Juristen-Zeitung XIV, Nr. 15/16. L. L., De extinctione »Veto« civilis seu »Exclusivae« in electione summi Pontificis, in: Analecta Ecclesiastica XIX, 19 ff. Weitere Literatur über das »Veto« sieh bei Sägmüller K. R. [3] I, 406.

Konstitutionen Pius' IV., Gregors XV. und Klemens' XII., aufgenommen und meistens wörtlich wiederholt. Jedoch finden sich unter den jetzt geltenden Vorschriften der Papstwahl auch mehrere materielle Änderungen des früheren Rechts, die von Pius X. hauptsächlich eingeführt wurden, um 1) die Gültigkeit der Papstwahlen zu sichern, 2) die Vornahme derselben zu erleichtern und 3) dieselben vor den unberechtigten Einflüssen des Staates zu schützen. Die wichtigsten Neuerungen sind folgende:

1. Die Nichtbeachtung der Konklavevorschriften hat nicht mehr wie nach der Konstitution Gregors XV. »Aeterni Patris« [1]) die Ungültigkeit der Papstwahl zur Folge. Art. 47 der Konstitution »Vacante Sede Apostolica«.

2. Ebenso ist die Irritationsklausel der Konstitution Julius' II. »Cum tam divino« [2]) für die simonistische Papstwahl aufgehoben. Art. 79.

3. Bei der Wahl in forma scrutinii ist der frühere komplizierte Modus des sog. Accessus oder der Zusatzwahl fallen gelassen und dafür bestimmt, dass künftighin nach jedem resultatlos verlaufenen Hauptwahlgange sofort ein zweiter Wahlgang (Nachwahl) stattfinden soll. Für beide Wahlgänge gilt derselbe Ritus. Art. 76.

4. Die wichtigste Neuerung betrifft das strenge Verbot der staatlichen Veto oder der Exklusive. Die päpstliche Konstitution verbietet den Kardinälen und allen übrigen Teilnehmern des Konklaves unter Strafe der von selbst eintretenden Exkommunikation, deren Lossprechung dem zukünftigen Papste speciali modo vorbehalten ist, dass sie unter irgendeinem Vorwande von irgendeiner staatlichen Gewalt den Auftrag annehmen, das Veto oder die Exclusive, auch wenn sie nur in der Form eines einfachen Wunsches gekleidet ist, zu verkündigen. Ebenso dürfen sie, falls ihnen das erwähnte Veto auf sonst eine Weise bekannt geworden ist, dieses bei Vermeidung derselben Strafe weder dem gesamten Kollegium der Kardinäle noch den einzelnen Mitgliedern desselben, weder schriftlich noch mündlich, weder direkt und ganz deutlich noch versteckt und durch andere, weder vor dem Konklave noch während desselben mitteilen. In die genannten Verbote sind endlich alle Arten der Intervention und Interzession oder sonstige Einmischungen der Laiengewalt bezüglich der Papstwahl mit eingeschlossen. Art. 81.

1) Bullarium Romanum (ed. Taurinen.) XII, 619 ff.
2) Bullarium Romanum (ed. Taurinen.) V, 405 ff.

5. Endlich hat der Papst bestimmt, dass die Kardinäle künftighin bereits bei ihrer Ernennung auf die Beobachtung der Vorschriften dieses Gesetzes eidlich verpflichtet werden sollen. Sieh den Schluss der Konstitution »Vacante Sede Apostolica«.

Von den beiden reservierten Konstitutionen, die jetzt noch neben der allgemeinen Kodifikationsbulle gelten, betrifft die erste »Commissum Nobis« das staatliche Veto oder die Exklusive bei der Papstwahl. Ihr wesentlicher Inhalt ist der Kodifikationsbulle inseriert und soeben unter Nr. 4 der Gesetzesänderungen besprochen worden.

Die ältere Konstitution Leos XIII. »Praedecessores Nostri« vom 24. Mai 1882 hat den Charakter eines Not- oder Ausnahmegesetzes, das für aussergewöhnliche Fälle, z. B. bei feindlicher Bedrohung der Papstwahl seitens der staatlichen Gewalt, bei revolutionären Aufständen usw., angewandt werden kann. Demgemäss fordert diese Konstitution nur, dass die beiden wesentlichsten Vorschriften des heute geltenden Papstwahlrechtes, die ausschliessliche Wahl des Papstes durch die Kardinäle und die Zweidrittelmehrheit, unter allen Umständen beobachtet werden müssen, während bezüglich der übrigen Punkte Abweichungen vom normalen Recht zulässig sind. Die zur Papstwahl versammelten Kardinäle können mit Stimmenmehrheit über den Ort und die Zeit der Papstwahl, ferner über das Konklave und dessen Dauer und über andere Fragen von geringer Bedeutung Beschlüsse fassen, welche die ordentlichen Vorschriften für die betreffende Wahl ganz oder teilweise aufheben oder abändern und der gegebenen Zeitlage am besten entsprechen. Jedoch dürfen sich die Kardinäle nicht in die Rechte des Apostolischen Stuhles, die dem zukünftigen Papste vorbehalten sind, einmischen.

Ausserdem werden noch spezielle Anweisungen gegeben: a) für den Fall, dass der Papst in Rom stirbt und b) für den Fall seines Ablebens im Exil ausserhalb Roms. Wenn die Papstwahl ausserhalb Roms stattfindet, sollen die Kardinäle vor der Wahl eidlich geloben, dass sie mit allem Eifer und aller Sorgfalt danach streben werden, die Residenz des Papstes in Rom wiederherzustellen.

Die Leoninische Konstitution fasste zunächst nur die nächste Papstwahl nach dem Tode ihres Gesetzgebers ins Auge; sie sollte ausserdem nur noch für die zweitfolgende Papstwahl gelten, falls bis dahin keine abweichenden Bestimmungen getroffen seien.

Die gedachten beiden Papstwahlen sind jetzt bereits vollzogen, ohne dass das Notgesetz in Anwendung gebracht worden ist. Pius X. hat aber seine Geltung auf alle folgenden Papstwahlen ausgedehnt, bei denen die Voraussetzungen für seine Anwendung zutreffen.

Das der Konstitution »Praedecessores Nostri« angeschlossene »*Regolamento* da osservarsi dal Sacro Collegio dei Cardinali in occasione della vacanza della Sede Apostolica durante la condizione eccezionale, in cui essa si trova« gibt den Kardinälen und namentlich dem Camerlengo genaue Anweisungen, wie sie sich beim Ableben des Papstes speziell der italienischen Regierung gegenüber verhalten sollen.

IX.

Besetzung und Verwaltung der Bistümer.

Bei den Bistümern hat die Reformgesetzgebung Pius' X. nur bezüglich des an zweiter Stelle in der Überschrift genannten Punktes tiefer eingegriffen, indem sie die Berichterstattung der Bischöfe über den Stand ihrer Diözesen und die Romreisen von neuem regelte. Die Bestimmungen über die Besetzung der Bischöfe haben nur eine geringere Bedeutung und sind teilweise durch spätere Gesetze rückgängig gemacht worden.

I. Sogleich im Anfange seines Pontifikats erliess unser Papst am 17. Dezember 1903 das Motu proprio »Romanis Pontificibus«, [1]) das die *Wahl der Bischöfe der Kongregation des Hl. Offiziums* übertrug. Die von Leo XIII. durch die Konstitution »Immortalis memoriae« [2]) vom 21. September 1878 errichtete besondere Kardinalskommission für die Wahl der italienischen Bischöfe wurde mit dem Hl. Offizium verschmolzen und letzterem die Wahl sämtlicher Bischöfe, die vom Apostolischen Stuhle frei ernannt werden, mit Ausnahme der Bischöfe in den Missionsländern, zugewiesen. Durch den Übergang an das Hl. Offizium wurde das sog. Secretum s. Officii, d. i. das strenge Schweigegebot der Mitglieder und Beamten dieser Kongregation, auch auf alle Akte, die bei den Bischofsernennungen vorkommen, ausgedehnt; ausserdem wurde in dem Motu proprio »Romanis Pontificibus« das alte Institut des Examens der Bischofskandidaten für Italien neu eingeschärft.

Durch die Kurialreform des Jahres 1908 wurde die Ver-

---

1) Acta Sanctae Sedis XXXVI, 385 ff.

2) Allocutiones, Epistolae, Constitutiones aliaque Acta praecipua Leonis XIII. (ed. Desclée) I, 310 ff.

bindung der Bischofswahlen mit dem Hl. Officium wieder aufgelöst und dieselben der Congregatio Consistorialis übertragen.[1])

II. Veranlasst durch unliebsame Vorkommnisse *in den Vereinigten Staaten von Nordamerika,* wo eine zügellose Presse mehrfach in die Angelegenheit der Bischofsernennungen eingegriffen hatte,[2]) hat der Hl. Stuhl das vorhin erwähnte *Schweigegebot* auch für die Bischofswahlen ausserhalb der Kurie verschärft. Am 30. März 1910 erschien das Dekret der Konsistorialkongregation »Recta«,[3]) das zunächst für die Vereinigten Staaten von Nordamerika bestimmte:

1. Sämtliche Diözesankonsultoren und stimmberechtigten Pfarrer müssen in der Sitzung, in der über den Ternavorschlag für die Wiederbesetzung des Bistums beraten wird, eidlich versprechen, dass sie die Namen der zur Diskussion gelangenden Personen und der durch Stimmenmehrheit designierten Kandidaten geheimhalten.

2. Ebenso sind die Bischöfe, die hernach den Ternavorschlag zu begutachten haben, strengstens zum Stillschweigen verpflichtet. Ein gleiches gilt für die Beamten der Apostolischen Delegatur in Washington, an die der Ternavorschlag samt dem Gutachten der Provinzialbischöfe eingesandt wird, sowie für alle Personen, bei denen sich der Apostolische Delegat schriftlich oder mündlich über die Bischofskandidaten erkundigt.

3. Wenn ein Diözesankonsultor das Wahlgeheimnis verletzt, soll er sofort seiner Stelle enthoben werden. Ein stimmberechtigter Pfarrer verliert wegen dieses Vergehens für immer sein Stimmrecht.

4. Ein Exemplar dieses Dekrets soll an allen bischöflichen Kurien der Vereinigten Staaten Nordamerikas aufbewahrt werden.

Auf Ansuchen mehrerer Bischöfe hat die Konsistorialkongregation durch das Dekret »Rogantibus«[4]) vom 2. Juli 1910 den obigen Erlass auf alle Diözesen, in denen dasselbe oder ein ähnliches Verfahren für die Designation der Bischofskandidaten in Geltung ist, ausgedehnt. Endlich hat dieselbe Kongregation am 28. April 1911[5]) authentisch erklärt, dass die Verfügung vom

---

1) Vgl. oben S. 465.

2) Derartige Klagen waren bereits unter dem Pontifikate Leos XIII. laut geworden. Vgl. das Schreiben des Präfekten der Propaganda vom 15. Mai 1892, in: Acta Sanctae Sedis XXIV, 684 ff.

3) Acta Apostolicae Sedis II, 286 ff.

4) Acta Apostolicae Sedis II, 648.

5) Acta Apostolicae Sedis III, 182.

2. Juli 1910 nicht bloß auf diejenigen Diözesen Bezug habe, deren Bischöfe darum nachgesucht hätten, sondern auf alle Sprengel, in denen das erwähnte Designationsverfahren in Geltung sei.[1])

Da sich die deutschen Bischofswahlen wesentlich von dem genannten Designationsverfahren unterscheiden, hat das Dekret »Recta« für die ersteren keine formelle Geltung; jedoch dürfte seine materielle Beobachtung auch bei ihnen durchaus am Platze sein.

III. Während die voraufgehenden Erlasse nur einzelne Punkte der Bischofsernennungen verbessern, hat das folgende Gesetz über die *Diözesanberichte und die Romreisen der Bischöfe* eine kodifikatorische Bedeutung. An Stelle der Konstitutionen Sixtus' V. »Romanus Pontifex«[2]) vom 20. Dezember 1585 und Benedikts XIV. »Quod sancta«[3]) vom 23. November 1740 ist jetzt das Dekret der Konsistorialkongregation »A remotissima« vom 31. Dezember 1909[4]) getreten, das sämtliche geltenden Rechtsvorschriften über die Rombesuche und die Diözesanberichte der Bischöfe enthält. Der Entwurf dieses Dekrets wurde zunächst von der Kardinalskommission für die Kodifikation des kanonischen Rechts ausgearbeitet, sodann auf Befehl des Papstes der Konsistorialkongregation zur Begutachtung vorgelegt und hierauf im Interesse der Verbesserung der kirchlichen Verwaltung sofort publiziert.

Die einzelnen Vorschriften lauten:

Can. 1. Sämtliche Ordinarien, denen die Leitung einer Diözese anvertraut ist,[5]) müssen alle fünf Jahre einen Diözesanbericht an den Hl. Stuhl einsenden.

---

1) Durch Dekret der Konsistorialkongregation vom 18. Juli 1910 wurde das in Kanada geltende Designationsverfahren auf Neufundland ausgedehnt. A. A. S. II, 576.

2) Bullarium Romanum (ed. Taurinen.) VIII, 641 ff.

3) Bullarium Benedicti XIV. (ed. Praten.) I, 15 ff. Die Konstitution Benedikts XIV. dehnte die Verpflichtung auf die Äbte nullius dioeceseos aus.

4) Acta Apostolicae Sedis II, 13—34; Vgl. *A. Boudinhon,* La visite ad limina et le rapport sur l'état du diocèse, in: Le Canoniste contemporain XXXIII, 129. *G. Schmidt,* Das neue Dekret über die bischöfliche visitatio liminum und den Diözesanbericht bei der römischen Konsistorialkongregation, in: Theol.-prakt. Quartalschrift LXIV, 97 ff. *Felix M. Cappello,* De visitatione ss. liminum et dioeceseon ac de relatione S. Sedi exhibenda. I—II. Rom 1912/13. *Januarius Pater,* Die bischöfliche visitatio liminum ss. Apostolorum. 1914.

5) Hierher gehören ausser den regierenden Diözesanbischöfen auch die abbates nullius dioeceseos cum territorio separato, ferner die Apostolischen Administratoren eines Bistums und die Kapitularvikare, wenn sie mehrere Jahre ihres Amtes walten und nicht auf Grund des can. 5 befreit sind. Alle diese Verwalter eines Bistums sind m. E. in dem Wortlaute des Dekrets mit-

Can. 2. Die erwähnten Quinquennalperioden sind ein- für allemal festgelegt und für alle Bischöfe gemeinsam. Sie beginnen mit dem 1. Januar 1911. Die einzelnen Jahre des fünfjährigen Turnus sind auf die Diözesen der verschiedenen Länder verteilt. Im *ersten* Jahre sind die Bischöfe Italiens und der benachbarten Inseln, im *zweiten* die Bischöfe von Spanien, Portugal, Frankreich, Belgien, Holland, Großbritannien und den benachbarten Inseln, im *dritten* die Bischöfe von Österreich-Ungarn, des Deutschen Reiches und der übrigen Länder von Europa mit den umliegenden Inseln, im *vierten* die Bischöfe von Amerika und den umliegenden Inseln und endlich im *fünften* Jahre die Bischöfe von Afrika, Asien, Australien und den umliegenden Inseln zur Berichterstattung verpflichtet.

Can. 3. In der ersten Relation, die jeder Bischof nach seinem Amtsantritt abfasst, müssen alle Fragen des unten erwähnten Frageformulars einzeln beantwortet werden. Für die späteren Relationen genügt es, wenn die inzwischen eingetretenen Veränderungen vermerkt werden. Die Relationen sind lateinisch abzufassen und ausser vom Bischof von dem einen oder andern Mitvisitator zu unterzeichnen.

Can. 4. In jedem Jahre der fälligen Berichterstattung sind die Bischöfe auch zum Besuche der Apostelgräber verpflichtet; für die aussereuropäischen Ordinarien ist jedoch nur für alle zwei Berichtsperioden der Rombesuch obligatorisch. Die Ordinarien können diese Pflicht entweder persönlich oder durch ihren Koadjutor oder Weihbischof erfüllen. In Verhinderungsfällen kann auch ein geeigneter Priester, der in der betreffenden Diözese seinen ständigen Wohnsitz hat, mit der Stellvertretung beauftragt werden.

Can. 5. Fällt das Relationsjahr ganz oder teilweise in die beiden ersten Jahre nach dem Antritt des bischöflichen Amtes, so ist der betreffende Bischof für dieses Mal völlig von der Pflicht der Berichterstattung und der Romreise befreit.

Can. 6 enthält einige Übergangsbestimmungen für das Jahr 1910, in dem jede Berichterstattung fortfällt, und für die Jahre 1911 und 1912, in denen diejenigen Ordinarien, die 1909 ihrer Pflicht nachgekommen sind, dispensiert sein sollen.

---

einbegriffen, anderer Meinung ist *Cappello* I, 49. Dagegen sind die Titularbischöfe jetzt bestimmt ausgenommen. Ausserdem gilt dieses Dekret nur für die Ordinarien, die der Propagandakongregation nicht unterstellt sind; die Ordinarien der Missionsgebiete sind zur Berichterstattung an die Propaganda verpflichtet. Vgl. die Instruktion vom 1. Juni 1877, in: Collectanea S. C. de Propaganda Fide II, 106 ff.

Can. 7. Die Visitationspflicht der Bischöfe bezüglich ihrer Diözesen wird durch die voraufgehenden Bestimmungen nicht berührt.[1]) Vgl. hierzu Conc. Trid. sess. 24 de reform. c. 3.

Dem Dekret »A remotissima« ist ein »*Ordo servandus in relatione de statu ecclesiarum Normae communes*« angefügt, durch den die frühere Instruktion der Konzilskongregation vom Jahre 1725[2]) in zeitgemäßer Weise verbessert wurde. Die Fragepunkte des neuen Relationsschemas sind in 16 Kapitel eingeteilt und betreffen: 1) den äusseren Zustand der Diözese (Alter, hierarchische Stellung, Lage, Größe, Seelenzahl, Anzahl der Priester usw.); 2) den Glauben und Kultus; 3) die Amtsführung des Bischofs im allgemeinen; 4) die Verwaltungsbehörden (Curia dioecesana); 5) den Klerus im allgemeinen; 6) das Dom- und die Stiftskapitel; 7) die Pfarrkirchen und ihre Vorsteher; 8) das Diözesanseminar (Interdiözesan- oder Regionalseminar); 9) die männlichen Orden und Kongregationen; 10) die weiblichen Orden und Kongregationen; 11) die Gläubigen im allgemeinen; 12) den Unterricht und die Erziehung der Jugend; 13) die Bruderschaften und kirchlichen Vereine; 14) die frommen Stiftungen und Kollekten; 15) die frommen Anstalten und sozialen Einrichtungen und 16) die Herausgabe und Lektüre von Büchern und Zeitungen. Im ganzen enthält das Relationsschema 150 Fragepunkte.

Was die formellen Vorschriften über die Diözesanberichte und die Romreisen anbetrifft, so weicht das neue Recht nicht erheblich von dem alten ab. Die jetzt ausdrücklich vorgeschriebene Berechnung der Berichtsperioden von einem bestimmten Datum an (1. Januar 1911) hatte sich bereits in der früheren Praxis herausgebildet, die die Konstitution »Romanus Pontifex« in diesem Sinne interpretierte.[3]) Etwas schärfer als früher sind die verpflichteten Personen und die ohneweiteres gestatteten Stellvertreter für die Romreise herausgearbeitet. Dass die Prüfung der Relationen von der bei der Konzilskongregation eingesetzten Commissio praelatorum super examine relationum Ordinariorum de statu dioecesium an die Konsistorialkongregation überge-

1) Ueber die Diözesanvisitation vgl. *Paulus Melchers*, De canonica dioecesium visitatione [2]1901. *J. Simeone*, Tractatus de canonica dioecesium visitatione [2]1904.

2) Diese Instruktion ist abgedruckt in dem vorhin zitierten Buche von Kardinal *Melchers* (im Appendix) und in der Ausgabe der Canones et decreta Concilii Tridentini von *Richter* und *Schulte* (1853), 614 ff.

3) Vgl. die Instruktion der Propaganda vom 1. Juni 1877. Collectanea S. C. de Propaganda Fide II, 107.

gangen, ist eine Folge der Bulle »Sapienti consilio« über die Neuorganisation der Kurie. Als wichtigste Neuerung ist die Festsetzung einer gleich langen Berichtsperiode für alle Bischöfe zu nennen, die in den erleichterten Verkehrsverhältnissen ihren Grund hat. Die Verteilung der einzelnen Jahre innerhalb des fünfjährigen Turnus ist zweckmäßig durchgeführt.

Die materielle Seite der Berichterstattung ist durch das neue Relationsschema wesentlich ausgebaut. Nicht nur geht die Zahl der neuen Fragen weit über die der alten hinaus, sondern die ersteren tragen auch den modernen Verhältnissen gebührend Rechnung. In den beiden Schlusskapiteln ist z. B. der Bischof verpflichtet, über die sozialen Einrichtungen und katholischen Vereine seiner Diözese und den Stand der katholischen Presse zu berichten. Ferner wird auf die Errichtung katholischer Schulen und die Fortbildungsschulen für die Jugend ein grosses Gewicht gelegt. Cap. XII § 125 ff. Am eingehendsten sind die Bestimmungen über die Klerikalseminare, denen nicht weniger als 20 Paragraphen gewidmet werden. Cap. VIII § 82—101. Auf die Beobachtung der geistlichen Standespflichten wird nachdrücklichst in Cap. V § 40 ff. hingewiesen, und den Geistlichen namentlich die Pflicht der Vorbereitung und Danksagung bei der hl. Messe, der öfteren Beicht, der Exerzitien und der Teilnahme an den wissenschaftlichen Konferenzen in Erinnerung gebracht. Auf die Erstkommunion der Kinder und die häufige Kommunion der Gläubigen erstrecken sich die beiden §§ 80 und 81. Der von Pius X. angeordnete Überwachungsrat zur Bekämpfung der modernistischen Irrlehren wird in § 17 erwähnt.[1]) In § 31 erscheinen die Bischofskonferenzen als Surrogate der Provinzialkonzilien, und den Bischöfen wird die Pflicht auferlegt, ein Exemplar der gefassten Konferenzbeschlüsse nach Rom einzusenden. Besonders bemerkenswert ist die scharfe Abweisung, die in § 48 den übertriebenen politischen Bestrebungen der Geistlichen zu teil wird. Aufgefallen ist mir, dass das Schema keine Fragen über die Amtstätigkeit der Dechanten enthält; es findet sich in § 3g nur die Frage, wieviel Dekanate (vicariatus foranei) in der Diözese existieren. Alles in allem genommen, enthält das heute

1) In einigen Gesetzen, z. B. den Erlassen gegen den Modernismus und dem Dekret über die Erstkommunion der Kinder, hat der Papst den Bischöfen noch eine spezielle Berichterstattung über die Ausführung der angeordneten Bestimmungen vorgeschrieben. Jedoch hat das Dekret der Konsistorialkongregation vom 25. Januar 1912 bezüglich des Modernismus den Bericht in der Relatio status für ausreichend erklärt. A. A. S. IV, 101 f.

geltende Relationsschema eine vortreffliche Anweisung, nach welchen Grundsätzen und Regeln die Bischöfe ihre Diözese verwalten sollen. Wer die 150 Fragepunkte sorgfältig studiert, kann daraus den Geist des katholischen Kirchenrechts und insbesondere den Geist der Kirchenregierung Pius' X. kennen lernen.

X.

Chordienst der Kanoniker.

Der hierauf bezügliche Reformerlasss Pius' X. erstreckt sich nur auf die Kanoniker der Stadt Rom. Er ist insofern besonders bemerkenswert, als er im grossen und ganzen mit dem Dekrete der Konzilskongregation vom 17. September 1902[1]) übereinstimmt. Obschon daher noch am Ausgange des Pontifikats Leos XIII. eine Neuregelung des Chordienstes an den römischen Kirchen stattgefunden hatte, beauftragte sein Nachfolger die genannte Kongregation, ein neues Reformdekret zu erlassen, um den Klagen über den mangelhaften Chorbesuch der Kanoniker und Benefiziaten an den römischen Kollegiatkirchen und Patriarchalbasiliken endlich Abhilfe zu verschaffen. So entstand das Dekret der Konzilskongregation »Decorem domus Dei«,[2]) das am 30. November 1910 veröffentlicht wurde. Es enthält folgende Bestimmungen:

1. Unter Aufhebung jeder entgegenstehenden Gewohnheit sollen vom 1. Januar 1911 an *alle* Früchte des Kapitels zu einer massa communis vereinigt und als distributiones quotidianae an die beim Chorgebet anwesenden Mitglieder gemäß den Tagen und Stunden des Chordienstes verteilt werden.

2. Wer ohne gesetzlichen Grund beim Chordienste fehlt, verliert jeden Anspruch auf die dafür bestimmten Distributionen und muss die etwa empfangenen zurück erstatten. Sind durch die Kapitelsstatuten noch schärfere Strafen bestimmt, so bleiben diese in Kraft.

3. Die wegen Krankheit Abwesenden werden als anwesend betrachtet und nehmen an allen Distributionen teil. Jedoch muss der Krankheitsgrund genügend bescheinigt sein.

4. Abgesehen von den speziellen Indulten, die von der Congr. Concilii verliehen worden sind, verlieren alle übrigen Privilegien, die einer bestimmten Person, z. B. mit Rücksicht

---

1) Acta Sanctae Sedis XXXV, 238 ff.
2) Acta Apostolicae Sedis II, 959—961.

auf ihre Amtstätigkeit, die Beschäftigung in den Kongregationen usw., erteilt worden sind, ihre Gültigkeit.

5. Die auf Grund eines Indultes Abwesenden beziehen nur zwei Drittel der Distributionen, die an die Stelle ihrer früheren Präbende treten.

6. Die Vollmacht, Dispensen zu erteilen, hat der Papst der Congr. Concilii ausschliesslich vorbehalten; jedoch soll diese verpflichtet sein, vorher das Votum des Kapitels (mittels geheimer Abstimmung) einzuholen.

7. Wer für gewisse Tage oder Stunden mit Rücksicht auf sein Amt dispensiert ist, muss während der amtsfreien Zeit an dem Chordienste teilnehmen; sonst ist er zu Restitution der empfangenen Früchte verpflichtet.

8. Damit die Kanoniker und Benefiziaten auch künftighin Gelegenheit haben, in den Pfarreien und Klöstern auszuhelfen, erteilt der Papst den Erzpriestern der Patriarchalbasiliken[1]) und den Vorstehern der Kollegiatkirchen die Befugnis, nach Anhörung des Kapitels die Zeit des Chordienstes je nach Bedürfnis zu verlegen und an den Vigilien der gebotenen Festtage Matutin und Laudes zu antizipieren.

Bezüglich der in den voraufgehenden acht Artikeln nicht erwähnten Punkte bleiben die Vorschriften des Konzils von Trient[2]) und die Bestimmungen der Congregatio Concilii[3]) in Kraft. Alle entgegenstehenden Gesetze und Gewohnheiten, auch diejenigen, die einer speziellen Erwähnung bedürfen, sind aufgehoben.

Mit Ausnahme der beiden letzten Artikel, die neu hinzugefügt wurden, stimmt der Inhalt des Dekretes »Decorem domus Dei« mit dem eingangs erwähnten Erlasse der Konzilskongregation vom 17. September 1902 überein. Die wichtigste Bestimmung, dass in den Patriarchal- und Stiftskirchen der Stadt Rom *alle* Kapitelseinkünfte als distributiones quotidianae verteilt werden sollen, wurde bereits von Pius IV. in dem Motu proprio »Cum sicut accepimus«[4]) am 20. November 1560 erlassen. Trotzdem

---

1) St. Johannes im Lateran, St. Peter und S. Maria Maggiore.

2) Conc. Trid. sess. 21 de reform. c. 3; sess. 24 de reform. c. 12.

3) Vgl. die Ausgabe der Canones et decreta Concilii Tridentini von *Richter* und *Schulte* (1853) 151 ff. und für die neuesten Entscheidungen *Sägmüller,* Lehrbuch des katholischen Kirchenrechts[3] I, 296 f.

4) Bullarium Romanum (ed. Taurinen.) VII, 147 ff.

ist das neue Dekret von grosser Bedeutung, weil es das Bestreben des Papstes bekundet, 1) die Gesetze auch wirklich durchzuführen, 2) die kirchlichen Verhältnisse in Rom als vorbildlich hinzustellen und 3) den hohen Wert des Gebetes und Gottesdienstes gegenüber den kirchlichen Verwaltungsgeschäften wirksam einzuschärfen.

(Fortsetzung folgt.)

II. Kirchliche Erlasse und Entscheidungen.

1. Apostolische Konstitution „Ex actis tempore" über die Organisation der suburbikarischen Bistümer, vom 1. Februar 1915.

(Acta Apostolicae Sedis VII, 229—231.)

BENEDICTUS EPISCOPUS
SERVUS SERVORUM DEI
AD PERPETUAM REI MEMORIAM

Ex actis tempore quidem postremis, sed pondere atque utilitate praecipuis Pii X sanctissimae memoriae Summi Pontificis unum illud est, quod Motu Proprio *Edita a Nobis*[1]) diei V maii MCMXIV de Dioecesibus Suburbicariis continetur. Iamdiu communis erat ea, sane gravis, querimonia, gubernationem harum dioecesium, praeterquam Veliternae et Ostiensis, omnino instabilem et quasi precariam esse; nam S. R. E. Cardinales, ex iure optionis aliquam ex iis obtinentes, cum semper possent, illa dimissa, aliam sibi optare, saepe contingebat, ut plures iam sedes mutavissent, antequam ad Decani locum pervenirent. Quanta incommoda et detrimenta curationi animarum haec frequens mutatio sedium afferret, probe animadvertit pro sua vigilantia Pontifex, reique directo occurrere constituit. Eo igitur, quem memoravimus, Motu Proprio sancitur: »ut, quam quisque Cardinalis Episcopus »nactus est initio Sedem, in ea permaneat etiam cum Decani »gradum attigerit; tum enim dioecesim suam Ostiensi cumulabit. »Quare, perpetua coniunctione dirempta Veliternae dioecesis et »Ostiensis, cui quidem accidet ut cum alia atque alia dioecesi »in persona Cardinalis Decani coniungatur, hae Suburbicariae »erunt sedes: Portuensis et Sanctae Rufinae, Albanensis, Prae»nestina, Sabinensis, Tusculana, Veliterna«. Haec sapientissime Decessor Noster.

Iam vero, posita stabilitate Cardinalium Episcoporum in sua cuiusque sede, et condita lege ut qui Decanus evaserit, is dioecesim, quam obtinet, non dimittat, Ostiensem assumens, recte dixeris earum dioecesium regimini satis consultum esse, amota-

1) Acta Apostolicae Sedis VI, 219 f.

que incommodae rerum conditionis causâ, necessitatem iam non ita urgere assignandi singulis dioecesibus suffraganeos Episcopos qui, Cardinalium nomine, easdem regant: de quibus suffraganeis idem Pius X quatuor ante annis edixerat in Constitutione *Apostolicae Romanorum Pontificum*[1]) d. XV aprilis MCMX. Accedit quod Suburbicariarum Dioecesium ea est et exiguitas territorii et propinquitas Urbi et nunc maxime facilitas commeatus, ut Cardinalium quisque in Urbe residens, quamvis occupatus sit, quamcumque earum in perpetuum gubernandam susceperit, gubernare per se recte posse videatur. Quod si alicui contigerit ex valetudine, aut ex aetate, aut alia ex causa ut ad episcopi rite obeundum munus adiutore indigeat, facile ei semper erit hunc adiutorem seu suffraganeum ab Apostolica Sede petere et impetrare.

Itaque, cum Decessor Noster Motu Proprio *Edita a Nobis,* qua parte huius praescriptiones attulimus, Constitutioni *Apostolicae* tamquam fundamentum subtraxerit, cumque aliae etiam haud levis momenti rationes ad id accesserint, Nos, adhibitis in consilium aliquot S. R. E. Cardinalibus, eam Constitutionem abrogatam declarantes, Cardinales Episcopos suburbicarios officio et onere adsciscendi suffraganeos, quo ex eiusdem Constitutionis praescriptis tenebantur, solvimus. Item, quaecumque memorato Motu Proprio statuta sunt de annuis quae singulis suffraganeis praebenda essent, et de omnibus bonis ecclesiarum suburbicariarum apud sacrum consilium Fidei Propagandae coniunctim administrandis ab Officio *Spoliorum,* ea quoque ut aboleri consentaneum est, ita abolita declaramus. Illud vero sanctum et inviolatum esto, quod eo ipso Motu Proprio diximus a Pio X singulari cum sapientia constitutum, ut quam quisque Cardinalis Episcopus initio sedem acceperit, eam ne mutet unquam; Decanus autem, praeter illam, etiam Ostiensem assumat. Denique redditus bonaque omnia singularum earumdem ecclesiarum singuli Cardinales Episcopi, ut antea, administrabunt. Volumus tamen, ut quotannis Officio oeconomico Spoliorum, quod supra dictum est, administrationis suae rationem referendam curent.

Quae igitur his litteris statuta, declarata, sancita sunt, omnia rata, valida, firma in omnes partes esse ac fore decernimus, atque ab omnibus, ad quos pertinet, sancte servari iubemus;

---

1) Acta Apostolicae Sedis II, 277 ff.

contrariis quibuslibet non obstantibus, etiam specialissima mentione dignis.

Datum Romae apud S. Petrum, anno Incarnationis Dominicae millesimo nongentesimo decimo quinto, die I februarii, Pontificatus Nostri anno primo.

Fr. H. M. Card. *Gotti* — P. Card. *Gasparri*
S. C. de Propaganda Fide Praefectus. — a Secretis Status.

Loco † Plumbi

VISA
M. *Riggi*, C. A., Not.

Reg. in Canc. Ap., N. $\frac{35}{15}$

---

2. Handschreiben Benedikts XV. auf das Gesuch des Kardinalpräfekten der Apostolischen Signatur, die Kompetenz dieses Gerichtshofes zu determinieren und zu erweitern, vom 28. Juni 1915.

(Acta Apostolicae Sedis VII, 320—325.)

Beatissime Pater,

Plura et prudentissime statuit Pius PP. X f. r. in Const. *Sapienti consilio* de nova Signaturae Apostolicae ordinatione »antiqua ordinatione tribunalium Signaturae papalis gratiae et iustitiae suppressa«; et Sacrum Tribunal ita feliciter restitutum, eius praefecturam gerente Vincentio Vannutelli Cardinali, iam uberes protulit fructus; at experientia docuit, Signaturam Apostolicam ampliores limites in suo exercitio expostulare ad suam competentiam potissimum quod attinet; hoc autem compertum est posse obtineri, insistendo quoque vestigiis eiusdem Constitutionis, vel tractu temporis, ope iurisprudentiae, vel illico et certius, iussu Sanctitatis Vestrae, veluti per autenticam interpretationem.

Re sane vera competentiae nonnulla capita laudata constitutio assignat (in Lege Propria, can. 37), haec tamen non *taxative*, sed quae *propria et praecipua* esse edixit. *Propria* nempe quia ex intima eius natura fluunt, eius veluti proprietates constitutivas exprimentia; sed *praecipua* tantum, adeo ut non prohiberetur quominus hisce capitibus competentiae alia accederent seu adiicerentur vel ex connexione negotiorum, vel ex amplificatione sui muneris quam ipsamet eiusdem muneris exsecutio, necessitate quadam, secumferret.

Recens non defuit occasio qua in H. Sup. Trib. dubitatum est an quaedam controversia in eius competentia contineretur. Quaesitum est enim ut decerneretur *restitutio in integrum* adversus sententiam rotalem latam in re matrimoniali et duplex iam habebatur sententia conformis; unde in S. Rota ordinario enascitur *res iudicata;* quamobrem S. Rota ulteriorem instantiam denegavit.

Resolutionem hac de re captam ab H. S. T. necesse fuit submittere confirmationi Auctoritatis Sanctitatis Vestrae. Nam in can. 37 n. 4 *Legis Propriae* attribuitur Signaturae Apostolicae cognitio »*de expostulatione pro restitutione in integrum adversus sententiam rotalem quae in rem iudicatam transierit*«. At causae matrimoniales, suapte natura, fruuntur privilegio ut in iis ulteriores instantiae absolute impediri non possint *exceptione rei iudicatae,* uti memorat et confirmat Const. *Dei miseratione*, ubi cavetur: »*salvo semper et firmo remanente iure seu privilegio causarum matrimonialium quae ob cuiuscumque temporis lapsum numquam transeunt in rem iudicatam*«. Itaque ad omnem dubitationem in posterum summovendam expedit, praescriptis verbis decernere, Huius Supr. Trib. esse quoque cognoscere de recursibus adversus sententias matrimoniales quas nec iure appellationis, nec extraordinaria cognitione, pro natura harum causarum, ad novum examen admittere censuit S. R. Rota.

De alio capite competentiae Huic Sup. Trib. attributae, scilicet *de querela nullitatis contra sententiam rotalem* expedit declarare, heic non agi tantummodo de declaranda nullitate sententiae quae adeo peccet in ius naturale aut positivum ut omni destituatur fundamento iuris; hoc enim perpaucis in casibus contingere usuvenit, attenta praecipue iurisprudentia Curiae Romanae quae firmavit regulam: *sententiam de se non esse nullam* nisi ex defectu aut *citationis* aut *competentiae* aut *mandati.* Ast mens Principis certe fuit, dum constituit Supr. Trib. Signaturae, subveniendi iis quoque qui exceptione *rei iudicatae* repelluntur in S. Rota neque evincere valent sententiam nullitate laborare, sed forte instructi sunt gravibus rationibus quae non sinunt defendi, quocumque coram iudice, auctoritate *rei iudicatae* sententiam latam manifeste vel contra legem vel non satis perpensa factorum veritate. — Hisce tantummodo limitibus continendam esse competentiam videtur intendisse ipsa *Lex Propria,* quae in can. 41 par. 3 ita statuit, *de querela nullitatis,* quoad eius ambitum in iudicio Signaturae: »*In tertio casu de hoc tantum iudicat,*

sitne nulla rotalis sententia sitne locus eius circumscriptioni«. *Circumscriptio* autem in stylo Curiae ut plurimum accipitur pro sententiae *rescissione,* uti assumitur in codice gregoriano, edito *Motu Proprio* a. 1834 ubi in par. 338 n. 1, assignatur Signaturae Apostolicae competentia: »*circa le domande di annullamento o circoscrizione degli atti giudiziali e delle sentenze*«. Verum quia in *Lege Propria* in cit. can. *circumscriptio* — non *disiunctive* sed *copulative* ponitur adeo ut videatur eisdem limitibus contineri ac sententiae *nullitas,* et hinc, in textu, *circumscriptio* idem esset ac *nullitatis declaratio,* proinde in foro nostro opinio invaluit, in Signatura impeti non posse sententiam rotalem nisi per *querelam nullitatis.* Itaque magnopere expedit declarare querelam nullitatis heic comprehendere nedum querelam ad obtinendam declarationem nullitatis sententiae, sed etiam petitionem *rescissionis* sententiae manifeste vel peccantis in legem vel factorum veritatem pervertentis.

De recursu *pro restitutione in integrum adversus sententias rotales* supra memorata, et privative competente Huic S. T. largiorem et benigniorem interpretationem, quoad ambitum competentiae, sanxerunt *Regulae* conditae ab Hoc S. T. *editae die 6 Martii 1912* servandae in iudiciis apud Signaturam agitatis eaedemque approbatae a Pio X f. r.; statuitur enim in art. 9, istam concedi, quoties, generatim, aliqua intercedat ratio seu probatio non prius deducta neque disputata ex qua provenire detrimentum grave atque manifestum boni iuris demonstrari queat, nisi fiat locus *restitutioni in integrum,* nempe *actioni rescissoriae* ad normam iuris communis. Quae extensio antiqui instituti *Restitutionis in integrum* directe comparatae pro *minoribus* quatenus est *remedium extraordinarium,* sane confirmanda est et in usum deducenda ita tamen ut sit locus huic actioni extraordinariae *restitutoriae* seu *revocatoriae,* quoties invocari non potest *querela nullitatis* aut actio *rescissoria,* de qua supra.

Sed potissimum sibi postulat ministerium Huius S. T. quod iubet can. 14 § 1, *Legis Propriae* quodque se refert ad *commissiones pontificias.* Edicit enim hic canon: »*S. Rota iudicat in prima instantia causas quas sive motu proprio sive ad instantiam partium R. Pontifex ad suum tribunal avocaverit et S. Rotae commiserit; easque si opus sit, ac nisi aliter cautum sit in commissionis rescripto, iudicat quoque in secunda et tertia instantia, ope turnorum iuxta praescripta can. 12*«. Cum enim saepius contingat, porrigi SSmo libellos supplices ut quaestio

committatur S. Rotae iudicialiter cognoscenda vel ut causa iam apud iudices inferiores introducta, avocetur ad S. Rotam remittenda; itemque ut causa apud S. Rotam instaurata ab eadem revocetur ut remittatur pro definitione alicui S. Congregationi; quoties hoc contigerit vel aliquid aliud huiusmodi petatur quod potissimum respiciat iustitiae administrationem, agitur de gravi negotio expediendo.

Hae siquidem controversiae seu quaestiones non valent rite cognosci et definiri nisi auditis partibus quarum interest et praehabita matura deliberatione, prouti in Signatura observari solitum fuit, antequam commissiones a SSmo signarentur seu apposita rescripta ederentur aut simpliciter aut adhibitis opportunis clausulis. — Has facultates restituere Signaturae est eidem attribuere quod nativa constitutione competit; quod non ei abstulit Const. *Sapienti consilio* cum asseruerit utrique Signaturae *Gratiae et Iustitiae* novam ordinationem, dumtaxat, fuisse attributam. Hoc pacto Signatura Apostolica ad ampliorem dignitatem consurgit, ob arctiorem nexum quo cum Romano Pontifice coniungitur, cuius nomine et vice examinat, utrum expediat annuere precibus eorum qui petunt a Papa ut Ipse dignetur aliquid circa iustitiae administrationem rescribere et potissimum ut tribunali S. Rotae vel alicui S. Congregationi vel ipsi tribunali Signaturae certam quaestionem committere cognoscendam et definiendam, opportunis adiectis clausulis, prouti res postulat. Antiquitus haec negotia expediebantur potissimum in Signatura *Iustitiae* sed nonnulla etiam in Signatura *Gratiae.*

Cum supplices libelli eiusmodi quaestiones continentes, dirigerentur ad Papam et per manus Eius Auditoris ad Signaturam remitterentur, hinc factum est, uti testatur De Luca (in Disc. 30, Annot. n. 1, *Relatio Curiae Rom.*) qui fuit Auditor Innocentii XI, moderationem Signaturae pene esse commissam Auditori Papae qui veluti a Secretis erat Signaturae Gratiae. Quam arctam connexionem inter Signaturam et Papae Auditorem explicite firmavit Codex — *di procedura civile* — editus a Pio VII, *Motu Proprio diei 22 Nov. 1817;* ubi liber VI qui agit de Signatura veluti unico tribunali, inscribitur »*Del tribunale della Segnatura e dell'Uditore del Papa*«.

Nova vero ordinatio per Const. *Sapienti consilio* inducta nullimode vetare videtur, quominus apud Hoc S. T. iterum operam suam exhibeant duo Praelatorum collegia, quorum alterum a *Votantibus,* alterum a *Referendariis Signaturae* nuncupentur. Equi-

dem quin disseramus an per novam ordinationem praefata Constitutio haec Collegia abolere intenderit, tamen magnopere expedit ea restitui et in exercitium revocari ut loco *Consultorum* quos can. 56 par. 2 induxit *Lex Propria*, suam operam exhibeant in Signatura pro antiquo stylo quatenus hic novae ordinationi aptari possit.

Modus autem quo in tractatione negotiorum hi Praelati pro nova H. S. Tribunalis ordinatione, partem habebunt, determinandus videtur in Regulis servandis in expeditione negotiorum apud H. S. Tribunal.

Mei muneris erat haec referre Sanctitati Vestrae ut decernere statuat quod in Domino magis expedire iudicaverit.

M. Card. *Lega*,
Praefectus.

BENEDICTUS PP. XV

Attentis expositis libenter annuimus et concedimus ut Nostri Supremi Tribunalis Signaturae augeatur seu certius definiatur competentia, tum ratione recursuum in causis matrimonialibus, tum ex capite nullitatis et restitutionis in integrum, iuxta exposita; eidemque Signaturae in posterum ablegandos esse volumus et statuimus supplices libellos Nobis porrectos, respicientes quaestiones seu causas in Relatione expositas vel alias huiusmodi prouti Nobis in singulis casibus visum fuerit; eo consilio ut praevio eorumdem libellorum supplicum examine, auditis potissimum iis quorum interest, definiatur quaestio, AN ET QUOMODO EXPEDIAT PRECIBUS ANNUERE. — *Negotiis autem penes H. Sup. Tribunal agitatis et expediendis volumus et iubemus ut operam suam conferant duo insignia collegia, alterum a* VOTANTIBUS, *alterum a* REFERENDARIIS *Signaturae nuncupata; et ad hunc effectum, quatenus opus sit, haec iterum instituimus seu restituimus et in exercitium revocamus, servato in ratione interveniendi et procedendi penes H. S. Trib. modo in Regulis determinando; ita tamen ut hi Praelati sint loco Consultorum, quos induxit Const.* Sapienti consilio *Lex Propria, can. 36, § 2. — Collegium a* VOTANTIBUS *7 Praelatis constare volumus et iubemus; alterum a* REFERENDARIIS *innumeratum manere decernimus. Quo vero maior auctoritas et honor accedat Huic Nostro Supr. Trib., statuimus ut qui a Secretis Huius fuerit, Nostri quoque Auditoris munere fungatur.*

Et haec decernimus et firma et rata esse volumus, contrariis quibuscumque etiam speciali mentione dignis non obstantibus.

Ex Aedibus Vaticanis, die 28ª iunii 1915.

BENEDICTUS PP. XV

---

3. Resolution der Congr. Consistorialis betr. die Kompetenz, Säkularpfarreien an Ordensleute zu verleihen, vom 5. Juli 1915.

(Acta Apostolicae Sedis VII, 327.)

Proposito dubio: »utrum facultas concedendi Religiosis paroecias saeculares spectet ad S. C. Concilii, vel potius ad S. C. de Religiosis«,

Emi Patres huius S. C. Consistorialis, re mature perpensa et praehabito Consultoris voto, in generalibus comitiis diei 28 iunii 1915 respondendum censuerunt: »spectare ad S. C. Concilii, firma tamen obligatione pro Ordinibus et Congregationibus religiosis obtinendi a S. C. de Religiosis necessariam facultatem vel dispensationem, si ipsorum constitutiones et regulae eis prohibeant paroecias retinere et regere«.

In audientia autem infrascripto Cardinali Secretario concessa die 2 iulii 1915, SSmus D. N. resolutionem ratam habuit et confirmavit.

Romae, die 5 iulii 1915.

† C. Card. *De Lai,* Ep. Sabinen., Secretarius.

L. † S. † *Thomas Boggiani,* Archiep. Edessen., Adsessor.

---

4. Reskript der Congr. de Sacramentis, betr. die Fakultät, die hl. Eucharistie in Feldlazaretten und auf Kriegsschiffen aufzubewahren, vom 22. Juni 1915.

(Acta Apostolicae Sedis VII, 329.)

Sacra Congregatio de disciplina Sacramentorum, Illmi ac Rmi Ordinarii Castrensis in Italia precibus benigne annuens, vigore facultatum a Ssmo D. N. Benedicto Papa XV tributarum, eidem committit ut durante praesenti bello, pro suo arbitrio et conscientia veniam faciat qua, tum in stativis castrorum valetudinariis, tum in bellicis navibus ubi pro classiariis administer a sacris adest, Ss. Eucharistiae Sacramentum adservari possit, dummodo altare, in quo ciborium collocabitur, sit decenter instructum

et supellectilibus sufficienter praeditum; ibidem sacrosanctum Missae sacrificium semel saltem in hebdomada celebretur, eiusdem ciborii clavis caute custodiatur; lampas ante Ss. Sacramentum collucescat; sacrae Species frequenter iuxta rubricas renoventur, aliisque servatis cautelis ipsi Ordinario Castrensi benevisis pro diversitate circumstantiarum et locorum, ad tutamen et decorem Ss. Eucharistiae. Contrariis quibuscumque minime ostantibus.

Datum Romae, ex aedibus eiusdem Sacrae Congregationis, die 22 iunii 1915.

Ph. Card. *Giustini*, Praefectus.

L. † S. † *Aloisius Capotosti*, Ep. Therm., Secretarius.

---

5. Resolution der Apostolischen Pönitentiarie betreffend die Absolutionsvollmachten gegenüber den zum Heere in irgendeiner Beziehung stehenden Personen, vom 21. Dezember 1914.

(Kirchliches Amtsblatt der Diözese Münster XLIX, 27.)

Beatissime Pater,

Anno 1912,[1]) Sacra Poenitentiaria »affirmative« respondit: ad quaesitum: An quilibet miles ad bellum convocatus, seu, ut aiunt, mobilisatus, aequiparari possit militibus in periculo mortis constitutis, ita ut a quovis obvio sacerdote possit absolvi.

Iamvero sunt et alii homines, viri ac mulieres, inter quas non desunt Sorores Religiosae, qui tempore belli huiusmodi periculo mortis obnoxii esse videntur, immo non raro occumbunt; iidemque auctoritati militari subsunt: nempe quotquot in bello vulneratis aut aegrotantibus assistunt, aut castrenses epistolas expediunt, aliaque id genus exercent munera. Cum hi non semper reperiant sacerdotes approbatos, qui eorum linguam calleant, nonne consultum foret, ut facultas supradicta quoad absolutionem sacramentalem concessa militibus mobilisatis, extenderetur ad omnes fideles utriusque sexus, non exclusis Sororibus Religiosis, qui aliquo modo pertinent ad exercitus mobilisatos et sub regimine militari continentur?

Sacra Poenitentiaria, mature consideratis expositis, benigne sic annuente Ssmo Domino Nostro Benedicto Papa XV. indulget pro gratia extensionis Rescripti diei 18 Martii 1912 quoad fideles,

---

1) Rescript. S. Poenitent. Apostolicae 18. Mart. 1912. Sieh Archiv für kath. Kirchenrecht XCV, 156 f.

de quibus in precibus, qui in castris versantur; contrariis quibuscunque non obstantibus.

Datum Romae in Sacra Poenitentiaria die 21 Decembris 1914.

Carolus Perosi S. P. Reg.

C. Licata S. P. Subst.

---

6. Resolution der Apostolischen Pönitentiarie betreffend die Absolution der mobilisierten Soldaten, vom 29. Mai 1915.

(Acta Apostolicae Sedis VII, 282.)

Proposito huic sacrae Poenitentiariae dubio: »Utrum miles »quicumque in statu bellicae convocationis, seu, ut aiunt, *mobi-»lisationis*, constitutus, ipso facto aequiparari possit iis qui ver-»santur in periculo mortis, ita ut a quovis obvio sacerdote possit »absolvi«.

Resp. Detur responsum diei 18 martii 1912,[1]) ad Episcopum V., nempe: »*Affirmative,* iuxta regulas a probatis auctoribus traditas«.

Datum Romae ex aedibus S. Poenitentiariae die 29 maii 1915.

Carolus Perosi, S. P. Regens.

Ioseph Palica, S. P. Secretarius.

---

7. Schreiben des Kardinalsekretärs des Hl. Officiums betr. den Kultus des Eucharistischen Herzens Jesu, vom 3. April 1915.

(Acta Apostolicae Sedis VII, 205 f.)

Ad omnes dubietates et anxietates tollendas quae post evulgata sacrae Rituum Congregationis Decreta dierum 28 martii[2]) et 15 iulii[3]) anni superioris istic inter fideles exortae perhibentur, flagitabat nuper Eminentia Tua explicitam Sanctae Sedis declarationem super dubio: »Num titulus *Cor Iesu Eucharisticum* servet »sensum, quibuscumque non obstantibus, quem habet in ultima »Collectione (*Raccolta*) Indulgentiarum anni 1898 et in Brevi dato »a Leone XIII die 16 februarii 1903«.

Re delata ad supremam hanc sacram Congregationem sancti Officii, cuius est curare ne fidei puritas coeni quacumque per-

---

1) Archiv für kath. Kirchenrecht XCV, 156 f.
2) Acta Apostolicae Sedis VI, 146 f.
3) Acta Apostolicae Sedis VI, 382 f.

mixtione turbetur, omnibus eadem mature perpensis, in plenario conventu habito feria IV die 24 martii anni currentis, respondendum censuit: »Adfirmative; et ad mentem. *Mens est* ut firma et »immutata remanere debeant Decreta Sanctae Sedis quoad emble- »mata, imo etiam quoad partem liturgicam devotionis erga Cor »Iesu Eucharisticum; attamen devotio ipsa erga Cor Iesu Eucha- »risticum haberi debeat ut adprobata ab Apostolica Sede in sensu »declarationis quae continetur in ultima Collectione Indulgentia- »rum anno 1898 edita«.

Quam quidem responsionem perpetuo hac super re Ecclesiae sensui apprime consonam facile inveniet quisquis paulisper secum reputet in ipsis Breviarii Romani lectionibus pro Officio festi sacratissimi Cordis Iesu iamdiu concesso, commendari praecipue »caritatem Christi patientis et pro humani generis redemptione »morientis atque in suae mortis commemorationem instituentis »sacramentum corporis et sanguinis sui, ut [eam] fideles *sub sa- »cratissimi Cordis symbolo* devotius ac ferventius recolant, eius- »demque fructus uberius percipiant«; et festum Ssmi Corporis Christi cum eiusdem sacratissimi Cordis festo in sacra liturgia ita coniungi ut alterum alterius quasi sequela et complementum videatur. Nil igitur mirum si, inolescente postea devotione erga sacratissimum Cor Iesu Eucharisticum, constanter ab Apostolica Sede declaratum fuerit »cultum erga sacratissimum Cor Iesu in Eucha- »ristia non esse perfectiorem cultu erga ipsam Eucharistiam neque »alium a cultu erga sacratissimum Cor Iesu«.

Ex quibus omnibus plane consequitur devotionem erga sacratissimum Cor Iesu Eucharisticum nedum unquam a Sancta Sede improbatam haud fuisse, quin immo pluries positive recognitam: hoc tamen omnino et non alio sensu, nova vero circa eam emblemata, imagines, titulos ac festivitates liturgicas ideo potissimum vetitas fuisse, ne forte simplicium animis, novitatis amore captis, devotionem ipsam in erroneos vel minus opportunos sensus deflectentibus, res tam sancta obloquentium dicteriis exponeretur.

Dum Te igitur precor ut huius adeo salutaris devotionis frequentatores, veram et genuinam Apostolicae Sedis mentem prudenter edoctos, in sancto proposito confirmare satagas, honori mihi duco altissimae aestimationis meae sensus exprimere Eminentiae Tuae, cui manus humillime deosculor.

Datum ex aedibus S. O. die 3 aprilis 1915.

R. Card. *Merry del Val,* Secretarius.

8. Erlass des Bischofs von Basel und Lugano über die Besetzung geistlicher Stellen, vom 24. Mai 1915.

(Schweizerische Kirchen-Zeitung Jahrg. 1915, 179.)

Da in unserm Bistum bei der Besetzung kirchlicher Stellen wie auch beim Antritt und Rücktritt von solchen wiederholt Unregelmässigkeiten vorgekommen sind, die auf ungenügende Kenntnis der kirchlichen Vorschriften über das Pfründewesen hindeuten, so sehen wir uns zu folgenden Darlegungen veranlasst.

Wenn eine Pfarrgemeinde das Recht hat, den Pfarrer, einen Kaplan oder einen andern Benefiziaten zu wählen, so nimmt sie diesen Pfründen gegenüber die Stellung eines Laienpatrons ein. Dieser hat nach dem kanonischen Recht bei Erledigung einer Pfründe innert vier Monaten dem Bischofe einen andern, für die Stelle tauglichen Priester zu präsentieren und die Genehmigung der Wahl »nachzusuchen«. Damit ist der Gewählte noch nicht im Besitze des fraglichen geistlichen Amtes, er ist noch nicht Pfarrer, Kaplan oder Benefiziat, hat aber das Recht auf das Amt. Das geistliche Amt selber wird vom Bischofe durch die Institution übertragen. Pfarrer werden dann durch die feierliche Installation in ihr Amt eingeführt. Für Pfarrverweser (im kanonischen Sinne) und Kapläne findet keine Installation statt, sie müssen aber die cura animarum vom Bischofe haben.

Wähler und Gewählte können direkt oder durch den bischöflichen Kommissar oder den Dekan an den Bischof (das Ordinariat) gelangen. Der Bischof erteilt die Institution durch eine eigene Urkunde; deren Zustellung, wie die Installation, geschieht gewöhnlich durch die genannten geistlichen Vorsteher, die Installation nach dem Diözesan-Ritual, pag. 56*.

Vor der Institution durch den Bischof kann ein Benefiziat keine Funktionen seines Amtes ausüben, (Constit. Synod. Art. 39) ein Pfarrer nicht gültig trauen.

Vor dem Antritte ihrer Pfründe müssen alle Benefiziaten die professio fidei mit dem von Pius X. geforderten Antimodernisteneid ablegen, die Pfarrer und anderen Benefiziaten mit Seelsorge auch den Amtseid, das juramentum. (Constit. Synod. Art. 39, und Appendix S. 14).

Will ein Benefiziat seine Stelle aus freien Stücken oder infolge der Wahl auf eine andere Stelle verlassen, so muss er vom Bischof die Entlassung von der bisherigen Stelle nachsuchen und

darf diese nicht verlassen, bevor er vom Bischof die Erlaubnis dazu erlangt hat. (Installationsformular im Ritual, Appendix 56* und Institutionseid Constit. Synod. Appendix S. 14).

Damit für Pastoration der bisherigen Stelle gesorgt werden kann, behält sich der Bischof vor, die Entlassung erst in drei Wochen nach dem Entlassungsgesuch eintreten zu lassen, es sei denn, dass der abtretende Geistliche für einen dem Bischofe genehmen Vertreter sorgt.

Geistliche, welche diesen Bestimmungen zuwiderhandeln, können mit den kanonischen Strafen belegt werden.

Solothurn, den 24. Mai 1915.

† *Jacobus,*
Bischof von Basel und Lugano.

---

9. Erlass des Bischöflichen Ordinariats von St. Pölten betr. die Kriegstrauung durch Stellvertreter.

(St. Pöltner Diözesanblatt Jahrg. 1915, 76.)

In den gegenwärtigen Kriegszeiten kommen öfters Eheschliessungen durch Bevollmächtigte vor. Im Interesse der Rechtssicherheit solcher Ehen hat die k. k. n.-ö. Statthalterei ddo. 18. Mai 1915, Z. III—1243, im Sinne eines Erlasses des k. k. Ministeriums für Kultus und Unterricht vom 6. Mai 1915, Z. 10.291, die Anregung gegeben, in derartigen Fällen den im Felde stehenden Bräutigam vom Eheabschlusse zu verständigen und von demselben eine Bestätigung von dieser Verständigung abzuverlangen.

In Ausführung dessen werden die hochwürdigen Pfarrämter angewiesen, vorkommendenfalls den abwesenden Bräutigam über die durch Stellvertretung abgeschlossene Ehe sogleich amtlich zu verständigen und auf einer beigelegten Feldpostkarte den Wortlaut der Bestätigung vorzuschreiben. Die rückgelangte gefertigte Bestätigung ist den Trauungsakten beizuschliessen und soll für die Zukunft als Beweis dienen, dass der Bräutigam seine Vollmacht vor der Trauung nicht widerrufen hat.

Zur Durchführung ist notwendig, dass das Pfarramt sich um die genaue Adresse des abwesenden Bräutigams, Truppenkörper (Truppenanstalt), Charge, Feldpost-Nr. etc. erkundige.

Formulare:

Das katholische Pfarramt in X. verständigt Sie hiemit, dass Ihre Ehe mit N. N. durch Ihren Bevollmächtigten N. N. am . . . . . . Uhr vormittags (nachmittags) in der Pfarrkirche zu X. ab-

geschlossen worden ist. Beiliegende Bestätigung wollen Sie unterfertigen und der Post übergeben.

Pfarramt X, am . . . . . . N. N., Pfarrer.

Vorderseite: Adresse des Pfarramtes.

Rückseite:

Nehme hiemit genehmigend zur Kenntnis, dass mein Bevollmächtigter N. N. in der Pfarrkirche zu X. am . . . . . Uhr vormittags (nachmittags) von dem hochwürdigen Herrn N. N. in Gegenwart der Zeugen N. N. und N. N. in meinem Namen meiner Braut N. N. die Eheerklärung gegeben und von ihr angenommen hat und derart zwischen mir und N. N. die Ehe rechtsgültig geschlossen worden ist. N. N.

---

10. Päpstliche Fakultät für den Bischof von Brixen, die Absolutiones ad tumulum und die gestifteten Vigilien zu kommutieren, vom 29. März 1915.

(Brixener Diözesanblatt Jahrg. 1915, 55 f.)

Ordinarius Brixinensis sequentem petitionem misit ad s. Sedem:

»Beatissime Pater, Ordinarius Brixinensis die 17. martii 1914 a Sede Apostolica accepit facultatem commutandi missas cantatas antiquioris fundationis quam 80 respective 50 annorum in lectas. Item accepit die 12. februarii 1912 facultatem transferendi missas fundatas sub certis conditionibus extra dioecesim. Cum ex his missis plures sint fundatae cum absolutione tumuli sive sepulchri (i. e. visitatio sepulchri, Si iniquitates, Ps. De profundis, Libera, Kyrie, Pater Noster, Oratio etc.) factum est, ut in multis locis magnus habeatur cumulus talium Absolutionum sine missis correspondentibus, quia hae commutatae et translatae sunt in aliam dioecesim. Plures huiusmodi Absolutiones tam vetustae sunt fundationis, ut jamjam nesciatur sepulchrum. Peto igitur ad pedes Sanctitatis Vestrae humillime provolutus facultatem huiusmodi fundationes commutandi in alia opera pia e. gr. 20 Absolutiones in unum Rosarium in ecclesia publice recitandum.

Praeterea in pluribus locis existunt sat multae Vigiliae (Vesperae, Matutinum, Laudes) omnes vetustioris fundationis. Hae Vigiliae minime sunt frequentatae a populo, plerumque tenuissime tantum dotatae, saepius etiam in locis, ubi nunc jam non est nisi unus sacerdos. Quare etiam pro his ad pedes Sanctitatis Vestrae humillime provolutus peto facultatem eas commutandi in alia pia opera e. gr. 25 Vigilias in unam missam lectam

et si sint alicubi pauciores quam 25 in Rosarium publice recitandum.«

Sequens accepit responsum:

»S. Congregatio Concilii, auctoritate SS.mi D. N. Benedicti XV. attentis expositis, benigne tribuit Ordinario oratori facultates juxta preces. Datum Romae die 29. Martii 1915«.

De hac facultate monentur animarum curatores. Qui huiusmodi Vigilias et Absolutiones in suis paroeciis habent, mittant earum indicem *in duplo* (simili modo ut in commutatione missarum cantatarum antiquioris fundationis factum est) ad Ordinariatum. Unus index hic deponetur, alter commutatione facta remittitur. Animarum curatores possunt etiam opera indicare, in quae juxta locorum circumstantias ipsi dictas Vigilias et Absolutiones commutari cupiunt.

---

11. Erlass des Bischofs von Rottenburg betr. die Leistung von Bürgschaften durch Geistliche, vom 4. Juni 1915.

(Kirchliches Amts-Blatt für die Diözese Rottenburg VIII, 130.)

Es ist wiederholt vorgekommen, dass Priester durch Leistung von Bürgschaften sich selbst in grosse Verlegenheiten und Schwierigkeiten gebracht haben und nicht bloß genötigt waren, das Einkommen ihres geistlichen Amtes zur Schuldentilgung für andere zu verwenden, sondern längere Zeit hindurch in einer Lage der Abhängigkeit sich befanden, die im Interesse der Würde des geistlichen Standes sehr zu beklagen war. Wir sehen uns deswegen nach dem Vorgange anderer Diözesen (*Limburg* 1905; vgl. Arch. f. kath. Kirchenrecht 85, 1905, S. 768 — *Breslau* 1906; vgl. ebd. 86, 1906, S. 354 — *Paderborn* 1914; vgl. ebd. 95, 1915, S. 136 — vgl. zum Ganzen Sägmüller, Lehrbuch des kath. Kirchenrechts, 3. Aufl. 1914, I, 261) und auf den Wunsch verschiedener Geistlicher zu folgender Verordnung veranlasst:

Kein Priester der Diözese darf ohne unsere schriftliche Erlaubnis eine Bürgschaft übernehmen, auch nicht für Verwandte, andere Priester, kirchliche oder charitative Institute oder Vereine. Es ist ferner jedem Diözesanpriester ohne die gleiche Erlaubnis untersagt, auf seinen Namen Geld aufzunehmen, um es als Darlehen an andere Personen weiterzugeben.

Rottenburg, den 4. Juni 1915.

† *Paul Wilhelm*, Bischof.

III. Staatliche Erlasse und Entscheidungen.

1. Schreiben des preussischen Kultusministers an den Erzbischof von Köln betr. Kriegsdienst der Ordenspriester und Theologen, vom 3. Juni 1915.

(Amtliches Kirchenblatt für die Diözese Culm LVIII, 60.)

Berlin, den 3. Juni 1915.

Euerer Eminenz beehre ich mich auf das gefällige Schreiben vom 21. April d. J. nach Benehmen mit dem Herrn Kriegsminister ergebenst mitzuteilen, dass nach einer am 28. Mai d. J. an sämtliche stellvertretenden Generalkommandos gerichteten Verfügung die römisch-katholischen Ordenspriester und Theologen, die die Subdiakonatsweihe empfangen haben, zum Dienst mit der Waffe nicht heranzuziehen sind und auf diese Personen die Bestimmung in § 118 Ziffer 5 der Wehrordnung Anwendung findet.

Mit dem Ausdrucke besonderer Verehrung bin ich Euerer Eminenz ergebenster

gez. *v. Trott zu Solz.*

Abschrift beehre ich mich zur gefälligen Kenntnisnahme ergebenst zu übersenden.

Cöln, den 14. Juni 1915.

Der Erzbischof von Cöln
F. Card. *v. Hartmann.*

An den hochwürdigsten Herrn Bischof von Culm
in Pelplin.

2. Urteil des deutschen Reichsgerichts, IV. Zivilsenat, betr. die Notwendigkeit des Bauresoluts im Streit zwischen Kirchenpatron und Kirchengemeinde, vom 8. März 1915.

(Verordnungen des Fürstbischöflichen General-Vikariat-Amtes zu Breslau Jahrg. 1915, 101—103.)

Das Urteil des achten Zivilsenats des Königlich Preussischen Oberlandesgerichts in Breslau vom 14. Juli 1914 wird aufgehoben. Das Urteil der 2. Zivilkammer des Königlich Preussischen Landgerichts in Ratibor vom 10. Dezember 1913 wird abgeändert.

Der Rechtsweg wird für zulässig erklärt und die Sache zur weiteren Verhandlung an das Gericht erster Instanz zurückverwiesen.

Die Entscheidung über die Kosten der Revisionsinstanz bleibt dem künftigen Endurteile vorbehalten.

Von Rechts wegen.

Tatbestand.

Der Kirchenvorstand und die Gemeindevertretung der klagenden Gemeinde haben am 17. April 1910 die Ausbesserung des Kirchengebäudes beschlossen. Die Kosten der inzwischen ausgeführten Arbeiten belaufen sich auf 2079,40 Mark. Die Klägerin verlangt von dem Beklagten als dem Kirchenpatron die Bezahlung der auf ihn entfallenden $^2/_3$ mit 1386,20 Mark. Der Beklagte hat unter Verweigerung der Einlassung zur Hauptsache die Einrede der Unzulässigkeit des Rechtsweges mit der Begründung erhoben, dass der in den §§ 707, 709 II. 11 des Allgemeinen Landrechts vorgeschriebene Baubeschluss der Königlichen Regierung nicht ergangen sei. Die Klägerin hat dies zugegeben, aber geltend gemacht, es habe eines Baubeschlusses nicht bedurft, weil der Beklagte im Laufe der über den Bau gepflogenen Verhandlungen sein Einverständnis mit der Vornahme der Arbeiten erklärt habe. Das Landgericht trat dem Beklagten bei und wies die Klage als zurzeit unzulässig ab. In der von ihr beschrittenen Berufungsinstanz legte die Klägerin eine inzwischen von ihr erwirkte Verfügung der Regierung vom 13. Februar 1914 vor und vertrat den Standpunkt, dass darin die Genehmigung der Ausführung der Arbeiten zum Ausdruck gebracht sei. Das Oberlandesgericht wies aber die Berufung zurück. Nunmehr hat die Klägerin Revision eingelegt und um Aufhebung des Berufungsurteils gebeten. Der Beklagte beantragt die Zurückweisung der Revision.

Entscheidungsgründe.

Es kann dahingestellt bleiben, ob, wie die Revision meint, das Berufungsgericht zu Unrecht angenommen hat, dass das Schreiben der Regierung, Abteilung für Kirchen- und Schulwesen, vom 13. Februar 1914 eine Genehmigung der Ausbesserungsarbeiten hinsichtlich ihrer Notwendigkeit und der Art der Ausführung nicht enthalte. Denn der Rechtsweg ist um deswillen zulässig, weil es im vorliegenden Falle eines Baubeschlusses im Sinne der §§ 708, 709 II. 11 des Allgemeinen Landrechts überhaupt nicht bedurfte. Zur Begründung seiner gegenteiligen

Meinung führt das Berufungsgericht aus: Das Befinden der Verwaltungsbehörde über die Notwendigkeit des Baues sei im öffentlichen Interesse vorgeschrieben und unterliege aus diesem Grunde nicht dem Verzichte der Parteien. Deshalb könne auch die von der Klägerin behauptete frühere Zustimmung des Patrons, falls im Prozesse Streit entstehe, den Beschluss der Regierung nicht entbehrlich machen, zumal der Patron nicht der allein an den Baukosten Interessierte sei. Damit wird das Berufungsgericht der rechtlichen Natur dieses sogenannten Bauresoluts nicht gerecht. Wie §§ 708, 709 II. 11 des Allgemeinen Landrechts ausdrücklich aussprechen, ist es nur dann zu erlassen, wenn unter den Interessenten hinsichtlich der Bauausführung *Streit* entsteht. Die in solchen *Streit*fällen erforderliche Entscheidung hat nichts zu tun mit der nach § 47, Abs. 2 des Gesetzes vom 20. Juni 1875 (Gesetzsammlung S. 241) auch jetzt noch den geistlichen Obern vorbehaltenen Genehmigung (vgl. §§ 704, 706, 707 II. 11 des Allgemeinen Landrechts), sowie der nach § 50 Nr. 4 dieses Gesetzes vorgeschriebenen Genehmigung der staatlichen Aufsichtsbehörde. Letztere hat nach § 2 Nr. 5 des Gesetzes vom 7. Juni 1876 (Gesetzsammlung S. 149) in Verbindung mit Artikel 1 der Verordnung vom 30. Januar 1893 (Gesetzsammlung S. 11) entweder der Regierungspräsident oder der Minister der geistlichen Angelegenheiten zu erteilen, während zur Entscheidung in streitigen Baufällen an Stelle der nach dem Allgemeinen Landrecht zuständigen geistlichen Obern die gedachte Regierungsabteilung in dem durch den Ministerialerlass vom 13. Januar 1874 (Ministerialblatt für die innere Verwaltung S. 97) geordneten Instanzenzuge berufen ist. (Vgl. § 2 Nr. 6, § 18 lit. f. der Reg.-Instr. vom 23. Oktober 1817, Gesetzsammlung S. 248; und für die evangelische Landeskirche § 3 Nr. 1 der Königlichen Verordnung vom 27. Juni 1845, Gesetzsammlung S. 125; vgl. Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen Bd. 50 S. 313/4), Auf die der kirchlichen und staatlichen Aufsichtsbehörde zustehende Genehmigung kann allerdings von den Beteiligten nicht verzichtet werden, während für die in den §§ 708, 709 a. a. O. erforderte Entscheidung überhaupt nur dann Raum ist, wenn sich die Interessenten über kirchliche Bauten nicht einigen können. Aber auch in solchen Fällen ist sie nur dann Vorbedingung für die Zulässigkeit des Rechtswegs, wenn der Streit sich auf die Notwendigkeit des Baues und die Art seiner Ausführung bezieht, nicht aber, wenn es sich lediglich um die Beitragspflicht des

Patrons und den Betrag der erforderlichen Kosten handelt. Über erstere, das öffentliche Interesse berührende Frage soll nur einheitlich die Verwaltungsbehörde entscheiden, letztere ist gemäß der Allgemeinen Vorschrift des § 577 II. 11 des Allgemeinen Landrechts der Entscheidung des ordentlichen Richters unterworfen.

Streit über die Notwendigkeit und die Art des Baues hat nun im vorliegenden Falle *vor* Einleitung des Prozesses nicht bestanden, und also bestand vor Erhebung der Klage auch kein Anlass für die Klägerin zur Einholung eines Bauresoluts. Allerdings sagt das Berufungsgericht, die von der Klägerin behauptete Zustimmung des Beklagten sei aus dem Inhalte des zwischen den Parteien gepflogenen Briefwechsels nicht erwiesen. Und es fügt hinzu: Denn der Beklagte habe seinen Patronats*beitrag* stets abweichend von der Klägerin berechnet und diese gebe auch zu, dass die *Höhe der Kosten* immer bestritten gewesen sei. Nun muss zwar zugegeben werden, dass der Beklagte die Höhe der Kosten und seinen Beitrag dazu auch deswegen anders wie die Klägerin berechnet haben könnte, weil er die Notwendigkeit und die Art der Bauausführung in Zweifel zog. Das ist aber nach dem von dem Berufungsgericht seinen Feststellungen zugrunde gelegten Briefwechsel der Parteien nicht der Fall. Aus diesem Briefwechsel ergibt sich vielmehr, dass der Beklagte, wie er selbst im Prozesse zugegeben hat, das Ausbesserungsbedürfnis immer anerkannt hat, ebenso auch die Art der Ausführung der Arbeiten und die dafür nach dem Gutachten des Baumeisters Adamitzki notwendigen Kosten *insoweit*, als er dazu nach den Vereinbarungen von 1893 und 1895 glaubte beitragen zu müssen. Im übrigen hat er die Art der Ausführung nicht bemängelt, sondern erklärt, er erlaube sich darüber kein Urteil. In diesem Sinne müssen also die oben erwähnten Feststellungen des Berufungsgerichts verstanden werden. Übrigens würde das Reichsgericht hier, wo es sich um eine von Amtswegen zu prüfende Prozessvoraussetzung handelt, an die Auffassung des Berufungsgerichts auch nicht gebunden sein. (Vgl. Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen Bd. 27, S. 187, Juristische Wochenschrift 1905, S. 735 und das zum Abdruck bestimmte Urteil des Senats vom 12. November 1914, IV. 346/14.) Streitig blieb hiernach lediglich die Frage, in welcher Weise der Patronsbeitrag des Beklagten in Hinblick auf die früheren Vereinbarungen der Parteien, durch welche nach der Ansicht des Beklagten der Umfang seiner

Patronatsbaupflicht eingeschränkt sein sollte, zu berechnen war, und nur insoweit die Höhe der auf den Beklagten entfallenden Baukosten, eine Frage, die nach dem Erörterten der Entscheidung des ordentlichen Richters unterliegt. Welche *sachlichen* Einwendungen der Beklagte dem Klageanspruche gegenüber im *Prozesse* erhoben hat oder zu erheben beabsichtigt, hat das Berufungsgericht nicht festgestellt, insbesondere nicht, dass sie die Notwendigkeit und die Art des Baues zum Gegenstande haben. Schon deshalb kann die Entscheidung des Berufungsgerichts nicht aus dem weiter von ihm ausgeführten Grunde aufrecht gehalten werden, auch eine frühere Zustimmung des Patrons mache den Baubeschluss nicht entbehrlich, *falls im Prozesse Streit* entstehe. Die Ansicht ist aber auch nicht richtig. Schon in einem Urteile des Senats vom 15. Mai 1912, IV. 599/11, ist dargelegt, dass die nachträgliche Entscheidung der Regierung über die Notwendigkeit des Baues dann nicht eingeholt zu werden braucht, wenn der Ausführung des Baues Verhandlungen zwischen Kirchenpatron und Gemeinde vorangegangen sind und dabei ersterer sein Einverständnis mit dem Bau erklärt hat. In solchem Falle steht die Notwendigkeit und die Art der Bauausführung nach Maßgabe der vom Patron gebilligten Beschlüsse der kirchlichen Körperschaften (§§ 17, 21, Nr. 6 des Gesetzes vom 20. Juni 1875) und der etwa von den kirchlichen und staatlichen Aufsichtsbehörden auf Grund der oben erwähnten Vorschriften getroffenen Entscheidung fest und kann im Prozesse nicht mehr in Zweifel gezogen werden. (Vgl. § 40 des Gesetzes vom 20. Juni 1875.) Eine solche Billigung des Patrons liegt aber nach dem oben Gesagten auch in dem jetzt zur Entscheidung stehenden Falle vor. Sie kann nicht deswegen in Abrede gestellt werden, weil sie, soweit es sich um die *Art* der Ausführung handelt, hinsichtlich eines Teiles der Arbeiten nicht ausdrücklich erklärt ist. Denn der Beklagte hat deutlich zu erkennen gegeben, dass er gegen die Beschlüsse der kirchlichen Körperschaften auch insoweit Einwendungen nicht zu erheben beabsichtigt. Selbst wenn also der Beklagte noch im Prozess Einwendungen gegen die Notwendigkeit und die Art der Bauten erheben wollte, könnte dadurch auch die Zulässigkeit des Rechtswegs nicht mehr in Frage gestellt werden.

---

3. Urteil des preussischen Oberverwaltungsgerichts, VIII. Senat, betr. die Heranziehung der exkommunizierten Katholiken zur katholischen Kirchensteuer, vom 23. Januar 1914.

(Kirchliches Amtsblatt für die Diözese Osnabrück und die Norddeutschen Missionen XI, 18 f.)

Der Rentner A. zu W. wurde von dem Kirchenvorstande der katholischen Kirchengemeinde zu W. zur Kirchensteuer herangezogen. Mit Einspruch, Beschwerde und Klage begehrte er Freistellung von dieser Steuer, weil er der katholischen Kirche nicht mehr angehöre. Er lebe nämlich in gemischter Ehe — seine Frau sei evangelisch —, die Ehe sei nur vor dem Standesbeamten geschlossen und von einem evangelischen Geistlichen eingesegnet worden, und er habe vor der Eheschliessung seinen Schwiegereltern die Zusage gegeben, es sollten etwa aus der Ehe hervorgehende Kinder evangelisch werden. Nach den Satzungen der römisch-katholischen Kirche sei er infolgedessen dem grossen Kirchenbanne verfallen und dadurch von Rechts wegen aus der Kirche ausgeschlossen. Gehöre er aber der katholischen Kirche nicht mehr an, so bestehe für ihn auch keine Steuerpflicht gegenüber der katholischen Kirchengemeinde W. Die Klage wurde vom Oberverwaltungsgericht abgewiesen.

Gründe.

Wer im Sinne des Gesetzes »Katholik« ist, wird im Kirchensteuergesetze nicht bestimmt; nach der Begründung des Gesetzentwurfes ist für diese Frage im Gesetze kein Raum, weil die Konfession, bezw. die auf ihr beruhende Gemeindezugehörigkeit, noch in anderen Beziehungen, z. B. für das Wahlrecht (§ 25 des Gesetzes vom 20. Juni 1875 — G.-S. S. 241 —) von Bedeutung sei. Hiernach sagt die Ausführungsanweisung vom 24. März 1906 (MBl. d. i. V. S. 121) unter Ziff. III. A mit Recht, für die Frage bleibe das geltende Recht maßgebend. Dabei kann es sich nur um das Staatsrecht, nicht aber um das Kirchenrecht handeln. Dies entspricht der bisher festgehaltenen und wiederholt ausgesprochenen Auffassung, dass auch für die Frage, wer im Sinne der Kirchensteuergesetze der evangelischen Kirche »evangelisch« sei, nur die in Preussen beim Erlasse des Gesetzes geltende staatsrechtliche Auffassung in Betracht kommen könne (Urt. vom 28. November 1911, Entsch. d. OVG. Band 61 S. 92).

Das preussische Staatsrecht enthält zwar selbst einen Rechtssatz des Inhalts, dass der mit dem grossen Kirchenbanne Belegte

die Zugehörigkeit zur katholischen Kirche verliere, nicht. Wohl aber ist aus den Bestimmungen der §§ 55 bis 57 Tit. 11 T. II ALR. zu ersehen, dass nach dem Landrechte der Staat der Ausschliessung aus einer Kirche nach dem Rechte der betreffenden Kirche grundsätzlich nicht die Anerkennung versagte. Diesen Standpunkt hat auch die spätere Gesetzgebung nicht verlassen.

Allerdings wird die vom Kläger vorgetragene Ansicht: ein Katholik, welcher sich akatholisch trauen lasse, ziehe sich ohne weiteres den grossen Kirchenbann (die excommunicatio maior) zu, in der Wissenschaft vertreten (Heiner, Katholisches Kirchenrecht, 1905, Bd. 2 S. 292). Indessen führt die bloße Tatsache, dass die kirchliche Trauung des Klägers lediglich durch einen evangelischen Geistlichen vollzogen worden ist und der Kläger seinen Schwiegereltern die evangelische Erziehung seiner Kinder zugesagt hat, nach dem katholischen Kirchenrechte nicht zu der Feststellung, dass der Kläger aus der katholischen Kirche ausgeschlossen worden ist.

Das ehemalige Obertribunal hat in dem Urteile vom 11. September 1874 (Entsch. des Obertribunals Bd. 73, S. 1, bes. S. 7—11) angenommen: die materielle Wirkung des grossen Kirchenbannes sei der Ausschluss des Gebannten aus der katholischen Kirche. Dem hat indessen der erkennende Gerichtshof nicht beitreten können. Er hält diese Auffassung mit dem Grundsatze der katholischen Kirche, dass ihr jeder christlich Getaufte angehöre, für unverträglich und nimmt mit Hinschius, System des katholischen Kirchenrechts, Band 5, 1895, S. 494 Anm. 5 (vgl. auch Hinschius bei Koch, Kommentar, Bd. IV, 1886, S. 197, zu Tit. 11 T. II ALR. Anm. A) an, dass die vom Obertribunal zur Begründung angezogenen Sätze aus den Rechtsquellen nicht von der Kirche als Kirchenanstalt handeln, sondern dass danach als Folge der Exkommunikation nur die Ausschliessung von allen aus der kirchlichen Gemeinschaft herfliessenden Rechten, nicht aber von der Mitgliedschaft überhaupt, insbesondere nicht von Pflichten verordnet worden ist. Dies ist auch die Auffassung anderer namhafter Kirchenrechtslehrer (Stutz, in Holtzendorffs Enzyklopädie der Rechtswissenschaft, Bd. 5, 1914, S. 445 f.; Heiner aaO. S. 90, 91 und Bd. 1, 1904, S. 104; Sägmüller, Lehrbuch des katholischen Kirchenrechts, 1909, S. 785; Haring, Grundzüge des katholischen Kirchenrechts, Abt. 3, 1910, S. 821; Friedberg, Lehrbuch des katholischen und evangelischen Kirchenrechts

1909, S. 316, 320; Hergenröther, Lehrbuch des katholischen Kirchenrechts, 1905, S. 567).

Das katholische Kirchenrecht kennt zwei Arten von kirchlichen Strafen, die Zensuren (poenae medicinales) und die Strafen im engeren Sinne (poenae vindicativae) und unterscheidet bei den Zensuren die censurae ferendae sententiae und die censurae latae sententiae. Die ersteren treten mit der sie aussprechenden Entscheidung des geistlichen Gerichts in Wirksamkeit, die letzteren hingegen, zu denen auch die excommunicatio maior gehört, sollen dem Schuldigen ohne weiteres mit Begehung der kirchlichen Straftat und nicht erst durch die Entscheidung anhaften. Geht man aber auch hiervon aus, so kann doch nach aussen hin die Wirkung der excommunicatio maior nicht ohne eine Entscheidung eintreten, durch welche die zur Entstehung der Exkommunikation führenden Tatsachen festgestellt werden. In dieser Hinsicht ist den Darlegungen des Obertribunals in dem erwähnten Urteile (Entsch. aaO. S. 14 ff.) und von Hinschius (System des katholischen Kirchenrechts, Bd. 5, S. 494 und Anm. 9, Abs. 1 zu Tit. 11, T. II ALR. in Kochs Kommentar) zu folgen.

Ist der Kläger hiernach noch katholisch im Sinne des Kirchensteuergesetzes, so ist er, da er unstreitig auch im Bezirke der katholischen Kirchengemeinde W. seinen Wohnsitz hat, dieser Gemeinde steuerpflichtig.

---

4. Entscheidung des preussischen Oberverwaltungsgerichts betr. die Zustellung der Einspruchsbescheide in Kirchensteuersachen, vom 12. Juni 1914.

(Kirchliches Amtsblatt der Diözese Münster XLIX, 65.)

Nach § 23 des Gesetzes vom 14. Juli 1905, betreffend die Erhebung von Kirchensteuern in den katholischen Kirchengemeinden und Gesamtverbänden, (Kleyboldt, Sammlung Neue Folge S. 297) beginnt die Frist für die dem Steuerpflichtigen gegen die Entscheidungen der Kirchenvorstände gegen die Heranziehung oder Veranlagung zu Kirchensteuern offenstehende Beschwerde mit dem ersten Tage nach erfolgter Zustellung der Entscheidung. Die Ausführungsanweisung zu dem genannten Gesetz (Kleyboldt, a. a. O. S. 304) bestimmt in Abschnitt VI F und VII A, dass diese Zustellung nach Maßgabe des Art. 28 der zur Verordnung vom 15. November 1899, betreffend das Verwaltungszwangsverfahren wegen Beitreibung von Geldbeträgen, er-

lassenen Ausführungsanweisung vom 28. November 1899 innerhalb Preussens *durch einen öffentlichen Beamten* oder *durch die Post unter Bescheinigung der Behändigung* auszuführen ist (vereinfachte Zustellung).

Das Oberverwaltungsgericht hat in einer Entscheidung vom 12. Juni 1914 angenommen, dass diese Vorschrift über die Zustellung des Einspruchsbescheids nicht eine bloße Ordnungsvorschrift, sondern eine unbedingt bindende Vorschrift darstellt, sodass bei einer anderen Art der Mitteilung des Einspruchsbescheids an den Empfänger (wie z. B. durch die Post mittels einfachen oder auch eingeschriebenen Briefes, durch Behändigung seitens eines öffentlichen Beamten ohne Bescheinigung oder seitens einer zu den öffentlichen Beamten nicht gehörigen Person selbst mit Bescheinigung) der Lauf der Beschwerdefrist überhaupt nicht beginnt, die Beschwerde gegen den Einspruchsbescheid mithin noch nach Jahren zulässig sein würde.

Die Kirchenvorstände wollen deshalb darauf achten, dass die Zustellung der von ihnen erlassenen Einspruchsbescheide genau in der vorgeschriebenen Weise, also durch einen öffentlichen Beamten oder durch die Post unter Bescheinigung der Behändigung, ausgeführt wird.

Münster, den 30. Juli 1915.

Das Bischöfliche General-Vikariat.

IV. Kleine Beiträge und Nachrichten.

1. Kanonistisches Gutachten über das Verbot der Rassenmischehen in den deutschen Kolonien.

Von Professor Dr. *Nikolaus Hilling* in Bonn.[1])

I.

Die Jurisdiktion über die Ehe.

Für die Frage nach dem Erlass eines staatlichen Verbots der sogenannten Rassenmischehen kommt an erster Stelle die Kompetenzfrage in Betracht. In der vorliegenden »Aufzeichnung über die Lösung der Mischehen- und Mischlingsfrage» wird behauptet: »Würde also die katholische Kirche selbst schon in der Lage sein, nach Möglichkeit den Abschluss einer Mischehe zu verhindern, so erkennt sie aber auch ein impedimentum impediens tantum des Staates als gültig an (vgl. *Friedberg* a. a. O. S. 419; *Sägmüller* a. a. O. S. 632, 543 ff.).«

In der zweiten Hälfte dieses Satzes wird dem Staate die Kompetenz, verbietende Ehehindernisse aufzustellen, zuerkannt. Diese Behauptung ist jedoch nicht zutreffend. Nach den maßgebenden Erklärungen der obersten kirchlichen Gesetzgeber und der Lehre der hervorragendsten katholischen Kanonisten gilt vielmehr der Grundsatz: Infolge der *sakramentalen* Natur der christlichen Ehe hat die Kirche das *ausschliessliche* Recht, sowohl trennende wie *verbietende* Ehehindernisse aufzustellen (vgl. Rudolf *v. Scherer,* Handbuch des Kirchenrechts II (1898), S. 105 ff.; Aloysius *de Smet,* De sponsalibus et matrimonio, 1910², S. 286; Franz Xav. *Wernz* S. J., Ius decretalium IV, 1904, S. 106 ff.; Joseph *Biederlack,* S. J., Weltliche Ehegesetze und ihre Geltung, in Zeitschrift für katholische Theologie XVII, 1893, S. 645 ff.).

---

1) Dieses Gutachten wurde dem Staatssekretär des deutschen Reichskolonialamts am 16. Dezember 1912 erstattet und ist zugleich mit den Gutachten von Professor Dr. *Sägmüller* in Tübingen, Privatdozent Dr. *Bastgen* in Strassburg und P. *Laurentius* S. J. in dem Bericht über die dritte ordentliche Mitgliederversammlung des Instituts für missionswissenschaftliche Forschungen und die Sitzung des Zentralkomitees der Katholikenversammlungen 1913 gedruckt. Vgl. auch die Monographie von *Th. Grentrup,* Die Rassenmischehen in den deutschen Kolonien. [Veröffentlichungen der Görresgesellschaft 22]. Paderborn 1914.

Rudolf *v. Scherer,* der von allen anerkannte Altmeister des katholischen Kirchenrechts, bemerkt (a. a. O. S. 106 Anm. 47) ausdrücklich: »Darnach ist die Frage, ob die Staatsgewalt nicht etwa wenigstens Eheverbote (impedimenta impedientia) zu erlassen berechtigt sei, konsequenterweise zu verneinen.« F. X. *Wernz,* der gegenwärtige General des Jesuitenordens, bezeichnet (a. a. O. S. 109) die entgegengesetzte Ansicht der Theologen als eine sententia plane erronea.

Aus rein sachlichen Gründen ist auch leicht einzusehen, dass die Kirche, die den Ehekontrakt aufs innigste mit dem *Sakrament* verbindet, nicht zugeben kann, dass der Staat den Empfang des Sakramentes verbietet oder bestraft. Es würde zudem eine arge Inkonsequenz bedeuten, würde die Kirche dem Staate das Recht, verbietende Ehehindernisse aufzustellen, gestatten, ihm aber die Befugnis, trennende Ehehindernisse zu erlassen, völlig versagen.

Nichtsdestoweniger muss anerkannt werden, dass die katholische Kirche in praxi auf die staatlichen Eheverbote vielfach Rücksicht genommen hat. Rudolf *v. Scherer* fährt daher an der angegebenen Stelle fort: »Die Bejahung dieser Frage seitens *Aichner* (Jus ecclesiasticum, 1884, S. 520) entspricht aber der Praxis der Kirche.« Bei dieser Betrachtung ist jedoch der Boden der *Rechtsfrage* verlassen und der des rein praktischen Verhaltens der Kirche betreten. Unter Umständen kann die Kirche die staatlichen Eheverbote tolerieren und ihre praktische Beobachtung zulassen oder sogar anempfehlen. Es sind dabei die konkreten Verhältnisse des Einzelfalles maßgebend. Vom rechtlichen Standpunkte dagegen ist es ganz unzweifelhaft, dass die katholische Kirche ein staatliches Recht, verbietende Ehehindernisse aufzustellen, *grundsätzlich* nicht anerkennt.

Die oben angeführten Behauptungen von Friedberg und Sägmüller sind nur dann zutreffend, wenn sie im Sinne eines rein praktischen Verhaltens der kirchlichen Organe verstanden werden. Übrigens stimmen die grundsätzlichen Ausführungen des katholischen Kanonisten Sägmüller über die Ehejurisdiktion der Kirche durchaus mit meinen obigen Darlegungen überein.

Das vorhin betonte Prinzip des katholischen Kirchenrechts gilt allerdings nur für diejenigen Ehen, die getaufte Christen miteinander eingehen. Auf die Ehen der Heiden und aller Ungetauften ist der Grundsatz nicht anwendbar. Denn nur die getauften Christen unterstehen der kirchlichen Jurisdiktion. Nach

der heute probablen Ansicht kann der Staat für Heiden und alle Ungetauften sowohl verbietende wie trennende Ehehindernisse aufstellen. Kontrovers ist allerdings die Kompetenzfrage bezüglich der Ehen, die zwischen einem ungetauften und einem getauften Eheteil abgeschlossen werden. Man kann jedoch mit guten Gründen die Meinung vertreten, dass das staatliche Ehehindernis auch für diesen Fall zu recht besteht (vgl. *van de Burgt-Schaepman,* Tractatus de matrimonio I³ (1908), S. 88 f.).

Jedoch gehe ich auf diese Spezialfragen nicht näher ein, weil nach meiner Vermutung die geplanten staatlichen Eheverbote ohne Unterschied des religiösen Bekenntnisses für alle Einwohner der deutschen Kolonien erlassen werden sollen.

II.

Charakter der geltenden kirchenrechtlichen Ehehindernisse.

Nach dem Ergebnisse unseres ersten Abschnittes besitzt die Kirche ein ius exclusivum, für die christlichen Ehen trennende und verbietende Hindernisse aufzustellen. Selbstverständlich ist aber der Staat befugt, bei der zuständigen kirchlichen Instanz den Erlass eines neuen Ehehindernisses zu beantragen. Es ist daher nicht unzweckmäßig, den allgemeinen Charakter der geltenden kirchenrechtlichen Ehehindernisse kennen zu lernen.

So zahlreich die geltenden kirchenrechtlichen Ehehindernisse auch sein mögen, sie haben sämtlich einen gemeinsamen Charakterzug: die Wahrung der religiösen und sittlichen Interessen der Ehe. Die kirchliche Gesetzgebung hat absichtlich davon Abstand genommen, etwaige wirtschaftliche, gesundheitliche und andere Erfordernisse zu notwendigen Voraussetzungen eines gültigen oder erlaubten Eheabschlusses zu erheben. Bezüglich der Standesunterschiede der Nupturienten hat die katholische Kirche bereits im Anfange des dritten Jahrhunderts unter Papst Kallistus den Standpunkt vertreten, dass die Ehen zwischen Freien und Sklaven gültig seien (vgl. *Döllinger, Hyppolitus* und *Kallistus* oder die römische Kirche in der ersten Hälfte des dritten Jahrhunderts, 1853, S. 158 ff.). Seitdem wurden die Ehen zwischen Freien und Sklaven als legitime Verbindungen betrachtet. Im Mittelalter kam jedoch vielfach die Rechtsgewohnheit auf, dass für die Eheschliessungen der Unfreien der Konsens der Herren verlangt wurde. Papst Hadrian IV. (1154—1159) hat das Ehebewilligungsrecht der Herren verworfen und erklärt: »Sane, iuxta verbum Apostoli sicut in Christo Jesu neque liber, neque

servus est, qui a sacramentis ecclesiae sit removendus, ita quoque nec inter servos, matrimonia debent ullatenus prohiberi« (vgl. 1, X, IV, 9 de coniugio servorum).

Die Frage der Eheschliessung zwischen Freigeborenen und Sklaven erinnert unwillkürlich an die ehelichen Verbindungen zwischen den Europäern und den Eingeborenen in den Kolonien. Nachdem die kirchliche Gesetzgebung die grossen Standesunterschiede zwischen den Freien und Sklaven als Eheimpedimente nachdrücklichst abgelehnt hat, ist es meines Erachtens höchst unwahrscheinlich, dass sie einer Einführung des Ehehindernisses der Rassenverschiedenheit zustimmen werde. Der Hauptgrund für die ablehnende Haltung der Kirche beruht in dem von Papst Hadrian betonten Motive, dass die christliche Religionsgemeinschaft grundsätzlich alle Mitglieder als gleichberechtigt betrachtet. Auch hat die katholische Kirche es zu allen Zeiten als ihren speziellen Beruf angesehen, die kulturell oder sittlich oder intellektuell niedriger stehenden Völker auf die Höhe der allgemeinen christlichen Zivilisation zu erheben.

Ich halte es demnach für ausgeschlossen, dass ein etwaiges staatliches Ehehindernis der Rassenverschiedenheit von der katholischen Kirche grundsätzlich anerkannt oder gebilligt werden könnte.

III.

Die kanonische Form der Eheschliessung.

Die »Aufzeichnung über die Lösung der Mischehen- und Mischlingsfrage« hat die Ansicht vertreten, dass nach dem heutigen Eheschliessungsrechte der katholischen Kirche eine gültige Ehe nur vor dem Pfarrer und zwei Zeugen geschlossen werden könne. Diese Behauptung trifft im allgemeinen zu und stimmt mit dem neuesten Dekrete »Ne temere« vom 2. August 1907 überein. Das Dekret »Ne temere« bestimmt Art. 3 ff., dass zur *erlaubten* Eheschliessung die aktive Assistenz des Parochus proprius und zur *gültigen* die Assistenz des Parochus loci und in beiden Fällen die Gegenwart von zwei Zeugen notwendig sind. Jedoch darf nicht übersehen werden, dass diese Formvorschriften nur für den *regelmäßigen* Abschluss der Ehe gelten. In gewissen Fällen ist eine sogenannte *Notform* der Eheschliessung anwendbar, die besonders für die Verhältnisse in den Kolonialgebieten häufiger zutreffen dürfte. Art. 8 des Dekrets »Ne temere« bestimmt bezüglich dieser Notform wörtlich: »Wenn es sich ereignet, dass in

irgend einer Gegend der Ortspfarrer oder Ortsbischof oder ein von einem der beiden genannten delegierter Priester, vor dem die Ehe abgeschlossen werden kann, nicht zu haben ist, und dieser Zustand bereits seit einem Monat anhält, so kann die Ehe gültig und erlaubt durch die formelle Konsenserklärung vor zwei Zeugen abgeschlossen werden.« In diesem Artikel ist deutlich ausgedrückt, dass die Ehe unter Umständen auch ohne die Zuziehung eines Pfarrers oder Geistlichen abgeschlossen werden kann. Was die Häufigkeit der Fälle, in denen diese Notform gesetzlich zulässig ist, anbetrifft, so hat die Congregatio de Sacramentis am 12. März 1910 (Acta Apostolicae Sedis II, 193 ff.) erklärt, dass dieselbe auch dann angewandt werden könne, wenn der Pfarrer wegen weiter Entfernung von dem Trauungsorte, z. B. in den Missionsgebieten, oder weil er gleichzeitig mehrere Pfarreien verwaltet, nicht ohne grosse Mühe (absque gravi incommodo) erreicht werden kann. Sogar wenn sich die Brautleute in fraudem legis an einen Ort begeben, an dem die copia parochi fehlt, können sie nach der gedachten Kongregationsentscheidung (Nr. 3) die Ehe gültig ohne Assistenz des Pfarrers abschliessen. Mögen die erwähnten Voraussetzungen auch in den Seelsorgegebieten Europas höchst selten eintreten, so können sie sich in den ungeheuer grossen Missionsgebieten der Kolonien doch häufiger ereignen. Es ist daher nicht zutreffend, wenn die »Aufzeichnung« behauptet, dass, wenn eine Mischehe kirchlich verboten wäre, auch ihre tatsächliche Eingehung fast zur Unmöglichkeit gemacht würde. Wegen der gesetzlich angeordneten Notform propter inopiam parochi können die Brautleute sehr leicht in die Lage versetzt werden, allein vor zwei Zeugen eine gültige Ehe einzugehen.

Ausserdem ist noch zu berücksichtigen, dass die inopia parochi auch noch durch einen andern Grund als die physische Abwesenheit oder weite Entfernung bewirkt werden kann. Würde z. B. die staatliche Gesetzgebung der Kolonien den Geistlichen verbieten, die kirchliche Trauung vor der staatlichen Trauung zu vollziehen, so würde auch dadurch eine moralische inopia parochi verursacht werden können. Der Ehekonsens könnte auch in diesem Falle, wo die moralische Unmöglichkeit für die Nupturienten besteht, einen assistierenden Pfarrer zu gewinnen, kraft des Dekrets »Ne temere« allein vor zwei Zeugen in gültiger Weise erklärt werden, wenigstens dann, wenn der zuständige Pfarrer seine Mitwirkung versagt und den Eheabschluss in der

Notform genehmigt (vgl. Ludov. *Wouters*, Commentarius in Decretum »Ne temere«, 1912[4], S. 69 Anm. 1).

IV.

Staatliche Maßnahmen gegen die Eingehung von Rassenmischehen.

Wenngleich nach den Ergebnissen unserer Untersuchung das staatliche Vetorecht auf dem Gebiete der Rassenmischehen nach den Grundsätzen des katholischen Kirchenrechts nicht anerkannt werden kann, so sind dem Staate dennoch nicht alle Möglichkeiten, die Mischehen abzuwehren, entzogen.

Zunächst besitzt die staatliche Gesetzgebung das Recht, die bürgerlich-rechtlichen Folgen einer solchen Ehe zu bestimmen. Sie kann denjenigen Mischehen, die ohne staatliche Genehmigung geschlossen werden, sowohl die bürgerlichen wie staatsbürgerlichen Rechte, die für gewöhnlich mit der Eheschliessung in bezug auf die Ehefrau und die Kinder verbunden sind, gänzlich oder teilweise entziehen. Die in der »Aufzeichnung« gemachten Vorschläge stehen, soweit sie die bürgerlichen und staatsbürgerlichen Wirkungen einer nicht genehmigten Eheschliessung zwischen Weißen und Farbigen betreffen, mit den Bestimmungen des kanonischen Rechts nicht in Widerspruch. Auch kann meines Erachtens nicht bestritten werden, dass die rechtliche Minderstellung der ungenehmigten Mischehe in bürgerlicher und staatsbürgerlicher Hinsicht sehr viele Europäer von der Eingehung einer Ehe mit den Eingeborenen zurückhalten würde.

Ferner ist der Staat berechtigt, für seine eigenen *Beamten* einen wirklichen Heiratskonsens einzuführen, der nicht nur die bürgerlichen und staatsbürgerlichen Wirkungen der Ehe, sondern diese selbst betrifft. Denn durch die Einführung eines solchen Konsenses, der bekanntlich in Deutschland für die Offiziere und in einem gewissen Umfange auch für die diplomatischen Beamten zurecht besteht, wird den Beamten die Heirat nicht absolut verboten, sondern diese werden nur vor die Wahl gestellt, entweder die Eingehung einer Rassenmischehe zu unterlassen, oder auf ihr Amt zu verzichten. Selbst die rigorosesten Kanonisten halten diese indirekte Art der staatlichen Eheverbote für zulässig (vgl. F. X. *Wernz,* Ius decretalium IV, 111 f.).

Es ist jedoch nicht angängig, den eigentlichen Heiratskonsens (bezüglich des Abschlusses der Ehe selbst) auf alle deutschen Untertanen in den Kolonien auszudehnen. Denn dann würde, wenn auch in verschleierter Form, ein direktes Ehehindernis

vorliegen, zu dessen Erlass der Staat nach dem Gesagten nicht kompetent ist.

Die in der »Aufzeichnung« gemachten Vorschläge, Abschnitt IV, zeigen zwar das Bestreben, den Vorschriften des katholischen Eherechts nach Möglichkeit entgegen zu kommen. Insbesondere muss anerkannt werden, dass die staatlichen Eheverbote nur eine prohibitive und keine irritierende Wirkung ausüben sollen. Jedoch darf anderseits nicht verschwiegen werden, dass die Durchführung der staatlichen Eheverbote eine *faktische* Unmöglichkeit der Rassenmischehen zur Folge haben wird. Kann aber überhaupt keine Ehe geschlossen werden, dann kommt die Frage nach der prohibitiven oder irritierenden Wirkung der Eheverbote *praktisch* nicht in Betracht. Bezüglich der theoretischen Beurteilung der vorgeschlagenen Eheverbote ist in den obigen Ausführungen deutlich genug gezeigt worden, dass sie mit den Grundsätzen des kanonischen Rechts nicht völlig in Einklang stehen. Um eine wirkliche Übereinstimmung des staatlichen und kirchlichen Rechts zu erzielen, müssen die Vorschläge dahin abgeändert werden, dass 1. der geforderte Konsens für die Heirat allein auf die Beamten beschränkt wird, und 2. die nicht von der Regierung genehmigten Mischehen nur in bürgerlicher und staatsbürgerlicher Hinsicht den übrigen Ehen nachgestellt werden.

V.

Praktische Stellungnahme der Kirche zu den Rassenmischehen.

Dem Ideal einer christlichen Ehe entspricht nur eine eheliche Verbindung, die die geistige und religiöse Gemeinschaft der Eheleute in möglichst vollem Umfange zum Ausdruck bringt. Die sogenannten Rassenmischehen können diesem Ideal ebenso wenig genügen wie die sogenannten Konfessionsmischehen. Es ist daher selbstverständlich, dass die Organe der Kirche die Verhinderung der Rassenmischehen nach Möglicheit anstreben werden. Dies wird um so mehr der Fall sein, als die ehelichen Verbindungen zwischen Weißen und Farbigen auch den unauflöslichen Charakter der katholischen Ehe aufs schwerste gefährden (siehe »Aufzeichnung«).

Jedoch verkennt die katholische Kirche nicht, dass ein totales Verbot der Rassenmischehen, mag dieses nun eine bloß prohibitive oder irritierende Wirkung nach sich ziehen, die schwersten Gefahren für die Sittlichkeit mit sich führen würde. Auch glaube ich vorhin gezeigt zu haben, dass ein Ehehindernis der Rassen-

verschiedenheit weder dem Geiste noch der Geschichte des katholischen Eherechts entspricht. Mag es vielleicht zutreffen, wie die »Aufzeichnung« behauptet, »dass die Assistenz des Geistlichen bei Mischehen angesichts der herrschenden Stimmung der weißen Bevölkerung in den Schutzgebieten zweifellos einen sehr grossen Nachteil für das Ansehen der Religion und der Kirche bedeuten würde«, so darf auch als sicher gelten, dass ein kirchliches Eheverbot der Mischehen von seiten der Eingeborenen als eine dem Geiste des Christentums widerstreitende Anordnung und als eine ungerechtfertigte Zurücksetzung empfunden würde. Ausserdem darf die Kirche nicht die vox populi, sondern nur die Grundsätze der christlichen Religion zur Richtschnur ihrer Handlungen machen.

Die katholische Kirche wird um der grossen Nachteile willen, die mit den Rassenmischehen verbunden sind, diese auf dem Wege der Verwaltung durch Seelsorge und Belehrung nach Möglichkeit einzuschränken suchen. Sie wird aber nicht die Hand dazu bieten, dieselben gegen den unabänderlichen Willen der Beteiligten im Wege der Gesetzgebung a limine zurückzuweisen.

---

2. Die vierte und fünfte Diözesankonferenz zu Paderborn.[1]

Das vom Paderborner Bischof Dr. *Karl Joseph Schulte* 1911 ins Leben gerufene Institut der Diözesankonferenzen wurde auch in den beiden letzten Jahren fortgesetzt.

Am 25. und 26. Mai 1914 tagte im grossen Saale des Bischöflichen Knabenseminars zu Paderborn die *vierte* Diözesankonferenz, der die gewöhnlichen Teilnehmer beiwohnten. Drei von den 49 Dekanaten wurden durch den ersten Definitor an Stelle des behinderten und entschuldigten Dechanten vertreten.

Die gehaltenen Referate betrafen folgende Gegenstände aus dem Gebiete der Diözesanverwaltung, der kirchlichen Liturgik und der äusseren und inneren Verwaltung der Seelsorge: 1. Der Lehrerstand und die Kirchenämter des Küsters und Organisten (1. Referent Generalvikar *Klein*, 2. Referent Bischöflicher Kommissar *Osburg*). 2. Neue Instruktion für die Definitoren (Referent Domkapitular und Geistl. Rat *Witte*). 3. Die Geschäftsanweisung für die Kirchenvorstände und Gemeindevertretung (Referent Offizialatsrat Prof. Dr. *Linneborn*). 4. Die neue Paderborner Agende

---

1) Vgl. den Bericht über die dritte Diözesankonferenz zu Paderborn in Archiv 93, 681 f.

(Referent Subregens *Gierse*). 5. Die Sorge des Priesters um Kirchengesang und Orgelspiel (Referent Diözesanpräses Domvikar *Cordes*). 6. Die Antialkoholbestrebungen und der Klerus (Referent Diözesanpräses Pfarrer *Maas* in Hamm). 7. Die kirchlichen Anzeiger und die Tagespresse (Referent Stadtvikar *Litzinger* in Dortmund). 8. Übersicht über die Verhandlungen der Dekanatskonferenzen im Herbst 1913 über den Kommunion-Unterricht (Referent Definitor Pfarrer *Gabriel* in Siegen). 9. Gebetshilfe für die Seelsorge (Referent Subregens *Gierse*). 10. Verschiedenes.

Die *fünfte* Diözesankonferenz am 17. und 18. Mai 1915 fiel in die Kriegszeit und wurde im neuen Lesesaal des Leokonviktes abgehalten, da das Bischöfliche Knabenseminar zum Teil als Reservelazarett eingerichtet war.

Die Beratungen wurden mit einer Ansprache Sr. Bischöflichen Gnaden des Hochwürdigsten Herrn *Bischofs Karl Joseph* über die voraussichtlich wichtigsten Aufgaben der Seelsorge nach dem Kriege eröffnet. Hieran schlossen sich folgende Referate, die hauptsächlich die karitative Tätigkeit der Kirche betrafen: 1. Kriegerwitwen- und Kriegerwaisenfürsorge (1. Referent Domkapitular *Bartels* in Paderborn, 2. Referent Pfarrer *Ostermann* in Lünen). 2. Krüppelfürsorge (Referent Präses *Schlüter* in Bigge). 3. Kinderhorte (Referent Pfarrer *Cloidt* in Dortmund). 4. Die freie Vereinigung katholischer Krankenhausvorstände (Referent Dechant *Sandhage* in Hamm). 5. Die Ungleichheit des Einkommens der Hilfsgeistlichen (Referent Generalvikar und Domkapitular *Klein*). 6. Die Regelung der Hauskollekten (Referent Dompropst Prälat Dr. *Woker*). 7. Verschiedenes.

Der Hochw. Herr Bischof schloss die 5. Diözesankonferenz mit herzlichen Dankesworten für alle, die sich um sie verdient gemacht, und mit der dringenden Mahnung an die Herren Dechanten, die Konferenzgegenstände auf den Zusammenkünften mit ihrem Dekanatsklerus wieder und wieder zu besprechen. »Tragen Sie ein lautes und vernehmliches Echo von den hier gepflogenen Verhandlungen in ihre Dekanate hinein. Sie dürfen nicht denken, es habe ja jeder Geistliche das gedruckte Protokoll dieser Konferenz selber in Händen, es brauche nicht mehr Ihrer mündlichen Berichterstattung und Erklärung. Sie werden meinen Intentionen nur dann entsprechen, wenn Sie für jede (Monats-) Konferenz Ihres Dekanates das Konferenzprotokoll insofern zugrunde legen, als Sie bald diesen, bald jenen Punkt daraus behufs näherer Besprechung behandeln oder behandeln lassen.«

Die vom Paderborner Bischofe in den genannten Worten ausgesprochene Mahnung ist das beste Mittel, um die wichtigen Verhandlungen und Beschlüsse der Diözesankonferenz für die ganze Diözese fruchtbar zu machen. Je enger und anhaltender die Verbindung der Diözesankonferenz mit dem gesamten Diözesanklerus ist, desto eher wird diese geeignet sein, die kirchenrechtlich vorgeschriebenen jährlichen Diözesansynoden zu ersetzen.

Bonn. *N. Hilling.*

V. Literatur.

Rezensionen und Referate.

1. *Gustav Wolf, Quellenkunde der deutschen Reformationsgeschichte.* Erster Band: Vorreformation und Allgemeine Reformationsgeschichte. 8⁰ (XIV u. 582 S.). Gotha, F. A. Perthes, 1915.

Der Verfasser will mit der vorliegenden Arbeit den ersten Versuch machen, Wattenbachs und Lorenz' Quellenkunde in die Neuzeit hinein fortzusetzen. Auf die allgemeine literarische Orientierung über die Epochen der Reformationsgeschichtsschreibung folgt zunächst das I. Buch, das die Quellen der Vorreformation zum Gegenstand hat, und zwar die Konzilien, die Hierarchie vor der Reformation, die Quellen des vorreformatorischen religiösen Lebens und den Humanismus. Das II. Buch enthält die Quellen zur Allgemeinen Reformationsgeschichte. Die spezielle kirchliche Reformationsgeschichte soll im II. Band behandelt werden.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, dass eine Quellenkunde der Reformationsgeschichte einem dringenden Bedürfnis entspricht und im Zusammenhang damit auch eine Zusammenfassung der Quellen zur Geschichte der religiösen Entwicklung in der vorausgehenden Zeit geboten erscheint. Aber welche Voraussetzungen verlangt eine derartige Arbeit; welche Summe umfassenden Studiums der Quellen und der Zeitgeschichte selbst, der philosophischen, theologischen und rechtlichen Strömungen, des sozialen und praktischen religiösen Lebens ist erforderlich, um eine derartige Arbeit durchführen zu können! Welche Schwierigkeiten ergeben sich nicht gleich von vornherein, um die treibenden Kräfte im Vorreformationszeitalter klar zu durchschauen und demgemäß den Stoff richtig zu sondieren und abzugrenzen! Der Verfasser folgt in der Zusammenordnung und Gliederung des Materials der vielfach üblichen Betrachtungsweise, die den Schwerpunkt in der Entwicklung des vorreformatorischen Zeitalters auf die in der Konzilsbewegung des ausgehenden Mittelalters zutage

getretenen Strömungen, die Zustände an der Kurie, die Äusserungen des religiösen Lebens in der Mystik und die praktischen Reformbestrebungen des 15. Jahrhunderts, schliesslich die durch den Humanismus herbeigeführte Differenzierung des Geisteslebens und der Kultur jener Zeit verlegt. Es bedarf keiner besonderen Erwähnung, dass all diese entscheidend mitwirkenden Faktoren für die Beurteilung der Gesamtlage mit in Erwägung zu ziehen sind. Aber wir sind doch längst zu der Überzeugung durchgedrungen, dass neben den gekennzeichneten Strömungen doch vor allem die philosophisch-theologischen Richtungen des ausgehenden Mittelalters, die tiefsten Grundlagen der Gesamtentwicklung jener Zeit, für die Gesamtbeurteilung ins Auge zu fassen sind. Da entstünde allerdings die schwierige Aufgabe, die deutschen Verhältnisse in einen grösseren Zusammenhang hineinzustellen und die Quellen aufzuzeigen, durch die sie bedingt sind; eine Aufgabe, die nur ein theologisch geschulter Historiker von der umfassenden Bildung und Kenntnis Denifles, der bereits die Vorarbeiten dazu gemacht und die Wege gewiesen hat, durchgreifend bewältigen könnte. W. hat aus begreiflichen Gründen davon abgesehen.

Soweit die bibliographisch-literaturgeschichtliche Seite in Frage kommt, war der Verf. durch seine trotz beanstandeter Mängel immerhin verdienstvolle »Einführung in das Studium der neueren Geschichte« auf eine derartige Arbeit vorbereitet; ob aber auch nach der inhaltlich sachlichen Seite, zumal er bisher auf dem Gebiet der Vorreformationsgeschichte nirgends hervorgetreten ist? Um es gleich von vornherein zu sagen, zeigen sich hier auf den ersten Blick die Schwächen des Buches, das, soweit die meinem Arbeitsgebiet zunächst liegende Geschichte der Vorreformation in Frage kommt, eine Summe fleissiger und geschickt gruppierter Lesefrüchte enthält, jedoch nicht den Anforderungen, die man an ein solches Werk stellen muss, entspricht. Man gewinnt vor allem nicht den Eindruck, dass der Verf. die von ihm besprochenen Quellen tiefer erfasst und durchgearbeitet hat.

Um einige Einzelheiten herauszugreifen, so hätte bei Besprechung der Konzilienliteratur auch auf Hefeles Übersicht (Bd. I 74) hingewiesen werden können. Bei Erwähnung der Labbéschen Konziliensammlung musste der sehr wertvolle Supplementband von Baluzius angeführt werden. Über Occam hätte schon an der Hand Riezlers eine ganz andere Charakteristik gewonnen werden können, als dies bei den wenigen doch recht

dürftigen Bemerkungen W's der Fall ist. Der Verf. hat offenbar keine genügende Vorstellung davon, welche Stellung Occam zugleich auf theologisch-philosophischem und rechtlichem Gebiete in der Vorreformationsgeschichte einnimmt. Auch die Darlegungen über die übrigen Quellenschriften dieser Zeit gehen kaum über den Rahmen einer bibliographischen Skizze hinaus. Was über Dietrich von Nieheim gesagt wird, ist unzureichend, die Literatur nicht vollständig. Für die Behauptung, dass er ein obdachloser Greis geworden, sprechen jedenfalls nicht seine reichen Stiftungen an der Anima in Rom; Papstbriefe über Benefizienverleihungen für ihn finden sich noch in einem Bande des Archivs von S. Peter in Rom, wie ich gelegentlich in der Röm. Quartalschrift mitgeteilt habe. Zu Zabarella hätte doch mehr als nur eine leise Andeutung gemacht werden müssen. Was über die »Überlieferung und Benutzung der Traktate« gesagt ist, ist sachlich ohne Belang. Welchen Wert hat es, gegenüber der erdrückenden Traktatliteratur auf »ein Urkundenbuch zur Geschichte der Unionsverhandlungen mit verbindenden Text« hinzuweisen, ohne die zahlreichen Verfasser bekannter, wenn zum Teil auch ungedruckter Traktate zu nennen (wie z. B. Baldus, Butrio, Ancarano, Legnano, Matasselani, S. Geminiano, Franzola etc.); oder was will ein Urteil über den wissenschaftlichen Wert der Traktatliteratur bedeuten, wenn man die grosse, viele Bände zählende Sammlung aus der Zeit Benedikts XIII. im Vatik. Archiv und in Paris nicht kennt? Oder was soll der Hinweis auf die deutschen Reichstagsakten besagen, wenn man nicht erfährt, welche Autoren dort aufgenommen sind? Gehören z. B. die Artikel des Ulrich von Verden und die Appellation Konrads von Soest nicht auch zur deutschen Schismaliteratur? Über Dietrich Vrie berichtet W., ohne auf die Schwierigkeiten des chronologischen Einteilungsprinzips auch nur mit einem Wort hinzuweisen. Wenn dic Chronik des Mönchs von St. Dénis angeführt wird, warum wird nicht auch diejenige des Martin de Alpartil mit den zahlreichen von Ehrle veröffentlichten Akten erwähnt? Auf Valois' Werk über das Schisma wird zur Beurteilung der französischen Politik hingewiesen, nicht aber auf dessen Studie über »Le grand schisme en Allemagne« (R. Quartalschrift VII 107). Die Literatur über die innerpolitische Betätigung der Landesobrigkeit auf kirchlichem Gebiet wird besonders besprochen, nicht aber Werminghoffs Arbeit über »Nationalkirchliche Bestrebungen im deutschen Mittelalter« erwähnt. In dem Abschnitt

über die Universitäten erhalten die Werke von Kaufmann und Paulsen eine ausführliche Behandlung, Denifles epochemachendes Werk über die Universitäten des MA. bis 1400 und Rashdalls, The Universities of Europe in the middle Ages nennt der Verf. nicht.

In dem Abschnitt über die Hierarchie vor der Reformation hat sich W. bemüht, die wichtigsten Arbeiten zusammenzustellen, sachlich sind verschiedentliche Unrichtigkeiten unterlaufen. Der Liber censuum ist keineswegs ein Verzeichnis der Einkünfte des päpstlichen Stuhles. Handelt es sich doch hier um meist minimale Beträge, die von den immediaten Klöstern als Rekognitionszins zum Zeichen ihres engeren Verhältnisses zum Hl. Stuhle abzuliefern waren. Auch die übrigen darin verzeichneten Censusgelder stellen keine hohen Summen dar. Zur Geschichte der Kammer hätte das zusammenfassende Buch von Samaran-Mollat erwähnt werden müssen. Die Servitien wurden nicht an die Kollektoren, sondern an die Kammer selbst entrichtet. Der Liber cancellariae kann nicht als Gegenstück zum Liber censuum bezeichnet werden. Das Kanzleibuch war nicht allein maßgebend für die Verwaltung, namentlich nicht für die Erledigung der Benefizialsachen, für die seit dem 14. Jahrhundert neue Formelbücher hinzukamen. Suppliken gibt es nicht erst seit ca. 1300. Die Tätigkeit der Referendare, die allerdings vorübergehend unter Bonifaz VIII. und Clemens V. erwähnt werden, lässt sich im Supplikenbureau erst seit der Zeit Gregors XI. nachweisen. Im Zusammenhang mit der Besprechung der Suppliken hätte auch auf die Literatur hierüber, vor allem das von Schwalm publizierte Formelbuch hingewiesen werden sollen. Der Liber taxarum steht zu älteren lokalen Taxverzeichnissen nicht in Beziehung. Das wichtigste Problem in dem Zusammenhang der Ablassfrage mit der Reformationsgeschichte liegt in der Frage der sog. Plenarindulgenzen a poena et culpa, die ich auf Grund reichen Quellenmaterials gegen Brieger vollständig im I. Poenitentiarieband aufgehellt habe. Für die Anfänge der Ablassentwicklung wäre Königers Studie anzuführen gewesen. Das Archiv der Pönitentiarie ist noch seit 1410 erhalten und in Ergänzung zu meinen früheren Ausführungen in der Festgabe für De Waal beschrieben. Der erste Jubiläumsablass fällt nicht in die Zeit Bonifaz' IX. Über das Lumen confessorum des Andreas von Escobar hat Stapper geschrieben. Die concessiones sind nicht Richtschnuren für das Regierungsverfahren, sondern enthalten die Fakultäten für die

Grosspönitentiare. Die älteren Bussordnungen und Beichtbücher können nicht als literarische Hilfsmittel der Pönitentiarie bezeichnet werden, da diese damals noch nicht existierte. Die Literatur über die älteren Pönitentialbücher ist seit Vering bedeutend vermehrt. Die Anfänge der Rota Romana können seit E. Schneiders ergebnisreichen Forschungen durchaus nicht mehr als dunkel bezeichnet werden. Die im Archiv der Rota enthaltene Sammlung der Decisiones rotae beginnt allerdings erst mit dem Jahre 1552. Es sind uns aber schon gedruckte Decisiones rotae aus dem 14. Jahrhundert erhalten (Horborch, Bellemera), und zwar schon unter Benedikt XII. (Th. Fastolf).

Zur Geschichte der unter »Deutsche Hierarchie« geschilderten Verhältnisse hätte doch noch manches hinzugefügt werden können. So besonders der hochinteressante von Müller in Ztschr. f. Kirchengeschichte II aus der Zeit Gregors XI. veröffentlichte Bericht, Königers Quellen zur Gesch. der Sendgerichte in Deutschland 1910, worin allerdings das Hauptmaterial der Zeit nach 1500 angehört, die vatikanischen Publikationen von Krofta, Wirz, Hauviller, Brom.

Warum erfahren wir nichts über Johann von Jenzenstein, Felix Hemmerlein, Jakob von Jüterbogk, und ist Gregor Heimburg, dessen Name sogar in der Bulle in coena Domini erscheint, nur in einer Anmerkung abgetan?

Über die Mystik handelt W. sehr ausführlich. Der Zusammenhang der Mystik mit der Scholasik ist nicht herausgestellt; vor allem fehlt eine Charakteristik der Frauenmystik des 13. Jahrhunderts, worüber Lenné orientiert. *Öhls* Ausgaben von Mechtild v. M. u. Seuse fehlen. Die Charakteristik des Predigtwesens ist nicht hinreichend. Aufschluss gibt hierüber die Übersicht bei *Krieg-Ries,* Wissenschaft der Seelenleitung III 60 ff. In der Literatur hierüber vermisst man die Arbeiten von *Pfleger*, Zur Gesch. des Predigtwesens in Strassburg vor Geiler v. K., *Siebert,* Die Heiligenpredigt des ausgehenden MA., *Keppler,* Die Passionspredigt des MA. Im einzelnen muss ich die Beurteilung dieser Materien den speziellen Fachleuten überlassen.

Es liegt auf der Hand, dass man sich in einem derartigen Werk bezüglich der Literatur manche Beschränkungen auferlegen muss und bei der Menge des Materials leicht da und dort etwas übersehen werden kann. W. hat ohne Zweifel in der kurzen Zeit seit der Veröffentlichung seiner Einführung in das Studium der neueren Geschichte viel Mühe und Arbeit auf dieses Werk

verwandt, und man darf wohl annehmen, dass er sich schon früher damit beschäftigt hat. In die Quellen ist er nicht genügend eingedrungen und den Stoff beherrscht er nicht hinreichend, um überall das Richtige zu treffen. Gegenüber der Kritik der Quellen tritt das *bibliographische* Moment zu stark hervor, so dass das Werk auch nicht im vollen Sinne als eine Fortsetzung Wattenbachs und Lorenz' bezeichnet werden kann. Es soll damit nicht geleugnet werden, dass es im Einzelfall trotz einzelner Lücken manche gute Dienste leisten wird, und es darf auch anerkannt werden, dass W., der über ein ausgebreitetes Wissen verfügt, sich bemüht hat, seinen Stoff objektiv und sachlich zu behandeln.

Freiburg i. B. *E. Göller.*

2. *Nikolaus Hilling, Die Erlasse des Papstes Pius X. über den Priesterberuf und die Standespflichten und Standesrechte der Geistlichen.* [Quellensammlung für das geltende Kirchenrecht 1] 8° (56). Bonn, Hanstein, 1915. M 0,80.

3. — —, *Das summarische Prozessverfahren in Disziplinar- und Strafsachen der Geistlichen und die Amtsenthebung der Pfarrer im Verwaltungswege.* [Quellensammlung für das geltende Kirchenrecht 2] 8° (50). Bonn, Hanstein, 1915. M 0,80.

4. — —, *Die kanonische Form der Verlöbnisse und der Eheschliessung.* [Quellensammlung für das geltende Kirchenrecht 3] 8° (51). Bonn, Hanstein, 1915. M 0,80.

Die drei genannten Hefte eröffnen ein neues kirchenrechtliches Unternehmen, das den Zweck hat, das Quellenstudium des geltenden Kirchenrechts anzuregen und zu erleichtern. Die »Quellensammlung für das geltende Kirchenrecht« ist in erster Linie für den Gebrauch bei akademischen Seminarübungen bestimmt, in denen die Jünger der geistlichen Jurisprudenz in die Lesung und Erklärung der kirchenrechtlichen Texte aus der Gegenwart eingeführt werden. Sie kann aber auch den Bedürfnissen der Praxis dienen, da z. B. das 1. Heft für die geistliche Lesung der Priester, das 2. für den Gebrauch der Synodalexaminatoren und -konsultoren, das 3. für alle Pfarrer geeignet erscheint.

Über die Notwendigkeit des kirchenrechtlichen Quellenstudiums für Theologen und Juristen sind meines Erachtens nicht viele Worte zu verlieren. Ist es doch von selbst einleuchtend, dass das tiefere Verständnis und der exakte Gebrauch auch der besten

kirchenrechtlichen Kompendien nur denjenigen möglich sein wird, die sich vorher in der fleissigen Lektüre der Quellen geübt haben. Ebenso wird in schwierigeren Fällen der Praxis nicht selten ein unmittelbares Zurückgehen auf die Quellen notwendig sein, um die Zuverlässigkeit und den Sinn der betreffenden Lehrbuchstelle festzustellen.

In früherer Zeit wurde bekanntlich das Studium des kanonischen Rechts unmittelbar auf den Quellen selbst aufgebaut, während jetzt für die elementare Ausbildung der systematische Lehrvortrag des Dozenten und das Studium der Kompendien als ausreichend betrachtet wird. Jedoch kann letzteres nur unter der Voraussetzung als wirklich zutreffend gelten, wenn neben dem Hören des mündlichen Vortrags und dem Studium der Lehrbücher eine ununterbrochene Lektüre der Quellen herläuft. Nach den Studienordnungen der deutschen Universitäten sind daher auch in den letzten Jahrzehnten überall besondere Seminarübungen eingeführt worden, die in erster Linie auf die Vertiefung des Quellenstudiums hinzielen.

Der Name »Kirchenrecht« ist in unserer Sammlung in einem weiteren Sinne zu Grunde gelegt; er soll auch das sog. Staatskirchenrecht mitumfassen. Die Einbeziehung des letzteren war um deswillen angebracht oder notwendig, weil die Kenntnis der staatskirchenrechtlichen Vorschriften für die Ausbildung der Theologen nicht weniger notwendig ist als die der kanonischen oder kirchenrechtlichen Vorschriften im engeren Sinne. Kein Pfarrer wird z. B. in der Lage sein, sein Amt genügend zu verwalten, wenn er sich nicht mit den staatlichen Bestimmungen über die Verwaltung des Kirchenvermögens, des konfessionellen Erziehungs- und Schulrechts eingehend vertraut gemacht hat. Auch bestehen in unserem christlichen Staatsrecht noch viele Gesetze zum Schutze der Religion und Kirche, deren sich der Geistliche gerade in den schwierigsten und prekärsten Fällen mit Nutzen bedienen kann.

Was die äussere Anlage dieser Sammlung anbetrifft, so unterscheidet sie sich von den früheren dadurch, dass sie aus einer grösseren Anzahl von kleineren Heften besteht, die je ein Einzelgesetz oder eine Gruppe von zusammenhängenden Gesetzen enthalten. Mir erschien diese Methode, die sich bereits für andere Wissenszweige mit Erfolg eingebürgert hat, als die billigste und praktischste. Inwiefern allerdings diese Meinung zutrifft, muss der Erfolg zeigen.

Die einzelnen Hefte sind so eingerichtet, dass die aufgenommenen Gesetze und Gesetzesentscheidungen im vollständigen Wortlaute abgedruckt sind und ihnen ein Hinweis auf die älteren Quellen und die neueste Spezialliteratur voraufgeschickt ist. Es widersprach meinem ästhetischen wie wissenschaftlichen Empfinden, auch nur irgend eine Verkürzung des Gesetzestextes, die mir wie eine Verstümmlung vorkommt, vorzunehmen. Ausserdem sind die neuesten Gesetze sämtlich so kurz und präzis abgefasst, dass durch eine etwa mögliche Verkürzung nur wenig Raum erspart worden wäre. Die für die Rechtskraft der päpstlichen Gesetze bedeutungsvollen Endklauseln durften natürlich unter keinen Umständen weggelassen werden. Durch den Hinweis auf die älteren Quellen und die neueste Literatur sollen die Benutzer sofort in den Stand gesetzt werden, sich über den augenblicklichen Stand der Forschung und den Zusammenhang des geltenden Rechts mit dem früheren zu orientieren. Ersteres kommt hauptsächlich den praktischen, letzteres den theoretischen Zwecken der Sammlung zu Nutzen.

1. Das erste Heft der »Quellensammlung für das geltende Kirchenrecht« enthält die Erlasse Pius' X. über den Priesterberuf und die Standespflichten und Standesrechte der Geistlichen. Das Ganze zerfällt in sieben Abschnitte, auf die sich die wichtigen Reformerlasse des Papstes, die sowohl die dogmatische, wie ethisch-asketische und rein juristische Seite der vocatio ecclesiastica und der vita et honestas clericorum betreffen, verteilen. Den Hauptkern bildet das bekannte Mahnschreiben Pius' X. an den katholischen Klerus »Haerent animo«, vom 4. August 1908. Ist jedes der angedeuteten Einzelgesetze für das heutige Recht des priesterlichen Berufes und der geistlichen Standespflichten und Rechte von Bedeutung, so offenbaren sie in ihrer Gesamtheit vor allem den tief religiösen und sittlichen Ernst der jüngsten Reformgesetzgebung Pius' X.

2. Das zweite Heft mit der Überschrift »Das summarische Prozessverfahren in Disziplinar- und Strafsachen der Geistlichen und die Amtsenthebung der Pfarrer im Verwaltungswege« hat das kirchliche Prozess- bezw. das verwaltungsrechtliche Verfahren zum Gegenstande. Der erste Teil enthält das Reglement (Instructio) der Kongregation der Bischöfe und Ordensleute für das summarische Verfahren an den bischöflichen Gerichten in Disziplinar- und Strafsachen der Geistlichen vom 11. Juni 1880, der zweite das Dekret der Konsistorialkongregation »Maxima cura« de amo-

tione administrativa ab officio et beneficio curato vom 20. August 1910 nebst den zugehörigen Resolutionen der Konsistorialkongregation und der Erläuterung des Fuldaer Bischofskonferenz vom 14. Dezember 1910.

Die genannten Gesetze haben eine unmittelbare praktische Bedeutung nur für diejenigen Geistlichen, die aus irgend einem Grunde mit der Bischöflichen Behörde in Konflikt geraten, so dass gegen sie das Disziplinar- oder Straf- bezw. das Amotionsverfahren eingeleitet wird. Es braucht nicht gesagt zu werden, dass das Heft dieser Sammlung nicht in erster Linie und vor allem nicht ausschliesslich für die erwähnte Kategorie der Geistlichen herausgegeben worden ist, wie sehr es auch meinen persönlichen Wünschen und dem Geiste des Kirchenrechtes entspricht, dass die angegriffenen Geistlichen sich aller Rechtsmittel einer erlaubten Verteidigung bedienen. Vielmehr glaube ich, dass das Studium dieser Prozessvorschriften für alle Kleriker von Nutzen sein wird, damit sie sich davon überzeugen, dass diese Prozessvorschriften mit so grosser Sorgfalt von der Kirche ausgebaut worden sind, um jedwedes Unrecht auch von dem geringsten ihrer Diener fernzuhalten. Diese Überzeugung ist nicht am wenigsten geeignet, den Geist des kanonischen Gehorsams unter den Mitgliedern des Klerus zu stärken, eines Gehorsams, der nicht auf Laune und Willkür, sondern auf Gesetz und Recht beruhen soll.

3. Das letzte Heft endlich betrifft die kanonische Form der Verlöbnisse und der Eheschliessung. Dass dieser Gegenstand nicht die geringste Stelle im kanonischen Recht einnimmt, versteht sich von selbst. Noch ist in aller Erinnerung, wie sehr durch die beiden neuen eherechtlichen Dekrete »Provida« vom 18. Januar 1906 für das Deutsche Reich und »Ne temere« vom 2. August 1907 für die ganze abendländische Kirche die bisher geltenden Grundlagen des kanonischen Eheschliessungs- und Verlöbnisrechtes umgewandelt worden sind. Diese tief in die Praxis der Kirche eingreifenden Änderungen haben zahlreiche kirchenrechtliche Probleme hervorgerufen, die in den Resolutionen und Dekreten der römischen Kardinalskongregationen ihren Niederschlag gefunden haben. Sämtliche bisher veröffentlichten Entscheidungen zu den Dekreten »Ne temere« und »Provida«, deren Zahl 19 beträgt, sind in diesem Bändchen in übersichtlicher Ordnung unter 9 verschiedenen Abschnitten abgedruckt.

Indem der Herausgeber der »Quellensammlung für das geltende Kirchenrecht« den Studierenden des Kirchenrechts und

den Theologen und Juristen der Praxis die bisher erschienenen anspruchslosen Hefte anbietet, bittet er zugleich um eine wohlwollende Aufnahme und gütige Mitteilung von etwaigen Wünschen und Verbesserungsvorschlägen. Die Mitarbeit der Herren Fachkollegen wird mir stets erwünscht und willkommen sein.

Selbstanzeige.

5. *Johannes Linneborn, Die Kirchenbaupflicht der Zehntbesitzer* im früheren Herzogtum Westfalen. 8° (151). Paderborn, Bonifaciusdruckerei, 1915.

Die vorliegende akademische Schrift, die vom zeitigen Dekan der Bischöflichen phil.-theol. Fakultät in Paderborn herausgegeben ist, hat ein sehr praktisches und aktuelles Thema zum Gegenstande, so dass die vielfach gehörte Klage, die akademischen Gelegenheitsschriften würden gewöhnlich nicht oder sehr wenig beachtet, gewiss auf diese Arbeit keine Anwendung findet.

Sie besteht aus zwei Teilen. Der erste, der gewissermaßen den Unterbau des Werkes bildet, behandelt die Zehnten und die kirchliche Baupflicht bis zur Ausbildung des Kölner Provinzialrechts über die Baupflicht. Unter Benutzung der neuesten Literatur, insbesondere der Arbeiten von *Perels*, *Stutz, Viard*, *Lesne* und *Gagnol,* gibt der Verfasser eine kurze, aber sehr lesbare Übersicht über die Entwicklung des kirchlichen und staatlichen Zehntrechts und der damit verbundenen Baupflicht, die von der Mitte des sechsten bezw. achten Jahrhunderts bis zur Mitte des 17. Jahrhunderts reicht. Insbesondere ist hierbei auf die verhängnisvolle Wirkung, die das frühere Eigenkirchen- und spätere Inkorporations- und Patronatswesen auf die Veräusserung und Laisierung der Kirchenzehnten ausübte, hingewiesen. Zur Illustration der historischen Ausführungen dienen vielfache Belege aus den Urkundenbüchern des früheren Herzogtums Westfalen, die eigens für diesen Zweck gesammelt worden sind.

Der zweite Teil betrifft das Kölnische Provinzialrecht bezüglich der Baupficht der Zehntherren im Herzogtum Westfalen, das auf den Bestimmungen der letzten Kölnischen Diözesansynode unter Erzbischof Maximilian Heinrich von Bayern vom Jahre 1662 und der Verordnung des Erzbischofs Josef Klemens von Bayern vom 28. August 1715 beruht. Nachdem L. zunächst den Text dieser beiden Verordnungen erläutert und den provisorischen Charakter der zweiten dargelegt hat, geht er dazu über, die einzelnen Pflichten der Zehntbesitzer im Herzogtum Westfalen juri-

stisch herauszuarbeiten. Bei dem letzten Teile der Untersuchung, der für die Praxis des Bistums Paderborn, an das inzwischen durch die Zirkumskriptionsbulle »De salute animarum« vom Jahre 1821 die kirchliche Jurisdiktion des ehemaligen Herzogtums Westfalen übergegangen ist, am wichtigsten ist, stützt sich der Verfasser vornehmlich auf die zahlreichen Prozessurteile der staatlichen Gerichtshöfe, die im Laufe des 19. Jahrhunderts über Baupflichtstreitigkeiten im Herzogtum Westfalen ergangen sind. In dankenswerter Weise hat er das bisher publizierte Quellenmaterial durch Nachforschungen im Staatsarchive zu Münster, im Bischöflichen Generalvikariate zu Paderborn und in der Registratur der Königlichen Regierung in Arnsberg ergänzt und vervollständigt.

Aus dem Gesagten erhellt, dass sich der Verfasser seine Arbeit keineswegs leicht gemacht hat. Es war offenbar sein Bestreben, in den verwickelten und strittigen Fragen des alten Kölnischen Kirchenbaurechts endlich eine definitive Lösung anzubahnen, die künftighin der Bischöflichen Behörde zu Paderborn und den Kirchenvorständen des Untersuchungsgebietes als zuverlässige Richtschnur dienen könne. In wieweit allerdings dieses Ziel erreicht worden ist, muss die Zukunft lehren. Mir will scheinen, dass bei dem letzten Teile der Ausführungen die rein juristische Betrachtung etwas zuviel die Oberhand gewonnen hat. Es wäre m. E. zu wünschen gewesen, wenn die nicht leicht verständlichen und daher so vielfach umstrittenen Bestimmungen der Kölnischen Diözesansynode von 1662 und der Constitutio Clementina von 1715 mehr aus der früheren Praxis des Kölnischen Erzstifts erklärt worden wären. Die vom Verfasser an der Hand der späteren Entscheidungen der preussischen Gerichte, denen doch nur eine präjudizielle Bedeutung zukommen kann, aufgestellten Behauptungen würden gewiss an innerem Werte gewinnen, wenn nachgewiesen würde, dass sie mit der älteren Praxis übereinstimmen. Um nur ein Beispiel herauszugreifen, will ich bloß auf die S. 76 aufgestellte Behauptung hinweisen, wonach das Kölner Provinzialrecht bei den decimae keinen Unterschied zwischen ecclesiasticae und laicales mache. Aus dem bloßen Wortlaute des angeführten Gesetzes kann meines Erachtens nicht geschlossen werden, dass sowohl die Besitzer der kirchlichen wie die der Laienzehnten kirchenbaupflichtig sind. Denn es versteht sich doch von selbst, dass die Laienzehnten, die z. B. einem Adligen wegen Überlassung eines Grundstücks als Bodenrente gezahlt werden, an und für sich mit der kirchlichen Baulast gar

nichts zu tun haben. Eine unbedingte Pflicht bezüglich aller Zehnten ist deshalb nur dort anzunehmen, wo der Gesetzgeber diese ausdrücklich vorgeschrieben hat oder die praesumptio iuris et de iure gilt, dass alle Zehnten kirchliche sind. Sonst ist gegenüber der Vermutung des kanonischen Rechts, dass die Zehnten kirchlichen Ursprungs sind, immer der Beweis des Gegenteils zulässig.

Bonn. *N. Hilling.*

6. *Adelhelm Jann, Die katholischen Missionen in Indien, China und Japan.* Ihre Organisation und das portugiesische Patronat vom 15. bis ins 18. Jahrhundert. 8° (XXVIII u. 540). Paderborn, Schöningh, 1915. M 10,—.

Dieses von einem Priester der schweizerischen Kapuzinerprovinz verfasste Buch liefert einen wichtigen Beitrag für die Geschichte des katholischen Missionswesens in Süd- und Ostasien, insbesondere in Indien, China und Japan. Allerdings beruht sein Wert nicht darin, dass neue ungedruckte Quellen erschlossen oder neue Gesichtspunkte in der Beurteilung aufgestellt werden — denn beides trifft nur in einem sehr beschränkten Maße zu —, aber es ist sein Verdienst, dass es an der Hand der gedruckten Quellen und Literatur die bislang in vielen Werken zerstreuten Einzelbilder zu einem grossen einheitlichen Gemälde verarbeitet hat. Um seines reichen Inhalts und der geschickten Darstellung willen ist es zweifellos den wichtigsten Werken beizuzählen, die in dem letzten Jahrzehnt in deutscher Sprache auf dem missionsgeschichtlichen Gebiete erschienen sind. Da die Arbeit, wie schon der Titel besagt, von dem formalen Gesichtspunkte der äusseren kirchlichen Organisation angelegt ist, kommt ihr Inhalt naturgemäß der kirchlichen Verfassungsgeschichte in besonderem Maße zugute.

Ich will zunächst den Inhalt des Werkes kurz darlegen und sodann auf die kirchenrechtlich bedeutsamsten Punkte etwas näher eingehen.

Der erste Teil beginnt mit einer ausführlichen Geschichte des portugiesischen Christusordens, der im Jahre 1319 von König Diniz gegründet wurde, nachdem Papst Johannes XXII. die Umwandlung der portugiesischen Templerpräzeptorei in den Ritterorden der Militia Christi gestattet hatte. Erscheint dieser Ausgangspunkt auf den ersten Blick etwas fremdartig, so ist er doch vollauf durch den Umstand gerechtfertigt, dass der genannte

geistliche Ritterorden, der im Laufe der Zeit immer näher mit der portugiesischen Krone verbunden wurde, sowohl die ersten Entdeckungsfahrten wie die Christianisierung Indiens in Angriff genommen hat. Ursprünglich wurden daher durch Papst Kalixt III. dem Christusorden die kirchliche Jurisdiktion über das gesamte portugiesische Eroberungsbiet von Kap Bajador in Marokko bis Indien übertragen, für das die Krone Portugals durch die Bullen Nikolaus' V. vom 8. Januar 1455 und Leos X. vom 3. November 1514 das ausschliessliche Eroberungs- und Handelsmonopol empfangen hatte, und später wurden insbesondere die Dotationskosten der neugegründeten Kolonialbistümer von der Krone Portugals aus den Gütern der Christusmiliz bestritten. Hiernach bildet die Geschichte der portugiesischen Christusmiliz die Grundlage für die spätere Ausbildung des portugiesischen Patronatsrechts in den Bistümern Afrikas, Indiens und Chinas.

Als erstes portugiesisches Kolonialbistum wurde Funchal auf der Insel Madeira im Jahre 1514 gegründet, über das der König das Patronatsrecht erhielt. Bereits 1539 wurde Funchal zum Metropolitan- und Primatialsitz erhoben und seiner Jurisdiktion auch das 1534 errichtete indische Bistum Goa unterstellt. Bald ergab sich jedoch die Notwendigkeit eines eigenen Metropolitansitzes in Ostasien. Nachdem der Metropolitansprengel Funchals nach zehnjährigem Bestande wieder aufgelöst worden war, wurde 1558 die Metropole Goa gegründet. Paul IV. überliess in der Erektionsbulle dem Könige von Portugal das Recht, die Grenzen des neuen Erzbistums Goa und seiner Suffraganbistümer zu bestimmen, und ebenso wurde der Krone das Patronatsrecht über sämtliche von ihr mit den Gütern der Christusmiliz errichteten Bistümer und sonstige kirchlichen Benefizien, insbesondere die Kanonikate der Kathedralkirchen zugesprochen. Sogleich bei seiner Errichtung erhielt das Erzbistum Goa die beiden Suffraganbistümer Kotschin und Malaka, zu denen bald die Suffragansprengel Makao (1576), Funay in Japan (1588) und Mailapur (1606) hinzukamen. Dadurch war die Jurisdiktion des Metropoliten von Goa auch auf Japan und China ausgedehnt. Ferner gelangten auch die unierten Thomaschristen zeitweilig unter die Jurisdiktion des Metropoliten von Goa, dem die Diözese Angamale von 1600—1608 als Suffraganbistum unterstand. Im letztgenannten Jahre wurde Angamale zum eximierten Patronatserzbistum mit dem Sitz in Kranganur erhoben.

Bis zu diesem Zeitpunkte hatte Portugal gewissermaßen ein

absolutes geistliches Monopolrecht in den süd- und ostasiatischen Missionsländern besessen, das von ihm aus politischen und wirtschaftlichen Gründen rücksichtslos ausgenutzt und eifersüchtig gehütet wurde. »Tatsächlich«, so sagt Jann S. X der Vorrede mit Recht, »ward dadurch das ganze katholische Evangelisationswerk in den Ländern zwischen Kap Bajador (im Süden von Marokko) und Japan, also in Afrika, Süd- und Ostasien zu einem Kolonialgeschäft des portugiesischen Staates herabgedrückt, der auf diese Weise sein Handels-, Eroberungs- und Einflussmonopol auf dieser Erdhälfte besser zu sichern strebte. Aus diesem Grunde hat er auch dieses ungeheure Gebiet allen nichtportugiesischen Missionären verschlossen und selbst die Entsendung dieser letzteren von der Bestätigung des Königs abhängig gemacht«. Seit dem Ende des 16. und dem Anfange des 17. Jahrhunderts erwies sich jedoch das Monopolrecht Portugals, namentlich ausserhalb der portugiesischen Besitzungen, als den kirchlichen Interessen äusserst abträglich, da das portugiesische Reich infolge seines kolonialen Niederganges nicht mehr in der Lage war, für die Befriedigung aller seelsorglichen Bedürfnisse in persönlicher und materieller Hinsicht aufzukommen, und ausserdem die holländischen und englischen Kolonialgesellschaften als die stärksten und bald überlegenen Rivalen Portugals in Süd- und Ostasien auftraten.

Der zweite Teil unseres Buches schildert daher die kirchliche Organisation, die der Hl. Stuhl in den erwähnten Missionsgebieten im fortwährenden Kampf mit dem portugiesischen Patronat errichtete. Zunächst wurde von Rom zur Behebung des drückenden Priestermangels den abendländischen Mendikantenorden und dann auch den Mitgliedern anderer Orden ein anfangs beschränkter, später aber freier Zutritt nach Japan, China und Indien erwirkt. Hernach schritt die Kurie, die namentlich durch die Gründung der Propagandakongregation ein tüchtiges Organ für die Leitung der Missionen gewonnen hatte, zur Gründung von apostolischen Vikariaten, die unmittelbar von der erwähnten Kongregation abhängig und daher der Jurisdiktion des Erzbischofs von Goa entzogen waren. Als die ältesten Vikariate wurden Kotschinchina, Tonkin und Nanking im Jahre 1659 errichtet, denen später zahlreiche andere in China und Vorderindien nachfolgten.

Wie ehedem die Missionäre der Propaganda, so hatten später die von ihr gesandten apostolischen Vikarbischöfe häufig von den

Portugiesen und den Anhängern des Metropoliten von Goa die heftigsten Anfeindungen und Unterdrückungen zu erleiden, die in unserm Buche ausführlich geschildert werden. Seinen Höhepunkt erreichte dieser erbitterte Kampf während der Streitigkeiten um die Malabarischen Gebräuche und die Chinesischen Riten, die mit den jurisdiktionellen Kämpfen aufs innigste verknüpft waren. Zweimal sah sich der Hl. Stuhl veranlasst, zur Schlichtung der Streitigkeiten einen eigenen Delegaten nach Ostasien zu senden. Das erste Mal übernahm der Kardinal und Patriarch Maillard de Tournon (1702—1710) diese Mission, das zweite Mal der Patriarch Mezzabarba (1720—21). Erst im Jahre 1744 gelang es Benedikt XIV., den Gebräuche- und Ritenstreit definitiv zu schlichten.

Damit ist der wesentliche Inhalt des Jann'schen Buches wenigstens in seinen Grundzügen skizziert. Abgesehen von der Einleitungsgeschichte des Christusordens ist die Missionsgeschichte des Ostens in ein Meer von tragischen Ereignissen eingetaucht, das seinen Quellgrund in der rücksichtslosen Ausnutzung der portugiesischen Kirchenhoheit und des Patronatsrechts besitzt. Die anfangs äusserst freigebige Ausstattung der portugiesischen Königskrone mit kirchlichen Rechten hat sich später als sehr verhängnisvoll erwiesen. Nur der Entschiedenheit Roms und den Opfern der romtreuen Missionäre und Vikarbischöfe ist es zu danken, dass in einem mehrhundertjährigen Ringen endlich die kirchliche Freiheit durchgesetzt und damit das Missionswerk vor dem völligen Untergange bewahrt werden konnte. Jeder Leser wird die geschilderten Kämpfe mit der grössten Spannung und Anteilnahme verfolgen.

Wie jedoch aus den Kämpfen und Ruinen häufig neues Leben erblüht, so trifft das auch hier zu. Gerade infolge des starren Festhaltens Portugals an seinen Patronatsrechten wurde eine neue kirchliche Institution ins Leben gerufen, die sich in der Folgezeit als sehr nützlich für die Entwicklung der Missionen erwiesen hat und bis auf den heutigen Tag fortbesteht, die Institution der apostolischen Vikariate. Der Verfasser liefert den Nachweis, dass diese aus dem Grunde von der Propagandakongregation errichtet wurden, um der Frage nach den portugiesischen Patronatsrechten auszuweichen und den vermeintlichen Ansprüchen der Krone nicht zu nahe zu treten. Der Papst liess daher die Rechte Portugals auf die spätere Gründung von Patronatsbistümern in den süd- und ostasiatischen Gebieten fortbestehen,

forderte aber für sich die Befugnis, zur Beseitigung des äussersten kirchlichen Notstandes in den dortigen Missionen vorläufig provisorische Vikariate zu errichten, die unmittelbar der päpstlichen Jurisdiktion unterstellt seien. Diese Feststellung ist für die Entstehungsgeschichte der apostolischen Vikariate in den Missionsländern von höchster Bedeutung. Bekanntlich wurden in älterer Zeit in den Missionsgebieten entweder sofort selbständige Bistümer eingerichtet, oder es griff dort die Ordensverfassung (Provinzen, Kustodien) Platz; letzteres war dann der Fall, wenn das betreffende Missionsgebiet einem einzigen Orden anvertraut wurde und man dort vorläufig ohne die bischöflichen Weihehandlungen auskommen konnte.

Ferner liefert die Schrift von P. Jann einen wichtigen Beitrag zur Entstehungsgeschichte der apostolischen Delegationen in den Missionsländern. Mit Recht hebt der Verfasser hervor, dass die allerdings nur vorübergehenden Delegationen der genannten Patriarchen Maillard de Tournon und Mezzabarba im Anfange des 18. Jahrhunderts als eine Vorstufe der später ständig errichteten Delegationen aufzufassen sind.

Dass endlich die Geschichte der portugiesischen Staatskirchenhoheit in diesem Buche öfters grell beleuchtet wird, braucht nach dem bereits Ausgeführten kaum noch eigens gesagt zu werden. Die portugiesischen Patronatsbistümer, das ursprüngliche Missionsmonopol und das bereits von König Pedro I. (1351—1367) als Kronrecht erklärte Placetum regium für die Erlasse des Papstes und der Kurie sind lauter schwerwiegende Beweise, dass die staatliche Kirchenhoheit sowohl im Mutterlande Portugal wie in seinen Kolonien frühzeitig in höchster Blüte stand.

Bei der Fülle von Anregungen, die ich dem Jann'schen Buche verdanke, will ich auf einige formelle Wünsche nur nebenbei eingehen. Es scheint mir aber, dass die fortlaufende Darstellung hier und da etwas zu breit angelegt ist und durch vielfache Zwischenstücke zu oft unterbrochen wird. Einige Einschiebsel, wie z. B. die Kompetenz der Apostolischen Datarie, hätten ohne Nachteil ganz weggelassen werden können. Die Literatur ist sehr reichlich herangezogen worden; jedoch werden namentlich für die Orientierung über mit dem Thema nur in loserem Zusammenhange stehende Gegenstände nicht immer die maßgebenden Werke und die neuesten Auflagen zitiert. Das Bullarium Romanum (ed. Taurinen.) ist nicht nach dem Namen des Kardinals

Gaude zu zitieren, da dieser nicht der Herausgeber, sondern nur der Protektor der Sammlung ist.

Es ist erfreulich, dass das wichtige Buch mit einem Personen- und Sachregister ausgestattet ist.

Bonn. *N. Hilling.*

7. *Maurus Galm, Das Erwachen des Missionsgedankens im Protestantismus der Niederlande.* 8⁰ (84). St. Ottilien in Oberbayern, Missionsverlag, 1915. M 1,50.

Diese Schrift ist als Dissertation aus dem missionswissenschaftlichen Seminare *Josef Schmidlins* in Münster hervorgegangen, dessen Schüler der Verfasser sechs Semester hindurch war.

In dem Einleitungskapitel behandelt Galm, der gegenwärtig als Lektor der Theologie in der Erzabtei St. Ottilien fungiert, die Stellungnahme des deutschen und englischen Protestantismus zur Heidenmission im 16. und 17. Jahrhundert. Er begründet ausführlich die These, dass die protestantische Konfession und Kirche damals, besonders in Deutschland und England, nicht nur nicht die praktische Betätigung in der Bekehrung der Heidenwelt ausser-acht liess, sondern auch die Missionspflicht theoretisch leugnete. Meines Erachtens wird jedoch die theoretische Stellungnahme der protestantischen Theologen etwas zu stark betont. Sie ist doch nichts anders als gewissermaßen die Reflexwirkung der Praxis; m. a. W. da die Protestanten damals keine Missionstätigkeit übten, suchten sie ihr Verhalten aus apologetischen Gründen zu rechtfertigen. Ihre ganze Betrachtungsweise ist daher erklärlicherweise sehr einseitig gefärbt und durch die Praxis aufs stärkste beeinflusst.

Die erste Anregung zur Heidenmission ging im protestantischen Lager von den niederländischen Reformierten aus. Die ältesten theoretischen Verteidiger und praktischen Förderer waren die holländischen Theologen *Hadrian Saravia, Justus Heurnius, Antonius Waläus, Gisbert Voetius* und *Johannes Hoornbeek.* Die Quellenanalyse der Schriften dieser Gelehrten bildet den Hauptinhalt der vorliegenden Dissertation. Der Verfasser erbringt den interessanten Nachweis, dass die genannten Theologen sehr stark von der katholischen Missionsliteratur jener Zeit abhängig sind. Auch die Einrichtung der katholischen Missionsseminare und der Zentralbehörde für die Leitung des Missionswesens, der Congregatio de Propaganda Fide, wurde vom Protestantismus anerkannt und teilweise nachgeahmt.

Im Unterschiede von der vorigen Schrift ist die Dissertation Galms vorwiegend dogmenhistorisch angelegt. Sie hat aber auch den Hintergrund der protestantischen Missionsbewegung in Holland, die ostasiatische Kolonialpolitik, ausreichend gewürdigt. Von der guten methodischen Schulung ihres Verfassers legt die Arbeit ein anerkennenswertes Zeugnis ab.

Bonn. *N. Hilling.*

8. *Rudolf Henle, Nicht-Ehe.* Ein Beitrag zu den Grundbegriffen des deutschen bürgerlichen Eherechts. 8° (68). Stuttgart, Enke, 1915. M 2,40.

9. *Rudolf Henle, Unus casus.* Eine Studie zu Justinians Institutionen. 8° (188). Leipzig, Deichert, 1915. M 6,—.

1. Nach § 1324 Abs. 1 B. G. B. ist eine Ehe nichtig, wenn die in § 1317 vorgeschriebene Form nicht beachtet wurde; nach Abs. 2 jedoch wird eine solche Ehe gleichwohl als von Anfang an gültig angesehen, wenn die Eintragung ins Eheregister stattfand und die Ehegatten zehn Jahre als solche mit einander leben oder bei frühem Ableben des einen Gatten wenigstens drei Jahre als Eheleute gelebt haben.

Eine solche, an sich wegen Formwidrigkeit nichtige Ehe, die jedoch durch das eheliche Zusammmenleben in der vorgeschriebenen Frist gültig und in ihrer bürgerlichen Gültigkeit gleichsam in radice saniert werden kann, ist es, was der Verfasser als »Nichtehe« bezeichnet; in der Zeit vor Fristablauf, in welcher also noch die Nichtigkeitsklage möglich ist, möchte er die Ehe als »zerfallende Ehe« bezeichnet wissen (S. 5).

Im Anschluss an dieses eigenartige Institut stellt Henle teilweise weitausgreifende und gründliche Untersuchungen an über die juristische Struktur der Ehe des bürgerlichen Gesetzbuches, wobei grundlegende Rechtsbegriffe wie Vertrag, Willenserklärung usw. präzis und lichtvoll erörtert werden. Seine Stellungnahme zu den von andern Juristen vertretenen Auffassungen beweist überall den scharfsinnigen Denker und gründlichen Kenner der juristischen Grundbegriffe. Die Darstellung ist frisch, in der Polemik zuweilen scharf und beißend.

Die *Ehe des bürgerlichen Gesetzbuches* ist dem Verfasser »ein *Rechts*verhältnis und nichts als ein Rechtsverhältnis«, nicht ein »Lebensverhältnis, das rechtliche Regelung empfangen hätte« (S. 23) im Gegensatz zur Ehe des römischen Rechts, welche ein rechtlich geregeltes »Lebensverhältnis« sei (S. 25).

Die Eheschliessung besteht in »einseitigen Willenserklärungen gegenüber dem Standesbeamten« (S. 54). »Die Mitwirkung des Standesbeamten ist Begriffserfordernis, nicht Formerfordernis der Willenserklärungen« (S. 60).

Die Nichtehe entsteht, wenn die Ehewillenserklärungen »nicht persönlich und bei gleichzeitiger Anwesenheit abgegeben werden« (S. 68).

Verfasser weiss für seine Auffassung der Ehe des Bürgerl. Gesetzbuches als eines rein juristischen Institutes gute Gründe ins Feld zu führen, z. B. die Gültigkeit der simulierten Ehe im System des B. G. B. Nach ihm könnten daher gegen die Ehe des B. G. B. Bedenken vom katholisch-kirchlichen Standpunkte aus nicht bestehen (S. 29). Ich bezweifle, ob diese Auffassung jemals im Volke allgemein werden wird; zur Vertiefung und Verinnerlichung des Ehegedankens würde sie nicht beitragen.

2. Die umfangreiche Untersuchung der zweiten Abhandlung gilt der Lösung eines juristischen Rätsels, an der sich zahllose Juristen alter und neuer Zeit nicht eben glücklich abgemüht, nämlich, welches »der eine Fall« sei, in welchem nach Inst. IV. 6 § 2 der Besitzer einer res corporalis in Bezug auf diese Sache eine actio in rem habe. Verfasser glaubt diesen unus casus entdeckt zu haben in der actio prohibitoria des Eigentümers gegenüber dem besitzstörenden Bauunternehmen eines Dritten, gegen den die operis novi nuntiatio erfolglos geblieben war. Die von einer ungemein gründlichen Kenntnis des Aktionenrechtes des römischen Rechtes und ausserordentlicher Belesenheit des Verfassers zeugende Arbeit wird ohne Zweifel bei den Romanisten die verdiente Beachtung finden. Henle ist ein Meister in der streng logisch fortschreitenden Entwicklung seines Themas und ein gewandter Polemiker.

Freiburg i. B. *A. Rösch.*

10. *Ludwig von Rönne*, *Das Staatsrecht der Preussischen Monarchie.* In fünfter Auflage neu bearbeitet von *Philipp Zorn.* Dritter Band, erste Abteilung. gr. 8° (VII u. 240). Leipzig, Brockhaus, 1915. M 8,—.

Von dem bekannten Rönne-Zorn'schen Preussischen Staatsrecht ist die vorliegende erste Abteilung des dritten Bandes für das Kirchenrecht am wichtigsten. Sie enthält im sechsten Abschnitt das Preussische Staatskirchenrecht, das in den §§ 121—131 systematisch dargestellt wird. Nach der Darlegung des Begriffes

»Staatskirchenrecht« und einem kurzen Überblick über die geschichtliche Entwicklung des Verhältnisses von Kirche und Staat in der deutschen und preussischen Geschichte werden in dem ersten Teile die staatliche Kirchenhoheit und die daraus abgeleiteten allgemeinen Rechte: a) die Zulassung von Religionsgesellschaften, b) die Aufsicht über die Religionsgesellschaften und c) der Schutz der Religionsgesellschaften behandelt. Der zweite, bedeutend umfangreichere Teil erörtert die kirchliche Selbstverwaltung unter der Aufsicht des Staates. Dieser zweite Teil zerfällt in zwei Unterabteilungen, von denen die erste die Geschichte und den heutigen Stand der evangelischen Kirchenverfassung, die letzte die katholische Kirche betrifft.

Leider ist es dem verdienten Herausgeber der neuen Auflage infolge einer schweren Krankheit, die ihn auch zum Aufgeben der Lehrtätigkeit nötigte, nicht möglich gewesen, den staatskirchenrechtlichen Abschnitt dieses Buches persönlich zu bearbeiten; er hat aber einen tüchtigen Ersatzmann in dem jetzigen Frankfurter Professor *Friedrich Giese* gewonnen, der sich bereits durch seine vortreffliche Abhandlung »Das katholische Ordenswesen nach dem geltenden preussischen Staatskirchenrecht« in den »Annalen des Deutschen Reichs« (Jahrgang 1908) und das umfangreiche Werk »Deutsches Kirchensteuerrecht« (1910) bestens auf dem Gebiete des preussischen Staatskirchenrechts bewährt hat.

Durch die Neubearbeitung, die selbstverständlich die inzwischen erschienene Literatur und die Weiterführung der Gesetzgebung und Spruchpraxis sorgfältig berücksichtigt hat, ist der alte »Rönne« wieder gebrauchsfähig geworden; das auf konservativer Grundlage aufgebaute Werk kann allen Interessenten neben dem neuen Kommentar zur Preussischen Verfassungsurkunde von *Gerhard Anschütz* bestens empfohlen werden.

Wenn S. 232 gesagt wird, dass sich in den siebziger Jahren des verflossenen Jahrhunderts in Preussen eine »staatsfeindliche katholische Partei« gebildet habe, so wird diese schwere und grundlose Anklage nach der Beendigung des gegenwärtigen Krieges hoffentlich völlig aus der wissenschaftlichen Literatur verschwinden. Auf der folgenden Seite ist die Behauptung, dass die staatliche Austrittserklärung aus der Kirche nach dem Gesetze vom 14. Mai 1873 »zwischen vier und sechs Wochen nach Eingang des Antrages« erfolgen müsse, nicht ganz richtig ausgedrückt; es muss vielmehr heissen: innerhalb der fünften oder

sechsten Woche, oder, etwas weitläufiger, in der Zeit vom Ende der ersten vier bis zum Ablauf der ersten sechs Wochen nach Eingang des Antrages. Bei den Ausführungen über den Kirchenpatronat S. 179 ff. ist zu ergänzen, dass im Jahre 1902 eine weitere Petition um den Erlass eines Gesetzes über die Ablösung des Kirchenpatronats in Preussen eingereicht wurde. Vgl. den 5. Petitions-Bericht der Kommission für das Gemeindewesen; Haus der Abgeordneten 19. Legislaturperiode IV. Session 1902, abgedruckt im Archiv für katholisches Kirchenrecht 83, 368 ff.

Bonn. *N. Hilling.*

Literaturverzeichnis.[1] u. [2])

I. Lehrbücher.

Aichner, S., Compendium iuris ecclesiastici. Ed. XII rec. Th. Friedle. (IV u. 895 u. 75). Brixen, Weger. M 10,—.

II. Rechtsphilosophie und Soziologie.

Morgenstierne, Bredo v., Individuelle Moral und Staatsmoral, in: Archiv für Rechts- und Wirtschaftsphilosophie VIII, 451 ff.

Kohler, Josef, Das Notrecht, in: Archiv für Rechts- und Wirtschaftsphilosophie VIII, 411 ff.

Kern, Fritz, Gottesgnadentum und Widerstandsrecht im früheren Mittelalter. Zur Entwicklungsgeschichte der Monarchie. (XXXII u. 445). Leipzig, Koehler. M 9,50.

III. Quellen- und Literaturkunde.

Wahrmund, Ludwig, Die summa de ordine iudiciario des Ricardus Anglicus. [Quellen zur Geschichte des römisch-kanonischen Prozesses II, 3]. (XXV u. 126). Innsbruck, Wagner. M 7,—.

Vigener, Fritz, Ketteler und das Vaticanum. Ein Beitrag zur Geschichte der Minorität auf dem Konzil, in: Festschrift für Dietrich Schäfer 652 ff.

Hilling, Nikolaus, Die Reformen des Papstes Pius X. auf dem Gebiete der kirchenrechtlichen Gesetzgebung. (XIV u. 134). Bonn, Hanstein. M 1,80.

— —, Die Erlasse des Papstes Pius X. über den Priesterberuf und die Standespflichten und Standesrechte der Geistlichen. [Quellensammlung für das geltende Kirchenrecht 1]. (56). Bonn, Hanstein. M 0,80.

---

1) Vom Herausgeber zusammengestellt.

2) Wo Format und Erscheinungsjahr nicht angegeben sind, ist 8⁰ und 1915 zu ergänzen.

Hilling, N., Das summarische Prozessverfahren in Disziplinar- und Strafsachen der Geistlichen und die Amtsenthebung der Pfarrer im Verwaltungswege. [Quellensammlung für das geltende Kirchenrecht 2]. (50). Bonn, Hanstein. M 0,80.

— —, Die kanonische Form der Verlöbnisse und der Eheschliessung. [Quellensammlung für das geltende Kirchenrecht 3]. (51). Bonn, Hanstein. M 0,80.

Hirtenschreiben des deutschen Episkopats anlässlich der Fastenzeit 1915. (VII u. 208). Paderborn, Junfermann. M 2,—.

Niedner, Carl, Sollen die älteren Kirchenbücher in den Staatsarchiven aufbewahrt werden? in: Korrespondenzblatt des Gesamtvereins der deutschen Geschichts- und Altertumsvereine LXIII, 122 ff.

Giese, F., Literaturübersicht für Kirchenrecht des Jahres 1913, in: Theologischer Jahresbericht XXXIII, 192 ff.

IV. Verfassungsrecht.

Perathoner, Anton, Idee und Rechtsverhältnisse der tridentinischen Seminarien. Mit Berücksichtigung der unter Pius X. erlassenen diesbezüglichen Dekrete, in: Theol.-prakt. Quartalschrift LXVIII, 510 ff.

Schauberger, Joseph, S. J., Die finanzielle Lage des Papstes, in: Allgemeine Rundschau XII, 653 f.

Advocatus, Episcopal Faculties: ordinary and extraordinary, in: The Ecclesiastical Review LIII, 265 ff.

Geucke, Markus, Die Rechte des Domkapitels bei erledigtem bischöflichen Stuhle und die Stellung des Kapitularvikars. (47). Breslauer jur. Diss. 1915. Wiesbaden, Rauch.

Grefrath, Der Priesterverein »Unio Apostolica«, in: Pastor bonus XXVII, 705 ff.

v. Pichler, »Eine veraltete Einrichtung«, in: Theol. prakt. Monats-Schrift XXV, 739 ff. Betr. die Trennung des Küster- und Lehreramtes in Bayern.

Koch, Ludwig, S. J., Der Bonifatius-Verein für das katholische Deutschland, in: Theologie und Glaube VII, 445 ff.

V. Verwaltungsrecht.

Neundörfer, K., Das Verhältnis der theologischen Wissenschaften zum kirchlichen Lehramt, in: Theologie und Glaube VII, 476 ff.

Sleumer, Albert, Index Romanus. Verzeichnis sämtlicher auf dem römischen Index stehenden deutschen Bücher, desgleichen aller wichtigen fremdsprachlichen Bücher seit dem Jahre 1750. 6. Aufl. (193). Osnabrück, Pillmeyer, 1915. M 2.40.

Stephinsky, Ferdinand, Leo XIII., Pius X. und Benedikt XV. über zeitgemäße Predigt, in: Kölner Pastoralblatt XLIX, 225 ff.

Bock, Johann, S. J., Welches Alter ist im Sinne der Kirche das geeignetste zum Empfange der Firmung, in: Theol.-prakt. Quartalschrift LXVIII, 602 ff.

Strake, J., Die kirchliche Auskunftstelle für Kriegsvermisste, in: Theologie und Glaube VII, 441 ff.

VI. Staatskirchenrecht.
(Verfassungs- und Verwaltungsrecht.)

Schoen, Kirchliche Gemeindeangehörigkeit und Steuerpflicht der zu den Fahnen Einberufenen, in: Deutsche Juristen-Zeitung XX, 754 ff.

Benninghaus, Heinrich, Die Baulast nach kirchlichem und staatlichem Recht (XI u. 88). Münstersche rechts- und staatswissenschaftliche Diss. 1915. Straßburg i. E., Huber.

Linneborn, Johannes, Die Kirchenbaupflicht der Zehntbesitzer im früheren Herzogtum Westfalen. Akademische Schrift der Bischöflichen philos.-theol. Fakultät zu Paderborn. (151). Paderborn, Bonifacius-Druckerei.

VII. Eherecht.

Backhaus, Alfred, Das Verlöbnis nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch. (VIII u. 54). Marburger jur. Diss. 1915. Borna-Leipzig, Noske.

Mac Carthy, Joseph, Converts and the impediments of marriage, in: The Ecclesiastical Review LIII, 170 ff.

Henle, Rudolf, Nicht-Ehe. Ein Beitrag zu den Grundbegriffen des deutschen bürgerlichen Eherechts. (68). Stuttgart, Enke. M 2,40.

Linneborn, Johannes, Eheschliessung der Ausländer zur Kriegszeit, in: Theologie und Glaube VII, 487 ff.

Grube, Erich, Der Ehebruch als Ehescheidungsgrund. (46). Greifswalder jur. Diss. 1915. Greifswald, Abel.

Kohler, Josef, Güterrecht und Ehescheidungsrecht der österreichischen Juden, in: Zeitschrift für vergleichende Rechtswissenschaft XXXIII, 287 ff.

Haun, Erich, Die Ehelichkeitserklärung nach sächsischem Landesrecht und nach Reichsrecht. Leipziger jur. Diss. 1915. Borna-Leipzig, Noske.

Boenicke, Albert, Die Ehe zur linken Hand. Ein Beitrag zur Lehre vom deutschen Fürstenrecht mit kurzen Ausblicken auf das fremde Recht. (76). Leipziger jur. Diss. Berlin, K. J. Müller. M 1,20.

Wohl, Bruno, Der Gerichtsstand für die Ehescheidungsklagen von Ausländern im Deutschen Reiche, in: Niemeyers Zeitschrift für Internationales Recht XXV, 396 ff.

Schwartz, Isidor, Die Haager Konventionen vom 12. 6. 1902 über die Eheschliessung und Ehescheidung in ihrem Verhältnisse zum ungarischen Privatrechte, in: Niemeyers Zeitschrift für Internationales Recht XXV, 472 ff.

VIII. Ordensrecht.

Baumgartner, E., Die Jurisdiktion der Beichtväter für die Klosterfrauen, in: Schweizerische Kirchenzeitung 1915, 159 ff.

Liese, W., Die katholischen Orden Deutschlands und der Völkerkrieg 1914/15. Statistik ihrer Kriegsarbeit vom 1. August bis 31. Dezember 1914. 4° (310). Freiburg i. B., Caritasverband, 1915.

IX. Erziehungs- und Schulrecht.

Götzel, G., Klerus und Schule, in: Allgemeine Rundschau XII, 510 f.

Wienstein, Friedr., Die preussische Volksschule in ihrer geschichtlichen Entwicklung. (VIII u. 110). Paderborn, Schoeningh. M 1,40.

X. Missionsrecht.

Galm, Maurus, O. S. B., Das Erwachen des Missionsgedankens im Protestantismus der Niederlande. (84). St. Ottilien, Missionsverlag. M 1,50.

Schwager, Fr., S. V. D., Die brennendste Missionsfrage der Gegenwart. Die Lage der katholischen Missionen in Asien. Steyl, Missionsdruckerei, 1914. M 1,20.

Schmidlin, J., Das deutsche Missionswerk im Weltkrieg, in: Allgemeine Rundschau XII, 190 ff.

Schmidlin, Die Einwirkungen des Krieges auf die ausserdeutschen Missionen, in: Allgemeine Rundschau XII, 541 ff.

Braam, Joh., M. S. C., Praktische Missionspropaganda während der Kriegszeit, in: Theologie und Glaube VII, 464 ff.

Schreiber, A. W., Die Wirkungen des Weltkrieges auf die deutschen Missionsgesellschaften. (23). Leipzig, Dörffling u. Franke. M 0,25.

Krauss, Emil, Missions- und Schulwesen in den deutschen Kolonien, in: Süddeutsche Monatshefte XII, 759 ff.

Neuss, P., S. Sp. E., Die Steyler Missionsschwestern »Dienerinnen des Heiligen Geistes«. Ein schlichter Kranz zu ihrem silbernen Jubelfest. Steyl, Selbstverlag der Missionsschwestern, 1914.

v. Pichler, Ein neues Missionshaus in Bayern, in: Allgemeine Rundschau XII, 525.

Die Mission der Tiroler Serviten im Swasiland (Südafrika). Innsbruck, Servitenkloster. K 0,60.

XI. Evangelisches Kirchenrecht.

Holl, Karl, Die Entstehung von Luthers Kirchenbegriff, in: Festschrift für Dietrich Schäfer 410 ff.

Mason, A. J., The Church of England and Episcopacy. (IX u. 560). Cambridge, University Press 1914.

XII. Kirchenpolitik.

Der deutsche Krieg und der Katholizismus. Deutsche Abwehr französischer Angriffe. Herausgegeben von deutschen Katholiken. 4° (126). Berlin, Germania. M 3,—.

Bachem, Julius, »Der deutsche Krieg und die katholische Kirche«, in: Historisch-politische Blätter CLV, 822 ff.

Baumgarten, Paul Maria, Deutsche Abwehr französischer Angriffe, in: Allgemeine Rundschau XII, 509 f.

Hoberg, Gottfried, Der Krieg Deutschlands gegen Frankreich und die katholische Religion. Ein Vortrag zur Beleuchtung des Buches »La Guerre Allemande et le Catholicisme«. (32). Freiburg i. B., Herder. M 0,50.

Coar, Firmin, Die französischen Katholiken, in: Hochland XII, 2 S. 489 ff.

Goldschmitt, Fr., Der Kulturkampf in Frankreich. (160). Metz, Lothringer Verlags- und Hilfsverein. M 1.50.

Johannet, René, La conversion d'un Catholique Germanophile. Lettre ouverte de M. Emile Prüm, chef du Parti Catholique Luxembourgeois à M. Mathias Erzberger, leader du Centre Catholique Allemand. 12° (190). Paris, Bibliothèque des ouvrages documentaires. F 2,50.

Weltkrieg und Freimaurerei, in: Historisch-politische Blätter CLVI, 65 ff.

Jentsch, Carl, Massoneria rediviva, in: Die neue Rundschau XXVI, 988 ff.

Bornhak, Conrad, Die völkerrechtliche Stellung des Papstes, in: Die Grenzboten LXXIV, 321 ff.

Laband, Der Einfluss des Krieges auf die Stellung des Papstes, in: Deutsche Juristen-Zeitung XX, 643 ff.

Leitner, M., Die römische Frage in der Beleuchtung des gegenwärtigen Weltkrieges, in: Theol.-prakt. Monats-Schrift XXV, 701 ff.

Köhler, W., Papsttum und Weltkrieg, in: Christliche Welt 1915, 579 ff.

Bachem, Julius, Die Neutralität des Papstes, in: Allgemeine Rundschau XII, 555.

Frankemölle, Wenzel, Eine holländische Gesandtschaft beim Vatikan, in: Historisch-politische Blätter CLV, 827 ff.

Rieder, Karl, Ein Weg zum konfessionellen Frieden, in: Allgemeine Rundschau XII, 649 ff.

Schauberger, Joseph, S. J., Der deutsche Klerus im Krieg, in: Allgemeine Rundschau XII, 599 ff.

Landesrechtliche Stellung der katholischen Kirche in Württemberg. 2. Teil. 1845—1868. (166). Ulm, Süddeutsche Verlagsanstalt. M 3,—.

Brauer, Theodor, Zur Entwicklung der Christlichen Gewerkschaften, in: Zeitschrift für Politik VIII, 532 ff.

XIII. Orientalisches Kirchenrecht.

Lübeck, K., Die Aufnahme Andersgläubiger in die griechisch-russische Kirche, in: Der Katholik 4. Folge XV, 1 ff.

Ehrhard, Albert, Die orthodoxe Staatskirche, in: Süddeutsche Monatshefte XII, 563 ff.

Sachsen, Max Herzog zu, Die orthodoxen Kirchen auf dem Balkan, in: Süddeutsche Monatshefte XII, 1006 ff.

Daskaljuk, Orestes, Die russisch-orthodoxe Kirche und ihr Einfluss auf das politische und kulturelle Leben Russlands, in: Konservative Monatsschrift LXXII, 867 ff.

XIV. Verfassungs- und Rechtsgeschichte.

a) Verhältnis von Kirche und Staat.

Hofmeister, Adolf, Das Wormser Konkordat. Zum Streit um seine Bedeutung, in: Festschrift für Dietrich Schäfer 64 ff.

Günther, Heinrich, Die Krönungseide der deutschen Kaiser, in: Festschrift für Dietrich Schäfer 6 ff.

Friedrich, Walter, Der Deutsche Ritterorden und die Kurie in den Jahren 1300—1330. (XVI und 128). Königsberger phil. Diss. 1915. Königsberg i. P., Kümmel.

Hollweg, Otto, Kurbrandenburgische Kirchenpolitik am Niederrhein von 1672—1683. Bonner phil. Diss. 1915. Auch in: Zeitschrift des Bergischen Geschichtsvereins 1915.

Jäger, Eugen, Frankreichs Versündigungen am Katholizismus, in: Allgemeine Rundschau XII, 505 ff.

Roth, Paul, Der katholische Priester unter russischer Herrschaft, in: Die Grenzboten LXXIV, 3 S. 129 ff.

b) Einzelne Kirchen und kirchliche Territorien.

Naumann, Zwei Jahrhunderte Christianisierungsarbeit zwischen Saale und Elster. Ein Beitrag zur Jugendgeschichte der Naumburger Kirche, in: Zeitschrift für Kirchengeschichte der Provinz Sachsen 1914, 193 ff.

Biereye, W., Das Entstehungsjahr des Bistums Oldenburg 966/7, in: Zeitschrift für Hamburgische Geschichte XIX, 37 ff.

Bönhoff. Der Süden der Magdeburger Erzdiözese und seine kirchliche Verfassung, in: Zeitschrift für Kirchengeschichte der Provinz Sachsen 1914, 502 ff.

c) Einzelne hierarchische Beamte und Rechtsinstitute.

Grosse, Die Gründung und Glanzzeit des Stiftes Quedlinburg unter den Ludolfingern, in: Zeitschrift des Harzvereins für Geschichte und Altertumskunde 1915, 1 ff.

Michel, N., Das alte freiherrliche Kanonissenstift St. Cäcilien in Köln. Saarlouis 1914.

Schramek, Emil Michael, Das Kollegiatstift zum hl. Kreuz in Oppeln. Ein Beitrag zur Breslauer Diözesangeschichte. (74). Breslauer theol. Diss. 1915. Erscheint vollständig in: Oberschlesische Heimat.

Martin, Fr., Das Urkundenwesen der Erzbischöfe von Salzburg 1106—1246, in: 9. Ergänzungsband zu den Mitteilungen des Instituts für österreichische Geschichtsforschung 559 ff.

Stimming, Manfred, Die Entstehung des weltlichen Territoriums des Erzbistums Mainz. [Quellen und Forschungen zur

Hessischen Geschichte III]. (VI u. 166). Darmstadt, Staatsverlag. M 5,50.

Roller, Otto, Der Basler Bischofsstreit der Jahre 1309—1311, in: Basler Zeitschrift für Geschichte und Altertumskunde N. F. XVI, 157 ff.

Mehring, Gebhard, Kardinal Raimund Peraudi als Ablasskommissar in Deutschland 1500—1504 und sein Verhältnis zu Maximilian I., in: Festschrift für Dietrich Schäfer 334 ff.

Wymann, Eduard, Zur Geschichte des Landkapitels Bremgarten im XV. und XVI. Jahrhundert, in: Zeitschrift für Schweizerische Kirchengeschichte IX, 183 ff.

Jegel, Ein religiöser Reisepass aus dem Ende des 18. Jahrhunderts, in: Beiträge zur Bayerischen Kirchengeschichte XXI, 271 ff.

Bremer, H. J., Priesterkonferenzen in der Erzdiözese Köln zur wissenschaftlichen Fortbildung und monatlichen Geisteserneuerung im 17. und 18. Jahrhundert, in: Kölner Pastoralblatt XLIX, 269 ff.

Schlecht, Joseph, Analecta zur Geschichte der Freisinger Bischöfe. Freising, Verlag des Histor. Vereins Freising, 1915.

Götz, Johann Bapt., Kardinal Karl August, Graf von Reisach. Eine Lebensskizze als Beitrag zur Kirchengeschichte des 19. Jahrhunderts, in: Theol.-prakt. Monats-Schrift XXV, 655 ff.

Pesendorfer, Friedrich, Bischof Rudolph von Linz, [Bischof Rudolph Hittmair von Linz, sein Leben und seine Werke 1]. 3. u. 4. Aufl. (136). Linz, Kath. Pressverein. M 0,90.

d) Evangelisches Kirchenrecht.

Hass, Martin, Die ältesten Entwürfe einer Konsistorialordnung für die Kurmark Brandenburg. Aus seinem Nachlasse veröffentlicht von Friedrich Meusel, in: Forschungen zur brandenburgisch-preussischen Geschichte XXVII, 1 ff.

Bossert, Gustav, Der Kampf um die Württembergische Kirchenordnung in Unteröwisheim 1576, in: Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins N. F. XXX, 311 ff.

e) Finanz- und Vermögensrecht.

Minnigerode, H. Frh. v., Das Wachszinsrecht, in: Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte XIII, 184 ff.

Förster, Konrad, Die wirtschaftliche Lage der Deutsch-Ordens-Ballei Westfalen im 18. Jahrhundert. (79). Münstersche phil. Diss. 1915. Münster, Regensberg.

Koch, Friedrich, Die Wirtschaftsgeschichte des Klosters und Dorfes Berich in Waldeck vom Standpunkte der Wirtschaftslehre des Landwirts aus. (148). Giessener phil. Diss.

f) Ordensrecht.

Lundgreen, F., Zur Geschichte des Templerordens, in: Mitteilungen des Instituts für österreichische Geschichtsforschung XXXV, 670 ff.

Seraphim, August, Zur Geschichte und Kritik der angeblichen Statuten des Hochmeisters Werner von Orseln, in: Forschungen zur Brandenburgischen und Preussischen Geschichte XXVIII, 1 ff.

Wolf, Rudolf, Das Deutsch-Ordenshaus St. Kunigunde bei Halle a. d. Saale von seiner Entstehung bis zu seiner Aufhebung (1200–1511) unter besonderer Berücksichtigung seiner rechtlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse. (87). Haller phil. Diss. 1915. Auch in: Forschungen zur thüringisch-sächsischen Geschichte Heft 7.

Cavelti, Leo, Die Entwicklung der Landeshoheit der Abtei St. Gallen in der alten Landtschaft. (115). Berner jur. Diss. Gossau 1914.

Vonschott, Hedwig, Geistiges Leben im Augustinerorden am Ende des Mittelalters und zu Beginn der Neuzeit. Münstersche phil. Diss. 1915. Berlin, Ebering.

Groeteken, Friedrich Albert, Die Franziskaner an Fürstenhöfen bis zur Mitte des 14. Jahrhunderts. (56). Münstersche phil. Diss. 1915. Münster i. W., Buschmann.

Schäfer, Albrecht, Der Orden des H. Franz in Württemberg bis zum Ausgang Ludwigs des Bayern. Tübinger phil. Diss. 1915. Stuttgart, Paulinenpflege.

Doelle, Ferd., O. F. M., Reformtätigkeit des Provinzials Ludwig Henning in der sächsischen Franziskanerprovinz (1507—1515). [3. Beiheft zu den Franziskanischen Studien]. (XVI u. 104). Münster i. W., Aschendorff. M 2,80.

Lüdtke, Franz, Ueber zwei polnische Benediktinerklöster des 17. Jahrhunderts. Denkschriften aus dem Vatikan, in: Studien und Mitteilungen zur Geschichte des Benediktinerordens und seiner Zweige N. F. V, 229 ff. Betr. die Klöster Tyniec und Sieciehow.

Schlesinger, Coloman, Jesuitenporträts. Lebens- und Charakterbilder hervorragender Mitglieder der Gesellschaft Jesu. Lex. 8°. (VI u. 408). Regensburg, Habbel. Geb. M 6,—.

g) Verwaltung der Sakramente.

Weiss, Franz Anton, Die Sündenvergebung in der Didache, in: Theol. Quartalschrift XCVII, 113 ff.

Paulus, Nikolaus, Ist die mit Rücksicht auf die Fürsprache der Martyrer erteilte Rekonziliation als Ablass zu betrachten? in Zeitschrift für kath. Theologie XXXIX, 574 ff.

Verzeichnis der bei der Redaktion eingelaufenen Bücher.[1]

Galm, Maurus, O. S. B., Das Erwachen des Missionsgedankens im Protestantismus der Niederlande. 8° (84). St. Ottilien, Missionsverlag. M 1,50.

---

1) Die Bücher, die das Kirchenrecht berühren, werden besprochen, soweit der verfügbare Raum ausreicht. Eine Rücksendung ist in allen Fällen ausgeschlossen.

Henle, Rudolf, Nicht-Ehe. Ein Beitrag zu den Grundbegriffen des deutschen bürgerlichen Eherechts. gr. 8° (68). Stuttgart, Enke, 1915, M 2,40.

Hilling, Nikolaus, Die Erlasse des Papstes Pius X. über den Priesterberuf und die Standespflichten und Standesrechte der Geistlichen. [Quellensammlung für das geltende Kirchenrecht 1]. 8° (56). Bonn, Hanstein, 1915. M 0,80.

— —, Das summarische Prozessverfahren in Disziplinar- und Strafsachen der Geistlichen und die Amtsenthebung der Pfarrer im Verwaltungsrecht. [Quellensammlung für das geltende Kirchenrecht 2]. 8° (50). Bonn, Hanstein, 1915. M 0,80.

— —, Die kanonische Form der Verlöbnisse und der Eheschliessung. [Quellensammlung für das geltende Kirchenrecht 3]. 8° (51). Bon, Hanstein, 1915. M 0,80.

Linneborn, Johannes, Die Kirchenbaupflicht der Zehntbesitzer im früheren Herzogtum Westfalen. Akademische Schrift der Bischöflichen philos.-theol. Fakultät in Paderborn. 8° (151). Paderborn, Bonifacius-Druckerei, 1915.

Mayer, Ph. J., Lehrbuch der Kirchengeschichte für die oberen Klassen höherer Lehranstalten. 2. Aufl. 8° (VII u. 238). Mainz, Kirchheim & Co., 1915. Geb. 2,50.

Rönne, Ludwig von, Das Staatsrecht der Preussischen Monarchie. Fünfte Auflage, bearbeitet von Philipp Zorn. III, 1. gr. 8° (VII u. 240). Leipzig, Brockhaus, 1915. M 8,—.

Sammlung der Erkenntnisse des k. k. Reichsgerichts, begründet von Anton Hye Freiherrn von Glunek, fortgesetzt von Karl Hugelmann. XV. Teil, 4. Heft und XVI. Teil, 1. Heft. 8° (IV u. 654; II u. 436). Wien, Hof- und Staatsdruckerei, 1914 u. 1915. Je Kr 5,—.

Stimming, Manfred, Die Entstehung des weltlichen Territoriums des Erzbistums Mainz. [Quellen und Forschungen zur Hessischen Geschichte III]. gr. 8° (VI u. 166). Darmstadt, Staatsverlag, 1915. M 5,50.

Wahrmund, Ludwig, Die Summa de ordine iudiciario des Ricardus Anglicus. [Quellen zur Geschichte des römisch-kanonischen Prozesses im Mittelalter II, 3]. gr. 8° (XXV u. 126). Innsbruck, Wagner, 1915. M 7,—.

Verzeichnis der eingesandten kirchlichen Amtsblätter.

Im Laufe des Jahres 1915 haben folgende Erzbischöfliche und Bischöfliche Ordinariate die Redaktion dieser Zeitschrift durch die Gratiszusendung ihrer Amtsblätter bezw. Pastoralblätter unterstützt:

1. Basel-Lugano: Schweizerische Kirchenzeitung, Jahrgang 1915.
2. Breslau: Verordnungen des Fürstbischöflichen General-Vikariat-Amtes zu Breslau, Jahrgang 1915.

3. Brixen: Brixener Diözesan-Blatt, LIX. Jahrg. (1915).
4. Chur: Folia officiosa pro venerabili clero dioecesis Curiensis, Annus XXI (1915).
5. Cöln: Kirchlicher Anzeiger für die Erzdiözese Cöln, LV. Jahrg. (1915) und Kölner Pastoralblatt XLIX. Jahrg. (1915).
6. Culm: Amtliches Kirchenblatt für die Diözese Culm, LVIII. Jahrg. (1915).
7. Freiburg i. Br.: Anzeigeblatt für die Erzdiözese Freiburg, Jahrg. 1915
8. Fulda: Kirchliches Amtsblatt für die Diözese Fulda, XXXI. Jahrg. (1915.)
9. St. Gallen: Rezess vom 16. Oktober 1914.
10. Hildesheim: Kirchlicher Anzeiger für das Bistum Hildesheim, Jahrg. 1915.
11. Lavant: Kirchliches Verordnungsblatt für die Lavanter Diözese, Jahrg. 1915.
12. Limburg a. d. Lahn: Amtsblatt des Bistums Limburg, Jahrg. 1915.
13. Linz a. d. Donau: Linzer Diözesanblatt, LXI. Jahrg. (1915).
14. München-Freising: Amtsblatt für die Erzdiözese München und Freising, Jahrg. 1915.
15. Münster i. Westf.: Kirchliches Amtsblatt der Diözese Münster XLIX. Jahrg. (1915).
16. Olmütz: Acta curiae archiepiscopalis Olomucensis, Annus 1915.
17. Osnabrück: Kirchliches Amtsblatt für die Diözese Osnabrück und die Norddeutschen Missionen, XXX. u. XXXI. Jahrg. (1915).
18. Paderborn: Amtliches Kirchenblatt für die Diözese Paderborn, LVIII. Jahrg. (1915).
19. Passau: Oberhirtliches Verordnungsblatt für die Diözese Passau, Jahrg. 1915.
20. St. Pölten: St. Pöltner Diözesanblatt, Jahrg. 1915.
21. Rottenburg: Kirchliches Amts-Blatt für die Diözese Rottenburg, VIII. Band (1915).
22. Salzburg: Verordnungsblatt für die Erzdiözese Salzburg, Jahrg. 1915.
23. Speyer: Oberhirtliches Verordnungsblatt für das Bistum Speyer, IX. Jahrg. (1915).
24. Trient: Trienter Diözesan-Blatt für den deutschen Anteil, XIII. Jahrg. (1915).
25. Wien: Wiener Diözesanblatt, Jahrg. (1915).

Der Herausgeber beehrt sich, sämtlichen hochwürdigsten Ordinariaten für ihre Unterstützung auf dem Gebiete des deutschen Diözesankirchenrechts den wärmsten Dank auszusprechen.

Inhaltsverzeichnis des 95. Bandes.

I. Abhandlungen.

II. Kirchliche Erlasse und Entscheidungen.

a) Erlasse des Papstes Benedikt XV.

b) Erlasse und Entscheidungen der römischen Kurialbehörden.

c) Erlasse und Entscheidungen der bischöflichen Behörden.

III. Staatliche Erlasse und Entscheidungen.

a) Staatliche Gesetze und Verordnungen.

b) Gerichtliche Entscheidungen.

IV. Kleine Beiträge und Nachrichten.

Kirchenrechtliche Chronik.

französischer Katholiken gegen Deutschland und die Abwehr derselben, Wiederbesetzung des Erzbistums Genua im Wege des Kompromisses zwischen dem Hl. Stuhl und der italienischen Regierung, Lossprechung des Königs von Bulgarien von der Exkommunikation wegen der Erziehung seines ältesten Sohnes in der schismatischen Religion, Unterzeichnung des Konkordats zwischen dem Hl. Stuhl und Serbien, Verfolgung der katholischen Kirche in Mexiko, Aenderung der Amtsbezeichnung »Zechpröpste« in »Kirchenkämmerer« für die Erzdiözese Salzburg, Amtsbestätigung der Dechanten und kirchlichen Diözesanbeamten in der Diözese Linz während der Sedisvakanz, Militärpflicht der Geistlichen in Italien, Personalnachrichten. S. 528—539.

V. Literatur.

a) *Rezensionen und Referate.*

34. *Schmitz, Karl,* Ursprung und Geschichte der Devotionsformeln bis zu ihrer Aufnahme in die fränkische Königsurkunde. [Kirchenrechtliche Abhandlungen, herausgegeben von Ulrich Stutz 81]. Stuttgart, Enke, 1913. (*R. Köstler*). S. 361—364.
35. *Schultze, Alfred,* Der Einfluss der Kirche auf die Entwicklung des germanischen Erbrechts. Freiburger (i. B.) Prorektoratsrede 1914. (*N. Hilling*). S. 178 f.
36. *Schultze, Alfred,* Stadtgemeinde und Kirche im Mittelalter. [Sonderabdruck aus der Festschrift für Rudolph Sohm]. München und Leipzig, Duncker & Humblot, 1914. (*Julius von Bombiero*). S. 177 f.
37. *Stutz, Ulrich,* Die katholische Kirche und ihr Recht in den preussischen Rheinlanden. Bonn, Marcus & Weber, 1915. (*N. Hilling*). S. 564—566.
38. *Tessitore, Salvatore,* Gli enti ecclesiastici nel diritto publico. [Nuova collezione di opere giuridiche 187]. Torino, Fratelli Bocca, 1915. (*Julius von Bombiero*). S. 555—557.
39. *de Waal, Anton,* Der neue Papst, unser Hl. Vater Benedikt XV. Hamm i. W., Breer & Thiemann, 1915. (*N. Hilling*). S. 374 f.
40. *Wintruff, Wilhelm,* Landesherrliche Kirchenpolitik in Thüringen am Ausgang des Mittelalters. [Forschungen zur Thüringisch-sächsischen Geschichte 5]. Halle a. d. Saale, Gebauer-Schwetschke, 1914. (*N. Hilling*). S. 175—177.
41. *Wohleb, Leo,* Die lateinische Uebersetzung der Didache kritisch und sprachlich untersucht mit einer Wiederherstellung der griechischen Vorlage und einem Anhang über das Verbum »altare« und seine Komposita. [Studien zur Geschichte und Kultur des Altertums VII, 1]. Paderborn, Schöningh, 1913. (*N. Hilling*). S. 346 f.
42. *Wolf, Gustav,* Quellenkunde der deutschen Reformationsgeschichte. I: Vorreformation und Allgemeine Reformationsgeschichte. Gotha, Perthes, 1915. (*E. Göller*). S. 693—698.
43. *Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte,* Bd. XXXV, Kanonistische Abteilung IV, herausgegeben von *U. Stutz* und *A. Werminghoff.* Weimar, H. Böhlaus Nachfolger, 1914. (*N. Hilling*). S. 540—545.

b) Literaturverzeichnis S. 188—198; 376—385; 566—576; 713—720.

c) Verzeichnis der bei der Redaktion eingelaufenen Bücher S. 198 f., 385 f., 577, 720 f.

d) Verzeichnis der eingesandten kirchlichen Amtsblätter S. 721 f.

Verzeichnis der Mitarbeiter des 95. Bandes.

1. *Bombiero, Julius Ritter von Kremenać,* Dr. iur., k. k. Auskultant in Wien. S. 175, 178, 326, 557 f.
2. *Geiger, Karl August,* Dr. theol., Hochschulprofessor in Dillingen S. 553.
3. *Gillmann, Franz,* Dr. theol., Universitätsprofessor in Würzburg S. 266.
4. *Göller, Emil,* Dr. theol. et phil., Universitätsprofessor in Freiburg i. B. S. 698.
5. *Hagenauer, Ludwig,* Dr. iur. et rer. pol., Rechtsanwalt in München S. 422, 612.
6. *Haug, Fl. H.,* Dr. phil. Fürstlicher Archivar in Wertheim S. 371.
7. *Heyer, Friedrich,* in Bonn S. 188, 361, 376, 566.
8. *Hilling, Nikolaus,* Dr. theol., iur. et phil., Universitätsprofessor in Bonn 33, 78, 163, 174, 177, 179 f., 181 f., 188, 201, 283, 335, 341, 344, 346 f., 369, 376, 389, 457, 519, 527 f., 545, 552, 559, 563 f., 566, 579, 639, 683, 692, 702, 704, 709 f., 713.
9. *Hollweck, Joseph,* Dr. theol., Päpstlicher Hausprälat, Domkapitular und Hochschulprofessor in Eichstätt S. 551.
10. *Kirchheim, Karl,* Dr. iur., Verlagsbuchhändler in Mainz S. 163, 528.
11. *Köstler, Rudolf,* Dr. iur., Universitätsprofessor in Wien S. 364.
12. *Louis, Peter,* Religionslehrer in Neuss S. 367.
13. *Mizerski, Ludwig,* Dr. iur., Erzbischöflicher Konsistorialrat und Mitglied des preussischen Abgeordnetenhauses in Posen S. 144.
14. *Nottarp, Hermann,* Dr. phil., Referendar in Bonn, S. 374.

15. *Porsch, Felix,* Dr. iur., Geh. Justizrat und Vizepräsident des preussischen Abgeordnetenhauses in Breslau S. 315 f.
16. *Rösch, Adolf,* Dr. iur., Ordinariatsassessor und Offizialatsrat in Freiburg i. B. S. 711.
17. *Scharnagl, Anton,* Dr. theol., Hochschulprofessor in Freising S. 3, 185, 187, 555.
18. *von Sczaniecki, Stanislaus,* Syndikus des Erzbischöflichen General-Konsistoriums zu Gnesen S. 300.
19. *Triebs, Franz,* Dr. theol., iur. et phil., Fürstbischöflicher Konsistorialrat und Universitätsprofessor in Breslau S. 331.
